

Stand: 06.07.2025 00:59:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/6880

"Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/6880 vom 20.01.2011
2. Plenarprotokoll Nr. 66 vom 02.02.2011
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/7327 des HA vom 08.02.2011
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/7328 des HA vom 09.02.2011
5. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/7557 des HA vom 23.02.2011
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/7586 des HA vom 24.02.2011
7. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/7587 des HA vom 24.02.2011
8. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/7594 des HA vom 24.02.2011
9. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/7721 des HA vom 03.03.2011
10. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/7722 des HA vom 03.03.2011
11. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/7724 des HA vom 03.03.2011
12. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/7846 des HA vom 15.03.2011
13. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/7985 des HA vom 16.03.2011
14. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/8083 des HA vom 22.03.2011
15. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/8168 des HA vom 23.03.2011
16. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/8175 des HA vom 24.03.2011
17. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/8201 des HA vom 31.03.2011
18. Beschluss des Plenums 16/8289 vom 05.04.2011
19. Beschluss des Plenums 16/8290 vom 05.04.2011
20. Beschluss des Plenums 16/8291 vom 05.04.2011
21. Beschluss des Plenums 16/8292 vom 05.04.2011
22. Beschluss des Plenums 16/8299 vom 05.04.2011
23. Plenarprotokoll Nr. 72 vom 05.04.2011 (EPL 3B)
24. Plenarprotokoll Nr. 72 vom 05.04.2011 (EPL 2)
25. Plenarprotokoll Nr. 72 vom 05.04.2011 (EPL 1)
26. Plenarprotokoll Nr. 72 vom 05.04.2011 (EPL 11)
27. Beschluss des Plenums 16/8293 vom 06.04.2011
28. Beschluss des Plenums 16/8294 vom 06.04.2011
29. Beschluss des Plenums 16/8296 vom 06.04.2011
30. Beschluss des Plenums 16/8297 vom 06.04.2011
31. Beschluss des Plenums 16/8298 vom 06.04.2011
32. Plenarprotokoll Nr. 73 vom 06.04.2011 (EPL 10)
33. Plenarprotokoll Nr. 73 vom 06.04.2011 (EPL 4)
34. Plenarprotokoll Nr. 73 vom 06.04.2011 (EPL 8)
35. Plenarprotokoll Nr. 73 vom 06.04.2011 (EPL 5)
36. Plenarprotokoll Nr. 73 vom 06.04.2011 (EPL 7)
37. Beschluss des Plenums 16/8295 vom 07.04.2011
38. Beschluss des Plenums 16/8300 vom 07.04.2011

39. Beschluss des Plenums 16/8301 vom 07.04.2011
40. Beschluss des Plenums 16/8302 vom 07.04.2011
41. Beschluss des Plenums 16/8304 vom 07.04.2011
42. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 07.04.2011 (EPL 12)
43. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 07.04.2011 (EPL 6)
44. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 07.04.2011 (EPL 13)
45. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 07.04.2011 (EPL 15)
46. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 21.04.2011

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz – HG – 2011/2012)

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes und die Einzelpläne sind aus den anhängenden „Acrobat-Dokumenten“ ersichtlich.

[Entwurf des Haushaltsgesetzes 2011/2012](#)

[Einzelplan 01 \(Landtag\)](#)

[Einzelplan 02 \(Ministerpräsident und Staatskanzlei\)](#)

[Einzelplan 03 A \(Staatsministerium des Innern\)](#)

[Einzelplan 03 B \(Staatsministerium des Innern - Staatsbauverwaltung\)](#)

[Einzelplan 04 \(Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz\)](#)

[Einzelplan 05 \(Staatsministerium für Unterricht und Kultus\)](#)

[Einzelplan 06 \(Staatsministerium der Finanzen\)](#)

[Einzelplan 07 \(Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie\)](#)

[Einzelplan 08 \(Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten\)](#)

[Einzelplan 10 \(Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen\)](#)

[Einzelplan 11 \(Bay. Oberster Rechnungshof\)](#)

[Einzelplan 12 \(Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit\)](#)

[Einzelplan 13 \(Allgemeine Finanzverwaltung\)](#)

[Einzelplan 15 \(Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst\)](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Staatsminister Georg Fahrenschon

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Erika Görnitz

Abg. Manfred Pointner

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Claudia Stamm

Abg. Karsten Klein

Abg. Christine Kamm

Abg. Georg Winter

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Dr. Martin Runge

Abg. Prof. Dr. Georg Barfuß

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011)

(Drs. 16/6879)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012) (Drs. 16/6880)

- Erste Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Georg Fahrenschon das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ganz Europa debattiert in diesen Tagen und Wochen über die Krise unserer Gemeinschaftswährung. Begonnen hat alles schon vor Monaten mit der Notwendigkeit eines Rettungsschirms für das EU-Mitgliedsland Griechenland - für ein Land, das der Eurogruppe angehört.

Fast täglich sind Spekulationen über die Zukunft unserer Währung zu lesen, und am Ende treffen sie nicht den Kern des Problems; denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht die gemeinsame europäische Währung ist das Problem. Das Problem ist die Situation einzelner Mitgliedstaaten, vor allem deren hohe Verschuldung. Diese Verschuldung einzelner Mitgliedstaaten ist der Nährboden für Spekulationen an den Finanzmärkten. Die Frage, ob die einzelnen Mitgliedstaaten Zins und Tilgung auf Dauer leisten können, ist die Grundlage der Debatten um unsere Währung. Die Fol-

gen sind steigende Zinsen und ein Zittern, ob die Märkte die Staatsanleihen, die jeweils auslaufen und neu aufgenommen werden müssen, überhaupt noch aufnehmen, sprich: die Frage, ob einzelne Mitgliedstaaten in Europa heutzutage überhaupt noch zahlungsfähig sind und bleiben.

Werte Damen und Herren des Bayerischen Landtags, ich glaube, das zeigt glasklar: Kein Staat kann sich leisten, immer mehr Schulden zu machen. Immer kommt die Stunde der Wahrheit, in der die Frage, ob die staatliche Gemeinschaft mehr ausgegeben hat, als sie sich leisten kann, gestellt wird, zu der es eine Antwort zu geben gilt.

Für den Freistaat Bayern, für ein Land mitten in Europa mit über zwölftehalb Millionen Einwohnern, ist heute so ein wichtiger Tag. Heute legt Ihnen die Bayerische Staatsregierung wiederum einen Haushaltsentwurf vor, der, meine sehr verehrten Damen und Herren, im krassen Gegensatz zu den Verhältnissen in Griechenland zum sechsten und siebten Mal ohne neue Schulden auskommt.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf: Du sollst nicht falsches Zeugnis geben!)

Das hat eine lange und eine richtige Tradition und Politik zur Grundlage. Schon vor zehn Jahren hat die Staatsregierung gemeinsam mit dem Bayerischen Landtag festgelegt: In Bayern gibt es in der Regel keine neuen Schulden mehr. Wir haben damit in Bayern gezeigt, dass solide Haushaltspolitik und solide Finanzen gerade die Grundlage für eine Politik der Zukunftsgestaltung sind, für eine Politik die auf der Basis solider Finanzen klare Schwerpunkte im Bereich Familienförderung, im Bereich Bildung, im Bereich Innovation und Ausbau unserer Infrastruktur legt.

Der ausgeglichene Haushalt, ein Haushalt ohne neue Schulden, ist von Beginn an ein wesentlicher Baustein und Basis unserer Strategie, den Standort Bayern im internationalen Wettbewerb dauerhaft gut voranzubringen. Wir betreiben eine Politik, die die Konsolidierung einerseits und das Setzen gezielter Wachstumsimpulse andererseits mit Absicht miteinander verbindet. Konsolidierung und aktive Wirtschaftspolitik sind kein Gegensatz, sondern die beiden Seiten ein und derselben Medaille. Es sind die

zwei zentralen Fragen, die es zu lösen gilt, um unser Land in eine gute Zukunft zu bringen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Finanzmarktkrise und die weltweite Wirtschaftskrise, die ihr gefolgt ist, haben gezeigt - der Ministerpräsident hat es in seiner Regierungserklärung in der letzten Woche zu Recht auf den Punkt gebracht -: Am Ende ziehen nur Staaten mit guten Finanzen Investoren an. Nur Staaten mit nachhaltiger Finanzpolitik haben die Gestaltungskraft, Änderungen herbeizuführen. Nur die Soliden sind attraktiv, nur die Soliden sind dynamisch, nur die Soliden sind stark. Umso wichtiger ist es, dass Bayern solide Finanzen vorweisen kann.

Unsere solide Haushaltspolitik hat dazu geführt - das ist der zentrale Punkt -, dass wir die Krise erfolgreich meistern konnten. Da wir in den guten Zeiten vorgesorgt hatten, konnten wir in den vergangenen beiden Jahren konsequent, rasch und präzise handeln. Wir in Bayern konnten aktive Wirtschaftspolitik betreiben. Wir hatten Spielräume, um erfolgreich gegenzusteuern. Wir haben für Stabilität gesorgt, während andere Unsicherheit ins Land gebracht haben. Wir haben Vertrauen geschaffen, wo viel Unsicherheit zu finden war. Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern Mut machen können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Von zentraler Bedeutung ist, dass es uns gelungen ist, im Zusammenspiel mit den Arbeitnehmern, den Unternehmerinnen und Unternehmern sowie der öffentlichen Hand diese Krise nicht nur zu bekämpfen und ihr entgegenzutreten, sondern sie auch als Chance zu verstehen. Wir haben etwas geschafft, was sonst kein anderes Land in Europa geschafft hat. Wir haben Bayern in der Krise besser positioniert und uns eine Ausgangslage erarbeitet, auf die heute viele andere neidisch schauen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das hat kurz nach Aufnahme der Arbeit der neuen Staatsregierung begonnen. Ich erinnere an die erste Klausurtagung im Dezember 2008 und das Vorziehen von staatlichen Investitionen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro. Dieser Weg wurde fortgesetzt mit der Entwicklung des bayerischen Mittelstandsschirms, der Blaupause für das KfW-Programm des Bundes. Der Mittelstandsschirm hat sich in den vergangenen zwei Jahren als das Instrument bayerischer Haushalts-, Wirtschafts-, Finanz- und Strukturpolitik herausgeschält. Wir haben in den letzten zwei Jahren über 4.000 mittelständischen Unternehmen in Bayern den Rücken gestärkt und konnten über den bayerischen Mittelstandsschirm Kredite von mehr als 1,1 Milliarden Euro mobilisieren. Wir haben dafür Sorge getragen, dass der bayerische Mittelstand nicht zum Opfer der internationalen Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise wurde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich nenne ein drittes Beispiel. Während andere noch von den angeblichen Vorzügen einer "Gießkanne" plauderten, verständigten wir uns, was die Umsetzung des Konjunkturpakets angeht, auf ein Vorgehen, das zielgenau und effizient gewirkt hat. Wir in Bayern haben das Geld des Konjunkturpakets nicht mit der Gießkanne verteilt, sondern sind den schwierigeren Weg gegangen. Aber am Ende haben wir mit den Mitteln des Konjunkturpakets über 3.600 Projekte anstoßen können und damit ein fantastisches Ergebnis erzielt. Mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von über 2,3 Milliarden Euro haben wir die Erwartungen übertroffen. Wir haben erfolgreich Konjunkturpolitik betrieben. Die Kommunen wurden von uns in die Lage versetzt, in Bildungseinrichtungen zu investieren. Wir haben Maßnahmen zum Klimaschutz angestoßen und zur Senkung der Betriebskosten beigetragen. Das ist erfolgreiche Politik "Marke weiß-blau"!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Unsere Politik ist deshalb erfolgreich - erfolgreicher als die anderer Länder -, weil wir uns um die Betriebe und die Beschäftigten gekümmert haben. Wir haben auf eine ge-

meinsame Politik gesetzt und schon beim Handeln in der Krise die Zeit nach der Krise gemeinsam fest im Blick behalten. Das Ergebnis lautet klipp und klar: Heute ist Bayern in vielen Bereichen noch stärker, als wir es vorher schon waren.

Für das Jahr 2010 ist mit einem beachtlichen Wirtschaftswachstum von über 3,5 % zu rechnen. Bayern ist wieder Konjunkturlokomotive. Dennoch müssen wir uns bei der Vorlage des Doppelhaushalts 2011/2012 immer in Erinnerung rufen: Der Rückgang - der Einbruch! - um 5 % im Jahr 2009 ist noch immer nicht in voller Höhe kompensiert. Wir befinden uns noch in der Aufholphase.

Das Ergebnis unserer Politik kann sich sehen lassen: Wir haben die Krise überwunden. Unsere Ausgangslage ist gut. Aber wir müssen nach wie vor auf die unterschiedlichen Akteure achten. Unsere Stärken sind weiter zu stärken und unsere Schwächen weiter konsequent abzubauen. Das ist Politik "Marke weiß-blau". In der Vergangenheit haben wir gemeinsam die Krise abgewehrt, jetzt nutzen wir gemeinsam die Chance - dieses Motto steht über dem Doppelhaushalt 2011/2012.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dass unsere Ausgangslage gut ist, kann man an verschiedenen Stellen nachlesen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos sieht in seinem Zukunftsatlas fünf bayerische Regionen unter den sieben Regionen Deutschlands mit den besten Zukunftsaussichten. Fünf aus sieben dieser Regionen liegen in Bayern!

Spitze sind wir im ganzen Land: Unter den 50 besten kreisfreien Städten und Landkreisen finden sich 35 bayerische Regionen aus allen sieben Regierungsbezirken. Wir können sagen: Wir haben Bayern insgesamt vor substanziellen Schäden an seiner Struktur bewahrt. Wir werden konsequent daran arbeiten, dass Bayern insgesamt weiterhin einen guten Weg nimmt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nehmen Sie die Arbeitslosigkeit: Bayern liegt mit seiner niedrigen Arbeitslosenquote gemeinsam mit Baden-Württemberg bundesweit an der Spitze. Bei den Jugendlichen unter 20 Jahren - eine ganz wichtige Gruppe, weil wir jungen Leuten das Signal geben wollen, dass sie nach ihrer Ausbildung nicht überflüssig sind, sondern gebraucht werden - liegen wir mit einer Arbeitslosenquote von nur 2 % auf einem Spitzenplatz. Das ist soziale Politik, wie wir sie in Bayern verstehen. Das ist Ausdruck des gemeinsamen Entwickelns von Zukunftspotenzialen und des Förderns von Talenten, wie wir es uns vornehmen.

Dennoch haben wir Augenmaß bewahrt; denn auch der Doppelhaushalt in der Krise 2009/2010 kam ohne neue Schulden aus. Während im übrigen Europa in den vergangenen beiden Jahren die Defizite explodierten, konnten wir von den Ergebnissen unserer Politik zehren. Wir konnten darauf zurückgreifen, dass wir in den guten Zeiten nicht auf die Vorschläge der Opposition gehört, sondern Rücklagen für schwierige Zeiten gebildet haben. Das war unser Erfolgsrezept.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das werden wir auch im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2010 konsequent fortsetzen. Ich habe dem Haushaltsausschuss in der letzten Woche bereits über die wesentlichen Ergebnisse des Haushaltsvollzugs 2010 berichtet. Mit den Haushaltsverbesserungen können wir, wie im Entwurf des Doppelhaushalts vorgesehen, 1,6 Milliarden Euro zum Abgleich des Doppelhaushalts 2011/2012 verwenden. Wir arbeiten nach einem guten alten deutschen Sprichwort: Wir sparen in der Zeit, um für die Not Vorsorge zu betreiben. - So macht man vernünftig und erfolgreich antizyklische Politik. So belassen wir uns die Freiräume, um gestalten zu können.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf von der SPD)

Wir werden mit dem guten Jahresabschluss darüber hinaus in angemessenem Umfang wieder für allgemeine Haushaltsrisiken vorsorgen und selbstverständlich Rücklagen zur Absicherung des Haushalts ohne Neuverschuldung aufbauen. Wir wollen Vor-

sorge betreiben, weil wir uns der besonderen Verantwortung dafür bewusst sind, dass auch in Zukunft gilt: Nur stabilen Staaten, nur soliden Staaten, nur Staaten, die aktiv Einfluss nehmen können, gehört die Zukunft. Das muss unser Auftrag sein, und so werden wir auch den Haushaltsabschluss 2010 betreiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen war auch der Fahrplan zum Entwurf des Doppelhaushalts richtig. Ich weiß sehr wohl, dass wir an dieser Stelle eine Ausnahme gewählt haben. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir konnten unsere Konsolidierungspolitik punktgenau im November im Lichte der Steuerschätzung mit der Zukunftsgestaltung verbinden. Das liegt auch an unserer Grundphilosophie: Wir wollen den Menschen mit unseren Rahmenbedingungen, mit einem Doppelhaushalt im Volumen von zweimal 43 Milliarden Euro auch Sicherheit geben. Wir wollen belastbare Signale ins Land senden. Wir wollen mit dem staatlichen Handeln einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität in Umbruchzeiten liefern.

Zu Beginn der Krise sind wir durch rasches Handeln, durch eine schnelle Reaktion sofort handlungsfähig gewesen. Dann haben wir durch klare und verlässliche Signale weiter Vertrauen geschaffen. Ich bedanke mich ausdrücklich beim Haushaltsausschuss, bei seinem Vorsitzenden, bei seinen Mitgliedern und natürlich auch bei den die Regierung tragenden Fraktionen dafür, dass sie diesen Fahrplan, der nicht auf Schnellschüsse und Überschriften, sondern auf Sicherheit und Vertrauen gesetzt hat, mitgetragen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Monaten große Anstrengungen unternommen. Wir haben wiederum etwas erreicht, was uns viele vor einem halben Jahr nicht zugetraut haben, was für viele noch als unerreichbar galt: Der bayerische Staatshaushalt kommt auch in den Jahren 2011 und 2012 ohne einen einzigen Cent neue Schulden aus. Wir brauchen in Bayern keinen Konsolidierungspfad.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Lebhafter Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Bei uns ist der Haushalt ohne Schulden kein Fernziel. In Bayern ist er Realität, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Dabei hat uns natürlich auch der einsetzende Aufschwung geholfen. Das war aber weder Glück noch Zufall. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war das Ergebnis harter Arbeit, das war das Ergebnis vieler Entscheidungen in den mittelständischen Unternehmen in Bayern in den letzten zwei Jahren, das Ergebnis eines gut geführten Dialogs, weil wir gemeinsam über die Brücke in die Beschäftigung, über den Mittelstandsschirm, über die Steuersenkung zur Abwrackprämie und zur Umsetzung des Konjunkturpakets in Bayern Wege gegangen sind, die immer von einem Ziel getragen waren: Wir wollen all das, was wir einsetzen können, verwenden, um Bayern schneller als andere aus der Krise herauszuführen. Das ist uns dank des Verantwortungsbewusstseins der Unternehmerinnen und Unternehmer, dank des guten Zusammenspiels zwischen Wirtschaft und Verwaltung und dank der richtigen Schwerpunktsetzung in der Politik mustergültig gelungen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unsere Grundüberzeugung geht aber über den Haushalt ohne neue Schulden hinaus. Wir wollen nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung und Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leisten. Von Bayern aus haben wir es in den letzten Jahren geschafft, dass sogar das deutsche Grundgesetz mittlerweile eine Schuldenbremse vorsieht. Wir denken also heute schon daran, Chancen wieder zu eröffnen, um auch in Zukunft notwendige Freiräume zu schaffen.

Das ist der Grund, weshalb wir im Doppelhaushalt nicht nur darauf geachtet haben, ohne neue Schulden auszukommen, und weshalb wir Hauptschwerpunkte auf die Ent-

wicklung Bayerns als Familienland, auf die Entwicklung Bayerns als Bildungsland, auf die Entwicklung Bayerns als Innovationsland, auf die finanzielle Ausstattung der Kommunen, der Städte und Gemeinden, der Landkreise und Bezirke in Bayern setzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können und wollen es uns nicht leisten, uns auf den Ergebnissen der letzten beiden Jahre auszuruhen, sondern wir wollen die Chancen, die sich uns jetzt eröffnen, nutzen, um Bayern, um die Menschen in Bayern, um die Unternehmen in Bayern auch weiter gut zu positionieren. Das ist unsere Aufgabe, und ihr soll dieser Doppelhaushalt gerecht werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Um neue Gestaltungsspielräume zu schaffen, bedarf es des Muts. Das ist der Grund, weshalb wir uns in einem Sparpaket von 1,8 Milliarden Euro der Herausforderung gestellt haben, ausgewogen und klug zu sparen, um damit die Grundlage zu schaffen, intelligent investieren zu können. Das Sparpaket setzt sich je etwa zur Hälfte aus Sparbeiträgen der Ressorts und aus globalen Einsparungen im Personalsektor zusammen.

Natürlich sind uns vor allen Dingen die Maßnahmen gegenüber den eigenen Beschäftigten nicht leicht gefallen, aber Einsparungen im Personalbereich sind angesichts des Anteils der Personalausgaben am Gesamthaushalt letztlich unvermeidbar. Wir haben dabei allerdings überwiegend Maßnahmen ausgewählt, die die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schonen: die Aussetzung der Zuführungen zum Vermögensfonds, die teilweise Aussetzung bei der Versorgungsrücklage in den Jahren 2010 und 2011, die Übertragung der Rabattregelung der gesetzlichen Krankenversicherung auf die Beihilfe, die Absenkung der Eingangsbesoldung, allerdings zeitlich bis zum April 2013 befristet, das heißt längstens für zwei Jahre, die Verlängerung der Wiederbesetzungssperre von drei auf 12 Monate, aber auch die Nullrunde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Alternative wäre gewesen, das neue Dienstrecht zu beschneiden. Das ist nicht unser Ziel. Wir haben mit Absicht strukturel-

le Verbesserungen des neuen Dienstrechts für die Beschäftigten erhalten, weil wir auf das Instrument eines motivierten, eines auf Leistung ausgerichteten öffentlichen Dienstes setzen. Die Alternative wäre gewesen, die Regelung zur Altersteilzeit wieder anzugreifen. Wir halten an ihr fest, und wir halten auch an unserem Versprechen fest, die Arbeitszeit der Beamten wieder zu reduzieren. Dieser Doppelhaushalt ist der Beweis dafür, dass diese Zusage eingehalten wird. Am 1. August 2012 tritt die erste Stufe in Kraft. Wir verkürzen die Arbeitszeit um eine Stunde. Für die Arbeitszeitverkürzung sieht der Haushaltsentwurf insgesamt fast 2.500 neue Stellen vor. Die Staatsregierung und die sie tragenden Fraktionen halten Wort. Wir halten an der Altersteilzeit fest, wir halten an der Kürzung der Wochenarbeitszeit fest. Uns geht es darum, einen motivierten, einen zupackenden öffentlichen Dienst zu haben, weil wir ihn als Vorteil für den Standort Bayern empfinden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Haushaltsvolumen steigt in den Jahren 2011 und 2012 leicht an. Das liegt nicht zuletzt auch am Länderfinanzausgleich, auf den allein 0,8 Prozentpunkte der Steigerung 2011 entfallen. Das formale Ausgabevolumen beträgt deshalb 42,7 Milliarden Euro im Jahr 2011 und 43,1 Milliarden Euro im Jahr 2012.

Die Investitionsquote entwickelt sich leicht rückläufig auf 11,9 % im Jahr 2011 und auf 10,8 % im Jahr 2012. Das ist nicht gut, meine sehr verehrte Damen und Herren, aber man darf an dieser Stelle nicht vergessen, dass die Hauptgründe für diese Quotenberechnung der Rückgang der Sondermittel aus dem Konjunkturpaket II und das Auslaufen der Programme "Zukunft Bayern 2020" sind. Aber es bleibt dabei - das ist für uns in Bayern wichtig -: Die Investitionsquote des Freistaats ist nach wie vor bundesweit der Maßstab. 2011 übertreffen wir zum Beispiel unsere Freunde in Baden-Württemberg, die bei einer Investitionsquote von 8,6 % liegen, um ein ganzes Drittel. Die Zukunft spricht bayerisch, die Investitionen sind in Bayern, und die Investoren können sich in Bayern eingeladen fühlen. Das ist unser Dreiklang, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir setzen in den beiden Jahren 2011 und 2012 gezielt Schwerpunkte bei der Unterstützung von Familien, beim Ausbau unserer Bildung und bei Innovationen. Hierzu ist geplant, unsere Rücklagen, die im alten Jahr nicht benötigten Grundstockablieferungen sowie Erlöse aus der Veräußerung von Eon-Aktien einzusetzen. Das ist transparent im Doppelhaushalt ausgewiesen.

Wir stehen damit für Kontinuität in der Politik: "Gestalten statt Besitzen". Unser Anspruch muss sein, dass wir mit den Privatisierungserlösen, mit den staatlichen Anteilen gestalten, und unser Anspruch muss jetzt sein, dass wir die Zeit nutzen, dass wir unseren Vorsprung nutzen, um ihn in strukturelle Fortschritte umzumünzen, die die Grundlage für Wohlstand und Wachstum in den nächsten zehn Jahren bilden. Das ist unsere Grundüberzeugung. Deshalb aktivieren wir die Erlöse und die Rücklagen gerade in dieser Zeit des Umbruchs. Wir wollen, dass sich Bayern in den nächsten zwei Jahren weiter nach vorn entwickelt und nicht Stillstand herrscht in unserem Lande.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben diese Grundstockablieferungen vorgesehen, um unsere politischen Schwerpunkte ohne neue Schulden zu verwirklichen. Da stellt sich schon die Frage an die Opposition: Wollen Sie das nicht? Wollen Sie vielleicht das Bildungssystem in Bayern schwächen?

(Hubert Aiwanger (FW): Das machen Sie schon!)

Wollen Sie die Familien wieder belasten? Wenn Ihr Bundesvorstand beschließt, das Wachstumsbeschleunigungsgesetz zurückzunehmen, dann müssen Sie den Menschen, die Kindergeld erhalten und von den höheren Kinderfreibeträgen profitieren, sagen, dass Sie ihnen das Geld wieder wegnehmen wollen. Das ist Ihre Beschlusslage.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wollen Sie in der Situation auf Investitionen und Innovationen verzichten, oder wollen Sie vielleicht, wie Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen, wieder neue Schulden machen? Es ist ein Skandal: Keine zwölf Monate nach Einsetzung der Schuldenbremse macht die neue Regierung in Nordrhein-Westfalen 7,8 Milliarden neue Schulden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Seien Sie sich dessen sicher: Das machen wir nicht. Wir beanspruchen den Grundstock nicht stärker, als wir müssen. Wir werden im März die Abrechnung zum Länderfinanzausgleich des Vorjahres erhalten. Ich rechne mit einer Erstattung von rund 400 Millionen Euro. Nach Abwägung mit anderen Positionen des Haushalts und nach dem Zusammenspiel zwischen den Regierungsfractionen werde ich hierzu bei der Beratung zum Einzelplan 13 eine Nachschubliste vorlegen. Ich gehe davon aus, dass wir aufgrund der Rückzahlung aus dem Länderfinanzausgleich im Jahr 2011 auf die vorgesehene Grundstockablieferung weitestgehend verzichten können. Wir halten unser Pulver trocken, weil wir in Konsequenz der Weltwirtschaftskrise gesagt haben: Wir brauchen auch in Zukunft Spielräume, und wir wollen uns Gestaltungsspielräume offenhalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Rinderspacher, wissen Sie, wohin Sie Ihre Schuldenuhr bringen müssen? Sie müssen sie nach Düsseldorf bringen und dort aufstellen. Dort würde sie rasend schnell voranschreiten. Dort gilt es einmal nachzufragen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Es war doch die CDU, die das Land fast ruiniert hätte!)

Dann kommt hinzu: Sie liegen auch in der Sache falsch. Ihre Schuldenuhr für die Zinsen der Stabilisierung der BayernLB müssen Sie nämlich auch fachlich anhalten. Wir machen für die Zinsen der Landesbank keine Schulden, sondern wir nehmen sie aus

der Rücklage. Schauen Sie endlich mal in den Haushaltsplan! Da steht es. Bitte lernen Sie das einmal nach drei Jahren.

Für die Landesbank verfolgen wir im Übrigen einen klaren Kurs. Wir haben zum Wohl der bayerischen Wirtschaft die Bank stabilisiert, da wir über die tragende Rolle der Sparkassen zur Kreditversorgung des bayerischen Mittelstands Bescheid wissen. Wir haben sie neu positioniert. Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass die Bank allein nach internationalen Bilanzierungsregeln im alten Jahr einen Gewinn von 800 Millionen Euro gemacht hat. Unsere Operation war richtig und erfolgreich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Trotzdem gilt es, in der Zukunft alle weiteren Optionen zu prüfen, das Geschäftsmodell weiter zuzuspitzen, sich als Partner des bayerischen Mittelstands zu positionieren, sich als Partner der örtlichen Kreis- und Stadtparkassen zu verstehen und damit die Prosperierung und Entwicklung guter Verhältnisse in Bayern als Mittelpunkt unseres Geschäftsmodells zu sehen. Dabei sind wir auf einem guten Weg. Ich kann auch die Opposition an dieser Stelle nur erneut dazu aufrufen: Beteiligen Sie sich konstruktiv an diesem Weg, statt eine vergangenheitsorientierte Hätte-wäre-wenn-Politik zu betreiben. Die Verantwortlichen müssen sich in geregelten Verfahren ihrer Verantwortung stellen. Seien Sie sicher, dass wir an dieser Stelle nicht nachlassen werden. Vorstände, die lügen und betrügen und mit krimineller Energie Geld auf die Seite schaffen, müssen vor Gericht gestellt werden. Das gilt auch in dieser Koalition und dieser Regierung als selbstverständlich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Hier in Bayern verstehen wir Familien als Keimzellen der Gesellschaft. Wir reden nicht nur darüber, sondern wir zeigen das auch mit Taten; denn die Gesellschaft von morgen ist nur so gut, wie es die Familien von heute sind. Deshalb steht Familienpolitik seit jeher im Zentrum bayerischer Politik. Deshalb steigern wir im Doppelhaushalt die familienbezogenen Leistungen um rund 10 % auf über 2 Milliarden Euro.

(Hubert Aiwanger (FW): Kindergartengebühren abschaffen!)

Wir halten an unserer Zusage, Herr Aiwanger, bezüglich der Investitionskostenförderung für den Krippenausbau bis hin zur Bedarfsdeckung fest. Zeigen Sie mir ein zweites Bundesland in Deutschland, das nicht nur die Bundesmittel eins zu eins durchleitet, sondern mittlerweile auch noch über 100 Millionen dazugibt. Es gibt kein zweites Land in Deutschland, das so handelt.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Sie wollen Vorreiter sein!)

Wir stehen auch in der Partnerschaft zu unseren Kommunen; denn wir beteiligen uns nicht nur am Aufbau der Einrichtungen, sondern wir stehen auch in der Verpflichtung, uns an den Betriebskosten zu beteiligen. Die Ansätze steigen von 848 Millionen im alten Jahr auf über 1 Milliarde im Jahr 2012. Wir vermelden: Wir helfen den Kommunen in Bayern mit einer kommunalen Milliarde, allein um die Betriebskosten in den Kinderbetreuungseinrichtungen sicherzustellen. Das gibt es kein zweites Mal in dieser Republik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir bleiben dabei auch dem Grundsatz treu, die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Deshalb geben wir nicht nur für Kinderbetreuungseinrichtungen und deren Betrieb Geld aus, sondern wir setzen auch ein klares Signal für all diejenigen Familien, die zwar die Betreuung am Nachmittag in der Familie gewährleisten wollen, aber das Mittagessen organisiert haben wollen. Deshalb ist es ein besonderes Kennzeichen Bayerns im Zusammenhang mit Familie und Beruf, einen staatlichen Schwerpunkt auf die Fortsetzung der Mittagsbetreuung an Grund- und Förderschulen zu setzen. Der Ansatz 2012 beläuft sich auf immerhin fast 30 Millionen Euro, und wir ergänzen damit den weiteren Ausbau der Ganztagschulen. Mit der Stärkung der Familien legen wir ein tragfähiges Fundament für das Bildungsland Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit unseren hervorragenden Schulen, mit einer ausdifferenzierten Schullandschaft und einer exzellenten Hochschullandschaft bauen wir auf der Basis starker Familien weiter auf und entwickeln Bayern zum Bildungsland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Regierung Seehofer gibt mit diesem Doppelhaushalt im Jahr 2012 zwei Milliarden mehr in die Unterstützung der bayerischen Bildungslandschaft. Wir haben bei einem Staatshaushalt von knapp 43 Milliarden ein Ausgabevolumen von 15,3 Milliarden für Bildung, Schule und Hochschule, für berufliche Bildungsstätten und Ausbildungsstätten. Das ist ein wegweisender Schritt, den wir gehen, weil wir auf den Rohstoff Geist setzen und junge Menschen, älter werdende Menschen, selbst erwachsene Menschen über die Erwachsenenbildung anhalten wollen, den Rohstoff Geist weiter zu hegen und zu pflegen. Dieser steht im Mittelpunkt unseres Interesses.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir schaffen in den Jahren 2011 und 2012 jährlich 1.000 zusätzliche Lehrerplanstellen für die Verbesserung an den Schulen. Die Vereinbarung im Koalitionsvertrag von CSU und FDP zur Schaffung von jährlich 1.000 Lehrerstellen wird dabei im dritten und vierten Jahr in Folge trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen eingehalten. Darüber hinaus werden 1.320 zusätzliche Lehrerstellen zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung im Jahr 2012 bereitgestellt. Hinzu kommt die Finanzierung von weiteren 553 Stellen im Anschluss an das Zukunftsprogramm Bayern 2020 ab dem Jahre 2011. Zeigen Sie mir ein zweites Bundesland, das in diesen Zeiten solche Vorschläge macht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir stellen in der gebundenen Ganztagschule sicher, dass jedes Schuljahr neue Anfangsklassen nachwachsen können. Wir weiten den Aufbau von Ganztagschulen

aus. Weitere 500 Schulen können Ganztagschulen werden, und zwar nicht nur wie bisher an Grund-, Haupt- und Förderschulen, sondern seit diesem Doppelhaushalt auch an den weiterführenden Schulen.

Weil wir intensiv mit den Kommunen zusammenarbeiten, vergessen wir auch nicht die offene Ganztagschule. Neben den 500 neuen gebundenen Ganztagschulen können wir 225 zusätzliche Gruppen an den Förder-, Haupt-, Wirtschaftsschulen, Realschulen sowie den Gymnasien vorbereiten. Zeigen Sie mir ein zweites Land, das mit so viel Energie und so viel Macht die Kinderbetreuung an Schulen durch Kooperation vorantreibt. Sie werden keines finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 steigen wir im Übrigen auch in die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Die Inklusion behinderter Schüler wird mit insgesamt über 200 Lehrerstellen vorangetrieben. Wir machen die ersten Erfahrungen. Ich weise an dieser Stelle aber auch auf Folgendes hin: Wir müssen diese Modelle intensiv begleiten. Ich glaube nicht, dass die absolute Integration am Ende der richtige Weg ist. Wir werden beide Schulen brauchen. Wir brauchen gute und mit entsprechenden Mitteln ausgestattete Förderschulen, weil wir den Menschen mit ihren individuellen Talenten helfen müssen. Wir brauchen die Öffnung unserer Regelschulen, insbesondere für junge Menschen mit Behinderung. Das ist der bayerische Weg. Den wollen wir gemeinsam entwickeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sorgen dafür, dass die Hochschulen für die starken Jahrgänge und den doppelten Abiturjahrgang gut gerüstet sind. Insgesamt werden im Jahr 2011 38.000 zusätzliche Studienplätze finanziert. Die zusätzlichen 3.000 Stellen werden im Jahr 2011 pünktlich zum Beginn des Sommersemesters eingerichtet sein. Wir sind in Bayern so aufgestellt, dass wir den doppelten Abiturjahrgang als Chance nutzen, weil wir damit zum richtigen Zeitpunkt in die jungen Menschen investieren und ihnen eine gute Grundlage

geben können, ihre Ausbildung im Aufschwung schnell zu beenden und mit einem guten Job einen Beitrag zur Gegenfinanzierung zu leisten. Das ist Politik "Marke weiß-blau".

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb wird in Bayern an allen Hochschulen gebaut: Von der Fachhochschule Regensburg mit einem Volumen von 56 Millionen Euro bis hin zur Fachhochschule Kempten mit einem Volumen von 26 Millionen Euro wird im ganzen Land Platz für Studierende geschaffen.

Der Neubau des Chemikums an der Uni Erlangen-Nürnberg kostet 80 Millionen Euro, der Erweiterungsbau der Fachhochschule Ingolstadt 51 Millionen Euro. Das sind nur ein paar Beispiele aus unserem umfassenden Ausbauprogramm. Zeigen Sie mir ein zweites Bundesland, das den Ausbau seiner Universitäten und Fachhochschulen so intensiv betreibt. Sie werden kein zweites finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Insgesamt steht dem Wissenschaftsminister für Hochschulen und Kultur eine Milliarde Euro zur Verfügung. Das sind pro Jahr also rund 500 Millionen Euro. Damit übertreffen wir in Bayern im Jahr nach der Krise sogar die Zielgröße unseres Zehnjahresprogramms von 4 Milliarden Euro, also 400 Millionen jährlich. Bayern entwickelt sich zum Bildungsland Nummer eins. Bayern entwickelt sich zum Hochschul- und Universitätsland Nummer eins. Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen, weil wir wissen, wo wir Schwerpunkte zu setzen haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir vergessen dabei auch die Studierenden nicht, die Unterstützung brauchen. Das BAföG wird deutlich erhöht. 2011 steigen die Mittel um 130 Millionen Euro. 2012 werden gegenüber 2010 90 Millionen Euro mehr veranschlagt.

Während sich andere Bundesländer das Geld vom Bund zurückholen, geht Bayern einen anderen Weg. Wir haben die BAföG-Unterstützung mitgetragen. Wir werden die Bundesmittel, die wir den Hochschulen als Kompensation zur Verfügung gestellt haben, von diesen nicht zurückfordern, sondern sie ihnen belassen. Das macht im Jahr 2011 noch einmal 8 Millionen Euro aus, und 2012 sind es 16 Millionen Euro. Diese Mittel belassen wir den Universitäten, weil wir unser Bekenntnis zum Hochschulstandort Bayern mit Taten unterlegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden weiter daran arbeiten, dass das innovationsfreundliche Klima in Bayern noch gesteigert wird. Bayern ist in Deutschland die Gründerhochburg. Wenn man die Neuausrichtungen und die Schließungen gegeneinanderrechnet, stellt man fest, dass wir im Jahr 2009 in Bayern 34.800 neue Gründer begrüßen konnten. Alle anderen Bundesländer sind weit abgeschlagen. Das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen krebst bei 25.000 neuen Gründern. Mit Verlaub, selbst unser Nachbarland Baden-Württemberg kann im Saldo nur 16.000 Neugründungen vermelden. Mit über 34.000 Neugründungen haben wir in Bayern glatt das Doppelte von Baden-Württemberg erreicht. Wir setzen auf junge Menschen, wir setzen auf Unternehmertum. Wir setzen auf Menschen, die in Bayern investieren und neue Unternehmen gründen. Das ist unsere Politik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dabei begleiten wir die Unternehmen dadurch, dass wir Schwerpunkte setzen, insbesondere was die Innovationsthemen unseres Landes und unserer Gesellschaft in der Welt angeht. Dazu zählt die Elektromobilität. Dazu zählt die Biosystemforschung. Für das Forschungsnetzwerk Biosystemforschung stehen 18 Millionen Euro bis 2014 bereit. Wir verbinden unsere Hochschulen von München über Nürnberg, Regensburg bis Würzburg, weil wir diesen Verbund als Stärke Bayerns verstehen. Wir nehmen Staats-

gelder in die Hand, um den Neubau des Forschungszentrums für molekulare Biosysteme an der LMU München mit Gesamtkosten von 29 Millionen Euro zu tragen.

Wir schaffen am Klinikum Augsburg ein universitäres Zentrum für Gesundheitswissenschaften mit drei Lehrstühlen, weil wir darauf drängen, dass der Hochschulstandort Bayern weiter ausgebaut wird, und weil wir in der Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft die Lösung der Themen der Welt sehen und stolz darauf sind, dass Bayern dazu einen Beitrag leisten kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dabei bleibt die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern eine zentrale Aufgabe der Staatsregierung. Der demografische Wandel stellt auch ganz Bayern und alle Politikbereiche vor große Herausforderungen.

In den ländlichen Gebieten sind die Auswirkungen besonders spürbar. Die Staatsregierung hat sich unter der Leitung unseres Ministerpräsidenten dieser Aufgabe ganz speziell gestellt. Wir lassen keinen Zweifel daran, dass wir diese Aufgabe gemeinsam mit der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern lösen wollen. Wir hängen keinen Raum ab, weil die Stärke Bayerns in seiner gesamtheitlichen Entwicklung liegt.

Schauen Sie sich den Länderfinanzausgleich an. Dann erkennen Sie, dass es nur ein Land gibt, welches diesen Weg gegangen ist: den Wechsel vom Nehmer zum Geber. Wir sind mittlerweile der stärkste Geber. Das gilt für alle Bereiche. Darauf kann ganz Bayern stolz sein. Deshalb muss sich ganz Bayern weiterhin gut entwickeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen bringt die bisherige Politik für den ländlichen Raum sichtbare Erfolge. Als Beispiel nenne ich die Stadt Hof. Trotz schwierigster Rahmenbedingungen hat sich die Arbeitslosenquote dort in den letzten Jahren halbiert, nämlich von 13,6 auf 7,2 %. Diese Quote ist immer noch zu hoch. Wir müssen natürlich weiter daran arbeiten, den

Menschen Chancen zu eröffnen. Aber den Erfolg, dass wir die Arbeitslosenquote in Hof halbiert haben, lassen wir uns nicht wegnehmen. Das ist ein Erfolg der Unternehmen und der Menschen vor Ort sowie der Rahmenbedingungen, die die Bayerische Staatsregierung für die Region geschaffen hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich darf darauf hinweisen, dass auch die Republik auf diese Entwicklung mit Interesse reagiert. Die Initiative "Neue Soziale Marktwirtschaft" weist Hof aus und gibt der Region Hof den Platz 6 unter den Top Hundert. Sie ist besonders dynamisch. Vor Hof liegen Bayreuth und Bamberg, ebenfalls Städte einer Region, deren Aufschwung das mit dem alten Doppelhaushalt 2009/2010 aufgelegte Nord-und-Ostbayern-Programm gezielt unterstützt hat.

Auf der Basis der Erfolge in den alten Jahren werden wir diese Politik konsequent fortsetzen.

Wir werden deshalb den Ausbau unseres Netzes von Technologietransferzentren vorantreiben. Wir wollen die Forschungsergebnisse in Produkte der regionalen Wirtschaft umsetzen. Für die neuen Zentren an den Fachhochschulen von Aschaffenburg bis Kempten stellen wir bis zum Jahr 2014 deshalb insgesamt über 30 Millionen Euro zur Verfügung. Daneben investieren wir in neue Anwenderzentren, z. B. für den Werkstoff Karbonfaser in Augsburg mit über 16 Millionen Euro.

Der Schonung der Ressourcen dient das Zentrum für Wertstoff-Kreisläufe und Wertstoff-Substitution in Aschaffenburg. Dafür werden bis 2014 5 Millionen Euro aufgebracht.

Für den Neubau des Zentrums für Keramische Verbundstrukturen in Bayreuth stellen wir 7 Millionen Euro zur Verfügung.

Dies ist eine Liste von Initiativen, die sich sehen lassen kann und ganz Bayern nach vorn bringt. Sie wird begleitet vom Ausbau der Breitbandanbindung der Kommunen

mit 45 Millionen Euro. Zeigen Sie mir ein zweites Bundesland in Deutschland, das so etwas machen kann. Sie werden keines finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir gehen gezielt und gemeinsam vor. Für die Elektromobilität schaffen wir ein Forschungs- und Entwicklungszentrum in München und Würzburg. Wir ziehen drei Modellregionen in Bad Neustadt, Garmisch Partenkirchen und im Bayerischen Wald hinzu. Das ist eine zentrale Aufgabe: Wie können wir unser Autoland, wie können wir Bayern in einer zentralen Frage unserer wirtschaftlichen Prosperität positionieren? Zeigen Sie mir ein zweites Bundesland, das in der Lage ist, 64 Millionen Euro Steuer-gelder in die Hand zu nehmen, um sich dieser Aufgabe zu stellen. Zeigen Sie mir ein zweites Bundesland, das in der Lage ist, mit den Wissenschaften, den Unternehmen, mit den Automobilherstellern und mit drei Partnerregionen ein so breites Programm aufzulegen. Sie werden kein zweites finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dem Wirtschaftsminister stehen unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Regionalförderung 108 Millionen Euro im Jahr 2011 und 110 Millionen Euro im Jahr 2012 zur Verfügung. Nicht zu vergessen ist die einzelbetriebliche Investitionsförderung des Landwirtschaftsministers, weil uns auch an der Stelle daran gelegen ist, nicht nur den industriellen Mittelstand richtig zu positionieren, sondern auch die bäuerliche Landwirtschaft mitzunehmen. Deshalb haben wir allein sieben Millionen Euro mehr Landesmittel dafür reserviert, den Bäuerinnen und Bauern mit der einzelbetrieblichen Investitionsförderung Hilfen zu geben. Auch die bäuerliche Landwirtschaft muss auf die Zukunft hin ausgerichtet werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir bleiben auch in Zukunft ein Bundesland, das Prioritäten zu setzen und ohne neue Schulden zu arbeiten weiß, ein Bundesland, das als verlässlicher, starker Partner an

der Seite seiner Kommunen steht. Wir stehen zur originären Einnahmequelle der Kommunen: Die Bayerische Staatsregierung wird sich für eine Abschaffung der Gewerbesteuer gegen den einhelligen Wunsch der Kommunen nicht einbringen. Wir werden uns stattdessen auf der Ausgabenseite für Entlastungen durch den Abbau von Standards stark machen, und wir werden den Bund in die Verantwortung nehmen. Wir brauchen nicht nur Ankündigungen, dass der Bund einmal acht Milliarden oder einmal vier Milliarden zu tragen bereit sei, sondern wir brauchen Entscheidungen. Die Bundesregierung muss bis Mitte des Jahres die Arbeiten in der Gemeindefinanzkommission abgeschlossen haben. Wir brauchen mehr Planungssicherheit für die Kommunen. Sie sind ein tragendes Element, sie sind die tragende Säule unserer Gesellschaft. Es muss aufhören, dass den Kommunen mit neuen Standards Freiheit und Flexibilität genommen wird. Wir müssen den Bund endlich in die Verantwortung nehmen: Mit der Politik, die er mit der Einführung der Grundsicherung losgetreten hat, dürfen die Kommunen nicht zum Zahlel werden.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Der zentralen Rolle der Kommunen als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft wird der kommunale Finanzausgleich 2011 gerecht. Die Landesleistungen steigen saldiert um 71 Millionen Euro auf über 6,3 Milliarden Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

Wir haben eine strukturelle Verbesserung hinterlegt; denn der Kommunalanteil des allgemeinen Steuerverbundes wird von 12 % auf 12,2 % angehoben.

Wenn Sie sich die Einzelheiten anschauen, stellen Sie fest: Die Investitionen in Bildung, in den Schulausbau, die Verkehrsinvestitionen - sie alle bleiben stabil oder steigen an. Die Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung bleiben nicht nur stabil, sondern wir erhöhen sie, weil wir die Zusage gegeben haben, uns mit 60 % an den Kosten und den Aufwendungen für die Schülerbeförderung zu beteiligen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Es waren schon einmal 80 %!)

Wir bleiben an der Stelle vertragstreu und gehen diesen Weg konsequent weiter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Doppelhaushalt des Landes sieht keine neuen Schulden vor, obwohl wir auf der Basis der November-Steuerschätzung für den Länderfinanzausgleich 2011 rund 3,8 Milliarden Euro und in 2012 circa 4 Milliarden Euro einplanen müssen. Dieses Volumen - um das richtig einzuordnen - bewegt sich in der Größenordnung der Ausgaben für die bayerischen Hochschulen. Wir könnten also noch einmal doppelt soviel im Hochschulbereich machen, wenn der Länderfinanzausgleich nicht so wäre, wie er sich momentan darstellt.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf von der SPD: Machen Sie doch einen Vorschlag!)

Dabei verlassen wir keineswegs die Solidarität, sondern wir kritisieren vielmehr die Fehler im System. Wenn die Nehmerländer auf Dauer am Tropf der Geberländer hängen, wenn der aktuelle Finanzausgleich am Ende zu einer Strafsteuer für wirtschaftlich erfolgreiche Länder wird, dann kann das System so nicht bleiben. Das geltende System verhindert, dass andere Länder dem Vorbild Bayerns folgen, das diesen Sprung geschafft hat. Deshalb ist es unser Ziel, den Länderfinanzausgleich zu ändern. Deshalb wollen wir gemeinsam mit Baden-Württemberg und Hessen im Zweifelsfall klagen. Wir wollen verhandeln und wollen Ergebnisse haben. Aber wenn niemand bereit ist, das System neu auszurichten, wenn dieses falsche System weiter so betrieben wird, dann müssen wir im Selbstverständnis gegenüber dem bayerischen Steuerzahler und der bayerischen Steuerzahlerin eine Entscheidung suchen, und dann werden wir diesen Weg beschreiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Was Bayern ausmacht, ist der Anspruch, aktiv Politik zu gestalten. Was Bayern ausmacht, ist die Tatsache, dass wir dieses Land mit aktiver Wirtschaftspolitik nach vorne gebracht haben. Was Bayern ausmacht, liegt darin, dass wir auch in der Steuerpolitik nicht sagen: Wir könnten uns auf unseren Lorbeeren ausruhen und die Hände in den Schoß legen. Wir sind vielmehr der festen Überzeugung, dass die Konsolidierung der staatlichen Haushalte mit einer Steuerpolitik einhergehen muss, die die Wachstumskräfte in unserem Lande stärkt. Deshalb darf die aktive Steuerpolitik keine Auszeit nehmen. Unsere Wettbewerber schlafen nicht, und auch unser Steuersystem steht im Wettbewerb. Dazu gehört unter anderem auch das Thema Steuervereinfachung, und dazu gehört das Problem, dass wir uns mit dem Einkommensteuertarif auseinandersetzen müssen; denn die kalte Progression läuft Gefahr, demotivierend für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für unsere Bürgerinnen und Bürger zu werden. Stellen Sie sich einmal vor, dass es im Laufe des Jahres vielleicht nach harten Auseinandersetzungen zu Lohnsteigerungen von zwei oder zweieinhalb Prozent kommt und am Ende der Bürger beim Blick auf den Lohnsteuerjahresausgleich feststellt, dass ihm mehr weggenommen wird als je zuvor. Das hätte eine demotivierende Wirkung, die wir ausschalten müssen. Wir brauchen Zukunft und Leistungsbereitschaft und nicht Demotivation in unserem Steuerrecht.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den Freien Wählern)

Mit Sicherheit werden wir die Steuervorschläge der SPD nicht weiter verfolgen. Wer in dieser Situation auf Neid und Missgunst setzt, und wer in dieser Situation wieder anfängt, Keile in unsere Gesellschaft zu treiben, geht den falschen Weg. Sie wenden sich von einer Steuerpolitik gegen die Arbeitslosigkeit ab.

(Harald Güller (SPD): Na, na!)

Sie wenden sich gegen die Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Sie wollen die Steuerbürger mit mehr Bürokratie und leistungsfeindlichen Steuererhöhungen belasten. Diese Vorschläge sind schlicht und einfach unbrauchbar.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Europa steht vor großen Herausforderungen. Zu den zentralen Aufgaben zählen solide Finanzen und mehr Nachhaltigkeit. Konsolidierung und dauerhafte Stärkung der Wachstumskräfte müssen überall in Europa zu vorrangigen politischen Zielen werden. Das ist die zentrale Aufgabe für die Europäische Union, aber auch für jeden einzelnen Mitgliedstaat und auch für jede einzelne Region.

Wir in Bayern setzen dabei auf Stabilität im Wandel. Wir stellen uns mit dem Haushalt ohne Neuverschuldung unserer Verantwortung, der jungen Generation nicht nur keinen Schuldenberg, sondern auch Chancen zu hinterlassen. Wir setzen mit den Schwerpunkten Familie, Bildung und Innovation auf die bestmögliche Vorbereitung für die Zukunft. Wir wollen keine Blockade in der Steuerpolitik. Wir wollen einen Aufbruch.

Wir stehen für ein starkes und stabiles, für ein sicheres und soziales Bayern. Wir stehen für den Aufbruch Bayern, damit Bayern seinen europäischen Spitzenplatz stärkt und wo immer möglich ausbaut; denn unsere Politik für Wachstum und Wohlstand kommt allen Menschen in Bayern zugute. Dafür steht der Entwurf des Doppelhaushaltes 2011/2012.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der CSU: Bravo! - Harald Güller (SPD): 51 Minuten Märchenstunde!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, vielen Dank. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein Wort jetzt zur Geschäftsgrundlage: Die Rede des Herrn Staatsministers hat über 50 Minuten gedauert. Ich muss allerdings auch sagen, die Technik hat ihn verlassen; die Uhr lief bei ihm nicht. Bei uns gingen die Uhren. Aber gut. Ich unterbreche einen Staatsminister nicht, wenn er den Haushalt einbringt.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Die Gestaltung des Haushalts ist die wichtigste Aufgabe für uns hier im Hohen Haus.

(Zurufe von der SPD)

Nach der Geschäftsordnung haben die Fraktionen jetzt natürlich auch eine Redezeit von 50 Minuten. Ob davon Gebrauch gemacht wird, überlasse ich jeder Fraktion.

(Harald Güller (SPD): Wir können es inhaltlich viel kürzer!)

Herr Kollege Halbleib, Sie haben nun das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht mussten Sie, Herr Staatsminister, ja die Redezeit, die normalerweise vorgesehen ist, deshalb so überziehen, weil Sie möglicherweise trotz Ihrer Jubelarie zum bayerischen Staatshaushalt 2011/2012, so wie er nach Ihrer Auffassung aussehen soll, einen ziemlich hohen Erklärungsbedarf und einen reichlich hohen Rechtfertigungsbedarf gesehen haben. Da kann man Ihnen nicht eine Redezeit von 20 Minuten zumuten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich Ihre Rede bilanziere, stelle ich fest: Sie haben diese Zeit nicht für Informationen über den Doppelhaushalt verwendet, sondern zu 20 % für einen hohen Staatskammerton von Europa nach Bayern und wieder zurück. 20 % haben Sie für die übliche Marketing-Nummer gebraucht, die Sie zu diesem Entwurf seit September abziehen. Weitere 20 % haben Sie für Polemik benötigt. Das ist Ihr gutes Recht. Weitere 20 % haben Sie für die Erregung benötigt. Wahrscheinlich haben Sie mit der Erregung, die Sie selbst gezeigt haben, zwei Ziele verfolgt: Zum einen wollten Sie Ihre eigene Fraktion und Ihre eigene Regierungskoalition endlich einmal für den Entwurf zum Doppelhaushalt begeistern. Zum anderen haben Sie vielleicht gehofft, mit dieser Erregung die Autosuggestion, die Ihnen eigen ist, noch einmal zu stärken. Herr Staatsmi-

nister, in diesem Land gibt es keinen zweiten Minister, der über eine so große Fähigkeit der Autosuggestion verfügt.

(Beifall bei der SPD)

Eines haben Sie aber nicht getan: Sie sind nicht der Verpflichtung zur Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit nachgekommen. Diesen Geboten entspricht die Verpflichtung, den Bürgerinnen und Bürgern reinen Wein über die Staatsfinanzierung einzuschenken. Sie haben in den letzten Wochen und Monaten in der Staatsregierung mehr dafür getan, die Haushaltswirklichkeit im Freistaat Bayern zu schönen, zu tarnen und den Marketingschleier darüber zu legen, als den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, wie Sie in den nächsten zwei Jahren die Staatsaufgaben finanzieren werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nachdem der Haushaltsausschuss in der letzten Woche das Gärtnerplatztheater wegen der anstehenden notwendigen Investitionen besucht hat, möchte ich auch hier beim Bild des Theaters bleiben: Die Staatsregierung hat bisher alles getan, um in der zentralen Debatte über die Finanzierung und über die Schwerpunkte dieses Staatshaushalts schöne bunte Kulissen vor die haushaltspolitischen Tatsachen zu schieben. Das ist wie bei einem Theater, bei dem die Zuschauer mit einem tollen Bühnenbild in die Vorstellung gelockt werden, aber bereits nach der ersten Szene merken, dass das Schauspiel eher durchschnittlich oder mittelmäßig ist. Man merkt die Absicht und ist verstimmt.

Politisch gesehen ist das, was Sie bisher zum Entwurf des Staatshaushalts veranstaltet haben, ein Rückfall in das alte Staatsschauspiel unter dem früheren Chefdramaturgen Edmund Stoiber, von dem sich das Publikum ja abgewendet hat. Der neue Spielleiter, Ministerpräsident Horst Seehofer, hat wie immer versprochen, alles anders und besser zu machen. Er fällt aber in das alte Inszenierungsmuster zurück, allerdings ohne über die spielerische und finanzielle Substanz des alten Dramaturgen zu verfü-

gen. Der kaufmännische Direktor Fahrenschon - das haben wir heute erlebt - weiß das alles zwar, aber er macht gute Miene zum bösen Spiel. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Des Schauspiels erster Akt erzählt die Mär vom ausgeglichenen Haushalt. Was Sie heute vorgetragen haben, ist Ihr Staatsmärchen. Die Staatsregierung behauptet doch tatsächlich, dass dieser Haushalt 2011/2012 zum sechsten und siebten Mal in Folge ohne Nettokreditaufnahme und damit ohne neue Schulden auskomme. Das ist die Wiederholung einer krassen politischen Lüge. Rechnen Sie doch einmal nach: Bei allen Haushaltsjahren, in denen Sie sich des ausgeglichenen Haushalts gerühmt haben, also von 2006 bis zum Doppelhaushalt 2011/2012, kommt unter dem Strich für jedes Haushaltsjahr eine Nettoneuverschuldung von 1,42 Milliarden Euro heraus. Das ist wahrlich keine Erfolgsbilanz.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister, wir müssen einmal darüber reden, dass zwischen den regulären Einnahmen und den regulären Ausgaben beim Doppelhaushalt 2011/2012 erhebliche Finanzierungslücken klaffen. Das haben Sie heute überdeckt. Dabei sind die erheblichen Kürzungen in allen Ressorts in Höhe von jeweils 460 Millionen Euro pro Haushaltsjahr sowie die Sonderopfer des öffentlichen Dienstes in Höhe von etwa 500 Millionen Euro - ich runde die Zahlen - berücksichtigt.

Selbst wenn wir die zusätzlichen Steuereinnahmen im Jahre 2010 einbeziehen, beträgt die Finanzierungslücke zwischen den normalen Einnahmen und den Ausgaben des Freistaats Bayern für 2011 1,5 Milliarden Euro und für 2012 immerhin noch 1,3 Milliarden Euro, obwohl die Steuereinnahmen mit 31 Milliarden Euro im Jahr 2011 und mit 32,7 Milliarden Euro im Jahr 2012 kräftig ansteigen. Das heißt, der bayerische Staatshaushalt ist deutlich unterfinanziert. Daran hat auch Ihre heutige Rede nichts geändert.

(Beifall bei der SPD)

Die Staatsregierung muss nach Ihrem Entwurf tatsächlich neue Kredite beim eigenen Grundstock aufnehmen. Sie wissen, dass dies eine absolute finanzpolitische Notoperation ist. Wenn ich alle diese Punkte betrachte, muss ich sagen: Die Bezeichnung "ausgeglichener Haushalt" ist nicht nur verwegen, sondern damit werden die Öffentlichkeit und die bayerischen Bürgerinnen und Bürger für blöd verkauft.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt kommt hinzu: Der Entwurf des Doppelhaushalts kann nur deshalb ohne Nettoneuverschuldung ausgeglichen werden, weil Sie gerade das Gegenteil dessen machen, was Sie mit dem ausgeglichenen Haushalt versprechen, nämlich keine Lasten in die Zukunft zu verschieben. Sie verschieben Lasten in massivem Umfang in die Zukunft. Sie frieren zum Beispiel den Versorgungsfonds vollständig ein. Es gibt überhaupt keine Zuführungen mehr. Das einzige Ergebnis ist, dass die finanziellen Lasten von heute auf die Zukunft verschoben werden.

(Christa Naaß (SPD): So ist es!)

Das Gleiche tun Sie bei der staatlichen Infrastruktur. Wir haben eine dramatisch niedrige Investitionsquote. Trotz Ihrer Jubelarien liegt sie nur bei 10,8 %. Wir hatten einmal 20 %. Daraus wird unweigerlich eine verstärkte Verschuldung resultieren, weil die Abschreibungen, also der Wertverzehr, deutlich höher als die für Erneuerungen und für den Erhalt zugeführten Mittel sein werden. Der Oberste Rechnungshof schreibt Ihnen jedes Jahr ins Stammbuch, dass Sie hier Lasten von der Gegenwart in die Zukunft schieben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme zum zweiten Akt des Märchens. Das ist der "Aufbruch Bayern". Jetzt wird es besonders interessant. Der "Aufbruch Bayern" ist mit einem Abbruch an vielen anderen Stellen verbunden. Das wissen Sie selbst; deshalb wäre es Ihre Pflicht, dies

deutlich zu machen. Der "Aufbruch Bayern" ist mit Kürzungen in allen Ressorts, auch sehr empfindlichen, verbunden. Als Beispiele seien nur die sozialen, kulturellen und ökologischen Aufgaben des Freistaats Bayern genannt. Der "Aufbruch" ist zum Teil ein Etikettenschwindel, weil er selbstverständliche, überfällige und längst zugesagte Anpassungen an den tatsächlichen Bedarf enthält. Schlimmer ist, dass die Staatsregierung mit diesem Programm versucht, die Menschen anzulügen. Bei der Prüfung Ihres "Aufbruchs" hat sich nämlich herausgestellt, dass die Staatsregierung auch und gerade in den Bereichen kürzt, für die sie eine Verbesserung durch den "Aufbruch" angekündigt hat. Das ist besonders infam. Das muss ich Ihnen vorhalten. Das hat mit einer soliden Finanzpolitik überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen die Wiederholung eines alten Inszenierungsmusters erreichen. Es gibt aber einen entscheidenden Unterschied: Unter Stoiber konnte noch Tafelsilber in Milliardenhöhe verkauft werden, um Offensiven zu finanzieren. Jetzt ist das Tafelsilber weg. Der "Aufbruch Bayern" ist deshalb nicht einmal eine schlechte Kopie von Stoibers Offensiven. Wenn Sie ehrlich gewesen wären, hätten Sie über dieses Programm geschrieben: "Erst Abbruch, dann Aufbruch". Das ist die Kombination, die Sie diesem Hohen Hause vorlegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte beliebig viele Beispiele nennen. Ich möchte aber nur einige herausgreifen. Zunächst zur Wohnraumförderung für Familien. In der "Aufbruch"-Liste steht, dass die Wohnraumförderung in den Jahren 2011/2012 jeweils um 5 Millionen Euro verstärkt wird. Der normale Bürger denkt: Es wird mehr getan als bisher. Das glatte Gegenteil ist der Fall. Die Zahlen im Etat-Entwurf sprechen eine ganz andere Sprache. 2008 wurden für die Wohnraumförderung 32 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, im Jahr 2009 waren es 28 Millionen Euro, im Jahr 2010 waren es immerhin noch 30 Millionen Euro, und für das Jahr 2011 werden statt 30 Millionen Euro nur noch 25 Millio-

nen Euro und im Jahr 2012 sogar nur noch 20 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Das ist die "Steigerung", die der "Aufbruch" verspricht. Für diesen Bereich werden also 12,2 Millionen Euro weniger Landesmittel ausgegeben. Sie rühmen sich jedoch, einen "Aufbruch" zu machen und gaukeln den Leuten vor, diesen Bereich zu verstärken. Das ist absolut unseriös.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche tun Sie bei der Städtebauförderung. Hier betreiben Sie auf der Bundesebene eine unverantwortliche Politik, über die Sie sich in diesem Hohen Hause schon selbst beschwert haben. Sie haben gesagt, die Städtebauförderung müsste oben bleiben. Was tun Sie jedoch in Ihrem eigenen Staatshaushalt? Sie folgen der Bundesregierung. Schwarz-Gelb kürzt sowohl in Berlin wie auch in München die Mittel für die Städtebauförderung. Über Ihr "Aufbruch"-Programm versuchen Sie zu vermitteln, dass Sie diese Programme stärken würden. Dort stehen nämlich 4 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln drin. Fakt ist, dass die Städtebaufördermittel im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zurückgehen, zumindest bei den neuen Bewilligungen. Das ist keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung.

(Beifall bei der SPD)

In Reklamelisten vom "Aufbruch" verspricht die Staatsregierung 25 Millionen Euro mehr Mittel für die Straßeninfrastruktur im ländlichen Raum. Auch hier sieht die Realität anders aus. 2010 waren noch 219 Millionen Euro für den Staatsstraßenbau ohne PPP-Projekte in den regulären Etats. Der Ansatz für 2011 beträgt nur noch 175 Millionen Euro, also 45 Millionen Euro weniger, und für 2012 gar nur noch 137 Millionen Euro. Sie aber wollen der Öffentlichkeit, auch der politischen Öffentlichkeit, in Bayern verkaufen, dass Sie den Staatsstraßenbau durch eine Nennung im Programm "Aufbruch" verbessern. In Ihrem Haushaltsentwurf betreiben Sie aber tatsächlich genau das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zu einem Punkt, der mich wirklich umtreibt, Sie wahrscheinlich auch; aber Sie äußern sich anders. Ich meine die Gesamtmittel Investition. Die Staatsregierung erweckt den Eindruck, als wäre mit dem "Aufbruch" eine Stärkung der Investitionstätigkeit des Freistaats Bayern verbunden. Das Gegenteil ist auch hier der Fall. Das beweist der Vergleich mit der Entwicklung der Investitionsausgaben in den letzten fünf Jahren. Im Jahr 2006 lag die Summe der Investitionsausgaben des Freistaats Bayern bei 4,5 Milliarden Euro, also fast genau dort, wo sie 2012 mit 4,63 Milliarden Euro sein wird. Der Freistaat wird 2012 also nominell nicht mehr investieren als 2006. Wenn man die Inflation und Baupreissteigerungen berücksichtigt, ist das tatsächlich ein deutlicher Rückschritt. Der Rückgang hat auch nichts mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme zu tun, wie das Referenzjahr 2006 zeigt. Der Sachverhalt ist klar: Der Investitionsbedarf im Freistaat steigt, die Investitionen gehen deutlich zurück. 2012 wird der Freistaat eine historisch niedrige Investitionsquote haben. Der Unterschied zu den anderen westdeutschen Bundesländern, auf den Sie heute hingewiesen haben, ist stark zusammengeschrumpft; vom Vorsprung Bayerns ist wenig übrig geblieben, noch weniger von den Investitionsquoten früherer Jahre.

Sagen Sie nicht nur, was Sie in diesem und im nächsten Jahr finanzieren wollen. Diese Liste ist zwar interessant, aber viel zu kurz. Sagen Sie auch, welche dringenden Investitionsprojekte Sie in diesem Doppelhaushalt nicht realisieren. Dann wissen wir die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme nun zum Thema Kinderbetreuung, Krippenausbau und Familie. Auch da praktiziert die Staatsregierung das Prinzip "Linke Tasche, rechte Tasche". Ich wehre mich dagegen, dass wir Ausgaben und Anpassungen an den tatsächlichen Bedarf, die selbstverständlich sind und schon seit Langem zugesagt sind, in ein spezielles Sonderprogramm packen. Das sind längst versprochene und überfällige Anpassungen, so die Anpassung an die Betriebskostensteigerungen bei den Kommunen und die Anpassung bei der Kinderbetreuung und beim Krippenausbau. Dennoch bleibt Bayern in der

öffentlichen Kinderbetreuung im Bundesländer-Ranking weit hinter anderen Bundesländern zurück. Der Entwurf des Doppelhaushalts ist auch hier keine Erfolgsbilanz.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu den Lehrern: Vielleicht sollte man einmal das Suchspiel ausrufen: Wer entdeckt im bayerischen Staatshaushalt mehr Stellen für Lehrer?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wo sind sie?)

- Nein, da brauchen wir gar kein Suchspiel, sondern das verkündet schon die Staatsregierung. Wo werden im bayerischen Staatshaushalt Stellen für Lehrer praktisch gestrichen, weil sie in Fußnoten als "Kw", als künftig wegfallend, gekennzeichnet und sofort gestrichen werden, wenn der entsprechende Zeitpunkt eingetreten ist? - Wenn Sie dazu ein Suchspiel veranstalten würden, wären manche Bürger ernüchtert. Sie würden sehen, dass einerseits in Erfolgsmeldungen von mehr Lehrern gesprochen wird und auf der anderen Seite Stellen gestrichen oder durch "Kw"-Vermerke künftig gestrichen werden. In der pädagogischen Praxis an den Schulen, die mit großen Klassenstärken zu kämpfen haben, kommt das Allerwenigste der vermeintlich mehr Stellen für Lehrer an. Auch das ist ein Täuschungsmanöver, für das Sie verantwortlich sind.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind in großem Umfang selbst dafür verantwortlich, dass Sie in diese Klemme geraten sind.

Ich will das Thema Landesbank zwar nicht strapazieren, aber es ist doch Tatsache, dass wir im Jahr 2011 rund 370 Millionen Euro - das muss man sich einmal vorstellen - allein für Zinsen und den Ersatz der Fonds hinlegen müssen, im nächsten Jahr rund 384 Millionen Euro. Jetzt sagt der Finanzminister, diese Zinszahlungen seien rein fiktiv, weil sie aus den Rücklagen gezahlt würden. Was ist denn das für eine Rechnungsweise? Diese Beträge müssen auf den Tisch gelegt werden und stehen für andere

Dinge nicht mehr zur Verfügung. Das ist doch Fakt, Herr Finanzminister. Es ist ein Skandal, dass Sie das noch kleinzureden versuchen.

(Beifall bei der SPD)

Nur um die Dimension dieser Summe deutlich zu machen: Für die Zinszahlungen und den Ausgleich der Fonds muss in beiden Haushaltsjahren insgesamt so viel auf den Tisch gelegt werden, wie Sie in Ihrem famosen "Aufbruch"-Programm an vermeintlich zusätzlichem Geld für Investitionen in Infrastruktur und Familie zur Verfügung stellen. Das alles wird komplett durch die Zinszahlungen und Ersatzmittel für die Fonds in beiden Haushaltsjahren aufgefressen.

Weitere Risiken kommen hinzu: Sie haben schon angekündigt, dass 2014 nach dem Finanzplan zusätzlich zu den Zinsen 550 Millionen Euro Garantiezahlungen hinzukommen. Eine weitere Milliarde an Steuergeldern wird für Garantien fällig, die der Freistaat ausgesprochen hat.

Weil Sie darauf Bezug genommen haben, möchte ich an dieser Stelle sagen: Mir geht es als Haushaltspolitiker auch um die zivil- und strafrechtliche Verantwortung derjenigen, die auf der Vorstandsebene und der Verwaltungsratsebene für das Landesbankdebakel verantwortlich sind. Klar ist aber auch, dass die haushaltspolitische Verantwortung für dieses Landesbankdesaster, unabhängig von der zivil- und strafrechtlichen Verantwortung, die politische Verantwortung für die dramatischen Auswirkungen auf den Staatshaushalt die CSU in diesem Hohen Hause trägt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Dann komme ich zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz, auch wenn Sie das nicht mehr hören können, Herr Minister. Wenn Sie auf das Hotelsteuerprivileg, auf die Privilegierung von Erbschaften und die Privilegierung von bestimmten Unternehmenskonstellationen verzichten würden, wäre ein Großteil der Kürzungen, die Sie im Doppelhaushalt vornehmen müssen, nicht notwendig gewesen. Sie hätten in den Bereichen

Umwelt, Städtebauförderung über Jugend und Soziales bis hin zu den Staatsstraßen nichts streichen müssen, wenn Sie auf Bundesebene eine andere Steuerpolitik machen würden. Das ist Tatsache.

(Beifall bei der SPD)

Das ist zwar ein Dauerbrenner, aber ich kann diese Forderung hier nicht außen vor lassen: Statten Sie endlich die bayerische Steuerverwaltung so aus, wie es aus Haushaltsgründen notwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht richtig sein, dass CSU und FDP in Bayern für das Steuerprivileg von Hoteliers 56 Millionen pro Jahr ausgeben - so viel ist das nämlich unter dem Strich -, aber im Gegenzug gekürzt wird bei der Jugendsozialarbeit an Schulen durch Einfrieren des Ausbauplans, bei der Förderung der Jugendarbeit in den Jugendverbänden, bei der Landesstelle für Schulsport, bei der Jugendhilfe, bei der Unterstützung behinderter Menschen in Bayern - danke schön, Frau Präsidentin, für die Unterstützung, die Sie hier geleistet haben -, bei der frühkindlichen Sprachförderung und bei freiwilligen Leistungen im Bereich der Betreuung und Förderung von Kindern. Eine Steuerermäßigung von 56 Millionen für die Hoteliers ist Ihnen wichtiger, als es die Punkte sind, die ich gerade genannt habe. Auch das zeigt eine Wertung.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht richtig sein, dass die Besserstellung von Erben der CSU/FDP-Staatsregierung über 90 Millionen Euro pro Jahr in Bayern wert ist, dass aber im Gegenzug gekürzt wird bei der Wohnraumförderung für Familien, bei der Städtebauförderung, insbesondere bei der Sozialen Stadt, bei der Straßeninfrastruktur, beim Betriebsdienst für Staatsstraßen, bei der Baudenkmalpflege, bei den staatlichen Museen und bei Bibliotheken und Archiven. Die Staatsregierung will also eine Entlastung für Erben, aber eine Belastung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht sein, dass die Klientelpolitik der CSU und FDP im Bereich der Unternehmensbesteuerung so abläuft, dass im Gegenzug das Klimaprogramm 2020 - das 2011 zu Ende sein wird, schon 2012 sind praktisch keine Mittel mehr drin - nicht weiter ausgestattet werden kann, dass dringend notwendige energetische Sanierungen nicht durchgeführt werden können, dass alternative Energien nicht mehr so wie bisher gefördert werden können, dass Wasserversorgungsanlagen nicht gefördert werden können, dass beim Hochwasserschutz gestrichen und bei der Krankenhausförderung gekürzt wird. Das sind die Konsequenzen Ihrer Steuerpolitik. Das muss man an dieser Stelle im Bayerischen Landtag einmal deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich kommt es noch viel schlimmer, weil es noch darüber hinaus geht. Sie lassen die fiskalischen Grundrechenarten, den gesunden Menschenverstand und kaufmännische Verhaltensweisen außer Betracht. Ein guter Kaufmann würde nie auf gute Investitionen verzichten, die ihm in kurzer Zeit eine sichere und solide Rendite bringen. Sie machen das. Nur ein Beispiel: Ihre Wiederbesetzungssperren bei der bayerischen Finanz- und Steuerverwaltung kosten nachweislich ein Vielfaches von dem, was Sie damit einsparen.

(Beifall bei der SPD)

Der Verzicht auf notwendige Sanierungsmaßnahmen der staatlichen Infrastruktur kostet nachweislich ein Vielfaches von dem, was Sie damit einsparen, weil sich die Schäden verschlimmern und dadurch Mehrkosten entstehen.

(Christa Naaß (SPD): Kurzsichtig!)

Sie sparen nicht, sondern produzieren höhere staatliche Ausgaben.

Sie kürzen im Bauunterhalt, obwohl Sie wissen, dass es sich dabei nicht um eine Einsparung handelt, da die Kürzung Mehrkosten produziert, die lediglich auf die Folgejahre verschoben werden. Sie verzichten ebenfalls auf Investitionen in energetische Maßnahmen, obwohl sich die meisten Beispiele, die uns im Haushaltsausschuss vorgelegt worden sind, nach kurzer Zeit amortisieren. Nach Umsetzung der Maßnahmen sind die Energie- und Betriebskosten deutlich niedriger. Sie streichen die Mittel für die Städtebauförderung, obwohl nachweislich von jedem gezahlten Euro neun bis zehn Euro an weiteren Investitionen generiert werden. Allein durch den Rückfluss der Mehrwertsteuer können Sie die Refinanzierung sicherstellen. Stattdessen streichen Sie die Mittel. Das ist auch ökonomisch unvernünftig.

(Beifall bei der SPD)

Gegen alle Vernunft ist auch Ihr Umgang - ich kann es Ihnen nicht ersparen - mit dem Personal des Freistaats Bayern. Der Freistaat verfügt - das ist unstrittig - über eine gut ausgebildete, leistungsfähige und leistungswillige sowie motivierte Mitarbeiterschaft. Das betonen Sie immer wieder. Das gilt sowohl für Beamte als auch für Tarifbeschäftigte. Doch die Bayerische Staatsregierung springt mit dem ihr anvertrauten öffentlichen Dienst so um, wie es die Führungslehrbücher ihrer eigenen Beamtenfachhochschulen als abschreckendes Beispiel hervorheben mussten. Sie motivieren nicht nur nicht, sondern demotivieren. Das ist der schlimmste Führungsfehler, den man machen kann.

(Beifall bei der SPD)

Nach dem Nicht-die-Frösche-fragen-Erwin, dem Champions-League-Edmund, nach der über das Knie gebrochenen Verwaltungsreform, nach dem willkürlichen Stellenabbau ohne Aufgabenabbau und nach der ungerechten Arbeitszeitverlängerung kam Wohlfühl-Horst und gelobte Besserung. Die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung wurde angekündigt, und die Dienstrechtsreform versprach zusätzliche Leistungsanreize sowie mehr Entwicklungsperspektiven. Kaum hatte der öffentliche Dienst wieder

Vertrauen in unsere Staatsregierung gefasst, kam die kalte Dusche. Nur einige Wochen nach der Verabschiedung des Neuen Dienstrechts fiel die Maske. Unter der Maske kam das alte Bild der CSU hervor. Die Bediensteten des Freistaats Bayern müssen sich wie im Film "Und täglich grüßt das Murmeltier" fühlen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Es ist ein klassischer Zickzack-Kurs der CSU, diesmal mit tatkräftiger Unterstützung durch die FDP: erst Stellen ankündigen, dann aber Wiederbesetzungssperren einführen, damit die geschaffenen Stellen nicht besetzt werden. Das ist die Logik, die Sie an den Tag legen. Erst das Dienstrecht mit großem Tamtam verabschieden, dann das zentrale Element dieser Dienstrechtsreform, die Vergabe von Leistungsbezügen, aussetzen. Erst die Wegstreckenentschädigung anpassen, dann wieder kassieren. Erst die Beseitigung der einen Ungerechtigkeit bezüglich der Arbeitszeit ankündigen, dann die nächste Ungerechtigkeit beim Gehalt durch die Nullrunde begehen. Erst von Familie und von der Gewinnung der besten Köpfe für den Staat reden, dann die Eingangsbesoldung absenken. Ständig von Wertschätzung - das haben Sie heute auch gemacht - für die Beschäftigten reden und dann als Beleg dafür die Jubiläumszuwendung streichen. Wer als Dienstherr dermaßen willkürlich und chaotisch agiert, der muss sich nicht wundern, wenn die bei den Beschäftigten durchaus vorhandene Bereitschaft, zur Konsolidierung des Staatshaushaltes beizutragen, absolut zerstört oder porös gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend bringe ich einige Gedanken der SPD-Fraktion ein, die wir vielleicht im Konsens, im kritischen Dialog, im Widerspruch, aber doch gemeinsam diskutieren müssen. Welchen Staat wollen wir eigentlich? Darüber müssen wir eine Debatte führen. Welchen Staat können wir dauerhaft finanzieren? Die SPD bekennt sich zu einem starken und leistungsfähigen Staat. Aus Ihren Worten habe ich herausgehört, dass Sie

dies ähnlich sehen. Bei der FDP bin ich mir da nicht sicher. Leider bin ich mir sicher, dass die FDP diesen starken Staat infrage stellt.

Bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise - der Finanzminister hat das angesprochen - waren nicht die neoliberalen und konservativen Rezepte erfolgreich, sondern eine nach sozialdemokratischen Grundsätzen geprägte staatliche Konjunkturpolitik. Die Ausgaben für die Kurzarbeiterregelung und die Konjunkturprogramme für die öffentliche Infrastruktur, auch die Abwrackprämie, konnten durch die damit verbundene wirtschaftliche Erholung die Stabilisierung, die erhöhten Steuereinnahmen und die vermiedenen Zusatzkosten bei der Arbeitslosigkeit wieder refinanziert werden. Das ist ein Beispiel dafür, dass die neoliberalen Rezepte - sparen, sparen, sparen, gerade wenn die Einnahmen einbrechen - absolut falsch sind. Wir haben dagegen gehalten. Das war das richtige Konzept - ein sozialdemokratisches Konzept im Übrigen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen - das ist unstrittig - die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, um diesen starken und leistungsfähigen Staat zu erhalten. Das Auseinanderklaffen - Sie, Herr Staatsminister, konnten das heute nicht widerlegen - von Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt des Freistaats Bayern trotz Bereinigung des Landesbank-Debakels und der zusätzlichen Steuereinnahmen macht dies nur zu deutlich. Wir haben im Staatshaushalt ein strukturelles Problem. Damit der Staat handlungsfähig bleibt, muss Konsolidierung beides umfassen: Ausgaben im Griff halten und Einnahmen verbessern.

Es ist klar: Verschuldung ist keine Problemlösung, ob nun offen oder versteckt. Sie kann keine Problemlösung sein, auch keine dauerhafte. Im Gegenteil, aus sozialdemokratischer Sicht kann Verschuldung eine Form der Umverteilungspolitik darstellen, bei der Banken, private Versorgungsinstitute und Inhaber von Staatsanleihen die Zinsen erhalten, die der Steuerzahler zur Aufrechterhaltung des Gemeinwohls zahlen muss. Deswegen bekennen wir uns vonseiten der SPD zu Artikel 18 Absätze 1 und 2

der Bayerischen Haushaltsordnung. Das ist nicht die einzige, aber eine wichtige Orientierung für unsere Haushaltspolitik. Unser Verständnis von Haushaltskonsolidierung ist jedoch ganz anders als das Ihre. Ausgeglichene Haushalte sind keine Rechtfertigung für eine unsoziale Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wir treten denjenigen entschieden entgegen, die die sogenannte Schuldenbremse zur unsozialen Steuersenkungspolitik, zur Rechtfertigung von Sozial- und Bildungsabbau, zur Privatisierung und Lohndumping im öffentlichen Dienst und für eine generelle Senkung der Staatsquote missbrauchen. Denen treten wir entschieden entgegen, weil dies der falsche Weg für unser Gemeinwesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine Konsolidierung auf der Einnahmenseite und eine zukunftsfähige Finanzpolitik, die diese Einnahmen bereitstellen muss. Die Ausstattung der Steuerverwaltung habe ich genannt. Dazu gehören auch die Korrektur steuerpolitischer Fehler, der Erhalt und die Stärkung der Erbschaftsteuer - Sie hören es nicht gern, aber das ist dringend -, die Einführung der Finanztransaktionssteuer und die Beteiligung starker Einkommen am Gesamtsystem - eine Balance der Steuergerechtigkeit zu den Normalverdienern. Wenn Sie diese entlasten wollen, ohne dies auf Pump zu finanzieren, müssen Sie einen Ausgleich an anderer Stelle schaffen. Das ist Adam Riese und nicht Volkmar Halbleib. Das sollte auch eine gewisse Orientierung für den Finanzminister sein.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört nicht die Arie über populistische Steuersenkungen. Sie haben heute wieder davon angefangen. Fünf Tage nachdem die Krankenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge erhöht wurden, haben Sie davon angefangen. Sie haben dafür gesorgt, dass den Arbeitnehmern zum Jahresbeginn mehr Netto vom Brutto

weggenommen wurde. Fünf Tage später sagen Sie in Ihrer Jammerarie: Wir müssen die Steuern gerade für die Arbeitnehmer senken. Das glaubt Ihnen kein Mensch mehr. Von dieser Art der Debatte haben die Leute die Schnauze voll.

(Beifall bei der SPD - Christa Naaß (SPD): Wir auch!)

Entschuldigen Sie diesen unparlamentarischen Ausdruck. Sie haben den Länderfinanzausgleich angesprochen. Wir wollen auch, dass der Länderfinanzausgleich einen wirklichen Anreiz bietet und alle Länder ihre Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen. Sie, die damalige CSU-Staatsregierung, haben selbst über den derzeitigen anreizfeindlichen Länderfinanzausgleich verhandelt und diesen damals als Erfolg gefeiert. Ich bitte Sie im Interesse der Sache um Folgendes: Statt populistischer Aktionen, Wahlkampfsprüchen und Fummeleien an der Budgethoheit anderer Bundesländer erwarten wir, dass die Staatsregierung endlich ihre Hausaufgaben macht und dem Landtag ein tragfähiges Konzept für einen sowohl für die Geber- als auch für die Nehmerländer anreizstarken Länderfinanzausgleich vorlegt. Das ist jetzt Ihre Pflicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten auch, dass Sie die besondere Situation der bayerischen Kommunen - jetzt bin ich beim kommunalen Finanzausgleich - stärker als bisher berücksichtigen. Leider ist in dieser dramatischen Situation für die Kommunen nur ein Minimalergebnis herausgekommen. Wir haben im letzten Jahr von der Staatsregierung selbst - das waren Ihre eigenen Zahlen - die Information bekommen, dass sich 40 % der bayerischen Kommunen nicht an die Kommunalhaushaltsverordnung halten und die notwendigen Zuführungen vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt nicht leisten können. 40 % der Kommunen sind das. 20 % dieser Kommunen können überhaupt keinen Cent aus dem Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt verschieben. Das ist ein dramatischer Befund. Die Prozentzahlen sind dramatisch angestiegen. Sie sagen aber nicht, was Sie dagegen tun. Sie könnten viel dagegen tun. Sie könnten Sondermaßnahmen ergreifen. Sie machen nicht nur nichts, sondern schwächen die Kommu-

nen mit Ihrer Steuerpolitik weiter. Die Kommunen müssen das Wachstumsbeschleunigungsgesetz genauso mit bezahlen. Permanent stellen Sie entweder die Gewerbesteuer insgesamt oder die Bemessungsgrundlage infrage. Außerdem kürzen Sie die dringend benötigten Mittel für die Städtebauförderung, und Siebürden den Kommunen wie etwa bei den Reformen des SGB II weitere Sozialkosten auf. In der Gesamtbilanz belasten Sie die Kommunen, anstatt sie zu stärken. Das ist ein bedauerlicher Befund, den wir feststellen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind auch bereit, Vorschläge zur Konsolidierung auf der Ausgabenseite zu unterbreiten. Ich glaube, es wäre lohnend, sich über dieses Thema zu unterhalten. Bei Ihnen läuft es sowohl bei den Sachkosten als auch bei den Investitionen oder bei den Personalausgaben nach der Rasenmäher-Methode. Mit dieser Rasenmäher-Methode kommen wir aber nicht weiter.

Der Grund dafür liegt letztendlich darin, dass sich die Staatsregierung regelmäßig um eine echte Ausgabenkritik drückt. Die Verwaltungsreform 21 ist das beste Beispiel dafür. Sie haben einen Personalabbau verordnet, ohne die Aufgaben zu reduzieren. Das gilt für sehr viele Bereiche. Auch diese Methode funktioniert nach Adam Riese nicht. Eine echte Ausgabenkritik würde auch die Aufgaben auf den Prüfstand stellen. Dazu müssten Sie sich ehrlich bekennen. Sie müssten auch einmal ohne Rücksicht auf Ihre Wahlklientel diese Aufgabenkritik vornehmen. Wir erwarten, dass die Staatsregierung bei dieser Ausgaben- und Aufgabenkritik bei sich selbst anfängt.

(Beifall bei der SPD)

Gerade von sich selbst sendet die Staatsregierung leider die falschen Signale aus. Es sind kleine, aber wirksame Signale. Ich nenne nur die Amtsausstattung ehemaliger Ministerpräsidenten, die Nebenstaatskanzlei des Herrn Wirtschaftsministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten. Herr Söder bekommt eine eigene Stelle für einen Pressesprecher. Ich hatte bisher nicht den Eindruck, dass sich Herr Söder in der

Öffentlichkeit zu wenig äußern kann. Draußen streichen Sie die Stellen aber. Das passt nicht zusammen. Ich darf es mit Heinrich Heine sagen; denn auf Sie passt dieser Satz:

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
ich kenn auch die Herren Verfasser,
ich weiß, sie tranken heimlich Wein
und predigten öffentlich Wasser.

So verhalten Sie sich.

(Beifall bei der SPD)

Wir und vor allen Dingen Sie müssten dazu bereit sein, mehr Budgetverantwortung zu dezentralisieren und Anreize für Aufgaben zu setzen, die kostenbewusst und zugleich gut erledigt werden können. Sie müssen sich auch von Ihrem CSU-Verständnis des staatlichen Zentralismus verabschieden. Sie müssen mehr Verantwortung und vor allem auch mehr Haushaltsverantwortung nach unten geben. Der bisherigen Praxis der dezentralen Budgetverantwortung, die Sie entwickelt haben, hat der Oberste Rechnungshof ein denkbar schlechtes Zeugnis ausgestellt. Dafür muss die Staatsregierung endlich ein Konzept mit Hand und Fuß vorlegen. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die Förderrichtlinien. Sie beklagen sich auf Bundesebene über die Starrheit in der Gemeindefinanzkommission, bei der auch die Standards eine Rolle spielen. Fangen Sie mit Ihren eigenen Standards und mit Ihren eigenen Richtlinien an. Fangen Sie damit an, Ihre Gängelung der Kommunen abzubauen. Dann wären wir einen entscheidenden Schritt weiter.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Verzicht auf unnötige Projekte und die bessere Kostenkontrolle wären wichtig. Die Rechnungshofberichte sind voll von Projekten, die man besser machen könnte. Ich glaube, dass sich der Landtag bei diesem Thema stärker einbringen muss. Die

Defizite, die hier vorliegen, sind wirklich Legion. Das zeigen die Berichte, die auch nur einen Ausschnitt der staatlichen Projekte beleuchten können. Die Gutachteritis werden wir auch bei diesem Haushalt auf den Prüfstand stellen. Auch Bauprojekte, die hohe Kosten und einen niedrigen volkswirtschaftlichen Nutzen haben, gehören auf den Prüfstand. Ein Beispiel dafür ist der Donauausbau.

Seit einer Woche ist klar, dass es aus diesem Doppelhaushalt keinen einzigen Cent mehr für Politikberatung für die CSU auf Kosten des Steuerzahlers geben wird.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, wir fordern Sie nicht als Ministerpräsidenten, sondern als CSU-Vorsitzenden auf, die 500.000 Euro, mit der die CSU den Staatshaushalt für ihre parteipolitischen Zwecke missbraucht hat - das ist zumindest das klare Urteil des Obersten Rechnungshofs -, sofort zurückzuzahlen. Vielleicht kommen Sie sogar dem Landtag zuvor, bevor eine Haushaltsstelle eingerichtet werden muss, auf der diese Rückzahlung verbucht wird. Von dieser Stelle aus ergeht die klare Aufforderung an Sie: Machen Sie reinen Tisch und zahlen Sie das Geld zurück!

(Beifall bei der SPD)

Wir werden auch die Methode "Gewinne privatisieren - Lasten sozialisieren" konsequent bekämpfen. Ein Beispiel, bei dem CSU und FDP diese verwerfliche Methode "Gewinne privatisieren - Lasten sozialisieren" unterstützen, ist die Verweigerung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns. Dies führt nachweislich zu staatlichen Subventionen von Dumpinglöhnen. Bei einem flächendeckenden Mindestlohn - das zeigen Untersuchungen - könnten 11 Milliarden Euro pro Jahr beim Staat und bei den Sozialversicherungen eingespart werden. Es wäre an der Zeit, haushaltspolitisch über solche Themen nachzudenken. Es kann nicht so weitergehen, dass Sie 11 Milliarden zur Subventionierung von Dumpinglöhnen ausgeben. Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns, liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP, wäre auch ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei der SPD)

Von den zentralen Ansätzen, die Staatsausgaben zu begrenzen, die ich genannt habe, ist in Ihrer Haushaltspolitik leider wenig zu erkennen. Sie setzen auf die Methode "Weiter so - das haben wir schon immer so gemacht", auf die Rasenmäher-Methode und auf die Methode "Kürzen bei wichtigen sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen und ökologischen Aufgaben". Bei diesem Entwurf des Doppelhaushalts und der Marketing-Kulisse, die Sie aufbauen, hinter der sich aber nichts verbirgt, werden wir uns als SPD-Fraktion bei den Beratungen zum Doppelhaushalt und zum kommunalen Finanzausgleich darauf konzentrieren, die politische Verantwortung von CSU und FDP für Finanzlücken in diesem Doppelhaushalt aufzuzeigen. Wir werden auch den Widerspruch zwischen Ihrer politischen Rhetorik und Ihrem finanzpolitischen Handeln aufzeigen. Wir werden eine Generaldebatte für einen starken, leistungsfähigen Staat im Rahmen dieser Haushaltsberatungen anstoßen. Wir wollen auch eine auskömmliche Steuerpolitik erreichen, die die unteren und mittleren Einkommen entlastet, die aber mit einer stärkeren Heranziehung von Vermögen, Finanztransaktionen und hohen Einkommen auf eine schuldenfinanzierte Steuersenkung verzichtet.

Herr Minister Fahrenschon, Sie fordern auf Bundesebene eine schuldenfinanzierte Steuersenkung. Das ist mit uns nicht zu haben. Wir wollen einen Umbau des Steuersystems. Wir wollen die mittleren und unteren Einkommen entlasten. Wir müssen das Geld für die Finanzierung des Staates an anderer Stelle holen. Wir werden Vorschläge für einen verantwortungsbewussten und effizienten Umgang mit öffentlichen Mitteln im Freistaat Bayern machen. Wir werden uns darauf konzentrieren - damit haben wir genug zu tun -, dass wir unsere politischen Schwerpunkte deutlich machen. Dabei werden wir - das ist eine Herkulesaufgabe - die gravierendsten und schwerwiegendsten Versäumnisse und Fehler im Haushaltsentwurf zu korrigieren versuchen. Das ist leider auch dringend notwendig.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Bevor wir mit der Aussprache fortfahren, darf ich Gäste begrüßen. Auf der Ehrentribüne hat eine Delegation aus der Republik Montenegro Platz genommen. Ich darf an der Spitze der Delegation Herrn Präsident Vujanovic ganz, ganz herzlich begrüßen. Herzlich willkommen. Ich wünsche Ihnen zunächst einen guten Aufenthalt im Parlament und danach gute Gespräche. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Wir fahren in der Aussprache fort. Frau Kollegin Görlitz hat das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Erika Görlitz (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Die finanziell schwierige Ausgangslage in diesem Jahr macht es nötig, verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, um die kommunalen Finanzen voranzubringen. Seit 2009 mussten Staat und Kommunen einen deutlichen Rückgang ihrer Steuereinnahmen verkraften. Dies zwingt sowohl den Staat als auch die Kommunen zu Sparanstrengungen. Für die Kommunen ist es besonders wichtig, dass trotz der schwierigen finanziellen Situation des Freistaats Bayern erneut strukturelle Verbesserungen im Rahmen des allgemeinen Steuerverbunds zustande kommen.

Mit dem vorliegenden Finanzausgleichsgesetz ist das gut gelungen. Trotz des hohen Niveaus des Jahres 2010 ist es noch einmal gelungen, die reinen Landesleistungen um 71 Millionen Euro auf jetzt 6.374 Millionen Euro zu erhöhen. Der durch die Entwicklung des allgemeinen Steuerverbunds vorgezeichnete Rückgang der Schlüsselzuweisungen aufgrund der niedrigeren Steuereinnahmen wird durch die Anhebung der kommunalen Quote am allgemeinen Steuerverbund um 0,2 Prozentpunkte auf dann 12,2 Prozent sowie durch verschiedene Umschichtungen aus den Bereichen Krankenhaus und Abwasser um insgesamt 95 Millionen Euro aufgefangen, die Zuweisungen werden sogar verbessert. Dadurch ergibt sich neben einer dauerhaften strukturellen

Verbesserung eine Steigerung der Schlüsselzuweisungen für 2011 um 74 Millionen Euro. Das sind drei Prozentpunkte mehr. Dies dient insbesondere der Stärkung der Verwaltungshaushalte, was für unsere Kommunen von ganz besonderer Bedeutung ist.

Ein wichtiger Schwerpunkt ist auch hier wieder die Bildung. Für den Schulhausneubau sind 250,6 Millionen Euro eingestellt. Dieser Posten ist damit auf sehr hohem Niveau stabil.

Auch die Mittel für die Verkehrsinvestitionen steigen. Die Mittel für den Straßenbau und -unterhalt sind in Höhe von 296 Millionen Euro angesetzt. Die ÖPNV-Investitionsförderung beträgt immerhin 68 Millionen Euro und bleibt damit konstant. Die Mittel nach dem Entflechtungsgesetz für Straßenneubau und ÖPNV-Leistungen erhöhen sich gar um 31 Millionen Euro auf dann 276 Millionen Euro.

Die Investitionen für die Krankenhäuser wurden moderat um 50 Millionen Euro zurückgenommen auf immerhin noch 450 Millionen Euro. Bei der Abwasser- und -entsorgung wurden 20 Millionen Euro zurückgeführt. Es verbleibt die Summe von 121,3 Millionen Euro. Sie ist entsprechend gewichtet.

Die Kürzungen sind keine Einsparungen, die der Staat einbehält, sondern sie kommen den Kommunen einmal über die Schlüsselzuweisungen, aber auch dadurch voll zugute, dass die Krankenhausumlage bei den Kommunen nicht so hoch ausfällt. Die Investitionspauschale von 173,3 Millionen Euro ist ein wichtiger Posten, der es den Kommunen ermöglicht, entsprechende Investitionen vorzunehmen.

Die Zuweisungen an die Bezirke werden unverändert auf dem hohen Niveau von 583,6 Millionen Euro fortgeführt. Spürbare Entlastungen darüber hinaus erfahren die Bezirke wegen einer neuen richterlichen Rechtsprechung. Es gibt Rückforderungsansprüche aus den BAföG-Stellen. Allerdings ist die Höhe noch nicht genau beziffert. Dies hängt auch nicht unmittelbar mit dem Finanzausgleich zusammen. Erfreulich ist, dass die Bezirke sich inzwischen auf einen neuen Verteilungsschlüssel einigen konn-

ten. Damit ist den Bezirken ein Stück Ausgleich gelungen, der schon lange angemahnt wurde.

Die Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung steigen um 12 Millionen Euro. Damit gelingt es uns, die 60-prozentige Beteiligung zu halten, die ganz besonders wichtig ist, um die Schülerbeförderung auf eine vernünftige Basis zu stellen. Die Kommunen legen ganz besonderen Wert darauf.

Die allgemeinen Bedarfszuweisungen sind um 4 Millionen Euro auf 19,6 Millionen Euro gestiegen. Vorhin wurde angesprochen, dass die Kommunen weit schlechter gestellt seien. Deshalb ist es mir ein Anliegen, auf den Anhang zu verweisen. Der besondere Vorteil des Finanzausgleichsgesetzes ist, dass der Ausgleich übersichtlich und nachvollziehbar ist und man feststellen kann, wie viel den Kommunen verbleibt, um investieren zu können. Sie können dem Finanzausgleich entnehmen, dass in den letzten zehn Jahren die Einnahmen der Kommunen um 28,5 % gestiegen sind,

(Beifall bei der CSU)

während die Einnahmen des Freistaats Bayern nur um 15,8 % gestiegen sind. Das sind fast 13 Prozentpunkte mehr. Das ist beachtlich. Die Kommunen sind nicht schlechter gestellt, sondern sie kommen besser weg. Nach den Finanzausgleichsleistungen beträgt die Einkommenssteigerung des Freistaats Bayern 10,5 Prozent und die der Kommunen 28,5 %.

Besonders wichtig ist, dass der Ausgabenzuwachs des Freistaats Bayern in den letzten zehn Jahren 26 % betragen hat, die Kommunen aber 34,2 % mehr bekommen haben. Sie sehen, der Freistaat Bayern ist ein guter und verlässlicher Partner der Kommunen. So soll das bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pointner. Bitte schön. Herr Kollege, bitte.

Mannfred Pointner (FW): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst muss ich ankündigen, dass einige Überschneidungen kommen werden; denn die Opposition hat weitgehend gleiche Anliegen. Trotzdem ist es nötig, da und dort zu wiederholen, was wir uns von dem Haushalt erwarten.

Der Zeitpunkt der Einbringung des Haushalts ist zu kritisieren. Heute ist der 2. Februar 2011, und die Steuerschätzung war Anfang November 2010. Das ist immerhin drei Monate her. Es wäre sinnvoll und hilfreich gewesen, wenn der Haushalt etwas früher vorgelegt worden wäre. Es wäre gut gewesen, wenn die Fraktionen vor ihren traditionellen Klausurtagungen im Januar unterrichtet worden wären. Andererseits hat jedes Negative sein Positives: Wir hätten zu dieser Diskussion dann nicht die Erkenntnis gehabt, dass das Jahr 2010 nicht nur 1,7 Milliarden Euro, sondern 2,2 Milliarden Euro Überschuss gebracht hat. Wir haben das bereits gegen Ende des letzten Jahres prognostiziert. Wir haben die laufenden Steuereinnahmen mit den Ausgaben verglichen und ziemlich punktgenau gesagt, dass es in etwa 2,2 Milliarden Euro Überschuss geben werde.

Sie, Herr Finanzminister, und auch die Staatsregierung haben in den letzten Wochen immer wieder darauf hingewiesen, dass Sie nunmehr zum sechsten oder siebten Mal einen allgemeinen Staatshaushalt ohne Neuverschuldung vorlegen. Die Betonung liegt auf dem Begriff "allgemeiner Staatshaushalt", weil Sie den Nachtragshaushalt 2008 mit einer Kreditaufnahme von 10 Milliarden Euro gerne und bewusst ausklammern. Ich kann verstehen, dass Ihnen dieses Thema unangenehm ist. Mir als langjährigem Haushaltspolitiker ist es im Sinne der Haushaltswahrheit ein besonderes Anliegen, dass Sie das auch erwähnen. Es wäre zu einfach für einen Haushaltspolitiker, wenn er den ausgeglichenen Haushalt zum ordentlichen machen und die Kreditaufnahme in einem Sonderhaushalt regeln würde. So könnte man immer von einem ausgeglichenen Haushalt reden. So ist es aber nicht, und so ist das auch nicht möglich. Ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung muss selbstverständlich das

Ziel einer nachhaltigen Haushaltspolitik sein. In dieser Frage gebe ich Ihnen recht. Es reicht aber nicht aus, wenn lediglich keine Nettokreditaufnahme erfolgt. Es sollten vielmehr auch keine Lasten in die Zukunft verschoben werden. Dieses Ziel erreichen Sie mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 aber nicht.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Im Sinne der Haushaltswahrheit, darauf komme ich immer wieder zurück, sollten Sie diesen Umstand zugeben, anstatt gegenüber den Menschen im Land vorzutäuschen, es wäre alles in bester Ordnung, nur weil Sie keine Nettokreditaufnahme haben.

Eine Verschiebung von Lasten in die Zukunft ist - darauf wurde schon hingewiesen - die Entnahme aus dem Grundstockvermögen; denn diese Gelder müssen Sie, das ist auch so im Haushaltsgesetz zu lesen, spätestens in den Jahren 2017/2018 zurückzahlen. Zu dieser Verschiebung von Lasten in die Zukunft gehört auch das teilweise Aussetzen der Einzahlungen in die Versorgungsrücklage und in den Pensionsfonds. Auch dies wird uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wieder einholen. Ich gehe davon aus, dass die ausgesetzten Zahlungen baldmöglichst nachgeholt werden. Ich möchte hier ausdrücklich betonen: Diese Maßnahmen müssen aus hauswirtschaftlicher Sicht nicht unbedingt falsch sein. Sie sind es nämlich dann nicht, wenn die Zahlungen durch Kredite finanziert werden, weil Sie dafür Zinsen zahlen müssten. Wir haben aber vorhin schon gehört, es wäre Spielraum gegeben.

Falsch im Sinne einer nachhaltigen Haushaltspolitik und absolut kurzsichtig sind jedoch andere Sparmaßnahmen. Zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik gehört nämlich auch, die Mittel so einzusetzen, dass sie an anderer Stelle nicht zu Mehrkosten führen beziehungsweise dass in der Zukunft keine Mehrkosten entstehen. Zuallererst sind hier die Investitionen in die Bildung zu nennen. Eine gute Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Eine gute Bildungspolitik ist auch die Grundlage für Wohlstand, sozialen Frieden und Chancengleichheit. Eine gute, chancengerechte Bildungspolitik vermeidet spätere Kosten für die Jugendhilfe, Hartz IV, die Grundsicherung und andere Sozialleistungen.

Sie haben im Doppelhaushalt 2011/2012 zwar neue Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer ausgewiesen, wenn man aber genauer hineinsieht - darauf hat Herr Kollege Halbleib hingewiesen - werden Lehrerstellen auch wieder gestrichen. Im Jahr 2011 sind es 857 und im Jahr 2012 sogar 1.134 Stellen. Wir Freien Wähler fordern, noch mehr in die Bildung zu investieren und die gegebenen Spielräume zu nutzen. Nach wie vor haben wir vor allem bei weiterführenden Schulen durchschnittliche Klassenstärken von 27 oder 28 Schülern pro Klasse. In manchen Schulen sind es sogar über 30 Schülerinnen und Schüler pro Klasse. Nach wie vor fallen Unterrichtsstunden aus. Alle, die noch Kinder in der Schule haben, können das tagtäglich erleben. Die Lehrverbände haben nicht umsonst eindringlich auf die dramatische Situation beim Lehrpersonal hingewiesen. Auf der anderen Seite stehen ausgebildete Lehrer auf der Straße und werden nicht übernommen. Das kann man schlicht und einfach einen Skandal nennen!

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Dr. Christian Magerl
(GRÜNE))

Nach wie vor ist die Chancengleichheit bei uns von der Herkunft, dem sozialen Milieu und dem sozialen Umfeld abhängig; das sagt auch die Pisa-Studie. Das muss geändert werden, um den Kindern die Chancen in der Zukunft nicht zu verbauen.

Probleme gibt es an den Hochschulen nicht nur durch die Absolventen des doppelten Abiturjahrgangs. Probleme entstehen auch durch zusätzliche Bewerber wegen der Aussetzung der Wehrpflicht. Ich habe gehört, im Kabinett haben Sie gestern über dieses Problem gesprochen. Sie wollen deshalb zusätzliche Stellen für die Lehre schaffen. Wir werden uns anschauen, was Sie tatsächlich in den Haushalt hierfür einstellen

werden. Wir meinen: Was bisher vorgesehen ist, reicht zur Bewältigung der zusätzlichen Studentenzahlen nicht aus.

Es geht nicht nur um die Hochschulen. Schließlich streben nicht alle Abiturienten an die Hochschulen. Es gibt auch andere Ausbildungsmöglichkeiten. Deshalb müsste der Staat flankierend mehr Ausbildungsstellen für Schulabgänger schaffen, die beispielsweise in den gehobenen Dienst in den Verwaltungen eintreten wollen. Das gilt vor allem dort, wo erheblicher Bedarf besteht und wo sich zusätzliches Personal, wenn mehr Ausbildungsstellen geschaffen würden, auf jeden Fall rechnen würde. Ich erinnere an die Situation bei den bayerischen Finanzbehörden. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern sind die bayerischen Finanzbehörden personell erheblich unterbesetzt. Es gibt Statistiken, die darüber Aufschluss geben. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern stehen wir in dieser Frage ausnahmsweise, Herr Ministerpräsident, an einer der letzten, wenn nicht gar an letzter Stelle. Es kann aber nicht im Sinne der Steuergerechtigkeit sein, wenn man dem kleinen Steuerzahler seine Steuerschuld auf Euro und Cent abzieht, während man die großen Steuerzahler bei Steuerprüfungen großzügig behandelt.

In der Familienpolitik steht nach wie vor das versprochene kostenlose Kindergartenjahr im Raum. Sie haben das, auch wenn Sie es nicht mehr zu wissen scheinen - das war zumindest das letzte Mal so, es scheint inzwischen geklärt - im Koalitionsvertrag vereinbart.

(Beifall und Heiterkeit bei den Freien Wählern)

Im Koalitionsvertrag steht: bis spätestens 2013. Die Zeit bis dahin wird aber ganz schön knapp.

(Hubert Aiwanger (FW): Hast Du das gelesen, Georg? - Georg Schmid (CSU): Ich kenn mich schon aus!)

- Haben Sie nachgeschaut? Steht es drin? - Die Zeit wird also knapp. Wir wollen Sie an das erinnern, was Sie vereinbart und den Leuten versprochen haben.

(Hubert Aiwanger (FW): Ist das die Fassung, die ihr uns vorgelegt habt? - Gegenruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

- Das steht auch im Internet, deshalb brauchen wir darüber jetzt gar nicht zu diskutieren. Diese Jahreszahl kann man überall nachlesen. Im Übrigen erinnert auch die FDP dauernd daran, dass das vereinbart wurde.

Besonderes fatal sind Sparmaßnahmen beim Bauunterhalt, insbesondere im Straßenbau. Jeder, der sich mit dieser Materie beschäftigt, weiß, dass Sparen am Unterhalt mittelfristig zu erheblichen Aufwendungen für eine Generalsanierung führt. Auch die Verkehrssicherheit der Straßen sollte uns am Herzen liegen, insbesondere für die vielen Pendler, die aus den strukturschwachen Regionen in die Zentren fahren müssen. Hoffentlich werden es in Zukunft nicht mehr, wenn durchgeführt wird, was derzeit so alles diskutiert wird. Fakt ist, dass die im Haushalt jetzt vorgesehenen Mittel für die Staatsstraßen bei Weitem nicht für die Reparaturen ausreichen, geschweige denn für notwendige Ausbaumaßnahmen, wie beispielsweise Ortsumfahrungen. Das Innenministerium hat festgestellt, für Reparaturen bräuchten wir pro Jahr mindestens 170 Millionen Euro. Man müsste schon einige Millionen Euro drauflegen, und vielleicht tun Sie das auch, angesichts der vielen Frostschäden, die inzwischen aufgetreten sind. Dann haben wir aber immer noch kein Geld, um irgendwo eine Neubaumaßnahme durchzuführen.

Was für unsere Straßen gilt, sollte gleichermaßen für die staatlichen Gebäude und Einrichtungen gelten. Auch hier ist der Sanierungsbedarf auch im Hinblick auf eine energetische Sanierung trotz der in den letzten Jahren vorgenommenen Maßnahmen sehr hoch. Ein Hinausschieben dieser Maßnahmen führt zu erheblichen Mehrkosten beim Energieverbrauch und bei späteren umso umfassenderen Sanierungsmaßnahmen. Es darf nicht sein, dass es in staatliche Gebäude hineinregnet, wie mir zugetra-

gen wurde, oder dass wegen der fehlenden Isolierung und Gebäudedämmung ein Großteil der Energie ins Freie entschwindet. Kürzungen und Haushaltssperrungen werden so zu einer massiven Mehrbelastung in den nächsten Jahren führen.

Zu einem Rechtsstaat, wie Bayern sicherlich einer ist, gehört - -

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Danke!)

- Es ist so! Noch, Herr Ministerpräsident!

(Zuruf von der CSU)

- Hören Sie zu, ich komme noch dazu.

Zu einem Rechtsstaat gehört eine funktionierende Justiz. Nicht erst seit den letzten Veröffentlichungen in verschiedenen Medien ist Ihnen bekannt, dass die personelle Lage bei der Justiz verheerend ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Rechtssicherheit ist ein wesentlicher Standortfaktor für inländische, vor allem aber auch für ausländische Investoren. Das unterscheidet uns von manchen anderen Ländern, zum Beispiel von Russland. In dieser Hinsicht nehmen wir in Deutschland eine Spitzenposition ein. Wenn aber, wie in Bayern, über Jahre hinweg das Personal in der Justiz ausgedünnt wird, dann wird dieser Standortvorteil bald Geschichte sein, ganz abgesehen davon, dass auch aus sicherheitspolitischen Gründen eine gut und schnell arbeitende Justiz zwingend erforderlich ist. Es kann nicht sein, dass sich Strafverfahren jahrelang verzögern, weil nicht ausreichend viele Richter und Mitarbeiter bei den Gerichten vorhanden sind. Dass aus diesen Gründen eine Verjährung eintritt, darf nicht passieren.

Jeder Bürger, der sich bei uns zur Durchsetzung von Ansprüchen an das Gericht wendet, hat ein Recht darauf, dass diese Ansprüche in der kürzestmöglichen Zeit geklärt werden.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Auch hier besteht also ein erheblicher Handlungsbedarf, dessen Befriedigung, wenn Sie nichts tun, in die Zukunft verschoben wird.

Eine ähnlich schwierige Personalsituation herrscht auch beim Justizvollzug. Wir investieren zwar im Rahmen des Programms "Aufbruch Bayern" - eigentlich müsste es heißen "ausbruchssicheres" Bayern - in Justizvollzugsanstalten wie Gablingen oder Straubing, wir haben aber kaum mehr Personal, um die Vollzugsaufgaben dort richtig erfüllen zu können. Der große Aufschrei wird dann kommen, wenn irgendwo wieder etwas passiert. Schnell werden dann die überlasteten Beamten verantwortlich gemacht. Schon allein die Fürsorgepflicht des Dienstherrn macht es nötig, die bestehenden personellen Engpässe endlich zu lindern.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zum öffentlichen Dienst. Darüber ist heute schon einiges gesprochen worden. In jeder Diskussion, die man mit den Leuten führt - heute sind zum Beispiel Lehrer hier im Landtag gewesen -, hört man, wie demotivierend und leistungsmindernd die Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst sind: Die Absenkung der Eingangsbesoldung, die Streichung der Leistungselemente und - auch wenn es nur ein symbolischer Betrag ist - die Kürzung der Jubiläumszuwendung - die paar Euro, die jemand nach 40 oder 50 Jahren Dienstzugehörigkeit bekommt - oder auch die Wiederbesetzungssperre führen eben dazu, dass das Vertrauen des öffentlichen Dienstes in den Dienstherrn erschüttert wird.

Wir haben Fälle - die sind besonders tragisch; die bekommen wir auch immer mit -, dass manche aus der freien Wirtschaft abgezogen worden sind, um Lehrer in Berufsschulen zu werden. Denen hat man gesagt: Du machst jetzt zwei oder drei Jahre eine Ausbildung, und dann kommst du in eine A-13-Stelle. Jetzt, nachdem er kurz vor der Übernahme steht und verbeamtet würde, sagt man, nein, es ist nicht A 13, sondern

A 12. Dadurch wird meines Erachtens das Vertrauen schon erheblich beeinträchtigt. Da müssen Sie nachbessern.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

- Herr Kollege, das gilt auch für das Landwirtschaftsministerium, wenn es dort so eintreten sollte.

Ich komme zum kommunalen Finanzausgleich. Die Verhandlungen haben im November stattgefunden und wurden dann von Ihnen als voller Erfolg verkauft. Insgesamt, es wurde schon gesagt, erhalten die Kommunen circa 70 Millionen Euro mehr an Landesleistungen als im letzten Jahr. Der Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund wurde von 12 auf 12,2 % angehoben. Diese Vereinbarung blieb weit hinter den Forderungen der Kommunen zurück. Die Kommunen haben eine Anhebung auf 12,5 % gefordert. Sie sagen, die fordern das immer, aber sie fordern es immer mit Recht. Sie hatten schon mal 15 % gefordert - das ist das langfristige Ziel. Die Bezirke wollten 220 Millionen Euro zusätzlich zur Bewältigung der gestiegenen Sozialausgaben. Dann kam die Forderung nach Erhöhung der Kfz-Steuerpauschale und des staatlichen Anteils an den Schülerbeförderungskosten, wobei ursprünglich einmal zugesagt war - das wissen nur die Älteren -, dass 80 % dieser Kosten vom Staat übernommen werden; jetzt sind wir gerade mal bei 60 %.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistages hat ziemlich treffend das Ergebnis der Finanzausgleichsverhandlungen in dem einen Satz zusammengefasst: "Die Staatsregierung hat sich bemüht." Hat sich bemüht - ein Urteil, wie es eindeutiger nicht sein könnte. Für alle, die Beurteilungen oder Zeugnisse lesen können, bedeutet das die Note "mangelhaft".

Auch für uns ist klar - ich möchte das betonen -, dass die Forderungen der kommunalen Verbände nicht immer erfüllt werden können. Die Wirtschaftskrise und die damit verbundenen verminderten Steuereinnahmen treffen Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen, sodass grundsätzlich jeder mit weniger Mitteln auskommen muss. Al-

lerdings möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Kommunen bei Steueränderungen zu ihren Lasten außen vor bleiben, weil sie nicht beteiligt sind und ihre Interessen in der Regel nicht gesehen werden. Immerhin - das muss man auch immer wieder betonen - sind die Mindereinnahmen, die den Kommunen 2009 und 2010 entstanden sind, mehr als zur Hälfte darauf zurückzuführen, dass in den Jahren 2009 und 2010 zuerst von der schwarz-roten, dann von der schwarz-gelben Regierung Steueränderungen durchgeführt worden sind. Unabhängig davon, wie man dazu steht: Die Kommunen haben dadurch erhebliche Mindereinnahmen zu verzeichnen gehabt.

Jetzt zu den aktuellen Fakten. 2011 ist die Umlagekraft der kreisfreien Gemeinden und Landkreise um 966 Millionen Euro zurückgegangen. Das sind 8,10 %. Das führt zu einer Steigerung der Bezirksumlagesätze im Durchschnitt um 3 %. Die Landkreise haben diese Steigerungen natürlich an die Gemeinden weitergeleitet. Auf der anderen Seite sind, wie ich schon angedeutet habe, die Steuereinnahmen der Gemeinden in den Jahren 2009 und 2010 im Vergleich zu 2008 kräftig gesunken, insgesamt für beide Jahre um fast zwei Milliarden Euro. Selbst wenn 2011 die Steuereinnahmen der Kommunen, wie in der Steuerschätzung vom November 2010 prognostiziert, um 4,6 % ansteigen sollten, wird das Niveau der Jahre 2007 und 2008 bei Weitem nicht erreicht. Dazu kommen die ständig steigenden Kosten für die Sozialleistungen, also für die Eingliederungshilfe, für die Grundsicherung für nicht Erwerbsfähige, für die Jugendhilfe. Auch die Kosten der Kinderkrippen mit den Investitions- und Betriebskosten kommen hinzu, die also auch bei den Kommunen auftreten, nicht nur beim Staat.

Die Steigerungsrate bei den Sozialleistungen beträgt pro Jahr 5 %, was bei fast fünf Milliarden Euro Ausgaben der Kommunen, hauptsächlich Bezirke und Landkreise, in der Jugendhilfe und in der Sozialhilfe im weiteren Sinne im Jahr 250 Millionen Euro bedeutet. Die Versuche, den Bund an diesen Sozialkosten zu beteiligen, zumindest an der Grundsicherung und an der Eingliederungshilfe, sind, ehrlich gesagt, halbherzig. Entscheidende Schritte sind bisher nicht geschehen und auch nicht absehbar.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Unser Vorschlag, im Bund darauf hinzuwirken, dass eine entsprechende Regelung mit jeweiliger Drittelbeteiligung des Bundes, der Länder und der Kommunen kommt, wurde von Ihnen im zuständigen Ausschuss abgelehnt. Oder war es sogar hier im Plenum?

(Hubert Aiwanger (FW): Im Plenum war's!)

Dagegen wurde eine wachsweiße Formulierung gewählt, die die Kommunen um keinen Schritt voranbringt. Sie, Herr Finanzminister, haben den Abbau von Standards genannt. Das ist richtig. Dazu haben die Kommunen auch eine Menge an Vorschlägen gemacht. Ich kann Ihnen aber sagen: Das wird nur ein Feigenblatt sein. Es wird die Sozialkosten nur zu einem geringen Teil senken, wenn es überhaupt kommt; wir haben so etwas schon vor zehn oder 20 Jahren gemacht, und nichts ist passiert.

Wenn auch die Lage in Bayern zugegebenermaßen etwas besser ist, so werden die laufend steigenden Sozialkosten doch die Handlungsfähigkeit der Kommunen immer mehr beeinträchtigen. Es fehlt dann hinten und vorne, insbesondere bei den Investitionen. Zwei Drittel der öffentlichen Investitionen werden von den Kommunen geleistet. Einbrüche bei diesen Investitionen werden in allererster Linie das Handwerk und die mittelständischen Unternehmen spüren.

Herr Finanzminister, Sie haben heute gesagt, die Staatsregierung stehe für den Erhalt der Gewerbesteuer. In der Presse habe ich gelesen, dass Sie auch etwas ändern wollen, aber Sie wollen sie auf jeden Fall erhalten.

Sie streben an - wenn das noch gilt -, die Hinzurechnungen abzuschaffen. Sie haben zwar von Kompensation der dadurch bedingten Ausfälle gesprochen; aber nach allen Erfahrungen, die die Kommunen gemacht haben, bleibt die Kompensation meistens nur ein leeres Versprechen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich erläutere kurz, worum es bei den Hinzurechnungen geht: Ein geringer Anteil der Finanzierungsaufwendungen - Zinsen, Pachten, Mieten, Leasingraten, die die Unternehmen zahlen - wird dem Gewinn wieder hinzugerechnet. Damit wird zum einen die Möglichkeit eröffnet, Umgehungstatbestände bei der Gewerbesteuer aufzufangen. Das ist nicht nur Theorie, sondern ich selbst kann Ihnen einige praktische Beispiele nennen, wie es Unternehmen vor Inkrafttreten der Regelungen über die Hinzurechnung verstanden haben, Gewerbesteuer zu sparen.

Zum anderen haben die Hinzurechnungen eine gewisse Beständigkeit der Gewerbesteuer mit sich gebracht. Wenn Sie die Hinzurechnungen streichen wollen, werden die Befürworter der Abschaffung der Gewerbesteuer - wie die Kollegen, die rechts von Ihnen, liebe Kollegen der CSU, sitzen - weiteren Aufwind erhalten. Die Abschaffung der Hinzurechnungen wäre der erste Schritt hin zur Abschaffung der Gewerbesteuer.

Da wir gerade von den Steuern reden, möchte ich auch die Einnahmenseite ansprechen. Ich höre schon wieder die Argumente der Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsparteien, für die Anträge der Opposition sei kein Geld da. Ich kann Ihnen jetzt schon versichern, dass wir mit unseren Anträgen innerhalb der verfügbaren Mittel bleiben werden. Darüber, ob wir das verfügbare Geld, das Sie, Herr Finanzminister, heute schon angesprochen haben, in die Rücklage stecken oder in zukunftssträchtige Angelegenheiten investieren, werden wir noch debattieren müssen.

Herr Finanzminister, Sie fordern spätestens 2012 - das haben Sie angekündigt - eine Steuerentlastung von fünf Milliarden Euro. Für den Freistaat und die Kommunen, für die Sie auch verantwortlich sind, würde das Mindereinnahmen von rund 500 Millionen Euro bedeuten.

Grundsätzlich haben wir nichts gegen Steuerentlastungen, vor allem dann, wenn sie dazu dienen, die kalte Progression abzumildern. Allerdings sollten auch hierfür tatsächlich Spielräume vorhanden sein. Da der Haushalt nur durch Zugriff auf Rücklagen ausgeglichen werden kann und Geld aus dem Grundstockvermögen genommen wer-

den muss, sind diese Spielräume momentan nicht absehbar. Wenn sie da sind, sind Steuersenkungen durchaus möglich; aber insoweit sehe ich momentan kein Licht am Ende des Tunnels.

Der Freistaat sollte aber auch alle Möglichkeiten der Geldbeschaffung nutzen. Die Personalausstattung der Finanzämter habe ich schon angesprochen. Des Weiteren sollten die staatlichen Beteiligungen überprüft bzw. überdacht werden. Das gilt nicht nur für Eon, sondern zum Beispiel auch - Sie werden den Hinweis schon erwarten - für die Flughafen München GmbH. Ich verweise auf das Darlehen von 250 Millionen Euro und die ausstehenden Zinsen für zurückliegende Zeiträume. Der Geschäftsführer verkündet, dass die Geschäfte gut laufen und die Einnahmen sprudeln. Angesichts dessen wird er wohl in der Lage sein, die Darlehen zurückzuzahlen und die ausstehenden Zinsen zu entrichten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Der Haushalt weist zwar für die Jahre 2006 bis 2008 und einen Teil des Jahres 2010 Zinszahlungen von 65 Millionen Euro aus, aber die tatsächlichen Zinsschulden - das wissen auch Sie, Herr Finanzminister - liegen weitaus höher.

Grundsätzlich sollte auch das Fördersystem, zum Beispiel im Luftverkehr, kritisch betrachtet werden. Es kann wohl nicht angehen, dass wir einerseits der Flughafen München GmbH durch ein weitgehend zinsloses Darlehen die wirtschaftliche Macht geben, die Konkurrenz, zum Beispiel wenn es um den Urlaubsverkehr geht, an die Wand zu drücken. Andererseits fördern wir gerade die kleineren Flughäfen, die jedoch im Wettbewerb um diese Flüge stehen und gegen den übermächtigen Großen so gut wie keine Chance haben.

Schauen Sie sich die aktuellen Zahlen der Flughäfen Nürnberg, Memmingen oder Hof an. Dort sind gerade im Januar erhebliche Rückgänge bei den Flugbewegungen zu verzeichnen gewesen. Es kann wohl nicht sein, dass wir den einen fördern, sodass er

die Macht hat, die anderen nicht hochkommen zu lassen, und den anderen dann auch noch Geld geben, damit sie irgendwie ihren Kopf über Wasser halten können.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ferner ist die Konsolidierung der Landesbank mit Nachdruck zu verfolgen. Nur dann wird die Landesbank Zinsen auf stille Einlagen, höhere Garantiegebühren oder gar Dividenden zahlen. Es wäre schon etwas gewonnen, wenn die Landesbank zumindest die Zinsen, die wir für den 10-Milliarden-Euro-Kredit zahlen, an den Staat abführen könnte, damit es in dieser Hinsicht ein Nullsummenspiel ist. Die stillen Einlagen, auch die Fonds, die drinliegen, kommen noch hinzu und müssen auch bedient werden.

Die Landesbank hat für 2008 ein erfreuliches Ergebnis vorgelegt; sie muss alles dafür tun, dass das so weitergeht. Auch die Sparkassen sind gefordert. Ich sage ausdrücklich: Man soll es sich mit den Sparkassen nicht durch andere Maßnahmen verderben.

Zur Konsolidierung der Landesbank kann sicherlich auch beigetragen werden, wenn die Ansprüche gegen die Verantwortlichen für das Desaster mit den ABS-Papieren und der Hypo Alpe Adria konsequent verfolgt werden. Das wird das Ergebnis der Landesbank auch verbessern.

Ich darf schließlich den Länderfinanzausgleich ansprechen. Sie wollen, wenn die Verhandlungen nicht erfolgreich sind, Klage erheben, weil Sie die bestehende Vereinbarung für verfassungswidrig halten. Wir unterstützen dieses Anliegen durchaus, stellen uns aber die Frage, aus welchen Gründen in der Vergangenheit - ich glaube, es war das Jahr 2000 oder 2001 - diese Vereinbarungen von der damaligen Staatsregierung abgeschlossen worden sind. Es ist nicht so, dass die Finanzausgleichszahlungen der Geberländer seitdem in der Summe angestiegen wären. Sie sind auf etwa der gleichen Höhe wie 2001 geblieben; das waren circa 7,1 Milliarden Euro. Unter den Geberländern haben sich allerdings die Beträge zulasten Bayerns verschoben. Es ist klar: Früher haben die anderen - Hessen und Baden-Württemberg - mehr gezahlt; heute zahlt Bayern das meiste.

Man fragt sich: Sind damals sachfremde Erwägungen eingeflossen - ich stelle nur diese Frage -, zum Beispiel die bevorstehende Bundestagswahl, oder hat man sich einfach über den Tisch ziehen lassen?

Abschließend darf ich zu den bevorstehenden Beratungen im Haushaltsausschuss die Hoffnung ausdrücken, dass bei den eingereichten Anträgen nicht nur darauf geschaut wird, von wem der Antrag gestellt wird, sondern auch auf den Inhalt.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Nicht die Staatsregierung, sondern der Landtag beschließt den Haushalt. Das Budgetrecht unseres Landtags ist eines der wichtigsten Rechte, das er überhaupt hat, und das sollten wir auch gegenüber der Staatsregierung wahrnehmen.

(Beifall bei den Freien Wählern, Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als Nächste hat Frau Kollegin Claudia Stamm das Wort. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Scholz & Friends ist eine preußische Werbeagentur. Ich habe mir überlegt, ob das Innovative an Ihrem "Aufbruch Bayern" genau das war: eine Werbeagentur aus dem preußischen Berlin einzukaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Bei der Regierungserklärung vor einer Woche ist schon geraten worden, wer hinter dieser PR-Maßnahme steckt, wer sie entwickelt hat. Der Haushalt ist aber keine Ware, kein reines Vermarktungsprodukt. Das fördert Politikverdrossenheit, und das können wir alle, wie wir hier sitzen, nicht wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vonseiten der Regierungskoalition war zu hören: Der Haushalt hat zwar Schönheitsfehler, aber trotzdem sind wir die Besten! - Es ist kein Schönheitsfehler. Eine reine Luftnummer als innovatives Programm zu verkaufen, ist definitiv kein Schönheitsfehler. Die Leute sind nicht blöd, sie wollen informiert werden. Sie haben es satt, dass man ihnen etwas vormacht. Sagen Sie einfach: Bayern steht relativ gut da, aber trotz Steuermehreinnahmen finanzieren wir mit einem sogenannten Sonderprogramm unter anderem die nötigsten, wirklich nur die allernötigsten Hausaufgaben eines Haushalts, nämlich Kinderbetreuung und Ganztagschulen. Obwohl wir so tun, als ob wir ein Sonderprogramm hätten, das wir toll, interaktiv und werbeagenturmäßig verkaufen, sinkt unsere Investitionsquote. Das heißt, es gibt ein sogenanntes Sonderprogramm, und trotzdem nehmen die Investitionen ab.

Obwohl auch im Bereich Städte- und Wohnraumförderung gekürzt wird, und zwar nicht zu knapp, nämlich aus dem Bundes-, aber auch aus dem Landeshaushalt um 17 Millionen Euro, rechnen wir das mal zum Bereich der Familien hinzu. Sonst würde der sogenannte "Aufbruch Bayern" im Bereich Familie noch ärmlicher aussehen.

Bei der ersten Tranche dieses "Sonderprogramms" stehen im Doppelhaushalt für den Bereich Familie knapp 230 Millionen Euro, für Bildung 390 Millionen Euro und für Investitionen 450 Millionen Euro zur Verfügung. Der größte Anteil entfällt also auf Investitionen. Aber nochmals: Das ist nicht zusätzlich, sondern das sind hauptsächlich die Kernaufgaben eines Haushalts, die mit diesem Geld bestritten werden. Da rennen die CSU-Abgeordneten seit ungefähr einem Jahr übers Land und predigen von "FBI", das zum Teil "EF-BI-EI" ausgesprochen wurde. Aufgelöst soll das heißen: Familie, Bildung, Innovation. Wenn es so weit ist, kommt noch schnell "Schrägstrich Investition" zur Innovation hinzu. Denn wie könnte man sonst zum Beispiel den allseits beliebten Straßenneubau unterbringen?

Ich habe übrigens noch einen Vorschlag für Sie, lieber Herr Fahrenschon: Man nehme die Beamtinnen und Beamten des Obersten Rechnungshofes und setze sie als Hilfslehrerinnen und Hilfslehrer oder in der Steuerverwaltung ein. Anders kann ich mir nicht

erklären, dass der ORH ein ums andere Mal kundig aufzeigt, dass ein Sanierungsstau im Tiefbau und im Hochbau zu erhöhten Kosten führt, in die Zukunft verlagert, und dass Sie als Staatsregierung trotzdem einfach den Rasenmäher nehmen und den Bauunterhalt um 20 % kürzen, wie es in diesem Haushaltsgesetz steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie tun das, obwohl der Sanierungsstau ohnehin schon sehr groß ist. Zur Verdeutlichung noch ein paar Zahlen: Für den Bauunterhalt sind 2009 223 Millionen Euro ausgegeben worden. Dieses Jahr stehen gut 137 Millionen Euro zur Verfügung. Innerhalb dieser kurzen Zeit, also von 2009 bis heute, sind das 86 Millionen Euro weniger, obwohl der ORH sagt, Bauunterhalt sei eine der wichtigsten Aufgaben.

Gleichzeitig sind für Heizung, Strom etc. bei öffentlichen Gebäuden 2009 340 Millionen Euro ausgegeben worden. Dieses Jahr stehen 370 Millionen Euro im Haushalt. Die Zahlen verdeutlichen noch einmal, wie die Ausgaben auseinanderlaufen und wie wenig sinnig diese Einsparungen sind.

Die Aufstellung dieses Haushalts ist einige Male verschoben worden. Eigentlich hätte die Erste Lesung in der vorigen Woche stattfinden sollen. Man könnte vermuten, der letzte Aufschub habe daran gelegen, dass Sie, Herr Ministerpräsident, Ihre Haushaltserklärung machen wollten. "Aufbruch Bayern" ist nämlich kein abgetrenntes Sonderprogramm. Es wird immer als das Herzstück dieses Haushalts verkauft. Es ist ein Teil des ganz normalen Haushalts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Aufbruch Bayern" ist ein Gemischtwarenladen größtenteils mit den klassischen Hausaufgaben, die eine öffentliche Hand zu erledigen hat. In der vergangenen Woche durfte man sich an dieser Stelle auch Folgendes anhören: Die Staatsregierung geht ganz neue Wege; die Bürger und Bürgerinnen werden beteiligt. - Ich habe relativ lange

überlegt, welches Wort ich hier wählen kann, welches Wort es trifft, und welches Wort ich in diesem Hohen Haus noch aussprechen darf. Mir ist leider keines eingefallen.

(Heiterkeit - Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Denn das, was mit "Aufbruch Bayern" gemacht wird, ist eine Luftnummer. Man nehme einen Internetauftritt, setze ihn ganz modern interaktiv auf und sage dann: Ihr, liebe Bürger und Bürgerinnen, dürft euch an den Entscheidungen beteiligen, wofür wir Geld ausgeben. Macht doch bitte Vorschläge! - Und was passiert dann? - Man bezahlt aus dem "Aufbruch Bayern" absolute Pflichtaufgaben, Hausaufgaben. Denen, die sich im Internet beteiligt haben, streichelt man so ein bisschen über den Kopf, wie die Mama oder der Papa, die die Kinder nicht ernst nehmen: Das habt ihr aber toll gemacht! Und jetzt gibt es auch ein Trostpflaster, nämlich drei Preise für die besten Projekte.

Wer das nachprüfen möchte, kann das nicht mehr, weil der Internetauftritt inzwischen umgestellt ist. Jetzt kann man die Vorschläge nicht mehr sehen und auch keine neuen mehr machen, aber ich rate Ihnen einfach: Nehmen Sie die Bürger wirklich ernst und machen Sie keine Als-ob-Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Tanja Schweiger (Freie Wähler))

Jetzt zwei Worte zur Erwiderung auf den Finanzminister. Ich versuche es wirklich kurz zu machen. Das war nämlich reine Polemik und nichts anderes, als Sie über NRW geredet haben.

(Zuruf von der CSU: Das war eine sehr gute Rede! - Weitere Zurufe von der CSU)

- Ja, die Rede war sehr gut. Es war reine Polemik, als Sie über NRW geredet haben. Schauen Sie noch einmal nach, was mein Kollege Mütze über die Regierung in NRW gesagt hat. Er hat da einen Supervergleich gebracht, indem er von einem Auto gesprochen hat, das auf eine Wand zurast. Ich will das gar nicht weiter ausführen; schauen oder hören Sie es sich einfach noch einmal an.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Schon vergessen?)

Das schaffen Sie, glaube ich, vielleicht mit dem Protokoll oder per Internet.

Die alte Regierung in NRW - das war Schwarz-Gelb - hatte schon einen Haushalt mit sieben Milliarden Euro Schulden eingeplant. Also wirklich nur reine Polemik, Herr Fahrenschon!

Jetzt noch zu Eon. Anfang dieser Legislaturperiode gab es schon einmal eine Debatte darüber, ob man die Eon-Aktien verkauft oder nicht. Damals haben Sie, Herr Fahrenschon, gesagt, dass das Verschleudern von Staatseigentum wäre. Damals war der Kurs aber besser als zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie gesagt haben, dass Sie die Eon-Aktien, das letzte Tafelsilber, verkaufen wollen. Jetzt muss ich mich fragen: Was wollen Sie denn noch tun, damit die Eon-Aktien nach oben gehen? Offenbar hat der Ausstieg aus dem Atomausstieg noch nicht gereicht; diese Aktien sind noch nicht weiter gestiegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, welche Geschenke Sie den Energieriesen noch machen wollen.

(Zuruf von der CSU)

- Das finde ich nicht, aber danke schön.

Also statt Als-ob-Politik sollten Sie lieber die Bedürfnisse der Bürger und Bürgerinnen und auch Ihren Koalitionsvertrag ernst nehmen. Davon war heute schon die Rede. Machen Sie zum Beispiel ein Kindergartenjahr kostenfrei. Das steht dort drin. Aber in diesem Haushalt ist keinerlei Ansatz dafür vorgesehen. Das heißt, die Staatsregierung handelt auch hier wieder nach dem Motto: Was interessiert mich mein Gerede von gestern?

Ein grüner Haushalt hat dagegen ein anderes Selbstverständnis. Ein grüner Haushalt setzt drei Prioritäten: soziale Gerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Klima-

schutz. Der Klimawandel wartet nicht, bis die Haushalte saniert sind. Aber was tun Sie, liebe Staatsregierung? Ihr sowieso schon dürftiges Klimaprogramm 2020 läuft im Jahr 2011 aus. Das ist alles andere als nachhaltige Umwelt- und Klimapolitik. Soll das heißen, dass der Klimawandel in Bayern im Jahr 2012 aufhört? Erfüllen Sie endlich das Minimum Ihrer Pflichtaufgaben! Sanieren Sie zumindest die Gebäude der öffentlichen Hand energetisch so, dass wir weniger Energie verbrauchen und dass wir mit unseren immer knapper werdenden Ressourcen verantwortlicher umgehen! Koppeln Sie die Vergabe von öffentlichem Geld, wenn Sie welches verteilen, möglichst an Kriterien wie ökologische Nachhaltigkeit!

Statt generationenungerecht immer neue, mächtige Staatsstraßen zu planen und zu bauen, müssten Sie die Straßen, die wir haben - und davon gibt es wirklich genug -, unterhalten und pflegen. Alles andere sind versteckte Schulden, Schulden auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Nachhaltigkeit? - Fehlanzeige!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber die Reparatur einer Straße lässt sich natürlich nicht so gut vermarkten. Da gibt es kein Pressefoto, wenn man das rot-weiße Band zerschneidet, sondern es ist halt nur eine Sanierung. Vielleicht sollten wir einmal darüber reden, ob man auch eine abgeschlossene Sanierung mit einem rot-weißen Band eröffnen darf und die Presse dazu einladen kann. Dann würde bestimmt mehr Geld in die Reparatur und weniger Geld in Neubauten fließen.

Wissen Sie eigentlich, dass dieses Haushaltsgesetz gegen Ihre eigenen Beschlüsse verstößt? 1999 hat der Landtag beschlossen: Die Staatsregierung wird ersucht, die Bestandserhaltung der Gebäude und Anlagen stärker zu gewichten, um den Mitteleinsatz für den Substanzerhalt des staatlichen Gebäudebestandes zu verbessern und neben einer angemessenen Dotierung der Ansätze für den Bauunterhalt sowie für Instandhaltung und Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des staatlichen Hochbaus die

Möglichkeiten der dezentralen Budgetverantwortung verstärkt zu nutzen. - Wir werden einen Antrag stellen, dass dieser Beschluss eingehalten wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen kommt mit dem Haushaltsgesetz der Rasenmäher, der pauschal 20 % beim Bauunterhalt kürzt. Das Gleiche gilt bei den Beamtinnen und Beamten: pauschale Kürzung. Verlässlichkeit des Dienstherrn oder Sinnhaftigkeit dieser Politik: Fehlanzeige. Sind denn Beamtinnen und Beamte des Freistaats Bayern keine Arbeitnehmer? Ich zitiere aus der Pressemitteilung des Kabinetts von Anfang Januar: Seehofer machte deutlich, dass die Arbeitnehmer zur Bewältigung der Wirtschaftskrise einen überragenden Beitrag geleistet haben. Sie müssen deshalb jetzt angemessen an den Früchten des Erfolgs teilhaben. - Sieht so die Teilhabe an Früchten des Erfolgs aus? Dürfen die Beamten an diesen Früchten so teilhaben, dass alle einfach eine Stufe niedriger eingestuft werden, und zwar genau in der Phase, in der sie Familien gründen wollen? Ist es gerecht, auf dem Rücken der Jüngsten andere Dinge auszutragen? - Nein.

Weiter steht im Haushaltsgesetz - Artikel 5 Absatz 2 -, dass die Regelung der nächst niedrigeren Einstufung bis Ende April 2013 gilt. April 2013 - wie durchsichtig. Also im Wahljahr - ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Wahrscheinlich laufen Sie und die CSU-Abgeordneten wieder durch das Land und tun so, als ob Sie Wohltaten im Wahljahr verteilen würden. Ich verspreche Ihnen: So dumm ist niemand mehr, diese Durchsichtigkeit nicht zu erkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade im Wahljahr werden die Ungerechtigkeiten - es sind keine Wohltaten - zurückgenommen.

Es ist auch nicht nachhaltig - Sie haben relativ oft von Nachhaltigkeit geredet, Herr Fahrenschon -, wenn Sie den Versorgungsfonds nicht bedienen. Vor allem verstößt es auch gegen das Gesetz, nämlich das Versorgungsrücklagengesetz. Danach dürfen

die Zahlungen in den Versorgungsfonds nur ausgesetzt werden, wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist. Dies bemisst sich aber nicht an den Steuereinnahmen - so steht es im Haushaltsgesetz, womit die Aussetzung der Zahlung an den Versorgungsfonds begründet wird -, sondern am außenwirtschaftlichen Gleichgewicht, der Inflation, der Arbeitslosigkeit oder dem Wirtschaftswachstum. So steht es im Versorgungsrücklagengesetz.

Jetzt zitiere ich aus der Pressemitteilung des Kabinetts vom 10. Januar. Seehofer: Wir waren 2010 der Jobmotor in Deutschland, und es spricht alles dafür, dass dies auch im Jahr 2011 so sein wird.

(Beifall bei der CSU)

Also ist das ein Widerspruch in sich. Einerseits - Sie haben vielleicht doch zu früh geklatscht - ist die Gesamtwirtschaft in ihrem Gleichgewicht gestört und deshalb erfolgt keine Zahlung an den Versorgungsfonds - so steht es im Haushaltsgesetz - und andererseits läuft alles super. Besonders in Bayern läuft es, wie immer, am besten; so lobt sich die Staatsregierung überall selbst.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Finanzminister aber treibt diesen Widerspruch noch auf die Spitze. Einerseits ist die Gesamtwirtschaft gestört, weshalb der Versorgungsfonds nicht bedient werden kann, aber andererseits ist es so super, dass wir endlich Steuererleichterungen bekommen, und zwar rückwirkend. Ich habe das Gefühl, das ist noch nicht so ganz angekommen. Es ist ein Widerspruch in sich, also unlogisch ohne Ende. Weil alles so super läuft, machen wir jetzt Steuererleichterungen, aber es läuft so schlecht, dass wir den Versorgungsfonds nicht bedienen können.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Die verstehen es nicht!)

- Offenbar.

Auf jeden Fall erinnere ich an die Verlässlichkeit, die Sie einfordern. Sie sagen immer: Politik braucht Verlässlichkeit.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Bitte noch einmal! Ich verstehe es nicht!)

- Ich kann es nachher noch einmal versuchen, Herr Seehofer. Ich habe es extra dreimal im Text gehabt, aber ich kann es nachher noch einmal versuchen.

Auf jeden Fall fehlen am Ende des Jahres 2012 ungefähr 290 Millionen Euro im Versorgungsfonds. Also gibt es hier wieder versteckte Schulden, von denen niemand redet. Apropos: Da haben wir wieder die Mär vom ausgeglichenen Haushalt.

Ein wichtiger Punkt für einen grünen Haushalt ist soziale Gerechtigkeit. Neben dem Klimawandel - da haben Sie offensichtlich nicht zugehört, Herr Sinner - ist das die Herausforderung unserer Zeit. Ein Baustein ist eine gute Bildungspolitik. Wenn ich mir die Zahlen in Bayern ansehe - das sind offizielle Zahlen des Statistischen Bundesamtes -, dann sehe ich: Bayern steht gar nicht so gut da. Ich frage Sie: Warum wollen Sie nicht endlich einmal bei der Bildung spitze sein? Warum stellen Sie sich hier her, Herr Fahrenschon, und erzählen: Wir sind bei der Mittelstandsförderung spitze, wir sind bei der Ansiedlung von Gewerbe spitze? Warum sind Sie nicht bei der Bildung spitze? Nach den Zahlen für das Jahr 2010 - das sind noch keine Ist-Zahlen - gibt Bayern für die Bildung pro Kopf 910 Euro aus. Um jetzt irgendwelchen Reflexen vorzubeugen, wonach andere Länder als Nehmerländer - die Diskussion hatten wir heute schon - mehr ausgeben könnten, habe ich andere Geberländer als Vergleich herangezogen. So gibt Baden-Württemberg für die Bildung etwa 20 Euro mehr aus und Hessen knapp 40 Euro mehr aus pro Kopf.

Ganztagsschulen sind seit Jahrzehnten im Ausland erfolgreich etabliert und als förderlich nachgewiesen. Sie sind inzwischen auch in Deutschland als bildungspolitisch erwünscht anerkannt. Ihre Einführung ist für alle Schularten dringend geboten und muss zügig erfolgen, wenn sich Bayern die Vorteile für die Schüler nicht entgehen lassen will - ein Zitat aus dem Bericht des hier viel gescholtenen Zukunftsrats. Bayern hat

auch erkannt, dass Ganztagsschulen wichtig sind. Herr Fahrenschon hat heute wieder gesagt, dass 500 neue Schulen zu Ganztagsschulen ausgebaut würden. Das stimmt aber nicht, denn es sind keine Ganztagsschulen. Es gibt nicht eine einzige Ganztagschule in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie meinten vielleicht Ganztagszüge. In diesem Zusammenhang kann die Zahl von 500 stimmen. Bayern ist dabei aber immer noch absolutes Schlusslicht. Der Ausbau ist schleppend und mäßig. Ich finde, es darf nicht immer nur nach Geld und nach noch mehr Geld gerufen werden. Wir müssen uns auch überlegen, was sinnvoll ist, um den Schulen wirklich zu helfen. Dies gilt vor allem für die Schulen vor Ort. Deshalb soll - auch das ist eine Empfehlung des Zukunftsrats - den Schulen ein Finanzierungspool gegeben werden. Das wollen wir auch. Schulen müssen mehr Autonomie haben, sie brauchen fiskalisch sowie bezüglich des Personals und der Struktur Autonomie. Nur so können wir in Zukunft die Schule am Ort retten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein ganz anderer Punkt ist mir beim Stichwort soziale Gerechtigkeit wichtig, nämlich Inklusion. Hierbei dürfen wir keine ideologischen Debatten auf Kosten der behinderten Menschen führen. Fakt ist: Wir - das gilt auch in Bayern - sind verpflichtet, Menschen mit Behinderung zu inkludieren. Soweit es den Menschen mit speziellen Bedürfnissen gut tut, müssen wir das tun. Ich verspreche Ihnen auch: Das wäre ein Gewinn für uns alle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Inklusion ist geltendes internationales Recht. Was passiert aber hier in Bayern? Es gibt keinen Haushaltsansatz in diesem Entwurf der Staatsregierung, um diese besondere Herausforderung, diesen Paradigmenwechsel nach und nach umzusetzen. Stattdessen wird bei der Behindertenhilfe sogar noch gekürzt, und zwar um eine eigentlich

lächerliche Summe, nämlich drei Millionen Euro. Dass Sie sich das überhaupt antun! Der Kurs müsste aber genau in die andere Richtung gehen: Wir brauchen Inklusion, weil es geltendes Recht ist. Aber Sie kürzen bei der Behindertenhilfe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So wird eine vermeintliche Konsolidierung des Haushalts wieder einmal auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen. In diesem Zusammenhang zitiere ich den Präsidenten der Diakonie, der sagt, - die Aussage war auf ein anderes Feld der Sozialpolitik bezogen -, man beschränke sich in Bayern auf Ankündigungen und finde für Probleme, die schon seit Jahren bekannt seien, keine Lösung. Das trifft auch haargenau bei der Inklusion zu.

Das, was Ihre Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin machen, nämlich ein Gesetz nach dem anderen auf Kosten der Ärmsten zu beschließen - Stichwort Streichung des Elterngelds für Alg-II-Empfängerinnen und -Empfänger -, setzen Sie in Bayern fort. Stattdessen werden im Zusammenhang mit dem "Aufbruch Bayern" nette Geschenke verteilt, und zwar an Firmen, die kein einziges Kriterium der Nachhaltigkeit oder der sozialen Gerechtigkeit erfüllen. Kunststofftechnik, Rüstungsbauer und Motorradbauer kriegen so mal eben ein paar Millionen Euro, und zwar ohne dass sie überhaupt einen Förderantrag stellen müssen. Da freuen wir uns natürlich alle riesig über die Arbeitsplätze in Bayern. Bezüglich der bayerischen Motorradbauer sind es sogar zehn Arbeitsplätze, die nach Bayern kommen. Ich sage nur: "Aufbruch Bayern".

Ganz dringend müssen wir als öffentliche Hand natürlich unbedingt der Bavaria GmbH eine neue Filmhalle im Wert von zehn Millionen Euro hinstellen. In der Zeitung war zu lesen, dass der Geschäftsführer gesagt hat: Ich weiß gar nicht so genau, wie diese Filmhalle aussehen muss; aber wir brauchen sie unbedingt, um international bestehen zu können. - Deswegen wird sie eben von der öffentlichen Hand bezahlt. Warum sollte die Filmhalle auch nicht bezahlt werden? Bereits im Jahr 2002 hat der Oberste Rech-

nungshof kritisiert, dass die Steuerzahler der Bavaria GmbH eine Filmhalle bezahlt haben. "Aufbruch Bayern" steht also in guter Tradition.

Doch eigentlich hat der Landtag damals beschlossen, bezogen auf die Rüge des Obersten Rechnungshofs: Erstens müsse die finanzielle Leistungskraft nachhaltig einbezogen werden, damit die Maßnahmen keinesfalls voll aus staatlichen Mitteln finanziert werden. Zweitens stelle die Filmhalle allerdings als wichtige Infrastrukturmaßnahme für den Medienstandort Bayern einen Sonderfall dar, bei dem eine volle Finanzierung aus staatlichen Mitteln *ausnahmsweise* zulässig sei. Das ist Beschluss des Landtags.

Wenn wir schon von überflüssigen Geldausgaben reden, muss ich sagen: Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass es die FDP-Stadtratsfraktion in München offenbar geschafft hat, von der Unsinnigkeit des Münchener S-Bahn-Tunnels zu überzeugen; denn die Verpflichtungsermächtigungen für den Tunnel sind in diesem Haushalt nicht mehr drin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung, allen voran Herr Zeil, hat also eingesehen: Es gibt bessere und gute Alternativen zu diesem Tunnel.

(Tobias Thalhammer (FDP): Wenn man in die Poccistraße möchte, ja!)

- Nicht nur da.

Stichwort Landesbank: Hier geht es wieder um die Mär vom schuldenfreien Haushalt. 2008 hat Bayern mal eben einen Kredit von zehn Milliarden Euro aufgenommen, um die Landesbank zu stützen. Wir sagen nicht, dass das falsch war. Aber hören Sie auf, die Unwahrheit zu sagen. In dieser Woche haben wir den langfristigen Finanzplan bekommen. Darin findet man die Pro-Kopf-Verschuldung jedes einzelnen bayerischen Bürgers. In dieser Hinsicht stehen wir ganz gut da; das muss ich wiederholen. Trotz-

dem ist festzustellen: Der Landesbankkredit ist nicht mit eingerechnet. Ich frage mich, warum Sie das jedes Mal so machen.

Auf die Frage, warum Sie den Landesbankkredit in die genannte Pro-Kopf-Verschuldung nicht einrechnen, gibt es einfach keine vernünftige Antwort.

Die Landesbank musste für die 10 Milliarden Euro bis dato keine Gebühr zahlen. Aber wir zahlen jedes Jahr für die Landesbank circa 400 Millionen Euro. Dieses Geld fehlt uns in Bayern für Investitionen in die Zukunft.

Bis hierher habe ich kaum über die Einnahmenseite gesprochen. Aber sie darf nicht außer Acht gelassen werden; das haben wir heute auch schon gehört. Stichwort: die starken Schultern mehr belasten, sowohl in Berlin als auch hier. Ich zähle kurz auf, worum es geht: Vermögensabgabe, Nichtabschaffung der Erbschaftsteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes. Ich will nicht näher hierauf eingehen. Die Musik spielt meistens in Berlin. Jedenfalls müssen wir die Einnahmenseite im Blick behalten; sie muss gestärkt werden.

Als ich mich auf unsere Erste Lesung vorbereitete, habe ich ein bisschen in den Ersten Lesungen der Vorgängerhaushalte geschmökert. Da kann ich nur sagen: Ich bin echt froh, dass ich ein Neuling bin. Da wiederholt sich jedenfalls alles, aber auch wirklich alles. Vor 20 Jahren ist an dieser Stelle festgestellt worden: Man könnte in Bayern mehr Steuern einnehmen, wenn es mehr Prüfungen gäbe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da drängt sich der Verdacht auf: Liegt hier eine Absicht vor? Will Bayern ein bisschen Schweiz light sein? Und was, bitte schön, soll noch geschehen? An dieser Stelle wird Jahr für Jahr darüber diskutiert.

Die Einnahmenseite würde sich verbessern, wenn mehr Finanzbeamte da wären. Der ORH hat das festgestellt. In diesem Jahr hat es sogar der Finanzminister zugegeben. Aber was geschieht stattdessen? Die Wiederbesetzungssperre gilt ohne Ausnahme

auch für den Steuervollzug. Wie sinnvoll! Da sollen also Stellen nicht gleich besetzt werden, obwohl sie uns sogar Geld brächten. Oder warten Sie, bis Wikileaks auch in Bayern die Namen von Steuersündern veröffentlicht?

Überhaupt ist die Verlängerung der Wiederbesetzungssperre um neun Monate sehr fragwürdig. Okay, es gibt ein paar Ausnahmen für den Bereich Hochschule, und zwar wegen des doppelten Abiturjahrgangs. Auch in der Justiz - das haben wir heute schon gehört - gelten Ausnahmen. Aber diese reichen nicht aus. Nach dem ganz offiziellen Stellenplan des Ministeriums fehlen 385 Richter und Staatsanwälte.

Der Bayerische Richterverein ist gerade dabei, eine Klage vorzubereiten. Ich wünsche ihm wirklich viel Glück. Es ist eine Schweinerei, was mit den Beamtinnen und Beamten passiert. Es ist aber auch eine Schweinerei, wenn bei der Justiz alles so langsam vor sich geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zu den Sofortmaßnahmen vom vergangenen Herbst. Da wird es deutlich, wie Sie, liebe Staatsregierung, die Haushaltspolitik machen und verstehen. Sie setzen sich hin, zählen ein bisschen im Geldbeutel, und dann beschließen Sie, egal ob es sinnvoll ist oder nicht, Sofortmaßnahmen. Dabei spielt es keine Rolle, ob jemand hungrig ist oder nicht oder durstig ist oder nicht. So haushaltet noch nicht einmal die viel zitierte schwäbische Hausfrau. Ein öffentlicher Haushalt hat nun einmal andere Strukturen und muss schon deswegen ganz anders aufgestellt sein.

Sie drehen hier ein Schraubchen und da ein Schraubchen. Die werden mal ein bisschen enger gezogen. Woanders werden sie ein bisschen lockerer gemacht. Aber strukturell ändert sich nichts. Damit zeigen Sie: Sie haben nicht verstanden, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Sie machen weiter wie gehabt.

Trotz der guten Steuereinnahmen schaffen Sie es zum Beispiel nicht, den Versorgungsfonds für die Beamten zu bedienen, in den Klimaschutz zu investieren oder die

Hochschulen zu versorgen. Wir sind da zwar ein bisschen auf einem besseren Weg, aber die Hochschulen müssen so versorgt werden, dass dort Lernen unter sinnvollen Bedingungen stattfinden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber wann, wenn nicht jetzt?

Trotz der guten Steuereinnahmen beträgt der Finanzierungssaldo laut Ihrem Entwurf in diesem Jahr 1,7 Milliarden Euro, im nächsten Jahr 700 Millionen Euro. Das heißt, Ausgaben und Einnahmen klaffen in diesem Jahr um 1,7 Milliarden Euro auseinander.
- So viel zu der Frage des ausgeglichenen Haushalts.

Die Rücklagen betrugen Ende 2009 noch gut 3 Milliarden Euro. Ende 2012 werden dies laut Ihrem Entwurf nur noch gut 20 Millionen Euro sein. Die Rücklagen sind also nach Ihren eigenen Planungen und Angaben so gut wie aufgebraucht.

Mit "Aufbruch Bayern" und dem Doppelhaushalt haben Sie alles andere gemacht, als den Haushaltsgrundsätzen der Klarheit und der Wahrheit zu entsprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie versuchen, zu sparen und gleichzeitig Geschenke zu machen, hauptsächlich dadurch, dass Sie Altbekanntes in Geschenkpapier verpacken und eine Schleife da herum machen. Beides geschieht allerdings ohne Konzept und ohne Prioritätensetzung.

Sparen à la Rasenmäher, wie in diesem Entwurf beim Bauunterhalt und bei den Beamten geschehen, ist absolut der falsche Ansatz. Nur unter dem Gesichtspunkt der Aufgabenkritik kann sinnvoll gespart werden.

Grüne Haushaltspolitik setzt klare Prioritäten, sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite. Unsere Haushaltspolitik steht für Nachhaltigkeit und für Gerechtigkeit zwischen den Generationen, aber auch zwischen den sozial Bedürftigen und

sozial weniger Bedürftigen. Dazu werden wir im Laufe der Haushaltsberatungen Anträge stellen. Sie enthalten ähnliche Appelle wie die Anträge der anderen Opposition. Mit unseren Anträgen wollen wir natürlich auch Titel streichen. Da wollen wir sparen, wie wir es immer machen. Außerdem setzen wir mit unseren Anträgen Prioritäten.

Wir wollen einmal sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ob Sie einmal nicht, wie Sie es sonst tun, gegen unsere sinnvollen Anträge stimmen. Vielleicht sind Sie dann ausnahmsweise einmal nicht die Dagegen-Partei. Lassen Sie uns diesen Haushalt gemeinsam nachhaltiger und gerechter gestalten!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Karsten Klein das Wort.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Bürgerinnen und Bürger eines von der Politik erwarten dürfen, dann ist das Stabilität. Stabilität bedeutet zuallererst Anstrengungen in Finanz- und Haushaltspolitik, und sie bedeutet, dass wir mit dem, was wir über Steuern und Abgaben einnehmen, auskommen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Deshalb hat der ausgeglichene Haushalt, den wir jetzt zum vierten Mal in Folge in dieser Regierungskoalition, die sich dann im vierten Jahr befinden wird, diesem Parlament vorlegen, für die FDP-Fraktion und die Koalition höchste Priorität.

(Alexander König (CSU): Insgesamt sieben Mal!)

- Wir sind aber erst zum vierten Mal dabei, Herr Kollege.

Die Einnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen bei 42,6 Milliarden Euro. Die Steuereinnahmen belaufen sich auf 31 Milliarden Euro. Das ist der zweithöchste Stand nach 2008, den es je für den Freistaat gegeben hat.

Das sage ich an alle, die, wie die GRÜNEN und die SPD, immer wieder die Steuern erhöhen wollen: Wir haben bei den Steuern die höchsten Einnahmen aller Zeiten und deshalb auch kein Einnahmeproblem. Lösen Sie sich endlich von der Idee, dass wir noch mehr einnehmen müssten, um Ihre Träume verwirklichen zu können. Der Staat verfügt über genügend Einnahmen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Deshalb wollen wir auch nicht wie beispielsweise die GRÜNEN den Spitzensteuersatz erhöhen, der ja schon für einen ordentlichen Facharbeiter gilt.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Wir wollen die Leistungsbereiten nicht abstrafen, wie Sie das vorhaben.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Dazu gehört natürlich auch eine aktive Steuerpolitik, die sich um Steuervergünstigungen für die Leistungsträger kümmert, und zwar um mehr als vier Euro Steuerersparnis bei den niederen Einkommensschichten.

(Beifall bei der FDP - Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Für die FDP ist ein ausgeglichener Haushalt ein Kernanliegen. Deshalb hat sich unsere Fraktion schon vor genau einem Jahr, nämlich im Januar 2010 auf der Klausurtagung, zwei klare Ziele gesetzt, und zwar erstens: Für uns steht im Kern ein ausgeglichener Haushalt. Zweitens wollen wir gleichzeitig auch in die Zukunft investieren; das nämlich haben die zukünftigen Generationen verdient.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie wissen doch überhaupt nicht, wohin das alles gehen soll!)

Diesen Weg sind wir konsequent weitergegangen auf unserer Tagung im Juni, auf der wir neben einem ausgeglichenen Haushalt dazu aufgefordert haben, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit dem Haushalt beschäftigt, und ein Investitionsprogramm "Aufbruch Bayern" aufzulegen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ihre Fraktion hat nur herumgeeiert! - Thomas Hacker (FDP): Beim Eiern haben Sie doch Erfahrung, Herr Kollege!)

Das haben wir dann in der Koalition einige Tage später gemeinsam beschlossen.

(Beifall bei der FDP)

Es war wiederum die FDP-Fraktion, die in ihrer Klausurtagung im September mit den klaren Sparvorgaben an die Häuser die nötige Dynamik in die Haushaltsberatungen gebracht hat. Wir stehen heute hier und können Ihnen einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, weil wir Einsparungen von den Häusern und dem Personal einfordern.

(Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) und Ulrike Gote (GRÜNE) - Glocke des Präsidenten)

Das mag Ihnen nicht gefallen, aber wir kommen gleich noch zu den Zuständen in Ihrem Bereich. Wir haben das durchgesetzt, und es ist ein guter Tag für Bayern, wenn wir heute diesen Haushalt einbringen.

(Beifall bei der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Das ist kein guter Tag!)

Das Ergebnis der Koalitionsarbeit für diesen Haushaltsentwurf kann sich sehen lassen. Wir legen Ihnen gemeinsam einen Haushalt vor - das findet auch die Unterstützung der FDP -, der im Bereich der Ressorts über 900 Millionen Euro einspart und den öffentlichen Dienst an den Einsparungen mit 945 Millionen Euro beteiligt. Summa summarum sparen wir 1,8 Milliarden Euro. Es ist gut, dass wir jetzt in Zeiten, in denen

es uns besser geht, das strukturelle Problem anpacken, das Sie so oft in Ihren Reden geißeln. Wir packen es an. Wir sparen 1,8 Milliarden Euro mit diesem Haushalt.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das Ausgabevolumen bleibt auf dem Niveau des Jahres 2010. Das ist ein gutes Zeichen. Wir haben zu Recht in den schlechten Zeiten vom Staat aus investiert, um in der Krise Stabilität zu haben, und haben jetzt, wo es in der Wirtschaft besser läuft, unsere Aktivitäten im Staatsbereich konsolidiert und zurückgefahren. Es ist, wie gesagt, ein gutes Zeichen, dass unser Haushalt trotz dieser Investitionssummen auf praktisch dem gleichen Niveau bleibt. Das ist ein gutes Zeichen für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Alexander König (CSU) und Eberhard Sinner (CSU))

Nun zu den Investitionsquoten. Das ist bisher vielleicht nicht ganz deutlich herausgekommen. Sie sind natürlich etwas niedriger als in den vergangenen Jahren.

(Markus Rinderspacher (SPD): Erheblich!)

Wir liegen aber immer noch 2 % über dem Durchschnitt der westlichen Bundesländer. Da, wo Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, an der Regierung sind, sind die Investitionsquoten nicht so hoch wie in Bayern. Da sollten Sie sich an Bayern ein Beispiel nehmen, statt zu kritisieren.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden in dem Bereich der Wissenschaft die Mittel im kommenden Jahr um 5,8 % aufstocken, lieber Kollege Heubisch. Im Jahre 2012 werden es 4,6 % sein.

(Alexander König (CSU): Ja, der ist der große Gewinner!)

Der Bildungsbereich insgesamt umfasste 2008, als diese Koalition die Regierung übernommen hat, 13,7 Milliarden Euro. Im Jahre 2011 werden es 15,9 Milliarden sein und im Jahre 2012 sogar 16,5 Milliarden Euro. Das sind über zwei Milliarden Euro mehr, die wir für diesen Bereich vorsehen. Schwerpunkt unserer Koalition ist der Bildungsbereich. Das steht in diesem Haushalt.

(Beifall bei der FDP)

Wenn aus dem Gesamthaushalt zehn Milliarden Euro an die Kommunen und die anderen Bundesländer gehen - großzügigerweise auch an Nordrhein-Westfalen -, dann bleiben von den 42 Milliarden gut 32 Milliarden übrig. Davon gehen 15,9 Milliarden in den Bereich Bildung; das macht 50 %. Ich weiß nicht, wieso Sie da keinen Schwerpunkt erkennen können. Vielleicht können Sie Nachhilfe bei Ihren haushaltspolitischen Sprechern bekommen.

Die Zahlen sprechen eine klare Sprache. Das Markenzeichen dieser Koalition ist der Bildungsbereich. Das lassen wir uns von der Opposition in diesem Hohen Hause nicht kaputt reden.

(Beifall bei der FDP)

Wir investieren kraftvoll mit dem Programm "Aufbruch Bayern" 1,07 Milliarden Euro.

(Zurufe von der SPD)

Es gibt kein anderes Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland, das ein solches Programm auf den Weg gebracht hätte.

(Zurufe von der SPD)

227 Millionen Euro für die Familien, 389 Millionen Euro für die Bildung und 452 Millionen Euro für Innovation. Das kann sich sehen lassen.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Das sind über 66 Projekte! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn da dem einen oder anderen drei oder meinetwegen auch vier Projekte nicht gefallen, dann sei Ihnen das zugestanden. Aber das spricht nicht für eine schlechte Qualität des Gesamtprogramms. "Aufbruch Bayern" ist ein Erfolg.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Ich kann nichts Schlechtes daran finden, wenn wir in Elektromobilität investieren oder in Technologietransferzentren, in molekulare Biosysteme. Wir investieren damit in die Zukunft dieses Landes. Und eine gute Nachricht kann man dann hier gleich im Parlament verbreiten: Dank der Mittel aus dem Wirtschaftsministerium, lieber Martin Zeil, nämlich dank der fünf Millionen Euro für das Fraunhofer-Institut, ist es uns gelungen, diese Investition an den bayerischen Unterrhein zu holen und sie nicht nach Hessen gelangen zu lassen.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ein Verdienst der Bayerischen Staatsregierung, dass diese Mittel so geflossen sind.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Wir setzen den Dreiklang ausgeglichener Haushalt, keine Neuverschuldung, Investitionen in die Zukunft in dieser Koalitionsregierung fort.

(Zurufe der Abgeordneten Markus Rinderspacher und Christa Naaß (SPD))

Der Erfolg hat viele Väter, aber er hat nur eine Mutter; das ist diese Koalitionsregierung aus CSU und FDP.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Nun sei ein kurzer Blick nach Nordrhein-Westfalen gestattet, da hier schon Entschuldigungen platziert wurden. Es ist schön, dass Sie sich wenigstens entschuldigen wollen. Lieber Kollege Mütze - Sie wurden zitiert - und liebe Frau Stamm, die Verschuldung, die die dortige damalige Staatsregierung aus CDU und FDP mit 6,6 Milliarden Euro eingebucht hatte, beruhte auf einem Wirtschaftswachstum von minus 5 %. Sie aber verschulden sich um 7,4 Milliarden Euro bei einem Wirtschaftswachstum von 3,7 % plus.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Ich habe gelernt, dass es da einen großen Unterschied gibt.

(Widerspruch bei der SPD)

Zu allem Überfluss muss ich heute auch noch eine Meldung des Steuerzahlerbundes aus Nordrhein-Westfalen lesen, der sich darüber mokiert, wie üppig die Büros dort ausgestattet würden. Ich glaube, man kann mit Steuergeldern wirklich ordentlicher umgehen, als das Rot-Grün momentan in Nordrhein-Westfalen tut.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Hinter den von mir aufgezählten nackten Zahlen stehen natürlich knallharte Erfolge, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich nenne nur den doppelten Abiturjahrgang. Es ist doch diese Koalitionsregierung mit dem Wissenschaftsminister Heubisch gewesen, die im Jahre 2008 diese Baustelle übernommen hat. Wir investieren in Hochschulen. Wir schaffen zusätzlich 38.000 neue Studienplätze und 3.000 neue Dozentenstellen. Wir werden diesen Abiturjahrgang bewältigen, und das ist ein riesiger Erfolg dieser Koalition.

Natürlich wird das nicht reibungslos gehen. Wir werden das aber bewältigen. Das lassen wir uns von Ihnen nicht kleinreden.

(Beifall bei der FDP)

Wir investieren weiter in die Bildung: Es wird im Bildungsbereich über 1.000 zusätzliche Planstellen geben.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Erfolg, hinter dem die Regierungsparteien CSU und FDP mit vollem Herzen stehen. Da helfen auch die Rechenspielen von Herrn Kollegen Pfaffmann nicht, weil sie völlig falsch sind. Wir schaffen diese 1.000 zusätzlichen Lehrerinnen- und Lehrerstellen, auch in den nächsten Haushalten. Vielleicht sollte sich Herr Kollege Pfaffmann einfach vertrauensvoll ans Kultusministerium wenden und sich dies erklären lassen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich möchte Herrn Pfaffmann nicht noch einmal erklären müssen, wie sich diese Zahlen zusammensetzen. Das habe ich schon nach der Sommerpause im letzten Jahr getan.

(Volkmar Halbleib (SPD): Erklären Sie es doch uns einmal!)

Wir investieren in die Ganztagsschulen, die Ganztagsbetreuung und die Krippenplätze. Dies alles sind Schwerpunkte dieser Regierung, die sich in diesem Doppelhaushalt abbilden. Für Bayern ist es gut, dass wir in diesen Bereichen vorankommen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Weil wir dort so weit hintendran sind!)

Wir setzen auch verstärkt Gelder für Asylbewerber ein. Das ist nicht selbstverständlich. Wir haben das in den Entwurf der Staatsregierung aufgenommen. Das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der FDP)

Besonders erfreulich ist das Feld der Wirtschaft: Wir haben nicht nur den Mittelstandschirm auf den Weg gebracht, den der Finanzminister zu Recht genannt hat. Wir

haben den Wirtschaftsminister und die LfA in die Lage versetzt, den mittelständischen Unternehmen über diese Krise hinwegzuhelfen. Wir investieren auch in DSL. Hier hat die Koalition eine riesige Baustelle übernommen. Diese Koalition hat das Thema mutig angepackt und bringt es nach vorne, damit das schnelle Internet auch im ländlichen Raum ankommt. Ab dem Jahr 2008 sind wir durchgestartet. Es ist ein gutes Zeichen, dass wir diesen Weg weitergehen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben Innovationsgutscheine eingeführt, damit die Unternehmen bei kleineren Produktinnovationen, Produktverfahrensinnovationen und Dienstleistungsinnovationen unterstützt werden. Das alles steckt in diesem Haushalt. Wir investieren in die Zukunft. Wir streichen Subventionen und investieren in Technologie. Meine Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, die Regierungsbeteiligung der FDP ist ein Erfolgsmodell für den Freistaat Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch eine Anmerkung zu den Bildungsausgaben machen: Frau Kollegin Stamm, ich weiß nicht, welche Zahlen Sie zitiert haben. Mir liegen die Zahlen des Statistischen Bundesamts vor. Dort liegt Bayern überall an der Spitze. Bei den Pro-Kopf-Ausgaben liegen wir auf Platz zwei. Bei den Gesamtausgaben liegen wir auf Platz zwei. Bei den prozentualen Ausgaben liegen wir auf Platz zwei. Dass es beim BIP anders aussieht, liegt daran, dass wir ein so starkes Bruttoinlandsprodukt haben und nicht daran, dass unsere Bildungsausgaben zu gering wären. Die Bildungsausgaben pro Kopf in Bayern sind in Deutschland Spitze. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag ist verlässlich. Wir stehen zum ausgeglichenen Haushalt und zu einer soliden Finanzpolitik. Wir sind engagiert; denn wir haben uns aktiv, konstruktiv und kritisch in den Haushaltsprozess eingebracht. Wenn

es sein muss, sind wir auch unbequem. Deshalb bleibt es mir nicht erspart, das Thema "Landesbank" zu erwähnen. Die erste Aktivität dieser Koalitionsregierung aus CSU und FDP war die harte Entscheidung, die wir gemeinsam nach schweren Stunden getroffen haben: Wir mussten zehn Milliarden Euro in die Landesbank geben. Das haben wir nicht aus Jux und Tollerei getan. Wir haben das getan, damit unsere Kommunalpolitiker vor Ort nicht in Bedrängnis kommen und damit unsere Sparkassen gerettet werden. Das waren die Hauptgründe dafür, dass wir diese 10 Milliarden Euro in den Haushalt eingestellt haben.

(Beifall bei der FDP - Jörg Rohde (FDP): Ein Flächenbrand wurde verhindert!)

Diese 10 Milliarden Euro resultieren natürlich aus Fehlern unternehmerischer Art und mangelnder Kontrolle. Dies ist ein Problem, dem wir uns weiter stellen müssen. Insgesamt sind für diese zehn Milliarden Euro Zinsen in Höhe von über einer Milliarde Euro aufgelaufen. Auch das gehört zur Wahrheit. Wir würden dieses Geld natürlich gern für etwas anderes ausgeben. Hier trifft jedoch das Wort zu: Das war alternativlos.

Die Aufklärungsarbeit bleibt wichtig. Wir dürfen aber nicht verkennen, dass diese Koalitionsregierung gemeinsam mit dem Finanzminister einen Gesetzentwurf zum Thema Neugestaltung der Landesbank eingebracht und beschlossen hat. Wir haben Experten in den Verwaltungsrat geholt. Wir haben den Aktionsradius beschränkt, und wir haben Geschäftsfelder begrenzt. Diese Koalition hat aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Es ist ein Erfolg dieser Koalitionsregierung, dass wir hier den richtigen Weg beschreiten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Mehreinnahmen des letzten Jahres wurden bereits angesprochen. Jeder, der hier vom Redepult aus das Wachstumsbeschleunigungsgesetz kritisiert und danach in der gleichen Rede sagt, wie wir diese 500 Millionen Euro zu verwenden hätten, sei an Folgendes erinnert: Dass wir höhere Steuereinnahmen haben, liegt daran, dass sich die Wirtschaft im letzten Jahr schneller erholt hat, als alle erwartet haben. Das ist die Leis-

tung der Bürgerinnen und Bürger. Die Koalitionsregierung in Berlin hat den Bürgern dieses Geld im Januar 2010 belassen und es nicht für den Staat vereinnahmt. Diese Entscheidung hatte Wachstumsimpulse zur Folge, die sich wiederum in den Steuereinnahmen niedergeschlagen haben. Unser Konzept war richtig. Ihres ist falsch. So sieht die Wahrheit aus.

(Beifall bei der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Das wird ja immer abenteuerlicher!)

Mit besonderem Interesse habe ich die Neudefinition des Begriffs "Neoliberalismus" von Herrn Kollegen Halbleib gehört. Neuerdings ist es bereits Neoliberalismus, wenn man in der Krise spart. Als der Neoliberalismus erfunden wurde, war diese Sünde schon längst begangen worden. Vielleicht sollte man nicht alles, was man negativ findet, unter dem Begriff "Neoliberalismus" subsumieren. Ich möchte mit Ihnen nicht noch einmal eine Diskussion über den Neoliberalismus führen. Ich glaube, Sie sind hier einfach beratungsresistent. Sehen Sie einmal in die Geschichtsbücher: Die Soziale Marktwirtschaft, die Sie immer so loben, fußt auf dem Neoliberalismus, auf Eucken und auf Hayek. Das sind die Gründer unserer Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der FDP)

Diese Regierung ist auf dem richtigen Weg. Wir heben Effizienzpotenziale. Wir investieren in die Zukunft. Natürlich bleiben Herausforderungen, zum Beispiel bei der Neuordnung der Staatsbeteiligungen. Hier haben wir ein Aufgabenfeld für die nächsten Jahre.

(Markus Rinderspacher (SPD): Welche denn? Wir haben doch gar keine mehr!)

Wir haben Aufgabenfelder beim öffentlichen Dienst, bei den Staatsaufgaben und bei der Entbürokratisierung. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die Staatsregierung einen Kabinettsausschuss eingesetzt hat. Wir werden die Arbeit dieses Ausschusses konstruktiv begleiten. Ich weiß, dass Sie immer Schwierigkeiten mit Zukunftsszenarien

haben. Sie können immer nur hinterher meckern. Wir haben einen Haushalt auf den Weg gebracht, der beispiellos in Deutschland ist.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das kann man so sagen!)

Das ist Fakt. Mit dem letzten Haushalt haben wir stabilisiert. Jetzt werden wir konsolidieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Christine Kamm das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Thema, wie durch diesen Haushalt Schulden in die Zukunft geschoben werden, wurde schon vieles ausgeführt. Meine Kollegin Stamm erwähnte die Pensionsrückstellungen, die auf Null gesetzt wurden. Ein zweites Beispiel: Von den etwa 4.300 Gebäuden im Besitz des Freistaats befindet sich nur etwa ein Drittel in einem tragbaren energetischen Zustand.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das haben wir doch alles schon gehört!)

- Haben Sie das schon gehört: 600 dieser Gebäude verbrauchen über 300 Kilowattstunden Heizenergie pro Quadratmeter im Jahr. Das sind Inspektionsgebäude, Universitätsgebäude und Verwaltungsgebäude. Sie sind reine Energieschleudern. Im Grunde bräuchten wir ein massives Investitions- und Sanierungsprogramm für die städtischen und die staatlichen Gebäude. Sie erinnern sich doch noch an den Run der Kommunen auf das Konjunkturprogramm, um die Schulen in einen besseren energetischen Zustand zu bringen. Um den massiven Investitionsbedarf zu decken, hätte man sieben solcher Konjunkturprogramme durchführen können. Leider stehen den Kommunen aber keine ausreichenden Mittel für diesen Zweck mehr zur Verfügung.

Der Bayerische Gemeindetag titelte in seiner letzten Ausgabe: "Städte und Gemeinden kämpfen um das Überleben - die Finanznot gefährdet die kommunale Handlungsfähigkeit". Wie sieht es in den bayerischen Kommunen wirklich aus? Immer mehr Kommunen können keine ausreichende Zuführung zum Vermögenshaushalt mehr erwirtschaften. Bei vielen Kommunen beläuft sich die Zuführung zum Investitionshaushalt auf Null. Bei einigen ist sie sogar negativ. Die geschönten Durchschnittsbetrachtungen des Finanzministeriums helfen diesen Kommunen nicht weiter. Auch in Bayern steigen die Schulden der Kommunen weiter an. Mittlerweile liegt die Verschuldung der Kommunen in Bayern bei über 1.100 Euro pro Einwohner. Auch so verstecken Sie hier Schulden.

Die Rechtsaufsicht geht zunehmend dazu über, den Kommunen höhere Nettokreditaufnahmen zu genehmigen. Das löst die Probleme der Kommunen aber nicht langfristig. Bisher wurde die Nettokreditaufnahme streng danach bemessen, wie hoch die dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit ist. Jetzt sagt man, egal, irgendwie muss man durch, anders geht es nicht, wir genehmigen einfach doppelt so hohe Nettokreditaufnahmen. So ist es beispielsweise in Augsburg.

Das Volumen des Finanzausgleichs bewegt sich zwar etwa in der Höhe des Vorjahres; dennoch gibt es Ursachen dafür, dass die finanzielle Situation der Kommunen immer schwieriger wird. Die erste sind die bereits schon angesprochenen neuen Gesetze, die sich überproportional nachteilig auf die Kommunen ausgewirkt haben. Ich kann es Ihnen nicht ersparen: Das höchst umstrittene Wachstumsbeschleunigungsgesetz alleine kostet die bayerischen Kommunen im Jahre 2011 327 Millionen Euro, und das bei einem etwa gleichbleibenden Volumen des kommunalen Finanzausgleichs. Das ist viel Geld, mit dem man viel Sinnvolles tun könnte.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Staat die Bezirke mit ihren Aufgaben im Sozialbereich alleine lässt. Die Bezirke haben aufgrund der deutlich steigenden Fallzahlen - schauen Sie sich einmal die Bezirkshaushalte an - im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr einen erhöhten Finanzbedarf von weit über 300 Millionen. Außerdem haben sie

einen erhöhten Finanzbedarf, um Defizite des Jahres 2009 auszugleichen. Die Staatsregierung will den Sozialhilfeausgleich an die Bezirke trotz des erheblich gestiegenen Mehraufwands nicht anheben. Da nützt es nichts, wenn Sie gelegentlich sagen, dass wir ein Bundesteilhabegesetz brauchen. Sie müssen auch Zeichen setzen und aufzeigen, wie sich Bund und Länder zukünftig stärker an den gemeinsamen sozialen Aufgaben beteiligen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch viele andere negative Weichenstellungen machen es den Kommunen schwer, ihre Haushalte auszugleichen. Die eine Weichenstellung ist der Rückzug des Bundes, beispielsweise bei den Kosten der Arbeitslosigkeit. Der Anteil an den Unterkunftskosten für die Langzeitarbeitslosen, den der Bund übernimmt, wird immer geringer. Zudem wird nicht aufgezeigt, wie die Kommunen ihre Aufgaben beim Krippenausbau und insbesondere bei den dauerhaften Leistungen schultern können. Der Staat zeigt sich hier nicht bereit, einen größeren Anteil zu übernehmen. Dann machen Sie eine Schulreform, die dazu führt, dass wesentlich mehr Schüler in der Gegend herumgefahren werden müssen. Der Freistaat zahlt aber nur 60 % der Kosten der Schülerbeförderung; den Rest müssen die Kommunen schultern. Sie bereiten den kommunalen Schulen erhebliche Probleme durch die pauschalierten Kostensätze, die keineswegs der Realität entsprechen. Kommunale Schulen kosten die Kommunen sehr viel Geld, und Sie beteiligen sich an deren Kosten nicht adäquat.

Sie haben sich in Berlin mit Ihren Vorstellungen nicht durchsetzen können, als Ihr Bundesbauminister die Städtebauförderung kürzte. Sie haben zwar einige wunderbare Ausführungen gemacht, insbesondere der Innenminister, aber das hat nichts geholfen. Die Städtebauförderung wurde zusammengestrichen, und deswegen fehlt den Kommunen der notwendige Gestaltungsspielraum. Sie kürzen bei der Wohnbauförderung. Last but not least ist das Energiekonzept der Bundesregierung dafür verantwortlich, dass vielen kommunalen Investitionen in nachhaltige Energien die Rentierlichkeit fehlt.

Herr Ministerpräsident, ein verlässlicher Partner der Kommunen in Bayern schaut anders aus. Bei den Haushaltsberatungen ist noch viel zu tun, um diese Schieflage zu korrigieren.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Kamm. Als Nächster hat Kollege Georg Winter das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Georg Schmid (CSU): Georg, stell' das mal richtig, was die erzählt hat!)

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, der CSU-Fraktion ist es besonders wichtig, dass mit diesem Gesetzentwurf der Regierung keine neuen Schulden aufgenommen werden müssen und dass wir trotzdem die wesentlichen, für die Zukunft maßgeblichen Aufgaben anpacken können, verstärkt, mit mehr Intensität. Sie kennen die Stichworte, die uns für die Gestaltung der Zukunft wichtig sind: Familie, Bildung, Innovationen und Investitionen.

An dieser Stelle danke ich Herrn Staatsminister Fahrenschon und Herrn Staatssekretär Pschierer sowie den Damen und Herren in den Ministerien, die zugearbeitet haben, dafür, dass ein Entwurf vorliegt, der uns die Arbeit leichter macht, weil er schon einen Ausgleich vorsieht, sodass wir ihn nicht erst herstellen müssen. Schon im Vorfeld wurde dieser ausgeglichene Entwurf durch engagierte, zügige und professionelle Arbeit in enger Abstimmung mit den Regierungsfractionen erstellt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, weil ich gerade zu den Medienvertretern auf die Zuschauertribüne sehe, möchte ich etwas bemerken. Bei den Beratungen des Doppelhaushalts 2009/2010 und im Vorfeld des Entwurfs des Doppelhaushalts 2011/2012 war eines interessant. Kaum hatten wir nach dem schwierigen Jahr 2008 den Doppelhaushalt 2009/2010 ohne neue Schulden vorgelegt, kam bei der Verabschiedung im Frühjahr 2009 die Frage: Werte Politiker, jetzt habt ihr es gerade noch hinbekommen, den

Doppelhaushalt 2009/2010 ohne neue Schulden aufzustellen, aber werdet ihr auch noch einen ausgeglichenen Nachtragshaushalt 2010 aufstellen können angesichts der Tatsache, dass die Krise tiefer geht und länger dauert, dass Einbrüche da sind, dass Bayern ganz besonders betroffen ist, weil es ein starkes Exportland ist? Als wir im Frühjahr 2010 erneut einen ausgeglichenen Haushalt geschafft haben, war das keineswegs eine Pressemeldung wert, sondern dann lautete die Frage: Im Jahr 2010 habt ihr es gerade noch hinbekommen, aber werdet ihr 2011 die hohe Messlatte, welche die CSU schon 2000 in die Haushaltsordnung geschrieben hat, noch überwinden angesichts der strukturellen Mehraufwendungen in manchen Bereichen, angesichts der Herausforderungen durch wachsende Aufgaben für Familie, Bildung, Hochschule, angesichts des doppelten Abiturjahrgangs mit mehr Studenten und angesichts der Veränderungen in der Bundeswehr? Es ist sensationell und großartig, dass wir mit dem Entwurf des Doppelhaushalts 2011/2012 unser Ziel genauso erreichen wie schon mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 und dabei immer noch Spielräume haben, um Prioritäten zu setzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Opposition hat vieles hinterfragt und angesprochen. Das muss sie auch. Das ist in Ordnung. Was wir alle vermissen, ist das Konzept, wie Sie es durchgängig anders und besser machen würden.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig! - Beifall bei der CSU)

Im Gegensatz zu sonst habe ich nicht meinen kleinen, sondern meinen großen Bleistift und einen ganzen Block mitgebracht, um die Vorschläge mitschreiben zu können. Das bin ich aus der Schule gewohnt. Wenn man abschreiben kann und der Nachbar es besser macht, habe ich gar keine Hemmungen. Ihre Vorschläge hätten wir heute gerne aufgenommen.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das habt ihr bis jetzt gut verheimlicht!)

- Frau Kollegin, da hatte ich ein schönes Erlebnis. Da gab es die Frage, welche Aufgabenstellung bei der Reform der Reichsversicherungsordnung - RVO - richtig wäre. Jedes Haus hat für sich an der Klausur gearbeitet. Jedes Haus hat seine eigene Variante gehabt. Ich habe mir die Mühe gemacht und beide Varianten gelesen. Ich habe Kontakte zu beiden Lehrgängen. Daraus habe ich das aus meiner Sicht Beste zusammengefasst. Es war gut, sehr gut sogar. Wir hätten heute gerne in der Haushaltsdebatte etwas gelernt und mitgenommen, jedoch haben wir nicht erfahren, wie dieses durchgängige und schlüssige Konzept der Opposition aussehen soll.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Halbleib, Sie haben recht: Es ist wirklich nicht einfach. Seit dem Sommer letzten Jahres, seit Juli, haben sich die Regierungsfractionen mit dem Ministerpräsidenten, dem Finanzminister und dem Wirtschaftsminister zusammengesetzt und sich abgestimmt. Nach mehreren Wochen und Monaten haben wir im September gesagt: Jawohl, wir wollen es anpacken. Damals haben die Dinge noch nicht so optimal ausgesehen wie heute.

(Zurufe des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Kollege Halbleib, es ist schwierig. Sie haben das angesprochen. Wir hatten in den Jahren 2009 und 2010 einen Konjunkturhaushalt zur Bewältigung der Krise. Das Besondere an diesem Haushalt war und ist - darauf können wir stolz sein, wenn Sie die Wachstumsraten anschauen -, dass beide Haushalte zusammen um 10 % hinsichtlich der Ausgaben gewachsen sind. Das muss man sich einmal vorstellen: 10 % Wachstum in einem Land, in dem es keine Inflation gibt. Das ist eine riesige Geschichte.

Für die Jahre 2011 und 2012 sieht der Doppelhaushalt nur ein Viertel, nämlich 2,6 % des Wachstums des letzten Doppelhaushalts vor. Wenn wir die Treppen zum Steinerne Saal des Maximilianeums hochgehen, können wir auch mal drei Stufen auf einmal nehmen. Das haben wir 2009 und 2010 getan. Damit haben wir im übertragenen Sinne die Konjunktur angeschoben. Die Ergebnisse sind sehr positiv. Wir wollen das

nicht alles auf unsere Schultern nehmen; die Unternehmer und Arbeitnehmer haben mitgemacht. Die Bürger waren lange optimistisch. Sie haben sich weder von Sinn noch von Unsinn verrückt machen lassen. Das habe ich wirklich bewundert. Das ist großartig. Die Deutschen waren diesmal nicht pessimistisch, sondern haben an sich selbst geglaubt und sich an dem orientiert, was sie real vor Ort gesehen haben, nicht an dem, was die Wirtschaftsweisen verkündet haben.

(Beifall bei der CSU)

Zurück zur großen Stufe - zu den drei Treppen hinauf zum Steinernen Saal. 2009 und 2010 haben wir drei auf einmal genommen - 10 %. Dieses und das nächste Jahr gehen wir ganz normal einen Schritt weiter. Wir bleiben nicht stehen - eine Stufe sind 2,6 %.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Wir dürfen keine Keile treiben, sondern müssen zusammenarbeiten.

(Lachen bei der SPD)

Tschernomyrdin sagte: "Wir wollten das Beste, aber es kam wie immer".

(Lachen bei der SPD)

Gott sei Dank ist das in Bayern nicht so. Das ist der große Unterschied. Der Mann war in einer Planwirtschaft zu Hause und musste sich ständig damit befassen, dass das Planziel wieder einmal nicht erreicht wurde. Das ist bitter und nicht leicht zu ertragen. Deswegen hat er den Spruch "Wir wollten das Beste, aber es kam wie immer" geprägt. Unsere Lage ist günstiger, weil Steuern fließen und die Wirtschaft wächst. Deshalb können wir mehr tun.

Wie soll ein Haushalt aussehen, wenn wir nur noch ein Wachstum von 2,6 %, somit von einer halben Milliarde Euro haben? Herr Kollege Mütze hat gesagt, dies sei ein Kürzungshaushalt. Meine Damen und Herren, wenn wir in diesem Haushalt allein für

Bildung, Hochschulen, Wissenschaft und Familie mehr als eine Milliarde Euro drauflegen, muss das Konsequenzen haben. Dann muss die Politik Prioritäten setzen. Es ist nicht immer einfach, wenn man in der Regierungsverantwortung steht. Das bedeutet, dass nicht alle total happy gemacht werden können. Wir haben jedoch klar gesagt: Eine Milliarde Euro mehr für die Bildung, für die Hochschulen und die Kindergärten. Deswegen setzen wir an der einen oder anderen Stelle im Haushalt 2011/2012 nicht auf Wachstum, sondern halten die Position. In den nächsten Wochen werden wir uns genau anschauen, wo es Kürzungen und Einschnitte gab, wie sich diese auswirken und wie wir damit umgehen müssen. Soviel zum Thema Haushaltsschwerpunkte. Für die Alternativen sind wir auch in Zukunft offen.

Heute sind schon viele Zahlen genannt worden - 2,1 Milliarden Euro für die Familien. Ich freue mich, wenn ich die Präsidentin heute vor mir sehe. Frau Präsidentin, als Sie Sozialministerin waren und ich die Berichterstattung für den Einzelplan 10, für Ihren Etat hatte, haben wir gekämpft. Wir haben uns für Kinderhorte, Kinderkrippen und für die freien Träger eingesetzt. Das waren alles offene Punkte, die wir heute erledigt haben. Deswegen kann ich nur sagen: Wir haben riesige Fortschritte gemacht.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der Opposition)

Gerade habe ich Kontakt mit Frau Präsidentin Barbara Stamm aufgenommen. Ich darf die Zahlen noch einmal nennen: 2,1 Milliarden Euro geben wir für die Familien aus. Über eine Milliarde Euro für die Betriebskostenförderung der Krippen freue ich mich ganz besonders. Wir haben eine riesige Nachfrage. Es wird viel investiert und gebaut. Hierfür sind die Kommunen zu loben. Bayern kann damit seine Zusage einhalten. Ursprünglich war man im Hause der Meinung, 340 Millionen Euro vom Bund für den Krippenausbau würden ausreichen. Wir haben jedoch gesagt: Wenn es nicht genügt, legen wir drauf. So wie es jetzt aussieht, müssen wir noch 340 Millionen bayerische Mittel - genauso viel, wie der Bund -, einsetzen, um die Nachfrage zu befriedigen. Es ist sinnvoll und gut für die Konjunktur. Dazu gehören auch die Krippenprogramme.

Bayern bleibt spitze in der Bildung. Gerne lasse ich die Zahlen einmal weg und steige direkt ein. Wir haben die Mehrungen. Wir haben unser Versprechen mit zusätzlichen tausend Lehrerplanstellen pro Jahr erfüllt. Insgesamt sind das 15,3 Milliarden Euro für die Bildung und Wissenschaft. Wir sind gerade dabei, einen reinen Halbtagsbetrieb - die Volksschule, die Grundschule und die Ausbildungsangebote - von der Krippe bis zum Hochschulabschluss auf den Ganztagsbetrieb umzustellen. Das ist eine riesige Herausforderung und eine Verpflichtung, die wir für die künftigen Generationen eingehen. Mit der Kita für Kinder unter drei Jahren, den erweiterten Angeboten für Kinder von drei bis sechs Jahren, mit der offenen oder gebundenen Ganztagsschule oder den Kinderhort entstehen Angebote und zugleich Pflichten für die jungen Menschen; denn das muss in der Zukunft finanziert werden. Der Umbau von Halbtags- zu Ganztagsbetreuung ist eine großartige Leistung dieses Haushaltes.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, den Herrn Wissenschaftsminister kann man nur beglückwünschen. Im Rahmen eines Gesprächs über den Haushalt habe ich den Referenten gefragt, warum das die Opposition nicht gleich so sieht. Er hat auch manches versteckt. Er hat Haushaltsansätze in Millionenhöhe. Ich sage immer: Der Heubisch ist so etwas wie eine eigene Bausparkasse.

(Hubert Aiwanger (FW): Bausparfuchs!)

Daher können Sie im Haushalt gar nicht feststellen, dass der Mann tatsächlich eine Milliarde Euro für die Studenten und die Hochschulen in den Hochbau investieren kann, unabhängig vom Gärtnerplatztheater.

(Hubert Aiwanger (FW): Schwarze Kassen, das lobe ich mir!)

Eine Milliarde Euro kann er in den Hochbau investieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, was wäre ein Land ohne Innovation und Investition? Wir haben schon oft die Aufforderung gehört, ein Land müsse sich nicht nur ständig neu ausrichten, sondern sich notfalls auch neu erfinden. Das könnten auch die Worte unseres Ministerpräsidenten sein. Der CSU ist ja öfter vorgehalten worden, dass sie sich in den 60 Jahren auch immer wieder neu erfunden hat. Sie sei nur deswegen immer noch an der Regierung, weil sie immer wieder neu ausgerichtet habe.

Für Bayern ist es wichtig, dass wir den Fortschritt permanent aufrechterhalten. Das tun wir mit diesem Doppelhaushalt. Deswegen sage ich an dieser Stelle ganz deutlich: Ich und viele in unseren Reihen sind dankbar, dass der Zukunftsrat den Freistaat kritisch analysiert hat. Er hat uns auf ein paar Dinge hingewiesen, die uns herausfordern. Es ist aber gut, dass er es getan hat. Als Vertreter des ländlichen Raums freue ich mich über die Diskussionsplattform und Argumentationsbasis, die der Zukunftsrat geliefert hat. Natürlich müssen wir uns jetzt verstärkt die Regularien anschauen, die es schon zuhauf gibt und die sich weiter anhäufen. Bekommt der ländliche Raum tatsächlich noch die notwendige Aufmerksamkeit? Oder gibt es mittlerweile Vorschriften, die zwar die Politik nicht erfunden hat, die sich aber eingespielt haben und jetzt korrigiert werden müssen?

Ich kann als Beispiel eine solche Vorschrift nennen: Wenn der Staatsstraßenausbau-plan fortgeschrieben wird und ich dabei mit den Fachleuten rede, erklären sie mir immer, warum das oder jenes nicht möglich ist. Wenn wir sagen, wir können nur dort bauen, wo 10.000 Fahrzeuge unterwegs sind, aber nicht dort, wo nur 2.000 herumfahren, dann stimmt etwas an den Regularien nicht. Dann müssen wir die Bewertungen zugunsten der ländlichen Regionen korrigieren.

In einem Punkt hat der Zukunftsrat recht. Wir haben starke Zentren. Wir können nicht in jedem Unterzentrum eine Hochschule bauen. Wir müssen aber das Oberzentrum und das Mittelzentrum erreichen können. Dazu muss unser Land durchgängig gut erschlossen sein. Das bedeutet wiederum, dass wir Straßen unabhängig davon bauen, ob auf dem Ring um München herum 10.000 Fahrzeuge pro Tag fahren oder ob bei

uns draußen auf dem Land 1.500 unterwegs sind. Auch dort, wo nur 1.500 Fahrzeuge pro Tag unterwegs sind, brauchen die Pendler eine gute Verbindung, damit sie zu ihrer Hochschule, ihrem Gymnasium, ihrem Arbeitsplatz oder ihrem Ausbildungsplatz kommen und damit sich auch ihre Kinder dafür entscheiden, auf dem Lande zu bleiben, dort ihr Haus zu bauen und zu wohnen, weil sie auf erträgliche Weise ihren Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz erreichen können.

Ich könnte noch ein paar Beispiele nennen. Wir sind wirklich gut aufgestellt. Bayern hat viel dafür getan, dass es nicht so aussieht wie in anderen Ländern. Ich habe erst kürzlich mit Bekannten aus Frankreich, die uns besucht haben, gesprochen. Sie sagten uns, dass dort nicht mehr nur über 200 Kilometer hinweg nach Paris gependelt wird, sondern dass die Menschen mit dem TGV und auf den Autobahnen täglich Strecken von 300 bis 400 Kilometern in Kauf nehmen, um zum Zentrum Paris zu kommen. Das muss man sich vorstellen. Eine solche Entwicklung wollen wir nicht.

Ein anderes Beispiel ist Chile. Chile hat wie Bayern 12 Millionen Einwohner. 6 Millionen davon leben in der Hauptstadt Santiago. Die anderen 6 Millionen findet man verteilt von Peru im Norden bis runter nach Feuerland im Süden. 6 Millionen Menschen sind auf zwei Drittel längs des südamerikanischen Kontinents zwischen dem Pazifik und den Anden verteilt. Die andere Hälfte, lebt in der Hauptstadt. Davon sind wir Gott sei Dank weit entfernt. So viel zum Thema Regionalpolitik.

An der Stelle bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, dass die Häuser ihre Vorschriften daraufhin überprüfen, ob sie noch zeitgerecht sind, ob damit das verwirklicht wird, was wir politisch wollen.

(Beifall bei der CSU)

Hätte Bayern in der Vergangenheit nicht immer wieder den Mut zur Innovation gehabt, wie wir es auch mit diesem Haushalt wieder vorhaben, wäre es heute sicherlich nicht das Spitzenland in Deutschland. An der Stelle mache ich mir Sorgen darüber, dass

sich unsere GRÜNEN, die ich aufgrund ihrer Herkunft aus dem konservativen Bereich sehr schätze, mittlerweile zu einer Dagegen-Partei entwickelt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Schwacher Versuch!)

- Es ist erst der Anfang. Man braucht oft Geduld. Hören Sie sich meinen Beitrag ganz an. Ich lerne auch täglich und wundere mich selber: Meine Geduld wird, glaube ich, immer mehr. An dieser Stelle kann ich nur Folgendes sagen: Im 19. Jahrhundert, als die Eisenbahnstrecke von Nürnberg nach Fürth und weitere Schienenstrecken gebaut wurden, hat man im Planfeststellungsverfahren, das es damals Gott sei Dank noch nicht gab,

(Hubert Aiwanger (FW): Wenn es damals schon die GRÜNEN gegeben hätte!)

noch nicht den Bedarf für den ICE nachweisen müssen. Die Planer haben damals schon gerade Strecken gebaut und die Kurven so gestaltet, dass man heute auch mit 150 km/h darauf fahren kann. Die Leute wussten damals zwar noch nicht, dass der ICE kommt, aber Sie haben vorausgedacht und gesagt: Die Dampfmaschine ist eine Erfindung, die Entwicklung geht aber weiter. Weil sie eben weitergedacht haben, haben sie ein Schienennetz entwickelt, auf dem wir heute, 150 Jahre später, im ICE unterwegs sein können, wo wir einen Arbeitsplatz haben, wo wir unsere Laptops mitnehmen können, wo wir in den Speisewagen gehen können und wo es Toiletten und einfach Komfort gibt. Wenn Sie heute in Stuttgart oder anderswo bauen, müssen Sie nachweisen, dass dieses Projekt morgen schon zwingend notwendig ist, dass die Zahlen auch dafür sprechen. Mehr dürfen Sie nicht gestalten. Sonst ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Das ist die grüne Politik. Deswegen kann ich die SPD nur darum bitten, dass sie als Volkspartei das nicht unterstützt. Es kann doch nicht zukunftsorientiert sein, wenn wir sagen: Uns reicht es, mehr brauchen wir nicht; das, was wir haben, verfrühstücken wir selber, und die junge Generation mag schauen, wo sie bleibt. Das ist keine Haltung für eine Volkspartei. Das ist nicht zukunftsgerecht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wie sollen denn junge Menschen von heute die Chance haben, in Zukunft noch wettbewerbsfähig zu sein?

(Zurufe von der SPD)

- Jetzt habe ich doch ein paar Stichworte geliefert, die den Gedankenaustausch ein bisschen anregen. Es ist gut, wenn die Debatte nicht so furchtbar langweilig wird. Mir ist es ein großes Anliegen, dass man sich der Tatsache bewusst wird, dass Kinder, die heute auf die Welt kommen, eine Lebenserwartung von neunzig Jahren haben. Wir müssen uns vorstellen, welche Perspektiven diese jungen Leute haben. Was erwartet sie? Sie müssen zunächst einmal in der Gesellschaft - darüber haben wir gerade gesprochen - von der Kinderkrippe bis zur Hochschule mehr Leistungen für die Gesellschaft erbringen. Sie müssen später den Anteil derer mitfinanzieren, die in das Berufsleben gar nicht einsteigen. Im dritten Lebensabschnitt müssen sie dann für mehr Menschen da sein, die nicht mehr am aktiven Produktionsleben teilnehmen. Das sind riesige Herausforderungen.

Wir leben in einem Land, das keine großen Rohstoffvorkommen besitzt. Wir können sie auch nicht in die Erde eingraben, damit sie künftig zur Verfügung stehen. Der Technologievorsprung, den wir gegenüber anderen Ländern haben, wird täglich geringer, weil die anderen aufschließen, was auch vernünftig ist. Was bleibt dann für die jungen Leute? Was können wir für sie tun? Wir können nur viel in die Bildung investieren. Wir dürfen ihnen keine zusätzlichen größeren Schuldenberge hinterlassen, sondern wir müssen die Schulden, wenn es geht, abbauen. Das können wir tun.

Als Drittes - und das tun die GRÜNEN nicht - müssen wir ihnen ein Land hinterlassen, das technikfreundlich, innovationsfreundlich und wettbewerbsfähig ist.

(Alexander König (CSU): Zukunftsprojekte!)

Dazu gehört auch der Ausbau unserer Infrastruktur. Da müssen wir besser und schneller vorankommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nachdem die Uhr nicht funktioniert, bitte ich die Sitzungsleitung, mir zu sagen, wo mein Limit ist. Ich kann es nicht beurteilen.

(Alexander König (CSU): Noch 21 Minuten!)

- Dann kann ich noch dem Kollegen Halbleib antworten.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

- Frau Kollegin Werner-Muggendorfer, das wollen wir nicht vertiefen, sonst müssten wir Namen zitieren.

Kollege Halbleib, Sie haben die Investitionsquote angesprochen. Dafür habe ich ein schönes Beispiel gefunden. Die Prozente hat Ihre Vorgängerin Frau Rupp auch schon erwähnt. 2006 betrug die Quote tatsächlich 11,9 %. 2011 beträgt sie wieder - siehe da! - 11,9 %. Entscheidend ist aber, dass 2006 11,9 % 4,5 Milliarden an Investitionen ausgemacht haben. 2011 haben wir bei mehr Geld für Bildung, Wissenschaft, Schulen, Familien und Kinder mit dem gleichen Prozentwert 11,9 % aber 5 Milliarden Investitionen. Bei gleichem Prozentsatz wie vor fünf Jahren haben wir eine halbe Milliarde mehr für Investitionen. So viel zu dem Rechenbeispiel mit den Prozentsätzen und dem, was dahintersteckt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Stichwort Solidarität. Solidarität ist etwas ganz Wichtiges in unserem Leben. Unter dem Stichwort Solidarität habe ich zwei Punkte zusammengefasst. Ein Viertel des Haushaltes ist unter dem Aspekt Solidarität zu sehen. Was meine ich damit? - Zum einen meine ich die Solidarität mit unseren bayerischen Kommunen. Das sind die 6,8 Milliarden Kommunalen Finanzausgleich. Zum anderen meine ich die Solidarität

mit den anderen Ländern in Deutschland. Das sind 3,8 Milliarden Euro. Zusammen sind es 10,6 Milliarden Euro. Das ist ein Viertel des bayerischen Staatshaushalts.

Über die bayerischen Kommunen hat meine Kollegin Erika Görnitz gesprochen, und Kollege Dr. Barfuß wird dazu ebenfalls noch Ausführungen machen.

Der Länderfinanzausgleich ist höher als aktiv eingezahlt wird. 2011 sind es nach dem Haushaltsansatz 3,8 Milliarden Euro, letztes Jahr waren es 3,5 Milliarden Euro. Daneben gibt es den Umsatzsteuerausgleich, wofür uns 1,5 Milliarden Euro abgezogen werden. Außerdem gibt es die Bundesergänzungszuweisungen, die Bundesfinanzminister Schäuble in vertikaler Form verteilt. Hier bekommen wir die zwei Milliarden Euro, die uns gemäß den Einwohnern anteilmäßig zustehen würden, nicht. Deswegen beträgt der Verteilungsverlust beim Finanzausgleich innerhalb Deutschlands insgesamt 7 Milliarden Euro.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das haben Sie verbockt!)

Herr Finanzminister, meine Bitte wäre, in den Gesprächen mit den anderen Ländern und bei einer eventuellen gerichtlichen Auseinandersetzung zu verdeutlichen, dass der Länderfinanzausgleich die eine Sache ist, die Problematik aber in der Kumulation liegt, weil neben dem aktiven Einzahlen der Umsatzsteuerabzug und das Ausbleiben der Bundesergänzungszuweisung noch hinzugerechnet werden müssen. Diese drei Faktoren zusammen bringen die große Verwerfung, was dazu führt, dass sich andere Länder weniger anstrengen. Dies führt auch dazu, dass sich andere Länder Dinge wie das kostenlose Kinderjahr leisten. Da diese Debatte jetzt geführt wird, registrieren unsere Bürger dies und stellen fest, dass das nicht richtig sein könne.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Die CSU hat das verbockt! Sie haben das beschlossen!)

- Herr Rinderspacher, wir haben das beschlossen, als die Zahlen noch anders waren. Sie können fragen, warum die CSU nicht die Fähigkeit habe, zehn Jahre vor auszuse-

hen. Ich kann Ihnen das einfach beantworten: Weil wir alle nicht die Fähigkeit haben, drei Monate vorausszusehen. Gehen Sie drei Monate zurück. Hat von Ihnen irgendjemand vorausgesehen, dass es in Kairo Unruhen geben, Tunesien brennen und die arabische Welt sich verändern werde, was auf unsere Wirtschaft riesige Auswirkungen haben könnte? Das hat keiner gewusst.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Deswegen haben wir den Zukunftsrat, um in die Zukunft zu blicken!)

Wichtig ist, dass wir Solidarität üben. Wichtig ist, dass die Debatte geführt wird; denn wir können das nicht von heute auf morgen ändern. Veränderung ist nur möglich, wenn unsere eigenen Mitbürger dies sehen und nachvollziehen. Das haben wir in einem ersten Schritt gemeinsam mit Hessen und Baden-Württemberg erreicht. Wichtig wird nun sein, dass die Bürgerinnen und Bürger in den anderen Bundesländern erkennen, dass es zwar schön ist, wenn sie etwas bekommen, dass das aber nicht richtig sein kann. Erst dann, wenn die Bürger in den Nehmerländern begreifen, dass das nicht stimmt, hat die Politik die Chance, mit uns über Veränderungen zu sprechen. Erst dann, wenn wir den Punkt erreicht haben, dass sie das Negative an dem System erkennen und zu Veränderungen bereit sind, macht es Sinn, Vorschläge auszutauschen. Es macht aber keinen Sinn, ihnen über die Presse mitzuteilen, wie wir das gerne hätten.

Interessant ist die Aussage des hessischen Ministerpräsidenten Bouffier, der vor wenigen Wochen bei der Klausurtagung der CSU in Wildbad Kreuth war. Es war schön, das von einem Nachbarn zu hören. Er hat gesagt, Bayern sei das einzige ehemalige Nehmerland, das es geschafft habe, zum Geberland zu werden. Ich glaube, das unterstreicht die Entwicklung Bayerns. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Wir geben sogar nach Kärnten! - Alexander König (CSU): Das war ein unsachlicher Einwand!)

- Das ist ein schönes Stichwort. Wir können uns darüber gerne unterhalten, wenn wir die Zeit dazu haben.

(Hubert Aiwanger (FW): Bitte sofort!)

- Bitte, gleich, sofort. - Dann will ich Ihnen eine Illusion nehmen.

Es herrscht die Illusion vor, die Landesbank hätte nur mit einer Farbe zu tun. Das kann man einfach widerlegen. Zu 50 % sind Sparkassen und Kommunen mit drei Farben beteiligt: orange, rot und schwarz. Alle waren dabei. Alle stellen Landräte und Oberbürgermeister. Alle sind in der Verantwortung.

(Hubert Aiwanger (FW): Jetzt sind wohl die Landräte schuld! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Das ist eine Antwort, die Sie nicht hören wollen. Das weiß ich schon.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe gesagt, das Problem hat mehrere Farben. Wir haben eine Seite beleuchtet und gesehen: Es ist nicht eine, sondern es sind drei Farben. Ich sage Ihnen, wer unschuldig ist. Es gibt auch dafür eine Farbe.

(Zurufe von der SPD)

Und es gibt die staatliche Seite.

(Hubert Aiwanger (FW): Die staatliche Seite ist aber ziemlich schwarz!)

Herr Aiwanger, auch wenn Sie damals nicht dem Parlament angehörten, wussten Sie schon, dass eine Oppositionsfraktion weniger Einfluss auf die Exekutive hat, vielmehr konzentriert man sich stark auf die Legislative. Ich frage Sie ganz provokant: Wo war die Legislative von Rot und Grün, als die Bank erworben wurde? Hat jemand gesagt, dass das im Landtag diskutiert werden muss? Wo war die Opposition?

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Euer Königsrecht heißt Legislative. Eure Aufgabe ist es nicht nur, sich an die Staatsregierung zu wenden, eure Aufgabe ist, wichtige Entscheidungen hier im Haus zu diskutieren.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das war die Schwäche von Rot-Grün.

(Hubert Aiwanger (FW): Wir werden bis heute nicht informiert!)

- Ja, sorry.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Opposition soll schuld sein, das glaubt Ihnen doch kein Mensch!)

Eine Farbe war nicht dabei; das ist die FDP. Sie war weder im Landtag noch in der kommunalen Verantwortung. Deshalb hat sie einen Vorsprung.

(Tanja Schweiger (FW): Deshalb darf sie jetzt Koalitionspartner sein!)

Da muss man differenzieren. Ich hatte das Thema nicht auf dem Zettel. Wenn Sie mich aber fragen, sage ich als überzeugter Parlamentarier, dass ich das als Oppositionsführer gefordert hätte. Das ist meine Meinung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Warum nicht als CSU-ler?)

Ich bin Haushaltspolitiker, und das macht mir Spaß.

Meine Damen und Herren, ich habe ein paar Seiten in meinem Manuskript überblättert. Ich freue mich, dass der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes anwesend ist. Herr Habermann ist gekommen, um festzustellen, dass wir viel Positives in den Haushalt geschrieben haben.

(Hubert Aiwanger (FW): Herr Habermann musste eine Million Euro einsparen!)

- Es wäre eine interessante Alternative gewesen, wenn wir hätten sagen können, neben dem Neuen Dienstrecht wird die 40-Stunden-Woche und wird die Verlängerung der Altersteilzeit eingeführt, und Herr Habermann darf die notwendigen Einsparvorschläge machen. Man kann noch darüber reden, noch ist der 7. April 2011 nicht gekommen. Noch haben wir die Haushaltsberatungen und die Zweite Lesung vor uns. Wir werden uns das eine oder andere bezüglich der Einsparvorschläge ansehen müssen.

(Hubert Aiwanger (FW): Sehr vernünftig!)

- So ist es.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da bin ich gespannt!)

Herr Halbleib, wir wollen den Einnahmenstand erreichen, damit wir kein Grundstockdarlehen in Anspruch nehmen müssen, den Versorgungsfonds bedienen können und die Eon-Anteile nicht verkaufen müssen. Das wäre unser Wunschtraum. Wir haben Träume und wir haben Ziele. Wir hoffen, dass wir sie möglichst bald schrittweise umsetzen können. Herr Habermann, Sie helfen uns bei der Setzung von Prioritäten und sagen uns, in welcher Reihenfolge was geschehen soll. Wir wollen unser Ziel gerne erreichen. Diesen Ehrgeiz haben wir. Wir können heute aber nichts versprechen, weil das von der Einnahmenentwicklung abhängt. Aber das ist unsere Messlatte, die wir anstreben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Davon hat der Staatsminister nicht gesprochen!)

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, lassen Sie mich zum Abschluss der Ersten Lesung zu diesem Haushaltsentwurf kommen. Ich stelle fest, dass sowohl die prognostizierten Deckungslücken von 1,8 Milliarden Euro - das wollen wir nicht verschweigen - in die Haushaltspläne 2013 und 2014 eingeschlossen werden müssen. Außerdem verpflichtet uns der Auftrag zum antizyklischen Verhalten und zur strikten

Haushaltsdisziplin. Sie wissen, wie es mit dem antizyklischen Verhalten bestellt ist. Wenn die Konjunktur schwach ist, müssen wir mehr ausgeben. Schon Karl Schiller hat das gesagt. Wenn dann die Einnahmen wieder besser sind und das Wirtschaftswachstum 3,6 % beträgt, befinden wir uns in der anderen Phase, in der wir ansparen müssen, damit wir für die schlechte Zeit etwas haben.

Letzteres wird gerne ausgelassen. Im Krisenjahr 2009 haben wir vermehrt Rücklagen in Anspruch genommen, um die Konjunktur anzustoßen. Nachdem die Wirtschaft nun wieder besser läuft, ist die öffentliche Hand verpflichtet, Vorsorge für den nächsten Konjunktureinbruch zu treffen. Wir wollen die "schwarzen Schwäne" nicht heraufbeschwören, und wir hoffen, dass es China gut geht, dass es dort keinen Einbruch gibt und das Land nicht niesen muss. Wir fühlen uns nicht nur deshalb verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden zu haben, weil dies in der Verfassung steht, sondern weil auch die Wirtschaftseliten erkannt haben, dass hohe Schulden ein Risiko sind. Der Finanzminister hat im Schreiben von Ende Januar 2011 über die Mehreinnahmen berichtet und mitgeteilt, dass nur eine stabile Währung der Grundstein für eine prosperierende Wirtschaft sein kann.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Claudia Stamm?

Georg Winter (CSU): Ich will meine Rede abschließen, danach nehme ich gerne die Zwischenfrage auf.

Im Gesetz mag viel stehen, und die Politik mag viel beschließen. Wir dürfen aber Erfreuliches registrieren: Unsere Bürgerinnen und Bürger stehen heute mehr denn je zuvor dafür ein, dass wir Haushalte ohne neue Schulden beschließen und ihnen keine neuen Lasten aufbürden. Sie stehen dafür, dass wir eine Politik betreiben, mit der das Erreichte nicht aufs Spiel gesetzt wird und dass wir alles tun, damit die Währung stabil bleibt. Die Banken müssen dauerhaft lernen, dass Machenschaften, die auch unseren

Haushalt belasten, nicht mehr vorkommen dürfen. Ich freue mich auf die Beratungen im Haushaltsausschuss. Jetzt beantworte ich gerne die Frage.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Jetzt kommt keine Zwischenfrage mehr, sondern es folgt eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Dr. Runge. Bleiben Sie deshalb bitte am Redepult, Herr Kollege Winter. Herr Dr. Runge, bitte schön.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Winter, Ihr Ausflug in die Geschichte der Eisenbahn und Ihre überaus geistreichen Ausführungen zur Verkehrsinfrastruktur und zu den GRÜNEN muss ich kommentieren. Wir sehen das nur als ganz kleines, schmutziges Stöckchen. Wir brauchen nicht darüber zu springen, wir kicken dieses kleine Stöckchen einfach weg.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Es ist schon beachtlich, was Sie hier so alles ausführen. Uns geht es darum, Prioritäten zu setzen, damit wir in diesem Land überhaupt vorankommen. Mich wundert auch, was Sie uns alles zutrauen. Wenn etwas nicht klappt, dann waren es immer die GRÜNEN. Sie kommen aus dem Regierungsbezirk Schwaben. Wir sind in den letzten Zügen des Schienenausbaus bei der Strecke Olching - Augsburg. Das ist ein viele hundert Millionen Euro teures Projekt. Sie werden im Hinblick auf dieses Projekt keine grünen Protestaktionen erlebt haben. Wir haben auch keine Anträge dagegen eingereicht.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Es gibt auch Projekte, die wir befördern wollen. Wir versuchen aber, Sie daran zu hindern, Milliarden Euro für sinnlose Prestigeprojekte auszugeben.

Ich habe der Rede von Frau Kollegin Stamm sehr genau gelauscht. Sie hat sich eigentlich nur gewundert und auch ein klein wenig darüber gefreut, dass Ihre Staatsre-

gierung die Verpflichtungsermächtigung für den Bau der zweiten S-Bahn-Röhre bislang von Haushalt zu Haushalt fortgeschrieben hat. In diesem Haushaltsplanentwurf ist das Projekt aber nicht mehr zu finden. Vielleicht vermögen Sie uns diesen Umstand zu erklären. Vielleicht finden Sie dann auch endlich den großen Befreiungsschlag. Herr Winter, wir freuen uns auf Ihre Antwort.

(Beifall der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Winter.

Georg Winter (CSU): Danke, Herr Dr. Runge, dass Sie mir die Möglichkeit geben, darauf zu antworten. Damit das nicht missverstanden wird: Meine Kritik bezog sich nicht auf den Redebeitrag hier im Landtag, sondern auf die konkreten Erfahrungen, die ich draußen vor Ort und im Stimmkreis mache. Im letzten Jahr gab es eine Vielzahl von Bürgerentscheiden, das kann Herr Kollege Barfuß bestätigen, die wenigsten sind zugunsten eines Vorhabens ausgegangen. Wie Sie wissen, enden die meisten Entscheidungen so, dass die Projekte vor Ort abgelehnt werden. Im Landkreis Dillingen gab es zwei Maßnahmen, gegen die sich der Bund Naturschutz und die GRÜNEN ausgesprochen haben. Es wurde ein Bürgerentscheid gefordert. Den Bürgermeistern habe ich geraten, sofort aktiv zu werden und das Ganze mit einem Ratsbegehren aufzugreifen und die Bürger von sich aus zu beteiligen. Das haben die Bürgermeister getan. Siehe da, beide Ratsbegehren gingen zugunsten der Projekte aus.

Bei dem einen ging es um den Umbau einer Kreuzung. Es ist schon interessant, dass dann, wenn man eine bestehende Kreuzung ändern will, weil der Verkehr zugenommen hat, ein Bürgerentscheid gefordert wird. Der ging zugunsten des Projektes aus. Nun wird versucht, das Projekt mittels Planfeststellungsverfahren zu verzögern und zu stoppen. Jetzt müssen wir für diesen Kreuzungsumbau ein großes bürokratisches Verfahren durchführen. Das muss man sich einmal vor Augen halten: eine Planfeststellung, um eine bestehende Straßenkreuzung zu ändern.

Im andern Fall war das genauso. Das Ratsbegehren wurde eindeutig gewonnen. Nun wird hinterher mit allen Mitteln versucht, das Projekt zu verhindern. Das finde ich nicht gut. Es ist in Ordnung, wenn auf örtlicher Ebene etwas demokratisch entschieden wird. Es ist in Ordnung, wenn die Bürger im Rahmen eines Bürgerentscheides mehrheitlich festlegen, ob sie etwas wollen oder nicht. Das ist keine Frage. Wenn aber eine Entscheidung gefallen ist, sollte man sie respektieren. In meiner Tätigkeit nehme ich wahr, dass es in den letzten Jahren immer schwieriger geworden ist, Investitionen, die wir brauchen, voranzutreiben.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Winter, bitte kommen Sie zum Schluss.

Georg Winter (CSU): Ich möchte nur noch sagen: Ich würde mich freuen, wenn wir deutlicher machen würden, wofür Investitionen gut sind, nämlich für Arbeitsplätze und für die Sozialkassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der bislang letzte gemeldete Redner ist Herr Prof. Dr. Barfuß, dem ich hiermit das Wort erteile. Bitte sehr.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Präsident, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich bei Karsten Klein herzlich bedanken. Er hat für unsere Fraktion den Haushalt in Erster Lesung eingebracht. Ich bin für den kommunalen Finanzausgleich zuständig. Vorher will ich mich aber beim Staatsminister für Finanzen und bei den Damen und Herren im Ministerium für die viele Arbeit bedanken, die sie geleistet haben. Ohne Sie hätten wir es nicht geschafft.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Ich möchte mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen aus allen fünf Fraktionen des Haushaltsausschusses bedanken. Ich bin überzeugt, wir werden einen guten Haushalt bekommen. Ich bin noch nicht so lange hier, um es nicht als Privileg zu betrachten,

wenn im Parlament die Vertreter aller fünf Fraktionen in freier Rede um den richtigen Weg ringen. Das ist etwas Tolles, man muss nicht einer Meinung sein, man kann mit den unterschiedlichen Ansätzen vielleicht eine gute Sache erreichen.

Nun zum kommunalen Finanzausgleich. Er ist uns in Artikel 28 des wunderbaren Grundgesetzes garantiert. Ohne die Zusicherung, dass die Gemeinden in der Lage sein müssen, ihre Aufgaben zu bewerkstelligen, hätten wir nicht dieses freie Land, das wir haben. Es ist also keine Gefälligkeit eines Bundeslandes oder eines Staates gegenüber den Kommunen, es handelt sich vielmehr um ein verfassungsrechtlich verankertes Grundrecht.

Diese Regierung, getragen von CSU und FDP, sieht im kommunalen Finanzausgleich ein Mittel der Politik, um in ganz Bayern die Strukturen so zu verändern, dass die Menschen gerne bei uns wohnen. Das stammt nicht nur von mir, sondern das haben auch die kommunalen Spitzenverbände so gesehen. Das können Sie dem "Bayerischen Landkreistag" September/Oktober/November 2010 entnehmen. Dr. Kreidl, der Landrat aus Miesbach, hat darin gesagt, nach harten Verhandlungen sei es gelungen, die Zuwendungen an die Kommunen sogar noch zu erhöhen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Ich kann hier mit großem Stolz sagen, dass der kommunale Finanzausgleich noch nie so hoch war wie heute, nämlich 6 Milliarden 893 Millionen Euro. Das ist eine ganze Menge.

Ich darf Ihnen nun stichpunktartig darlegen, wofür wir das ganze Geld ausgeben. 37,7 % sind Schlüsselzuweisungen. Die sind deshalb so wichtig, weil die Kommunen wie auch der Staat viele Aufgaben haben. Herr Kollege Pointner und andere Kollegen, die Bürgermeister oder Landräte waren, werden bestätigen: Ohne Schlüsselzuweisungen könnten wir unsere Aufgaben nicht erfüllen. Der Freistaat Bayern überlässt die Kfz-Steuer und die Grunderwerbsteuer den Kommunen. Er leistet den Familienlastenausgleich, er macht Investitionszuweisungen ohne das Gesetz zur wirtschaftlichen Si-

cherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze - KHG -, und er macht Investitionszuweisungen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz. Der Freistaat hilft bei der Sozialhilfe mit und leistet sonstige Zuweisungen. Insgesamt sind es 6 Milliarden 869,3 Millionen Euro.

Es gibt auch Mehrungen, beispielsweise bei den Schlüsselzuweisungen. Ich wundere mich immer, dass die Leute klagen, sie hätten heuer weniger Schlüsselzuweisungen erhalten. Ich sage dann immer: Seien Sie doch froh, denn das bedeutet, dass Sie gut gewirtschaftet haben. Schlüsselzuweisungen dürfen kein süßes Gift sein, das zum Schludern in der Kommune führt. Sie sollen vielmehr mithelfen, Schwierigkeiten, wenn es sie denn gibt, zu überbrücken. Langfristig ist es richtig, ohne sie auszukommen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wie wir schon gehört haben, gibt es eine Förderung im Bereich der Verkehrsinvestitionen, die sich sehen lassen kann. Ich denke, es wird bei allen fünf Fraktionen auf Zustimmung stoßen, wenn wir aufgrund des wirklich harten Winters den Staatstraßenbau tatsächlich nachrüsten. Diese Frage werden wir beraten.

Es gibt Zuweisungen bei der Schülerbeförderung, und es gibt die allgemeinen Bedarfszuweisungen. Das ist eine Art Sozialhilfe für Kommunen, die sich in ganz großer Not befinden. Auch die Mittel hierfür haben sich erhöht. Dort, wo es beim Haushaltsansatz Minderungen gibt, beispielsweise bei den Krankenhäusern oder bei der Wasser- und Abwasserversorgung, sind diese umgewandelt oder teilweise mit Schlüsselzuweisungen oder der Krankenhausumlage verrechnet.

Ich behaupte, der Freistaat Bayern lässt seine Kommunen nicht im Stich. Er ermöglicht durch seinen Beitrag eine Strukturpolitik für das ganze Land. Es ist nicht ergiebig, wenn wir uns darüber streiten, ob ein Land Zentren braucht oder ob alles im flachen Land passieren muss. Ein Land braucht beides, das ist ganz klar. Wir brauchen Zentren, und wir brauchen das sogenannte flache Land. Wenn man das miteinander vernünftig verbindet, dann kommt auch etwas dabei heraus.

(Beifall bei der FDP)

Aber so wie es im privaten Bereich eigentlich nur Hilfen geben sollte, um Schwierigkeiten zu überbrücken, so möchte ich auch jeweils den kommunalen Finanzausgleich sehen: als Solidarität der Kommunen untereinander. Wir haben einen horizontalen Finanzausgleich, und es gibt einen vertikalen. Die Zahlen haben Sie gehört. Wir zahlen 6,8 Milliarden Euro für den horizontalen und 3,8 Milliarden Euro für den vertikalen Finanzausgleich, also ein Drittel unseres Staatshaushaltes nur für Hilfen für andere. Das soll nicht immer so bleiben, sondern da soll sich jeder anstrengen. Eines ist doch auch klar: Man kann nur das verteilen, was man zuvor gemeinsam erwirtschaftet hat.

(Beifall bei der FDP)

Ich werbe dafür, dass jeder hier in diesem Hohen Hause seinen Platz hat: Die einen in der Opposition haben die Aufgabe, uns mit ihren Ideen herauszufordern und nach vorne zu bringen, wir als Regierungskoalition legen unsere Ideen selbstverständlich ebenfalls auf den Tisch des Hauses. Dann entscheiden wir klug darüber, wie wir unser Land nach vorne bringen. Dem dient der kommunale Finanzausgleich.

Den Gesamthaushalt hat mein Freund gewürdigt. Ich darf mich bei Georg Winter ganz herzlich bedanken und noch ein kleines Späßle machen. Wir sind drei Drachentöter: Georg Fahrenschon, Georg Winter und Georg Barfuß. Es müsste schon ganz schlimm zugehen, wenn wir den Drachen eines nicht ausgeglichenen Haushalts nicht besiegen würden. Wir werden ihn besiegen. Venceremos!

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege. Es hat sich noch Frau Kollegin Stamm zu Wort gemeldet, Claudia Stamm. Nicht erschrecken, Frau Präsidentin. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Ich wusste gar nicht, dass Barbara Stamm im Plenum sitzt. - Ich wollte eigentlich eine Zwischenfrage stellen, die aber nicht zugelassen wor-

den ist. Herr Dr. Runge hatte sich vor mir gemeldet. Darum nutze ich noch meine Redezeit. Sie hatten davon gesprochen, dass die Legislative viel Macht in diesem Hause hat. Sie haben es in Bezug auf die Landesbank gesagt. Ich glaube, da gibt es verschiedene Interpretationsweisen. Ich wollte Sie aber jetzt fragen, wie Sie das als Vorsitzender des Haushaltsausschusses sehen, als legislativ dem Ausschuss Vorsitzender, dass der Ministerpräsident eine Regierungserklärung zum Haushalt gibt, bevor er in dieses Parlament eingebracht ist. Es ist ja wohl eine der wichtigsten Aufgaben dieses Hauses, den Haushalt zu beraten. Nichtsdestotrotz macht der Herr Ministerpräsident zu diesem Thema eine Woche vorher eine Regierungserklärung.

(Zuruf von der CSU)

- Natürlich. Aber wir hatten den Haushalt noch gar nicht in der Hand. Er war noch nicht hier eingebracht worden. Das ist nur eine der Geschichten.

Ich wollte Sie noch fragen, ob Sie Ihre Blätter auch überblättert hätten, wenn Herr Harbermann in diesem Augenblick nicht gekommen wäre. Ich könnte mir vorstellen, dass es um weitere Ungerechtigkeiten im öffentlichen Dienst gegangen wäre.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Ich rede nicht von der Aussetzung der Zahlungen in den Versorgungsfonds; denn das ist nicht nur ungerecht dem öffentlichen Dienst gegenüber, sondern es ist ungerecht allen gegenüber, weil sich im Versorgungsfonds alles aufstaut. Ich hatte vorhin gesagt, dass bis Ende 2012 290 Millionen Euro fehlen, die eingeplant waren. Stichwort Wiederbesetzungssperre, Stichwort niedrigere Einstufung der neuen Beamtinnen und Beamten und so weiter.

Am Schluss meiner Rede hatte ich Sie gebeten, liebe Regierungskoalition - besonders die CSU -, ausnahmsweise bei den Haushaltsberatungen mal nicht die Dagegen-Partei zu sein und unseren sinnvollen Anträgen zuzustimmen.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Ich möchte es einfach wiederholen, nachdem dieser Mythos ständig wiederholt wird. Wir stellen sehr sinnvolle Anträge, sowohl Sparanträge als auch Anträge, mit denen wir Prioritäten setzen wollen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, Herr Winter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Frau Stamm, bleiben Sie noch einen Moment für eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege Barfuß, bitte.

Claudia Stamm (GRÜNE): Ich glaube, Karsten Klein wollte auch eine Zwischenbemerkung machen. Das hätte ich lieber gehabt.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Barfuß hat das Wort, bitte schön.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Ich bitte um Verzeihung. Ich habe nicht gesehen, dass sich Karsten Klein auch gemeldet hat.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Kein Problem. Sie sind dran.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Ich wollte nur sagen, dass es uns immer geärgert hat, wenn wir als Klientelpartei bezeichnet werden. Ich denke, jeder hier macht Politik für seine Klientel. Deswegen kann ich verstehen, dass Sie sich ärgern, wenn man Sie immer als Dagegen-Partei bezeichnet. Vielleicht können wir beide etwas abrüsten.

(Beifall der Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP), Karsten Klein (FDP) und Thomas Hacker (FDP))

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte, Frau Stamm, wenn Sie möchten.

Claudia Stamm (GRÜNE): Abrüsten ist natürlich immer gut. Es ist klar, dass wir als GRÜNE dafür sind. Ich denke aber, dass wir bislang noch nicht als Klientelpartei verschrien sein können. Als Sie von "wir" gesprochen haben, wusste ich gar nicht,

wen Sie meinen, ob Sie die CSU oder die FDP meinen, Herr Prof. Barfuß, weil Sie auch einmal bei der CSU waren.

(Thomas Hacker (FDP): Einen Entwicklungsprozess gestehen wir jedem zu!)

Das zerfasert jetzt etwas. Die Dagegen-Partei ist nicht unser Spin-Doctor, und ich finde es auch lächerlich. Darum habe ich versucht, das aufzugreifen und Ihnen den Ball ironisch zurückzuwerfen. Es ist mehr als lächerlich.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin. Dafür oder dagegen - wir kommen jetzt wieder zurück zum Staatshaushalt. Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Deswegen ist die Aussprache geschlossen. Ich empfehle Ihnen nach § 148 der Geschäftsordnung, die beiden Gesetzentwürfe zum Staatshaushalt dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zu überweisen. Damit besteht sicherlich Einverständnis? - Das ist der Fall und damit so beschlossen.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen**

Berichterstatter: **Philipp Graf von und zu Lerchenfeld**
Mitberichterstatter: **Eike Hallitzky**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für besseren Steuervollzug in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 16/7138

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verbesserung der Stellsituation der Finanzämter
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 16/7148
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verbesserte Stellsituation in der Finanzverwaltung
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 16/7151

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 06 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 06 in seiner 104. Sitzung am 8. Februar 2011 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei**

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

**Martin Bachhuber
Mannfred Pointner**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderung durchgeführt werden:

Bei Kap. 02 03 (Allgemeine Bewilligungen)
Tit. 892 71 (Zukunftsoffensive bayerischer Film - Projekt Filmhalle u.a. -) wird folgender qualifizierter Sperrvermerk ausgebracht:

„Die Ausgaben sind gesperrt. Die Leistung der Ausgaben bedarf der Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags.“

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ausstattung der ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stoiber und Dr. Beckstein
(Kap. 02 01 Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 16/7139
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kürzung des Personalsolls in der Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 16/7152
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Rückzahlung von Haushaltsmitteln, die für Parteizwecke missbraucht wurden
(Kap. 02 03 neuer Tit.)
Drs. 16/7144
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine Zusatzausgaben für den so genannten Zukunftsrat
(Kap. 02 03 Tit. 526 11 und 526 13)
Drs. 16/7154
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Streichung der Mittel für den Zukunftsrat
(Kap. 02 03 Tit. 526 13)
Drs. 16/7140

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Streichung der Mittel für die so genannte Erforschung der öffentlichen Meinung (Kap. 02 03 Tit. 526 22) Drs. 16/7142 7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Keine Ausgaben zur Erforschung der öffentlichen Meinung (Kap. 02 03 Tit. 526 22) Drs. 16/7153 8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung (Kap. 02 03 Tit. 531 21) Drs. 16/7141 9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Kürzung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung (Kap. 02 03 Tit. 531 21) Drs. 16/7149 10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Kürzung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei (Kap. 02 03 Tit. 531 21) Drs. 16/7155 11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Kürzung der Mittel für so genannte Informationsaufgaben der Staatskanzlei (Kap. 02 03 Tit. 531 22) Drs. 16/7143	12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Kürzung der Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung (Kap. 02 03 Tit. 535 01) Drs. 16/7150 13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Werte vermitteln statt Werte verwalten! (Kap. 02 03 TG 54) Drs. 16/7156 14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Bayerische Filmförderung (Kap. 02 03 TG 70 bis 72) Drs. 16/7145 15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Weniger Preisverleihungen (Kap. 02 03 TG 70 - 72 und TG 80 - 86; Kap. 15 05) Drs. 16/7157 16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Zuschussabsenkung für Medientage München, Messe munichgaming, Deutscher Computerspielpreis (Kap. 02 03 Tit. 685 80) Drs. 16/7146 17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Keine Erhöhung der Fördermittel für die Medien-Messen (Kap. 02 03 Tit. 685 80) Drs. 16/7159

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine Subventionierung von Anbietern privater lokaler Fernsehprogramme
(Kap. 02 03 Tit. 683 81)
Drs. 16/7160
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: gezielte Förderung künstlerisch und qualitativ hochwertiger Softwareentwicklung im Bereich Spiele
(Kap. 02 03 Tit. 892 81; Kap. 15 05)
Drs. 16/7161
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse zur Aus- und Fortbildung im Medienbereich
(Kap. 02 03 Tit. 686 82)
Drs. 16/7147
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: gezielte Förderung der Medienkompetenz
(Kap. 02 03 Tit. 686 86; Kap. 05 02 Tit. 461 01)
Drs. 16/7162

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 02 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 02 in seiner 105. Sitzung am 9. Februar 2011 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung,
Familie und Frauen**

Berichtersteller:
Mitberichterstellerin:

**Heinrich Rudrof
Claudia Stamm**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von hochgradig sehbehinderten Menschen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 16/7383
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse an Betreuungsvereine
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 16/7300

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Betreuungsvereine stärken
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 16/7384
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Einrichtung regionaler Anlauf- und Beratungsstellen für ehemalige Heimkinder
(Kap. 10 03 Tit. 687 02)
Drs. 16/7385
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Entschädigungsfonds für ehemalige Heimkinder
(Kap. 10 03 Tit. 688 01)
Drs. 16/7386
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Insolvenzberatung ausbauen
(Kap. 10 03 TG 73 Tit. 684 73)
Drs. 16/7387
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Neonazis bekämpfen - Aktive Demokratieförderung leisten
(Kap. 10 03 neue TG)
Drs. 16/7388
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Amt der bzw. des Behindertenbeauftragten
(Kap. 10 05 TG 78 Tit. 290 78;
Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 16/7389

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation (Kap. 10 05 TG 78 - 79) Drs. 16/7301 10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung von Menschen mit psychischer Behinderung (Kap. 10 05 TG 82) Drs. 16/7302 11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Versorgung psychisch kranker und psychisch behinderter Menschen (Kap. 10 05 TG 82) Drs. 16/7392 12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Anlauf- und Koordinationsstelle zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Kap. 10 05 neue TG) Drs. 16/7393 13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Christa Steiger u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 BVFG (Kap. 10 06 Tit. 686 01) Drs. 16/7303 14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Christa Steiger u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Förderung grenzüberschreitender ostdeutscher Kulturarbeit (Kap. 10 06 Tit. 686 06) Drs. 16/7304	15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Christa Steiger u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Förderung von Einzelmaßnahmen im Sinne des § 96 BVFG (Kap. 10 06 Tit. 686 21) Drs. 16/7305 16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Christa Steiger u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Förderung des Sudetendeutschen Museums (Kap. 10 06 Tit. 893 02) Drs. 16/7306 17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Ausbau von Heilpädagogischen Fachdiensten (Kap. 10 07 Tit. 684 04) Drs. 16/7395 18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Ausbau der Bildungs- und Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren (Kap. 10 07 Tit. 883 01) Drs. 16/7396 19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Landesförderung der Mehrgenerationenhäuser (Kap. 10 07 neue TG) Drs. 16/7314 20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser in Bayern (Kap. 10 07 neuer Tit.) Drs. 16/7340 21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Hospizarbeit (Kap. 10 07 TG 69 Tit. 684 69) Drs. 16/7397

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 16/7308
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 16/7309
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 16/7341
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie
(Kap. 10 07 TG 73)
Drs. 16/7310
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Familienberatung verbessern
(Kap. 10 07 TG 73 Tit. 684 73)
Drs. 16/7398
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Jugendsozialarbeit an Schulen
(Kap. 10 07 TG 74 Tit. 684 74;
Kap. 05 04 Tit. 681 08)
Drs. 16/7399
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Leistungen nach dem Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetz
(Kap. 10 07 TG 80)
Drs. 16/7311
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bildung stärken - Landeserziehungsgeld umschichten
(Kap. 10 07 TG 80 Tit. 681 80; Kap. 10 07 TG 88 - 90 Tit. 633 89)
Drs. 16/7400
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt: Finanzierung von Frauenhäusern
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 16/7401
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt: Förderung von Interventionsprojekten mit einem pro-aktiven Ansatz
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 16/7402
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt: Studie über besonders verletzbare Gruppen
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 16/7403
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt: Täterprogramme für Täter häuslicher Gewalt
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 16/7404

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 16/7312
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk "Bürgerliches Engagement" (LNBE)
(Kap. 10 07 Tit. 684 85)
Drs. 16/7342
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Koordinierungszentren für "Bürgerliches Engagement"
(Kap. 10 07 TG 85 neuer Tit.)
Drs. 16/7343
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: kostenfreies Kindergartenjahr und qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung
(Kap. 10 07 TG 88 - 90)
Drs. 16/7313
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Claudia Jung u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege
(Kap. 10 07 TG 88 - 90)
Drs. 16/7344
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Sofortprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 16/7315
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte: Arbeitsrichter (BesGr R 1)
(Kap. 10 10 Tit. 422 01)
Drs. 16/7316
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte: Sozialrichter (BesGr R 1)
(Kap. 10 12 Tit. 422 01)
Drs. 16/7317
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Integrationsbeauftragten Arbeit ermöglichen
(Kap. 10 50 TG 52 Tit. 536 52; Kap. 10 50 neue TG)
Drs. 16/7405
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Integrationsprojekte unterstützen, fördern und initiieren
(Kap. 10 50 TG 52 Tit. 683 52)
Drs. 16/7394
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Asylsozialberatung
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 16/7406
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Sprachkurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber
(Kap. 10 53 Tit. 684 02)
Drs. 16/7407
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
(Kap. 10 53 Tit. 684 02)
Drs. 16/7408

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen
(Kap. 10 53 Tit. 710 00)
Drs. 16/7409
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Rückkehrberatung für Flüchtlinge
(Kap. 10 53 TG 60 Tit. 681 60 und 684 60)
Drs. 16/7410

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 10 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 10 in seiner 106. Sitzung am 23. Februar 2011 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 03A für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums des Innern**

Berichterstatter: **Peter Winter**
Mitberichterstatter: **Susann Biedefeld**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderung durchgeführt wird:

Bei Kap. 03 03 (Allgemeine Bewilligungen)
Tit. 701 85 (Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) wird folgender Haushaltsvermerk ausgebracht:

„Die Errichtung einzelner Basisstationen mit Gesamtbaukosten von mehr als 1.000.000 € kann abweichend von VV Nr. 1.2 zu Art. 24 BayHO als kleine Baumaßnahme durchgeführt und nachgewiesen werden.“

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ministerium: Herausgabe von "Bayerns Polizei" auf Internetveröffentlichung umstellen
(Kap. 03 01 Tit. 531 11)
Drs. 16/7345

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verstärkungsmittel für die Hauptgruppe 5 und die Hauptgruppe 8 der Polizeikapitel
(Kap. 03 03, 03 17, 03 18, 03 20, 03 21)
Drs. 16/7268
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Vorsorgekuren
(Kap. 03 03, 03 17, 03 18, 03 20)
Drs. 16/7269
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kosten für den BOS-Digitalfunk vollständig ausweisen
(Kap. 03 03 TG 85)
Drs. 16/7346
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: überflüssige Umzugskosten einsparen - Keine Verlegung des Statistischen Landesamts nach Fürth
(Kap. 03 07 Tit. 428 16, 517 01, 527 01)
Drs. 16/7347
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Stellen in der Futtermittelüberwachung
(Kap. 03 08 Tit. 422 01)
Drs. 16/7329

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Regierungen: Vermischte Verwaltungsausgaben nicht erhöhen (Kap. 03 08 Tit. 546 49) Drs. 16/7349 8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: 71 Stellen für Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleure bei den Landratsämtern (Kap. 03 09 Tit. 422 01, Stellenplan) Drs. 16/7350 9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Landratsämter: ausreichend Stellen für den technischen Umweltschutz (Kap. 03 09 Tit. 422 01, 422 31, 428 01) Drs. 16/7351 10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Landratsämter: ausreichend Stellen für die Heimaufsicht (Kap. 03 09 Tit. 422 01, 422 31, 428 01) Drs. 16/7352 11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Stellenplan der Landratsämter (Kap. 03 09 Tit. 422 21) Drs. 16/7270 12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: 71 Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter bei den Landratsämtern (Kap. 03 09 Tit. 422 21) Drs. 16/7271	13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Reduktion der Kosten für das Landesamt für Verfassungsschutz (Kap. 03 15) Drs. 16/7353 14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Stellenhebungen (Kap. 03 17 bis Kap. 03 21 Tit. 422 01; Kap. 03 02 Tit. 461 01) Drs. 16/7272 15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Angemessene Reisekosten beim LKA (Kap. 03 17 Tit. 527 01) Drs. 16/7354 16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: LKA, Landespolizei, Bereitschaftspolizei, Polizeiverwaltungsamt: Präventionsmaßnahmen getrennt ausweisen (Kap. 03 17 Tit. 547 04; Kap. 03 18 Tit. 547 04; Kap. 03 20 Tit. 547 04; Kap. 03 21 Tit. 547 04) Drs. 16/7355 17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Landespolizei: Erschwerniszulage (DUZ) aufstocken (Kap. 03 18 Tit. 422 01) Drs. 16/7356 18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Sicherheitswacht (Kap. 03 18 TG 76; Kap. 03 20 Tit. 422 21) Drs. 16/7273

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine Ausweitung der Sicherheitswacht
(Kap. 03 18 Tit. 427 76)
Drs. 16/7357
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Landespolizei: Verstetigung der Einstellungszahlen - Mobile Reserve für Schwangerschafts- und Elternzeitvertretungen aufstocken!
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
Drs. 16/7358
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Brandschutz: Herausgabe von "brandwacht" auf Internetveröffentlichung umstellen
(Kap. 03 23 Tit. 531 11)
Drs. 16/7359
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Feuerweherschulen
(Kap. 03 26 Tit. 428 01, 422 01)
Drs. 16/7275
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Lehrkräfte für die Feuerweherschulen
(Kap. 03 26 Tit. 428 01)
Drs. 16/7330

Bericht:

1. Der Einzelplan 03A wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 03A in seiner 107. Sitzung am 24. Februar 2011 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 03B für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums des Innern
- Staatsbauverwaltung –**

Berichterstatter:
Mitberichterstatter:

**Josef Miller
Markus Reichhart**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Landesmittel zur Wohnraumförderung - Neubewilligungen
(Kap. 03 64 TG 65 - 70)
Drs. 16/7276
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Darlehen des Landes für den Wohnungsbau nach dem BayWoFG:
Wohnbauförderung nicht kürzen
(Kap. 03 64 Tit. 863 69)
Drs. 16/7360

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Landesmittel zur Wohnraumförderung - Neubewilligungen
(Kap. 03 64 TG 65 - 70)
Drs. 16/7277
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Landesmittel zur Wohnraumförderung - Neubewilligungen
(Kap. 03 64 TG 65 - 70 neuer Tit.)
Drs. 16/7278
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Landesmittel zur Wohnraumförderung - Neubewilligungen
(Kap. 03 64 TG 65 - 70 neuer Tit.)
Drs. 16/7279
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bayerisches Städtebauförderungsprogramm
(Kap. 03 65 Tit. 883 62)
Drs. 16/7280
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bayerisches Städtebauförderungsprogramm
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)
Drs. 16/7281
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Landesmittel für die Städtebauförderung
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)
Drs. 16/7331

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bayerisches Städtebauförderungsprogramm (Kap. 03 65 Tit. 883 82)
Drs. 16/7361
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bund-Länderprogramm "Soziale Stadt" (Kap. 03 65 Tit. 883 83)
Drs. 16/7362
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bund-Länderprogramm "Stadtumbau West" (Kap. 03 65 Tit. 883 87)
Drs. 16/7363
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bund-Länderprogramm "Städtebaulicher Denkmalschutz West" (Kap. 03 65 Tit. 883 90)
Drs. 16/7364
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Autobahndirektionen: Kürzung des Personalsolls
(Kap. 03 75 Tit. 422 01)
Drs. 16/7365
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Telematik und Pilotprojekte im Straßenverkehr
(Kap. 03 75 TG 87)
Drs. 16/7282
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Staatliche Bauämter: Kürzung des Personalsolls
(Kap. 03 80 Tit. 422 01 und 428 01)
Drs. 16/7366

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Streichung der Verstärkungsmittel für den Staatsstraßenbau - Umschichtung auf den Erhalt (Kap. 03 80 Tit. 750 00 und 770 10 Anlage A TG 73)
Drs. 16/7368
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Modellprojekte Verkehrsberuhigung an Durchgangsstraßen
(Kap. 03 80 neuer Tit.)
Drs. 16/7367

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 03B wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 03B in seiner 107. Sitzung am 24. Februar 2011 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz**

Berichterstatter: **Alexander Radwan**
Mitberichterstatter: **Markus Reichhart**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

In der Anlage S wird bei Kap. 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) Tit. 711 01 (Baumaßnahmen zur Unterbringung der Gerichte und Justizbehörden in München – Strafjustizzentrum) die Zweckbestimmung nach dem Wort “–Planung–” wie folgt ergänzt: “Die Erteilung des Planungsauftrags bedarf der Zustimmung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags.”

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 04 04 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Neu: Zuwendungen für den Täter-Opfer-Ausgleich und die Opferhilfe
(Kap. 04 02 neue TG)
Drs. 16/7369
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 16/7283
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Richter und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 16/7284
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Richter und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 16/7333
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Mittel für Personal an Gerichten und Staatsanwaltschaften - Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 16/7370

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Zusätzliche Mittel für Personal an Gerichten und Staatsanwaltschaften - Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger (Kap. 04 04 Tit. 422 01) Drs. 16/7371 7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Justizfachwirte (Kap. 04 04 Tit. 422 01) Drs. 16/7334 8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Bewährungshelfer (Kap. 04 04 Tit. 422 01) Drs. 16/7285 9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Zusätzliche Mittel für die Bewährungshilfe (Kap. 04 04 Tit. 422 01) Drs. 16/7372 10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Ernennungsstellen für Gerichtsvollzieher; Erhöhung der Beförderungsstellen (Kap. 04 04 Tit. 422 01) Drs. 16/7287 11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Gerichtsvollzieher (Kap. 04 04 Tit. 422 01) Drs. 16/7335	12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Ernennung geprüfter Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher (Kap. 04 04 Tit. 422 01) Drs. 16/7373 13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Zusätzliche Mittel für Personal an Gerichten und Staatsanwaltschaften - Justizverwaltung (Kap. 04 04 Tit. 422 01) Drs. 16/7374 14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Justizwachtmeister (Kap. 04 04 Tit. 422 01) Drs. 16/7286 15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Justizwachtmeister (Kap. 04 04 Tit. 422 01) Drs. 16/7336 16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Zusätzliche Mittel für Personal an Gerichten und Staatsanwaltschaften - Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister (Kap. 04 04 Tit. 422 21) Drs. 16/7375 17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger (Kap. 04 04 Tit. 422 21) Drs. 16/7288

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 16/7337
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21 und 422 01)
Drs. 16/7289
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Justizfachwirte
(Kap. 04 04 Tit. 422 21 und 422 01)
Drs. 16/7290
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 16/7291
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der kriminalpädagogischen Schülerprojekte
(Kap. 04 04 Tit. 533 03)
Drs. 16/7338
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Psychotherapeutische Fachambulanz für Sexualstraftäter in Ostbayern
(Kap. 04 04 Tit. 686 03)
Drs. 16/7292
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Behindertengerechter Umbau von Justizgebäuden
(Kap. 04 04 Tit. 701 01)
Drs. 16/7293
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten: Aufstiegsstellen und Beförderungsstruktur
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 16/7294
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Mittel für Personal im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 16/7376
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten: Regierungssekretärinwärter, Obersekretärinwärter im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 16/7295
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 16/7339
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
(Kap. 04 05 Tit. 428 01)
Drs. 16/7296
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Projekt "Schwitzen statt Sitzen"
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
Drs. 16/7298

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verstärkungsmittel zum Ausbau der sozialtherapeutischen Abteilungen für Gewalt- und Sexualstraftäter
(Kap. 04 05 neue TG)
Drs. 16/7377
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Übergangsmanagement ausbauen
(Kap. 04 05 neue TG)
Drs. 16/7378
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kürzung der festgesetzten Mittel für Gutachten
(Kap. 04 07 Tit. 526 21)
Drs. 16/7379
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kürzung der festgesetzten Mittel für Veranstaltungen und Kongresse
(Kap. 04 07 Tit. 683 01)
Drs. 16/7380
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuwendungen des Landes an den VerbraucherService Bayern und die Verbraucherzentrale Bayern
(Kap. 04 07 Tit. 686 01)
Drs. 16/7299

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung der Verbraucheraufklärung - Erhöhung der Mittel für mehr Personal
(Kap. 04 07 Tit. 686 01)
Drs. 16/7381
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Straftatlassenhilfe
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
Drs. 16/7297
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verbraucherschutz: Kürzung der Mittel für Veranstaltungen
(Kap. 04 07 Tit. 540 52)
Drs. 16/7382

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 04 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 04 in seiner 108. Sitzung am 24. Februar 2011 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit der in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2011/2012

zum

Entwurf des Einzelplans 04

Staatsministerium der Justiz und
für Verbraucherschutz

**Vorbemerkung
zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung**

1. Gemäß Nr. 12.8 DBestHG gelten die in Nr. 12.1 bis 12.7 DBestHG 2011/2012 zur dezentralen Budgetverantwortung getroffenen Regelungen nicht für:

- Kap. 04 02 Tit. 526 01
- Kap. 04 04 Tit. 111 01, 111 02, 111 03, 112 01, 526 21 bis 526 29, 526 31 bis 526 33 und
- Kap. 04 05 Tit. 112 01, 823 10, 823 11 und
- Kap. 04 05 TG 71.

Vom Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung ist im Kap. 04 04 der neue Titel 526 29 auszunehmen. Die Vorbemerkung ist daher entsprechend anzupassen.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2011 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2011 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2012 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2012 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
526 21-4 052	Entschädigungen der Rechtsanwälte und Patentanwälte bei Prozesskostenhilfe <i>Zu 526 21 bis 526 29 und 526 31 bis 526 33: Gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>	A B	55.000,0	55.000,0	A B	55.000,0	55.000,0
526 26-9 052	Sonstige Auslagen in Rechtssachen <i>Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	A B	7.000,0 -500,0	6.500,0	A B	7.000,0 -500,0	6.500,0
<u>526 29-6</u> 052	Besondere Ausgaben der Führungsaufsicht im Zusammenhang mit der elektronischen Aufenthaltsüberwachung <i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 632 01. Vgl. Vermerk zu 526 21.</i>	A B	 +500,0	500,0	A B	 +500,0	500,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
632 01-9 052	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 526 29. Die Mittel sind übertragbar.</i>	A B	895,0	895,0	A B	895,0	895,0
	Gesamtausgaben	A B	1.114.449,5 -	1.114.449,5	A B	1.126.361,0 -	1.126.361,0

04 04

Gerichte und Staatsanwaltschaften

Erläuterungen

Zu 04 04/526 21

Aufnahme von Tit. 526 29 in den Deckungskreis.

Zu 04 04/526 26

Minderung zur Finanzierung der Ausgaben bei Tit. 526 29.

Zu 04 04/526 29

Die Reform des Rechts der Sicherungsverwahrung ist zum 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Die Gerichte können künftig bei rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und Sexualstraftätern, die unter Führungsaufsicht stehen, die elektronische Überwachung ihres Aufenthalts anordnen. Dabei zeichnet sich ab, dass die Länder gemeinsam die Realisierung einer Lösung in Angriff nehmen werden. Bayern wird sich an diesem Projekt beteiligen, weil eine gemeinsame Lösung wirtschaftlicher und schneller realisierbar ist als ein bayerischer Alleingang.

Die Finanzierung erfolgt über den neuen Ausgabetitel, bzw. über den Deckungsvermerk auch aus Tit. 632 01, soweit die Realisierung gemeinsam mit anderen Ländern erfolgt.

Die Ausgaben werden bei Tit. 526 26 eingespart.

Zu 04 04/632 01

Vgl. bei Tit. 526 29.

04 04 Gerichte und Staatsanwaltschaften

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	944.540,0 -	944.540,0	A B	748.540,0 -	748.540,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	40,0 -	40,0	A B	40,0 -	40,0
	Gesamteinnahmen	A B	944.580,0 -	944.580,0	A B	748.580,0 -	748.580,0
	Personalausgaben	A B	617.355,6 -	617.355,6	A B	625.873,6 -	625.873,6
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	456.917,2 -	456.917,2	A B	456.919,2 -	456.919,2
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	7.451,2 -	7.451,2	A B	7.642,7 -	7.642,7
	Baumaßnahmen	A B	20.183,6 -	20.183,6	A B	23.383,6 -	23.383,6
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	12.541,9 -	12.541,9	A B	12.541,9 -	12.541,9
	Gesamtausgaben	A B	1.114.449,5 -	1.114.449,5	A B	1.126.361,0 -	1.126.361,0
	Zuschuss	A	169.869,5	169.869,5	A	377.781,0	377.781,0

Epl. 04 Epl. Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2011 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2011 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2012 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2012 Tsd. €
			3	4		5	6
	Abschluss Epl. 04						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	990.970,3 -	990.970,3	A B	794.970,3 -	794.970,3
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	1.596,0 -	1.596,0	A B	1.341,0 -	1.341,0
	Gesamteinnahmen	A B	992.566,3 -	992.566,3	A B	796.311,3 -	796.311,3
	Personalausgaben	A B	1.190.099,8 -	1.190.099,8	A B	1.214.569,4 -	1.214.569,4
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. €</i> 10.303,0 <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. €</i> 21.616,0	A B	536.060,4 -	536.060,4	A B	535.799,4 -	535.799,4
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. €</i> 5.975,0 <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. €</i> 5.196,0	A B	30.452,7 -	30.452,7	A B	30.644,2 -	30.644,2
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. €</i> 88.800,0 <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. €</i> 74.200,0	A B	45.943,6 -	45.943,6	A B	77.443,6 -	77.443,6
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. €</i> 7.900,0	A B	19.183,7 -	19.183,7	A B	19.224,7 -	19.224,7
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	2.712,0 -	2.712,0	A B	2.781,2 -	2.781,2
	Gesamtausgaben	A B	1.824.452,2 -	1.824.452,2	A B	1.880.462,5 -	1.880.462,5
	<i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. €</i> 105.078,0 <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. €</i> 108.912,0						
	Zuschuss	A	831.885,9	831.885,9	A	1.084.151,2	1.084.151,2

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Obersten Rechnungshofes**

Berichterstatter: **Martin Bachhuber**
Mitberichterstatter: **Volkmar Halbleib**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 11 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 11 in seiner 110. Sitzung am 3. März 2011 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2011/2012;

Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

Berichterstatter:

Martin Bachhuber

Mitberichterstatter:

Volkmar Halbleib

I. Beschlussempfehlung:

Z u s t i m m u n g

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 01 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 01 in seiner 110. Sitzung am 3. März 2011 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Georg Winter

Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten**

Berichterstatter: **Kurt Eckstein**
Mitberichterstatter: **Reinhold Strobl**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kürzung des Aufwands für die Beteiligung am Zentrallandwirtschaftsfest
(Kap. 08 03 Tit. 540 01)
Drs. 16/7486

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
(Kap. 08 03 Tit. 683 12)
Drs. 16/7482
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für Absatzförderung und Agrarmarketing
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 16/7483
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Regionalvermarktung statt Exportförderung
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 16/7487
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Alternativen zum Maisanbau im Gesamtkonzept "Nachwachsende Rohstoffe"
(Kap. 08 03 TG 54)
Drs. 16/7474
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Bayern soll wieder blühen
(Kap. 08 03 Tit. 683 72)
Drs. 16/7475

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm statt einzelbetrieblicher Investitionsförderung und Dorferneuerung
(Kap. 08 03 TG 72 - 74)
Drs. 16/7488
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel zum Aufbau moderner Marktstrukturen und zur Stärkung der Marktkompetenz
(Kap. 08 03 Tit. 533 80)
Drs. 16/7484
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung der Dorferneuerung und der Erhaltung der Kulturlandschaft in der ländlichen Entwicklung
(Kap. 08 03 TG 87)
Drs. 16/7476
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Umwidmung der Mittel für den Bau von Alm- und Alpwegen
(Kap. 08 03 TG 87 und Kap. 08 04 TG 70 - 71)
Drs. 16/7489
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung, insbesondere Förderung des Imkernachwuchses
(Kap. 08 03 Tit. 547 96)
Drs. 16/7485
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine Subventionen zur Rinder-, Schweine-, Pferde- und Kleintierzucht
(Kap. 08 03 Tit. 683 96)
Drs. 16/7490
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 TG 96)
Drs. 16/7477
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel zur Schutzwaldsanierung
(Kap. 08 05 Tit. 682 01)
Drs. 16/7491
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zentrum für Nachhaltigkeit Wald
(Kap. 08 05 Tit. 893 01)
Drs. 16/7492
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse zur Projektförderung der Forstlichen Zusammenschlüsse nach der FORSTZUSR 2007
(Kap. 08 05 Tit. 686 97)
Drs. 16/7478
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Finanzielle Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes
(Kap. 08 05 TG 97)
Drs. 16/7479
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Maßnahmen im Körperschaftswald
(Kap. 08 05 Tit. 891 97)
Drs. 16/7493

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für die Privatwaldförderung
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)
Drs. 16/7494
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kürzung der Mittel für Maiswurzelbohrerforschung und Gentechnik
(Kap. 08 20 Tit. 533 51)
Drs. 16/7496
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Umsetzung von Stellen aus der Landesanstalt für Landwirtschaft in die Ämter für Landwirtschaft und Forsten
(Kap. 08 20 und 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 16/7495
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Stefan Schuster u.a.
SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Personalabbau stoppen - zusätzliche Försterrinnen und Förster für Bayern
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 16/7480
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a.
SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ausgaben für das Freiwillige Ökologische Jahr
(Kap. 08 40 Tit. 429 03)
Drs. 16/7481

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 08 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 08 in seiner 110. Sitzung am 3. März 2011 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur,
Verkehr und Technologie**

Berichterstatter: **Karsten Klein**
Mitberichterstatter: **Florian Ritter**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass die Ansätze und Vermerke bei Kap. 07 07 (Schienenpersonennahverkehr) entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert werden (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Streichung der Mittel für die "Nebenstaatskanzlei" des stellvertretenden Ministerpräsidenten (Kap. 07 01 und 07 02)
Drs. 16/7659

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Entgelte für Arbeitnehmer (Kap. 07 01 Tit. 428 01 - Stellenplan)
Drs. 16/7663
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ausgaben für Werbemaßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft (Kap. 07 03 Tit. 686 23)
Drs. 16/7664
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Streichung der Mittel für die Clusterförderung (Kap. 07 03 TG 92 Tit. 686 92)
Drs. 16/7665
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Einmalzinszuschüsse für das Mittelstandskreditprogramm (Kap. 07 04 Tit. 891 01)
Drs. 16/7660
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsförderung (Kap. 07 04 Tit. 892 72)
Drs. 16/7662
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mittel für private Unternehmen im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung (Kap. 07 04 TG 72 Tit. 892 72)
Drs. 16/7666

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Streichung der Mittel für die Kanalisierung der Donau
(Kap. 07 05 Tit. 881 60)
Drs. 16/7667
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung des Nahluftverkehrs und des Flugwesens beenden
(Kap. 07 05 TG 74)
Drs. 16/7668
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ausgaben zur Durchführung spezieller Fachausgaben der Landesplanung - Regional- und Demographie-Management
(Kap. 07 05 Tit. 547 79)
Drs. 16/7661
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Programm zur Förderung von kleinen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 16/7669
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Programm zur Energieeffizienz: Umstellung von elektrischen Nachtspeicherheizungen auf moderne Heiztechnik und, oder erneuerbare Energien
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 16/7670

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Programm dezentrale Energiespeicher: Unterstützung bei der Errichtung von Speichern bei Biogasanlagen
(Kap. 07 05 neuer Tit.)
Drs. 16/7671
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Zugbestellungen zur Erhöhung der Taktichten im Schienenpersonennahverkehr
(Kap. 07 07 Tit. 682 03 und Kap. 07 05 TG 71 - 72)
Drs. 16/7672

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 07 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 07 in seiner 112. Sitzung am 15. März 2011 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2011/2012

zum

Entwurf des Einzelplans 07

Staatsministerium für Wirtschaft,
Infrastruktur, Verkehr und Technologie

07 07 Schienenpersonennahverkehr

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €	B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Die Ausgabetitel des Kapitels sind gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis für die Ausgabetitel des Kap. 07 erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei Tit. 231 01 und 231 02. Sie erhöht sich um die Isteinnahmen bei 119 49 und 271 01. Ausgaben dürfen erst erfolgen, wenn die bei 231 01 und 231 02 zu vereinnahmenden Bundesmittel eingegangen sind. Vgl. Vermerk zu 07 05 TG 71 - 72.						
	Investitionsförderungsmaßnahmen						
892 05-6	Leistungen an private Verkehrsunternehmen für Investitionen und die Beschaffung von Fahrzeugen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs	A	37.534,5	37.534,5	A	69.827,5	69.827,5
741	<i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 936.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2011 in Höhe von 936.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2012 Tsd. € 50.000,0</i> <i>2013 Tsd. € 165.000,0</i> <i>2014 Tsd. € 190.000,0</i> <i>2015 Tsd. € 165.000,0</i> <i>2016 ff. Tsd. € 366.000,0</i>	B			B		
	Gesamtausgaben	A	1.045.572,0	1.045.572,0	A	1.061.272,0	1.061.272,0
		B	-		B	-	

07 07

Schienenpersonennahverkehr

Erläuterungen

Zu 07 07/892 05

Da derzeit nicht absehbar ist, ob der Bau- und Finanzierungsvertrag für die 2. S-Bahn-Stammstrecke in München bis zur Verabschiedung des Doppelhaushalts 2011/2012 durch den Bayerischen Landtag noch auf Grundlage der im Haushaltsjahr 2010 in Höhe von 936.000,0 Tsd. € veranschlagten Verpflichtungsermächtigung unterzeichnet werden kann, ist vorsorglich die Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung in gleicher Höhe im Haushaltsjahr 2011 erforderlich.

07 07 Schienenpersonennahverkehr

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	1.045.572,0	1.045.572,0	A	1.061.272,0	1.061.272,0
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	1.045.572,0	1.045.572,0	A	1.061.272,0	1.061.272,0
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	395,5	395,5	A	402,5	402,5
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	1.300,0	1.300,0	A	1.300,0	1.300,0
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	938.342,0	938.342,0	A	931.742,0	931.742,0
		B	-		B	-	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	105.534,5	105.534,5	A	127.827,5	127.827,5
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	1.045.572,0	1.045.572,0	A	1.061.272,0	1.061.272,0
		B	-		B	-	

Epl. 07 Epl. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2011 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2011 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2012 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2012 Tsd. €
			3	4		5	6
	Abschluss Epl. 07						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	97.510,8 -	97.510,8	A B	98.305,8 -	98.305,8
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	1.089.489,5 -	1.089.489,5	A B	1.105.207,0 -	1.105.207,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	78.268,6 -	78.268,6	A B	61.729,2 -	61.729,2
	Gesamteinnahmen	A B	1.265.268,9 -	1.265.268,9	A B	1.265.242,0 -	1.265.242,0
	Personalausgaben	A B	63.791,2 -	63.791,2	A B	65.364,5 -	65.364,5
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 1.000,0</i>	A B	84.539,7 -	84.539,7	A B	85.213,1 -	85.213,1
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 5.767.332,5</i> <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 430.540,0</i>	A B	1.175.469,9 -	1.175.469,9	A B	1.176.474,8 -	1.176.474,8
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 3.500,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 7.700,0</i>	A B	1.670,4 -	1.670,4	A B	1.670,4 -	1.670,4
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 8.000,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 8.000,0</i>	A B	5.826,9 -	5.826,9	A B	5.882,9 -	5.882,9
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 1.165.050,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 107.200,0</i>	A B	390.909,3 -	390.909,3	A B	404.067,7 -	404.067,7
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	315,2 -	315,2	A B	348,3 -	348,3
	Gesamtausgaben	A B	1.722.522,6 -	1.722.522,6	A B	1.739.021,7 -	1.739.021,7
	<i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 6.944.882,5</i> <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 554.440,0</i>						
	Zuschuss	A	457.253,7	457.253,7	A	473.779,7	473.779,7

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums für Wissenschaft,
Forschung und Kunst**

Berichterstatter: **Prof. Dr. Georg Barfuß**
Mitberichterstatterin: **Susann Biedefeld**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 15 28 (Sammelansätze für die Universitäten) TG 73 (Unvorhergesehene Ausgaben jeder Art und Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung, soweit nicht bei den TG 74, 82, 84 und 91 veranschlagt) werden die Erläuterungen wie folgt ergänzt:

„Aus dem Ansatz werden für das Georges-Köhler-Zentrum in den Jahren 2011 und 2012 jeweils Mittel in Höhe von bis zu 350.000 € gewährt.“

Die Erläuterungen sind in diesem Punkt verbindlich.

2. In der Anlage S wird bei Kap. 15 23 (Universität Augsburg) folgender neuer Leertitel eingebracht:

727 55 (Errichtung eines Gebäudes für Materials Ressource Management bei der Universität Augsburg).

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 15 06, 15 12, 15 28 und 15 70 entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Gute Studienbedingungen für den doppelten Abiturientenjahrgang - Zuschuss an die Frauenakademie München e.V. (FAM)
(Kap. 15 03 Tit. 686 20)
Drs. 16/7675
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwaner, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Binationales Forschungsinstitut (Deutsch-Tschechische Hochschule) im bayerischen Grenzgebiet zu Tschechien
(Kap. 15 03 neue TG)
Drs. 16/7690
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhalt des Internationalen Figurentheater-Festivals Erlangen, Nürnberg, Fürth, Schwabach
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 16/7676
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung nichtstaatlicher Theater und von Einrichtungen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst
(Kap. 15 05 TG 73)
Drs. 16/7677

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Zuschüsse an nichtstaatliche Orchester (Kap. 15 05 Tit. 685 75) Drs. 16/7678 6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Linus Förster u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Förderung der Pop- und Rockmusik in Bayern (Kap. 15 05 Tit. 686 75) Drs. 16/7679 7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Förderung der bayerischen Sing- und Musikschulen (Kap. 15 05 Tit. 633 80) Drs. 16/7691 8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Förderung der Sing- und Musikschulen (Kap. 15 05 Tit. 633 80) Drs. 16/7680 9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Fördermittel für spartenübergreifende Kulturprojekte (Kap. 15 05 neue TG 82) Drs. 16/7692 10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens (Kap. 15 05 TG 91) Drs. 16/7681 11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens (Kap. 15 05 TG 91) Drs. 16/7701	12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V. (Kap. 15 05 neue TG) Drs. 16/7682 13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Gute Studienbedingungen für den doppelten Abiturientenjahrgang - Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke (Kap. 15 06 Tit. 686 05) Drs. 16/7683 14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Aufstockung der Studentenwerkförderung (Kap. 15 06 Tit. 686 05) Drs. 16/7693 15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Offensive für Studierendenwerke (Kap. 15 06 Tit. 686 05) Drs. 16/7702 16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Demokratische Hochschule - Vernetzung der Studierenden stärken (Kap. 15 06 neuer Tit.) Drs. 16/7703 17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Erhöhung der Mittel für die Virtuelle Hochschule Bayern (Kap. 15 06 TG 73) Drs. 16/7694

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ausbau der bayerischen Hochschulen - Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger (Kap. 15 06 TG 86)
Drs. 16/7695
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zukunftsinvestition Hochschule - Ausbau der Hochschulen (Kap. 15 06 TG 86)
Drs. 16/7704
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Gute Studienbedingungen für den doppelten Abiturientenjahrgang - Wissenschaftliche Bibliotheken (Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 16/7684
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Einführung einer neuen TG "Forschungsförderungsprogramm: Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zur Vermeidung von Tierversuchen an Bayerischen Hochschulen" (Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 16/7705
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention - inklusive Studienbedingungen an allen Hochschulen verwirklichen (Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 16/7706
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Studienbeiträge abschaffen und Kompensation durch staatliche Mittel (Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 16/7696
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Wegfall der Einnahmetitel in den TG 96 im Epl. 15 (versch. Kap. der TGn 96)
Aufhebung der Studiengebühren
Drs. 16/7689
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für die angemessene Bezahlung von Lehrbeauftragten an den Hochschulen in Bayern
Drs. 16/7688
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: aviso: Zeitschrift für Wissenschaft & Kunst in Bayern einstellen (Kap. 15 09 Tit. 531 11)
Drs. 16/7707
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kein Einkauf von Versuchstieren (Kap. 15 09 Tit. 532 81)
Drs. 16/7708
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine Öffentlichkeitsarbeit für Agrogentechnik aus Steuermitteln (Kap. 15 28 TG 85)
Drs. 16/7709
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Stellen für den akademischen Mittelbau an den Universitäten (Kap. 15 28 neue TG)
Drs. 16/7697

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Anschubfinanzierung für einen Lehrstuhl Allgemeinmedizin
(Kap. 15 28 neue TG)
Drs. 16/7685
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung und Entwicklung
(Kap. 15 49 TG 73)
Drs. 16/7698
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stärkung der Zentrale der "hochschule dual"
(Kap. 15 49 TG 73)
Drs. 16/7699
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Sonderausstellungen und sonstige kulturelle Veranstaltungen
(Kap. 15 70 Tit. 523 74)
Drs. 16/7710
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erwerb von Kunst- und Sammlungsgegenständen
(Kap. 15 70 Tit. 523 74 und Tit. 812 74)
Drs. 16/7711
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschuss Buchheim-Museum
(Kap. 15 70 Tit. 686 75)
Drs. 16/7712
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung nichtstaatlicher Museen
(Kap. 15 74 Tit. 428 01)
Drs. 16/7713
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
(Kap. 15 74 TG 75)
Drs. 16/7686
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Gute Studienbedingungen für den doppelten Abiturientenjahrgang - Bayerische Staatsbibliothek
(Kap. 15 90 Tit. 523 74)
Drs. 16/7687
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bayerische Staatsbibliothek und Staatliche Bibliotheken
(Kap. 15 90 Tit. 523 74)
Drs. 16/7700
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Vermehrung, Ergänzung und Nachweis der Bibliotheksbestände sowie Ausstellungen
(Kap. 15 90 TG 74)
Drs. 16/7714
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Wiederinstandsetzung beschädigter Archivalien, Bestandserhaltung, Digitalisierung von Archivgut
(Kap. 15 93 Tit. 547 02, 547 05 und 547 06)
Drs. 16/7715

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 15 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 15 in seiner 113. Sitzung am 16. März 2011 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FW: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FDP: Zustimmungmit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2011/2012

zum

Entwurf des Einzelplans 15

Staatsministerium für Wissenschaft,
Forschung und Kunst

Kapitelübergreifende Änderungen

1. Erweiterung der Zweckbestimmung bei TG 52 in den Hochschulkapiteln

In den Kapiteln 15 07, 15 17, 15 19, 15 21, 15 23, 15 24, 15 26, 15 27, 15 32 bis 15 38, 15 40 bis 15 48 sowie 15 59 bis 15 64 erhält die TG 52 jeweils folgende Bezeichnung:

TG 52 (Einnahmen)

„52 Zuschüsse des Bundes aus dem Professorinnenprogramm und dem gemeinsamen Programm des Bundes und der Länder für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre“

TG 52 (Ausgaben)

„52 Ausgaben aus Zuschüssen des Bundes für das Professorinnenprogramm und das gemeinsame Programm des Bundes und der Länder für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre“

2. Streichung eines Vermerks bei den Kapiteln der Uni-Klinika

Bei den Kapiteln 15 08, 15 13, 15 18, 15 20 und 15 22 ist der unter der Überschrift „Einnahmen“ bzw. „Ausgaben“ ausgebrachte Vermerk „Vgl. Vermerk bei Kap. 15 07 Einnahmen“ bzw. „Vgl. Vermerk bei Kap. 15 07 Ausgaben“ zu streichen.

Erläuterungen zu den kapitelübergreifenden Änderungen

zu 1. Erweiterung der Zweckbestimmung bei TG 52 in den Hochschulkapiteln

Nach der am 30.09.2010 zwischen Bund und Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarung über ein gemeinsames Programm für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre können die bayerischen Hochschulen in den Jahren 2011 bis 2020 Zuschüsse zur Erreichung der Programmziele erhalten. Der Förderzeitraum beträgt maximal zweimal fünf Jahre. Die erforderlichen Landesanteile werden durch die Hochschulen aus eigenen Ressourcen erbracht. Der Nachweis der Zuschüsse soll durch entsprechende Ausweitung der Zweckbestimmung über die bei den jeweiligen Hochschulkapiteln bereits bestehende TG 52 erfolgen.

zu 2. Vermerkstreichung bei den Kapiteln der Uni-Klinika

Der Vermerk wurde irrtümlich aufgenommen und würde zu Irritationen im Klinikbereich führen.

15 06 Sammelansätze für den Gesamtbereich der Hochschulen

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €	B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Einnahmen						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 02-4 139	Zuweisungen des Bundes nach Art. 91 b GG im Rahmen des Programms zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger (Hochschulpakt 2020) <i>Vgl. Vermerk zu TG 86.</i>	A B	123.318,6	123.318,6	A B	164.433,7	164.433,7
	Gesamteinnahmen	A B	283.157,2 -	283.157,2	A B	324.272,3 -	324.272,3

15 06

Sammelansätze für den Gesamtbereich der Hochschulen

Erläuterungen

Zu 15 06/231 02

Aufnahme eines Koppelungsvermerks zu TG 86.

15 06 Sammelansätze für den Gesamtbereich der Hochschulen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2011 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2011 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2012 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2012 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Titelgruppen						
	86 Ausgaben nach dem Programm zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger						
	<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>						
	<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei Tit. 231 02.</i>						
	<i>Zu Lasten der Mittel darf das Sofortprogramm für die doppelten Abiturjahrgänge "Vorübergehende Erhöhung der Studienplatzzahl im Numerus-clausus-Fach Humanmedizin" bis zur Höhe von 12,48 Mio. € in den Jahren 2011 bis 2018 finanziert werden. Folgende Jahresraten sind vorgesehen:</i>						
	<i>2011: Tsd. € 416,0</i>						
	<i>2012: Tsd. € 1.248,0</i>						
	<i>2013: Tsd. € 2.080,0</i>						
	<i>2014 : Tsd. € 2.496,0</i>						
	<i>2015: Tsd. € 2.496,0</i>						
	<i>2016: Tsd. € 2.080,0</i>						
	<i>2017: Tsd. € 1.248,0</i>						
	<i>2018: Tsd. € 416,0</i>						
518 86-7 139	Mieten und Pachten Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 46.238,1 Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung 2011 in Höhe von 46.238,1 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2012 Tsd. € 4.248,0 2013 Tsd. € 5.058,2 ab 2014 Tsd. € 36.931,9 Soweit Teile der hier ausgebrachten Verpflichtungsermächtigung 2011 bereits im Haushaltsvollzug 2009 oder 2010 in Anspruch genommen wurden, erfolgt eine Anrechnung auf den Ansatz 2011.	A B	15.200,0	15.200,0	A B	15.200,0	15.200,0
	Summe der Titelgruppe	A B	138.518,6 -	138.518,6	A B	199.842,3 -	199.842,3
	Gesamtausgaben	A B	233.997,9 -	233.997,9	A B	295.226,8 -	295.226,8

15 06

Sammelansätze für den Gesamtbereich der Hochschulen

Erläuterungen

Zu 15 06/86

Um gegebenenfalls zusätzliche Bundesmittel insbesondere aus der von den Regierungschefs in Aussicht genommenen Ergänzung des Hochschulpakts infolge der Aussetzung des Wehr- und Zivildienstes verwenden zu können, ist bei TG 86 noch ein Haushaltsvermerk ausgebracht, der es ermöglicht, dass die Ausgabebefugnis um die zusätzlich bei Titel 231 02 eingehenden Bundesmittel erhöht wird.

Ferner wird noch ein weiterer Haushaltsvermerk ausgebracht, der es ermöglicht, aus den bei TG 86 veranschlagten Mitteln auch die Schaffung von jeweils 80 zusätzlichen Studienanfängerplätzen im Numerus-clausus-Fach Humanmedizin einmalig und befristet in den Jahren 2011 bis 2013 finanzieren zu können. Die Mittelzuteilung an die Universitäten und Universitätsklinika erfolgt entsprechend den hierzu geschlossenen Zielvereinbarungen.

Zu 15 06/518 86

Aufgrund zeitlicher Verschiebung der Anmietungen bei den Fachhochschulen Ansbach, Coburg, Neu-Ulm und Nürnberg ist eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung um 1.608,1 Tsd. € auf 46.238,1 Tsd. € sowie eine Änderung der Fälligkeiten erforderlich.

15 06 Sammelansätze für den Gesamtbereich der Hochschulen

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €	B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	970,0	970,0	A	970,0	970,0
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	124.187,2	124.187,2	A	165.302,3	165.302,3
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	158.000,0	158.000,0	A	158.000,0	158.000,0
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	283.157,2	283.157,2	A	324.272,3	324.272,3
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	113.335,8	113.335,8	A	162.587,0	162.587,0
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	41.022,1	41.022,1	A	53.282,9	53.282,9
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	70.415,9	70.415,9	A	69.125,8	69.125,8
		B	-		B	-	
	Baumaßnahmen	A	7.000,0	7.000,0	A	8.000,0	8.000,0
		B	-		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	2.174,1	2.174,1	A	2.181,1	2.181,1
		B	-		B	-	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	50,0	50,0	A	50,0	50,0
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	233.997,9	233.997,9	A	295.226,8	295.226,8
		B	-		B	-	
	Überschuss	A	49.159,3	49.159,3	A	29.045,5	29.045,5

15 12 Technische Universität München

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2011 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2011 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2012 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2012 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Die in den Erläuterungen dargelegten Vorbemerkungen und Bewirtschaftungsgrundsätze sind bindend.						
	Einnahmen						
	Vgl. Vermerk bei Kap. 15 07 Einnahmen.						
	Titelgruppen						
	86 Einnahmen im Zusammenhang mit dem FRM II <i>Vgl. Vermerk zu TG 86 (Ausgaben).</i>						
282 86-9 131	Einnahmen aus der Kooperationsvereinbarung mit Einrichtungen der Helmholtz Gemeinschaft	A B	 +10.760,0	10.760,0	A B	 +10.760,0	10.760,0
	Summe der Titelgruppe	A B	5.000,0 +10.760,0	15.760,0	A B	5.000,0 +10.760,0	15.760,0
	Gesamteinnahmen	A B	251.117,8 +10.760,0	261.877,8	A B	249.784,1 +10.760,0	260.544,1
	Ausgaben						
	Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 111 41 und erhöht oder vermindert sich um 95 v.H. der Mehr- oder Mindereinnahme bei 111 42.						
	Vgl. Vermerk bei Kap. 15 07 Ausgaben.						
	86 Ausgaben im Zusammenhang mit dem FRM II <i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei TG 86 (Einnahmen).</i>						
429 86-3 131	Sonstige Personalausgaben <i>Vermerk unverändert</i>	A B	2.550,0 +4.000,0	6.550,0	A B	2.550,0 +4.000,0	6.550,0
547 86-0 131	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	12.272,2 +6.760,0	19.032,2	A B	12.272,2 +6.760,0	19.032,2
	Summe der Titelgruppe	A B	22.370,0 +10.760,0	33.130,0	A B	62.370,0 +10.760,0	73.130,0
	Gesamtausgaben	A B	576.965,0 +10.760,0	587.725,0	A B	639.943,0 +10.760,0	650.703,0

15 12

Technische Universität München

Erläuterungen

Zu 15 12/282 86

Mehr wegen der Kooperationsvereinbarung zwischen der Technischen Universität München und Einrichtungen der Helmholtz Gemeinschaft vom 17.12.2010 und dem Zuwendungsvertrag zwischen der Technischen Universität München und dem Forschungszentrum Jülich vom 17.12.2010.

Zu 15 12/429 86

Mehr wegen der Kooperationsvereinbarung zwischen der Technischen Universität München und Einrichtungen der Helmholtz Gemeinschaft vom 17.12.2010 und dem Zuwendungsvertrag zwischen der Technischen Universität München und dem Forschungszentrum Jülich vom 17.12.2010.

Zu 15 12/547 86

Mehr wegen der Kooperationsvereinbarung zwischen der Technischen Universität München und Einrichtungen der Helmholtz Gemeinschaft vom 17.12.2010 und dem Zuwendungsvertrag zwischen der Technischen Universität München und dem Forschungszentrum Jülich vom 17.12.2010.

15 12 Technische Universität München

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	20.819,1 -	20.819,1	A B	20.819,1 -	20.819,1
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	225.267,2 +10.760,0	236.027,2	A B	223.850,7 +10.760,0	234.610,7
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	5.031,5 -	5.031,5	A B	5.114,3 -	5.114,3
	Gesamteinnahmen	A B	251.117,8 +10.760,0	261.877,8	A B	249.784,1 +10.760,0	260.544,1
	Personalausgaben	A B	370.559,4 +4.000,0	374.559,4	A B	373.906,1 +4.000,0	377.906,1
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	175.702,1 +6.760,0	182.462,1	A B	175.207,8 +6.760,0	181.967,8
	Baumaßnahmen	A B	15.512,2 -	15.512,2	A B	35.552,5 -	35.552,5
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	15.191,3 -	15.191,3	A B	55.276,6 -	55.276,6
	Gesamtausgaben	A B	576.965,0 +10.760,0	587.725,0	A B	639.943,0 +10.760,0	650.703,0
	Zuschuss	A	325.847,2	325.847,2	A	390.158,9	390.158,9

15 28 Sammelansätze für die Universitäten

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2011 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2011 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2012 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2012 Tsd. €
			3	4		5	6
	Einnahmen						
	Titelgruppen						
	82 Einnahmen für das Bayerische Genomfor- schungsnetzwerk und das Bayerische Biosystem- forschungsnetzwerk einschließlich Kernzentrum Vgl. Vermerk zu TG 82 (Ausgaben).						
231 82-1 139	Zuweisungen des Bundes	A B	--- ---	--- ---	A B	--- ---	--- ---
	Summe der Titelgruppe	A B	0,0 -	- -	A B	0,0 -	- -
	Gesamteinnahmen	A B	8.012,1 -	8.012,1	A B	8.012,1 -	8.012,1
	Ausgaben						
	82 Ausgaben für das Bayerische Genomfor- schungsnetzwerk und das Bayerische Biosystem- forschungsnetzwerk einschließlich Kernzentrum Titel der Titelgruppe gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei TG 82 (Einnahmen). Vgl. Vermerk zu TG 74.						
422 82-0 139	Bezüge der planmäßigen Beamten und Professoren	A B	--- ---	--- ---	A B	--- ---	--- ---
	Summe der Titelgruppe	A B	2.400,0 -	2.400,0	A B	4.900,0 -	4.900,0
	86 Universitäres Zentrum für Gesundheitswissen- schaften am Klinikum Augsburg - UNIKA-T Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertrag- bar.						
~~422 86-6~~ 131	Bezüge der planmäßigen Beamten und Professoren	A B	---	---	A B	---	---
~~428 86-0~~ 131	Entgelte der Arbeitnehmer	A B	---	---	A B	---	---
	Summe der Titelgruppe	A B	2.908,4 -	2.908,4	A B	4.500,0 -	4.500,0
	Gesamtausgaben	A B	92.979,1 -	92.979,1	A B	95.085,4 -	95.085,4

15 28

Sammelansätze für die Universitäten

Erläuterungen

Zu 15 28/82 (Einnahmen)

Vgl. TG 82 Ausgaben.

Zu 15 28/82

Die Mittel dienen auch für die Einrichtung eines Kernzentrums, die Zweckbestimmung ist entsprechend zu erweitern.

Zu 15 28/422 86 und 428 86

Die Titel sind zum rechnungsmäßigen Nachweis der zu Lasten der im Stellenplan bei Kap. 15 28 Tit. 422 86 und 428 86 ausgebrachten Stellen anfallenden Bezüge der planmäßigen Beamten und Professoren sowie Entgelte der Arbeitnehmer erforderlich.

15 28 Sammelansätze für die Universitäten

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €	B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	2,1 -	2,1	A B	2,1 -	2,1
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	10,0 -	10,0	A B	10,0 -	10,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	8.000,0 -	8.000,0	A B	8.000,0 -	8.000,0
	Gesamteinnahmen	A B	8.012,1 -	8.012,1	A B	8.012,1 -	8.012,1
	Personalausgaben	A B	34.258,3 -	34.258,3	A B	35.213,3 -	35.213,3
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	6.902,9 -	6.902,9	A B	7.246,6 -	7.246,6
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	22.936,9 -	22.936,9	A B	22.916,9 -	22.916,9
	Baumaßnahmen	A B	1.300,0 -	1.300,0	A B	1.300,0 -	1.300,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	27.581,0 -	27.581,0	A B	28.408,6 -	28.408,6
	Gesamtausgaben	A B	92.979,1 -	92.979,1	A B	95.085,4 -	95.085,4
	Zuschuss	A	84.967,0	84.967,0	A	87.073,3	87.073,3

15 70 Staatliche Museen und Sammlungen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2011 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2011 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2012 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2012 Tsd. €
			3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sonstige Sachinvestitionen						
812 01-8 183	Einrichtung und Ausstattung der Museen <i>Vermerk unverändert</i> <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 2.500,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungsermächtigung</i> <i>2011 in Höhe von 2.500,0 Tsd. € werden fällig frühes-</i> <i>ters in den Haushaltsjahren</i> <i>2012 Tsd. € 1.500,0</i> <i>2013 Tsd. € 1.000,0</i>	A B	2.853,8 -	2.853,8	A B	2.853,8 -	2.853,8
	Gesamtausgaben	A B	63.488,6 -	63.488,6	A B	64.147,2 -	64.147,2
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	3.300,4 -	3.300,4	A B	3.300,4 -	3.300,4
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	2.450,0 -	2.450,0	A B	2.450,0 -	2.450,0
	Gesamteinnahmen	A B	5.750,4 -	5.750,4	A B	5.750,4 -	5.750,4
	Personalausgaben	A B	32.119,9 -	32.119,9	A B	33.096,8 -	33.096,8
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	21.360,8 -	21.360,8	A B	21.142,5 -	21.142,5
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A B	990,8 -	990,8	A B	990,8 -	990,8
	Baumaßnahmen	A B	4.800,0 -	4.800,0	A B	4.700,0 -	4.700,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	4.217,1 -	4.217,1	A B	4.217,1 -	4.217,1
	Gesamtausgaben	A B	63.488,6 -	63.488,6	A B	64.147,2 -	64.147,2
	Zuschuss	A	57.738,2	57.738,2	A	58.396,8	58.396,8

15 70

Staatliche Museen und Sammlungen

Erläuterungen

Zu 15 70/812 01

Die Verpflichtungsermächtigung wird zur Deckung des Bedarfs an Einrichtungs- und Ausstattungsmitteln für den Neubau des Staatlichen Museums Ägyptischer Kunst benötigt.

Epl. 15 Epl. Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 15						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	139.151,3	139.151,3	A	138.350,7	138.350,7
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	1.085.982,2	1.096.742,2	A	1.097.085,7	1.107.845,7
		B	+10.760,0		B	+10.760,0	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	343.514,8	343.514,8	A	292.019,4	292.019,4
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	1.568.648,3	1.579.408,3	A	1.527.455,8	1.538.215,8
		B	+10.760,0		B	+10.760,0	
	Personalausgaben	A	2.541.171,9	2.545.171,9	A	2.634.981,4	2.638.981,4
	Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 880,0	B	+4.000,0		B	+4.000,0	
	Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 910,0						
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	783.162,0	789.922,0	A	797.341,8	804.101,8
	Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 49.108,1	B	+6.760,0		B	+6.760,0	
	Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 7.680,0						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	1.268.258,7	1.268.258,7	A	1.241.778,3	1.241.778,3
		B	-		B	-	
	Baumaßnahmen	A	170.662,3	170.662,3	A	294.832,6	294.832,6
	Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 303.650,0	B	-		B	-	
	Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 303.650,0						
	Sonstige Sachinvestitionen	A	132.128,5	132.128,5	A	165.478,8	165.478,8
	Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 8.450,0	B	-		B	-	
	Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 5.950,0						
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	329.139,7	329.139,7	A	335.883,7	335.883,7
	Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 2.500,0	B	-		B	-	
	Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 2.500,0						
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	-11.492,0	-11.492,0	A	-11.520,9	-11.520,9
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	5.213.031,1	5.223.791,1	A	5.458.775,7	5.469.535,7
	Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 364.588,1	B	+10.760,0		B	+10.760,0	
	Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 320.690,0						
	Zuschuss	A	3.644.382,8	3.644.382,8	A	3.931.319,9	3.931.319,9

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit**

Berichterstatter:
Mitberichterstatterin:

**Martin Bachhuber
Dr. Simone Strohmayer**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

Die Ansätze und Vermerke bei Kap. 12 04, 12 08 und 12 77 werden entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Errichtung und Betrieb von Umweltstationen (Kap. 12 02 TG 74)
Drs. 16/7797

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Aufstockung des Etats für Umweltstationen (Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 16/7806
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Neuaufnahme der Mittel für die Vergabe eines jährlichen Energiepreises für Gemeinden (Kap. 12 03 neuer Tit.)
Drs. 16/7807
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mittel zur Sicherstellung der Bayerischen Biodiversitätsstrategie (Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 16/7808
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mittel für die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts durch die Landkreise im Freistaat Bayern (Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 16/7809
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Vertragsnaturschutz, Erschwerenausgleich, Ausgleichszahlungen (Kap. 12 04 TG 72)
Drs. 16/7798

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Maßnahmen auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes
(Kap. 12 04 Tit. 547 74)
Drs. 16/7814
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS
(Kap. 12 08 TG 52)
Drs. 16/7799
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Hebammen stärken
(Kap. 12 08 TG 55)
Drs. 16/7815
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Maßnahmen im Bereich gesundheitlicher Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen - Maßnahmen auf dem Gebiet "Zertifizierung und Qualitätskontrolle"
(Kap. 12 08 Tit. 547 62)
Drs. 16/7816
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Gesundheitshilfe, insbesondere Gesundheitsfürsorge und -vorsorge und Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten
(Kap. 12 08 TG 91)
Drs. 16/7800
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie in den bayerischen Justizvollzugsanstalten
(Kap. 12 08 TG 92)
Drs. 16/7801
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie durch Prävention und Selbsthilfe
(Kap. 12 08 TG 92)
Drs. 16/7802
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogentherapie
(Kap. 12 08 Tit. 531 92)
Drs. 16/7810
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Suchtbekämpfung und Drogentherapie
(Kap. 12 08 TG 92)
Drs. 16/7817
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Organspenden fördern
(Kap. 12 08 TG 93)
Drs. 16/7818
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Versorgung psychisch kranker Menschen
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 16/7819
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Niedrigschwellige Angebote zur Prävention von Essstörungen in Bayern
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 16/7820

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Gesundheitspersonal für das Thema Genitalverstümmelung sensibilisieren
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 16/7821
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erweiterung des lufthygienischen Überwachungssystems
(Kap. 12 09 Tit. 547 03)
Drs. 16/7822
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kürzung der Unternehmerleistungen für Nationalparkmaßnahmen
(Kap. 12 13 Tit. 542 02)
Drs. 16/7823
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Stellen zur Futtermittelüberwachung
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
Drs. 16/7811
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: 7 Stellen für Laborassistentinnen und Laborassistenten im Bereich Futtermittelkontrolle beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
Drs. 16/7824
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: 10 Stellen für Futtermittelkontrolleurinnen und Futtermittelkontrolleure beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
Drs. 16/7825
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für die Futtermittelüberwachung
(Kap. 12 23 Tit. 632 01)
Drs. 16/7812
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erstattungen an Labore im Rahmen der Futtermittelüberwachung - Aufstockung des Budgets
(Kap. 12 23 Tit. 632 01)
Drs. 16/7826
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan bei der höheren Naturschutzbehörde
(Kap. 12 31 Tit. 422 01)
Drs. 16/7827
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für die Personalausgaben der staatlichen Veterinärverwaltung bei den Landratsämtern
(Kap. 12 41 Tit. 422 01)
Drs. 16/7803
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine Mittel für neue Wassererschließungen
(Kap. 12 77 Tit. 784 77)
Drs. 16/7828
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse an Sonstige für den Bau von Abwasseranlagen
(Kap. 12 77 Tit. 892 79)
Drs. 16/7804

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ausgleichszahlung für Bewirtschaftungseinschränkungen im Bereich der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 16/7813
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Sonderprogramme für Uranfilter in der Trinkwasserbereitstellung
(Kap. 12 77 neue TG)
Drs. 16/7805
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 82 neuer Tit.)
Drs. 16/7829

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 12 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 12 in seiner 114. Sitzung am 22. März 2011 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2011/2012

zum

Entwurf des Einzelplans 12

Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

12 04 Besondere Fachaufgaben - Naturschutz, Erholung, Umweltschutz

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2011 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2011 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2012 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2012 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Ausgaben				
	Titelgruppen				
	72 Naturschutz und Landschaftspflege				
	<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig, ausgenommen 428 72, 531 72, 534 72 und 683 72.</i>				
	<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>				
	<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 282 01, 331 01, 382 01 und erhöht oder vermindert sich um 70 v. H. der Mehr- oder Mindereinnahme bei 124 01.</i>				
	<i>Aus den Ansätzen können die TG 81 der Hochschulkapitel des Epl. 15 und des Kap. 15 51, der Titel 547 40 der Kap. 15 12 und 15 39, 15 43 TG 78, 08 03 TG 53, 54 und 08 20 TG 81 verstärkt werden.</i>				
	<i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 12 01/531 23 um bis zu 15,3 Tsd. €, 12 01 TG 99, 12 02/525 02, 526 11, 531 31, 547 02 bis 547 06, 686 01, 981 01, TG 79 und 80, 12 09/531 22, TG 73, 76, 12 12/525 02, 531 11, TG 73, 12 13/542 01, 701 01, 812 01, 12 14/542 11, 701 01, 812 01 und 12 77 TG 78.</i>				
	<i>Gegenseitig deckungsfähig mit 892 02, 892 07, 892 10 bis 892 18 und 12 12/812 01.</i>				
428 72-4 332	Personalausgaben Vermerk unverändert	A B	---	A B	---
	Summe der Titelgruppe	A B	37.740,1 -	A B	38.740,1 -
	Gesamtausgaben	A B	100.750,8 -	A B	95.220,9 -

12 04

Besondere Fachaufgaben - Naturschutz, Erholung, Umweltschutz

Erläuterungen

Zu 12 04/72

Zur Verbesserung des Wolfsmanagements in Bayern ist künftig die Förderung von Präventionsmaßnahmen vorgesehen. Die Erläuterung Nr. 6 zum Haushaltsentwurf wird dazu wie folgt ergänzt (in Fettdruck):

6. Entschädigungen und Ausgleichszahlungen im Vollzug des Naturschutzgesetzes, freiwillige staatliche Ausgleichszahlungen für vom Biber verursachte Schäden in der Land-, Forst- und Teichwirtschaft im Rahmen des Bibermanagements, **sowie für Sofortschutzmaßnahmen zur Vermeidung von Schäden durch große Beutegreifer (Bär, Wolf, Luchs),**

12 04 Besondere Fachaufgaben - Naturschutz, Erholung, Umweltschutz

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €	B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	2.890,0	2.890,0	A	2.890,0	2.890,0
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	16.300,0	16.300,0	A	16.300,0	16.300,0
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	14.715,4	14.715,4	A	8.939,0	8.939,0
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	33.905,4	33.905,4	A	28.129,0	28.129,0
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	390,1	390,1	A	394,0	394,0
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	19.597,1	19.597,1	A	19.839,7	19.839,7
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	37.482,4	37.482,4	A	38.482,4	38.482,4
		B	-		B	-	
	Baumaßnahmen	A	3.640,0	3.640,0	A	2.640,0	2.640,0
		B	-		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	12,5	12,5	A	12,5	12,5
		B	-		B	-	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	39.628,7	39.628,7	A	33.852,3	33.852,3
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	100.750,8	100.750,8	A	95.220,9	95.220,9
		B	-		B	-	
	Zuschuss	A	66.845,4	66.845,4	A	67.091,9	67.091,9

12 08 Besondere Fachaufgaben - Gesundheit und Veterinärwesen

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €	B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Titelgruppen						
	82 Errichtung einer Bayer. Pflegekammer						
	<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
	<i>Die Mittel sind übertragbar.</i>						
	<i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten TG 94 und 98.</i>						
<u>428 82-3</u>	Entgelte der Arbeitnehmer	A		---	A		---
314		B			B		
<u>547 82-9</u>	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	A		---	A		---
314		B			B		
<u>686 82-0</u>	Zuschüsse an Sonstige	A		---	A		---
314		B			B		
	Summe der Titelgruppe	A	0,0	-	A	0,0	-
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	40.419,5	40.419,5	A	40.819,5	40.819,5
		B	-		B	-	
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	1.037,0	1.037,0	A	1.037,0	1.037,0
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	1.037,0	1.037,0	A	1.037,0	1.037,0
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	2.423,9	2.423,9	A	2.423,9	2.423,9
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	7.926,1	7.926,1	A	8.326,1	8.326,1
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	25.780,5	25.780,5	A	25.780,5	25.780,5
		B	-		B	-	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	4.124,0	4.124,0	A	4.124,0	4.124,0
		B	-		B	-	
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	165,0	165,0	A	165,0	165,0
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	40.419,5	40.419,5	A	40.819,5	40.819,5
		B	-		B	-	
	Zuschuss	A	39.382,5	39.382,5	A	39.782,5	39.782,5

12 08

Besondere Fachaufgaben - Gesundheit und Veterinärwesen

Erläuterungen

Zu 12 08/82

Die neue Titelgruppe dient der Anschubfinanzierung für den Aufbau einer Bayer. Pflegekammer.

12 77 Wasserwirtschaftsämler

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2011 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2011 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2012 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2012 Tsd. €
			3	4		5	6
	Ausgaben						
	Titelgruppen						
	77 Sicherung der Wasserversorgung und Schutz des Grundwassers						
	<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar.</i>						
	<i>Gegenseitig deckungsfähig mit 883 01, 883 02 und TG 97.</i>						
	<i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 12 09 TG 77.</i>						
	<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei 237 02.</i>						
428 77-5 623	Entgelte der Arbeitnehmer	A B	---	---	A B	---	---
	Summe der Titelgruppe	A B	2.000,0 -	2.000,0	A B	2.000,0 -	2.000,0
	92 Unterhaltung von Wildbächen einschl. Pflege der sanierten Einzugsgebiete						
	<i>Titel der TG gegenseitig und mit TG 90, 91, 93 und 96 gegenseitig deckungsfähig.</i>						
	<i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 785 79 und 789 01.</i>						
	<i>Die Mittel sind bis zu 10 v.H. des Gesamtansatzes übertragbar.</i>						
671 92-0 623	Erstattungen an Sonstige im Inland	A B		---	A B		---
	Summe der Titelgruppe	A B	8.225,8 -	8.225,8	A B	8.298,8 -	8.298,8
	98 Förderung des Baues von Abwasseranlagen						
	<i>Titel der TG gegenseitig sowie mit 883 01 und 883 02 gegenseitig deckungsfähig. Einseitig deckungsfähig zu Gunsten TG 78, 12 09 TG 76, 77, 12 02/686 05, 686 06.</i>						
	<i>Die Ansätze werden aus 08 04/887 71 verstärkt.</i>						
	<i>Aus den Ansätzen dürfen einschließlich des Ansatzes bei 13 10/883 04 jährlich bis zu 20.000,0 Tsd. € für Einmalzinszuschüsse zur Beschaffung von zinsverbilligten Darlehen verwendet werden.</i>						
	<i>Rückzahlungen (einschl. Zinsen) dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (auch für 13 33 TG 91).</i>						
883 98-8 623	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände <i>Vermerk unverändert</i>	A B	---	---	A B	---	---
	Summe der Titelgruppe	A B	10.224,7 -	10.224,7	A B	10.224,7 -	10.224,7
	Gesamtausgaben	A B	255.540,2 -	255.540,2	A B	259.936,2 -	259.936,2

12 77

Wasserwirtschaftsämler

Erläuterungen

Zu 12 77/77

Aufgrund der im Entwurf des DHH 2011/2012 erfolgten Umsetzung von 2.000,0 Tsd. € von TG 97 nach TG 77 sind die Deckungsvermerke der TG noch entsprechend anzupassen.

Zu 12 77/671 92

Durch die Neuaufnahme des Titels wird die Möglichkeit geschaffen, Beamte anderer Dienstherren vorübergehend gegen Personalkostenerstattung zu beschäftigen.

Zu 12 77/98

Das mit dem Nachtragshaushalt 2008 in Kap. 13 33 aufgelegte 'Sonderprogramm zur schnelleren Abfinanzierung im Bereich der staatlichen Förderung von Baumaßnahmen von Kommunen oder Dritten' wird nicht mehr weitergeführt. Für evtl. Rückflüsse aus den damaligen Förderungen im Bereich Abwasseranlagen (13 33 TG 91) wird mit der Ergänzung des Haushaltsvermerks in 12 77 TG 98 eine Möglichkeit der Rückeinnahmen geschaffen.

12 77 Wasserwirtschaftsämler

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A B	36.000,0 -	36.000,0	A B	36.000,0 -	36.000,0
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	3.290,0 -	3.290,0	A B	3.290,0 -	3.290,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	6.421,3 -	6.421,3	A B	6.421,3 -	6.421,3
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A B	21.257,0 -	21.257,0	A B	21.257,0 -	21.257,0
	Gesamteinnahmen	A B	66.968,3 -	66.968,3	A B	66.968,3 -	66.968,3
	Personalausgaben	A B	102.087,3 -	102.087,3	A B	103.767,8 -	103.767,8
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	12.037,6 -	12.037,6	A B	12.037,6 -	12.037,6
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A B	2.100,0 -	2.100,0	A B	2.100,0 -	2.100,0
	Baumaßnahmen	A B	86.221,4 -	86.221,4	A B	86.321,4 -	86.321,4
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	3.691,1 -	3.691,1	A B	3.691,1 -	3.691,1
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	49.402,8 -	49.402,8	A B	52.018,3 -	52.018,3
	Gesamtausgaben	A B	255.540,2 -	255.540,2	A B	259.936,2 -	259.936,2
	Zuschuss	A	188.571,9	188.571,9	A	192.967,9	192.967,9

Epl. 12 Epl. Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 12						
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A B	36.000,0 -	36.000,0	A B	36.000,0 -	36.000,0
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	20.500,4 -	20.500,4	A B	20.515,4 -	20.515,4
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	25.454,9 -	25.454,9	A B	25.454,9 -	25.454,9
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A B	65.712,4 -	65.712,4	A B	30.196,0 -	30.196,0
	Gesamteinnahmen	A B	147.667,7 -	147.667,7	A B	112.166,3 -	112.166,3
	Personalausgaben	A B	389.630,2 -	389.630,2	A B	397.800,0 -	397.800,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. €</i> 5.190,0 <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. €</i> 5.190,0	A B	78.269,4 -	78.269,4	A B	78.317,7 -	78.317,7
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. €</i> 26.556,5 <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. €</i> 29.756,5	A B	69.598,9 -	69.598,9	A B	70.598,9 -	70.598,9
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. €</i> 42.500,0 <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. €</i> 42.800,0	A B	106.646,2 -	106.646,2	A B	95.146,2 -	95.146,2
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. €</i> 4.988,0 <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. €</i> 960,0	A B	10.546,6 -	10.546,6	A B	10.546,6 -	10.546,6
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. €</i> 28.750,0 <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. €</i> 17.500,0	A B	113.776,6 -	113.776,6	A B	90.265,7 -	90.265,7
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	5.008,2 -	5.008,2	A B	5.564,0 -	5.564,0
	Gesamtausgaben	A B	773.476,1 -	773.476,1	A B	748.239,1 -	748.239,1
	<i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. €</i> 107.984,5 <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. €</i> 96.206,5						
	Zuschuss	A	625.808,4	625.808,4	A	636.072,8	636.072,8

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums für Unterricht und Kultus**

Berichterstatter: **Hans Herold**
Mitberichterstatter: **Reinhold Strobl**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 05 03 (Allgemeine Bewilligungen - Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz) wird der Ansatz
 - a) bei Tit. 684 07 (Schulgeldersatz nach Art. 47 Abs. 3 und Abs. 4 für Schüler beruflicher Schulen) für 2011

von	33.000.000,-- €
um	3.190.000,-- €
auf	36.190.000,-- €

und für 2012

von	36.900.000,-- €
um	2.880.000,-- €
auf	39.780.000,-- €

erhöht,
 - b) bei Tit. 684 08 (Schulgeldersatz nach Art. 47 Abs. 3 und Abs. 4 für Schüler an Gymnasien, Abendgymnasien und Kollegs) für 2011

von	31.400.000,-- €
um	2.000.000,-- €
auf	33.400.000,-- €

und für 2012

von	29.600.000,-- €
um	3.100.000,-- €
auf	32.700.000,-- €

erhöht,

- c) bei Tit. 684 09 (Schulgeldersatz nach Art. 47 Abs. 3 und Abs. 4 für Schüler an Realschulen und Abendrealschulen) für 2011

von	37.400.000,-- €
um	2.450.000,-- €
auf	39.850.000,-- €

und für 2012

von	37.400.000,-- €
um	3.800.000,-- €
auf	41.200.000,-- €

erhöht und

- d) bei Tit. 684 10 (Schulgeldersatz nach Art. 47 Abs. 3 und Abs. 4 für Schüler an Freien Waldorfschulen) für 2011

von	3.000.000,-- €
um	300.000,-- €
auf	3.300.000,-- €

und für 2012

von	3.100.000,-- €
um	300.000,-- €
auf	3.400.000,-- €

erhöht.

2. Bei Kap. 05 04 (Allgemeine Bewilligungen - Unterricht und Erziehung (ohne Leistungen nach dem Bayer. Schulfinanzierungsgesetz) wird der Ansatz
 - a) bei Tit. 428 14 (Entgelte der Aushilfslehrkräfte im Arbeitnehmerverhältnis) für 2011

von	46.289.800,-- €
um	18.000,-- €
auf	46.271.800,-- €

und für 2012

von	42.474.200,-- €
um	54.000,-- €
auf	42.420.200,-- €

vermindert.
 - b) bei Tit. 533 02 (Kosten der Schülermitverantwortung) für 2011 und 2012

von	150.000,-- €
um	30.000,-- €
auf	180.000,-- €

erhöht und

- c) bei Tit. 684 89 (Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke)
 von 12.712.500,-- €
 um 750.000,-- €
 auf 13.462.500,-- €
 erhöht und folgender Sperrvermerk ausgebracht:
 „Die Ausgaben sind in Höhe von 200.000,-- € gesperrt. Die Leistung der Ausgaben in dieser Höhe bedarf der Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags.“

3. Bei Kap. 05 13 (Öffentliche Förderschulen und Schulen für Kranke) Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter) wird der Ansatz für 2011

von 334.706.000,-- €
 um 18.000,-- €
 auf 334.724.000,-- €

und für 2012

von 353.264.000,-- €
 um 54.000,-- €
 auf 353.318.000,-- €
 erhöht.

4. Bei Kap. 05 15 (Staatliche Berufsschulen einschl. angegliederter Berufsfachschulen und Wirtschaftsschulen) Tit. 681 01 (Zuschüsse an beruflichen Schulen für Austauschmaßnahmen insbesondere nach den Programmen der EU und im Rahmen der fachpraktischen Ausbildung der Fachoberschule) wird der Haushaltsvermerk wie folgt erweitert:

„Der Ansatz darf bei Bedarf mit bis zu 50.000,-- € je Haushaltsjahr aus Kap. 05 15 Tit. 671 02 verstärkt werden.“

5. Bei Kap. 05 53 (Leistungen des Staates für kirchliche Gebäude usw.) Tit. 791 01 (Bauverpflichtungen an einzelnen kirchlichen Gebäuden aufgrund besonderer Rechtsverhältnisse) wird der Ansatz für 2011

von 5.900.000,-- €
 um 2.100.000,-- €
 auf 8.000.000,-- €
 erhöht.

6. Im Stellenplan wird bei Kap. 05 21 (Sammelansätze für die Schulen (Kap. 05 12 – 05 19) der Haushaltsvermerk bei Tit. 422 01 a) wie folgt gefasst:

„Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus weist die Stellen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen den einzelnen Schulkapiteln (05 12 bis 05 19) zu. Mindestens

30 % der Stellen müssen den Volksschulen (Kap. 05 12 BesGr. A 12) zugewiesen werden. Die Ausgaben sind beim jeweiligen Haushaltskapitel nachzuweisen. Die erforderlichen Mittel sind bei Tit. 422 01 der Kap. 05 12 und 05 13 berücksichtigt.“

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit der Änderung in den vorstehenden Nummern ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
 Haushaltsplan 2011/2012;
 hier: Kosten der Schülermitverantwortung (Kap. 05 04 Tit. 533 02)
 Drs. 16/7864
 erledigt.

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD
 Haushaltsplan 2011/2012;
 hier: Keine Kürzungen bei den Ausgaben für private Volksschulen (Kap. 05 03 Tit. 684 61)
 Drs. 16/7852
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
 Haushaltsplan 2011/2012;
 hier: Gleichbehandlung bei der Finanzierung kommunaler, kirchlicher und privater Schulen (Kap. 05 03 TG 73 - 79 und 82 - 84)
 Drs. 16/7862
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD
 Haushaltsplan 2011/2012;
 hier: Keine Kürzungen zulasten der kommunalen Gymnasien (Kap. 05 03 Tit. 633 84)
 Drs. 16/7853

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Mittel für Schüleraustausch mit Tschechien und Polen aufstocken (Kap. 05 04 Tit. 533 01) Drs. 16/7863
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: "Schülermitverantwortung" stärken (Kap. 05 04 Tit. 533 02) Drs. 16/7879
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Schulgeldausgleich für Schülerinnen und Schüler der privaten Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe (Kap. 05 04 Tit. 684 16) Drs. 16/7865
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich für die privaten Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe (Kap. 05 04 Tit. 684 16) Drs. 16/7880
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Verwaltungskräfte an Schulen stärken (Kap. 05 04 neuer Tit.) Drs. 16/7881
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Zielgerichtete Lehrerfortbildung (Inklusion) stärken (Kap. 05 04 neuer Tit.) Drs. 16/7866
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Mittel für Projekt Zeitzeugen bereitstellen (Kap. 05 04 neuer Tit.) Drs. 16/7867
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Ausgaben für Jugendarbeit (Kap. 05 04 TG 89) Drs. 16/7854
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Erhöhung des Ansatzes für Bildungsmaßnahmen in der Jugendarbeit (Kap. 05 04 TG 89) Drs. 16/7868
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Jugendarbeit weiter ermöglichen (Kap. 05 04 TG 89) Drs. 16/7882
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Zuschüsse für die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein erhöhen (Kap. 05 04 Tit. 684 90) Drs. 16/7855
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Zusammenarbeit von Schule und Sportverein (Kap. 05 04 Tit. 547 90) Drs. 16/7869
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012; hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände (Kap. 05 04 Tit. 684 91) Drs. 16/7856

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Vereinspauschale
(Kap. 05 04 Tit. 685 91)
Drs. 16/7857
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Breitensport stärken
(Kap. 05 04 Tit. 685 91)
Drs. 16/7883
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Vereinseigener Sportstättenbau
(Kap. 05 04 Tit. 893 91)
Drs. 16/7858
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ausgaben zur Förderung des Sportwesens
(Kap. 05 04 Tit. 893 91)
Drs. 16/7870
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Einlage des Freistaats für die Sportstiftung Bayern
(Kap. 05 04 TG 91 neuer Tit.)
Drs. 16/7871
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Offensive für Qualität von Ganztagschulen
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 16/7884
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Schulbudget für externe Bildungsangebote zur Prävention und Intervention
(Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 16/7885
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Finanzierung der Erwachsenenbildung
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 16/7872
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mittel für die Erwachsenenbildung aufstocken
(Kap. 05 05 Tit. 684 81)
Drs. 16/7886
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Beteiligung des Freistaats Bayern an der Finanzierung der bayerischen EUROPE DIRECT- Informationszentren
(Kap. 05 05 neuer Tit.)
Drs. 16/7887
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Streichung von kw-Vermerken und Aufhebung von Stellensperren an allen Schularten
(Kap. 05 12 bis 05 19)
Drs. 16/7859
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Absenkung der Klassenhöchststärken an Volksschulen, Realschulen und Gymnasien
(Kap. 05 12 und 05 17 bis 05 19 Tit. 422 01)
Drs. 16/7873
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Unterrichtsversorgung verbessern - Lehrerinnen- und Lehrerreserve aufbauen
(Kap. 05 12, 05 13, 05 18 und 05 19 jeweils neuer Tit.)
Drs. 16/7888

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bessere Ausstattung der Schulen aller Schularten mit Beratungslehrern
(Kap. 05 12, 05 13, 05 15, 05 17, 05 18, 05 19 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 16/7874
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 12 bis 05 19)
Drs. 16/7860
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Schulpsychologen
(Kap. 05 12 und 05 17 bis 05 19)
Drs. 16/7875
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Aufstockung des mobilen sonderpädagogischen Dienstes und der mobilen sonderpädagogischen Hilfe
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)
Drs. 16/7876
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Stellen für Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer
(Kap. 05 15 Tit. 422 01)
Drs. 16/7889
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an Berufsoberschulen und Fachoberschulen
(Kap. 05 17 Tit. 422 01)
Drs. 16/7890
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verwaltungspersonal an Schulen
(Kap. 05 12 bis 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 16/7878
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Fachpraktische Ausbildung im Ausland an Fachoberschulen ermöglichen
(Kap. 05 17 neuer Tit.)
Drs. 16/7877
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Offensive für Inklusion - Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern
(Kap. 05 21 Tit. 422 01a)
Drs. 16/7891
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Gemeinschaftsschule für alle Regierungsbezirke
(Epl. 05 neues Kap.)
Drs. 16/7861
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Moderne Bildungsinfrastruktur durch passgenaue regionale Schulmodelle
(Epl. 05 neues Kap.)
Drs. 16/7892

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 05 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 05 in seiner 115. Sitzung am 23. März 2011 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FW: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FDP: Zustimmungmit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung

Berichterstatlerin: **Erika Görlitz**
Mitberichterstatter: **Mannfred Pointner**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 13 03 (Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt) wird
 - a) der Ansatz bei Tit. 462 01 (Globale Minderung der gemeinsam bewirtschafteten Personalausgaben in allen Einzelplänen) für 2011

von	- 29.000.000,-- €
um	1.100.000,-- €
auf	- 27.900.000,-- €

und für 2012

von	- 57.300.000,-- €
um	2.300.000,-- €
auf	- 55.000.000,-- €

vermindert.
 - b) folgender neuer Titel 523 01 (Verstärkungsmittel für den Erwerb von Handschriften, Wiegendruckten, Büchern, Zeitschriften und anderem Bibliothekssammelgut, sowie Einbandkosten) ausgebracht und für 2011 mit 500.000,-- € dotiert und im Jahr 2012 als wegfallend gekennzeichnet.
Die Ausgaben sind im Vollzug bei Kap. 15 90 Tit. 523 74 rechnermäßig nachzuweisen.

- c) folgender neuer Titel 548 01 (Globale Mehrausgabe zum Ausgleich der bei den Titeln 549 27 der einschlägigen Einzelpläne im Haushaltsvollzug nicht zu erbringenden globalen Minderausgaben) ausgebracht und für 2011 mit 1.983.400,-- € und für 2012 mit 3.967.100,-- € dotiert,
- d) folgender neuer Titel 683 01 (Verstärkungsmittel für Leistungen nach § 45a Personenbeförderungsgesetz zum Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Lasten im öffentlichen Personenverkehr -Ausbildungsverkehr-) ausgebracht und für 2011 und 2012 mit jeweils 2.500.000,-- € dotiert.
Die Ausgaben sind im Vollzug bei Kap. 07 05 TG 71-72 rechnermäßig nachzuweisen.
- e) der Ansatz bei Tit. 750 01 (Verstärkungsmittel für den Um- und Ausbau und die Bestandserhaltung der Staatsstraßen siehe Anlage A zu Kap. 03 80) für 2011

von	---	€
um	41.660.000,--	€
auf	41.660.000,--	€

erhöht und im Jahr 2012 als wegfallend gekennzeichnet.
- f) folgender neuer Titel 893 02 (Verstärkungsmittel für Zuschüsse für Investitionen an Sonstige - Behindertenplan) ausgebracht und für 2011 und 2012 jeweils mit 3.500.000,-- € dotiert.
Die Ausgaben sind im Vollzug bei Kap. 10 05 Tit. 893 78 rechnermäßig nachzuweisen.
- g) folgender neuer Titel 893 03 (Verstärkungsmittel für Zuschüsse für Investitionen an Sonstige zur Schaffung von Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte) ausgebracht und für 2011 mit 2.000.000,-- € dotiert und für 2012 als wegfallend gekennzeichnet.
Die Ausgaben sind im Vollzug bei Kap. 10 05 Tit. 893 79 rechnermäßig nachzuweisen.

- h) folgender neuer Titel 893 04 (Verstärkungsmittel für Zuschüsse an Sonstige zur Erhaltung von Kunst- und Geschichtsdenkmälern) ausgebracht und für 2011 mit 1.000.000,-- € dotiert und für 2012 als wegfallend gekennzeichnet. Die Ausgaben sind im Vollzug bei Kap. 15 74 Tit. 893 75 rechnungsmäßig nachzuweisen.
- i) folgender neuer Titel 894 01 (Verstärkungsmittel für Zuschüsse zur Errichtung und Ausstattung von handwerklichen Schulungsstätten) ausgebracht und für 2011 mit 3.000.000,-- € dotiert und für 2012 als wegfallend gekennzeichnet. Die Ausgaben sind im Vollzug bei Kap. 07 03 Tit. 894 52 rechnungsmäßig nachzuweisen.
2. Bei Kap. 13 10 (Allgemeine Finanzzuweisungen usw.) werden bei Tit. 883 01 (Zuweisungen für Maßnahmen gemäß Art. 13f FAG) die Verpflichtungsermächtigungen für 2011
- | | |
|-----|-----------------|
| von | 10.000.000,-- € |
| um | 10.000.000,-- € |
| auf | 20.000.000,-- € |
- erhöht, diese werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren:
- | | |
|------|-----------------|
| 2012 | 10.000.000,-- € |
| 2013 | 10.000.000,-- € |
- und für 2012
- | | |
|-----|-----------------|
| von | 10.000.000,-- € |
| um | 10.000.000,-- € |
| auf | 20.000.000,-- € |
- erhöht, diese werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren:
- | | |
|------|-----------------|
| 2013 | 10.000.000,-- € |
| 2014 | 10.000.000,-- € |
3. Bei Kap. 13 06 (Kapital und Schulden) wird bei Tit. 351 01 (Entnahme aus der Haushaltssicherungs- Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage) der Ansatz für 2011
- | | |
|-----|------------------|
| von | 686.950.000,-- € |
| um | 38.053.400,-- € |
| auf | 725.003.400,-- € |
- und für 2012
- | | |
|-----|------------------|
| von | 214.150.000,-- € |
| um | 22.377.100,-- € |
| auf | 236.527.100,-- € |
- erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap.13 01, 13 03, 13 04, 13 05, 13 31 und 13 44 entsprechend der **Nachschubliste** der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt,

1. den Ansatz bei Kap. 13 03 Tit. 546 49 (Vermischte Ausgaben und zum Ausgleich der Schluss-Summe des Haushaltsplans) entsprechend anzupassen.
2. die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung führt zu Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt (Kap. 13 01)
Drs. 16/7893
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine weiteren Zuschüsse für die Forschungstiftung (Kap. 13 03 Tit. 894 07)
Drs. 16/7927
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen (Kap. 13 03 Tit. 750 01)
Drs. 16/7894
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verstärkungsmittel für den Staatsstraßenbau (Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 16/7913

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse an Sonstige zur Schaffung von Versorgungsstrukturen für ältere Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 16/7929
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Finanzierung zusätzlicher Investitionen, Personal- und Sachausgaben durch Verwendung von Grundstockmitteln
(Kap. 13 04 Tit. 314 51)
Drs. 16/7895
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse an die Stiftung Haus der Kunst München GmbH
(Kap. 13 05 Tit. 683 02)
Drs. 16/7896
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Darlehensrückfluss von der Flughafen München GmbH
(Kap. 13 06 Tit. 181 03)
Drs. 16/7914
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Finanzierung zusätzlicher Investitionen, Personal- und Sachausgaben durch Einnahmen aus der Rückforderung von Flughafendarlehen
(Kap. 13 06 neuer Tit.)
Drs. 16/7898
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Finanzierung zusätzlicher Investitionen, Personal- und Sachausgaben durch Entnahme aus der Rücklage
(Kap. 13 06 Tit. 351 01)
Drs. 16/7897
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Schlüsselzuweisungen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 16/7915
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Sabine Dittmar u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mittel für die Gemeinden für die Einrichtung des elektronischen Personenstandsregisters
(Kap. 13 10 Tit. 613 04)
Drs. 16/7899
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kommunaler Finanzausgleich: Kostenaufkommen der Landratsämter - übertragener Wirkungskreis
(Kap. 13 10 Tit. 613 21)
Drs. 16/7930
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Allgemeine Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 16/7900
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Pauschalzuweisungen zu den Schülerbeförderungskosten
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 16/7916
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs - Zuweisung an die Bezirke gemäß Art. 15 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 633 08)
Drs. 16/7917

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kommunalen Finanzausgleich: Zuweisungen an die Bezirke gemäß Art. 15 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 633 08)
Drs. 16/7932
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kommunalen Finanzausgleich: Entnahme kommunale Sonderbaulast aus den Verbundmitteln unterbleibt
(Kap. 13 10 Tit. 883 01 und 883 03)
Drs. 16/7933
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuweisungen an Gemeinden gemäß Art. 13a, 13b und 13c FAG für den Unterhalt, Bau und Ausbau von Gemeinde- und Kreisstraßen
(Kap. 13 10 Titel 883 03)
Drs. 16/7901
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Zuweisungen an Gemeinden aus der Überlassung des Aufkommens an der Kraftfahrzeugsteuer gemäß Art. 13 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 883 03)
Drs. 16/7918
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Investitionspauschalen an Gemeinden und Landkreise gemäß Art. 12 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 883 44)
Drs. 16/7919
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 16/7920
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Neuaufnahme: Mittel für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neu TG)
Drs. 16/7921
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mittel für die Abgeltung von Personalkosten für neue Waffenkontrolleure in den kreisfreien Gemeinden (Kreisverwaltungsbehörden)
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 16/7902
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Maria Noichl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung
(Kap. 13 30 Tit. 892 93)
Drs. 16/7903
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 13 31 TG 51)
Drs. 16/7904
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 13 31 TG 51)
Drs. 16/7922
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung sozialer Infrastruktur
(Kap. 13 31 Tit. 883 57)
Drs. 16/7905

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für das Programm "Bioenergie für Bayern"
(Kap. 13 31 TG 62)
Drs. 16/7923
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Waldumbau
(Kap. 13 31 TG 72)
Drs. 16/7906
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für den Waldumbau
(Kap. 13 31 TG 72)
Drs. 16/7924
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Schutzmaßnahmen im Bergwald
(Kap. 13 31 TG 74)
Drs. 16/7907
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für Schutzmaßnahmen im Bergwald
(Kap. 13 31 TG 74)
Drs. 16/7925
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Anpassung des Hochwasserschutz-Aktionsprogramms 2020
(Kap. 13 31 TG 76)
Drs. 16/7908
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bereitstellung von Mitteln für Zuweisungen für Hochwasserschutzinvestitionen von Gemeinden
(Kap. 13 31 Tit. 883 76)
Drs. 16/7926
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Sonderprogramm "Energieautarke Gemeinden"
(Kap. 13 31 TG 85 neuer Tit.)
Drs. 16/7909
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Zuschüsse zur Errichtung und zum Betrieb von Energieagenturen
(Kap. 13 31 TG 85 neuer Tit.)
Drs. 16/7910
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - F+E-Projekte Verkehrsökologie
(Kap. 13 31 TG 86 neuer Tit.)
Drs. 16/7911
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Fortführung Klimaprogramm Bayern unter Effizienzgesichtspunkten nach erfolgter Evaluation
(Kap. 13 31 neuer Tit.)
Drs. 16/7934
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Sonderprogramm zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung - Inklusion voranbringen
(Epl. 13 neues Kap.)
Drs. 16/7912

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kommunalen Finanzausgleich: Zuweisungen zur Schülerbeförderung
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 16/7931

Der Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 16/7928
wird für erledigt erklärt.

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 13 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 13 in seiner 116. Sitzung am 24. März 2011 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2011/2012

zum

Entwurf des Einzelplans 13

Allgemeine Finanzverwaltung

13 01 Steuern

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2011 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2011 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2012 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2012 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Einnahmen						
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Ein- nahmen sowie EU-Eigenmittel Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage (Landesanteile)						
015 01-3 910	Umsatzsteuer	A	6.639.000,0	6.785.400,0	A	6.806.000,0	6.806.000,0
		B	+146.400,0		B		
	Zwischensumme Gemeinschaftssteuern und Gewerbesteuerumlage (Landesanteile)	A	28.624.000,0	28.770.400,0	A	30.359.000,0	30.359.000,0
		B	+146.400,0		B	-	
	Zwischensumme Landessteuern	A	2.378.000,0	2.378.000,0	A	2.437.000,0	2.437.000,0
		B	-		B	-	
	Summe Steuern	A	31.002.000,0	31.148.400,0	A	32.796.000,0	32.796.000,0
		B	+146.400,0		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	32.561.847,3	32.708.247,3	A	34.354.950,9	34.354.950,9
		B	+146.400,0		B	-	
	Abschluss						
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A	31.013.218,3	31.159.618,3	A	32.806.321,9	32.806.321,9
		B	+146.400,0		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	1.548.629,0	1.548.629,0	A	1.548.629,0	1.548.629,0
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	32.561.847,3	32.708.247,3	A	34.354.950,9	34.354.950,9
		B	+146.400,0		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A	14.896,0	14.896,0	A	14.315,5	14.315,5
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	14.896,0	14.896,0	A	14.315,5	14.315,5
		B	-		B	-	
	Überschuss	A	32.546.951,3	32.693.351,3	A	34.340.635,4	34.340.635,4
		B	146.400,0				

**13 01
Steuern****Erläuterungen****Zu 13 01/015 01 und 13 03/612 01**

Die vorläufige Abrechnung der Umsatzsteuerverteilung und des Länderfinanzausgleichs für das Jahr 2010 führt zu einer Erstattung von insgesamt rd. 433 Mio. € (Zahlungseingang im März 2011); davon entfallen auf den finanzkraftbezogenen Umsatzsteuerausgleich 146,4 Mio. € und auf den Länderfinanzausgleich im engeren Sinn 286,4 Mio. €.

Für das Haushaltsjahr 2011 sind daher folgende Änderungen veranlasst:

	Tsd. €
1. Mehreinnahmen bei der Umsatzsteuer (Kap. 13 01 Tit. 015 01)	146.400,0
2. Minderausgaben beim Länderfinanzausgleich (Kap. 13 03 Tit. 612 01)	286.400,0
Zusammen	432.800,0

13 03 Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
612 01-6	Finanzausgleich unter den Ländern	A	3.800.000,0	3.513.600,0	A	4.000.000,0	4.000.000,0
910	<i>Vermerk unverändert</i>	B	-286.400,0		B		
	Baumaßnahmen						
<u>750 02-7</u>	Verstärkungsmittel für die Bestandserhaltung der	A		25.000,0	A		***
723	Staatsstraßen (siehe Anlage A zu Kap. 03 80)	B	+25.000,0		B		
	<i>Die Ausgaben sind im Vollzug bei den einschlägigen Titeln in der Anlage A des Epl. 03B rechnergemäß nachzuweisen.</i>						
	Gesamtausgaben	A	3.723.533,2	3.462.133,2	A	3.977.496,3	3.977.496,3
		B	-261.400,0		B	-	

Erläuterungen**Zu 13 03/750 02**

Zur Beseitigung der außergewöhnlichen Frostschäden im Staatsstraßenbereich sollen im Haushaltsjahr 2011 zusätzliche Ausgabemittel in Höhe von 25.000,0 Tsd. € bereitgestellt werden.

13 03 Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	13.157,1	13.157,1	A	13.157,1	13.157,1
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	2.015,0	2.015,0	A	2.015,0	2.015,0
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	15.172,1	15.172,1	A	15.172,1	15.172,1
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	74.175,0	74.175,0	A	120.740,0	120.740,0
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	7.258,3	7.258,3	A	7.481,4	7.481,4
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	3.819.799,2	3.533.399,2	A	4.019.729,2	4.019.729,2
		B	-286.400,0		B	-	
	Baumaßnahmen	A	515,2	25.515,2	A	315,2	315,2
		B	+25.000,0		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	302,4	302,4	A	302,4	302,4
		B	-		B	-	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	11.702,4	11.702,4	A	9.147,4	9.147,4
		B	-		B	-	
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	-190.219,3	-190.219,3	A	-180.219,3	-180.219,3
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	3.723.533,2	3.462.133,2	A	3.977.496,3	3.977.496,3
		B	-261.400,0		B	-	
	Zuschuss	A	3.708.361,1	3.446.961,1	A	3.962.324,2	3.962.324,2
	Überschuss						
		B	261.400,0				

13 04 Allgemeines Grundvermögen

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2011 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2011 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2012 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2012 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Einnahmen				
	Titelgruppen				
	51 - 58 Verwendung der Erlöse aus der Veräußerung von staatlichen Beteiligungen (insbesondere von e.on-Anteilen) und von Grundstockvermögen sowie Rückflüsse und dgl.				
314 51-4 922	Rückzahlbare Ablieferungen des Grundstocks der allgemeinen Landesverwaltung (Privatisierungserlöse) nach Art. 9 Abs. 1 HG 2011/2012	A 145.000,0 B -145.000,0	---	A --- B	---
314 52-3 922	Rückzahlbare Ablieferungen des Grundstocks der allgemeinen Landesverwaltung (Privatisierungserlöse) nach Art. 9 Abs. 2 HG 2011/2012 zur Finanzierung des Programms „Aufbruch Bayern“ <i>Vermerk unverändert</i>	A 232.790,0 B -232.790,0	---	A 582.460,0 B	582.460,0
	Summe der Titelgruppe	A 377.790,0 B -377.790,0	-	A 582.460,0 B -	582.460,0
	Gesamteinnahmen	A 438.489,4 B -377.790,0	60.699,4	A 616.556,9 B -	616.556,9

Erläuterungen**Zu 13 04/314 51 und 314 52**

Aufgrund der Erstattung aus der Abrechnung der Umsatzsteuerverteilung und des Länderfinanzausgleichs für 2010 in Höhe von insgesamt rd. 433 Mio. € kann im Haushaltsjahr 2011 auf die im Entwurf des Haushaltsgesetzes 2011/2012 vorgesehenen rückzahlbaren Grundstock-ablieferungen (Art. 9 Abs. 1 und 2 HG) verzichtet werden.
Vgl. Erläuterung zu Kap. 13 01 Tit. 015 01.

13 04 Allgemeines Grundvermögen

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	27.083,3	27.083,3	A	27.093,3	27.093,3
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	3,6	3,6	A	3,6	3,6
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	411.402,5	33.612,5	A	589.460,0	589.460,0
		B	-377.790,0		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	438.489,4	60.699,4	A	616.556,9	616.556,9
		B	-377.790,0		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	21.273,5	21.273,5	A	21.273,5	21.273,5
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	649,3	649,3	A	726,3	726,3
		B	-		B	-	
	Baumaßnahmen	A	3.528,8	3.528,8	A	2.360,0	2.360,0
		B	-		B	-	
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	66.936,0	66.936,0	A	66.254,0	66.254,0
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	92.387,6	92.387,6	A	90.613,8	90.613,8
		B	-		B	-	
	Zuschuss			31.688,2			
		B	377.790,0				
	Überschuss	A	346.101,8		A	525.943,1	525.943,1

13 05 Wirtschaftliche Unternehmen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2011 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2011 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2012 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2012 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
683 03-3 859	Laufende Zuschüsse an die Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH <i>Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, Anteile anderer öffentlicher Mitgesellschafter an dem nicht durch private Mittel gedeckten Finanzierungsbedarf vorzufinanzieren.</i>	A B	1.000,0	1.000,0	A B	500,0	500,0
	Gesamtausgaben	A B	48.259,0 -	48.259,0	A B	19.624,0 -	19.624,0
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	307.672,8 -	307.672,8	A B	276.767,8 -	276.767,8
	Gesamteinnahmen	A B	307.672,8 -	307.672,8	A B	276.767,8 -	276.767,8
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	38.861,1 -	38.861,1	A B	12.891,1 -	12.891,1
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	9.397,9 -	9.397,9	A B	6.732,9 -	6.732,9
	Gesamtausgaben	A B	48.259,0 -	48.259,0	A B	19.624,0 -	19.624,0
	Überschuss	A	259.413,8	259.413,8	A	257.143,8	257.143,8

13 05

Wirtschaftliche Unternehmen

Erläuterungen

Zu 13 05/683 03

Zur Liquiditätssicherung der Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH ist es voraussichtlich notwendig, für nicht oder nicht rechtzeitig realisierte Sponsorengelder kurzfristig den Finanzierungsanteil der anderen kommunalen Mitgesellschafter am Liquiditätsdefizit zu übernehmen. Hierfür soll mit dem neu ausgebrachten Haushaltsvermerk die Ermächtigung geschaffen werden.

13 31 Klimaprogramm Bayern 2020

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2011 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2011 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2012 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2012 Tsd. €
		3	4	5	6
	Ausgaben				
	Titelgruppen				
	70 Förderprogramm: Minderung der CO2-Emissionen bei KMU				
	<i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten TG 76 und 78. Mittelbewirtschaftung durch Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit.</i>				
892 70-4 332	Einmalige Zinsverbilligungszuschüsse für Darlehen für Maßnahmen zur Minderung von CO2-Emissionen bei KMU <i>Vermerk unverändert</i>	A 2.300,0 B	2.300,0	A --- B	---
	Summe der Titelgruppe	A 2.300,0 B -	2.300,0	A 0,0 B -	-
	Gesamtausgaben	A 87.175,9 B -	87.175,9	A 8.962,0 B -	8.962,0

Erläuterungen**Zu 13 31/70, 76 und 78**

Die bei Kap. 13 31 TG 70 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden nicht voll benötigt. Stattdessen sollen die frei werdenden Mittel für das Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020 (Kap. 13 31 TG 76) und für Maßnahmen im Rahmen der Moornaturierung (Kap. 13 31 TG 78) verwendet werden. Dafür soll ein Deckungsvermerk aufgenommen werden.

13 31 Klimaprogramm Bayern 2020

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	25,9	25,9	A	0,0	-
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	87.150,0	87.150,0	A	8.962,0	8.962,0
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	87.175,9	87.175,9	A	8.962,0	8.962,0
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	3.200,0	3.200,0	A	0,0	-
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	19.300,9	19.300,9	A	0,0	-
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	1.200,0	1.200,0	A	0,0	-
		B	-		B	-	
	Baumaßnahmen	A	38.805,0	38.805,0	A	0,0	-
		B	-		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	900,0	900,0	A	0,0	-
		B	-		B	-	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	23.770,0	23.770,0	A	8.962,0	8.962,0
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	87.175,9	87.175,9	A	8.962,0	8.962,0
		B	-		B	-	

13 44 Strukturprogramm Nürnberg-Fürth

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2011 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2011 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2012 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2012 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Titelgruppen						
	51 - 52 Energiecampus Nürnberg						
	<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
	<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 119 51.</i>						
	<i>Mittelbewirtschaftung durch Staatsministerien für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie sowie für Wissenschaft, Forschung und Kunst.</i>						
<u>422 51-9</u> 131	Bezüge der planmäßigen Beamten	A B		---	A B		---
	Summe der Titelgruppe	A B	10.000,0 -	10.000,0	A B	10.000,0 -	10.000,0
	58 - 59 Ausbau der angewandten Forschung						
	<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig.</i>						
	<i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei 119 58.</i>						
	<i>Mittelbewirtschaftung durch Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.</i>						
<u>428 59-5</u> 169	Entgelte der Arbeitnehmer	A B		---	A B		---
<u>511 59-3</u> 169	Geschäftsbedarf und sonstige Gebrauchsgegenstände	A B		---	A B		---
<u>517 59-7</u> 169	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	A B		---	A B		---
<u>518 59-6</u> 169	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	A B		---	A B		---
<u>547 59-1</u> 169	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B		---	A B		---
686 59-2 169	Zuschüsse und sonstige Ausgaben an die Neue Materialien Fürth GmbH zur Finanzierung von Betriebskosten im Rahmen des Vorhabens VerTec	A B	500,0	500,0	A B	600,0	600,0
<u>701 59-3</u> 169	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	A B		0,0	A B		---
<u>812 59-9</u> 169	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von sonstigen beweglichen Gegenständen	A B		---	A B		---
<u>821 59-8</u> 169	Erwerb von Büro- und Laborflächen einschließlich dazugehöriger Infrastruktur	A B		---	A B		---

13 44

Strukturprogramm Nürnberg-Fürth**Erläuterungen****Zu 13 44/422 51**

Die Realisierung des Konzepts des Energiecampus Nürnberg erfordert die Beschäftigung von hoch qualifiziertem Lehr- und Forschungspersonal, deren Gewinnung mit nur befristeten Arbeitsverhältnissen aufgrund der momentanen Nachfrage im Bereich der Spitzenwissenschaftler erheblich erschwert wird.

Die Hochschulleitungen der am Energiecampus beteiligten Hochschulen haben die Übernahme von unbefristet beschäftigtem Personal auf hochschuleigene Stellen nach Ablauf der Förderung zugesichert. Vgl. auch Art. 6 Abs. 6 S. 1 HG 2011/2012.

Zu 13 44/58

Das bisher unter dem Arbeitstitel "Funktionale Partikelsysteme - Nanopartikelzentrum Fürth" firmierende Vorhaben wurde zwischenzeitlich konkretisiert. Der endgültige Titel lautet "Anwenderzentrum für Neue Materialien und Prozesstechnik für Komponenten in der Verfahrenstechnik - VerTec".

Im Rahmen des Vorhabens VerTec sollen innovative und technisch überlegene Apparate für die Verfahrenstechnik entwickelt werden. Dabei sollen auch neuartige Materialien und Verfahren (u. a. Einsatz von funktionalen Partikeln im Nanomaßstab) entworfen werden, welche die wirtschaftliche Herstellung dieser zumeist in kleinen Stückzahlen produzierten Apparate gewährleisten.

Ein spezieller Aspekt des Vorhabens ist das Zusammenwirken sehr unterschiedlicher Forschungsfelder sowie die Verknüpfung zwischen der Universität Erlangen-Nürnberg (FAU), dem an dieser Universität angesiedelten DFG-Exzellenzcluster "Engineering of Advanced Materials" und der auf die praktischen Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichteten Neue Materialien Fürth GmbH (NMF). Räumlich und personell sind die FAU und die NMF über das Zentralinstitut für Neue Materialien und Prozesstechnik der FAU (ZMP) bereits heute eng verbunden.

Im Zuge der Detailplanungen hat sich gezeigt, dass bis zur Erreichung eines marktnahen Entwicklungsstandes umfangreiche Vorlauforschung betrieben werden muss. Vor diesem Hintergrund soll entgegen der ursprünglichen Planung die erste Phase und der Großteil des Vorhabens vom ZMP und damit von der FAU bearbeitet werden.

Die Verwertung der Forschungsergebnisse sowie die Ausbildung von künftigem Industriepersonal sollen dann durch die NMF erfolgen.

Die Mittelverteilung erfolgt im Haushaltsvollzug.

13 44 Strukturprogramm Nürnberg-Fürth

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €	B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €
1	2		3	4		5	6
893 59-1 169	Zuschüsse und sonstige Ausgaben an die Besitz- und Immobilienverwaltungsgesellschaft Kompetenzzentrum Neue Materialien mbH und die Neue Materialien Fürth GmbH für Investitionen im Rahmen des Vorhabens VerTec	A	2.000,0	2.000,0	A	2.000,0	2.000,0
		B			B		
	Summe der Titelgruppe	A	5.900,0	5.900,0	A	5.500,0	5.500,0
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	25.200,0	25.200,0	A	24.200,0	24.200,0
		B	-		B	-	
	Abschluss						
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	18.200,0	18.200,0	A	17.200,0	17.200,0
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	18.200,0	18.200,0	A	17.200,0	17.200,0
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	400,0	400,0	A	400,0	400,0
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	500,0	500,0	A	500,0	500,0
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	6.400,0	6.400,0	A	6.500,0	6.500,0
		B	-		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	900,0	900,0	A	900,0	900,0
		B	-		B	-	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	17.000,0	17.000,0	A	15.900,0	15.900,0
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	25.200,0	25.200,0	A	24.200,0	24.200,0
		B	-		B	-	
	Zuschuss	A	7.000,0	7.000,0	A	7.000,0	7.000,0

Epl. 13 Epl. Allgemeine Finanzverwaltung

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2011	Neuer Betrag 2011	A	Bisheriger Betrag 2012	Neuer Betrag 2012
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 13						
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A 31.013.218,3 B +146.400,0	31.159.618,3	A 32.806.321,9 B -	32.806.321,9		
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A 677.848,7 B -	677.848,7	A 600.186,7 B -	600.186,7		
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 1.704.059,8 B -	1.704.059,8	A 1.706.562,2 B -	1.706.562,2		
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A 2.700.566,5 B -377.790,0	2.322.776,5	A 1.950.920,3 B -	1.950.920,3		
	Gesamteinnahmen	A 36.095.693,3 B -231.390,0	35.864.303,3	A 37.063.991,1 B -	37.063.991,1		
	Personalausgaben	A 256.658,3 B -	256.658,3	A 222.601,6 B -	222.601,6		
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 3.450,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 3.450,0</i>	A 82.343,3 B -	82.343,3	A 48.911,4 B -	48.911,4		
	Ausgaben für den Schuldendienst	A 1.184.300,0 B -	1.184.300,0	A 1.284.800,0 B -	1.284.800,0		
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 6.300,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 6.330,0</i>	A 9.325.635,4 B -286.400,0	9.039.235,4	A 9.496.306,1 B -	9.496.306,1		
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 7.900,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 5.400,0</i>	A 289.549,0 B +25.000,0	314.549,0	A 84.475,2 B -	84.475,2		
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 3.300,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 2.000,0</i>	A 21.767,7 B -	21.767,7	A 21.742,7 B -	21.742,7		
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2011 Tsd. € 209.800,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2012 Tsd. € 209.800,0</i>	A 1.824.622,5 B -	1.824.622,5	A 1.719.778,0 B -	1.719.778,0		
	Besondere Finanzierungsausgaben	A -50.897,9 B -	-50.897,9	A -42.771,1 B -	-42.771,1		
	Gesamtausgaben	A 12.933.978,3 B -261.400,0	12.672.578,3	A 12.835.843,9 B -	12.835.843,9		
	Überschuss	A 23.161.715,0 B 30.010,0	23.191.725,0	A 24.228.147,2 B -	24.228.147,2		

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/6880, 16/8201

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD

Drs. 16/7840, 16/8201

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012) (Drs. 16/6880)

hier: Aufhebung der allgemeinen Wiederbesetzungssperre nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2

Erhöhung der Stellen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten nach Art. 6c

Aufhebung des Art. 15 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes - Eingangsbesoldung)

Art. 16 (Änderung der Jubiläumszuwendungsverordnung)

Art. 17 (Änderung der Wegstreckenentschädigungsverordnung)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FW)

Drs. 16/7841, 16/8201

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012) (Drs. 16/6880)

hier: Rücknahme der Verlängerung der Wiederbesetzungssperre

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FW)

Drs. 16/7842, 16/8201

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012) (Drs. 16/6880)

hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FW)

Drs. 16/7843, 16/8201

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012) (Drs. 16/6880)

hier: Rücknahme der Sparmaßnahmen im Personalbereich

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FW)

Drs. 16/7844, 16/8201

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012) (Drs. 16/6880)

hier: Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 16/7845, 16/8201

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates

**Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
(Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012)
(Drs. 16/6880)**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 1 (Feststellung des Haushaltsplans) erhält folgende Fassung:

„Der diesem Gesetz als Anlage beigelegte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 wird in Einnahmen und Ausgaben auf

42 491 134 500 € für das Haushaltsjahr 2011 und
43 115 855 000 € für das Haushaltsjahr 2012
festgestellt.“

2. Art. 5 (Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung) wird wie folgt geändert:

- a) Es wird folgende Nr. 1 eingefügt:

„1. Art. 10 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die Staatsregierung unterrichtet den Landtag rechtzeitig über Staatsverträge oder sonstige Vereinbarungen mit dem Bund oder einem Land, soweit sie erhebliche haushaltsmäßige Auswirkungen haben.“

- b) Die bisherigen Nrn. 1 und 2 werden Nrn. 2 und 3.“

3. Art. 6 (Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung) wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 6 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Im Rahmen des Bayerischen Genomforschungsnetzwerks, des Biosystemforschungsnetzwerks einschließlich Kernzentrum, des Bayerischen Forschungsnetzwerks Immuntherapie, des Professorinnenprogramms, des Energiecampus Nürnberg, des Wettbewerbs „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“, des „gemeinsamen Programms des Bundes und der Länder für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre“ und zur Einrichtung von Projekten in den drei Förderlinien im Rahmen der Exzellenzinitiative wird das Staatsministerium der Finanzen zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer ermächtigt.“

- b) Es werden folgende Abs. 11 bis 13 angefügt:

„(11) Für den Fall der Einrichtung eines verselbstständigten völlig unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht wird das Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, bis zu 16 (Plan-) Stellen kostenneutral innerhalb des Einzelplans 03A umzuwandeln und umzusetzen; dabei können Amtsbezeichnungen, Wertigkeiten und Stellenzahl kostenneutral verändert werden.

(12) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zum Ausbau der bayerischen Hochschulen zur Bewältigung der steigenden Studierendenzahlen zulasten der bei Kapitel 13 30 Titelgruppe 56 und bei Kapitel 15 06 Titelgruppe 86 in das Haushaltsjahr 2011 übertragenen Ausgabereste sowie zulasten der bei Kap. 15 06 Tit. 231 02 zusätzlich eingehenden Bundesmittel zusätzliche (Plan-) Stellen zu schaffen. ²Die Stellen erhalten den Vermerk „kw mit Auslaufen der Finanzierung“.

(13) ¹Im Haushaltsjahr 2011 wird in Kap. 06 01 Tit. 422 01 eine Stelle der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin) nach BesGr B 4 (CIO-Stabsstellenleiter, CIO-Stabsstellenleiterin in einer obersten Dienstbehörde) kostenneutral gehoben. ²Zur Gegenfinanzierung der Hebung wird in Kap. 06 04 Tit. 422 01 Buchst. b (Automationsbereich) eine 0,08 Stelle der BesGr A10 (Regierungsoberspektoren, Regierungsoberinspektorinnen) eingespart.“

4. Art. 9 (Grundstockmaßnahmen) wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird aufgehoben.

- b) Die Absatzbezeichnung im bisherigen Abs. 2 entfällt; Satz 1 wird wie folgt geändert:

„¹Aus dem Grundstock der allgemeinen Landesverwaltung erfolgt im Haushaltsjahr 2012 eine rückzahlbare Ablieferung an den Haushalt bis zur Höhe von 582 460 000 €.“

5. Art. 13 (Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes) wird wie folgt geändert:

- a) Die Nrn. 1 und 2 werden aufgehoben.

- b) Die bisherigen Nrn. 3 und 4 werden Nrn. 1 und 2.

6. Art. 15 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) wird wie folgt geändert:
- Nr. 2 wird wie folgt geändert:
In Art. 109 Abs. 1 Sätze 1 und 2 werden jeweils nach dem Wort „Dienstverhältnisses“ die Worte „für höchstens 18 Monate, längstens“ und nach der Zahl „2013“ ein Komma eingefügt.
 - Es wird folgende Nr. 3 angefügt:
„3. In Anlage 1 - Besoldungsordnungen - wird in der Besoldungsgruppe B 4 vor dem Amt „Direktor, Direktorin bei der Bayerischen Versicherungskammer/Bayerischen Versorgungskammer“ das Amt „CIO-Stabsstellenleiter, CIO-Stabsstellenleiterin in einer obersten Dienstbehörde“ eingefügt.“
7. Art. 16 (Änderung der Jubiläumszuwendungsverordnung) wird aufgehoben.
8. Art. 17 (Änderung der Wegstreckenentschädigungsverordnung) wird aufgehoben.
9. Die bisherigen Art. 18 bis 20 werden Art. 16 bis 18.
10. Der bisherige Art. 21 (Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes) wird Art. 19 und wie folgt geändert:
- Nr. 2 (Art. 32 BaySchFG) wird wie folgt geändert:
 - In Abs. 1 Satz 1 wird die Zahl „1 510“ durch die Zahl „1 624“ ersetzt.
 - Abs. 1 Satz 4 erhält folgende Fassung:
 „⁴Der in Satz 1 genannte pauschale Zuschussbetrag wird bei Bedarf mit Wirkung zum 1. August 2013 angepasst und erhöht sich in den Folgejahren jeweils zum Schuljahresbeginn entsprechend der Veränderung des Verbraucherpreisindex in Bayern des Vorjahres; das Staatsministerium für Unterricht und Kultus gibt jährlich den angepassten Zuschussbetrag bekannt.“
 - Es wird folgende Nr. 4 angefügt:
 „4. In Art. 47 Abs. 3 wird die Zahl „75“ durch die Zahl „87,50“ ersetzt.“
11. Die bisherigen Art. 22 und 23 werden Art. 20 und 21.

12. Der bisherige Art. 24 wird Art. 22 und wie folgt geändert:
- In Abs. 2 Nr. 1 werden die Worte „Art. 20“ durch die Worte „Art. 18“ ersetzt.
 - In Abs. 2 Nr. 2 werden die Worte „Art. 13 Nrn. 1 und 2,“ gestrichen und die Zahl „18“ durch die Zahl „16“ ersetzt.
 - In Abs. 2 Nr. 3 werden die Worte „Art. 21 und 22“ durch die Worte „Art. 19 Nrn. 1 bis 3 und Art. 20“ ersetzt sowie das Wort „und“ angefügt.
 - Es wird folgende Nr. 4 eingefügt:
 „4. Art. 19 Nr. 4 am 1. August 2012“.
13. Der bisherige Art. 25 wird Art. 23.
14. Der bisherige Art. 26 wird Art. 24 und erhält folgende Fassung:

**„Art. 24
Übergangsbestimmungen zu Art. 19**

(1)¹Die Absenkung der während der Karenzzeit gewährten Leistungen in Art. 31 Abs. 6 Satz 2 BaySchFG auf 65 v.H. gilt nicht für private Volksschulen, die mit Wirkung vom 1. August 2011 oder früher genehmigt wurden.

²Für die privaten Volksschulen, bei denen die staatlichen Leistungen je Schülerin oder Schüler zum Schulaufwand (ausgenommen Baumaßnahmen) im Durchschnitt der Jahre 2008, 2009 und 2010 über dem pauschalen Zuschussbetrag nach Art. 32 Abs. 1 Satz 1 BaySchFG liegen, wird übergangsweise bis einschließlich des Schuljahres 2018/2019 eine zusätzliche Förderung zum Schulaufwand nach folgender Tabelle gewährt:

Schuljahr	Förderquote für den Betrag, um den der Durchschnitt der staatlichen Leistungen der Jahre 2008, 2009 und 2010 den pauschalen Zuschussbetrag nach Art. 32 Abs. 1 Satz 1 übersteigt
2011/2012	87,5 v.H.
2012/2013	75 v.H.
2013/2014	62,5 v.H.
2014/2015	50 v.H.
2015/2016	37,5 v.H.

2016/2017	25 v.H.
2017/2018	12,5 v.H.
2018/2019	0 v.H.

³Für die privaten Volksschulen, bei denen die staatlichen Leistungen je Schülerin oder Schüler zum Schulaufwand (ausgenommen Baumaßnahmen) im Durchschnitt der Jahre 2008, 2009 und 2010 unter dem pauschalen Zuschussbetrag nach Art. 32 Abs. 1 Satz 1 BaySchFG liegen, erfolgt für eine Übergangszeit bis einschließlich des Schuljahres 2018/2019 eine stufenweise Erhöhung der staatlichen Leistungen bis zum Erreichen des Pauschalbetrags nach folgender Tabelle:

Schuljahr	Förderquote für den Betrag, um den der Durchschnitt der staatlichen Leistungen der Jahre 2008, 2009 und 2010 unter dem pauschalen Zuschussbetrag nach Art. 32 Abs. 1 Satz 1 liegt
2011/2012	12,5 v.H.
2012/2013	25 v.H.
2013/2014	37,5 v.H.
2014/2015	50 v.H.
2015/2016	62,5 v.H.
2016/2017	75 v.H.
2017/2018	87,5 v.H.
2018/2019	100 v.H.

⁴Für die staatliche Förderung von Baumaßnahmen für private Volksschulen, bei denen die für den Erlass des Förderbescheids notwendigen und vollständigen Unterlagen vor dem 1. August 2011 der Regierung vorliegen, findet Art. 32 BaySchFG in der bis zum 31. Juli 2011 geltenden Fassung Anwendung.

(2) Für die Zeit vom 1. Januar 2011 bis einschließlich 31. Juli 2012 gilt Art. 47 Abs. 3 BaySchFG in folgender Fassung:

'(3) Für Schülerinnen und Schüler staatlich anerkannter Realschulen, Gymnasien, beruflicher Schulen und Schulen des Zweiten Bildungswegs ersetzt der Staat den Erziehungsbe-

rechtigten oder volljährigen Schülerinnen und Schülern das Schulgeld bis zum Betrag von 80 € je Unterrichtsmonat.“

Berichterstatter zu 1:	Hans Herold
Berichterstatter zu 2:	Volkmar Halbleib
Berichterstatter zu 3-6:	Mannfred Pointner
Berichterstatterin zu 7:	Claudia Stamm
Mitberichterstatter zu 1:	Volkmar Halbleib
Mitberichterstatter zu 2-7:	Hans Herold

II. Bericht:

- Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.
Zum Gesetzentwurf wurden die Änderungsanträge Drs. 16/7840, Drs. 16/7841, Drs. 16/7842, Drs. 16/7843, Drs. 16/7844 und Drs. 16/7845 eingereicht.
- Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/7840, Drs. 16/7841, Drs. 16/7842, Drs. 16/7843, Drs. 16/7844 und Drs. 16/7845 in seiner 116. Sitzung am 24. März 2011 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung

mit den in I. enthaltenen Änderungen
Z u s t i m m u n g empfohlen.

Der Änderungsantrag Drs. 16/7840 wurde wie folgt behandelt:

- Hinsichtlich Nr. 3 und teilweise Nr. 4 hat der Ausschuss einstimmig Z u s t i m m u n g empfohlen. Durch die Aufnahme in I. hat Nr. 3 und teilweise Nr. 4 ihre Erledigung gefunden.
- Im Übrigen wurde mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
A b l e h n u n g empfohlen.

Der Änderungsantrag Drs. 16/7843 wurde wie folgt behandelt:

- a) Hinsichtlich Nr. 1 wurde eine geänderte Fassung zur Abstimmung gestellt. Soweit sie Art. 16 und 17 betrifft wurde einstimmig **Z u s t i m m u n g** empfohlen. Durch die teilweise Aufnahme in I. hat Nr. 1 soweit sie die Art. 16 und 17 betrifft seine Erledigung gefunden.

- b) Im Übrigen hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Der Änderungsantrag Drs. 16/7845 wurde wie folgt behandelt:

- a) Hinsichtlich der Nrn. 4 und 5 hat der Ausschuss einstimmig **Z u s t i m m u n g** empfohlen. Durch die Aufnahme in I. haben die Nrn. 4 und 5 ihre Erledigung gefunden.

- b) Im Übrigen hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/7844 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/7841 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/7842 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/7840, Drs. 16/7841, Drs. 16/7842, Drs. 16/7843, Drs. 16/7844 und Drs. 16/7845 in seiner 53. Sitzung am 31. März 2011 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses **z u g e s t i m m t**.

Der Änderungsantrag Drs. 16/7840 wurde wie folgt behandelt:

- a) Hinsichtlich Nr. 3 und teilweise Nr. 4 hat der Ausschuss einstimmig **Z u s t i m m u n g** empfohlen. Durch die Aufnahme in I. hat Nr. 3 und teilweise Nr. 4 ihre Erledigung gefunden.

- b) Im Übrigen wurde mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Der Änderungsantrag Drs. 16/7843 wurde wie folgt behandelt:

- a) Hinsichtlich Nr. 1 wurde eine geänderte Fassung zur Abstimmung gestellt. Soweit sie Art. 16 und 17 betrifft wurde einstimmig **Z u s t i m m u n g** empfohlen. Durch die teilweise Aufnahme in I. hat Nr. 1 soweit sie die Art. 16 und 17 betrifft seine Erledigung gefunden.

- b) Im Übrigen hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Der Änderungsantrag Drs. 16/7845 wurde wie folgt behandelt:

- a) Hinsichtlich der Nrn. 4 und 5 hat der Ausschuss einstimmig **Z u s t i m m u n g** empfohlen.
Durch die Aufnahme in I. haben die Nrn. 4 und 5 ihre Erledigung gefunden.

- b) Im Übrigen hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/7844 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/7841 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Ablehnung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/7842 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags**
Drs. 16/7722

Dem Einzelplan 01 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Dem Einzelplan 02 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/7328) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 03A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern

Dem Einzelplan 03A wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/7586) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 03B
- Staatsbauverwaltung -
Drs. 16/7587**

Dem Einzelplan 03B wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten
Rechnungshofes
Drs. 16/7721**

Dem Einzelplan 11 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Harald Schneider

Abg. Peter Winter

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Susanna Tausendfreund

Abg. Dr. Andreas Fischer

Abg. Peter Meyer

Abg. Josef Miller

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Ludwig Wörner

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Christine Kamm

Abg. Christian Meißner

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 4 und 5 auf:

Haushaltsplan 2011/2012;

**Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums
des Innern**

hierzu:

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7268 mit 16/7273 und 16/7275)

und

Änderungsanträge

der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7329 und 16/7330)

und

Änderungsanträge

**der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7345 mit 16/7347 und
16/7349 mit 16/7359)**

und

Haushaltsplan 2011/2012;

**Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums
des Innern - Staatsbauverwaltung -**

hierzu:

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7276 mit 16/7282)

und

Änderungsantrag

der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 16/7331)

und

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7360 mit 16/7368)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 30 Minuten, auf die SPD-Fraktion 18 Minuten, auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP jeweils 14 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Es kann bis zu 30 Minuten geredet werden, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Wenn die Staatsregierung länger spricht, ändert sich natürlich auch die Redezeit der Fraktionen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass die SPD-Fraktion beantragt hat, dass über ihre Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7277 und 7280 einzeln in namentlicher Form abgestimmt wird.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als Erster hat Herr Staatsminister Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich freue mich, dass der Bayerische Landtag heute die Abschlussberatungen über die Einzelpläne 03 A und 03 B durchführen kann. Das sind sehr gute Grundlagen dafür, dass in diesem und im kommenden Jahr die ausgezeichneten Bilanzen, die wir sowohl bei der inneren Sicherheit als auch beim Bauen für Bayerns Zukunft haben, so fortgeführt werden können; denn wir produzieren Sicherheit für die Menschen in Bayern. Wir bieten eine moderne, bürgernahe Verwaltung und bauen für Bayerns Zukunft in Stadt und Land.

Der Ministerpräsident hat in seiner heutigen Haushaltsrede bereits deutlich gemacht, dass Bayern das sicherste aller Bundesländer ist. Die Menschen in Bayern können sicherer leben als anderswo. Dafür schaffen wir die richtigen politischen Rahmenbedingungen. Das gilt seit vielen Jahren für die Mehrheit des Bayerischen Landtags. Dafür müssen die richtigen sicherheits- und rechtspolitischen Rahmenbedingungen gesetzt werden, und dazu muss natürlich auch die richtige personelle und technische Ausstattung zur inneren Sicherheit kommen.

Deshalb ist es wichtig, in Bayern eine gut ausgestattete starke Polizei zu haben. In den letzten beiden Jahren haben wir - das ist eine große Errungenschaft der Mehrheit in diesem Hohen Hause - 1.000 zusätzliche Stellen für die Polizei bewilligt. Das setzt sich nun in diesem Doppelhaushalt fort, indem rechtzeitig die entsprechenden Stellen wieder bewilligt werden, damit in den Jahren 2012/2013 in zwei Schritten die versprochene Arbeitszeitverkürzung für die Polizei umgesetzt werden kann.

Im Ergebnis bedeutet das, dass die bayerische Polizei im Jahre 2012 rund 1.800 Mitarbeiter mehr haben wird als Ende 2008. Diese Situation kann sich sehen lassen. Wir brauchen sie angesichts dessen, dass einerseits in Bayern eine leicht anwachsende Bevölkerungszahl zu registrieren ist und andererseits die Bedrohung durch Kriminalität nicht geringer wird.

Weil wir eine hoch engagierte, gute Polizei haben, ist die Kriminalität in Bayern in den letzten Jahren trotz manch anderer Entwicklungen in vielen Teilen Europas nicht gewachsen, sondern vielmehr gesunken. Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Kolleginnen und Kollegen der bayerischen Polizei einmal mehr herzlich für ihren engagierten Einsatz bedanken. Wir können in Bayern nur deshalb sicherer leben als anderswo, weil wir eine so großartig arbeitende Polizei haben.

(Beifall bei der CSU, der FDP und der SPD)

Im Übrigen belegen viele aktuelle Umfragen, dass die ganz große Mehrheit der bayerischen Bevölkerung ein großes Vertrauen in unsere Polizei hat. Unsere Polizei ist ge-

tragen von diesem Vertrauen der Menschen in unserem Lande. Umso mehr müssen wir konsequent einschreiten, wenn einige wenige gelegentlich gewalttätig werden. Wir beobachten durchaus eine besorgniserregende Zunahme von Gewalt auch gegen Polizeibeamte. Das haben wir auch auf Bundesebene zur Sprache gebracht. Ich bin sehr dankbar dafür, dass es jetzt auf Bundesebene in der Koalition Einigkeit darüber gibt, dass Gewalttaten gegen Polizeibeamte insgesamt härter bestraft werden müssen. Wir müssen deutlich machen: Polizeibeamte stehen dafür, gleiches Recht für alle durchzusetzen. Sie sorgen dafür, dass es kein Faustrecht in unserem demokratischen Rechtsstaat gibt oder das Recht des Stärkeren, sondern gleiches Recht für alle. Polizeibeamte sorgen dafür, gegebenenfalls das Recht des kleineren Mannes gegenüber dem stärkeren durchzusetzen. Deshalb muss es ein Tabu sein, gegen Polizeibeamte Gewalt zu verüben. Wir verurteilen das nachdrücklich und fordern einen besseren Strafrechtsschutz für Polizeibeamte, die sich solchen Attacken ausgesetzt sehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zur Sicherheit in unserem Lande gehören auch der Rettungsdienst, der Katastrophenschutz und unsere Feuerwehren. Dort geben wir vonseiten des Staates die entsprechende materielle und technische Unterstützung. Wir helfen den Kommunen bei einer guten Ausstattung unserer Feuerwehren. Der Kern unserer Feuerwehren wird gebildet - abgesehen von den wenigen Berufsfeuerwehren, die wir haben und die gute Arbeit leisten - von einem großartigen ehrenamtlichen Engagement in unserem Lande. Wir haben 330.000 freiwillige Feuerwehrleute in Bayern und noch einmal rund 110.000 Ehrenamtliche, die beim Roten Kreuz, beim Malteser Hilfsdienst, bei den Johannitern, beim Arbeiter-Samariter-Bund, beim Technischen Hilfswerk und in anderen Rettungsorganisationen aktiv sind. Das sind 440.000 Männer und Frauen, die sich ehrenamtlich für andere engagieren und wenn Not am Mann ist, auch ihre eigene Gesundheit aufs Spiel setzen, um anderen Menschen zu helfen und andere Menschen zu retten. Das ist eine wesentliche Säule der inneren Sicherheit in unserem Land. Ich möchte auch diesen Männern und Frauen herzlich danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben in diesem Staatshaushalt die Grundlagen dafür gelegt, dass es auch weiterhin eine solide, bürgernahe Verwaltung gibt. Ich weiß, dass über die Bürokratie in unserem Lande gern gelästert wird. Wir sind alle bemüht, nach besten Kräften unnötige Bürokratie weiter zu reduzieren. Ich glaube, wenn man sich weltweit umschaut und Länder erlebt, in denen die Staatsverwaltung nicht funktioniert, dann wissen viele Bürger und übrigens auch viele Wirtschaftsunternehmen durchaus zu schätzen, was sie an einer solide arbeitenden, zuverlässigen und nicht korrupten Verwaltung haben. Wir haben eine der besten Verwaltungen weit und breit. Das sage ich ganz bewusst, und dieser Haushalt bietet auch dafür eine gute Grundlage.

Ich möchte an dieser Stelle unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Landratsämtern und Regierungen und auch in all unseren Ämtern wie beispielsweise den Straßenbauämtern oder den Bauverwaltungen herzlich danken, also unter anderem denjenigen, die bei minus 15 Grad im Winter Straßen räumen, damit wir diese Straßen einigermaßen sicher benutzen können. Bis hin zu den Leitern großer Behörden sage ich allen ein herzliches Dankeschön. Die Menschen in unserem Lande können sich darauf verlassen, dass wir eine solide innere und Bauverwaltung in unserem Lande haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was das Bauen in unserem Lande angeht, will ich nur folgende zwei Themenbereiche ansprechen. Es ist wichtig, dass wir für die Zukunft investieren. Das gilt sowohl im Hochbau wie auch im Tiefbau. Mit der Städtebauförderung haben wir ein Instrument, mit dem wir vielen Orten - nicht nur den Großstädten, sondern auch 75 % der Mittelstädte und vielen Orten im ländlichen Raum - gezielt helfen können, die neu investieren wollen, die neue Impulse brauchen, um ihre Innenstädte neu herzurichten, um Leben auch in den Innenstädten weiter stattfinden zu lassen. Wir haben dafür mit der Städtebauförderung ein hervorragendes Instrument.

Ich habe es sehr bedauert, dass der Bund die Mittel nun etwas gekürzt hat. Ursprünglich wollte der Bund noch weiter kürzen, aber durch gemeinsamen Einsatz haben wir das in Berlin Gott sei Dank verhindern können.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Deshalb haben wir jetzt eine solide Grundlage, die Städtebauförderung auf vernünftigem Niveau in der Kofinanzierung von Bund- und Landesmitteln weiterführen zu können.

Ich sehe aber auch, nachdem jetzt neue Rahmendaten vom Bundesfinanzminister veröffentlicht wurden, dass hier für 2012 ein neuer Versuch unternommen werden soll, die Mittel für die Städtebauförderung massiv zu kürzen. Dies wäre gerade für die wichtigen Fördermaßnahmen im ländlichen Raum ähnlich wie für wichtige Projekte in der einen oder anderen Großstadt sehr misslich; denn das geht von der Wohnsituation bis hin zu vielen Projekten in vielen kleinen Ortskernen und dergleichen. Das würde uns in der gezielten Förderung unserer Kommunen und deren Investitionstätigkeit gewaltig zurückwerfen. Deshalb müssen wir in den nächsten Monaten gemeinsam alles dafür tun, dass es zu einer solchen Kürzung der Städtebauförderung in Berlin nicht kommt. Da würde tatsächlich am falschen Platz gespart. Dagegen müssen wir gemeinsam angehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Kein Beifall bei der Opposition! - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Das habe ich doch sehr deutlich gesagt, lieber Kollege Halbleib.

Ein letztes Wort zum Staatsstraßenbau als ein Beispiel dafür, wo wir im ganzen Land investieren: Gute Verkehrswege sind eine Voraussetzung für ein vernünftiges Wirtschaftswachstum. Die Pendler brauchen vernünftige Verkehrswege, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen. Jeder mittelständische Betrieb braucht ebenso wie die Großindustrie vernünftige Verkehrswege, um seine Produkte befördern zu können, und wir

brauchen gute Verkehrswege auch für die Touristen, die wir gern in unserem Land begrüßen. Wir brauchen also in jeder Hinsicht gute, zuverlässige Verkehrswege.

Gleiches gilt für den ÖPNV. Wir werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten gewaltige Veränderungen in der Struktur unseres Straßenverkehrs bekommen. So setzen wir uns in Bayern zum Beispiel für mehr Elektromobilität ein. Sicherlich schon in zehn bis zwanzig Jahren werden ganz andere Pkw auf unserer Straße fahren als heute. Aber auch diese ganz anderen, modernen Pkw mit Elektromotor, die zum Beispiel wesentlich leiser sind, brauchen vernünftige Kommunalstraßen, Staatsstraßen und Bundesstraßen. Deshalb ist die Investition in ein gutes Straßennetz auch weiterhin ganz entscheidend für eine gute Perspektive, für eine gute Entwicklung aller Landesteile Bayerns. Deshalb müssen wir in diesen Bereich auch weiter investieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bedanke mich beim Hohen Haus und beim Haushaltsausschuss ganz herzlich dafür, dass es in den Schlussberatungen möglich war, gerade den Haushalt für Staatsstraßen noch einmal deutlich aufzustocken. Das geschieht nicht der Straßenbauverwaltung zuliebe, vielmehr geht es allein um die Zukunftschancen überall im Land. Anders gibt es keine vernünftige Zukunftsperspektive. Jedenfalls - das habe ich mit Freude festgestellt - sehen das die allermeisten Kollegen hier im Hohen Hause so. Nur die Fraktion der GRÜNEN hat beim Straßenbau nach wie vor große Probleme. Darum sind auch aus ihren Reihen die einzigen Kürzungs- und Umschichtungsanträge zu diesem Bereich gekommen.

(Alexander König (CSU): Sie fliegen wahrscheinlich!)

Die meisten anderen Kollegen im Hohen Haus waren sich einig: Es ist gut, wenn wir mehr Mittel für den Straßenbau zur Verfügung haben. Das ist ein ganz entscheidendes Stück Zukunftsinvestition - ich sage noch einmal: - in allen Landesteilen; denn es ist wichtig, dass wir in Bayern eine Entwicklung weiter unterstützen und fördern, die nicht nur auf das Wachstum in unseren Ballungsräumen, zum Beispiel in unserer Lan-

deshauptstadt München ausgerichtet ist, sondern die auch dafür sorgt, dass die Menschen in jedem Teil Bayerns, in jeder Region, weiterhin eine gute Zukunftsperspektive haben. Die verkehrliche Erreichbarkeit ist die allererste Voraussetzung hierfür.

(Beifall bei CSU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich ganz herzlich für die guten Beratungen. Ich bedanke mich beim Haushaltsausschuss, dem Vorsitzenden Georg Winter, dem stellvertretenden Vorsitzenden Volkmar Halbleib, ich bedanke mich bei unseren Berichterstattern Peter Winter, Josef Miller, Susann Biedefeld, Florian Ritter, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Eike Hallitzky und auch bei Herrn Prof. Dr. Georg Barfuß. Die Beratungen im Haushaltsausschuss waren insgesamt konstruktiv, auch wenn wir uns bei manchen Dingen, auf die ich jetzt nicht näher eingehen will, nicht in allen Punkten einigen konnten.

Der Haushaltsentwurf, wie er Ihnen heute vorliegt, ist eine gute Grundlage für ein solides Arbeiten, für die Sicherheit der Menschen in unserem Land und für wichtige Zukunftsinvestitionen in diesem und im nächsten Jahr. Deshalb bitte ich Sie herzlich um Ihre Zustimmung zu den Haushaltsplänen 03 A und 03 B.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Staatsminister Herrmann. Für die SPD-Fraktion bitte ich Herrn Schneider ans Pult. Bitte sehr.

Harald Schneider (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bayerns Polizei stand an der Spitze in Deutschland.

(Alexander König (CSU): Ach nein! - Thomas Kreuzer (CSU): Jetzt geht das Gejammere wieder los!)

- Das hat nichts mit Jammern zu tun. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Ich nehme eine Bestandsaufnahme vor.

(Alexander König (CSU): Die stammt von der Gewerkschaft der Polizei!)

Sie stand an der Spitze hinsichtlich der Bezahlung, hinsichtlich der Ausstattung, hinsichtlich des Personals und hinsichtlich des Aufklärungsergebnisses. - Die Betonung liegt auf "stand". Die Nullrunde für die Beamten in Bayern und die geplanten Kürzungen im Haushalt relativieren hier einiges. Während die Bundesländer Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz den Tarifabschluss 1 : 1 für ihre Beamten übernommen haben, verordnet die Staatsregierung ihren Beamten eine Nullrunde.

Gestern haben Sie, Herr Innenminister, die Kriminalstatistik veröffentlicht. Hier sind wir immerhin noch mit an der Spitze. Thüringen hat uns überflügelt. Die Anzahl der Straftaten hängt zum großen Teil auch mit dem Rückgang der Kontrolltätigkeit durch die Polizei zusammen, eben wegen des fehlenden Personals.

Ich will zunächst auf die Personalsituation der bayerischen Polizei eingehen. Wie eine Monstranz halten Sie ständig die 1.463 Neueinstellungen im Jahr 2010 hoch. Auch in diesem Jahr werden 1.300 Neueinstellungen vorgenommen. Das ist richtig, das ist notwendig, aber längst überfällig.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Um Jahre zu spät! - Alexander König (CSU): Sie finden immer noch ein Haar in der Suppe!)

Damit werden doch nur die Defizite der zurückliegenden Jahre aufgefangen.

(Beifall bei der SPD)

Der rigide Sparkurs von 2003 bis 2008 hat dazu geführt, dass viele Polizeidienststellen personell ausgeblutet sind.

(Zuruf von der CSU)

- Ich werde Ihnen Beispiele nennen. Es gibt viele Dienststellen in Bayern, die ohne Unterstützung von Einsatzzügen, ohne Bereitschaftspolizei und ohne Nachbarschafts-

hilfe schon längst zur Nachtzeit hätten schließen müssen. Dies ist die Situation, und da hilft auch kein Schönreden.

Die in den Jahren 2009 und 2010 eingestellten Anwärter kommen den Dienststellen des Einzeldienstes zum großen Teil erst 2012 zugute. So steigt die Belastung der Beamten immer mehr an, und dies nicht ohne Folgen. Im Schnitt sind nahezu 10 % der Beamten der Dienststellen nicht voll einsatzfähig. Werfe ich zum Beispiel einen Blick nach Niederbayern - ich könnte auch nach Oberfranken oder nach Oberbayern schauen -, dann sehe ich, dass die Polizei dort den höchsten Krankenstand aller Behörden im Bereich des Innenministeriums mit einer durchschnittlichen Krankheitsrate von 19,1 Tagen pro Jahr und Beamten hat. Die Polizeiinspektion Passau wird jeden Tag von den Dienststellen Freyung, Grafenau, Hauzenberg und Waldkirchen unterstützt. Sonst wäre das Licht dort schon längst ausgegangen.

(Beifall bei der SPD)

In Niederbayern sind schon verschiedene Dienststellenverbünde gegründet worden, um überhaupt noch einsatzfähig zu sein.

So sieht die Zukunft der bayerischen Polizei aus, und das sollte Ihnen zu denken geben.

(Beifall bei der SPD)

Die Personalsituation der Bereitschaftspolizei hat sich durch die Neueinstellungen verbessert. Das gebe ich zu. Was hat man dabei aber vergessen? - Man hat vergessen, die für die Neueinstellung notwendigen Ausbilder einzustellen. So wurden unter anderem Ausbilder vom Polizeipräsidium München ausgeliehen. Die fehlen jetzt in München. Um die neu Eingestellten unterzubringen, wurde jede Besenkammer zum Unterkunftsraum umfunktioniert. - Es sind immer noch Besenkammern, nur wohnen dort jetzt Polizisten.

Die Neueinstellungen lassen sich in jeder Rede und zu jedem Anlass gut verkaufen; aber hier herrscht Improvisation statt Professionalität.

(Beifall bei der SPD)

Die Kapazität der Bereitschaftspolizei beträgt hinsichtlich der Ausstattung dreißig Einsatzzüge. Daran hat sich auch durch die vielen Neueinstellungen nichts geändert. Für diese sind Einsatzmittel wie Schutzhelme, Einsatzanzüge und so weiter vorhanden. Aber es gibt schon Engpässe. Weil Ausbildungspersonal an allen Ecken und Enden fehlt, werden an die Einsatzzüge einfach noch Ausbildungseinheiten angedockt. Die Ausbilder pendeln zwischen Einsatz und Ausbildung. Irgendein Bereich kommt dabei immer zu kurz. Sorgen Sie für mehr Lehr- und Stammpersonal bei der Bereitschaftspolizei!

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, bei der Vorstellung der Kriminalstatistik haben Sie gestern eimerweise Lob über Bayerns Polizei ausgeschüttet.

(Beifall bei der CSU - Erwin Huber (CSU): Mit Recht!)

- Mit Recht.

(Erwin Huber (CSU): Na eben!)

Mir und vielen Kolleginnen und Kollegen hier im Hause ist es aber schleierhaft, wie die Polizisten unter solch miserablen Bedingungen immer noch solche Höchstleistungen erbringen können.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Sie waren doch selber einer! - Alexander König (CSU): Ist das jetzt wieder das SPD-Bayern?)

Eines ist deutlich geworden: Bei der Computerkriminalität hat Bayern zu spät auf die sich abzeichnende Entwicklung reagiert. Diese Form der Kriminalität nimmt schon seit

vielen Jahren zu. Wir machen Spezialisten zu Polizisten - eine gute Idee, Herr Innenminister; nur, diese Idee hätte schon vor vielen Jahren kommen müssen. Jetzt, zum 01.04., wird erst begonnen, Wirtschaftsinformatiker einzustellen, die beim LKA und in den Fachkommissariaten eingesetzt werden.

Aber hier taucht jetzt schon das nächste Problem auf: Wie werden diese Wirtschaftsinformatiker bezahlt? Nach A 8, Eingangsbesoldung A 8? Kommt es hier vielleicht noch zu einer Bestenauslese, wenn ich einen Wirtschaftsinformatiker in A 8 einstelle?

(Zuruf von der CSU)

Die Besten gehen in die freie Wirtschaft, weil sie hier 500 bis 1.000 Euro im Monat mehr verdienen. Sie gehen nicht zur Polizei, und es muss hier bemerkt werden, dass wir längst nicht die besten Leute bekommen.

Bei den Dienststellen der regionalen Beweisaufnahme sind die Wartezeiten für die Auswertung der Festplatten erfreulicherweise zurückgegangen. Dies hängt damit zusammen, dass da jetzt mehr Leute eingesetzt werden. Das muss ich positiv feststellen.

Nur, es muss auch dafür gesorgt werden, dass die erforderliche Hard- und Software immer auf dem neuesten Stand ist. Es kann nicht sein, dass diese nur alle vier Jahre aktualisiert wird. Die Technik entwickelt sich auf diesem Gebiet ungeheuer schnell. Hard- und Software, die heute auf den Markt kommt, ist morgen schon überholt. Da muss dafür gesorgt werden, dass die Leute auch immer mit der aktuellen Hard- und Software arbeiten können.

Betrachte ich mir die bauliche Situation vieler Dienststellen, muss ich feststellen, dass ein erheblicher Investitionsbedarf besteht. Seit einigen Jahren schieben wir mittlerweile einen Investitionsstau von 337 Millionen Euro vor uns her. Das ist nicht die Berechnung eines wild gewordenen Gewerkschaftlers oder eines Oppositionspolitikers, das sind Berechnungen aus Ihrem Hause, Herr Innenminister.

(Beifall bei der SPD)

Da muss etwas passieren! Ich will jetzt nicht all die Gebäude aufzählen, die saniert werden müssten. - Ich bin am Ende meiner Redezeit angelangt.

Noch kurz zur Kfz-Ausstattung. Wir haben fast 8.000 Kfz-Dienstfahrzeuge für die Polizei. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung hat dafür gesorgt, dass wir momentan einen ordentlichen Kfz-Bestand haben. Aber für die Zukunft zeichnet sich ein düsteres Bild ab: Wir werden in wenigen Jahren wieder Dienstfahrzeuge mit mehr als 500.000 Kilometern als Tachostand haben. Da muss gegengesteuert werden, so kann es nicht gehen!

Ich will zusammenfassen: Der Haushalt für die Polizei, für die innere Sicherheit in Bayern entspricht in vielen Bereichen absolut nicht den Anforderungen. Es ist kein Haushalt des Aufbruchs. Es fehlt Personal auf den Dienststellen, es fehlen ordentliche Dienststellen, es fehlt Sachausstattung; er verwaltet nichts als die blanke Not!

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Das ist wirklich Wahnsinn! Die blanke Not bei der SPD, muss man sagen. Ihr solltet euch hier schämen!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege Schneider. Für die CSU hat ums Wort gebeten: Herr Winter. Bitte schön.

Peter Winter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Harald Schneider, es ist schade, dass Sie Ihre Redezeit dazu verwendet haben, sich der Negativrhetorik Ihres Fraktionsvorsitzenden anzuschließen und alles schlechtzureden, was nur schlechtzureden ist.

(Beifall bei der CSU)

Das ist keine Motivation für unsere Polizisten, für die Mitarbeiter in unseren Verwaltungen.

(Zurufe von der SPD)

Das ist wirklich ein Armutszeugnis; denn der Einzelplan 03 A für die allgemeine innere Verwaltung enthält die Haushaltsmittel für die Polizei, die amtliche Statistik, die Verwaltungsgerichtsbarkeit, für die Regierungen, die Landratsämter, für den Verfassungsschutz und die Feuerwehrschohlen, außerdem die Fördermittel für den Brand- und Katastrophenschutz sowie für den Rettungsdienst.

Veranschlagt sind für 2011 und 2012 rund 3,5 Milliarden Euro pro Jahr. Die Gesamtausgaben steigen im Jahr 2011 um 12,6 Millionen Euro und im Jahr 2012 um weitere 62,9 Millionen Euro. Das ist im Wesentlichen auf den Mehrbedarf für zwangsläufige Personalausgaben und neue Finanzierungsschwerpunkte im Plan 03 A zurückzuführen.

Doch auch der Einzelplan 03 A muss zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Neben den allgemeinen, von der Staatsregierung beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen und einmaligen Sondereffekten des Haushaltsjahres 2010 musste vor allem beim Bauunterhalt und im Sachhaushalt außerhalb der Polizeikapitel gekürzt werden.

Der Einzelplan 03 A ist vor allem ein Personalhaushalt. 2,9 Milliarden Euro, das sind rund 85 % der Gesamtausgaben, entfallen auf das Personal. 2011 entstehen Mehrausgaben von 83,2 Millionen Euro und 2012 von 63,3 Millionen Euro. Diese Zuwächse sind begründet durch steigende Beihilfe- und Versorgungsausgaben, die Rücknahme der 42-Stunden-Woche für Beamte und vor allem auch durch das neue Dienstrecht.

Veranschlagt sind rund 50.600 Stellen. Hierin enthalten sind 941 neue Stellen, davon 814 für die Rücknahme der 42-Stunden-Woche. Daneben werden 277 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten durch Umschichtungen von Personalmitteln geschaffen. Der Stellenplan enthält außerdem 412 Hebungen, also Beförderungsmöglichkeiten; davon werden 208 Hebungen durch Einsparungen finanziert.

Bayern ist Spitzenreiter bei der inneren Sicherheit. Die Kriminalstatistik ist schon mehrfach angesprochen worden. Diese Leistung hat natürlich ihren Preis: Rund

2,7 Milliarden Euro, das sind circa 77 % der Gesamtausgaben, werden jährlich für unsere Polizei aufgewendet.

Im Stellenplan sind rund 39.000 Stellen für die Polizei ausgebracht. Der Haushaltsentwurf für 2011/2012 sieht zudem 739 Stellen für die Rücknahme der 42-Stunden-Woche vor. Für den Polizeinachersatz werden 115 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten durch kostenneutrale Umwandlungen zur Verfügung gestellt.

2011 können damit insgesamt 1.300 und 2012 weitere 900 Polizeianwärter ausgebildet werden. So ist sichergestellt, dass die in den nächsten Jahren freiwerdenden Stellen sofort wieder besetzt werden können. Außerdem können die Beförderungsmöglichkeiten noch einmal durch 68 zusätzliche Stellenanhebungen verbessert werden.

Auch der Sachhaushalt der Polizei kann aufgestockt werden. Bereinigt um einmalige Sonderausgaben 2010, Stichwort Hubschrauberkauf, steigt das Polizeibudget von 244,8 Millionen Euro auf 255 Millionen Euro im Jahre 2011 bzw. 247 Millionen Euro im Jahre 2012. Mit diesen zusätzlichen Mitteln können vor allem die Kostensteigerungen im Betriebsbereich abgedeckt werden.

Hierhin enthalten sind auch die Mittel für die von der Opposition immer wieder gescholtene Sicherheitswacht. Dabei ist die Sicherheitswacht mittlerweile ein fester Bestandteil der bayerischen Sicherheitspolitik und auch ein gutes Beispiel für gelebtes ehrenamtliches Engagement. Der Erfolg der Sicherheitswacht wird durch zahlreiche Anträge von Kommunen belegt. Die Sicherheitswacht wird deshalb auch auf rund 1.000 Mitglieder ausgebaut werden. Die dafür notwendigen 1,5 Millionen Euro pro Jahr sind gut angelegt und werden bereitgestellt.

Für den Aufbau und Betrieb des BOS-Digitalfunks steht 2011 aufgrund der Projektverzögerung ein Ausgabenrest von circa 199 Millionen Euro zur Verfügung. Für 2012 ist ein Ansatz von 41,55 Millionen Euro eingeplant. Die autorisierte Stelle beim Landeskriminalamt erhält für den Betrieb des Digitalfunks zusätzlich acht Stellen, die aus den Digitalfunkmitteln finanziert werden.

Insgesamt werden sich die Kosten für Aufbau und Betrieb noch einmal erhöhen. Nach einem Bericht des Innenministeriums werden die Kosten für den Projektzeitraum 2007 bis 2021 von bisher 772,6 Millionen Euro auf 920,4 Millionen Euro aufgestockt. Dies ist im Wesentlichen durch höhere Kosten für die Ertüchtigung der Antennenstandorte sowie durch sonstige aktuelle Entwicklungen im Projekt bedingt.

Einen besonderen Dank sage ich unserem Staatssekretär Gerhard Eck für seinen großartigen Einsatz für dieses so wichtige Projekt für die Polizei, unsere Feuerwehren, Rettungs- und Katastrophenschutzkräfte.

Für die Förderung der Ausstattung mit Digitalfunk-Endgeräten bei kommunalen Feuerwehren, Rettungsdiensten und den Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes sind für das Jahr 2011 Ausgabemittel in Höhe von 2 Millionen Euro und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 66,2 Millionen Euro veranschlagt worden. Für das Jahr 2012 sind Ausgabemittel in Höhe von 2,85 Millionen Euro vorgesehen.

Das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung wird Ende 2011 mit dem Umzug in das neue Dienstgebäude in der St.-Martin-Straße in München beginnen. Das Landesamt erhält damit auch für sein Rechenzentrum Süd eine moderne und leistungsfähige Betriebsstätte. Die bisher dezentralen IT-Betriebsstätten können dann räumlich vereint werden; sie verfügen dann auch über modernste Technik. Für den Umzug und vor allem für die besonderen Infrastruktureinrichtungen des Rechenzentrums Süd sind weitere 15 Millionen Euro eingeplant.

Mittelfristig ist auch die Verlagerung des Statistik-Bereichs nach Fürth vorgesehen. Damit wird eine wichtige und strukturpolitisch notwendige Stärkung der Region Nürnberg-Fürth umgesetzt. Aus dem Investitionsprogramm "Aufbruch Bayern" werden in den Jahren 2011/2012 16,9 Millionen Euro und im Jahr 2013 weitere 7 Millionen Euro finanziert; davon sind 15 Millionen Euro für Baumittel und 8,9 Millionen Euro für die sozial verträgliche Abwicklung der Verlagerung zugesagt. Für die Verlagerung werden außerdem 104 zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt werden.

Im Jahr 2011 ist vom Landesamt der registergestützte Zensus - die Volkszählung - durchzuführen. Die Ausgaben für die Vorbereitung und Durchführung steigen von 10,2 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 67,7 Millionen Euro im Jahr 2011 und liegen bei 19,9 Millionen Euro im Jahr 2012. Zur teilweisen Gegenfinanzierung stehen im Jahr 2011 Erstattungen des Bundes in Höhe von rund 60 Millionen Euro zur Verfügung. Durch die Umschichtung von Personalmitteln werden beim Landesamt 160 zusätzliche Stellen geschaffen. Die Durchführungsarbeiten zum Zensus finden bereits überwiegend in Fürth statt.

Nach der November-Steuerschätzung kann auch beim Feuerschutz-Steueraufkommen mit einer leichten Verbesserung gerechnet werden. Erwartet werden für die Jahre 2011 und 2012 jeweils 58 Millionen Euro statt der bisherigen 57,5 Millionen Euro. Diese Mittel stehen voll für den Brandschutz und die Feuerweherschulen zur Verfügung. Für die Fahrzeuge- und Gerätebeschaffung sowie für die Gerätehausförderung sind Fördermittel in Höhe von 43,6 Millionen Euro bzw. 41,5 Millionen Euro eingeplant. Für die Feuerweherschulen wurden 15 neue Stellen ausgebracht, die aus dem Feuerschutz-Steueraufkommen finanziert werden. Damit kann der steigende Fortbildungsbedarf der Feuerwehren angemessen gedeckt werden.

Die Erstattungsleistungen für Anschaffungen im Rettungsdienst werden um die einmaligen Sondermittel des Jahres 2010 für die Bergwacht bereinigt. Auf dieser bereinigten Basis werden sie mit 5,2 Millionen Euro pro Jahr fortgeführt. Hinzu kommen Sondermittel für die Höhlenrettung in Höhe von jährlich 1,5 Millionen Euro.

Der staatliche Gesamtfinanzierungsbedarf für die Errichtung der 26 neuen integrierten Leitstellen und die Lehrleitstelle Geretsried bleiben mit rund 70 Millionen Euro gegenüber den bisherigen Schätzungen unverändert. In den Jahren 2011/2012 sind zusammen Ausgabemittel in Höhe von fünf Millionen Euro und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von rund 23 Millionen Euro vorgesehen. Außerdem stehen aufgrund von Projektverzögerungen über 14 Millionen Euro an Ausgaberesten zur Verfügung. Die staatliche Finanzierung ist damit gesichert, sodass die flächendeckende Inbetriebnah-

me der Leitstellen in diesem Jahr im Wesentlichen abgeschlossen werden kann. Um auch gegen künftige Katastrophen gewappnet zu sein, werden dem Katastrophenschutzfonds wie bisher rund 3,7 Millionen Euro pro Jahr zugeführt.

Für den Hochbau steigen 2011 die Ansätze der Anlage S gegenüber dem Jahr 2010 von 56,8 Millionen Euro auf 60,2 Millionen Euro. Sie sinken dann im Jahr 2012 auf 57,4 Millionen Euro. Hierin enthalten sind 21 Millionen Euro bzw. 7 Millionen Euro für das neue Dienstgebäude des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung in der St.-Martin-Straße, 11 Millionen Euro für die Polizeiinspektionen Nürnberg Süd und Grafenau, die im Passivhaus-Standard errichtet werden sollen, sowie die erwähnten Baumittel für die Teilverlagerung des Statistischen Landesamts nach Fürth.

Im Rahmen des Konjunkturpakets II werden daneben weitere 0,7 Millionen Euro im Jahr 2011 für den Neubau der Dienstgebäude für die PI Marktoberdorf und für die Autobahnpolizei Gersthofen zur Verfügung gestellt. Sehr geehrter Herr Kollege Halbleib, wir waren uns im Haushaltsausschuss einig, dass bei kommenden Haushaltsberatungen die PI Ochsenfurt und die Autobahn-Polizeiinspektion Hösbach berücksichtigt werden müssen.

Von der Opposition sind insgesamt 25 Änderungsanträge zum Einzelplan 03 A eingebracht worden. Diesen Änderungsanträgen kann auch deshalb nicht gefolgt werden, weil sie Mehrkosten in Höhe von 20 Millionen Euro im Jahr 2011 und von 24,5 Millionen Euro im Jahr 2012 verursachen würden. Darüber hinaus sind sie teilweise nicht plausibel und auch nicht realisierbar. Wir haben uns im Ausschuss darüber ausführlich unterhalten.

Sicherlich - das sage ich auch - wäre an der einen oder anderen Stelle eine großzügigere Finanzausstattung wünschenswert. Alle Wünsche sind aber nicht erfüllbar, auch deshalb nicht, weil andere Schwerpunktsetzungen wie Bildung und Familie für uns Vorrang haben und am Haushalt ohne Neuverschuldung festzuhalten ist. In Anbetracht der Lage des Staatshaushalts ist die finanzielle Ausstattung des Einzel-

plans 03 A ausgewogen und angemessen. Wichtige Impulse können gesetzt werden. Deshalb werden wir die Anträge der Opposition ablehnen. Ich bitte Sie, dem Entwurf des Einzelplans 03 A des Doppelhaushalts 2011/2012 in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich darf auf der Tribüne junge Kommunalpolitiker aus Kroatien begrüßen, die auf Einladung der Hanns-Seidel-Stiftung unter Vermittlung von Herrn Konrad Kobler bei uns Platz genommen haben. Es freut uns, dass Sie sich für das Gemeinwohl Ihrer Mitbürger einsetzen. Wir wünschen Ihnen ein paar angenehme Stunden im Maximilianeum und einen schönen Aufenthalt mit bestem Wetter hier in München. Es ist schön, dass Sie da sind.

(Allgemeiner Beifall)

Wir fahren in der Debatte fort. Für die FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Hanisch das Wort.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn von der Opposition 35 Anträge gestellt und alle 35 Anträge ratzeputz abgelehnt werden, kann das nicht daran liegen, dass diese 35 Anträge alle so schlecht waren oder ihre Umsetzung zu viel Geld gekostet hätte. Sie mögen einfach nicht. Sagen Sie das doch einfach rundweg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist etwas, was mich an diesem Hause gewaltig stört.

Ich möchte jetzt zu den Feuerwehrschohlen kommen. Meine Ausführungen ließen sich aber x-beliebig übertragen. Sie haben eine tolle Methode: Zuerst nehmen Sie den Leuten etwas, um ihnen anschließend wieder einen Teil davon zu geben. Das verkaufen Sie dann als großen Erfolg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Bei den Feuerweherschulen werden jetzt 15 neue Stellen geschaffen. Die Feuerweherschulen sagen uns jedoch, dass 20 Stellen unbesetzt sind, die schon in den letzten Jahren nicht mehr besetzt worden sind. Wir haben beantragt, dies wenigstens auszugleichen und fünf Stellen mehr einzurichten. Dabei geht es nicht um Millionenbeträge, sondern um ein paar tausend Euro. Wenn nur ein bisschen guter Wille da wäre, könnte man diesem Antrag stattgeben. Meine Damen und Herren, Sie wollen das jedoch offensichtlich nicht. Für mich ist es nicht nachvollziehbar, dass Sie es als großen Erfolg verkaufen, wenn neue Stellen geschaffen werden, aber immer noch fünf Stellen unbesetzt sind. Soviel zur Bedeutung der Feuerwehren.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass Hunderttausende von Arbeitsstunden freiwillig bei den Feuerwehren quer durch Bayern geleistet werden, die nicht bezahlt werden müssen. Wenn die Kommunen nur einen Bruchteil dieser Stunden bezahlen müssten, wären die Feuerwehren nicht mehr zu finanzieren. Wir sollten ein großes Dankeschön dafür sagen, dass es wenigstens genügend Leute gibt, die die Kommandanten ausbilden und dafür sorgen, dass die Feuerwehren auf einem guten Ausbildungsstandard sind und bleiben. Das ist doch wohl die geringste Forderung.

Meine Damen und Herren, die Bezahlung wurde angesprochen. Tatsache ist, dass immer mehr Leute die Feuerweherschulen verlassen. Sie gehen in die Privatwirtschaft, weil Sie dort nachweislich teilweise das Doppelte von dem verdienen, was sie beim Staat bekommen. Die Quintessenz daraus ist: Wir geben eine Menge Geld aus, um diese Leute auszubilden. Dann bezahlen wir sie aber nicht gut, und sie gehen automatisch in die Wirtschaft. Die Ausbildung haben wir teuer bezahlt. Damit zahlen wir auf Dauer gesehen drauf, meine Damen und Herren. Diese Entscheidung ist nur sehr kurzfristig richtig, mittel- und langfristig ist sie auf jeden Fall falsch.

Zur Polizei. Ich muss nicht lange über die Nullrunde bei der Polizei sprechen, die im Übrigen für alle Beamten gilt. Diese Nullrunde ist eine eklatante Benachteiligung ge-

genüber dem Beschäftigten, der am Schreibtisch daneben sitzt. Von der Polizei wird wirklich tolle Arbeit geleistet. Bei der Kriminalstatistik haben wir wieder hervorragend abgeschnitten. Dazu kann ich nur sagen: Danke, liebe Polizeibeamtinnen und -beamte für eure tolle Arbeit. Eine Motivation durch eine Nullrunde ist aber mit Sicherheit nicht gegeben. Sie können es sich an fünf Fingern abzählen, ab wann auch bei der Polizei die Leistung schlechter werden wird.

(Beifall bei der FDP)

Es war toll, wie viele Leute voriges Jahr und heuer bei der Polizei eingestellt worden sind. Damit füllen wir aber nur die Lücken auf, die entstanden sind, weil in der Vergangenheit Stellen nicht besetzt worden sind. Das ist klar nachweisbar. Sie müssen nur die Statistik anschauen. Es ist das gleiche System wie bei den Feuerweherschulen. So kann es nicht sein.

Lassen Sie mich etwas zur Städtebauförderung sagen. Seit 40 Jahren, seit 1971, gibt es die Städtebauförderung. Ausgerechnet zum vierzigjährigen Bestehen fängt man an, die Mittel zu kürzen. Herr Minister, Sie sprachen von einer geringfügigen Reduzierung der Mittel. Darüber kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Wenn die Mittel von 535 Millionen auf 305 Millionen zurückgefahren und damit fast halbiert werden, weiß ich nicht, ob das noch geringfügig ist.

Herr Minister, Sie sagten, 75 % dieser Mittel würden im ländlichen Raum, also in dem Raum landen, den Ihr Zukunftsrat schon längst vergessen hat. Sie landen dort, wo wir Schwierigkeiten haben, wo wir nicht einmal eine vernünftige DSL-Versorgung haben, wo Sie die Bevölkerung mit einem Megabit abspeisen wollen und wo seit Einführung der Mittelschule Schülertourismus in ungeahntem Ausmaß stattfindet.

Diese Liste könnte man beliebig erweitern. Auf den ländlichen Raum wird der Ballast wieder abgeladen. Die Leute im ländlichen Raum sind die Leidtragenden, die von der Kürzung der Städtebaufördermittel betroffen sind. Dabei weiß man, dass jeder Euro, der für die Städtebauförderung ausgegeben wird, das Sechs- bis Neunfache an Priva-

Investitionen nach sich zieht. Das Städtebauförderprogramm ist also ein Konjunkturprogramm par excellence. Das aber missachtet man und lässt es links liegen. Dabei wäre es für den Freistaat Bayern ein Leichtes gewesen, genauso viel zu zahlen wie im letzten Jahr. Weshalb muss man die Anteilsfinanzierung so praktizieren, wie Sie es tun? Es wäre ein Leichtes gewesen, die bayerischen Mittel in gleicher Höhe zu belassen. Sie haben nur Mittel eingespart, die Sie an anderer Stelle dieses Haushalts wieder ausgeben. Sie geben sie aber nicht für Anträge der Opposition aus, sondern für das, was Sie letztlich wollen.

Ich könnte mit weiteren Beispielen fortfahren. Ich nenne nur den Digitalfunk. Natürlich läuft er. Im Innenausschuss sehe ich aber, welchen Ärger wir haben, welche Bürgerinitiativen es gibt und welche Petitionen eingereicht werden. Die Bürger beschweren sich über das Verfahren, wie es ursprünglich gelaufen ist. Sie reden von Geheimhaltung. Wie will ich einen Turm, der vierzig Meter hoch ist, geheim halten? Herr Staatssekretär, Sie haben sich selber eingeschaltet und diese Diskussion dann gebremst. So kann es einfach nicht laufen. Es hat unwahrscheinlich viel Ärger gegeben, den wir jetzt ausbaden müssen. Wir sind etwas enttäuscht davon, welche Ansätze in diesem Haushalt geboten werden und wie den Wünschen der Opposition entsprochen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darf ich nun Frau Kollegin Susanna Tausendfreund nach vorne bitten.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Innenminister Herrmann hat gestern ganz stolz seine Kriminalitätsstatistik vorgestellt. Er war sehr zufrieden mit dem Rückgang der Straftaten. Der Rückgang der Straftaten kann aber verschiedene Ursachen haben. Entweder sind die Straftaten tatsächlich zurückgegangen, oder es gibt ein verändertes Anzeigeverhalten, wenn die Leute einfach nicht mehr zur Polizei gehen, um Straftaten anzuzeigen; oder die Polizei kommt bei der Strafverfolgung ihren Aufgaben nicht mehr hinterher. Dazu darf ich Her-

mann Benker von der Deutschen Polizeigewerkschaft zitieren: Er führt den Rückgang der erfassten Straftaten schlicht darauf zurück, dass die Polizei zu wenig Personal hat.

Die personelle Situation bei der bayerischen Polizei ist tatsächlich noch immer höchst unbefriedigend. Der Haushalt gibt hierauf keine ausreichenden Antworten. Die Erhöhung der Zahl der Einstellung von Anwärtinnen und Anwärtern in zwei Jahren reicht nicht aus. Die Personaleinsparungen der früheren Jahre werden dadurch nicht ausgeglichen. Dieses Defizit können Sie auch mit einer Aufstockung der Sicherheitswacht nicht ausgleichen. Die Polizei bleibt strukturell unterbesetzt.

Wir hatten beantragt, dass wenigstens 50 zusätzliche Anwärter pro Jahr eingestellt werden, um einerseits das Defizit auszugleichen und andererseits die mobile Reserve zu stärken. Ab 2012 werden die Ausbildungszeiten wieder nicht berücksichtigt. Es sollen immer nur so viele Anwärter eingestellt werden, wie Beamte in Pension gehen. Laut der Antwort auf eine Anfrage, die ich in diesem Zusammenhang gestellt habe, sollen 2012 und 2013 mit 750 bzw. 740 neu einzustellenden Anwärtern die Zahlen von 2010 halbiert werden. Ich weiß nicht, wie Sie dann mit der Ausbildungsstruktur und mit den Ausbildern umgehen, wenn Sie plötzlich nur mehr die Hälfte einstellen.

Die dreijährige Lücke, die durch die Ausbildungszeit und die Rückführung der Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden in der Woche entsteht, wird nicht ausgeglichen. Es gibt nicht genügend Stellen für Vertretungen während der Schwangerschaftszeiten und der Elternzeiten. Die Kolleginnen und Kollegen in den Inspektionen und in sonstigen Dienststellen müssen diese Lücken füllen, so gut es geht. Die Folge dieser zusätzlichen Belastung ist die Erhöhung des Krankenstandes. Die Rückkehr zum Dienst wird außerdem dadurch erschwert, dass es zu wenige Kinderbetreuungsplätze gibt. Kinderbetreuungsplätze stehen schon gar nicht zu den Schichtzeiten zur Verfügung. Telearbeitsplätze könnten vielleicht helfen, aber in diese Richtung wollen Sie auch nicht gehen.

Die Abweichungen zwischen den Sollstellen und den tatsächlich auf den Inspektionen vorhandenen Stellen sind zum Teil gravierend. In der Fläche kann vielerorts der Schichtdienst in der Nacht kaum aufrechterhalten werden.

Der Beförderungsstau ist zu einem riesigen Berg angewachsen. Polizeibeamte, die schon längst einen Anspruch auf Beförderung hätten, werden weiterhin getröstet. Die vorgesehenen Stellenhebungen reichen nicht aus, um alle Beförderungen durchzuführen. Die Arbeitsbelastung steigt ständig an, wie die vielen Einsatzstunden bei den diversen Fußballspielen zeigen. Viele Dienstgebäude sind in einem baulich sehr schlechten Zustand. Dies trägt auch nicht gerade zur Motivation bei. Auch aus Klimaschutzgründen müssten die Dienstgebäude schnellstmöglich energetisch saniert werden.

Um allem noch die Krone aufzusetzen, müssen die Polizeibeamten auch noch eine Nullrunde hinnehmen. Mit diesen Defiziten wird der Haushalt den Anforderungen der Polizeiarbeit nicht gerecht. Helmut Bahr, der Landesvorsitzende der GdP, drückt dies wie folgt aus: Bayerische Polizisten zahlen die Zeche.

Herr Minister, Sie sollten nicht immer mehr Befugnisse für die Polizei fordern, wie etwa die Online-Durchsuchung, die Vorratsdatenspeicherung oder ein rigides Versammlungsrecht. Sie sollten auch keine Computerausforschungen mit Zehntausenden von automatisch aufgezeichneten Screenshots zulassen, für die es keine Rechtsgrundlage gibt. Sie sollten für angemessene Arbeitsbedingungen sorgen, für eine gute personelle Ausstattung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für eine höhere Bezahlung der Polizei.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Es gibt weitere Teile des Haushalts, die unterbelichtet sind. Ich gehe nur auf den Einzelplan 03 A ein. Ich nenne die personelle Ausstattung der staatlichen Landratsämter, die von den Landkreisen durch Umschichtungen nicht ausgeglichen werden kann. Ähnliches gilt für die kreisfreien Städte. Die Aufgaben wachsen, die Vollzugsdefizite

ebenso. Ein Beispiel ist die Heimaufsicht. Die zuständigen Stellen sind personell so dünn besetzt, dass sie die Kontrollen der Pflegebedingungen in den Alten- und Pflegeheimen nicht turnusgemäß durchführen können.

Beispiel Anlagensicherheit: Es fehlen Umweltschutzingenieure, die eine regelmäßige Überprüfung der Anlagen, die nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigt sind, vornehmen. Mit diesen Anlagen ist ein erhebliches Gefährdungspotenzial für Mensch und Umwelt verbunden. Es wäre fahrlässig, sie nicht regelmäßig zu kontrollieren.

Lebensmittelkontrolleure fehlen ebenfalls. Beim Vollzug des Waffenrechts gibt es Defizite. Was nützt eine Verschärfung des Waffenrechts, wenn ein Waffenbesitzer in Bayern statistisch nur alle 150 Jahre mit einer Kontrolle rechnen muss? Das ist Augenwischerei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Haushalt des Innenministeriums steckt eine grobe Trickserie. Schon heute steht fest, dass im Jahre 2012 weitere 109 Millionen Euro für den Digitalfunk für Polizei und Rettungsorganisationen nötig sein werden. Die 109 Millionen Euro sind jedoch nicht im Haushalt enthalten. Die Staatsregierung erklärt, dass die Mittel über den Nachtragshaushalt abgewickelt werden könnten. Das widerspricht jedoch dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit. Damit soll der Haushalt nur geschönt werden.

Selbstverständlich haben wir auch Einsparvorschläge gemacht. Der Verzicht auf den Umzug des Statistischen Landesamtes nach Fürth wäre angebracht. Dieser Umzug ist teuer und überflüssig. Das ist keine vernünftige Regionalförderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein anderer Sparvorschlag ist die maßvolle Reduzierung des Personals beim Landesamt für Verfassungsschutz. Das sage ich mit ein wenig Augenzwinkern. Wir fordern

eine kritische Überprüfung der Arbeitsbereiche und Einsparvorschläge. Im Hinblick auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität hat der Verfassungsschutz vor einigen Jahren einen Arbeitsbereich hinzubekommen, der eigentlich die Polizeiarbeit betrifft, und somit Doppelstrukturen produziert. Außerdem gehe ich von einem Einsparpotenzial aus, solange der Verfassungsschutz Zeit hat, sich in völlig überflüssige Beobachtungen und öffentliche Nennungen von Organisationen wie VVN, A.I.D.A, und der Islamischen Gemeinde Penzberg zu verbeißen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die FDP-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Dr. Andreas Fischer das Wort erteilen.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, Herr Staatsminister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden." Dieser Forderung, die Marcus Tullius Cicero vor mehr als 2.000 Jahren formuliert hat, folgen wir nicht nur mit dem vorliegenden Gesamthaushalt, sondern in dieses Konzept fügen sich die Einzelpläne 03 A und 03 B, die den Haushalt des Staatsministeriums des Innern abdecken, nahtlos ein. Auch mit diesen beiden Einzelplänen leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung und zum ausgeglichenen Staatshaushalt. Selbstverständlich stehen wir unter einem erheblichen Spardruck. Wir folgen diesem Spardruck jedoch, ohne Abstriche bei der inneren Sicherheit oder beim Bauunterhalt zu machen.

Bei manchen Vorrednern der Opposition hatte ich den Eindruck, sie leben und beobachten in einem anderen Land. Dagegen sage ich: Bayern bleibt Marktführer sowohl bei der soliden Haushaltspolitik als auch bei der inneren Sicherheit.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD))

Lassen Sie mich mit Blick auf die polizeiliche Kriminalstatistik einige Dinge feststellen. Bayern ist das sicherste Bundesland. Wir haben die niedrigste Kriminalitätsbelastung seit fast 20 Jahren. Wenn jetzt eingewendet wird, dies liege am Anzeigeverhalten oder daran, dass Anzeigen nicht mehr aufgenommen werden konnten, halte ich dagegen: Der Rückgang betrifft ganz besonders die Straßenkriminalität und die Gewaltkriminalität. Kolleginnen und Kollegen, das sind keine Kontrolldelikte. Die Menschen, die davon betroffen sind, erstatten Anzeige. Deswegen ist Ihre Argumentation schlicht und einfach falsch. In Bayern gibt es außerdem einen weiteren Anstieg der Aufklärungsquote auf mittlerweile 46,6 %. All diese Zahlen belegen, dass Sicherheit und Freiheit kein Gegensatz sind. Seit die FDP in Bayern mitregiert, ist Bayern nicht nur freier, sondern auch sicherer geworden.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Statt neuer Sicherheitsgesetze haben wir in den letzten Jahren den Weg der personellen Verstärkung der bayerischen Polizei konsequent vorangetrieben. In dieser Koalition haben wir einen Weg beschritten, der sich ausgezahlt hat. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache.

(Beifall bei der FDP)

Kolleginnen und Kollegen, die bayerische Polizei ist hervorragend aufgestellt und hoch motiviert. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um allen Beamtinnen und Beamten bei der bayerischen Polizei unseren Dank und unsere Anerkennung auszusprechen.

(Beifall bei der FDP)

Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 03 A ist überwiegend ein Polizeihaushalt, weil 67 % seiner Ausgaben die Polizei betreffen. Es handelt sich ebenfalls um einen Personalhaushalt, weil 85 % der Ausgaben auf Personalkosten entfallen - entweder auf Personalkosten der Polizei oder der allgemeinen inneren Verwaltung. Das bedeutet jedoch zugleich, dass ohne einen Beitrag der Beschäftigten eine Haushaltskonsoli-

dierung in diesem Bereich nicht möglich ist. Es ist eine Sache der Ehrlichkeit, zu sagen: Wir müssen von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein Sonderopfer verlangen.

(Ludwig Wörner (SPD): Schon wieder!)

Bei diesem Sonderopfer haben wir es uns nicht leicht gemacht. Ohne dieses Opfer wäre der Weg nur durch eine massive Neuverschuldung möglich gewesen. Dies hätte bedeutet, die Rechnung der nächsten Generation zu präsentieren. So etwas kann man als Opposition fordern; fair und ehrlich ist das nicht.

(Beifall bei der FDP - Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Das ist wie mit der Hotelsteuer!)

Genauso deutlich sage ich: Mit der Nullrunde im Jahre 2011 für den öffentlichen Dienst legen wir lediglich eine Atempause ein.

(Lachen bei der SPD)

Wir liegen nach wie vor beim Gehaltsniveau im öffentlichen Dienst bundesweit an der Spitze. Im Jahr 2012 werden wir die nötige Anpassung der Bezüge wieder vorsehen.

Lassen sie mich einige Schwerpunkte in diesem Haushalt herausgreifen: 2,7 Milliarden Euro für die bayerische Polizei und 39.000 Stellen im Stellenplan. Davon entfallen 739 Stellen auf die Polizei und insgesamt 814 Stellen auf die Rücknahme der 42-Stunden-Woche. Diese Rücknahme ist die Einhaltung eines Versprechens. Das ist kein billiges Versprechen. Trotz der schwierigen Haushaltslage haben wir dieses Versprechen gehalten. Das war fair. Das war richtig. Das war ehrlich.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben für den öffentlichen Dienst Stellenhebungen von 323 Stellen in der allgemeinen inneren Verwaltung, 68 Stellen bei der Polizei und 21 Stellen beim Verfassungsschutz vorgesehen. Das zeigt unsere Wertschätzung für den öffentlichen Dienst.

Lassen Sie mich einen weiteren Bereich ansprechen. Fast eine Milliarde Euro kostet der Aufbau des BOS-Digitalfunks von 2007 bis 2021. Davon entfallen 41,55 Millionen Euro auf diesen Haushalt. Hinzu kommt noch die Erstausrüstung mit digitalen Endgeräten der kommunalen Feuerwehren, des Rettungsdienstes und der Hilfsorganisationen, die wir fördern. Der BOS-Digitalfunk ist ein unverzichtbarer Baustein in der Sicherheitsarchitektur. Wir begrüßen diesen Aufgabenschwerpunkt ausdrücklich.

(Beifall bei der FDP)

Hinzu kommt die Finanzierung der integrierten Leitstellen, für die wir Mittel zur Verfügung stellen. Das ist von den Vorrednern schon angesprochen worden. Aus Zeitgründen kann ich nicht näher darauf eingehen.

Ich möchte noch einen weiteren Bereich beleuchten, der angesprochen wurde. Das sind der Brandschutz und das ehrenamtliche Engagement, das von Hunderttausenden ehrenamtlichen Helfern geleistet wird. Ohne diese ehrenamtlichen Helfer wären Brandschutz und technische Hilfeleistungen in Bayern nicht möglich. Deshalb ist es gerecht und notwendig, dass diese ehrenamtlich Tätigen geeignete und qualifizierte Fortbildungsmöglichkeiten wahrnehmen. Daher freue ich mich ganz besonders über 15 neue Stellen an den Feuerweherschulen. Diese Stellen sind wichtig, sie sind richtig, und wir freuen uns, dass wir sie bekommen.

(Beifall bei der FDP)

Zum Einzelplan 03 B möchte ich nur kurz Stellung nehmen. Die Staatsstraßen brauchen regelmäßigen Unterhalt. Wir können es uns nicht leisten, den Unterhalt der Staatsstraßen zurückzustellen, ihn aufzuschieben und in einigen Jahren eine umso teurere Rechnung bezahlen zu müssen. Deswegen haben wir die notwendigen Weichenstellungen getroffen. Bayern ist ein Flächenstaat. Als Vertreter des ländlichen Raums stelle ich fest: Ohne Straßen gibt es keine Zukunft für den ländlichen Raum. Deswegen ist es notwendig und richtig, dass wir 2011 zusätzliche 41,5 Millionen Euro und 2012 zusätzliche 25 Millionen Euro bereitstellen. Das ist praktische Politik für den

ländlichen Raum und nicht "Formblattpolitik", wie sie die Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER mit der Einführung eines neuen Formblatts wollen.

(Beifall bei der FDP)

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zusammenfassen. Der Haushalt in den Einzelplänen 03 A und 03 B ist kein Grund zum Jubeln, weil wir das Geld nicht mit vollen Händen ausgeben. Dieser Haushalt ist aber ein Beitrag zu einem verantwortungsbewussten Handeln in der Politik. Es sind Einzelpläne der Vernunft und der Verantwortung. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu diesen Einzelplänen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Für eine Zwischenbemerkung darf ich Herrn Kollegen Peter Meyer das Wort erteilen. Bitte schön.

Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Dr. Fischer, das mit den Formblättern sollten Sie bei Gelegenheit noch einmal erläutern, weil wir das gerade nicht verstehen.

Nun zu den Sonderopfern im öffentlichen Dienst. Sie sprechen von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, denen Sie ein Sonderopfer abverlangen. Wenn von Beschäftigten die Rede ist, impliziert das zunächst den Tarfbereich. Ich weiß nicht, wo da das Sonderopfer liegen soll. Ich nehme aber an, dass Sie die Beschäftigten ganz allgemein meinen. Deshalb verstehe ich nicht, dass Sie von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst reden, aber unterscheiden, dass die Beamten ein Sonderopfer erbringen müssten, die Beschäftigten im Tarfbereich jedoch nicht.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Dr. Fischer, bitte.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Kollege Meyer, ich nehme an, dass Sie rechnen können. Ich nehme auch an, dass Sie sich ausrechnen können, dass bei einem Haushalt, dessen erheblicher Teil des Ausgabevolumens auf die Beamtinnen und Beamten

entfällt, Einsparungen nicht möglich sind, ohne dass diese Beamtinnen und Beamten dazu beitragen. Ich bin überzeugt, dass die Mehrzahl der Beamtinnen und Beamten das nicht gerne macht. Niemand macht das gerne. Ich bin aber überzeugt, dass die Beamtinnen und Beamten des Freistaats Bayern sehr wohl wissen, dass bei der gegenwärtigen Haushaltslage die einzige Alternative wäre - ich betone das ausdrücklich -, dass wir massiv in die Neuverschuldung gehen müssten. Einen alternativen Finanzierungsvorschlag haben Sie nicht aufgezeigt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die CSU-Fraktion darf ich nun Herrn Kollegen Miller das Wort geben.

Josef Miller (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 03 ist mit mehr als 1,4 Milliarden Euro in erster Linie ein Investitionshaushalt der Staatsbauverwaltung. Die Schwerpunkte dabei sind der Staatsstraßenbau, die Wohnraumförderung, Wohngeld, Studentenwohnheimbau und Städtebauförderung.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Mit dem Haushalt 03 B leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Wohn- und Lebensqualität in unserem Land und für das Erscheinungsbild und die Zukunft unseres Landes. Zudem hat der Einzelplan 03 B in diesem Jahr einen hohen Investitionsanteil von fast 53 %. Er trägt damit ganz wesentlich zu einem Gesamtinvestitionsanteil im Haushalt von 12 % bei. Der Personalkostenanteil mit 29,5 % spielt eine weniger wichtige Rolle.

Die Aufstellung dieses Einzelplans war nicht einfach. Er stand im Spannungsfeld zwischen einem ausgeglichenen Staatshaushalt auf der einen Seite und dem Schwerpunkt "Bildung, Familie und Forschung" auf der anderen Seite. Das Auslaufen des Konjunkturprogramms kam erschwerend hinzu.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir haben den Einzelplan 03 B im Landtag intensiv beraten. Es gab gleiche und divergierende Meinungen der Parteien. Wenn man nun die Verstärkungen im Einzelplan 13 und den Wegfall des Konjunkturprogramms berücksichtigt, weist der Einzelplan 03 B gegenüber dem Jahr 2010 trotz des Sparhaushalt sogar eine moderate Steigerung auf. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Dass nach den Beratungen im Parlament 67 Millionen Euro mehr vorgesehen sind, ist ein Erfolg des Parlaments.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was die Verwaltung geleistet hat und noch leistet, wird deutlich, weil zum Beispiel 900 Millionen Euro für Maßnahmen im Rahmen der Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen hinzukommen, 800 Millionen Euro Hochbaumaßnahmen des Landes in den Einzelplänen der jeweiligen Ressorts und 500 Millionen Euro Hochbaumaßnahmen des Bundes bearbeitet werden müssen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das Konjunkturprogramm war und ist ein Schwerpunkt dieses Etats. Es ist eine Erfolgsstory im besonderen Maße. Es ist hervorragend gelungen. Wir haben uns in Bayern auf Energieeinsparung konzentriert. Andere Länder haben sich verzettelt. Ich hätte mir gewünscht, dass das von der Opposition registriert wird. Die Wärmedämmung der Schulen ist hervorragend gelaufen. Das war ein Energieeinsparungsprogramm par excellence.

(Ludwig Wörner (SPD): Angeregt und bezahlt vom Bund!)

Sie sollten das wenigstens registrieren. Dass Sie es würdigen, verlangen wir von Ihnen gar nicht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Welche Bundesregierung war es denn, die das angeregt hat?)

- Ja, wir wissen, dass Sie damals noch an der Bundesregierung beteiligt waren. Deshalb wäre es umso besser gewesen, wenn Sie es erwähnt hätten. Sie können positive Dinge aber nicht darstellen.

(Ludwig Wörner (SPD): Das war gestern, wir reden über morgen!)

Da das Programm vorbildlich und unbürokratisch abgewickelt wurde, will ich mich bei Staatsminister Joachim Herrmann und bei Staatssekretär Gerhard Eck und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bauverwaltung bedanken, die ohne zusätzliches Personal schnell und exakt gearbeitet haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun zum Thema Wohnungsbau. Ich sehe sehr deutlich, dass es immer schwieriger wird, in den Ballungsräumen Wohnraum zu erschwinglichen Preisen zu finden. Deshalb ist das Förderprogramm, das wir aufgelegt haben, besonders wichtig. Derzeit hinkt der Wohnungsbau dem Bedarf hinterher, obwohl durch die Baugenehmigungen ein gewisser Aufholeffekt eintritt. Wir verzeichneten einen Tiefpunkt mit 29.000 Baugenehmigungen, 2009 waren es 35.600 und 2010 rund 42.400. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern setzt Bayern das Wohnraumförderprogramm auf hohem Niveau mit 205 Millionen Euro fort.

(Ludwig Wörner (SPD): Weil die anderen Länder keinen Bedarf haben!)

Die anderen Bundesländer wären froh, wenn sie diese Förderung hätten. Bei uns kommt hinzu, dass die Landesbodenkreditanstalt zinsverbilligte Kredite zu den schon verbilligten KfW-Darlehen gibt, die auch für die energetische Sanierung gewährt werden. Sie haben einen Antrag gestellt, dass Wohnungsbaugesellschaften Sondermittel bekommen sollen. Kolleginnen und Kollegen, den Antrag müssen wir ablehnen, weil wir keine Institution der Wohnungsförderung bevorzugen können. Ich bitte um Verständnis. Es geht nicht an, dass man Genossenschaften besonders herausgreift, sondern wir wollen alle gleich und wettbewerbsneutral behandeln.

Nun zum Wohngeld! Hier haben wir dem gesetzlichen Anspruch mit 150 Millionen Euro Ausgabemitteln Rechnung getragen. Das ist eine Erhöhung um 10 Millionen Euro; die Mittel werden auch reichen. Für den Studentenwohnraum haben wir konstant eine sehr hohe Förderung über viele Jahre hinweg. Das trägt dazu bei, dass wir auf einem hohen Level sind und bleiben. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Hier ist dem Anstieg der Studierendenzahl schon vorab Rechnung getragen worden. Es wäre schlimm gewesen, wenn die Erhöhung erst jetzt eingesetzt hätte. Ich höre immer wieder, dass wir hiermit bundesweit Anerkennung finden. Andere Länder wären froh, wenn sie hier so viele Finanzmittel hätten wie wir in Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist so. - Zur Städtebauförderung brauche ich nicht viel zu sagen: Wir sind uns einig, dass die Kürzungen des Bundes hier nicht kommen dürfen. Sie sind jetzt wieder geplant. Wir haben die geplante Kürzung von 43 % auf 15 % abmildern können. Herr Staatsminister, Sie haben jegliche Unterstützung unserer Fraktion, bekannt gewordene Kürzungen in Berlin abzuwehren und weiterhin für Fördermittel zu kämpfen. Wir können allerdings mit Landesmitteln nicht ausgleichen, was der Bund kürzt. Darum werden wir auch den entsprechenden Antrag ablehnen.

Ich komme zum Staatsstraßenbau, einem Schwerpunkt des vorliegenden Haushalts. Hier möchte ich den Betriebsdienst erwähnen. Diesen Dienst nehmen wir vielfach wie selbstverständlich in Anspruch. Das Personal steht insbesondere in den Wintermonaten Tag und Nacht bereit und sorgt dafür, dass wir einwandfreie Straßen haben. Ich bitte, den Mitarbeitern insbesondere des Betriebsdienstes ein herzliches Dankeschön zu übermitteln, den ich heute einmal besonders aussprechen möchte.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): 40 % von ihnen sind schwer beschädigt!)

Gute Straßen gehören zu einer mobilen Gesellschaft und zu einer Wirtschaft, die auf Export ausgerichtet ist. Sie sind Grundvoraussetzungen einer guten Infrastruktur. In

dem Bestreben, einen schuldenfreien Staatshaushalt aufzustellen, wurden in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts - das gebe ich zu - Einsparungen durchgeführt; es kam da zu harten Einschnitten. Dies hat zu einem Investitionsrückstand geführt. Darauf hat der Oberste Rechnungshof zu Recht hingewiesen. Mit dem vorliegenden Etat reagieren wir auf diese Hinweise. Für das Jahr 2011 stehen im Staatshaushalt insgesamt 148 Millionen für den Staatsstraßenbau zur Verfügung, wenn man die Kosten für Planungen abzieht. Aus dem Einzelplan 13 sind 42 Millionen dazugekommen, weitere 25 Millionen kamen für die Frostschäden dazu. Es stehen damit insgesamt 215 Millionen zur Verfügung. Darauf, dass wir das erreicht haben, sind wir stolz. Unsere Zielsetzung ist es, auf Dauer 200 Millionen plus X zur Verfügung stellen zu können. 2004 waren wir mit 97 Millionen auf einem Tiefpunkt; jetzt sind wir bei 215 Millionen. Ich glaube, das ist ein gewaltiger Anstieg.

Sie von den GRÜNEN lehnen den Bau von Umgehungsstraßen ab; das können Sie tun. Aber ich sage Ihnen: Unzählige Bürgerinnen und Bürger warten auf den Bau von Umgehungsstraßen, damit sie vom Verkehrslärm befreit werden. Sie können das ruhig ablehnen; aber wir werden auch künftig Umgehungsstraßen bauen.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Nennen Sie doch mal die Zahlen für 2012!)

Unser Ziel muss es sein - und damit komme ich zum Schluss -, alles zu tun, um die Straßeninfrastruktur weiter auszubauen und damit die Mobilität unserer Gesellschaft zu gewährleisten und die Entwicklung gerade der ländlichen Räume zu fördern. Der Einzelplan 03 B ist nämlich auch ein Programm für die ländlichen Räume. Angesichts der finanzpolitischen Lage und der Schwerpunktsetzung in diesem Hause ist der vorliegende Einzelplan 03 ein gutes Ergebnis. Ich bitte deshalb, dem Einzelplan 03 zuzustimmen, und bedanke mich bei allen, die daran mitgewirkt haben, insbesondere beim Vorsitzenden unserer Fraktion Georg Schmid,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

beim Vorsitzenden unseres Ausschusses Georg Winter, und bei den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses und des Innenausschusses. Mein besonderer Dank gilt natürlich den Ministern Herrmann und Fahrenschon.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Sie haben noch eine Zwischenbemerkung zu beantworten; Kollege Halbleib hat das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Staatsminister a. D., ich kann fast jedes Wort, das Sie vorgetragen haben, unterstreichen.

(Josef Miller (CSU): Das ist schön!)

Können Sie mir erklären, wie der Etatansatz im Doppelhaushalt bei den Staatsstraßen für 2012 zustande kommt? In dem von Ihnen beschlossenen Entwurf sehen Sie einen tiefen Absturz der Mittel für den Staatsstraßenbau vor. Wir sind weit entfernt von einer ansteigenden Linie bzw. von den 200 Millionen plus X, sondern wir sehen das Gegenteil. Sie beschließen heute das Gegenteil von dem, was Sie heute am Redepult erklärt haben.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Miller, bitte zur Erwiderung.

Josef Miller (CSU): Herr Kollege Halbleib, ich habe hier von 2011 gesprochen. Das, was 2012 geschieht, erklären wir beim Nachtragshaushalt.

(Beifall bei der CSU - Lachen bei der Opposition - Harald Güller (SPD): Da muss der Miller selbst lachen!)

- Sie hätten uns die Steigerungen nie zugetraut. Wir sind zu vielem fähig!

(Allgemeine Heiterkeit - Ludwig Wörner (SPD): Aber zu nichts nütze!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Im Moment liegen mir keine Meldungen für weitere Zwischenbemerkungen vor, sodass ich Sie an Ihren Platz entlassen kann. Der nächste Redner in der Debatte ist Herr Kollege Ludwig Wörner für die SPD-Fraktion.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister! Ihre Rede ist mir heute so vorgekommen wie der Ausspruch frei nach Karl Valentin: Mögen hätte ich schon gewollt, aber tun habe ich mich nicht getraut.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie dem bayerischen Wohnungsbau antun, ist genauso schlimm wie das, was Ihr Parteikollege Schneider dem Wohnungsbau seinerzeit angetan hat. Sie produzieren bewusst ein Desaster. Sie selbst haben erst vor nicht ganz einem Jahr gesagt: In den nächsten 15 Jahren brauchen wir rund eine Million Wohnungen. Richtig; da haben Sie völlig recht. 30.000 Wohnungen haben wir gebaut oder wollen wir bauen, das heißt: 260.000 Wohnungen bleiben übrig, die nicht gebaut werden und deren Fehlen die Mieten gnadenlos hochtreiben wird. Mangelwirtschaft führt zu solchen Folgen, und diese Folgen haben in erster Linie die kleinen Leute auszubaden bzw. die Leute, denen Sie heute weniger Beamtenbesoldung bezahlen. Das sind die Leidtragenden - nicht die Großen. Jeder, der genügend Geld hat, kann sich in München eine Wohnung leisten. Aber diejenigen, die diese Städte und Ballungsräume am Leben halten müssen, von der Krankenschwester über den Pfleger bis zu den Beamtinnen und Beamten, können sich die Mieten in den Ballungsräumen nicht mehr leisten. Dann schiebt man die Probleme in Form von Mietbeihilfen ganz locker den Kommunen zu. Das kann man zwar eine Zeit lang machen, aber die Kommunen können das auf Dauer nicht bezahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb bin ich etwas überrascht davon, dass Sie hier so zu tun, als wären die Mittel für den Wohnungsbau aufgestockt worden oder zu-

mindest gleichgeblieben. Schmarrn! Zusammengestrichen habt ihr die Mittel, gnadenlos!

(Zuruf von der CSU: Nur minimal!)

- "Minimal" nennen Sie das? Dafür hätte man viele Wohnungen bauen können. Ich sage Ihnen: Begonnen hat damit ein CSU-Minister in Berlin, ich glaube, er heißt Ramsauer. Dieser Herr hat erst einmal die "Soziale Stadt" rasiert. Auf Intervention aus Bayern hat er wieder etwas nachgebessert, das reicht aber bei Weitem nicht. Dann haben Sie auch noch einmal gekürzt, anstatt die Mittel wieder anzuheben. Meine Damen und Herren, wer den Wohnungsbau an sich reißt, wie Sie es in der Föderalismusdiskussion getan haben, muss ihn dann auch bezahlen; denn dann muss er die Verantwortung übernehmen. In der Bayerischen Verfassung steht der klare Auftrag: Von ausreichend preiswertem Wohnraum ist da die Rede. Was machen Sie? - Sie lassen die Zügel schleifen, streichen die Mittel für Städtebauförderung. Im Programm "Soziale Stadt" kommen in diesem Jahr noch 450.000 Euro für neue Projekte an. Alles andere ist schon verplant für bereits laufende Projekte. Wer mit dem Programm "Soziale Stadt" so schändlich umgeht, der sorgt für sozialen Sprengstoff in den Städten und Ballungsräumen;

(Beifall bei der SPD)

der sorgt dafür, dass es in den Städten wieder Verslumungstendenzen gibt; der sorgt dafür, dass die Kommunen das, was sie bisher geleistet haben - Aufbau von Reparaturbetrieben, um Fehler der Vergangenheit auszubügeln -, nicht mehr leisten können. Sie von der Koalition machen das alles gemeinsam mit dem Bund, gemeinsam mit Ramsauer wieder kaputt.

Angesichts dessen kann man nicht so tun, als ob die Welt heil sei. Nein, meine Damen und Herren, die Welt im Wohnungsbau ist längst nicht mehr heil. Die Dramatik nimmt durch Ihre rigiden Sparmaßnahmen sogar noch zu. Sie sorgen dafür, dass das

Geld fehlt. Sie sorgen auch dafür, dass nichts mehr nachkommt; das ist noch viel fataler.

Dann geht es um Kleinigkeiten wie zwei Millionen oder fünf Millionen Euro für den Liftbau. Das muss man sich einmal vorstellen, bei dem Haushalt! "Liftbau" heißt in der Altbausanierung, die Wohnungen altengerecht zu machen bzw. zu erhalten. Sie reden doch immer davon, dass sich die Generationen ändern und dass wir immer älter werden. Richtig! Die alten Menschen sollen möglichst lange zu Hause leben, weil sie dort tatsächlich zu Hause sind und preiswerten Wohnraum haben. Nach Einbau eines Lifts können die Menschen länger in ihrer Wohnung leben. Dafür braucht es aber Mittel; sonst schlägt der Lifteinbau voll auf die Miete durch. Genau das wollen wir mit diesem Antrag verhindern - ein Tropfen auf den heißen Stein!

Wenn ich zu den Koalitionsfraktionen hinüberschaue, sehe ich dort manchen sitzen, der etwas versprochen, das aber nie gehalten hat. Zuerst hieß es, man könne da durchaus etwas tun. Wenn man aber tatsächlich Geld wollte, war komischerweise keines da. Deswegen haben wir diesmal den Antrag gestellt. Die CSU hat ihn im Ausschuss abgelehnt. Wir verlangen dazu eine namentliche Abstimmung, weil wir den Menschen sagen wollen, was Sie nicht für sie tun.

Ich meine, es wäre auch notwendig gewesen, Genossenschaften stärker zu fördern. Demjenigen, der - wie die FDP - sagt, das sei eine Sonderförderung für Einzelne, kann ich nur antworten: Gerade recht! Das ist die einzige Form des Wohnungsbaus, die kein Geld damit verdienen will, sondern die nur preiswerten Wohnraum zur Verfügung stellen will. Wer diesen Ansatz nicht fördert, weil ihm die Begrifflichkeit nicht gefällt, der muss doch von gestern sein.

Im Übrigen darf ich daran erinnern, dass man anderen Genossenschaftsformen durchaus Förderungen zuteil werden lässt. Dort argumentiert man nicht, das verzerre den Wettbewerb. Ich sehe dort Landwirte sitzen und sage ihnen: Jawohl, zu Recht fördert

man in diesem Bereich Genossenschaften. Warum soll das im Wohnungsbau nicht möglich sein? Warum behauptet man dort, das gehe nicht?

Wir hätten uns zumindest gewünscht, dass Sie zinsverbilligte Darlehen für Genossenschaften zur Verfügung gestellt hätten; denn das wäre gut investiertes Geld gewesen. Die Menschen, die in Genossenschaftswohnungen leben, brauchen in späteren Jahren nichts vom Staat, sondern sie können sich ihre Wohnung tatsächlich leisten.

Herr Innenminister, ich finde es fantastisch, dass Sie eine Lobrede auf eine große alte Genossenschaft in Bayern gehalten haben. Sie haben gesagt, wie toll Genossenschaften seien. Schön wäre es gewesen, wenn Sie auch zu den Fördermitteln Ja gesagt hätten. Das wäre sogar entscheidend gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Das Lob allein nützt niemandem. Es nützt nur etwas, wenn man solche Dinge auch monetär anerkennt. Wir hätten uns genau das von Ihnen gewünscht, um zu verdeutlichen, wie wichtig Ihnen diese Wohnform ist. Die Wohnungsgenossenschaften müssen ihrer wohnungspolitischen Versorgungsaufgabe gerecht werden können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch zum Straßenbau kommen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen Aktien von Geländeauto- und Geländemotorräderherstellern hat. Den Eindruck kann man gewinnen, wenn man sieht, welche Zustände Sie auf den bayerischen Straßen hinterlassen haben. Das kann man höchstens noch als Konjunkturprogramm für Kfz-Werkstätten - neue Stoßdämpfer, neue Reifen, neue Felgen - durchgehen lassen. Etwas anderes ist das jedenfalls nicht mehr.

Übrigens verbergen Sie eines ganz schamhaft: Beim Brückenbau gibt es noch viel mehr Nachholbedarf als im gesamten Staatsstraßenbereich. Das versäumen Sie völlig. Wie können Sie angesichts all dessen davon reden, Sie hinterließen unserer Jugend keine Schulden? Genau Sie hinterlassen Milliarden von Schulden, indem Sie Straßen und Brücken nicht sanieren. Das wäre seit Jahren dringend geboten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir das nicht schnell nachholen, werden wir irgendwann Probleme beim Transport bekommen. Dann muss die Überfahrt über einige Brücken beschränkt werden, was dazu führt, dass der Transport auf der Straße, den Sie so hoch schätzen, nicht mehr wie bisher stattfinden kann. Mir soll es recht sein, wenn wir den Transport auf die Schiene verlagern, aber das wird nicht überall in Bayern funktionieren, weil die entsprechenden Schienensysteme gar nicht vorhanden sind.

Ich bitte Sie, unseren Anträgen zuzustimmen, vor allem den beiden Anträgen, zu denen wir namentliche Abstimmung beantragt haben. Wir halten es für dringend geboten, in den dort aufgeführten Bereichen nachzubessern.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER darf ich Herrn Kollegen Alexander Muthmann nach vorn bitten. Herr Muthmann, Sie haben das Wort.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Fischer hat Weisheiten aus den Zeiten Ciceros zitiert. Ich hoffe, dass sich die Regierungskoalition, wenn es um die Staatsstraßen geht, nicht am Zustand der Via Appia orientiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Unruhe bei der CSU - Zuruf des Abgeordneten Bernd Sibler (CSU))

- Herr Kollege Sibler, für damalige Verhältnisse war der Zustand eigentlich super. Aber die Weisheiten werden auf dem Stand von heute weitertransportiert. Doch auch das stimmt an dieser Stelle nicht, wenn es um nachhaltiges Wirtschaften geht.

Der Herr Innenminister hat zu Recht darauf hingewiesen, wie wichtig die Staatsstraßen im Gesamtkonzert der Straßen sind - für die Pendler, für die Wirtschaft, für den

Tourismus, kurz, für alle, die mobil sein wollen und mobil sein müssen. Er hat auch darauf hingewiesen, dass dieses Programm als Zukunftsinvestition zu verstehen ist.

Wir haben nach Bekanntwerden der ersten Zahlen im Rahmen einer Aktuellen Stunde schon einmal über dieses Thema debattiert und darauf hingewiesen, dass in den Haushalt schlicht zu wenig Mittel eingestellt sind. Man braucht nur den Gesamtbedarf zusammenzählen: den normalen Unterhaltsbedarf, das Abarbeiten des Sanierungss-
taus und das Programm für den Um- und Ausbau der Staatsstraßen auf der Grundlage des uns vorgelegten Investitionsprogramms. Das sind summa summarum immerhin 270 Millionen Euro im Jahr. Wir erkennen durchaus an, dass es nach den Ergänzungen der vergangenen Tage und Wochen zumindest für das Jahr 2011 ein akzeptables Ergebnis gibt, auch wenn das eigentlich notwendige Niveau noch nicht erreicht wird. Lieber Kollege Rotter, wir waren uns schon vor ein paar Wochen in der Bewertung einig, dass der erste Ansatz zu gering ausgefallen war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Miller, wir haben aber über einen Doppelhaushalt zu beraten. Wir reden nicht nur vom Jahr 2011, sondern wir müssen auch das Jahr 2012 betrachten. Was Letzteres angeht, so haben wir für diesen Bereich mickrige 110 Millionen Euro zu verabschieden. Das ist völlig indiskutabel. Auch unter den Gesichtspunkten nachhaltigen Haushaltens ist das nicht vertretbar, weil allein die Unterhaltsaufgaben den jetzt eingestellten Betrag deutlich übersteigen. Von Ausbau-
planungen, und wenn es solche der ersten Dringlichkeitsstufe sind, braucht man dann überhaupt nicht mehr zu sprechen. Allein die Werterhaltungsaufgabe bei den Staatsstraßen erfordert weit mehr als das, was für das Jahr 2012 eingeplant ist.

Übrigens haben die Verantwortlichen, die die Maßnahmen dann umzusetzen haben, auch keine Planungssicherheit. Die Beamten der Obersten Baubehörde bzw. der Bauämter müssen wissen, wie viel Geld sie - auch im Jahr 2012 - zur Verfügung haben. Wenn hier entspannt gesagt wird, die Planungen für 2012 an dieser Stelle sollten noch nicht ernst genommen werden, weil sie nachgebessert werden müssten, dann wird man der Aufgabe nicht gerecht. Dann wäre es besser, wir würden einen

Haushalt bloß für ein Jahr aufstellen. Aber Sie sind angetreten, für zwei Jahre zu planen. Wenn dann für das zweite Jahr ein so trauriger Ansatz vorgelegt wird, ist das schlichtweg indiskutabel.

Wir erwarten die Verstetigung der Mittel in diesem Bereich. Wir erwarten eine vernünftige, langfristige Planung. Dazu gehört, dass die Mittel bereitgestellt werden, die die Realisierung des Ausbauplans ermöglichen. Das alles ist mit dem Haushaltsansatz zumindest für das Jahr 2012 nicht annähernd zu erreichen.

Um den Prinzipien Ciceros auch an dieser Stelle gerecht zu werden, wollen wir natürlich auch einfordern, dass die Bestandserhaltung vor Neu- und Ausbaumaßnahmen wahrgenommen wird. Das ist auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Wenn man verantwortungsvoll mit dem Vermögen des Freistaats im Bereich der Staatsstraßen umgeht, muss man mehr Geld einsetzen. Hier im kameralistischen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung einen Ausgleich zu machen - damit wiederhole ich meinen Beitrag aus der Aktuellen Stunde -, wird den Prinzipien nachhaltigen Wirtschaftens nicht gerecht, wenn man dem Straßenbau nicht das Geld zur Verfügung stellt, das für die Werterhaltung und den guten Zustand der Staatsstraßen überall benötigt wird. Was die Via Appia damals an Niveau hatte, Kollege Sibler, wollen wir heute auf das Niveau des Jahres 2011 und vor allem des Jahres 2012 heben. Dafür ist mehr nötig, als Sie für den Haushaltsansatz vorgelegt haben. In diesem Sinne können wir Ihre Vorstellungen nicht akzeptieren. Sie werden unsere Ablehnung verstehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebe ich nun Christine Kamm das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ministerpräsident Seehofer hat heute zu Beginn seiner Rede erwähnt, dass eine Katastrophe wie Fukushima ein Umdenken erfordere: ein Umdenken bei der

Atomenergie, aber auch bei den erneuerbaren Energien und bei der Energieeinsparung. Allerdings scheint er damit bei Ihnen auf taube Ohren zu stoßen.

Der Einzelplan 03 B ist ein Haushaltsabschnitt, bei dem man sehr gut zeigen kann, wie ernst man es mit der Energieeinsparung meint. Beispiel: Gebäudesanierung. Der Primärenergiebedarf liegt immerhin bei 350 staatlichen Liegenschaften - Polizeigebäude, Universitätsgebäude, Behördengebäude usw. - bei über 400 kWh pro Quadratmeter und Jahr, bei 260 Gebäuden immerhin zwischen 300 und 400 kWh und bei weiteren 640 Gebäuden bei über 200 kWh pro Quadratmeter und Jahr. Da hat man bei der Energiesanierung einen ganz enormen Nachholbedarf. Aber was machen Sie? Sie kürzen die Unterhaltsmittel und die Mittel, die man für die Bauunterhaltung braucht. So werden Sie den Zukunftsanforderungen keinesfalls gerecht. So werden Sie Ihren Gebäudebestand nicht in der gebotenen Zeit energetisch sanieren können.

So verschieben Sie finanzielle Lasten in die Zukunft und lassen zusätzlich klimaschädliche Gase entstehen.

Ich komme nun zur Wohnungsbauförderung. Leider wurden auch hier die Mittel gekürzt. In Berlin kürzt man sehr stark auch im KfW-Bereich. Die Wohnungsbaufertigstellungen sind in Bayern weiterhin auf einem extrem niedrigen Niveau. In den Kommunen wachsen die Aufgaben und die finanziellen Lasten bei der Wohnungsversorgung von Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind.

Sie kürzen insbesondere beim sozialen Wohnungsbau. In ganz Bayern gibt es mittlerweile keine 135.000 Sozialwohnungen mehr. Allein in den kommenden fünf Jahren werden weitere 70.000 Sozialwohnungen aus der Bindung fallen. Bestenfalls ein Zehntel davon wird ersetzt werden. In München spitzt sich die Wohnungsnot besonders zu. Hier werden 10.000 Wohnungen aus der Bindung fallen.

In der heutigen Debatte haben Sie, Herr Schmid, die Probleme der Landesbank elegant umschifft. Aber wir hoffen sehr, dass diese Probleme nicht auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter ausgetragen werden. Wir hoffen sehr, dass die Wohnungen

der Landesbank weiterhin sozialverträglich bewirtschaftet und nicht irgendwann günstig an einen meistbietenden Investor verhökert werden. Da haben Sie eine große Aufgabe bei der Lösung dieses Problems.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich zum Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt". Unser Innenminister besucht alle vier bis fünf Wochen eine Kommune, um die Erfolge dieses Programms zu loben.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Jede Woche bin ich in einer anderen Kommune!)

- Also jede Woche sind Sie in einer Kommune, um die Erfolge der "Sozialen Stadt" zu loben. Das ist wunderbar!

Sie haben auch gesagt, Sie wollten in Berlin darauf drängen, dass nachgebessert wird und die Städtebauförderung 2012 wieder auf das Niveau von 2010 kommt. Wir sagen Ihnen, Herr Innenminister: Setzen Sie sich in Berlin bei Ihrem CSU-Bundesbauminister und dem kleinen Koalitionspartner endlich durch. Lassen Sie sich nicht länger an der Nase herumführen! Es kann doch nicht wahr sein, dass ein so sinnvolles Programm aufgrund ideologischer Verblendungen gestoppt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kürzungen im Haushaltsentwurf beim Bauunterhalt, bei der Wohnungsbauförderung und bei der "Sozialen Stadt" wurden von Ihnen durchgewinkt. Aber beim Staatsstraßenbau ist es Ihnen doch gelungen, Mittel zum Aufsatteln zu finden. Wie kann das sein? Da findet man Mittel, dort findet man aber keine Mittel. Für die Beamten konnte man auch keine Mittel finden. Aber beim Staatsstraßenbau findet man die Mittel.

Besonders ärgerlich ist an dieser Sache, dass Sie pauschale Mittel einstellen. Bei 41,6 Millionen Euro Verstärkungsmittel weiß kein Mensch, ob die in den Bauunterhalt

oder in den Ausbau dieser Straße oder in den Ausbau jener Straße fließen. Ich hatte schon erwartet, dass Sie wenigstens eine Liste vorlegen, aus der genau hervorgeht, welche Maßnahmen Sie finanzieren wollen. Sie sollten hier nicht pauschale Töpfe eröffnen, die letztlich der Haushaltswahrheit und -klarheit widersprechen und intransparent sind.

Sie haben auf den Ausbauplan Staatsstraßenbau verwiesen. Das ist ein unglaubliches Märchenbuch. Da werden allein in der Dringlichkeitsstufe 1 für eine Milliarde Euro Maßnahmen aufgeführt. Aber diese Mittel können Sie nie aufbringen. Den Kommunen landauf, landab streuen Sie Sand in die Augen.

Wer meint, den Kommunen versprechen zu können, dass man durch Umgehungsstraßen die Verkehrslärmprobleme lösen könne, streut den Kommunen Sand in die Augen, Herr Miller.

Wer meint, den ländlichen Raum besser anbinden zu können, sagt ebenfalls nicht die Wahrheit. Schauen Sie sich doch den Staatsstraßenausbauplan an. Viele Straßen in der Dringlichkeitsstufe 1 sind bezüglich der verkehrlichen Wirksamkeit mit der Bewertung "null" versehen, Herr Schmid. Dazu wird der Umweltfaktor "minus 2" angegeben; das ist also ein negativer Umweltfaktor.

Ich komme daher zum Flächenverbrauch. Wir verbrauchen in Bayern täglich 16,4 ha Fläche. Davon entfallen 42,5 % auf den Verkehr. Wir können so nicht weitermachen. Wir dürfen unser Land, von dem wir morgen leben wollen, nicht zubetonieren. Wir müssen umdenken und die Verkehrsprobleme anders lösen, nicht durch Illusionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Die nächste Wortmeldung kommt von Christian Meißner von der CSU.

Christian Meißner (CSU): Herr Präsident, so viel Haushalt und leider so wenig Redezeit - das zwingt mich, mich zu beeilen. Ich will den Abend für niemanden verlängern.

Herr Kollege Fischer - ich erwähne das, damit Sie sehen, wie bei uns in der Koalition die Verteilung ist - ist für das Gute und Schöne zuständig. Deswegen zitierte er Cicero. Da bleiben für mich nur Hanisch, Tausendfreund und Schneider. Dazu will ich in der gebotenen Kürze ein paar Worte sagen.

Wer die Debatte verfolgt hat, hat gemerkt, dass sich einige Kolleginnen und Kollegen der Opposition sehr anstrengen müssen, um sich da hineinzusteigern, weil sie im Grunde ihres Herzens, auch wenn sie es im Plenum nicht zugeben, wissen, dass es hier um einen soliden Haushalt für die Bereiche 03 A und 03 B insgesamt geht. Es ist natürlich gut, dass in diesem Jahr in der polizeilichen Kriminalstatistik - allen Respekt, Herr Innenminister - eine Leistung der Polizisten dargestellt werden kann, die sich ganz einfach sehen lassen kann.

Und nun ein Wort zu Ihnen, Herr Kollege Schneider. Sie haben zwischendurch selber einmal gegrinst, als Sie sich anstrengen mussten, sich richtig aufzuregen.

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

- Ja, das stimmt so, so sind sie halt, die Unterfranken. Die Pressemitteilungen des Kollegen Schneider hebe ich mir immer als Abendlektüre auf. Wenn im Laufe des Tages nämlich der eine oder andere Frust steigt, dann kann ich den beim Schmunzeln über die Pressemitteilungen des Kollegen Schneider gut abbauen.

(Beifall bei der CSU)

Er meint zum Beispiel, man müsse nach Rheinland-Pfalz oder Mecklenburg-Vorpommern oder sonst wo hinschauen, und die dortige mit der hiesigen polizeilichen Kriminalstatistik vergleichen. Nachdem er aber vom Fach ist, weiß er genau, dass sich die Kolleginnen und Kollegen in diesen Ländern bei der Kriminalitätsbelastung auf einem ganz anderen Niveau bewegen als wir. Ich freue mich auch, wenn es diesen Kolleginnen und Kollegen gelingt, die Kriminalitätszahlen dort insgesamt zu senken. Aber Sie müssen sich doch darauf besinnen - ich würde mich freuen, wenn ich einen solchen

Absatz am Abend lesen könnte -, dass wir hier nicht Äpfel mit Birnen vergleichen können. Das wäre ungefähr so, wie wenn ich 100 Meter in 14 Sekunden lief - seien wir einmal realistisch -, und dann wäre es für mich eine große Steigerung, wenn ich das plötzlich in 13 Sekunden schaffen würde. Im Grunde würde mir das nicht schaden, und ich wäre dann auch richtig gut auf diesem Niveau. Aber, lieber Kollege Schneider, wir reden hier von einem Bereich zwischen 9,7 auf 9,5 Sekunden für 100 Meter. Vor diesem Hintergrund sollten wir allen Polizeibeamten unseren herzlichen Dank sagen. Mein ungeheurer Respekt gilt deren Leistung.

(Beifall bei der CSU - Zurufe und Unruhe)

Zur Sachausstattung nur ein kurzes Wort; denn ich habe nicht allzu viel Redezeit. Da wird beispielsweise nach den Polizeihubschraubern in Rheinland-Pfalz gefragt. Das sei dort doch bestimmt ganz prima. Die Antwort aus Rheinland-Pfalz kommt prompt: Alle Hubschrauber sind wartungsbedingt außer Betrieb. Anfrage nach Bayern: Ihr habt doch komplett neue Hubschrauber; vielleicht könnt ihr uns aushelfen. Das wäre doch mal ein Thema für eine Pressemitteilung.

(Heiterkeit bei der CSU)

Insgesamt will ich die Situation weiß Gott nicht schönreden. Es gibt durchaus auch bei uns hier und da Baustellen. Verschiedene sind angesprochen worden. Aber alles so darzustellen, als hätten wir massive Probleme an allen Ecken und Enden, das ist einfach nicht realistisch.

Wir haben oft genug zugegeben und eingeräumt, dass wir in den Haushaltsjahren 2003 ff gerade bei den einzustellenden jungen Polizeibeamtinnen und -beamten zu drastisch gespart haben. Das hat zu Problemen geführt. Da dürfen Sie es uns heute aber nicht übel nehmen, wenn wir jetzt sagen, wir haben das Problem erkannt und auch schon Korrekturen vorgenommen, wie es im Koalitionsvertrag festgelegt ist. Wir haben die Problematik inzwischen abgearbeitet einschließlich der Reduzierung auf die 40-Stunden-Woche. Das bedeutet gerade für die problematischen Dienststellen - Kol-

lege Hanisch hat das vorhin durchexerziert -: Abhilfe ist in Sicht. Da finde ich es sehr seltsam, wenn Sie nun sagen, die Abhilfe sei noch nicht da. Ich denke, Sie müssen uns schon die Zeit geben, die Leute ordentlich auszubilden. Das ist doch auch im Sinne der Dienststellen, an denen sie später tätig sein sollen.

Dann sage ich Ihnen noch etwas. Wenn es nun ans Verteilen geht, werden wir uns intern, aber auch insgesamt im Ausschuss mit dieser Frage auseinandersetzen müssen. Trotzdem bin ich sofort an Ihrer Seite bei dem Wunsch, nicht alle durch München oder eine sonstige Großstadtschleife laufen zu lassen, sondern sie schneller in die Dienststellen zu bringen, wo sie die vorhandenen Lücken schließen können. Da wird es sicherlich noch eine spannende Debatte geben, und ich wünsche mir, diese auch führen zu können.

Insgesamt sind wir auf einem guten Weg. Zugegebenermaßen haben wir manches versäumt, aber inzwischen haben wir alles repariert, und da sind wir, wie gesagt, auf einem guten Weg. Ich hätte noch viele weitere gute Ideen und Anmerkungen. Aber leider geht meine Redezeit nun zu Ende.

(Alexander König (CSU): Eine Minute noch!)

Deswegen nur noch ganz kurz ein Wort zu den Staatsstraßen. Ich verstehe die Ablehnung der GRÜNEN nicht. Einig sind wir uns - da wird zwar manchmal hier im Hohen Haus übertrieben, aber das gehört zum Geschäft -, dass die Staatsstraßen in einem problematischen Zustand sind. Jetzt unsere Mittelerhöhung für diesen Bereich abzulehnen, ist dann nur noch ein Reflex.

(Alexander König (CSU): Eine Unverfrorenheit ist das!)

Diese Staatsstraßen sind ein Stück Volksvermögen, und ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir diese in einem guten Zustand halten.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Aber keine neuen bauen! Darum geht es doch!)

- Frau Kollegin Gote, Sie können doch den Staatsstraßenbau nicht insgesamt zum Erliegen bringen. Die Mischung macht's. Wir müssen die Schäden reparieren, wir müssen einen guten Zustand erhalten bzw. wiederherstellen. Bei Gott, wir werden doch in diesem Land, wo wir den ländlichen Raum unterstützen, noch ein paar neue, dringliche Projekte anpacken dürfen!

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Liebe Frau Kollegin, das können Sie auch mit Lautstärke nicht verhindern; denn das gebietet einfach die Vernunft.

(Beifall bei der CSU)

Nun komme ich wirklich zum Schluss. Ich hätte noch gerne viele weitere Stellen für die Polizei, und ich hätte auch noch gern mehr Stellen für die Feuerwehrschoolen. Auch würde ich noch manchen anderen Ansatz weiter gerne erhöhen, lieber Kollege Schneider. Ich denke an mehr Geld und Sachmittel in der Wohnraumförderung oder auch in der Städtebauförderung. Auch die staatlichen Hochbaumaßnahmen empfinde ich als problematisch. Darauf werden wir in den kommenden Jahren achten müssen. Insgesamt meine ich allerdings, dass wir einen Haushalt vorgelegt haben, der sich sehen lassen kann.

Bezüglich der Mittel für die Staatsstraßen in den Jahren 2011/2012 ist festzustellen, dass wir über die Jahre über der 200-Millionengrenze bleiben müssen, da wir nur dann auf einem guten Weg sind. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Einzelplan.

(Alexander König (CSU): Sehr gut! - Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Nun habe ich noch unseren Innenminister Joachim Herrmann auf der Rednerliste. Sie haben das Wort, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit ein paar wenigen Sätzen nur auf einige Dinge eingehen, die hier grob falsch dargestellt wurden und die ich richtig stellen möchte.

Einige der Kollegen haben behauptet, für die Polizei gebe es in diesem Etat weniger Geld als in den letzten Haushalten. Das ist schlichtweg falsch. Im Sachhaushalt 2011 sind 10 Millionen Euro mehr ausgewiesen. Dazu muss man wissen, dass die Sachausstattung der Polizei im vergangenen Doppelhaushalt im gleichen Haushaltsabschnitt 60 Millionen allein für die Beschaffung neuer Hubschrauber auswies. Diese Anschaffung fällt in diesem Jahr weg. Da kann man wirklich nicht von einer schlechteren Ausstattung sprechen.

Und jetzt noch eine Zahl dazu, wie die Situation in der Polizei insgesamt aussieht. Herr Kollege Schneider, Sie kennen das ja. Als ich 1994 in diesen Landtag gekommen bin, sind pro Jahr 40 % derjenigen, die bei der Polizei in den Ruhestand gegangen sind, vorzeitig gegangen. So groß war damals die Belastung, und so angespannt war damals die Stimmung unter den Kollegen. Im vergangenen Jahr sind 17 % vorzeitig in den Ruhestand gegangen. Das ist eindeutig eine Entwicklung zum wesentlich Besseren hin.

Deshalb ist es grober Unfug, lieber Herr Kollege Schneider, wenn Sie davon sprechen, dass die Not verwaltet würde. Es bleibt dabei, dass wir das sicherste aller Bundesländer sind und dass wir das einzige Bundesland sind, das weiter Personal aufstockt. Demgegenüber bauen sehr viele Länder - darunter auch sehr viele SPD-regierte Länder - Personal ab. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Wenn dann Not am Mann ist, egal ob Neonazis in Dresden demonstrieren oder Linksaufstände in Berlin oder aber in Garmisch, dann kommen Hilfeersuchen an die bayerische Polizei, einige Hundertschaften zu schicken. Wir tun das auch in der Verantwortung für die Sicherheit der Menschen in ganz Deutschland.

(Beifall des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Es kann natürlich auf Dauer nicht so gehen, wie es die Polizeigewerkschaft zu Recht angemahnt hat, dass wir wesentlich mehr Kolleginnen und Kollegen für Einsätze in anderen Bundesländern zur Verfügung stellen, als diese umgekehrt dann bei uns Dienst leisten.

Und auf noch etwas möchte ich gerne in diesem Zusammenhang hinweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Gestern war ich auf dem Bundeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft in Berlin. Da ist genau diese Thematik bezüglich der Einsätze angesprochen worden, auch bezüglich Gorleben. Ich möchte jetzt nur kurz wiedergeben, was der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Kollege Wendt, bei dieser Gelegenheit dargelegt hat. Wenn nun in Gorleben auch die Bundesvorsitzende der GRÜNEN, Frau Claudia Roth, sich an den Straßenblockaden beteiligt und, wie Herr Wendt ausgeführt hat, ein Stück weit Mitschuld daran hat, dass über Tage hinweg die Polizeikolleginnen und -kollegen, die dort im Einsatz waren, nichts zu essen und zu trinken bekommen haben, weil die Einsatzwege blockiert waren, dann - so hat Kollege Wendt zu Recht dazu gesagt - ist ein solches Verhalten ebenfalls Gewalt gegen Polizisten.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann nur sagen: Wer solches tut, steht in der Tat nicht auf dem Boden unseres Rechtsstaates.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Ja, da geht es um grüne Gewalt!)

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Haushalt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt. Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 4 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 03 A, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7268 mit 16/7273, 16/7275, 16/7329, 16/7330, 16/7345 mit 16/7347 und 16/7349 mit 16/7359 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7586 zugrunde. Der Einzelplan 03 A wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/7586 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 A mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Sehe ich nicht. Damit ist der Einzelplan 03 A mit der vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderung angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläute-

rungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei Enthaltung der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist dies mit Zustimmung der CSU, der FDP und der SPD so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 03 A ist damit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 5. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 03 B, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7276 mit 16/7282, 16/7331 und 16/7360 mit 16/7368 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7587 zugrunde.

Vorweg lasse ich jetzt, wie von der SPD-Fraktion beantragt, über die beiden Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7277 und 16/7280 in namentlicher Form abstimmen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7277 betreffend "Landesmittel zur Wohnraumförderung - Neubewilligungen" abstimmen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19.54 bis 19.59 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Meine Damen und Herren, exakt fünf Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

(Unruhe)

- Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit! Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7280 betreffend "Bayerisches Städtebauförderungsprogramm" durch. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Für dieses Mal stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19.59 bis 20.02 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind jetzt vorbei. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Zu Ihrer Information: Wir müssten jetzt die Sitzung kurz unterbrechen, bis ausgezählt ist. Erst danach kann über den Einzelplan abgestimmt werden. Danach haben wir noch drei sehr kurze Tagesordnungspunkte zu erledigen. - Oder sollen wir diese vorziehen?

(Allgemeine Zustimmung)

Dann schieben wir das jetzt ein. Ich bitte aber um Aufmerksamkeit, damit alles klar verständlich ist, was wir jetzt machen. Bitte, nehmen Sie doch Platz!

Wir ermitteln, wie gesagt, das Abstimmungsergebnis außerhalb des Plenarsaals. Danach wird über den Einzelplan abgestimmt.

(...)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget:

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Der Einzelplan 03 B wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 03 B seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Wer dagegen stimmen möchte, den bitte ich ebenfalls, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, der Fraktion der FREIEN WÄHLER und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Einzelplan 03 B angenommen.

(Siehe Anlage 5)

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist damit bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN so beschlossen.









Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Ministerpräsident Horst Seehofer

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Georg Schmid

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Christine Kamm

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Dr. Martin Runge

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Dr. Otto Bertermann

Abg. Thomas Hacker

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Haushaltsplan 2011/2012;

**Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Ministerpräsidenten
und der Staatskanzlei**

hierzu:

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7139 mit 16/7147)

und

Änderungsanträge

der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7149 und 16/7150)

und

Änderungsanträge

**der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7152 mit 16/7157 und
16/7159 mit 16/7162)**

Zu diesem Einzelplan wurde wie in den zurückliegenden Jahren folgende Redezeitregelung getroffen: Die Gesamtredezeit und die Zahl der Redner ist nicht begrenzt. Jeder Redner darf bis zu 15 Minuten sprechen. Auf Antrag einer Fraktion erhält ein Redner der Fraktion bis zu 45 Minuten Redezeit. Diese Redezeit kann bis zu 15 Minuten auf damit maximal 60 Minuten verlängert werden.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Ministerpräsident Seehofer.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Evangelische Kirche ist ein wesentlicher Bestandteil unseres kulturellen und gesellschaftlichen Lebens in Bayern. Deshalb möchte ich zuallererst dem zukünftigen Landesbischof Professor Dr. Bedford-Strohm zu seiner gestrigen Wahl gratulieren. Wir freuen uns ab November dieses Jahres auf eine gute Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Dies ist nun der zweite Doppelhaushalt, den meine Regierung dem Hohen Hause vorlegt. Der erste Doppelhaushalt war gekennzeichnet von der Krisenbewältigung in den Jahren 2009 und 2010. Der nun zu verabschiedende Doppelhaushalt für die Jahre 2011 und 2012 steht im Zeichen des Aufbruchs und der Zukunftsgestaltung für unser Land. Wir haben für das Jahr 2011 42,5 Milliarden Euro an Gesamtvolumen und für das Jahr 2012 43,1 Milliarden Euro. Ein solches Volumen war in der Geschichte des Freistaats Bayern noch nie gegeben. Es ist notwendig und richtig, mit diesem Ausgabevolumen in die Zukunft zu gehen, weil wir nur so unsere wichtigsten gesellschaftspolitischen Ziele erreichen können.

Der Landtag hat den ursprünglich eingebrachten Entwurf des Kabinetts in seinen Beratungen, wie ich meine, noch verbessert. Deshalb gilt mein erster Dank den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, an der Spitze dem Vorsitzenden Georg Winter, und den beiden Koalitionsfraktionen mit Georg Schmid und Thomas Hacker.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich glaube, wir haben ein sehr gutes Kursbuch. Der Haushalt ist bekanntlich so etwas wie ein Kursbuch für unsere praktische Politik. Noch wichtiger als viele Zahlen, die man diesem Kursbuch entnehmen kann, sind die Wirkungen des Haushalts, wie er draußen ankommt und was er in unserem Land bewirkt.

Deshalb möchte ich ihnen im Folgenden von zwei, drei Tagen im Leben eines Ministerpräsidenten berichten und wiedergeben, wie die Haushalte, die wir verabschiedet haben, und die, die wir verabschieden werden, von Gästen in unserem Land zur Kenntnis genommen werden. Letzte Woche war der belgische König hier in München zu Gast. Das politische Gespräch, das Innenminister Joachim Herrmann und ich mit dem König geführt haben, hat sich beinahe ausschließlich um die Frage gedreht, wie es Bayern schafft, dass die Jugendarbeitslosigkeit zwischen zwei und drei Prozent

liegt, während sie in Belgien bei 25 und mehr Prozent liegt. Diese Frage war ein Kernthema unseres Gesprächs.

Am Tag danach wurden die Arbeitslosenzahlen für Bayern und Deutschland veröffentlicht. Die Bayern sind wieder mit Abstand an der ersten Stelle, was die positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt betrifft.

Am nächsten Tag war ich bei der Eröffnung einer neuen Produktionslinie des Weltkonzerns Nestlé bei uns im Allgäu mit fast 700 Arbeitsplätzen. Ich finde es bemerkenswert, dass ein Weltkonzern, der in 20 Ländern auf dieser Erde zu Hause ist, sich bei einer Zukunftsinvestition im Bereich hypoallergener Nahrungsmittel für den Standort Bayern entscheidet.

Am Freitag - manche von Ihnen waren dabei - war ich in der Stadt und im Landkreis Kitzingen. Ich habe dort einen Automobilzulieferer besucht, dem es jetzt wieder recht gut geht, der aber mit ziemlich einschneidenden Maßnahmen auch dafür gesorgt hat, dass er als Betrieb weiter bestehen und die Arbeitsplätze erhalten konnte. So hat er beispielsweise auf dem Höhepunkt der Krise mit seinen Mitarbeitern vereinbart, vorübergehend auf 10 % beziehungsweise - in Wackersdorf ist das sogar auf Dauer vereinbart worden - auf 8 % des Einkommens zu verzichten.

Diese vier Beispiele zeigen, was sich aus Haushaltszahlen ergeben kann. Ich darf zuallererst festhalten, dass Bayern nach dem Haushalt der Krisenbewältigung in den Jahren 2009/2010 in einem gewaltigen Kraftakt zusammen mit der bayerischen Bevölkerung, den bayerischen Unternehmen und den bayerischen Beschäftigten in diesen Unternehmen am besten aus dieser großen Wirtschaftskrise hervorgegangen ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte jetzt in der Aussprache zum Haushalt 2011/2012 fünf Punkte vertiefen, die mir besonders wichtig sind.

Erstens. Bayern hat eine bärenstarke Wirtschaftskraft. Wir sind die absolute Nummer 1 in der Wirtschaftsentwicklung, in der Wirtschaftskraft, bei der Lage des Arbeitsmarktes. Wir sind praktisch in der Nähe der Vollbeschäftigung. Meine Damen und Herren, das hat mit diesem Haushalt und auch mit dem letzten Doppelhaushalt eine ganze Menge zu tun. Sie wissen, dass wir aufgrund der Konjunkturprogramme eine Rekord-Investitionsquote hatten. Beim jetzt vorliegenden Haushalt freut mich besonders - dazu haben die beiden Koalitionsfraktionen auf der Zielgerade noch wesentlich beigetragen -, dass wir jetzt eine Investitionsquote von 12,1 % haben.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das ist wichtig, Kolleginnen und Kollegen, damit wir den gegenwärtigen Aufschwung verstetigen, soweit wir dies aus dem öffentlichen Haushalt tun können. Ich kann sagen, dass wir mit dieser Investitionsquote von 12,1 % im Jahr 2011 mit Abstand Spitzenreiter der westdeutschen Flächenländer sind. Ich möchte auch erwähnen - die Debatte hierüber in den letzten zwei Jahren war doch sehr intensiv -, dass wir in den zurückliegenden zwei Jahren mit der Mittelstandsförderung, mit Bürgschaften, Garantien und Krediten aus dem Haushalt 4.400 kleinen und mittleren Betrieben bei Schwierigkeiten und bei der Überwindung wirtschaftlicher Probleme infolge der Weltwirtschaftskrise geholfen haben. 4.400 Betriebe - das ist ein Rekordwert!

Damit ist auch die berühmte Frage beantwortet: Darf und soll sich ein Staat unterstützend, helfend einmischen, wenn ein Betrieb infolge von Faktoren, für die er gar nichts kann, in Schwierigkeiten kommt? Diesen Maßstab haben wir in den letzten zwei Jahren angelegt. Wir helfen nicht, um Subventionen zu verteilen, wir investieren nicht in überkommene Strukturen aus der Vergangenheit, sondern wir helfen, wenn die Zukunft durch gute Produkte und durch gute Absatzmärkte gesichert ist. Das ist uns bei 4.400 Betrieben gelungen.

Ich nenne jetzt als Beispiel die Firma Knaus Tabbert aus Niederbayern; sie war eine der ersten Firmen, denen wir geholfen haben. Die Firma Knaus Tabbert stellt jetzt

200 Arbeitskräfte zusätzlich ein. Dieses Beispiel ist ein deutliches Indiz dafür, dass man gerade kleine und mittlere Betriebe bei ganz besonderen Herausforderungen nicht einfach sich selbst überlassen darf, sondern dass es durchaus geboten sein kann, solchen Firmen zu helfen. Wenn diese Firmen dann überleben und ihre Produkte wieder herstellen und auf dem Weltmarkt absetzen können - wir haben 500 bayerische kleine, mittelständische Firmen, die Weltmarktführer sind -, dann ist dies richtig verstandene soziale Marktwirtschaft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das sollten wir auch in der Zukunft tun.

Wir haben eine bärenstarke Wirtschaftskraft und hatten im März eine Arbeitslosenquote von 4,3 %. Ich möchte besonders darauf hinweisen, dass es uns im Vergleich zum März 2009, also innerhalb der letzten zwei Jahre, gelungen ist, die "Luft" zwischen den Arbeitslosenquoten in den bayerischen Regierungsbezirken deutlich zu verringern. Im März hatten wir da eine Spanne von 1,7 %, also fast 2 % zwischen dem Regierungsbezirk, der am stärksten war, und dem Regierungsbezirk, der die meisten Schwierigkeiten hatte. Innerhalb der letzten zwei Jahre konnten wir diese Spanne auf fast 1 %, genauer gesagt auf 1,2 %, reduzieren. Auch das ist wichtig, weil es eine Antwort, ein Echo auf unsere Struktur- und Wirtschaftspolitik ist. Insofern haben wir uns nicht nur insgesamt gut von dieser Wirtschaftskrise erholt, sind gut in die Zukunft gestartet, sondern es ist uns auch noch gelungen, die Spanne zwischen den Regierungsbezirken deutlich zu verringern. Deshalb möchte ich bei diesem ersten Punkt - Bayern hat eine bärenstarke Wirtschaftskraft - betonen: Das war eine Gemeinschaftsleistung. Aber es gibt auch einen Minister, der dafür verantwortlich ist. Jetzt muss er sich aus verständlichen Gründen gerade in Berlin aufhalten, aber ich möchte dem Wirtschaftsminister unserer Koalition, Martin Zeil, für diese Begleitung der Wirtschaftskrise in den letzten zwei Jahren danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das zweite Merkmal dieses Haushalts ist die Generationengerechtigkeit. Wir konnten uns nämlich zum sechsten und siebten Mal darauf verständigen,

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

einen Haushalt aufzustellen, ohne einen einzigen Euro neue Schulden aufzunehmen.

(Markus Rinderspacher (SPD): 10 Milliarden für die Landesbank!)

Ich finde, meine Damen und Herren, das ist deutschlandweit ein Erfolgsmodell.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist die eigentliche Generationengerechtigkeit, das ist in der Finanzpolitik praktizierte Nachhaltigkeit, in der Gegenwart so zu leben, dass wir die Zukunft für unsere Kinder nicht beschädigen oder gar zerstören. Das drückt sich beispielsweise darin aus, dass wir in diesem bayerischen Doppelhaushalt eine Zinslastquote von 2,6 % haben. Das bedeutet: Der Anteil der Zinsausgaben, gemessen an den Gesamtausgaben, beträgt 2,6 %. Uns folgt ein Bundesland mit einer Zinslastquote von 5,5 %. Spitzenreiter ist das Saarland mit 13,4 %.

(Zuruf von der SPD: Wer regiert denn dort?)

Die niedrige Zinslastquote bei uns ist auch ein erfreuliches Datum im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit. Wir setzen in unserem Haushalt klare Schwerpunkte - ich komme noch darauf zu sprechen - und riskieren nicht die Zukunft unserer jungen Generation.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist wiederum eine große Leistung der Koalitionsfraktionen. Aber es gibt einen Kapitän, der das wesentlich gestaltet hat: Ich danke unserem Finanzminister Georg Fahrenschon. Er ist der Finanzarchitekt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das dritte Merkmal unseres Haushalts ist dessen Kommunalfreundlichkeit. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhöhen wir die im deutschen Vergleich ohnehin sehr hohen Leistungen des Landes an die Kommunen um 71 Millionen Euro auf 6,37 Milliarden Euro. Das ist ein Spitzenwert. Damit helfen wir gerade den Kommunen in strukturschwächeren Gebieten; denn der kommunale Finanzausgleich ist so ausgestaltet, dass die Kommunen ihre Haushalte finanzieren und ihre Aufgaben erledigen können. 6,37 Milliarden Euro - ein kommunaler Finanzausgleich, der in den übrigen Flächenländern seinesgleichen sucht. Diese Koalition ist Anwalt der Kommunen!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin stolz darauf - man darf auch einmal stolz sein auf eine eigene Entscheidung -, dass es uns im Rahmen der Hartz-IV-Verhandlungen in Berlin gelungen ist, etwas durchzusetzen, was am Anfang des Jahres sicherlich niemand für möglich gehalten hätte. Sie wissen, dass im Jahr 2003 - damals waren bekanntlich weder die FDP noch die Union in Berlin an der Regierung - die damalige Bundesregierung die Verantwortung für die Grundsicherung der erwerbsunfähigen und der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Land den Kommunen übertragen hat. Daraus resultiert für die Kommunen momentan ein Finanzaufwand von etwa 3,5 Milliarden Euro; er wächst bis zum Ende dieser Legislaturperiode auf 4 Milliarden Euro an. Nach sehr gesicherten Prognosen wird er sich im Laufe dieses Jahrzehnts verdoppeln.

Meine Damen und Herren, im Jahr 2003 ist eine grundsätzlich falsche Weichenstellung erfolgt. Der Grundsatz muss vielmehr lauten: Unsere bayerischen Kommunen sind nicht der Ersatzrentenversicherungsträger für die Alterssicherung in unserem Land.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es ist gelungen, im Rahmen der Hartz-IV-Verhandlungen dafür eine Lösung zu finden. Wir mussten hart kämpfen; das ging nicht immer ohne Streit. Aber wir haben durchgesetzt, dass der Bund in drei Schritten - beginnend ab dem nächsten Jahr, endend im

Jahr 2014 - die volle Finanzlast, die den Kommunen aus der Grundsicherung im Alter erwächst, übernimmt. Damit ist uns ein ganz großer Wurf gelungen. Wir haben gegenüber den Kommunen unser Wort gehalten, in Berlin alles in die Waagschale zu werfen, um sie bei den Ausgaben für Sozialleistungen zu entlasten. Das ist gelungen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Viertens. Bayern ist das sicherste Land der Bundesrepublik Deutschland. Der bayerische Innenminister konnte gestern die Kriminalstatistik des Jahres 2010 der Öffentlichkeit vorstellen. Unter dem Aspekt der Gewährleistung von Sicherheit für unsere Bevölkerung sind das die besten Zahlen seit Anfang der Neunzigerjahre. Wir verzeichnen die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote. Ich weiß aus vielen Begegnungen mit Menschen, die zugewandert sind oder die sich überlegen, ob sie ihren Betrieb hierher verlagern sollen, dass neben den Energiekosten, der Lebensqualität und der Bildungspolitik auch die Frage der Sicherheit für eine Standortentscheidung bedeutsam ist. Bayern ist das sicherste Land!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir gehen auf diesem Pfad weiter. Sie wissen das. Im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern haben wir uns entschlossen, 1.000 zusätzliche Polizeibeamte einzustellen. Wir sind der festen Überzeugung, dass nicht immer der zusätzliche Paragraf, sondern oft eine bessere Polizeipräsenz vor Ort - in U-Bahnen und S-Bahnen, auf den Plätzen in den Städten und Dörfern - den höchsten Gewinn an Sicherheit bringt. Ich danke Innenminister Joachim Herrmann und Justizministerin Beate Merk für die sehr bevölkerungsnahe Sicherheitspolitik im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bitte den Herrn Innenminister und die Frau Justizministerin, diesen Dank an die Verantwortlichen in Polizei und Justiz in Bayern weiterzugeben. Sie haben sich diesen

Dank redlich verdient; denn sie leisten vorzügliche, hervorragende Arbeit. Das haben wir bei den jüngsten Kapitalverbrechen wieder erlebt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünftens. Dieser Doppelhaushalt ist ein Haushalt, mit dem wir auch in Zukunft gewinnen wollen. Obwohl Bayern schon sehr gut aufgestellt ist, wollen wir unser Land in eine Phase des Aufbruchs überleiten. In diesem Zusammenhang geht es vor allem um drei Bereiche, über die in den nächsten drei Tagen sicherlich im Detail diskutiert wird.

Ich nenne als Erstes die Bildung. Bildungspolitik ist die Sozialpolitik schlechthin im 21. Jahrhundert. Sie entscheidet über die Teilhabe junger Menschen an Arbeit, Einkommen und Kultur. Wir stellen in diesem Doppelhaushalt allein für diesen Bereich - Schule, Hochschule, Wissenschaft - zwei Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Deshalb darf ich feststellen, dass Bayern nicht nur hinsichtlich der Bildungsergebnisse, sondern auch hinsichtlich der Bildungsinvestitionen das Bildungsland schlechthin in der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich danke den zuständigen Ministern Ludwig Spaenle und Wolfgang Heubisch für ihre Arbeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir geben auch Gas im Familienbereich. Die im Doppelhaushalt dafür vorgesehenen Ausgaben steigen um 10 %.

Wir geben Gas bei der Kinderbetreuung. Die entsprechende Förderung steigt auf über eine Milliarde Euro. Übrigens dürfen wir alle - die Regierung im Besonderen - stolz darauf sein, dass wir in Bayern weiterhin ein Landeserziehungsgeld - zusätzlich zu den Leistungen des Bundes! - zahlen können, ohne dass wir uns verschulden müssen. Das ist eine großartige Leistung für die Familien im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich danke Familienministerin Christine Haderthauer. Sie ist heute für uns in Tschechien unterwegs, um die tschechisch-bayerische Zusammenarbeit auch auf diesem Feld zu vertiefen.

Auch was das große Kapitel Innovationen angeht, setzen wir Schwerpunkte im gesamten Land, sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum. Die Innovationsförderung umfasst den gesamten Bereich der Zukunftstechnologien, angefangen bei der Elektromobilität über die Medizintechnik bis hin zur Umwelttechnik.

Ich möchte mich heute aus gegebenem Anlass auf einen Innovationsaspekt beschränken, nämlich auf die Energiewende, die als Ergebnis der Vorgänge in Japan vollzogen werden muss. Ich wiederhole gern den Satz aus der Regierungserklärung von vor acht Tagen: Japan hat die Welt verändert.

Man kann sicherlich eine Diskussion darüber führen, wer früher welche Meinung vertreten hat.

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in aller Ernsthaftigkeit: Wenn dieses apokalyptische Ereignis in Japan bei den politisch Verantwortlichen nicht zu einem Innehalten geführt hätte, um Erkenntnisse auch für Deutschland abzuleiten, dann wäre das ein Armutszeugnis für die deutsche Politik gewesen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Mehr möchte ich dazu gar nicht sagen.

Eine Anmerkung an die linke Seite: Alle Kraftwerke, die zum Zeitpunkt des Ereignisses in Japan bei uns in Bayern und im übrigen Deutschland liefen, wären auch zu den Bedingungen des rot-grünen Atomkompromisses noch gelaufen. Kein einziges Kraftwerk

war in Betrieb, weil es etwa die Möglichkeit der Laufzeitverlängerung in Anspruch genommen hatte.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb sollten wir uns in aller Ernsthaftigkeit mit der Energiewende beschäftigen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Ich weiß nicht, was auf dem linken Flügel los ist.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Ministerpräsident, ich darf Sie einen Augenblick unterbrechen. - Es wird darum gebeten, auf der Regierungsbank nicht zu klatschen, auch wenn den Mitgliedern der Regierung danach ist. Wenn dies befolgt wird, kann die Rede in Ruhe fortgesetzt werden. Dass auf der Regierungsbank nicht geklatscht wird, ist eine Verabredung, die wir im Ältestenrat getroffen haben.

Herr Ministerpräsident, Sie können fortfahren.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Herr Präsident, ich verstehe Ihren Hinweis. Er möge beachtet werden. Natürlich bedaure ich, dass sich bei diesen Aussagen mein eigenes Kabinett zurückhalten muss. Aber ich habe dafür Verständnis.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir gehen jetzt die Energiewende an. Ich nenne die wesentlichen Ziele, die wir dabei zu bewältigen haben.

An erster Stelle steht die Maximierung der Sicherheit. Alle Kraftwerke in Bayern werden nach den Maßgaben überprüft, die die Reaktorsicherheitskommission an Schutzzielen und Sicherheitsstandards neu definiert hat. Die Sicherheit hat oberste Priorität. Wenn ein Kraftwerk nachgerüstet oder gar stillgelegt werden muss, weil es den neuen Sicherheitsstandards und Schutzzielen nicht entspricht, kann davon nicht aus wirt-

schaftlichen Gründen, oder weil wir sonst eine Versorgungslücke hätten, abgesehen werden. Die Sicherheit steht an erster Stelle.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nach allem, was ich bisher weiß, sage ich das, was schon letzte Woche von beiden Koalitionsfraktionen gesagt worden ist: Ich glaube, dass im Ergebnis der Sicherheitsüberprüfung wohl kaum damit zu rechnen ist, dass Isar 1 wieder ans Netz gehen kann. Darüber haben wir viel diskutiert. Diese Aussage kann ich auch heute treffen.

Zweitens. Wir wollen eine Beschleunigung der Energiewende. Auch Sie werden sich damit auseinandersetzen müssen: Energiewende besteht aus drei Punkten. Sie ist im Herbst mit einem anderen Zeithorizont beschlossen worden. Jetzt müssen wir die Energiewende beschleunigen. An erster Stelle heißt es da: Energie sparen. Ich glaube, wir können durch zusätzliche Finanzmittel noch eine ganze Menge bei der Gebäudesanierung tun. Das Zweite ist die Energieeffizienz. Wir haben in Bayern Kraftwerke, die wir durch neue Investitionen verstärken können.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Das Dritte ist der Umstieg auf neue Energieträger.

(Anhaltende Unruhe bei den GRÜNEN)

Ich freue mich darüber wirklich. Der Umstieg auf neue Energieträger wird, auch was die Stromnetze, die Inanspruchnahme der Landschaft, vielleicht auch die Flussläufe und vieles andere mehr betrifft, von Ihnen eine Reihe von Nagelproben abverlangen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Man kann nicht ständig abstrakt von diesem und jenem reden, zum Beispiel von erneuerbaren Energien, während man dann, wenn es konkret wird, tausend Gründe findet, das Vorgeschlagene nicht zu tun. Diese Nagelproben können wir Ihnen nicht ersparen. Mit den abstrakten Diskussionen muss Schluss sein.

Ich werde mit allen gesellschaftlichen Gruppen sowie mit der Koalition und allen anderen Fraktionen reden. Dann werden wir sehen, was aus den Grundbekenntnissen wird. Wenn die Politik in das Stadium der Konkretheit eintritt, werden wir sehen, was dann sein wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deutlich möchte ich auch dies ansprechen: Wir haben im Kabinett eine klare Zuständigkeit beim Wirtschaftsminister Martin Zeil, beim Umweltminister Markus Söder, beim Landwirtschaftsminister Helmut Brunner - dabei denke ich an die nachwachsenden Rohstoffe - und bei Marcel Huber, dem Chef der Staatskanzlei. Wir werden bis Mitte Mai in Abstimmung mit der Koalition - das haben wir gestern mit dem Wirtschaftsminister und dem Umweltminister besprochen - im Kabinett beraten und beschließen. Wir werden das Hohe Haus mit den Ergebnissen der Energiewende befassen. Dann werden wir sehen, was aus den abstrakten, theoretischen, grundsätzlichen Bekenntnissen wird, wenn politische Verantwortung übernommen werden muss. In diesem Fall muss politische Verantwortung übernommen werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich sage noch einmal: Es geht um einen Haushalt des Aufbruchs. Wir gewinnen mit ihm Zukunft. Bayern steht stark da: in der Wirtschaftskraft, in der Generationengerechtigkeit, in der Kommunalfreundlichkeit, in der Sicherheit, im Aufbruch bei Bildung, Familie und Innovation.

Die Menschen leben gern in Bayern. Bayern ist etwas Besonderes. Kein anderes Bundesland hat so viel Zuwanderung von innerhalb und außerhalb Deutschlands wie der Freistaat Bayern. Die Menschen fühlen sich bei uns gut aufgehoben und geborgen. Es gibt hier große Angebote in den Bereichen Bildung, Kultur und Sicherheit, aber auch - das ist am allerwichtigsten - in der Lebensqualität und der Lebensperspektive. Bayern ist erstklassig. Bayern ist ein Fünfsterneland. Bayern ist ein Premiumland. Weil wir der Wahrheit verpflichtet sind, müssen wir das aussprechen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Als nächstem Redner erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Markus Rinderspacher, das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aussprache zum Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten dient traditionell der Generalaussprache des Hohen Hauses. Wir stellen jetzt fest: Bis zum heutigen Tag hat die Staatsregierung deutlich mehr Regierungserklärungen abgegeben als die Vorgänger-Regierungen. In immer kürzeren Abständen wird es für die Regierung Seehofer notwendig, die eigenen Kehrtwendungen und Purzelbäume gegenüber dem Parlament und der bayerischen Öffentlichkeit zu rechtfertigen.

(Beifall bei der SPD)

Die Halbwertszeit der Erklärungen überdauert in dieser Regierung häufig nur wenige Wochen, ja, wenige Tage. Die Rasanz, wie aus Angst vor dem Wähler immer wieder aufs Neue abrupte Richtungswechsel vollzogen werden, ist geradezu atemberaubend. Daher ist mehr als fraglich, ob die windelweichen Positionsbestimmungen des Ministerpräsidenten heute über den Tag hinaus Geltung haben werden.

Wenn die Regierung Seehofer überhaupt einen Kompass hat, dann ist dessen Nadel von einem chronisch schweren Schüttelfrost befallen. Die Ausschläge zittern in alle Richtungen. Das wird jeden Tag deutlich. Das einzig Verlässliche in dieser Regierung ist die Unzuverlässigkeit, das einzig Beständige die Unbeständigkeit, das einzig Stetige das Impuls- und Flatterhafte.

Bayern - das hat nicht nur die von der SPD aufgedeckte Meinungsumfragenaffäre des vergangenen Jahres gezeigt - hat eine Regierung, deren Handeln nicht durch politische Grundüberzeugungen geprägt ist. Nein, wirklich alles hat sich dem unbedingten Machtwillen der beiden Koalitionsparteien unterzuordnen. Beide verfolgen unter-

schiedliche Ziele. Die CSU möchte die absolute Mehrheit wiedererlangen. Die FDP möchte auch in den Bayerischen Landtag 2013 einziehen.

(Thomas Hacker (FDP): Das werden wir auch!)

Eines ist klar, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP: Mit dieser sprunghaften und inkonstanten Wackelpolitik werden Sie diese Ziele ganz gewiss nicht erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Verkörpert wird diese Regierung von einem Ministerpräsidenten, der sich als das Ausführungsorgan der Demoskopen versteht. Er gibt nicht die Richtung vor. Er sagt nicht, wohin er mit diesem Land will; auch heute sagt er das wieder nicht. Er sagt den Menschen in Bayern nicht, wohin die Reise geht. Nein, er lässt sich von Meinungsumfragen führen und verführen. Im Zweifel sind dies jene am Parteiinteresse der CSU orientierten Resonanzstudien, die er selbst auf Kosten des Steuerzahlers in Auftrag gegeben hat inklusive Wahlkampftipps, wie der Koalitionspartner FDP am besten zu bekämpfen ist.

(Thomas Hacker (FDP): Aber diese Untersuchungen sind doch schon zweieinhalb Jahre alt!)

Dieses Land, meine Damen und Herren, wird regiert von Horst Emnid und Infratest Seehofer.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sein Motto: Gebt mir eine Umfrage, und ich kenne meine Meinung.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wozu eigentlich ein eigenständiger politischer Kurs? Wohl selten waren Meinungsbildungsprozesse so einfach gestrickt wie in den vergangenen zweieinhalb Jahren, während derer Sie auf dieser Regierungsbank sitzen.

Dieser blanke Populismus, auf den der Herr Ministerpräsident in Interviews auch noch unverhüllt stolz ist und den er als vermeintliche Bürgernähe postuliert, ist nichts anderes als ein Mangel an Verantwortung für die politische Zukunft unseres Landes.

Ich stelle fest: Diese Regierung ist alles andere als konservativ. Diese Regierung ist auch nicht liberal.

(Thomas Hacker (FDP): Auch nicht sozialdemokratisch!)

Diese Regierung ist die kurzatmige Zweckgemeinschaft einer politischen Beliebigkeit, wie man sie in Bayern bis dato nicht kannte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

An die Stelle des Regierens ist das Hinterherhecheln hinter aktuelle Stimmungen und Strömungen getreten.

(Alexander König (CSU): Das hätten Sie wohl gern!)

Eines steht fest: Von den schwarz-gelben Koalitionsverträgen aus den Jahren 2008 und 2009 ist außer ein wenig verblasster Tinte nicht viel übrig geblieben. Aus dem Herbst der Entscheidungen im Jahre 2010 - was ist daraus geworden? Wir wissen, dass es ein Herbst der Fehlentscheidungen war.

Das zunächst glühende Bekenntnis zum transatlantischen Wertebündnis im Bund ist einem wahltaktischen Manöver hin zu einer standpunktlosen Enthaltung in der Libyenfrage gewichen. Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz waren wichtiger als der ständige Sitz im UN-Sicherheitsrat.

(Georg Schmid (CSU): Das ist doch eine Rede für den Bundestag, aber wir sind hier im Bayerischen Landtag!)

Bei der Wehrpflicht, für die CSU und ihren Ministerpräsidenten noch im Frühjahr des vergangenen Jahres ein Markenzeichen, dauerte es nur wenige Tage, bis der Ministerpräsident, wie von oberfränkischer Zauberhand geleitet, umgefallen ist. Versprochen hat Schwarz-Gelb den Menschen im Land mehr Netto vom Brutto für alle; herauskamen Zusatzbelastungen für die Mehrheit, unter anderem durch die Kopfpauschale. Dafür gab es einige sündhaft teure Steuergeschenke für die Hotellerie, für schwerreiche Erben und gewinnstarke Finanzinstitute.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Damals war die SPD aber auch dafür!)

Einer musste mittlerweile die Konsequenzen aus dem Regierungschao ziehen, nämlich Guido Westerwelle. Aber für die Bundeskanzlerin steht zu befürchten, dass der zweite unberechenbare Quälgeist und notorische Einzelspieler in der Berliner Regierungskoalition noch eine Weile CSU-Chef bleibt.

Jetzt - der Herr Ministerpräsident ist wenigstens am Rande darauf eingegangen - kommt die abrupte Kehrtwende in der Atompolitik. Noch im vergangenen Herbst hatten Union und Liberale mit ihrer Entscheidung für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke den von Rot-Grün herbeigeführten gesellschaftlichen Konsens in der Atomfrage ausgehebelt. Nun legt Horst Seehofer in der Energiepolitik den Schalter um, und Markus Söder ruft plötzlich zu einer Demonstration gegen sich selbst auf. Ausgerechnet diese beiden Herren, die im vergangenen Jahr noch ganz anders gesprochen haben als heute! Ich stelle fest: Wenn ein Verlust an politischer Glaubwürdigkeit zur Schrumpfung führen würde, dann könnten CSU und FDP gemeinsam unter dem Teppich Fallschirmspringen üben.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CSU)

Ein Blick in den Haushalt genügt, um zu sehen, dass Sie, Herr Ministerpräsident, es nicht ernst meinen mit Ihrer Energiewende. Kein einziger zusätzlicher Cent ist bereitgestellt. Im Gegenteil, Sie streichen für das Jahr 2012 das Klimaschutzprogramm. Alle diesbezüglichen Anträge der Opposition wurden von Ihnen abgelehnt.

Sie wollen angeblich die Brücke in das Zeitalter erneuerbarer Energien verkürzen. Doch ein Blick in den Haushalt zeigt: Sie stehen de facto mit beiden Beinen fest im Atomzeitalter. Deshalb besteht Ihr energiepolitisches Bekenntnis aus nichts anderem als ein paar warmen Worten. Zur Erinnerung: Am 27. Juli vergangenen Jahres hatten Sie, Herr Seehofer, gesagt, es mache keinen Sinn, Atomkraftwerke abzuschalten, solange sie sicher sind. Und ein Zitat vom Februar 2011 lautet: "Solange die Kernkraftwerke unsere hohen Sicherheitsstandards erfüllen und solange sie für unseren Energiemix unverzichtbar sind, sollten wir sie am Netz lassen."

Sie, Herr Seehofer, Sie ganz persönlich, waren eine treibende Kraft, damit die Laufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland verlängert wurden. Deshalb gehört zu einem glaubhaften Kurswechsel, den wir im Prinzip begrüßen würden, auch das Eingeständnis früherer Fehleinschätzungen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Chance verpasst, dies heute hier deutlich zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte noch eine Vielzahl von Zitaten der Herren Söder, Zeil oder Hacker bringen, erspare mir das aber angesichts der Kürze der Redezeit.

Erstaunlich ist allerdings, dass ausgerechnet Sie, Herr Ministerpräsident, nun zu einem neuerlichen gesellschaftlichen Konsens aufrufen, den Sie selbst mit einer zentralen Entscheidung Ihres "Herbstes der Entscheidungen" aufgekündigt hatten. Heute kündigen Sie an, Sie wollten Gespräche mit allen im Bayerischen Landtag vertretenen Fraktionen führen, also ausgerechnet mit jenen Vertretern der Opposition, die von

Ihnen noch vor wenigen Wochen als ideologisch verblendet, als politische Phantasten und Ökospinner beschimpft und verunglimpft wurden. Nun suchen Sie ausgerechnet Unterstützung und Hilfe bei denjenigen, die Sie noch im vergangenen Atomherbst politisch erbittert bekämpft haben. Jetzt sollen Ihnen ausgerechnet SPD, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dabei behilflich sein, die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Das ist ein schlechter Scherz der Geschichte.

(Beifall bei der SPD)

Wir fragen uns, mit wem wir denn als Opposition die Gespräche führen sollen. Vielleicht mit Herrn Michelbach von der CSU-Mittelstandsvereinigung oder vielleicht mit Erwin Huber, der noch vor einigen Tagen flammende Plädoyers für die Atomkraft gehalten hat?

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und für die Landesbank!)

Unsere Forderungen sind klar. Wir fordern, den acht ältesten Atomkraftwerken in Deutschland endgültig die Betriebserlaubnis zu entziehen, darunter auch Isar 1, und die Anlagen, die derzeit im Zuge des Moratoriums der Bundesregierung vom Netz genommen werden, für immer stillzulegen. Die Laufzeitverlängerung für alle anderen AKWs muss rückgängig gemacht werden. Das sind unsere Bedingungen, wenn wir in ein Gespräch eintreten sollen.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist: Wir brauchen eine stärkere Förderung der erneuerbaren Energien und der dazu notwendigen Netze und Speichertechnologien. Aber nichts davon ist in Ihrem Haushalt zu finden.

Wir müssen einen sehr viel stärkeren Akzent auf die dezentrale Energieversorgung legen, bei der unseren Kommunen eine besondere Bedeutung zukommt. Die Bevölkerung soll vor Ort dort beteiligt werden, wo es möglich ist, beispielsweise bei Bürgerwindparks oder Bürgersolarkraftwerken.

Wir sind überzeugt: Der Umbau der Energieversorgung eröffnet neue Chancen für die Wirtschaft und für neue Arbeitsplätze. Bayern und Deutschland können massiv vom Export von Umwelt- und Effizienztechnologien profitieren. Deshalb müssen wir den Weg beschreiten, Herr Ministerpräsident, den Sie in den letzten Wochen in zum Teil erfreulicher rot-grüner Terminologie beschriftet haben. Aber Worte allein reichen nicht. Dieser Haushalt, den wir in diesen Tagen beraten, ist ein energiepolitischer Anachronismus, der nichts mit Ihren warmen Worten zu tun hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

So müssen wir befürchten, dass Ihren Ankündigungen wieder einmal nichts anderes folgt als Tatenlosigkeit, wie es auch in anderen Bereichen beispielhaft ist.

Noch vor gar nicht allzu langer Zeit haben Sie die Integration zu einem zentralen Thema Ihrer Politik gemacht. Sie sagten, es sei für Sie das zentrale Thema. Beim "Politischen Aschermittwoch" der CSU in Passau und heute bei Ihrer Rede im Bayerischen Landtag fand sich nicht ein Wort dazu, obwohl sie doch angeblich von zentraler Bedeutung für unser Land ist.

Die Art und Weise, Herr Ministerpräsident, wie Sie im vergangenen Jahr nach monatelangem Schweigen das Thema in die bayerische Öffentlichkeit eingeführt haben, spricht Bände. Zuerst hatte es den Anschein, als wollten Sie sich überhaupt nicht an der Debatte beteiligen. Die Debatte tobte über mehrere Wochen hinweg in den Medien und lief insbesondere auch in der Sozialdemokratie nicht immer so, wie wir uns das in Bayern gewünscht hätten. Sie haben geschwiegen und dann plötzlich ein Interview gegeben - klassisch Seehofer! -, in dem Stimmung gemacht wird gegen Zuwanderer, insbesondere mit muslimischem Hintergrund, wobei in Kauf genommen wird, dass damit der gesellschaftliche Zusammenhalt in unserem Lande beschädigt wird.

Dass es Ihnen, Herr Ministerpräsident, offensichtlich nur darum geht, die Meinungshoheit über die Stammtische in Bayern zurückzuerobern, haben Sie beim "Politischen Aschermittwoch" in Passau ein weiteres Mal bewiesen. Nicht etwa hier im Hohen

Hause kündigen Sie an, die Bayerische Verfassung verändern zu wollen - auch heute nicht -, nicht etwa mit einer konkreten seriösen Gesetzesinitiative suchen Sie die Debatte mit den Fraktionen im Bayerischen Landtag, deren Zustimmung Sie für eine Verfassungsänderung benötigen. Nein, bei einer bierseligen Rede beim "Politischen Aschermittwoch" schießen Sie aus der Hüfte. Sie hatten zu Beginn Ihrer Amtszeit einen neuen politischen Stil auch gegenüber dem Parlament versprochen. Was damit gemeint war und was davon zu halten ist, das wissen wir jetzt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es ist nicht weit her damit!)

Das ist ganz gewiss nicht der Stil, den wir uns hier im Hohen Hause von Ihnen wünschen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Bei einem Blick in den Haushalt wird auch deutlich, dass Sie es mit der Integration eben nicht ernst meinen. Seit Ihren unzähligen Initiativen in Bierzelten und gegenüber den bayerischen Medien dachte man, da tut sich etwas. - Nichts von alledem, kein einziger Integrationskurs in Bayern mehr, kein einziger zusätzlicher Sprachförderungskurs in den Vorschulen, in den Kindertagesstätten - im Gegenteil, Sie nehmen hier sogar noch Kürzungen vor -, kein einziger zusätzlicher Erzieher oder sozialpädagogischer Betreuer mit Migrationshintergrund. All das gibt es in Ihrem Haushalt nicht. Deshalb sage ich: Nach den Integrationsdebatten im vergangenen Jahr müssen wir doch jetzt dazu übergehen, zu handeln und auch gesetzgeberisch tätig zu werden.

Deshalb hat meine Fraktion ein Integrationsgesetz in den Bayerischen Landtag eingebracht, das bereits in Erster Lesung behandelt wurde. Voraussetzung für eine gelungene Integration sind für uns nämlich klare Zielsetzungen und eine Willkommenskultur mit festen Regeln. Integration bedeutet für uns Chancengleichheit und die Möglichkeit zur Teilhabe aller am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben, unabhängig von der sozialen Herkunft und unabhängig von der Religionszugehörigkeit. So sieht unser Gesetzentwurf im Bildungsbereich insbesondere ein verpflichtendes Kin-

dergartenjahr vor Schulbeginn vor, in dem Deutsch ein pädagogischer Schwerpunkt ist. Auch sollen Kinder ohne Deutschkenntnisse nicht in die Schule kommen, sondern so lange ausschließlich und intensiv in Deutsch unterrichtet werden, bis sie in der Schule mithalten können. Die SPD fordert in diesem Gesetzentwurf die verpflichtende Einrichtung von Integrationsbeiräten in Kommunen ab 30.000 Einwohnern und die Einführung des kommunalen Wahlrechts auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Leitgedanke unseres Gesetzentwurfs ist das, was auch Sie einfordern, nämlich das Prinzip von Fördern und Fordern. Leitgedanke ist die Formulierung von Bundespräsident Johannes Rau, der bereits vor zehn Jahren in einer bemerkenswerten Rede eine neue Anstrengung für das Zusammenleben aller Menschen in Deutschland ohne Angst und ohne Träumereien gefordert hat.

Herr Ministerpräsident, ich fürchte, Sie bleiben mit Ihren Einlassungen zur Integration ein gutes Stück hinter dem zurück, was für eine seriöse Debattenkultur in Bayern nötig wäre. Wenn Sie im Haushalt schon nicht die notwendigen Mittel für verstärkte Integrationsbemühungen bereitstellen wollen, so lautet unser Wunsch: Schütten Sie nicht noch Öl ins Feuer. Sie tragen Verantwortung für die Menschen im Land, im Übrigen auch für jene ohne deutschen Pass. Deshalb wünsche ich mir zur Mitte der Legislaturperiode an dieser Stelle von Ihnen deutlich mehr den Ministerpräsidenten und deutlich weniger den CSU-Parteivorsitzenden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Nicht nur Mittel für die Integration werden nicht bereitgestellt. Der Ministerpräsident hat heute so getan, als sei der Haushalt, den wir hier behandeln, ein Kraftpaket. Richtig ist: Es ist ein abgemagerter Haushalt, weitgehend saft- und kraftlos infolge schwarze-gelber Steuergeschenke und des Landesbankdesasters.

(Beifall bei der SPD - Lachen und Zurufe von der CSU und der FDP)

Es ist genau das eingetreten, liebe Kolleginnen und Kollegen, was Sie im vergangenen Jahr bereits befürchtet haben und was Sie jetzt krampfhaft kaschieren wollen, dass Sie nämlich den Haushalt nicht dichtkriegen. Das war schon Ihre Befürchtung im Jahr 2010. Wir erinnern uns noch, was für ein Schlingerkurs das innerhalb der Koalition war. Diesen Schlingerkurs hatten Sie, Herr Kollege Schmid, eröffnet: Befristet müsse der Freistaat Bayern gegebenenfalls in eine Neuverschuldung hineingehen. - So Georg Schmid laut "Süddeutscher Zeitung" vom 19. Mai. Sie wurden daraufhin von Horst Seehofer zurechtgewiesen. Wenn es richtig ist, was die Medien beschreiben, hieß es damals: Maul halten; das wird wirken.

(Zurufe von der CSU)

Auch Herr Hacker von der FDP sagte, wenn wir den Haushalt dieses Mal nicht dichtkriegen würden, müssten wir damit leben.

(Thomas Hacker (FDP): Und wir haben ihn dichtgekiegt, Herr Rinderspacher!)

Wir wissen, wie die Geschichte geendet hat: Dem Ministerpräsidenten ging es am Ende so wie einem Mann, der auf dem Weg zum Konkursrichter noch vom Geldbriefträger eingeholt wird: Erst die November-Steuerschätzung, dann die Haushaltsrechnung 2010 mit Haushaltsverbesserungen und schließlich noch die Rückzahlungen aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich.

(Thomas Hacker (FDP): Gute Maßnahme! - Georg Schmid (CSU): Besser, er kommt! Schlechter ist, wenn er nicht kommt! - Weitere Zurufe von der CSU)

Fakt ist: Angeblich ist zwar Ihr Haushalt ein Kraftpaket, aber die Investitionsquote im Haushalt steigt nicht etwa, sondern sie fällt von 13,8 % auf 10,8 %.

(Georg Schmid (CSU): Das ist auch richtig so!)

Das ist eine der niedrigsten Investitionsquoten in der Haushaltsgeschichte des Freistaats Bayern.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Konjunkturpakete sind Vergangenheit!)

Auch singen Sie, Herr Ministerpräsident, heute wieder das Hohelied des ausgeglichenen Haushalts. Aber die Menschen glauben Ihnen das nicht; denn eines ist doch klar: Durch das Versagen bei der Landesbank und von deren Aufsicht ist die Verschuldung des Freistaats in Ihrer Regierungszeit um 40 % angestiegen.

Insgesamt mussten 10 Milliarden Euro neue Kreditmarktschulden aufgenommen werden, um einen Zusammenbruch der Bayerischen Landesbank zu verhindern. 833 Euro neue Verbindlichkeiten waren das für jeden Bayern, pro Kopf, auf einen Schlag, vom Säugling bis zum Greis. Das Märchen vom ausgeglichenen Haushalt und dass Sie ihn dichtkriegen würden, glaubt Ihnen nun wirklich niemand mehr. Umgerechnet auf die Jahre 2009 bis 2013 sind wir wegen der Krise der Landesbank jedes Jahr mit zwei Milliarden neuen Schulden dabei. Täglich zahlt der bayerische Steuerzahler - nach wie vor - 940.000 Euro nur an Zinsen für das Landesbank-Desaster.

(Zurufe von der CSU)

Wir streiten uns in den Landtagsausschüssen teilweise um Kleinstbeträge für soziale und Bildungseinrichtungen, die von den täglichen Zinszahlungen in Sachen Landesbankkredit um ein Vielfaches übertroffen werden. Bislang mussten die Steuerzahler in Bayern satte 456 Millionen Euro nur an Schuldzinsen für das von der CSU zu verantwortende Landesbankdesaster aufbringen. Die CSU-Schuldenuhr tickt weiter. Auch wenn der Untersuchungsausschuss vor Kurzem seine Arbeit abgeschlossen hat - die Probleme bleiben, und sie bleiben auch im bayerischen Staatshaushalt.

Meine Damen und Herren, der Untersuchungsausschuss hat schwere Fehler bei den Verantwortlichen, auch bei CSU-Verwaltungsräten, festgestellt. Jetzt stellen wir heute fest, dass ausgerechnet jener Mann, der es nun Schwarz auf Weiß hat - auch aus den eigenen Reihen wurde ihm ins Stammbuch geschrieben, dass er zu den Mitverantwortlichen für das Landesbank-Desaster zählt -, dass ausgerechnet Georg Schmid für

die CSU heute hier im Hohen Hause das Wort ergreifen und die finanzpolitische Solidität seiner Partei darstellen soll.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wir sind wirklich gespannt, Herr Kollege Schmid, wie Sie Ihre Vorstellungen von finanzpolitischer Solidität am Beispiel Ihres persönlichen Wirkens hinsichtlich der Hypo Group Alpe Adria erläutern werden.

Die Lage ist weiterhin ernst. Die Landesbankaffäre überschattet nämlich nach wie vor die politische Kultur unseres Landes, und sie ist, wie dargestellt, auch eine schwere Hypothek für die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Freistaats in Gegenwart und Zukunft. Stellen wir die gesamten Landesbankzinszahlungen von 755 Millionen Euro im Doppelhaushalt Ihrem angeblichen "Aufbruch Bayern" entgegen, so kommen wir auf fast die gleiche Summe. Außerdem wird in vielen Bereichen gekürzt. Sie kürzen bei der Jugendarbeit in den Jugendverbänden, bei der Landesstelle für Schulsport, bei der Jugendhilfe, bei der Unterstützung behinderter Menschen in Bayern, bei der frühkindlichen Sprachförderung. Sie kürzen bei der Wohnraumförderung für Familien, bei der Städtebauförderung, insbesondere bei dem Programm "Soziale Stadt", Sie kürzen bei der Krankenhausförderung und beim Hochwasserschutz, Sie kürzen bei der Baudenkmalpflege, Sie kürzen bei den staatlichen Museen und bei Bibliotheken und Archiven. Sie streichen wichtige Projekte bis zur Unkenntlichkeit zusammen, geben das Geld aber in Form von unverantwortlichen Steuergeschenken zum Beispiel den Hoteliers. Bis zum Ende des Jahres 2012 sind dies allein 180 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, ich halte das für eine gegenüber dem Allgemeinwohl in Bayern unverantwortliche Politik.

(Beifall bei der SPD)

Und im Übrigen: Auch den Doppelhaushalt 2011/2012 können Sie eben nicht ohne neue Kredite ausgleichen. Vielmehr nehmen Sie Kredit auf beim eigenen Grundstockvermögen. Sie haben den Haushalt, meine Damen und Herren, eben nicht, wie im ver-

gangenen Jahr angekündigt, "dichtgekliegt", wie Sie es formuliert haben. Die sogenannte rückzahlbare Ablieferung beim Grundstock beträgt im Jahr 2012 immer noch 582 Millionen Euro - eine finanzpolitische Notoperation. Auch mit Kulissenschieberei ist nicht zu verbergen: Sie verlagern in die Zukunft Kosten, die von unseren Kindern und Kindeskindern zu tragen sind.

Die Zuführungen in den Versorgungsfonds für die Pensionen unserer Beamten werden in den Jahren 2011 und 2012 eingefroren, und besonders interessant ist die Begründung für das Vorgehen. Heute haben wir hier die Lobgesänge des Bayerischen Ministerpräsidenten auf die Stärke unserer Wirtschaft und auf die boomende Konjunktur gehört; im Haushaltsgesetz liest sich das aber ganz anders. Dort heißt es - und das ist die Begründung dafür, dass es keine Zuführungen mehr in den Versorgungsfonds gibt -: "Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in Bayern ist gestört." - Ein wörtliches Zitat, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Zurufe bei den GRÜNEN: Ah!)

Damit wird die Aussetzung der Zuführungen an die Versorgungsrücklagen begründet.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Sehr verehrter Herr Finanzminister, würde man das als haushaltstechnischen Trick bezeichnen, wäre das nichts anderes als Schönrederei.

(Beifall bei der SPD)

Gerade in diesem Punkt wird auf besondere Art und Weise deutlich, dass sich Ihr politisches Handeln eben nur auf die Gegenwart konzentriert, ohne Rücksicht auf das Morgen und Übermorgen und mit weitreichenden Folgen für die nächsten Jahrzehnte, nur damit Sie selbst kurzfristig politisches Kapital daraus schlagen können. Mit dieser Politik üben Sie das Gegenteil von Generationengerechtigkeit; denn Ihre Zeche müssen am Ende unsere Kinder und Kindeskinde bezahlen. So viel steht fest.

Zur Rückschau in der Mitte der Legislaturperiode, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehört es auch, an der einen oder anderen Stelle, wo es sich anbietet, die Staatsregierung einmal zu loben, und das will auch ich zumindest in einem Punkt tun.

(Georg Schmid (CSU): Heute ist Feiertag! - Zuruf von den GRÜNEN)

Wir Sozialdemokraten, Herr Ministerpräsident, halten es - und das ist auch keine Kritik, die in irgendeiner Form vergiftet wäre - für absolut begrüßenswert und für erfreulich, dass sich die politischen Beziehungen zu unserem Nachbarland Tschechien auch auf der Ebene der Regierungschefs offensichtlich normalisieren.

(Zurufe von der SPD)

Die 350 Kilometer lange gemeinsame Grenze zu unserem Nachbarn darf nicht länger trennen, sondern soll zunehmend verbinden. Wir bayerische Sozialdemokraten haben über viele Jahre hinweg gefordert, dass gerade auch der Bayerische Ministerpräsident endlich Brücken nach Prag bauen soll; Sie sind dieser Forderung nachgekommen. Wir haben gefordert, dass wir die Beziehungen zwischen unseren Ländern nicht nur endlich normalisieren, sondern eine vertiefte Partnerschaft anstreben, die die engen kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bayern, Böhmen und Mähren zu neuer Blüte führt, zu einer mitteleuropäischen Zukunft, in der die Geschichte nicht länger trennt.

Wir fordern Sie auf, Herr Ministerpräsident, die neuen, sich verbessernden Gesprächskontakte auch auf das Thema zu lenken, das uns offensichtlich allen auf den Nägeln brennt, nämlich auf den Ausstieg aus der Atomenergie. Unsere Nachbarn im Osten sehen ihr tschechisches Atomkraftwerk in Temelin immer noch so, wie die CSU noch vor wenigen Wochen das bayerische Atomkraftwerk Isar 1 betrachtet hat.

Ich bin aber überzeugt, dass das Thema Temelin bei Ihrer nächsten Zusammenkunft mit dem tschechischen Ministerpräsidenten ein zentrales Thema sein sollte. In jedem Fall begrüßen wir ausdrücklich diesen erkennbaren, wenn auch überfälligen Kurs-

wechsel im Verhältnis zu unseren tschechischen Nachbarn. Wir fordern Sie auf, die sich verbessernden Beziehungen mit vielen konkreten gemeinsamen bayerisch-tschechischen Projekten zu untermauern, und wir sichern Ihnen zu: Sie haben dabei auch die Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Nichtsdestotrotz gibt es auch einige Themen, bei denen Schwarz-Gelb nicht auf einen Nenner kommt. Sie alle aufzuführen, würde heute den zeitlichen Rahmen sprengen. Ich nenne nur ein Beispiel: Gentechnik.

Der bayerische Wissenschaftsminister hat am Montag vergangener Woche auf dem Wissenschaftscampus in München-Martinsried für die Agrogentechnik in Bayern geworben. Nach Staatsminister Dr. Heubisch müsse man auch Freilandversuche mit genmanipulierten Pflanzen wieder aufnehmen, um keine angeblich negativen Folgen für die bayerische Wissenschaft und Wirtschaft hervorzurufen.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

Wir kennen die tatsächliche Haltung der Bayerischen Staatsregierung zum Thema Agrogentechnik nicht; auch von Ihnen haben wir dazu noch kein deutliches Wort gehört. Und wenn doch, dann hätten Sie spätestens am letzten Montag Herrn Staatsminister Dr. Heubisch zurückpfeifen müssen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Als SPD formulieren wir ein klares Nein zur Agrogentechnik

(Zuruf von den GRÜNEN - Beifall bei der SPD)

und fordern die Staatsregierung auf, endlich dem Netzwerk der gentechnikfreien Regionen Europas beizutreten.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von den GRÜNEN)

Es gibt einige Versprechungen, die Sie getan haben, die man nicht alle im Einzelnen aufführen muss. Aber Sie haben gleich zu Beginn Ihrer Amtszeit den Menschen in Bayern versprochen, dass Sie einen neuen Stil pflegen wollten, sowohl hier im Hohen Haus als auch im Dialog mit den Menschen. Abgesehen von einem medial aufgepumpten Internetchat und einigen modischen und recht teuren Internetpodcasts ist davon aus meiner Sicht nicht viel übrig geblieben.

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag hat Ihnen eine ganze Reihe von sehr konkreten Vorschlägen unterbreitet, wie eben tatsächlich mehr Mitwirkung, mehr Mitsprache der Bürger unseres Landes gewährleistet werden kann.

Wir haben als erste Fraktion - andere sind uns gefolgt - ein Informationsfreiheitsgesetz in den Bayerischen Landtag eingebracht. Die bayerischen Bürgerinnen und Bürger sollen ohne Angabe von Gründen freien Zugang zu Informationen von bayerischen Behörden bekommen. Bei diesen Informationen und Auskünften kann es etwa um die Planung eines Kindergartens, die Sauberkeit eines Badesees oder den Bau einer Umgehungsstraße gehen. Persönliche Daten sollen dabei geschützt werden.

Ein solches Informationsfreiheitsgesetz stärkt nicht nur die Beteiligungsrechte der Bürger, es fördert auch die Akzeptanz staatlichen Handelns. Wir bedauern es sehr, dass unsere Initiative von Schwarz-Gelb abgelehnt wurde. Das wäre ein Beitrag gewesen, meine Damen und Herren, zu der von Herrn Ministerpräsidenten Seehofer versprochenen Bürgernähe.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion hat Sie darüber hinaus beim Wort nehmen wollen, dass die Menschen in Bayern ihre Belange wieder vermehrt auch selbst sollen in die Hand nehmen können, dass sie selbst bestimmen sollen, wo es langgeht. Es sollte aber aus unserer Sicht eben nicht bei leeren Worten bleiben; wir sollten tatsächlich mehr Demokratie wagen.

Deshalb hat die SPD einen Gesetzentwurf eingebracht, die Volksgesetzgebung in Bayern nach dem Vorbild Wilhelm Hoegners weiter auszubauen: Wir wollen die Bürger intensiver an den demokratischen Prozessen beteiligen. Wir fordern, die Eintragsfrist beim Volksbegehren von 14 Tagen auf einen Monat zu verlängern. Außerdem soll die Unterzeichnungserklärung beim Volksbegehren nicht nur in den von den Gemeinden bestimmten Eintragungsräumen abgegeben werden können, sondern auch in freier Sammlung.

Das ist ein ganz konkreter Vorschlag von uns gewesen - CSU und FDP haben das abgelehnt. Mehr Bürgerbeteiligung, mehr Mitsprache, mehr konkrete Partizipation - das wollen Sie offensichtlich nicht. Und auch heute sind Sie uns eine konkrete Antwort darauf schuldig geblieben, wie Sie Ihre Versprechen vom Beginn der Legislaturperiode jetzt umsetzen wollen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen vergeuden Sie - auch in diesem Haushalt - eine Unmenge an Geld für die Image-Werbung der Bayerischen Staatsregierung.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie werden es schon brauchen!)

Die Selbstdarstellung des Regierungschefs, meine sehr verehrten Damen und Herren, kostet die Steuerzahler in Bayern so viel Geld wie in keinem anderen Bundesland. Die unverhältnismäßig hohen Ausgaben zum Zwecke der Selbstvermarktung der Regierung Seehofer sind aus unserer Sicht mit dem Streichkonzert in Kultur-, Jugend- und Sozialbereich in keinsten Art und Weise zu vereinen.

(Beifall bei der SPD)

Klar ist auch, dass dann der stellvertretende Ministerpräsident Zeil in nichts nachstehen will. Er gönnt sich nun zur besseren Vermarktung seiner selbst eine Neben-Staatskanzlei: Mehrere Stellen werden dafür neu geschaffen, 382.000 Euro kostet das

Ganze. Meine Damen und Herren, Herr Zeil ist kein Bürokratieabbau-, sondern ganz offensichtlich ein Bürokratieaufbauminister!

(Beifall bei der SPD)

Repräsentanz und Image ist alles. Image-Politik betreibt der Regierungschef auch, wenn er eine Aufwertung des ländlichen Raums in der Bayerischen Verfassung fordert. Ich bin überrascht, dass heute vom Herrn Ministerpräsidenten nicht nur nichts zur Integration kam - kein einziges Wort, obwohl es doch ein so zentrales Thema ist, das seinen Niederschlag in unserer Verfassung finden muss -, sondern auch kein einziges Wort zum ländlichen Raum.

(Beifall bei der SPD)

Da hat ihm sein Zukunftsrat sein Porzellan zerdeppert und die ländliche Bevölkerung gegen die CSU aufgebracht. Schon wird hastig mit einem durchsichtigen Manöver schnell die Beruhigungsschritte organisiert, dass der ländliche Raum in der Verfassung aufgewertet werden soll. Herr Ministerpräsident, Sie haben es in der Exekutive in der Hand, mehr für die ländlichen Räume zu tun. Im Doppelhaushalt spielen aber die strukturschwachen Gebiete in Bayern allenfalls eine untergeordnete Rolle. Die großen Brocken werden weiterhin insbesondere auf die Metropolregionen konzentriert. Wir sagen: Das Geld soll dort eingesetzt werden, wo es am meisten fehlt, um dem Ziel der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern Geltung zu verschaffen.

Heute will ganz gewiss niemand den Eindruck erwecken, der demografische Wandel und in der Folge die Abwanderung aus strukturschwachen Gebieten könnten durch die Politik per Knopfdruck korrigiert werden. Aber eines ist doch klar: Jede Region hat ihre eigenen Herausforderungen und braucht deshalb auch eigene Lösungsansätze. Deshalb dürfen die ländlichen Regionen nicht von den Zentren und Metropolen aus definiert werden. Sie sind keine Resträume. Herr Ministerpräsident, wir hätten uns heute dafür interessiert, wie Sie genau das organisieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

Noch beim "Politischen Aschermittwoch" in Passau haben Sie große Themen verkündet, die Sie das ganze Jahr über mit Ihrer Partei durchdringen wollen. Interessanterweise ist es heute in Ihrer Regierungserklärung bei ein paar leeren Worthülsen wie aus einem Marketingkatalog geblieben. Das ist keine Politik, die sich die Menschen im Freistaat Bayern wünschen. Das steht für mich fest.

(Beifall bei der SPD)

Wie Sie Politik für die ländlichen Räume machen, das lässt sich am Beispiel der Elektromobilität besonders gut darstellen. Bei diesem wichtigen Zukunftsthema, bei dem es um die Modernisierung unseres Landes geht und darum, eine Brücke für die Automobilindustrie zu schlagen, die einen Strukturwandel durchmacht, hat die Staatsregierung jahrelang geschlafen und den notwendigen Umbau politisch nicht begleitet. Horst Seehofer ist dann im Jahre 2009 bei seiner Reise durch China aufgefallen, dass es auch elektrische Antriebstechniken bei der Mobilität gibt. Schwuppdwupp wurden aus dem Handgelenk ein paar Steckdosen für Bad Neustadt in der Rhön, für Garmisch-Partenkirchen und für den sogenannten E-Wald in Ostbayern organisiert. Das Ganze findet - wie uns das die Protagonisten vor Ort glaubhaft versicherten - ohne jegliche Koordination durch die Staatsregierung statt. Hauptsache, man hat wieder ein wenig mehr Mobilität und Innovation in den Medien-Bulletins sowie ein paar warme Worte für diejenigen, die in den strukturschwachen Gebieten leben.

Vorausschauende Politik sieht anders aus. Die "vorausschauende Politik", wie sie von Ihnen gehandhabt wird, ist auch in einem anderen Bereich deutlich geworden: Jahrelang war klar, dass es im Schuljahr 2011/2012 einen doppelten Abiturjahrgang im Freistaat Bayern geben wird. Klar war, dass die Studierendenzahlen stark ansteigen werden. Dass die Wehrdienstreform hinzukommen wird, konnte damals noch niemand ahnen. Wie handelte die Staatsregierung? - Sie hat nicht etwa vorausschauend die notwendigen Maßnahmen eingeleitet. Nein: Auf den allerletzten Drücker mussten

neue Studienplätze geschaffen werden. Der Wissenschaftsminister musste eingestehen, dass diese Maßnahmen in Wahrheit vorne und hinten nicht reichen und dass der Freistaat Bayern noch mindestens 10.000 weitere Studienplätze benötigt. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, so sieht vorausschauende Politik eben nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Ein letztes Beispiel: Die SPD hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode parlamentarische Initiativen für eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet in allen Orten Bayerns als Teil der Daseinsvorsorge ergriffen. Der damals zuständige Staatsminister Huber hat dies konsequent abgelehnt, weil dies keine staatliche Aufgabe sei. Er lehne dieses planwirtschaftlich angelegte sozialistische System der SPD völlig ab. Heute sind wir glücklicherweise etwas weiter. Aber das von Herrn Staatsminister Zeil organisierte Bürokratie-Monstrum in Sachen DSL-Förderung stellt die Kommunen - das ist die höfliche Formulierung - immer noch vor erhebliche Herausforderungen. Die inzwischen verloren gegangene Zeit bedeutet für den Freistaat einen volkswirtschaftlichen Schaden, insbesondere im ländlichen Raum.

Wir sagen: Soziale Gerechtigkeit hat auch eine räumliche Dimension. Als SPD haben wir deshalb auch in dieser Legislaturperiode eine Reihe von Vorschlägen eingebracht, wie der ländliche Raum aufgewertet werden kann. Wir haben deutlich gemacht, dass der Kabinettsbeschluss vom März 2010, wonach es keine neuen Hochschulen für angewandte Wissenschaften mehr geben soll, aus unserer Sicht ein Fehler ist. Die SPD fordert flexible Standards für alle Bereiche des täglichen Lebens, die der Staat auch bei sinkenden Einwohnerzahlen verantworten kann und verantworten muss.

Das Wichtigste für den ländlichen Raum ist eine bessere Finanzausstattung unserer Kommunen. Auch hierzu haben wir zahlreiche Vorschläge in den Bayerischen Landtag eingebracht. Der wichtigste dieser Vorschläge ist, dass die Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich jährlich um 0,5 Prozentpunkte bis zu einer Endstufe von 15 % erhöht werden soll. Davon hätten die Kommunen ganz konkret etwas.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben kein Wort zur Integration gesagt, obwohl diese für Sie angeblich ein zentrales Thema ist. Sie haben auch kein Wort zu den ländlichen Räumen gesagt, obwohl diese doch ebenfalls für Sie ein zentrales Thema sind. Es ist wohl auch kein Zufall, dass Sie der Schulpolitik in Ihrer Regierungserklärung kein Augenmerk geschenkt haben. Zu Beginn der Legislaturperiode hatten Sie noch versprochen, für kleinere Klassen und mehr Lehrer zu sorgen. Die Schüler, Eltern und Lehrer an den Schulen warten jedoch bis heute weitgehend vergebens auf erkennbare Verbesserungen. Bei den Ganztagsschulangeboten ist Bayern weiterhin auf einem der letzten Plätze aller Bundesländer. Lediglich 5 % aller Schülerinnen und Schüler im Freistaat kommen in den Genuss von schulischen Ganztagsangeboten. Auch durch diesen Haushalt wird sich an den Schulen in Bayern erkennbar nichts verbessern. So steht fest: Knapp die Hälfte der Mehrausgaben beim Schulpersonal geht an die Pensionäre. Die Steigerungen sind auf die Beihilfe und die Versorgung zurückzuführen.

1.320 Lehrerstellen braucht Herr Dr. Spaenle allein, um die Rückführung der Arbeitszeiterhöhung zu kompensieren. Diese Stellen bedeuten also keine zusätzlichen Lehrer an den Schulen. Diese Lehrerstunden kompensieren vielmehr zu einem hohen Teil die Arbeitszeitverkürzung. Sie machen eine Schulpolitik weit weg vom Bedarf und von den Bedürfnissen der Betroffenen. Leider müssen wir feststellen, dass der Bildungserfolg unserer Jugendlichen immer noch vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Noch immer fällt im Freistaat Bayern viel zu viel Unterricht aus. Noch immer werden Lebenswege von Kindern mit dem zehnten Lebensjahr vorgezeichnet. Noch immer macht Bayern bei der Bildungsgerechtigkeit keine Fortschritte.

Die SPD hat mehrere parlamentarische Initiativen eingebracht, unter anderem für eine umfassende Lernmittelfreiheit und für einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz, weil es nicht so bleiben darf, dass ein Kind aus einer Familie in schwächeren Verhältnissen eine vielfach geringere Chance hat, das Abitur zu machen, als ein Kind aus gut situierten Verhältnissen.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Mit Gerechtigkeit hat das nichts zu tun!)

Ein Ganztagschulplatz hilft im Übrigen auch jenen, die in besonderer Weise darauf angewiesen sind, Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen. Alleinerziehende sind regelrecht darauf angewiesen. Sie haben nämlich in Bayern ein Armutsrisiko von 42 %. Mehr als 160.000 Kinder in Bayern leben unterhalb der Armutsgrenze. Mit der Ganztagschule wird teure Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung wieder in die Schule zurückverlagert.

Wir Sozialdemokraten wollen an Bayerns Schulen ein Lernangebot, das auf jedes Kind individuell zugeschnitten ist. Die SPD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht und möchte mit der Gemeinschaftsschule den Weg von Fortschritt und Innovation in der Schulpolitik beschreiten. Wir wollen damit nicht andere Schularten abschaffen. In unserer Schule der Zukunft steht jedoch die individuelle Förderung im Vordergrund. Die Lehrpläne sind konsequent auf die Kinder abgestellt. Wir stehen für ein Lernen ohne Brüche und ohne Druck in einer Kultur des Miteinanders. Jede Schülerin und jeder Schüler erhält das Lernangebot, das für sie oder für ihn am besten passt, im Übrigen werden auch die Leistungsstarken in besonderer Art und Weise gefördert.

(Harald Güller (SPD): Das ist gerecht!)

Die Gemeinschaftsschule ist auch eine konsequente Antwort auf ein ganz zentrales Problem im ländlichen Raum. In den vergangenen zehn Jahren mussten mehr als 700 Schulstandorte im Freistaat Bayern schließen. Die Gemeinschaftsschule funktioniert mit ihrem innovativen pädagogischen Konzept bereits in Einheiten ab 100 Schülerinnen und Schülern. Die Kinder können bis zur zehnten Klasse in ihrem Heimatort zur Schule gehen. Die wohnortnahe Schule ist wichtig. Wenn wir feststellen, dass es an dieser Stelle ein Problem gibt, wenn wir gemeinsam der Meinung sind, dass Schüler eben nicht eine Stunde bis zur Schule und wieder zurück transportiert werden sol-

len, dann müssen wir mit dem Schulkonzept den Weg der Innovation gehen. Aus meiner Sicht ist dieses Konzept völlig alternativlos. Die Stagnation in Ihrer Schulpolitik ist in Wahrheit ein Rückschritt, der für unser Land nicht zu verantworten ist.

(Beifall bei der SPD)

Eine bessere Schulpolitik mit mehr Ganztagsschulangeboten, eine flächendeckend und bedarfsgerecht organisierte Kinderbetreuung wären im Übrigen ein realer Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Mit großer Sorgfalt hat die CSU im vergangenen Jahr eine Diskussion zur Frauenquote inszeniert, die im Konkreten jedoch weitestgehend ohne Belang geblieben ist. Frauen spielen de facto mit Horst Seehofer an der Spitze weder im Kabinett noch in der CSU eine größere Rolle als früher.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Auch zu Hause nicht!)

Wie wenig ernst es die Regierungsfaktionen es mit der Gleichstellung meinen, zeigt die Tatsache, dass alle parlamentarischen Initiativen der Opposition abgelehnt wurden. Die SPD fordert die flächendeckende Einführung der Quotierung in der Wirtschaft, im öffentlichen Dienst, an den Hochschulen sowie die Beseitigung geschlechtsbedingter Lohnunterschiede. Mit unserer in den Landtag eingebrachten Änderung des Gleichstellungsgesetzes wollten wir erreichen, dass im öffentlichen Dienst in Bayern bei gleicher Eignung Frauen bevorzugt zumindest in den Bereichen eingestellt werden, in denen sie unterrepräsentiert sind. In Rheinland-Pfalz, in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen wird die Quotierung bei der Einstellung und Beförderung bereits angewandt, um eine deutliche Erhöhung des Frauenanteils zu erreichen.

(Renate Dodell (CSU): Warum gibt es dann keine SPD-Fraktionsvorsitzende?)

CSU und FDP haben auch diese unsere Initiative abgelehnt. Ihre angebliche Öffnung zu einer engagierteren Frauenpolitik in der CSU bis hin zu einem Come-together-

Abend mit Generalsekretär Alexander Dobrindt in Lachshäppchenatmosphäre ist nichts anderes als eines der vielen Showelemente Seehoferschen Ursprungs.

(Beifall bei der SPD)

Weit aus dem Fenster gelehnt hat sich der Ministerpräsident zu Beginn des Jahres in Wildbad Kreuth, als er in Anwesenheit des DGB-Chefs in Bayern Sympathie für das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" zeigte. Er sagte, er habe sogar Sympathien für den Mindestlohn. Im Bund hat er bei den Verhandlungen über Hartz IV den Bremsen gegeben - ganz anders, als er es heute dargestellt hat. Dabei hätte es die Gelegenheit gegeben, hier im Freistaat Bayern etwas für faire Löhne zu tun. Wir, die SPD-Fraktion, haben den Entwurf eines Vergabegesetzes eingebracht, das von der CSU und der FDP abgelehnt wurde. Wir wollten damit sicherstellen, dass nur solche Unternehmen von den öffentlichen Händen einen Zuschlag für ausgeschriebene Arbeiten erhalten sollen, die sich bei der Abgabe des Angebots verpflichten, ihre Arbeitnehmer bei der Ausführung dieser Leistungen nach den in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Tarifen zu entlohnen, wenigstens aber Mindestlöhne bezahlen. Eine zentrale Forderung der SPD war ein definierter Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde, soweit die vorgesehenen Löhne 8,50 Euro unterschreiten oder soweit es keine Tarifverträge gibt. Die Beachtung ökologischer Kriterien und die Frauenförderung sollten dabei ebenfalls eine Rolle spielen. Auch dies wurde von der CSU und der FDP abgelehnt. Der Ministerpräsident zeigte entgegen seinen Bekundungen vor Mikrofonen und Journalisten überhaupt keinen Eifer, sich für gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen im Freistaat Bayern einzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Er nimmt es auch hin, dass in Bayern mittlerweile knapp 200.000 Beschäftigte in Leiharbeit tätig sind und dabei nur knapp die Hälfte dessen verdienen, was ein regulär Beschäftigter für die gleiche Arbeit erhält. Meine Damen und Herren, der Aufschwung muss doch jetzt auch bei denen ankommen, die ihn maßgeblich erarbeitet haben.

Einen entscheidenden Anteil zum Aufschwung trug doch nicht die Bayerische Staatsregierung bei, wie es von Ihnen, Herr Ministerpräsident, selbstgefällig dargestellt wurde. Zum Aufschwung trugen unter anderem auch die Beschlüsse der Großen Koalition, die Konjunkturpakete von Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück und die von Olaf Scholz initiierte Kurzarbeit bei. Ausschlaggebend für diesen Aufschwung war der Fleiß der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Freistaat Bayern. Diese müssen an diesem Aufschwung jetzt auch partizipieren können, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt eine Fülle von Beispielen für leere Versprechungen des Bayerischen Ministerpräsidenten aus den vergangenen zweieinhalb Jahren. Es gab große Worte, die tatsächliche Leistungsbilanz ist aber nicht mehr als eine bloße Leerstelle. Das große Projekt fehlt. Wichtige und notwendige Weichenstellungen werden im Kabinett nicht vorgenommen. Die Regierung fungiert vorwiegend als Zentralorgan bloßen Verwaltungshandelns und als Maschine zum Abspulen wohlklingender Presseverlautbarungen.

Ich fasse deshalb zusammen: Die Staatsregierung hat in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren Energien und Ressourcen im schwarz-gelben Koalitions-Klein-Klein und in Abgrenzungskämpfen zueinander geradezu verschleudert. Wertvolle Zeit für die wichtige Modernisierung in unserem Land wurde vertan. Die Staatsregierung hat bis heute kein tragfähiges Konzept dafür erarbeitet, wie in Zeiten der Globalisierung, der Energiewende und des demografischen Wandels der Wohlstand in unserem Land gehalten werden kann und wie er dort noch ausgebaut werden kann, wo es Rückstände gibt. Die finanziellen Handlungsspielräume des Freistaats wurden durch schwere Fehler bei der Landesbankaufsicht und durch steuerpolitische Fehlsteuerungen im Bund massiv verknappt. Die angebliche Energiewende von Schwarz-Gelb ist bis heute unglaublich. Sie wird haushalterisch nicht nur nicht vollzogen, sondern geradezu konterkariert.

Notwendige schulpolitische Weichenstellungen werden verschleppt. Innovation und Fortschritt in der Bildung - so viel scheint heute festzustehen - wird es mit Schwarz-Gelb nicht geben. Diese Stagnation bedeutet Rückschritt.

Wichtige Infrastrukturmaßnahmen werden von Schwarz-Gelb vertagt. Der Staatsregierung ist es sogar gelungen, die Stadt- und die Landbevölkerung vollkommen ohne Not gegeneinander aufzubringen. Der Ministerpräsident hat heute eine Halbzeitbilanz aus mitunter erfreulichen wirtschaftlichen Kennzahlen vorgelegt, die aber ganz gewiss nicht die Bayerische Staatsregierung verursacht hat und die sie nicht zu verantworten hat.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Sondern die bayerischen Sozialdemokraten? - Georg Schmid (CSU): Die SPD aber wirklich nicht!)

Der Ministerpräsident badet geradezu in einer marketingmäßig aufbereiteten Fülle von politischen Themen. Er packt sie jedoch nicht an. Auch das ist heute wieder deutlich geworden. Die Regierung Seehofer denkt und handelt allenfalls in Quartalsschritten. Oft hat man den Eindruck, dass sie einfach in den Tag hineinlebt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die letzten zweieinhalb Jahre hier im Hohen Hause haben aber auch gezeigt, dass es politische Alternativen gibt.

(Dr. Manfred Weiß (CSU): Euch?)

Ich habe heute wenigstens anhand einiger Punkte aufgezeigt, welche Initiativen wir ganz konkret im Bayerischen Landtag eingebracht haben und was wir anders machen würden.

(Alexander König (CSU): Das ist aber niemandem aufgefallen! - Georg Schmid (CSU): Davon haben wir noch nichts gesehen, das muss noch kommen!)

Die Opposition aus SPD, FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN - das betone ich deswegen, weil es keinesfalls selbstverständlich ist - arbeitet in freundschaftlichem Wettbe-

werb, teilweise mit unterschiedlichen Akzentuierungen und Schwerpunktsetzungen gut und vertrauensvoll zusammen. Sie arbeitet zumindest weit besser und zielführender zusammen als CSU und FDP in der Regierung jemals dazu in der Lage wären.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER - Thomas Hacker (FDP): Wir arbeiten so gut zusammen, dass wir auch gemeinsam Gesetze vorlegen können!)

Uns in der Opposition eint mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes die Erkenntnis, dass unsere Heimat eine bessere Regierung verdient hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER - Thomas Hacker (FDP): Das glauben nur Sie selbst!)

Wir arbeiten konzentriert und konstruktiv darauf hin, Schwarz-Gelb nach Möglichkeit bereits 2013 abzulösen. Eines ist klar: Schwarz-Gelb hat kein Konzept. Schwarz-Gelb hat abgewirtschaftet. Bayern hat mehr drauf. Bayern kann es besser.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Herr Kollege Schmid.

Georg Schmid (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rinderspacher, Sie haben in den letzten 38 Minuten ein Bild von Bayern gezeichnet, das den Leistungen der Menschen in diesem Land nicht gerecht wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Horst Arnold (SPD): Pflichtverletzungen! - Zurufe von der SPD)

Ihre Vorwürfe sind nur Unterstellungen. Herr Rinderspacher, Sie haben selbst die Tatsache kritisiert, dass es Regierungserklärungen gegeben hat, obwohl Sie immer Informationen fordern. Sie haben von fehlenden Grundüberzeugungen gesprochen. Die Grundüberzeugung, die ich aus Ihrer Rede herausgelesen habe, lautet wie folgt: Am

besten ist es, alles schlecht und madig zu machen und Kritik zu üben. Das reicht jedoch für die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SPD nicht aus. Das soll auch so bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit Ihren letzten Sätzen haben Sie gesagt, dies sei Ihr Konzept. In den letzten 38 Minuten habe ich viel gehört, jedoch kein Konzept.

(Zurufe von der SPD)

Wie wollen Sie Bayern gestalten? Die Menschen wollen Antworten auf ihre Fragen. Herr Rinderspacher, in den letzten 38 Minuten haben Sie keine Antworten gegeben.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb befinden Sie sich bei den Umfragen genau dort, wo Sie hingehören: Bei 16, 17 und 18 %. Die Menschen wissen, was richtig ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie sind rückwärtsgewandt, haben keine Zukunftsvision und keine Perspektive. Ich frage Sie: Wo ist Ihr Aufbruch? Am 25. Januar hat der Ministerpräsident seine Regierungserklärung zum Thema Aufbruch gegeben. Damals habe ich Sie bereits gefragt: Wo sind Ihre Konzepte? Wenn Sie gute Ideen haben, könnten wir diese in unser Konzept einbauen. Aber weder am 25. Januar noch heute haben Sie irgendwelche Vorschläge gemacht, die unser Konzept verbessern oder ergänzen könnten.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Welches Konzept?)

Ihr Aufbruch ist heute wieder einmal ausgeblieben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

An einer ähnlichen Stelle habe ich schon einmal die Jusos zitiert. Das kann man nicht oft genug sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Stefan Schuster (SPD))

- Lieber Stefan, das kann man nicht oft genug sagen: "Die bayerische SPD klagt nur Schwarz-Gelb an, ohne eigene Konzepte vorzulegen." Wir haben das schon mehrfach angemerkt. Wo die Jusos recht haben, haben sie recht, nämlich genau an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn Sie noch nicht einmal Ihre eigene Partei überzeugen können, wie wollen Sie die Menschen im Lande überzeugen? Ich betone: Das, was wir im Zusammenhang mit dem Aufbruch miteinander diskutiert haben - Ihre Ideen- und Konzeptlosigkeit -, hat sich bis heute nicht verbessert. Verlassen Sie sich darauf, das werden wir noch oft sagen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ihre Politik!)

Wenn Sie kein Konzept und keine Vorschläge haben, sollten das die Menschen in diesem Land auch wissen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

- Johanna Werner-Muggendorfer ist auch da.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ja, warum?)

Auch Sie darf ich zitieren: "Was uns fehlt, sind die Erfolge. Die wirklich Erfolgreichen in Bayern sind die Sozialdemokraten." Hört, hört, so ist es.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

In der vorigen Woche haben Sie die Menschen in Bayern verunglimpft, indem Sie ein Pamphlet der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgestellt haben. In diesem Land gibt es Menschen mit einem ausgeprägten Nationalgefühl, die sich für dieses Land engagieren und zu diesem Land stehen. Dazu sagen Sie: Wer patriotisch ist, ist ein Rechtsextremer.

(Widerspruch bei der SPD)

Herr Rinderspacher, das lassen sich die Menschen in diesem Land nicht gefallen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Eine Unverschämtheit!)

Sie sollten einmal nachlesen, worüber letzte Woche diskutiert worden ist.

(Ludwig Wörner (SPD): Sie können noch nicht einmal richtig lesen! Leseschwäche!)

Der Beste in der Opposition zu sein, wäre gar nicht so schwer. Herr Rinderspacher, Sie müssten nur einmal sagen, dass Sie für etwas sind. Bis auf das Lob für den Ministerpräsidenten bezüglich seiner Reise nach Prag habe ich in 38 Minuten nicht einen einzigen positiven Satz gehört.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

- Herr Aiwanger, Sie sind noch nicht dran. Gedulden Sie sich. Sie kommen heute noch an die Reihe. Machen Sie sich keine Sorgen. Hören Sie mir zu. Ich habe Ihnen auch zugehört.

Sie haben nicht einen einzigen positiven Punkt genannt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das haben Sie überhört!)

Das finde ich schade. Heute hätten Sie die Chance, diesem Haushalt des Aufbruchs zuzustimmen.

(Lachen bei der SPD)

Das ist heute Ihre letzte Chance für die nächsten zwei Jahre.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Fasching ist vorbei!)

Leider verweigern Sie sich der Realität. Es wäre klug, gut und richtig, wenn Sie dem Haushalt heute zustimmen würden. Das wäre ein Signal an die Menschen. Sie haben heute gefordert, wir sollten in einer schwierigen Zeit alles gemeinsam machen. Es wäre deshalb folgerichtig, wenn Sie dem Haushalt zumindest in Teilen zustimmen würden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie müssen vorher unseren Anträgen zustimmen!)

- Herr Aiwanger, dazu komme ich gleich. Herr Aiwanger und die GRÜNEN werden dem Haushalt wohl nicht zustimmen. Die GRÜNEN sind ohnehin gegen alles.

(Widerspruch bei den GRÜNEN - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr wollt mit ihnen zusammenarbeiten! Schwarz-Grün!)

Die GRÜNEN sind gegen Olympia, gegen Wasserstraßen, gegen Stromleitungen, gegen Pumpspeicherkraftwerke und örtlich sogar gegen Geothermie. Sie sind gegen alles. Das ist die Wahrheit. Wenn es darum geht, was man tun und machen sollte, im Abstrakten, sind Sie stark. Wenn es um das Konkrete geht, sind Sie immer dagegen. Auf diese Weise kann ein Land nicht regiert werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Herr Aiwanger, immer mehr zu fordern, ist keine solide Politik. Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben die FREIEN WÄHLER 920 Millionen Euro an Mehrforderungen eingebracht. Das ist alles andere als eine solide Haushaltspolitik.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Landesbank!)

Frau Bause, 645 Millionen Euro zusätzlich zulasten der kommenden Generationen zu fordern, ist keine solide Haushaltspolitik. Herr Rinderspacher, die SPD hat 330 Millionen Euro Mehrausgaben gefordert.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Landesbank! - Ludwig Wörner (SPD): 17 Milliarden Euro! - Volkmar Halbleib (SPD): Das sind noch nicht einmal die Zinsausgaben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Sinne einer erfolgreichen Zukunftspolitik steht an erster Stelle immer die Entscheidung bezüglich der politischen Grundausrichtung, der politischen Zielsetzungen. Welche Ziele verfolgen wir? Welche Herausforderungen gilt es zu bewältigen? Politik kann nur erfolgreich sein, wenn die finanziellen Ressourcen dafür zur Verfügung stehen. Der Haushalt, den wir in dieser Woche beraten, ist das zentrale Steuerungsinstrument für die Realisierung der Zielsetzungen in der Politik für die Zukunft eines Landes. Utopien, die an der Realität und der Finanzierbarkeit vorbeigehen, können die Zukunft nicht gestalten. Sie führen ins Abseits und in die unverantwortliche Verschuldung.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Landesbank!)

Deshalb sind die Entscheidungen in dieser Woche mit dem Beschluss über den Doppelhaushalt auch die Grundlage für die Arbeit der kommenden zwei Jahre. Finanzielle Mittel stehen nicht unbegrenzt zur Verfügung. Die Aufnahme neuer Schulden kommt für uns nicht in Frage. Diese Politik geht zulasten der kommenden Generationen. Ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er auf die Generationengerechtigkeit in besonderer Weise hingewiesen hat. Herr Rinderspacher und Frau Bause, Ihre Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen zeigen uns leider, wie Rot-Grün Politik macht: Schulden über Schulden auf Kosten der nachfolgenden Generationen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): 10 Milliarden Euro Landesbank! - Zurufe von der SPD)

Die christlich-liberale Regierung in Nordrhein-Westfalen ist noch mit geringeren Beträgen ausgekommen. Jetzt sieht die Lage so aus: Bombastische Neuverschuldung in Höhe von 8,4 Milliarden Euro im Nachtragshaushalt. Sogar der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen musste eingreifen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben nach Österreich überwiesen!)

- Wollen Sie rechtfertigen, dass Nordrhein-Westfalen 8,4 Milliarden Euro Schulden gemacht hat, die vom Verfassungsgerichtshof beanstandet wurden?

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren! Zwischenrufe sind grundsätzlich zulässig. Sie sollten den Redner aber nicht hindern, seine Gedanken vorzutragen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Er kann weiterlesen! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Herr Schmid, jetzt haben Sie wieder das Wort.

Georg Schmid (CSU): Vielen Dank, Herr Präsident. Wenn das Verfassungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen feststellt, dass das, was dort gemacht wird, verfassungswidrig ist und die SPD das möglicherweise gutheißt, ist nur zu fragen: Wer will solchen Abgeordneten die Verantwortung für dieses Land überlassen?

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Landesbank! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Die Menschen wollen das auch nicht.

(Beifall bei der CSU)

Die Schulden von Rot-Grün steigen weiter. Sozi am Steuer, das wird teuer. Das sieht man an Nordrhein-Westfalen.

(Alexander König (CSU): Das war schon immer so; das ist eine alte Lebensweise!)

- Alte Lebensweisheit.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Schmid, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Georg Schmid (CSU): Nein.

Sozis am Steuer: Das wird teuer.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

In der "Süddeutschen Zeitung" habe ich gelesen, dass Sie, Frau Bause, einen Ausflug nach Nordrhein-Westfalen machen wollen, um dort zu lernen, wie es richtig geht. Ich sage Ihnen eines: Wenn es um Finanzpolitik geht, wäre es besser, Sie fahren nicht nach Nordrhein-Westfalen, sondern Sie bleiben in Bayern. Hier haben Sie ein gutes Vorbild und ein gutes Beispiel.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie können Abendkurse anbieten!)

Nun sind wir bei einer weiteren richtigen Summe. Wenn Sie nach Nordrhein-Westfalen kommen, unterhalten Sie sich über den Länderfinanzausgleich.

(Ludwig Wörner (SPD): Reden Sie über Bayern?)

- Wer zahlt denn 3,8 Milliarden Euro? Was alles könnten wir uns dafür leisten, wenn wir keine so hohe Summe in den Länderfinanzausgleich abliefern müssten!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Eine Landesbank!)

Was könnten wir alles machen!

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Auch ich bin für Solidarität. Bayern hat neun Milliarden Euro bekommen, hat allerdings zwischenzeitlich 34 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich eingezahlt. Dass

sich heute aber manche Länder etwas leisten, was wir uns nicht leisten können, wir das aber bei den anderen finanzieren, hat weder mit Gerechtigkeit noch mit Solidarität zu tun.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Bayern ist und bleibt trotz des Länderfinanzausgleichs das Land mit den solidesten Staatsfinanzen. Der Doppelhaushalt 2011/2012 ist der sechste und siebte Haushalt ohne neue Schulden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Landesbank!)

Es war ein richtiges und wichtiges Signal, das meine Fraktion auf unserer Klausurtagung in Kloster Banz im September 2010 gesetzt hat und das von unserem Koalitionspartner, lieber Thomas Hacker, gleichermaßen mitgetragen wurde. Jetzt müssen wir Prioritäten setzen. Wir müssen entscheiden, was wir uns leisten können und wollen, wo die Schwerpunkte liegen, was hochrangige und was nachrangige Priorität hat. Diese Weichenstellung erfordert hohe Verantwortung, der wir in diesen Tagen gerecht werden müssen. Solide Haushaltspolitik ist ein Markenzeichen Bayerns.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Von Georg Schmid!)

Die CSU hat seit Jahrzehnten Zeichen gesetzt und erhält für ihre nachhaltige Haushaltspolitik stärkste Kompetenzwerte in der Bevölkerung.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

Ich sage Ihnen eines: Nicht Berlin, nicht Nordrhein-Westfalen sind Maßstab. Maßstab für solide Haushaltspolitik sind der Freistaat Bayern und unsere Regierung, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir übernehmen in der Koalition mit dem Doppelhaushalt entschlossen Verantwortung für dieses Land. Wir investieren weiter in die Zukunft unseres Landes. Wir haben eine Investitionsquote von 12 % nach alter Rechnung. Ich glaube, die richtige Rechnung muss lauten:

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir brauchen auch die Bildungsleistungen unter dem Begriff der Investitionsquote. Wir müssen miteinander den Begriff "Investitionsquote" neu definieren. Nicht nur Beton, nicht nur Gebäude und nicht nur Straßen sind Investitionen, sondern auch die Investition in die Köpfe macht die Investitionsquote in unserem Lande aus.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe bei der SPD - Ludwig Wörner (SPD):

Das fordern wir seit Jahren!)

- Sie haben alles schon einmal gefordert. Dazu kann ich gar nichts sagen; denn das ist immer schon mal dabeigewesen.

(Natascha Kohnen (SPD): Wo sind denn die Lehrkräfte, Herr Schmid?)

- Dazu komme ich noch.

(Zuruf von der CSU: In der Schule! - Natascha Kohnen (SPD): Nein, auf der Straße!)

Dieser Doppelhaushalt ist die Fortsetzung einer erfolgreichen Politik. Wo standen wir heute vor fast genau zwei Jahren, bei den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2009 und 2010? - Wir hatten die größte Wirtschaftskrise. Wir haben damals von der größten Wirtschaftskrise seit 1929 gesprochen. Wir hatten ein massiv sinkendes Wirtschaftswachstum. Wir hatten Angst vor steigender Arbeitslosigkeit und vor dem Gang in die Kurzarbeit. Wie haben wir reagiert? - Die Koalition aus CSU und FDP hat die richtigen Weichenstellungen vorgenommen. Wir haben uns antizyklisch verhalten. Wir

haben, Kollege Georg Winter, zusätzlich investiert. Deswegen hat sich damals die Investitionsquote erhöht. Das war unsere Absicht.

Das Konjunkturprogramm des Bundes haben wir finanziell begleitet und umgesetzt. Dieses Programm hat in der Wirtschaft exzellent gewirkt. Es hat vieles angekurbelt, vieles auf den Weg gebracht. Ministerpräsident Seehofer hat erwähnt, dass über 4.000 Betriebe mit dem Mittelstandsschirm begleitet und unterstützt wurden. Damit sind fast 80.000 Arbeitsplätze bestätigt und gesichert worden. Der Doppelhaushalt 2009/2010 war ein Konjunkturhaushalt, der wichtige Signale an die Wirtschaft ausgesandt hat.

Die Koalition hatte die Zeichen der Zeit erkannt - ich gebe Ihnen recht, Herr Rinderspacher - und war an der Seite der mutigen Unternehmer und der fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dadurch haben wir die Krise bewältigt. Die Opposition hat auch damals vor zwei Jahren versagt. Obwohl wir jetzt wissen, dass es der richtige Weg war, verweigerte sie sich und hat dem Haushalt nicht ihre Zustimmung gegeben. Ich stelle fest: Wir waren auch damals die Gestalter, und Sie von der Opposition waren die Nein-Sager.

(Beifall bei der CSU)

Wo stehen wir heute, zwei Jahre später? - Kein europäisches Land ist so gut aus der Krise gekommen wie Deutschland. Kein Bundesland ist so gut aus der Krise gekommen wie Bayern. Beides kommt nicht von ungefähr. Wir konstatieren jetzt ein starkes Wirtschaftswachstum und am Ende des Jahres vielleicht ein gutes Stück über 3 %. Wir haben nahezu Vollbeschäftigung. Heute haben wir die neuesten Arbeitsmarktdaten erhalten und sehen, dass der Arbeitsmarkt eine exzellente Entwicklung nimmt, der Lehrstellenmarkt sehr gut bestückt ist und wir die jungen Menschen in Arbeit und Ausbildung bringen können. Export und Binnennachfrage sind gleichermaßen im Aufwärtstrend. Der Süden ist Motor und Vorreiter. "Der Süden leuchtet", schreibt das "Handelsblatt" -, zu Recht.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Baden-Württemberg!)

- Wie lange noch? - Wir werden abwarten. Nicht schon kritisieren, wir werden abwarten.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln bestätigt den Trend mit dem "Chancenindex" Bayern. Am besten, so heißt es dort, aus der Krise gekommen sind Bayern und Baden Württemberg. Die mit Abstand schlechteste Bilanz hat wer? - Wowereits rot-rotes Berlin. Dort, wo die Union Verantwortung hat, haben wir bessere Daten, bessere Zahlen, stärkeres Wirtschaftswachstum und geringere Arbeitslosigkeit. Dort geht es den Menschen besser, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Der wirtschaftliche Erfolg ist uns nicht in den Schoß gefallen. Er ist hart erarbeitet. Wer ihn für gegeben hält, hat ihn schon verloren. Wirtschaftlicher Wohlstand ist kein Selbstzweck. Er ist die Voraussetzung für eine gute Zukunft, für Beschäftigung, für sichere Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. Wir ruhen uns nicht auf den Erfolgen von gestern aus, sondern schaffen Spielräume und die Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft.

Jetzt haben wir die Möglichkeit, die Ziele auf festem Fundament neu zu formulieren und die politischen Prioritäten neu festzulegen. Herr Rinderspacher, Sie haben davon gesprochen, warum in dem Haushalt noch die Problematik steckt, die in seiner Gesamtstruktur begründet ist, weil wir noch nicht die Einnahmen haben, die wir schon einmal hatten. Die Problematik des strukturellen Defizits besteht nach wie vor. Deswegen müssen wir in dieser Situation auch noch sparen, um dann wieder Freiräume für zusätzliche Investitionen zu haben. Ich halte es für richtig, wenn wir für drei große Bereiche politische Zeichen und Signale setzen wollen. Vorher müssen wir uns aber, weil wir noch strukturelle Defizite haben, zunächst die Spielräume dafür schaffen.

Deswegen haben der Ministerpräsident und die Koalition Ende Januar mit der Regierungserklärung "Aufbruch Bayern" unsere prioritären Politikfelder für die nächsten zwei - ich sage: drei - Jahre bis zum Ende dieser Legislaturperiode vorgestellt: Familie, Bildung und Innovation. Für uns steht der Mensch als Person im Mittelpunkt. Die Talente der Menschen sind unser wertvollster Rohstoff. Deshalb investieren wir 389 Millionen Euro zusätzlich in Bildung; ich sage noch einmal: 389 Millionen zusätzlich. Die Ideen der Menschen bringen uns Wohlstand; deswegen fördern wir Innovationen mit 452 Millionen Euro zusätzlich; 452 Millionen! Die Familien unterstützen wir mit zusätzlich 227 Millionen Euro. Wir stärken so den sozialen Zusammenhalt. Die geistige Grundlage und ein starkes Fundament dafür sind das christliche Menschenbild, die soziale Marktwirtschaft und die solidarische Leistungsgesellschaft.

Wenn ich auf das Thema Bildung zu sprechen kommen darf, das Sie, Herr Rinderspacher ganz am Ende Ihrer Rede noch haben einfließen lassen: Ich nenne noch einmal die Summe von 389 Millionen Euro zusätzlich über diese eine Milliarde Euro hinaus für weitere Investitionen. Das Bildungssystem, das wir in Bayern haben, liebe Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten wir nicht schlechtreden. Wir haben das beste Bildungssystem in der gesamten Bundesrepublik, und wir dürfen uns das nicht kaputtmachen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir haben 13 Schularten, die 19 verschiedene Wege anbieten, um zum Schulabschluss zu kommen. Lieber Karl Freller: kein Abschluss ohne Anschluss. Der Satz gilt.

(Natascha Kohnen (SPD): 8 % sind ohne Abschluss!)

Der Satz gilt, und der Satz ist gut. Ich kann das an vielen Beispielen belegen. Heute sind 35.000 junge Menschen am Gymnasium, aber 26.000 machen ihren Abschluss an BOS und FOS und haben die Chance, an der Fachhochschule weiterzustudieren.

Dieses Angebot wird von den Schülerinnen und Schülern in exzellenter Weise angenommen.

Es wäre falsch, wenn wir das Berliner System wählen würden, bei dem die Plätze am Gymnasium per Los verteilt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann doch kein Vorbild für Bayern sein, die Plätze am Gymnasium per Los zu verteilen. Mit sozialer Gerechtigkeit hat das aber schon überhaupt nichts zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Aber mit der SPD hat das etwas zu tun! - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Schmarrn!)

Deswegen wundere ich mich auch darüber, dass jetzt in Nordrhein-Westfalen das Berliner Schulsystem zum Vorbild genommen wird. Man wundert sich darüber, dass man den Kindern in Nordrhein-Westfalen das Gleiche antun will, was man den Schülern in Berlin schon angetan hat.

Herr Rinderspacher, Sie haben die Gemeinschaftsschule erwähnt. Die Gemeinschaftsschule gehört in die Mottenkiste. Sie hat sich einfach nicht bewährt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sie haben keine Ahnung, von was Sie reden, keine Ahnung haben Sie!)

Das gegliederte Schulwesen fördert die Talente junger Menschen am besten. Ich glaube, dass den jungen Menschen in diesem Lande wenig geholfen ist, wenn wir noch einmal zehn Jahre über die Frage des Bildungssystems, über die Struktur des Bildungssystems diskutieren. Wir müssen im Einzelfall positive und gute Lösungen finden, aber sollten nicht weitere zehn Jahre über das überkommene System der Gemeinschaftsschule diskutieren.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Die Eltern in Berlin und in Hamburg haben es doch bestätigt. Die Eltern wollen das nicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber Sie wollen das, die CDU wollte es aber!)

- Ja, das war auch ein gravierender Fehler, der dort gemacht worden ist, Herr Aiwanger.

(Natascha Kohnen (SPD): Und was ist mit Schleswig-Holstein?)

Wir sagen Ja zu unseren Realschulen, wir sagen Ja zu unseren Gymnasien. Wir sind für eine begabungsgerechte Bildung und wollen die Schwächeren fördern, die Stärkeren fordern. Aber die ideologische Systemdebatte sollten wir am besten heute beenden, weil sie in unserem Lande nicht weiterführt.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Das ist schon lang an der Zeit!)

Ich darf noch einen kritischen Satz anfügen: Wir sollten uns nicht an den Interessen der Kommunalpolitik orientieren, wenn es darum geht, das eine oder andere Schulhaus vollzumachen. Das sage ich als jemand, der seit 26 Jahren in der Kommunalpolitik tätig ist. Wir sollten uns nicht mehr an den Interessen der Verbände orientieren, sondern am Wohl der Kinder. Das ist unser Orientierungsmaßstab, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Darauf warten wir schon lange!)

Ich will auch keine verpflichtende Ganztagschule. Wir müssen Angebote schaffen; seit 2008 haben wir gebundene Ganztagschulen. An dieser Stelle danke ich Ludwig Spaenle. 785 sind es zwischenzeitlich; er hat die Zahl nahezu verdoppelt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Klassen, keine Schulen!)

Wir haben 3.100 Ganztagsgruppen, 5.000 Gruppen zur Mittagsbetreuung. Danke, Ludwig Spaenle; das waren wichtige und richtige Entscheidungen. Wir wollen keine verpflichtende Ganztagsschule, wir wollen Wahlfreiheit der Eltern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Zuerst müssen wir ein Angebot haben, damit wir wählen können!)

Wir haben unser Versprechen im Haushalt eingehalten. Es war unlängst eine erbärmliche Diskussion: Trotz dieser zusätzlichen Lehrerstellen, die wir zur Verfügung gestellt haben - von 2007 bis 2012 waren es 5.800 - ist in den Verbänden so lange diskutiert worden, bis man am Schluss den Eindruck hatte, es sind 10.000 Lehrer weniger. Also irgendwie hat jemand da einen Fehler in der Mathematik gehabt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wart wahrscheinlich ihr!)

Von 2010 bis 2012, Herr Ministerpräsident, haben wir die Bildungsleistungen um 300 Millionen erhöht. Diese Zahl ist bisher unbestritten. Von 2008 bis 2012 haben wir die Ausgaben für Bildung um eine Milliarde erhöht. Diese Zahlen sprechen für sich, und sie sprechen eine klare Sprache.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Die Zahlen sind einmalig in Deutschland!)

Jeder dritte Euro geht in Bildung, in Forschung und in die Hochschulen. Diese Zahlen können sich sehen lassen. Im Vergleich der Ausgaben für Bildung schauen wir exzellent aus: Wir stehen nämlich auf Platz 1 in ganz Deutschland, und da brauchen wir von niemandem Nachhilfe.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Richtig, wir sind die Besten!)

Herr Rinderspacher, die SPD hat in der letzten Legislaturperiode eine Bildungsmilliarde gefordert. Diese Forderung haben wir schon weit übererfüllt.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

- Da hilft die Lautstärke auch nicht. Sie sollen das zur Kenntnis nehmen. Das wäre eine gute Möglichkeit für Sie, die Staatsregierung und die CSU-Fraktion einmal zu loben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Schaut doch nur, wie lobesbedürftig er ist! -

Markus Rinderspacher (SPD): Gerade in der Bildungspolitik haben Sie so viel Lob verdient!)

Aber auch diese Chance, Herr Rinderspacher, haben Sie ausgelassen. Es wäre gut gewesen. Eine Politik des "Wünsch Dir was" ist fantasielos und auch nicht realistisch, weil wir auf solide Finanzen zu achten haben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Siehe Landesbank!)

Zum Thema Innovation: Vorige Woche habe ich bei der Diskussion über Atomkraftwerke und über die Energiewende darauf hingewiesen, dass wir im "Aufbruch Bayern" Mittel dafür vorgesehen haben. Schon vorausschauend haben wir Mittel für solare Energieumwandlung, Smart Grids, intelligente Stromnetze und die Steigerung der Energieeffizienz eingeplant. Schauen Sie in den Haushaltsplan hinein; wir haben in den Bereich "Innovation" schon viele dieser Dinge aufgenommen. Ich halte das für ganz wichtig. Wir haben für den Bereich der erneuerbaren Energien schon vorausschauend Finanzmittel vorgesehen. Und trotzdem, auch darauf darf ich noch einmal hinweisen: Bayern steht gut da in Deutschland, wenn es um erneuerbare Energien geht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Weil die Wasserkraft schon hundert Jahre alt ist!)

Ja, weil die Wasserkraft da ist, weil wir Geothermie nutzen können, weil wir auch Solarenergie nutzen, wir nutzen Photovoltaik - wir nutzen die Möglichkeiten schon. Dass der Wind vielleicht im Norden stärker weht, ist richtig; aber es wäre gut, wenn wir gemeinsam über alle Parteigrenzen hinweg auch dafür Sorge tragen würden - und nicht

dagegen sind -, wenn die Stromleitungen vom Norden in den Süden gebaut werden sollen.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Frau Gote, Sie sollten an dieser Stelle nicht laut reden. Sie sind doch diejenigen, die ständig dagegen sind, wenn es im Konkreten darauf ankommt. Sie sind immer dagegen, wenn es um eine konkrete Leitung geht. Das ist doch Ihr Prinzip.

(Beifall bei der CSU)

Zum ländlichen Raum: Der Zukunftsrat hat in seinem fast hundertseitigen Papier auch gute Vorschläge gemacht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann ist ja alles in Ordnung!)

Aber dort, wo er eine andere Auffassung vertreten hat als die Politik der Koalition, sage ich Ihnen: Der Zukunftsrat macht Vorschläge, und die Politik entscheidet. Wie sah denn die Entwicklung in den ländlichen Räumen in den vergangenen 30, 40 Jahren aus? Ich sage Ihnen: Die ländlichen Räume haben sich auch deswegen so gut entwickelt, weil wir dem Grundsatz gefolgt sind, die Arbeit zu den Menschen zu bringen, auch zu denen, die in kleinen Städten und in Dörfern leben. Damals arbeiteten noch 30 % der Menschen in den ländlichen Räumen, in der Landwirtschaft, heute sind es vielleicht noch 3 %. Wir haben den Strukturwandel geschafft.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Darum ziehen die weg!)

Wir haben die Infrastruktur in diesen Regionen verbessert. Baugebiete sind ausgewiesen worden, für die Handwerker vor Ort sind Möglichkeiten geschaffen worden.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Darum ziehen die weg!)

Wer mit offenen Augen durch das Land fährt, sieht, wie sich in den vergangenen Jahrzehnten die Situation in den Dörfern verändert hat. Schauen wir das Vereinsleben an;

schauen wir, was an Infrastruktur für die Freizeit geschaffen worden ist. Schauen wir die Schützenheime an.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Darum ziehen die weg, Mensch!)

Wo wären denn die Menschen hingekommen, wenn wir vor 30 oder vor 40 Jahren dem Rothemund-Plan gefolgt wären und nur noch Kommunen ab 10.000 Einwohner als förderungswürdig angesehen hätten? Das war der Plan der SPD, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist die Wahrheit. Sie haben das wohl schon ganz vergessen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Heute reden Sie vom ländlichen Raum so, als ob Sie sich schon immer dafür engagiert hätten. Das ist doch nicht die Wahrheit.

Wir müssen die Infrastruktur weiter verbessern. Die Mittel für den Staatsstraßenbau haben wir von 148 auf 215 Millionen Euro erhöht. Auch dafür wäre ein Lob angebracht gewesen, Herr Rinderspacher.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Auch für den kommunalen Finanzausgleich wäre ein Lob gut gewesen. Georg Winter, du warst bei den Verhandlungen mit der kommunalen Ebene dabei. Die Vereinbarung zum kommunalen Finanzausgleich wurde einstimmig bestätigt. 6.374 Milliarden - eine beeindruckende Summe, gerade in schwierigen Zeiten. Es gibt noch einmal zusätzliche finanzielle Mittel. Das ist ein gutes Beispiel für richtige Entscheidungen der Koalition.

Ich komme zum Thema "Migration - Integration". Herr Rinderspacher, das Beste, was man für Integration tun kann, ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, damit die Menschen in Lohn und Brot kommen.

(Zurufe von der SPD)

- Ich übernehme das gern, keine Sorge: Der Ministerpräsident hat sich auf fünf, sechs wesentliche Punkte konzentriert; ich darf hier ergänzen. In Bayern leben Migranten überwiegend von ihrer eigenen Hände Arbeit, nicht von Hartz IV. Fast 70 % der Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern gehen einer geregelten Arbeit nach. Die Arbeitslosenquote unter Migranten in Bayern ist mit 8,5 % niedriger als der Arbeitslosendurchschnitt in der Bundeshauptstadt. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sie sehen: Das ist Integrationspolitik, wie sie am besten wirkt.

(Zuruf von der SPD: Und deswegen kämpfen Sie bis zur letzten Patrone?)

Die Zahlen zur Ausbildungssituation sind heute dem Kabinett vorgestellt worden. Was ist denn für junge Migrantinnen und Migranten die beste Begleitung, die beste Unterstützung? Die Lehrstelle, nichts anderes!

(Beifall bei der CSU)

Die brauchen keinen Integrationsbeirat, die brauchen einen Ausbildungsplatz. Dann sind sie erfolgreich und können in das Berufsleben einsteigen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben 400 Schulklassen dort neu gebildet, wo Migrantenkinder zahlenmäßig überwiegen. Die Integration von Migrantenkindern erfordert mehr Aufwand, mehr finanzielle Mittel, zusätzliche Klassen. Wir haben entsprechend gehandelt. Auch dafür danken wir Ludwig Spaenle.

Herr Rinderspacher, wir fordern aber auch eine klare Wertorientierung an unserer christlich-europäischen Tradition. Übersetzt bedeutet das: Ja zum Rechtsstaat, nein zur Selbstjustiz! Keine Unterdrückung der Frauen! Null Toleranz gegenüber Gewaltkriminalität! Keine Bildung von Ghettos! Bei uns gilt das Grundgesetz, nicht die Scharia. Das sagen wir auch beim Thema Integration.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Multikulti ist nicht unsere Devise, sondern unser Grundsatz lautet: Wer bei uns leben will, muss mit uns leben wollen. Aber auch wir müssen dafür sorgen, dass diese Menschen integriert werden und die Chance haben, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Herr Ministerpräsident, ich bedanke mich an dieser Stelle sehr herzlich bei Ihnen, weil Sie in fünf Ansatzpunkten aufgezeigt haben, worum es geht. Als ersten Punkt nenne ich die starke Wirtschaftskraft unseres Landes. Wenn wir nicht gut wirtschaften, können wir uns alles andere nicht leisten. Zweiter Punkt ist die Generationengerechtigkeit. Wir wollen keine Politik - insbesondere keine Finanzpolitik - zulasten der kommenden Generationen betreiben. Wir wollen gemeinsam in allen Verantwortungsfeldern Politik gestalten, auch mit den Kommunen. Damit das gelingt, müssen die Kommunen gefördert und finanziell begleitet werden; das geschieht. Ich nenne als Drittes die innere Sicherheit. Sie ist die generelle Grundlage für eine gute politische Entwicklung des Landes.

Wir setzen viertens Schwerpunkte auf Bildung - dabei geht es auch um Chancen für die Zukunft und Innovation - wir richten den Blick nach vorn - sowie fünftens auf Familien und Kinder; sie bilden das Fundament unseres Landes. Wenn wir diese Grundsätze beachten, können wir das Land in eine gute Zukunft führen.

Ich bedanke mich sehr herzlich bei unserem Finanzminister Georg Fahrenschon für die vielen Gespräche und Diskussionen. Ich glaube, wir legen einen exzellenten Haushalt vor, in dem alle Details optimal ausgewogen sind. Ich danke herzlich Georg Fahrenschon. Vielen Dank, lieber Herr Finanzminister!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich danke auch dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Georg Winter, und seinem Team sowie den Kollegen von der FDP, Thomas Hacker und Karsten Klein, für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Otto Bertermann (FDP))

Wir leben in politisch spannenden Zeiten. Jetzt heißt es: Handeln und nicht das Blaue vom Himmel versprechen! Nur die Spendierhosen anzuziehen, wie die Opposition es vorhat, aber andere bezahlen zu lassen - das geht nicht. Man darf auch nicht bremsen, wenn mutige Entschlossenheit gefordert ist. Ohne beherztes Handeln werden wir die Zukunft Bayerns verspielen.

(Zuruf von der SPD: Ein Teil ist schon verzockt!)

Wir als wirtschaftsstarkes Land stehen in einem intensiven Wettbewerb, nicht nur mit Regionen in Deutschland und in Europa, sondern mit Ländern in der ganzen Welt. Ruhen wir uns nicht auf den Erfolgen von gestern aus! Schaffen wir gemeinsam die Grundlagen für eine erfolgreiche Zukunft! Sagen wir Ja zum Doppelhaushalt des Aufbruchs! Investieren wir vor allem in Familie, Bildung und Innovation!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Schmid. - Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen, weil Zwischenfragen nicht zugelassen waren.

Wir beginnen mit Frau Kamm. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Schmid, Sie haben von der Bedeutung von Arbeit und Ausbildungsplätzen für Integration gesprochen. Was machen Sie dagegen, dass in Schwaben, insbesondere in Ihrem Stimmkreis, viele junge Leute nach ihrer Ausbildung im Metallbereich keinen festen Arbeitsplatz bekommen, sondern nur ein Leiharbeitsverhältnis?

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Schmid, bitte schön.

Georg Schmid (CSU): Ich kenne die Zahlen in meinem Stimmkreis sehr genau und weiß auch von der Schule in Donauwörth. Dort sind wir vor wenigen Monaten mit Landtagspräsidentin Barbara Stamm gewesen. Alle, die in der Klasse gesessen haben, auch die Migrantenkinder, haben eine Ausbildung bekommen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Und dann in die Leiharbeit!)

Zunächst geht es doch darum, dass wir die jungen Menschen in Ausbildung bringen. Dafür, dass das gelungen ist, sollten wir dankbar sein. Dann müssen wir schauen. Da fast Vollbeschäftigung herrscht und angesichts des lauten Rufes nach Facharbeitern aus dem außereuropäischen Ausland wird sich die Frage sehr schnell lösen. Ich habe von dieser Stelle aus wiederholt gesagt. Wir müssen die Menschen, die bei uns leben - auch die Migrantenkinder - und eine gute, solide Ausbildung haben, in unseren Arbeitsmarkt integrieren. Es ist kontraproduktiv, wenn wir an dieser Stelle nach Fachkräften aus dem außereuropäischen Ausland rufen, Frau Kollegin. Das wäre der falsche Weg. Wir können und müssen nur die unterbringen, die eine Ausbildung haben und bei uns leben. Da sollte man nicht nach Facharbeitskräften aus dem außereuropäischen Ausland rufen. Das würde den Migrantinnen und Migranten nämlich nicht weiterhelfen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Zwischenbemerkung macht Herr Abgeordneter Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Wir kennen aus jeder Haushaltsrede die polemischen Bemerkungen, die auf Sie zurückfallen. Ich darf dafür drei Beispiele nennen.

Erstens. Sie haben die Änderungsanträge der SPD-Fraktion mit einem Finanzvolumen von 330 Millionen Euro gekennzeichnet und die Frage der finanzpolitischen Solidität in den Raum gestellt. Ich frage Sie, wie es sich dazu verhält, dass allein die Zinsen und die ausgefallenen Fonds für die Landesbank in einem Haushaltsjahr 380 Millionen Euro betragen und dass Sie im Verwaltungsrat mit Ihrer Verantwortung dazu beigetragen haben, dass es bei der Landesbank zu dem Finanzdesaster kam.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Sie haben, obwohl in Bayern offenbar doch einige Probleme bestehen, mit dem Finger auf Nordrhein-Westfalen gezeigt. Sie sollten sich einmal im Detail mit den dortigen Verhältnissen befassen.

(Georg Schmid (CSU): Lieber nicht!)

- Passen Sie nur auf! Es fällt auf Sie selbst zurück. Die schwarz-gelbe Koalition in Nordrhein-Westfalen hatte unter Jürgen Rüttgers als Ministerpräsidenten einen Haushalt vorgelegt, der 6,4 Milliarden Euro Neuverschuldung beinhaltete. Und jetzt stellen Sie sich hier hin und tun so, als handelte es sich um ein rot-grünes Problem. Sie selbst, die Union und die FDP, halten die Netto-Neuverschuldung in Höhe von 6,4 Milliarden Euro in Ihrem eigenen Etatentwurf. Da ist es schon sehr scheinheilig, den Finger auf Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen zu richten.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen sagen Sie dazu immer, in Nordrhein-Westfalen sei niemals eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts eingetreten. Aber Sie selbst verwenden in Ihrem eigenen Regierungsentwurf genau das, was das Verfassungsgericht in Nordrhein-Westfalen kritisiert hat. Das Gericht hat nämlich gesagt, es gebe keinen Beleg dafür, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört sei. Sie selbst nutzen in Bayern, obwohl Sie Ihre Verhältnisse als wirtschaftlich brilliant darstellen, genau diese Formel von der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, um zu rechtfertigen, dass Sie keinen Cent dem Versorgungsfonds zuführen. Das ist jedenfalls keine solide Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Zum Dritten. - -

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Halt, Herr Kollege! Die zwei Minuten sind herum.

Jetzt Herr Schmid.

Georg Schmid (CSU): Zunächst zu den zusätzlichen Forderungen. Herr Rinderspacher, ich müsste fast sagen, dass es sich im Vergleich zu den früheren Jahren um eine Verbesserung handelt. Ich erinnere mich noch an den letzten Haushalt. Da ging es um zusätzliche Forderungen von 2 Milliarden Euro. Es ist natürlich immer leicht, zusätzliche Forderungen zu erheben. Dennoch bin ich der Auffassung, dass es richtig und vernünftig ist, einen Haushalt auf den Weg zu bringen, der nicht zu einer Neuverschuldung führt. In eine Neuverschuldung geht man hinein, wenn man zusätzlichen Wünschen nachgeben will. Zu addieren sind 900 Millionen, 600 Millionen, 300 Millionen Euro. Dies erwähne ich, um es zu dokumentieren. Wenn man zusätzliche Wünsche hat, muss man sich die Frage stellen: Wo kann ich Ausgaben zurückführen, und wo spare ich ein?

Der Pensionsfonds wird uns auch beim Nachtragshaushalt in ganz besonderer Weise beschäftigen. Das ist für uns ein wichtiges Thema. In der gegebenen Situation wäre es falsch gewesen, den Pensionsfonds dadurch auszustatten, dass man woanders Geld aufnimmt. Wir haben immer noch das strukturelle Defizit. Das haben auch Sie angesprochen. Wir hoffen, dass das Problem durch die zusätzlichen Einnahmen gelöst werden kann.

Was Nordrhein-Westfalen betrifft, so ist es ein einmaliger Vorgang, dass ein Haushalt von einem Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wird. Sie sollten an dieser Stelle die Dinge nicht schönreden. Es ist ein ganz besonderer Fall, dass das Gericht festgestellt hat: Der Haushalt, den die nordrhein-westfälische Landesregierung aufgestellt hat, entspricht nicht dem Gesetz und widerspricht der Verfassung. Das sollte man also nicht schönreden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Der nächste Redner ist der Vorsitzende der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Herr Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute Zukunftskonzepte für Bayern. Wir FREIEN WÄHLER vertreten hierzu die Position, dass der Industriestandort Bayern gestärkt und gleichzeitig zum Wissens- und Innovationsstandort weiterentwickelt werden muss.

Wir stellen dabei fest, dass es eine Reihe wichtiger politischer Themenfelder zu bearbeiten gilt. Wir werden sie jetzt gemeinsam nacheinander abarbeiten. Ich sage Ihnen dann, wohin die FREIEN WÄHLER wollen, wo momentan die Regierung steht und wo es Verbesserungsbedarf gibt.

Bildung ist alles. Alles beginnt mit Bildung. Deshalb ist die Bildungspolitik für uns der Dreh- und Angelpunkt einer funktionsfähigen gesamtbayerischen Politik. Eine Politik, die die Bildung nicht ernst genug nimmt, wird am Ende mit ihren Ergebnissen scheitern.

Wir stellen fest, dass im frühkindlichen Bereich nicht das getan wird, was getan werden müsste. Wir erneuern an dieser Stelle unsere Forderung nach einem kostenfreien Kindergartenjahr, damit den Familien ein eindeutiges Signal dafür gegeben wird, wohin wir wollen. Es muss ein Signal sein, dass eine finanzielle Belastung gesamtgesellschaftlich getragen werden muss, um unser Ja zu Kindern und Familien zu unterstützen.

Wir haben zu diesem Bereich immer wieder Anträge eingereicht. Dabei geht es darum, die Intensität der frühkindlichen Betreuung zu verbessern, ob es nun den Einsatz von Logopäden oder andere Verbesserungen betrifft. Gleichzeitig plädieren wir für einen Abbau der Bürokratie im Bereich des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes, damit den Erziehern der Freiraum gegeben wird, mit den ihnen anvertrauten Kindern vernünftig zu arbeiten.

Für die Grundschulen fordern wir weiterhin eine deutliche Stärkung der individuellen Förderung, mehr Kompetenzen für die Schulen, mehr Lehrer und Power, damit in klei-

neren Klassen Kinder gezielt unterrichtet werden können. 25 Kinder pro Klasse in weiterführenden Schulen und in Grundschulen sind ein Problem. Es wäre verantwortungslos, es nicht anzugehen. Deshalb sagen wir mit Blickrichtung auf alle Schultypen: 25 Kinder - gerade auch bei den Grundschulen - sind die alleroberste Grenze. Eigentlich müsste man für Grundschulen eine Klassenstärke von 20 bis 22 Kindern fordern; denn es geht darum, auf die Kinder individuell einzugehen.

Die Mittelschule ist Ihr neues Kind, Ihr neues Modell, um der Hauptschulproblematik zu begegnen. Auch hier sagen wir: Es handelt sich um einen Zwischenschritt, einen Versuch, der die Lösung aber nicht bringen wird. Wir fordern Sie schon heute auf, im Bereich der Bildungspolitik Konzepte vorzulegen, die einer regionalen Schulentwicklung den Weg öffnen und es zulassen, dass in strukturschwachen, kinderarmen Gegenden Haupt- und Realschulen zusammenwirken, und zwar dort, wo es die Schulfamilie will, wo es die Kommunalpolitik will. Solchen Entwicklungen sollte man dort mehr Freiräume geben. Man sollte den Lehrern und den Schulen mehr Kompetenzen einräumen; denn bisher ist alles viel zu strikt.

Wir haben die Zuständigkeit von Schulen, selber Lehrer zu suchen. Dabei stößt man auf einen Markt, der kaum Lehrer hat, weil dem Lehrerberuf über Jahre hinweg keine Perspektive geboten worden ist. Was es da an Freiraum gibt, ist zu wenig. Es ist sogar ein vergifteter Apfel, wenn man dem Schulleiter sagt: Du darfst dir deine Lehrer für die Schüler selber aussuchen, weil der Staat keine mehr findet.

Dieser Zustand ist zu wenig. Schulen leiden jetzt unter Nachteilen, die vorher von anderen verschuldet worden sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur Bildungspolitik muss weiter festgestellt werden, dass Realschulen und Gymnasien an vielen Standorten völlig überfüllt sind. Dort gibt es übergroße Klassen.

Auch an den Hochschulen gibt es unhaltbare Zustände. Das erkennt man anscheinend erst jetzt, im Jahr 2011. In diesem Zusammenhang muss auch die Initiative der FREIEN WÄHLER gesehen werden. Ich sage dem Kollegen Piazzolo Dank, der schon im letzten Jahr darauf hingewiesen hat, dass die zur Verfügung stehenden Plätze hinten und vorn nicht ausreichen. Meine Damen und Herren, das haben Sie erst in den Jahren 2010/2011 festgestellt. Die Auswirkungen Ihrer bildungspolitischen Entscheidung von 2003, das achtjährige Gymnasium einzuführen, haben Sie erst im vergangenen Jahr zur Kenntnis genommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das heißt, Sie wurden von den Auswirkungen Ihrer eigenen Politik überrascht. Genau so wurden Sie ein zweites Mal überrascht von den Auswirkungen der Abschaffung der Wehrpflicht. Als Ihr Kollege zu Guttenberg gesagt hat, man wolle die Wehrpflicht aussetzen, haben Sie lange nicht gemerkt, dass diese jungen Leute zusätzlich in die Hochschulen drängen. Und nun wird Hals über Kopf irgendetwas zusammengeschustert. Sie versuchen nun, mehr Studienplätze aus dem Boden zu stampfen, hecheln der Entwicklung also hinterher.

Wir stellen fest, dass Sie in der Bildungspolitik die Signale zu spät erkannt haben. Deshalb gebe ich Ihnen mit auf den Weg, das Thema regionale Schulentwicklung, das Thema Hauptschule und Realschule, vor allem in den bevölkerungsarmen Gegenden, jetzt und heute gezielter anzugehen, weil das Mittelschulprojekt sonst nur in einem Schulhausneubaukonzept enden wird. In wenigen Jahren würden wir viele kleine Hauptschulstandorte schließen und zentrale Mittelschulstandorte für teures Geld bauen müssen. Ich bitte Sie, das heute schon abzufangen, damit wir nicht so enden, wie ich es eben geschildert habe.

Meine Damen und Herren, im Bildungsbereich sehen wir - wie gesagt - nach wie vor einen großen Nachholbedarf. Hier werden nicht alle Register gezogen. Die Rechnung

werden wir in Zukunft teuer bezahlen müssen, wenn wir hier nur das Nötigste tun und der Situation nicht gerecht werden.

Die Kommunen sind für die FREIEN WÄHLER für einen funktionsfähigen Staat ein sehr wichtiger Pfeiler. Mein Vorredner hat es zwar mit wenigen Sätzen angesprochen, aber er hat die Lage schöngeredet, indem er gesagt hat, die Kommunen seien zufrieden, auf der kommunalen Ebene sei die Welt in Ordnung. Ihr Fraktionsvorsitzender, meine Damen und Herren von der CSU, hat sogar darauf hingewiesen, dass die kommunalen Spitzenverbände mit dem Ergebnis zufrieden seien.

Meine Damen und Herren, Sie haben bis heute die kommunale Schuldsituation nicht erkannt, Sie sind schlicht nicht richtig informiert. 40 % der Kommunen konnten im Jahre 2010 ihrem Schuldendienst nicht mehr gerecht werden. Die Schulden haben sich drei Jahre hintereinander fast verdoppelt. 2008 waren es 9,6 %, dann waren es 16 % und zuletzt 40 %. 20 % der Kommunen müssen mittlerweile aus dem Vermögens- in den Verwaltungshaushalt rübersteuern, damit der Laden überhaupt noch läuft. Dieses Thema ist uns äußerst wichtig, weil es die wirkliche Finanzlage Bayerns aufzeigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Aiwanger, entschuldigen Sie einen Moment. Herr Staatsminister Söder, Ihre Unterhaltung ist ein bisschen sehr störend!

Bitte sehr, Herr Kollege Aiwanger, fahren Sie weiter.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Meine Damen und Herren, wenn man nur den Freistaat Bayern als Bezugsgröße nimmt, wird man den Tatsachen nicht gerecht; denn dann blendet man aus, dass der Freistaat nur deshalb so halbwegs mit seinem angeblich ausgeglichenen Haushalt über die Runden kommt, weil er die Schulden auf die Kommunen ablädt. Dadurch ist die kommunale Verschuldung in den letzten Jahren massiv gestiegen und die Investitionsfähigkeit vielfach geradezu weggebrochen.

Die Kommunen sind die Auftraggeber für die regionale Wirtschaft. 70 % der Aufträge kommen Pi mal Daumen von den Kommunen. Die Kommunen mussten aber viele Investitionen zurückstellen, was einerseits die Situation scheinbar etwas verbessert hat, weil es sich noch nicht auf die Verschuldung auswirkt, aber andererseits, wie gesagt, sind viele Aufträge weggebrochen.

Sie, Herr Ministerpräsident, sagten vor vierzehn Tagen oder drei Wochen, als in Baden-Württemberg die Welt noch in Ordnung war, mit Herrn Mappus Arm in Arm: Wir sind die Kraft des Südens.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Passt schon!)

Da frage ich mich, welche Kraft Sie gemeint haben. Meinten Sie Hannelore Kraft aus Nordrhein-Westfalen?

(Zurufe von der CSU: Nein, nein, wirklich nicht!)

Meinten Sie die Hannelore Kraft, die keinen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen konnte? Sie machen eine Hannelore-Kraft-Politik für die Kommunen. Das ist die Wahrheit der bayerischen Finanzpolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn hier nun süffisant festgestellt wird, dass die kommunalen Spitzenverbände mit dem Ergebnis zufrieden seien, muss ich doch Tatsachen nennen. Die Bezirke sind mit Forderungen von 300 bis 400 Millionen Euro frischen Geldes - so der Bezirkstagspräsident Hölzlein - in die Verhandlungen gegangen. 300 bis 400 Millionen frischen Geldes! Er hat nicht einen Cent mehr bekommen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Circa 70 Millionen mehr!)

Die anderen sind mit 13 % Kommunalanteil am Steuerverbund in die Verhandlungen gegangen und sind mit 12,2 % rausgekommen. Sie haben mit süßsaurem Gesicht ver-

kündet, dass sie damit leben können. Warum denn? Ich nenne die Gründe: Sie tragen damit irgendwie dazu bei, der Staatsregierung nicht zu sehr ins Kreuz zu steigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es sind immerhin vier CSU-Leute, die die kommunalen Spitzenverbände steuern. Ich muss sagen, sie sind mit leeren Händen nach Hause gegangen.

(Georg Schmid (CSU): 70 Millionen zusätzlich! Was heißt da leere Hände?)

Sie haben dann zu Hause verkünden müssen, die Bezirks- und die Kreisumlagen würden erhöht, aber die Kommunen müssten das auffangen, was der Freistaat Bayern nicht bezahle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie das zusammenzählen, haben Sie die Milliarde, die den Kommunen fehlt, und mit dieser Milliarde gehen Sie nun hier im Hohen Hause hausieren. Deshalb erneuere ich die Forderung der FREIEN WÄHLER: Gebt den Kommunen endlich mehr Entscheidungskompetenz. Lasst die Kommunen selbst frei entscheiden, dann werden sie zu besseren Ergebnissen kommen.

Sie, meine Damen und Herren, reden die Situation hier weiter schön und sagen, für die Kommunen sei die Welt in Ordnung.

(Georg Schmid (CSU): Nicht sei, sondern sie ist in Ordnung!)

Reden Sie mit den Kommunalpolitikern draußen vor Ort. Die sagen Ihnen eindeutig, dass das nicht der Fall ist.

Nächster Punkt: Infrastruktur! Die Infrastruktur ist heute überhaupt noch nicht angesprochen worden. Ich meine, darauf müssen wir unser Augenmerk besonders lenken.

Ich nenne als Erstes die Informationsinfrastruktur mit ihren schnelleren Internetverbindungen. Da sage ich nur: Fehlanzeige! Es wird versprochen, bis Ende des Jahres

2011 auf 98 bis 99 % der Versorgung zu kommen. Mit Ihrem einen Megabit bringen Sie heute doch schon einen Grundschüler zum Lachen, aber kein einziges Architekturbüro zum Laufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ziel müssen 50 Megabit sein.

Zu Ihrer LTE-Technik, die Sie heute groß verkünden, sage ich nur Folgendes. Diese LTE-Technik ist nicht einmal eine Krücke. Sie kann in einigen wenigen Fällen eine gewisse Verbesserung bringen, aber sie ist keine Lösung. Streben Sie gezielt den Glasfaserausbau an.

(Zurufe von der CSU)

Ich erneuere unsere Forderung, endlich das Bundesförderprogramm für Breitband anzunehmen. Bei diesem Programm, an dem fast alle Bundesländer teilnehmen, gibt es 500.000 Euro Zuschuss pro Projekt. Wir pusten hier mit 100.000-Euro-Programmen herum. Damit kommen Sie nie zum Ziel. Damit kommen wir nicht mal dem Zielbereich nahe. Damit wird Bayern abgehängt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Tobias Thalhammer (FDP): Gegenüber Tschechien? Gegenüber wem werden wir denn abgehängt?)

- Gegenüber den anderen Bundesländern.

Sie haben dann ausgeführt, Sie hätten bei den Staatsstraßen im Haushalt nachgebessert. Da gebe ich Ihnen recht; die FREIEN WÄHLER haben das immerhin schon hunderttausendmal gefordert: mehr Geld für die Staatsstraßen! Sie haben sich nun mit Müh und Not dazu durchgerungen, den Geldbeutel ein bisschen zu öffnen. Für uns heißt nachhaltige Verkehrspolitik und nachhaltige Haushaltspolitik, die Straßen lieber heute zu reparieren, wenn es noch einigermaßen bezahlbar ist, und nicht erst in drei Jahren, wenn alles das Dreifache kostet, weil inzwischen der Untergrund zerstört ist.

Mich freut es, dass die Botschaft jetzt angekommen ist; denn wir haben Ihnen das schon hundertmal gesagt. Das, was wir jetzt in Händen haben, ist besser als das, was Sie mit Ihrem ersten Konzept vorgelegt haben. Selbstverständlich weiß ich, dass etwas Mehr immer ginge, aber ich respektiere auch Ihre Entscheidung, sich zumindest in diese Richtung zu bewegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich komme noch zu einem weiteren Punkt. Hier nenne ich zunächst als eines der großen Verkehrsprojekte die Donaustaufen. Bitte, lasst hiervon die Finger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich appelliere an Schwarz-Gelb, diese halbe Milliarde Steuerzahlergelder - auch wenn es Geld vom Bund ist - für die Donaustaufen sind keine zeitgemäße Investition. Diese Stufen passen nicht mehr in die politische Landschaft und auch nicht in die haushalterische Landschaft. Das ist umso schlimmer, weil das Ganze auf einem Gutachten basiert, das von der Rhein-Main-Donau-Wasserstraßen GmbH, einer Tochtergesellschaft von Eon, für 33 Millionen Euro erstellt wurde. Meine Damen und Herren, da könnten Sie sich das Gutachten eigentlich auch gleich selber schreiben und hineinschreiben, was Sie sich wünschen. Diese Donaustaufe ist nicht sinnvoll. Bitte lassen Sie die Finger davon.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gleiches gilt für die dritte Startbahn des Flughafens München, an dieser Stelle von uns mehrmals angesprochen. Wir brauchen heute nicht, was in zwanzig Jahren vielleicht nötig sein wird. Schauen wir in einiger Zeit. Und unser Appell: Versuchen Sie, an die Gelder heranzukommen, die uns zustehen. Wir erinnern an die 250 Millionen Euro zinsloses Darlehen des Freistaats, das in der Flughafen München GmbH steckt. Wir erinnern an den Zinsanspruch von über einer Milliarde Euro, der - jetzt sage ich es

einmal so drastisch - ungenutzt herumliegt. Wir drehen jeden Euro dreimal um, können uns viele Dinge nicht leisten, und dort sagt man: Da gehen wir nicht heran. Hier müssen wir hinschauen. Wir wollen niemanden ruinieren; aber bevor wir die Kommunen ruinieren, bevor wir die Bildung ruinieren, sollten wir einmal dort hinschauen. Wenn die von der FMG so stark auf der Brust sind, dass sie eine dritte Startbahn brauchen, dann müssen sie auch stark genug sein, dem Freistaat und dem Steuerzahler das Geld zurückzugeben, das er ihnen vorgestreckt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich hätte erwartet, dass die erneuerbaren Energien das Hauptthema der heutigen Debatte sind und dass der Herr Ministerpräsident hierzu ein Konzept mit klaren Wegmarken vorlegt. Aber dieses Thema ist nebenbei abgehandelt worden, mit ein paar Sätzen, die er schön heruntergesagt hat.

(Georg Schmid (CSU): Ein bisschen mehr Geduld!)

Das respektieren wir auch. Wir freuen uns, dass Sie jetzt zumindest diese Grundlagen zugeben, dass Sie Energie einsparen wollen und dass Sie erneuerbare Energien ausbauen wollen, was Sie auch müssen. Aber uns fehlt einfach der Plan.

(Zurufe des Abgeordneten Georg Schmid (CSU) und der Abgeordneten Reserl Sem (CSU))

Meine Damen und Herren, Sie reden von Einsparungen im Energiebereich und kürzen gleichzeitig die Förderprogramme des Bundes und des Landes für Energieeinsparmaßnahmen. Sie kürzen all die Maßnahmen, die zur energetischen Sanierung nötig wären.

Vorhin haben Sie zu uns gesagt, wir hätten heute die Möglichkeit zuzustimmen. Sie haben in diesen Tagen auch die Möglichkeit, unserem Antrag zuzustimmen und die energetische Sanierung kommunaler und staatlicher Gebäude besser zu fördern, um

hier mit gutem Beispiel voranzugehen. Ich bin gespannt, ob Sie die Hand dafür heben oder ob Sie nur von Energieeinsparung reden und, wenn es konkret wird, abtauchen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben ganz konkrete Pläne zur Energieeinsparung. Sie können ihnen zustimmen, wenn Sie es ernst meinen, und Sie können sich verweigern, wenn Sie die Leute in diesem Bereich weiter anlügen wollen.

Meine Damen und Herren, Bayern ist beim Ausbau der erneuerbaren Energien von Platz 4 auf Platz 7 zurückgefallen. Unser Ziel sollte es sein, Platz 1 einzunehmen, und dies gerade vor dem Hintergrund, dass wir nach Ideen suchen, wie wir Wertschöpfung im ländlichen Raum kreieren können. Wir sagen es Ihnen: Viele dünn besiedelten ländlichen Gegenden könnten mit weiteren Impulsen im Bereich der erneuerbaren Energien Wertschöpfung vor Ort erzeugen, Arbeitskräfte vor Ort binden und Zukunftsperspektiven entwickeln. Diesen Plänen verweigern Sie sich. Das gilt auch in Bezug auf die im Berliner Koalitionsvertrag von Ihnen getroffene und bis heute nicht eingelöste Zusage, die Besteuerung von Biokraftstoffen so weit zurückzufahren, dass diese Kraftstoffe wieder marktgängig werden. Die 18 Cent brechen der Branche weiterhin das Genick. Sie müssen um einige Cent heruntergehen. Bitte tun Sie es. Sie haben es versprochen, aber bis heute ist nichts geschehen. Die Branche wartet darauf. Mir hat erst vor wenigen Tagen wieder ein Produzent von Rapsöl gesagt: Bitte kümmere dich darum, bringe dieses Thema zur Sprache, weil wir sonst zusammenbrechen, weil wir sonst unsere funktionsfähigen Werke schließen müssen, weil wir aufgrund steuerlicher Fehler nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Photovoltaik ist eine Erfolgsgeschichte sondergleichen. Ich bin selber Landwirt. Auch ich will nicht in den guten Agrarstandorten quadratkilometerweise Photovoltaik haben. Aber es gibt genügend größere minderwertige Flächen, es gibt genügend Standorte, auf denen einige Anlagen durchaus unterzubringen wären. Wenn Sie das

jetzige Verhinderungsritual im Detail durchlesen, stellen Sie fest, dass es dort allerdings heißt, es solle ein Anschluss an die Wohnbebauung, idealerweise an ein Gewerbegebiet, vorhanden sein, aber es solle trotzdem nicht einsehbar sein, und es solle nicht größer sein als die besiedelte Fläche. Meine Damen und Herren, damit bleibt am Ende fast nichts mehr übrig. Wenn Sie diese drei Schnittmengen übereinanderlegen, bleibt in der Regel Null übrig. Wenn Sie Ja sagen wollen - ich glaube, das ist dringend nötig -, müssen Sie dieser Technik eine Chance geben und bei den Förderbedingungen wieder ein wenig in die andere Richtung drehen. Sie haben in der Vergangenheit immer unangekündigt zurückgedreht; jetzt muss es wieder ein bisschen nach oben gehen.

Wir brauchen auch für Bayern einen ganz klaren Ausbauplan für die Windenergie.

(Tobias Thalhammer (FDP): Die Rendite ist so hoch wie noch nie!)

Es gibt sehr viele Standorte, die technisch funktionieren würden, aber in der Regel abgeblockt werden. Bitte gehen Sie auf die Kommunen zu und versuchen Sie, mit diesen gemeinsam vor Ort Lösungen zu entwickeln, sodass Bürger in Kraftwerke investieren können. Am Ende sollten nicht wieder die großen Giganten den Markt übernehmen, sondern es sollte zu einer dezentralen Wertschöpfung kommen. Dann ist auch die Akzeptanz für diese Energieform höher. Wenn der Windstandort vor der eigenen Haustür einem Investor aus Hamburg gehört, will man die Windmühle natürlich nicht dort haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, die erneuerbaren Energien sind eine Erfolgsgeschichte, die wir noch weiter vorantreiben müssen. Noch vor wenigen Jahren stammten gut 10 % des Stromaufkommens aus erneuerbaren Energien; heute sind es rund 19 %. Ziel der FREIEN WÄHLER ist es, bis zum Jahr 2030 auf 100 % Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu kommen. Ich bin davon überzeugt, dass das zu schaffen ist, wenn wir das wollen. Wenn wir das nicht wollen, sehe ich gewisse Probleme. Dann wird uns

dies irgendwann einholen. Auch Sie haben das Ziel ausgegeben, von der Kernenergie wegzukommen, und zwar je eher, desto besser. Diese Wendung nehme ich mit Respekt entgegen. Ich weiß, wie schwierig es in Ihrer Partei ist, solche Dinge durchzusetzen. Da möchte ich nicht in Ihrer Haut stecken. Man hört hinter sich diejenigen die Messer wetzen, die meinen, wenn man nicht mit einem Atombrennstab ins Bett geht, sei die Welt nicht in Ordnung.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich sage ganz klar: Respekt vor dem Ministerpräsidenten dafür, dass er sich hier wendet. Ich hoffe nur, er bleibt nun beständig. Er hat vorhin gesagt, wir sollten ihm nicht vorwerfen, was er früher gesagt hat. Das will ich an dieser Stelle auch nicht tun. Herr Ministerpräsident, ich hoffe nur, Sie bleiben bei dieser Wendung. Mir wäre es wichtig, dass ich morgen wüsste: Das, was Sie gesagt haben, hat noch Bestand. Wenn das so ist, haben Sie unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist es auch äußerst wichtig zu definieren, wohin wir mit der Energiepolitik wollen. Sie haben in den letzten Tagen das Zuständigkeitswirrwarr zwischen Söder und Zeil mitverfolgt: Wer ist der Beste, wer ist der Schnellste, wer ist der Schönste? Dabei hat sich Brunner noch nicht einmal zu Wort gemeldet. Das Thema der erneuerbaren Energien, das Thema der Energiepolitik insgesamt ist nicht bei einem Ministerium angesiedelt. Das Agrarministerium ist für nachwachsende Rohstoffe zuständig. Zeil ist zuständig für die Förderung der erneuerbaren Energien, Söder für die Reaktorsicherheit. Herr Ministerpräsident, bitte passen Sie kurz auf. Sie haben gesagt, wir würden in einiger Zeit miteinander reden, Sie gingen auf die Fraktionsvorsitzenden zu, um zu klären, was wir bezüglich der erneuerbaren Energien vorhaben. Einiges habe ich Ihnen schon gesagt. Ein weiterer Gedanke folgt an dieser Stelle: Bündeln Sie diese Kompetenzen. Ich gehe sogar so weit zu

sagen: Wenn es nicht anders geht, gründen Sie meinetwegen ein eigenes Energieministerium, um diese Themen in einer Hand zusammenzuführen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Reserl Sem (CSU): Jetzt langt's aber!)

Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass diese Zukunftsfrage des Wirtschaftsstandorts Bayern von drei Herren entschieden werden kann, von denen einer, Herr Söder, jeden Tag die Meinung wechselt, ein anderer, Herr Zeil, es nicht einmal schafft, die schnellen Internetverbindungen nach vorn zu bringen, und der Dritte, ein Herr Minister Brunner, nicht einmal mit den Wildsäuen im Bayerischen Staatswald fertig wird.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese Herren werden die Energiewende nicht schaffen, die vertragen sich ja nicht einmal persönlich!

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Man muss diese Teilbereiche aus den Ministerien zusammenfassen, muss ein gemeinsames Ziel aufstellen. Ziel muss der Atomausstieg sein, spätestens wie im rot-grünen Atomkompromiss beschlossen. Es geht um den Umstieg auf erneuerbare Energien bezüglich Strom spätestens bis 2030. Dafür brauchen wir die Wegmarken, brauchen wir die Ziele, und da müssen Sie die Kompetenzen bündeln. Aber mit diesem Triumvirat kommen Sie nie zum Ziel!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das zum Thema erneuerbare Energien.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Feld ist uns äußerst wichtig; es wurde heute auch völlig vergessen. Wir entwickeln hier schöne Pläne, wie Bayern in zehn, in 20, in 30 Jahren ausschauen soll, haben aber mit keinem Wort erwähnt, wer das denn machen soll. Meine Damen und Herren, das ist zu einem großen Teil der öffentliche

Dienst, das sind die Beamten, das ist der Staatsapparat. Sie wurden mit keinem Wort erwähnt. Aber aus dieser Ecke hört man momentan: brisante Stimmung, schlechtes Arbeitsklima, völlige Enttäuschung über die Staatsregierung, enttäuscht bis dort hinaus. Diese Leute sollen mit einer weiteren Nullrunde abgespeist werden. Gleichzeitig sagt man, man wolle den Aufbruch Bayern organisieren, alle Kräfte bündeln. Die Soldaten jedoch, die den Sieg erringen sollen, haben die Waffen auf den Boden geschmissen.

Meine Damen und Herren, der öffentliche Dienst muss wieder arbeitsfähig werden. Wir müssen froh sein, dass er trotz dieser widrigen Arbeitsbedingungen noch so tapfer und fleißig arbeitet. Wir müssen diese Leute mitnehmen, wir müssen diesen Leuten die verordnete Nullrunde nicht wirklich zu Gemüte führen, sondern müssen sagen: Okay, ihr habt gute Arbeit geleistet; auch wir im Landtag bekommen dreieinhalb Prozent mehr Diäten, bitte schön, dann muss man auch euch, den Beamten, diese 1,5, 1,9 % gönnen können.

(Zurufe von der CSU)

Wenn man ihnen das nicht geben kann, dann muss man irgendwo eben die Bürokratie zurückführen, damit man die Leute, die man hat, ordentlich bezahlen kann. Sonst haben Sie diejenigen, die morgen Ihren Aufbruch Bayern organisieren sollen, bei der freien Wirtschaft, und die pfeifen Ihnen etwas. Das ist draußen die Realität!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, vieles liegt hier auch in Richtung Bundespolitik im Argen, was überhaupt nicht angesprochen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

- Ja, die kommen schon noch. Vielleicht sind die Ihnen draußen, und wir haben sie drin.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

- Ja, lieber nicht!

Meine Damen und Herren, da geht es um gesundheitspolitische Themen, Pflege Themen. All das ist heute überhaupt nicht debattiert worden. Dort versickern Gelder. Heute wird schon wieder darüber debattiert, den Pflegebeitrag zu erhöhen. Herr Seehofer hat es vor wenigen Tagen dementiert. Aus der Rösler-Ecke usw. kommt: Wir werden erhöhen müssen.

Meine Damen und Herren, was auf Bundesebene in diesen Bereichen an Geld versickert, auch durch Ihre Verschuldung - Sie regieren ja mit, haben selber schon diese Ministerien geführt -, ist auch ein schwieriges Kapitel; da will ich hier gar nicht klug auftreten. Das ist eine Mafia, die Sie dort angehen müssen, das weiß ich. Aber wir müssen dort Einsparungen und Planungssicherheit erreichen. Wir müssen dafür sorgen, dass das Geld, das uns hier fehlt, nicht in Berlin versickert.

Zur Daseinsvorsorge sagen wir als FREIE WÄHLER ganz klar: Daseinsvorsorge - das ist die Gesundheit, das ist die Energie, das ist der öffentliche Personennahverkehr - muss in kommunaler, muss in staatlicher Hand bleiben, darf nicht an gewinnorientierte Börsenjunkies gehen. Auch hier sehen wir, dass viele Gelder verschwunden sind, die uns heute fehlen, bis hin zur Energiebranche; Stichwort Strompreiserhöhungen, Stichwort Einlagerungskosten für den ganzen Atommüll, die der Steuerzahler bezahlt.

Also, auf Bundesebene haben Sie große Baustellen, die nicht abgearbeitet werden, die aber dringend bearbeitet werden müssen, wenn wir hier in Bayern auf die Beine kommen wollen, weil wir sonst am Ende nur noch Mangelverwaltung betreiben, weil wir sonst einfach den Kuchen immer haarschärfer aufteilen müssen. Es geht uns darum, auch die Defizite der Bundespolitik nicht in der Form spürbar werden zu lassen.

Das geht bis hin zu Themen, bei denen man viele Kommunen ins Messer hat laufen lassen, Cross-Border-Leasing und all diese Späße, woran sich irgendwelche internationalen Finanzhaie gesundgestoßen haben, sich viele Kommunen wirklich massiv die Finger verbrannt haben. Es ist teilweise nicht laut nach außen gesagt worden, weil sonst vielleicht ein Bürgermeisterstuhl wackeln würde, wenn man sagt, er ist auf diese Leute hereingefallen.

(Zuruf von der CSU)

Also bitte, auch bei diesen Dingen genau aufpassen, bei diesen Dingen dafür sorgen, dass wir den Kommunen zur Seite stehen und keine großen Fehler machen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ein Thema ist auch - selbst wenn Sie es mittlerweile nicht mehr hören können; ich, ehrlich gesagt, auch nicht mehr, wir können es aber nicht aussparen - die Landesbank. Herr Ministerpräsident, Sie haben damals, als dieses Thema hochgekocht ist, gesagt, der Bürger Bayerns hat ein Anrecht darauf, dass das rückhaltlos aufgeklärt wird und hier rücksichtslos Konsequenzen gezogen werden.

Ich muss sagen, das, was danach als Bericht von Schwarz-Gelb hier abgeliefert worden ist, hat mich nicht überzeugt. Das war nicht der Weisheit letzter Schluss, und damit ist der durchschnittliche bayerische Bürger nicht zufrieden. Ich sage es ganz klar: Hier sind Milliarden versenkt worden in einer Fahrlässigkeit, die geradezu himmelschreiend ist. Hier könnte man fast sagen: CSU im Glück wie Hans im Glück: begonnen mit einem Goldbarren, der endet mit einem Euro, den man am Ende zurückbekommen hat.

Um sich einmal klarzumachen, von welchen Dimensionen wir hier reden: Ein Kilo Gold kostet heute gut 30.000 Euro. Wenn man die 3,7 Milliarden Euro der Bayerischen Landesbank in Kilo Gold umrechnet, sind das 100.000 Kilo, also 100 Tonnen Gold. Damit

können Sie drei Dreißig-Tonner-Lkws mit Gold bis zum Achsbruch beladen. Und diese drei Lkw-Ladungen haben Sie in die Salzach gekippt.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, und dann sagen Sie hier: Eine gewisse Schuld kann zwar dabei gewesen sein, aber wir haben halt übers Wochenende diese Protokolle nicht so genau gelesen! - Also, das ist zu wenig, was hier bisher gelaufen ist!

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Es geht weiter mit den ABS-Papieren. Da reichen diese drei Lkw-Ladungen nicht. Jetzt halten Sie sich fest: Das wissen wir erst in 2014 in etwa: Das sind 10 bis 20 weitere Lkw-Ladungen voller Gold, die in diesen ABS-Papieren heute stecken. Das sind irgendwo zwischen 10 bis 20 Milliarden Euro, wobei wir nicht wissen, ob bzw. wie viel wir davon wiedersehen. Wenn ich hierfür nur ein dummes Lächeln auf der Regierungsseite sehe, dann muss ich sagen: des Ernstes der Lage nicht bewusst! Aber dann von nachhaltiger Haushaltspolitik zu reden, das schlägt dem Fass den Boden aus!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie meinen, das Thema ist schon durch, der Wähler hat es vergessen, er kann es nicht mehr hören. Ich sage Ihnen: Der Wähler hat es nicht vergessen, und ich bin hier auch wieder nicht der, der den Prügel bis zum jüngsten Tag hinterherwerfen will. Aber wenn Sie sich hier herstellen, es schulterzuckend zur Kenntnis nehmen und Ihre Leute weiter wirtschaften wie in guten alten Zeiten, dann, muss ich sagen, ist hier weiterhin Gefahr in Verzug, weil Sie weiterhin die Brisanz der Thematik nicht erkennen.

Meine Damen und Herren, zur Landesbank eine kleine Abschlussbemerkung, um hiermit auch die Brücke zur Energiepolitik zu schlagen. Wir stellen dieser Tage eine Anfrage zu den Engagements der Bayerischen Landesbank in einem finnischen Atomkraftwerk, das neu gebaut werden soll. In einer Zeit, wo sich zumindest Deutschland von

der Atomenergie wegbewegen will, wo wir an die europäischen Nachbarn appellieren, bitte über Alternativen nachzudenken, zetteln wir hier wieder ein milliardenschweres Engagement zu guter Letzt mit unseren Steuergeldern an, in einer Atomindustrie, wozu vielleicht die finnische Bevölkerung in drei, vier, fünf Jahren sagt: Nein, wir wollen die Kiste nicht in Betrieb nehmen. Dann haben wir wieder unser Geld drinstecken, dann wird es wieder heißen, es war eine Fehlinvestition, wir müssen umschulden, wir verlieren 1,7 oder 2 Milliarden Euro.

Meine Damen und Herren, ja seid ihr denn hier blind? Ich bitte Sie, sich dieses The-
mas anzunehmen, hinzuschauen, ob hier das Geld richtig angelegt ist oder ob es doch besser angelegt wäre für den Ausbau der Speichertechnologie, für den Ausbau der Windenergie, der Photovoltaik, der Erdwärmegewinnung, der Hackschnitzeltechnik, für erneuerbare Energien, für kommunale Stadtwerke - anstatt in der Atomindustrie in Finnland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich möchte zusammenfassen: Bayern ist ein Land, das noch ordentlich dasteht. Die Belastungen der Zukunft werden aber nicht geringer, sondern eher größer. Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, die Jahre 2008 und 2009 wären Jahre der Krise gewesen - jetzt ginge es zum Aufbruch über. Das ist - gelinde gesagt - eine gefährliche Fehleinschätzung. Die Krisen - vor allem bei den ABS-Papieren der Landesbank - sind noch nicht überwunden und werden uns weiterhin belasten. Wir müssen uns in vielen Politikfeldern noch intensiver aufstellen, zum Beispiel bei der Bildung und bei den erneuerbaren Energien. Ich zähle die einzelnen Bereiche jetzt nicht erneut auf.

Zu Ihrer Einschätzung, Bayern stünde bärenstark da und Herr Minister Zeil, der früher für jeden Spott gerade gut gewesen ist, sei jetzt Ihr bärenstarker Minister, kann ich nur sagen: Das war eine Bärenmarke-Rede, die Sie gehalten haben.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Seehofer, Sie wollten uns einen Bären aufbinden mit Ihrer Aussage, Herr Zeil wäre Ihr stärkster Minister. Diesen Bären können Sie in das Museum neben den Bären Bruno stellen.

(Thomas Hacker (FDP): Neben den Wolf!)

- Das ist mir auch egal.

Ich will Sie nur davor warnen, die Situation zu positiv zu sehen. Ich sehe sie hoffentlich zu negativ. Ich glaube, wir müssen gut zusammenarbeiten. Ich greife Ihre Aussage auf der Klausurtagung von Wildbad Kreuth auf, dass Sie die FREIEN WÄHLER dadurch überflüssig machen wollen, indem Sie ihre Themen übernehmen. Herr Ministerpräsident, ich würde mich nie so gern überflüssig fühlen wie in dem Augenblick, in dem Sie unsere Positionen in der Kommunalpolitik, der Bildungspolitik und bei den erneuerbaren Energien übernehmen. Die Konzepte hierfür sind vorhanden. Bringen Sie den Mut auf, die Argumente der Opposition zu hören, und bringen Sie den Mut auf, dem einen oder anderen unserer Programme zuzustimmen. Sie brauchen sie gar nicht heimlich zu kopieren, wie dies bei der Bergwaldoffensive der Fall war. Stimmen Sie zu und übernehmen Sie die Konzepte. Wir verlieren nur Zeit, wenn Sie unsere Anträge ablehnen, uns auslachen und drei Wochen später dieselben Anträge selbst einbringen. Dafür hat der Bürger keinen Nerv mehr. Dafür haben wir keine Zeit. Dafür sind wir auch zu gut bezahlt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wenn etwas Gutes kommt, dann stimmen Sie dem doch zu. Wir sind nicht schadenfroh und behaupten, dass wir die Besten seien. Für Sie ist es doch peinlich, wenn Sie unsere Vorschläge später übernehmen müssen. Schauen Sie sich unsere Vorschläge an und lesen Sie sich unsere Konzepte durch. "Gemeinsam sind wir stark", das ist unsere Devise für Bayern. Wir müssen gemeinsam in die Zukunft, nicht rückwärts gewandt, sondern vorwärts. Unsere Bürger haben das verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Runge für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Werter Herr Ministerpräsident, gestatten Sie mir einen kurzen Prolog. Ich greife den Gedanken auf, mit dem Herr Kollege Aiwanger geendet hat, bevor er sich wieder in Rage geredet hat. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, die Tatsache, dass Sie Georg Schmid die Haushaltsrede halten ließen, dokumentiert, dass Sie weder diese Debatte noch den Haushalt besonders ernst nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

"Besuchen Sie Kärnten, Ihr Geld ist schon da." Dieser wunderschöne Werbespruch dokumentiert, was gelaufen ist. Hier sind nicht nur Milliarden an Steuergeldern - öffentlichen Geldern - verbraten worden, sondern Bayern ist auch lächerlich gemacht worden. Herr Schmid, Sie wollten uns hier etwas über die Solidität der Haushalts- und der Finanzpolitik erzählen - Sie, der Sie diese Misere persönlich mitzuverantworten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mir all die letzten Haushaltsreden angeschaut. Die vorletzte Haushaltsrede hat der damalige Ministerpräsident Edmund Stoiber gehalten. Er hat ganz zu Beginn seiner Haushaltsrede Folgendes gesagt:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Menschen ernst. Wir teilen ihr Gerechtigkeitsempfinden.

Wo teilen Sie denn mit dem, was Sie hier dokumentiert haben, das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen in Bayern? Herr Schmid, die Schamfrist und der Zeitraum der Resozialisierung sind noch längst nicht vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich will Sie ungern stören, aber ich tue es trotzdem.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Mit Damen können Sie nicht konkurrieren!)

Herr Ministerpräsident, seitdem wir mit Ihnen die Haushaltsdebatte führen, stehen diese Debatten unter sehr spannenden, gleichzeitig aber auch besorgniserregenden Vorzeichen. Die politische Debatte und die politische Agenda werden durch Ereignisse bestimmt, die sich keineswegs nur auf Bayern oder auf Deutschland beschränken, sondern die weltweit und global von Bedeutung sind. Bekanntlich vor zwei Jahren: die weltweite Wirtschaftskrise, hervorgerufen durch das Finanzmarktdebakel, jetzt die schlimmen Ereignisse in Japan, Erdbeben, Überschwemmungen und vor allem das Desaster in den Atomkraftwerken. Naheliegenderweise dominieren solche Ereignisse und die Reaktionen darauf die Haushaltsdebatte.

Herr Ministerpräsident, es liegt deshalb auf der Hand, dass wir Sie an Ihren Ansagen in der letzten Haushaltsrede und dem, was Sie getan haben, messen. Das müssen Sie sich gefallen lassen. Wir ziehen daraus unsere Schlussfolgerungen, wie glaubhaft Ihre jetzigen Ankündigungen und Ansagen sind. Der Kern der Haushaltsdebatte vor zwei Jahren war die Diskussion über den Werkzeugkasten, der uns zur Verfügung steht, und die Maßnahmen, die ergriffen werden können, um dem Wirtschaftseinbruch gegensteuern und dessen Folgen abmildern zu können.

Interessanterweise gab es auch noch einen anderen Schwerpunkt, nämlich die kurz zuvor erfolgte Schwabentournee des Ministerpräsidenten mit zahllosen Versprechungen. Diese reichten von der Uniklinik in Augsburg bis zur Vorfinanzierung des dritten Gleises in Diedorf. Auch das sind Dinge, an denen wir Sie messen können und messen werden. Ich kann nur sagen: Versprochen, gebrochen. Herr Ministerpräsident, gestern habe ich im "Münchner Merkur" von Ihnen den Satz gelesen: Seehofer: "Auf Wortbruch steht die politische Höchststrafe." Was ist denn für Sie die Höchststrafe? Ist das etwa die Tatsache, dass Sie weitermachen müssen?

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Beispiele gäbe es hier unzählige. Sie haben uns heute mit fünf Eckpunkten Ihrer künftigen Politik beglückt, die sich auch im Haushalt wiederfinden sollen. - Herr Ministerpräsident, ich kann verstehen, dass Sie gerne mit Damen reden - einmal von vorne, einmal von hinten. Ich spreche aber trotzdem noch mit Ihnen.

(Christa Stewens (CSU): Sehen Sie sich vor!)

- Ich soll mich vorsehen? Frau Kollegin Stewens, das tue ich immer gerne. Frau No-
ichl, Sie wissen schon, wie ich das gerade gemeint habe. Ich habe es nicht so ge-
meint, wie Sie das interpretieren.

Herr Ministerpräsident, das letzte Mal haben Sie vier Schwerpunkte genannt, genau wie bei Ihrer letzten Regierungserklärung. Was waren die vier Punkte damals?

Das erste große Ziel: "Jedem Kind die beste Bildung; und jeder Begabung die beste Förderung." Dazu kann ich nur sagen: Das ist blanker Hohn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu diesem Themenkomplex haben Sie dann noch wortwörtlich ausgeführt: "Wir ermöglichen dem doppelten Abiturjahrgang 2011 gute Studienbedingungen." Wir werden sehen, wo diese guten Studienbedingungen sind.

Ihr zweites Kernziel war Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Wir sagen dazu: Nicht einmal im Ansatz.

Die dritte Forderung: Mehr Freiräume für die Bürger, aber starker Staat zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge und zum Schutz der Bürger. Herr Ministerpräsident, wenn damit Repression und das Ausspionieren gemeint sind - die Fälle sind jüngst bekannt geworden -, dann ist dies eine Politik, die wir nicht mittragen wollen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an das Versammlungsgesetz.

Der vierte Punkt ist besonders schön. Herr Ministerpräsident, Sie haben ausgeführt, Sie wollten den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken. Ich erinnere hier an

den Ausstieg vom Ausstieg. Damit haben Sie den Zusammenhalt in der Gesellschaft wirklich gestärkt.

Ich komme damit auf die Punkte in Ihrer Rede, die besonders wichtig waren, nämlich zum Finanzmarktdebakel und der Wirtschaftskrise. Was waren hier die Handlungsnotwendigkeiten, und was ist geschehen? Kaum schien es so, dass die Folgen der Wirtschaftskrise ausgestanden bzw. partiell ausgestanden sind, da kamen schon die nächsten Krisen. Die Verschuldenskrise, die sogenannte Eurokrise, alles das stand ins Haus. Wir hatten es aber vor dem Finanzmarktdesaster schon mit jeder Menge Krisen- und Alarmzeichen zu tun. Ich zähle ein paar auf: Es waren die spürbare Verknappung von Rohstoffen und fossilen Energieträgern, der Klimawandel mit seinen drohenden katastrophalen Auswirkungen, die Welternährungskrise und die immer größer werdenden Disparitäten vor allem zwischen Nord und Süd. All diese Alarmzeichen, die immer stärker auf uns zugekommen sind, haben nur eines signalisiert: Wir haben es mit einer Systemkrise zu tun, wir haben es mit einem Systemversagen zu tun. Wir haben bisher immer wieder betont, dass Wirtschaften das haushälterische Umgehen mit knappen Ressourcen bedeutet. Tatsächlich passiert aber genau das Gegenteil. Unsere Wirtschaftsweise und unser Lebensstil basieren auf Ausbeutung und Verschwendung, vor allem auf Ausbeutung von Umwelt, Natur und Menschen in anderen Erdteilen. Für uns GRÜNE heißt das: So kann und so darf es nicht weitergehen. Eigentlich waren wir in den Debatten in diesem Haus schon einmal weiter gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben gesagt, dass ein radikales Umsteuern in der Finanzpolitik, in der Steuerpolitik und in der Wirtschaftspolitik notwendig ist. Selbstverständlich ist auch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wichtig. Wir müssen uns schleunigst um mehr Umwelt- und Klimaschutz, um Eine-Welt-Gerechtigkeit, aber auch um Verteilungsgerechtigkeit bei uns kümmern. Wir haben jede Menge wichtiger Aufgaben. Was ist aber passiert? Erst einmal waren alle sehr erschrocken. Dann wurde signalisiert, dass sich etwas ändern muss. Es wurde Betroffenheit gezeigt, oder es wurde

Betroffenheit nur vorgetäuscht. Tatsächlich geschehen ist nichts oder fast nichts. Bei der Finanzmarktregulierung stellen wir weitgehend Fehlanzeige fest. Die Politik insgesamt und nicht nur die Wirtschaftspolitik ist auf Wachstum ausgerichtet. Es muss wieder ein großes Wachstum kommen, nur so kämen wir weiter.

In unseren Augen, Kolleginnen und Kollegen, ist eine solche Politik blind. Sie ist schlicht und ergreifend nicht zielführend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir setzen uns dafür ein - dafür stehen auch unsere gut 150 Änderungsanträge, die wir zu diesem Haushalt eingebracht haben -, dass die ökologische Modernisierung vorgebracht wird, dass Innovationen angeschoben und unterstützt werden, dass die kommunale Daseinsvorsorge garantiert wird und dass eine gut funktionierende ökologische und sozial verträgliche Infrastruktur geschaffen und erhalten wird. Wir stehen für eine Politik, die auf der einen Seite das gesellschaftliche und auch individuelle Wohlergehen fördern soll, die auf der anderen Seite auch der Begrenzung der Ressourcen Rechnung trägt. Wir wollen mithelfen, dass möglichst alle an der Wertschöpfung teilhaben können.

Der von mir vorhin schon angesprochene Kollege Schmid hat an dieser Stelle schon mehrmals aufgemerkt. Wir haben immer wieder gesagt, dass Bayern ein starker Wirtschaftsstandort ist. Wir wollen und sollen aber alle gemeinsam dafür sorgen, dass dies so bleibt. Wir müssen den Schwachpunkten und Defiziten entgegenwirken, damit Bayern weiterhin ein wirtschaftsstarkes Land bleiben kann. So rosig, wie Sie vorhin die Lage gemalt haben, Herr Ministerpräsident, schaut es nicht aus. Wir müssen beispielsweise nur das Ranking bei der Wirtschaftsdynamik betrachten. Bayern steht hier nicht an der Spitze, sondern eher im Mittelfeld. Sie haben die Disparitäten zwischen den einzelnen Regierungsbezirken oder den Arbeitsamtsbezirken angesprochen. Die sind weiterhin sehr groß. Deshalb muss man ganz klar konstatieren - einige der Vorredner hatten es schon angesprochen -, dass aus den gravierenden Versäumnissen

der Staatsregierung Belastungen für Bayern drohen. Ich nenne als Beispiel die Bildungspolitik. Wir haben sehr wenige Abiturienten, dafür sehr viele Schulabbrecher. Wir haben sehr viele Abbrecher bei den Lehrstellen, dafür aber einen Mangel an Facharbeitern, ebenso einen Mangel an Ingenieuren. Hier ist einiges schiefgelaufen. Von Bildungsgerechtigkeit kann überhaupt keine Rede sein.

Statt sich um die Versorgung des ländlichen Raums mit Breitbandanschlüssen zu kümmern, haben Sie viel zu lange und intensiv dafür gesorgt, dass unsere Landschaft vor allem mit Straßen zubetoniert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wir wollen keine Förderung überkommener Strukturen. Sie haben es diesmal sogar selber so formuliert. Wir wollen aber auch keine Förderung sündteurer Prestigeprojekte. Wir wollen keine Staats- und Spezlwirtschaft. Wir kämpfen für eine andere Finanzpolitik, eine andere Wirtschaftspolitik und eine andere Umweltpolitik. Wir haben in den letzten Jahren schon immer gesagt: Wir wollen eine Politik, welche die Energiewende unterstützt, den öffentlichen Verkehr voranbringt, damit Umwelt und Menschen gleichermaßen gut tut und dabei auch noch Arbeitsplätze schafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, zu Ihren diesbezüglichen Ausführungen vor wenigen Minuten: Wir haben gar nichts gegen Feuerwehreinsätze zur Rettung angeschlagener Unternehmen, wenn sie angesagt und zielführend sind. Mitnichten konnten Sie aber bei diesen Einsätzen nur glänzen. Es gab durchaus Fehlschläge und Missgriffe. Der Spruch vom letzten Mal "nicht wie Holzmann auf dem Holzweg" hat Sie doch relativ schnell eingeholt.

Herr Ministerpräsident, Sie scheinen wirklich Handeln und Wirkung in der Wirtschaftspolitik völlig falsch einzuschätzen. Bei der Wirtschaftspolitik geht es schon um mittel-

fristige oder längerfristige Auswirkungen. Dass Deutschland und Bayern gut dastehen, was sicher auch Ihrer Fakultät zuzuschreiben ist, ist auch einer Politik zu verdanken, die sich dafür eingesetzt hat, dass es weiterhin einen Industriebesatz gibt und dass wir keine so einseitigen Wirtschaftsstrukturen wie andere Länder haben. Dazu, dass Deutschland erst einmal relativ gut aus der Krise gekommen ist, hat mit Sicherheit auch die Agenda 2010 beigetragen. Das muss man ganz klar festhalten. Sie können sich nicht so sehr auf die Schulter klopfen, wie Sie es getan haben. Das ist in unseren Augen doch etwas verfehlt. Das können Sie vielleicht einmal in fünf oder zehn Jahren machen. Dann sei es Ihnen gerne gegönnt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Vielleicht!)

Jetzt ist es schlicht und ergreifend verfehlt.

Bei einigen der Vorredner ist es ganz kurz angeklungen, wir halten es aber für ein eminent wichtiges Thema. Gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen zur Eurokrise und zu den Paketen zur vermeintlichen Eurorettung. Dabei muss man ganz klar sagen, dass nicht der Euro, sondern eine einigermaßen zinsgünstige Finanzierung hoch verschuldeter Länder in Gefahr ist. Nicht Griechenland soll gerettet werden, sondern deutsche und französische Banken bzw. deren Gelder und Anleger, die in diese Krise involviert sind. Herr Ministerpräsident, Sie haben Briefe geschrieben. Wir haben den Europäischen Finanzstabilisierungsfonds EFSF und als Nachfolger den dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM. Frau Müller kennt sich damit aus. Deutschland soll an dem Nachfolgemechanismus ESM mit fast 200 Milliarden Euro beteiligt sein. Es sollen direkte Anleihen aus Krisenländern gekauft werden dürfen. Dabei muss man unheimlich wachsam sein.

Herr Ministerpräsident, Sie haben einen starken Partner. Wir haben heute mit Erstaunen vernommen, für wie stark und kräftig Sie ihn einschätzen. Vielleicht lohnt es sich, zwei oder drei Sätze dazu zu sagen. Sie haben mit Ihrem starken und kongenialen Partner Zeil Briefe geschrieben. Was ist damit passiert? Weder Frau Merkel noch Herr

Schäuble scherzen sich auch nur einen Deut um das, was in Ihren Briefen steht. Alles sieht so aus, als ob schlechtes Geld gutem hinterhergeschmissen wird, obwohl wir alle wissen, dass kein Weg an einer schnellen Entschuldung der hoch verschuldeten Euro-mitgliedsstaaten vorbeiführt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zinslast für das Hilfspaket für Irland macht beispielsweise knapp 6 % aus. Wie sollen die das zahlen? Die Schuldenlast Griechenlands lag Ende dieses Jahres bei ungefähr 160 % des Bruttosozialprodukts. Wie sollen die hier noch mithalten? Das heißt, sie bräuchten einen gigantischen Anstieg der Wirtschaftsleistung. Sie bräuchten immense Etatüberschüsse, um das nur einigermaßen im Lot zu halten. Das ist nicht zu machen. So kann es schlicht und ergreifend nicht funktionieren.

Daneben gibt es eine ganz wesentliche Kritik daran, dass die Parlamente ausgeblendet wurden. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Sie meckern, aber bewegen werden Sie mit Ihrer Meckerei und Ihren Vorstößen bedauerlicherweise nichts, obwohl Sie auch in Berlin die Regierung stellen. Wir ermahnen Sie, dass Sie sich mehr durchsetzen und vielleicht noch etwas heftiger werden sollten. Sie wissen es, partiell haben Sie dabei immer wieder unsere Unterstützung.

Herr Ministerpräsident, jetzt zu dem von Ihnen angekündigten Feld der Energiewende. Sie haben sich dann aber, wie es Kollege Aiwanger richtigerweise ausgeführt hat, doch sehr kurz gefasst. Es war im Grunde genommen nichts anderes als das, was wir vorhin schon in einigen Interviews zur Energiewende nachlesen konnten. Wie das geht, haben wir Ihnen in Hunderten von Anträgen gezeigt. Leider darf ich hier nichts hochhalten, aber wir haben in der Hoffnung, dass Sie unsere Vorschläge befolgen, ein Konzept erarbeitet. Die meisten Vorschläge haben Sie nicht befolgt. Nachdem Sie das mit den drei E so wunderbar gelernt haben, befolgen Sie sie vielleicht jetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ulrike Gote (GRÜNE): Bravo!)

Gerade in Bayern gibt es einen riesengroßen Handlungsbedarf. Warum? - Seit 30 Jahren kleben wir unverändert im Hinblick auf die Stromversorgung und die Stromgewinnung am Atomstrom. Knapp 60 % des Stroms beziehen wir aus der Atomenergie. Darauf hat man sich ausgeruht. Die Untätigkeit und Einfallslosigkeit der bayerischen Energiepolitik konnte man damit kaschieren. Wir waren fleißig und haben ein Konzept entworfen, das wir Ihnen ans Herz legen. Hören Sie gut zu. - Jetzt hören Sie zu, weil Sie nicht mehr durch Damen abgelenkt werden. Ich bin froh, dass hinter Ihnen ein Herr sitzt.

(Lachen bei den GRÜNEN - Christa Stewens (CSU): So ein Schmarrn!)

- Dann wird er nicht so schnell abgelenkt. Frau Stewens, Sie haben das auch dokumentiert. Immerhin haben Sie sich auf Ihren Platz zurückbegeben.

Erstens: Atomausstieg rasch umsetzen. Sie haben selber eindrucksvoll ausgeführt, weshalb Sie der Meinung seien, dass Ihre Fraktion umdenken müsse. Die Stromgewinnung aus Atomenergie ist eine unverantwortliche Technologie. Ein Unglück kann nie ausgeschlossen werden. Welche gravierenden und dramatischen Folgen diese Unglücke haben können, wissen wir alle. Es geht nicht nur um den Betrieb und die Unglücke. Schon der Uranabbau ist mit unheimlichen Opfern auch an Menschen verbunden. Wie sieht es mit der völlig ungelösten Endlagerfrage aus? Das ist ein ungelöstes Problem, das den zukünftigen Generationen überlassen wird. Das halten wir schlicht und ergreifend nicht für hinnehmbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt jede Menge anderer Argumente, die für einen schnellen Ausstieg sprechen. Das sind Argumente technischer und wirtschaftlicher Art. Sie haben alle mitbekommen, wie die Verlängerung der Laufzeiten die Entwicklung und die Durchsetzung der erneuerbaren Energien gehemmt haben. Da gilt es schleunigst die Reißleine zu ziehen und diese Entwicklung wieder umzukehren. Auf Isar 1 hätten wir schon längst verzichten können und müssen. Isar 1 darf schlicht und ergreifend nicht mehr ans Netz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die anderen bayerischen Reaktoren, Grafenrheinfeld, Gundremmingen und Isar 2, müssen schnell folgen. Herr Ministerpräsident, ich führe nur einige Punkte an. Die vielen Seiten, die unser detailliertes Konzept umfasst, lassen wir Ihnen gerne zukommen. Konkret heißt es: Erstens, Widerruf der Genehmigung für Isar 1 nach § 17 des Atomgesetzes. Ihr Umwelt- und Gesundheitsminister wird sich sicherlich schon darum kümmern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens: Überprüfung aller Reaktoren durch unabhängige Gutachter und die schnellstmögliche Nachrüstung auf den Stand von Wissenschaft und Technik.

Nächster Punkt nach dem Ausstieg aus der Atomenergie: Energie muss effizient eingesetzt werden. Das gilt sowohl für die Anbieter, die Kraftwerksparks, als auch für die Abnehmer, die Verbraucher. Der Wirkungsgrad der Kraftwerksparks muss dringend gesteigert werden. Die Verbraucher müssen die Stromschleudern durch effiziente Geräte ersetzen. Über intelligente Netze soll der Stromverbrauch gesteuert werden. Aktuell haben wir eine Reihe von Forderungen zusammengestellt. Ein Beispiel: Wir fordern ein Programm zur Umrüstung von Nachtspeicherheizungen. Wir sprechen uns für die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen insbesondere für Mini-Blockheizkraftwerke aus. Wir beantragen immer wieder die Unterstützung für den Ausbau von Smart Grids und Smart Metering - intelligente Messgeräte. Das steht schon seit vielen Jahren auf unserer Agenda. Jetzt ist es an der Zeit, diese Forderung gemeinsam umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens: Erneuerbare Energien. Kollege Aiwanger hat diesen Punkt auch schon vorgetragen, woraufhin der frisch gebackene Staatsminister an Ihrer Seite fragend geschaut hat. Tatsächlich ist Bayern beim Ausbau der erneuerbaren Energien auf Platz

sieben zurückgefallen. Obwohl Bayern einen hohen Anteil an Wasserkraft vorweisen kann, befinden wir uns nur noch auf Platz sieben. Bayern hat jedoch ein riesengroßes Potenzial. Allerdings müssen administrative Hemmnisse überwunden werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine Kehrtwende bei der Nutzung von Windenergie. Herr König und Herr Schmid, wenn Sie sich einmal die Regionalpläne ansehen, finden Sie massive Hemmnisse für die Windenergie. Im Osten der Oberpfalz ist der größte Teil der windhöffigen Gebiete von der Nutzung durch Windenergie ausgeschlossen. Das muss man angehen. Ebenso sollte das informelle Moratorium bei den Staatsforsten aufgehoben werden. Wir brauchen einen Ausbau und die Ökologisierung der Biomassenutzung. Die optimierte Nutzung über die Kraft-Wärme-Kopplung und die Reststoffverwertung von Gülle und Landschaftspflegematerial haben Vorrang vor der Förderung irgendwelcher Monokulturen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen eine Koordinierung der Geothermienutzung.

Viertens: Stromnetze und Stromspeicherung. Herr Ministerpräsident, das ist der nächste Punkt, den Sie schnell umsetzen sollten. Herr Kollege Schmid, selbstverständlich sind wir uns dessen bewusst, dass ein Umbau zugunsten dezentraler Kraftwerke auf der Basis erneuerbarer Energien eine Anpassung der Infrastruktur verlangt. Das ist überhaupt keine Frage. Auch wenn wir weiträumige Stromtransporte haben wollen, müssen wir für einen Umbau der Übertragungsnetze sorgen. Wir haben in unseren konkreten Forderungen, einen bayerischen Netzausbauplan zu erarbeiten - selbstverständlich unter Mitwirkung der Betreiber. Ein anderes Beispiel ist das hier schon viel diskutierte Kataster für Pumpspeicherkraftwerke. Wir müssen die Leute mitnehmen.

(Alexander König (CSU): Genau! - Ulrike Gote (GRÜNE): Sie haben das doch abgelehnt!)

Wir müssen die Leute davon überzeugen, dass der vorgesehene Standort der beste ist. Das haben Sie verweigert und abgelehnt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Das ist gar nicht wahr!)

- Verzeihung, ich habe an der Debatte im Wirtschaftsausschuss teilgenommen. Sie haben dagegen argumentiert und unseren Antrag abgelehnt. Wir brauchen in den betroffenen Regionen zur Begleitung laufender Planungs- und Genehmigungsverfahren runde Tische. Wir brauchen eine Reform der Genehmigungsverfahren. Das bedeutet: Schaffung von Transparenz und eine frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Kollege Schmid, nach Ihren letzten Ausführungen sollten Sie besser genau aufpassen. Ihr Gerede, die GRÜNEN würden vor Ort für Widerstand sorgen, ist nichts anderes als Geschwätz.

(Georg Schmid (CSU): Beim Pumpspeicherkraftwerk werden wir es sehen!)

- Nein, das werden wir nicht sehen. Ich kann es Ihnen belegen. Das haben wir jetzt schon recherchiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben bei Hochspannungsleitungen, bei Solarparks und Windkraftanlagen sehr genau nachrecherchiert. Mittlerweile habe ich 70 Fälle auf dem Tisch.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Genau!)

In ein oder zwei konkreten Fällen waren die GRÜNEN vor Ort dagegen und die CSU dafür. In den meisten Fällen ist das Verhältnis jedoch genau umgekehrt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da sitzen die Leute aus Ihrer Fakultät. Das sind Ihr Bürgermeister, Ihre Gemeinderatsmehrheit und Ihr Ortsverband, welche die Projekte verhindern.

(Georg Schmid (CSU): Sie verdrehen die Wahrheit! - Tobias Thalhammer (FDP):
So viele Bürgermeister haben wir gar nicht!)

- Cham, Lauf, Gerolzhofen und Forchheim - das könnte ich Ihnen alles runterbeten.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

- Herr Thalhammer, Sie habe ich nicht angesprochen. Dass ihre Bedeutung verschwindend gering ist, möchte ich gar nicht leugnen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Thomas Hacker (FDP): Es kommen auch wieder andere Zeiten für die GRÜNEN!)

- Selbstverständlich können andere Zeiten kommen. Herr Hacker, Ihnen wünsche ich nicht alles Schlechte.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sind Sie für Pumpspeicherkraftwerke?)

- Herr Thalhammer, ich rede gerade mit Herrn Schmid und nicht mit Ihnen. Es gibt zahlreiche Beispiele, die dokumentieren, dass das Verhältnis genau andersherum ist. Den Widerstand möchte ich nicht verunglimpfen. Das mögen triftige Gründe sein. Das zeigt aber doch, Herr Ministerpräsident, dass an den Verfahren etwas falsch ist. Es muß frühzeitig für Information gesorgt werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen beteiligt und überzeugt werden, warum ein Projekt notwendig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daran kann ich wunderbar anknüpfen, weil es für manche ein Argument gegen eine Hoch- oder Höchstspannungsleitung ist, wenn befürchtet werden muss, dass dort der billige Atomstrom durchlaufen wird. In einem konkreten Fall in einer Vorortgemeinde von München war es ein Argument, die Hackschnitzelbefeuern vor Ort abzulehnen,

weil der Betreiber eine Firma ist, die mit "E" beginnt. Auf solche Dinge muss man achten, und man muss diskutieren, wie man ein Projekt verpackt und verkauft, um gut voranzukommen. Wichtig ist auch, die Marktmacht der großen Vier zu begrenzen - in Bayern sind es Eon und RWE, - die Landeskartellbehörde zu stärken und sie zum Arbeiten zu bewegen. Sehr wichtig ist es, die Städte und Gemeinden in ihrer kommunalen Energiepolitik zu unterstützen.

Bezüglich der Landeskartellbehörde gibt es folgendes Beispiel: Eine Ausschreibung war zu 100% diskriminierend. Es ging um eine Ausschreibung der Versorgung von Liegenschaften einiger Gemeinden mit Strom. Es war eindeutig, dass die Ausschreibung diskriminierend und auf ein Stromversorgungsunternehmen zugeschnitten war. Ich habe die Punkte zusammengefasst, bin zur EU-Kommission, zur Bundesnetzagentur, zur Landeskartellbehörde beim Wirtschaftsministerium, zur Regierung von Oberbayern und zum Landratsamt als der Kommunalaufsicht gegangen. Ich bin von Pontius zu Pilatus gelaufen. Am Ende haben mir alle recht gegeben, aber das war zwei Jahre zu spät. Der Stromvertrag war mittlerweile ausgelaufen. Hier besteht also riesengroßer Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit sind wir bei der Brückentechnologie. Ich mag solche Begriffe nicht und auch nicht den Begriff "Leuchtturm", der immer wieder benutzt wird. Ich verstehe nicht, warum Sie ein solches Wort immer wieder wählen, obwohl Sie mit einer solchen Begrifflichkeit beim "Leuchtturmprojekt Schwebetraum zum Flughafen" eine Bauchlandung hingelegt haben. Für uns war es ein "Armleuchterprojekt".

Herrn Spreng sieht man zur Zeit sehr häufig. Er sagt zwar immer das Gleiche; wir finden das aber trotzdem interessant, weil wir die Stoßrichtung kennen und genießen. Herr Spreng hat zum Atom als Brücke gesagt, er habe das anders verstanden; denn das Ziel war nicht das andere Ufer, sondern die Brücke selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die tatsächliche Brückentechnik, Kolleginnen und Kollegen, kennen wir alle: Es ist Gas. Es hat einen hohen Wirkungsgrad. Gaskraftwerke sind flexibel einsetzbar und als Ergänzung zielführend. Das heißt, auch hier gibt es Handlungsbedarf und die Anforderungen, sich mit den Energieversorgern zusammenzusetzen und eine Planung für die kommenden Jahre zu machen. - Wunderbar, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, dass das schon geschehen sei. Wenn dies so ist, fragen wir uns, was aus unseren Änderungsanträgen zum Haushalt und aus denen der Kolleginnen und Kollegen geworden ist. Es ist Fakt, dass das Klimaschutzprogramm Bayern nach den Plänen der Staatsregierung in diesem Jahr auslaufen soll. Es ist Fakt, dass Sie bedauerlicherweise alle unsere Anträge abgelehnt haben. Ich habe alle zusammengefasst. Egal, ob es die Fortführung des Klimaprogramms Bayern unter Effizienzgesichtspunkten nach der Evaluierung, ob es das Programm zur Umstellung elektrischer Nachtspeicherheizungen, das Programm zur Förderung kleiner Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen oder das Programm zur Förderung dezentraler Energiespeicher war, all diese Anträge wurden abgelehnt. Trotzdem behaupten Sie, Sie würden etwas machen. Ihre Glaubwürdigkeit leidet bedauerlicherweise auch hier. Sie können uns aber eines Besseren belehren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, erinnern wir uns an die letzte Aktuelle Stunde bezüglich des eingeforderten Konsenses. Kollege Dr. Bernhard - er ist nicht anwesend - - Doch, er sitzt an einem anderen Platz. Herr Kollege Dr. Bernhard, Sie haben richtigerweise gesagt: Wir müssen uns bewegen. Damit haben Sie sich gemeint. Sie haben aber auch gesagt: Sie müssen sich bewegen. Damit haben Sie uns gemeint. Das kann doch nicht heißen, dass Sie erwarten, wir müssten uns in der Mitte treffen; schließlich sind Sie massiv danebengelegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn sich jemand bewegen muss, sind Sie das. Ministerpräsident Seehofer hat bereits angekündigt, dass er sich wie ein Hochleistungssportler bewegen werde. In der gleichen Sitzung hat Kollege Blume - ihn sehe ich wirklich nicht - in einem Satz gesagt, man brauche Konsens, und im nächsten Satz zum Kollegen Wörner, dass das, was Kollege Wörner gesagt hat, der größtmögliche Unfug sei. So wird es sicherlich nicht gelingen, zu einer Kooperation oder einem Konsens zu finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wir werden uns genau anhören, was von Ihren Schalmeientönen oder Ihrem Süßholz zu halten ist. Vielleicht ist es nicht nur Süßholz, vielleicht ist es mehr. Dann werden Sie uns als Partner finden. Wo wir uns allerdings treffen, werden wir Ihnen über weite Strecken vorgeben.

Herr Ministerpräsident, Sie sind nicht alleine im Hause. Herr Thalhammer, Herr Hacker, nun einige wenige Sätze zu Ihnen als Koalitionspartner.

(Thomas Hacker (FDP): Danke, Herr Runge!)

Herr Kollege Hacker, auch Sie haben es gelesen. Der von uns allen geschätzte Journalist Heribert Prantl hat neulich die FDP als "PpP" - als "Partei des panischen Populismus" - bezeichnet.

(Thomas Hacker (FDP): Das hat er vor 20 Jahren auch schon erzählt.)

Ich bin darüber etwas erschrocken und sage es deshalb auf fränkisch: "BbB". Das heißt auf fränkisch: "Bardei der bräsigen Behäbigkeit".

(Zurufe von der CSU und der FDP)

Wir kennen Sie, Herr Hacker, und Ihren Wirtschaftsminister. Wie bekommen wir eine Mischung? - Die Mischung sieht folgendermaßen aus: Wir versprechen alles und tun gar nichts. Das ist die FDP in Bayern. Wenn etwas passiert, das entgegen den Versprechungen läuft, waren es die anderen. Herr Kollege Hacker, ich erinnere an das

wirklich peinliche Schauspiel zum Informationsfreiheitsgesetz. Überall haben Sie getönt, Sie fänden das sehr wichtig. Aber es lag am Koalitionspartner, dass Sie es nicht durchgesetzt haben.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Dr. Runge - -

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Otto Bertermann (FDP))

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Dr. Bertermann, ich darf darauf eingehen. Nachdem alle Ihre Kolleginnen und Kollegen die Zwischenfragen nicht zugelassen haben, lasse ich Ihre Zwischenfrage herzlich gerne zu.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Dr. Runge, ob die Zwischenfrage zugelassen wird, sage ich und nicht Sie.

(Beifall)

Sie haben allerdings die Antwort vorweg genommen. Bitte, Herr Dr. Bertermann.

Dr. Otto Bertermann (FDP): Herr Kollege Runge, ich habe eine Frage, die Ihre Geschichtskennntnis und Ihr Geschichtsverständnis betrifft. Wenn Sie sich die Geschichte des Ikarus in Erinnerung rufen, dann wäre das auch ein Menetekel für die GRÜNEN. Würden Sie mir da widersprechen?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Dr. Bertermann, darüber unterhalten wir uns anschließend, wie wir das sonst gerne machen.

Wenden wir uns wieder dem Koalitionspartner, dem Haushalt und der Energiewende zu. Sie kennen die Pressemeldung, die Wirtschaftsminister Zeil zum Atomausstieg dahin gehend abgegeben hat, dass dieser doch nicht so rasch passieren dürfe und nichts überstürzt werden dürfe. Niemand im Hohen Hause hat gesagt, dass der Atomausstieg von null auf hundert passieren soll. Niemand hat gesagt, er soll überstürzt

werden. Aber, Kolleginnen und Kollegen, bei der Energiewende handelt es sich doch auch um einen Standortfaktor und einen Wettbewerbsvorteil. Der Strukturwandel wird kommen, und er muss kommen. Wenn wir den Strukturwandel auch aus Bayern unterstützen oder zumindest unterstützend begleiten, ist das nur gut für Bayern und die bayerische Wirtschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was passiert stattdessen? Stattdessen wird ein Zwist über Zuständigkeiten zwischen Minister Zeil und dem Hause von Minister Söder öffentlich ausgetragen. Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass etwas passiert, aber nicht, dass sich zwei Ressorts und deren Chefs öffentlich darüber streiten, wer überhaupt etwas tun darf. Das kann nicht wahr sein. Herr Ministerpräsident, das ist und war schlicht und ergreifend eine Witznummer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist und bleibt einfach ein Witz, dass man da nicht einfach zum Telefonhörer greift oder den Kollegen einmal persönlich anspricht: Wie sieht es aus mit den Zuständigkeiten, wer macht was? Stattdessen hat sich der eine Minister öffentlich auf der Jahrespressekonferenz über den anderen beklagt. Das spricht nicht gerade für große Professionalität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Energiewende: Wir haben gesagt, dass wir das ganze Programm selbstverständlich gerne der Staatsregierung, dem Ministerpräsidenten und allen Ministern geben, die sich hierfür zuständig fühlen. Wir wollen so schnell wie möglich aussteigen und umsteigen. Die drei großen E sind genannt worden: Einsparung, effiziente Nutzung und der Umstieg in die erneuerbaren Energien. Uns ist bewusst, dass das nicht von heute auf morgen geht. Wir müssen zubauen bei konventionellen Kraftwerken, am

besten bei Gaskraftwerken. Wir brauchen auch Übertragungsnetze, um Strom aus anderen Bundesländern partiell einführen zu können.

Sie sagen sicher: Wie sieht es bei der Gaskraft aus mit dem anderen großen Ziel in der Energie- und Klimapolitik, der Senkung des Ausstoßes an Kohlendioxid? - Selbstverständlich ist uns bewusst, dass Gaskraftwerke CO₂ ausstoßen. Aber Kolleginnen und Kollegen, schauen wir uns doch einmal die Klimabilanz der Bayern insgesamt an, beispielsweise im Sektor Verkehr: Dieser ist zu fast 40 % verantwortlich für den Ausstoß an CO₂. Bei diesem Potenzial könnten wir ansetzen, hier müssen wir ansetzen, um den CO₂-Ausstoß zu senken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Uns hat alle ja die Verkehrsprognose für das Jahr 2025 ereilt. Sie ist Grundlage der ganzen künftigen Verkehrspolitik. Da geht es um viele große, ganz schlimme Verkehrsprojekte, die ins Haus stehen, zum Beispiel die A 94 durch das Isental, die dritte Start- und Landebahn, den Donauausbau und vieles andere mehr. Es geht auch darum, den Gesamtverkehrsplan und den Staatsstraßenausbauplan fortzuschreiben. Die Prognosen sagen ein gewaltiges Verkehrswachstum voraus. Der motorisierte Individualverkehr soll um 20 % anwachsen, der Flugverkehr sogar um über 90 %, der Güterkraftverkehr auf der Straße um fast 60 %. Was antwortet die Staatsregierung? - Sie fordert einen bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur. - Kolleginnen und Kollegen, das kann es doch in der heutigen Zeit nicht sein: Zum einen sind die Grundlagen dieser Prognosen sehr, sehr zweifelhaft; die Wachstumszahlen, die angenommen werden, sind viel zu groß und der Spritpreis soll stagnieren. Vor allem darf die Politik diese Zahlen nicht als gott- oder naturgegeben sehen; Politik muss vielmehr versuchen, durch entsprechende Angebote im öffentlichen Verkehr und umgekehrt durch eine entsprechende Kostenanlastung gegenzusteuern. Das ist angesagt, das, was von der Staatsregierung kommt oder im Haushalt vorgesehen ist, ist nichts anderes als ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Presseerklärung der Staatsregierung anlässlich der Vorstellung der Verkehrsprognose heißt es, ich zitiere:

Der Verkehrszuwachs lässt sich vor allem dadurch erklären, dass sich die Siedlungsstrukturen verändern und damit die Fahrwege zunehmen werden.

Wer sorgt denn dafür, dass sich die Siedlungsstrukturen verändern? - Das sind auch wieder Sie. Ich erinnere an die letzte Kabinettsitzung im alten Jahr, als Sie es mit einem Federstrich zugelassen haben, dass Gemeinden im ländlichen Raum ohne Zielabweichungsverfahren Großmärkte mit einer Verkaufsfläche von bis zu 1.200 m² ansiedeln. Das heißt mehr Verkehr, das heißt Besiedelung der Ortsrandlagen, das heißt Zwang zur Automobilität. Und dann sagen Sie, die geänderten Siedlungsstrukturen seien dafür verantwortlich, dass wir mehr Autoverkehr haben. Sie verbocken es doch immer wieder selber - Sie haben das selber zu verantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und es kommt noch schöner: Kollege Magerl hat mir dankenswerterweise den Vertrag zur Wachstumserklärung mit der Deutschen Lufthansa gegeben. Das ist unfassbar! Da gibt es einen Vertrag mit der Deutschen Lufthansa, in dem sich die Deutsche Lufthansa verpflichten muss, in München II die prognostizierten Wachstumszahlen zu erreichen, auch wenn die vierte Start- und Landebahn am Flughafen Frankfurt gebaut ist. Wenn Sie diese überhöhten, prognostizierten Wachstumszahlen nicht erreicht, muss sie eine Ausgleichszahlung in Höhe von 50 Millionen Euro leisten. Wo sind wir denn angelangt, wenn solche Mechanismen in der Politik wirksam sind? Da wird ein ganz großes Wachstum prognostiziert, damit man für die entsprechende Infrastruktur sorgen kann. Dann werden die Verkehrsanbieter verpflichtet, dieses Wachstum zu erreichen. Wenn Sie es nicht erreichen, müssen Sie 50 Millionen Euro Ausgleich zahlen. Und da beschweren Sie sich dann über mehr Verkehr und einen größeren CO₂-Aus-

stoß? - Es gilt vielmehr, gegenzusteuern. Das hätten Sie schon über den Haushalt tun können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wollen aber Großprojekte; Ihnen fällt nichts anderes ein, als Großprojekte mit aller Gewalt durchzuhauen. Der Staatsstraßenausbauplan ist völlig überfrachtet. Stattdessen lassen Sie den Bestand verlottern.

(Alexander König (CSU): Das sind doch keine Großprojekte!)

Das sagen nicht nur wir, das sagt beispielsweise auch der Bayerische Oberste Rechnungshof. Das gilt nicht nur für die Staatsstraßen, sondern beispielsweise auch für die öffentlichen Gebäude.

Zum Thema Verkehr haben wir vor wenigen Tagen wieder die famose Idee unseres Ministerpräsidenten lesen dürfen, eine Pkw-Maut einzuführen. Dazu sagen wir: Das ist eindeutig der falsche Weg. Wir wollen weg von der Kfz-Steuer und sind dafür, die ganzen Kosten in die Spritbesteuerung einzurechnen. Das wäre der richtige Weg, anstatt über viele verschiedene Töpfchen zu gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Karl Freller (CSU): Das wäre ja ganz hervorragend für das flache Land und unsere Pendler!)

Noch eine kleine Anmerkung: Sie sollten Ihren Haushalt besser lesen und besser kennen. Dazu eine Anekdote - wir werden im Lauf der Beratungen noch viele weitere bringen. Zur zweiten Stammstrecke gab es ja immer eine Verpflichtungsermächtigung. Diese Verpflichtungsermächtigung haben wir im Haushaltsentwurf aber auf einmal nicht mehr gefunden. Die erste Ansage von Ihnen war auf unsere Anfrage: Lest doch geschiet, die steht schon drin. Daraufhin haben wir noch einmal nachgelesen; sie war aber nicht drin. Darauf mussten Sie eingestehen, dass die Verpflichtungsermächtigung fehlt. Und dann kam die tolle Begründung: Sie fehlt deswegen, weil Sie sie gar nicht brauchen, denn der Bau- und Finanzierungsvertrag, der uns zum 107. Mal ver-

sprochen wurde, komme jetzt spätestens im März. Schließlich haben Sie gemerkt, dass er doch nicht kommt. Sie haben die Verpflichtungsermächtigung dann klammheimlich über die Nachschubliste wieder hineingeschrieben - Kolleginnen und Kollegen, lernen Sie doch eher von uns! Hören Sie auf uns, glauben Sie uns! Sie sollten generell früher und grundsätzlich auf uns hören, Herr Kollege Klein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das betrifft nicht nur die Energiewende. Ich denke, hier konnte man es eindrucksvoll dokumentieren. Das betrifft eigentlich alles. Kolleginnen und Kollegen, wir stehen mit unseren Anträgen für Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit, wir stehen für soziale Gerechtigkeit, für mehr und bessere Bildung, für wirklichen Umwelt- und Klimaschutz.

Kolleginnen und Kollegen, Ihr Haushalt ist bedauerlicherweise der Ausweis einer Politik des "Weiter so". Im Interesse Bayerns ist das hoffentlich einer Ihrer letzten Haushalte.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN - Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Dr. Runge. Herr Dr. Runge, Sie mögen darauf spekuliert haben, dass ich mir die Regelübertretungen aufgrund der Dauer Ihrer Rede nicht merke. Dem ist aber mitnichten so. Nachdem wir hier noch mehrere Tage miteinander verbringen dürfen, möchte ich darauf hinweisen, dass auf solche bewussten Regelübertretungen eine genauso klare Ansage von meiner Seite folgt, dass ich diese hier nicht dulde.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN - Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Präsidentin, meinen Sie die fränkische Problematik?)

- Sie sollten nicht ins Detail gehen wollen!

Ich rufe Herrn Hacker für die FDP ans Mikrofon. Bitte schön.

Thomas Hacker (FDP): Ich habe nichts dagegen, dass der Dialog noch ein bisschen andauert.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Nein. - Bitte schön.

Thomas Hacker (FDP): Hochverehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren über den Doppelhaushalt für die Jahre 2011 und 2012. Im Rahmen einer Generalaussprache zur Politik der Landesregierung geht es um das, was erreicht ist, und um das, was in den nächsten zwei Jahren kommen wird. Wir wollen die Fragen beantworten, die diesem Haushalt zugrunde liegen.

Wir erfahren also auch viel Neues und Spannendes. Kollege Runge outet sich als Professor für die Psychologie der Dynamik bzw. als Sprachwissenschaftler, der sich die bayerischen und die fränkischen Idiome sehr genau angeschaut hat.

Wir erfahren vor allem, was die Kolleginnen und Kollegen der Opposition zusätzlich zu den Themen der Landespolitik noch wissen wollen. Von der Euro-Rettung bis zum Wildsau-Management - all das wurde heute angesprochen. Wir müssen aber zu den wichtigen Fragen der Landespolitik zurückkommen. Das sind folgende: Wie können wir den Spitzenplatz Bayerns auch in Zukunft sichern? Wie können wir Investitionen in allen Teilen des Freistaates befördern? Wie können wir Bayern insgesamt nach vorn bringen? Mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 haben wir dafür die Grundlage gelegt: Investitionen, "Aufbruch Bayern" - Bayern ist im Aufbruch!

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Herr Kollege Rinderspacher, es ist richtig: Das ganze vergangene Jahr war geprägt von einer intensiven Diskussion zwischen den Fraktionen der CSU und der FDP sowie zwischen den Ministern der Staatsregierung. Den ganzen Sommer über haben wir vorbereitende Gespräche zur Haushaltsaufstellung geführt. Wir als FDP-Landtagsfraktion empfinden es als Grundlage der Demokratie, dass man im Diskurs miteinander Positionen entwickelt und den Rahmen für den künftigen Haushalt setzt.

Als vor Weihnachten der Haushalt vom Kabinett beschlossen wurde, wies Kollege Georg Schmid sehr richtig darauf hin, dass die Fraktionen des Bayerischen Landtags nie zuvor so früh in die Verhandlungen über die Aufstellung eines Haushalts eingebunden waren. Wir können feststellen: Dieser Haushalt ist ein deutliches Signal für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes;

(Beifall bei der FDP und der CSU)

denn er verbindet eine solide Haushaltsführung, das heißt den Verzicht auf die Neuaufnahme von Schulden, mit Investitionen in Zukunftsbereiche.

(Markus Rinderspacher (SPD): Grundstock!)

An erster Stelle nenne ich die Investitionen in den Bildungsbereich. Das beginnt bei der frühkindlichen Bildung und reicht bis hin zur Hochschule.

Ich verweise auf die Innovations- bzw. Technologieförderung; denn nur solche Investitionen werden sich in neuen Arbeitsplätzen auszahlen. Arbeitsplätze sind aber das Entscheidende, wenn es um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und um das Glück der hier lebenden Menschen geht. Selbstverwirklichung hängt immer mit Teilhabe zusammen, mit dem Sich-Einbringen in eine Gesellschaft, in das Erwerbsleben. Dafür steht die FDP, dafür steht die Regierungskoalition aus CSU und FDP.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Herr Rinderspacher, Sie hätten Grund gehabt zu loben, nicht nur zu kritisieren - bis auf den einen Punkt, die Reise nach Prag. Auch das schätzen wir sehr, Herr Ministerpräsident, und sind Ihnen dankbar.

(Lachen bei der SPD)

- So gehen wir miteinander um.

Sie hätten auch die Investitionen im Bildungsbereich loben können. Mit dem Ausbau der offenen und gebundenen Ganztagschulen kommen wir voran. In den vergangenen beiden Jahren sind die Ausgaben im Bildungsbereich um zwei Milliarden Euro pro Jahr gestiegen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Ich nenne ferner den Ausbau der Krippen und der Universitäten. Neue Lehrer wurden eingestellt. Frau Kohnen ist leider nicht mehr da; sonst hätte ich ihr verraten können, wo die 2.700 neuen Lehrer zu finden sind, die in den ersten beiden Jahren eingestellt wurden.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Die sucht Herr Spaenle heute noch!)

Diese Lehrer wurden schwerpunktmäßig eingesetzt, um die Klassenstärken gerade in den Regionen zu reduzieren, in denen der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund besonders hoch ist.

(Beifall bei der FDP)

Das ist Ausdruck bewusster Schwerpunktsetzung der Regierungsarbeit in Bayern.

Zu den Voraussetzungen für eine bessere Integration gehören auch Sprachstandstests, Deutschkurse schon vor der Schule und kleinere Klassen in den Schwerpunkorten. Natürlich sind vor allem in Augsburg, München, Nürnberg und Fürth die ersten kleineren Klassen geschaffen worden; aber wir kommen auch anderswo voran. Das sind die richtigen Investitionen. Mehr Bildungschancen für alle, die in Bayern leben - das ist unser Ziel.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Sie von der Opposition hätten auch die Investitionen in die Menschlichkeit loben können; damit meine ich die Veränderung der Asylpolitik in Bayern. Frau Ackermann wird es bestätigen: Wir haben dafür gesorgt, dass Familien und Alleinerziehende früher

aus Sammelunterkünften ausziehen können. Wir haben dafür gesorgt, dass Investitionen nicht nur in die psychologische Betreuung der Betroffenen, sondern auch in die bauliche Verbesserung der Sammelunterkünfte vorgenommen wurden. Die FDP-Fraktion begrüßt jeden Vorschlag für eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern; im Raum Coburg wird momentan darüber diskutiert. All diese Veränderungen gehen in die richtige Richtung. Dafür steht die FDP, und auf diesem Weg wollen wir weitergehen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Investitionen in die Wissenschaft sind auch Investitionen in Zukunftstechnologien. Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wird uns weiter nach vorn bringen. Technologietransferzentren ermöglichen es, dass Forschungsergebnisse tatsächlich zu zusätzlicher Wertschöpfung im Land führen. Zusätzliche Wertschöpfung bedeutet dauerhaften Wohlstand. Zusätzliche Wertschöpfung bedeutet Arbeitsplätze. Die Minister Wolfgang Heubisch und Martin Zeil arbeiten über Ressortgrenzen hinweg zusammen an einer gemeinsamen Forschungsstrategie. Im Haus der Forschung werden neue Wege gegangen. Auch hier haben wir den richtigen Weg eingeschlagen.

Das Ressortdenken leuchtet hier und da noch auf. Aber es ist richtig, dass wir gemeinsam nach vorn gehen und die richtigen Dinge verändern. Ob im Energiebereich der Schwerpunkt so oder so gewählt wird - das wird die Energiewende nicht hinausschieben. Ich wiederhole: Wir gehen gemeinsam entschlossen den Weg in die richtige Richtung. Bayern wird auch auf dem Gebiet der neuen Energien weiter vorankommen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Herr Kollege Rinderspacher, Sie hätten auch loben können, wie das Haus mit der Aufarbeitung der Landesbankangelegenheit umgegangen ist. Es wurde intensiv diskutiert, Berichte wurden vorgelegt. Nichts wurde unter den Tisch gekehrt. Am Ende haben

sogar Ihre Vertreter gesagt: Hier ist ordentliche Arbeit geleistet worden, hier sind die richtigen Konsequenzen gezogen worden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Eine Konsequenz ist, dass Herr Schmid heute am Mikrofon gestanden ist!)

Auch das ist ein Ergebnis der Arbeit der vergangenen zwei Jahre. Auch das ist die Grundlage für ein neues Selbstverständnis des Parlaments gegenüber der Landesregierung. Das ist der richtige Weg, auf dem wir weitergehen werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushalt kommt ohne die Aufnahme neuer Schulden aus.

(Markus Rinderspacher (SPD): Grundstockvermögen, Herr Kollege!)

Aber das reicht uns nicht aus. Wir wollen, dass auch zukünftige Regierungen dazu verpflichtet werden, auf neue Schulden zu verzichten. Deswegen sind wir dankbar, dass der Ministerpräsident unseren Vorschlag aufgenommen hat, die Schuldenbremse auch in die Bayerische Verfassung einzubringen. Die Entwicklung in Baden-Württemberg zeigt deutlich, wie wichtig das ist. Wahlergebnisse können Einstellungen von Regierungen verändern, können auch Regierungen verändern. Der Wohlstand Bayerns muss für alle Zukunft gesichert werden. Deswegen ist die Schuldenbremse in der Verfassung der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Andere Bundesländer gehen andere Wege. Wir haben erlebt, was in Nordrhein-Westfalen passiert ist. Dort kann man auch in der aktuellen wirtschaftlichen Lage keinen ausgeglichenen Haushalt aufstellen.

(Zuruf von der SPD)

- Na gut, in der Landesregierung sind wir derzeit nicht. Den Haushalt in NRW für 2011/2012 müssen wir nicht verantworten. Aber auch in Baden-Württemberg werden wir sehr schnell merken, wohin der neue Weg führt.

Unsere Erwartung - sicherlich auch die vieler Wählerinnen und Wähler - ist, dass die eine Milliarde Euro an aktuellem Defizit in Baden-Württemberg nicht reichen werden. Wohin der Weg in den Schuldenstaat führt, hat Nordrhein-Westfalen ebenfalls gezeigt: vor das Verfassungsgericht, das die Notbremse gezogen hat. Das ist nicht der Weg, den Bayern geht. Bayern setzt auf solide Finanzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CSU)

Nicht alle Bundesländer gehen unseren ambitionierten Weg mit. Bei uns gilt der Grundsatz: Ich kann nicht jedem alles versprechen und nicht jedem alles geben. -Andere Bundesländer verlassen sich darauf, dass wirtschaftsstarke Länder wie Hessen, Baden-Württemberg und Bayern Transferzahlungen leisten. Die FDP-Fraktionen dieser drei Länder haben mit einem Gutachten untermauert, dass es beim aktuellen Länderfinanzausgleich Probleme gibt. Gemeinsam mit den CDU/CSU-Fraktionen haben wir dieses Gutachten vorgestellt. Wir haben den Weg aufgezeigt, den die Regierungen dann auch gegangen sind. Es werden Verhandlungen geführt. Aber wenn diese Verhandlungen mit den Nehmerländern nicht zu einem einvernehmlichen Ergebnis kommen, sind wir bereit, durch Klage die Länder zu zwingen, die eigenen Haushalte in Ordnung zu bringen, Investitionen zu fördern, aber konsumtive Ausgaben zurückzuführen. Auch das ist ein Teil der Gerechtigkeit und der Solidarität unter den Ländern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Um die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft in Bayern sicherzustellen, müssen wir das Problem des Fachkräftemangels angehen. Es ist doch ganz klar: Wir müssen vor allem die Menschen fördern, die Arbeit suchen, um sie in die Lage zu versetzen, eine Beschäftigung aufzunehmen, ob das nun junge Menschen mit Migrationshintergrund

oder ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind. Man muss alle einbinden und mitnehmen.

Wir müssen dafür sorgen, dass es keinen weiteren Exodus von Leistungsträgern aus Deutschland gibt. Nicht nur im Ärztebereich ist es so, dass gut ausgebildete Menschen Bayern und Deutschland verlassen. Wir brauchen ein forschungsfreundliches Klima, um auch Wissenschaftlern die Möglichkeit zu geben, in Bayern tätig zu sein.

Wir müssen auch eine neue Willkommenskultur verkünden und pflegen. Menschen, die zu uns kommen, müssen mit offenen Armen empfangen werden. Immer muss es ein Aufeinanderzugehen geben. Geben und Nehmen müssen sich in einem ausgewogenen Maß entsprechen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dieses weltoffene, wirtschaftsfreundliche und starke Bayern, wie wir es uns vorstellen, soll sich der Welt 2018 präsentieren. Deswegen sagen wir ein uneingeschränktes Ja zu Olympia. Wir wollen alles tun, damit hier ein Fest der Menschlichkeit, ein Fest des Sports, ein Fest des Friedens und der Freude stattfinden kann. Wir wollen in unseren Reihen keine Spieleverderber haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Herr Rinderspacher, ich sage ein Letztes. Wenn Sie nur auf das achten, was Sie ausgesprochen haben, dann wird Ihnen Ihre gewünschte Koalition in der Opposition in der Umsetzung sehr schwerfallen; denn es ist mitnichten so, dass die drei Fraktionen am gleichen Strang ziehen. Das merkt man beim Abstimmungsverhalten im Parlament. Man merkt es auch beim Applaus. Kollegen der SPD haben bei den FREIEN WÄHLERN mehr geklatscht, bei den GRÜNEN eher weniger.

(Unruhe bei der SPD)

- Sie haben kein Profil innerhalb der Koalition der Opposition. Wunderbar! Sie haben aber eine Regierungskoalition vor sich, die einen klaren Kompass für solide Finanzen, für die Zukunftsfähigkeit des Landes, für die Schwerpunktsetzung in der Bildung - von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule -, für ein wirtschaftsstarkes Bayern und für einen starken Standort Bayern hat. An dieser Zukunftspolitik arbeiten CSU und FDP gemeinsam, und zwar bis 2013 und über 2013 hinaus. Aber dann werden die Wähler entscheiden, Herr Rinderspacher, nicht Sie.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Dem Präsidium liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb können wir bereits zu den Abstimmungen schreiten.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7139 mit 7147, 7149 und 7150 sowie 7152 mit 7157 und 7159 mit 7162, außerdem die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7328 zugrunde.

Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit der in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/7328 genannten Änderung zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 02 mit der vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderung seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich in derselben Form anzuzeigen. - Das sind die FREIEN WÄHLER, die SPD und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Einzelplan 02 mit der vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderung angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium für Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und vereinzelte Stimmen aus den Reihen der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Es gibt keine. Enthaltungen? - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 02 ist hiermit abgeschlossen.

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 3

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ausstattung der ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Stoiber und Dr. Beckstein
(Kap. 02 01 Tit. 422 01 und 428 01)
(Drs. 16/7139)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Streichung der Mittel für den Zukunftsrat
(Kap. 02 03 Tit. 526 13)
(Drs. 16/7140)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
(Drs. 16/7141)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Streichung der Mittel für die so genannte Erforschung der öffentlichen Meinung
(Kap. 02 03 Tit. 526 22)
(Drs. 16/7142)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kürzung der Mittel für so genannte Informationsaufgaben der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 22)
(Drs. 16/7143)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Rückzahlung von Haushaltsmitteln, die für Parteizwecke missbraucht wurden
(Kap. 02 03 neuer Tit.)
(Drs. 16/7144)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bayerische Filmförderung
(Kap. 02 03 TG 70 bis 72)
(Drs. 16/7145)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschussabsenkung für Medientage München, Messe munichgaming, Deutscher Computerspielpreis
(Kap. 02 03 Tit. 685 80)
(Drs. 16/7146)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse zur Aus- und Fortbildung im Medienbereich
(Kap. 02 03 Tit. 686 82)
(Drs. 16/7147)

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kürzung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
(Drs. 16/7149)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kürzung der Ausgaben für repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 535 01)
(Drs. 16/7150)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kürzung des Personalsolls in der Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7152)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine Ausgaben zur Erforschung der öffentlichen Meinung
(Kap. 02 03 Tit. 526 22)
(Drs. 16/7153)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine Zusatzausgaben für den so genannten Zukunftsrat
(Kap. 02 03 Tit. 526 11 und 526 13)
(Drs. 16/7154)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kürzung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
(Drs. 16/7155)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Werte vermitteln statt Werte verwalten!
(Kap. 02 03 TG 54)
(Drs. 16/7156)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Weniger Preisverleihungen
(Kap. 02 03 TG 70 - 72 und TG 80 - 86; Kap. 15 05)
(Drs. 16/7157)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine Erhöhung der Fördermittel für die Medien-Messen
(Kap. 02 03 Tit. 685 80)
(Drs. 16/7159)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine Subventionierung von Anbietern privater lokaler Fernsehprogramme
(Kap. 02 03 Tit. 683 81)
(Drs. 16/7160)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: gezielte Förderung künstlerisch und qualitativ hochwertiger Softwareentwicklung im Bereich Spiele
(Kap. 02 03 Tit. 892 81; Kap. 15 05)
(Drs. 16/7161)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: gezielte Förderung der Medienkompetenz
(Kap. 02 03 Tit. 686 86; Kap. 05 02 Tit. 461 01)
(Drs. 16/7162)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Haushaltsplan 2011/2012;

Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Einzelplan 01 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 01 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Die Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Keine. Stimmenhaltungen? - Eine Enthaltung des Kollegen Dr. Kirschner, FDP.

Damit ist der Einzelplan 01 angenommen.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Ebenfalls keine. So beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 01 ist damit abgeschlossen.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Haushaltsplan 2011/2012;

Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten

Rechnungshofes

Hierzu findet ebenfalls keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb wiederum sofort zur Abstimmung. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Ebenfalls keine.

Damit ist der Einzelplan 11 angenommen.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt eine weitere Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 11 ist damit abgeschlossen.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

Dem Einzelplan 04 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/7594) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Dem Einzelplan 05 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/8168) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Dem Einzelplan 07 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/7846) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**
Drs. 16/7724

Dem Einzelplan 08 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen**
Drs. 16/7557

Dem Einzelplan 10 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Staatsministerin Christine Haderthauer

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Heinrich Rudrof

Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Abg. Claudia Jung

Abg. Renate Ackermann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Brigitte Meyer

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Maria Scharfenberg

Abg. Diana Stachowitz

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Haushaltsplan 2011/2012;

**Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen**

hierzu:

Änderungsanträge

**von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7300 mit 16/7306 und 16/7308 mit
16/7317)**

und

Änderungsanträge

der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7340 mit 16/7344)

und

Änderungsanträge

**der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7383 mit 16/7389 und
16/7392 mit 16/7410)**

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 1 Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die Fraktion der SPD 14 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER beantragt haben, über ihre Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7310, 7312, 7314, 7340, 7342 und 7344 einzeln, und zwar in namentlicher Form, abstimmen zu lassen.

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Staatsministerin Haderthauer. Sie haben das Wort.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In Zeiten, in denen es wichtig ist, Wünsche zu limitieren, um zukunfts- und generationengerecht Finanzpolitik zu machen, ist die inhaltliche Orientierung und eine Richtschnur für den Haushalt notwendiger und dringender als in Zeiten, in denen nicht nur alles Notwendige und Sinnvolle, sondern darüber hinaus alles Wünschenswerte finanziert werden kann. Daher sind gerade in diesen Zeiten Prioritäten wichtig. Daher haben wir diesen Haushalt unter den Titel "Aufbruch Bayern" gestellt.

Der erste Schwerpunkt ist die Familie. Unser Politikverständnis als christlich-liberale Koalition ist orientiert an einem bürgerlichen Gesellschaftsentwurf und am christlichen Menschenbild. Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt, nicht Ideologien oder Systeme.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb stellen wir den wichtigsten Ort für die Entwicklung des Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik: die Familie. Ohne die Leistungen der Familien gibt es keine vitale, keine zukunfts- und keine zukunftsfähige Gesellschaft. Nur die Leistung von Familien baut Zukunft in einer Gesellschaft. Familien lehren Liebe und Geborgenheit sowie soziale Kernkompetenz. Sie schaffen Bindung - verlässliche Bindung. Damit übernehmen sie eine unersetzliche Rolle für einen gelungenen Start ins Leben. Aber Familien schaffen auch die Grundlage dafür, dass in der Kinderbetreuung und später, in der Schule, Bildung gelingt. Nichts und niemand kann Familie ersetzen. Elternverantwortung und Elternleistung sind persönlich gemeint, persönlich geschuldet, nicht ersetzbar, nicht austauschbar, schon gar nicht durch den Staat.

Ich bin der festen Überzeugung: Wir stärken unsere Gesellschaft, aber auch jeden Einzelnen am wirkungsvollsten und nachhaltigsten, indem wir Familien unterstützen. Deshalb haben sie für uns diesen besonderen Stellenwert.

Für uns ist jeder Familienentwurf gleich viel wert. Wir wollen nicht nur einen, sondern den individuellen Lebensentwurf, den Familien leben wollen, unterstützen. Deshalb stehen wir dafür, dass junge Familien in Bayern im Anschluss an das Elterngeld ein Landeserziehungsgeld bekommen. Deshalb helfen wir den Kommunen mit 1 Milliarde Euro jährlich nicht nur beim Ausbau einer hochwertigen Kinderbetreuung, sondern auch bei der Bewältigung ihrer weiteren Aufgaben im Bereich der Jugendhilfe.

Besonders Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund profitieren von der Systematik unseres Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes; denn neben der allgemeinen Sprachförderung erhalten diese Kinder eine ganz spezielle Förderung, zu der wir mit einem zweistelligen Millionenbetrag im Jahr beitragen.

Aber auch die Kommunen profitieren. Nirgends sonst gibt es so viel Jugendsozialarbeit an Schulen wie in Bayern. Auch insoweit haben die Kommunen uns seit langem mit mehreren Millionen Euro jährlich verlässlich an ihrer Seite.

Da das Leben mit Kindern zwar schön und erfüllend ist, aber auch eine große Verantwortung und Herausforderung sein kann, fördern wir bayernweit Familienstützpunkte. Wir greifen unseren Kommunen auch bei der ideellen Unterstützung von Familien unter die Arme und fördern 180 Erziehungsberatungsstellen sowie niederschwellige Projekte wie Familienhebammen und Stadtteilmütter. Wir haben koordinierende Kinderschutzstellen geschaffen, um durch Vernetzung dafür zu sorgen, dass kein Signal verlorenggeht; denn es kann auch schwierige Situationen in Familien geben. Unsere Konzeption war übrigens die Blaupause für das gerade entstandene Bundeskinderschutzgesetz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sozialpolitik in Bayern richtet sich in ihrer Qualität danach, welche Chancen wir jedem Einzelnen vermitteln können. Gerechtigkeit bemisst

sich nämlich nicht nach dem Grad der Umverteilung oder der Höhe irgendeiner Daueralimentation - auch nicht nach der Höhe der Transferleistungsquote -, sondern danach, in welchem Maße jeder Einzelne in die Lage versetzt wird, seine Chancen wahrzunehmen. Je weniger Menschen auf Unterstützungsleistungen angewiesen sind, desto sozialer und gerechter ist ein Land.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Solidarität heißt für uns zum einen, denen zu helfen, die Hilfe brauchen, solange sie sich nicht selbst helfen können, und zum anderen, auf diejenigen zu achten, die Tag für Tag die Gelder erarbeiten, mit denen wir helfen können. Deshalb zielen unsere Ansätze darauf ab, zu aktivieren, anstatt die Verfestigung von Lebensstilen zu fördern. Gerade wir Sozialpolitiker müssen darauf achten, wohin sich eine Gesellschaft entwickelt und wo anzusetzen ist, wenn wir präventiv tätig werden wollen. Diese unsere Verpflichtung bedeutet auch: Wir brauchen große Flexibilität, was unsere Methoden und Ansatzweisen angeht.

Auch deswegen sprechen wir vom "Zukunftsministerium". Wie eine Gesellschaft sich in Zukunft aufstellt, hängt von den Menschen ab, die in ihr leben, von den Chancen, die die Menschen haben, und vor allem davon, wie es denen geht, die sich vielleicht nicht so gut selbst helfen können. Damit meine ich Jugendliche, die Unterstützung in Schule und Ausbildung brauchen, aber auch junge Familien mit Migrationshintergrund.

Gerade wir als Bundesland mit den bundesweit niedrigsten Arbeitslosenzahlen müssen uns aber auch mit dem Phänomen der Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit auseinandersetzen. Es gibt Menschen, für die Arbeitslosigkeit zu einem Lebensproblem wird und nicht mehr nur einen vorübergehenden Zustand darstellt. Gerade um dieses Problem anzugehen, ist es wichtig, innovativ zu arbeiten. Dabei liegen mir ganzheitliche Ansätze am Herzen. Ich verweise auf unser Projekt TANDEM, das bundesweit Schule gemacht hat und das in die neue Arbeitsmarktpolitik im Bund, die sich unter anderem in dem Bildungspaket äußert, eingeflossen ist. Bei TANDEM geht es

um Begleitung, nicht nur um die Vermittlung eines Arbeitsplatzes. Die ganze Lebenssituation, auch die Familie, wird in den Blick genommen. Wenn es notwendig ist, werden z. B. auch Alltagskompetenzen vermittelt.

Die Seniorenpolitik ist ein weiteres Beispiel, das zeigt, dass wir auf gesellschaftliche Herausforderungen reagieren müssen. Als Ergebnis der längeren Lebenserwartung ist eine ganze Generation in die Zeit zwischen dem Ende der Berufstätigkeit und dem Beginn von Pflegebedürftigkeit als eigenständige Lebensphase hineingewachsen. Dieser Zeitraum umfasst heute im Durchschnitt 20 Jahre. Wir erleben auch in diesem Lebensalter eine große Vielfalt von Lebensentwürfen. Es herrschen oft noch hohe Vitalität und Kompetenz. Wir brauchen eine Kompetenzsicht auf unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Deswegen fördern wir neue, intergenerative Wohnformen. Ich verweise - als Zwischenform - auf die Seniorenwohngemeinschaft, die Leistungen quasi dazukaufen kann. Auch bei schon beginnender Pflegebedürftigkeit bieten sich damit zeitgemäße Alternativen zu traditionellen stationären Pflegeheimen. Auch das Thema Mehrgenerationenhäuser zeigt uns, dass wir Impulse, die aus der Gesellschaft kommen, aufgreifen müssen.

In engem Zusammenhang damit steht das Ehrenamt. Es ist auch in der älteren Generation sehr verwurzelt; dort verzeichnen wir auch den größten Zuwachs. Ich nutze an dieser Stelle die Gelegenheit, Herrn Staatssekretär Sackmann für die Begleitung all dieser Themen herzlich zu danken. Besonders danke ich ihm dafür, dass er bayernweit das Thema Ehrenamt in einer Weise nach vorne bringt, die, wie ich glaube, beispielhaft in ganz Deutschland ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Thema Ehrenamt gehört der Freiwilligendienst. Es war wichtig, dass es uns gelungen ist, den Freiwilligendienst der Länder - FSJ und FÖJ - (Anm.: Freiwilliges Soziales Jahr und Freiwilliges Ökologisches Jahr) neben dem neuen Freiwilligendienst des

Bundes zu stärken. Denn hier liegen wichtige Impulse für unsere Jugend, gerade wenn es darum geht, junge Männer für soziale Berufe zu begeistern.

In vielen Bereichen gibt es neue Herausforderungen.

Zum Schluss spreche ich kurz die Pflege an. Da muss es uns darum gehen, dem Bund zu zeigen, wie man Pflegequalität richtig prüft. Die Prüfung darf nämlich nicht an der Qualität der Dokumentation, sondern muss an der Qualität des Ergebnisses ausgerichtet sein. Denn das Ergebnis muss bei den Pflegebedürftigen ankommen.

Wir haben in Bayern einen Pflegebeauftragten. Er erfährt großen Zuspruch. Dass er in den wenigen Wochen schon sehr viel bewirken konnte, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es gibt aber auch neue Ansätze, um Entwicklungen abzuholen, die wir in Bayern schon lange verfolgen, bei denen wir aber zunächst ein bisschen allein waren. Ich spreche hier von der Inklusion, der Politik für Menschen mit Behinderung.

Christa Stewens hat mit dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz in der Kinderbetreuung von vornherein das mit umgesetzt, was wir jetzt auch im schulischen Bereich nachvollziehen wollen, weil wir dort verwirklicht haben, dass das Kind im Mittelpunkt steht. Wenn das Kind eine Behinderung hat, ist es wichtig, für alles zu sorgen, was es bei seiner Behinderung braucht.

Genauso ist es mit dem Einsatz für die Förderschulen, den du, liebe Christa, voranbringst. Dieser Einsatz ist ganz wichtig. Es muss deutlich gemacht werden: Politik für Menschen mit Behinderung ist Querschnittspolitik, also eine Politik, die sich durch alle Ressorts hindurchzieht.

Eine neue gesellschaftliche Herausforderung ergibt sich auch aus dem Einsatz für ältere Menschen mit Behinderung. Glücklicherweise werden auch Menschen mit Behin-

derung immer älter. Sie brauchen vielfach andere Antworten als diejenigen, die wir für Menschen ohne Behinderung im Alter geben. Es freut mich sehr, dass es mit großer Unterstützung der Fraktion, lieber Joachim Unterländer, liebe Barbara Stamm, gelungen ist, im Haushalt hierfür ganz deutliche Zeichen zu setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit habe ich einige Schwerpunkte umrissen. Im Grunde muss uns aber klar sein: Unter Familie verstehen wir eine Schwerpunktsetzung. Dabei verstehen wir die Familie in ihrer großen Form. Das heißt, dass wir dabei nicht nur an Eltern und Kinder denken; vielmehr schließen wir alle Generationen und alle Lebenssituationen der Menschen mit ein.

Mit unserer Sozialpolitik honorieren wir Verantwortung. Wir motivieren dazu, Verantwortung zu übernehmen. Bisweilen fordern wir sie auch ein. Dabei denke ich gerade auch an die Integrationspolitik. Aber als Gegenleistung für die Übernahme von Verantwortung gewähren wir Solidarität und Hilfe, wo und solange man sich nicht selber helfen kann.

Das soziale Bayern ist ein zukunftsfestes Land, wenn wir diese Grundideen im Kern der Politik, nämlich in der Architektur eines Haushalts, abbilden. Dass dies in dem vorliegenden Haushalt gelungen ist, werden die nachfolgenden Redner - zumindest diejenigen aus unseren beiden Fraktionen - deutlich machen. Die Erfolge kann man seit Jahren an den Ergebnissen unserer Politik ablesen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Die erste Wortmeldung kommt von Frau Dr. Strohmayer aus der SPD-Fraktion.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Ministerin! Die Verfassung des Freistaats Bayern stellt in Artikel 3 Absatz 1 klar: "Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat. Er dient dem Gemeinwohl." Wir müssen uns heute

fragen: Wird der jetzt vorgelegte Sozialhaushalt diesem Verfassungsanspruch gerecht?

Zunächst fällt auf, dass der Sozialhaushalt insgesamt im Volumen ansteigt. Anders als sicherlich viele andere Teilhaushalte wird im Einzelplan 10 insgesamt nicht gekürzt, sondern es gibt geringe Steigerungen. 2011 steigt der Haushalt um 1,5 %, 2012 immerhin um 6,3 %. Das ist sicherlich positiv.

Aber lassen Sie uns genauer hinschauen. Steigerungen gibt es nämlich allein bei der Förderung der Kinderbetreuung. Natürlich ist auch das erst einmal positiv. Wir alle wissen jedoch, dass es hier einen riesigen Nachholbedarf gibt. Die Staatsregierung hat nämlich jahrelang geschlafen und den Anschluss längst verpasst. Dass man dann natürlich mehr Mittel braucht, um aufzuholen, müsste allen klar sein.

Als ich 2003 in den Landtag kam, war das Wort "Kinderkrippe" außer in den sozialdemokratisch regierten Metropolen hier im Freistaat nicht bekannt oder wurde sogar ver-teufelt. In Plenardebatten wurde uns Sozialdemokraten immer wieder vorgeworfen, wir wollten die bayerische Familie zerstören, wir wollten den Müttern die Kinder wegnehmen. So sah es 2003 noch aus.

Dann kam plötzlich die Kehrtwende. Sie kam natürlich nicht ganz freiwillig, sondern hauptsächlich durch den Druck des Bundes. 2003 lag die Betreuungsquote bei den Kindern unter drei Jahren bei 3 %. Diese Quote hat sich mittlerweile gebessert. Trotzdem bedarf es immer noch einer enormen Kraftanstrengung, die Vorgaben des Bundes zu erfüllen.

Darüber hinaus gibt es im Bereich der Kinderbetreuung in Bayer immer noch viele Baustellen. Ich nenne einige: Wir brauchen kleinere Gruppen, gerade bei den ganz kleinen Kindern, bei den Kinderkrippen. Wir brauchen mehr Erzieherinnen. Wir wünschen uns eine bessere Qualität. Wir müssen dafür sorgen, dass der Bildungs- und Erziehungsplan überall umgesetzt werden kann. Wir müssen dafür sorgen, dass Sprachförderung überall geschieht.

Wir brauchen eine Lösung für die Krankenhausfälle. Das gilt gerade für kleine Einrichtungen, in denen Erzieherinnen fehlen und die Gruppen mit den Problemen alleingelassen werden.

Wir brauchen Freistellungen für die Leitung, zum Beispiel für die Verwaltungsarbeit. Aber wir brauchen auch weniger Verwaltungsarbeit.

Wir brauchen Inklusion von hoher Qualität in den Kinderbetreuungseinrichtungen.

(Beifall bei der SPD)

Der jetzige Haushaltsansatz lässt, auch wenn er erhöht wurde, für all das, was ich genannt habe, wenig Raum. Auch in Zukunft wird es also all das, wovon ich eben gesprochen habe, nicht geben. Es wird vermutlich keine qualitativen Nachbesserungen beim BayKiBiG geben; die Diskussion darüber steht noch an. Das heißt konkret: Die Eltern und die Träger werden mit den Problemen, mit den Krankenhausfällen, mit der Größe der Gruppen, mit der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans und mit der Sprachförderung alleingelassen.

Weiterhin wird es in Bayern auch kein kostenfreies Kindergartenjahr geben, obwohl es den Menschen mit dem Koalitionsvertrag versprochen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Marketingspruch, Frau Haderthauer, wird nicht Realität. Bayern ist kein Familienland.

Frau Ministerin, besonders schade finde ich, dass in Bayern nach wie vor nicht gewährleistet ist, dass jedes Kind ein warmes Mittagessen bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich übernimmt der Bund im Rahmen der Hartz-IV-Regelung für die Hartz-IV-Kinder die Kosten des Mittagessens.

Aber neulich habe ich mit Elternbeiräten zusammengesessen. Da wurde diskutiert: Das Mittagessen kostet in den meisten Einrichtungen über 3 Euro. Das ist für viele Familien, die keine Hartz-IV-Familien sind, zu viel. Wir brauchen eine staatliche Subventionierung, damit gewährleistet ist, dass wirklich alle Kinder ein Mittagessen bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Bayern ist ein reiches Land, aber ein Familienland ist es mit diesem Haushalt sicherlich nicht. Das wird im Übrigen auch dadurch deutlich, dass im Bereich der Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind und auch in der Schwangerenberatung gestrichen wurde; das haben Sie vorhin zu erwähnen vergessen. Es handelt sich immerhin um 1,2 Millionen Euro pro Jahr. Wo steht hier der Mensch im Mittelpunkt?

(Zuruf von der SPD: Gute Frage!)

Wir haben exemplarisch einen Antrag zur Familie herausgezogen, über den wir namentlich abstimmen wollen. Es ist der Antrag auf Drucksache 16/7310. Hier geht es um die Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie. Dazu würden wir uns Ihre Zustimmung wünschen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! So positiv die Entwicklung im Bereich der Betreuungsangebote für Kinder zu bewerten ist, so traurig sieht es in anderen Bereichen des Sozialhaushaltes aus. Da braucht man gar nicht weit zu gehen. Kaum werden die Kinder Jugendliche, schon wird wieder gespart. Aus Gründen der Haushaltskonsolidierung ist nämlich der Ausbau der Jugendsozialarbeit eingefroren worden. Wir haben so oft über die Sozialarbeit an Schulen gesprochen. Wir waren uns alle einig, dass da wertvolle Arbeit geleistet wird. Umso unverständlicher ist es für mich, dass gerade in diesem Bereich gespart wird. Längst gibt es noch nicht an allen Schulen einen Schulsozialarbeiter. Ich frage Sie erneut, Frau Ministerin, weil Sie das so in den Mittelpunkt Ihrer Rede gestellt haben: Wo steht der Mensch hier im Mittelpunkt, wenn wir bei der Jugend zu sparen anfangen?

Ich komme von der Jugend- zur Behindertenpolitik! Auch hier haben Sie mit 2,9 Millionen Euro pro Jahr massiv gekürzt. Sie wissen, dass uns die UN-Konvention zur Inklusion verpflichtet. Aber diese Inklusion ist im Sozialetat nicht angekommen. Das Wort kommt in Ihrem Haushalt überhaupt nicht vor. Im Gegenteil: Es gibt Kürzungen im Landesplan für Menschen mit Behinderungen. Es gibt auch noch keinen Aktionsplan, wie ein Konzept in Bayern umgesetzt werden könnte.

Es ist erfreulich, dass es zur Inklusion an Schulen eine gemeinsame Arbeitsgruppe gegeben hat, die auch ein Ergebnis vorgelegt hat. Aber Inklusion bedeutet nicht nur Inklusion an Schulen. Es gibt auch die Inklusion an Kindergärten. Hierzu gibt es bisher wenig innovative Vorschläge im Rahmen Ihres Gesetzentwurfs zum Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz.

Es gibt auch Inklusion in der Arbeitswelt. Das Recht auf Arbeit ist in der Verfassung verankert, Frau Ministerin. Für Menschen mit Behinderungen gilt das aber offensichtlich nicht. Da herrscht im Haushalt absolute Fehlanzeige. Und wie sieht es mit der Inklusion im Alltag aus? Immer noch sind die meisten Bahnhöfe, die meisten Verwaltungsgebäude und die meisten Schulen nicht behindertengerecht. Menschen mit Behinderungen kommen in diese Gebäude meist überhaupt nicht hinein. Auch hier kann ich keinen Aufbruch in Bayern sehen.

Ich habe natürlich festgestellt, dass Sie bei den Senioren mit Behinderung etwas nachgelegt haben. Da hat Sie scheinbar das schlechte Gewissen doch etwas gedrückt, weil Sie hier nun Geld verteilen wollen.

Und jetzt noch ein Wort zu den Senioren, sehr geehrte Damen und Herren. Auch bei den Einrichtungen für die Pflege älterer Menschen, bei der Angehörigenarbeit und bei der Förderung neuer Wohnformen gerade im ambulanten Bereich wird gespart. Das ist mutig. Und wenn man sich die demografische Entwicklung ansieht, kann man auch sagen, das ist kontraproduktiv.

(Beifall bei der SPD)

In den kommenden Jahren wird die Anzahl der zu pflegenden Menschen massiv ansteigen. Das wissen Sie. Auch die Demenzerkrankungen werden massiv zunehmen. Da ist es doch klar, dass wir ausreichend ambulante und stationäre Einrichtungen brauchen und vor allen Dingen auch neue Konzepte und neue Wohnformen, die diesen Menschen gerecht werden.

Wir brauchen natürlich vor allen Dingen auch mehr Menschen, die bereit sind, andere Menschen zu pflegen. Uns muss die Frage umtreiben, wie wir den Pflegeberuf attraktiver machen können. Ein wichtiger Schritt wäre es, den Auszubildenden in diesem Bereich die Bürde der Schulgeldzahlung abzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Da ist leider nichts passiert, obwohl Sie doch mehrmals der Presse mitgeteilt haben, Sie setzten sich dafür besonders ein. Es ist letztlich zu einem Kompromiss gekommen, nach dem 150 Euro Zuschuss vorgesehen sind. Ich glaube allerdings, dass das viel zu wenig ist. Damit werden wir es nicht schaffen, den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Wenn wir weiter nichts tun, ist der Pflegenotstand garantiert. Ihr Vorschlag, eine Pflegebeauftragte vorzusehen, wird die Pflege in Bayern alleine nicht retten.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns noch um Vieles gewaltiger anstrengen, um hier für die Betroffenen das Notwendige zu erreichen.

Traurig bin ich auch, dass Sie nicht bereit sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mehrgenerationenhäuser zu unterstützen. Sie Frau Ministerin, sprachen vorhin in Ihrer Rede davon, dass es Ihnen besonders wichtig sei, die Menschen zu aktivieren. Und genau dies passiert in diesen Mehrgenerationenhäusern. Hier werden die Menschen aktiviert. Sie werden zusammengeführt, und hier haben Sie Raum für Kontakte und Austausch. Hier wird schnelle Hilfe angeboten oder organisiert. Und das Ehrenamt

wird eingebunden. Warum also werden die Mehrgenerationenhäuser nicht vom Freistaat Bayern unterstützt?

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW))

Sie wissen, dass das Bundesministerium die Förderung jetzt umgestellt hat. Die ursprüngliche Förderung ist ausgelaufen und die neue Förderung sieht vor, dass 10.000 Euro entweder vom Land oder von den Kommunen zu bezahlen sind. Es ist schade, dass dieser Betrag jetzt wieder den Kommunen auferlegt wird.

(Harald Güller (SPD): Ein Skandal ist das!)

In Bayern gibt es immerhin 90 Mehrgenerationenhäuser. Ich sage Ihnen, nicht jede Kommune wird das leisten können. Damit ist Ihre Entscheidung letztendlich eine Entscheidung gegen das eine oder andere Mehrgenerationenhaus.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden auch diesen dazugehörigen Antrag heute zur namentlichen Abstimmung stellen.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Themen Bürgerarbeit und Ehrenamt im sozialen Bereich eingehen. Viele Tätigkeiten im Sozialwesen wären in gleicher Qualität überhaupt nicht leistbar, wenn es das Ehrenamt nicht gäbe. Frau Ministerin, Sie haben vorhin in Ihrer Rede Staatssekretär Markus Sackmann für seine Verdienste gelobt. Das ist richtig. Staatssekretär Markus Sackmann weiß um den Wert des Ehrenamtes. Er schließt sich unserer Forderung nach verlässlichen Strukturen im Ehrenamt an. Wir fordern, 650.000 Euro einzustellen, damit diese Strukturen ausgebaut werden können. Wir bitten auch bei diesem Antrag um namentliche Abstimmung. Da können Sie dann zeigen, wie Sie zum Ehrenamt stehen.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Die Antwort könnte ich jetzt schon geben!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Schauen Sie bitte auf die Uhr, Frau Kollegin!

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ich habe noch drei Sekunden. Ein großer Wurf ist der Sozialhaushalt nicht. Es ist auch kein familienfreundlicher Haushalt. Ich kann hier keinen "Aufbruch Bayern" feststellen. Wir werden diesem Einzelplan nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank. Für die CSU-Fraktion darf ich nun den Kollegen Heinrich Rudrof ans Mikrofon bitten.

Heinrich Rudrof (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Sozialhaushalt ist eher ein kleiner Haushalt, aber nicht minder wichtig.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ich danke Frau Staatsministerin Christine Haderthauer für ihre klare Kursbestimmung, für eine Kursbestimmung bezüglich einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft, einer Partnerschaft der Generationen. Ich denke, das ist sehr deutlich zum Ausdruck gekommen.

Kollegin Strohmayr, Sie sagten, wenn ich das richtig verstanden habe, der Mensch stehe bei unserer Sozialpolitik nicht im Mittelpunkt. Ich darf Ihnen sagen: Bei uns steht der Mensch nicht nur in der Sozialpolitik im Mittelpunkt, sondern in der Politik insgesamt.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Dann müssen Sie auch entsprechend handeln! Das ist wohlfeil!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass ich meine Ausführungen zum Sozialhaushalt mit einer wirklich guten Nachricht beginnen darf. Der Sozialhaushalt übersteigt erneut die Schallmauer von 2,5 Milliarden Euro, und dies noch deutlicher als im vergangenen Jahr, als uns das zum ersten Mal gelungen ist. Das ist, denke ich,

kein Pappenstiel. Er steigt von rund 2,51 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf rund 2,55 Milliarden Euro im Jahr 2011 und dann sogar auf 2,71 Milliarden Euro im Jahr 2012. Das sind 200 Millionen Euro mehr als im Jahr 2010. Das ist, so denke ich, eine wirklich beeindruckende Zahl.

(Beifall bei der CSU)

Denn wir wissen alle, dass dieser Haushalt erneut unter der Vorgabe steht, ohne Neuverschuldung auszukommen. Trotz des dieses Mal bekanntlich hohen Einspardrucks steigt der Sozialhaushalt in diesem Jahr damit um 1,5 % und im nächsten Jahr sogar um 6,3 %. Ich bin überzeugt: Wie schon bei den Beratungen im Haushaltsausschuss wird die Opposition heute wieder protestieren und behaupten, dass der Sozialhaushalt, gemessen am Gesamthaushalt, prozentual wohl sinke.

(Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Das tut er ja auch!)

- Doch das ist falsch. Richtig ist, dass der Anteil des Sozialhaushalts am Gesamthaushalt ebenfalls prozentual gestiegen ist. Ich sage einfach: Wenn Sie es nicht glauben, rechnen Sie bitte nach.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, weil es ganz einfach unser erklärtes Ziel ist, Bayern zum familienfreundlichsten Land in Deutschland zu machen, bilden die familienpolitischen Leistungen auch in diesem Sozialhaushalt den klaren Schwerpunkt.

(Zuruf von der SPD: Bis wann wollt ihr das denn machen?)

Wir werden deshalb in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 für unsere Familien in Bayern insgesamt über 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Das bedeutet: Fast jeder zweite Euro, den wir für Soziales ausgeben, kommt unseren Familien zugute. Von diesen 2,5 Milliarden Euro stellen wir alleine fast 2,1 Milliarden Euro für die Kindertagesbetreuung zur Verfügung. Fast 80 % aller finanziellen Mittel, die wir für die Familien ausgeben, kommen also der Betreuung unserer Kinder zugute. Dadurch ma-

chen wir auch in diesem Haushalt deutlich, dass der Freistaat dem Ausbau der Kindertagesbetreuung nach wie vor große Bedeutung beimisst und die Kommunen bei ihrer Aufgabe, für den bedarfsgerechten Ausbau zu sorgen - dies ist nämlich eine Pflichtaufgabe der Kommunen -, tatkräftig finanziell unterstützt.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben immer gesagt: Wir werden jeden Platz fördern, den unsere Kommunen als bedarfsgerecht anerkennen. Wir halten Wort gegenüber unseren bayerischen Kommunen. Hier gilt: Versprochen und gehalten.

(Zuruf von der SPD: Auf niedrigstem Niveau!)

Meine Damen und Herren, der Haushaltsansatz für die Betriebskostenförderung wird von 860,5 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 916,5 Millionen Euro im Jahr 2011 bzw. auf 1.011,6 Millionen Euro im Jahr 2012 angehoben. Das bedeutet gegenüber dem Jahr 2010 eine Steigerung um 56 Millionen Euro bzw. um 151,1 Millionen Euro. Ausschlaggebend für den zusätzlichen Bedarf - das wissen wir alle - sind insbesondere der rasant fortschreitende Ausbau der Betreuungsangebote sowie die Anpassung des Basiswerts aufgrund von Tarifsteigerungen.

Wie Sie alle wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen wir mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Deshalb haben wir im Einzelplan erstmalig auch Landesmittel zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren veranschlagt. Bisher wurde das Investitionsprogramm bekanntlich ausschließlich aus Bundesmitteln -

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Genau!)

- und, Thomas Beyer, aus dem Programm "Zukunft Bayern 2020" finanziert. Hierfür sind im Jahr 2011 sechs Millionen Euro und im Jahr 2012 50 Millionen Euro vorgesehen. Die bisher für den genannten Zweck veranschlagten Mittel belaufen sich damit auf insgesamt rund 500 Millionen Euro, also auf eine halbe Milliarde.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte hinzufügen, dass diese Beträge sowie die im Doppelhaushalt 2011/2012 zusätzlich veranschlagten Mittel für die Betriebskostenförderung der Kindertageseinrichtungen einen wesentlichen Anteil des Programms "Aufbruch Bayern" ausmachen. Insgesamt entfallen allein 213,2 Millionen Euro, also rund 20 % dieses Programms, auf den Sozialhaushalt.

Im Rahmen des Sozialhaushalts wird aber natürlich auch eine ganze Reihe weiterer Bereiche gefördert, auf die ich in aller Kürze eingehen möchte.

Weil in letzter Zeit die Zahl der Asylbewerber in Bayern wieder deutlich zugenommen hat, sind auch die Ansätze für die Unterbringung von Asylbewerbern deutlich erhöht worden. Der Gesamtbetrag hierfür erhöht sich von 72,4 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 110 Millionen Euro im Jahr 2011 und auf 120 Millionen Euro im Jahr 2012. Das bedeutet eine Steigerung von 2010 auf 2012 um rund 65 %.

Ein weiteres wichtiges gesellschaftliches Problem ist die Unterbringung von psychisch kranken und hoch gefährdeten Straftätern. Auch hier ist ein Ausgabenzuwachs von insgesamt rund 3,9 Millionen Euro im Jahr 2011 bzw. von rund 7,1 Millionen Euro im Jahr 2012 gegenüber 2010 zu verzeichnen.

Auch eine neu veranschlagte gesetzliche Leistung soll nicht unerwähnt bleiben. Für den ab 2011 erforderlichen Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes sind erstmals Mittel in Höhe von 2 Millionen Euro im Jahr 2011 bzw. in Höhe von 1 Million Euro im Jahr 2012 vorgesehen.

Ich komme zur Behindertenpolitik. Besonders erfreulich ist auch - ich denke, darin sind wir uns alle einig -, dass wir 2 Millionen Euro zusätzlich für ältere Menschen mit Behinderung zur Verfügung stellen können. Wir tun dies, weil die zunehmende Zahl an älteren Menschen mit Behinderung entsprechende konzeptionelle und bauliche Lösungen erfordert. Diese Menschen brauchen mehr Hilfe, sie brauchen mehr Pflege und sie brauchen mehr Unterstützung bei der Eingliederung. Ich denke, dafür haben wir nun den Weg geebnet.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, aber auch die im Landesbehindertenplan zur Investitionskostenförderung vorgesehenen Mittel werden auf unsere Initiative hin deutlich erhöht. Gegenüber dem Gesetzentwurf der Staatsregierung haben wir für die Jahre 2011 und 2012 Mittelmehrungen von jeweils 3,5 Millionen Euro, also nochmals 7 Millionen Euro, unter dem Strich betrachtet, insgesamt 9 Millionen Euro zusätzlich erreicht. Einmal mehr haben wir damit gezeigt, dass wir die Menschen mit Behinderung nicht im Stich lassen. Wir leisten Hilfe, wo sie wirklich gebraucht wird.

Ich danke an dieser Stelle allen Sozialpolitikern, auch der Ausschussvorsitzenden, Frau Meyer. Herzlichen Dank sage ich auch dem stellvertretenden Vorsitzenden Joachim Unterländer.

Meine Damen und Herren, Sie wissen - dies ist schon gesagt worden -, dass die von Deutschland unterzeichnete und ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention den Auftrag an die gesamte Gesellschaft und nicht nur an den Staat allein enthält, die Inklusion zu verwirklichen. Die UN-Behindertenrechtskonvention richtet sich primär an Bund, Länder und Kommunen; ihre Umsetzung ist eine Querschnittsaufgabe des Staates, die dieser - und das ist mir als Haushaltspolitiker wichtig einmal zu sagen - nicht in einem einzigen Doppelhaushalt, sondern nach und nach unter Ausschöpfung seiner finanziellen Möglichkeiten zu erfüllen hat. Obwohl dieser Prozess gerade erst begonnen hat, kann Bayern bereits auf erste wichtige Schritte verweisen.

Ich bin der Ministerin und dem Ministerium dankbar, dass sie mit Hochdruck am Entwurf eines Aktionsplanes arbeiten. Nach meinem Kenntnisstand befindet er sich in der Ressortabstimmung. In diesen Entwurf eines Aktionsplanes sind auch Erkenntnisse aus einer Anhörung des zuständigen Fachausschusses im Bayerischen Landtag sowie unseren Parlamentsanträgen eingeflossen. Auch an dieser Stelle danke ich unseren Sozialpolitikern nochmals herzlich.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Vorgabe, auch diesmal einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen, ist es ein großer Erfolg, dass bei den sonstigen gesetzlichen Landesleistungen wie beim dem Landeserziehungsgeld, dem Blindengeld und der Förderung staatlich anerkannter Schwangerenberatungsstellen keine Leistungskürzungen erfolgt sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Vollständigkeit halber möchte ich noch erwähnen, dass von der Opposition insgesamt allein 51 Anträge zum Sozialhaushalt gestellt wurden.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Es waren zahlenmäßig die meisten zu beratenden Anträge im Zusammenhang mit der Beratung eines Einzelplans im Haushaltsausschuss.

(Zurufe von der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, viele Oppositionsanträge wurden bereits beim Doppelhaushalt 2009/2010 bzw. beim Nachtragshaushalt 2010 gestellt und bereits damals trotz wohlwollender Betrachtung

(Zurufe von der SPD: Aha! - Lachen bei der SPD)

mehrheitlich abgelehnt.

Ich darf erwähnen, dass diese Wünsche dem Landtag über 350 Millionen Euro zusätzlich abverlangt hätten.

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir in diesem Hohen Hause haben uns intensiv mit dem Sozialhaushalt für die Jahre 2011 und 2012 beschäftigt, weil Sozialpolitik eine besonders anspruchsvolle und wichtige Aufgabe ist. Bei allen notwendigen Veränderungen achten wir deshalb darauf, den friedensstiftenden Charakter der Sozialpolitik zu erhalten, ihre Weiterentwicklung wertebewusst und

werteorientiert zu gestalten. Das sind für uns nach wie vor die Fundamente, die übergeordneten Ziele moderner Sozialpolitik.

Zum Schluss möchte ich sagen und damit meinen herzlichen Dank verbinden: Es ist mir ein besonderes Anliegen, mich bei wirklich allen ehrenamtlich und hauptamtlich im Sozialbereich Tätigen zu bedanken, weil ohne sie viele soziale Leistungen in Bayern nicht erbracht werden könnten. Mein herzlicher Dank gilt aber natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Sozialministeriums sowie Frau Staatsministerin Haderthauer und Herrn Staatssekretär Sackmann für ihr großes Engagement für das soziale Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Der vorliegende Entwurf des Sozialhaushalts zeigt erneut, dass der Freistaat Bayern große Anstrengungen unternimmt, um die soziale Sicherheit insgesamt und unsere Familien im Besonderen zu stärken. Bayern ist und bleibt das Familienland Nummer eins. Wir halten Kurs im Bemühen um eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft.

Zusammenfassend darf ich festhalten, dass der vorliegende Sozialhaushalt aus meiner Sicht ein ausdrucksvoller Beleg für eine soziale Politik in und für Bayern ist.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Bitte, verbleiben Sie noch am Pult, Herr Kollege Rudrof, bzw. darf ich Sie zurück zum Mikrofon bitten, weil wir auf der linken Seite noch Diskussionsbedarf sehen. Herr Professor Dr. Gantzer hat das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Herr Rudrof, meine Zwischenbemerkung richtet sich nicht nur an Sie, sondern auch an Frau Ministerin Haderthauer, weil ich abgewartet habe, was Sie beide zu sagen haben. Mir ist aufgefallen, dass Sie zur älteren Ge-

neration so gut wie gar nichts gesagt haben, während Frau Ministerin immerhin gesagt hat: Wohin entwickelt sich die Gesellschaft? Wir sind das Zukunftsministerium,

(Zurufe der Abgeordneten Georg Schmid (CSU) und Alexander König (CSU))

und die ältere Generation soll gefördert werden.

Ich spreche zu unserem Änderungsantrag 16/7309, in dem wir beantragt hatten, dass die Landesseniorenvertretung Bayern 100.000 Euro - ich betone: 100.000 Euro! - mehr Geld bekommen sollte. Im Augenblick bekommt sie einen niedrigen oder mittleren fünfstelligen Betrag und eine Zusage, dass vielleicht in zwei Jahren die Geschäftsstelle nach München kommt.

Wenn Sie dann sagen, wir haben einen Gesamthaushalt von 1 Milliarde Euro, dann habe ich das Gefühl, dass die Älteren nicht als besondere Personengruppe wahrgenommen werden. Ich vergleiche das mit dem Haushalt für den Bayerischen Jugendring, der irgendwo bei 50 Millionen Euro liegt. Für dessen Geschäftsstelle wird insgesamt etwas über 1 Million Euro verwendet. Das greife ich gar nicht an. Ich finde es richtig, dass die Jugend so gefördert wird. Aber es kann nicht sein, dass Sie hier hehre Worte über die neue Generation der älteren Bürgerinnen und Bürger sagen, und wenn es dann darum geht, die Arbeit der Landesseniorenvertretung Bayern mit zusätzlichen 100.000 Euro zu fördern - als Vergleich: Baden-Württemberg gibt inzwischen 200.000 Euro an die Landesseniorenvertretung Baden-Württemberg -, dann sollten Sie unserem Änderungsantrag zustimmen. Ansonsten muss ich sagen: Hier liegt eine Missachtung der Arbeit der Landesseniorenvertretung Bayern vor.

Ich will nicht gerade von Altersdiskriminierung reden, aber die Landesseniorenvertretung Bayern wird in ihrer Arbeit dadurch diskriminiert, dass sie nicht einmal diesen geringen Betrag zugesprochen bekommt. Und da frage ich Sie, Herr Rudrof: Wie sehen Sie das? Und Frau Ministerin, wie sehen Sie das? - Ich nehme an, dass Sie zum Schluss dazu Stellung nehmen werden. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Auf die Frage erwidert jetzt erst einmal der Herr Rudrof.

Heinrich Rudrof (CSU): In aller Kürze, Herr Gantzer: Ich glaube, es ist durch die Ausführungen unserer Ministerin und auch durch meine Ausführungen deutlich geworden, dass wir eine Partnerschaft der Generationen im Bereich der Sozialpolitik im Auge haben. Was mit einem einzelnen Antrag gemacht werden kann oder nicht, das haben wir im Ausschuss entsprechend intensiv beraten. Wir haben Ihren Antrag damals in der Tat abgelehnt, weil wir auch das Gesamtgefüge im Auge behalten müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank. - Nun darf ich die Kollegin Claudia Jung von den FREIEN WÄHLERN hier ans Mikrofon bitten. Bitte schön.

Claudia Jung (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich einmal ist es sicherlich positiv zu sehen, dass der Einzelplan 10 zu einem der wenigen Etats im Doppelhaushalt gehört, der 2011/2012 eine deutliche Steigerung verzeichnen kann. Weniger positiv sehe ich allerdings den prozentualen Anteil des Sozialetats am Gesamtvolumen des bayerischen Staatshaushalts, der sich 2011 auf nicht einmal mehr ganze 6 % beläuft. Da, lieber Herr Kollege Rudrof, muss ich Ihnen wirklich aufs Schärfste widersprechen. Hier zeigt sich doch wieder einmal mehr als deutlich, dass Sozialpolitik im Freistaat noch lange nicht den Stellenwert hat, auf dem eine gesunde Zukunft unseres Landes aufgebaut werden kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, das passt aber auch in keiner Weise mit dem zusammen, was die Staatsregierung bei jeder Gelegenheit betont, nämlich ihre große Anstrengung zur Stärkung der sozialen Sicherheit insgesamt und der Familie im Besonderen.

Anstatt den präventiven Charakter von sozialpolitischen Leistungen in den Fokus zu stellen und entsprechende Investitionen zu tätigen, wie etwa in frühkindliche Bildung, werden weiterhin Folgekosten für die Zukunft produziert. Das muss wieder einmal in aller Deutlichkeit gesagt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt können wir nachlesen, dass im Einzelplan 10 erstmals auch Landesmittel zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren veranschlagt worden sind. Das klingt zunächst einmal ganz toll, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regierung hatte doch vor dem Hintergrund des Betreuungsanspruchs für Kinder unter drei Jahren gar keine andere Wahl, als die Mittel dafür zu erhöhen, weil nämlich in Bayern dieser Betreuungsbedarf jahrzehntelang schlichtweg einfach geleugnet wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Die Staatsregierung hätte in den vergangenen Jahren wahrhaftig Zeit und Geld genug gehabt, für eine bessere Qualität in Kindertageseinrichtungen und für mehr Betreuungsplätze zu sorgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Aber so rangieren wir in Sachen frühkindliche Bildung im bundesweiten Vergleich leider immer noch auf einem der hinteren Plätze. Um bis 2013 die Bundesvorgabe von Krippenplätzen für Kinder unter drei Jahren flächendeckend sicherzustellen, wird es noch viele Kraftanstrengungen seitens der Staatsregierung brauchen. Dabei ist auch noch völlig unklar, woher das Geld für den weiteren Ausbau überhaupt kommen soll.

Lassen Sie mich noch auf einen mir persönlich sehr wichtigen Punkt eingehen, auch wenn das einige Damen und Herren der Staatsregierung mittlerweile nicht mehr hören können: Die Einführung eines kostenfreien Kindergartenjahres ist eine Forderung, die quer durch die Opposition erhoben wird und die bekanntermaßen auch im Koalitions-

vertrag von CSU und FDP verankert ist. Dennoch gilt: Immer wieder in Aussicht gestellt, aber auch immer wieder auf die lange Bank geschoben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sehr geehrte Frau Haderthauer, richtig ist, dass ein Großteil der Millionen in die Verbesserung der Qualität unserer Kitas fließen muss, vor allem deshalb, damit wir endlich den anvisierten Anstellungsschlüssel von 1 : 10 erreichen. Nebenbei bemerkt: Für uns FREIE WÄHLER würde ein solcher Schlüssel eine moderate, aber längst nicht ausreichende Maßnahme darstellen. Mittelfristig müssten wir einen Anstellungsschlüssel von 1 : 8 erreichen, wie ihn auch der Wissenschaftlich-Technische Beirat der Staatsregierung bereits fordert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sehr geehrte Frau Haderthauer, auf die Ihnen so oft gestellte Frage, bis wann denn nun endlich die beiden Koalitionsziele erreicht sein werden, geben Sie gern die Antwort, dies hänge davon ab, wie viele Steuergelder dem bayerischen Staatshaushalt zur Verfügung stünden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie: Auf wie viele Steuereinnahmen wollen und sollen wir denn eigentlich noch warten?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Im Jahr 2011 wird Bayern nach dem Haushaltsplan gemeinsam mit dem Jahr 2010 die zweithöchsten Steuereinnahmen aller Zeiten erreichen. Im Jahr 2012 sollen sie sogar auf ein neues Rekordniveau steigen und noch die Einnahmen aus dem Jahr 2008 übertreffen. Sehr geehrte Frau Staatsministerin, in Anbetracht dessen bitte ich Sie: Lassen Sie in Zukunft Ihre Ausreden einfach stecken. Legen Sie sich endlich zeitlich und finanziell fest. Dann müssen Sie sich auch nicht mehr unsere ständig wiederkehrenden Forderungen nach einem kostenfreien Kindergartenjahr anhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Ihnen folgt Frau Renate Ackermann für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Sozialhaushalt 2011/2012 ist ein Paradebeispiel dafür, wie man an der Zukunft sparen kann. Er ist weder ausgeglichen noch sozial. Selbst Teile der CSU haben mittlerweile erkannt, dass der Aufbruch Bayern mit den Schwerpunkten Familie, Bildung und Investition eine Luftnummer ist.

Frau Ministerin, Sie haben eben bei der Vorstellung des Sozial Etats die Familie in den Mittelpunkt gestellt, wie Sie überhaupt sehr Vieles in den Mittelpunkt gestellt haben. Sie kennen doch die Aussage des Sozialberichts, wonach Familien mit Kindern ein großes und erhöhtes Armutsrisiko haben. Was tun Sie dagegen? Sie kennen die Aussage des Sozialberichts, wonach alleinerziehende Mütter ein hohes Armutsrisiko haben. Auch das sind Familien. Was tun Sie dagegen?

Sie machen gerade beim Sozialhaushalt deutlich, wie ungerecht die Staatsregierung ihre Prioritäten setzt. Statt 25 Millionen Euro für das Zuschütten von Schlaglöchern zu verwenden, sollten Sie lieber die Schlaglöcher im sozialen Netz stopfen, als da sind Insolvenzberatungsstellen, Pflegeeinrichtungen, Betreuungsvereine, Hospize, Mehrgenerationenhäuser und, wie ich gerade gehört habe, die Arbeit für Senioren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Statt zu erkennen, dass gerade die Sozialpolitik, wenn sie präventiv betrieben wird, Folgekosten erspart, sparen Sie kurzfristig und produzieren dadurch Folgekosten. Sie machen Ihre Hausaufgaben nicht, zum Beispiel beim Thema Inklusion, und schieben alles auf die lange Bank. Weil wir gerade bei der Inklusion sind: Der Bundestag und der Bundesrat haben die UN-Konvention einstimmig ratifiziert. Sie ist geltendes Recht. Im Einzelplan 10 des Doppelhaushalts 2011/2012 fehlt ein Ansatz für die Inklusion. Offensichtlich haben Sie überhaupt noch nicht gemerkt, dass Sie gefordert sind, die Inklusion umzusetzen.

Sie haben keinen Ansatz für einen Focal Point, der für die Koordination sorgen soll. Sie haben auch keinen Ansatz für einen Aktionsplan. Ich habe mir sagen lassen, dass man jetzt einen Aktionsplan vorbereite. Frau Ministerin, ich muss Ihnen aber jetzt schon sagen: Was Sie vorbereiten, ist kein Aktionsplan; denn bei der Erarbeitung eines Aktionsplans muss mit den Betroffenen gesprochen werden. Das haben Sie nicht getan. Sie berufen sich auf eine Anhörung. Das ist aber nicht dasselbe. Die betroffenen Verbände sind bisher noch nicht einbezogen worden. Insofern können Sie jetzt gar keinen Aktionsplan vorlegen.

Sie verhalten sich sogar kontraproduktiv, weil Sie bei der Behindertenhilfe den Ansatz reduziert haben, statt ihn zu erhöhen. Sie haben diesen Ansatz zunächst um 3 Millionen Euro gekürzt. Er wurde nur deshalb wieder erhöht, weil ein massiver Protest von den Wohlfahrtsverbänden kam und weil Sie Ihr Vorhaben in der Öffentlichkeit beim besten Willen nicht aufrechterhalten konnten, den Ansatz bei einer steigenden Zahl von Behinderten und insbesondere älteren behinderten Menschen zu kürzen.

Sehen wir uns die Kinderbetreuung an: Hier haben Sie die gesetzliche Verpflichtung, bis zum Jahr 2013 einen Ausbaugrad von 31 % zu erreichen. Selbst die schöngefärbten Angaben der Staatsregierung, dass bereits 21 % erreicht worden seien, lassen uns erkennen, dass Sie dieses Ausbauziel bei Weitem nicht erreichen werden; denn Sie müssten in den kommenden zwei Jahren weitere 50 % Ausbauleistung erreichen, und das ohne die Bundesförderung, die Sie bisher genutzt haben. Jetzt müssen Sie das aus eigener Kraft schaffen. Sie werden das unmöglich schaffen können.

(Bernhard Seidenath (CSU): Wir haben doch ausgebaut! Mit höchster Dynamik!)

- Sie haben jahrelang geschlafen und jetzt einmal ein bisschen Gas gegeben. Das bedeutet aber noch lange nicht, dass diese Leistung ausreicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines sage ich Ihnen: Im Jahr 2013 sprechen wir uns wieder. Sie werden es nicht erreichen.

Dabei wäre auch das eine Investition in die Zukunft. Familien, die ihre Kinder in Kinderkrippen betreuen lassen, wissen, dass sie beruhigt ihrem Beruf nachgehen können. Sie zahlen Steuern und fallen nicht in die Armutsfalle, wie das im Sozialbericht zu lesen ist.

Sehen wir uns die Altenpflege an. Hier haben Sie im letzten Jahr ein Pardestückchen abgeliefert, das Sie auch in diesem Haushalt konsequent fortführen: Die Schüler der Altenpflegeschulen müssen künftig Schulgeld bezahlen.

(Bernhard Seidenath (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Welch eine große Motivation haben junge Menschen, sich der Pflege alter Menschen zu widmen, wenn sie wissen, dass sie auch noch etwas bezahlen müssen, wenn sie diesen Beruf ergreifen wollen? Und das geschieht ausgerechnet vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, wonach wir in Zukunft immer mehr alte Menschen haben werden.

Die Landesseniorenvertretung wird in Bayern noch immer als Modellversuch geführt. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Für diese Vertretung gibt es noch nicht einmal einen regulären Haushaltstitel. Dies zeigt Ihre Bemühungen für die Mitsprache von alten Menschen. Diese sind gleich Null.

Sehen wir uns noch ganz kurz an, wie Sie mit den Schwächsten der Gesellschaft umgehen. Welche Position vertreten Sie bei den Heimkindern, die Ansprüche geltend machen? Am runden Tisch wurde ausgehandelt, dass 120 Millionen Euro für die Heimkinder zur Verfügung gestellt werden sollen. Bayern drückt sich hier mit vollmundigen Erklärungen. Zahlen? Erst einmal nicht.

Sehen wir uns an, wie Sie zu den Flüchtlingen stehen. Noch immer sitzen die Flüchtlinge in menschenunwürdigen Unterkünften. Die Sozialbetreuung und die Sozialberatung liegen auf dem alleruntersten Level.

(Bernhard Seidenath (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

Unterkünfte, die nach dem Asylkompromiss längst umgebaut sein müssten, befinden sich immer noch im alten Zustand. Sie sind nicht in der Lage, Ihrem mühsam ausgehandelten Asylkompromiss einen Gesetzentwurf folgen zu lassen. Die Probleme werden auf die lange Bank geschoben und die Flüchtlinge warten verzweifelt darauf, dass sich ihre Lebensverhältnisse bessern.

Schauen wir die psychiatrische Versorgung an. Es wird gekürzt, obwohl die ambulante Versorgung in Bayern deutlich unterversorgt ist. Es gibt lange Wartelisten, und auch hier werden Folgekosten produziert. Wenn hingegen mit niederschwelligen Angeboten psychische Probleme im Vorfeld abgefangen werden können, brauchen wir nicht so viele stationäre Einweisungen. Eine stationäre Einweisung ist ein großer Einschnitt im Leben eines Menschen. Wenn man ihn verhindern könnte, würde nicht nur der Staat Geld sparen, er würde den Menschen auch sehr viel Leid ersparen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Umso mehr gilt das für die Kinder- und Jugendpsychiatrie, die deutlich unterentwickelt ist. Doch auch hier sind keine Ansätze im Haushalt zu sehen, bei denen Sie aufgestockt hätten.

Besonders witzig aber war das Verhalten der CSU-Fraktion in Sachen Hospiz. Wir haben in einer Ausschusssitzung tatsächlich 12 Anträge behandelt. Es lagen sage und schreibe 12 Anträge vor, in denen vollmundig erklärt wurde, wie man mit den armen, alten, kranken Personen menschenwürdig umgehen sollte. Aber was ist? - Es gibt keinen Haushaltsansatz dafür. Sie haben den einzigen Antrag, der sich auf den Haushalt

bezog, unter Haushaltsvorbehalt gestellt. Was Sie hier an Sozialpolitik abliefern, das ist wahrhaftig nicht glaubhaft!

(Beifall bei den GRÜNEN - Joachim Unterländer (CSU): Was Sie hier vortragen, ist wider besseres Wissen!)

Fazit: Sie haben die Chance für eine soziale, inklusive Weichenstellung total verpasst. Der Präsident der Diakonie Bayern bezeichnet Ihre Politik als Ankündigungspolitik. Sie haben mit kleinkarierten, kurzsichtigen Sparmaßnahmen gute Projekte behindert und zukunftsweisende Fortschritte unterlassen.

(Zuruf von der CSU: Ah, ah, ah!)

Da nützen alle vollmundigen Erklärungen und Hochglanzbroschüren des Sozialministeriums, für die im Übrigen sehr viel Geld investiert wird, nichts. Ich gebe Ihnen einen guten Rat, Frau Ministerin: Nehmen Sie Ihre eigenen Sonntagsreden endlich ernst, setzen Sie sie im Haushalt um!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Brigitte Meyer das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Brigitte Meyer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute und in den vergangenen zwei Tagen wurde schon oft das Ziel betont, das der Aufstellung des Doppelhaushalts 2011/2012 zugrunde gelegt wurde, nämlich, dass es ein ausgeglichener Haushalt sein soll.

(Maria Noichl (SPD): Er ist nicht ausgeglichen!)

Wenn man dieses Ziel erreichen will, dann gilt es, ein Gesamtpaket zu schnüren. Natürlich bleibt es dann nicht aus, dass sich Einsparungen in vielen sensiblen Bereichen nicht vermeiden lassen. Zu diesen sensiblen Bereichen gehört zweifellos der Sozialhaushalt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sensibel vor allem deshalb, weil mit vielen Themen aus der Sozialpolitik entscheidende Weichen für eine chancengerechte Gesellschaft gestellt werden. Mit vielen präventiven Maßnahmen kann dazu beigetragen werden, die Chancengerechtigkeit zu unterfüttern. Außerdem können mit Prävention Folgekosten gespart werden.

Liberaler Sozialpolitik wird von dem Grundsatz geleitet, benachteiligten Menschen zu helfen, sie zu einem selbständig geführten Leben zu befähigen und ihnen ein solches zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund war es für uns bei allen Sparbemühungen ein sehr wichtiger Aspekt, darauf zu achten, dass durch Kürzungen und Streichungen gute bestehende Strukturen nicht gefährdet oder zerschlagen werden, Strukturen, die gerade das tun, was wichtig ist, nämlich den Menschen zu helfen, sich selbst zu helfen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dieser Leitgedanke konnte in diesem Haushalt weitgehend berücksichtigt werden. Aus unserer Sicht war es deshalb sehr wichtig, dass der Ansatz der Schuldnerberatung nicht gekürzt wurde, obwohl nicht alle Mittel in den vergangenen Jahren abgerufen wurden. Weil man weiß, dass diese Mittel dringend gebraucht werden, konnte der Ansatz erfreulicherweise auch beibehalten werden. Darüber hinaus ist es ein bedeutendes Signal, dass die Möglichkeit einer Übertragung der Insolvenzberatung auf die Kommunen im übertragenen Wirkungskreis geprüft wird, um künftig in diesem Bereich noch besser arbeiten zu können.

Aus unserer Sicht ist es auch wichtig, dass die Ansätze bei der Ehe- und Familienberatung, die ein hochqualifiziertes Angebot zur Verfügung stellen und in ganz Bayern in einer zumutbaren räumlichen Entfernung aufgebaut sind, in unveränderter Höhe übernommen werden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Meyer - -

Brigitte Meyer (FDP): Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage, ich möchte meinen Vortrag zu Ende bringen. Dann kann eine Zwischenbemerkung gemacht werden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: In Ordnung. Frau Kollegin Ackermann, Sie haben anschließend die Möglichkeit zu einer Zwischenbemerkung.

Brigitte Meyer (FDP): Es ist wichtig, dass das Modellprojekt "Familienstützpunkte" bis zum Projektende im Haushaltsjahr 2012 in vollem Umfang weiter gefördert werden kann. Ebenso wichtig ist es, dass die Erziehungsberatungsstellen, die ebenfalls eine sehr gute Arbeit leisten, und die koordinierenden Kinderschutzstellen auch weiterhin im bekannten Maß aufrechterhalten werden können.

Schwerpunkte setzen, ist eine weitere bedeutende Aufgabe, wenn es darum geht, auch in der Sozialpolitik einen Beitrag für einen ausgeglichenen Haushalt zu leisten. Ein Schwerpunkt, den alle Fraktionen in diesem Landtag aus Gründen der Chancengerechtigkeit in seiner Bedeutung sicher gleich hoch einschätzen, ist der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote. Dabei handelt es sich nicht um eine Luftnummer, sondern um eine wichtige Aufgabe. Mag sein, dass sie in den vergangenen Jahren etwas zu wenig beachtet wurde. Vielleicht hat man hier Nachholbedarf. Jetzt ist es aber eine der wichtigsten Aufgaben, die wir als Koalition aufnehmen wollen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zum einen geht es dabei um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu brauchen wir ein gut ausgebautes und verlässliches Netz an Kinderkrippen und Kindertagesstätten. Zum anderen geht es um eine Kinderbetreuung, die eine entsprechend gute Qualität aufweist, denn die Eltern müssen wissen: Wenn sie ihre Kinder abgeben, werden diese hervorragend gefördert. Mit den Summen, die wir bereitstellen, und zwar 213 Millionen Euro, können wir auch in Zukunft eine echte Wahlfreiheit für die Familien herstellen.

Wenn Sie monieren, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Verbesserungen in der Qualität stünden nicht im Vordergrund, so ist das richtig. Eine weitere Absenkung des Stellenschlüssels muss beispielsweise noch warten. Weil das so ist, kommt für uns die Diskussion über ein kostenfreies Kindergartenjahr, das nicht zwangsläufig eine Verbesserung in der Qualität bedeutet, sondern möglicherweise eine soziale Entlastung der Familien darstellen würde, erst in einem nachfolgenden Schritt. Man darf nämlich nicht vergessen, dass Bayern mit seinem Angebot an Kindertageseinrichtungen bereits jetzt Spitze ist und an der Spitze steht.

(Bernhard Seidenath (CSU): Bravo! - Beifall bei der FDP und der CSU)

Sobald es der Haushalt zulässt, werden wir weitere Qualitätsverbesserungen aufgreifen.

Wir Liberalen wollen auch bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Schwerpunkte setzen. Liberale wollen, dass Menschen, die mit Einschränkungen leben müssen, sei es körperlicher, geistiger oder seelischer Art, entsprechend unserer gemeinsamen Grundrechte ihr Leben nach ihren Bedürfnissen so selbständig leben können, wie sie das möchten. Der Weg in eine Welt, in der das wirklich gelebt werden kann, ist sicher noch sehr, sehr weit. Vieles muss dazu noch auf bundespolitischer Ebene neu überdacht und angepackt werden. Für Bayern wird der jetzt beschlossene Aktionsplan ein wichtiger Schritt sein.

Hier möchte ich den Vorwurf der SPD noch einmal aufgreifen und darauf hinweisen, dass dieser Aktionsplan beschlossen ist und umgesetzt wird. Im Moment fehlen hierfür noch die Haushaltsansätze, weil wir noch gar nicht wissen, wie dieser Aktionsplan sich gestalten wird. - Sie können später eine Zwischenintervention machen, jetzt möchte ich keine Zwischenfragen zulassen. - Das wird ein Schritt sein, der sich aus dem Aktionsplan zwangsläufig ergibt.

Natürlich bedauere ich vor dem Hintergrund der begonnenen Bemühungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, dass sich Kürzungen im Behindertene-

tat nicht gänzlich haben vermeiden lassen. Ich freue mich aber umso mehr, dass es gelungen ist - man sollte schon sagen: dass es den Koalitionsfraktionen gelungen ist -, die ursprünglich geplanten Kürzungen beim Landesplan für Behinderte zu vermeiden.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Die Mittel im Landesbehindertenplan werden jetzt über das Vorjahresniveau hinaus angehoben.

Positiv soll an dieser Stelle noch vermerkt werden, dass die Inklusion in Kinderbetreuungseinrichtungen massiv vorangetrieben werden soll und in der Novellierung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes verankert sein wird.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es wurde schon gesagt, dass der Sozialhaushalt im Gegensatz zu den anderen Haushalten eine Steigerung aufweist. Ein Teil der Mehrkosten entfällt auf die Unterbringung von Asylbewerbern. Ich weiß, dass die Opposition natürlich sofort wieder monieren wird, dass viel zu wenig für diesen Bereich vorgesehen ist und dass die Kostensteigerung auch damit zusammenhängt, dass eine steigende Zahl von Asylbewerbern prognostiziert wird. Wir sollten darauf hinweisen, dass wir für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge leichte Verbesserungen erzielen konnten, indem wir mehr Personal zur Betreuung zur Verfügung stellen, und dass die Leitlinien in Teilbereichen schon umgesetzt wurden und auch im kommenden Jahr weiter umgesetzt werden sollen. Sobald das Gesetz zur Umsetzung des Asylkompromisses steht - auch ich wünsche mir, dass es jetzt endlich zu einem handfesten Ergebnis kommt -, müssen wir zunächst einmal die Kosten komplett neu errechnen, die entstehen, wenn wir die Menschen in Gemeinschaftsunterkünften versorgen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, Sie haben ein dickes Paket an Änderungsanträgen zum Sozialhaushalt gestellt. Einiges davon kann zweifellos in die Rubrik "sehr wünschenswert" eingeordnet werden. Leider ist nicht alles, was man sich wünscht, tatsächlich machbar. Wenn man in der Regierungsverantwortung steht,

muss man für all das, was man sich wünscht, Finanzierungsvorschläge aufzeigen können.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Für uns ist das Ziel des ausgeglichenen Haushaltes auch Ausdruck der sozialen Verantwortung gegenüber unseren Kindern, damit die nicht irgendwann einmal sich ständig weiter auftürmende Schulden mühsam abarbeiten müssen, ohne selbst je in den Genuss staatlicher Leistungen zu kommen. Der vorliegende Sozialhaushalt weist natürlich auch einige schmerzliche Einsparmaßnahmen auf, aber er wird seinen Aufgaben verantwortungsvoll gerecht. Die FDP-Fraktion wird in jedem Fall ihre Zustimmung erteilen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch am Redepult. Frau Kollegin Ackermann hat eine Zwischenbemerkung angemeldet. Ich möchte nur noch feststellen, dass eine weitere Zwischenbemerkung vonseiten der GRÜNEN nicht möglich ist. Bitte schön, Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Kollegin Meyer, ich möchte an Sie eine Frage stellen. Sie haben sich so gefreut, dass der Haushaltsansatz für die Insolvenzberatung gleich geblieben ist. Ich wollte Sie fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass die Mittel nicht etwa deshalb nicht abgerufen werden, weil sie nicht gebraucht würden, sondern deswegen, weil wir auf Fallpauschalen setzen, die nicht zulassen, dass so viele Fälle angenommen werden, sodass immer Geld übrig bleibt. Ich wollte Sie auch fragen, ob es nicht an der Zeit wäre, die Insolvenzberatung auf eine richtungsbezogene Förderung umzustellen, damit die Gelder abgerufen werden können und Sie das nächste Mal einen höheren Haushaltsansatz vertreten können. Ich wollte Sie auch noch fragen, weshalb Sie die Inklusion so sehr loben, obwohl Sie es nicht geschafft haben, im Sozialhaushalt einen Haushaltsansatz dafür auszubringen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Meyer, Sie haben das Wort.

Brigitte Meyer (FDP): Frau Kollegin Ackermann, ich glaube, Sie haben mir nicht richtig zugehört; denn ich habe schon nach Ihrer ersten Frage hier erläutert, dass die Mittel gebraucht werden, dass ein Bedarf da ist und ich deshalb froh bin, dass es bei dem Ansatz bleiben konnte. Wir sind dabei, die Finanzierung so zu gestalten, dass diese Gelder dort, wo sie gebraucht werden, abgerufen werden können.

Ich habe deutlich ausgeführt, dass die Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die sich auf alle Ministerien erstrecken wird und dann durchgeführt werden kann, wenn ein Aktionsplan vorliegt, sodass man genau weiß, wo man Schwerpunkte setzen muss. Dann weiß man auch, welche Mittel man braucht, und kann im Haushalt gezielt einen Ansatz ausbringen. Das habe ich hier ausgeführt. Vielleicht war das für Sie nicht ganz verständlich. Daher habe ich es jetzt noch einmal deutlich gesagt.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat Herr Kollege Joachim Unterländer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ehe ich zu einigen grundsätzlichen Bemerkungen komme, für die ich nicht mehr viel Redezeit habe,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

möchte ich auf einiges, was Sie im Rahmen der Haushaltsdebatte angesprochen haben, etwas erwidern.

Mir kommt es schon sehr merkwürdig vor, wenn Sie hier an den Ausgaben für Familien herummäkeln, nachdem Sie doch objektiv zur Kenntnis nehmen müssen, dass Bayern mit die meisten Investitionen in Kinder und Familie tätigt, dass wir nicht nur einen überdurchschnittlich schnellen Ausbau der Kinderbetreuung, sondern auch ein

Landeserziehungsgeld als unmittelbare Anschlussleistung an das Elterngeld haben. Außerdem leisten wir einiges für die Beratung, für die Infrastruktur und Ähnliches. Da ist Bayern Spitze, und das lassen wir uns auch nicht durch Ihre Aussagen nehmen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie haben gesagt, dass die Jugendsozialarbeit an Schulen gekürzt wird. Aufgrund der zunächst schwierigen Ausgangssituation wird aber lediglich deren Ausbau unterbrochen. Wir wissen aber, dass die Jugendsozialarbeit an Schulen ein ausgesprochenes Erfolgsmodell ist, weil damit Prävention im besten Sinne des Wortes geleistet wird. Wir lassen an dieser Schraube nicht drehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Was Sie zu den Mehrgenerationenhäusern gesagt haben, schlägt wirklich dem Fass den Boden aus. Wir fordern in diesem Parlament, übrigens einstimmig, eine Weiterführung dessen, was auf Bund-Länder-Ebene ausgehandelt wird. Es geht aber nicht an, dass sich der Bund am Ende der Modellphase aus der Finanzierung zurückzieht. So geht es nicht, sondern der Bund muss sich auch in Zukunft in die Verantwortung einbinden lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Eure Bundestagsabgeordneten stimmen doch in Berlin für die Kürzungen!)

- Jetzt hören Sie zu schreien auf. Das stimmt sowieso nicht, was Sie sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Das ist doch die Lüge!)

Die Erhöhung des Ansatzes für frühkindliche Förderung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ich sage aber ausdrücklich: Wir müssen hier die entsprechenden Schwerpunkte in diesem und im nächsten Jahr setzen, was die Verbesserung des Anstel-

lungsschlüssels und die Rahmenbedingungen durch die Weiterentwicklung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes anbelangt.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Scharfenberg zu?

Joachim Unterländer (CSU): Nein, machen Sie eine Zwischenbemerkung. Da können Sie dann etwas dazu sagen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Kollege Unterländer lässt keine weiteren Zwischenfragen zu. Sie sind also auf eine Zwischenbemerkung am Ende der Rede verwiesen. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen. Herr Kollege Unterländer, Sie haben wieder das Wort.

Joachim Unterländer (CSU): Schließlich nenne ich die Psychiatrie. Zwar ist richtig, dass eine Verbesserung gerade im ambulanten und teilstationären Bereich notwendig ist. Bitte nehmen Sie aber zur Kenntnis, dass die Zuständigkeit ganz klar nicht beim Freistaat Bayern, sondern bei den Bezirken liegt. Daraus sind haushaltspolitische Konsequenzen gezogen worden.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FW))

Sie fordern in einem Antrag Mittel zum Ausbau des Ehrenamtes. Das ist längst geregelt. Durch die Investitionen, die über den Arbeitsmarkt- und Sozialfonds erfolgen, stehen Mittel in ausreichendem Maß zur Verfügung. Das hat mir die Staatsregierung gerade noch ausdrücklich bestätigt.

Zu dem gesonderten Antrag für die Landessenorenvertretung sage ich Ihnen, dass die Zuschussmittel für die Landessenorenvertretung von 2009 auf 2010 deutlich um über 50.000 Euro auf 75.000 Euro angehoben wurden. Das ist eine Verdreifachung der Mittel.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Donnerwetter!)

Dazu müssen von der Einrichtung natürlich auch Schritt für Schritt Konzepte entwickelt und realisiert werden.

Die Inklusion ist ein Thema, zu dem wir, die Koalitionsfraktionen, im sozialpolitischen Ausschuss zwei Anträge eingebracht haben. Frau Kollegin Ackermann, Sie sprachen davon, dass es zehn oder zwölf Anträge zum Thema Hospiz gegeben habe, die nicht unterfüttert seien. Dazu darf ich Ihnen schon sagen, dass dort, wo der Staat etwas bewegen muss, sehr wohl Mittel in den Haushalt eingestellt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich einige grundsätzliche Bemerkungen zur künftigen Sozialpolitik mache. Ich möchte ausdrücklich den Zusammenhang herstellen zwischen Investitionen, die wir auf dem Gebiet der Sozialpolitik tätigen, und den Folgekosten, die entweder im Sozialhaushalt oder im Haushalt für die innere Sicherheit eingespart werden können, wenn wir richtig investieren. Die Investitionen in Menschen, in Köpfe, in das soziale Feld müssen weiter ausgebaut werden, wenn wir bei der inneren Sicherheit und auch bei den Kommunen bei den Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe Einsparungen erzielen können.

Im Anschluss an das, was Frau Kollegin Meyer angesprochen hat, möchte ich den Zusammenhang zwischen einer seriösen Finanzpolitik und einer zukunftsorientierten Sozialpolitik herstellen. Investitionen im Rahmen der Sozialpolitik sind im Sinne der Prävention dringend notwendig und auch gut und sinnvoll. Wenn wir dafür aber Schulden aufnehmen würden, würden die Ärmsten der Armen und die Schwächsten der Schwachen als Erste in besonderer Weise darunter leiden, weil für eine höhere Verschuldung höhere Zinsen bezahlt werden müssen. Deswegen gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der Finanz- und der Sozialpolitik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend feststellen, dass die Sozialpolitik der Zukunft nicht nur in diesem Haus stattfindet.

Signal des Präsidenten

- Ich komme gleich zum Schluss, Herr Präsident.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank! - Gegenruf von der CSU: Böartiges Weib!)

Wir müssen den Dialog und die Kommunikation in den Mittelpunkt der Entscheidungsprozesse stellen. Deswegen wünschen wir uns, dass Einrichtungen wie das Forum Soziales Bayern und Gremien, die in der sozialen Infrastruktur vorhanden sind, die Basis dafür bilden, dass in diesem Haus vernünftige Entscheidungen getroffen werden können. Der Dialog endet nicht an der Tür des Bayerischen Landtags.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, ich habe drei Wortmeldungen für Zwischenbemerkungen. Die Wortmeldungen kommen von Frau Kollegin Scharfenberg, von Frau Kollegin Stachowitz und von Herrn Dr. Fahn. Als Erste hat Frau Kollegin Scharfenberg das Wort.

Unruhe

Glocke des Präsidenten

Die Fairness gebietet es, dass man jeden ausreden lässt. Man sollte sich auch bei den Zwischenrufen überlegen, was man sagt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Frau Scharfenberg, Sie haben das Wort.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Unterländer, zum Erfolgsmodell Schulsozialarbeit. Richtig ist, dass es erfolgreich ist und war. Das stimmt ganz sicher. Wo endet aber dieses Erfolgsmodell? Die Schulsozialarbeit wurde über viele Jahre reduziert. Die Kommunen werden mit dem Bedarf an Schulsozialarbeitern im Regen stehen gelassen. Als ein Mitglied des Kreistags muss ich bei der Jugendsozialarbeit dem Haushalt

zustimmen, weil Sie Ihrer Pflicht und Schuldigkeit auf dem Gebiet der sozialen Bildung nicht nachkommen. Das ist schon seit Jahren bei der Schulsozialarbeit der Fall, und das führt zu monetären Schäden bei den Kommunen. Das ist nicht in Ordnung. Erst wecken Sie den Bedarf, dann erfüllen Sie ihn aber nicht. Das ist Ihre Methode. Sie entwickeln ständig Modelle, lassen die Kommunen dann aber im Regen stehen. Das ist das Erste, was ich überhaupt nicht in Ordnung finde. Wieso müssen die Kommunen die Arbeit erledigen, die Sie monetär zu bewältigen hätten?

Das Zweite. Für die Inklusion soll jetzt ein Aktionsplan aufgelegt werden, wie ich gehört habe. Er liegt aber noch nicht vor. Er müsste schon lange vorliegen, weil die Inklusion schon bald geltendes Recht wird. Auch Bayern muss darauf vorbereitet sein. Haben Sie dabei schon alle Städte und Gemeinden beteiligt? Ich weiß, dass Sie es nicht gemacht haben. Ich habe meinen Landrat gefragt. Ich wollte Sie fragen, wann Sie es endlich tun, wie es im Gesetz vorgeschrieben ist, denn sonst ist es kein Aktionsplan.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, Sie haben das Wort.

Joachim Unterländer (CSU): Zur Inklusion und zur Beteiligung der Kommunen, die Sie zuletzt angesprochen haben: Sie wissen sehr genau, dass die kommunalen Spitzenverbände über die Anhörung zu den Eckpunkten des Aktionsplans einbezogen worden sind. Das ist hier der Fall gewesen. Es stellt sich dann die Frage, wie sich die kommunalen Spitzenverbände mit den einzelnen Kommunen und den einzelnen Bürgermeistern verständigen. Darin, dass ein Aktionsplan nur gemeinsam mit den Kommunen Schritt für Schritt durch den Freistaat Bayern aufgestellt werden kann, sind wir uns völlig einig.

Überhaupt nicht einig sind wir uns in der Bewertung der Jugendsozialarbeit an den Schulen. Ich wundere mich schon immer, dass Sie von Schulsozialarbeit reden. Wahr-

scheinlich sind Sie der Meinung, dass wir ein ganz anderes Modell haben, darum verstehen Sie es nicht.

(Margarete Bause (GRÜNE): Es geht nur darum, wer bezahlt!)

Ihr Verständnis sollte schon davon ausgehen, dass es eine gemeinsame Ausgabe von uns in diesem Hohen Haus ist. Sie sprachen davon, es sei unsere Aufgabe, das zu finanzieren. Sind Sie nicht auch Mitglied des Bayerischen Landtags, wo wir gemeinsam daran arbeiten, dass das Beste für Kinder und Familien geschieht? Dazu gehört auch ein Konsens über die Jugendsozialarbeit an Schulen, die im Übrigen auch die meisten sozialdemokratischen Bürgermeister aktiv unterstützen. Nur so kann der Ansatz der Jugendhilfe als solcher zielgenau an den Schulen greifen. Deswegen noch einmal ein deutliches Ja zur Jugendsozialarbeit an Schulen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Stachowitz für eine Zwischenbemerkung das Wort.

Diana Stachowitz (SPD): Herr Kollege Unterländer, Sie haben gesagt, wir sollten zusammen mit den Kommunen und mit dem Bund finanzieren. Wir befinden uns an einem Punkt, an dem wir sagen: Das müssen wir wirklich gemeinsam machen. Sie haben vorhin die Mehrgenerationenhäuser genannt und behauptet, der Bund gebe uns was und lasse uns dann alleine. Das ist gar nicht wahr. Der Bund hat das Projekt gar nicht allein finanziert. Die Mittel kamen vom Europäischen Sozialfonds. Herr Unterländer, Sie haben die 91 Mehrgenerationenhäuser damals mit CSU-Kollegen groß eröffnet und gefeiert. Jetzt gibt es lediglich sechs Generationenhäuser, die in dem Nachfolgeprogramm die drei Monate in Bayern nicht finanzieren können. Sie lassen die Mehrgenerationenhäuser alleine.

Wir haben Bundesmittel erhalten, damit die Kinderbetreuung in Bayern ausgebaut werden kann. Erklären Sie mir, wie viel Geld aus dem bayerischen Haushalt über-

haupt dafür ausgegeben wird, wenn dieses Geld herausgerechnet wird. Sie rechnen die Bundesmittel und die ESF-Mittel heraus und schauen, was übrig bleibt.

(Beifall bei der SPD)

In Bayern gibt es 335.000 Kinder, die in Armut leben. Erklären Sie mir bitte, wie man dieses Problem im Sinne einer verlässlichen Familienpolitik lösen kann. In Bayern gibt es 160.000 alleinerziehende Mütter, die nicht arbeiten gehen können, weil es nicht genügend Kinderbetreuungsplätze gibt. Können Sie mir bitte erklären, wo ich diesen Aspekt in Ihrem Haushaltsansatz wiederfinde? Wir sollten diese Probleme beheben. Wenn Sie mir das erklären können, erkläre ich den Haushalt für Familien in Bayern für gut.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, Sie haben das Wort.

Joachim Unterländer (CSU): Frau Kollegin Stachowitz, sehen Sie sich den Landessozialbericht einmal an. Auf diesen Bericht berufen Sie sich immer. Mir ist völlig klar, dass jeder Fall von Kinderarmut in Bayern ein Fall zu viel ist. Vergleichen Sie jedoch einmal die Zahlen mit den anderen Bundesländern. Hier ist der Freistaat Bayern spitze.

(Beifall bei der CSU - Zuruf der Abgeordneten Diana Stachowitz (SPD))

Nehmen Sie das einfach mal zur Kenntnis. Wenn Sie Nachhilfe brauchen, zeige ich Ihnen gerne, wo das steht.

Wir haben eine dichte Infrastruktur an familienpolitischen Maßnahmen auch im Bezug auf die finanzielle Entlastung. Ich verstehe überhaupt nicht, dass Sie zur Gegenfinanzierung von einigen familienpolitischen Infrastrukturmaßnahmen das Landeserzie-

hungsgeld, das nachweislich auch zur Bekämpfung der Armut beiträgt, einsparen wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wie können Sie das mit Ihrer vorherigen Aussage vereinbaren?

Es ist völlig klar, dass der Freistaat Bayern die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze in Anspruch nimmt. Sie sehen an der Setzung unserer Prioritäten im Rahmen des Programms "Aufbruch Bayern", dass der Einsatz für Familien berücksichtigt wird. Gestatten Sie mir darauf hinzuweisen - ich weiß, das hören Sie nicht gerne -, dass die Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz oder andere Länder die Finanzierung von Kinderbetreuungsplätzen über eine Neuverschuldung oder durch den Länderfinanzausgleich gewährleisten. Über den Länderfinanzausgleich übernehmen wir auch noch deren Kosten. Das ist nicht richtig.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Letzter hat Herr Kollege Dr. Fahn das Wort für eine Zwischenbemerkung.

(Tobias Thalhammer (FDP): Kurz, knackig, bündig - wie immer!)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): - Kurz, knackig, bündig. Danke, Herr Thalhammer. Von Ihren Vorschlägen bin ich immer wieder begeistert.

(Unruhe)

Mir geht es um die Koordinierungszentren für Bürgerschaftliches Engagement. Dafür sind im letzten Doppelhaushalt 650.000 Euro bereitgestellt worden. In 21 Landkreisen konnten derartige Koordinierungszentren eingerichtet werden. Diese Mittel sind aus dem Sozialfonds zur Verfügung gestellt worden. Wir wissen nicht, wie hoch die Mittel für die Koordinierungszentren im nächsten Doppelhaushalt sind. Sie haben gesagt,

Sie hätten sich erst kürzlich beim Ministerium erkundigt. Deshalb frage ich Sie: Wie viel Euro sind im nächsten Doppelhaushalt dafür vorgesehen? Sind es wieder 650.000 Euro? Wir benötigen ein flächendeckendes Netz an Koordinierungszentren. Sind es vielleicht weniger? Wenn Sie in diesem oder im nächsten Jahr die bayernweite Ehrenamtskarte einführen wollen, müssen Sie die Möglichkeiten schaffen, dies vor Ort umzusetzen. Das sollen die Kommunen machen. Es ist wichtig, dass die Kommunen vom Freistaat unterstützt werden. Der Freistaat möchte diese Ehrenamtskarte. Aus diesem Grund brauchen wir flächendeckende Koordinierungszentren. Wie ist der aktuelle Haushaltsansatz?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Unterländer, Sie haben das Wort.

Joachim Unterländer (CSU): Wir wollen diese Koordinierungszentren gemeinsam im bisherigen Ausbautempo errichten. Der Antrag ist jedoch nicht erforderlich, weil die entsprechenden Mittel über den Arbeitsmarkt und den Sozialfonds zur Verfügung gestellt werden. Jeder Abgeordnete ist in der Lage, noch einmal selber nachzusehen. Wir brauchen keine Lesestunde über Haushaltspläne.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Professor Dr. Bauer das Wort.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus medizinischer Sicht gebe ich Ihnen zunächst einmal den Rat, den Adrenalin-Spiegel nicht zu hoch steigen zu lassen. Das ist schlecht für das Herz und für den Blutdruck. Nehmen Sie Ihre Stimme zurück. Das schont Ihre Stimmbänder. Dann können Sie in den nächsten fünf oder zehn Jahren noch gut sprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Professor Dr. Bauer, an wen waren diese Worte gerichtet?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): An das gesamte Plenum, sowohl an die rechte als auch an die linke Seite des Saales. Ich möchte Friedrich Wilhelm Raiffeisen zitieren. Er ist der Vater der Genossenschaften und des Raiffeisen-Gedankens. Er hat gesagt: "Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das vermögen viele." Eigenverantwortung und Solidarität sind die tragenden Grundpfeiler unserer Sozialpolitik. Das sind die Vorstellungen der FREIEN WÄHLER von gerechter Sozialpolitik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die FREIEN WÄHLER nehmen gerne die Steigerung im Gesamthaushalt für den Sozialetat zur Kenntnis. Das ist bereits von Kollegin Claudia Jung betont worden. Dennoch möchte ich auf einige aktuelle Probleme eingehen, die vernachlässigt werden bzw. nicht ausreichend berücksichtigt worden sind. Frau Staatsministerin Haderthauer hat die Probleme aufgezeigt. Der demografische Wandel ist keine Fiktion und keine Story der Opposition. Der demografische Wandel ist Fakt. Das kann man nachschauen. Es wird höchste Zeit, die richtigen Weichen zu stellen. Die Lebens- und Wohnstrukturen müssen angepasst werden, damit die Senioren in die Gesellschaft integriert bleiben und weiter ihren wertvollen Beitrag in der Gesellschaft leisten können. Deshalb brauchen wir flexible Wohnformen im Alter. Unser Prinzip "Eigenheim statt Altenheim" ist nicht nur einprägsam, sondern auch richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Medizinisch formuliert: "Ambulant vor Stationär". Das ist unser Ansatz. Daher müssen wir die Mittel zur Förderung dieser Maßnahmen steigern. Konkret haben wir 500.000 Euro an zusätzlichen Fördermitteln bereitgestellt. Das sind keine Riesensummen; sie sind überschaubar. Diese Summe ist angesichts des Gesamthaushalts in Höhe von 42 Milliarden Euro zu schultern, wenn man dies politisch möchte.

Ältere Menschen bilden die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe. Damit steigt auch die Zahl der Pflegebedürftigen im Alter überproportional. Gestatten Sie mir - das ist ein persönliches Anliegen -, einen Zusammenhang mit der unsäglichen Diskussion über den Ausgleich der privaten Pflegeschulen herzustellen. Dieses Thema haben wir ausführlich diskutiert. Dazu hat es Irritationen gegeben. Ich appelliere nochmals an Ihre soziale Verantwortung. Gehen Sie sie an! Springen Sie über Ihren Schatten und schauen Sie darauf, dass die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler in den Altenpflegeschulen möglichst kostengünstig wird. Bedenken Sie, welches Zeichen wir an die Gesellschaft geben, wenn wir das nicht tun, und welches negative Zeichen wir an die Schülerinnen und Schüler geben, die sich für diesen wichtigen Bereich interessieren, aber davon abgehalten werden, diese Ausbildung zu beginnen. Diese Situation ist nicht hinnehmbar. Wir müssen rechtzeitig handeln. Wir dürfen keine ideologischen Scheuklappen tragen.

Deswegen ist es auch wichtig, noch einmal über die Mehrgenerationenhäuser zu sprechen. Es darf nicht sein, dass eine Hängepartie entsteht und die Betreiber nicht wissen, wie es weitergehen soll. Das Aktionsprogramm ist bereits angesprochen worden. Es kann nicht sein, dass sich der Bund aus der Verantwortung stiehlt und sich das Land mehr oder weniger wegmogelt und die Verantwortung an die Kommunen abschiebt. Die Kommunen können das nicht mehr leisten. Daher fordern wir ganz konkret eine Million Euro mehr für diese Projekte im Zusammenhang mit dem ehrenamtlichen Engagement. Das ehrenamtliche Engagement soll nicht nur in Sonntagsreden und Lippenbekenntnissen gepriesen werden, sondern wir müssen es stärken. Die Anerkennung in diesem Bereich ist wichtig.

Die Zeit schreitet fort; deshalb werde ich abkürzen. Ich möchte auf die Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk "Bürgerschaftliches Engagement" zu sprechen kommen. Es geht um 30.000 Euro. Ich habe bewusst bei der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt, dass dazu eine namentliche Abstimmung stattfindet; denn mir fehlt

jedes Verständnis, wenn man einer Erhöhung um 30.000 Euro nicht zustimmen kann. Wir werden sehen, was bei der Abstimmung herauskommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zusammenfassend stelle ich fest: Alternative Wohnformen für Senioren, Mehrgenerationenhäuser, bürgerschaftliches Engagement und Schulgeldausgleich für die Schülerinnen und Schüler privater Altenpflegeschulen, sind der Schwerpunkte der Politik der FREIEN WÄHLER auf diesem Gebiet. Die anderen Schwerpunkte hat meine Kollegin dankenswerterweise vorgetragen.

Unterstützen Sie die Eigenverantwortung und üben Sie Solidarität! Wie es Raiffeisen gesagt hat, können viele das erreichen, was dem Einzelnen nicht möglich ist: Eine verantwortliche Sozialpolitik!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um eine gewisse Disziplin, damit wir die sechs namentlichen Abstimmungen, die wir vor uns haben, und alles Weitere in geordneter und schneller Weise durchführen können, so dass wir den Abend schicklich beenden können.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 10,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- ich fahre erst fort, wenn Ruhe im Plenum ist; es steht jedem frei, die Sitzung zu verlängern -

die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7300 mit 7306, 7308 mit 7317, 7340 mit 7344, 7383 mit 7389 und 7392 mit 7410 sowie die Beschlussempfehlung des fe-

derführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7557 zugrunde.

Vorweg lasse ich jetzt, wie von den Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER beantragt, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7310, 7312, 7314, 7340, 7342 und 7344 in namentlicher Form abstimmen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 16/7310, betreffend "Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie" abstimmen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20.25 bis 20.30 Uhr)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/7312, betreffend Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich, durch. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20.31 bis 20.34 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmung ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Wir führen zwischenzeitlich die nächste namentliche Abstimmung durch, und zwar über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/7314, betreffend Landesförderung der Mehrgenerationenhäuser. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen wiederum drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20.35 bis 20.38 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/7340, betreffend Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser in Bayern, durch. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 20.39 bis 20.42 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Ich gebe es später bekannt.

Die nächste namentliche Abstimmung betrifft den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/7342: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk "Bürgerliches Engagement". Die Urnen sind an den bekannten Stellen bereitgestellt. Für die Stimmabgabe stehen drei Minuten zur Verfügung. Ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung von 20.43 bis 20.46 Uhr)

Aus gegebenem Anlass weise ich noch einmal darauf hin, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen sind, nach den drei Minuten keinerlei Stimmkarten mehr entgegenzunehmen. Wer die Stimmabgabe verschlafen hat, ist selber schuld.

Die Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Ich gebe es später bekannt.

Zwischenzeitlich führen wir die letzte namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/7344, betreffend Erhöhung der Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege, durch. Die Urnen sind an den bekannten Plätzen aufgestellt. Für die Stimmabgabe stehen drei Minuten zur Verfügung. Die Stimmabgabe beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 20.47 bis 20.50 Uhr)

Da ich einige Kolleginnen und Kollegen sehe, die dem Saalausgang zustreben, bitte ich zu bedenken, dass uns noch eine Schlussabstimmung bevorsteht. Es wäre ratsam, dass jeder im Saal bleibt. -

Zur Abkürzung des Procedere gebe ich bereits die Ergebnisse der ersten drei namentlichen Abstimmungen bekannt.

Ergebnis der Abstimmung über den SPD-Änderungsantrag betreffend Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie, Drucksache 16/7310. Mit Ja haben 46, mit Nein 102 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Ergebnis der Abstimmung über den SPD-Änderungsantrag betreffend Förderung von Maßnahmen für die Freiwilligenarbeit, die Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich, Drucksache 16/7312. Mit Ja haben 66, mit Nein 83 Abgeordnete ge-

stimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Der Änderungsantrag ist damit ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Änderungsantrag der SPD betreffend die Landesförderung der Mehrgenerationenhäuser, Drucksache 16/7314. Mit Ja haben gestimmt 65, mit Nein 83, Enthaltungen 1. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 14)

Die drei Minuten für die Abstimmung sind beendet. Damit ist die Stimmabgabe abgeschlossen. Zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wird die Sitzung kurz unterbrochen. Ich bitte aber wie vorhin, anwesend zu bleiben, da wir in Kürze in der Lage sind, die letzten Ergebnisse mitzuteilen, um dann unmittelbar zur Schlussabstimmung zu kommen.

(Unterbrechung von 20.50 bis 20.53 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder aufgenommen. Ich gebe das Ergebnis der letzten drei namentlichen Abstimmungen bekannt. Ich bedanke mich bei den Stimmauszählern, dass es so schnell gegangen ist.

(Allgemeiner Beifall)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend die Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser in Bayern, Drucksache 16/7340. Mit Ja haben gestimmt 47, mit Nein 91, Enthaltungen 19. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 15)

Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER, betreffend Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk "Bürgerliches Engagement", Drucksache 16/7342. Mit Ja haben ge-

stimmt 57, mit Nein 81, Stimmenthaltungen 9. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 16)

Wir kommen nun zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER, betreffend Erhöhung der Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege, Drucksache 16/7344. Mit Ja haben gestimmt 47, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen 18. Auch dieser Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

Der Einzelplan 10 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Die Gegenstimmen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordnete Dr. Pauli, fraktionslos. Damit ist der Einzelplan 10 angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 18)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungen,

tungsermächtigung und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. - Und Frau Abgeordnete Dr. Pauli?

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Gabriele Pauli (fraktionslos))

Danke, Sie haben dafür gestimmt. Gut, dann ist das für die Abstimmung festzuhalten. Es ist so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplanes 10 ist damit abgeschlossen. Gleichzeitig ist damit unser heutiges Tagwerk vollendet. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

(Schluss: 20.57 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012; ; hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie; (Kap. 10 07 TG 73) (Drucksache 16/7310)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine		X	
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred			
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	46	102	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayer u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012; ; hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich ; (Kap. 10 07 TG 85) (Drucksache 16/7312)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	66	83	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Thomas Beyer u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012; ; hier: Landesförderung der Mehrgenerationenhäuser; (Kap. 10 07 neue TG) (Drucksache 16/7314)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			X
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	65	83	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FW; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser in Bayern; (Kap. 10 07 neuer Tit.) (Drucksache 16/7340)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			X
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete			X
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			X
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike			X
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine			X
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad			X
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian			X
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			X
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			X
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			X
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	47	81	19

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FW; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk "Bürgerliches Engagement" (LNBE); (Kap. 10 07 Tit. 684 85) (Drucksache 16/7342)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			X
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			X
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike			X
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver			X
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian			X
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			X
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred			
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			X
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			X
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	57	81	9

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 13: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Claudia Jung u. a. und Fraktion FW; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Erhöhung der Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege; (Kap. 10 07 TG 88 - 90) (Drucksache 16/7344)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			X
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			X
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike			X
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine			X
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian			X
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef			
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			X
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			X
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayer Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			X
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	47	84	18

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 13

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse an Betreuungsvereine
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
(Drs. 16/7300)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation
(Kap. 10 05 TG 78 - 79)
(Drs. 16/7301)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen zur Versorgung von Menschen mit psychischer Behinderung
(Kap. 10 05 TG 82)
(Drs. 16/7302)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Christa Steiger u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinne des § 96 BVFG
(Kap. 10 06 Tit. 686 01)
(Drs. 16/7303)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Christa Steiger u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung grenzüberschreitender ostdeutscher Kulturarbeit
(Kap. 10 06 Tit. 686 06)
(Drs. 16/7304)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Christa Steiger u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Einzelmaßnahmen im Sinne des § 96 BVFG
(Kap. 10 06 Tit. 686 21)
(Drs. 16/7305)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Christa Steiger u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung des Sudetendeutschen Museums
(Kap. 10 06 Tit. 893 02)
(Drs. 16/7306)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen
(Kap. 10 07 TG 70)
(Drs. 16/7308)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für ältere Menschen
(Kap. 10 07 TG 70)
(Drs. 16/7309)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Familie
(Kap. 10 07 TG 73)
(Drs. 16/7310)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Leistungen nach dem Bayerischen Landeserziehungsgeldgesetz
(Kap. 10 07 TG 80)
(Drs. 16/7311)

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für die Freiwilligenarbeit, Bürgerarbeit sowie das Ehrenamt im sozialen Bereich (Kap. 10 07 TG 85)
(Drs. 16/7312)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: kostenfreies Kindergartenjahr und qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung und frühkindlichen Bildung (Kap. 10 07 TG 88 - 90)
(Drs. 16/7313)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Landesförderung der Mehrgenerationenhäuser (Kap. 10 07 neue TG)
(Drs. 16/7314)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Sofortprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut (Kap. 10 07 neue TG)
(Drs. 16/7315)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Franz Schindler u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte: Arbeitsrichter (BesGr R 1) (Kap. 10 10 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7316)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Franz Schindler u.a. (SPD) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan Bayer. Landessozialgericht, Sozialgerichte: Sozialrichter (BesGr R 1) (Kap. 10 12 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7317)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Finanzierung der Mehrgenerationenhäuser in Bayern (Kap. 10 07 neuer Tit.)
(Drs. 16/7340)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren (Kap. 10 07 TG 70)
(Drs. 16/7341)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk „Bürgerliches Engagement“ (LNBE) (Kap. 10 07 Tit. 684 85)
(Drs. 16/7342)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Koordinierungszentren für „Bürgerliches Engagement“ (Kap. 10 07 TG 85 neuer Tit.)
(Drs. 16/7343)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Claudia Jung u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege (Kap. 10 07 TG 88 - 90)
(Drs. 16/7344)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von hochgradig sehbehinderten Menschen (Kap. 10 03 Tit. 681 01)
(Drs. 16/7383)
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Betreuungsvereine stärken (Kap. 10 03 Tit. 684 01)
(Drs. 16/7384)

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Einrichtung regionaler Anlauf- und Beratungsstellen für ehemalige Heimkinder
(Kap. 10 03 Tit. 687 02)
(Drs. 16/7385)
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Entschädigungsfonds für ehemalige Heimkinder
(Kap. 10 03 Tit. 688 01)
(Drs. 16/7386)
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Insolvenzberatung ausbauen
(Kap. 10 03 TG 73 Tit. 684 73)
(Drs. 16/7387)
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Neonazis bekämpfen - Aktive Demokratieförderung leisten
(Kap. 10 03 neue TG)
(Drs. 16/7388)
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Amt der bzw. des Behindertenbeauftragten
(Kap. 10 05 TG 78 Tit. 290 78;
Kap. 10 05 neue TG)
(Drs. 16/7389)
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Versorgung psychisch kranker und psychisch behinderter Menschen
(Kap. 10 05 TG 82)
(Drs. 16/7392)
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Anlauf- und Koordinationsstelle zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
(Kap. 10 05 neue TG)
(Drs. 16/7393)
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Integrationsprojekte unterstützen, fördern und initiieren
(Kap. 10 50 TG 52 Tit. 683 52)
(Drs. 16/7394)
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ausbau von Heilpädagogischen Fachdiensten
(Kap. 10 07 Tit. 684 04)
(Drs. 16/7395)
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ausbau der Bildungs- und Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
(Drs. 16/7396)
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Hospizarbeit
(Kap. 10 07 TG 69 Tit. 684 69)
(Drs. 16/7397)
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Familienberatung verbessern
(Kap. 10 07 TG 73 Tit. 684 73)
(Drs. 16/7398)

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Jugendsozialarbeit an Schulen
(Kap. 10 07 TG 74 Tit. 684 74;
Kap. 05 04 Tit. 681 08)
(Drs. 16/7399)
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bildung stärken - Landeserziehungsgeld umschichten
(Kap. 10 07 TG 80 Tit. 681 80;
Kap. 10 07 TG 88 - 90 Tit. 633 89)
(Drs. 16/7400)
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt:
Finanzierung von Frauenhäusern
(Kap. 10 07 TG 82)
(Drs. 16/7401)
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt: Förderung von Interventionsprojekten mit einem pro-aktiven Ansatz
(Kap. 10 07 TG 82)
(Drs. 16/7402)
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt:
Studie über besonders verletzbare Gruppen
(Kap. 10 07 TG 82)
(Drs. 16/7403)
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt:
Täterprogramme für Täter häuslicher Gewalt
(Kap. 10 07 TG 82)
(Drs. 16/7404)
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Integrationsbeauftragten Arbeit ermöglichen
(Kap. 10 50 TG 52 Tit. 536 52;
Kap. 10 50 neue TG)
(Drs. 16/7405)
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Asylsozialberatung
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
(Drs. 16/7406)
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Sprachkurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber
(Kap. 10 53 Tit. 684 02)
(Drs. 16/7407)
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
(Kap. 10 53 Tit. 684 02)
(Drs. 16/7408)
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen
(Kap. 10 53 Tit. 710 00)
(Drs. 16/7409)
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Rückkehrberatung für Flüchtlinge
(Kap. 10 53 TG 60 Tit. 681 60 und 684 60)
(Drs. 16/7410)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Staatsministerin Dr. Beate Merk

Abg. Franz Schindler

Abg. Alexander Radwan

Abg. Claudia Stamm

Abg. Florian Streibl

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Christine Stahl

Abg. Dr. Andreas Fischer

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Horst Arnold

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Haushaltsplan 2011/2012;

**Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der
Justiz und für Verbraucherschutz**

hierzu:

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7283 mit 16/7299)

und

Änderungsanträge

der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7333 mit 16/7339)

und

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7369 mit 16/7382)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von 1 Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten

(Christine Stahl (GRÜNE): Zu wenig!)

und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion, sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen,

(Christine Stahl (GRÜNE): Zu viel!)

ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich schon jetzt darauf hin, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt hat, über ihre Änderungsanträge auf den Drucksach-

chen 16/7333 und 16/7337 einzeln, und zwar in namentlicher Form abstimmen zu lassen. Nun eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat die Frau Staatsministerin der Justiz. Bitte schön.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Herr Präsident, liebe anwesende Kolleginnen und Kollegen! Es ist heute das vierte Mal, dass ich gemeinsam mit Ihnen den Einzelplan 04 auf den Weg bringe. Es ist das vierte Mal, dass ich Ihnen den Entwurf eines Haushalts vorlege, der das Fundament legt für eine leistungsfähige und innovative Justiz, für eine Justiz, die in der Bundesrepublik einen Spitzenplatz einnimmt, für eine Justiz, die als Motor der deutschen Rechtspolitik gilt. Genauso wie in den Vorjahren ist dieser Entwurf ausgewogen. Er gewährleistet die Umsetzung des Notwendigen, gleichzeitig gibt er aber auch Raum für neue ambitionierte Projekte. Er ist das Ergebnis zähen Ringens, harter Verhandlungen, mühsamer Rechnungen. Wir mussten auf manches verzichten, was uns sehr wichtig war und bleibt. Das Ergebnis erlaubt der Justiz aber, ihren Auftrag, die Gewährung von Rechtsfrieden und Rechtssicherheit, in gewohnt qualitätvoller Weise zu erfüllen. An dieser Stelle danke ich meinem Kollegen Georg Fahrenschon und seinem Staatssekretär Franz Pschierer, die beide stets ein offenes Ohr für das Anliegen der Justiz haben und die hart, aber fair das Mögliche möglich gemacht haben. Ein Vergelt's Gott gilt auch Petra Guttenberger, Thomas Kreuzer, Alexander Radwan und ganz besonders Georg Winter für den gemeinsamen Einsatz. Mein Dank gilt selbstverständlich auch den Kollegen des Koalitionspartners und ganz besonders Herrn Dr. Fischer für die gute Zusammenarbeit. Hier möchte ich ganz besonders das gute Miteinander im Zusammenhang mit dem Untersuchungshaftvollzugsgesetz nennen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was macht diesen Einzelplan 04 aus? - Sie werden auf den ersten Blick erkennen, dass der Schwerpunkt auf die Einhaltung der Sicherheit gelegt ist. Sicherheit ist in einem freiheitlichen Rechtsstaat essenziell. Ohne Sicherheit sind alle Rechte wertlos, ohne Sicherheit können unsere Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte nicht leben.

Wichtig war uns aber nicht nur die Erhaltung von Bewährtem, wichtig war uns auch die Verlässlichkeit der Justiz zu sichern, indem wir gesellschaftliche Veränderungen berücksichtigen. Wie sieht das konkret aus? - Was das Thema Sicherheit anbelangt, so wissen Sie alle, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte uns gezwungen hat, den Vollzug der Sicherungsverwahrung neu zu gestalten. Das Abstandsgebot zum Strafvollzug erfordert die Errichtung eines gesonderten Gebäudes mit einem eigenen Sicherheits- und Behandlungskonzept für Sicherungsverwahrte. Der Bedarf liegt bei rund 80 Plätzen. Straubing, wo die Sicherungsverwahrten schon heute untergebracht sind, ist dafür der richtige Platz, denn die Anstalt dort ist sicher und mit modernster Technik ausgestattet. In Straubing können wir nicht zuletzt Synergieeffekte nutzen, beispielsweise eine sehr breite Palette an qualifizierten Arbeitsplätzen vom Handwerker bis zu demjenigen, der am Computer hoch qualifizierte Arbeiten leistet. Die Gesamtkosten für den Neubau liegen bei 18 bis 20 Millionen Euro. 12 Millionen Euro konnten wir in den aktuellen Haushalt einstellen, und damit ist gewährleistet, dass Planung und Bau schnellstmöglich beginnen. Ich will damit sicherstellen: Es müssen keine hochgefährlichen Straftäter auf freien Fuß gesetzt werden.

Meinen lieben Kolleginnen und Kollegen, der Bau der besten und der sichersten Einrichtung reicht nicht aus. Was wir brauchen, ist ein modernes Behandlungskonzept, ein Konzept, das die Resozialisierung in den Vordergrund stellt. Wir brauchen ein Behandlungskonzept, das dazu dient, dass der Sicherungsverwahrte irgendwann wieder auf freien Fuß gesetzt werden kann, weil die Gefährlichkeit nicht mehr besteht. Für die Straftäter, die trotz aller Bemühungen bei ihrer Entlassung nach wie vor gefährlich sind, müssen engmaschige Konzepte ein Höchstmaß an Sicherheit bieten. Dazu wird in Kürze ergänzend die elektronische Aufenthaltsüberwachung gehören. Schon seit Jahren habe ich mich dafür stark gemacht. Der Bundesgesetzgeber hat nun, zum Anfang des Jahres, die rechtlichen Grundlagen geschaffen. Das heißt, die Gerichte können jetzt bei rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und Sexualstraftätern die unter Führungsaufsicht stehen, die elektronische Überwachung ihres Aufenthalts anordnen.

Lassen Sie mich klarstellen, die elektronische Aufenthaltsüberwachung ist kein Allheilmittel. Sie ist, auch wenn man sie immer wieder Fußfessel nennt, eben keine Fesselung, die Straftaten ausschließt. Daher ist sie auch kein Ersatz für eine geschlossene Unterbringung. Wenn aber ein gefährlicher Straftäter nach seiner Haft aus rechtlichen Gründen auf freien Fuß gesetzt werden muss, kann sie vor allem wegen ihrer Abschreckungswirkung ein wertvoller Bestandteil der Sicherheitsmaßnahmen für unsere Bevölkerung sein. Die Betroffenen wissen: Wenn sie eine neue Straftat begehen, können sie mit den registrierten Aufenthaltsdaten überführt werden. Um diese Technik unverzüglich zum Einsatz zu bringen, wurden die erforderlichen Mittel im aktuellen Doppelhaushalt bereitgestellt. Ich bin zuversichtlich, dass sie Anfang des Jahres 2012 einsatzfähig ist. Ich muss hinzufügen: Das ist nichts, das man von der Stange kaufen kann, sondern es muss erst erprobt werden, weil das eine völlig neue Technik ist, die fast nirgendwo in Echtzeit erprobt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir nutzen unser Budget noch für weitere Maßnahmen der Sicherheit für die Menschen. Ich nenne das Präventionsprojekt "Kein Täter werden" in Bayern, mit dem wir Menschen mit pädosexuellen Neigungen erreichen wollen, bevor aus ihren Neigungen Missbrauchstaten werden. Das Programm wurde in Regensburg gestartet und kann dank ungekürzter Finanzmittel auch in den nächsten beiden Jahren fortgesetzt werden.

Zum Thema Sicherheit gehört auch, dass der aktuelle Doppelhaushalt die Voraussetzungen für wichtige Sanierungs- und Bauvorhaben schafft, zum Beispiel für das Gefängnis in Gablingen und für ein neues Münchner Strafjustizzentrum. Die Sanierung der Gerichtsgebäude an der Nymphenburger Straße ist schlicht und einfach nicht wirtschaftlich.

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich stehe hier nicht nur in der Jacke der Justiz-, sondern auch in der Jacke der Verbraucherschutzministerin. Im Schnittbereich von Justiz und Verbraucherschutz gibt es immer Brennpunkte, die wir mit dem aktuellen Haushalt entschärfen. Tag für Tag sind zahlreiche Verbraucher mit dem Problem ungewollter

oder untergeschobener Vertragsabschlüsse konfrontiert. Die Geschwindigkeiten und die Möglichkeiten des Internets sind gewiss segenreich, aber die Möglichkeiten, Betrug über dieses Medium zu begehen, sind groß. Ein Nachteil: Viele Verbraucher sind nur einen Mausklick entfernt von dem Jahresabonnement einer nutzlosen Kochrezeptesammlung. Immer häufiger greifen schwarze Schafe unter den Unternehmern neben dem Telefon und neben der Werbung auf das Internet zurück. Hier besteht Handlungsbedarf. Was das Telefon angeht, sind wir längst einen Schritt weiter. Durch die Erweiterung des Widerrufsrechts auf telefonische Bestellungen von Zeitschriften sind entsprechende Werbeanrufe weitgehend verschwunden. Auch hier liegen noch Schritte vor uns.

Trotz des Bußgeldtatbestands für unerlaubte Werbeanrufe ist das Problem nicht völlig beseitigt. Cold Calling, also Anrufe, die man nicht will und die eine Belästigung darstellen, ist immer noch ein wirtschaftlich attraktives Unternehmen. Daher müssen wir den unseriösen Unternehmern die Suppe versalzen. Wenn der Aufwand höher ist als der schnelle Gewinn, lohnen sich solche Überrumpelungsanrufe nicht mehr. Gesetzgeberische Maßnahmen allein werden für die Sicherheit unserer Verbraucher aber nicht ausreichen. Unsere Verbraucherschutzpolitik stellt daher die Eigenverantwortung der Bürger in den Vordergrund. Dafür tun wir eine ganze Menge. Wir kümmern uns darum, früh das Wissen zu vermitteln, das in den Bereichen Finanzen, Ernährung oder World Wide Web notwendig ist. Das ist eine gute Basis, die wir den jungen Menschen mit auf den Weg geben können. Wir sorgen für eine verständliche und übersichtliche Aufklärung. Das Verbraucherportal der Staatsregierung ist tagesaktuell und bietet Hilfe zur Selbsthilfe in nahezu allen verbraucherrelevanten Lebensbereichen. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen, die daran mitwirken und die Informationen aus den anderen Ressorts einstellen. Für das persönliche Gespräch stehen darüber hinaus bayernweit 31 Stellen der Verbraucherberatung zur Verfügung. Der Haushaltsansatz stellt sicher, dass Verbraucherzentrale und Verbraucherservice ihre Arbeit auf hohem Niveau fortsetzen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die beste Eigenverantwortung des Verbrauchers wird ihn nie gänzlich davor schützen können, doch in seinen Rechten verletzt zu werden. Kriminelle Energie ist offensichtlich doch zu lukrativ. In einem solchen Fall muss der Verbraucher darauf vertrauen dürfen, dass er seine Rechte durchsetzen kann. Der Weg zu Gericht kann sich bisweilen als hohe Hürde erweisen. Kostengünstiger und schneller ist oft eine außergerichtliche Klärung. Verbraucher und Unternehmer haben hier in Bayern vielfältige Möglichkeiten, vom Ombudsmann bis hin zur klassischen Mediation; doch leider werden diese Möglichkeiten noch nicht ausreichend genutzt. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit einer gezielten Information das Bewusstsein für alternative Wege der Streitbeilegung stärken; denn diese sind vielfach viel nachhaltiger und umfassender, als es ein Urteil je sein könnte.

Mit der einvernehmlichen Streitbeilegung ist ein Stichwort angesprochen, das für mich eine zentrale Rolle spielt. Eine meiner ersten Forderungen kurz nach Amtsantritt im Herbst 2003 betraf die Prozessleidenschaft unserer Gesellschaft. Deswegen haben wir damals begonnen, an innovativen und kreativen Lösungen zu arbeiten, um eine Änderung der Streitkultur zu erreichen. Mittlerweile ist unser Modell "Güterichter" auf die Landgerichte, das Familiengericht München und das Oberlandesgericht München ausgedehnt und wird auf weitere Amtsgerichte erweitert. Der Erfolg gibt uns recht. Unseren Güterichtern gelingt es, in scheinbar hoffnungslosen Fällen die Kuh vom Eis zu bringen und gemeinsam mit den Parteien einen Weg zu finden, mit dem alle zufrieden sind und der in die Zukunft reicht. So können lange Prozesse und Folgeprozesse vermieden werden. Das bedeutet auch - das gebe ich unumwunden zu - eine Entlastung der Justiz.

Damit sind wir bei dem Thema, das mir am meisten am Herzen liegt, bei der Personalausstattung. Wir alle wissen und beklagen, wie belastet die bayerische Justiz ist, dass sie nur funktioniert, weil sich unsere großartigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Unglaubliches abverlangen. Dass sie auch noch herausragend dasteht, macht mich stolz auf die Angehörigen der bayerischen Justiz, denen ich von Herzen danke. Es ist aber

ganz klar festzustellen: Uns fehlen Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger, Servicekräfte und Strafvollzugsbeamte. Ich weiß das, und Sie wissen das. Ein Mehr an Stellen ist aber im Moment nicht machbar, nicht, wenn wir unsere Verantwortung als gewählte Vertreter des Volkes ernst nehmen und über die nächsten fünf Jahre hinaus denken. Gesamtverantwortung für nachfolgende Generationen - das ist leicht gesagt. Weniger leicht ist es, sich diese Worte für das eigene Handeln zu Herzen zu nehmen. Dennoch müssen wir das tun, egal, welcher politischen Couleur wir angehören. Deswegen kann niemand guten Gewissens eine gute Personalausstattung fordern, ohne gleichzeitig ein Finanzierungskonzept auf den Tisch zu legen, allerdings kein Konzept, das in den Schuldenstaat führt und schließlich am Verfassungsgericht scheitert.

Ich weiß, dass sich auch die höchste Motivation und das stärkste Engagement nicht ewig durchhalten lassen. Deshalb habe ich seit 2003 bei allen Haushaltsverhandlungen die Personalausstattung in den Mittelpunkt gestellt. Ich habe meine Leute gleichzeitig mit Maßnahmen unterstützt, die ihnen ihre Arbeit erleichtern. Mit dem Projekt BayTech 2000 wurden alle 14.500 Arbeitsplätze mit modernster vernetzter PC-Technik ausgestattet. Das ist gut, aber darauf können wir uns jetzt nicht ausruhen, im Gegenteil. Wir sind mitten auf dem Weg zu einem elektronischen Rechtsverkehr. Hier erwarten uns neue Herausforderungen, die angepackt werden müssen.

Für dieses und nächstes Jahr haben wir mit einem beachtlichen Stellenhebungsprogramm etwas erreicht, was den Beschäftigten auf allen Ebenen zugutekommt. Nur ein Stichwort: Allein in diesem Jahr gibt es 71 Stellenhebungen für Richter und Staatsanwälte und fast 650 Hebungen für Justizwachtmeister. Enorm wichtig war es mir aber auch, befristete Beschäftigungsverhältnisse in unbefristete endlich umzuwandeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen, wir haben die Zahl der Stellen für Richter und Staatsanwälte in den letzten zwei Doppelhaushalten um 60 erhöht. Für den Justizvollzug haben wir allein im letzten Haushalt 205 zusätzliche Planstellen geschaffen. Das Verhältnis Strafgefangene zu Beschäftigten hat sich damit weiter verbessert.

Eine traurige Erkenntnis ist es aber, dass der Mensch dazu neigt, Maßnahmen, die anscheinend selbstverständlich sind, nicht zu schätzen, obwohl sie überaus wertvoll sind. Bei meinen Besuchen in den Beitrittsländern spürte ich, was es bedeutet, wenn sich das Rechtssystem noch im Aufbau befindet. Wir haben das Glück, in einem funktionierenden Rechtsstaat leben zu dürfen.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Polizei, unsere Strafjustiz und der Strafvollzug tun ihr Bestes, um die Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Unser Rechtspflegesystem arbeitet verlässlich und zügig. Unsere Bürgerinnen und Bürger vertrauen der Justiz. Lassen Sie uns gemeinsam alles tun, damit dies so bleibt. Ich werde in den kommenden Haushaltsverhandlungen dafür kämpfen, dass das in der Koalitionsvereinbarung verankerte Ziel einer Verbesserung der Personalausstattung bei der Justiz um 400 Stellen weiter verfolgt wird. Ich bin überzeugt davon, dass ich auch Ihre Unterstützung dafür und für weitere Verbesserungen bekomme, die unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiter unmittelbar zugute kommen. Dazu gehören weitere Umwandlungen von befristeten in unbefristete Arbeitsverhältnisse. Erst letzte Woche haben wir mit den Fraktionsvorsitzenden darüber gesprochen, dass diese Maßnahme genauso notwendig ist wie eine Verbesserung bei den Eingangsgehältern der Gerichtsvollzieher. Wenn wir uns das gemeinsam vornehmen, haben wir einen Teil dazu beigetragen, dass das anscheinend Selbstverständliche noch ein Stück selbstverständlicher wird.

Der Einzelplan 04 ist die Basis für Recht und Sicherheit in Bayern, für die Sicherheit, die Jahr für Jahr Tausende von Privatpersonen und Unternehmen in unseren Freistaat zieht. Die Sicherheit ist unser Markenzeichen. Damit das so bleibt, bitte ich Sie um Zustimmung zum Justizhaushalt.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Den nächsten Wortbeitrag hat der Kollege Franz Schindler für die SPD-Fraktion.

Franz Schindler (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Staatsministerin! Ich bitte um Verständnis, dass ich jetzt, am zweiten Tag der Haushaltsberatungen, diese ewig gleichen Lobhudeleien darüber, dass wir doch in allen Bereichen Spitze seien, einfach nicht mehr hören mag.

(Beifall bei der SPD - Albert Füracker (CSU): Das stimmt doch!)

Meine Damen und Herren, so richtig es ist, dass an den bayerischen Gerichten, Staatsanwaltschaften und in den Justizvollzugsanstalten gute Arbeit geleistet wird, wofür ich namens der SPD-Landtagsfraktion allen Mitarbeitern an dieser Stelle ganz herzlich danken möchte, so richtig ist es aber auch, dass der Justizhaushalt und im Übrigen auch die Haushalte der Fachgerichtsbarkeiten, insbesondere der Sozialgerichtsbarkeit und der Arbeitsgerichtsbarkeit, auf Kante genäht sind, wie man heutzutage sagt. Das ist nicht nur die für Sie wahrscheinlich unmaßgebliche Meinung der Opposition in diesem Haus, sondern das ist auch die übereinstimmende Einschätzung aller Berufsverbände in der Justiz, vom Richterverein über den Verband der Justizvollzugsbediensteten, Verdi und Anwaltverband bis hin zum Hauptpersonalrat der Justiz und sogar bis zum Hauptstaatsanwaltsrat. Der Anwaltverband spricht davon, dass sich der Skandal um die Finanzierung der Justiz immer mehr ausweite und dass die Staatsregierung beim Doppelhaushalt 2011/2012 abermals - wörtlich zitiert - "bewusst auf Konfrontationskurs zur Justiz und zur Anwaltschaft gehe. Dringend benötigte Mittel würden nicht bereitgestellt." Soweit der Bayerische Anwaltverband.

Meine Damen und Herren, ich kann es Ihnen auch nicht ersparen, wenigstens einige Schlagzeilen aus der Presse der letzten Monate zu zitieren, so zum Beispiel die "Mittelbayerische Zeitung" vom 22. Januar 2011 - ein wörtliches Zitat:

Justitia am Abgrund - "Sparkurs an Gerichten und Staatsanwaltschaften führt zu einer krankmachenden Arbeitslast", so Walter Groß, der Vorsitzende des Bayerischen Richtervereins.

Ein anderes Beispiel aus der "Süddeutschen Zeitung" vom 14. Januar dieses Jahres:
Zitat:

Wenn Straftäter unerlaubten Freigang genießen - Arbeitsüberlastung am Amtsgericht Augsburg führt zu gefährlichen und peinlichen Fällen. Justizministerin schweigt dazu.

So die "Süddeutsche Zeitung". Der Pressesprecher der Strafabteilung des Amtsgerichts Augsburg wird mit den Worten zitiert, die Politik spare ständig Planstellen ein, jetzt sei der Punkt erreicht, an dem das System kippt. Das sind nicht meine Worte, sondern die Worte des Pressesprechers des Amtsgerichts Augsburg.

Am 18. Januar dieses Jahres schrieb die "Süddeutsche Zeitung" - Zitat:

Ein Konjunkturprogramm für Straftäter - nach mehreren Sparrunden in der Vergangenheit herrscht in der bayerischen Justiz eklatanter Personalmangel.

"Die Justiz vor dem Kollaps" heißt es dort, keine gute Figur gebe hierbei Justizministerin Beate Merk ab. Ihre Aufgabe sei es nicht, Entscheidungen des EuGH öffentlichkeitswirksam zu kritisieren, sondern vielmehr solle sie sich darauf konzentrieren, funktionierende Strukturen im bayerischen Justizapparat herzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Schließlich zitiere ich noch aus der "Süddeutschen Zeitung" vom 19. Juli letzten Jahres. Auch das sind nicht meine Worte, sondern die Worte des Präsidenten des Amtsgerichts München, Herrn Zierl. Er sagt: "Es fehlen uns 21 Richter, ich weiß nicht, wie es weitergehen soll." Ich könnte noch lange aus Pressemeldungen über die angespannte Lage bei der bayerischen Justiz und im Justizvollzug zitieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts der seit Jahren und Jahrzehnten vorhandenen und bekannten Unterfinanzierung und der strukturellen Defizite der Justiz und des Justizvollzugs möchte man eigentlich erwarten, dass die Justizministerin

dafür kämpft, dass Abhilfe geschaffen wird. Davon habe ich leider nichts bemerkt. Im Gegenteil, im Haushaltsausschuss hat die Frau Staatsministerin ausweislich des Protokolls ausgeführt, dass mit einem Verzicht auf Mehrforderungen in den beiden Haushaltsjahren insgesamt 137 Millionen Euro eingespart worden seien und dass die echten Einsparungen pro Jahr 18 Millionen betragen würden. Da möchte ich schon wissen, auf welche Mehrforderungen Frau Ministerin Merk eigentlich verzichtet hat, sicherlich nicht auf die Mehrforderungen, die sich in den bescheidenen Haushaltsanträgen der Oppositionsfraktionen widerspiegeln. Die machen nämlich nur 46 Millionen aus. Wahrscheinlich waren es die Mehrforderungen aus dem eigenen Haus. Ich kann dem Herrn Finanzminister nur dazu gratulieren, dass er die Justizministerin so auf Linie gebracht hat, dass sie im Haushaltsausschuss nicht wie eine Justizministerin argumentiert und gekämpft hat, sondern wie ein Staatssekretär im Finanzministerium.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weder heute noch im Haushaltsausschuss wurde ein Wort darüber verloren, dass die Justiz eine besondere Rolle in diesem Staat einnimmt. Ich habe mir viel Ärger zugezogen, als ich vor Kurzem bei einem Pressegespräch gesagt habe, die Justiz sei nicht irgendein x-beliebiger Teil der Verwaltung dieses Staates wie etwa die Wasserwirtschaft. Darauf habe ich böse Briefe bekommen. Ich habe mich rechtfertigen müssen, aber ich bleibe dabei: Die Justiz ist nicht ein x-beliebiger Teil der Staatsverwaltung,

(Beifall bei der SPD)

auch wenn unter der Überschrift "Verwaltungsreform" das Bayerische Oberste Landesgericht aufgelöst und die Zweigstellen der Amtsgerichte geschlossen worden sind. Die Justiz hat eine besondere Rolle. Sie ist nämlich die dritte Staatsgewalt und hat ihre Rolle als unabhängige Justiz auszuüben.

(Beifall bei der SPD)

Kein Wort davon. Das sollte die Ministerin in den Mittelpunkt rücken, anstatt dem Finanzminister dafür zu danken, dass er ihr nicht gestattet hat, 137 Millionen Euro auszugeben, die dringend benötigt werden, um die Unabhängigkeit der Justiz in Bayern gewährleisten zu können.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, es geht nicht um Vorrechte für die Justiz - mitnichten. Es geht um eine Ausstattung, die der Aufgabe und Bedeutung einer unabhängigen Justiz angemessen ist. Sie haben kein Wort darüber verloren, dass Gerichte und Staatsanwaltschaften genauso systemrelevant sind wie große Banken. So hat es der Bayerische Richterverein ausgedrückt. Kürzungen und Einsparungen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften nützen in erster Linie Straftätern und säumigen Schuldnern und schaden den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft in Bayern. Dabei sind die Ausgaben für die Justiz und den Justizvollzug in Bayern insgesamt bescheiden. Die Frau Staatsministerin hat das ausgerechnet. Die Ausgaben für die Justiz seien pro Bürger und Jahr vergleichbar mit dem Gegenwert einer Pizza, sie betragen in Bayern zurzeit 1,8 Milliarden Euro. Das sind noch nicht einmal 5 % des Gesamthaushalts bei einer Einnahmendeckungsquote von über 40 %.

Es ist ein ehrenwertes Ziel, die Verschuldung begrenzen zu wollen. Dieses Ziel hätte man jedoch angesichts sprudelnder Einnahmen und des relativ geringen Volumens des Justizhaushalts auch dann erreichen können, wenn man die Vorschläge der SPD-Fraktion zu Beginn dieser Haushaltsberatungen beachtet hätte. Dann könnte die Justiz angemessen ausgestattet werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, stattdessen wird die hohe Leistungsbereitschaft und Loyalität der Mitarbeiter an den Gerichten und in den Justizvollzugsanstalten in einem Maße ausgenutzt, die der Fürsorgepflicht des Dienstherrn extrem widerspricht.

Es bleibt dabei, dass nach dem Personalbedarfsberechnungssystem - PEBB\$Y - zum Stichtag 31.12.2010 403 Richter und Staatsanwälte in Bayern fehlen. Diese Zahlen sind noch viel zu niedrig angesetzt. Die meisten bayerischen Staatsanwälte haben bis Ende März 2011 jeweils schon mindestens über 100 Überstunden geleistet. Das Jahr ist aber noch nicht zu Ende. Wöchentlich kommen acht bis 18 Überstunden hinzu, ohne Aussicht auf Abbau. Frau Staatsministerin, das sind nicht meine Worte. Das sind die Worte des Hauptstaatsanwaltsrats der bayerischen Justiz.

Meine Damen und Herren, wenn keine neuen Stellen ausgewiesen, sondern lediglich einige der 400 Stellen zurückgegeben werden, die durch die Arbeitszeitverlängerung gesperrt und eingezogen worden sind, bedeutet dies, dass die Staatsregierung, speziell das Justizministerium, den bekannten Missstand auch für die Zukunft hinnehmen will, obwohl die Aufgaben bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie im Justizvollzug von Jahr zu Jahr mehr werden. Der Verweis im Haushaltsausschuss, dass die Staatsregierung seit dem Jahr 2003 innerhalb von acht Jahren ganze 66 Stellen geschaffen hat - das sind pro Jahr ganze acht Stellen -, kann mit Verlaub nur als peinlich bezeichnet werden. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, dauert es zumindest noch 50 Jahre, bis der Fehlbestand ausgeglichen ist.

(Beifall bei der SPD)

Zur Steigerung der Motivation gibt es jetzt 71 Hebungen bei Richtern und Staatsanwälten. Das ist gut so. Da stimmen wir sofort zu. Das gleicht jedoch die Motivationskiller auf der anderen Seite, die Nullrunde beim Gehalt, die Wiederbesetzungssperre und die Absenkung der Eingangsgehälter, bei Weitem nicht aus. Im Übrigen, hinsichtlich der Wiederbesetzungssperren bewegen Sie sich an der Grenze zur Verfassungswidrigkeit. Hinzu kommt, dass 160 Stellen für Rechtspfleger fehlen und dass Bewährungshelfer in befristeten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Hinzu kommt auch noch, dass immer noch hunderte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Geschäftsbereich des Ministeriums nur befristet beschäftigt sind.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass es Ihnen zu gelingen scheint, 120 Stellen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln. Es bleiben aber immer noch 16,5 % befristete Beschäftigungsverhältnisse übrig.

Meine Damen und Herren, bei den Gerichtsvollziehern ist es nach wie vor so, dass über 100 Beamte ihren Dienst tun, ohne zum Gerichtsvollzieher ernannt und entsprechend bezahlt zu werden.

Ich möchte noch ein paar Anmerkungen zum Justizvollzug machen. In der letzten Legislaturperiode haben wir nach intensiven Beratungen ein neues bayerisches Strafvollzugs- und Jugendstrafvollzugsgesetz beschlossen. Die Probleme des Strafvollzugs sind damit aber noch nicht gelöst. Nach wie vor fehlen circa 1.500 Haftplätze. Etwa 40 % aller Gefangenen sind in Mehrfachhaftträumen untergebracht. Selbst in neuen Haftanstalten sind Einzelhafträume doppelt belegt. Von dem Ziel, alle Gefangenen in Einzelhaftträumen unterzubringen, sind wir ganz weit entfernt. Meine Damen und Herren, es gibt keine Gewissheit, sondern nur die Hoffnung, dass es, wenn es Nacht wird, in einer mehrfach belegten Zelle, bei uns nicht auch zu Vorfällen wie in Siegburg kommt und dass es keine Beschwerden zum Bundesverfassungsgericht über die Haftbedingungen gibt.

Noch problematischer ist, dass mehr als 800 Stellen im Justizvollzug fehlen, davon 650 im Vollzugsdienst. Die Personalausstattung im bayerischen Justizvollzug liegt im Vergleich zu allen anderen Ländern an letzter Stelle - kein Wort darüber. Bei den Bediensteten im Justizvollzug haben sich 350.000 Mehrarbeits- und Überstunden sowie 36.000 Tage noch nicht eingebrachter Urlaub angehäuft. Die Frau Ministerin hat im Haushaltsausschuss darauf hingewiesen, dass innerhalb von 20 Jahren von 1990 bis 2010 - ich hatte das Vergnügen, es miterleben zu dürfen - 1.000 zusätzliche Planstellen geschaffen worden sind. Im gleichen Zeitraum ist jedoch die Zahl der Gefangenen um 27 % gestiegen. Es ist allgemeine Meinung, dass die Gefangenen aus unterschiedlichsten Gründen immer schwieriger geworden sind. Es ist ebenfalls allgemeiner

Konsens, dass die Therapieangebote noch weiter ausgebaut werden müssen. Das geht nicht ohne mehr qualifizierte Mitarbeiter.

Jetzt haben Sie im Rahmen der Offensive "Aufbruch Bayern" verkündet, dass in Straubing eine ausbruchssichere neue Anstalt für Sicherungsverwahrte gebaut wird. Das ist ein schöner "Aufbruch". Zwar sind wir dafür, aber allein diese Begrifflichkeit - mit Verlaub - lässt Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Vorhabens aufkommen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben immer noch kein Untersuchungshaftvollzugsgesetz. Es sind immer noch keine ausreichenden Alarmeinrichtungen in den Justizvollzugsanstalten installiert. Es gibt aber noch viel zu tun.

Meine Damen und Herren, die Justiz und der Justizvollzug sind nicht nur kein Schwerpunkt dieser schwarz-gelben Koalition, sondern sie sind Stiefkinder. In diesen Tagen war zu vernehmen, dass die FDP der Meinung ist, in den letzten beiden Jahren seit ihrem Erscheinen auf der landespolitischen Bühne außerordentlich erfolgreich gewesen zu sein und den Koalitionsvertrag erfüllt zu haben. Da reibt man sich doch die Augen. Im Koalitionsvertrag heißt es wörtlich: "Wir streben die Verbesserung der Personalausstattung der Justiz mit 400 Stellen an." Es scheint sich alles nur um diejenigen Stellen zu handeln, die der Justiz durch die Verlängerung der Arbeitszeit vorher weggenommen worden sind. Das ist ein toller Erfolg für die FDP.

Meine Damen und Herren, in der Justiz und im Justizvollzug ist nicht alles schlecht - weiß Gott nicht. Ich möchte noch einmal den vielen engagierten Mitarbeitern in den Justizvollzugsanstalten und an den Gerichten ausdrücklich für ihre Arbeit danken.

(Beifall bei der SPD)

Aber es ist auch nicht alles gut. Es wird vor allem dann nicht besser, wenn die Justizministerin auf Mehrforderungen verzichtet und dabei die besondere Rolle der Justiz und ihrer Bedeutung für den Rechtsstaat aus den Augen verliert. Es ist schon proble-

matisch genug, dass die Justizverwaltung die Arbeitsbedingungen der unabhängigen Justiz definiert. Wenn alles auch noch schlecht gemacht und die besondere Rolle der Justiz nicht eingefordert wird, braucht sich niemand wundern, wenn die treuesten der Treuen, nämlich die Richterinnen und Richter, die Geduld verlieren und die Selbstverwaltung der Justiz einfordern.

Ich muss jetzt zum Ende kommen. Leider kann ich keine rechtspolitischen Themen mehr ansprechen wie die Sicherungsverwahrung, das Problem der Insolvenzgerichte, die besondere Behandlung des Gaddafi-Sohnes durch die Münchner Staatsanwaltschaft und den Umgang der Staatsanwaltschaft München mit linken Demonstranten gegen Rechtsextremisten. Darüber müsste man noch stundenlang reden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zum Verbraucherschutz möchte ich nur noch ein Wort sagen: Ein Nachweis dafür, dass die Umressortierung der Abteilung Grundsatzfragen des Verbraucherschutzes in das Justizministerium eine gute Idee war, ist bis heute nicht erbracht worden.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, Sie haben schon eine Minute überzogen.

Franz Schindler (SPD): Den Justizhaushalt müssen Sie schon selbst verantworten. Wir tun es nicht und stimmen deshalb auch nicht zu.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Radwan von der CSU-Fraktion.

Alexander Radwan (CSU): Herr Präsident, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten den Justizhaushalt. Positiv ist, Herr Schindler, darin stimmen wir überein, dass die Justiz in Bayern leistungsfähig, motiviert und gut ist. Das ist eine gute gemeinsame Basis. Zu Ihren Anmerkungen gegenüber Frau Ministerin Merk: Wir

müssen mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 den Spagat vollbringen, dass wir sparen wollen und müssen, da wir die Generationengerechtigkeit zum Ziel haben. Ein Haushalt, der zu 65 % von Personalausgaben geprägt ist, macht es schwer, diesen Weg zu gehen. Anders als Sie möchte ich - das wird Sie nicht verwundern - der Ministerin ausdrücklich dafür danken, dass sie in den Verhandlungen einerseits die Verantwortung für diesen Haushalt getragen hat und andererseits für die Mitarbeiter der Justiz gekämpft und herausgeholt hat, was möglich war. Sie hat schon früher Prioritäten gesetzt. Als Neuling habe ich mir die Zahlen geben lassen. Der Justizvollzug und die personelle Aufstockung dort war der Ministerin stets wichtig. Deshalb ist es nicht richtig, ihr zu diesem Punkt Vorhaltungen zu machen.

Der Haushalt hat auch Steigerungen erfahren. Ich erinnere daran, dass die Sachmittel erhöht wurden. Die geplanten Bauten der Justiz in München und Hof können weitergeführt werden, aber auch die Neubauten in Gablingen. Dort war ursprünglich ein Public-Private-Partnership-Projekt - PPP-Projekt - geplant. Dieses konnte wegen der schlechten Rahmenbedingungen nicht vollzogen werden. Ich weise aber darauf hin, dass dieses PPP-Projekt ein Lernmodell ist. Wir wollen PPP weiterhin prüfen und künftig die Möglichkeiten nutzen, um Baumaßnahmen voranzubringen. Gleiches trifft für die Neubauten in Straubing zu.

Vorhin wurde die Wiederbesetzungssperre kritisiert. Die Zeiten konnten verkürzt werden. Die Zahl der Hebungen, die motivationsfördernd sind, konnte auf 71 Stellen erhöht werden. Die Langzeitarbeitnehmer konnten in den Beamtenbereich übergeführt werden. Diese Maßnahmen konnten im Rahmen dieses Haushalts durchgesetzt werden.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Claudia Stamm? - Frau Stamm, bitte.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Radwan! Sie haben sich soeben auf PPP bezogen und davon gesprochen, dass wir aus den Fehlern lernen soll-

ten. Ich wundere mich darüber etwas, weil im Haushaltsausschuss, dem wir beide angehören, klar darüber diskutiert wurde, dass kein einziges PPP-Projekt geplant sei.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, bitte formulieren Sie eine Frage.

Claudia Stamm (GRÜNE): Es sollen also solange keine PPP-Projekte geplant werden, bis der Bericht der Obersten Baubehörde vorliegt, was 2014 sein wird. Ist Ihnen das auch so in Erinnerung?

Alexander Radwan (CSU): Ich weiß nicht, wie ich verstanden wurde. Ich habe nicht gesagt, dass PPP grundsätzlich gestorben sei, weil das ursprüngliche Projekt in Gablingen nicht umgesetzt wurde. Heißt das für Sie, dass es bereits gestorben ist?

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte keinen Dialog, die Zwischenfrage wurde bereits gestellt.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Die Frage ist nicht beantwortet!)

Herr Kollege Radwan, Sie sind am Wort.

Alexander Radwan (CSU): Wir werden unter Berücksichtigung des Berichts der Obersten Baubehörde PPP weiter verfolgen und dort, wo es Stärken hat, verwenden. Dort, wo es Schwächen hat, werden wir auf Verbesserungen achten. Ich sage nicht, dass PPP von Haus aus das Allheilmittel ist.

Der Haushalt hat einige Steigerungen. Für die ambulante Versorgung konnte eine Steigerung von 350.000 Euro für 2011 und 550.000 Euro im Folgejahr erreicht werden. Wegen der Verfahrensdauer gab es regelmäßig Kritik. Wir konnten die Verfahrensdauer bei der bayerischen Justiz im Durchschnitt senken. Regelmäßig wird Augsburg als Beispiel angeführt. Hier konnten die Justizministerin und das Justizministerium, bevor etwas publik wurde, rechtzeitig Einfluss nehmen. Die Bedin-

gungen vor Ort waren singulär. Ich halte es aber nicht für richtig, das auf die gesamte bayerische Justiz zu übertragen.

Ich danke der Justizministerin, dass sie die Arbeit der Verbraucherschutzverbände insbesondere finanziell weiterhin stützt. Sie leisten wertvolle Arbeit. Ich erinnere nur an den Schwerpunkt Fortbildung z.B. für Finanzdienstleistungen oder Internet oder Telefonbetrug. Dafür, dass sie diese Maßnahmen aufrecht erhält, danke ich der bayerischen Justizministerin.

Ich gehe davon aus, dass wir mit Blick auf den nächsten Haushalt sehr stark darum ringen werden, um die Vorgaben des Koalitionsvertrages zu erfüllen und insbesondere die Richterstellen anzuheben. Die Legislaturperiode dauert noch eine Zeit lang. Von daher bleibt das Ziel des Koalitionsvertrages bestehen.

Ich komme zum Eingangsstatement zurück. Die Ministerin hat entsprechend der Möglichkeiten die Fahne der Justiz hochgehalten, ist aber trotzdem der Verantwortung des Gesamthaushalts gerecht geworden. Dafür danke ich und hoffe auf Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Radwan, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenintervention von Frau Kollegin Claudia Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Ich habe eine Nachfrage, nachdem Sie meine Frage nicht beantwortet haben. Ich habe nicht gefragt, ob wegen Gablingen PPP-Projekte für immer beerdigt sind. Meine Frage war, ob wir im gleichen Ausschuss sind, in dem ein eindeutiger Beschluss gefasst wurde, dass kein einziges PPP-Projekt vonseiten der CSU-Fraktion angedacht wird, bis der Evaluationsbericht der Obersten Baubehörde vorliegt. Das soll im Jahr 2014 sein. Ich habe Sie dahingehend verstanden, dass Sie über neue PPP-Projekte sprechen, aber man aus den Fehlern der alten PPP-Projekte

lernen müsse. Ich meine, der Bericht wird völlig ignoriert, wenn Sie jetzt schon wieder über solche Projekte reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Radwan, Sie haben das Wort.

Alexander Radwan (CSU): Die erste Frage kann ich kurz und knapp mit ja beantworten. Wir sind im selben Ausschuss. Das war die erste Frage.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ha, ha, ha! - Christa Naaß (SPD): Wie witzig!)

Zweitens. Ich weiß gar nicht, weshalb Sie zu diesem Bereich so emotional reagieren, wenn ich sage - -

(Christine Stahl (GRÜNE): Das war nicht emotional, das war engagiert!)

- Das kam nicht von mir, sondern aus Ihren Reihen. Frau Kollegin, ich habe nicht "emotional" gesagt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wir haben das doch alle gehört!)

- Meinetwegen.

Ich habe gesagt, wir sollen von den Problemen aus PPP lernen. Deshalb will ich ansehen, woran Gablingen gescheitert ist. Zum Beispiel waren das die Finanzierungskosten. Gablingen ist unter anderem gescheitert, weil die Finanzierungskosten überproportional hoch waren. Bei konventionellem Bauen wäre PPP konkurrenzfähig gewesen. Die Struktur war so angelegt, dass PPP nicht realisiert werden konnte. Deshalb ist es legitim, über Konsequenzen nachzudenken, ohne ein weiteres, konkretes Projekt zu haben.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Streibl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. - Bitte sehr.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, wert Kolleginnen und Kollegen! Der hier vorgelegte Haushalt ist nicht bärenstark, wie der Ministerpräsident gestern gesagt hat, sondern er ist äußerst schwach. Er ist nur ein gewöhnlicher Sparhaushalt zulasten der Justiz als der dritten Gewalt im Staat. Hier muss man mit dem griechischen Dichter Äsop sagen: Gewohnheit macht selbst schlimme Dinge erträglich. Sie macht sie leider nur für die Koalition, aber nicht für uns erträglich. Wir halten das für unerträglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Frau Ministerin, Gewaltenteilung ist nicht nur ein Wort, sondern sie ist das Grundprinzip jeglicher rechtsstaatlichen Demokratie. Daher treten wir FREIEN WÄHLER für eine unabhängige, wohnortnahe und finanziell wie personell gut ausgestattete Justiz ein. Die Justiz in Bayern ist sicherlich noch effektiv und leistungstark - das aber dank der 2.581 Richter und Staatsanwälte sowie der unzähligen Menschen, die sonst noch in der Justiz beschäftigt sind und sich das Äußerste abverlangen, ja abringen, damit dieser Apparat - noch - funktionieren kann. Diesen Menschen gelten ausdrücklich unser Dank und unsere Hochachtung. Ihnen muss aber geholfen werden; denn die Justiz ist das System, das noch funktioniert, in das die Bürgerinnen und Bürger in Bayern noch Vertrauen haben. Wir müssen hier Einrichtungen und die Personaldecke schaffen, damit dies weiterhin möglich ist.

Für uns steht die Unabhängigkeit der Richter außer Frage. Aber auch insoweit kann man noch nachbessern. Wir müssen darauf hinwirken, dass die Staatsanwälte weisungsungebunden handeln können, das heißt, nicht den Weisungen externer Stellen unterliegen, und dass die Besetzungen aufgrund von Ausschreibungen erfolgen.

Die vielen Sparrunden der vergangenen Jahre haben dem Personalkörper der Justiz schwer geschadet. Beispielhaft dafür ist der Zusammenbruch der Strafabteilung am Amtsgericht Augsburg. Ein solcher Zusammenbruch kann in Bayern jederzeit an jedem Gericht passieren. Augsburg ist kein Einzelfall, sondern Augsburg ist überall.

Der Einzelplan, der hier vorgelegt wird, bringt keine Linderung der Personalnot in der Justiz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die PEBB§Y-Studie zeigt, dass bei Richtern und Staatsanwälten über 400 Stellen fehlen. Hier müssen wir nachbessern, damit der Justizkörper wieder gut arbeiten kann.

Der Umstand, dass viele Richterinnen und Richter in absehbarer Zeit die Altersgrenze erreichen werden, wird die Justiz weiter belasten. Das Arbeitspensum wird immer weiter steigen. Es wird sich so drastisch erhöhen, dass die Justiz "am Anschlag" tätig ist.

Wir müssen einen neuen Weg einschlagen. Der falsche Weg ist der, den die Staatsregierung einschlägt; sie verlangt nämlich eine Wiederbesetzungssperre von zwölf Monaten. Dadurch werden noch mehr Stellen nicht besetzt. Eine effektive Rechtspflege ist dann nicht mehr möglich. Hinzu kommt, dass die Steuereinnahmen im vergangenen Jahr deutlich höher waren, als vermutet worden war. Auch für die Jahre 2011 und 2012 sind mehr Steuereinnahmen zu erwarten. Angesichts dessen kann eine Wiederbesetzungssperre nur als Hohn verstanden werden. Letztlich ist sie ein Schlag in das Gesicht der Justitia.

Gegen diese Wiederbesetzungssperre haben wir auch grundsätzliche verfassungsrechtliche Bedenken. Im Jahr 1985 gab es sie schon einmal, allerdings nur für sechs Monate. Davon waren ungefähr 17,8 % der Stellen in der Justiz betroffen. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat geurteilt, dass das gerade noch hinnehmbar sei. Von der nunmehr vorgesehenen zwölfmonatigen Wiederbesetzungssperre wären ungefähr 52 % der Stellen betroffen. Das kann nicht mehr hinnehmbar sein. Damit wird der Grundsatz des gesetzlichen Richters ausgehebelt. Der rechtsuchende Bürger wird im Grunde im Stich gelassen. Auch hier muss nachgebessert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wenn man die vorherige Rede gehört hat, könnte man den Eindruck gewinnen, dass sich Justiz in manchen Augen auf Strafverfolgung und Strafvollzug, das heißt auf den Sicherheitsaspekt, beschränke. Justiz ist aber mehr; das zeigt schon der große Komplex der Zivilgerichtsbarkeit. Der normale rechtsuchende Bürger, der effektiven Rechtsschutz braucht, muss diesen in angemessener Zeit erlangen können. Hierzu brauchen wir das entsprechende Personal.

Deswegen fordern wir mehr Stellen für Richter und Staatsanwälte. Wir verlangen aber auch mehr Stellen für Gerichtsvollzieher. Es gibt 110 Personen, die entsprechend geprüft sind und seit Jahren ihren Dienst tun, die aber - wohl aus Spargründen; etwas anderes kann man sich nicht vorstellen - noch nicht zum Gerichtsvollzieher ernannt worden sind.

Ähnlich stellt sich die Beförderungssituation bei Justizfachwirten dar. Diese muss verbessert werden. Dazu haben wir entsprechende Anträge gestellt.

Im bayerischen Justizvollzug fehlen insgesamt 800 Bedienstete, davon 650 im allgemeinen Vollzugsdienst. Die Überbelegung der JVA's und die Zunahme der Aufgaben im Justizvollzug müssen ihren Niederschlag auch in der Personalausstattung finden. Geschieht dies nicht, können wir uns einen sicheren Justizvollzug "abschminken".

Hinzu kommt die hohe Arbeitsbelastung der Justizwachtmeister. Wir fordern zwar mehr Sicherheit in Gerichtssälen, aber das Personal, das dafür sorgen soll, fehlt. Mindestens 100 Planstellen sind zu schaffen, damit die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gerichtssälen während der Verhandlungen möglich ist.

Wir fordern 40 zusätzliche Stellen für Rechtspflegeranwärter. Auch dieser Berufszweig ist mit dem Problem der Überalterung konfrontiert, und es herrscht generell ein Mangel an Rechtspflegern. Wir müssen schon bei den Anwärtern beginnen, das heißt, es müssen genug Nachwuchskräfte ausgebildet werden, damit sie in ein paar Jahren nachrücken können. Im vergangenen Doppelhaushalt war dafür jedoch keine einzige Stelle vorgesehen.

Des Weiteren fordern wir eine unabhängige Justiz, die das Gut der Rechtsprechung absolut sichert. Deswegen sind, wie ich vorhin schon sagte, alle Stellen in der Justiz auszuschreiben, auch die der Präsidenten der Oberlandesgerichte und des Generalstaatsanwalts. Dort sollen keine politischen Besetzungen stattfinden.

Wenn gesagt wird - Herr Schindler, Sie haben es vorhin so schön formuliert -, die Justizministerin sei sozusagen Staatssekretärin bzw. Erfüllungsgehilfin des Finanzministers, dann muss man sich die Frage stellen, ob sich die Justiz nicht besser selbst verwalten würde. Wenn sie die Mittelhoheit hätte und ihre Verwaltung selbst in die Hand nehmen könnte, könnte sie auch eigenständig agieren.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat am 30.09.2009 dazu aufgefordert, in Europa ein System der Selbstverwaltung der Justiz zu schaffen. Was das angeht, hinken wir in Deutschland hinterher. Im ENCJ, einem Netzwerk von Justizverwaltungsinstitutionen der EU-Mitgliedsländer, ist Deutschland nur als Beobachter vertreten, weil es hier in den Augen der anderen keine selbstständige Justiz gibt. Von daher gibt es durchaus Ansprüche und Forderungen, denen wir uns auch stellen müssen. Es wäre interessant, darüber nachzudenken, ob wir die Autonomie hinsichtlich der Mittelverwaltung und der Verantwortung nicht direkt bei der Justiz ansiedeln sollten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Nach unserer Meinung ist eine selbstverwaltete Justiz eine Bereicherung für die Unabhängigkeit der Justiz und letztlich für die demokratische Rechtsstaatlichkeit.

Man muss auch in diesem Haushalt feststellen: Die Justiz in Bayern ist nicht gut aufgestellt. Das müssen wir ändern. Das ist unsere Pflicht als Legislative. Wir müssen das fordern, damit wir wieder mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Bayern haben. Wir wollen uns nicht - in den Worten Martin Luthers - vorwerfen lassen: "Ein Jurist - ein schlechter Christ".

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege Streibl. - Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Stahl. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Stahl (GRÜNE): "Auf hoher See und vor Gericht sind wir allein in Gottes Hand." Diesen Satz, sehr geehrter Herr Präsident, meine Herren und Damen, konnte ich, ehrlich gesagt, noch nie leiden. Diesem Satz wohnt keinerlei Gestaltungswille inne. Er verlagert die Verantwortung für das Hier und Jetzt auf eine Meta-Ebene und impliziert, dass Gerechtigkeit eher etwas Zufälliges sei. Das Justizministerium zeigt bei seinem Haushalt im Übrigen sehr viel dieses Gottvertrauens. Ich glaube, wir dürfen nicht zulassen, Frau Justizministerin, dass Rechtsetzung und Rechtsumsetzung davon abhängen, ob der Himmel gerade gut gelaunt ist und ob wir in einem Bundesland leben, das, wie Kollege Schindler es schon angesprochen hat, mehr für die Justiz ausgibt.

Ich stelle einen kurzen Vergleich an. In Bayern werden 4,28 % des Gesamthaushalts für die Justiz ausgegeben. Zu schwarzen Zeiten waren es in Nordrhein-Westfalen 6,5 % und in Rheinland-Pfalz zu ebenfalls schwarzen Zeiten 5,28 %.

Sie rühmen sich in Bayern einer durchschnittlich kurzen Verfahrensdauer. Man mag glauben, dass Bayern tatsächlich niemals Entschädigungszahlungen an die Bürger wegen überlanger Verfahren leisten müssen, zumal das Gesetz so ausgestaltet ist, dass kaum jemand in diesen Genuss kommen wird.

Aus meiner Sicht ist es so, dass es zuvorderst gar nicht um Entschädigungszahlungen gehen wird, sondern dass die Probleme in Bayern viel früher beginnen.

Ich gehe jetzt einmal von einem Fall aus, der zugegebenermaßen sehr extrem ist, von dem ich aber glaube, dass sich in ihm außerordentlich viel kumuliert hat. Wie ist bitte schön zu erklären, dass vier erwachsene Menschen ein Geständnis für einen Mord ablegen, den sie nie begangen haben? Angeblich wurde ein Familienangehöriger zer-

teilt und an die Hofhunde verfüttert. Dann hat man aber plötzlich seine Leiche in einem Fluss aus einem Mercedes gezogen.

Diese vier erwachsenen Menschen haben über fünf Jahre im bayerischen Strafvollzug verbracht. Natürlich erlaube ich mir da die Frage: Wie kann so ein Fehlurteil zustande kommen? Hat es im Vorfeld lediglich falsche Ermittlungen gegeben? Oder haben sich hier, wie von mir befürchtet - aber ich harre da Ihres Antwortschreibens -, Dinge im Vorfeld kumuliert, die zu einem solchen Exzess geführt haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kann es vielleicht sein, dass die personelle und finanzielle Ausstattung bei den mittleren Behörden nicht ausreicht und dass der Zeitdruck, unter dem die Ermittler stehen, und der öffentliche Druck, den es auch gibt, zusammen dazu geführt haben, dass Tatverdächtige unter Druck gesetzt wurden? War es unter Umständen so, dass Zeuginnen und Zeugen - für so etwas gibt es ja Belege - aus Kostengründen oder wegen eines Zeitdrucks nicht vernommen worden sind?

Diese armen Menschen haben einen Freispruch zweiter Klasse erhalten, im Übrigen aber keine Haftentschädigung. Sie würden auch wegen überlanger Verfahren keine Entschädigung bekommen. Aber sie saßen über fünf Jahre unschuldig in Haft. Sie saßen in einem Strafvollzug, in dem es an rund 650 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sowie an zusätzlicher Betreuung fehlt, die kaum stattfindet. Sechs Stellen für Anstaltsärzte sind nicht besetzt. Zur Durchführung der Sozialtherapie fehlt es an den baulichen Voraussetzungen.

Wer die vier Freigesprochenen beim Übergang in die Freiheit betreut hat, weiß ich nicht. Glücklicherweise haben sie keinen Bewährungshelfer benötigt. Denn die Bewährungshilfe hat mit einem Bewährungshelfer auf ca. 100 Probanden ausreichend zu tun. Ob Bewährungshelfer wirklich Hilfe hätten leisten können, wage ich zu bezweifeln.

Ich zitiere aus einem Brief eines Strafgefangenen aus Straubing:

Selbst als Gefangener muss ich bei sachlicher Betrachtung erkennen, dass das System hier nur durch den außergewöhnlich großen Einsatz des Personals über die Runden kommt.

Er spricht von fahrlässig großer Überstundenbelastung. Er führt weiter aus:

Wie lange kann man einen Beamten hier nach zwei Wochen Dienst am Stück unter Dauerbelastung seine zunehmend anwachsende Anzahl von Überstunden vor sich herschieben lassen?

Er schreibt:

Der Personalschlüssel der Fachdienste ist hier so gering, dass zwei Psychologen für ca. 400 teils sehr schwierige Gefangene zuständig sind.

So gut - so hoffnungslos, sage ich dazu. Weiter:

Die für uns zuständige Mitarbeiterin des Sozialdienstes hat sich in ein anderes Bundesland versetzen lassen. Die Stelle ist für 12 Monate unbesetzt. Hier hat sich ein Sozialarbeiter um ca. 250 Gefangene zu kümmern.

Wir sind weit gekommen, wenn mittlerweile sogar Strafgefangene Mitleid mit ihren Bewachern haben. Ich habe jedoch eine andere Vorstellung vom Strafvollzug.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Nun gut. Man könnte auch sagen: Wenigstens sorgt sich, wie es auch die Justizministerin gesagt hat, das Justizministerium um unsere Sicherheit. Ich verweise hier auf eine Pressemitteilung vom 31. Januar 2011 zum Pilotprojekt Mobilfunkunterdrückung in JVs.

Es sind zwei Anlagen angeschafft worden, die technisch zur Unterdrückung überhaupt nicht taugen. Was hat das gekostet?

Über die Medien werden immer wieder die Hardliner-Forderungen mitgeteilt, ohne dass die dafür notwendige Infrastruktur, wie etwa Therapieplätze oder Spezialeinrichtungen, in der Sicherungsverwahrung vorgehalten werden kann. Wir werden uns nächste Woche in einem Fachgespräch zur Neuausrichtung der Sicherungsverwahrung in unserer Fraktion austauschen.

Klar sollte sein: Die Neukonzeption, die in der Justizministerkonferenz beschlossen worden ist, wird wohl kaum umgesetzt werden können, wenn man bedenkt, an welchen Stellen es an Geld fehlt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In jeder Pressemitteilung eines jeden bayerischen Ministeriums ist mittlerweile zu lesen, dass wir mit dem Haushalt den Steuerzahlern und der Zukunft unserer Kinder verpflichtet sind. - Sie sehen mich hier intensiv nicken. Das kann man in das Protokoll so leider nicht aufnehmen.

Natürlich sind wir den Steuerzahlern verpflichtet. Aber wir sind auch verpflichtet und gefordert, unseren Kindern ein funktionierendes Justizsystem zu übergeben, wie es Herr Schindler und auch Sie, Herr Streibl, gesagt haben. Es ist die dritte Staatsgewalt. Wir sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass das, was die Bürger in Zivil-, Familien-, Sozial-, Straf- und Verwaltungsgerichtsverfahren haben möchten, umfassend und ausreichend behandelt wird. Ein gestaltender Strafvollzug muss für mehr Sicherheit sorgen, weil er nicht nur Taten sühnt, sondern auch resozialisiert.

Gläubiger müssen zeitnah zu ihrem Recht kommen. Ich bin ziemlich sicher, dass die Veranstaltung der Gerichtsvollzieher am Samstag in Regensburg keine Jubelveranstaltung für die Justiz wird.

Schuldner müssen nach einem Insolvenzverfahren wieder auf die Beine kommen können.

Der Schutz von Kindern findet nicht nur im Internet statt, sondern beginnt schon dadurch, dass man im Sorgerecht darauf angewiesen ist, ordentliche Gutachten erstellen zu lassen, die aber nichts kosten dürfen, weil es den Etat belasten würde.

Die Beschleunigung von Verfahren darf auch nicht auf Kosten des rechtlichen Gehörs oder einer umfänglichen Beweiserhebung gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kinder haben ein Recht darauf, dass diejenigen, die im Justizdienst arbeiten, nicht mit Akten unter dem Arm nach Hause kommen und überarbeitet und ausgelaugt sind. Diese Beamten müssen doch auch für ihre Familien Zeit haben.

In diesen Zeiten knapper Ressourcen verbietet sich jede personelle Energieverschwendung. Ich fordere Sie deswegen auf, kostbare Zeit nicht damit zu verschwenden, sich in einen Wettlauf mit dem Innenminister zu begeben, wenn es um den Abbau von Bürgerrechten geht. Sparen Sie sich die Zeit, die Sie für Pressemitteilungen z. B. zur Vorratsdatenspeicherung aufwenden. Kümmern Sie sich lieber um den Schutz der Verfassung. Damit wären Sie in diesem Haus ausgelastet.

Ich verstehe gut, dass Sie versuchen, mit der Staatskanzlei mitzuhalten, die hier wirklich ein schlechtes Beispiel gibt. Wir erinnern uns noch an den Internetauftritt von Ministerpräsident Seehofer, der seinen Beamten geschrieben hat, um Verständnis für seine Politik zu bekommen. Das Blöde war, dass alle Beamten zurückgeschrieben haben. Zur Beantwortung ihrer Schreiben musste eine feste Stelle eingerichtet werden, damit die Kommentare, die sicher nicht nur positiv waren, in einer vertretbaren Zeit bearbeitet werden konnten. Nehmen Sie sich daran bitte kein Beispiel. Sparen Sie den Aufwand. Machen Sie eine ordentliche Politik. Dann werden Sie keine negativen Mails von Ihren Mitarbeitern bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit aber nicht genug. Zu der seit Jahren personell und finanziell schwierigen Situation gesellt sich ein weiteres Problem: die gegenseitige Blockade in der schwarz-ge-lben Koalition. Ich denke da an das Untersuchungshaftvollzugsgesetz. Dieses ist übr-i-gens schon herausgegeben. Man kann es lesen. Ich lese darin schon seit einer Woche. Seit über einem Jahr sollte es schon vorliegen.

Wir haben aber auch noch eine ganze Reihe anderer Themen gehabt, bei denen man sich fragen muss, ob man sich einen Gefallen tut, wenn man sich gegenseitig blo-ckiert.

Ich könnte als Rechtspolitikerin und Bürgerrechtlerin sagen: Wenn die FDP blockiert, könnte am Ende vielleicht etwas Gescheites herauskommen. Aber das ist leider nicht so, Herr Fischer. Wir warten z. B. immer noch auf den unabhängigen Datenschutz und anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere mich auch sehr gut daran, wie Herr Zeil mit dem Bestattungsgesetz und der Kinderarbeit umgeht. Sein letzter Erguss ging hier durchs Haus. Er hat überhaupt nichts verstanden. Aber wir werden an anderer Stelle darüber noch einmal diskutie-ren. Ich glaube allerdings, dass sich die FDP aus dieser Haushaltsdebatte inhaltlich so-wieso verabschiedet hat. Herr Rohde hat sich bereits gestern in den "Nürnberger Nachrichten" zu den Spielhallen zitieren lassen. Ich fand das sehr apart, was er da sagte. Das sei eine Bagatellsteuer; sie bringe landesweit nur 40 Millionen Euro. Lieber Herr Rohde, wenn ich diese 40 Millionen Euro für unseren Justizhaushalt hätte, ginge es mir etwas besser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dieser Situation von Peanuts zu reden, halte ich schlichtweg für falsch.

Meine Redezeit ist zu Ende. Elf Minuten im Schweinsgalopp zu diesem Thema zu reden, ohne dann auch noch auf den Verbraucherschutz eingehen zu können, den ich

ebenfalls für ein sehr wichtiges Thema halte, ist Körperverschüttung an mir. Es ist vielleicht weniger Körperverschüttung für Sie, denn Sie werden dafür ja auch gut bezahlt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Meinem Arbeitskreis danke ich im Übrigen nicht; er macht einfach seinen Job.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke sehr, Frau Kollegin Stahl. Nächster Redner ist Herr Dr. Fischer. Weil ich Sie gerade sehe, Herr Kollege Rohde. Ich weiß nicht, ob Ihnen schon zu Ihrem heutigen Geburtstag gratuliert wurde.

(Zurufe: Ja!)

Nun gut, das hat möglicherweise nicht jeder mitgekommen, also hole ich das für alle nach, die das noch nicht wissen. Alles Gute noch einmal!

Herr Dr. Fischer, bitte sehr.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, Frau Staatsministerin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle stehen in der Verantwortung für die kommenden Generationen. Ich möchte zunächst der Staatsministerin der Justiz eine vorbildliche Mitwirkung an der Konsolidierung des bayerischen Staatshaushaltes bestätigen. Als Rechtspolitiker, der ich in erster Linie bin, möchte ich allerdings hinzufügen: Für meinen Geschmack war es eine fast schon zu vorbildliche Mitwirkung.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich ist der den Justizhaushalt abdeckende Einzelplan 04 knapp gehalten. Natürlich wird er der Verantwortung für kommende Generationen gerecht, aber natürlich wird auch hier der Gürtel enger geschnallt. Und immer, wenn man den Gürtel enger schnallt, muss man aufpassen, dass genug Luft zum Atmen bleibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, es scheint Ihr Vorrecht zu sein, Forderungen zu stellen, ohne Finanzierungsvorschläge zu machen oder mit unrealistischen Finanzierungsvorschlägen zu kommen.

Ein solcher unrealistischer Finanzierungsvorschlag kommt von Ihnen, Frau Stahl; Sie übersehen nämlich bei Ihrer Berechnung, dass auch die Erhebung einer solchen Steuer Geld kostet.

(Beifall bei der FDP - Jörg Rohde (FDP): Und auch Prozesskosten!)

Auch scheint es ein Vorrecht der Opposition zu sein, alles pauschal schlechtzureden. Kollege Streibl, Ihre Zweifel an der Unabhängigkeit der Justiz und Ihre Vorhaltungen bezüglich politischer Stellenbesetzungen sind unangemessen; ich weise sie zurück.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der CSU: Oh, oh!)

Ihre Vorhaltung, die Justiz sei nicht gut aufgestellt, ist ebenso falsch. Man könnte danach den Eindruck gewinnen, die bayerische Justiz stehe vor dem Zusammenbruch und würde nicht mehr funktionieren. Das kann und will ich so nicht stehenlassen. Im Gegenteil. Die Statistik ist hervorragend.

(Christa Naaß (SPD): Das stimmt nun wirklich nicht!)

Im bundesdeutschen Vergleich kann sich die bayerische Justiz sehen lassen mit einer Verfahrensdauer von 3,9 Monaten vor den Amtsgerichten in Bayern und von 4,6 Monaten im Bund. Bei den Landgerichten liegt Bayern im Bundesvergleich auf Platz vier in Zivilsachen und auf Platz eins in Strafsachen. Das ist eine hervorragende Leistung all derer, die im Justizbereich tätig sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang allen Angehörigen des Justizdienstes, Richtern, Staatsanwälten und Rechtspflegern, meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist aber auch eine Frage der Ehrlichkeit zuzugeben, dass die Richter und Staatsanwälte in Bayern unter schwierigen Bedingungen arbeiten und dass Belastungen von 114 % bei Richtern und 119 % bei Staatsanwälten, wie sie das Personalberechnungssystem PEBB§S ermittelt, nicht hinzunehmen sind. Es fehlen Richter und Staatsanwälte in Bayern; es fehlen Rechtspfleger. Die Folge ist, dass viele am Rande der Belastbarkeit arbeiten und manche darüber hinaus.

(Christa Naaß (SPD): Also hat er doch recht!)

Kollege Schindler, Sie haben die Koalitionsvereinbarungen angesprochen. Ja, in dieser Koalitionsvereinbarung steht, dass die Personalausstattung der Justiz um 400 Stellen zu verbessern ist. Es geht hier nicht um diese 98 Stellen, die durch unser gehaltenes Wahlversprechen mit der Rückkehr zur 40-Stundenwoche bei den Beamten verbunden sind. Es geht darum, dass von diesen 400 Stellen 234 Stellen umgesetzt sind und davon über 200 im Bereich des Strafvollzugs, wo sie dringend nötig waren. Wir haben den ersten Teil unseres Versprechens gehalten.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage aber auch genauso offen, dass auch der zweite Teil noch gehalten werden muss. Es fehlen noch Stellen. Die Legislaturperiode ist noch nicht zu Ende. Deshalb möchte ich schon heute nicht nur auf den Haushalt 2013/2014, sondern auch auf den Nachtragshaushalt verweisen. Der Grundsatz, dass hier keine Personalausgaben erfolgen, kann und darf für den Bereich des Einzelplanes 04 keine Gültigkeit haben.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Denn sonst werden wir die Spitzenposition, die Bayern im Bereich der Rechtspflege hat, nicht halten können. Eine funktionierende Rechtspflege ist nicht nur ein Gebot, das für jeden Rechtsstaat selbstverständlich sein sollte, sondern sie ist auch ein wesentlicher Standortvorteil für unser Land.

Frau Staatsministerin, ich versichere Ihnen, Sie werden auch bei den Verhandlungen zum Nachtragshaushalt die FDP an Ihrer Seite haben.

(Beifall bei der FDP)

Es freut mich heute aber umso mehr, auch einige positive Dinge ansprechen zu können, weil ich es nicht so mache, wie die Opposition, alles schlechtzureden. Ich spreche von den kostenwirksamen Hebungen im Bereich der Richter und Staatsanwälte. Ich spreche von den deutlichen Strukturverbesserungen und den Beförderungsmöglichkeiten in allen Bereichen. Ich spreche auch bei den Gerichtsvollziehern, wo wir eine äußerst schwierige Situation haben - das gilt es einzuräumen -, davon, dass 30 zusätzliche Ernennungsmöglichkeiten im Eingangsamt bestehen und dass der dort bestehende Ernennungsstau zumindest abgebaut werden kann.

Damit kein Missverständnis aufkommt: All das war notwendig, und es ist alles andere als ein staatlicher Gnadenakt. Aber in Zeiten eines so konsequenten Sparkurses, wie wir ihn erleben, sind selbst notwendige Mehrausgaben nicht selbstverständlich.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Kollege Fischer, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Stamm?

Dr. Andreas Fischer (FDP): Am Ende. Meine Zeit ist ziemlich knapp.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Dann fahren Sie bitte fort.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Ich spreche auch davon, dass wir unser Versprechen gehalten haben und die Arbeitszeitverkürzung für die Beamten und Richter kommen wird. Das bedeutet 98 neue Stellen. Ich habe es vorhin bereits erwähnt. Es ist richtig so.

Ein Lichtblick ist auch bei den Baumaßnahmen zu sehen. 45 Millionen Euro gibt es hier im Jahr 2011 und 77 Millionen Euro im Jahr 2012. Alleine für die Justizvollzugsan-

stalt Gablingen schlagen 17 Millionen Euro zu Buche. Das sind keine Luxusaufwendungen; das alles betrifft nur das Allernotwendigste.

Schmerzliche Einschnitte haben wir leider auch in anderen Bereichen. Ich spreche den Opferschutz an. So muss beispielsweise die Bezuschussung des Vereins "Ausgleich München e.V." mit 120.000 Euro beendet werden.

(Christine Stahl (GRÜNE): Warum?)

Die Staatsministerin der Justiz versucht, hier weiterzuhelfen, indem man bei der Auswahl der Zuwendungsempfänger von Geldauflagen durch die Staatsanwaltschaft diesen Verein und alle, die für den Opferschutz tätig sind, weiter fördern wird. Diese Idee ist richtig, aber ihre Umsetzung wird genau zu beobachten sein. Ansonsten sind auch hier Nachbesserungen unumgänglich.

Ich spreche auch den Verbraucherschutz an. Die Verbraucherzentrale e. V. und der Verbraucherservice im Katholischen Deutschen Frauenbund leisten hervorragende Arbeit. Hier sind Dank und Anerkennung angebracht. Sie unterhalten ein flächendeckendes Netz von derzeit 31 Beratungsstellen. Ich bin froh, dass die Unterstützung in diesem Bereich aufrechterhalten werden konnte. Ich sage aber auch, die dringend notwendige Erhöhung des Stellenplans, die ich mir gewünscht hätte, ist aufgrund der angespannten Haushaltssituation nicht möglich.

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich appelliere an Sie: Stimmen Sie dem Einzelplan 04 zu, auch wenn er schwierige Einschnitte enthält. Ich appelliere zugleich an unseren Koalitionspartner und hier insbesondere an die Haushaltspolitiker: Lassen Sie Ihre Staatsministerin der Justiz nicht im Regen stehen. Das hat weder sie verdient noch haben es die Beschäftigten in der Rechtspflege und im Strafvollzug verdient, die eine hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Frau Stamm hat nun das Wort zu einer Zwischenbemerkung. Bitte sehr.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Fischer, seit gestern wabert hier der Mythos der angespannten Haushaltssituation durch den Raum. Das finde ich sehr erstaunlich. 2010 und 2011 sind durch Steuermehreinnahmen ziemlich gute Jahre. Im Jahr 2010 werden es voraussichtlich 31,4 Milliarden Euro sein. - So viel zum Mythos.

Zum anderen möchte ich Sie fragen, ob Sie schon einmal mit dem Finanzminister geredet und ihn gefragt haben, ob er endlich den Doppelhaushalt abschafft. Wir hören die ganze Zeit - jetzt auch wieder von Ihnen -, dass im Nachtragshaushalt am Stellenplan des Justizhaushalts, Einzelplan 04, gedreht wird. Es ist aber gar nicht zulässig, schon mit dem Nachtragshaushalt zu argumentieren, wenn der Doppelhaushalt aufgestellt wird. Die Haushaltsordnung lässt das nicht zu.

Haben Sie mit Herrn Fahrenschon bereits darüber geredet, wann Sie den Doppelhaushalt abschaffen werden?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte sehr, Herr Kollege Fischer.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Frau Kollegin Stamm, Sie können gerne selbst mit dem Herrn Staatsminister sprechen und ihm Ihre Vorschläge unterbreiten.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Unsere Anträge sind abgelehnt worden!)

Ich sage Ihnen hier so viel: Es ist schwer genug gewesen, einen ausgeglichenen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung auf den Weg zu bringen. Es ist schwer genug gewesen, nicht auf Kosten der nächsten Generation zu leben, so wie es Ihre Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen tun.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wir halten es mit einer konsequenten und verantwortungsbewussten Politik. Einen vernünftigen Finanzierungsvorschlag für die Mehrausgaben habe ich leider nicht gehört.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege.

Zu Ihrer Orientierung, meine Damen und Herren: Es sind jetzt noch zwei Redebeiträge angemeldet. Dann folgen die Abstimmungen über die Änderungsanträge, davon zwei in namentlicher Form. Das wird also in Kürze der Fall sein.

Frau Kollegin Guttenberger ist die nächste Rednerin. Anschließend erhält Frau Staatsministerin Dr. Merk das Wort. - Bitte sehr, Frau Guttenberger.

Petra Guttenberger (CSU): Herr Präsident, Frau Staatsministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsplanberatungen haben immer ihren eigenen Zauber. Wir haben heute sehr viel darüber gehört, wie man bestmöglich weitere Stellen und anderes schaffen könnte. Als Rechtspolitikerin würde ich dem voll und ganz zustimmen und würde das auch nachhaltig unterstützen. Aber ich halte es ebenfalls für wichtig, dass wir als Abgeordnete des Bayerischen Landtags auch Verantwortung darüber hinaus übernehmen, nämlich dafür, dass wir einen Haushalt aufstellen, der sich nicht immer wieder aus neuer Verschuldung speist, der nicht immer wieder Perspektiven auf Kosten nachfolgender Generationen, die die Zinsen und Zinseszinsen zahlen müssen, eröffnet. Deshalb gilt es, eng abzuwägen. Uns allen, die wir hier sitzen, ist bewusst, dass ein funktionierendes Rechtssystem für die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen eines Landes wichtig ist, dass Rechtssicherheit ein wichtiges Fundament ist. Aber hier gilt es abzuwägen.

Ich muss offen sagen: Der Begriff des Stiefkindes, geprägt von Herrn Schindler, hat mich jetzt doch einigermaßen überrascht. Ich glaube nicht, dass man für ein so ge-

nanntes Stiefkind eine neue Justizvollzugsanstalt in Gablingen baut, dass man eine neue Einrichtung für Sicherungsverwahrung auf dem Gebiet der Justizvollzugsanstalt Straubing auf den Weg bringt, das Justizgebäude in Nürnberg saniert, neue Möglichkeiten für die Unterbringung von Justizbediensteten in Hof schafft und sich auch im Süden Münchens mit einem neuen Justizzentrum befasst. Das tut man, um es einmal so auszudrücken, für Stiefkinder eher nicht.

Eines ist natürlich richtig: In diesem Haushalt werden keine neuen Stellen geschaffen. Und es ist auch richtig, dass 65 % des Justizhaushalts auf Personalkosten entfallen. Aber zum einen - darauf hat Herr Kollege Fischer richtigerweise hingewiesen, und das darf man auch nicht aus den Augen verlieren - sind noch Stellen aus dem Koalitionsvertrag offen, die wir bis zum Ende der Legislaturperiode entsprechend umsetzen werden. Ich hoffe, wir werden das sogar aufstocken können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Andreas Fischer - Zuruf von der SPD: Einer klatscht!)

Wir dürfen zum anderen auch nicht übersehen, dass sich durch die anstehende Arbeitszeitverkürzung positive Auswirkungen ergeben werden, und wir dürfen auch nicht darüber hinwegsehen, dass bereits seit 2003 eine Vielzahl neuer Stellen geschaffen und insoweit bereits wichtige Akzente gesetzt wurden. Auch stehen wir keineswegs so schrecklich da, wie das hier anklingt. Es wurde gesagt, Augsburg sei überall, und die Justiz stehe vor dem Kollaps.

(Harald Güller (SPD): Wie ist es denn sonst?)

Die Gründe für Augsburg waren örtlich bedingt. Sie lagen in der Organisation und in einer massiven Häufung von Krankheitsfällen.

(Harald Güller (SPD): An wenig Personal ist es halt gelegen!)

Das war also kein strukturbedingtes, sondern ein rein örtliches Augsburger Problem.

(Harald Güller (SPD): So ein Quatsch!)

Dies war sozusagen kein schlechtes Omen für die gesamte Justiz. Wir müssen doch die Erledigungszeiten sehen. Bei uns in Bayern sind es 2,7 Monate, in anderen Bundesländern sind die Bearbeitungszeiten wesentlich höher. Dort gibt es eine Schwankungsbreite von 2,8 bis 5,4 Monaten. Auch darüber sollten wir nicht hinwegsehen.

(Harald Güller (SPD): Das ist doch wohl nicht Ihr Verdienst, oder?)

Woran liegt das? Das liegt daran, dass wir hervorragend motivierte, hoch kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Justiz haben, denen ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich meinen Dank sagen möchte und deren Arbeit wir auch in ganz besonderer Weise würdigen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wie denn?)

Wir müssen auch sehen, dass bei den offenen Verfahren nicht etwa eine Zunahme zu verzeichnen ist, die den herannahenden Kollaps ankündigen würde. Nein, in den letzten drei Jahren ist die Anzahl der Verfahren sogar leicht zurückgegangen. Also auch hier sehe ich keinesfalls, dass die Justiz schlecht aufgestellt wäre.

Lassen Sie mich auch ein Wort zu den Wiederbesetzungssperren sagen. Die Wiederbesetzungssperre und das Recht auf den gesetzlichen Richter sind immer eine Gratwanderung. Das sehen wir auch so. Auch wir kennen die klare Rechtsprechung in diesem Bereich, zum Beispiel zu den R-1-Richtern. Deshalb sind wir froh, dass wir eine Regelung gefunden haben, die ganz klar dahingehend zu verstehen ist, dass bei R-1-Richtern im Einzelfall regelmäßig eine Verkürzung auf drei Monate zu erfolgen hat und auch erfolgen kann. Ich will auch nicht verhehlen, dass es weitgehende Ausnahmen von der Wiederbesetzungssperre gibt. Auch dazu habe ich von der Opposition keine Silbe gehört. Zum Beispiel gibt es eine ermäßigte Wiederbesetzungssperre von sechs Monaten für Präsidenten, Vizepräsidenten und Direktoren von Amtsgerichten, für Richter bei den Oberlandesgerichten und bei den Landgerichten der Besoldungsgrup-

pe R 1, bei den Amtsgerichten für Richter der Besoldungsgruppe R 2, für Generalstaatsanwälte, für den gehobenen Rechtspflegerdienst, für Bewährungshelfer, für Beamte des mittleren Justizdienstes und so weiter. Keine Wiederbesetzungssperre gibt es zum Beispiel im Bereich der Vorsitzenden Richter, der Präsidenten und Vizepräsidenten bei den Oberlandesgerichten und Landgerichten. Auch hier sind wir der festen Überzeugung, dass Wiederbesetzungssperren eine einschneidende Maßnahme sind. Das ist keine Maßnahme, die man als Rechtspolitiker gern ergreift, aber sie ist letztlich unvermeidbar, wenn wir uns davon verabschieden wollen, immer wieder neue Verschuldungen einzugehen und damit - das wird Sie, Herr Schindler, jetzt wieder langweilen - die Perspektiven künftiger Generationen zu minimieren und zu zerstören. Wir wollen das nicht, und darum wägen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich bin auch etwas irritiert davon, Herr Streibl, dass Sie hier sagen, Staatsanwälte und Richter müssten einem Ausschreibungsverfahren unterzogen werden und Sie wollten keine politischen Besetzungen. Mir wäre neu, dass es hier politische Besetzungen gibt.

(Beifall bei der CSU)

Hier wird nach Eignung und Befähigung besetzt. Sollte es hier zum Beispiel um die kleine Gruppe der Generalstaatsanwälte und der Vorsitzenden Richter am OLG gehen, die wir hier schon einmal behandelt haben, dürfte Ihnen noch gegenwärtig sein, dass dies auch keine politisch besetzten Positionen sind, sondern dass es hierbei weitreichende Mitwirkungsrechte zum Beispiel des Hauptstaatsanwaltsrates oder des Präsidialrates gibt und dass nicht eine Fraktion oder eine Partei - das wäre eine politische Besetzung - festlegt, wer an welchem Ort wann und wo Dienst tut. Übrigens: Wenn Sie eine gewisse Dezentralisierung anmahnen, kann ich nur betonen: Alles, was Verwaltungsbereich ist, wird von den OLGs selbstständig, ohne Hinzuziehung des Ministeriums eingestellt.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, und zwar Arbeitsüberlastungen und diesen bedauerlichen Fall mit den vier Personen, die alle gestanden haben, einen bestimmten Mord begangen zu haben. Wenn ein Richter aufgrund eines Geständnisses ein Urteil fällt, muss ich ehrlich sagen, geht es eigentlich mich als Legislative nichts an, und ich gehe davon aus, dass der Richter in seiner richterlichen Unabhängigkeit richtig gehandelt hat. Wenn ich ein Geständnis vor mir habe, dann kann ich nur fragen: Ist das glaubhaft, ist es nicht glaubhaft? Aber ob ich das glaube oder nicht, hat sicher nichts damit zu tun, ob ich noch zehn Fälle auf dem Schreibtisch habe oder nur noch fünf.

Das Gleiche gilt für Entschädigungen. Auch Entschädigungsleistungen setzt der Richter im Rahmen seiner richterlichen Unabhängigkeit fest. Also auch da habe ich keinen naheliegenden Zweifel daran, dass das Gericht entsprechend Recht und Gesetz gehandelt hat.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt erwähnen. Es geht noch einmal um das Stiefkind. Wir haben weitere Initiativen gestartet, um den Schutz und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, zum Beispiel mit der automatisierten elektronischen Aufenthaltskontrolle, die mit dem Schlagwort "Elektronische Fußfessel" bezeichnet wird. An der Umsetzung wird länderübergreifend gearbeitet, nachdem seit Januar eine Gesetzesmöglichkeit besteht. Ziel ist der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor rückfallgefährdeten, vor gefährlichen Gewalt- und Straftätern.

Es wurde mehr Geld in die Nachsorge bei dieser Personengruppe im Bereich der Sexualstraftäter investiert, indem die Fachambulanzen ausgebaut werden.

Für einen besonders wichtigen Punkt halte ich, dass wir nunmehr ein Präventionsprojekt haben, das Jahr für Jahr mit 200.000 Euro zu Buche schlägt, in dem man sich gerade um potenzielle Täter kümmert, die eben noch nicht straffällig geworden sind, aber für sich pädophile Neigungen nicht ausschließen können. - Auch das macht man bei Stiefkindern übrigens nicht so negativ, wie das dargestellt worden ist.

Wir können letztendlich sagen: Trotz angespannter und schwieriger Haushaltslage ist uns doch ein Haushalt gelungen, der sich, wie ich meine, sehen lassen kann. Er krankt daran, dass wir nicht sehr viel mehr Geld haben, das wir in die Bezahlung der Richter und Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen, der Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher usw. stecken können. Aber wir müssen das abwägen vor dem Hintergrund: Inwieweit will ich die Perspektiven künftiger Generationen angreifen?

Da freut es mich natürlich ganz besonders, dass wir auch in den Bereichen Verbraucherschutz und Beratung keine Kürzungen vornehmen mussten, diese 31 Beratungsstellen auch in Zukunft gesichert sind und ihre gute und kompetente Arbeit weiter fortführen können.

Auch die Initiativen für die Button-, die Bestätigungslösung gehen für mich in die richtige Richtung, auf der wir weitergehen müssen. Es ist für mich der richtige Weg, um hier gemeinsam die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern: durch Beratung im Bereich des Verbraucherschutzes, durch eine effiziente Justiz, eine rasche Rechtsverfolgung und auch ein gut arbeitendes, schnelles zivilgerichtliches Verfahren.

In diesem Sinne werden wir diesem Haushalt zustimmen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin. Wenn Sie bitte noch einen Moment hier bleiben würden. - Jetzt Frau Kollegin Stahl zu einer Zwischenbemerkung. Und bitte etwas mehr Aufmerksamkeit.

Christine Stahl (GRÜNE): Danke schön. - Ich meine, wir sprechen über etwas, was schon längst erledigt ist, weil der Haushalt laut Pressemitteilung des Justizministeriums schon beschlossen ist. Aber wer jetzt glaubt, dass ich deswegen auf meinen Wortbeitrag verzichten werde, bloß weil angeblich alles schon in trockenen Tüchern ist, täuscht sich.

Also: Augsburg ist kein Omen mehr; Augsburg ist in weiten Teilen, in anderen Bereichen der Justiz, auch wenn es so vielleicht nicht nach außen dringt, bereits Realität. Ein Omen, und zwar ein böses Omen, ist es, wenn man an erster Stelle nicht einen Rechtspolitiker sprechen lässt, sondern einen Haushälter wie Herrn Radwan. Dann weiß man, dass rechtspolitische Überlegungen nur die zweite Geige spielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es hat auch so ausgesehen, als wenn man hier das Justizministerium an die kurze Leine legen will. Sie sprechen von Arbeitszeitverkürzung. Also wissen Sie, es ist schon sehr mutig, von Arbeitszeitverkürzung zu reden, wenn man einfach Verhältnisse wiederherstellt, die vormals normal waren, also im Grunde genommen ein Zustand wiederhergestellt wird, der allen Beteiligten angemessen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist nämlich ein positiver Begriff, der auf die Abschaffung der 42-Stunden-Woche nicht zutrifft.

Ich hätte gern auch noch ein bisschen mehr zum Verbraucherschutz gehört, denn was Frau Aigner bisher gemacht hat, war - in diesen Zielsetzungen unterstütze ich sie -, Ziele zu formulieren. Sie wurden auch im Bundesrat von Bayern formuliert. Nur kann ich nicht erkennen, wann diese Ziele endlich umgesetzt werden.

Und diese Ziele sind nicht mehr die neuesten. Wir haben bereits neue Herausforderungen. Wir haben zum Beispiel die Gesichtserkennung mit Handy, wir haben beispielsweise auch schon wieder diese Microsoft-Streetview-Beobachtungen. Dabei ist noch nicht einmal in dem bisher diskutierten Bereich etwas passiert.

Deswegen kann mich Ihre Rede überhaupt nicht zufriedenstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Stahl. Bitte, Frau Guttenberger.

Petra Guttenberger (CSU): Liebe Frau Kollegin Stahl, Sie haben das Thema überhaupt nicht angesprochen, überhaupt nicht gestreift. Jetzt bin ich natürlich etwas ratlos. Was Frau Aigner tut, das kann ich aus dem Bayerischen Landtag ja wohl schlecht beurteilen.

(Zuruf von der SPD)

Aber was wir als Bayerischer Landtag tun können oder ich als "Landtaglerin" tun kann, was wir an wichtigen Initiativen setzen konnten, das haben wir jedenfalls getan, indem wir zum Beispiel sagen: Die Welt hat sich dadurch verändert, dass eben nicht mehr das Geschäftsmodell Face-to-face das Entscheidende ist, sondern hier über das Internet eine Vielzahl von Gefahren besteht. Also zum Beispiel: dass man fortan über einen Button bestätigen muss, dass man weiß, es ist eine entgeltliche Kontraktion, die man gerade abschließt, dass man das beispielsweise bei Telefonverträgen bestätigen muss. Ich weiß auch, dass das in einem klar definierten System eines juristisch denkenden Menschen ein gewisser Bruch ist, aber die Gefahren für die Menschen haben sich geändert.

Das sind Bereiche, in denen wir massiv vorzugehen versuchen. Da muss man sich natürlich auch überlegen, wie man bei all dem Datensammeln in den verschiedensten Bereichen, wo sich Menschen eigen und selbstständig einbringen, schützen kann, zum Beispiel, wenn sie in irgendwelchen Foren sehr weitgehende Daten von sich abgeben und sich meistens überhaupt nicht bewusst sind, welche Folgen das hat. Da sind wir durchaus auf einem guten Weg, weil man hier - Verbraucherschutz ist Querschnittsaufgabe - die Jugendlichen sensibilisieren muss.

Aber auch die Sensibilisierung der Erwachsenen halte ich für wichtig. Das muss man in den nächsten Wochen und Monaten ganz speziell angehen.

Mein Kompliment an die bayerische Staatsministerin und ihr Team: Der Verbraucherschutztag, auf dem Sie ja auch waren, Frau Kollegin, war von den Themen her aus meiner Sicht ein sehr wichtiger Impuls. Da sind viele Fragen gestellt worden, auf die wir gemeinsam mit allen Mitgliedern des Landtags in den nächsten Wochen und Monaten eine Antwort finden müssen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke, Frau Kollegin. - Damit darf ich als nächster Rednerin Frau Staatsministerin Dr. Merk noch das Wort geben.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade gesehen, dass es die Opposition nicht so gern hat, wenn man das Thema Sicherheitspolitik behandelt und vor allem, wenn man Dinge anspricht, die die Menschen in unserem Lande bedrücken und interessieren. Dies gilt vor allem, wenn es um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger und der Kinder geht. Sonst hätte man mir nicht den Ratschlag gegeben, dass ich in dieser Hinsicht rechtspolitisch nicht tätig sein muss.

(Beifall bei der CSU)

Herr Schindler, ich glaube, Sie haben nicht richtig zugehört. Ich habe nichts schön geredet, sondern ich habe dargestellt, was geht. Das, was geht, scheint schon ganz schön gut zu sein; sonst hätten Sie sich nicht so abfällig darüber geäußert. Dieser Haushalt zeigt aber auch - das habe ich sehr deutlich gesagt -, dass wir weiter kämpfen müssen. Tun Sie also bitte nicht so, als ob ich die Probleme nicht angesprochen hätte. Tun Sie auch nicht so, als ob wir uns ohne Weiteres neue Stellen leisten könnten, ungeachtet der Versorgungskosten, die damit auf Dauer auf uns zukämen.

(Beifall bei der CSU)

Diese Verantwortung muss, wenn sie die Opposition schon nicht sehen will, zumindest von der Regierungskoalition übernommen werden. Wir werden kämpfen, um in dieser Legislaturperiode die noch offenen Stellen, die im Koalitionsvertrag genannt sind, um-

setzen zu können. Das haben wir bereits gesagt. Herr Kollege Schindler, Sie haben einen rhetorischen Trick benutzt und aus Zeitungen zitiert, weil Sie wissen, dass es in Augsburg anders war. Sie wissen, dass die Augsburger - das ist uns wohl bewusst - schwer belastet sind. In diesem Falle ist aber etwas ganz Besonderes passiert: Durch eine besondere Situation, die durch Krankheiten und Fehlzeiten entstanden ist, ist es zu einem Engpass gekommen, der zu einem Riesenproblem geführt hat. Dies haben die Augsburger aber nicht, wie man das erwarten würde, rechtzeitig dem Oberlandesgericht gesagt, sondern das Oberlandesgericht musste dies anlässlich einer Organisationsprüfung erkennen und hat dann entsprechend gehandelt.

(Harald Güller (SPD): Nur zur Klarstellung: Die Präsidentin ist schuld!)

- Sorry, ich habe nicht so viel Zeit.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt nennen: Herr Schindler, wir haben für den Justizvollzug 279 neue Planstellen bekommen. Wir haben außerdem 900 neue Haftplätze bekommen. Wir haben uns intensiv darum bemüht, in einem alten Gebäudekonglomerat dafür zu sorgen, dass die Menschen in den Gefängnissen so untergebracht werden, wie wir uns das vorstellen. Ich kann mitteilen, dass es dabei keine unzulässigen Doppelunterbringungen gibt.

Seit 2008 haben wir 90 neue Haftplätze in der Sozialtherapie geschaffen. Wir werden an diesem Ausbau weiterarbeiten; denn diese Plätze sind für die Verwirklichung des Paradigmenwechsels in unserem Strafvollzugsgesetz notwendig. Sie haben nicht die Bauvorhaben in Augsburg, Regensburg, Bamberg und Aschaffenburg angesprochen. Sie haben auch nicht die Notwendigkeit des Neubaus in Straubing angesprochen. Wir bringen hier neue technische Maßnahmen ein.

Frau Kollegin Stahl, Sie haben den Strafvollzug angesprochen. Ich habe Ihnen schon einmal in einer Antwort mitgeteilt, dass die ärztliche Versorgung in Ordnung ist. Nur dort, wo wir in den Anstalten keine Ärzte als Beamte haben, müssen wir outsourcen. Das bedeutet, dass Ärzte von außen in die Anstalten gehen und dort die ärztliche Be-

handlung übernehmen. Weil Sie das Personal so in den Vordergrund gestellt haben, möchte ich sagen: 178 Hebungen sind schließlich auch nichts, oder? Das ist eine ganze Menge Butter bei die Fische. Wir haben 30 weitere Ernennungsmöglichkeiten und 44 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten geschaffen.

(Horst Arnold (SPD): Brosamen!)

- Natürlich sind das Brosamen angesichts der vielen Zahlen, die wir seit Jahrzehnten mit uns schleppen. Wir gehen aber den Weg in die richtige Richtung. Herr Arnold, es wird Ihnen noch wie Schuppen von den Augen fallen, wenn Sie sehen, was wir in dieser Legislaturperiode erreichen werden.

Meine Kollegin Petra Guttenberger hat bereits über die Wiederbesetzungssperren und über die Abkürzungszeiten gesprochen, sodass ich dazu nichts mehr sagen muss.

Die kurzen Verfahrensdauern, die wir bei uns im Land haben, sind immer kürzer geworden. Hier stehen wir hervorragend da. Frau Kollegin Stahl, Sie sprechen immer wieder über die Unabhängigkeit unserer Richter. Ich halte es für einen Hammer, dass Sie eine richterliche Entscheidung als Exzess bezeichnet haben. Das Urteil war falsch. Es beruhte aber auf Geständnissen. Dies ist ein Thema der richterlichen Unabhängigkeit, genauso wie die Frage, ob und in welcher Höhe eine Haftentschädigung zugesprochen wird. Dies ist eine Frage der unabhängigen Justiz. Ich habe mich noch nie, und werde das auch in Zukunft nicht tun, in die Unabhängigkeit unserer Justiz eingemischt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Staatsministerin, würden Sie noch einen Moment hier verweilen? Frau Kollegin Stahl hat sich noch einmal gemeldet.

Christine Stahl (GRÜNE): Mittlerweile finde ich es schon fast unwürdig, dass wir uns hier im Galopp über diese Themen austauschen müssen. Das ist aber leider nicht zu ändern. Wir haben nur elf Minuten Zeit, Sie haben etwas mehr.

Nur zur Richtigstellung: Ich habe nicht von einem richterlichen Exzess gesprochen, sondern ich habe von dem kompletten Verfahren bis hin zur richterlichen Entscheidung gesprochen. Ich habe zum Beispiel die Ermittlungen angesprochen. Sie müssen sich mit der Frage befassen, ob hier Druck ausgeübt worden ist. Anders ist es nämlich nicht zu erklären, dass sich vier Personen in ihren Aussagen für schuldig erklärt haben. Ich lasse das einmal dahingestellt. Wir werden das klären. Ich habe Ihnen in meinem Brief meine Rechtsauffassung mitgeteilt. Das hat mit den Richtern zunächst einmal überhaupt nichts zu tun. Ich tue mich schwer zu akzeptieren, dass es für solche Fälle keine Möglichkeit geben soll.

Ich wollte aber eigentlich etwas ganz anderes fragen: Heute hat die Europäische Kommission Deutschland aufgefordert, die Unabhängigkeit seiner Datenschutzbehörden sicherzustellen. Ich frage hier noch einmal nach, weil ich bisher im Ausschuss recht unglücklich war über das, was man mir dort erzählt hat. Die Kommission hat Deutschland heute förmlich aufgefordert, dem Urteil des EuGH nachzukommen und die Richtlinie umzusetzen, das heißt, für Unabhängigkeit zu sorgen. Sie sagen auch ganz deutlich, dass die Aufsicht, der viele unserer Stellen unterliegen, die für den nicht öffentlichen Bereich und den öffentlichen Bereich zuständig sind, nicht der EU-Datenschutzrichtlinie entspricht. Können Sie mir jetzt endlich sagen, ob wir hier zu einem unabhängigen Datenschutz kommen werden oder nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Herr Präsident, es wurden zwei Fragen gestellt. Die erste Frage betrifft den Datenschutz. Der Datenschutz ressortiert bei uns im Innenministerium, sodass ich mich ohne einen Kontakt mit meinem Kollegen im Innenministerium zu dieser Frage nicht äußern kann.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

- Seien Sie nicht so ironisch. Sie wissen ganz genau, dass das richtig ist.

(Unruhe bei der SPD)

Darf ich auf die Frage von Frau Kollegin Stahl bitte antworten?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Frau Kollegin Stahl, Sie haben gesagt, Sie könnten sich nicht vorstellen, dass das Geständnis dieser vier Personen ohne Druck zustande gekommen sei, der von irgendjemanden auf sie ausgeübt worden sei. Ich sage: Das ist Spekulation. Warum jemand etwas gesteht, muss man eruieren. Sie können sich darauf verlassen, dass dies eruiert wird und Ihre Fragen beantwortet werden. Ihre Fragen sind immer beantwortet worden. Ich werde dies selbstverständlich auch in Zukunft so handhaben. - Ich bedanke mich sehr.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich bedanke mich auch bei Ihnen, aber nur vorerst; denn es gibt noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Arnold.

Horst Arnold (SPD): Verehrte Frau Justizministerin, was haben Sie dagegen unternommen, dass durch Stellensperren massive Einbrüche bei der Justiz entstanden sind? Haben Sie sich einmal mit dem Finanzminister darüber unterhalten, dass die Justiz ähnlich zu besorgen ist wie die Polizei? Wir haben sechsmonatige Stellensperren, trotzdem passiert nichts, aber auch gar nichts. Diese Situation wird in jedem Landgerichtsbezirk gegeißelt. Hat es hierauf eine Resonanz gegeben, oder ist das an Ihnen vorbeigegangen? Das würde mich interessieren.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Herr Arnold, zu den Abkürzungen der Stellensperren hat Frau Guttenberger bereits etwas gesagt. Sie wissen genau, dass für die Vorsitzenden Richter an den Oberlandesgerichten und den Landgerichten keine Stellensperren gelten. Für die R-1- und für die R-2-Richter gilt ein Zeit-

raum von drei Monaten. Für die übrigen Bereiche gelten sechs Monate. Wo es Schwierigkeiten gibt, haben wir mit dem Finanzministerium eine Aufrechnung in unserem Hause vereinbart. Im Notfall können wir also eine Abkürzung erreichen. Selbstverständlich ist mir bewusst, wie wichtig es ist, über dieses Thema zu sprechen und eine Abkürzung zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Frau Staatsministerin, das war's. Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, darf ich die Aussprache hiermit schließen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Hauhaltsplans 2011/2012, Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7283 mit 16/7299, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7333 mit 16/7339 und die Drucksachen 16/7369 mit 16/7382 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7594 zugrunde.

Auf Antrag der SPD-Fraktion lasse ich zunächst in einfacher Form über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7287 sowie 16/7291 abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/7287, Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Ernennungsstellen für Gerichtsvollzieher, Erhöhung der Beförderungsstellen, zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von der CSU, der FDP und Frau Kollegin Pauli. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/7291, Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der SPD und der

GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind CSU, FDP, FREIE WÄHLER und Frau Kollegin Pauli. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Nun kommen wir, wie von der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt, zu den namentlichen Abstimmungen über die Änderungsanträge 16/7333 und 16/7337. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7333, Haushaltsplan 2011/2012; hier: Richter und Staatsanwälte, in namentlicher Form abstimmen. Die Urnen sind, wie üblich, aufgestellt. Mit der Abstimmung kann begonnen werden. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.02 bis 16.07 Uhr)

Die fünf Minuten sind um, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Wir geben das Ergebnis später bekannt. Zwischenzeitlich, das heißt jetzt, führen wir die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag auf der Drucksache 16/7337 durch, Haushaltsplan 2011/2012; hier: Rechtspfleger. Die Urnen zur Stimmabgabe stehen wieder bereit. Wir können deshalb sofort anfangen. Dieses Mal stehen für die Stimmabgabe drei Minuten zur Verfügung. Los geht's.

(Namentliche Abstimmung von 16.08 bis 16.11 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist damit abgeschlossen. Wir können jetzt leider nicht unmittelbar in der Sitzung fortfahren, sondern wir müssen unterbrechen, bis das Abstimmungsergebnis bekannt gegeben werden kann. Gleich anschließend findet die Abstimmung über den Einzelplan 04 statt. Daran anschließend folgt Einzelplan 08 für das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Ich unterbreche hiermit die Sitzung.

(Unterbrechung von 16.12 bis 16.15 Uhr)

Wir setzen die Sitzung fort. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Wir können das Ergebnis der soeben durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt geben. Die Abstimmung

mung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/7333, betreffend "Richter und Staatsanwälte", hat 48 Ja-Stimmen, 91 Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen ergeben. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Bei der Abstimmung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/7337, betreffend "Rechtspfleger", haben 47 Abgeordnete mit Ja gestimmt, 88 mit Nein, und es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/7594 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 04 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Danke schön. Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen von SPD, FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Einzelplan 04 mit den vom Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung - soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist - gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung vorgeschlagenen Änderungsanträge gelten als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 7)

Außerdem schlägt der Ausschuss folgende, Ihnen bereits bekannte Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen aus den Reihen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 04 abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u. a. und Fraktion FW; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Richter und Staatsanwälte; (Kap. 04 04 Tit. 422 01) (Drucksache 16/7333)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			X
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			X
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike			X
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine			X
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian			X
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa			
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			X
Schindler Franz	X		
Schmid Georg			
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			X
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			X
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	48	91	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 11: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u. a. und Fraktion FW; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Rechtspfleger; (Kap. 04 04 Tit. 422 21) (Drucksache 16/7337)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			X
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			X
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike			X
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine			X
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian			X
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa			
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard			
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			X
Schindler Franz	X		
Schmid Georg			
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi			X
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			X
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	47	88	17

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 11

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7283)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Richter und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7284)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Bewährungshelfer
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7285)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Justizwachtmeister
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7286)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Ernennungsstellen für Gerichtsvollzieher; Erhöhung der Beförderungsstellen
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7287)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Dienst-anfänger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
(Drs. 16/7288)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21 und 422 01)
(Drs. 16/7289)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Justizfachwirte
(Kap. 04 04 Tit. 422 21 und 422 01)
(Drs. 16/7290)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Gerichte und Staatsanwaltschaften: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
(Drs. 16/7291)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Psychotherapeutische Fachambulanz für Sexualstraftäter in Ostbayern
(Kap. 04 04 Tit. 686 03)
(Drs. 16/7292)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Behindertengerechter Umbau von Justizgebäuden
(Kap. 04 04 Tit. 701 01)
(Drs. 16/7293)

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten:
Aufstiegsstellen und Beförderungsstruktur
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7294)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten: Regierungsekretäranwärter, Obersekretäranwärter im Justizvollzugsdienst, Oberwerkmeisteranwärter
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
(Drs. 16/7295)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stellenplan der Justizvollzugsanstalten:
Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
(Kap. 04 05 Tit. 428 01)
(Drs. 16/7296)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Straftentlassenhilfe
(Kap. 04 05 Tit. 681 02)
(Drs. 16/7297)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Projekt „Schwitzen statt Sitzen“
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
(Drs. 16/7298)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuwendungen des Landes an den Verbraucher-Service Bayern und die Verbraucherzentrale Bayern
(Kap. 04 07 Tit. 686 01)
(Drs. 16/7299)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Richter und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7333)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Justizfachwirte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7334)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Gerichtsvollzieher
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7335)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Justizwachtmeister
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7336)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
(Drs. 16/7337)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der kriminalpädagogischen Schülerprojekte
(Kap. 04 04 Tit. 533 03)
(Drs. 16/7338)
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
(Drs. 16/7339)
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Neu: Zuwendungen für den Täter-Opfer-Ausgleich und die Opferhilfe
(Kap. 04 02 neue TG)
(Drs. 16/7369)

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Mittel für Personal an Gerichten und Staatsanwaltschaften - Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7370)
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Mittel für Personal an Gerichten und Staatsanwaltschaften - Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7371)
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Mittel für die Bewährungshilfe
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7372)
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ernennung geprüfter Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7373)
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Mittel für Personal an Gerichten und Staatsanwaltschaften - Justizverwaltung
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7374)
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Mittel für Personal an Gerichten und Staatsanwaltschaften - Justizwachmeisterinnen und Justizwachmeister
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
(Drs. 16/7375)
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Mittel für Personal im Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7376)
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verstärkungsmittel zum Ausbau der sozialtherapeutischen Abteilungen für Gewalt- und Sexualstraftäter
(Kap. 04 05 neue TG)
(Drs. 16/7377)
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Übergangsmanagement ausbauen
(Kap. 04 05 neue TG)
(Drs. 16/7378)
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kürzung der festgesetzten Mittel für Gutachten
(Kap. 04 07 Tit. 526 21)
(Drs. 16/7379)
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kürzung der festgesetzten Mittel für Veranstaltungen und Kongresse
(Kap. 04 07 Tit. 683 01)
(Drs. 16/7380)
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung der Verbraucheraufklärung - Erhöhung der Mittel für mehr Personal
(Kap. 04 07 Tit. 686 01)
(Drs. 16/7381)

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verbraucherschutz: Kürzung der Mittel für
Veranstaltungen
(Kap. 04 07 Tit. 540 52)
(Drs. 16/7382)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Staatsminister Helmut Brunner

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Maria Noichl

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Reinhold Strobl

Abg. Kurt Eckstein

Abg. Ulrike Müller

Abg. Adi Sprinkart

Abg. Thomas Dechant

Abg. Dr. Martin Runge

Abg. Albert Füracker

Abg. Annemarie Biechl

Abg. Maria Scharfenberg

Abg. Dr. Leopold Herz

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Haushaltsplan 2011/2012;

Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

hierzu:

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7474 mit 16/7481)

und

Änderungsanträge

der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7482 mit 16/7485)

und

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7486 mit 16/7496)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, darf ich bereits jetzt darauf hinweisen, dass die SPD-Fraktion beantragt hat, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7475, 16/7478 und 16/7480 einzeln, und zwar in namentlicher Form, abstimmen zu lassen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Staatsminister Brunner das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern hat sich zu einer modernen, leistungsfähigen Hightech-Gesellschaft entwickelt. Ganz Europa bestaunt unsere Entwicklung. Wir haben es trotzdem geschafft, dass Bayern nach wie vor das Agrarland Nummer 1 in Deutschland ist. Bayern ist ohne seine leistungsfähige, vielfältige und nachhaltige Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft nicht denkbar. Unsere Landwirtschaft verleiht Bayern ein besonderes Gesicht.

Meine Damen und Herren, wir sind stolz darauf, dass wir nicht nur eine hohe Qualität der Nahrungsmittel sicherstellen können, sondern dass wir auch einen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung leisten und unsere Kulturlandschaft und unser Tourismusland weiterhin so schön und vielfältig gestalten können. Das verdanken wir letzten Endes unseren Bäuerinnen und Bauern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es muss unsere vornehmste Aufgabe sein und bleiben, unsere Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit mit unseren bäuerlichen Strukturen auch für die Zukunft sicherzustellen. Deswegen habe ich zusammen mit Ministerpräsident Horst Seehofer im letzten Jahr die "Zukunftskommission Landwirtschaft" eingerichtet. Diese Zukunftskommission hat sich ein dreiviertel Jahr lang ausgetauscht. 25 verschiedene Verbände und Organisationen waren eingebunden - nicht nur die Nutzerorganisationen, sondern auch andere gesellschaftlich relevante Gruppen. Sie haben ein Leitbild für die nächsten zehn bis 15 Jahre entworfen und klargemacht, dass wir unseren bayerischen Weg fortsetzen sollen. Dieser hat sich hervorragend bewährt, sonst hätten wir heute nicht 115.000 landwirtschaftliche Betriebe. Jeder dritte Bauernhof Deutschlands steht in Bayern.

Diese Zukunftskommission hat uns aber auch wertvolle Ratschläge dafür gegeben, welche Schwerpunkte wir in Zukunft setzen sollen. Sie hat uns Ratschläge zu den Themen Ernährung, nachwachsende Rohstoffe, Klimaveränderung, Diversifizierung, Forschung und Innovation gegeben. Diese Ratschläge greife ich gerne auf. Deswegen habe ich auch einen eigenen Prozess eingeleitet, um die Landwirtschaftsverwaltung noch professioneller, moderner und schlagkräftiger aufstellen zu können, und das trotz des Personalabbaus, der bis zum Jahr 2019 vorgegeben ist.

Mir geht es nicht nur darum, dass wir unsere Hausaufgaben erfüllen, sondern mir geht es auch darum, dass wir den Anforderungen, die morgen oder übermorgen auf uns zukommen, gerecht werden. Dabei will ich die flächendeckende Versorgung mit unseren Fachämtern sicherstellen. Ich möchte unsere 47 Fachämter, die sich auf insgesamt 70 Behördenstandorte verteilen, bis zum Jahr 2019 sichern.

Dabei möchte ich aber auch noch Spielraum für Zukunftsfelder bekommen. Die Menschen erwarten, dass wir moderne Dienstleister sind und Dienstleistungsangebote unterbreiten können. Ich behaupte, dass die Agrarpolitik keine Klientelpolitik ist, sondern im Interesse der gesamten Gesellschaft und aller Bürgerinnen und Bürger ausgeübt wird. Deswegen müssen wir auch die Verbraucher im Blickfeld haben und nicht nur die Erzeuger.

Ich versuche mit meiner Politik ganz bewusst, auf einen gesellschaftlichen Dialog zu setzen nach dem Motto: nicht spalten, sondern zusammenführen. In den letzten zweieinhalb Jahren habe ich viele Gespräche mit unterschiedlichen Verbänden und Organisationen geführt, bei denen es scheinbar Zielkonflikte gab. Immer konnten aber vernünftige Kompromisse erzielt werden. Ich erinnere an das Thema Milch. Wegen der steigenden Milchpreise habe ich im letzten Jahr ohne spektakuläre Medienberichterstattung einen runden Tisch einberufen. Mir ging es um die Sache. Die Arbeitsgruppe hat mehrmals getagt und erste Ergebnisse erzielt. Die verschiedenen Verbände und Organisationen sind eingebunden. Sie schätzen dies sehr. Ich habe den Eindruck, diese Arbeitsgruppe könnte Vorbildcharakter für ganz Deutschland haben. Unser Ziel

muss es sein, die Bündelung voranzutreiben und die Erzeugergemeinschaften gegenüber den großen Discountern zu stärken.

Ein anderes Thema, das mir seit jeher besonders wichtig ist, ist der Bürokratieabbau. Davon möchte ich nicht nur reden, sondern ich möchte auch entsprechend handeln, nämlich nach dem Motto: Die Tat zielt den Minister. Deswegen habe ich auch den zuständigen EU-Agrarkommissar, Herrn Ciolos, Mitte März nach Bayern eingeladen. Er hat diese Einladung angenommen. Aus 13 verschiedenen Ländern waren hohe Vertreter hier. Ich habe selbst von meinem Haus 44 Vorschläge erarbeiten lassen und diese Herrn Ciolos nach Brüssel mitgegeben, um die Agrarpolitik auch nach 2013 unbürokratischer und pragmatischer im Sinne unserer Bäuerinnen und Bauern gestalten zu können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein Thema, das wir in den vergangenen Monaten innerhalb der Landwirtschaft verstärkt zu hören bekamen, ist die Flächenkonkurrenz zwischen N- und E-Betrieben, also Nahrungsmittelerzeugern und den Energieproduzenten. Wir haben in Bayern derzeit 2.030 Biogasanlagen. Wegen der Zunahme der Biogasanlagen habe ich zu einem Fachkongress eingeladen, an dem ein Vertreter des Naturschutzes genauso teilnahm wie der Präsident des Bayerischen Gemeindetages. Bei diesem Kongress kamen alle Betroffenen zu Wort.

Wir wollen von Bayern aus selbst Vorschläge zum Energieeinspeisegesetz unterbreiten, das zum 1. Januar 2012 geändert werden soll. Ich möchte dem zuständigen Minister Röttgen die praktischen Erfahrungen Bayerns zukommen lassen, damit wir unsere Vorstellungen über die neue Vergütungsordnung vorbringen können. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir diese Pachtflächenkonkurrenz entzerren müssen.

Die Interessen der Nahrungsmittelproduzenten müssen ebenso gewahrt werden wie die Hoffnungen der Energieerzeuger, die sich ein zusätzliches Standbein schaffen wollen. Ich sehe Möglichkeiten, beiden Interessen gerecht zu werden, vor allem dann,

wenn wir auf die Regionen Rücksicht nehmen, wenn wir den Güllebonus auf die Gülle beschränken und wenn wir bevorzugt Kleinanlagen unterstützen und nicht irgendwelche Großkonzerne, die anonym investieren. Ich bin überzeugt davon, dass wir vonseiten der Landwirtschaft gerade in einer Zeit, in der wir über die Energiewende diskutieren, beiden Interessen gerecht werden können. Es geht mir also nicht um Teller oder Tank, sondern um Teller und Tank. Dafür gibt es intelligente Lösungsansätze. Diese möchte ich weiterverfolgen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das heißt aber auch, meine Damen und Herren, dass wir uns verstärkt einem Thema widmen müssen, über das gerade diskutiert wird. Es ist der Flächenverbrauch und der daraus resultierende Anspruch auf Ausgleichsflächen, der erhoben wird. In Bayern verbauen wir täglich 16 Hektar. Deutschlandweit sind es hundert Hektar. Zudem nehmen wir in einem weit größeren Umfang Flächen aus der Produktion, weil wir einen vermeintlich ökologischen Mehrwert damit erzielen. Ich meine, wir müssen das aufs Tapet bringen. Wir können uns nicht von der Atomenergie verabschieden, fossile Energieträger minimieren, gleichzeitig aber uns den Grund und Boden buchstäblich selbst entziehen, wenn wir Alternativen für nachwachsende Rohstoffe haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deswegen fordere ich für den Flächenverbrauch und den Flächenausgleich intelligentere Lösungen. Der langen Rede kurzer Sinn: Ich werde noch im Sommer zu einem Symposium laden, um mit den Kommunen, aber auch mit den Umweltverbänden über Lösungen nachzudenken, wie wir dem Anspruch der Gesellschaft gerecht werden, aber auch die Flächenkonkurrenz entschärfen, anstatt sie zu verschärfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Agraretat von rund 1,2 Milliarden Euro setzt neue Akzente. Mir geht es nicht nur darum, bewährte Förderprogramme weiterzuführen, sondern ich will, dass sich der Agrarstandort Bayern für die Zukunft entsprechend positionieren kann. Dabei ist mir aber daran gelegen, dass wir an unserem Leit-

bild, am Leitbild einer modernen, leistungsfähigen, nachhaltig wirtschaftenden Landwirtschaft nach bäuerlichen Strukturen nicht zweifeln. Das ist mein Ziel und mein Motto. Ich bin überzeugt davon, dass wir diesem Anspruch mit einem Bündel von maßgeschneiderten Maßnahmen gerecht werden können.

Wir müssen uns von 08/15-Vorschlägen und Patentlösungen verabschieden, weil das dem einzelnen Landwirt nicht gerecht wird. Ich möchte einen Akzent auf die größere Unabhängigkeit von Importen insbesondere von Eiweißfuttermitteln setzen. Ich habe bereits eine Eiweiß-Strategie gestartet, weil ich der Meinung bin, dass dies im Interesse der Erzeuger und der Verbraucher ist. Wir importieren 800.000 Tonnen Eiweißfuttermittel vornehmlich aus Brasilien, Argentinien und den USA, die zu 90 % gentechnisch verändert sind. Wenn wir unabhängiger werden wollen, müssen wir die Produktion von Eiweiß, also zum Beispiel von Luzernen, Erbsen oder Bohnen im eigenen Land vorantreiben.

Ganz entscheidend ist die Ernährung. Auch für die Ernährung habe ich strukturell und strategisch Weichen für die Zukunft auch aufgrund des Programms "Aufbruch Bayern" stellen können. Das Ernährungskompetenzzentrum, das wir in Bayern einrichten wollen, wird eine Bündelung von Wissenschaft und Wirtschaft in sich vereinen. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Ansprechpartner in den 47 Ämtern den verschiedenen Bevölkerungsgruppen viele Ernährungsbildungsmaßnahmen nahebringen können. Meine Damen und Herren, mit dem Geld, das wir für die vorsorgende Beratung einsetzen, können wir bei der Reparatur das Doppelte einsparen.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Ich bitte Frau Kollegin Noichl zu warten, bis ich mit meiner Einführungsrede fertig bin. Danach bin ich gerne bereit, auf die Frage zu antworten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Warum haben Sie die Ernährungsberatung unter Stoiber abgeschafft?)

- Jetzt haben Sie doch eine Frage gestellt. Ich gebe Ihnen eine kurze Antwort. Das sind zwei paar Stiefel. Wir haben uns damals von der personenbezogenen Ernährungsberatung verabschiedet. Mit einer entsprechenden Aufklärung und einer Bündelung der bereits vorhandenen Kompetenzen im privaten Bereich wollen wir einen gesundheitsförderlichen Lebensstil unterstützen. Das ist ein anderer Ansatz. Das Thema Ernährung ist jedoch aktueller als je zuvor.

Meine Damen und Herren, wir müssen unsere Produkte auf dem Binnenmarkt und auf den ausländischen Märkten noch effektiver positionieren. Die Marke Bayern genießt weltweit einen hervorragenden Ruf. Gerade die bayerischen Lebens- und Nahrungsmittel können mit Nahrungsmitteln aus anderen Ländern problemlos konkurrieren. Wichtig ist, die Vermarktung professionell zu gestalten. Deshalb will ich eine bayerische Agrarmarketing-Agentur aufbauen, damit unsere hochwertigen Produkte noch erfolgreicher vermarktet werden.

Zu unseren Förderprogrammen werde ich nichts sagen, da ich davon ausgehe, dass die nachfolgenden Redner meiner Fraktion dazu Stellung nehmen werden. Das Kulturlandschaftsprogramm - KULAP - könnte die Opposition jedoch zum Anlass nehmen, um einzuhaken. Ja, wir haben leichte Korrekturen aus verschiedenen Gründen vornehmen müssen. Trotzdem stellen wir fest, dass unser bayerisches Kulturlandschaftsprogramm von den Bäuerinnen und Bauern begehrt wird. Wie sonst hätten wir wieder 168 Millionen Euro hierfür binden können? Das bayerische Kulturlandschaftsprogramm ist das umfangreichste, das erfolgreichste und wirkungsvollste Umweltprogramm in ganz Deutschland.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich weise noch darauf hin, dass wir heuer das Internationale Jahr der Wälder haben. Wir werden mit verschiedenen Veranstaltungen auf die Bedeutung des Waldes in all

seinen Funktionen für die Gesellschaft hinweisen. Ich möchte eigens im Steigerwald ein Zentrum für die Nachhaltigkeit des Waldes einrichten. Damit möchte ich zum Ausdruck bringen, dass Bayern uneingeschränkt für eine naturnahe und nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes steht, da wir nicht nur die ökologischen, sozialen und kulturellen Werte des Waldes schätzen, sondern dem Holz als Rohstoff einen hohen Stellenwert beimessen. Das wird beweisen, welche Wirtschaftskraft vom Wald ausgeht. Wir verfügen noch über eine Milliarde Festmeter Holzreserven in Bayern. Das gibt es nirgendwo anders.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Abschluss bedanke ich mich bei allen, die meine Arbeit wohlwollend und konstruktiv begleitet haben. Ich danke aber auch der Opposition für die Vorschläge und Meinungsäußerungen, die im Ausschuss und darüber hinaus an mich herangetragen werden. Ich nehme diese gerne auf und setze sie, soweit es mir möglich ist und die Vorschläge aus meiner Sicht vernünftig und zielführend sind, gerne um.

Zum Abschluss möchte ich noch etwas zum Ausdruck bringen. Wir sollten immer bedenken, dass unsere Bäuerinnen und Bauern die Garanten für einen prosperierenden ländlichen Raum, eine vitale Landschaft und für die Fortentwicklung unserer Kommunen sind. Sie sichern die Kulturlandschaft. Sie garantieren die Produktion der Nahrungsmittel und sichern die Vielfalt und die hohe Qualität unserer Produkte. Deswegen bitte ich um Ihre Unterstützung und die weitere positive Begleitung meiner Arbeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Meine Kollegin, Frau Noichl, hat sich für eine Zwischenbemerkung zu Wort gemeldet.

Maria Noichl (SPD): Herr Minister, einerseits verkünden Sie, dass die Berechnungen zum KULAP objektiv seien. Man mache sich im Ministerium über eine genaue und ehrliche Berechnung Gedanken. Geht man aber der Sache auf den Grund, stellt man fest, dass die Objektivität überhaupt nicht gewährleistet ist. In der letzten Sitzung des Landwirtschaftsausschusses haben wir darüber diskutiert. Rückwirkend wird das KULAP nicht für 24 Monate, sondern beliebig für viereinhalb Jahre berechnet. Würden die Berechnungen anders durchgeführt werden, könnten die Landwirte bessergestellt werden. Die Landwirte brauchen nicht nur einen Minister, sondern eine verlässliche Politik. Die Berechnung der KULAP-Sätze war in gar keiner Weise verlässlich. Dazu interessieren mich Ihre Ausführungen.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Frau Noichl, Sie sind so gut informiert, dass Sie wissen, dass mehrere Gründe für die Korrektur der Prämienhöhen verantwortlich waren. Entscheidend ist auch die Frage der Finanzierung gewesen. In unserem Haushalt müssen wir irgendwo Einsparungen und Anpassungen vornehmen. Das ist weniger den Sparvorgaben des bayerischen Haushaltes geschuldet, sondern der Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe auf Bundesebene. Bayern erhält jährlich 18,5 Millionen Euro weniger. Wir haben uns die Frage gestellt: Wollen wir bei der Investitionsförderung noch mehr sparen? Wollen wir die Ausgleichszulage antasten, die von den Landwirten wie ein goldenes Kalb gehütet wird? Sollten wir nicht das tun, wozu uns Brüssel sowieso aufgefordert hat? Wir sind von Brüssel aufgefordert worden, die Höhe der Prämie zu korrigieren.

Der Zweck des Kulturlandschaftsprogramms ist es, Mehraufwendungen und Mindereinnahmen auszugleichen. Anfang des Jahres 2008 ist die Genehmigung zur Erhöhung der Prämien nur erteilt worden, weil die damaligen Erzeugerpreise für Milch, Getreide oder Fleisch relativ hoch waren. Brüssel hat uns im Jahr 2008 schon darauf hingewiesen, dass wir nach zwei Jahren erneut prüfen müssen, ob die Prämienhöhe noch gerechtfertigt ist. 2008, 2009 und teilweise 2010 sind die Erzeugerpreise in den Keller gefallen. Sie erinnern sich sicher an die Milch-Diskussionen und an Getreide-

preise von 10 Euro. Deswegen mussten wir eine Anpassung vornehmen. Diese Anpassung hat die Landesanstalt für Landwirtschaft berechnet.

(Maria Noichl (SPD): Nicht zugunsten der Landwirte!)

- Frau Noichl, ursprünglich sind uns Kürzungen von 30 % und mehr vorgerechnet worden.

Ich wollte die Kürzungen auf ein Minimum begrenzen, aber gleichzeitig die Finanzierung im Auge behalten. Ich will gar nicht um den heißen Brei herumreden: Wir haben bei verschiedenen Kulturlandschaftsprogrammen eine Anpassung zwischen 5 % und 15 % vorgenommen.

(Maria Noichl (SPD): 50 %?)

Ausnahme war das Blühflächenprogramm mit durchschnittlich 24 %. Sie müssen aber hinzufügen, dass Bayern selbst nach der Anpassung im Durchschnitt 610 Euro pro Hektar zahlt. Im Vergleich dazu zahlt Baden-Württemberg 500 Euro. Wir haben 19.000 Hektar im Blühflächenprogramm, Baden-Württemberg 3.000 Hektar. Wir können jedem Vergleich mit allen anderen Bundesländern durchaus standhalten.

Wir haben nur dort, wo es unbedingt notwendig war, gekürzt. Bis 1,4 Großvieheinheiten wurden aus dem Gründlandprogramm bisher 180 Euro bezahlt, jetzt gibt es 170 Euro. Das ist zumutbar. Das wird akzeptiert. Die Anträge unter den neuen Gesichtspunkten haben unsere Erwartungen weit übertroffen. Ich müsste fast sagen "leider", weil ich nicht so recht weiß, wie wir das finanzieren können. Ich muss auf den Nachtragshaushalt und auf das Verständnis meiner Kolleginnen und Kollegen im Kabinett und im Parlament hoffen.

Das Kulturlandschaftsprogramm mit seiner aus Ihrer Sicht erheblichen Kürzung kann nach wie vor allen Vergleichen in Deutschland standhalten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Staatsminister, vielen Dank. Herr Fahn hat sich zu einer nächsten Zwischenintervention gemeldet. Ich bitte darum, dass die Antworten auf Zwischeninterventionen nicht um das Doppelte überzogen werden. Herr Fahn, zwei Minuten.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Minister, das Thema ist im Moment auch der Klimaschutz. Ich habe in Ihrer Rede nichts zum Thema Landwirtschaft und Klimaschutz vernommen. Mich interessiert, welchen Beitrag Ihrer Ansicht nach die Landwirtschaft zum Klimaschutz leisten soll und welche Rolle dabei die ökologische Landwirtschaft spielt, weil diese bei der Energieeinsparung sehr gute Werte hat. Müsste man die ökologische Landwirtschaft in Bayern nicht noch mehr fördern, als es bisher der Fall ist?

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Dabei geht es um die Schwerpunktsetzung. Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass wir die Umstellung zur ökologischen Bewirtschaftung in den letzten Jahren mit einer eigenen Umstellungsprämie von 300 Euro pro Hektar unterstützt haben, wir bei den jährlichen Förderprogrammen die Ökoprogramme bewusst weit über den konventionellen halten und bisher 210 Euro zahlten; künftig zahlen wir 200 Euro pro Hektar. Das wird von den Ökoverbänden anerkannt und geschätzt. Ich rate Ihnen, mit den Verbandsvertretern ein Gespräch zu führen. Sie werden Ihnen bestätigen, dass sich Bayern mit allen anderen Bundesländern vergleichen lassen kann. Sie schätzen die verlässliche Unterstützung in Bayern. Wichtig ist auch, dass wir einen jährlichen Zuwachs an Ökobetrieben haben. Inzwischen sind es knapp 6.500 Betriebe in Bayern. Bei der letzten "BioFach" in Nürnberg wurde das bestätigt. Ich habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass bei verschiedenen Produkten durchaus importiert werden muss. Wir haben noch Spielraum. Ich möchte die Umstellung unterstützen und sie vorantreiben. Allerdings müssen wir dann auch den Absatz sichern, sonst würde sich in der Folge der Preis nach unten korrigieren.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Weitere Wortmeldungen haben wir hierzu nicht. Danke, Herr Staatsminister. Für die SPD hat sich Herr Kollege Strobl zu Wort gemeldet. - Bitte schön.

(Eberhard Sinner (CSU): Geht Ihnen das Personal aus?)

Reinhold Strobl (SPD): - Nein, bei Ihnen ist es auch so, dass Mitglieder des Haushaltsausschusses zu Sachthemen sprechen.

(Eberhard Sinner (CSU): Die Redezeit ist zu schade für eine solche Erklärung!)

- Darin haben Sie recht.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landwirtschaft steht weltweit vor einer gewaltigen Herausforderung. Unter anderem ist das die zunehmende Zahl hungernder Menschen. Bei uns gibt es Armut, in vielen Ländern Elend. Das ist ein großer Unterschied. Wir haben es mit dem Klimawandel zu tun und mit einer negativen Klimabilanz der europäischen Land- und Ernährungswirtschaft. Wir haben es damit zu tun, dass die biologische Vielfalt immer weiter verlustig geht. Wir haben es mit dem Verlust mehrerer Millionen Arbeitsplätze in der europäischen Landwirtschaft und damit der weiteren Schwächung der ländlichen Regionen zu tun. Wir verzeichnen eine Öffentlichkeit und Verbraucherschaft, die ihre qualitativen Wünsche und Ansprüche an die Art und Weise der Lebensmittelerzeugung zum Beispiel in Bezug auf Tierschutz, fairen Handel oder Gentechnik einfordert.

Meine Damen und Herren, wir sind uns sicherlich darin einig, dass die vielfältige bäuerliche Welt weit über die Produktion von Lebensmitteln hinaus geht. Moderne landwirtschaftliche Betriebe erfüllen zusätzlich Dienstleistungs-, Öko- und Ausgleichsfunktionen für unsere Gesellschaft, Natur und Umwelt. Sie erbringen zudem vielfältige Vorleistungen für andere Wirtschaftsbereiche und tragen so maßgeblich zur Entwicklung und Stabilität der ländlichen Räume bei.

Die Landwirtschaft in Bayern steht nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft vor großen Herausforderungen. Es geht um die Produktionsgrundlagen, die wir für die nachkommenden Generationen erhalten wollen. Es geht darum, dass die erneuerbaren Ressourcen bei Gewährleistung der Regenerationsfähigkeit effizient genutzt und nicht erneuerbare Ressourcen geschont werden müssen. Es geht um den Verlust von Arbeitsplätzen in der bäuerlichen Landwirtschaft und damit um eine weitere Schwächung der ländlichen Räume. Es geht um die Erhaltung der biologischen Vielfalt. Der Minister hat es angesprochen. Dieses Thema wird von uns diskutiert weil immer mehr Flächen für den Maisanbau gebraucht werden. Hier stehen wir im Spannungsfeld zwischen Landwirtschaft und Energieerzeugung. Wir müssen die Weichen gemeinsam richtig stellen. In diesem Zusammenhang geht es grundsätzlich um den Einsatz erneuerbarer Energien. In vielen Gemeinden in unserem Land gibt es Bemühungen, energieautark zu werden. Diese Gemeinden brauchen Unterstützung. Wir haben einen Antrag eingereicht, damit die Gemeinden mit zwei Millionen Euro unterstützt werden. Dieser Antrag wurde von der CSU und der FDP abgelehnt.

Bereits im Haushaltsausschuss habe ich gesagt, dass Sie zum nächsten Haushalt den Antrag stellen sollten, weil das Thema so wichtig ist und die Kommunen Unterstützung brauchen. Machen Sie es wie mit vielen Anträgen und stellen Sie selbst unseren Antrag. Wir sichern Ihnen zu, dass wir Sie hierin unterstützen werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es geht ferner um die artgerechte Tierhaltung in der Produktion. Sie muss gesichert werden. Es geht um Sicherheit und Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher.

Meine Damen und Herren, in meinem Wahlkreis gibt es viele engagierte Landwirte. Sie sind gerne Landwirte und wollen es bleiben. Sie sind engagiert und kennen sich gut aus. Diese Landwirte leben in und mit der Natur, erzeugen gute Lebensmittel und orientieren sich an der Ökologie. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist, dass immer mehr Bauern aufgeben müssen. Alle zehn Jahre halbiert sich die Zahl der Höfe in Bayern. 50 % der Landwirte sind inzwischen Nebenerwerbslandwirte, mit all den negativen Folgen, die wir in diesem Zusammenhang diskutieren müssen. Die bayerischen Bauern sind unter besonderen Bedingungen tätig. Unsere Milchbauern können sich nicht mit denen in Neuseeland, unsere Schweinehalter nicht mit denen in China und unsere Getreideproduzenten nicht mit denen in den USA messen. Wir haben es mit einem Preisverfall zu tun. Der Milchpreis ist einmal zurückgegangen, ein anderes Mal wieder gestiegen. Wir stellen fest, dass das nicht unbedingt etwas mit dem Marktgeschehen zu tun hat, sondern unter Umständen auch mit Marktmacht. Dieses Thema muss man sich noch einmal genauer anschauen.

Mein nächstes Stichwort ist die grüne Gentechnik. Wir wollen ein gentechnikfreies Bayern. Auch in diesem Bereich haben wir es wiederum mit Konzernen zu tun, welche die Landwirte von sich abhängig machen wollen; wir brauchen uns nur die Geschichten im Zusammenhang mit Monsanto anschauen. Das ist etwas, worauf wir sehr achten müssen.

All das erfordert ein Umdenken in der Landwirtschaftspolitik. Anstatt weiterhin vor allem auf das Prinzip "Wachsen oder Weichen" zu setzen und damit immer mehr eine industrielle Landwirtschaft einzuführen, ist das Leitbild der SPD-Landtagsfraktion eine multifunktionale bäuerliche Landwirtschaft, die ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung gerecht wird - vor allem aber: gerecht werden kann. Wir wollen keine Landwirtschaft, die agrarindustriell erzeugte Rohstoffe für die Nahrungsmittel- oder die Energiewirtschaft liefert. Wir wollen eine Lebensmittelerzeugung, die - flächendeckend betrieben - ökologisch intakte Kulturlandschaften prägt, Arbeitsplätze schafft und Tierchutzanliegen ebenso ernst nimmt wie globale Entwicklungsfragen und Klimaschutz. Und wir wollen gerechte Preise für die qualitativ hochwertigen Produkte der Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns über die Landwirtschaft unterhalten, dann spielen einige weitere Punkte eine Rolle, die für die Situation auf dem Land bedeut-

sam sind. Wir müssen leider feststellen, dass die Mittel für die Dorferneuerung gekürzt worden sind. Auf dem Land gibt es oft zu wenige Arbeitsplätze. Wir müssen schauen, dass da nicht weiter etwas falsch läuft.

Wir weisen seit Jahren darauf hin, dass der Zugang zu DSL auch in ländlichen Regionen wichtig ist. Herr Huber hat das immer so dargestellt, als ob sich das von allein einpendeln werde. Es sind Jahre verschlafen worden, bis man darauf gekommen ist, dass man hier sehr wohl etwas tun kann. Wir könnten schon viel weiter sein.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Das Thema Schule und Ausbildung - ich habe es heute früh schon angesprochen - spielt auch in ländlichen Regionen eine wichtige Rolle. Wer soll in die kleinen Gemeinden ziehen und sich vielleicht ein Häuschen bauen, wenn es dort keine Schule mehr oder nur noch eine Grundschule gibt? Wer soll dort noch bleiben? Wir werden Sie daran messen, ob Sie auf diesem Feld etwas tun. Auf jeden Fall werden wir Sie an Ihren Taten messen.

Ich nenne weitere Punkte: Die Notwendigkeit für einen öffentlichen Personennahverkehr und Schülerbeförderung besteht auch auf dem Land. Da muss entsprechend gefördert werden. Einkaufsmöglichkeiten sind ebenfalls wichtig. Es darf nicht sein, dass in den Dörfern keine Geschäfte mehr sind und es nur noch Einkaufsmärkte in den größeren Städten gibt. Auch die ärztliche Versorgung ist ein ganz wichtiger Punkt.

Auf den Ausbau der Staatsstraßen will ich etwas ausführlicher eingehen. Im Zusammenhang mit den Staatsstraßen hat sich eine interessante Geschichte abgespielt. Wir haben das aber bei anderen Straßen genauso erlebt. Die amtierende Koalition streicht Mittel, und den GRÜNEN wird der Vorwurf gemacht, sie wollten nichts für die Infrastruktur tun. Erst unter dem Druck der Öffentlichkeit, insbesondere der Kommunen, sind die Mittel wieder ein kleines bisschen erhöht worden. Wie es 2012 läuft, wissen wir noch nicht. Wenn Sie von der Koalition der Meinung sind, wir brauchten auf dem

Land keine ausgebauten Straßen, dann müssen Sie das den Menschen draußen auch sagen. Wir jedenfalls werden an dem Thema dranbleiben.

Auch der Tourismus ist in diesem Zusammenhang ein Thema; denn viele Landwirte haben dort ein zusätzliches Standbein. Wenn es nur noch Monolandschaften, zum Beispiel mit Mais, gibt, dann ist das nicht unbedingt etwas, was die Touristen anreizt, in solche Regionen zu kommen.

All diese Themen kommen auf uns zu.

Vorhin ist an die "blühenden Landschaften" erinnert worden, die Herr Kohl in den neuen Bundesländern versprach. Die blühenden Landschaften, die ich jetzt meine, haben damit aber nichts zu tun. Herr Minister, auch Sie haben wahrscheinlich heute früh die Mail des Imkernetzwerks Bayern bekommen. Darin heißt es zum Beispiel:

Ohne blühende Flächen in der Landschaft haben unsere Bienen wie auch Schmetterlinge und andere Insekten keine Überlebenschance. Wo man hinsieht, nur noch Maisäcker und kurzgeschorene Wiesen, aber keine Blüten mehr. Mit dem Blühflächenprogramm A 36 konnten immerhin 19.000 Hektar Blühflächen in Bayern geschaffen werden. Nicht nur wir Imker haben die positive Auswirkung auf die Natur erlebt; auch die Jäger haben von positiven Auswirkungen berichtet. Alle Menschen wollen eine bunte, blühende Natur.

Wir sind gespannt darauf, wie hier weiter verfahren wird. Wir wollen nicht nur Worte hören, sondern wir wollen auch Taten sehen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Worte zu dem Thema "Forst und Wald" sagen. Wir, die SPD-Landtagsfraktion, setzen uns für eine naturnahe, funktionsgerechte Bewirtschaftung ein. Wir sind gegen eine auf kurzfristigen Gewinn ausgerichtete Forstwirtschaft. Gerade der Staatswald ist durch das Bayerische Waldgesetz den Gemeinwohlfunktionen besonders verpflichtet. Dazu gehören neben den Nutzwaldfunktionen vor allem Schutz- und Erholungsfunktionen. Für uns dient der

Staatswald als Bürgerwald nach wie vor der Allgemeinheit in besonderem Maße. Die Gemeinwohlfunktionen haben daher Vorrang vor den Nutz- und Einkommenserzielungsfunktionen.

Der Wald ist jedoch auch Arbeitsplatz im Rahmen einer verantwortungsvollen und zukunftsfähigen Bewirtschaftung. Um unsere Wälder auch in Zukunft fachgerecht bewirtschaften zu können, brauchen wir gut ausgebildete Förster und Waldarbeiter. Dazu hat der Arbeitskreis Landwirtschaft unserer Fraktion entsprechende Anträge eingebracht. Unsere Vorsitzende Maria Noichl ist an diesen Themen immer dran. Leider sind unsere Anträge im Haushaltsausschuss abgelehnt worden.

Der Personalabbau in diesem Bereich ist zu stoppen und umzukehren. Gerade angesichts der Herausforderungen, die wegen des Klimawandels auf unsere Wälder zukommen, brauchen wir mehr gut ausgebildetes Personal. Uns ist es wichtig, dass der Einstellungskorridor für Förster erhöht wird und dass auch weiterhin Waldarbeiter ausgebildet und eingestellt werden.

Ich komme zu einem Thema, das nicht neu ist, über das aber besonders in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert worden ist: Bitte helfen Sie mit, dass auch die Forstarbeiter bei den privaten Arbeitgebern einen Mindestlohn bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ähnlich wie in Diskussionen über einen Mindestlohn in anderen Bereichen stellen wir auch hier wieder fest, dass Sie die Bedeutung dieses Themas überhaupt noch nicht begriffen haben. Wenn aber beim Mindestlohn nichts passiert, dann entzweit das unsere Gesellschaft. Wenn Sie von der Koalition es hinnehmen wollen, dass Menschen von dem, was sie für ihre Arbeit bekommen, nicht leben können und dass sie später auch keine ausreichende Rente bekommen, dann müssen Sie das den Menschen draußen auch sagen. Das ist jedoch eine unverantwortliche Politik. Ich bitte Sie wirklich, Ihre Meinung zum Thema Mindestlohn zu überdenken.

Ich komme zum Schluss. Wir wollen den Waldumbau und die forstlichen Zusammenschlüsse mehr fördern, den Bergwald schützen und den Waldumbau vorantreiben. Für uns gehört Wild zum Wald. Ich bin durchaus jemand, der, wenn er draußen ist, auch Wild sehen will. Für uns gilt aber auch der Grundsatz: Wald vor Wild.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke Sie bitte an das Ende Ihrer Redezeit.

Reinhold Strobl (SPD): Herr Minister, Sie haben auf jeden Fall unsere Unterstützung, wenn Sie bei diesen Themen, die auch in der öffentlichen Diskussion sind, vorankommen kommen wollen. Wenn nicht, werden wir weiterhin im Widerstreit sein. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die nächste Wortmeldung stammt vom Kollegen Eckstein von der CSU.

Kurt Eckstein (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich soll ich nur zu den Zahlen des Haushalts reden. Denn die politischen Ausführungen wird Kollege Albert Füracker machen. Aber zwei Dinge muss ich doch ansprechen.

Herr Kollege Strobl, Sie sprechen sich gegen eine industrielle Landwirtschaft aus. Ich glaube aber, dass in Bayern industrielle Landwirtschaft nicht stattfindet, sodass Ihre Bemerkung Eulen nach Athen tragen bedeutet.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne ein Beispiel. In meinem Dorf waren wir 17 Bauern. Jetzt gibt es noch zwei: einen Nebenerwerbslandwirt und einen Vollerwerbslandwirt, der mein Nachbar ist. Dieser hat für 120 Milchkühe einen Stall mit zwei Melkrobotern gebaut. Er hat das ganze Dorf zusammengepachtet. Er bearbeitet jetzt die Fläche, die wir früher mit siebzehn Bauernfamilien bearbeitet haben.

Ich sage Ihnen: Seine Kühe leben viel glücklicher als die Kühe in vielen anderen, kleineren Betrieben. Sie können davon ausgehen, dass größere Landwirtschaft nicht mit Tierquälerei verbunden ist, wie es oft dargestellt wird. - Dies ist das eine.

Das Zweite ist das angesprochene Blühflächenprogramm. Die Diskussion darüber kann ich fast nicht mehr hören. Erstens war das Programm nach meiner Meinung zu gut dotiert. Darum wurden die 6.000 bis 7.000 Hektar, die in Planung waren - ich weiß ungefähr, wie solche Programme laufen -, auf 19.000 Hektar aufgestockt, weil das Entgelt gut bemessen war. Jetzt wird so getan, als würden die 19.000 Hektar sofort unter den Pflug kommen und würde dann Mais angebaut. Aber diese 19.000 Hektar werden nun fünf Jahre blühen. Der Minister wird sicherlich einen Weg finden, dieses zweifellos gute Programm weiterzuführen.

Jetzt zum Haushalt. Wie alle Ressorts hat auch der Einzelplan 08 zum ausgeglichenen Haushalt seinen Beitrag leisten müssen. Der Konsolidierungsbeitrag beträgt jährlich 25 Millionen Euro. Davon konnten aber 20 Millionen Euro durch Gewinne der bayerischen Staatsforsten erwirtschaftet werden, und 5 Millionen Euro sind durch Kürzungen bei den Ausgaben gewonnen worden. Einen Teil der Einsparungen hat die Verwaltung durch Kürzungen bei den Ausgabemitteln ermöglicht. Es handelt sich zum Teil um Kürzungen bei Bau-, Sach- und Investitionsausgaben.

Zusätzlich gibt es im Haushalt Umschichtungen, durch die an anderer Stelle ein Mehrbedarf abgedeckt wird.

Bei den Fördermaßnahmen wurden ebenfalls maßvolle Einsparungen und zahlreiche Umschichtungen durchgeführt.

Wie es der Minister schon angesprochen hat, handelt es sich hauptsächlich um Kürzungen der GAK (Anm.: Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes) in Höhe von 18,5 Millionen Euro, die wir natürlich hier in Bayern vollziehen müssen.

Die eigentlich frei werdenden Landesmittel von 12,3 Millionen Euro, die der Finanzminister nach dem Haushaltsrecht eigentlich hätte einziehen können, bleiben in vollem Umfang erhalten und dienen den landwirtschaftlichen Förderprogrammen.

An dieser Stelle möchte ich mich bei Herrn Minister Brunner recht herzlich bedanken, dass es ihm und seinem Haus gelungen ist, mit dem Finanzminister günstig zu verhandeln. Ich möchte mich auch für die Arbeit bedanken, die er und sein Haus für die Bäuerinnen und Bauern in ganz Bayern tun. In den Dank schließe ich ausdrücklich alle Stellen ein, die für die Landwirtschaft vor Ort tätig sind.

Laut Stellenplan sind rund 7.200 Mitarbeiter im Einzelplan 08 ausgewiesen. Herr Kollege Strobl hat gesagt, der Abbau dieser Stellen muss gestoppt werden. Es wäre schön, wenn wir dies schafften. Aber es gibt auch andere Zwänge.

Andere Parteien haben andere Ansichten. Ich kann nicht nachvollziehen, wenn immer wieder von einer bestimmten Stelle aus der Eindruck erweckt wird, dass diese Beschäftigten überflüssig oder zuviel seien. Kaum ein Haus hat die Personaleinsparungen bei den inneren Reformen so konsequent vollzogen wie das Landwirtschaftsministerium; das merkt man auch.

Nun zu einigen Zahlen. Der Haushalt umfasst 1,2 Milliarden Euro. 1,1 Milliarden Euro betragen die Direktzahlungen der EU. Diese müsse von der Verwaltung auf die Landwirtschaft verteilt werden. Die Umsetzung des Einzelplans 08 bedeutet also einen großen Arbeitsaufwand.

Die Fördermaßnahmen wurden auf relativ hohem Niveau von 490 Millionen Euro jährlich fortgeführt. Die am stärksten ausgestatteten Maßnahmen sind die einzelbetrieblichen Investitionsförderungen mit 72,6 Millionen Euro.

Das Kulturlandschaftsprogramm ist bereits genannt worden. Die Ausgleichszulage ist ein wichtiger Motor, um eine flächendeckende Landwirtschaft in den Bereichen, die für die Landwirtschaft nicht besonders interessant sind, zu erhalten.

Flurneuordnung, Dorferneuerung und LEADER werden auf hohem Niveau weitergeführt. Sie haben recht, dass im Jahr 2012 Bundesmittel in Höhe von 6 Millionen Euro wegfallen. Außerdem läuft das Programm "Bayern 2020" aus.

Wir haben im Haushaltsausschuss schon darauf hingewiesen, dass im Nachtragshaushalt Aufstockungen vorgenommen werden müssten.

In Kapitel 08 03 sind die reinen Landesmittel aufgelistet und die Selbsthilfeeinrichtungen EKV, EKP, Milchprüfing, Verbundberatung und Ähnliches ausgewiesen.

Die Bildungszentren im ländlichen Raum und die Landjugendorganisationen werden weiterhin mit 1,6 Millionen Euro pro Jahr gefördert. Das ist eine stolze Summe, die gut angelegt ist.

Für den Bereich "gesunde Ernährung" einschließlich des Kompetenzzentrums wurde der Ansatz von 3,8 Millionen auf 5,4 Millionen Euro im Jahr 2011 und auf 6 Millionen Euro im Jahr 2012 angehoben.

Für das Schulungsprogramm stehen im Doppelhaushalt pro Jahr 4,4 Millionen Euro EU- und Landesmittel zur Verfügung.

Die forstliche Förderung bleibt auf hohem Niveau. Die Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen im Privat- und im Körperschaftswald sind mit 23,1 Millionen Euro veranschlagt. Die Zusammenschlüsse sollen 3,3 Millionen Euro im Jahr bekommen.

Die Rücknahme der Kürzung der Wegstreckenentschädigung ist für die Bediensteten der Forstbetriebe von besonderer Bedeutung.

Diese Zahlen zeigen, dass sich die Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft wie auch der gesamte ländliche Raum auf die Koalitionsregierung aus CSU und FDP und auf diese Parteien verlassen können.

Auch wenn sich die Erlössituation in der Land- und Forstwirtschaft verbessert hat, sind Förderung und Beratung durch den Staat weiterhin nötig, um den gesamten Bereich zukunftsfest zu machen. Zu diesen Aufgaben stehen wir.

Ich bitte um Zustimmung zu dem Einzelplan 08.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die FREIEN WÄHLER bitte ich Frau Müller ans Redepult.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Land- und Forstwirtschaft im Verbund mit der Lebensmittelwirtschaft ist eine wichtige Säule der Wirtschaftskraft unseres Heimatlandes. Daneben prägt die Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern die Kultur- und Erholungslandschaft in besonders außerordentlicher Weise.

Bayerns Schönheit ist weltweit bekannt. Die Schaffenskraft seiner Bevölkerung, seine kulturelle Vielfalt und die unvergleichliche Qualität seiner Lebensmittel - ich nenne beispielhaft Bier, Milch, Fleisch - lassen viele andere Länder neidisch zu uns blicken.

Bayerns Bauern haben in der zurückliegenden Zeit sehr schwierige Jahre gemeistert. Die Wirtschaftskrise hat auch hier tiefe Gräben gerissen. Wir können alle glücklich sein, dass die heutige Haushaltsdebatte unter ganz anderen Vorzeichen stattfindet, als es 2009 der Fall war. Ich habe mir bei der Vorbereitung zu dieser Rede die Haushaltsdebatte zum letzten Doppelhaushalt angesehen. Damals kam ganz klar die Hilflosigkeit der Politik gegenüber der weltweiten Agrarpolitik und die Überlegung zum Ausdruck, was Bayern tatsächlich leisten könnte.

Falsch wäre es heute sicherlich zu sagen, es habe sich alles gewandelt; der Weltmarkt werde besser. Die Agrarproduktion steige im Moment, also könne sich Bayern zurücklehnen. Das wäre sicherlich falsch.

Herr Brunner hat im Jahre 2009 gesagt, es sei das Recht der Opposition in solchen Debatten völlig unrealistische Forderungen zu stellen. Ich habe mir mit Blick auf damals unsere heutigen Haushaltsanträge angesehen. Ich glaube, Herr Minister, Ihre Aussage von damals kann für die FREIEN WÄHLER so nicht gelten. Unsere damaligen Anträge zur Ausgleichszulage, zur einzelbetrieblichen Förderung und zur Förderung der Ernährungsbildung wurden damals von CSU und FDP abgelehnt und als völlig unrealistisch abgetan. Umso erstaunlicher ist es, dass all diese Forderungen, die wir damals gestellt haben, heute im Haushaltsentwurf Berücksichtigung gefunden haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Albert Füracker (CSU): Dann könnt Ihr doch zustimmen und braucht nicht abzulehnen!)

Ich bin der Meinung: Was damals richtig war, ist es auch heute noch. Wenn Sie schon damals zugestimmt hätten, hätten wir keine zwei Jahre verloren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die FREIEN WÄHLER haben diesmal nur vier Änderungsanträge mit Mehrkosten von 2,1 Millionen Euro für 2011 und von 780.000 Euro für 2012 gestellt. Das war sehr moderat, aber leider fanden nicht einmal diese Anträge Ihre Zustimmung.

Bei der einzelbetrieblichen Förderung hätte einiges besser laufen können, wenn Sie schon früher reagiert hätten. Die Entwicklung war klar absehbar.

Bei der Ausgleichszulage regieren Sie nur deshalb, weil Ihre Bundesministerin Aigner diese 18,5 Millionen Euro streicht. Für die Bauern bleibt unter dem Strich nichts übrig; es gibt da keine echte Verbesserung. Natürlich sind wir dankbar, dass im Haushalt die vorgesehenen 12 Millionen Euro erhalten bleiben und nicht auch noch wegfallen; aber eine echte Verbesserung ist es nicht.

Herr Staatsminister, Sie haben in der letzten Zeit vieles angekündigt, was zumindest gut klingt. Sie entwickeln eine Eiweißstrategie, Sie haben ein Forum zum Mais geplant

und jetzt auch noch eines zum Flächenverbrauch. Gerade im Bereich der Eiweißstrategie haben wir konkrete Anträge eingebracht. In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei den Kollegen im Agrarausschuss herzlich bedanken, denn dort haben die Fachleute aus den Regierungsparteien zunächst zugestimmt. Leider wurden diese Anträge dann von der FDP ausgebremst. Schade! So werden wir nun wieder Jahre warten müssen, bis unsere Vorschläge umgesetzt werden.

Bayern ist ein Exportland auch und insbesondere im Agrarbereich. Wir exportieren Zuchttiere, agrarische Rohstoffe und glücklicherweise in steigendem Umfang auch hochwertige Nahrungsmittel wie unseren hervorragenden Käse. Dies muss natürlich in erster Linie die Wirtschaft selbst meistern. Aber das Hohe Haus kann eine ganz bedeutende Hilfestellung dazu leisten. Wir haben auch dazu Anträge eingereicht. Leider waren auch diese umsonst.

Ich sage Ihnen: Unsere Anträge sind nicht völlig unrealistisch, sondern sie wurden halt einfach nur von der falschen Seite eingebracht.

(Widerspruch bei der CSU)

Es ist ein Unding, wenn im Bereich der Absatzförderung EU-Mittel von Deutschland und von Bayern nicht vollständig abgerufen werden, weil in Bayern keine Nachfolgeorganisation der CMA auf die Beine gestellt wurde.

Sie planen jetzt eine Agrarmarketingagentur, Herr Minister. Eine Abteilung im Ministerium wird ausgegliedert und als Agrarmarketingagentur betitelt. Ich bin gespannt, was in zwei Jahren passiert, ob diese Stellen dann wieder zurück ins Ministerium kommen oder ob wir sehen müssen, wo wir die Leute nach wie vor dauerhaft beschäftigen können.

Beim Kompetenzzentrum Ernährung ist es das Gleiche: Auch hier wird nur befristet etwas geschaffen und wir wissen nicht, ob es nur eine Mogelpackung ist oder ob wir davon einen Nutzen haben werden.

Wir brauchen eine echte Stärkung der Absatzförderung; es darf keinen Verschiebebahnhof geben. Verschiebebahnhöfe! Ein schönes Stichwort: Die laufenden KULAP-Verträge wurden schon ein paar Mal angesprochen. Dabei wird auf Brüssel verwiesen. Mich erstaunt schon, dass nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die uns Brüssel bietet. Die Berechnungen sind in Brüssel ja noch nicht einmal eingegangen. Das Politikrisiko ist das höchste Risiko für unsere Bäuerinnen und Bauern, Herr Minister! Diese Erkenntnis ist wahrlich nicht neu.

Wir Bäuerinnen und Bauern erwarten wahrlich keine Wunderheiler oder unhaltbare Versprechungen. Die Wanderprediger, die in den letzten Jahren über die Dörfer gezogen sind und in deren Gesang viele, die hier im Hohen Hause sitzen, mit eingestimmt haben - oft wider besseres Wissen - haben kein Heil gebracht. Ganz im Gegenteil! Diese Erfahrung war bitter für manche meiner Berufskollegen.

Unsere Land- und Fortwirtschaft braucht klare Perspektiven für die Zukunft. Man bringt die Bauernfamilien zurzeit und damit den gesamten ländlichen Raum in ein Spannungsfeld aus Nahrungsmittelerzeugung, erneuerbaren Energien und dem ständigen Verlust von Anbauflächen mit dem Wunsch, Bayern in ein großes Biotop für Bär, Luchs, Wolf und Biber zu verwandeln. Gleichzeitig wird unseren Landwirten gesagt: Nun behaupte dich einmal schön am Markt!

Der jetzt vorliegende Haushaltsentwurf hätte ein Baustein mit klarer Zielorientierung sein können. Er ist es aber nicht. Er verwaltet die immer noch vorherrschende Ratlosigkeit der Staatsregierung, die zurzeit - man muss sagen: glücklicherweise - von einer positiven Marktentwicklung überdeckt wird.

Wir brauchen ein entschlossenes Anpacken, wenn wir die Herausforderungen der Zukunft meistern wollen. Die FREIEN WÄHLER werden diesem Einzelplan nicht zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin Müller. Nächster Redner: Kollege Sprinkart für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Brunner, vorweg einige Worte an Sie: Ich darf mich zunächst für die gute Zusammenarbeit bedanken.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Sie haben doch immer auch ein offenes Ohr für Positionen, die nicht unbedingt die Ihrigen sind. Darin unterscheiden Sie sich auf erfreuliche Weise von manchen aktuellen und ehemaligen Kollegen, Herr Huber.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, Sie haben in Ihren Ausführungen einige Positionen angesprochen, unter anderem die Konkurrenz zwischen Tank und Teller, zwischen Energieerzeugung auf landwirtschaftlichen Flächen und der Erzeugung von Lebensmitteln. Hier gibt es in der Tat ein Problem. Sie haben für den Sommer Aktionen angekündigt; ich bin gespannt auf Ihre Vorschläge. Immerhin besteht Übereinstimmung darin, dass Sie hier etwas tun müssen, wobei ich ganz klar sagen möchte, dass für unsere Fraktion der Teller und die Nahrungsmittelerzeugung Vorrang haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben auch den großen Flächenverbrauch angesprochen, Herr Minister. Da bitte ich Sie, sich einmal mit Ihrem Kollegen Innenminister in Verbindung zu setzen. Gestern hat die Mehrheit in diesem Hohen Hause nämlich zusätzlich 41 Millionen Euro für den Staatsstraßenausbau bewilligt. Darunter sind viele Straßen zu finden, deren Verkehrswirksamkeit sehr fragwürdig ist, die aber unnötig viel Fläche verbrauchen.

Und dann haben Sie auch noch über die Entbürokratisierung gesprochen. Da empfehle ich Ihnen, bei Ihrer Bundesministerin Frau Aigner vorzusprechen, die eine Biokon-

trollverordnung durchsetzen will, wo ich sagen darf, dass die Biokontrollen ohne staatliche Verordnung mindestens genauso gut funktionieren wie die staatlichen Kontrollen. Auch die Fachleute sagen, dass diese Biokontrollverordnung absolut überflüssig ist. Hier würden wir eine neue Bürokratie schaffen, die wir nicht brauchen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, für uns GRÜNE hat der Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft und der dortigen Arbeitsplätze absolut Vorrang, genauso wie der Schutz von Wasser und Boden und die gesunde Ernährung, vor allem die gesunde Ernährung unserer Kinder. Diese Ziele müssen wir auch im Haushalt finden.

Grundsätzlich kann man sagen, dass der Agrarhaushalt nur in sehr geringem Maße hat Kürzungen hinnehmen müssen. Dennoch gibt es teilweise nicht unerhebliche Verschiebungen. Es gibt Kürzungen beim Kulturlandschaftsprogramm; demgegenüber gibt es Ausgabensteigerungen bei der Investitionsförderung und der Absatzförderung. Dort, wo die Bauern und Bäuerinnen eindeutig gesellschaftliche Leistungen erbringen, nämlich beim Kulturlandschaftsprogramm, wurde gekürzt. Investitionsförderung heißt in der Regel Wachsen und Weichen. Hier sind meines Erachtens die gesellschaftlichen Leistungen zumindest fraglich. Beim Bio-KULAP geht es nicht sosehr um die Höhe der Kürzungen. Die zehn Euro werden nicht über das Wohl und Wehe eines Biobetriebes entscheiden. Vielmehr geht es um ein Signal in einer Zeit, in der der Biolandbau in der Bundesrepublik Marktanteile verliert, anstatt Marktanteile zu gewinnen. Wäre das in der konventionellen Landwirtschaft so, dann wäre der Aufschrei groß und man würde sofort handeln. Mit der Kürzung des Bio-KULAP haben Sie umstellungswilligen Bauern und Bäuerinnen ein negatives Signal gesendet. Das ist das Problem daran.

In der aktuellen Diskussion wird immer wieder Planungssicherheit gefordert. Damit meint man Planungssicherheit in der ersten Säule. Dabei haben wir in der ersten Säule für mindestens sieben Jahre Planungssicherheit. Davon können die Bauern und

Bäuerinnen, die Programme in der zweiten Säule belegen, nur träumen. Dort werden Programme nach zwei Jahren schon wieder gekürzt. Ich nenne das Stichwort der Blühflächen. Diesbezüglich höre ich nichts von Planungssicherheit.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Gerade die Kürzungen bei der Förderung der Blühflächen haben zu einem erheblichen Vertrauensverlust bei den Landwirten geführt.

Ich weiß zwar, dass das juristisch alles abgesichert ist, aber man muss sich das einmal vorstellen: Sie haben vor zwei Jahren einen Vertrag abgeschlossen, und jetzt kürzen Sie ihnen die Förderung um bis zu 40 %, ohne dass sie aus dem Vertrag herauskommen. Aus jedem lausigen Versicherungsvertrag kann ich aussteigen, wenn die Versicherungsprämie steigt. Diese Bauern müssen aber weitermachen. Ich nenne so etwas einen Knebelvertrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Gemeinschaftsaufgabe wird auf Bundesebene um insgesamt über 30 Millionen Euro gekürzt, und Sie tun so, als ginge Sie das nichts an. Ich darf Sie daran erinnern: Frau Aigner gehört der CSU an und kommt aus Bayern. Also, auch dafür tragen Sie als CSU ein Stück Mitverantwortung.

Die EU-Mittel für ELER (Anm.: Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum) steigen um circa 30 Millionen Euro, und der bayerische Anteil steigt eigentlich nur durch die Umschichtung aus der Gemeinschaftsaufgabe.

Nun zu einigen weiteren Punkten und zu unseren Anträgen.

Unserer Meinung nach ist Tierzucht keine hoheitliche Aufgabe. Das hat unter anderem auch schon der Rechnungshof festgestellt. Nebenbei bemerkt: In Frankreich beteiligt sich der Staat an der Tierzucht mit null Euro. Die gesunde Ernährung unserer Kinder ist demgegenüber eine ganz wichtige Aufgabe, auch eine wichtige staatliche Aufgabe.

Deshalb haben wir beantragt, die Mittel aus der Tierzucht umzuschichten und für die Ernährungsberatung zu verwenden.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Nun zur Maiswurzelbohrer-Forschung. Es ist auch keine Aufgabe des Staates, die Agro-Gentechnik weiterzuentwickeln. Man könnte auch sagen, hier wird Geld für ein Problem ausgegeben, das es eigentlich nicht gibt. Wenn man es abgeschwächt ausdrücken will, kann man sagen, dass man dieses Problem mit einfachen ackerbaulichen Mitteln, nämlich mit einer vernünftigen Fruchtfolge, lösen könnte. Pikant an dieser Sache ist, dass die Landesanstalt nach Rumänien auswandern muss, um Maiswurzelbohrer-Forschung betreiben zu können. In Bayern ist das anscheinend gar nicht möglich.

Herr Minister Brunner, Sie versuchen, das Ende der CMA mit Landesmitteln aufzufangen, indem Sie eine Marketing-Agentur für Bayern gründen. Damit zielen Sie in erster Linie auf den Export ab. Wir halten den Aufbau regionaler Vermarktungsmöglichkeiten und regionaler Wertschöpfungsketten für absolut vorrangig. Hier gibt es noch ein breites Feld zu beackern. Hier können wir im Gegensatz zum Export die Wertschöpfung in der Landwirtschaft steigern. Hier profitieren nicht nur die Bäuerinnen und Bauern, sondern auch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Hier bedeutet Förderung Anschubfinanzierung und nicht Dauersubvention wie bei der Exportförderung, und hier tun Sie auch noch zusätzlich etwas für den Klimaschutz und die Umwelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein nächster Punkt ist die Alm- und Alpwirtschaft, die heilige Kuh der bayerischen Agrarpolitik. Heutzutage geht es zumindest im Allgäu nicht mehr darum, Alpen mit Wegen und Straßen zu erschließen, sondern es geht um die Erschließung bestimmter Weideflächen, auf denen die Rinder vielleicht gerade einmal zwei bis drei Wochen weiden. Angesicht dieser Situation halte ich eine Förderung eigentlich für überflüssig; manchmal ist sie sogar kontraproduktiv, weil der ökologische Schaden deutlich höher

ist. Jenen Alpbesitzern, die wirklich keine Zufahrt haben, wollen wir die Wahl lassen, ob sie auf den Ausbau des Weges, der meistens ökologische Nachteile bringt, verzichten und dafür einen Erschwernisausgleich erhalten - damit wäre die Wertschöpfung bei den Bauern - oder ob sie den Alpweg bauen lassen; dann verdient der Bauunternehmer das Geld. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie müssen den Älplern schon sehr misstrauen, wenn Sie ihnen nicht einmal diese Entscheidungsmöglichkeit überlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben die Eiweiß-Strategie angesprochen. Grundsätzlich gibt es dafür unsere Zustimmung. Allerdings haben Sie einen ganz wichtigen Punkt ausgelassen: Jährlich werden 6.000 Hektar wichtiger Eiweißfläche, nämlich das Grünland, umgebrochen, und Sie trauen sich nicht, diesen Grünlandumbruch zu unterbinden, indem Sie ein Verbot aussprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich darf es noch einmal explizit sagen: In den letzten fünf Jahren haben wir 1.600 Hektar Grünland in FFH-Gebieten, 1.150 Hektar in Vogelschutzgebieten und knapp 1.000 Hektar in Überschwemmungsgebieten umgebrochen. In insgesamt 18 Landkreisen Bayerns liegt der Grünlandumbruch über 5 %. Damit wird wichtige Eiweißproduktion verhindert und vernichtet.

Lassen Sie mich zum Schluss zur Forstpolitik kommen. Wir sind der Meinung, dass der Umbau des Privat- und Körperschaftswaldes angesichts des Klimawandels vorangetrieben werden muss. Dazu braucht es Geld; sonst wird das nicht funktionieren. Wir fordern mehr Geld für die Schutzwaldsanierung. Hierzu muss ich sagen: Beim Thema Bergwaldoffensive hat das Selbstverständnis des Parlaments durch die Vorgehensweise der Kollegen der CSU-Fraktion doch erheblich gelitten. Wir waren uns im Ausschuss relativ schnell einig, dass wir versuchen wollen, einen gemeinsamen, einen interfraktionellen Antrag zu erarbeiten. Das hat eigentlich auch wunderbar funktioniert.

Ich glaube, wir haben keine zehn Minuten gebraucht, um eine gemeinsame Formulierung zu finden. Wer aber denkt, die Fachabgeordneten seien sich einig und damit sei das Kind in trockenen Tüchern, hat sich erheblich getäuscht. Die Kollegen mussten zunächst zum Ministerium, um zu fragen, ob sie dürfen, und dann zum Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, um zu fragen, ob sie dürfen, und sie durften in beiden Fällen vermutlich nicht.

Kolleginnen und Kollegen, wenn wir genügend Selbstbewusstsein als Abgeordnete hätten, dann würden wir so etwas nicht machen. Das muss ich Ihnen ganz klar sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt ist mir nicht bange, dass die Bergwaldoffensive nicht fortgesetzt wird. Aber ich finde, die Beschäftigten, die extra für die Bergwaldoffensive angestellt worden sind, haben das Recht auf Planungssicherheit. Diese Planungssicherheit sollten wir ihnen geben, und zwar schnell.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Denken Sie bitte an das Ende Ihrer Redezeit?

Adi Sprinkart (GRÜNE): Ich werde auf die Sekunde fertig sein.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Nein, Sie haben schon überzogen.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Ach, darum leuchtet es jetzt rot.

(Heiterkeit)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: So viel zur Farbenlehre.

(Barbara Stamm (CSU): Frau Präsidentin, eine Minute zusätzlich!)

Adi Sprinkart (GRÜNE): Jetzt könnte ich mich höchstens auf eine Rotgrünblindheit herausreden. - Wir können in dem vorliegenden Agrarhaushalt keine Stärkung einer

nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft in Bayern erkennen. Aus diesem Grund werden wir ihn ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Barbara Stamm (CSU): Das ist aber schade!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, ich würde das ja entschuldigen, wenn Sie unter einer Rotgrünblindheit litten. Aber dem ist, glaube ich, nicht so.

Wir haben jetzt noch drei Wortmeldungen. Das sind Herr Dechant, Herr Füracker und Herr Herz. Ich bitte als Nächsten Herrn Dechant für die FDP ans Pult. Bitte schön.

Thomas Dechant (FDP): Herzlichen Dank. - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Agrarsektor hat eine große Bedeutung im Freistaat und zählt so auch zu den wichtigsten Politikbereichen. In der Landwirtschaft sind in Bayern viele Menschen tätig. Die Landwirtschaft erbringt überdies unzählige Leistungen im Natur- und Umweltschutz. Nicht zuletzt ist die Landwirtschaft im ländlichen Raum ein integraler Bestandteil, ohne den viele auch Freizeit- und Tourismusangebote so nicht stattfinden könnten.

Der Freistaat verfügt über ein eigenes Landwirtschaftsministerium. Das ist längst keine Selbstverständlichkeit mehr. In Hessen heißt das für Landwirtschaft zuständige Ministerium "Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz", in Nordrhein-Westfalen "Ministerium für Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz". Auf die künftige Bedeutung der Landwirtschaft in Baden-Württemberg darf man gespannt sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf des Abgeordneten Huber Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herzlichen Dank, Herr Kollege Aiwanger.

Auch existieren viele Förderprogramme wie zum Beispiel das KULAP in anderen Bundesländern nicht, und viele Förderprogramme fallen deutlich enger aus.

Diese besondere Bedeutung, so meine ich, spiegelt sich im Entwurf des Haushaltsplanes 2011/2012 im Einzelplan 08, Landwirtschaft, auch deutlich wider. Im Landwirtschaftsbereich konnten wir auch für die Zukunft einen stabilen Haushalt sicherstellen. In heutiger Zeit sagen zu können, wir können den Landwirtschaftsetat so beibehalten, bedeutet enorme Anstrengungen. Ich erinnere daran: Wir haben Bildung massiv ausgebaut, wir haben einen ausgeglichenen Haushalt im Blickpunkt, und uns ist es trotz alledem gelungen, auch die bayerische Landwirtschaft entsprechend weiterhin in vollem Umfang so zu fördern, wie wir es bis jetzt getan haben.

(Beifall bei der FDP)

Der Haushalt kann 2011 und 2012 etwa stabil gehalten werden.

Hinzu kommen die Mittel für Direktzahlungen der EU an die bayerische Landwirtschaft mit rund 1,1 Milliarden Euro und Mittel aus dem Programm "Zukunft Bayern 2020" mit insgesamt 61,5 Millionen Euro. Dies sind beträchtliche Summen, meine Damen und Herren. Da muss ich schon sagen, es ist in mancher Oppositionsrede jetzt gerade nicht so deutlich geworden, dass das Land Bayern durchaus Anstrengungen unternimmt, und zwar große Anstrengungen, für die bayerische Landwirtschaft.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Ja logisch, seit wir mit an der Regierung sind!

Die ELER-Förderschwerpunkte "Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft", "Verbesserung der Umwelt und der Landschaft", "Lebensqualität im ländlichen Raum" und "Diversifizierung der landwirtschaftlichen Wirtschaft" sowie Leader konnten insgesamt erhöht werden. Die EU-Beteiligung an den Maßnahmen ist dabei mit einer Höhe von 184,6 Millionen Euro für 2011 und 187,5 Millionen Euro für 2012 veranschlagt worden. Zudem werden Landesmittel mit 141 Millionen Euro in 2011 und

143 Millionen Euro in 2012 und GAK-Mittel in Höhe von jeweils 160 Millionen Euro bereitgestellt.

Viele dieser Fördermaßnahmen stärken die Wettbewerbsfähigkeit im ländlichen Raum erheblich, tragen zur Sicherung der Arbeitsplätze bei und zeigen positive regionale und umweltbezogene Wirkungen.

Meine Damen und Herren, bei euch wird das so dargestellt, als sichere die bäuerliche, viel Arbeit verursachende naturnahe Landbewirtschaftung Arbeitsplätze sichert. Dem ist nicht so. Sie fördert nur die Anstrengungen, ganz klar. Das Einzige, was die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sichert, das ist einfach die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, sodass diese Betriebe auch in Zukunft weiter existieren können.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ganz klar so, und alles andere, was ihr hier verbreitet, ist Sozialromantik.

Einen wesentlichen Schwerpunkt bei der Förderung bildet mit rund 175 Millionen Euro in 2011 und 170 Millionen Euro in 2012 das Kulturlandschaftsprogramm, ein Programm, das von den Landwirten stark angenommen wird. Und was Ihren Vorwurf betrifft, Herr Kollege Sprinkart, wir hätten Knebelverträge, sage ich: Das Land Bayern hat sich schon x-mal in Brüssel darum bemüht, dass die Leute aus diesen Verträgen aussteigen können. Was haben denn die GRÜNEN in dieser Richtung getan? Habt ihr euch schon einmal darum bemüht, außer dass ihr euch hier hinstellt und uns Unlauterkeit vorwerft?

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das muss man schon einmal ganz klar sagen, wenn Sie hier mit solchen Vorwürfen um sich werfen.

(Beifall bei der FDP)

Das Land Bayern hat sich schon x-mal eingesetzt, das zu ändern.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Es ist halt so!

Vergleicht man die bayerischen Prämien mit den Prämienansätzen zum Beispiel in Baden-Württemberg mit seinem MEKA (Anm.: Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich), fällt sehr deutlich auf: Bei fast allen Maßnahmen zur Förderung extensiver Produktionsverfahren im Ackerbau oder bei Dauerkulturen liegen die Prämien in Bayern deutlich höher, wenngleich hier und dort auch gewisse Unterschiede sein mögen.

Bei den bereits viel diskutierten Blühflächen liegt nach neuem Förderansatz die Prämie in Bayern bei 610 Euro, in Baden-Württemberg bei 500 Euro, und sie lag in Baden-Württemberg auch noch nie höher.

Dies gilt auch bei der Maßnahme zur Förderung extensiver Grünlandnutzung. Hier liegen die Prämien in Bayern beispielsweise bei 170 Euro, in Baden-Württemberg bei 130 Euro.

Ich denke, wir können mit Fug und Recht sagen: Wir setzen uns im Freistaat für unsere Landwirte und Landwirtinnen mit aller Kraft ein.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Die einzelbetriebliche Investitionsförderung wird mit gut 70 Millionen Euro jeweils in 2011 und 2012 fortgeführt, hier insbesondere für Investitionen, die zu einer gesteigerten Innovationstätigkeit beitragen, zur positiven Wertschöpfung und zu verbesserter Arbeitsproduktivität. Man darf dabei nicht vergessen, was eine Investition eines Landwirts auch für die regionalen Handwerker etc. etc. bedeutet. Das alles ist indirekt auch eine Förderung des ländlichen Raumes, der uns natürlich besonders am Herzen liegt.

(Beifall bei der FDP)

Bei Leader ist vorgesehen, künftig die Mittel zu erhöhen. Für 2011 ist ein Mittelansatz von 4,5 Millionen Euro für 2012 von 5 Millionen Euro veranschlagt. Es bestätigt sich immer wieder: Leader-Projekte mit dem Bottom-up-Ansatz sind Projekte, die an den eigenen Ideen ansetzen und Innovatives hervorbringen. Hier werden Projekte angestoßen, die Strukturen verbessern und zukunftsgerichtet sind.

Beispielhaft möchte ich folgende erfolgreiche Projekte anführen:

Das Druckwesen mit der historischen Druckerei Seidl hat in der Stadt Rosenberg lange Tradition. Mit Hilfe der Leader-Förderung war es nun möglich, den historischen Drucksaal umzubauen und der Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen. Ich war persönlich vor Ort. In der ehemaligen Druckwerkstätte werden sowohl vernetzte Kulturarbeit als auch pädagogische und museale Arbeit etabliert werden können. Am 16.04.2011 wird die Druckerei mit einem offiziellen Festakt durch den Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch, der Öffentlichkeit übergeben.

Als erfolgreich zu bezeichnen ist auch das Projekt "Hopfenstadl" in Illschwang. Leader hat zum Erhalt des historischen Hopfenstadls beigetragen und zusammen mit der Landesanstalt für nichtstaatliche Museen ein Museumskonzept "Hopfenmuseum" entworfen - eine heute große touristische Attraktion. Als Oberpfälzer bin ich besonders stolz darauf.

Weitere Projekte sind das Naturbad in Immenreuth und die Burgenfestspiele im Landkreis Cham.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das bringt aber viel!)

- Ja logisch! Das bringt dem ländlichen Raum viel, und auf den sind auch die Bauern angewiesen. Das sind Synergien.

(Beifall bei der FDP)

Eine Landwirtschaft ohne ländlichen Raum, die nur noch von der Landwirtschaft bevölkert ist,

(Zurufe des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) - Zurufe von den GRÜNEN)

ist, denke ich, auch nicht im Interesse der Landwirtschaft. Das muss man ganz klar sagen, und es geht hier auch um den ländlichen Raum.

Lassen Sie mich zu einem anderen Thema kommen, zur EU-Agrarpolitik. Wir müssen ein Konzept für eine zukunftsgerichtete gemeinsame Agrarpolitik erstellen. EU-Kommissar Ciolos fordert, dass die GAK umweltfreundlicher, gerechter, effizienter und wirkungsvoller werden muss. Das bedeutet, dass hier in der ersten Säule zusätzliche ökologische Leistungen erbracht werden sollen. Hierdurch sollen die Leistungen der Landwirte für die Allgemeinheit noch stärker betont werden.

Worum muss es im Interesse unseres Landes gehen? Auch zukünftig muss das Ziel sein, dass sich eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft entwickeln kann. Dies bedeutet, möglichst keine zusätzlichen Beschränkungen bei den Zahlungen im Rahmen der ersten Säule. Konkrete Agrar-Umwelt-Programme sollen auch künftig über die zweite Säule finanziert werden können. Zu fordern ist vielmehr ein Abbau der bestehenden bürokratischen Mechanismen in der ersten Säule mit den Cross-Compliance-Verpflichtungen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Ja, das geht darüber hinaus.

Die derzeitige Haushaltssystematik wird durch eine Umverteilung zugunsten der neuen Beitrittsländer dazu führen, dass sich das deutsche Prämienvolumen insgesamt rückläufig entwickeln und sich damit die Nettozahlerposition weiter verschlechtern wird. Dem müssen wir entschlossen entgegentreten. Daher ist es haushaltspolitisch

betrachtet sinnvoll, die Systematik zu überdenken und zu überprüfen. Insgesamt geht es darum, verstärkt Wettbewerbsanreize zu setzen und Strukturen nicht zu behindern, was bei dem einen oder anderen Kollegen durchaus angeklungen ist. Deutlich stärker als bisher muss es darum gehen, Landwirten Erwerbskombinationen anzubieten und entsprechende finanzielle Anreize zu gestalten.

Zum Herrn Kollegen von der SPD möchte ich sagen: Gerade die FDP hat für den ländlichen Raum sehr viel erreicht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Den MON 810!)

Eine vierstellige Anzahl von Kommunen hat mittlerweile das bayerische Förderprogramm in Anspruch genommen. Ich nenne außerdem den ÖPNV und die Schülerbeförderung.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP-Fraktion hat jetzt einen Ausgleich über den § 45 a in Angriff genommen. In diesen Bereichen ist vor unserer Regierungsbeteiligung nichts passiert. Das möchte ich ganz klar betonen.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege, auch Ihre Zeitanzeige hat sich rot gefärbt.

Thomas Dechant (FDP): Ich komme auch zum Schluss: Der Haushaltsplan 2011/2012 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist schlüssig, zukunftsweisend und stimmig. Darum stimmen wir ihm zu und bitten auch um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bleiben Sie bitte am Redepult. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege, nachdem Sie sich gerade so schön reingeredet und Beispiele gebracht haben, was Sie alles besser gemacht haben als die CSU vorher, gebe ich Ihnen herzlich gerne weitere zwei Minuten.

(Tobias Thalhammer (FDP): Wollen Sie noch weitere Beispiele anfügen?)

Thomas Dechant (FDP): Herr Dr. Runge, herzlichen Dank. Ich habe schon ein bis zwei Seiten ausgelassen. Ich denke, es war trotzdem deutlich. Ich hätte noch ein paar Beispiele mehr gehabt, was die FDP alles Positives geleistet hat. Ich will unseren Koalitionspartner aber nicht zu sehr beschämen.

(Beifall bei der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Was denn?)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Lieber Herr Kollege Dr. Runge, solche Vorlagen werden sich bitter rächen; denn wir haben noch so viele namentliche Abstimmungen, dass Sie nicht zu dem Zeitpunkt aus dem Maximilianeum kommen werden, den Sie sich erhofft haben. Herzlichen Dank für diese Wortmeldung.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Präsidentin, das haben Sie nicht in der Hand und nicht zu kommentieren!)

Wir fahren mit der Redeliste fort. Ich bitte Herrn Füracker um seinen Redebeitrag für die CSU.

Albert Füracker (CSU): Liebes Präsidium, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Seitens der CSU-Fraktion ist niemand beschämt. Jeder beschämt sich in seinen Reden selbst oder auch nicht. Das muss jeder selbst wissen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich spreche zum Haushalt des Landwirtschaftsministeriums. Deshalb verzeihen Sie mir bitte, dass ich nicht über Staatsstraßen und alle möglichen Dinge rede, über die ich auch etwas zu sagen wüsste. Ich spreche hier über eine Zukunftsbranche, nämlich über die bayerische Landwirtschaft. Es wäre besser, wir würden diese Debatte über die Zukunft führen, auch wenn es natürlich reizt, das zu zitieren, was hier vor zwei Jahren gesagt wurde. Liebe Ulrike Müller, ich wundere mich, dass die FREIEN WÄHLER dem Haushalt heute nicht zustimmen, wenn doch schon alles umgesetzt wurde, was angeblich vor zwei Jahren beantragt wurde.

Im Haushalt wurde dokumentiert, dass es sich bei der Landwirtschaft um eine echte Zukunftsbranche handelt. Die maßvollen Einschnitte im Haushalt, die bereits dargestellt wurden, haben wir der Einsichtsfähigkeit der zuständigen Haushälter, dem großen Engagement des Herrn Ministers Brunner und der Tatsache, dass bei uns in der Fraktion die Landwirtschaft eine große Rolle spielt, zu verdanken. Hier haben wir mit Sicherheit eine Kernkompetenz, bei der uns niemand übertreffen kann.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Einbildung ist auch eine Bildung!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser Ziel in Bayern ist es nicht nur, eine Landwirtschaft zu haben. Wir wollen auch in Zukunft noch Bauern haben. Darauf kommt es nämlich an.

(Beifall bei der CSU)

Die Vielfalt in der Landwirtschaft macht mich auch sicher, dass wir in Zukunft noch Bauern haben werden; denn Bauern sind kreativ und findig, und sie haben Ideen. Deswegen werden die bayerischen Bauern auch in Zukunft unseren ländlichen Raum prägen. Wahr ist: Vieles hat sich verändert. Der Staat macht keine Preise mehr. Der Staat und die Europäische Union werden in Zukunft die Menge nicht mehr begrenzen. Diese Beschlusslagen müssen wir zur Kenntnis nehmen. Dass ein Strukturwandel

stattfindet, ist auch nichts Neues. Der Strukturwandel findet allerdings in Bayern im Vergleich mit allen anderen Bundesländern am verträglichsten und sanftesten statt.

Landwirte, die bei uns aus der Landwirtschaft ausscheiden oder im Zu- oder Nebenerwerb Arbeitsplätze vor Ort finden, gehören ebenfalls zur Wahrheit, die ich aussprechen möchte. Herr Kollege Strobl, Sie haben gefragt: Wo sind die Arbeitsplätze vor Ort? Die Arbeitsplätze sind vor Ort in vielfacher Weise vorhanden. In meinem Landkreis, der angeblich auch von Ihnen betreut wird, sind es 2,5 %. Sie sollten schon wissen, welche Zahlen vorliegen.

Wir helfen mit, den Wandel zu vollziehen. Darauf kommt es an. Trotz des Personalabbaus führen wir Beratung durch. Ich habe mich gewundert: Die SPD sagt, dass es ganz furchtbar sei, weil wir zu viel Personal abbauen würden. Herr Hallitzky hat gesagt, dass es nicht sein könne, dass in Bayern auf einen Berater 15 Landwirte kommen. Hierzu muss ich sagen: Die bayerische Landwirtschaftsverwaltung führt Dorferneuerungen und für 700.000 Waldbesitzer eine forstliche Beratung durch. Ich nenne auch die Landesanstalten. Ich würde gerne etwas differenzierter mit diesen Zahlen umgehen und rate dies auch der Opposition an.

Wir haben für das Personal einen klaren Abbauplan. Der Minister hat diesen Plan bereits angesprochen. Wir gestalten den Abbau letztlich proaktiv. Herr Minister Brunner könnte es sich leicht machen und sagen: Wenn jemand in Pension geht, wird die Stelle nicht mehr besetzt. Er hat jedoch ein klares Konzept vorgelegt, wie dieser Personalabbau gestaltet werden muss, wenn er denn stattfindet. Er wird in der Tat stattfinden.

Dass die Landwirtschaft bei uns in Bayern eine Zukunftsbranche ist, beweisen die Landwirte selbst. Ich nenne nur die hohe Investitionsbereitschaft beim AFP, beim Agrarinvestitionsförderprogramm. Seit dem 1. Januar des letzten Jahres wurden 2.270 Anträge bewilligt. Lieber Kollege Adi Sprinkart, dies führt im Übrigen nicht immer zur Aufstockung von Beständen, die Sie so ablehnen. Auch Biobauern nehmen Investitionsprogramme in Anspruch. Aus Tierschutzgründen gehen Investitionsentscheidun-

gen heute oft dahin, dass Laufställe und keine Anbindeställe mehr gebaut werden. Das ist unterstützenswert. Ich verstehe nicht, warum Sie das kritisieren. Die bayerische Investitionsförderung hat eben nicht das Wachsen oder Weichen zur Voraussetzung. Hier spielen ganz andere Gründe eine Rolle. Die Bauern beweisen mit ihrer Investitionstätigkeit, dass sie auf Zukunft und nicht auf Jammerei setzen.

(Beifall bei der CSU)

Ein zweiter Beweis ist der Umstand, dass wir in diesem Lehrjahr 718 neue Lehrlinge in der Landwirtschaft haben. Das sind 43 % mehr als vor zehn Jahren. Meine Kolleginnen und Kollegen, glauben Sie denn, ein junger Mensch würde sich für den Beruf des Landwirts entscheiden, wenn er darin für sich persönlich und seine Familie keine Zukunft sähe, wenn er keine Perspektive hätte? Im Gegenteil. Wir sind stolz darauf, dass sich junge Leute wieder dafür entscheiden, in die Landwirtschaft zu gehen.

(Beifall bei der CSU)

Die Bauern setzen auch auf Zusatzeinkommen. Auf das Thema Biogas werde ich anschließend zu sprechen kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben der Investitionsförderung gibt es das KULAP. Ein Drittel der bayerischen Fläche ist in diesem Programm enthalten. Die Landwirte treffen freiwillige Vereinbarungen mit dem Staat und extensivieren eigenverantwortlich und ohne Vorschriften. Darauf kommt es uns an. Wir sind auch diejenigen, die sagen: Eigentum muss einen Wert haben. Nicht alles kann unter Androhung staatlicher Restriktionen vorgeschrieben werden. Wenn sich ein Landwirt entschließt, zu extensivieren, werden wir ihn dabei auch unterstützen.

Nach wie vor gibt es die Ausgleichszulage und eine exzellente Waldförderung. Auch die Ernährungsbildung wurde schon angesprochen. Ich verstehe allerdings nicht, warum Adi Sprinkart möchte, dass in Zukunft die Tierschutzberatung nicht mehr von

staatlicher Seite durchgeführt wird, sondern von irgendwelchen Konzernen, die er sonst heftig kritisiert.

(Beifall bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Das verstehe ich auch nicht!)

Im Übrigen unterstütze ich Herrn Minister Brunner nachhaltig bei der Einführung des Eiweißprogramms. Das ist eine hervorragende Idee. Es ist überhaupt kein Problem, hier zu sagen, dafür bräuchte man mehr Geld. In der Landwirtschaft darf nicht immer sofort gefragt werden, wie viel Geld es für irgendetwas gibt. Die Bauern erkennen an, dass der Freistaat Bayern auf Forschung und Entwicklung setzt und erreichen möchte, dass wir in Zukunft Sorten haben, die in Bayern vernünftige Erträge bringen, zum Beispiel Soja. Wir setzen aber nicht nur auf Soja, wir bauen längst auch andere heimische Eiweißträger an, zum Beispiel Erbsen, Luzerne, Klee, Gräser oder was auch immer. Für mich ist das eine klare Zukunftsorientierung, die Sie heute ablehnen, wenn Sie diesen Haushalt ablehnen, was ich nicht verstehen kann.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben noch eines in Bayern, nämlich die viel kritisierte Energie. Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt muss ich aber einmal eines sagen: Wir kämpfen seit 20 oder 25 Jahren in der Landwirtschaft unter dem Aspekt der nachwachsenden Rohstoffe dafür, dass es neben der klassischen Erzeugung von Nahrungsmitteln weitere Standbeine für die Landwirte gibt, beispielsweise in der Energieproduktion. Warum wir diese Energieproduktion beklagen, nachdem die Produktion jetzt endlich funktioniert, verstehe ich nicht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wer hat das politisch angestoßen?)

Wir müssen vielmehr darüber nachdenken, welchen Weg wir in Zukunft gehen. Auch da bin ich Staatsminister Brunner dankbar, dass er zusammenführt und nicht trennt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wer hat das auf den Weg gebracht?)

- Herr Rinderspacher, Sie haben gar nichts auf den Weg gebracht. Wir haben vor 25 Jahren im Landkreis Neumarkt unsere Grünfüttertrocknungsanlage von Schweröl auf Hackschnitzel umgestellt. Da sind wir von der örtlichen SPD kritisiert worden. Sie haben damals noch gar nicht gewusst, wie man "nachwachsende Rohstoffe" schreibt.

(Beifall bei der CSU)

Der Ansatz, heute über zwei Wege in der Landwirtschaft zu reden, ist deshalb richtig. Warum haben wir auf nachwachsende Rohstoffe gesetzt? Wir haben doch nicht nachwachsende Rohstoffe angebaut, damit die Menschen verhungern. Fakt war, dass wir für Weizen Jahre lang 8 Euro erlöst haben, vielleicht auch 11 Euro. Als ich 1985 meine Landwirtschaftslehre begann, hat die Dezitonne Weizen 50 Mark gekostet und die Dezitonne Braugerste 60 Mark. Trotz der nachwachsenden Rohstoffe kostet Braugerste 20 Euro und Weizen 25 Euro. Diese Preise erzielen wir heute, 20 Jahre später, bei dreimal so hohen Kosten wie damals. Da kann man doch nicht sagen, die Bauern würden die Nahrungsmittel verteuern. Wir erzielen heute genau die gleichen Preise, oft aber noch nicht einmal die, die wir vor 20 Jahren hatten. Die Debatte "Teller oder Tank?" ist deshalb eine Debatte, die in der Tat an der Lebenswirklichkeit vorbei geht.

(Beifall bei der CSU)

Wir wissen, wir müssen in der Landwirtschaft vielseitig produzieren. Zum Glück haben wir das in Bayern gut hinbekommen.

Zum Glück haben wir in unserem Haushalt nicht nur den Bereich der klassischen Landwirtschaft, sondern das Landwirtschaftsministerium ist auch das Ministerium, das den ländlichen Raum entwickeln kann. Staatsminister Brunner hat hier klare Zeichen gesetzt: Die Dorferneuerung, die Leader-Projekte, all das, wovon die Kommunen, der ländliche Raum in Gänze profitiert. All das hat einen hohen Stellenwert, eine hohe Gewichtung, und das drückt sich in den Haushaltszahlen aus.

Es wurde gefragt, wenn wir schon von gesellschaftlichen Leistungen reden, wo dann eigentlich die Leistungen für den Klimaschutz seien. Das ist aber die billigste aller Fragen. Seit 20 Jahren haben sich in Bayern und in Deutschland die Rinderbestände um etwa 30 % reduziert. Hätten sich die Flugverkehrsbewegungen und die Pkw-Neuzulassungen so reduziert wie die Rinderbestände, dann bräuchten Sie uns als Landwirte nicht zu fragen, welchen Beitrag wir zum Klimaschutz leisten. Da sind jetzt andere an der Reihe, diese Fragen zu beantworten.

Wir haben in Bayern eine naturnahe Landwirtschaft, wir haben die Landwirtschaft, die sich die Menschen wünschen. Ich bin deshalb erstaunt, wenn wir regionale Produkte und regionale Produktion fordern, dass wir uns beim Absatz höherpreisiger Produkte gar nicht leicht tun. Ich bin auch manchmal erstaunt, dass die Menschen sagen, wir wollen regionale Landwirtschaft. Wenn man aber einen Stall im Dorf bauen will, dann muss man aussiedeln. Das ist in Ordnung. Siedelt man allerdings aus, ist man zu nah am Wald, und das stellt ein Problem dar. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer regionale Nahrungsmittelerzeugung will, der braucht auch regionale Ställe. Das sagen wir der Gesellschaft, denn sie ist darauf angewiesen, dass Landwirtschaft bei uns in vernünftiger Weise betrieben wird. Das ist die Agrarpolitik der CSU. Agrarpolitik ist beste Gesellschaftspolitik. Die Gesellschaft erkennt mehr und mehr, dass Landwirte unverzichtbar sind, zur Nahrungsmittelerzeugung, aber auch für die Pflege und für die Weiterentwicklung des ländlichen Raums.

Meine Damen und Herren, es ist in der Tat ein Problem, wenn bei Investitionsentscheidungen heute vor Ort der Eindruck entsteht, Landwirte wären nicht mehr erwünscht. Wir haben deshalb bei anderen Gesetzgebungsverfahren hier im Landtag bewiesen, dass wir auf der Seite der Landwirte stehen. Ich möchte nicht mehr über das Wassergesetz reden, bei dem die Landwirte in Bayern in der Tat vernünftig dafür entschädigt werden, wenn sie schwierige Auflagen einhalten müssen, die staatlich verordnet sind. Wir setzen auf Eigenverantwortung und auf Freiwilligkeit. Wir setzen auf Schutz des Eigentums. Das ist ein Ansatz, der für die Landwirtschaft ganz ent-

scheidend ist. Im Übrigen gilt das genauso für das Naturschutzgesetz oder die Erbschaftsteuer, es gilt aber auch für den Tierschutz. Niemand weiß besser als der Landwirt selbst, wie er Nutztiere schützen muss, damit er eine wirtschaftliche Basis hat. All die Restriktionen, die hier von der linken Seite auf die Landwirtschaft herniederprasseln, lehnen wir ab, denn wir appellieren an die Eigenverantwortlichkeit der Landwirte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke meiner Fraktion, der FDP-Fraktion, dem zuständigen Ministerium und meinem Arbeitskreis dafür, dass heute dieser Haushalt in der vorgelegten Form verabschiedet wird. Die bayerischen Bauern werden davon profitieren. Darüber freuen wir uns, die gesamte Regierungsfraktion, damit wir mit Fug und Recht behaupten können: Ja, der ländliche Raum ist nicht nur Landwirtschaft. Ohne Landwirtschaft aber gibt es in Bayern keinen ländlichen Raum.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Füracker, bitte bleiben Sie hier.

Albert Füracker (CSU): Frau Präsidentin, ich habe meine Redezeit nicht ausgeschöpft. Ich hätte noch sechs Sekunden.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ja, ich mache Ihnen allerdings überhaupt keinen Vorwurf, Sie sind fast punktgenau fertig geworden. Wir haben aber zwei Zwischenbemerkungen. Eine ist von Frau Müller. Bitte schön.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Füracker, Sie haben hier in ziemlich polemischer Art und Weise auf die Opposition eingedroschen

(Georg Schmid (CSU): Das war doch äußerst sachlich! - Unruhe bei der CSU)

und behauptet, wir hätten die Diskussion "Tank oder Teller" über die erneuerbaren Energien angestoßen. Das weise ich auf das Schärfste zurück. Das stimmt nicht. Ich bin sehr froh, dass Europa vorgibt: Die Nahrungsmittelproduktion steht an oberster Stelle. Hier werden nach meiner Sicht die Weichen richtig gestellt. Sie haben aller-

dings von der Landwirtschaft als Zukunftsbranche gesprochen. Diese Meinung teile ich mit Ihnen, Sie aber stellen den Haushalt auf. Wenn Sie sagen, die Landwirtschaft ist die Zukunftsbranche, dann muss doch in diesen Zukunftshaushalt mehr Geld eingestellt werden.

(Georg Schmid (CSU): Mehr ist doch immer besser! - Unruhe bei der CSU)

Wie erklären Sie mir dann den Rückgang von 2007 bis 2011 um 2,43 %?

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Herr Kollege Füracker.

Albert Füracker (CSU): Die Tatsache, dass man immer mehr Geld brauchen könnte, ist kein Spezifikum des bayerischen Landwirtschaftshaushalts. Ich hätte eine ganze Menge Ideen, unglaubliche Ideen, aber wir haben uns nun einmal dazu durchgerungen - vielleicht darf ich das noch einmal erklären, denn vielleicht waren nicht alle Abgeordneten in den vergangenen Tagen immer da -, dass der bayerische Haushalt ausgeglichen sein wird, dass wir also nicht mehr ausgeben als wir einnehmen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Der Haushalt ist nicht ausgeglichen!)

Das betrifft auch den Etat des Landwirtschaftsministeriums.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Wenn wir fünf Millionen Euro weniger zur Verfügung haben als im letzten Jahr, trotz der Einschlüsse, die aus Berlin kommen, dann wäre es fair anzuerkennen, dass der Landwirtschaftshaushalt einer derjenigen ist, der mit Fug und Recht behaupten kann, dass er, ich will nicht sagen am ungeschorensten, aber sehr, sehr gut aus der Debatte herausgekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Insofern ist es keine Frage: Auch der Agrarpolitiker Füracker könnte sich noch eine Milliarde Euro mehr in diesem Haushalt vorstellen. Ich kenne keinen Abgeordneten im Landtag, der sich für seinen Bereich nicht noch mehr Geld wünschen würde.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nachdem wir aber keine nordrhein-westfälischen Verhältnisse haben wollen, sondern die bayerischen behalten wollen, bleibt es eben dabei.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen: Aus meiner Rede herauszuhören, ich hätte den FREIEN WÄHLERN in polemischer Weise die Schuld an der Teller-oder-Tank-Diskussion gegeben, das muss ich fast schon als Unterstellung zurückweisen. Das mache ich aber nicht.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die zwei Minuten sind um. Danke, Herr Füracker. Es gibt noch eine weitere Zwischenbemerkung, und zwar von Frau Kollegin Biechl. Bitte.

Annemarie Biechl (CSU): Lieber Kollege Füracker, bist Du mit mir einer Meinung - -

(Lachen und Zurufe bei der SPD und den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Die kennen sich!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte fragen Sie, Frau Biechl.

Annemarie Biechl (CSU): Bist Du mit mir einer Meinung, dass wir uns über den Vorwurf unseres Kollegen Sprinkart, wir würden unsere Entscheidungen auch von Haushaltsmitteln abhängig machen, nicht zu wundern brauchen, wenn wir sehen, wie Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen mit den Haushaltsmitteln umgeht?

(Heiterkeit bei der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Landesbank!)

Albert Füracker (CSU): Auch diese Frage geht in die richtige Richtung.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich kann nur wieder sagen: Hätten wir das Geld, das wir im Länderfinanzausgleich an die ganzen SPD-Staaten zahlen müssen, die dieses Geld ihrer Landwirtschaft zur Verfügung stellen, dann wäre vieles besser.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP - Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Rinderspacher sorgt dafür, dass die anderen Bundesländer das Geld, das Bayern im Länderfinanzausgleich an sie zahlt, dort für die Landwirtschaft verwenden.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind stolz auf Ihre Leistung für die Landwirtschaft in anderen Bundesländern. Herr Rinderspacher, herzlichen Dank!

Der Unterschied zwischen den Regierungsparteien und der Opposition liegt darin, dass wir die Anträge, die wir stellen, auch finanzieren müssen. Es ist das Recht der Opposition, dass sie Anträge stellen kann, ohne beantworten zu müssen, wer das bezahlt. Dieses Recht wünsche ich euch noch möglichst lange.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Füracker, bitte bleiben Sie am Redepult. Es steht noch eine kurzfristig angemeldete Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Scharfenberg an.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Füracker, sind Sie auch mit mir der Meinung, dass wir eine Menge Geld mehr hätten, wenn wir nicht jedes Jahr 380 Millionen an Zinsen für Ihre Verzockerei bei der Landesbank zahlen müssten? Genau Ihre Partei ist daran schuld.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Zurufe von der CSU: Oh, oh, oh! - Georg Schmid (CSU): Im Länderfinanzausgleich zahlen wir 3,8 Milliarden!)

Albert Füracker (CSU): Hätten wir jedes Jahr die 3,8 Milliarden aus dem Länderfinanzausgleich, dann könnten wir die Lasten durch die Landesbank in einem Jahr bezahlen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn der SPD und den GRÜNEN nicht mehr einfällt, als ständig auf die Landesbank zu verweisen, dann bin ich wirklich froh, dass wir die Verantwortung für die Agrarpolitik haben; denn wir sind hier wesentlich kreativer.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Füracker. Nun hat sich Herr Dr. Herz für die FREIEN WÄHLER zu Wort gemeldet. Ihm verbleiben noch 2 Minuten und 35 Sekunden. Bitte schön.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Füracker hat mehrfach auf die Kernkompetenz seiner Gruppierung in der Landwirtschaft hingewiesen. Aus Erfahrung kann ich dazu nur eines sagen: Manche mögen das zwar so sehen, aber sehr viele sehen das nicht so.

Kollege Dechant hat einen Vergleich zwischen ökonomischer Landwirtschaft und Sozialromantik gezogen. Ich habe selbst so einen sozialromantischen Betrieb.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich lade ihn zu einem Praktikum ein, dann können wir über Sozialromantik diskutieren, und ich glaube, ihm wird dann schnell klar werden, dass die Gesellschaft ohne die vielen Sozialromantiker diese Pflege der Landschaft nicht leisten könnte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Bei diesem Haushalt kann ich ganz deutlich ansprechen, dass wir die Ausgleichszulage wieder einmal erhöhen müssen. Das hätte auch eine psychologische Wirkung, da dürfen wir nicht kleckern, sondern da müssen wir klotzen. Das sind Gebiete, die für die Landwirtschaft sehr wichtig sind; ich nenne nur das Stichwort Tourismus.

Die Diskussion zum Thema "Tank oder Teller" wurde angesprochen. Wir müssen nach den jüngsten Diskussionen nach Japan klar ansprechen, ob wir eine Veränderung der Energielandschaft brauchen. Wir müssen daraus auch lernen. Es kann nicht sein, dass hier unter den Landwirten Streit entsteht. Der Minister hat bereits erwähnt, dass dazu ein Symposium stattfinden soll. Wenn fast Tag und Nacht Gülle gefahren wird, wenn Flächen über mehrere Ortschaften hinweg gepachtet werden, dann müssen wir eingreifen.

Um das Thema Forst abzurunden: Wir haben im Ausschuss darüber diskutiert, dass der Etat in den letzten Jahren nur um 2,8 % gesenkt wurde. Das wäre an sich zwar nicht schlecht, aber die Staatsregierung verliert durch den Vertrag mit Klausner im Jahr etwa 30 Millionen. Es gibt Bonuszahlungen an die Vorstände in Höhe von bis zu 40.000 Euro pro Jahr. Da müssen wir hinschauen und eingreifen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Apropos hinschauen, Herr Kollege: Schauen Sie bitte einmal auf die Uhr.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Wir sollten den bis 2019 beschlossenen Personalabbau, besonders bei den Forstbehörden, rückgängig machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, Sie haben noch eine Zwischenbemerkung von einer Kollegin hervorgerufen. Bitte, Frau Kollegin Müller.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, geben Sie mir darin recht, dass wir in der Bergwaldoffensive Planungssicherheit für die Mitarbeiter brauchen?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, vielen Dank für diese dringend nötige Zwischenbemerkung.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich sehe in den ersten Reihen bei der Regierungskoalition Zustimmung. Wir haben diesen Antrag im Ausschuss mehrfach diskutiert. Ich will jetzt nicht auf das Thema Plagiate zu sprechen kommen. Wir haben gestern bei der Tochter des früheren Ministerpräsidenten Nachahmungseffekte gesehen.

(Unruhe)

Der Ministerrat will dieses Thema im Spätsommer beraten. Dazu kann ich nur sagen: Der Ministerrat geht doch geschlossen auf den Nockherberg. Das ist richtig, denn man muss auch verbraucherfreundlich sein. Wenn man etwas wirklich will, könnte der Ministerrat über diese Sache auch vor dem Spätsommer entscheiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Ich habe mich vor Ort mit den Praktikern unterhalten, die sagen, wenn es jetzt keine Planungssicherheit gibt, dann gehen diese Mitarbeiter. Wer von der Praxis ein bisschen Ahnung hat, weiß, dass man beim Bergwald nicht einfach drei Jahre planen und darauf vertrauen kann, dass er schon wächst, sondern dass man über fünf Jahre hinweg oder noch länger darauf achten muss, dass das Ganze auch etwas wird. Ich kann daher nur fordern: Treffen Sie eine praxisnahe Entscheidung! Zeigen Sie Mut, entscheiden Sie vorher und geben das Signal, dass Ihre bisherigen Äußerungen zum Bergwald mehr waren als bloße Lippenbekenntnisse.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte bleiben Sie am Mikrofon. Wenn Sie geradeaus schauen, werden Sie sehen, dass sich Kollege Dechant zu einer Zwischenbemerkung bereit gemacht hat, zu der ich ihm jetzt das Wort erteile. Bitte schön.

Thomas Dechant (FDP): Herr Kollege, über Ihr Angebot sprechen wir anschließend; das müssen wir jetzt nicht in der großen Runde tun. Zur Sozialromantik möchte ich noch etwas erklären. Wir versuchen, Konzepte zu entwickeln, die es der bayerischen Landwirtschaft ermöglichen, ihr Geld selbst zu verdienen und selbstständig zu sein, wie es sich die Landwirte auch wünschen. Sie fordern hier laufend nur mehr Geld. Ich höre von Ihnen keine anderen Lösungsvorschläge. Das gilt für weite Teile der Opposition, die offensichtlich nur mit dem Geld anderer Leute, sprich des Steuerzahlers, versuchen will, Probleme zu lösen oder sich Wählerstimmen zu kaufen. Das möchte ich schon einmal klarstellen, oder haben Sie dazu andere Vorschläge, Herr Kollege Herz?

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Sie dürfen erwidern, Herr Kollege.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Dechant, vielen Dank für den unterhaltsamen Beitrag.

(Heiterkeit bei der CSU)

Die Vorredner in der Debatte haben bereits bewiesen, dass die Regierungskoalition eine Reihe von Anträgen von der Opposition nach einigem Aussitzen kopiert und einfach übernommen hat, also können diese Anträge nicht so schlecht sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Ökonomie und Sozialromantik: Wer in der Praxis tätig ist, weiß, dass ein Milchviehbetrieb immer mehr zusätzliche Standbeine braucht, um seinen Hauptproduktionszweig finanzieren zu können. Das kann nicht sein. Insofern merken wir ganz

deutlich, dass solche Wortbeiträge von Leuten kommen, die von der Praxis keine Ahnung haben. So können wir draußen nicht argumentieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Sie hätten noch eine Minute, wenn Sie wollten. Die Zwischenbemerkungen sind abgearbeitet. Zum Abschluss dieser Debatte darf ich Herrn Staatsminister Helmut Brunner nochmals das Wort geben.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich ganz herzlich für die faire und sachliche Diskussion und für die für den Minister sehr erträgliche Kritik von Seiten der Oppositionsparteien bedanken. Manchmal wurde die Anerkennung offen ausgesprochen, manchmal etwas versteckter. Ich kann damit sehr gut leben. Daher möchte ich nur noch ein paar Anmerkungen machen.

Herr Strobl, es ist richtig, in meinem Haus gibt es Fördermöglichkeiten, um den ländlichen Raum zu unterstützen. Ich nenne nur die Dorferneuerung, die interkommunale Zusammenarbeit, Leader oder die Flurneuordnung. Falsch ist allerdings, dass wir die Mittel erheblich gekürzt hätten. Wenn Sie Leader, Dorferneuerung und Flurneuordnung zusammenzählen, kommen Sie in diesem Jahr genauso wie in der Vergangenheit auf 105 Millionen Euro.

Zum Waldumbau. Wir sind bestrebt, in den nächsten zehn Jahren 100.000 Hektar Nadelreinbestände in klimatolerante Mischwälder umzuwandeln. Wir haben in den letzten Jahren bereits 14.000 Hektar umgebaut. Das ist unsere aktive Antwort auf die Klimaveränderung.

Frau Müller, es stimmt nicht, dass Ausgleichszulage und KULAP im Jahr 2009 niedriger gewesen wären. Wir hatten exakt den gleichen Haushaltsansatz bei der Ausgleichszulage. Beim KULAP mussten wir zwangsläufig etwas nachbessern, weil das Programm so attraktiv war, dass es überdurchschnittlich gut angenommen worden ist.

Wir lassen kein Geld in Brüssel liegen. Ganz im Gegenteil, ich achte penibel darauf, dass wir keinen Euro in Brüssel verschenken. Bei den CMA-Mitteln haben wir sogar die von anderen Bundesländern nicht abgerufenen Mittel nach Bayern geholt.

Sie sprachen die Verlässlichkeit und die Glaubwürdigkeit der Politik an. In den letzten Jahrzehnten hatten wir einen durchschnittlichen Strukturwandel von 2 bis 3,5 %. In den beiden letzten Jahren lag er unterdurchschnittlich bei 1,9 %. Eine überdurchschnittliche Investitionsquote ist nach meiner Meinung ein Beweis dafür, dass die Bauern sehr wohl hoffnungsvoll in die Zukunft schauen, weshalb wir ihnen helfen, ihre Existenzen zu sichern. Übrigens habe ich Ihre Argumentation weitgehend als hilflos empfunden. Auf der einen Seite sprechen Sie verstecktes Lob aus, auf der anderen Seite üben Sie Kritik wider besseres Wissen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich bitte auf Applaus zu verzichten; die Zeit geht mir ab.

(Allgemeine Heiterkeit)

Herr Sprinkart, zunächst bedanke ich mich für die durchaus anerkennenden Bemerkungen. Bei der Investitionsförderung haben wir nicht grenzenlos erhöht. Im Gegenteil, wir haben heuer für Neuansträge nur noch einen Spielraum von 20 Millionen Euro, weil im letzten Jahr so viele Anträge gestellt worden sind. Ich hätte gern mehr Geld zur Verfügung, um die Investitionsbereitschaft unterstützen zu können.

Die Frage "Wachsen oder weichen?" ist für mich Vergangenheit. Ich möchte allen bauerlichen Betrieben unabhängig von der Hektarzahl Entwicklungsmöglichkeiten anbieten. Darum setzen wir auf die Diversifizierung und auf zusätzliche Einkommensmöglichkeiten. Wir werden den Betrieben durch unsere Beratung maßgeschneiderte Möglichkeiten der Weiterentwicklung anbieten. Sie haben kritisiert, dass wir den Absatz mit zusätzlichem Geld fördern würden. Dazu sage ich: Ja, das gilt aber nicht nur für den Export, sondern auch für die Nachfrage auf dem Binnenmarkt. Wenn wir regio-

nale Produkte bei unseren Bürgerinnen und Bürgern absetzen wollen, müssen wir sie bewerben und vermarkten. Dafür brauchen wir eine zunehmende Professionalisierung.

Herr Dr. Herz, Sie können sicher sein, wir tun alles für den Berg- und Schutzwald. Ich müsste zu sehr in die Thematik einsteigen. An dem, was wir in der Vergangenheit an Geld auch für die Staatsforsten eingesetzt haben, wird deutlich, dass wir den Berg- und Schutzwald in seiner Funktion nicht schmälern wollen.

Wir können in Bayern durchaus stolz sein auf unsere leistungsfähige und multifunktionale Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft. Ich möchte nicht nur die Tagespolitik im Blick haben, sondern auch strategische und konzeptionelle Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft geben. Wir müssen die Weichen für die Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe stellen. Ich möchte bäuerliche Strukturen sichern und damit klar machen, dass die Bäuerinnen und Bauern nicht nur verantwortungsbewusst wirtschaften, sondern auch Ressourcen schonen, dem Schöpfungsauftrag gerecht werden und dabei ihre Betriebe weiterhin bewirtschaften. Ich meine, dass unser Anspruch, hochwertige Nahrungsmittel bester Qualität auch in Zukunft bereitzustellen, gerechtfertigt ist. Ich will aber unseren Betrieben nicht nur wirtschaftliche Perspektiven geben. Meine Damen und Herren, unsere Bäuerinnen und Bauern haben auch ein Anrecht auf Lebensfreude und Lebensqualität. Danach richte ich meine Politik aus.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister, wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Herz von den FREIEN WÄHLERN, wofür ich ihm jetzt das Wort gebe.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Minister, lieber Kollege! Eben fiel das Wort "Vertrauensschutz". Deshalb möchte ich die Vertragsnaturschutzmaßnahmen ansprechen. Dieses Programm ist allgemein bekannt. Es ist auch bekannt, dass sich in den

letzten Jahren viele Pflegeverbände gegründet haben. Einige Verbände haben sich erst im letzten Jahr gegründet. Jetzt bestand die Gefahr, dass es die Förderbeträge nicht mehr geben könnte. Das würde natürlich zunächst den Kollegen Söder betreffen, aber ich glaube, dass jeder Minister so kompetent sein sollte, dass er darauf antworten kann. Ich glaube, wir sind uns darin einig, dass es eine große Gefahr wäre, wenn bei den Verbänden folgender Eindruck entstehen würde: Es war schön, dass ihr euch gegründet habt, macht das Jahr fertig, aber dann ist Schluss. Gott sei Dank kam jetzt der größte Teil der Mitte wieder oben drauf. Das ist positiv zu bewerten. In Zukunft sollten wir aber ein bisschen sensibler sein. Das Schlimmste wäre es, wenn draußen vor Ort der Eindruck entstünde, wir machen, was wir wollten und draußen war alles für die Katz.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister zur Erwidern.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Es ist mir ein großes Anliegen, dass die Politik in allen Bereichen glaubhaft ist und nachvollziehbare und verlässliche Entscheidungen trifft. Ich danke dem Kollegen Söder dafür, dass er gerade beim Vertragsnaturschutzprogramm drei Millionen zusätzlich zur Verfügung gestellt hat. Die Landschaftspflegeverbände erfüllen einen wichtigen Beitrag. Vorhin ist gesagt worden, laufende Verträge seien gekürzt worden. Ja, das tut mir in der Seele weh. Darum habe ich auch meine Mitarbeiter nach Brüssel geschickt und sie gebeten, dafür zu sorgen, dass ein Vertragspartner die Möglichkeit haben muss, aus dem Vertrag auszusteigen, wenn der andere Vertragspartner einseitig die auf fünf Jahre geschlossenen Vereinbarungen abändert. Das war meine laienhafte juristische Einstellung. Das ging leider nicht. Meine Mitarbeiter sind unverrichteter Dinge aus Brüssel zurückgekommen. Sie sagen, die Landwirte hätten wohl wissend, dass es keine Finanzierungssicherheit gibt, diesen Vertrag unterschrieben, im Bescheid sei jeweils der Haushaltsvorbehalt vermerkt. Damit hat der Landwirt keinen Anspruch, dass die Konditionen unverändert bleiben, wie sie bei Vertragsabschluss festgelegt wurden.

Das tut mir leid. Ich hätte es gerne anders angeboten. Wegen des europäischen Rechts ist das aber leider Gottes nicht möglich gewesen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Zwischenbemerkungen wurden mir nicht angezeigt. Damit ist die Debatte beendet, und wir kommen zu den Abstimmungen. Es gibt drei namentliche Abstimmungen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 08, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7474 mit 16/7496 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7724 zugrunde. Ich lasse, wie von der SPD-Fraktion beantragt, über die drei Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7475, 16/7478 und 16/7480 in namentlicher Form abstimmen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag auf der Drucksache 16/7475 "Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Bayern soll wieder blühen" abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.20 bis 18.25 Uhr)

Die erste Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 16/7478 "Zuschüsse zur Projektförderung der Forstlichen Zusammenschlüsse nach der FORSTZUSR 2007" durch. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann jetzt begonnen werden. Hierfür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.26 bis 18.29 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich ebenfalls später bekannt.

Wir führen zwischenzeitlich die dritte namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 16/7480 "Personalabbau stoppen - zusätzliche Försterinnen und Förster für Bayern" durch. Die Urnen werden wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.29 bis 18.32 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Saales ermittelt. Bis wir die drei Ergebnisse vorliegen haben, unterbreche ich kurz die Sitzung.

(Unterbrechung von 18.32 bis 18.35 Uhr)

Meine Damen und Herren, wir treten wieder in die Sitzung ein, und ich kann Ihnen die Abstimmungsergebnisse übermitteln: Änderungsantrag betreffend "Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen; Bayern soll wieder blühen", Drucksache 16/7475: Mit Ja haben 48 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 88. Stimmenthaltungen gab es 18. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Änderungsantrag betreffend "Zuschüsse zur Projektförderung der Forstlichen Zusammenschlüsse nach der FORSTZUSR 2007", Drucksache 16/7478: Mit Ja haben 67 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 88. Stimmenthaltungen gab es keine. Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Änderungsantrag betreffend "Personalabbau stoppen - zusätzliche Försterinnen und Förster für Bayern", Drucksache 16/7480: Mit Ja haben 66 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 84. Stimmenthaltung gab es keine. Auch dieser Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 08 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und Frau Abgeordnete Dr. Gabriele Pauli, fraktionslos. Ich bitte, die Gegenstimmen ebenfalls auf diese Weise anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Einzelplan 08 angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge - soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist - als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 11)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FDP und Frau Abgeordnete Dr. Gabriele Pauli, fraktionslos. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. So beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 08 ist abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Bayern soll wieder blühen; (Kap. 08 03 Tit. 683 72) (Drucksache 16/7475)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter			X
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto			
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther			X
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			X
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			X
Kamm Christine	X		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			X
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			X
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pointner Mannfred			X
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			X
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja			X
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max			
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			X
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			X
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	48	88	18

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Zuschüsse zur Projektförderung der Forstlichen Zusammenschlüsse nach der FORSTZUSR 2007; (Kap. 08 05 Tit. 686 97) (Drucksache 16/7478)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto			
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	67	88	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 12: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Stefan Schuster u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Personalabbau stoppen - zusätzliche Försterinnen und Förster für Bayern; (Kap. 08 40 Tit. 422 01) (Drucksache 16/7480)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto			
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	66	84	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 12

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Alternativen zum Maisanbau im Gesamtkonzept „Nachwachsende Rohstoffe“
(Kap. 08 03 TG 54)
(Drs. 16/7474)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Bayern soll wieder blühen
(Kap. 08 03 Tit. 683 72)
(Drs. 16/7475)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung der Dorferneuerung und der Erhaltung der Kulturlandschaft in der ländlichen Entwicklung
(Kap. 08 03 TG 87)
(Drs. 16/7476)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 TG 96)
(Drs. 16/7477)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse zur Projektförderung der Forstlichen Zusammenschlüsse nach der FORSTZUSR 2007
(Kap. 08 05 Tit. 686 97)
(Drs. 16/7478)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Finanzielle Förderung des Privat- und Körperschaftswaldes
(Kap. 08 05 TG 97)
(Drs. 16/7479)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Personalabbau stoppen - zusätzliche Försterinnen und Förster für Bayern
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7480)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ausgaben für das Freiwillige Ökologische Jahr
(Kap. 08 40 Tit. 429 03)
(Drs. 16/7481)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
(Kap. 08 03 Tit. 683 12)
(Drs. 16/7482)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für Absatzförderung und Agrarmarketing
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
(Drs. 16/7483)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel zum Aufbau moderner Marktstrukturen und zur Stärkung der Marktkompetenz
(Kap. 08 03 Tit. 533 80)
(Drs. 16/7484)

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung, insbesondere Förderung des Imkernachwuchses
(Kap. 08 03 Tit. 547 96)
(Drs. 16/7485)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kürzung des Aufwands für die Beteiligung am Zentrallandwirtschaftsfest
(Kap. 08 03 Tit. 540 01)
(Drs. 16/7486)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Regionalvermarktung statt Exportförderung
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
(Drs. 16/7487)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm statt einzelbetrieblicher Investitionsförderung und Dorferneuerung
(Kap. 08 03 TG 72 - 74)
(Drs. 16/7488)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Umwidmung der Mittel für den Bau von Alm- und Alpwegen
(Kap. 08 03 TG 87 und Kap. 08 04 TG 70 - 71)
(Drs. 16/7489)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine Subventionen zur Rinder-, Schweine-, Pferde- und Kleintierzucht
(Kap. 08 03 Tit. 683 96)
(Drs. 16/7490)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel zur Schutzwaldsanierung
(Kap. 08 05 Tit. 682 01)
(Drs. 16/7491)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zentrum für Nachhaltigkeit Wald
(Kap. 08 05 Tit. 893 01)
(Drs. 16/7492)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Maßnahmen im Körperschaftswald
(Kap. 08 05 Tit. 891 97)
(Drs. 16/7493)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für die Privatwaldförderung
(Kap. 08 05 Tit. 892 97)
(Drs. 16/7494)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Umsetzung von Stellen aus der Landesanstalt für Landwirtschaft in die Ämter für Landwirtschaft und Forsten
(Kap. 08 20 und 08 40 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7495)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kürzung der Mittel für Maiswurzelbohrerforschung und Gentechnik
(Kap. 08 20 Tit. 533 51)
(Drs. 16/7496)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Hans Herold

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Reinhold Strobl

Abg. Eva Gottstein

Abg. Thomas Gehring

Abg. Renate Will

Abg. Markus Reichhart

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Karsten Klein

Abg. Georg Eisenreich

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Haushaltsplan 2011/2012;

**Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Unterricht und Kultus**

hierzu:

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7852 mit 16/7861)

und

Änderungsanträge

der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7862 mit 16/7878)

und

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7879 mit 16/7892)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 30 Minuten, auf die Fraktion der SPD 18 Minuten und auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP jeweils 14 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 30 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass die SPD-Fraktion beantragt hat, über ihre Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7857 und 16/7858 einzeln und zwar in namentlicher Form abstimmen zu lassen. Ich eröffne die Aussprache. Als dem ersten Redner darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Herold das Wort erteilen. - Bitte schön, Herr Kollege.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 05, Unterricht und Kultus, ist der mit Abstand größte Posten im Staatshaushalt. Ich denke, dieser Haushalt zeigt eindeutig die klare Prioritätensetzung der CSU-Landtagsfraktion und der Bayerischen Staatsregierung für Bildung, Familie und Innovation. Dass mit 9,55 Milliarden Euro im Haushalt 2011 und mit rund 9,78 Milliarden Euro für 2012 gerade auch der Einzelplan 05, Unterricht und Kultus, über 23 % der staatlichen Gesamtausgaben ausmacht, zeigt, Kolleginnen und Kollegen, sehr deutlich die große Bedeutung, die wir dem Bildungsbereich beimessen. Fügt man zu diesen Summen die Ausgaben für die Hochschulen und die Wissenschaft hinzu, kommt man im Bildungsbereich auf eine Summe von über 16 Milliarden Euro. Bei einem Gesamtetat von ca. 43 Milliarden Euro sind das etwa 37 % für die Bildungsaufwendungen aus dem Gesamthaushalt. Meine Damen und Herren, sagen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, das einen solch hohen Anteil an Bildungsausgaben aufweisen kann.

(Beifall bei der CSU)

Den Gesamtetat für die Haushaltsjahre 2011/2012 bezeichne ich aus voller Überzeugung als zukunftsweisend, konjunkturgerecht und sehr solide.

Mit diesem Doppelhaushalt setzen wir gezielt die richtigen Schwerpunkte in den Zukunftsfeldern Kinder, Bildung, Familie und Innovation. Mit unserem Zukunftskonzept "Aufbruch Bayern" sichern wir zum einen einen ausgeglichenen Haushalt und zum anderen investieren wir in die entscheidenden Zukunftsbereiche. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, geben wir mehr Geld für Bildung, mehr Lehrerstellen und noch mehr Qualität im Unterricht aus.

Kolleginnen und Kollegen, uns gelingt im Unterschied zu den linksregierten Bundesländern der Gleichklang, zum einen keine Schuldenlast auf den Schultern unserer Kinder abzuladen und gleichzeitig intensiv in die Zukunft der Kinder zu investieren.

(Zuruf von der SPD: Was ist mit den 10 Milliarden Euro?)

- Immer das Gleiche, Herr Kollege. Ich kann es nicht mehr hören.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es ändert sich halt nichts!)

Für die CSU-Fraktion hat die Bildungspolitik absolute Priorität.

(Beifall bei der CSU)

Diese zielgerichtete Bildungspolitik zeigt immer wieder Erfolge. Auch Sie, Kolleginnen und Kollegen der Opposition, wissen, dass sich unsere bayerischen Schüler bei jeder Bildungsstudie im nationalen Spitzenfeld befinden. Das heißt, die Leistungen unserer bayerischen Schülerinnen und Schüler liegen auf hohem Niveau.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist Unsinn!)

- Herr Pfaffmann, ich weiß, das hören Sie nicht gerne. Das ist mir völlig klar.

Es muss Gründe dafür geben, dass die bayerischen Schüler beispielsweise beim Handlungsfeld Schulqualität in den Kompetenzbereichen wie Deutsch, Englisch, Mathematik und Naturwissenschaften auf Platz 1 der bundesweiten Rankingliste stehen. Deshalb gilt heute mein ganz besonderer Dank allen Lehrkräften. Ich sage ganz bewusst und sehr deutlich. Wir brauchen wieder eine bessere Kultur der Anerkennung für die so wichtige Arbeit an unseren Schulen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen mit dem Doppelhaushalt erreichen, dass das hohe Niveau nicht nur erhalten bleibt, sondern verbessert wird. Wir wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfaktionen, das Land in Deutschland bleiben, in dem die wenigsten Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen. Hierbei stehen wir gemeinsam mit Baden-Württemberg auf Platz 1 im bundesweiten Vergleich. Natürlich sind 6 % noch zu viel; wir müssen den Wert verbessern. Aber nennen Sie mir ein anderes Bundesland, wo die Jugendarbeitslosigkeit mit 2,3 %

so niedrig ist wie in Bayern. Das hat einen Grund: die langfristig ausgerichtete, gute Bildungspolitik bei uns.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, wir wollen uns nicht an einer Bildungspolitik wie in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg oder Berlin orientieren, wo bis zu 14 % - ich betone: bis zu 14 %! - der Schulabgänger die Schule ohne Abschluss verlassen. Wir wollen kein Bundesland werden, wo wie in Berlin die Plätze am Gymnasium verlost werden. Ein solches Bundesland soll Bayern nie werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deswegen lautet unser Credo: beste Bildung und damit beste Chancen für unsere jungen Menschen!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden die Lehrerstellensituation und auch die Unterrichtsversorgung ganz bewusst weiter verbessern. Trotz rückläufiger Schülerzahlen stellen wir in diesem Doppelhaushalt mehr Geld für Lehrerstellen zur Verfügung. Das kommt unseren Schülerinnen und Schülern zugute.

Ich stelle heute mit Stolz fest, dass wir in Bayern die höchste Lehrerzahl seit 60 Jahren verzeichnen. Noch nie seit dem Jahr 1946 haben in Bayern so viele Lehrkräfte an staatlichen Schulen unterrichtet. Wir hatten im Jahr 2007 80.805 Planstellen, im Jahr 2011 sind es 86.528 Planstellen. Insgesamt unterrichten ca. 120.000 Lehrerinnen und Lehrer an bayerischen Schulen. Allein mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 schaffen wir insgesamt 3.873 neue Lehrerstellen; ich denke, hierzu wird Kollege Georg Eisenreich noch einige Aussagen machen. Schon an dieser Stelle geht an ihn und den gesamten Arbeitskreis ein besonderes Dankeschön für die sehr gute Arbeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es muss doch Gründe haben, warum Bayern beim gesamtdeutschen Bildungs-Check und beim "Bildungsmonitor 2010" gemeinsam mit vier anderen unionsregierten Bundesländern auf den ersten Plätzen liegt.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das Klima!)

Es muss doch Gründe haben, warum beim gesamtdeutschen Bildungs-Check und beim "Bildungsmonitor" linksregierte Bundesländer die letzten Plätze belegen.

Der Grund ist ganz einfach: Wir in Bayern machen seit Jahrzehnten gute Bildungspolitik. Natürlich müssen wir weitere Verbesserungen vornehmen - das tun wir mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 -, etwa bei der Lehrerversorgung, der individuellen Förderung und der Ganztagsbetreuung.

(Zuruf von der CSU: Machen wir!)

Von 2008 - seitdem regieren CSU und FDP gemeinsam - bis zum Jahr 2012 haben wir den Etat des Kultusministeriums um 1 Milliarde auf 9,78 Milliarden Euro erhöht.

Wenn ich mir die Anträge der Opposition anschau, dann sage ich eindeutig - diese Einschätzung betrifft alle Bereiche, insbesondere den Bildungsbereich -: Wir wollen keine Verhältnisse wie in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

In Nordrhein-Westfalen wurde der Haushalt wegen Überschuldung vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Wir in Bayern wollen kein NRW werden. Wir betreiben weiterhin eine zukunftsorientierte Politik, eine Politik für unsere Menschen. Bei uns werden auch in Zukunft die Einnahmen die Ausgaben und nicht, wie bei Ihnen, die Ausgaben die Einnahmen bestimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was heißt das konkret? Wir in Bayern, wo eine CSU-FDP-Staatsregierung Verantwortung trägt, schaffen beides: zum einen einen ausgeglichenen Haushalt, zum anderen steigende Investitionen in die Bildung unserer Kinder. Es bleibt dabei: Bildung, Familie und Innovation sind die Schwerpunkte der CSU.

Erlauben Sie mir, einen Appell an die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion zu senden: Nehmen Sie bitte Einfluss auf Ihre SPD-Kollegen in den anderen Bundesländern. Sorgen Sie dafür, dass die von Ihnen regierten Bundesländer durch eine gute Finanz- und Wirtschaftspolitik baldmöglichst auf eigenen Füßen stehen können.

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck verkündet immer wieder mit großem Stolz - auch im Wahlkampf hat er das getan -: Wir brauchen keine Studiengebühren zu erheben. Bei uns ist auch der Kindergartenplatz kostenlos.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann doch nicht richtig sein, dass unsere bayerischen Bürgerinnen und Bürger über den Länderfinanzausgleich die Kindergarten- und die Studiengebühren in Rheinland-Pfalz bezahlen.

(Zuruf von der CSU: Das ist ein Skandal! - Zuruf des Abgeordneten Hans Ulrich Pfaffmann (SPD))

Bei allem Verständnis - mit diesen vier bis fünf Milliarden Euro, die wir jährlich in den Länderfinanzausgleich zahlen müssen, könnten wir alle Forderungen und Wünsche, die die Opposition im Zusammenhang mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 geäußert hat, - ich betone: mit links - erfüllen. Deswegen sage ich auch heute: Der Länderfinanzausgleich muss bei aller Solidarität geändert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler. Deswegen sage ich mit großer Überzeugung: Der Einzelplan 05, Unterricht und Kultus, ist eine richtige, gute Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich bedanke mich ganz herzlich bei Herrn Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle und seinen Mitstreitern für die geleistete sehr gute Arbeit. Ein Dankeschön geht auch an unseren Finanzminister Georg Fahrenschon und seine Mitarbeiter. Mein Dank geht auch an die Mitglieder des Arbeitskreises für Bildung, Jugend und Sport und des Arbeitskreises für Staatshaushalt und Finanzfragen, insbesondere an deren Vorsitzende, Georg Eisenreich und Georg Winter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Einzelplan 05 die richtigen Weichenstellungen im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen vornehmen. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Einzelplan. - Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Herold. - Als Nächster hat Herr Kollege Reinhold Strobl das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Reinhold Strobl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, mit einem Dank zu beginnen: Ich danke allen Lehrerinnen und Lehrern in unserem schönen Land, die trotz der Bildungspolitik der Staatsregierung gute Arbeit an den Schulen leisten.

(Beifall bei der SPD)

Damit die rechte Seite auch zufrieden ist, lassen Sie mich hinzufügen: Ich behaupte nicht, dass in Bayern alles schlecht sei; vieles könnte jedoch besser sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben immer wieder Vorschläge eingebracht, aber sie werden laufend abgelehnt. Ich würde mich freuen, wenn die Regierungsparteien bereit wären, unsere Anregungen auch einmal aufzunehmen - zum Wohle unserer Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Seit Jahren werden in Bayern - in Anführungszeichen - "Reformen" durchgeführt, welche diese Bezeichnung aber nicht verdienen. Ich erinnere an die Einführung der sechsstufigen Realschule und die überstürzte Einführung des G 8. Ferner wurden Hauptschulen konzentriert und einige Standorte geschlossen. Das Büchergeld wurde zunächst eingeführt, aber über Nacht wieder abgeschafft. Nie ist an den Schulen Ruhe eingekehrt. Immer wieder wurde von Ihnen Unruhe in die Schulen getragen.

Das Schlimme daran: Die Minister, die das zu verantworten hatten und noch haben, kamen und gingen. Die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schülerinnen und Schüler mussten das, was ihnen diese Minister eingebrockt hatten, ausbaden. Ich habe einmal gedacht, wir seien aus dem Schneider. Aber jetzt fliegen erst richtig die Spaenle.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Dabei ginge es anders. Ich verweise auf die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Der gemeinsame Gesetzesvorschlag zeigt, dass es anders geht.

Auch heute haben wir wieder gehört, wir in Bayern seien die Besten, wir seien spitze. Herr Seehofer hat in Erbdorf gesagt, wir in Bayern hätten in Sachen Bildung die Nase vorn. Man muss sich oft fragen ob wir sie vielleicht nicht zu weit oben haben. Vonseiten der Koalition heißt es immer: Bayern hat das beste Schulsystem.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Überhaupt seien wir die Besten und die Größten. Gestern könnten wir hören, Bayern sei das Bildungsland der BRD, das Fünf-Sterne-Land, wir seien auf Platz eins in Deutschland.

Das erinnert mich an den italienischen Politiker, der gesagt hat: Mit mir kann sich keiner vergleichen, nicht in Europa und nicht in der Welt. - Den Namen nenne ich jetzt nicht.

(Unruhe bei der CSU)

Ich habe die Schulschließungen schon angesprochen. Dass in Sachen Bildungspolitik in unserem Land etwas nicht stimmt, wird auch daran deutlich, dass es immer wieder Petitionen gibt, in denen Eltern ihren Unmut über die Bildungspolitik zum Ausdruck bringen. Am Wochenende sind in München fast 3.000 Eltern und Schüler wegen Stundenausfalls, Unterrichtsausfalls und zu großer Klassen an den Schulen Bayerns auf die Straße gegangen. Auf ihren Plakaten standen Worte wie "Lehrerabbau", "Super-GAU". Sie forderten mehr Geld für Bildung, mehr Lehrer und kleinere Klassen.

Die Eltern sind über die Situation an den Schulen sehr verärgert. Sie sagen, die schwachen Schüler blieben völlig auf der Strecke. Wer zu Hause keine Unterstützung habe, könne das Gymnasium nicht schaffen. Solche Aussagen müssen einen nachdenklich machen. Aber wenn alles in Bayern so in Ordnung ist, wie gesagt wird, dann muss man sich fragen: Warum müssen die Eltern auf die Straße gehen?

Sie, Herr Kultusminister Spaenle, haben den Eltern gesagt, dass Sie deren Besorgnis sehr ernst nähmen und die Willensbekundung der Eltern deutlich gehört hätten. Aber wenn Sie das ernst nehmen, dann tun Sie doch etwas, um die Dinge in eine Linie zu bringen. Wenn Sie allerdings sagen, wir seien die Besten und brauchten nichts zu tun, dann passt Ihre Aussage, Sie wollten die Eltern ernst nehmen, nicht dazu.

(Beifall bei der SPD)

Vor einigen Tagen hat uns das Kultusministerium mit einer Pressemeldung überrascht, in der es geheißen hat:

Das bayerische Kultusministerium startet zum Schuljahr 2011/12 mit dem Instrument der Mobilen Reserve an den Gymnasien. Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle will ab dem neuen Schuljahr eine dreistellige Reserve an Lehrkräften für die Gymnasien zur Verfügung stellen. Diese sollen bei längerfristigen Erkrankungen und Ausfällen von Lehrkräften im Unterricht eingesetzt werden.

Ich kann nur sagen: Bravo! Nach 50 Jahren CSU-Staatsregierung kommt der zuständige und verantwortliche Minister schon darauf, dass man an den Gymnasien eine Reserve schaffen müsse.

(Beifall bei der SPD)

Es ist angekündigt worden, dass auch Aushilfskräfte beschäftigt werden sollen. Wir lassen uns überraschen.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Voraussetzungen für eine möglichst gute Bildung geschaffen werden. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass keiner verloren geht. Solches können wir uns einfach nicht leisten. Wir brauchen jeden. Deshalb müssen wir die Schwächeren entsprechend fördern.

Lassen Sie mich hier Henry Ford zitieren. Ich habe das auch im Haushaltsausschuss schon getan. Das Zitat hat meinem Kollegen Miller sehr gefallen. Ford sagte einmal: Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beginnt nicht in der Fabrikhalle oder im Forschungslabor, sie beginnt im Klassenzimmer. - Mit dieser Aussage wird deutlich, dass praktisch im Klassenzimmer die Grundlagen gelegt werden. Für uns bedeutet das: Da muss investiert werden. Das gilt nach wie vor.

Tatsache ist, dass für Akademikerkinder die Chance, auf das Gymnasium zu kommen, 6,6-mal höher ist als für ein Kind aus einer Arbeiterfamilie, wohlgemerkt: bei gleicher Begabung. Was die soziale Ungerechtigkeit im Bildungssystem angeht, so ist Bayern damit bundesweit Spitzenreiter, allerdings negativ.

Einen der Hauptgründe hierfür sehen Kritiker des bayerischen Schulsystems in der frühen Trennung von Gymnasiasten, Real- und Hauptschülern. In Bildungssystemen, in denen die Weichen später gestellt werden, hat ein begabtes Kind, das von seiner Familie wenig gefördert wird, mehr Zeit, die Defizite mithilfe seiner Lehrer aufzuholen.

Mehr als 7 % der Schüler eines Jahrgangs verlassen die Schule in Bayern ganz ohne Abschluss. Diese Feststellung stammt nicht von mir, sondern steht in einer Studie der

Bertelsmann-Stiftung, welche vor Kurzem in einer süddeutschen Tageszeitung veröffentlicht wurde.

Lassen Sie mich einiges Grundsätzliche zum Haushalt und zur Finanzierung unseres Bildungssystems sagen. Wie es aussieht, wird es mit dieser Koalition nur langsam, wenn überhaupt, spürbare Verbesserungen im Bildungsbereich geben. Der uns vorgelegte Doppelhaushalt 2011/12 ändert trotz geringfügiger Erhöhung - sie ist wirklich äußerst geringfügig - nichts daran. In der Mitte der Legislaturperiode 2008 bis 2013 zeigt sich, dass Sie den bildungspolitischen Herausforderungen der Zukunft nicht gewachsen sind. Diese Koalition ist weder bereit, die Bildungspolitik in den Mittelpunkt der Regierungsarbeit zu rücken, noch bereit, Finanzmittel bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen.

Das Schlimme ist: Wir könnten mehr finanzieren, wenn der Staat nicht Klientelpolitik betreiben und stattdessen seine Einnahmemöglichkeiten ausschöpfen würde. Es werden Steuergeschenke gemacht. Der Aufschwung Kärnten wird finanziert. Und Steuerprüfer werden nicht eingestellt.

Dieter Ondratschek von der Steuergewerkschaft spricht hier von einer bewussten politischen Entscheidung, die Steuerfahndung schwach zu halten. Es ist in der Tat so: Schwarz-Gelb verzichtet bewusst auf Einnahmemöglichkeiten. Würde das nicht getan, könnten wir viel mehr Geld in die Bildung stecken und vor allem für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen. Wenn wir dies nicht tun, versündigen wir uns an der Zukunft unserer Kinder.

Gestern haben wir gehört, dass der Ministerpräsident gesagt hat: Bildung ist die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts. Das sollten wir ernst nehmen und auch etwas dafür tun.

Meine Damen und Herren von der CSU und der FDP, wenn Sie nicht bereit sind, schnellstmöglich umzudenken, laufen wir Gefahr, manche Entwicklung zu verschlafen. Vor allem ist es notwendig, dafür zu sorgen, dass mehr Geld bei den Schülerinnen und Schülern ankommt. Die Etatsteigerung, die ich schon angesprochen habe, ist

doch mit darauf zurückzuführen, dass an Mitteln für Versorgung und Beihilfen einiges draufgeht. Vom Versorgungsfonds möchte ich gar nicht sprechen.

Die Probleme sind nach wie vor gleich, obwohl uns jeden Tag etwas Neues verkündet wird. Es wäre notwendig, Kindergarten und Grundschule besser zu verzahnen. Das Ganze ist verbesserungsbedürftig. Ich erinnere an den Übertrittsdruck, an die frühe Selektion, an Leistungsstress, an Schulangst, an Nachhilfe. Man muss sich fragen, ob vielleicht auch bei uns der Satz des Fachbuchautors und Kinderarztes Remo Largo zutrifft, der gesagt hat: Die Schule ist mit Prüfungen und Noten zur Treibjagd verkommen.

Schlimm ist, dass viele Eltern viel Geld für Nachhilfe ausgeben müssen. 58 % der Nachhilfeanbieter sagen, dass die Nachfrage in den vergangenen fünf Jahren sprunghaft oder stetig gestiegen ist, hauptsächlich wegen des G 8. 17 % der Nachhilfeschüler besuchen die Grundschule.

Wir haben nach wie vor zu große Klassen an den Gymnasien oder Realschulen, zum Beispiel Klassen mit über 30 Schülern. Es gibt eine katastrophale Einstellungssituation im Bereich der Grundschule. Es gibt Unterrichtsausfall an Gymnasien usw.

Wir haben zu wenig Lehrer. Mit den Lehrerzahlen gibt es ja auch Trickserien. Wir haben eine Überalterung der Lehrkräfte. Vor einiger Zeit habe ich im "Nordbayerischen Kurier" gelesen, dass eine Kollegin von Ihnen die Wirklichkeitsferne der Ministerialbürokratie in Spaenles Kultusministerium kritisiert und gesagt hat, der Wasserkopf des Ministeriums sei ein derart großes Einsparpotenzial, dass allein dadurch tausend Lehrer bezahlt werden könnten. Ich kann das nicht beurteilen; ich habe diese Aussage nur zitiert.

Vorhin ist die hohe Prozentzahl von Schulabgängern ohne Abschluss angesprochen worden. Ich darf daran erinnern, dass wir in Bayern Städte haben, in denen es bis zu 15 % Kinder ohne Schulabschluss gibt. Diese Zahl ist viel zu hoch. Wie schon gesagt,

können wir uns das nicht leisten. Es geht nicht an, diese Kinder ohne Schulabschluss in ihre Zukunft und in das Berufsleben zu schicken.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema Ganztagschulen. Die Mittelschule und die Schulverbünde lösen das Problem nicht.

Ich nenne auch das Thema Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter. Von Ihrer Seite gibt es den Trick zu sagen, Jugendsozialarbeit sollten die Kommunen machen. Aber wir brauchen Schulsozialarbeiter.

Ich nenne ganz bewusst auch das Thema "Verwaltungskräfte an Schulen". Denn hier kommen mehr Aufgaben nicht nur auf die Schulleitungen zu, sondern auch auf die Verwaltungskräfte, die nicht besonders hoch bezahlt sind. Sie haben oft nur einen Jahresvertrag und fallen immer wieder hinten hinunter. Es muss wirklich noch etwas getan werden. Ich erinnere an den doppelten Abiturjahrgang. Zusammen mit der Aussetzung der Wehrpflicht drängen da zusätzlich circa. 5.500 Studierende an die Hochschulen.

Blicken wir noch einmal kurz zurück. Im Herbst 2008 kam die FDP in den Landtag. Sie hatte damals noch mehr eigene Vorstellungen beispielsweise von einer längeren gemeinsamen Schulzeit, von kleineren Klassen, mehr Selbstständigkeit und anderem. Davon ist wenig übrig geblieben.

Ich muss nun ein paar Themen überspringen, weil ich nur noch vier Minuten Redezeit habe. Die Probleme häufen sich in Bayern so an, dass man viel mehr Zeit bräuchte, um alles aufzuzählen. Wir haben mehrere Anträge zum Einzelplan 05 eingereicht und unter anderem gefordert, die kw-Vermerke bei den Stellen zu streichen. Damit würden im Doppelhaushalt dann zusätzlich 2.500 Stellen für Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Der Bildungshaushalt darf nicht zur Spardbüchse des Finanzministers werden. Wir bedauern, dass in bisher nicht bekanntem Ausmaß Stellen wegfallen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, die Lehrer, die wir jetzt nicht einstellen, fehlen uns in der Zukunft. Dies ist für die jungen Menschen, die den Lehrerberuf ergreifen wollen, ein verheerendes Signal. Deshalb ist es notwendig, die Lehrer einzustellen. Das, was bisher mit den Lehramtsanwärtern, den Referendarinnen und Referendaren gemacht wird, ist wirklich nicht vom Feinsten.

Ein paar Worte noch zum Thema Gemeinschaftsschule. Meine Damen und Herren der Mehrheitsfraktionen, Sie sind auf dem besten Weg, zu Dinosauriern der Bildungspolitik zu werden.

(Harald Güller (SPD): Sie sind es schon! - Widerspruch bei der CSU)

Überall - ich sage das jetzt auch für die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne - zwischen Finnland und Portugal, zwischen Schweden und Italien gibt es längere gemeinsame Schulzeiten, nur hier in Bayern nicht. Auch viele deutsche Bundesländer sind schon auf dem Weg hin zu Gemeinschaftsschulen, weil sie sagen, das ist die Schule, die wir in unserem Land brauchen. Auch die Eltern wollen solche Schulen ebenso wie viele CDU-Bürgermeister sich diese wünschen. Ich frage mich, warum man in Bayern nicht bereit ist, auch hier solche Schularten zuzulassen.

Ein Wort noch zur Jugendarbeit und zum Sport. Für unseren Änderungsantrag zum vereinseigenen Sportstättenbau haben wir bereits namentliche Abstimmung beantragt wie auch zur Erhöhung der Vereinspauschale. Mir ist bekannt, dass der Landessportbeirat beispielsweise auf seiner Sitzung im November einstimmig den Beschluss gefasst hat, die vom Landessportbeirat angestrebte Wartezeit von drei Jahren zu erreichen sowie eine Erhöhung der Haushaltsmittel auf zwei Millionen anzustreben. Ich weiß, dass zwei Kollegen aus dem Hohen Hause in diesem Beirat vertreten sind.

(Harald Güller (SPD): Wägemann und Kränzle!)

Ich bin neugierig, wie sie hier heute abstimmen werden.

(Harald Güller (SPD): Ich bin gespannt, ob die nur im Sportbeirat reden oder hier richtig abstimmen!)

Und nun noch ein Wort zum Jugendring. Aus der Art und Weise, wie Sie hier mit dem Bayerischen Jugendring umgesprungen sind, meine Damen und Herren - wir haben viele Petitionen bekommen -, wird deutlich, dass Sie die Jugendarbeit nicht ernst nehmen. Die Jugendarbeit ist für mich nach wie vor eine sehr wichtige Geschichte. Der Bayerische Jugendring und die Jugendverbände leisten eine gute und wichtige Arbeit und müssen deshalb entsprechend unterstützt werden.

Gott sei Dank ist nun noch eine Tischvorlage gekommen, sodass die Mittel für 2011 erhöht werden. Wie es aber 2012 aussieht, wissen wir nicht. Ich darf Sie heute schon auffordern, für 2012 entsprechende Vorschläge auf den Tisch zu legen. Jugendarbeit ist wichtig, denn sie bedeutet außerschulische Bildung. Deshalb ist es wichtig, Geld zur Verfügung zu stellen. Nicht zuletzt gilt das für internationale Begegnungen, denn wenn sich junge Menschen kennenlernen, ist das die beste Friedenspolitik, die wir in unserem Lande betreiben können.

Erlauben Sie mir abschließend noch ein Wort zur Erwachsenenbildung. Auch dies ist ein wichtiger Bereich. Dass Sie vor ein paar Jahren die Mittel für die Erwachsenenbildung ganz streichen wollten, zeigt, dass Sie immer noch nicht begriffen haben, wie wichtig die Erwachsenenbildung ist, wie wichtig es ist, auch im Erwachsenenalter immer noch dazulernen. Da kann ich Sie nur bitten, ebenfalls dazulernen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Strobl. Als Nächste hat das Wort die Frau Kollegin Eva Gottstein. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrter Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In seiner gestrigen Grundsatzrede hat unser Ministerpräsident wichtige Worte zur Bildung gesprochen. Er hat folgenden Satz ge-

prägt bzw. zitiert: Bildung ist die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts, weil sie Chancengerechtigkeit liefert und weil sie Partizipation für alle an der Gesellschaft bedeutet.

Wie wahr ist dieser Satz! Wie recht hat er damit. Er hat einen weiteren Satz geprägt: Bayern ist *das* Bildungsland per se. Bayern ist Bildungsland Nummer eins.

(Demonstrativer Beifall bei der CSU)

Wie unwahr ist dieser Satz! Dieser Satz stimmt nicht, außer man würde ihn nur an der Pisa-Studie messen. Die stellen Sie aber sonst auch in Zweifel und da haben Sie recht, denn Pisa kann nicht die Messlatte sein.

Die Begründung unseres Ministerpräsidenten und der Koalition lautet, in diesem kommenden Bildungshaushalt gebe es mehr Lehrer als je zuvor. Dabei ist das Rechenproblem mangels Masse aber noch nicht gelöst. Denn der Opposition konnte die Zahl der Intensivierungsstunden bisher immer noch nicht bekanntgegeben werden, die der Herr Minister versprochen hatte, damit man ihn versteht. Wir wollten seine Rechnung nachvollziehen. Inzwischen ist aber völlig egal, was hier gerechnet wird, denn entscheidend ist - das sehen Kinder, Lehrer und Eltern ebenso -, dass draußen zu wenig Personal vorhanden ist. Da können Sie rechnen, was Sie wollen; es ist zu wenig Personal da. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Sie begründen Ihre These vom Bildungsland Bayern auch damit, dass mehr Investitionen als je in die Bildung geflossen seien. Sie unterschlagen hierbei jedoch, dass sämtliche Versorgungsleistungen in diesem Einzelplan verankert sind und somit die Rechnung auch hier nicht stimmt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Das Hauptproblem in Ihren Behauptungen zum Bildungshaushalt ist, dass Sie bei solchen Aussagen inzwischen völlig den Wandel der Bildungslandschaft ignorieren. Sie

tun so, als hätten wir noch die gleiche Relation von Lehrern zu Schülern wie vor 40 Jahren.

Ich habe 1972 in einer privaten klösterlichen Schule mit einer Mädchenklasse mit 42 Schülerinnen begonnen. Damals unterrichtete ein Lehrer 42 Schülerinnen. So kann man das heute nicht mehr rechnen. Wenn Sie allerdings auf dieser Basis rechnen, kommen Sie zu Ihren Thesen. Es wird aber sicherlich heute jeder einsehen, dass man nicht mehr auf das Jahr 1972 zurückgehen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Bildungslandschaft ist heute eine andere. Wir haben andere Lehrer, es sind oft Lehrer mit einem Burn-out Syndrom. Fragen Sie die Ärzte. Diese gehen nicht davon aus, dass die Lehrer simulieren. Wir haben Lehrer, denen Sie in der letzten Zeit sehr viel zugemutet haben. Sie haben Ihnen ein Arbeitszeitkonto aufgedrückt und vergessen, dass es möglicherweise bei der Auflösung Probleme geben könnte. Sie muten dem Lehrpersonal jetzt zu, ohne Gehaltserhöhung weiterzuarbeiten, immer nach dem Motto: Rein in die Bütt, raus aus der Bütt. Dass die Lehrer dann nicht so motiviert sind, wie sie sein sollten, steht außer Frage.

Wir haben heute andere Schüler. Sie haben Legasthenie oder ADHS, sind hochbegabt oder vernachlässigt, kommen aus schwierigen Familien. Das können wir doch nicht ändern. Natürlich, Herr Kollege Pachner, sind die "bösen" Mütter schuld, die sich auf einmal selbst verwirklichen wollen und nun anscheinend auf diese Idee gekommen sind. Aber wir haben das doch als Fakt zu nehmen. Die Kinder in der Schule sind heute andere als früher, und diese Kinder müssen wir anders beschulen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch die Eltern sind anders. Man kann natürlich der Vergangenheit nachtrauern und fragen, wo das klassische Familienbild geblieben ist. Aber heutzutage ist nun einmal ein großer Teil der Eltern alleinerziehend, getrennt lebend, es gibt Patchwork-Famili-

en. Es besteht das Problem der Überbemutterung. Früher war nicht bekannt, dass ein Kind von den mütterlichen, oft auch väterlichen Ansprüchen fast erdrückt wurde. Auf der anderen Seite gibt es die Vernachlässigung von Kindern. Es gibt eine Medienwelt, die in diesen Familien Platz genommen hat. Das war früher nicht so. Die Schule muss darauf reagieren und kann das nicht ignorieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich sind auch die heutigen Anforderungen an die Schule andere. Sie soll ganztags sein. Im Vergleich zu den anderen Ländern ist es ohnehin ein Wunder, wie wir immer noch flächendeckend ohne Ganztagschulen zurechtkommen. Schule soll heute Werte vermitteln, wiederum, weil das teilweise daheim nicht erfolgt. Wenn es aber zu Hause nicht erfolgt, muss jemand anderer einspringen.

Wir fordern von der Schule heute ein hohes Fachwissen, andererseits wollen wir nach wie vor ein breites Allgemeinwissen haben. Wir trauern den Schlüsselkompetenzen nach. Das muss alles geleistet werden, und dazu sagen Sie: Es gibt doch mehr Lehrer als früher. Ja, das stimmt; aber es sind nach wie vor zu wenige.

Sie vergleichen bei Ihren Rechenmodellen inzwischen einfach Äpfel mit Birnen. Ich kann das nur darauf zurückführen, dass Sie im Biologieunterricht wahrscheinlich unter Unterrichtsausfall gelitten haben. Vielleicht waren Sie im Gymnasium. Dort heißt das Fach ja nicht mehr "Biologie", sondern "Natur und Technik"; vielleicht kommen dort Äpfel und Birnen auch gar nicht mehr vor.

Wir brauchen einfach mehr Lehrer. Das ist die Basis unseres gesamten Bildungssystems. Wir brauchen mehr Lehrer für kleinere Klassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben einen entsprechenden Antrag - jetzt auch wieder als Änderungsantrag - zumindest für die 5. Klassen gestellt, damit es, wie uns das die FDP so wunderbar vorgestellt hat, in dieser Gelenkklassse eine modulare und individuelle Förderung geben

kann. Schauen Sie doch bitte in den Haushalt. Mit dieser Lehrerzahl können Sie nicht individuell fördern und Sie können auch nicht modular fördern. Damit können Sie vielleicht gerade einmal den normalen Unterrichtsbetrieb aufrechterhalten.

Wir brauchen mehr Lehrer für Projektarbeit. Sie reden immer von dem, was alles in der Schule geschehen muss. Natürlich sind die Projekte wichtig, weil sie wirklich Schlüsselqualifikationen und nachhaltiges Wissen vermitteln. Aber wie soll das geschehen, wenn jeder Lehrer, der in einem Projekt steckt, andererseits Unterrichtsausfall bedeutet?

Bezüglich des Unterrichtsausfalls hat mir Ihr Minister wunderbar geantwortet. Auf die Frage, warum in unserer Statistik nur der Fall, dass der Schüler nach Hause geschickt wird, als Unterrichtsausfall geführt wird, nicht aber der Fall, dass er mitgeführt wird, was bedeutet, dass die Tür seines Klassenzimmers offen ist und der Lehrer der Nachbarklasse das dritte Auge darauf wirft, habe ich eine wunderbare Begründung bekommen, die man wirklich verinnerlichen muss. Nur die Eltern und Schüler haben es anscheinend noch nicht kapiert. Das Mitführen von Klassen ist nach Aussage unseres Ministeriums wertvoll, weil der Lehrer, der krank ist oder aus anderen Gründen fehlt, eine Aufgabe vorbereitet hat, die die Schüler in dieser Zeit selbstständig lösen können und dadurch das selbstständige Arbeiten der Schüler gefördert wird. Deswegen ist bei uns Unterrichtsausfall sinnvoll. - Das muss man sich einmal vorstellen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Man muss nur eine gute Begründung finden!)

Wir brauchen mehr Lehrer, damit die mobile und integrierte Lehrerreserve endlich an allen Schularten eingeführt werden kann. Auch ich, Kollege Strobl, habe natürlich erfreut gelesen, dass der Minister vorgestern oder vorgestern angekündigt hat, dass es jetzt am Gymnasium diese Reserve geben wird. Ich weiß nicht, woher sie stammen soll. Aber vielleicht ist in dem komplizierten Rechenmodell, das man anscheinend nur

mit Intensivierungsstunden in Mathematik versteht, doch noch eine Reserve enthalten, die wir nur noch nicht erkannt haben. Wir freuen uns nächstes Schuljahr darauf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen natürlich auch mehr Lehrer für Ganztagsklassen, die nicht so zögerlich weitergeführt werden sollten; denn sie werden angenommen. Wo es die Ganztagsklassen gibt, erkennt man, wie wichtig sie in der heutigen Zeit sind. Deswegen muss das schneller gehen, und dazu brauchen wir mehr Lehrer.

Lehrer ist immer noch ein pädagogischer Beruf. Pädagogik hat mit Erziehen zu tun. Erziehen hängt mit Zuwendung zusammen. Zuwendung zu einem Kind erfordert Zeit. Diese Zeit geben wir unseren Schulen und ihrem Personal nicht mehr, auch nicht mit diesem Haushalt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Pädagogisches Personal an Schulen heißt mehr Zeit für die Beratungslehrer. Wir unterstützen Sie ja in Ihrem vielgliedrigen Schulsystem; aber dieses vielgliedrige Schulsystem darf natürlich nicht schwierig werden und nicht schon bei Kindern zu Magen-geschwüren führen. Insoweit gebe ich den Kollegen auf der anderen Seite recht. Darum muss ich zumindest ein Beratungssystem haben, das das Kind und die Eltern an die Hand nimmt. Das ist aber mit einer Anrechnungsstunde für 500 Schüler nicht möglich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Auch hierzu haben wir im Übrigen einen Antrag gestellt, der natürlich abgelehnt wurde.

Die schulpsychologischen Dienste müssen ebenfalls ausgebaut werden. Das gilt - jetzt schließe ich mich wieder dem Kollegen Strobl an - auch für den Schulsozialarbeiter. Es besteht ein gewisser Betrug im System. Die Jugendsozialarbeit ist nach wie vor für Einzelfälle gedacht und darf nicht flächendeckend für Streitschlichter und so weiter genommen werden, die wir aber im Schulsystem brauchen. Sie wollen Schulentwicklung, Sie wollen eine moderne Schulfamilie, Sie wollen die Identifikation der Betroffenen mit der Schule. Dann geben Sie doch bitte auch das dafür nötige Personal. Hierzu brauche ich auch offiziell den Schulsozialarbeiter, der nicht von der Ministerin Haderthauer finanziert wird, sondern für den das Geld aus dem Kultusministerium kommt, wo es auch hingehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen mehr Verwaltungspersonal, auch eine Schulsekretärin. Jeder, der als Elternteil oder Schüler - nicht unbedingt als Minister nach Ansage - eine Schulfamilie besucht hat, weiß, dass die Schulsekretärin das Hansaplast hat, das sie die Beschwerden heranwachsender Schülerinnen in dringenden Fällen lindern kann. Diese Schulsekretärin ist heute auch pädagogisches Personal. Das Verwaltungspersonal kommt als Letztes, arbeitet auf der Kippe und kann mit so wenigen Stunden für so viele Schüler und inzwischen auch bei so vielen Problemen nicht weitermachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Leider wurde auch dieser Antrag von Ihnen abgelehnt.

Auch zu Sport und Musik haben wir einen Antrag gestellt und gefordert, dass man die Sportvereine nicht nur mit Bitten und Betteln in die Schule bringt, sondern auch einen gewissen Etat dafür zur Verfügung stellt. Auch dieser Antrag wurde leider abgelehnt.

Wir brauchen insgesamt viel weniger Reformen - meistens sind es ohnehin nur Reformschnecken -, wir müssen uns auf die wesentlichen Schwachstellen konzentrieren, sprich auf die flexible Eingangsklasse. Sie ist gut. Geben Sie doch zu, dass Sie sie

nicht flächendeckend einführen, weil Sie das Geld dafür noch nicht in die Hand nehmen wollen. Sie hat sich bewährt. Das wissen wir aus anderen Bundesländern.

Konzentrieren Sie sich auf den flexiblen Abschluss unserer Hauptschüler und Mittelschüler. Momentan leisten wir uns im Berufsschulbereich fünf verschiedene Formen für Schüler, die ohne Abschluss aus der Schule kommen. Das ist doch Luxus. Investieren wir es bitte an der richtigen Stelle, an der Haupt- und Mittelschule.

Das berufliche Schulwesen kommt von Haus aus zu kurz. Wir reden von G 8, wir reden von G 9, aber von den Problemen, die die anderen haben, ist überhaupt nicht die Rede. Für sie ist auch in diesem Haushalt nur ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein zu sehen.

Zur Lehrereinstellung wurde schon gesagt: Wir brauchen dauerhaft gute, qualifizierte Lehrer.

Visionen sind in diesem Haushalt sowieso nicht zu erkennen. Wenn Sie, was Ihr Koalitionspartner FDP dauernd so groß herausstellt, wirklich eine autonome Schule wollen, dann brauchen Sie auch die entsprechenden Stellen für die mittlere Führungsschiene und nicht wieder nur ein kleines Modell und noch ein kleines Modell, nur damit das Kind einen Namen hat.

Wir brauchen eine kindgerechte Schule. Wir haben zumindest gefordert - auch das wurde leider abgelehnt -, dass die Sportstätten entsprechend gefördert werden, damit wenigstens die Warteliste für die Fördergelder nicht mehr so lang ist. Aber auch das wird hier nicht geleistet.

Die Einbeziehung der Eltern ist im Haushalt überhaupt nicht vorgesehen, obwohl wir, wie gerade Ihre Zwischenrufe gezeigt haben, doch wissen, dass die Eltern mehr einbezogen werden müssen, damit sie ihre Aufgabe zu Hause besser erfüllen können. Für Elternarbeit gibt es keinen Pfennig.

Dieser Haushalt geht sicher in die richtige Richtung; das bezweifeln wir in gar keiner Weise. Die Schritte sind aber zu klein, zu zögerlich, und so kommt man eben nicht oder zu spät ans Ziel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jedes Unternehmen weiß, dass Investitionen nötig sind, um später eine entsprechende Amortisation zu haben bzw. Gewinn einzufahren. Wir wissen, jeder in die Bildung investierte Euro bringt sieben Euro zurück, aber wir verhalten uns hier nicht betriebswirtschaftlich, nicht volkswirtschaftlich,

(Zurufe von der CSU)

auch nicht menschlich. Der Hinweis auf Nordrhein-Westfalen ist nachgerade lächerlich. Wir brauchen menschlich und fachlich gut ausgebildete Kinder. Dafür bräuchten wir andere Zahlen in diesem Haushalt, und die fordern wir. Wir bedauern, dass Sie unsere Anträge und unsere Aufforderungen nicht ernst nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Gottstein. - Als Nächster hat Herr Kollege Thomas Gehring das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildung ist die Zukunftsaufgabe, die große Herausforderung für unsere Gesellschaft. Darin sind wir uns alle einig; wir hören diese Äußerung jeden Tag hundert Mal. Aber wenn wir diese Herausforderung annehmen und sagen: bessere frühe Förderung, mehr Ganztagsangebote, kleinere Klassen, dann müssen wir uns auch über die finanziellen Dimensionen dieser Aufgabe, der wir uns stellen wollen, klar werden. Sie hat eine ungeheure Dimension.

Die Prognos AG hat in einer Studie für die Robert-Bosch-Stiftung ausgerechnet, dass wir bundesweit, um den Bedarf im schulischen Bereich zu erfüllen, knapp 16 Milliarden Euro zusätzlich ausgeben müssten.

Wenn wir uns anschauen, dass die Bundesregierung versucht hat, einen Anteil von 7 % am Bruttosozialprodukt für Bildung zu erreichen, und die grandios gescheiterten Bildungsgipfel zwischen Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten, dann relativiert sich das, was in diesem Haushalt jetzt veranschlagt und als Zuwachs verkauft wird, ganz gewaltig.

Wir müssen feststellen: Bund und Länder sind ihrem Anspruch nicht gerecht geworden und werden ihrem Anspruch nicht gerecht, die Bildungsausgaben in der Zukunft zu finanzieren. Sie können jetzt gern wieder auf den Länder-Finanzausgleich rekurren. Wir GRÜNEN haben einen Vorschlag gemacht, wie man den Finanzausgleich zwischen den Ländern reformieren kann. Sie, liebe Kollegen von der CSU, machen keinen Vorschlag. Bei Ihnen gehört das Jammern und das Nörgeln über den Finanzausgleich irgendwie zum Argumentationskasten, den Sie weiterhin brauchen. Deswegen verweigern Sie sich da auch Reformen und machen keine Vorschläge.

Was ich schon ärgerlich finde, ist: Ich habe noch nie gehört, dass man sich darüber beklagt, dass in den Empfängerländern Geld für Straßenbau oder unsinnige Bauprojekte ausgegeben wird. Nein, Sie reden dann immer von den Bildungsausgaben, die angeblich mit dem bayerischen Geld finanziert werden. Ich muss Ihnen sagen: Mir ist lieber, die Empfängerländer geben ihr Geld für gute Bildung aus; das ist insgesamt gut für die soziale Gerechtigkeit in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen uns dieser gesamtstaatlichen Verantwortung stellen, und wir müssen auch überlegen, mit welchen Instrumenten, differenziert zwischen Bund und Ländern, wir diesen Aufgaben gerecht werden. Wir müssen auf Landesebene - das haben wir Ihnen mit unseren Haushaltsanträgen deutlich gemacht - zusätzliche Mittel zielgerich-

tet an wesentlichen Punkten in den Haushalt einbringen und auch diese zusätzlichen Mittel mit entsprechenden neuen Finanzierungsinstrumenten verbinden, um damit auch mehr Qualität zu erreichen.

Die Haushälter sprechen immer von den Prinzipien Wahrheit und Klarheit. Wie schaut es mit der Wahrheit in diesem Kultushaushalt aus? Was sagen diese Zahlen über die Wahrheit an den Schulen? Wie wird der Haushalt der Forderung nach Wahrheit an den Schulen gerecht?

Die Lehrerstellen reichen nicht aus, um den Herausforderungen an der Schule zu begegnen. Vor Ort kommen diese Stellen vielfach nicht an als tatsächlicher Gewinn. Wir haben nicht genug Lehrerinnen und Lehrer, um den Unterricht abzudecken. Wir haben nicht genug Lehrerinnen und Lehrer, um Unterrichtsausfall, bedingt etwa durch Krankheit, Schwangerschaft und Fortbildung, auszugleichen. Wir haben nicht genug Lehrerinnen und Lehrer, um individuell zu fördern, und wir haben nicht genug Lehrerinnen und Lehrer, um die Ganztagsschulangebote ausreichend und in guter Qualität auszubauen.

Sie reden immer von der verbesserten Lehrer-Schüler-Relation. Aber das ist eine Relation, die nichts aussagt. Entscheidend ist: Reichen die Lehrerinnen und Lehrer aus, um den Aufwand an Unterrichtsstunden abzudecken? Da sehen wir einfach: Es wird an den Realschulen immer noch Pflichtunterricht gestrichen, und das seit Jahren. Da wird also Unterricht, der eigentlich notwendig ist, wegen Lehrermangels nicht gehalten.

Wenn wir uns das Thema Ganztagsschulen ansehen, dann müssen wir akzeptieren: Wenn Schülerinnen und Schüler länger am Tag, mehr Stunden an der Schule sind, dann brauchen sie auch mehr Lehrerinnen und Lehrer, die diesen Unterricht abdecken. Deswegen reichen diese Stellen nicht aus.

Wir haben deshalb in einem Antrag vorgeschlagen, zusätzliche Lehrerstellen als Pools an die Schulen zu geben, damit die Lehrerversorgung dort vor Ort verbessert werden

kann - je nach Schulart, je nach Schulort. Wir haben diesen Antrag gestellt, Sie haben ihm nicht zugestimmt, liebe Frau Will.

(Beifall bei den GRÜNEN - Renate Will (FDP): Ich habe ihn anders gestellt!)

- Sie haben ihn anders gestellt, aber er kam offensichtlich nicht an.

Jetzt haben wir gehört, dass der Kultusminister eine Mobile Lehrerreserve an den Gymnasien einführen will. Schauen wir einmal, was da herauskommt! Es ist ein Vorschlag. Ich sehe keine Haushaltsverankerung des Antrags, ich sehe nicht, woher die Stellen für diese Mobile Reserve kommen sollen. Mein augenblicklicher Eindruck ist: Es ist keine Mobile Lehrerreserve, es ist eher eine leere Reserve an den Gymnasien, die da vorhanden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN - Renate Will (FDP): Jetzt aber!)

Wir haben einen Antrag gestellt, um die Situation an FOS/BOS zu verbessern. Es ist der alternative Weg zum Abitur neben dem Gymnasium. Diese Schulen leiden mittlerweile an ihrem Erfolg: Sie haben immer mehr Schülerinnen und Schüler; die Lehrerversorgung wird dem nicht gerecht. Es gilt als der zweite Weg zum Abitur, aber es ist ein holpriger Weg, es ist ein Weg mit vielen Schlaglöchern. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, diesen Weg zu verbessern. Sie haben ihn abgelehnt.

Lehrerinnen und Lehrer fehlen auch, um der demografischen Entwicklung gerecht werden zu können. Wir haben immer mehr kleinere Grundschulen, und dafür brauchen wir immer mehr Lehrer. Das liegt so in der Systematik. Wir haben die Situation - das liegt an der Art und Weise der Lehrerzuweisung -, dass uns die Lehrer für die kleinen Grundschulen ausgehen. Pro Kind werden 1,23 Lehrerstunden zugewiesen. Einer kleinen Grundschule mit zum Beispiel 75 Kindern werden vielleicht 90 Stunden zugewiesen. Wenn es etwa 85 Kinder sind, werden 98 Stunden zugewiesen. Der Pflichtunterricht an den Grundschulen beträgt aber 106 Stunden. Das heißt, diesen kleinen Grundschulen fehlen von vornherein zehn, zwölf oder noch mehr Stunden, um den

Unterricht abzudecken. Das wiederum heißt für die Schulräte: Sie müssen diese Stunden anderen, den großen Schulen wegnehmen und den kleinen Schulen geben. Dort haben wir dann die großen Klassen mit den schwierigen Kindern, die nicht ausreichend beschult werden können.

Insgesamt reicht die Masse nicht aus. Wir werden mit diesem Versorgungsinstrument die kleinen Grundschulen nicht mehr bedienen können. Aber es gilt eigentlich der Grundsatz: Kurze Beine - kurze Wege. Wenn wir die kleinen Grundschulen im ländlichen Raum nicht mit Lehrerstellen versorgen können, dann werden diese Grundschulen irgendwann fusionieren müssen, sie werden geschlossen werden, und wir stehen vor einem Sterben der Grundschulen im ländlichen Raum.

(Renate Will (FDP): Jetzt aber!)

- Wir stehen davor. Schauen Sie sich in allen Schulamtsbezirken an, wie sich das entwickelt. Es wird diese kleinen Schulen geben, die Sie zumachen werden.

(Renate Will (FDP): Das werden wir verhindern!)

Allenfalls, wenn Sie das machen, was wir beantragt und Ihnen immer wieder vorgeschlagen haben, könnte es gehen: Sie führen einen zusätzlichen Faktor in der Stundenzuweisung ein, dass zusätzliche Lehrerstunden an die kleinen Grundschulen kommen.

Sie haben die Schullandschaft im ländlichen Raum offensichtlich aufgegeben, weil wir bei den Mittelschulen den gleichen Prozess erleben. Auch das wird das Ende der Hauptschulen im ländlichen Raum verzögern.

(Renate Dodell (CSU): Das Gegenteil ist der Fall!)

- Wir haben doch immer weniger Schülerinnen und Schüler im ländlichen Raum und immer weniger an den Hauptschulen. Es weiß doch jeder, dass über kurz oder lang die Schullandschaft zurückgeht.

(Renate Dodell (CSU): Sie reden das herbei!)

Wir haben mit unserer Überzeugungskraft einen großen Einfluss. Die Eltern in Bayern entscheiden aber nicht nach unseren Empfehlungen, wohin sie ihre Kinder schicken. Immer weniger Kinder gehen auf die Hauptschulen und die Mittelschulen. Wir müssen deshalb eine Schulstruktur schaffen, die mehr Möglichkeiten eröffnet. Wir brauchen die Möglichkeit, dass mehr Kinder in ihrem Dorf in die Schule gehen können. Das ist nur mit einer anderen Schulstruktur möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir sagen immer, dass wir vor Ort andere Schulmodelle zulassen müssten. Gestern hat jedoch Ihr Fraktionsvorsitzender Schmid gesagt: Über das gegliederte Schulwesen wird nicht geredet. Er hat dafür keinen Grund genannt. Das ist eine ideologische Argumentation, die die Augen vor der Situation im ländlichen Raum verschließt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ideologisch hat Herr Kollege Schmid auch bezüglich der Ganztagschulen argumentiert. Er hat davor gewarnt, dass es eine Ganztagschulpflicht geben könnte. Dagegen würde sich die CSU verwahren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei einem Versorgungsgrad mit Ganztagschulen für 6 % der Schülerinnen und Schüler ist es absurd, von einer 100-prozentigen Versorgung oder einer Pflicht zu reden, geschweige denn, davor zu warnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Politisch Verantwortliche, die sagen, sie wollten keine 100 %, die aber gerade 6 % erreicht haben, verschließen ihre Augen vor der Verantwortung. Sie bräuchten exorbitante Steigerungsraten beim Ausbau von Ganztagschulen, um überhaupt die von Ihnen so vielbeschworene Wahlfreiheit der Eltern zu erreichen; damit die Eltern überhaupt ein Angebot haben, um darüber entscheiden zu können, ob sie ihr Kind in eine

Ganztagsschule schicken oder nicht. Ich glaube, beim Thema Ganztagsschulen ist die Ideologie in der CSU-Fraktion stärker, als ich das bis gestern gedacht habe.

Wir brauchen außerdem mehr Qualität bei den Ganztagsschulen. Für die gebundenen Ganztagsgrundschulen gibt es 12 zusätzliche Stunden. Diese zusätzlichen Stunden reichen gerade aus, um die Vormittage mit qualitativem Unterricht zu füllen. Für die Nachmittagsstunden reicht dies nicht. Deswegen gibt es so wenig Nachfrage nach diesen Angeboten, obwohl vor Ort ein Bedarf vorhanden ist. Hier muss etwas getan werden.

Ich komme damit zu den zusätzlichen Lehrerstellen, die vorhin genannt worden sind. Hier geht es um die Klarheit. Klar war bei dem, was in den letzten Wochen zu hören war und diskutiert worden ist, überhaupt nichts. Sie sprechen davon, dass Sie mit diesem Doppelhaushalt 3.873 neue Stellen schaffen. Hier gibt es unterschiedliche Zahlen. Dem gegenüber stehen 3.848 Stellen mit einem kw-Vermerk. Ein Großteil dieser kw-Stellen ist zeitlich terminiert, nämlich auf August 2011 bzw. August 2012. 1.300 Stellen sind für die Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung erforderlich. Diese Stellen haben einen kw-Vermerk. Auch die Zuwächse durch Sonderausgaben sind mit kw-Vermerken versehen. Insgesamt muss ich feststellen: Sie erwirtschaften die Stellen aus dem Kultushaushalt heraus. Das kann man so machen; dann sollte man das aber auch sagen. Sie verschieben in diesem Haushalt Stellen, schaffen aber keine neuen Stellen.

Bei dieser Verschieberei verstehe ich eines nicht: Nachvollziehbar ist, wenn Stellen für das G 9 künftig auf die Hochschulen verlagert werden. Ich verstehe aber nicht, warum Sie 1.000 Stellen von den Grund- und Hauptschulen an die Hochschulen geben. Damit opfern Sie die demografische Rendite und etwa 1.500 Stellen, die am neunjährigen Gymnasium frei werden, und geben diese Stellen dem Finanzminister. Das ist ein schlechter Deal für die Grund- und Hauptschulen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Eine weitere Zahl fehlt in diesem Haushalt, sie wird sich aber auf die Schulen auswirken. Ich spreche von einer Summe in Höhe von 50 Millionen Euro Plus. Dieses Geld bringen die Kommunen nicht etwa für den Schulhausbau oder die Schulbusförderung auf, sondern für die Ganztagsschule. Die Kommunen zahlen 5.000 Euro pro Ganztagsgruppe bzw. -klasse an das Land. Von diesem Geld haben die Kommunen nichts. Außerdem müssen die Kommunen zusätzliche Mittel für die Ganztagsangebote aufwenden, weil die Mittel des Landes hierfür nicht reichen.

Herr Kollege Kreuzer ist gerade nicht da.

(Renate Will (FDP): Doch, doch! Er hört genau zu!)

Herr Kollege Kreuzer, als Stadtrat wissen Sie, in welcher Höhe die Stadt Kempten zusätzliche Mittel für Ganztagsangebote aufwenden muss. Dieses Geld müsste eigentlich zusätzlich in diesem Landeshaushalt verankert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Gleiche gilt für die Schulsozialarbeit. Die Kommunen geben etwa 25 Millionen Euro für die Schulsozialarbeit aus. Sie nennen das dann Jugendsozialarbeit an Schulen. Letztlich geht es jedoch darum, die pädagogische Arbeit an den Schulen und das pädagogische Klima an den Schulen zu verbessern. Diese Summe müsste in diesem Kultushaushalt verankert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schluss möchte ich noch etwas zum Thema Inklusion sagen. Ich möchte darum bitten, dass wir kurz das Spiel "Opposition hier, Regierung da" unterbrechen, bei dem die Opposition etwas fordert und die Regierung sagt: Das geht nicht. Wir haben zum Thema Inklusion mit großer Ernsthaftigkeit einen gemeinsamen Gesetzentwurf erarbeitet. Jetzt geht es darum, mit der gleichen Ernsthaftigkeit für die Ressourcen zu sorgen. Das Kultusministerium muss jetzt Rahmenrichtlinien schaffen, um eine möglichst gute Förderung zu ermöglichen. Die Mittel dafür dürfen nicht zu knapp bemessen und

müssen flexibel sein. Wir alle müssen beobachten, ob diese Mittel ausreichen oder ob wir nachsteuern müssen. In diesem Fall müssten wir noch einmal zusätzliches Geld in die Hand nehmen und zusätzliche Lehrerstellen schaffen, um die Inklusion auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ärgerlich bei diesem Kultushaushalt ist der Umstand, dass in den Randbereichen des Haushalts in Dimensionen gespart worden ist, die sich zwar auf den Gesamthaushalt nicht auswirken, die aber vor Ort großen Schaden verursachen. Ich nenne als Beispiel die Schulen in freier Trägerschaft. Die Mittel, die Sie hier draufgelegt haben, reichen einfach nicht aus. Durch die Pauschalierung werden vor allem Schulen in freier Trägerschaft im ländlichen Raum leiden und in ihrem Fortbestand gefährdet. Bei den Altenpflegeschulen haben Sie sich ein starkes Stück geleistet. Wir brauchen Menschen, die in diesen Beruf gehen. Sie führen Werbekampagnen für diesen Beruf durch. Sie sind aber nicht in der Lage, für die Altenpflegeschulen die nötigen 2 oder 3 Millionen Euro zusätzlich in den Haushalt einzustellen. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, Sie haben über eine Minute überzogen, kommen Sie bitte zum Schluss.

Thomas Gehring (GRÜNE): Ich komme zu meinem zusammenfassenden Satz: Insgesamt wird dieser Haushalt den Anforderungen und den Ansprüchen an eine Bildung der Zukunft nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächste Rednerin kommt Frau Renate Will zu Wort.

Renate Will (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt von der Schwarzmalerei wegkommen und muss Ihnen sagen: Seit dem Eintritt der FDP in die Regierung wird kräftig in die Bildung investiert.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Trotz der erforderlichen Konsolidierungsbeiträge haben wir es geschafft, eine bemerkenswerte Steigerung der Bildungsausgaben im Doppelhaushalt 2011/2012 zu realisieren.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Indem Sie Äpfel mit Birnen vergleichen!)

Das ist ein großer Erfolg der schwarz-gelben Koalition. Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung bei gleichzeitigen Investitionen in das Zukunftsfeld Bildung erreicht.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Welche Steigerungen denn? - Markus Rinderspacher (SPD): Das glaubt Ihnen doch kein Mensch!)

Unser Ziel heißt: Vorfahrt für Bildung. Pro Jahr werden 1.000 Lehrerstellen geschaffen, wie dies im Koalitionsvertrag steht. Versprochen, gehalten.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Fakten, Fakten!)

Für den Doppelhaushalt 2011/2012 wurden 3.873 neue Lehrerplanstellen ausgewiesen. Wir haben erreicht, dass die Anzahl der Lehrerplanstellen von 2008 auf 2012 insgesamt um 5.671 Stellen anwachsen wird. Das entspricht einem Plus von 5,6 %. Noch nie haben so viele Lehrer an Bayerns Schulen unterrichtet.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sie haben vorher nicht zugehört!)

Noch nie war in Bayern die durchschnittliche Schüler-Lehrer-Relation so günstig.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wenn das günstig ist! Das ist doch ein Witz!)

- Ja, ja. Immer nur meckern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine Damen und Herren, wir können den Wettbewerb um die besten Köpfe nur führen, wenn wir gute Schulen haben, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Schulwesen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Eine Supererkenntnis!)

Die Privatschulen in Bayern leisten einen wichtigen Beitrag, um diese Qualität zu verbessern. Sie brauchen bei der Schulfinanzierung Planungssicherheit und Verlässlichkeit.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Dafür sind Kürzungen erfolgt!)

Im Rahmen der Änderungen des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes wurde nun ein weiterer Schritt zu der in der Koalition vereinbarten Erhöhung des Schulgeldersatzes realisiert.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Unter dem Strich besteht noch ein Minus!)

Im Jahr 2011 erfolgt rückwirkend zum 1. Januar 2011 eine Erhöhung um 5 Euro von 75 auf 80 Euro. Zum Schuljahresbeginn 2012 erfolgt eine weitere Erhöhung.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Renate Will (FDP): Nein. - Der von uns Liberale initiierte Antrag zu dieser Erhöhung wurde im Haushaltsausschuss mit den Stimmen der CSU, der FDP und SPD bei Enthaltung der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN angenommen.

Auch für die staatlich genehmigten privaten Volksschulen haben wir deutliche Verbesserungen nachverhandelt. Im Rahmen des Haushaltsgesetzes für den Doppelhaushalt 2011/2012 soll nun auch der Schulaufwand pauschal gefördert werden. Herr Gehring, das steht so im Koalitionsvertrag. Wir wollen die Privatschulfinanzierung vereinfachen und verbessern.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Für viele ist das eine Verschlechterung!)

- Nein, die zukünftige Pauschale muss selbstverständlich den Anforderungen eines Flächenstaates standhalten und die laufenden Kosten in privater Trägerschaft abdecken; dafür haben wir gesorgt.

(Zurufe der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

- Hören Sie doch zu! Wir haben deshalb eine Erhöhung der Pauschale von den ursprünglich geplanten 1.510 Euro auf 1.624 Euro beschlossen. Da die Einführung einer Pauschale eine Eingewöhnungszeit benötigt, haben wir zudem die Übergangsphase von fünf auf acht Jahre ausgeweitet.

(Zurufe der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

In diesem Zeitraum erhalten Schulen mit Mehrausgaben einen Ausgleichsbetrag, der jährlich prozentual abgesenkt wird. Wir achten also sehr genau darauf, dass die Schulen in privater Trägerschaft in Bayern eine wichtige Rolle spielen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Warum kürzen Sie dort dann? - Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

Sie bilden eine wichtige Alternative im bayerischen Schulwesen und sorgen für Vielfalt. - Frau Bause, Sie wissen sehr wohl, dass die privaten Schulen, vor allem die Ersatzschulen, die Montessori- und Waldorfschulen in der Finanzierung wesentlich besser gestellt sind als Privatschulen in allen anderen Bundesländern; jetzt machen Sie mal halblang.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir bessern nach und achten darauf, dass wirklich gar nichts anbrennt.

(Lebhafte Zurufe von den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ja, ja, ja. Meine sehr verehrten Damen und Herren, im schwarz-gelben Koalitionsvertrag wurde erstmals festgeschrieben, dass wir ein flächendeckendes und bedarfsorientiertes Angebot an Ganztagsschulen für alle Schularten brauchen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Papier ist geduldig!)

An diesem Ziel halten wir unverändert fest. Wenn Familien eine wohnortnahe Ganztagsschule wünschen, dann müssen wir ihnen diese anbieten; denn Eltern brauchen Verlässlichkeit.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Sie brauchen Ganztagsschulen nicht nur wegen ihrer Verlässlichkeit, damit sie Familie und Beruf in Einklang bringen können, sondern auch deswegen, weil sie einen pädagogischen Mehrwert für die Schülerinnen und Schüler haben. Bei guter Qualität der Schule und einer dauerhaften Teilnahme an der Ganztagsschule haben die Schüler bessere Noten in den Kernfächern, sie bleiben seltener sitzen, haben mehr soziale Kompetenzen und gehen lieber in die Schule. Dies bestätigt eindeutig die StEG-Studie, die Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen. Wir als Koalitionspartner legen darauf wirklich großen Wert. Wenn Sie eines Tages Regierungsverantwortung haben, werden Sie sehen,

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN - Florian Streibl (FREIE WÄHLER): War das ein Koalitionsangebot? - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

dass die Wunschliste groß ist. Bis dahin können Sie Ihre Wunschliste bei jedem Doppelhaushalt endlos erweitern.

(Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Jetzt wieder zur Sache. Für uns Liberale gilt: Die Schule ist nicht nur Lernort, sondern sollte auch ein Lebensraum sein. Wir betrachten es als erfreulich - das haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben -, dass es sukzessive vorwärtsgeht und wir nun endlich auch bei den Realschulen und den Gymnasien mit dem Ausbau der gebundenen Ganztagschule beginnen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Herr Gehring, inzwischen gibt es 785 gebundene Ganztagschulen über alle Schularten hinweg.

(Anhaltende Zurufe)

Das ist selbstverständlich erst der Anfang. Für mich ist die rhythmisierte Ganztagschule die Schule der Zukunft.

(Markus Rinderspacher (SPD): Dann machen Sie es doch!)

- Das geschieht sukzessive; man muss auch Geduld haben. Sie haben zehn Jahre lang Anträge auf die Einführung von Ganztagschulen gestellt, haben dazu Wahlkämpfe geführt, und nichts ist passiert. Jetzt meckern Sie, wenn wir damit anfangen und schon einiges auf den Weg gebracht haben.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Der Freistaat fördert immerhin den Auf- und Ausbau der Ganztagschulen mit insgesamt 62 Millionen Euro. Das sind 6,7 Millionen Euro mehr als vorher. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss man einfach einmal sehen.

(Beifall bei der FDP)

Nun komme ich zum interfraktionellen Gesetzentwurf zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im bayerischen Schulwesen. Er ist der Anfang für die Teilhabe behinderter Schülerinnen und Schüler am gesellschaftlichen Leben. Wir wollen den Weg, der mit der Arbeitsgruppe der fünf Fraktionen eingeschlagen wurde, gemeinsam weitergehen. Das ist eine große Herausforderung. Im Doppelhaushalt sind erst einmal 200 Planstellen für Lehrkräfte, jeweils 100 pro Jahr, vorgesehen, um die Schulen zu stärken, die bereit sind, jetzt schon mit der Inklusion zu beginnen. Das ist ein länger währender Prozess, und das ist erst der Anfang. Wir sind davon überzeugt, dass die Schulen, die jetzt den Inklusionsprozess einleiten, als Vorbild und als Leuchtturm für andere Schulen wirken können. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bildungsbereich ist eines der wichtigsten Projekte der nächsten Jahre und bedeutet große finanzielle Herausforderungen, wenn man die Qualität sichern will.

Die FDP betrachtet diese Herausforderung als eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen als Bildungspartner. Deshalb halten wir gemeinsame Programme, zum Beispiel für den Ausbau von Ganztagschulen oder die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, für dringend erforderlich. Das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot verhindert jedoch faktisch gemeinsame Initiativen von Bund und Ländern.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Dann müsst ihr das in Berlin ändern!)

Die FDP wird deshalb einen entsprechenden Antrag stellen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Aber nicht erst 2020!)

- Nein, beim nächsten Parteitag.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Da haben wir unsere Bundespolitiker mit im Boot. Das ist selbstverständlich; denn wir brauchen jeden Euro.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ja, was denn?)

Damit Deutschland insgesamt wettbewerbsfähig bleibt und gut ausgebildete Menschen hervorbringt, brauchen wir tatsächlich jeden Euro. Da sind Bund, Land und Kommunen gemeinsam in der Verantwortung. Selbstverständlich steht es außer Frage, dass wir den Wettbewerb der Länder untereinander wollen. Der Bildungs föderalismus an sich steht nicht zur Diskussion, aber gemeinsame Projekte müssen möglich sein, und deshalb muss das Kooperationsverbot weg.

Mit dem Eintritt der Liberalen in die Regierung hat sich schon einiges bewegt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ei, ei, ei!)

Trotz dieser Erfolge dürfen wir nicht stehen bleiben, sondern müssen weiterhin in die Köpfe unserer jungen Menschen investieren. Alle Kinder müssen unabhängig von ihrer Herkunft, ihren individuellen Fähigkeiten und ihren Begabungen gerechte Chancen haben.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Dazu brauchen wir aber kleinere Klassen!)

Dazu müssen wir aber - das ist vorhin schon angeklungen, das sehe ich genauso - in Zukunft noch mehr in den Primärbereich investieren, denn der Bildungserfolg hat seine Wurzeln in frühester Kindheit. Das bayerische Konzept,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Welches Konzept?)

das Modell der flexiblen Grundschule, ist ein sehr gutes Konzept.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wo ist das?)

- Vielleicht haben Sie es noch nicht mitbekommen, aber es ist ein sehr gutes Konzept, und es ist deshalb auch ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Dazu müssen Sie aber Mittel zur Verfügung stellen! - Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Jedes Kind hat in der flexiblen Grundschule in der Eingangsstufe die Zeit, die es individuell braucht. Davon reden Sie doch immer. Und deshalb gilt es - - Entschuldigung, ich bin das Schreien gar nicht so gewöhnt.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sie haben doch mit dem Schreien angefangen!)

- Man muss Sie doch übertönen. Irgendwie muss man weiterkommen. Meine Redezeit geht schließlich zu Ende.

Ich will nur noch sagen: Dieses Modell muss vorangebracht und evaluiert werden. Es ist ein ganz wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Ich bin mir sicher, dass wir diese flexible Grundschule flächendeckend anbieten können.

Wir brauchen für die individuelle Förderung auch unsere Förderlehrerinnen und Förderlehrer. Diese sind noch gar nicht angesprochen worden.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Die stehen auch im Haushalt nicht drin!)

Sie leisten einen wichtigen Beitrag. Deshalb ist es neben der Wertschätzung, die die Förderlehrer erfahren, nach meiner Meinung längst an der Zeit und dringend erforderlich, ihre Besoldung mindestens an die Besoldung der Fachlehrer anzugleichen.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Dann müssen Sie aber Fakten schaffen und nicht nur reden!)

Dabei sind wir schon. Wir sind da schon am Puls der Zeit.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Wir reden aber vom jetzigen Haushalt! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Vorhin ist gefragt worden, was denn kommt. Mehr Qualität ist wichtig. Das verspricht auch unser Konzept der eigenverantwortlichen Schule.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Welches Konzept?)

Das Konzept, das wir haben und das wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner in Gesetzesform gießen, um es dann zu realisieren. Wir wollen das Konzept nicht überstülpen, sondern - -

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Vielleicht stellen Sie uns das ausführlicher vor!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Will, Sie haben bereits eine Minute überzogen.

Renate Will (FDP): Dieses Konzept wird umgesetzt,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das Konzept von Schleswig-Holstein?)

und die Schulen werden die Freiheit erhalten, die sie brauchen, allerdings brauchen auch die Kommunen mehr Freiheit, um ihre Schulentwicklung individuell umsetzen zu können.

Zum Schluss sage ich es noch einmal: Uns ist der Dreiklang "Investieren, sparen und keine neuen Schulden" gelungen. Wir haben zwei Milliarden in den Bildungshaushalt gesteckt. Herr Pfaffmann, im Wahlkampf haben Sie von einer Bildungsmilliarde geträumt. Wir haben sie umgesetzt. Ich danke allen, die sich dafür eingesetzt haben, dass dies möglich wurde.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte schön am Redepult. Wir haben eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Reichhart.

Markus Reichhart (FREIE WÄHLER): Frau Will, vielen Dank dafür, dass Sie herausstellen, wie gut die Finanzausstattung im Einzelplan 05 ist. Ist Ihnen bekannt, dass wir von 2007 bis 2012 eine Steigerung des Etats um 1,4 Milliarden hatten? Ist Ihnen auch bekannt, dass von diesem Steigerungsbetrag 0,6 Milliarden für Versorgungslasten, also für Pensionen und Beihilfen vorgesehen waren, sodass daraus ein Saldo von 0,8 Milliarden entsteht? Dies bedeutet, dass der Kultusetat im Durchschnitt pro Jahr um 133 Millionen gestiegen ist. Wollen Sie immer noch behaupten, dass mit diesen Zahlen überhaupt eine qualitative Steigerung möglich ist, vor allem wenn man berücksichtigt, dass auch noch neue Schularten wie das R 6 und das G 8 initiiert wurden? Glauben Sie, dass damit überhaupt eine qualitative Schulpolitik im Sinne der FDP möglich ist?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Will, Sie haben das Wort.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das war zu schwierig!)

Renate Will (FDP): - Das war nicht zu schwierig. Es war viel. Ich habe eingangs - leider bin ich zu oft unterbrochen worden - sehr deutlich gemacht, dass es ein Anfang ist, um die Qualitätssicherung in die Wege zu leiten.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Dann ist es aber ein schwacher Anfang!)

Ich habe nicht gesagt, dass wir am Ende angekommen sind. Natürlich wollen die Bildungspolitiker insgesamt immer mehr. Auch ich will mehr. Natürlich könnte es immer noch mehr sein. So leicht, wie Sie es dargestellt haben, ist es aber nun einmal nicht.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Reicht jetzt das Geld aus oder nicht?)

Es ist ein Anfang. Die Schulen werden evaluiert. Sie erhalten dann auch mehr Eigenverantwortung und ein eigenes Budget.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Wenn Sie keinen Lehrer dafür haben, hilft Ihnen das gar nichts!)

Wir müssen natürlich auch für das sorgen, was Sie angesprochen haben. Die Pensionsrückstellungen nehmen nun einmal einen riesigen Betrag weg. Deshalb muss man sich überlegen, ob alle Lehrer immer noch verbeamtet werden müssen. Das ist eine ganz wichtige Überlegung.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie sind in der Exekutive! Sie sind nicht in der parlamentarischen Opposition!)

Ich möchte Ihnen noch etwas sagen. Die Qualität der Lehreraus- und Lehrerfortbildung zu verbessern, kostet überhaupt nichts, und da sind wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner dran.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das kostet auch etwas! - Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Das stimmt überhaupt nicht!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Will, bitte bleiben Sie noch da. Herr Kollege Pfaffmann hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben das Wort.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sei aber ganz lieb zu ihr, nicht zu streng!)

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Liebe Frau Will, 2008 haben Sie sich landauf, landab als größtmöglicher Kontrast zur CSU präsentiert. Sie haben den Menschen in diesem Land versprochen, dass es keine Klassen mit mehr als 25 Kindern geben wird. Sie haben den Menschen in diesem Land versprochen, mehr Ganztagschulen einzurichten, und zwar nicht nur an der Hauptschule. Sie haben den Menschen in diesem Land eine längere gemeinsame Schulzeit versprochen, und das sogar mit mir zusammen

auf dem Podium. Sie haben immer wieder mit uns um die besseren bildungspolitischen Konzepte gewetteifert.

Können Sie mir nach Ihrer Haushaltsrede die Frage beantworten, wann Sie die Versprechungen, die Sie den Schülern, den Eltern und den Lehrern gemacht haben, einlösen wollen, nachdem jedermann weiß, dass dieser Doppelhaushalt bis 2013, also bis zum Ende der Legislaturperiode, gilt und dass dieser Haushalt, der auch unter Ihrer Beteiligung entstanden ist, keinen einzigen Euro für die Einlösung dieser Versprechen enthält? Das heißt, am Ende dieser Legislaturperiode werden Sie Ihre eigenen Versprechungen, die Sie landauf, landab gemacht haben, nicht eingehalten haben. Sind sie denn bereit, mit uns zusammen auch nur einen einzigen Antrag zu unterstützen und ihm zuzustimmen, der den Versprechungen, die Sie den Menschen gemacht haben, Rechnung trägt? Stimmen wir doch gemeinsam für mehr Lehrer an Bayerns Schulen. Vielleicht könnten Sie dem zustimmen.

(Zuruf von der FDP: Haben wir doch!)

Eine letzte Bemerkung: Wie wollen Sie den Menschen erklären, dass Sie nicht nur Ihre Versprechungen nicht eingehalten haben, sondern dass Sie auch jeden parlamentarischen Antrag, der genau die Ziele, wie zum Beispiel mehr Lehrer, kleinere Klassen, längere gemeinsame Schule, verfolgt, in diesem Hause abgelehnt haben? Wie würden Sie ein solches Verhalten bezeichnen?

(Jörg Rohde (FDP): Koalitionstreue!)

Sind Sie mit mir einer Meinung, dass das entweder heuchlerisch ist, oder dass Sie die Menschen in diesem Land belogen haben?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Pfaffmann, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Frau Will, Sie haben das Wort.

Renate Will (FDP): Natürlich kann ich darauf antworten, aber es war ein bisschen viel. Es war viel Polemik.

(Beifall bei der FDP)

Herr Pfaffmann, wir hatten schon oft miteinander zu tun gehabt. In vielen Punkten sind wir auch gar nicht so weit auseinander. Das möchte ich hier auch sagen. Es war aber Wahlkampf. Im Wahlkampf vertrete ich das Programm der FDP, und das mache ich auch aus meiner Überzeugung heraus.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Wo ist dann Ihre Glaubwürdigkeit? - Markus Rinderspacher (SPD): Wahlkampf und Realität! - Weitere Zwischenrufe - Glocke des Präsidenten)

Also hören Sie einmal, Herr Rinderspacher. Sie haben eine Wunschliste, und Herr Pfaffmann auch. Sie erzählen immer, was Sie alles wollen. Diese Wunschliste habe ich auch.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wahlkampf und Realität! Das wollen die Leute wissen!)

- In der Realität - -

(Weitere Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

- Mann o Mann, das kann doch gar nicht so schwer sein!

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Moment, Frau Kollegin Will.

Renate Will (FDP): Also jetzt zum Mitschreiben: Das Eine ist - -

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Will, hören Sie bitte einmal zu.

(Zuruf von der SPD: Das kann sie doch gar nicht!)

Nach der Geschäftsordnung sind Zwischenrufe erlaubt, aber nicht, wenn sie die Rede der Kollegin oder des Kollegen dauernd stören. Jetzt haben Sie wieder das Wort, Frau Will. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, sich mit Ihren Zwischenrufen zurückzuhalten.

(Beifall bei der FDP)

Renate Will (FDP): Noch einmal von Anfang an: Jeder kann die Ziele und die Wege aufzeigen. Das machen Sie andauernd. Das ist richtig und gut. Sie haben ein Ziel vor Augen. Das hatte ich auch. Das Ziel bleibt das gleiche. Lediglich die Wege dorthin hängen davon ab, ob ich in der Opposition oder in der Regierung bin. Um diese Ziele zu erreichen, muss ich selbstverständlich sowohl mit dem Koalitionspartner als auch mit den eigenen Kollegen, den Haushaltern, Verhandlungen führen. Was ist realisierbar? Was ist nicht realisierbar? Mit Eintritt in die Koalition gilt das Parteiprogramm nicht mehr. Das sollten Sie wissen. Es gilt der Koalitionsvertrag.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Den müssen Sie verbessern!)

In diesem Koalitionsvertrag ist Gott sei Dank einiges festgeschrieben. Dort steht: Mindestens 1.000 Lehrerstellen pro Jahr. An diese Vereinbarung haben wir uns gehalten.

(Beifall bei der FDP)

Außerdem steht im Koalitionsvertrag, dass die FDP die eigenverantwortliche Schule will. Diese wird in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode eingeführt.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Wo stehen wir im bundesweiten Vergleich?)

Im Koalitionsvertrag ist festgeschrieben, dass wir mit dem Ausbau der Ganztagschulen für alle Schularten beginnen. Damit haben wir begonnen. Ich räume ein, bisher gibt es zu wenige Ganztagschulen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Will, zur Beantwortung hatten sie zwei Minuten Zeit. Diese zwei Minuten sind um. Jetzt gebe ich Herrn Kollegen Klein für eine Zwischenbemerkung das Wort. Bitte bleiben sie noch am Redepult, damit Herr Kollege Klein seine Zwischenbemerkung abgeben kann.

Karsten Klein (FDP): Frau Kollegin Will, vielleicht sollten Sie in diesem Hohen Haus die Frage einbringen, wie viel Prozent des SPD-Wahlprogramms in der letzten Legislaturperiode umgesetzt worden sind.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir regieren nicht!)

Zuhören ist nicht die Stärke von Herrn Pfaffmann, dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion. Das erwartet er nur von Schülern. Das ist nichts Neues. Wie viel Prozent des SPD-Wahlprogramms sind im Vergleich zum FDP-Wahlprogramm umgesetzt worden?

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Wer ist an der Regierung?)

Beim Thema Ganztagschule sind wir einen Schritt weitergekommen. Wir haben das Übertrittsverfahren reformiert. Wir haben Kooperationsschulen eingeführt. Wir schaffen 1.000 Lehrerstellen pro Schuljahr.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Da Sie nicht zuhören, können Sie es auch gar nicht wissen. Die Lügen, die Sie heute verbreitet haben, werden Sie den Bürgerinnen und Bürgern noch jahrelang erzählen. Herr Pfaffmann vollzieht jedes Mal irgendwelche Rechenspielchen. Frau Will, erhellen Sie den Landtag.

(Beifall bei der FDP)

Renate Will (FDP): Ich möchte wiederholen: Trotz des Sparprogramms investieren wir in die Bildung ohne Neuverschuldung. Für mich ist Bildung nicht nur der Einzelplan 05. Ich verbinde Bildung ebenfalls mit Hochschule, Wissenschaft und Forschung.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage, jeder Euro, der in die Bildung fließt, bringt Rendite, von der Banker nur träumen können. Selbstverständlich ist das so. Deshalb muss die Bildung Priorität bei der Konsolidierung des Haushaltes haben. Diese Priorität kommt der Bildung in diesem Doppelhaushalt zu. Das wird auch so bleiben. Dafür werde ich mich einsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Pfaffmann, dass wir nicht alle Wünsche erfüllen können, ist klar. Die Bildung wird jedoch weiter Priorität im Haushalt haben.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Georg Eisenreich das Wort.

Georg Eisenreich (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! So viel Unterhaltung wie vorher kann ich wahrscheinlich nicht bieten. Ich möchte Sie jedoch dazu anregen, wieder zur Sachlichkeit zurückzukehren.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Frau Will war sachlich!)

Im Vorfeld zum heutigen Tage hat es engagierte Diskussionen zu diesem Haushalt gegeben. Obwohl ich die engagierten Diskussionen schätze, werden wir uns weder durch eine Demonstration noch durch eine unseriöse E-Mail-Aktion des BLLV-Präsidenten noch durch Ihr Getöse einen Bildungsabbau unterschieben lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall. Genauso wie der letzte ist auch dieser Haushalt ein Bildungshaushalt. Für die CSU ist die Bildung ein Investitionsschwerpunkt. Die Bildung bleibt auch ein Investitionsschwerpunkt. Daran rütteln wir nicht, und daran lassen wir auch nicht rütteln.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Für die Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben war es unser Ziel, 1.000 zusätzliche Lehrerstellen im Jahr zu schaffen. Das Versprechen werden wir in diesem Doppelhaushalt auch einhalten.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Abzüglich der Gymnasiallehrer!)

Sowohl im Jahr 2011 als auch im Jahr 2012 wird es jeweils 1.000 zusätzliche Lehrer für zusätzliche Aufgaben geben. Wir halten unsere Zusage ein. Sie können formalistisch versuchen, den Wegfall der Stellen aufgrund des letzten G 9-Jahrgangs gegenzurechnen. Das ist nicht seriös, weil im gleichen Umfang ebenfalls Unterricht und Aufgaben wegfallen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das stimmt nicht! Was ist mit den Ganztagschulen und den anderen Aufgaben?)

- Selbstverständlich fallen die Aufgaben weg. Die 1.000 zusätzlichen Lehrer pro Jahr stehen für zusätzliche Aufgaben und für die Verbesserung des Unterrichts zur Verfügung. Dazu kommen 1.320 zusätzliche Stellen für den Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung und noch einmal über 500 Stellen zur Sicherung der gebundenen Ganztagszüge. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann sich sehen lassen. Darauf sind wir zu Recht stolz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Immer wieder wird öffentlichkeitswirksam die Forderung nach einer Bildungsmilliarde erhoben. Das haben wir schon zwei Mal gemacht. Das wiederhole ich gerne in jeder Rede. In den Jahren 2003 bis 2008 gab es eine Steigerung des Kultusetats von 7,6 auf 8,6 Milliarden Euro. Das war die erste zusätzliche Milliarde. In den Jahren 2008 bis 2012 wird es die zweite Milliarde geben. Die Aussage, dass ein Teil davon für die Pensionslasten verwendet werde, ist völlig richtig. Lehrer haben einen Anspruch auf ihre Pension. Selbstverständlich gehören Pensionszahlungen auch dazu.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Keine Verbesserung der Situation!)

Angestellte haben zwar keinen Anspruch auf eine Pension, jedoch auf eine Rente. Auch das gehört zur Finanzierung der Lehrer. Wenn Sie Lehrer ohne Pensionszahlungen einstellen wollen, sollten Sie dies mit den Lehrerverbänden ausmachen. Darauf bin ich sehr gespannt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die zusätzlichen Mittel bewirken einen Zuwachs von Lehrerstellen. Ich möchte die Zahl wiederholen, damit es wirklich jeder mitbekommt. In den Jahren 2007 bis 2012 wird es einen Zuwachs um insgesamt 5.880 Lehrerstellen geben. Das ist ein großer Beitrag für die von uns gewünschten Verbesserungen. Die Lehrer, Eltern und Schüler fordern zu Recht mehr Lehrer. Als Bildungspolitiker unterstütze ich diese Forderung. Es kann nie genug Lehrer geben. Zur Wahrheit gehört auch, dass wir seit Jahren konsequent zusätzliche Lehrerstellen schaffen. Es hat noch nie so viele Lehrer wie heute gegeben, obwohl die Schülerzahlen zurückgehen.

Es wird gesagt, man könne die Schule von heute nicht mit früher vergleichen. Das macht niemand. Ich gebe jedem recht, der sagt, die Aufgaben hätten sich geändert. Die Aufgaben sind auch mehr geworden. Darauf haben wir reagiert. Das möchte ich Ihnen darstellen. Sie haben völlig recht. Eine Klassengröße von 40 Schülern pro Klasse will keiner. Deshalb ist die Betreuungsrelation ein ganz wichtiger Parameter. Die Betreuungsrelation hat sich in den letzten Jahren von 1999/2000 bis jetzt von 18,2 auf 16,8 Schüler pro Vollzeitlehrer verbessert. Das ist für die Förderung in der Schule und in der Klasse gut und wichtig. Wir haben und sind noch dabei, die Klassenstärken zu senken. An den Grund- und Hauptschulen sind wir schon weit gekommen. An den Grundschulen haben wir aktuell eine durchschnittliche Klassenstärke von 21,8 und an den Haupt- und Mittelschulen von 20,2. An den Realschulen und Gymnasien hat sich die Situation leicht verbessert. Ich gebe Ihnen recht, dass wir dort noch einiges tun müssen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Nennen Sie doch die Zahlen!)

Ein großer Schwerpunkt ist der Ausbau der Ganztagsangebote. Hierzu muss ich die Kollegin Will etwas korrigieren. Die Beschlüsse für die Hauptschule stammen aus dem Jahr 2006 und für alle anderen Schularten vom Juni 2008. Die Koalition aus CSU und FDP hat diese Beschlüsse übernommen und kraftvoll vorangetrieben. Bei den gebundenen Ganztagszügen kommen wir gut voran. Die Hauptschulen sind fast abgedeckt. Bei den Grundschulen sind wir dabei, und an den Realschulen und Gymnasien werden wir im Herbst beginnen. Sie sehen, das ist uns ein ganz zentrales Anliegen, und wir setzen hier einen großen Schwerpunkt.

In Bezug auf die Zusagen an die Privatschulen wurde ein großer Schritt gemacht. Die Regelung zum Schulgeldersatz und die Pauschalierung sind nicht nur für uns, sondern auch für die Privatschulen sehr wichtig.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Aber nicht in dieser Form!)

Der Aufwand ist sowohl für die Regierungen als auch für die Privatschulen sehr groß. - Wir haben in den Debatten den Fördersatz pro Schüler von 1.510 Euro auf 1.624 Euro erhöhen können. Wir werden auch für die Inklusion - ein gemeinsames Anliegen des Hohen Hauses, weshalb ein gemeinsamer Gesetzentwurf erarbeitet wurde - in den nächsten beiden Jahren insgesamt 200 zusätzliche Lehrkräfte zur Verfügung stellen. Sie sehen, wir tun etwas. Ein gutes Zitat lautet: Investitionen in Bildung bringen noch immer die besten Zinsen. CSU und FDP wissen das und handeln auch danach.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Anders als die Opposition erkennen viele Lehrkräfte und Eltern in diesem Land unsere Bemühungen an.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) - Weitere Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden in unseren Bemühungen nicht nachlassen, sondern diesen Weg konsequent fortsetzen. Wir haben schon viel gemacht und werden noch weiter viel tun.

Die Debatte zum Einzelplan 05 ist immer auch eine Generalabrechnung mit der Bildungspolitik der Bayerischen Staatsregierung. Ich kann Ihnen versichern, wir nehmen jede Anregung, jeden Vorschlag und auch die Kritik sehr ernst. Uns geht es um eine pragmatische Bildungspolitik und um Verbesserungen. Gegen das ständige Schlechreden werden wir uns aber immer zur Wehr setzen. Es ist zwar schön, wenn die Opposition nicht mehr alles schlecht redet, aber sie haben immer noch zu vieles schlecht geredet. Ich sage mit aller Deutlichkeit: Die Substanz des Bayerischen Schulsystems ist gut. Daran lassen wir nicht rütteln.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss nicht auf alle Studien verweisen, weil Sie die Studien kennen. Das weiß ich aus dem Bildungsausschuss. Sie kennen die Studien gut, versuchen aber im Plenum einen anderen Eindruck zu erwecken.

Die CSU-Fraktion weiß, dass noch Handlungsbedarf besteht. Das Motto unseres Ministers heißt: Qualität und Gerechtigkeit. Niemand in Bayern und niemand in der CSU möchte, dass begabte Arbeiterkinder nicht auf das Gymnasium wechseln können.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FW))

Niemand möchte, dass Kinder mit Migrationshintergrund unter ihren Möglichkeiten bleiben. In Bayern wird jeder gebraucht. Jeder muss entsprechend gefördert werden.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): 8 % Schulabbrecher!)

Gestern hat Ministerpräsident Seehofer den früheren Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein zitiert: Die Bildungspolitik ist die Sozial- und Wirtschaftspolitik des 21. Jahrhunderts. Wir handeln ganz konsequent danach. Wir bauen die Frühförderung aus.

Mit dem Modell "flexible Grundschule" flexibilisieren wir die Eingangsstufe für die Grundschüler.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Zu wenig!)

Wir bauen die Ganztagsangebote ganz massiv aus, weil sie zum einen ein qualitativ hochwertiges pädagogisches Angebot und zum anderen ein großer Beitrag für die Chancengerechtigkeit sind. Mit dem Konzept der Mittelschule haben wir ein zukunftsfähiges und tragfähiges Konzept für die Hauptschule entwickelt. Wir brauchen eine Schulart mit vertiefter Berufsorientierung und Praxisbezug, und wir brauchen die Schüler, die die Kompetenzen in dieser Schule erworben haben. Mit der Schaffung der Verbünde wollen wir so viele Standorte wie möglich erhalten. Im Herbst werden wahrscheinlich 95 % der Hauptschulen bereits Mittelschulen sein. Das ist ein großartiger Erfolg für uns und für dieses Konzept.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Realschule ist beliebt und hat mit dem Profil 21 ein gutes Konzept für die Zukunft. Beim Gymnasium gibt es jetzt den doppelten Abiturjahrgang, den wir mit Begleitung gut ins Ziel bringen wollen. Wir werden danach Bilanz zum G 8 ziehen und uns überlegen, wie wir das Gymnasium weiterentwickeln können. Wir wollen aber die Weiterentwicklung des Gymnasiums und keine Verstümmelung des Gymnasiums. Wir wollen die Realschule nicht abschaffen. Deswegen werden wir und wahrscheinlich auch viele Bürgerinnen und Bürger beobachten, wie sich in Baden-Württemberg die Bildungspolitik von Grün-Rot in der Realität auswirken wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): Verbessern!)

In Bayern wird es mit uns keinen Anschlag auf das Gymnasium und die Realschule geben. Die berufliche Bildung leistet einen großen Beitrag zur Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit. Man kann die Zahl gar nicht oft genug wiederholen: 40 % der Hochschulzugangsberechtigungen werden über die berufliche Bildung erworben. Inso-

fern leistet die berufliche Bildung einen riesigen Anteil zur Chancengerechtigkeit und Durchlässigkeit. Wir werden uns dem Thema "Kooperationen an den Übergängen" widmen. Die individuelle Förderung ist dem Minister ein großes Anliegen. Wir werden Sie weiter verbessern. Wir werden uns um die Inklusion kümmern, um noch mehr Kinder mit Behinderung in das Regelschulsystem aufnehmen zu können.

Sie sehen, wir haben Konzepte und Ziele. Mit diesem Haushalt stellen wir Geld zur Verfügung.

Lassen Sie mich am Schluss noch auf zwei Punkte eingehen. Bildung ist nicht nur die Aufgabe des Staates, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ich mache mir vor allem um die Familien Sorgen, in denen der Stellenwert der Bildung nicht hoch ist oder in denen der Stellenwert der Bildung möglicherweise gar nicht vorhanden ist. Der Staat muss Chancen bieten. Das ist unsere Aufgabe. Die Chancen muss aber jeder Einzelne selbst nutzen. Ich bin viel in Schulen unterwegs. Unter den besten Schülern einer Schule sind immer auch Kinder mit Migrationshintergrund. Das sind Familien, die in das Land gekommen sind, die die Chancen sehen und gewillt sind, diese Chancen zu nutzen. Andererseits gibt es Eltern, die sich nicht für die Kinder und ihre Bildung interessieren, bei denen das Fernsehgerät den Platz der Eltern eingenommen hat, egal, ob dann die Schüler stundenlang auf Deutsch, Englisch oder Türkisch fernsehen. Nach fünf Stunden ist alles weg, was die Schüler am Vormittag gelernt haben.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Was tun Sie dagegen?)

Deswegen müssen wir mit Blick auf den Bildungshunger in weiten Teilen dieser Welt in unserem Land darauf dringen, dass die Einstellung zur Bildung besser wird. Sonst werden wir überholt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wie machen Sie das?)

Dies kann der Staat nur zum Teil leisten. Einen Beitrag müssen auch die Familien, Eltern und Schüler selbst leisten.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das ist eine Armutserklärung! - Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Uns ist es wichtig, pragmatische Bildungspolitik zu machen. Deswegen ist uns der Dialog mit allen Beteiligten sehr wichtig.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das ist ein bildungspolitischer Offenbarungseid!)

Dazu gibt es gute Beispiele. Eines davon ist das Dialogforum bei der Einführung der Mittelschulen oder die Begleitung des jetzigen doppelten Abiturjahrgangs.

(Christa Naaß (SPD): Das ist lachhaft!)

Wir werden die Schülerinnen und Schüler begleiten, bis der letzte Schüler, die letzte Schülerin Abitur geschrieben hat. Uns ist enorm wichtig, dass diese beiden Jahrgänge die gleichen Chancen haben wie die früheren Jahrgänge.

Ein gutes Beispiel ist auch die interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Sie bedeutete für alle Beteiligten intensive Arbeit mit einem sehr guten Ergebnis. Ich kann Ihnen zusichern: Wenn die Opposition auf Ideologie und realitätsferne Forderungen verzichtet - wie in dieser Arbeitsgruppe - und wenn stattdessen pragmatisch und lösungsorientiert gearbeitet wird - wie in dieser Arbeitsgruppe -, dann sind wir gern bereit, gemeinsam mit Ihnen weitere Themen anzugehen und zu bearbeiten.

Ich danke den Lehrern, den Eltern und den Schülern. Sie können sich darauf verlassen: Wir tun unser Bestes, um die Rahmenbedingungen an unseren Schulen zu verbessern. Dieser Haushalt ist der beste Beleg dafür.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Eisenreich, bleiben Sie bitte noch am Redepult. Kollege Gehring hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Eisenreich, ich mag es nicht, wenn man mich der Ideologie bezichtigt, aber selbst jeden Ideologieverdacht von sich weist. Wir sollten uns auf ein Level einigen: Entweder sind wir beide Ideologen oder keiner, je nachdem.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Niemandem ist damit gedient, wenn die Regierungsparteien die Probleme, die im Land durchaus bestehen, durch Schönfärberei kaschieren wollen. Wir dürfen nicht so tun, als ob in Bayern alles super laufe, obwohl wir vor Ort die Probleme sehen.

Dass Probleme bestehen, konnten wir heute Morgen wieder erleben. Wir haben eine Petition entgegengenommen, die von dreieinhalbtausend Eltern von Schülerinnen und Schülern an Gymnasien unterzeichnet worden ist. Die Initiative entstand innerhalb kürzester Zeit und ohne Verbände. Daran sieht man: Vor gibt es Probleme, vor Ort ist Druck da. Den Eltern brennen die Probleme an den Schulen ihrer Kinder auf den Nägeln. Darauf müssen wir reagieren.

Georg Eisenreich (CSU): Das widerspricht aber nicht dem, was ich gesagt habe.

Thomas Gehring (GRÜNE): Ich glaube, ich habe zwei Minuten Redezeit.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Eine Minute haben Sie noch.

Thomas Gehring (GRÜNE): Ich komme zum Thema Lehrerstellen: Der Minister hat uns eine Mathematik-Intensivierungsstunde angeboten. Die nehme ich gern in Anspruch; denn ich bin auf seine Erklärung gespannt. Aber ich denke, hier geht es nicht um Mathematik, sondern um Sprache. Vielleicht brauchen wir eine Deutsch-Intensivierungsstunde.

Worin liegt das Problem? Sie reden von zusätzlichen Stellen, erwähnen aber nie die wegfallenden Stellen. Das muss man jedoch zusammen sehen. Wenn Sie einen Raum verlassen und ich hineingehe, dann bin ich, Thomas Gehring, zwar zum ersten Mal in diesem Raum, aber es sind insgesamt nicht zusätzliche Personen in diesem Raum. Genauso verhält es sich mit den Stellen, die laut Haushalt vorgesehen sind. Sie haben einfach Stellen umgeschichtet. Sagen Sie das doch so; damit wäre allen besser gedient.

Ich möchte etwas zum Thema Ganztagschule sagen. Auch Sie kennen die Probleme; wir müssen die Qualität verbessern. Kennen Sie die Stellungnahme des Bayerischen Städtetages, in der auf die bei der gebundenen Ganztagsgrundschule bestehenden Probleme hingewiesen wird? Wissen Sie, dass die Stellen nicht ausreichen, um diese Schulen überhaupt auszustatten? Darauf müssten Sie reagieren. In Ihrem Haushalt reagieren Sie darauf nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letztes Wort - -

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Gehring, danke schön. Sie haben die Redezeit bereits überschritten. - Herr Eisenreich, Sie haben das Wort zur Beantwortung.

Georg Eisenreich (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Gehring, Sie wissen - bei aller Diskussion zwischen uns -, dass ich Sie sehr schätze. Insofern weiß ich auch, dass wir auf sachlicher Grundlage gute Diskussionen im Interesse einer guten Politik führen können.

Zu den Stellen: Selbstverständlich gibt es hier wie in jedem Haushalt Umschichtungen; denn die Situation im Schulbereich ändert sich ständig. Das betrifft zum Beispiel die Schülerzahlen und die Pensionierungen. Deswegen wird es auch immer Änderungen geben.

Uns ist es wichtig, dass wir für die Erfüllung zusätzlicher Aufgaben und für die Verbesserung der Rahmenbedingungen zusätzliche Lehrer haben, und die haben wir.

Man kann formalistisch argumentieren wie Sie. Es ist jedoch nicht redlich, wenn Sie Folgendes nicht erwähnen: Wenn ein kompletter Jahrgang am Gymnasium wegfällt - das ist ein Sonderereignis -, entfällt damit auch die entsprechende Unterrichtspflichtzeit. Der Wegfall dieser Stellen ist also neutral. Darauf weisen wir ausdrücklich hin. Das berücksichtigend sehen wir für zusätzliche Aufgaben und zusätzliche Verbesserungen 1.000 zusätzliche Stellen vor. Daran ändern die Rechenbeispiele von Ihnen und anderen Kollegen nichts.

Die Stellungnahme zum Thema Ganztagschule kenne ich. Dazu gibt es Gespräche zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der Bayerischen Staatsregierung. Das nächste Gespräch findet nächste Woche statt. Insofern sind wir ständig im Dialog. Es freut mich, dass den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden das Thema Ganztagschule besonders wichtig ist; uns ist es auch wichtig. Deswegen haben wir einen entsprechenden Schwerpunkt im Haushalt gesetzt.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Eisenreich. - Damit ist die Aussprache beendet. Jetzt hat noch Herr Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen über eines der zentralen Gebiete der Landespolitik: die Zukunft unserer jungen Menschen, die uns zu treuen Händen anvertraut ist. Das ist der Auftrag, den wir wahrnehmen und verantworten. Wir wollen die Zukunft unserer jungen Menschen, die Entwicklung ihrer Talente und Fähigkeiten unter Berücksichtigung der Fördernotwendigkeiten nach bestem Wissen und Gewissen politisch gestalten. Darum ringen alle Fraktionen in diesem Haus. Ich bin deshalb auch für die Intensität der Debatte dankbar.

Wir haben unterschiedliche Grundauffassungen. Lassen Sie mich diese an einigen Beispielen verdeutlichen.

Für die Koalitionsfraktionen ist Grundprinzip, dass das einzelne Kind in seiner Unverwechselbarkeit im Mittelpunkt unseres bildungspolitischen Arbeitens und Planens steht. Deshalb gehen wir davon aus, dass wir mit der Förderung des einzelnen Kindes in einem differenzierten Bildungswesen die richtigen Grundantworten geben. Warum? Wir glauben, dass mit unterschiedlichen Angeboten in einem differenzierten Bildungswesen, dessen Qualität bei gleichzeitiger Beachtung des Themas Teilhabegerechtigkeit stets fortentwickelt wird, die Bildungschancen der jungen Menschen besser entwickelbar sind als in dem Grundentwurf, der auf eine einheitliche Schulform setzt.

Die Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen benennen zu Recht die Punkte, die zeigen, dass die Entwicklung in unserem Bildungswesen in die richtige Richtung geht. Wir sind in den vergangenen Jahren auf diesen Themenfeldern entscheidende Schritte vorangekommen. Ich verweise auf einen Vergleich der Leistungsfähigkeit junger Menschen in diesem Land, der die 9. Klassen aller Schularten - Hauptschulen, Wirtschaftsschulen, Realschulen, Gymnasien - umfasste. Es hat sich gezeigt, dass wir in Bayern, was die abgefragten Bereiche angeht, unter allen 16 Ländern nicht ganz hinten liegen.

Auf der anderen Seite - das nehme ich auch für mich persönlich in Anspruch - habe ich von Anfang an, seit Übertragung der Verantwortung für die Bildungspolitik in Bayern auf mich, die Problemstellen benannt, also von den Eltern benannte Schwachstellen und Bereiche, in denen wir besser werden müssen. Ich habe auch darauf hingewirkt, dass wir an der Lösung dieser Probleme - denn wo Licht ist, ist auch Schatten - gemeinsam weiterarbeiten.

Die Gesamtstrategie der Bildungspolitik des Freistaates Bayern - ein wichtiges Politikfeld! - schlägt sich in einem Doppelhaushalt natürlich nieder. Wir nehmen genauso für uns in Anspruch, dass wir dem Prinzip "Klarheit und Wahrheit" folgen. Bereits im Koa-

litionsvertrag haben wir Festlegungen zur Bildungspolitik getroffen; Frau Kollegin Will hat dazu ausgeführt. Beide Parteien verfügen über profilierte Vorstellungen und programmatische Gedankengebäude zur Fortentwicklung der Bildungspolitik, die wir in einem sehr guten Koalitionsvertrag zusammengeführt haben. Dazu zählt unter anderem, dass wir in Bildung massiv investieren. Wenn die Zahlen, die Sie heute beschließen werden, schlicht und einfach zur Kenntnis genommen werden, stellt man fest, dass der Bildungshaushalt seit Beginn dieser Legislatur um etwa 1 Milliarde Euro gewachsen ist. Dass darin auch die Aufwendungen für Pensionslasten und Ähnliches geführt werden, ist Allgemeinut und nachvollziehbar.

Die weiteren Festlegungen des Koalitionsvertrages, zum Beispiel 1.000 Planstellen für die Erfüllung zusätzlicher Aufgaben, werden in diesem Doppelhaushalt umgesetzt.

Genauso deutlich ist - das haben wir zu jedem Zeitpunkt öffentlich dargelegt -, dass wir im Zusammenhang mit dem Wegfall des neunten Gymnasialjahres - eine bildungsgeschichtlich einmalige Situation; 1953 war das neunte Gymnasialjahr wieder eingeführt worden - einen Wegfall von Unterrichtsverpflichtungen im Umfang von 1.819 Planstellen zu vollziehen haben. Dass der Kultusminister und Bildungspolitiker an dieser Stelle natürlich weiterhin entsprechende Akzente setzen möchte, ist doch nachvollziehbar.

Die Frage der Planstelleneinzüge haben wir genauso präzise deutlich gemacht. Wir haben eine auf die Schularten heruntergebrochene Darstellung der Entwicklung der Vollzeitlehreereinheiten seit 2008 mit entsprechenden konkreten und präzisen Fundstellen in einem komplexen Haushaltswerk auf den Tisch gelegt. Wenn man die Bilanzsumme von 9,8 Milliarden Euro eines Unternehmens mit etwa 110.000 Beschäftigten darstellt, dann ist das nicht auf einer A4-Seite möglich. Deshalb haben wir die Zahlen ganz präzise öffentlich vorgestellt.

Man kann zu Recht darum ringen, inwieweit das alles ausreicht. Herr Kollege Eisenreich hat gesagt: Natürlich sind Bildungspolitiker von Amts wegen dazu verpflichtet, beim Einsatz von Planstellen und Haushaltsmitteln auf mehr angelegt zu sein.

Trotzdem kann in diesem Haushalt die Dualität der Ziele erreicht werden. Das eine Ziel ist die Generationengerechtigkeit mit einer entsprechend nachhaltigen Haushaltspolitik, die ohne Nettoneuverschuldung auskommt. Das andere Ziel ist das kraftvolle Investieren in Bildung.

Wir stellen das einzelne Kind in den Mittelpunkt. Wir müssen mit unterschiedlichen sozialen Startbedingungen umgehen. Auch das gehört zur Beschreibung der Bildungswirklichkeit in diesem Land, die von mir selbst und von den Kolleginnen und Kollegen der Koalition immer deutlich unterstrichen wird.

Wenn uns die empirische Bildungsforschung darlegt, dass die soziale Herkunft eines Kindes nach wie vor einen zu starken Einfluss auf seinen persönlichen, individuellen Bildungserfolg ausübt - das gilt für Bayern wie für die Bundesrepublik Deutschland -, dann ist diese Schere auszugleichen. Das heißt: Der Staat hat in der Bildungspolitik darauf hinzuwirken, dass soziale Startnachteile in dem familiären sozialen Hintergrund in ihrer Wirkung auf den Bildungserfolg zurückgedrängt werden. Wir benennen beides ganz deutlich.

Den Hinweis, dass ein Arbeiterkind 6,5-mal weniger häufig den Weg zum Abitur findet als ein Akademikerkind, kann ich nur unterstreichen und wiederholen. Der zweite Teil der Wahrheit ist aber - er ist in den Erhebungen nicht eingerechnet -, dass, wie es Kollege Eisenreich angesprochen hat, etwa 42 % der jungen Menschen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben, diesen Faktor deutlich absenken.

Ich nenne Ihnen Zahlen. Im vergangenen Jahr haben 35.000 junge Menschen das Abitur an einem bayerischen Gymnasium gemacht. 26.000 junge Menschen haben ihren Bildungsweg über den Weg der beruflichen Oberschule oder über einen der anderen 14 Zugänge zur Hochschule abgeschlossen. In diesem Bereich stecken die Dy-

namik und die soziale Teilhabegerechtigkeit im bayerischen Bildungswesen. Zum Beispiel bildet sich im Bereich der beruflichen Oberschulen genau der prozentuale Anteil ab, den die Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung bereits ausmacht. Aber deswegen verweisen wir genauso darauf - daran müssen wir weiter arbeiten -, dass die jungen Menschen mit Migrationshintergrund natürlich einen ihrem Bevölkerungsanteil entsprechenden oder eventuell mit einem höheren Anteil Zugang zur Realschule oder zum Gymnasium finden.

Wir benennen die Fakten, wo sie verbesserungswürdig oder die Probleme zu lösen sind. Wir benennen aber auch die Fakten, wo das Bildungswesen in Bayern den jungen Menschen gute oder sehr gute oder bundesweit sogar herausragende Chancen bietet. Wir wollen den Weg der individuellen Förderung konsequent weitergehen.

Uns geht es darum, dem Einzelnen einen persönlich auf seine Entwicklung zugeschnittenen Bildungsweg zu eröffnen, ein Stück weit auch abgekoppelt von der pädagogischen Konzeption einer Schule. Das ist ein zentrales Anliegen. Darin unterscheiden wir uns fundamental von den Kolleginnen und Kollegen der Opposition, die mit dem Konzept "für alle dasselbe" unterwegs sein möchten. Die Kollegen nennen das "Gemeinschaftsschule". Wir erlauben uns, dieses Projekt "Einheitsschule" zu nennen.

Ich mache Ihnen das deutlich. Mit dem Projekt der flexiblen Grundschule werden wir in der Lage sein, die Grundschulverweildauer eines Kindes seiner Entwicklung mit dem reformpädagogischen Instrument der jahrgangskombinierten Klasse anzupassen. Wie Sie wissen, kann die Grundschule in der Regel in vier, aber auch in fünf Jahren durchlaufen werden.

Wir haben unter erheblichem Planstelleneinsatz die individuelle Förderung an der Stelle ermöglicht, wo der erste Übergang in einem differenzierten Bildungswesen stattfindet. Kein Ergebnis der empirischen Bildungsforschung, das ernst zu nehmen ist, kann die Berechtigung, eine entsprechende Schullaufbahn am Ende der vierten Klas-

se einzuleiten, infrage stellen. Man kann zwar andere Wege gehen, aber sie sind aufgrund der empirischen Bildungsforschung nicht abstützbar.

Wir gehen unseren Weg. Wir haben das Instrument, das am Gymnasium im Rahmen des achtjährigen Zuges neu ist, neu eingeführt.

Dann gibt es die doppelt besetzte Förderstunde unter dem Begriff "Intensivierungsstunde". Dieses Instrument haben wir an allen bayerischen Hauptschulen und Mittelschulen eingeführt. Wir werden in der Lage sein, das Instrument der doppelt besetzten Förderstunde in der sechsten Klasse der bayerischen Mittelschule fortzuführen.

Eine Förderstunde mit normaler Lehrerbesetzung haben wir in der fünften Jahrgangsstufe der Realschule in Bayern flächendeckend eingeführt. Wir teilen die Förderstunde in der vierten Klasse jeder Grundschule in Bayern ab dem 25. Schüler.

Es gibt keine Klasse mehr mit über 25 Schülern an einer bayerischen Volksschule, die einen höheren Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund von 50 % und mehr hat. Dies hat allein für die Landeshauptstadt München eine zusätzliche Zahl von über 100 Klassen im vergangenen Schuljahr bedeutet. Diesen Weg der individuellen Förderung und der Investitionen in diese Förderung gehen wir konsequent weiter. Wir wissen um die Beschränktheit der Ressource. Wir können zusätzliche Lehrerplanstellen, nämlich diese 1000 Stellen pro Jahr für zusätzliche Aufgaben, auf den Weg bringen. Ich bin dem Kollegen Fahrenschon und den Haushaltspolitikern der Koalition sehr dankbar, dass dies im Umfeld einer sehr schwierigen Haushaltsaufstellung möglich ist und möglich war.

Wir widmen uns nicht nur den zwei neuen Herausforderungen. Es handelt sich einmal um den Ausbau des flächendeckenden und bedarfsgerechten Ganztagsangebots. Antragsberechtigt für die entsprechende Ausbringung von Ganztagsangeboten sind, wie Sie wissen, die Kommunen. Wir gehen - Kollege Eisenreich hat es beschrieben - mit dem Instrument der offenen Ganztagsangebote weiter in die Fläche. Wir gehen Schritt für Schritt weiter in den Bereich der Volks- und Förderschulen. Wir beginnen die politi-

sche Zusage im Herbst mit gebundenen Ganztagsangeboten an Realschulen und Gymnasien.

Wir gehen den Weg, die Bildung bei den Menschen zu lassen. Wir gehen mit dem Konzept der bayerischen Mittelschule den Weg, die Bildung bei den Menschen zu lassen und die weiterführende Bildung zu den Menschen zu bringen. Das selbstverantwortliche Instrument der Schulverbünde weist hier den Weg.

Kommunen, Schulfamilien, die Schulen selbst entscheiden über ihren Bildungsweg, suchen in der interkommunalen Zusammenarbeit Partner, mit denen sie ein wohnortnahes weiterführendes Schulangebot in der Fläche organisieren.

Wir haben eine Mittelschulklasse mit einer Klassenstärke von sage und schreibe neun Schülern. Das ist die Mittelschulklasse mit der geringsten Klassenstärke, die es in Bayern gibt. Wir haben über hundert Mittelschulstandorte, an denen die Jahrgangsfolge fünf, sechs, sieben, acht, neun nicht mehr gehalten werden kann. Wir haben Hunderte von Klassen, die die bisherige Klassenmindeststärke von 15 Schülern unterschreiten, weil sich die Schulverbünde im Rahmen ihrer neuen Budgetkompetenz dazu entschlossen haben.

Diese zwei Faktoren, nämlich die Unterschreitung der Mindestklassenstärke und das Ausfallen der Jahrgangsfolge, wären bis zu diesem Schuljahr zwingende Gründe gewesen, einen Schulstandort zu schließen. Wir haben das Hauptschulsterben in Bayern fast zum Stehen gebracht.

(Unruhe bei den Oppositionsfraktionen)

- Die Zahlen sind für Sie abrufbar und einsehbar. Sie mögen Ihnen in politischer Sicht nicht zusagen. Aber es ist so, dass wir das Schließen von Hauptschulstandorten nahezu zum Stehen gebracht haben.

Unsere Aussage ist wie immer politisch verantwortbar und realistisch. Wir sagen: Wir wollen in diesem Land so viele Standorte wie möglich und so lange wie möglich erhalten.

Wir wollen mit der bayerischen Mittelschule und ihrem Alleinstellungsmerkmal - das ist das Kernstück der Überlegungen zum differenzierten Bildungswesen - im allgemeinbildenden Bereich den jungen Menschen und den jungen Familien Bildungsangebote unterbreiten, die mit besonderen Profilen und besonderen Antworten und ihren pädagogischen Alleinstellungsmerkmalen einen Weg anbieten, der für die jeweilige Bildungslaufbahn die richtige Antwort ist.

Wir wollen das Alleinstellungsmerkmal der bayerischen Hauptschule, nämlich die intensive Berufsorientierung durch die symbiotische Zusammenarbeit zwischen den Ausbildungsbetrieben der örtlichen Wirtschaft und den beruflichen Schulen, intensiv fortentwickeln. Wir wollen den Weg der jungen Menschen, wohnortnah zu einem vergleichbaren mittleren Abschluss zu kommen, genauso intensiv ausbauen. Deshalb werden wir in Zukunft in der 7., 8. und 9. Klasse der Mittelschulen eine zusätzliche Stunde Englischunterricht anbieten. Wir werden den mittleren Abschluss auf die entsprechenden Standards der Kultusministerkonferenz für die mittleren Abschlüsse hin entwickeln, was insbesondere im Fach Englisch eben ein Mehr bedeutet. Das heißt, die inhaltlich vergleichbaren Anforderungen der mittleren Reife der Realschule, des mittleren Abschlusses der Wirtschaftsschule und des mittleren Abschlusses der bayerischen Mittelschule werden ein Stück Bildungsgerechtigkeit mit wohnortnaher Versorgung schaffen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir entwickeln die bayerische Realschule, die erfreulicherweise stark nachgefragt wird, weiter im Rahmen der strategischen Profilbildung Realschule 21.

Wir haben eine MINT-Initiative mit Unterstützung der bayerischen Wirtschaft auf den Weg gebracht. Wir werden das Instrument der Begabten- und Hochbegabtenförde-

rung von den Gymnasien auf die Realschulen ausdehnen. Wir haben insbesondere mit dem verbreiterten Zugang zur Fachoberschule einen Weg geschaffen, der dazu führt, dass wir inzwischen 40 % der jungen Menschen mit einer Hochschulzugangsbe-
rechtigung über diesen Weg begrüßen können. Das habe ich bereits dargelegt.

Wir haben die große Aufgabe, die beiden Abiturjahrgänge des letzten neunjährigen und des ersten achtjährigen Zuges in diesen Tagen mit Erfolg zum Abschluss zu füh-
ren. Das schriftliche Abitur des neunjährigen Zuges ist vergangenen Freitag zu Ende
gegangen.

Wir haben diesen Prozess mit aller Intensität begleitet. Auch hier gilt: Wir haben
Schwächen, Systemfehler und Probleme, die sich in der Umsetzung der gymnasialen
Oberstufe im achtjährigen Zug gezeigt haben, mit der Monitoring-Strategie ganz be-
wusst aufgegriffen. Wir haben sie bewertet und haben an Dutzenden von Einzelpunk-
ten nachgesteuert und systemische Veränderungen vorgenommen, um den jungen
Menschen des ersten achtjährigen Zuges eine vergleichbare Chance zu eröffnen, das
Abitur zu erwerben.

Diese Dinge sind Ihnen bekannt. Es gibt dazu Maßnahmenkataloge erheblichen Um-
fangs. Wir haben nicht nur für das achtjährige Gymnasium eine solche Strategie des
steten Begleitens und Veränderns wo notwendig entwickelt, sondern auch den Schü-
lerinnen und Schülern des neunjährigen Zuges mit der sogenannten Günstigkeitsklausel der besonderen Situation des letzten G-9-Jahres Rechnung getragen. Sie wissen:
Die Schüler können je nachdem, wie es für sie günstiger ist, wählen, ob sie die Beno-
tung schriftlich/mündlich in der Gewichtung 2 : 1 wie bisher in der Kollegstufe einbrin-
gen wollen oder mit der Gewichtung 1 : 1.

Wir werden diesen Weg des intensiven Begleitens auch für den achtjährigen Zug bis
zur Aushändigung des Abiturzeugnisses gehen. Wir werden Hinweise aufgreifen, ent-
sprechend notwendige Bewertungen vornehmen und gegebenenfalls entsprechende

Nachsteuerungen bis zum letzten Tag, so es erforderlich sein sollte, angehen, um diesem Anspruch gerecht zu werden.

Wir wissen, dass das achtjährige Gymnasium in seiner Gänze einer kritischen Würdigung bedarf. Deshalb habe ich veranlasst, dass die Monitoring-Strategie für die beiden Jahrgänge neun und zehn im Herbst des kommenden Schuljahres aufgenommen wird. Das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung München - ISB - ist bereits beauftragt, entsprechende Vorbereitungen zu treffen, um eine wissenschaftlich abgestützte Abfrage vornehmen zu können. Wir werden auch die gymnasiale Unterstufe einer solchen Revision, einem solchen kritischen Blick noch einmal unterziehen und da, wo notwendig, auch Konsequenzen ziehen.

Der Weg der jungen Menschen in die berufliche Bildung in Bayern ist sehr breit. Eine knappe halbe Million junger Menschen besucht in Bayern insgesamt die beruflichen Schulen. Hier werden qualitativ hochwertige Abschlüsse erzielt, die den jungen Menschen einen sicheren Weg in ihre berufliche Zukunft eröffnen und auch den Weg von einem regulären Erstausbildungsgang mit einem Berufsabschluss über weitere Abschlüsse bis hin zur allgemeinen Hochschulreife ermöglichen.

Wir werden auch den konsequenten Ausbau der beruflichen Schulen vorantreiben. Hier haben wir ähnliche Probleme zu bewältigen wie bei der Frage einer wohnortnahen Versorgung mit allgemeinbildenden Angeboten im Bereich der Mittelschule. Wir müssen nämlich das Thema Demografie und Verbleib beruflicher Bildungsangebote in den ländlichen Räumen in besonderer Weise in den Focus nehmen.

Die Bayerische Staatsregierung und die sie tragende Koalition verstehen sich als Schulbaumeister.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der CSU: Bravo! - Lachen und Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir bringen die Schule zu den Menschen. Wir haben seit 2008 über zehn neue Realschulen genehmigt bzw. sie befinden sich im Bau. Seit 2008 haben wir zehn neue Gymnasien genehmigt bzw. sie befinden sich im Bau.

(Alexander König (CSU): Wo gibt es das sonst in Deutschland? - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir haben mit dem neuen Instrument des Kooperationsmodells zwischen Mittelschule und Realschule ein Realschulangebot an Standorten insbesondere in ländlichen Räumen ins Werk setzen können, wo es bisher nicht möglich war.

Wir haben mit einem neuen Kooperationsmodell versucht, ein Modell zwischen Mittelschule und Wirtschaftsschule zu erproben, das die erfolgreichste Schulart im beruflichen Bildungswesen, nämlich die Wirtschaftsschule, noch ein Stück näher an die allgemeinbildende Schule heranführen wird.

Wir konnten im Bereich der beruflichen Schulen, insbesondere der Fachoberschulen und der Berufsoberschulstandorte, zusätzliche Standorte in zweistelliger Zahl aufbringen oder bestehende Standorte ausbauen. Dies alles sind Anstrengungen um das zentrale Thema: Wie können wir der Zukunft unserer jungen Menschen mit einem adäquaten, einen die Zukunft eröffnenden Bildungsangebot gerecht werden? Wir wissen um die besonderen Anforderungen etwa bei der Entwicklung der Klassenstärken oder im Bereich des Unterrichtsausfalls. Dies sind Themen, die die Menschen in diesem Land bewegen und umtreiben.

Selbstverständlich nehmen wir auch öffentliche Äußerungen zu diesen Themen sehr ernst. Wir können deshalb darauf verweisen, dass wir in Übereinstimmung mit dem Obersten Rechnungshof die Methode zur Erhebung des Unterrichtsausfalls vor einem Jahr erweitert haben. Wir legen nicht nur die bisher üblichen, auf einem Landtagsbeschluss fußenden stichpunktartigen Erhebungen vor, die sehr differenziert ausweisen, warum Unterricht ausfällt, sondern wir sind auch zum ersten Mal dabei, im laufenden

Schuljahr für alle Schularten den Verlauf des Schuljahres und den entsprechenden Unterrichtsausfall in Gänze abzubilden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir können die Ergebnisse des ersten Halbjahres, die jetzt ausgewertet sind, inzwischen vorlegen. Diese weisen Gott sei Dank aus, dass sich der Unterrichtsausfall im Wesentlichen bei den Prozenten bewegt, die wir auch bei den Stichproben bisher feststellen konnten. Mit den Anstrengungen, die die Koalition in diesem Doppelhaushalt unternimmt, mit dem Ausbringen zusätzlicher Lehrerplanstellen und dem entsprechenden Einsatz der demografischen Rendite für die entsprechenden Schülerströme und die neu einzuschreibenden Kinder, um die Klassenbildung abzustützen, haben wir die Möglichkeit, dem Unterrichtsausfall mit den herkömmlichen Instrumenten zu begegnen. Dass wir uns diesen Problemen stellen, wird von niemandem verheimlicht oder kleingeredet. Ich selbst habe die Erweiterung der Erhebungsstrategie für den Unterrichtsausfall deutlich öffentlich gemacht und habe dafür ein besonderes Lob des Obersten Rechnungshofes erhalten, der festgestellt hat, dass das Kultusministerium selbst im Umgang mit diesem sehr, sehr wichtigen Thema des Unterrichtsausfalls auf neue validere Erhebungsmethoden zugeht.

Damit möchte ich die Grundaufstellung unserer Bildungspolitik deutlich machen. Wir nehmen die Realität an den Schulen mit all ihren Problemen, die dort festzumachen sind, mehr als ernst. Ich habe zu Beginn meiner Arbeit im Kultusministerium zum Beispiel das Problem der Unterrichtsversorgung an den Förderschulen in unserem Lande, das leider, was die Lehrerversorgung angeht, die schlechteste in der Bundesrepublik Deutschland ist, öffentlich genannt

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und habe dies erst in der vergangenen Woche im Zusammenhang mit dem Einbringen des gemeinsamen, parteiübergreifenden Gesetzentwurfs zur Weiterentwicklung des Themas Inklusion erneut getan.

Wir nehmen die Problembeschreibungen mehr als ernst. Wir stellen uns diesen Fragen und engagieren uns mit den entsprechenden massiven Investitionen in die Bildung auch bei diesen Fragestellungen. Von Schönfärberei der Situation an den Schulen in Bayern kann keinerlei Rede sein.

Zur Wahrheit gehört aber auch - ich möchte es abschließend noch einmal sagen -, dass das, was das differenzierte Bildungswesen den jungen Menschen in Bayern als Zukunftschancen eröffnet, erhärtet durch die Ergebnisse von zehn Jahren empirischer Bildungsforschung, mit das Beste ist, was das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland den jungen Menschen anzubieten vermag.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich sage es noch einmal: Dies geschieht bei gleichzeitiger Benennung der Probleme, der Schwierigkeiten und der Dinge, die wir verbessern müssen, als Auftrag einer ganzheitlich verstandenen Bildungspolitik.

Ich gehöre diesem Hohen Hause mittlerweile 16 ½ Jahre an. In der vergangenen Woche konnten wir eine besondere Stunde erleben: Alle fünf Fraktionen haben sich in einem sehr sensiblen Politikfeld, dem Thema, wie wir mit der Bildungszukunft der jungen Menschen mit Förderbedarf umgehen, gemeinsam gestellt. Sie wollen parteiübergreifend Lösungen entwickeln, die einen wichtigen Anfang markieren. Mit dem Schulprofil Inklusion gibt es etwas Neues, das wir im Bereich der allgemeinbildenden Schule und, so gewünscht, auch im Bereich der beruflichen Schulen anbieten können, um der gleichberechtigten Teilhabe an Bildung von jungen Menschen mit Förderbedarf zukunftsweisend gerecht zu werden. Ich sage bewusst: Dies ist ein Anfang. Auch die zweimal einhundert Planstellen, die in diesem Doppelhaushalt zur Verfügung gestellt werden können, um das Thema der Fortentwicklung der Lehrerversorgung in diesem Bereich zu unterstreichen, haben die Kollegen mit einem gemeinsamen Beschluss festgelegt. Dem werden wir natürlich folgen.

Diese neue Sichtweise wird auch die Bildungslandschaft in Bayern verändern, wenn dann nämlich Kinder mit Förderbedarf in der Mitte unserer Schullandschaft unterwegs sind.

Gleichzeitig freut es mich sehr, dass die erfolgreiche Arbeit der Förderschulen und sonderpädagogischen Förderzentren als Ort von Schulen, aber auch als Kompetenzzentrum weitergeführt werden kann.

Ich freue mich sehr, dass wir mit diesem Doppelhaushalt, so das Hohe Haus zustimmt, der zentralen Aufgabe unserer Gesellschaft, die Bildungschancen der jungen Menschen in unserem Land mit aller Nüchternheit, mit offenem Blick für Schwächen und Fehler, mit klarem Blick für Chancen und Möglichkeiten weiterzuentwickeln, ein Stück weit gerecht werden können. Ich bin stets zum Dialog mit allen Vertretern hier in diesem Hohen Hause bereit, im Sinne der jungen Menschen und Familien in unserem Land.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister Dr. Späenle. Damit ist die Aussprache zum Einzelplan 05 abgeschlossen.

Bevor ich in die Abstimmung eintrete, möchte ich Folgendes mitteilen: Wir führen jetzt alle Abstimmungen zum Einzelplan 05 durch. Anschließend gehen wir in eine Mittagspause von einer halben Stunde. Das heißt, die Mittagspause verschiebt sich gegenüber der ursprünglichen Planung.

Wir kommen also jetzt zur Abstimmung. Dieser Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7852 mit 16/7892 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/8168 zugrunde.

Vorweg lasse ich jetzt, wie von der SPD-Fraktion beantragt, über die beiden Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7857 und 16/7858 in namentlicher Form abstimmen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag auf der Drucksache 16/7857, betreffend Erhöhung der Vereinspauschale, abstimmen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung. -

(Namentliche Abstimmung von 13.24 bis 13.29 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Ergebnis gebe ich später bekannt.

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag auf Drucksache 16/7858,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

betreffend Vereinseigener Sportstättenbau, durch. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür sind drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 13.30 bis 13.33 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wird die Sitzung kurz unterbrochen. Ich bitte aber, hier im Plenum zu bleiben, weil wir noch weitere Abstimmungen einschließlich der Schlussabstimmung vor uns haben und diese nicht auf den Nachmittag verschieben wollen.

(Unterbrechung von 13.34 bis 13.37 Uhr)

Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Beim Änderungsantrag, betreffend Erhöhung der Vereinspauschale, Drucksache 16/7857, haben mit Ja gestimmt 51, mit Nein 94; Stimmenthaltungen: 20. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Beim Änderungsantrag, betreffend Vereinseigener Sportstättenbau, Drucksache 16/7858, haben mit Ja gestimmt 51, mit Nein 95; Stimmenthaltungen: 21. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Der Einzelplan 05 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/8168 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 05

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN und die Abgeordnete Dr. Pauli. Stimmenthaltungen? - Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 05 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge gelten, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 4)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor. Ich zitiere:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplanes vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der SPD. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? -

Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Es ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/8168 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 16/7864, betreffend Kosten der Schülermitverwaltung, seine Erledigung gefunden hat. Die Beratung des Einzelplans 05 ist damit abgeschlossen.

Ich unterbreche damit die Sitzung und berufe sie für den Zeitpunkt 14.10 Uhr wieder ein. Ich wünsche eine schöne Mittagspause.

(Unterbrechung von 13.41 bis 14.14 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, wir fahren in der Sitzung fort.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Erhöhung der Vereinspauschale ; (Kap. 05 04 Tit. 685 91) (Drucksache 16/7857)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			X
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			X
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			X
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike			X
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine			X
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			X
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian			X
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			X
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			X
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard			X
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	51	94	20

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Vereinseigener Sportstättenbau ; (Kap. 05 04 Tit. 893 91) (Drucksache 16/7858)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			X
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp			X
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			X
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			X
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			X
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike			X
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine			X
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			X
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian			X
Maget Franz	X		
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			X
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			X
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			X
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard			X
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	51	95	21

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 10

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine Kürzungen bei den Ausgaben für private Volksschulen
(Kap. 05 03 Tit. 684 61)
(Drs. 16/7852)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine Kürzungen zulasten der kommunalen Gymnasien
(Kap. 05 03 Tit. 633 84)
(Drs. 16/7853)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ausgaben für Jugendarbeit
(Kap. 05 04 TG 89)
(Drs. 16/7854)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse für die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein erhöhen
(Kap. 05 04 Tit. 684 90)
(Drs. 16/7855)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände
(Kap. 05 04 Tit. 684 91)
(Drs. 16/7856)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Vereinspauschale
(Kap. 05 04 Tit. 685 91)
(Drs. 16/7857)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Vereinseigener Sportstättenbau
(Kap. 05 04 Tit. 893 91)
(Drs. 16/7858)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Streichung von kw-Vermerken und Aufhebung von Stellensperren an allen Schularten
(Kap. 05 12 bis 05 19)
(Drs. 16/7859)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 12 bis 05 19)
(Drs. 16/7860)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Gemeinschaftsschule für alle Regierungsbezirke
(Epl. 05 neues Kap.)
(Drs. 16/7861)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Gleichbehandlung bei der Finanzierung kommunaler, kirchlicher und privater Schulen
(Kap. 05 03 TG 73 - 79 und 82 - 84)
(Drs. 16/7862)

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mittel für Schüleraustausch mit Tschechien und Polen aufstocken
(Kap. 05 04 Tit. 533 01)
(Drs. 16/7863)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Schulgeldausgleich für Schülerinnen und Schüler der privaten Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe
(Kap. 05 04 Tit. 684 16)
(Drs. 16/7865)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zielgerichtete Lehrerfortbildung (Inklusion) stärken
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
(Drs. 16/7866)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mittel für Projekt Zeitzeugen bereitstellen
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
(Drs. 16/7867)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung des Ansatzes für Bildungsmaßnahmen in der Jugendarbeit
(Kap. 05 04 TG 89)
(Drs. 16/7868)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusammenarbeit von Schule und Sportverein
(Kap. 05 04 Tit. 547 90)
(Drs. 16/7869)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ausgaben zur Förderung des Sportwesens
(Kap. 05 04 Tit. 893 91)
(Drs. 16/7870)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Einlage des Freistaats für die Sportstiftung Bayern
(Kap. 05 04 TG 91 neuer Tit.)
(Drs. 16/7871)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Finanzierung der Erwachsenenbildung
(Kap. 05 05 TG 81)
(Drs. 16/7872)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Absenkung der Klassenhöchststärken an Volksschulen, Realschulen und Gymnasien
(Kap. 05 12 und 05 17 bis 05 19 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7873)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bessere Ausstattung der Schulen aller Schularten mit Beratungslehrern
(Kap. 05 12, 05 13, 05 15, 05 17, 05 18, 05 19 jeweils Tit. 422 01)
(Drs. 16/7874)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Schulpsychologen
(Kap. 05 12 und 05 17 bis 05 19)
(Drs. 16/7875)
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Aufstockung des mobilen sonderpädagogischen Dienstes und der mobilen sonderpädagogischen Hilfe
(Kap. 05 13 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7876)

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Fachpraktische Ausbildung im Ausland an Fachoberschulen ermöglichen
(Kap. 05 17 neuer Tit.)
(Drs. 16/7877)
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verwaltungspersonal an Schulen
(Kap. 05 12 bis 05 19 Tit. 428 01)
(Drs. 16/7878)
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: „Schülermitverantwortung“ stärken
(Kap. 05 04 Tit. 533 02)
(Drs. 16/7879)
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Leistungen zum Schulgeldausgleich für die privaten Berufsfachschulen für Altenpflege und Altenpflegehilfe
(Kap. 05 04 Tit. 684 16)
(Drs. 16/7880)
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verwaltungskräfte an Schulen stärken
(Kap. 05 04 neuer Tit.)
(Drs. 16/7881)
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Jugendarbeit weiter ermöglichen
(Kap. 05 04 TG 89)
(Drs. 16/7882)
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Breitensport stärken
(Kap. 05 04 Tit. 685 91)
(Drs. 16/7883)
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Offensive für Qualität von Ganztagschulen
(Kap. 05 04 neue TG)
(Drs. 16/7884)
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Schulbudget für externe Bildungsangebote zur Prävention und Intervention
(Kap. 05 04 neue TG)
(Drs. 16/7885)
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mittel für die Erwachsenenbildung aufstocken
(Kap. 05 05 Tit. 684 81)
(Drs. 16/7886)
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Beteiligung des Freistaats Bayern an der Finanzierung der bayerischen EUROPE DIRECT-Informationszentren
(Kap. 05 05 neuer Tit.)
(Drs. 16/7887)
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Unterrichtsversorgung verbessern - Lehrerinnen- und Lehrerreserve aufbauen
(Kap. 05 12, 05 13, 05 18 und 05 19 jeweils neuer Tit.)
(Drs. 16/7888)

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Zusätzliche Stellen für Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer (Kap. 05 15 Tit. 422 01) (Drs. 16/7889) 38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an Berufsoberschulen und Fachoberschulen (Kap. 05 17 Tit. 422 01) (Drs. 16/7890)	39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Offensive für Inklusion - Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern (Kap. 05 21 Tit. 422 01a) (Drs. 16/7891) 40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Moderne Bildungsinfrastruktur durch passgenaue regionale Schulmodelle (Epl. 05 neues Kap.) (Drs. 16/7892)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Staatsminister Martin Zeil

Abg. Dr. Paul Wengert

Abg. Erwin Huber

Abg. Ludwig Wörner

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Thomas Mütze

Abg. Eberhard Sinner

Abg. Dr. Martin Runge

Abg. Hans Joachim Werner

Abg. Dr. Franz Xaver Kirschner

Abg. Eberhard Rotter

Abg. Tobias Thalhammer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Haushaltsplan 2011/2012;

**Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

hierzu:

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7659 mit 16/7661)

und

Änderungsantrag

der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 16/7662)

und

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7663 mit 16/7672)

Im Ältestenrat wurde hierzu eine Gesamtredezeit von einer Stunde und dreißig Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die Fraktion der SPD 14 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN je 11 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 10 Minuten.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat sich für die Staatsregierung Herr Staatsminister Zeil gemeldet.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen erst einmal einen sehr schönen guten Morgen wünschen. Im Frühjahr 2011 präsentiert sich die bayerische Wirtschaft in bester Verfassung. Der Freistaat hat die Krise von 2009 mit Bravour gemeistert. Wir

haben mit die höchsten Wachstumsraten und die niedrigsten Arbeitslosenzahlen. Bayern steuert mit vollen Segeln in Richtung Vollbeschäftigung.

Die glänzende Bilanz, unser Kurs ist Ergebnis einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft, innovativer Unternehmen und seiner tatkräftigen Mitarbeiter. Es kommt aber auch darauf an, wie ein Land regiert wird. Die Staatsregierung hat mit ihrer Politik erheblich dazu beigetragen, dass sich die Wirtschaft in der Krise entscheidend stabilisiert hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Statt milliarden schwere schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme aufzulegen, haben wir aber den ausgeglichenen Haushalt gehalten und damit Spielräume für gezielte Zukunftsinvestitionen geschaffen. Ich verweise auf die Erfolge des Mittelstandsschirms. Im Aufschwung haben wir den Hebel schnell umgelegt - vom Krisenmanagement auf Zukunftsgestaltung.

Meine Damen und Herren, die Erfolge der Vergangenheit sind freilich keine Garantie für die Zukunft. Rezepte, die gestern noch funktionierten, können schon morgen überholt sein. Wenn wir in den letzten Wochen und Monaten eines gelernt haben, dann wohl dies. Ich nenne hier nur die anhaltenden Schuldenprobleme in Europa, die Unruhen in Nordafrika und in Nahost und natürlich die schrecklichen Katastrophen in Japan.

Bayern hat die Krise der letzten Jahre im Rekordtempo überwunden. Das hat gute Gründe. Unsere Wirtschaft ist auf allen Zukunftsfeldern der Hochtechnologie führend und liefert passende Antworten auf die Herausforderungen der Zeit. Unsere Ausnahmestellung und unsere Fortschritts- und Innovationskraft werden uns auch jetzt helfen, die Herausforderungen der nahen Zukunft zu bewältigen.

Wir haben ambitionierte Ziele: Wir wollen weg vom Öl und heraus aus der Atomkraft - dies aber mit Besonnenheit und nicht mit Panik, wohl überlegt und mit klaren Konzepten.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wir wollen die öffentlichen Schuldenberge durch mehr Wachstum abbauen. Wir wollen den Wettbewerb mit dem asiatisch-pazifischen Raum, insbesondere mit China und Indien, aufnehmen und gewinnen. Zu guter Letzt wollen wir die Folgen des demografischen Wandels meistern.

Meine Damen und Herren, Bayern ist das Innovationsland schlechthin. Dieser Tatsache haben wir unsere Erfolge in der Vergangenheit zu verdanken. Bayern muss Premiumland bleiben. Die Zukunft werden wir nur mit einer starken Industrie gewinnen und nicht gegen sie.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP):
Sehr richtig!)

Wir müssen den Ausstieg aus der Atomenergie so gestalten, dass unser Land, unsere Industrie und unser Wohlstand keinen Schaden nehmen. Keine Frage: Wir müssen das Tempo der bereits eingeleiteten Energiewende drastisch erhöhen, aber wir dürfen die Arbeitsplätze im Industrieland Bayern nicht gefährden.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Damit Bayern das Innovationsland Nummer eins in Deutschland und Europa bleibt, zünden wir mit dem Doppelhaushalt 2011/12 die nächste Stufe unserer Politik zur Erneuerung des Freistaats für das 21. Jahrhundert. Das ist der Startschuss für einen neuen "Aufbruch Bayern".

Wer der Staatsregierung vorwirft, "Aufbruch Bayern" sei eine Mogelpackung,

(Markus Rinderspacher (SPD): Echt?)

stellt ein bescheidenes Verständnis politischer Gestaltungsmöglichkeiten unter Beweis.

(Beifall bei der FDP)

Politik ist nicht die blinde Forderung nach mehr Geld für den Staat. Politik bedeutet, in Verantwortung vor dem Bürger und mit begrenzten öffentlichen Mitteln die Zukunft zu gestalten. Diese Staatsregierung hat den Willen, die Stärke und den Mut zu klaren politischen Schwerpunktsetzungen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Markus Rinderspacher (SPD):

Das ist ganz was Neues!)

Mit einem politischen Kraftakt haben wir den neuen Doppelhaushalt nicht nur ohne neue Schulden aufgestellt. Durch Einsparungen an anderer Stelle investieren wir zugleich mehr als eine Milliarde Euro in die Felder, auf denen sich die Zukunft entscheidet, in Familie, in Bildung und in Innovation. Für das Wirtschaftsressort stehen hierfür bis 2014 deutlich über 180 Millionen Euro zur Verfügung. Daran können Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, deutlich erkennen, dass Sie nur von der Zukunft reden, während wir auch handeln.

(Beifall bei der FDP)

Der Haushaltsausschuss hat den Wirtschaftsetat konstruktiv und intensiv beraten. Dafür danke ich seinem Vorsitzenden, Georg Winter, den Berichterstattern und allen Ausschussmitgliedern. Ich möchte mich sehr ausdrücklich bei den Regierungsfraktionen dafür bedanken, dass sie die Leistungen nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes erhöht haben. Das ist ein gutes Zeichen für den ÖPNV im ländlichen Raum, und es hilft den Menschen. Ich danke auch für Ihre Bereitschaft, die Handwerksförderung aufzustocken. Damit stärken Sie Mittelstand und Handwerk, das Herz und die Seele unserer Wirtschaft.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Wirtschaftsetat ist ein Investitions- und Innovationshaushalt. Mit dem Programm "Aufbruch Bayern" setzen wir neue, hoch

innovative Schwerpunkte. Unsere Wirtschaft steht bei Solartechnik, Geothermie, Energie- und Umwelttechnik sowie Elektroantrieben bereits heute an der Spitze des Fortschritts. Um den Anteil grüner Technologien an der Wertschöpfung weiter zu steigern, setzen wir im Doppelhaushalt 2011/2012 Schwerpunkte. Wir investieren 64 Millionen Euro in Elektromobilität, in das Entwicklungs- und Forschungszentrum Elektromobilität. Weitere 13 Millionen Euro fließen in die angewandte Energieforschung, in intelligente Netze und in eine Solarfabrik der Zukunft. Wir investieren in die Zukunft, indem wir Karbonfaser-Technologien, keramische Verbundstrukturen sowie Wertstoffkreisläufe und Werkstoffsubstitution stärken.

Wir beschränken uns aber nicht nur auf grüne Technologien. Wir wollen in allen Zukunftsfeldern der Hochtechnologie an der Spitze bleiben. Deshalb unterstützen wir auch IT-basierte Dienstleistungen. Wir stärken die Satellitennavigation, die satellitengestützte Katastrophenvorsorge und Krisenmanagement. Diese Projekte werden weder in den Ballungsräumen konzentriert noch in einem blinden Aktionismus quer über das Land verteilt. Wir investieren gezielt dort, wo eine Region besondere Kompetenzen vorweist. Glauben Sie mir: Jeder einzelne Landesteil in Bayern, jede Region, hat ihre besonderen Kompetenzen. Das hat Bayern stark gemacht. An dieser Politik wird sich unter meiner Verantwortung auch nichts ändern.

(Beifall bei der FDP - Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, entscheidende Grundlage für die Zukunft des Standorts Bayern ist und bleibt eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung. Nach den Katastrophen in Japan müssen wir die Risiken der Kernkraft neu bewerten. Sicherheit hat wie bisher oberste Priorität. Schon im Mai werde ich ein Konzept vorlegen, wie wir die Energiewende in Bayern beschleunigen können. Glauben Sie mir: Wir werden sie beschleunigen. Aber wir müssen dabei klug und besonnen handeln.

Bayern - das wiederhole ich - lebt von seiner starken Industrie. Seine Menschen leben sehr gut davon. Eine erfolgreiche Industrie aber ist im Wettbewerb mit anderen Ländern auf eine bezahl- und kalkulierbare Stromversorgung angewiesen. Ein abrupter Ausstieg aus der Kernenergie würde die Versorgungssicherheit gefährden und zu noch mehr Importen aus Kohle- und Atomkraftwerken unserer Nachbarländer führen.

(Beifall bei der FDP)

Eine preiswerte Energieversorgung ist gerade auch für energieintensive Branchen wie zum Beispiel im südostbayerischen Chemiedreieck von entscheidender Bedeutung. Für diese Arbeitsplätze tragen wir alle, die wir hier sitzen, Verantwortung. Wir dürfen mit der Energiewende unsere industrielle Basis und die Arbeitsplätze der Menschen nicht aufs Spiel setzen.

(Beifall bei der FDP)

Wir müssen die Energiewende möglichst schnell schaffen. Aber wir müssen auch die Folgen für die Menschen in unserem Land bedenken. Meine Damen und Herren, eine preiswerte Energieversorgung ist nicht nur für die Industrie von entscheidender Bedeutung, sondern auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen uns von der Kernenergie noch schneller als geplant verabschieden. Für einen Übergangszeitraum brauchen wir sie aber noch.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): So ist es!)

Um diesen Übergangszeitraum so kurz wie möglich zu halten und zügig auf eine Stromversorgung umzusteigen, die weitgehend auf erneuerbaren Energien basiert, müssen wir folgende Weichen stellen: Wir müssen den Anteil der Stromerzeugung aus Gaskraftwerken weiter steigern. Wir werden den Bau von Stromspeichern vorantrei-

ben und die Erforschung neuer Speichertechnologien verstärken. Das machen wir bereits mit unserem Programm "Aufbruch Bayern". Ihr Vorwurf, dafür gebe es keine Haushaltsmittel, ist daneben. Für die modernen Energietechnologien geben wir insgesamt fast 100 Millionen Euro im Rahmen des Programms "Aufbruch Bayern" aus.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir setzen konsequent auf regenerative Energien. Ein Großteil davon stammt aus Wasserkraft. Beim Thema erneuerbare Energien brauchen wir wahrlich keinen Nachhilfeunterricht in Bayern. Bayern liegt bei den regenerativen Energien weit über dem Bundesdurchschnitt von 17 % und weit über den Werten der Länder mit grüner Regierungsbeteiligung.

(Beifall bei der FDP)

Unser ambitioniertes Ziel ist es, bis 2020 auf deutlich über 30 % zu kommen. Dafür müssen wir die Potenziale - ich spreche die Wasserkraft an - der erneuerbaren Energien entschlossen heben. Für die Entscheidungen im Bezug auf den Ausbau der Infrastruktur müssen wir eintreten.

(Beifall bei der FDP)

Zur Wahrheit gehört auch: Bayern ist auf den Stromimport aus anderen Teilen Deutschlands und aus dem Ausland angewiesen. Das geht nicht ohne den Ausbau der Stromnetze in großen Schritten. Wir haben weiterhin den Anspruch, dass Bayern im Wesentlichen autark bleibt und nicht auf ausländische Importe angewiesen ist. All das erfordert Zeit, hohe Investitionen und technologische Innovationen. Ich sage ganz selbstbewusst: Wir sollten Herausforderungen nicht immer als Problem ansehen. Wer, wenn nicht wir im Innovationsland Bayern, wäre in der Lage, diese Herausforderungen zu meistern?

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir brauchen deutlich kürzere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Wir brauchen dafür nicht zuletzt auch die Akzeptanz bei den Bürgern.

Meine Damen und Herren, der dritte wichtige Schwerpunkt des Wirtschaftsministeriums für die zweite Hälfte der Legislaturperiode ist die Sicherung der Zukunft des ländlichen Raums. Keine Region wird abgehängt. Jeder einzelne Landkreis gehört dazu. Jeder hat Anspruch auf unsere Unterstützung. Deswegen werden wir mit unserer bewährten Drei-Säulen-Strategie die Regionen mit maßgeschneiderten Angeboten fördern.

Um für Wirtschaftskraft und einen starken Mittelstand zu sorgen, nutzen wir vor allem auch die Regionalförderung und das Mittelstandskreditprogramm. Im Rahmen des Programms "Aufbruch Bayern" setzen wir zugleich neue Akzente für den ländlichen Raum. Die regionalen Technologie-Initiativen verknüpfen Technologieförderung der Spitzenklasse, ausgewählte Forschungsprojekte und Regionalförderung. Dies stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Freistaates in allen Landesteilen.

Wir haben erhebliche Fortschritte bei der Infrastruktur gemacht. Das Breitbandförderprogramm greift. In keinem anderen Bundesland kommt der Ausbau des schnellen Internets so zügig voran wie in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es wird darum gehen, im ländlichen Raum die Voraussetzungen für die moderne Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts zu schaffen. Um die Zukunft des ländlichen Raums zu sichern, gilt es, ihn als Lebenswelt für qualifizierte, kreative und unternehmerisch denkende Mitarbeiter attraktiv zu gestalten. Dazu gehören beste Bildungsangebote, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und hochwertige Freizeitangebote. Wenn der ländliche Raum für Leistungsträger so interessant ist, dass sie dort leben und arbeiten wollen, hat er beste Zukunftsperspektiven.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aktuelle Studien zeigen, dass Bayern Mittelstandsland Nummer eins in Deutschland ist. Damit das so bleibt, müssen wir in enger Zusammenarbeit mit den Organisationen der Wirtschaft die notwendigen Fachkräfte für die mittelständische Wirtschaft mobilisieren. In erster Linie brauchen wir eine Willkommenskultur für die besten Köpfe der Welt, um die wir im globalen Wettbewerb stehen. Dazu investieren wir auch in den kommenden Jahren kräftig in Einrichtungen der beruflichen Bildung und Weiterbildung.

Meine Damen und Herren, schließlich wollen wir die Mobilität umweltfreundlich gestalten. Dazu gehört der konsequente Ausbau des Schienenverkehrs. Wir alle kennen die wichtigen Projekte. Ich bin Herrn Kollegen Huber für seinen Vorstoß sehr dankbar, dass wir um neue, kreative Finanzierungsmodelle ringen müssen. Ich bin, wie Sie wissen, im Gespräch mit der EU-Kommission, die ihrerseits über solche Finanzierungsmodelle bezüglich der transeuropäischen Strecken, die TEN-Strecken, nachdenkt.

Wir wollen vor allem den ländlichen Raum stärken, die steigende Nachfrage nach Mobilität in Ballungsräumen umweltfreundlich bewältigen und Anschluss an Reise- und Geschäftsziele in aller Welt halten. Ich appelliere an alle, nicht nur von Infrastruktur zu reden. Wenn es um konkrete Trassen und konkrete Entscheidungen geht, erwarte ich den gleichen Bekennermut, den andere sonst nur bei Sonntagsreden vorweisen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, die Staatsregierung hat in den letzten zweieinhalb Jahren auf der Grundlage einer klaren ordnungspolitischen Linie alles getan, um in Bayern beste Standortbedingungen für eine innovationsstarke Wirtschaft mit einem wettbewerbsfähigen industriellen Kern zu schaffen. Bayern steht heute so gut da wie lange nicht mehr.

Der Einzelplan 07 meines Hauses stellt die Weichen im Freistaat auch für die Zukunft auf Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität. Unser Ziel ist es, alle unternehmerischen Kräfte zu mobilisieren, Wissen und Kreativität der Bürgerinnen und Bürger frei-

zusetzen und die Stärken aller Regionen zu entfalten. Auf dieser Linie wird Bayern auch in Zukunft der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und Europa bleiben. Diesen Wettbewerb führen wir mit anderen Bundesländern. Ich wiederhole: Wer, wenn nicht das Innovationsland Bayern, könnte die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts besser meistern? Unser Freistaat muss der Maßstab für andere bleiben. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung für den Einzelplan 07.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion darf ich nun Herrn Kollegen Dr. Wengert das Wort erteilen. - Bitte schön, Herr Kollege Wengert.

Dr. Paul Wengert (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herzlichen Glückwunsch, Herr Vizepräsident Rohde, zum Geburtstag. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zu dem für seine Verhältnisse geradezu impulsiven Auftritt des Herrn Wirtschaftsministers ist der Einzelplan 07 eher unspektakulär. Von seinem Gesamtvolumen in Höhe von 1,72 bzw. 1,74 Milliarden Euro entfallen fast 1,1 Milliarden Euro auf Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr, die vom Bund über Bayern dorthin weitergeleitet werden. Der operative Spielraum für den Restbetrag ist also nicht sonderlich groß. Das zeigt auch die im Vergleich zu den anderen Einzelplänen relativ niedrige Anzahl von nur 14 Änderungsanträgen. Aber auch da haben Sie es geschafft, diese abzulehnen. Umso mehr ist angesichts des beschränkten Finanzrahmens Kreativität gefragt.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Der Personalaufwand spielt gegenüber anderen Ministerien eine sehr geringe Rolle. Wo andere Geschäftsbereiche eine breite Pyramide von nachgeordneten Behörden haben, gibt es hier nur ein Landesamt für Maß und Gewicht mit einer Handvoll Eich- und Beschussämtern, die zum Glück noch nicht privatisiert wurden und hoffentlich auch nicht privatisiert werden.

So nimmt es nicht wunder, dass der Ressortminister sich gegen die Okkupationsbestrebungen des "Lebensministers" Söder wehrt, der versucht, ihm die Zuständigkeit für den Energiebereich streitig zu machen. Da sich gestern Herr Kollege Schmid darüber mokiert hat, dass die Oppositionsredner die Regierung nicht gelobt hätten, lobe ich Sie heute, Herr Kollege Zeil, obwohl wir gestern und auch heute schon genügend Eigenlob gehört haben. Ihnen ist es tatsächlich gelungen, Dynamik in den Breitbandausbau zu bringen,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ja so was!)

wenngleich das Ziel noch weit entfernt ist. Dies ist jedenfalls insofern anzuerkennen, als Ihr Vorgänger den Breitbandausbau mit geradezu niederbayerischer Hartnäckigkeit als staatsfremde Aufgabe behandelt hat. Ich könnte auch behaupten, dass Ihr Tätigwerden dem Druck der SPD-Fraktion und der anderen Kolleginnen und Kollegen der Opposition sowie vor allem der Kommunen geschuldet ist, Sie also mehr ein Getriebener sind als einer, der selbst antreibt. Allerdings hätten wir uns ein einfacheres Breitbandförderverfahren und höhere Fördergrenzen im Einzelfall vorstellen können.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben unsere dahin gehenden Anträge aber leider abgelehnt. Beim Breitbandausbau sind Sie vom strikt liberalen Ordnungspolitiker zum Keynesianer geworden, ebenso wie beispielsweise bei Quelle und der E-Mobilität. Sie haben erfreulicherweise eingesehen, dass es ohne staatliche Interventionen nicht geht.

Besonders erfreulich entwickelten sich - das möchte ich heute in dieser Aussprache deutlich machen - in der Krise die staatlichen Hilfsmaßnahmen über die LfA Förderbank Bayern, einem außerordentlich wichtigen Partner der bayerischen Wirtschaft, einer Bank, die einen guten, hocheffizienten und seriösen Job macht. Wir hätten uns daher gewünscht, dass CSU und FDP unserem Antrag gefolgt wären, die Einmalzuschüsse für das Mittelstandskreditprogramm zu erhöhen. Stattdessen sparen Sie zweieinhalb Millionen Euro ein. Dafür leisten Sie sich überflüssigerweise eine "Neben-

staatskanzlei", was wohl Ausdruck des Misstrauens gegenüber der eigentlich gemeinsamen Regierungsschaltstelle am Franz-Josef-Strauß-Ring ist. Bei der personellen Besetzung Ihres "Kontrollturms" geht es allerdings wohl weniger um Fachkompetenz als vielmehr um bestmögliche Selbstdarstellung.

(Beifall bei der SPD - Markus Rinderspacher (SPD): Das ist Steuergeldverschwendung!)

Wir haben daher beantragt, die Mittel für diesen teuren Luxus einzusparen. Leider vergeblich.

Was die Selbstdarstellung betrifft, gilt das auch für die Pressemitteilungen aus Ihrem Haus. Deren Anzahl ist keineswegs ein Nachweis besonders erfolgreicher Politik, sondern allenfalls Ausdruck eines übersteigerten Mitteilungsbedürfnisses und scheinbaren Leistungsbeweises gegenüber dem Koalitionspartner.

Selbstverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, freuen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns über die gute Wirtschaftsentwicklung in Bayern, müssen uns aber mit Nachdruck gegen deren einseitige Vereinnahmung seitens der Staatsregierung und der sie tragenden Parteien zur Wehr setzen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür leisten Sie viel zu wenig aktivierende Wirtschaftspolitik. Die positive Dynamik ist vielmehr den maßgeblich von Sozialdemokraten in der großen Koalition geschmiedeten beiden Konjunkturpaketen, dem hochwirksamen Kurzarbeitsprogramm von Olaf Scholz, einer äußerst maßvollen Tarifpolitik unserer Gewerkschaften, der Solidität und dem Verantwortungsbewusstsein unserer Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, und dem Fleiß und der Verzichtsbereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande geschuldet. Immerhin haben Sie Letztere diesmal in Ihrer Rede wenigstens erwähnt. Werte Kolleginnen und Kollegen

der CSU und der FDP, das Schmücken mit fremden Federn geht neuerdings erfreulicherweise nicht mehr als Kavaliersdelikt durch.

(Beifall bei der SPD)

Gegen die soeben zitierten Maßnahmen der Großen Koalition - die SPD war daran, wie gesagt, maßgeblich beteiligt - ist das sogenannte "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" von Schwarz-Gelb allenfalls eine bescheidene Nullnummer, dessen Folgen den bayerischen Haushalt mit 1 Milliarde Euro belasten.

Sowohl in den Ausschussberatungen als auch in der gestrigen Debatte - heute erneut, an ganz prominenter Stelle - war oft vom Programm "Aufbruch Bayern" die Rede. Es ist aber nicht wegzudiskutieren, dass sich dieser "Aufbruch Bayern" bei genauerem Hinschauen als Mogelpackung entpuppt. Da hilft alles Drumherumreden nichts, sehr geehrter Herr Staatsminister. Der Bau von Haftanstalten und Polizeiinspektionen ist Pflicht, nicht Kür. Wenn Sie diese Milliarde tatsächlich in die Erforschung neuer Technologien gesteckt hätten, dann würde ich den Vorwurf der "Mogelpackung" sofort zurücknehmen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Haushaltsansätze aller Geschäftsbereiche zunächst gekürzt - das betrifft auch die Ausgaben zur Förderung des Handwerks, das Sie zu Recht als Herz und Seele der bayerischen Wirtschaft bezeichnet haben -, um die Verwendung des eingesparten Geldes dann vollmundig als großartige Errungenschaft - "zusätzliche Mittel", "wunderbare Geldvermehrung" - verkaufen zu können. Das ist ein trickreiches, aber zu durchsichtiges Manöver.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, der mir wichtig erscheint. Wir vermissen eine überzeugende Energiepolitik mit klarer Schwerpunktsetzung auf regenerative Energien. Das versuchen Sie durch einen doppelten Salto rückwärts im Hinblick auf die gerade von CSU und FDP bis vor wenigen Wochen noch so hoch gepriesene

Kernenergie zu übertünchen, wobei Sie wohl eher zum retardierenden Teil der Mannschaft gehören. Aber gerade was diesen Bereich angeht, müssen wir in Zukunft sehr aufmerksam sein. Ich bin gespannt, welches Konzept Sie im Mai tatsächlich vorlegen werden.

Hören Sie auch bitte auf mit der weiteren Verbreitung der Legende von angeblich riesengroßen Energieimporten nach Deutschland! Verschweigen Sie nicht permanent, dass wir riesige Mengen an Energie ins Ausland exportiert haben!

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Haben!)

Trotz abgeschalteter Kernkraftwerke ist noch nirgends das Licht ausgegangen. Dass das eintreten würde, ist ein Märchen, das man uns seit Jahr und Tag auf die Nase bindet.

Sie haben kein Konzept für den Ausbau der Windenergie, die Sie in der Vergangenheit mehr behindert als gefördert haben. Sie wollen kein Kataster für mögliche Standorte von Pumpspeicherkraftwerken. Sie haben keinen Plan für den dringend notwendigen Ausbau der Stromnetze. Das in den letzten Tagen geradezu gebetsmühlenartig wiederholte Bekenntnis zu erneuerbaren Energien allein reicht nicht; Sie müssen tatsächlich handeln.

Sehr geehrter Herr Kollege Zeil, dabei können Sie versichert sein, dass zuallerletzt Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch eine falsche Energiepolitik Arbeitsplätze aufs Spiel setzen werden. Dieser unterschwellige Angriff geht völlig an den Tatsachen vorbei. Ich darf daran erinnern, dass infolge des EEG (Anm.: Erneuerbare-Energien-Gesetz) von Rot-Grün 600.000 Arbeitsplätze eben durch die Förderung regenerativer Energien in unserem Land entstanden sind.

(Beifall bei der SPD)

Deutschland ist dadurch Spitze in der ganzen Welt geworden.

Große Enttäuschung bereiten Sie den im Wettbewerb stehenden Unternehmen und den dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch Ihre ebenso beharrliche wie unverständliche Weigerung, einem Vergabegesetz und der Festlegung von Mindestlöhnen zuzustimmen. Sie fördern damit vor allem zulasten kleiner Unternehmen den Wettbewerb über Dumpinglöhne - mit allen negativen Folgen für Steuereinnahmen und Sozialsysteme - anstelle eines Wettbewerbs über qualifizierte Leistungen und faire Preise.

(Beifall bei der SPD)

Sie blockieren damit zugleich ein Stück weit die dringend notwendige Belebung der Binnennachfrage. Das wäre auch ein Beitrag zu mehr Wachstum, Herr Staatsminister.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 07 enthält nur wenige Lichtblicke, etwa die Technologieförderung in Augsburg - wir haben dort lange genug dafür gekämpft - und in Würzburg. Die Förderung der E-Mobilität gleicht dagegen eher einem Fleckerlteppich, an dem viele Hände weben, wo aber keine so recht weiß, was denn am Ende herauskommen soll. Ich habe Respekt vor den Hochschulen und den Kommunen, die daran beteiligt sind. Etwas mehr Strukturierung und eine sinnvolle Vernetzung der Projekte wären jedoch nicht schlecht, wenn etwas Zählbares herauskommen und das Ganze nicht als kurzfristig wirksame regionale Pseudofördermaßnahme verpuffen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nur 100 Millionen Euro für Technologieförderung in einem Hochtechnologieland sind angesichts eines Gesamtvolumens unseres Haushalts von 43 Milliarden Euro ein eher bescheidener Ansatz.

Insgesamt liegt uns für den Geschäftsbereich des Wirtschaftsministers ein Haushalt vor, der viel "Business as usual" und kaum wirklich Neues enthält. Das ist uns zu wenig. Wir können dem Einzelplan daher nicht zustimmen.

Sehr geehrter Herr Kollege Zeil, passen Sie auf, dass sich das, was Sie als "zweite Stufe" zünden wollen, nicht als bloßes Strohfeuer oder - im schlimmsten Fall - sogar als Rohrkrepierer entpuppt.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die CSU-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Huber das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Wirtschaftsminister hat zu Recht eine gute Bilanz der Situation der Wirtschaft in Bayern vorlegen können. Wir haben im vergangenen Jahr ein Wachstum von 3,6 % verzeichnet. In vielen Teilen Bayerns herrscht nahezu Vollbeschäftigung. Bayern ist gut aus der Krise gekommen. Die gute Konjunktur nützt den Menschen in Bayern durch gute Beschäftigung. Sie nützt insbesondere der jungen Generation durch Chancen, die damit eröffnet werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn ich angesichts dessen die Kritik des Kollegen Wengert höre, dann muss ich sagen: Kleinkariert und kleinteiliger geht es nicht mehr.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Man hatte nach dem gestrigen Tag sowieso keine Erwartungen mehr an die Opposition. Herr Kollege Dr. Wengert, wenn Sie aber Ihre Kritik an der Zahl der Pressemitteilungen des Wirtschaftsministers aufhängen, muss ich Ihnen entgegen: Niedriger geht es kaum mehr! Davon lassen wir uns jedoch nicht aufhalten, sondern wir - jedenfalls die Regierungsfractionen von CSU und FDP - wollen gemeinsam Politik für die Zukunft Bayerns machen.

Wir müssen aus der Krise lernen. Wichtig ist, dass wir die öffentlichen Investitionen nach den Konjunkturprogrammen, die wir auch in den Haushalt eingestellt haben, ver-

stetigen. Es hat keinen Sinn, diese Investitionen je nach Konjunktur zu erhöhen oder zu senken; gerade die Wirtschaft braucht Verlässlichkeit und Stetigkeit bei den Investitionen. Auch deshalb darf man nicht nur den schmalen Bereich des Einzelplans 07 in die Betrachtung einbeziehen, Herr Kollege Wengert, sondern man muss den gesamten Haushalt des Freistaates Bayern im Blick haben.

(Beifall bei der CSU)

Vergleichen wir doch einmal die Situation bei uns mit der in Nordrhein-Westfalen, einem Land, wo Sie - unverständlicherweise! - die Wahl gewonnen haben und mit Tolerierung der Linken regieren. Nach den neuesten Zahlen wird dort die Neuverschuldung in diesem Jahr 5 Milliarden Euro erreichen, während die Investitionen nur 3,8 Milliarden Euro betragen. Die Verschuldung ist also massiv höher als die Investitionen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist ein Erbe der Vorgängerregierung!)

Jetzt nenne ich Ihnen die Zahlen Bayerns: Neuverschuldung null, Investitionen 5 Milliarden Euro. - So macht man Politik für die Zukunft!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die zweite Lehre aus der Krise: Die Bedingungen der Finanzmärkte müssen auch international noch transparenter werden. Die Finanzaufsicht muss sowohl europäisch wie auch weltweit deutlich verbessert werden. Ich halte es für einen Mangel internationaler Politik, dass man es zwei Jahre nach der Finanzkrise immer noch nicht geschafft hat, strenge Regeln für die Finanzmärkte aufzustellen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Dritten. Ich schließe mich in einem Punkt dem Lob von Minister Zeil an, auch Ihren Worten, Herr Kollege Wengert: Die LfA hat mit dem Mittelstandsschirm und der

Mittelstandsförderung exzellente Arbeit geleistet. Die Förderbank Bayerns ist Vorbild in ganz Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie ist im Übrigen auch wesentlich besser als die KfW des Bundes. Es geht unbürokratisch zu. Innerhalb weniger Wochen wurde die Entscheidung getroffen. Die Politik der LfA unterstützen wir nicht nur finanziell, sondern weiterhin auch politisch.

Ich möchte auch den Raiffeisenbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen in Bayern Anerkennung sagen. Sie haben durch ihr regionales Engagement und ihre Verantwortung für den Mittelstand in Bayern wesentlich dazu beigetragen, dass es keine Kreditklemme gegeben hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für die Bankenpolitik in Europa und bei uns ist es in der Tat wichtig, dass wir den Bereich der Genossenschaftsbanken und der Sparkassen nicht nur erhalten, sondern auch stärken.

Auch in dem vierten Punkt, den ich herausstellen möchte, stimmen wir völlig überein, Herr Zeil. Das ist der Produktionsstandort Bayern. Wir haben es in den Vereinigten Staaten von Amerika und im Vereinigten Königreich erlebt, dass in den letzten zehn bis 15 Jahren eine starke Deindustrialisierung eingetreten ist. Auch bei uns gab es Ideen und Phantome wie: Die Zukunft gehört der wissensorientierten Dienstleistungsgesellschaft. Man muss in dieser Richtung natürlich stark sein; das ist gar keine Frage. Aber es ist klar geworden: Ein Land hat im weltweiten Wettbewerb nur dann eine echte Chance, wenn es über eine starke industrielle Basis verfügt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir müssen stark sein in der Produktion von Fahrzeugen, in der Luft- und Raumfahrt, in der Produktion von Werkzeugen und Maschinen. Die Maschinen "made in Bavaria" müssen die besten der Welt sein. Nur dadurch können wir die Zukunft sichern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unsere Innovationspolitik trägt dazu bei. Dazu gehört auch die berufliche Bildung, und dazu gehört, dass wir einen breit aufgestellten starken Mittelstand haben. Man sollte diesen produktiven Bereich der Wirtschaft nicht als Vergangenheit abtun; denn dieser Bereich ist für mich der entscheidende Schlüssel für die Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das große Thema der nächsten Monate und Jahre sind die Landesentwicklung und die Zukunft der ländlichen Räume. Über den Zukunftsrat brauchen wir nicht länger zu reden. Das einschlägige Gutachten zur Metropolregion und zum ländlichen Raum ist durch klare Entscheidungen des Ministerpräsidenten und seines Stellvertreters widerlegt worden. Ich möchte dazu nur sagen: Es ist ein Ansatz, der im Übrigen stark an ein Gutachten der vbw (Anm.: Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft) von vor drei Jahren erinnert. Ich möchte da kein Plagiat unterstellen, aber die Ähnlichkeiten sind frappierend.

Für uns ist klar: Der ländliche Raum braucht Eigenständigkeit und eigenes Entwicklungsprofil. Er darf nicht so entwickelt werden, dass er die Leute als Pendler zu den Leistungszentren transportiert.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Da hat man etwas übersehen. Vielleicht haben manche Leute, die im Zukunftsrat mitgewirkt haben, noch nie den Raum Wunsiedel kennengelernt; sie kennen Passau nur von der Landkarte. Oder sie kennen das weltberühmte Reisbach überhaupt nicht. Wer das nicht kennt, kann auch nichts über die Zukunft Bayerns schreiben - um es deutlich zu sagen.

Oberfranken ist nach wie vor der industrielle Kern Bayerns. Dort hat die Industrie einen hohen Anteil. Das muss auch so bleiben.

Niederbayern ist die Aufsteigerregion mit einer starken Wirtschaft. Es darf nicht sein, dass man diese Räume mehr oder weniger zu einem Anhängsel von Leistungszentren macht. Ich bin überzeugt: Die gute Sicherheit dort, eine gute Verkehrsverbindung, tüchtige Menschen, ein breiter Mittelstand, eine gute Landwirtschaft, eine Energiebasis - das gibt dem ländlichen Raum Eigenständigkeit und Zukunft in Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe mit den Leistungszentren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich nenne noch einige Punkte, in denen sicherlich wieder Übereinstimmung zwischen der CSU-Fraktion und der Staatsregierung besteht.

Erstens. Wir müssen den Bereich von Forschung, Entwicklung und angewandter Innovationspolitik gerade auch im ländlichen Raum stärken. Die Hochschulen und Exzellenzhochschulen befinden sich natürlich in den Ballungsräumen. Wir wollen da München, Nürnberg und Erlangen nicht schwächen. Aber mit der größte Sprung für die ländlichen Räume war die Ansiedlung von Hochschulen in den Neunzigerjahren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir müssen jetzt Forschungseinrichtungen in den ländlichen Raum bringen. Dabei denke ich auch an die Fraunhofer-Gesellschaft und an die Max-Planck-Gesellschaft. Es muss nicht alles in München und Nürnberg sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es handelt sich hier um einen entscheidenden Schlüssel für die Zukunft.

Zweitens. Wir brauchen weiterhin eine Verkehrsinfrastruktur in Straße und Schiene. Ich bin dankbar, dass Sie den Vorschlag von PPP-Investitionen und -Finanzierung

(Anm.: Public Private Partnership) positiv aufnehmen. Wir müssen solches auch verstetigen.

Ich erinnere mich an das, was gestern die FREIEN WÄHLER gesagt haben. Sie haben mehr oder weniger ein Nein zu allen Großprojekten gesagt. Das betrifft die Straße, die Schiene, die Luft und dergleichen. Dazu muss ich sagen: Wer zu allen Großprojekten Nein sagt, verspielt die Zukunft des Landes.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei aller Sympathie für Sie, Herr Muthmann und Herr Glauber, und für die Dörfer: Anscheinend stellen Sie sich vor, dass wir am 1. Mai rund um den Maibaum sitzen und uns an den Händen fassen. Und dann hält der Hubert Aiwanger eine Rede zum Thema "gesund samma". Aber das kann es nicht sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Drittens. Bezüglich der Zukunft der ländlichen Räume ist es in der Tat die Frage, wie es mit dem schnellen Internet steht. Wir können die Auseinandersetzung der Vergangenheit noch lange fortführen. Wir werden in diesem Jahr vor allem durch die Informationstechnologie einen ganz gewaltigen Schub nach vorn erleben. Wir unterstützen das, nicht wahr, Herr Minister Zeil, mit insgesamt 92 Millionen Euro des Freistaates Bayern. Darunter befindet sich auch etwas Geld des Bundes. Damit werden die Mittel für einen schnellen Ausbau des Internet in ganz Bayern zur Verfügung gestellt. Aber die entscheidenden Investitionen werden natürlich in der Wirtschaft getätigt. Wenn die Funktechnologie nicht durch die linke Seite des Hauses und ihre örtlichen Ableger bekämpft wird, werden wir zum Ende dieses Jahres bei normaler Entwicklung eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet haben. Das ist eine Grundvoraussetzung für attraktive Standorte im ländlichen Raum.

Als vierten wichtigen Punkt sehe ich etwas an, was wir im Bereich der Landesentwicklung machen müssen. Natürlich gibt es da Schwachpunkte und Problembereiche. Das

sehe ich vor allem bezüglich der Abwanderung an der Ostgrenze, die sich als ein Risiko darstellt. Wir müssen von staatlicher Seite aus etwas dagegen tun. Ich sehe es als notwendig an, dass wir die soziale und kulturelle Infrastruktur aufrechterhalten, auch wenn in den betreffenden Regionen die Bevölkerungszahl zurückgeht. Es darf nicht sein, dass die öffentliche Infrastruktur wegen höherer Kosten zurückgeschraubt wird.

Ein attraktiver ÖPNV muss aufrechterhalten werden. Auch wenn weniger Leute im Omnibus sitzen, muss dieses Angebot da sein. Deshalb werden die Regierungsfraktionen auch in diesem Jahr die Weichen dafür stellen, dass vom Finanzausgleich über die Förderung des ÖPNV bis zu den Bereichen Kultur und Soziales dazu beigetragen wird, die Infrastruktur dauerhaft vorzuhalten, damit weiterhin Attraktivität gegeben ist.

Das Wichtigste wird sein, Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen. Die Menschen bleiben dort, wo sie Arbeit haben. Eine weitere Zuwanderung in den überhitzten Raum München würde diesen Raum dagegen weiter aufheizen. Das wäre volkswirtschaftlich falsch. Stattdessen sollten wir lieber mehr Geld in die ländliche Räume pumpen, wo die Menschen eine Chance haben, Eigentum zu schaffen und in der Heimat dort ihre Zukunft zu finden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Seit Hans-Jochen Vogel gibt es die Idee, die ländlichen Räume sollten abgesiedelt werden, um der Natur zu dienen. Diese Idee ist aber noch im letzten Jahrhundert verankert.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Glocke der Präsidentin)

Ich möchte jetzt noch ein paar Sätze zur Energiepolitik sagen.

(Anhaltende Zurufe)

Das einzige, was ich gestern und heute bisher von Ihnen erlebt habe, ist Lautstärke. Inhaltlich kam nichts.

(Beifall bei der CSU - Dr. Paul Wengert (SPD): Bis jetzt gab es von Ihnen noch kein einziges Wort zum Einzelplan 07!)

Zurück zum Energiebereich. Kein Mensch vertritt nach Japan die Position "Weiter so".

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Das wäre dumm. Allerdings muss dieser Umstieg vernünftig und überlegt erfolgen.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

Kollege Wengert, wenn Sie nun sagen, wir exportieren Strom, dann trifft das zu. Aber wir exportieren nur dann Strom, wenn die Sonne scheint und der Wind weht. In anderen Zeiten jedoch importieren wir Strom.

Die letzten Wochen nach der Abschaltung der acht Kernkraftwerke in Deutschland haben gezeigt, dass jetzt zum Teil bis zu 5.000 Megawatt elektrische Leistung aus Frankreich und aus Tschechien vorwiegend aus der Kernenergie importiert werden. Das darf doch keine Konsequenz aus Japan sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Da stimme ich dem "Münchner Merkur" von heute zu, der sagt, es könne nicht der Ausstieg propagiert werden und dem folge die neue Lebenslüge, dass wir uns nach österreichischer Manier reinhalten, dafür aber in extremer Weise Atomstrom aus dem umliegenden Ausland importieren. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre eine Lüge gegenüber der Bevölkerung und es wäre zukunftsblind.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Huber, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Erwin Huber (CSU): Nein. - Ich komme jetzt zur Frage, wie es weitergehen soll. Natürlich müssen wir den Umstieg auf erneuerbare Energien schnell voranbringen. Ich bin aber auch der Meinung, dass man gleichzeitig auf das Klima achten muss. Es

kann nicht sein, dass wir gestern der Weltmeister im Klimaschutz werden wollten und morgen immer mehr CO₂-Schleudern betreiben.

Beim Energiepreis geht es nicht nur um Arbeitsplätze, sondern es geht auch um die soziale Komponente. Wenn die Strompreise geradezu explodieren, hat das eine massive Einschränkung der Lebensqualität für Menschen mit niedrigem Einkommen zur Folge.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Sie sind doch immer gleich dabei, wenn es um soziale Gerechtigkeit geht. Ich meine, wir müssen das auch bei den Strompreisen berücksichtigen.

Deshalb sage ich: Umsteuerung mit Augenmaß, Umsteuerung unter Berücksichtigung sowohl der Klimaproblematik als auch der Preise. Es kann nicht sein, dass wir am Montag eine Energiepolitik des raschen Ausstiegs aus der Atomkraft machen, am Dienstag behandeln wir das Klima und bedauern den CO₂-Ausstoß und am Mittwoch machen wir Sozialpolitik und erinnern an die höheren Preise. Am Donnerstag machen wir dann Wirtschaftspolitik und stellen fest, dass eventuell die Arbeitsplätze verloren gehen, und am Freitag machen wir Finanzpolitik und stellen fest, dass wir die Milliarden nicht haben, und am Wochenende stellen wir dann fest, dass alles in die Hose geht. So kann es nicht sein.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von der SPD: Streichen Sie doch ein paar Großprojekte!)

Ich bleibe dabei: Wir müssen bei den regenerativen Stromerzeugungsmöglichkeiten durchaus Investitionshemmnisse abbauen, beispielsweise bei der Wasserkraft. Es darf nicht sein, dass zahlreiche Energiewerke wegen einer engstirnigen Haltung der Wasserwirtschaftszentren in Bayern geschlossen werden.

(Beifall bei der CSU - Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen auch im Bereich der Windenergie die Investitionshemmnisse beseitigen. Erst wenn wir dies schaffen, haben wir neue Perspektiven für die Zukunft.

Abschließend sage ich für meine Fraktion: Die CSU ist deshalb stark geworden, weil wir immer den Mut hatten, Entscheidungen nicht aus Angst, sondern mit Weitblick zu treffen, weil wir weitsichtig und nicht kurzatmig gehandelt haben, und weil wir nachhaltig und nicht aus Stimmungen heraus gehandelt haben. Das müssen auch die Tugenden der Zukunft sein.

(Anhaltender Beifall bei der CSU - Dr. Paul Wengert (SPD): Morgengebet der CSU!)

Präsidentin Barbara Stamm: Kollege Huber, kommen Sie noch einmal ans Mikrofon. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Wörner.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Huber, die eierlegende Wollmilchsau der CSU!)

Herr Kollege Wörner, bitte.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Huber, Sie haben gerade vom sozialen Herz gesprochen, das Sie für sich entdeckt haben. Darf ich Sie daran erinnern, dass Sie als Wirtschaftsminister Lohndumping und ähnliches gerade im öffentlichen Nahverkehr gefördert und zugelassen haben?

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): So ein Schmarrn!)

Sie und Ihre Vorgänger waren es, die in Bayern den Anteil der Kernenergie auf 60 % hochgezogen und daran mit Zähnen und Klauen bis zum letzten Tag festgehalten haben.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Helmut Schmidt und Georg Leber haben die Kernenergie hochgezogen! - Weitere Zurufe und Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wenn Sie nun den Einkauf von Atomstrom aus dem Ausland ansprechen, so ist das gleichzeitig richtig und falsch. Sie müssten genau wissen, wie der Markt reagiert. Wenn Sie es nicht wissen, dann sage ich es Ihnen gern, aber Sie müssten es eigentlich selbst besser wissen.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das weiß er auch!)

Der Markt reagiert wie folgt: Der Strom wird dort eingekauft, wo er am billigsten ist. Nun ist die Frage, ob man möglicherweise den Markt regulieren muss oder ob man darüber jammert, dass der vorhandene deutsche Strom nicht abgenommen, dafür aber der billigere Atomstrom aus dem Ausland eingekauft wird. Die Rechnung müssen wir später sowieso zahlen. Wäre es dann nicht klüger, den Markt so zu regulieren, dass so etwas nicht passiert, solange genügend Strom auf dem Binnenmarkt vorhanden ist?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Huber, bitte sehr.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege Wörner, es freut mich durchaus, wenn Sie sich immer noch mit meinen Entscheidungen der Jahre 2005 bis 2007 herumschlagen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da hat er ja recht!)

Ich bedanke mich dafür, dass Sie an meine ruhmreiche Zeit als Wirtschaftsminister erinnern.

Und nun zum Thema Strom. Sie, Kollege Wörner, haben an dieser Stelle vor einiger Zeit gesagt, es sei der Beweis erbracht, dass man in Deutschland acht oder neun Kernkraftwerke abschalten könne und die Stromversorgung dennoch mehr oder weniger gesichert sei. Man könne das mehr oder weniger zum Nulltarif haben. Dem habe ich entgegengehalten, dass es nicht um die Zahlen der letzten Jahre geht, sondern um Zahlen der letzten Wochen, und zwar seitdem das Moratorium gilt und die acht Kernkraftwerke vom Netz sind. Und wenn die Stromversorgung nun funktioniert, dann heißt doch die Frage: Warum? Sie funktioniert aus zwei Gründen: Erstens, weil Kohle-

und Gaskraftwerke in die Höhe gefahren werden mit der Folge höherer CO₂-Emissionen.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Genau!)

Das ist der Preis.

Der zweite Grund ist, dass wir dann, wenn es eng wird, Strom importieren müssen. Diesen Strom erhalten wir in erster Linie aus den Kernkraftwerken Frankreichs und Tschechiens.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): So ist es!)

Nun sagen Teile der GRÜNEN und der SPD: Ja, das geht doch alles, wir schließen schwuppdiewupp die Kernkraftwerke und nichts passiert. Ich meine, wer so redet, streut den Menschen Sand in die Augen.

(Beifall bei der CSU)

Das Umsteuern auf neue Energien machen wir mit Sicherheit nicht in dem Sinn, dass es einseitig zu Lasten des Klimaschutzes geht oder indem man sagt, wir schließen die sicheren Kernkraftwerke in Deutschland und ermuntern damit beispielsweise zu Investitionen in Temelin in Tschechien.

Ich höre, dass in der letzten Zeit in Tschechien bereits überlegt wird, in Temelin neue Blöcke zu bauen. Die Deutschen würden den Strom abkaufen. In Tschechien wird dann allerdings der Strom teurer, meine ich, weil er in das Euroland Bundesrepublik bzw. nach Bayern exportiert wird.

Eine solche Energiepolitik dürfen wir aus Verantwortung auch gegenüber den Menschen im übrigen Europa nicht betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich zum Schluss: Die Energiepolitik von SPD und GRÜNEN führt in die Sackgasse.

(Beifall bei der CSU - Lachen und Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf nun in der Rednerliste fortfahren und erteile dem Kollegen Muthmann für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Huber, Sie haben mehrere Themen angesprochen, zum Beispiel das wichtige Thema Finanzmarktregulierung, aber Sie haben auch Nordrhein-Westfalen gestreift und einen Blick auf Reisbach geworfen - lauter Dinge, die zwar durchaus interessant sind, aber mit dem Einzelplan 07 nichts zu tun haben. Ich meine aber, wir sollten uns an dieser Stelle mit den Entscheidungen und den Wegweisungen befassen, die im Einzelplan 07 getroffen werden. Nur einen Blick auf Niederbayern in Summe zu werfen, war immer falsch und ist nach wie vor falsch, weil ein Regierungsbezirk wirtschaftlich kein homogenes Gebiet ist und daher eine differenziertere Betrachtung erfordert, als das bislang und zu der Zeit, als Sie Wirtschaftsminister waren, der Fall war.

Zuletzt haben Sie beim Thema Großprojekte noch persönlich an uns herumgemeckert. Wie ist denn unsere Position beispielsweise zu Olympia oder zur A 94? Das sind zwei Großprojekte, die wir gern unterstützen. Aber wir sind eben weder pauschal dafür noch pauschal dagegen, sondern wollen die Dinge in allen Bereichen differenziert behandeln und beurteilen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der Herr Ministerpräsident hat gestern in seiner Eingangsrede darauf hingewiesen, dass der Haushalt ein Kursbuch zu sein hat, und das auch zu Zeiten einer bärenstarken Wirtschaft. Wir sehen die Zahlen in den Bereichen von Industrie, Gewerbe und Handel. Das sind gute Konjunkturdaten, gute Arbeitsmarktdaten, und dies in allerers-

ter Linie dank des Engagements der Unternehmen und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Darum geht es der Wirtschaft auch gut. Sie ist gut aus der Krise herausgekommen, weil sie in schwierigen Zeiten Ballast entsorgt hat, um zu Effizienzsteigerungen zu kommen, weil sie sich klare Ziele gesetzt und entschlossen gehandelt hat und weil sie Marktchancen wahrnimmt. So müsste auch das "Kursbuch" Haushalt der Bayerischen Staatsregierung aussehen: klare Ziele bei entsprechenden Effizienzsteigerungen.

Um nur kurz auf die Effizienzsteigerungen zu sprechen zu kommen: Das würde jedenfalls für uns auch ein Stück Bürokratieabbau bedeuten. Aber hierfür gibt es nach wie vor null Einsatz, es gibt null Ziele. Ich kann keine Aktivitäten erkennen. Damit ist natürlich auch Erfolg in diesem Bereich ausgeschlossen.

Ich will nur an unsere Debatte zum Thema Ladenschlussgesetz erinnern. Wir haben den Vorschlag gemacht, einen kleinen Schritt zu tun. Was ist uns damals seitens der CSU entgegengehalten worden? Es wurde gesagt: Wenn es einmal ein bisschen komplizierter ist, ist das vielleicht gar nicht so verkehrt. - Das ist der Beitrag der CSU zum Thema Bürokratieabbau.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen haben wir in dieser Beratung seitens der FDP überhaupt kein Votum gehört und damit auch keine Haltung erfahren. Der Herr Wirtschaftsminister sagt heute, deutlich schnellere Genehmigungsverfahren seien erforderlich. Darauf kann ich nur sagen, Herr Wirtschaftsminister: Dann schaffen Sie sie halt. Sie sind doch in der Verantwortung. Setzen Sie es halt um.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie schaut es mit klaren Zielen im Bereich der Wirtschaftspolitik aus, da, wo wir in Bayern selbst verantwortlich sind? Wie viel Spitzenförderung und wie viel Breitenförderung, um einmal ein Bild aus dem Sport zu nehmen, gibt es? Das sind die zentralen

Fragen, die zu stellen sind. Nur auf Spitzenförderung zu setzen - sehr viel anderes haben wir an dieser Stelle nicht gehört -, ist keine Spitzenpolitik, sehr geehrter Herr Zeil. Die Technologieförderung ist im Übrigen auch nicht auf einem Maximalwert. Inso- weit ist ein Blick beispielsweise nach Baden-Württemberg sehr hilfreich, um zu sehen, was dort im Bereich der Technologiespitzenförderung möglich ist.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Die alte Regierung war das, nicht wahr? Die neue hat doch noch nichts gemacht, oder? - Dr. Paul Wengert (SPD): Herrschaftszei- ten! - Alexander König (CSU): Man kennt sich ja gar nicht mehr aus! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Herr Kollege Wengert, das geht mir doch von der Zeit ab. Lassen Sie es mich halt sagen.

Ich will noch etwas zum Thema gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern sagen. Dazu müssen wir einmal in den Einzelplan 07 und dort auf Seite 75 schauen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Zuletzt wurde uns immer versichert, die Staatsregierung - sowohl der Ministerpräsi- dent als auch Wirtschaftsminister Zeil - stehe zu gleichwertigen Lebensbedingungen als Ziel in ganz Bayern.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Was lesen wir nun in der Begründung zum Haushaltsplanentwurf, Einzelplan 07, Seite 75? "(...) zur Schaffung möglichst gleichwertiger Lebensbedingungen (...)" Ist das das neue Ziel? Wenn jemand vor Gericht auf die Frage "Sprechen Sie die Wahr- heit?" antwortet: "Ich sage möglichst die Wahrheit", dann wissen wir, was damit ver- bunden ist.

(Alexander König (CSU): Das ist ein Schmarrn! So ein großer Anfänger sind Sie auch nicht mehr!)

- Das wurde von der Staatsregierung vorgelegt. Schauen Sie einmal in die Begründung auf Seite 75. Dort ist noch von "möglichst gleichwertigen Lebensbedingungen" die Rede.

(Alexander König (CSU): Das war immer so!)

Zum Thema gleichwertiger Lebensbedingungen gibt es überhaupt kein Kursbuch der Staatsregierung. Das wäre nämlich das Landesentwicklungsprogramm. Dort müssten die Ziele bezüglich der Breitenentwicklung und auch bezüglich der Spitzenentwicklung enthalten sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Alexander König (CSU): Mecker- und Dagegen-Partei!)

Man müsste eine Entscheidung finden, wie es mit der Entwicklung der Studienplätze aussieht, wo und wie sie in Bayern verteilt werden sollen, wie es mit dem Verkehr, der Infrastruktur und mit der Entwicklung von Arbeitsplätzen, auch öffentlichen Arbeitsplätzen, aussehen soll. Das alles haben wir bereits vor ein paar Wochen als Forderungskatalog vorgelegt. Damals ist das von der Regierungskoalition abgelehnt und zum Teil auch als Miesmacherei diffamiert worden. Was erleben wir nun? Jetzt gibt es eine ganze Reihe von Initiativen, beispielsweise den Zukunftsrat II der CSU in Niederbayern, den Aktionsplan Aufbruch Niederbayern, einen Brief von Staatsminister Brunner an Ministerpräsident Seehofer, in dem er mehr Aktivitäten fordert, die Niederbayernkonferenz der FDP vom 2. April, bei der auch darauf hingewiesen und gesagt wurde - jedenfalls ist das der "Passauer Neuen Presse"; Sie sind mit dem Hinweis zitiert -, dass in Niederbayern in den letzten zwanzig Jahren einiges zum Stillstand gekommen sei. Plötzlich gibt es also eine ganze Reihe von Einschätzungen, denen zufolge mehr getan werden muss. Wenn mehr getan werden muss, dann hat das auch in den Haushaltsplanungen seinen Niederschlag zu finden; aber danach suchen wir leider in vielen Bereichen noch ein Stück weit vergebens.

Mit Blick auf die Uhr will ich nur noch zwei Aspekte herausgreifen, nämlich zum einen das Thema Infrastruktur/Breitband und zum anderen die regionale Wirtschaftsförderung.

Zum Thema Infrastruktur und Breitband muss man noch einmal deutlich machen, dass dieses moderne Kommunikationsmittel auch eine große Chance zur Dezentralisierung für ganz Bayern darstellt. Welches Ziel ist in Bayern im Förderprogramm festgelegt? Ein Mbit/s. Dieser Tage ist auf einer Konferenz in Berlin ein Mbit/s nur noch als Pseudo-Internet bezeichnet worden, und stattdessen wurde gefordert, dass in einer gemeinschaftlichen Aktion zwischen Bund und Ländern das Ziel von 50 Mbit/s ins Auge gefasst werden muss. Nach wie vor wird diese Aufgabe in Bayern den Kommunen allein zugewiesen.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Aber mittlerweile hat es jedenfalls die CSU in Niederbayern schon verstanden und gefordert, dass der Staat und die Kommunen dies gemeinsam machen sollen. Das entspricht auch unseren langjährigen Forderungen und stellt an dieser Stelle endlich ein hoffnungsvolles Signal dar. Das sollte man dann aber nicht bloß plakativ in Zeitungen verbreiten, sondern man sollte es auch hier durchsetzen, dass dies eine Aufgabenzuweisung an den Staat selbst ist.

Sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister, Sie sagen, Bayern sei in diesem Bereich Spitze. Das mag, wenn es um ein Mbit/s geht, vielleicht richtig sein; aber über dieses Ziel ist die Zeit hinweggegangen. Bezüglich 50 Mbit/s besteht in Bayern aktuell ein Versorgungsgrad von 24,3 % der Haushalte; in Baden-Württemberg liegt er bei 75 %. - So viel zu dem Hinweis auf die Spitzenleistung des Freistaats an dieser Stelle. Hier ist viel versäumt worden und noch viel aufzuholen. Darauf warten wir.

Der andere Punkt, die regionale Wirtschaftsförderung, ist ebenfalls ganz wichtig. Das bestätigen Sie auch ununterbrochen. Das ist auch die Erfahrung der letzten Jahre, wenn wir gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern erreichen wollen, insbe-

sondere auch in Oberfranken und in den Gebieten, die der Zukunftsrat eher für wenig chancenreich hält. Dann muss da mehr passieren, als wir bisher erleben. Dieser Ansatz ist völlig unterfinanziert, und Sie werden die bestmögliche Förderung, die Sie immer ankündigen und auch für erforderlich halten, nicht annähernd mit dem Haushaltsansatz erreichen, den wir im Doppelhaushalt 2011/2012 vorgelegt bekommen haben.

Deswegen fordern wir auch, da mehr zu machen, um allen Regionen Bayerns die entsprechenden Chancen zu geben. Solange Sie da nicht auch den Haushalt entsprechend ausstatten, werden die Äußerungen und Zielsetzungen in Richtung gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern nur ein Lippenbekenntnis bleiben.

In diesem Sinne: Wir brauchen mehr Engagement, mehr Geld und auch mehr eigene Aufgabenerfüllung im Bereich Infrastruktur und Breitband. Dann können Sie auch auf unsere Zustimmung hoffen. Aber bislang ist das noch nicht der Fall.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Mütze das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Vielen Dank. - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister! Für jemanden, der dem Wirtschaftsausschuss noch nicht so lange angehört und aus der Haushaltspolitik kommt, ist es kein Vergnügen, sich mit diesem Haushalt auseinanderzusetzen. Man hätte an diesem Haushalt erkennen müssen oder erkennen können, dass es der Staatsregierung ernst ist mit der Energiewende, dass es ihr ernst ist mit der Stärkung des ländlichen Raumes, um nur zwei Beispiele zu nennen. Schließlich soll man doch in diesem Haushalt, in dem Einzelplan 07, die Mittel für die rationelle Energiegewinnung und -verwendung finden oder zum Beispiel die Mittel für die Stärkung der regionalen Planungsverbände als Stützen bei der Begleitung des demografischen Wandels. - Wenn man das vielleicht

nicht schon im Stammhaushalt - das ging möglicherweise ein bisschen schnell jetzt mit der Energiewende - erkennen konnte, so hätte man es aber doch mit Hilfe von Tischvorlagen erkennbar machen können. Tischvorlagen sind ein probates und bei diesen Haushaltsberatungen sehr ausgereiztes Mittel, um kurzfristig noch Änderungen im Haushalt zu bewirken. Aber - und da ist die erste Enttäuschung - im Haushaltsausschuss kamen im Bereich Energie null Tischvorlagen

(Zuruf von der SPD: Null Komma null!)

- Null Komma null. Danke!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch zur Stärkung von regionalen Planungsverbänden gab es keine Tischvorlage. Es gab eine Tischvorlage zum Staatsstraßenausbau. Das ist sozusagen der Klassiker, den hat man wieder mit stärkeren Mitteln ausgeschöpft. Das war klar, da konnte man agieren, da war man stark. Staatsstraßen - das ist auch relativ einfach; aber bei Energie tun Sie sich schwer.

(Zuruf von den GRÜNEN: Weil sie keine Ahnung haben!)

- Das kann sein, und ich werde, liebe Kollegin, gleich ausführen, wo hier die - sage ich einmal - Ahnungslosigkeit sitzt.

Der Ministerpräsident hat gestern auf uns gezeigt und uns als die Verhinderer dargestellt, als diejenigen, die zum Beispiel verhindern, dass Wasserkraftanlagen ausgebaut werden. Das finde ich schon sehr spannend; denn wenn ich mir diesen Haushalt Einzelplan 07 anschau, lese ich dort "Förderung von Kleinwasserkraftanlagen: ausgelaufen". Eine Förderung findet also nicht mehr statt.

(Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Dafür müssen Sie zuerst die Genehmigungen haben!)

Das Förderprogramm ist eingestellt.

An diesem kleinen Beispiel zeigt sich doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Wahrheit eine andere ist.

Diese Staatsregierung war doch gar nicht darauf vorbereitet, ihre Energiekonzeption schnell einmal auf neue Füße zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Von Energiekonzeption kann keine Rede sein bzw. konnte auch bisher keine Rede sein. Die Energiekonzeption ist doch 60 % Atomkraft, und beim Rest schauen wir mal!, Den Rest haben die Bürgerinnen und Bürger in Bayern mit dem Aufbau von Solar-
kraftanlagen, mit dem Aufbau von Biogasanlagen dazu gestellt. Von daher haben Bürgerinnen und Bürger den Großteil dazu getan; die Staatsregierung hat sich auf Atomkraft ausgeruht.

Jetzt muss man sich schleunigst neu erfinden und muss eine Idee haben. Dafür wäre der Haushalt kein schlechter Platz; im Haushalt müsste sich das ja abbilden.

Aber wenn ich lese, dass für die rationelle Energieverwendung fast 1 Million Euro weniger ausgegeben wird als in den letzten Jahren, dann kann es mit der Energiewende in Bayern nicht weit her sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch gestern hat uns der Ministerpräsident als seine neuen Begriffe "Energiesparen, Energieeffizienz" hier in diesem Hohen Hause an den Kopf geschleudert. Fehlanzeige in diesem Haushalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mich wundert schon, dass gerade Minister Zeil die Hand auf der Energiekonzeption des Freistaates haben will. Nichts in diesem Haushalt weist darauf hin, dass er kompetent dafür wäre, unser Land in eine neue Energiezukunft zu führen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

In seiner heutigen Rede hat er ein paar Leitlinien skizziert. Er hat von Gaskraftwerken gesprochen, die die Brücke sein müssen - da sind wir einverstanden, diese sind rasch regelbar und damit für die erneuerbaren Energien richtig und wichtig, anders als Atomkraftwerke.

Er hat von Energiespeichern gesprochen, die der Freistaat bauen wolle. Ich kenne bis jetzt nur einen, und den will Eon bauen, und zwar mitten ins Naturschutzgebiet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann es auch nicht gehen, so kann es nicht laufen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

dass Eon uns sagt, wo wir unsere Energiespeicher bauen.

Er hat weiter gesagt, die Staatsregierung setze konsequent auf erneuerbare Energien. Der Beweis sei, dass Bayern bei den erneuerbaren Energien führend sei. Lieber Herr Minister, dass Bayern führend ist, liegt an den Bürgerinnen und Bürgern, liegt an den Landwirten, die in den Ortschaften die Photovoltaikanlagen auf die Dächer gesetzt haben, weil sie die Chance erkannt haben - nicht weil die Staatsregierung die Chance erkannt hat - und weil dafür die Hintergründe geschaffen wurden, nämlich von Rot-Grün im Bund mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist der Grund, warum Bayern so weit vorn ist, und nicht die Politik der Staatsregierung!

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das wird aber hoch subventioniert!)

- Na gut. Da sind wir ja bei der Atomkraft einiges gewöhnt, was Subventionen angeht, lieber Kollege.

(Zurufe von der SPD)

Sie subventionieren Eon und wir subventionieren die Bürger. Da können Sie sich einmal fragen, was besser ist, lieber Kollege.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zudem, Herr Minister Zeil, haben Sie die europäischen Stromnetze nicht verstanden, wenn Sie sagen: Wir wollen, dass Bayern autark ist. Bayern war nie autark. Bayern hat schon immer Strom exportiert und Strom importiert, und das wird auch weiterhin so sein. Wie wollen Sie denn Windstrom zukünftig von der Nordsee hierher lotsen, wenn Sie sagen: Wir nehmen den nicht, wir sind autark! Wie wollen Sie denn Strom aus Wasserkraft, der in Norwegen erzeugt wird und der hier nach Deutschland fließen kann, wie wollen Sie denn diesen Strom ablehnen? Wollen Sie da auch sagen: Wir sind autark, wir brauchen den nicht, Strom, der sauber in Norwegen zum Beispiel produziert wurde?

(Zuruf von der CSU)

Oder wie agieren Sie, wenn eine große Firma, die hier in München sitzt und sogar den Namen der Stadt in ihrem Firmennamen hat, Desertec, plant, und zwar mit Milliardenbeträgen? Ob man das immer noch machen will in Nordafrika, das wird sich in der nächsten Zeit erweisen. Sagen Sie dann: Wir sind autark, wir wollen den Strom aus der Sahara nicht haben? Was ist denn das für eine Politik, Herr Minister?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hingegen habe ich gehört, dass Sie gesagt haben, Atomenergie ist die Brücke. Das ist dieselbe Semantik wie vor zwei Monaten. Sie haben nichts begriffen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben nichts begriffen! Atomenergie ist nicht die Brücke, Atomenergie ist eine Sackgasse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sollten Sie endlich verstanden haben; die Bürgerinnen und Bürger haben das verstanden.

Ich könnte auch noch etwas zu Herrn Huber sagen, aber ich habe nur noch drei Minuten und 30 Sekunden Redezeit. Herr Huber, was Sie hier geliefert hatten, war eine Schau.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Es war wirklich wieder eine Freude. Sie sind wenigstens fest in Ihrer Meinung: Da ist Beton, da hat sich kein Zentimeter bewegt. Sie stehen dazu. Das achte ich, aber dass Sie damit ganz weit außen stehen, muss Ihnen auch bewusst sein, Herr Huber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir noch zu einem anderen Teil des Einzelplans, zur Landesentwicklung. Mehr Geld wäre nötig für einen Bereich, der für die Entwicklung Bayerns von essenzieller Bedeutung ist unter dem Eindruck des demografischen Wandels, unter dem Eindruck der Leerung der ländlichen Räume. Doch auch hier: Business as usual. Der Landesentwicklungsplan muss neu aufgelegt werden; dafür ist Geld da, circa 1,4 Millionen Euro. Die Planungsverbände werden für ihre Verwaltungsaufgaben bezahlt. Herr Minister Zeil, das ist ein bürokratisches Armutszeugnis, sonst nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Haushalt ist mit keinem Wort davon die Rede, dass sich Bayern dem demografischen Wandel stellen muss und dass dafür vielleicht mehr Geld ausgegeben werden muss. Diesem Haushalt fehlt alles. Er hat kein Ziel, keine Vision und keine Schwerpunkte. Das ist offensichtlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dagegen birgt er viel Kleinklein.

Zur Wirtschaftsförderung: Herr Minister, Sie sagen immer wieder, der Mittelstand sei das Rückgrat. Der Ministerpräsident hat das gestern auch gesagt. Das ist vollkommen richtig. Sie loben sich dafür, dass Sie den Mittelstand fördern. Die Bayerische Staatsregierung können Sie damit jedoch nicht gemeint haben. Sehen wir uns einmal das regionale Wirtschaftsförderungsprogramm zusammen mit der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" an. Im Jahr 2008 hat man dafür noch 150 Millionen Euro ausgegeben. Aktuell sind es 116 Millionen Euro. Es geht aufwärts, aber nicht mit der bayerischen Wirtschaftsförderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das nächste Beispiel ist das Mittelstandskreditprogramm zur Steigerung der Leistungskraft. Vor dem obskuren Jahr 2004 gab es in diesem Programm einmal 35 Millionen Euro. Inzwischen sind es 24 Millionen Euro. Herr Minister Zeil, das ist weniger als im absoluten Krisenjahr. Das bezeichnen Sie als Unterstützung des Mittelstands und als Unterstützung der Wirtschaft in Bayern? Da kann ich nur lachen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die bayerische Wirtschaft brilliert nicht wegen der Staatsregierung, sondern trotz der Staatsregierung.

Noch einige kurze Worte zum Verkehr. Für die zweite Stammstrecke haben Sie doch noch die Verpflichtungsermächtigung eingestellt, obwohl die Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund nicht geschlossen ist und obwohl Sie wissen, dass die Mittel für die zweite Stammstrecke dem Nahverkehr in ganz Bayern und der S-Bahn in München fehlen werden. Sie wissen auch, dass sich die bisherigen S-Bahn-Freunde im Stadtrat München von diesem Projekt abwenden, weil sie gemerkt haben, dass es nicht finanzierbar und nicht sinnvoll ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Aufbruch Bayern habe ich jetzt nichts gesagt. Warum habe ich nichts dazu gesagt? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie dieses kleine schmale Buch zum Haushalt 07 in die Hand nehmen, können Sie darin nichts vom Aufbruch Bayern lesen. Da steht nichts drin. Aufbruch Bayern, das ist ein Projekt, mit dem die Minister und der Ministerpräsident brillieren. Herr Kollege Dr. Wengert hat aber vorhin schon ausgeführt, dass dies ein Schauprogramm und ein Schaumschlägerprojekt ist, sonst nichts. In dem regulären Haushalt 07 ist nichts zu finden, was dieses Land nach vorne bringen würde. Herr Minister, Sie sollten sich wirklich Gedanken darüber machen, ob das so weitergehen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Mütze, darf ich Sie bitten, noch einmal ans Redepult zu kommen? Herr Kollege Sinner möchte eine Zwischenbemerkung machen.

(Christine Stahl (GRÜNE): Eine weitere Sprechblase! - Simone Tolle (GRÜNE): Es wird schwarz bleiben!)

Eberhard Sinner (CSU): Herr Kollege Mütze, ich habe Herrn Kollegen Wörner in der letzten Debatte wegen der Landeshauptstadt München befragt. Sie haben sich heute vielleicht auf diese Frage vorbereiten können. Die Landeshauptstadt ist Mitbetreiber des Kernkraftwerks Isar 2. Schon 1993 hat die Landeshauptstadt beschlossen, sich von der Kernkraft zu verabschieden. Bis zum Jahr 2011 hat sie das noch nicht geschafft. Am Schuttberg dreht sich ein einsames Windrad, das eher wie ein Ventilator aussieht, aber keinen nennenswerten Beitrag leistet.

Claudia Roth berät die Stadt München. Die Biermösl Blosn weiß, wie es geht. Im Bayerischen Rundfunk können Sie hören, wie leicht es geht. Wir haben jedoch noch immer kein Ergebnis. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt, Herr Ude, sagt, dieses Kernkraftwerk sei eine Gelddruckmaschine. Herr Wörner hat mir neulich erklärt, dieses Geld würde benötigt. Es handle sich schließlich um einen Betrag, der an eine Milliarde heranreiche und notwendig sei, um in die regenerativen Energien einzusteigen.

gen. Ich habe außer bunten Prospekten zum Plataforma Solar-Konzept in Spanien oder zu dem Projekt, das Sie erwähnt haben, noch nichts gefunden. Sind hier irgendwelche komplette Trottel am Werk, die es nicht geschafft haben, von 1993 bis heute herauszukommen, oder gibt es irgendwelche anderen Hindernisse, die wir vielleicht nicht kennen? Könnten Sie uns einmal erklären, warum hier in München trotz des Willens, aus der Kernenergie auszusteigen, bis heute nichts passiert ist? Wir fühlen uns von Ihnen ein bisschen auf den Arm genommen, wenn wir Ihre Reden hören, und in München passiert nichts.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Anspruch und Wirklichkeit!)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte, Herr Kollege Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Sinner, ich könnte mich jetzt darauf zurückziehen, dass ich für München keine Verantwortung habe und deshalb nicht weiß, wie das in München läuft. Ich weiß aber, dass München den Ausstiegsbeschluss unter Rot-Grün gefasst hat und dass der Münchner Energieversorger alles tut, um zu 100 % regenerative Energien einzuführen. Ich weiß jetzt nur den Zeitraum nicht.

(Klaus Stöttner (CSU): Rechnerisch!)

Sie wissen, dass jetzt eine grün-rote Landesregierung Mitinhaber eines Kernkraftwerkbetreibers ist. Sie können zusehen, wie das in den nächsten Jahren laufen wird.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das tun wir mit großem Interesse!)

Sie können zusehen, wie man aus der Atomenergie aussteigen kann. Wenn Sie sich das anschauen, können Sie vielleicht von Grün-Rot in Baden-Württemberg etwas lernen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Da könnt ihr was lernen!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Mütze, bleiben Sie bitte da. Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Dr. Runge gemeldet.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Thomas Mütze, vermuten Sie auch, dass Herr Kollege Eberhard Sinner nicht einmal das kommunale Haushaltsrecht und die einschlägigen Vorschriften kennt? Sonst müsste er eigentlich wissen, dass die Stadt München ihre Anteile am Kernkraftwerk weder herschenken noch unter Preis verkaufen darf. Das ist der Grund dafür, dass die Stadt München immer noch an diesen Anteilen klebt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Mir kommen die Tränen! -

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Da steht die Gewinnmaximierung im Vordergrund!)

Thomas Mütze (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Dr. Runge, das ist die Antwort, die man geben muss. Offenbar haben einige Kollegen auf der rechten Seite vergessen, dass sie aus der Kommunalpolitik kommen. Deswegen wissen sie das nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist der blanke Neid auf München! Nirgendwo in ganz Deutschland trägt ihr Verantwortung für eine solche Stadt! Das ist kleinkarierte Mäkelei!)

Präsidentin Barbara Stamm: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Werner das Wort.

Hans Joachim Werner (SPD): Herr Kollege Mütze, hätten Sie vielleicht die Freundlichkeit und würden Herrn Kollegen Sinner erklären, dass München bis zum Jahr 2014 sämtliche Privathaushalte aus regenerativen Quellen mit Strom versorgen wird?

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Mit Atomstrom!)

Bis zum Jahr 2020 wird auch die gewerbliche Wirtschaft mit diesem Strom versorgt. Herr Sinner sollte deshalb die Trottel auf einer anderen Seite suchen, jedenfalls nicht bei Rot-Grün.

(Beifall bei der SPD - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Aber auch nicht in der Bevölkerung!)

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Kollege Werner, ich übernehme das einmal ohne die Trotteln. Im Jahr 2014 wird in München jeder Privathaushalt mit Ökostrom versorgt werden. Herr Kollege Sinner, wenn Sie das zur gleichen Zeit in Bayern schaffen, lade ich Sie zum Essen ein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Dr. Paul Wengert (SPD): Das war ein Eigentor!)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wünsche nach Zwischenbemerkungen mehr vor. Wir können deshalb in der Rednerliste fortfahren. Für die FDP-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Dr. Kirschner das Wort erteilen.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Lieber Herr Kollege Mütze, Sie sind gelernter Lehrer. Null ist null und null Komma null ist ebenfalls null. Null bleibt null. Das wollte ich Ihnen nur auf den Weg geben.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Mütze, wenn Sie oder die GRÜNEN das Wirtschaftsressort hätten, würde unsere Wirtschaft auf das Thema "Atomstrom - wie kommen wir davon weg" reduziert. Der Rest würde untergehen, auch die Arbeitsplätze. Vielen Dank für den Beitrag, den Sie geleistet haben.

Die wirtschaftlichen Rahmendaten in Bayern sind nicht nur gut; sie sind exzellent. Bayern ist es innerhalb kürzester Zeit - besser als anderen Bundesländern - gelungen, aus der schwersten Wirtschaftskrise herauszukommen. Herr Kollege Dr. Wengert, ja, es gab Konjunkturpakete, ja, es gab Kurzarbeit, ja, es gab das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Dies alles ist ein Beleg für das Gelingen der Sozialen Marktwirtschaft.

Herr Kollege Dr. Wengert, Herr Kollege Mütze und Herr Kollege Muthmann, wenn ich Ihre Beiträge höre, könnte ich fast glauben, Bayern liege am Boden. Die Arbeitslosigkeit ist bei 10 %. Sie haben das Ganze nur schlechtgeredet.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Genau das Gegenteil von dem, was Sie sagen, ist der Fall. Wir bekommen nicht mehr genügend Fachkräfte, um die Wirtschaft nach vorne zu bringen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ursache für diesen Erfolg war die über Jahrzehnte hinweg betriebene bayerische Wirtschaftspolitik.

Es gibt auch Risiken; Minister Zeil hat das eingehend angesprochen. Insbesondere in den europäischen Ländern gibt es Risiken aufgrund der Schuldenkrise. Wir wissen nicht, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt. Es gibt Risiken für die Weltwirtschaft; wir wissen nicht, wie sich Japan weiterentwickeln und was in Nordafrika passieren wird.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Ich bitte, die Frage später zu stellen. Ich habe von Herrn Dr. Runge gelernt, dass es besser ist, wenn man das später macht, weil man hinterher länger reden kann.

Die Auswirkungen der bestehenden Restrisiken können wir heute noch nicht abschätzen.

Noch vor einem Jahr haben wir darüber diskutiert, welche Sparmaßnahmen wir ergreifen müssen, um mehr als eine Milliarde einsparen zu können. Damals wurden massiv rückläufige Einnahmen prognostiziert; es wurde von einem Haushaltsdefizit in Höhe von drei bis vier Milliarden gesprochen. Wir sind froh darüber und glücklich, dass eine solche Situation nicht eingetreten ist. Wir haben mit dem "Aufbruch Bayern" nachge-

steuert. Im Haushalt besteht nach wie vor ein strukturelles Defizit, und der Personal-kostenanteil im bayerischen Haushalt liegt bei weit über 40 % mit steigender Tendenz. Das bringt Probleme bei der Investitionstätigkeit mit sich.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Was macht ihr dagegen?)

- Was wir dagegen machen? Wir sollten weniger Bürokratie verursachen. Lieber Herr Muthmann, jeder Änderungsantrag, der bei diesen Haushaltsberatungen gestellt wird, führt zu mehr Bürokratie; irgendwelche Verordnungen und Gesetze führen zu mehr Bürokratie. Das muss man den Menschen auch einmal sagen. Täglich werden Dringlichkeitsanträge vorgelegt, auch wenn sie völlig unnötig sind.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Hat die FDP noch nie einen gestellt?)

- Mit Sicherheit weniger als Sie. - Wir sind uns dessen bewusst, dass Sparmaßnahmen notwendig sind, obwohl nach Abzug der gebundenen Mittel insbesondere im Einzelplan 07 am Ende relativ wenig übrig bleibt. Allein in die Bahn fließt eine Milliarde an gebundenen Mitteln. Wir können also hier nichts organisieren. Die Personalkosten sind im Einzelplan 07 verschwindend gering.

Gleichzeitig müssen wir durch gezielte Investitionen die Zukunft Bayerns erfolgreich gestalten; darauf komme ich gleich noch zu sprechen. Ohne die Verlässlichkeit zu gefährden und bestehende Strukturen komplett zu kappen, ist es uns gelungen, hier eine gewisse Umsteuerung vorzunehmen. Ich bin davon überzeugt, dass uns der Spagat zwischen Sparen und dem Anstoß von zukunftssträchtigen Investitionen sehr gut gelungen ist. Das Gesamtvolumen des Einzelplans 07 liegt im Jahr 2011 bei 1,722 Milliarden Euro; im Jahr 2010 betrug es 1,728 Milliarden. Wir haben nur 6 Millionen einsparen müssen. Im letzten Jahr sind wir noch von 25 bis 30 Millionen Euro ausgegangen. Diese geringere Einsparnotwendigkeit ist den zusätzlichen Einnahmen geschuldet. Allein 60 % des Haushaltsvolumens von rund 1,7 Milliarden Euro fließen in den Schienenpersonennahverkehr; das sind gebundene Mittel.

Gegenüber 2010 müssen wir Zwangsminderungen verzeichnen. So sind die EU-Mittel um 26,2 Millionen auf 52 Millionen zurückgegangen. Das Konjunkturprogramm 1 läuft 2011 aus. Das bedeutet ein Minus von 2,8 Millionen. Die frei werdenden Kofinanzierungsmittel fließen 2011 in die regionale Wirtschaftsförderung. Das Zukunftsinvestitionsprogramm mit Bundesmitteln in Höhe von 17 Millionen Euro läuft aus. Als Sparmaßnahme 2011 nenne ich, dass das Cluster in der zweiten Förderperiode wie geplant um 10 Millionen nach unten gefahren wird. Das Mittelstandskreditprogramm wird um 2,5 Millionen reduziert. Es wurde kritisiert, dass das Mittelstandsprogramm nach unten gefahren wird. Meine Damen und Herren, wann sollen wir es denn dann nach unten fahren? Wir fahren es nach unten, wenn die Wirtschaft boomt, und wir fahren es nach oben, wenn die Wirtschaft nach unten geht. Das sind Gegensteuerungsmaßnahmen.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Herr Mütze, das sind wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten. Anscheinend haben Sie den Unterricht in Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft in der Schule geschwänzt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Kritisiert wurde, dass die Fördermittel für die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern zurückgefahren wurden. Das ist doch völlig richtig! Wir haben gegengesteuert. Wo sind denn die Fördermittel zurückgegangen? - Doch nicht bei der Bildung und Ausbildung der Mitarbeiter, wofür wir 2 Millionen an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung gestellt haben, um den jungen Menschen eine Zukunft zu geben.

Nun komme ich auf das Thema Investitionsland Bayern zu sprechen. Die Maßnahmen wurden bisher nicht aufgezählt, aber ich tue das absichtlich. Für die Breitbandförderung stehen 45 Millionen zur Verfügung. Kritisiert wurde die Übertragungsgeschwindigkeit von nur einem Mbit/s. Was bleibt uns denn anderes übrig, wenn wir innerhalb von zwei Jahren für eine Grundausstattung aller Bürger sorgen müssen? Wir werden dann nachsteuern, wenn die notwendige Technik vorhanden ist, um punktuell hochzu-

kommen. Ich wohne in Eggenfelden und bin selbst Leidtragender, weiß also, wovon ich spreche. Ich akzeptiere das. Schließlich sind auch nicht sämtliche Weiler und Häuser in Bayern innerhalb von zwei Jahren an die Wasserversorgung angeschlossen worden. Man verkauft die Menschen draußen für dumm, wenn man ihnen verspricht, dass sie alle eine Breitbandversorgung bekommen. Wie soll das denn funktionieren? Das Investitionsvolumen dafür würde in Bayern 10 Milliarden Euro betragen. Wer soll denn das bezahlen? Auch hier befinden wir uns auf einem guten Weg.

Als weitere Investitionsmaßnahmen nenne ich: 34 Millionen für das F&E-Zentrum Elektromobilität in Garching und Würzburg, 30 Millionen für das Leuchtturmprojekt "Elektromobilität verbindet Bayern" sowie für Modellregionen in Neustadt a. d. Saale, Garmisch-Partenkirchen und im Bayerischen Wald, 20 Millionen für Technologietransferzentren zum Beispiel in Bad Neustadt und Kempten, 10 Millionen für das Zentrum für wissenschaftliche Services und Transfer Aschaffenburg, 18 Millionen für das Biosystem-Forschungsnetzwerk an bayerischen Universitäten, 16,5 Millionen für das Anwenderzentrum für Karbonfasertechnologien in Augsburg, 13,65 Millionen für das Forschungszentrum für molekulare Biosysteme in München, 10 Millionen für das Europäische Zentrum für satellitengestützte Katastrophenvorsorge und Krisenmanagement in Oberpfaffenhofen, 8,8 Millionen für Regionalförderprojekte von besonderer Bedeutung, 8 Millionen für das umweltfreundliche Krankenhaus - Green Hospital - in Lichtenfels, ländlicher Raum, 8 Millionen für das Bayerische Zentrum für Bionik im Raum Nürnberg, 7 Millionen für die "Solarfabrik der Zukunft" in Oberfranken, 7 Millionen für das Zentrum Keramische Verbundstrukturen in Oberfranken, 5 Millionen für das Zentrum für angewandte Energieforschung in Würzburg, 5 Millionen für das ATZ-Entwicklungszentrum in Sulzbach-Rosenberg, 5 Millionen für das Zentrum für Werkstoff-Kreisläufe im Raum Aschaffenburg. Meine Damen und Herren, was sollen wir denn noch mehr machen? Damit entstehen ausschließlich Arbeitsplätze auf dem Land.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir sollten uns alle fraktionsübergreifend ins Stammbuch schreiben, dass wir nicht immer mehr und noch mehr fordern, sondern vielmehr darüber nachdenken sollten, wie es uns gelingen kann, die Einnahmen höher zu halten als die Ausgaben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dazu fühlen wir uns verpflichtet, da wir uns gegenüber der jungen Generation verantwortlich fühlen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Wirtschaftsförderung muss nach unten gefahren werden, wenn die Wirtschaft boomt. Wir sparen für konjunkturrell schwächere Zeiten, die sicher wieder kommen werden. Wir handeln verlässlich und nachhaltig. Gleichwohl müssen wir in der Wirtschaftsförderung umsteuern, und das geht nicht von heute auf morgen. Wir müssen die Arbeitsplätze zu den Menschen bringen, und dafür bedarf es einer Existenzgründerförderung neuen Ausmaßes. Der erste Schritt wurde damit getan, dass wir die Wirtschaft und die Wissenschaft mit der Auslagerung von Fachhochschulen und Universitäten zusammenbinden, damit Arbeitsplätze auf dem Land entstehen und wir Menschen in die Selbstständigkeit bekommen. Es ist uns ein großes Anliegen, für kompetente Fachkräfte zu sorgen. Wir haben beim Handwerk mit über 2 Millionen in die Bildung investiert und damit nachgesteuert.

Wir müssen die Industriepolitik verstärken und die Wirtschaftsförderung umsteuern. Wir benötigen eine zukunftsfähige Existenzgründungsförderung insbesondere im ländlichen Raum; denn nur Arbeitsplätze sorgen für gleichwertige Lebensbedingungen, auch auf dem Land. Daher gilt mein besonderer Dank den Leistungsträgern, den Mitarbeitern unserer Betriebe und den Unternehmern sowie, wie schon angesprochen, den Banken, den Sparkassen und den Volks- und Raiffeisenbanken, die diese schwierige Entwicklung mitgetragen haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegt keine Zwischenbemerkung vor. Dann erteile ich Herrn Kollegen Rotter für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Ausschussvorsitzende Huber die großen Linien gezeichnet hat,

(Lachen bei der SPD)

möchte ich noch einige Anmerkungen zu einem nicht unwichtigen Thema machen, nämlich zum Thema Verkehr, das am Gesamtvolumen des Einzelplans 07 keineswegs einen unterdurchschnittlichen Anteil einnimmt. Zu einer guten Entwicklung aller Landesteile gehört natürlich ein zuverlässiger, pünktlicher und bezahlbarer ÖPNV auf Straße und Schiene."Keine Region wird abgehängt." Herr Minister, ich nehme dieses Zitat aus Ihrer Haushaltsrede gerne auf. Herr Kollege Muthmann, das sind keine bloßen Lippenbekenntnisse. Natürlich könnte man immer noch mehr tun und immer noch mehr Geld ausgeben, was durchaus sinnvoll wäre. Auf der anderen Seite sind die Mittel aber auch begrenzt, wenn man einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen muss. Ich erinnere daran, dass wir mit einem Kraftakt sehr viel für die Staatsstraßen erreichen konnten. Deshalb werden wir auch dafür sorgen müssen, dass sich diese Leistungen in den kommenden Jahren verstetigen. Genauso werden wir beim ÖPNV wachsam sein und darauf achten, was noch mehr zu tun ist und was zielgenau gefördert werden kann.

Gerade für den ländlichen Raum sind die Zuwendungen für den ÖPNV unerlässlich. Zum einen gibt es die Fördermittel nach dem ÖPNV-Gesetz. Davon fließen zwei Drittel in den ländlichen Raum und nur ein Drittel in die Ballungsräume. Ich erinnere an die Busförderung mit einem Volumen von 30 Millionen Euro pro Jahr. Sie wurde einmal ausgesetzt, aber wir haben sie wieder eingeführt und setzen sie fort. Gerade die Busförderung kommt überwiegend mittelständischen Betrieben zugute. Herr Kollege Mütze, Sie haben das angemahnt. Gerade mittelständische Unternehmen erhalten den Buslinienverkehr auf dem flachen Land aufrecht.

Garant dafür, dass dieser Verkehr funktioniert und ablaufen kann, sind natürlich auch die Ausgleichszahlungen nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes. Auch bei diesen Mitteln ist es uns in diesem Haushalt endlich gelungen, sie zumindest um 2,5 Millionen Euro pro Jahr zu erhöhen. Diese Ausgleichszahlungen sind seit über zehn Jahren unverändert geblieben. Sie leiden immer noch unter den Kürzungen von Koch und Steinbrück, obgleich zwischenzeitlich die Spritpreise und die Löhne gestiegen sind und sich auch die Schülerfahrten ausgeweitet haben. Ich erinnere daran, dass es mehr Nachmittagsunterricht gibt. Ich erinnere daran, dass Schulstandorte konzentriert worden sind. Deshalb ist diese Erhöhung der Ausgleichszahlungen unerlässlich.

Allerdings - und dazu möchte ich an Sie appellieren, Herr Minister - müssen wir jetzt durch eine Anpassung der Sollkostensätze dafür sorgen, dass die Mittel bei den betroffenen Busunternehmen ankommen. Ich weiß, dass Ihr Haus darüber intensive Gespräche führt. Ich hoffe, dass wir diese Gespräche in absehbarer Zeit auch abschließen können.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bayerntakt ist ein Erfolgsmodell. Mindestens stündlich fahren auch auf dem Land Züge auf nahezu allen Strecken. Dieses Zugangebot ist in den vergangenen Jahren massiv ausgeweitet worden. Ich erinnere daran, dass wir in den achtziger und noch Anfang der neunziger Jahre über Streckenstilllegungen gesprochen haben. Diese Strecken werden weiter bedient, sie werden stündlich bedient, und jetzt sollen auch neue Haltepunkte an diesen Strecken eröffnet werden. Ich habe es angesprochen, als wir mit Frau Staatssekretärin Hessel über den Staatssekretärsausschuss gesprochen haben. Für den ländlichen Raum ist es wichtig, dass der Zug nicht nur durchfährt, sondern dass er auch dort hält, wo die Menschen wohnen und wo sich die Arbeitsplätze befinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Dank zahlreicher Ausschreibungsprojekte, die im Wettbewerb günstige Preise ergeben haben, konnten wir diesen Zugverkehr ausweiten. Ärgerlich ist allerdings, dass es beim Start großer Ausschreibungsprojekte immer wieder zu Verzögerungen und auch zu berechtigten Protesten der Fahrgäste kommt. Die neuen Fahrzeuge sind häufig zu eng, haben unbequeme Sitzplätze, Probleme mit Kupplungen und sind technisch nicht ausgereift. Im Übrigen dürfen wir Reisende auf Fernpendlerstrecken nicht in S-Bahn-ähnliche Triebzüge quetschen.

(Zustimmung und Beifall des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Das wird von den Fahrgästen nicht akzeptiert. Wir wollen, dass sie einigermaßen bequem fahren können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe darauf hingewiesen, was für den ÖPNV noch weiter getan werden kann. Ich weiß, dass Sie, Herr Staatsminister, in enger Zusammenarbeit mit der Bayerischen Eisenbahngesellschaft und mit dem Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags stehen, der den ÖPNV immer wieder in regelmäßigen Abständen thematisiert und ein waches Auge darauf hat, dass es zu weiteren Verbesserungen kommt. In einem Flächenland wie Bayern, in dem flächendeckend Arbeitsplätze und Schulen angeboten werden, sind diese Infrastruktureinrichtungen unerlässlich. Mit diesem Haushalt stellen wir die weitere Finanzierung des ÖPNV sicher. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 07.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Wengert hat darum gebeten, seine Redezeit von 49 Sekunden noch nützen zu dürfen. Herr Kollege, das ist jetzt eine Herausforderung.

Dr. Paul Wengert (SPD): Lieber Herr Kollege Kirschner, bei aller Freundschaft, ich verwahre mich gegen Ihren Vorwurf, ich hätte Bayern schlechtgeredet. Ich habe genau das Gegenteil getan. Ich habe die Freude der Sozialdemokraten über die positi-

ve Wirtschaftsentwicklung zum Ausdruck gebracht. Ich habe mich nur dagegen gewandt, dass dies einseitig als Ergebnis einer hervorragenden Politik der Staatsregierung und der sie tragenden Parteien gewertet wird. Das bitte ich doch deutlich auseinanderzuhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte Sie, nicht immer wieder beides miteinander zu vermischen.

Lieber Kollege Huber, zum Einzelplan 07 haben Sie gar nichts gesagt. Sie haben sich in Allgemeinplätzen ergangen. Wenn Sie schon pseudosoziale Krokodilstränen über die Energiepreise vergießen, müssen Sie um der Wahrheit willen auch sagen, dass die Entsorgung der Atommeiler Milliarden kosten wird, und zwar nicht die Anteilseigner, sondern die Steuerzahler in diesem Land. Von den Kosten für die überhaupt nicht geklärte Endlagerung der Brennelemente will ich gar nicht reden.

(Widerspruch des Abgeordneten Klaus Stöttner (CSU))

Das wird uns super teuer zu stehen kommen. Die Preise für regenerative Energien sind dagegen geradezu Peanuts. Von der staatlichen und damit steuerfinanzierten Förderung der Atomenergie in Höhe von rund 100 Milliarden Euro in den letzten dreißig, vierzig Jahren will ich ganz absehen.

(Beifall bei der SPD - Klaus Stöttner (CSU): Eine völlig falsche Aussage!)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Zeil noch einmal ums Wort gebeten.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich in aller Kürze zum Schluss der Debatte einige Worte sagen. Ich bedanke mich bei den Koalitionsfraktionen für die Unterstützung und auch für die über den engeren Bereich des Haushalts hinausgehenden sehr nachdenkswerten Hinweise. Herr Kollege Huber, Sie haben auf die internationale Finanz-

marktarchitektur hingewiesen. Hier ist in der Tat noch viel zu tun. Hier sind wir noch lange nicht da, wo wir sein müssten.

Ich bedanke mich auch bei der Opposition für die sehr häufig in Kritik gut verpackten Lobpreisungen unserer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Ich stelle fest, dass Ihnen nicht sehr viel mehr eingefallen ist, als mehr Geld zu fordern und Pressemitteilungen zu zählen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Alexander König (CSU): Genau so war es!)

Ich sage aber auch, dass wir mit diesem Haushalt nachhaltig handeln müssen. Herr Kollege Mütze, Sie waren ein gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn man vom Haushaltspolitiker zum Wirtschaftspolitiker mutiert. Sie haben bei der Finanzpolitik immer nachhaltiges Handeln eingefordert. Das heißt, wir müssen sparen können. Sie fordern jetzt aber nur mehr Geld. Ich glaube, das ist keine sehr phantasievolle Finanz- und Haushaltspolitik.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Herr Kollege Muthmann, Sie haben gefordert, wir sollen Bürokratie abbauen. Ich darf Sie einmal bitten, dass Sie bestimmte Anfragen aus Ihrer Fraktion zurückstellen. Ich darf eine Anfrage des Kollegen Felbinger vorlesen:

Ich frage die Staatsregierung: Wie viele öffentliche Telefone sind bayernweit aufgestellt, und wie ist die kommunale Verteilung, wie ist die Verteilung von Telefonzellen und Basistelefonen, wie ist die Verteilung von Münz- und Kartentelefonen?

Auch solche Anfragen sollten Sie zurückstellen, wenn Sie selber einen Beitrag zum Bürokratieabbau leisten wollen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir brauchen auch keine Belehrungen zum europäischen Stromverbund. Leider funktioniert die Energieversorgung derzeit nur aufgrund der Beiträge aus energieschädlichen Kohlekraftwerken in anderen europäischen Ländern und aus Kernkraftwerken in West- und Osteuropa. Herr Kollege Mütze, Sie sagen, dass wir Desertec zurückgewiesen hätten. Vielleicht müssen Sie sich da noch einarbeiten. Diese Staatsregierung hat dafür gesorgt, dass Desertec seine Hauptniederlassung hier in München hat. Wir halten dieses Projekt für zukunftsfähig.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sie haben schon wieder eine Andeutung gemacht: Ja, wir sind für Pumpspeicherkraftwerke, jedoch nicht an diesem Standort. Diese doppelbödige Politik lassen wir Ihnen nicht mehr durchgehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sie setzen sich für die erneuerbaren Energien ein, kämpfen jedoch nicht für die Infrastruktur. Die Staatsregierung wird die Energiewende einleiten und durchführen. Wir setzen die Energiewende mit Augenmaß um, weil wir die Zukunft des ganzen Landes im Auge behalten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Minister Zeil, es ist wunderschön, wenn Sie so schreien. Wir freuen uns, wenn Sie etwas mehr Temperament zeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt möchte ich mich aber ganz nüchtern und sachlich zu der Anfrage des Herrn Kollegen Felbinger äußern. Die Anfrage ist grundrichtig. Es geht um die Versorgung der Menschen im Land, auch im flachen Land. Es liegt ebenfalls an Ihnen, dass es dabei

zu vielen Fehlentwicklungen gekommen ist, weil Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen in den letzten Jahren viel zu häufig die Sitzungen des Beirats Telekommunikation geschwänzt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das muss festgehalten werden.

Zum zweiten Punkt haben Sie gebrüllt: Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Bedauerlicherweise konnten Sie nicht der gestrigen Debatte beiwohnen. Derzeit liegen 70 solcher Fälle vor Ort vor. Wir prüfen sie alle ganz genau. In den allermeisten Fällen ist eine ganz andere Fakultät vor Ort gegen Solarparks, Windkraftanlagen und Stromleitungen. Dagegen begehren die Leute Ihrer Fakultät auf. Das können wir alles dokumentieren. Mit Ihrem Gebrüll kommen Sie nicht weiter. Wir schauen mal, was Sie uns nicht durchgehen lassen wollen, solange Sie noch die Möglichkeit dazu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Dr. Runge, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie anerkennen, dass ich Ihnen meine Gedanken manchmal etwas lebhafter nahebringe. Sie kennen mich inzwischen und wissen, dass ich besonnen bin, weil wir nicht in Panik verfallen dürfen. Selbstverständlich schätze ich jedoch die Leidenschaft des Parlamentariers, wie auch Sie es tun, und bin ebenfalls dazu fähig.

Ihre erste Frage beantwortet sich schon fast von selbst. Selbstverständlich sind wir präsent. Ich wollte lediglich darauf hinweisen, dass wir es selbst in der Hand haben, auf welche Weise wir Apparate beschäftigen. Sie müssen zugeben, dass man hinter diese Fragen sehr viele Fragezeichen setzen kann, zumal es andere gibt, die sehr viel besser Auskunft über dieses Thema geben können.

Ihr Kollege hat eben zu Recht von Desertec und den Onshore- und Offshore- Windkraftanlagen gesprochen. Wir alle wissen, was dies für die deutschen Leitungsnetze

bedeutet. Das ist schon für die Wasserkraftwerke in Deutschland problematisch, ganz zu schweigen von der Wasserkraft in Norwegen. Von den benötigten 3.600 Kilometern Spannungsleitungen stehen gerade mal 100 Kilometer. Das gilt ebenfalls für andere Infrastrukturmaßnahmen, zum Beispiel für die Gaskraftwerke. Das hat Herr Kollege Mütze angesprochen. Im Einzelfall kommt es darauf an, dass wir nicht nur darüber reden, sondern uns zu dem Ausbau bekennen und bei den Bürgern dafür werben. Wir sollten nicht, wie dies häufig auf der linken Seite des Saales der Fall ist, die Bürgerinitiativen gegen diese Standorte anführen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Machen Sie es doch endlich!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister Zeil, es gibt eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Mütze hat freundlicherweise darauf hingewiesen, dass wir von Baden-Württemberg im Hinblick auf die Energiewende sehr viel lernen könnten. Dort soll uns gezeigt werden, wie wir aus der Kernenergie aussteigen und den Weg zu den erneuerbaren Energien öffnen können. Ich bin sehr gespannt, was wir uns anschauen können. Nicht nur in Bayern wird der Bau von Pumpspeicherkraftwerken vonseiten der GRÜNEN behindert, sondern auch in Baden-Württemberg. Ich erinnere an das Pumpspeicherkraftwerk Schluchsee, das im Hinblick auf die Leistung ein Kernkraftwerk ersetzen soll. Die GRÜNEN möchten auf der einen Seite die Kernkraft in Baden-Württemberg abschaffen und weisen auf der anderen Seite ein großes Vorhaben für Pumpspeicherkraftwerke in der Dimension eines Kernkraftwerks - dreimal dürfen Sie raten - zurück. Selbst wenn die GRÜNEN immer noch behaupten, sie würden die konsequente Umsetzung der erneuerbaren Energien vorantreiben, folgen sie nur ihren Träumen. Die GRÜNEN sind jedoch in der Realität und bezogen auf die Umsetzung der Projekte in Bayern, Baden-Württemberg und in ganz Deutschland nach wie vor eine Dagegen-Partei, die Protestbewegungen anführt.

(Beifall bei der FDP - Dr. Martin Runge (GRÜNE): Lüge!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister Zeil hat das Wort.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Thalhammer, ich bin Ihnen dafür dankbar, dass Sie das Hohe Haus über diesen Vorgang aufgeklärt haben. Vorhin ist davon gesprochen worden, dass maßgebliche Vertreter der Landeshauptstadt München Isar 2 als Geldmaschine bezeichnet und es mit dem Ausstieg aus der Atomenergie nicht eilig gehabt hätten. Wir werden dieses Projekt in den nächsten Monaten mit großer Glaubwürdigkeit auf die Beine stellen müssen. Dazu werden wir Ihnen konkrete Maßnahmen vorstellen. Jeder wird aufgefordert, den Worten Taten folgen zu lassen. Das gilt insbesondere für das Thema Infrastruktur.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte Sie, zur Abstimmung die Plätze einzunehmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7659 mit 16/7672 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7846 zugrunde.

Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7669, 16/7670 und 16/7671 einzeln abstimmen zu lassen. Deswegen lasse ich vorweg über diese Änderungsanträge einzeln abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag auf der Drucksache 16/7669 "Programm zur Förderung von kleinen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte Sie, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der FREIEN WÄHLER.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Nein-Sager! - Ulrike Gote (GRÜNE): Da sitzt die Dagegen-Partei!)

Enthaltungen? - Das ist die SPD-Fraktion. Bei Enthaltung der SPD-Fraktion ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag auf der Drucksache 16/7670 "Programm zur Energie-Effizienz: Umstellung von elektrischen Nachtspeicherheizungen auf moderne Heiztechnik und, oder erneuerbare Energien" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER.

(Unruhe)

- Es tut mir leid. Darf ich die Abstimmung wiederholen? Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/7670 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und einige Stimmen aus der SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Das sind einige Stimmen aus der SPD-Fraktion. Bei Stimmenthaltungen aus der SPD-Fraktion ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt. Wer dem Änderungsantrag auf der Drucksache 16/7671 betreffend "Programm dezentrale Energiespeicher: Unterstützung bei der Errichtung von Speichern bei Biogasanlagen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie einige Stimmen aus der SPD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Mit Enthaltungen aus den Reihen der SPD-Fraktion ist der Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

Der Einzelplan 07 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/7846 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 07 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Ich bitte die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90 DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Keine.

(Zurufe von der CSU: Nein-Sager!)

Damit ist der Einzelplan 07 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge gelten, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und der FDP. Ich bitte die Gegenstimmen anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. So beschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Beratung des Einzelplans 07 ist abgeschlossen. Herr Staatsminister, ich sage Ihnen dazu herzlichen Glückwunsch. Nun kann an die Arbeit gegangen werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2011/2012;
Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen**
Drs. 16/7327

Dem Einzelplan 06 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit

Dem Einzelplan 12 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/8083) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dem Einzelplan 15 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/7985) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2011/2012; Einzelplan 13 – Allgemeine Finanzverwaltung –

Dem Einzelplan 13 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/8175) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt,

1. den Ansatz bei Kap. 13 03 Tit. 546 49 (Vermischte Ausgaben und zum Ausgleich der Schluss-Summe des Haushaltsplans) entsprechend anzupassen.
2. die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/6880, 16/8201

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern
für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
(Haushaltsgesetz – HG – 2011/2012)**

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

630–2–18–F

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz – HG – 2011/2012)

Art. 1 Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 wird in Einnahmen und Ausgaben auf
42 491 134 500 € für das Haushaltsjahr 2011 und
43 115 855 000 € für das Haushaltsjahr 2012
festgestellt.

Art. 2 Kreditermächtigungen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für Investitionen folgende Kredite am Kreditmarkt aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2011 bis zur Höhe von Null €,
2. im Haushaltsjahr 2012 bis zur Höhe von Null €,
3. die in den vorausgegangenen Haushaltsjahren genehmigten Kreditmittel, soweit sie bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2010 nicht aufgenommen wurden und zur Deckung noch benötigt werden.

(2) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zweckgebundene Darlehen aus Mitteln des Bundes, die zur Förderung des Städtebaus gewährt werden, bis zu folgender Höhe aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2011 bis zur Höhe von 200 000 €,
2. im Haushaltsjahr 2012 bis zur Höhe von 200 000 €.

²Diese Ermächtigung erhöht oder vermindert sich insoweit, als die zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Darlehen die im Haushalt veranschlagten Beträge überschreiten oder hinter ihnen zurückbleiben.

(3) ¹Die Kreditermächtigung des Abs. 1 erhöht sich um die Beträge, die bei den Kapiteln 13 06 und 13 60 im betreffenden Haushaltsjahr zur Tilgung von Krediten am Kreditmarkt sowie zur Kursstützung von Staatsanleihen erforderlich sind; sie erhöht sich ferner um die Beträge, die zur Umfinanzierung von Krediten auf Grund längerer Laufzeiten oder sonstiger günstigerer Bedingungen notwendig werden. ²Das Staatsministerium der Finanzen darf im Rahmen von Kreditfinanzierungen ergänzende Vereinbarungen treffen, die der Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, ab November eines Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von zwei v.H. des in Art. 1 für das laufende Jahr festgestellten Betrags aufzunehmen. ²Die danach aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(5) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel des Staates Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von acht v.H. des festgestellten Haushaltsvolumens aufzunehmen. ²Über diesen Betrag hinaus kann das Staatsministerium der Finanzen weitere Kassenverstärkungskredite aufnehmen, soweit es von der Kreditermächtigung nach Abs. 1 keinen Gebrauch macht.

Art. 3

Konjunkturpolitisch bedingte Maßnahmen

(1) Die Staatsregierung kann bei einer allgemeinen Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit gemäß § 6 Abs. 2 in Verbindung mit § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft zusätzliche Ausgaben beschließen, wenn und soweit hierfür zusätzliche Finanzhilfen des Bundes gemäß Art. 104b Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zur Verfügung stehen.

(2) Soweit die in Abs. 1 genannten Mittel zur Leistung von zusätzlichen Ausgaben gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft nicht ausreichen, wird das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, über die in Art. 2 erteilten Kreditermächtigungen hinaus Kredite bis zur Höhe von 100 000 000 € aufzunehmen.

(3) ¹Im Fall einer die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigenden Nachfrageausweitung kann die Staatsregierung das Staatsministerium der Finanzen ermächtigen, die Verfügung über bestimmte Ausgabemittel, den Beginn von Baumaßnahmen und das Eingehen von Verpflichtungen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre von seiner Einwilligung abhängig zu machen. ²Das Staatsministerium der Finanzen hat die dadurch nach Ablauf eines Haushaltsjahres frei gewordenen Mittel, soweit sie nicht zur Verminderung des Kreditbedarfs verwendet werden können, einer Ausgleichsrücklage zuzuführen.

Art. 4

Haushaltswirtschaftliche Sperren

(1) Die Staatsregierung kann das Staatsministerium der Finanzen, unbeschadet seiner Befugnisse gemäß Art. 41 BayHO, ermächtigen, im Benehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags zur Erwirtschaftung der bei Kap. 13 03 Tit. 972 01 veranschlagten Minderausgabe die Ausgabemittel im erforderlichen Umfang zu kürzen oder zu sperren.

(2) Nach Abs. 1 und nach Art. 41 BayHO gesperrte Beträge sind in der Haushaltsrechnung als Minderausgabe nachzuweisen.

(3) Daneben sind aus Bundesmitteln finanzierte Ausgaben zu sperren, soweit auf Grund von Etatentscheidungen des Bundes absehbar ist, dass gegenüber den Ansätzen im Haushaltsplan geringere Bundesmittel eingehen werden.

Art. 5

Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung

Die Haushaltsordnung des Freistaates Bayern – Bayerische Haushaltsordnung – BayHO – (BayRS 630-1-F), zuletzt geändert durch § 11 des Gesetzes vom 5. August 2010 (GVBl S. 410), wird wie folgt geändert:

1. Art. 10 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die Staatsregierung unterrichtet den Landtag rechtzeitig über Staatsverträge oder sonstige Vereinbarungen mit dem Bund oder einem Land, soweit sie erhebliche haushaltsmäßige Auswirkungen haben.“

2. Art. 49 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

b) Es werden folgende Sätze 2 bis 4 angefügt:

„²Hat ein Beamter gleichzeitig mehrere Hauptämter mit Anspruch auf Bezüge inne, richtet sich die Einweisung in die Planstelle nach dem Hauptamt, für das die Bezüge gewährt werden. ³Für jedes weitere Hauptamt, für das keine Bezüge gewährt werden, ist der Beamte zusätzlich in eine Planstelle oder in eine Leerstelle einzuweisen. ⁴Die Einweisung in eine Planstelle oder eine Leerstelle gemäß Satz 3 ist nicht erforderlich, wenn das weitere Hauptamt vom selben Dienstherrn verliehen wurde.“

3. Art. 50 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Bezüge“ die Worte „und sonstigen Leistungen“ eingefügt.

b) In Abs. 3 Satz 3 wird die Besoldungsgruppe „A 2“ durch die Besoldungsgruppe „A 3“ ersetzt.

Art. 6**Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung**

(1) ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die Stellenpläne für planmäßige Beamte und Richter, Beamte und Richter auf Zeit, Beamte und Richter auf Probe (Titel 422 01 bis 422 06 und Titel 422 11 bis 422 15), für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25), für abgeordnete Beamte und Richter (Titel 422 31 bis 422 35), sowie für Arbeitnehmer (Titel 428 01 bis 428 07) gebunden. ²Bei der Bewirtschaftung der Stellenpläne und der Personalausgaben sind neben den folgenden Abs. die Nrn. 2 und 3 der Durchführungsbestimmungen verbindlich zu beachten.

(2) ¹Die im Haushaltsplan 2011 neu ausgebrachten Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer dürfen nicht vor dem 1. Oktober 2011 und die im Haushaltsplan 2012 neu ausgebrachten Stellen nicht vor dem 1. Oktober 2012 besetzt werden; das Staatsministerium der Finanzen kann in besonderen Einzelfällen Ausnahmen zulassen. ²Frei werdende Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer dürfen frühestens nach Ablauf von zwölf Monaten vom Tag des Freiwerdens an besetzt werden (Wiederbesetzungssperre); dies gilt auch für Stellen in Titelgruppen und für Stellen, die bei den Titeln 428 21 und 428 22 veranschlagt sind; für institutionell geförderte Zuwendungsempfänger gilt die Wiederbesetzungssperre sinngemäß. ³Satz 2 gilt nicht bei einer Neueinstellung eines schwerbehinderten Menschen. ⁴Die zuständige oberste Dienstbehörde kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen in besonderen Fällen Ausnahmen von Satz 2 zulassen. ⁵Abweichend von Art. 50 Abs. 1 Satz 2 BayHO können in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 kw-Vermerke, die im Rahmen der Neugliederung der Geschäftsbereiche oder der Verwaltungsreform auszubringen sind, mit einer zeitlichen Einschränkung versehen werden.

(3) Bei der Stellenbesetzung ist Folgendes zu beachten:

1. Innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel können, soweit und solange dienstliche Bedürfnisse es erfordern, die im Haushaltsplan ausgebrachten Planstellen und Stellen nach folgenden Maßgaben auch anderweitig besetzt werden:

a) ¹Freie und besetzbare Planstellen und andere Stellen können wie folgt besetzt werden:

aa) Stellen für planmäßige Beamte oder Richter (Titel 422 0.)

- durch Beamte oder Richter auf Zeit, durch Beamte oder Richter auf Probe sowie durch abgeordnete Beamte oder Richter (Titel 422 3.),
- durch Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25),
- durch Arbeitnehmer (Titel 428 0., 428 2. und 428 30) oder
- durch Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 428 1.).

bb) Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25)

- durch Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst mit gleichem oder niedrigerem Anwärtergrundbetrag (Art. 77 BayBesG),
- in Kapitel 03 18 durch Polizeioberwachmeister der BesGr A 5 oder
- durch Dienstanfänger.

cc) Stellen für Arbeitnehmer (Titel 428 0.)

- durch Arbeitnehmer (Titel 428 2.),
- durch Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 428 1.) oder
- durch Auszubildende.

²Die in Satz 1 genannten Stellenbesetzungen dürfen nur mit Beschäftigten gleicher oder niedrigerer Besoldungs- oder Entgeltgruppen vorgenommen werden; bei der Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte durch Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25) sind für die zu besetzenden Planstellen die Eingangsämter maßgebend, in die die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes voraussichtlich eintreten. ³Planstellen mit einer Amtszulage (Art. 34 Abs. 1 BayBesG), mit einer Zulage für besondere Berufsgruppen (Art. 34 Abs. 2 BayBesG), mit einer besonderen Amtszulage (Art. 27 Abs. 3 BayBesG) und/oder mit einer besonderen Zulage für Richter (Art. 56 BayBesG) gelten als eigene Besoldungsgruppe. ⁴Gleiches gilt für Planstellen mit einer Stellenzulage (Art. 51 BayBesG), soweit der Ausweis der Stellenzulage im Haushaltsplan durch Gesetz oder Rechtsverordnung vorgeschrieben ist. ⁵Planstellen derselben Besoldungsgruppe mit einer Amtszulage oder mit einer Zulage für besondere Berufsgruppen gelten bei der Stellenverrechnung als gleichwertig; dies gilt nicht, wenn Planstellen sowohl mit einer Amtszulage als auch mit einer Zulage für besondere Berufsgruppen ausgebracht sind. ⁶Soweit gemäß Satz 1

Doppelbuchst. aa Planstellen der Titel 422 0. durch Arbeitnehmer (Titel 428 30) besetzt werden, sind die Ausgaben bei Titel 428 07 nachzuweisen.

- b) Ein Beamter, der vom Landtag auf Grund der Verfassung oder auf Grund eines Landesgesetzes gewählt wurde, kann nach dem Ende seiner Amtszeit bis zur Einweisung in eine für ihn geeignete Planstelle auf einer Planstelle niedrigerer Wertigkeit, mindestens jedoch der Besoldungsgruppe A13, verrechnet werden.
 - c) ¹Auf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bzw. auf Stellen für Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung (Titel 422 21 bis 422 25) dürfen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen bis zur Bekanntmachung des nächsten Haushaltsgesetzes Beamte auf Probe oder Beamte auf Lebenszeit im jeweiligen Eingangsamt verrechnet werden. ²Die Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen ist nicht erforderlich, wenn die Verrechnung sechs Monate nicht überschreitet und die dadurch entstehenden Mehrkosten an geeigneter Stelle bei den Personalausgaben des entsprechenden Einzelplans zusätzlich eingespart werden.
 - d) ¹Von den Stellenplänen für tarifliche Arbeitnehmer darf vorübergehend nur dann abgewichen werden, wenn Höhergruppierungen von Arbeitnehmern auf Grund für den Freistaat Bayern verbindlicher, im Lauf des Haushaltsjahres in Kraft tretender neuer Tarifverträge durchzuführen sind. ²Nach Möglichkeit sind hierfür jedoch besetzbare freie Stellen zu verwenden. ³In der Aufzeichnung über die Stellenbesetzung ist die höhere Eingruppierung unter Hinweis auf den entsprechenden Tarifvertrag zu vermerken.
 - e) Nr. 3 der Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz bleibt unberührt.
2. Beamte, die auf Grund von Art. 53 BayBesG (Zulage für die Wahrnehmung befristeter Funktionen) oder auf Grund von Art. 54 BayBesG (Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes) Besoldung entsprechend einer höheren Besoldungsgruppe erhalten, sind, soweit im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt ist, in eine Planstelle dieser Besoldungsgruppe einzuweisen.
3. ¹Beamte oder Arbeitnehmer, die auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Vorschrift für ihre Person betragsmäßig dauerhaft Besoldung oder Entgelte einer höheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe erhalten, sind in die nächste besetzbar werdende (Plan-) Stelle dieser oder einer höheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe einzuweisen. ²Für den Ausgleich von Amtszulagen, Zulagen für besondere Berufsgruppen und besonderen Amtszulagen gilt Entsprechendes. ³Satz 1 gilt nicht für Zulagen gemäß Art. 57 BayBesG.
4. ¹Nr. 3 gilt entsprechend, wenn Arbeitnehmern höherwertige Tätigkeiten übertragen werden sollen und dadurch tarifrechtliche Ansprüche auf Höhergruppierung begründet werden oder bei einer vorübergehenden Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit nach § 14 TV-L eine Zulage zu zahlen ist. ²Dies gilt jedoch nicht bei einer vorübergehenden Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit nach § 14 TV-L für die Zeit der Vertretung eines erkrankten Bediensteten, für die Zeit der Vertretung einer Bediensteten, die den Beschäftigungsverboten nach dem Mutterschutzgesetz unterliegt, oder für die Zeit der vollumfänglichen Urlaubsvertretung.
5. Wird einem Bediensteten Elternzeit gewährt, kann zur Überbrückung eines unabweisbaren Aushilfsbedarfs das ganz oder teilweise freie Stellengehalt der betreffenden Stelle für die Beschäftigung von Aushilfskräften verwendet werden.
6. Im Übrigen sind Abweichungen bei der Stellenbesetzung nur in besonderen unvorhergesehenen und unabweisbaren Einzelfällen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen kostenneutral möglich.
- (4) ¹In den Kapiteln 15 06 bis 15 27, 15 32 bis 15 48, dem Kapitel 15 50 sowie in den Kapiteln 15 59 bis 15 64 können die Hochschulen und das Elitenetzwerk Bayern innerhalb ihres jeweiligen Kapitels die Wertigkeiten der ausgebrachten (Plan-) Stellen für Forschung und Lehre neu festsetzen, soweit sie frei sind oder frei werden und ein unabweisbarer Bedarf hierfür besteht. ²Veränderungen im Bereich der (Plan-) Stellen für die Hochschulverwaltung bedürfen der vorherigen Zustimmung durch das Staatsministerium der Finanzen. ³Aus den abweichend vom Stellenplan neu festgesetzten Wertigkeiten dürfen sich keine höheren Personalkosten ergeben, als es dem Gegenwert der umgewandelten Stellen entspricht. ⁴Im Benehmen mit der jeweiligen Hochschule können Stellen nach Kapitel 15 28 bzw. 15 49 umgesetzt und vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst den vorgenannten Kapiteln zur Abdeckung eines unabweisbaren Personalbedarfs zugewiesen werden. ⁵Hierbei können die Stellenwertigkeiten kostenneutral neu festgelegt werden. ⁶Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel die Wertigkeiten der in Kapitel 13 30 Titelgruppe 56 und Kapitel 15 06 Titelgruppe 86 ausgebrachten (Plan-) Stellen kostenneutral neu festzusetzen.

(5) ¹Sind im Vollzug des Art. 33 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte Beamte oder Arbeitnehmer in den Staatsdienst zu übernehmen, so gelten die dafür erforderlichen (Plan-) Stellen zusätzlich in der entsprechenden Wertigkeit für die Dauer von zwei Jahren als im Staatshaushalt bewilligt. ²Nach diesem Zeitraum sind diese Beschäftigten in andere geeignete, freie und besetzbare (Plan-) Stellen einzuweisen. ³Soweit bei der entsprechenden Verwaltung hierfür keine geeigneten (Plan-) Stellen zur Verfügung stehen, gelten Leerstellen der entsprechenden Wertigkeit als bewilligt; Art. 50 Abs. 5 BayHO ist entsprechend anzuwenden.

(6) ¹Im Rahmen des Bayerischen Genomforschungsnetzwerks, des Biosystemforschungsnetzwerks einschließlich Kernzentrum, des Bayerischen Forschungsnetzwerks Immuntherapie, des Professorinnenprogramms, des Energiecampus Nürnberg, des Wettbewerbs „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“, des „gemeinsamen Programms des Bundes und der Länder für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre“ und zur Einrichtung von Projekten in den drei Förderlinien im Rahmen der Exzellenzinitiative wird das Staatsministerium der Finanzen zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer ermächtigt. ²Die Stellen erhalten den Vermerk „kw mit Auslaufen der Finanzierung“. ³Im Fall der Exzellenzinitiative können gesetzliche und arbeitsvertraglich vereinbarte Beihilfeleistungen für Beamte und Arbeitnehmer auf nach Satz 1 geschaffenen Planstellen bzw. Stellen auch zu Lasten der Beihilfeansätze bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61 bis 65 gewährt werden, wenn die betreffenden Dienststellen im Gegenzug einen Beitrag in Höhe des Durchschnittsbetrags der jährlichen Beihilfe- und Verwaltungsaufwendungen pro Beihilfeanspruch an den Staatshaushalt abführen; das Staatsministerium der Finanzen teilt den betroffenen Dienststellen die nach den Aufwendungen des Vorjahres zu bestimmenden Beträge mit.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer aus Zuwendungen Dritter und aus Studienbeiträgen bis zu 75 v.H. des Beitragsaufkommens ermächtigt. ²Diese Stellen dürfen nur so lange in Anspruch genommen werden, als die Personalaufwendungen (im Fall von Planstellen grundsätzlich mit Versorgungszuschlag) aus Studienbeiträgen finanziert werden können oder von dritter Seite erstattet werden und die Anschlussfinanzierung gesichert ist. ³Gesetzliche und arbeitsvertraglich vereinbarte Beihilfeleistungen für Beamte und Arbeitnehmer auf nach Satz 1 geschaffenen Planstellen bzw. Stellen können abweichend von Satz 2 auch zu Lasten der Beihilfeansätze bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61 bis 65 gewährt werden, wenn die betreffenden Dienststellen im Gegenzug einen Beitrag in Höhe des Durchschnittsbetrags der jährlichen Beihilfe- und Verwaltungsaufwendungen pro Beihilfeanspruch an den Staatshaushalt abführen; das Staatsministerium der Finanzen teilt den betroffenen Dienststellen die nach den Aufwendungen des Vorjahres zu bestimmenden Beträge mit. ⁴Auf diesen Stellen geführtes Lehrpersonal hat grundsätzlich die volle Lehrverpflichtung zu erbringen.

(8) ¹Zuschläge zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit gemäß Art. 60 BayBesG sowie Anwärtersonderzuschläge gemäß Art. 78 BayBesG dürfen nur geleistet werden, soweit hierfür im Haushaltsplan Ausgabemittel veranschlagt sind. ²In den Haushaltsjahren 2011 und 2012 sind für Zuschläge gemäß Art. 60 BayBesG Ausgabemittel für 196 Vergabemöglichkeiten veranschlagt; Ausgabemittel für Zuschläge gemäß Art. 78 BayBesG sind nicht veranschlagt.

(9) ¹Die im Haushaltsplan 2011 im Rahmen der Reduzierung der Arbeitszeit der Beamten neu ausgebrachten, in der jeweiligen Überschrift der Erläuterungen mit dem Klammerzusatz „(Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)“ gekennzeichneten, Stellen dürfen erst ab 1. August 2012 in ihrer Wertigkeit in Anspruch genommen werden. ²Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen diese Stellen nur mit Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst besetzt werden. ³Die im Haushaltsplan 2012 im Rahmen der Reduzierung der Arbeitszeit der Beamten neu ausgebrachten, in der jeweiligen Überschrift der Erläuterungen mit dem Klammerzusatz „(Arbeitszeitverkürzung)“ gekennzeichneten, Stellen dürfen abweichend von Abs. 2 Satz 1 ab 1. August 2012 in Anspruch genommen werden. ⁴Abweichend von den Sätzen 1 bis 3 können die Stellen kostenneutral auch früher oder später in ihrer ausgebrachten Wertigkeit in Anspruch genommen werden; die abweichende Inanspruchnahme bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.

(10) Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen kostenneutral bis zu 50 (Plan-) Stellen innerhalb des Einzelplans 08 in das Kapitel 08 20 zur Errichtung eines Kompetenzzentrums für Ernährung umzusetzen, das verwaltungsmäßig in die Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) eingebunden ist.

(11) Für den Fall der Einrichtung eines verselbständigten völlig unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht wird das Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, bis zu 16 (Plan-) Stellen kostenneutral innerhalb des Einzelplans 03A umzuwandeln und umzusetzen; dabei können Amtsbezeichnungen, Wertigkeiten und Stellenzahl kostenneutral verändert werden.

(12) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zum Ausbau der bayerischen Hochschulen zur Bewältigung der steigenden Studierendenzahlen zu Lasten der bei Kapitel 13 30 Titelgruppe 56 und bei

Kapitel 15 06 Titelgruppe 86 in das Haushaltsjahr 2011 übertragenen Ausgabereste sowie zu Lasten der bei Kap. 15 06 Tit. 231 02 zusätzlich eingehenden Bundesmittel zusätzliche (Plan-) Stellen zu schaffen. ²Die Stellen erhalten den Vermerk „kw mit Auslaufen der Finanzierung“.

(13) ¹Im Haushaltsjahr 2011 wird in Kap. 06 01 Tit. 422 01 eine Stelle der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin) nach BesGr B 4 (CIO-Stabsstellenleiter, CIO-Stabsstellenleiterin in einer obersten Dienstbehörde) kostenneutral gehoben. ²Zur Gegenfinanzierung der Hebung wird in Kap. 06 04 Tit. 422 01 Buchst. b (Automationsbereich) eine 0,08 Stelle der BesGr A 10 (Regierungsoberinspektoren, Regierungsoberinspektorinnen) eingespart.

Art. 6a

Sperre frei werdender Stellen bis 1997

(entfallen)

Art. 6b

Sperre frei werdender Stellen ab 2005

(1) ¹In den Jahren 2005 bis 2019 sind 9 000 frei werdende Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer zu sperren (einschließlich der Stellen bei Titel 428 21, der Stellen bei Titel 428 22 des Einzelplans 08 und der Stellen bei Titelgruppen der Einzelpläne 03B und 12), und zwar je 750 Stellen in den Jahren 2005 bis 2008, je 600 Stellen in den Jahren 2009 bis 2013 und je 500 Stellen in den Jahren 2014 bis 2019. ²Die Jahresraten können unbegrenzt überschritten, jedoch jeweils nur um bis zu 75 Stellen unterschritten werden. ³Die Gesamtunterschreitung darf zu keinem Zeitpunkt mehr als 450 Stellen betragen. ⁴Sie muss spätestens im Jahr 2019 ausgeglichen werden. ⁵In die Sperre nicht einbezogen werden Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und Auszubildende sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen.

(2) Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags verteilt die Sperre nach Vorlage eines Berichts der Staatsregierung auf die Einzelpläne; der Bericht ist für jedes Jahr gesondert bis spätestens 1. April vorzulegen.

(3) Werden bei einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch einen externen Berater im Abschlussbericht Möglichkeiten für einen Stellenabbau aufgezeigt, darf in den untersuchten Bereichen bis zu einer Entscheidung der Staatsregierung über die Umsetzung der Untersuchungsergebnisse nur jede dritte frei werdende Stelle wiederbesetzt werden.

(4) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der Stellensperre zu erlassen.

(5) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Stellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

Art. 6c

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen

(1) ¹In den Jahren 2011 und 2012 sind jeweils 150 freie und frei werdende Stellen gesperrt und der Einstellung zusätzlicher schwerbehinderter Menschen vorbehalten, wobei eine Übererfüllung der Quote des Vorjahres auf die Quote des Jahres 2011 bzw. des Jahres 2012 angerechnet werden kann. ²Die Stellensperre verteilt sich auf die Ressorts im Verhältnis ihres Anteils an den nach dem Teil 2 SGB IX maßgeblichen Arbeitsplätzen des Freistaates Bayern. ³Als Stellen im Sinn des Satzes 1 gelten alle Arbeitsplätze im Sinn des Teils 2 SGB IX.

(2) ¹Können nach Abs. 1 gesperrte Stellen nicht mit neu eingestellten schwerbehinderten Menschen besetzt werden, so werden in entsprechendem Umfang Stellen, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 Stellenbindung besteht, nach Kap. 13 03 Tit. 422 05 umgesetzt. ²Sie sind grundsätzlich entsprechend dem Stellenbestand des jeweiligen Ressorts zu verteilen.

(3) Das Staatsministerium der Finanzen kann die Amtsbezeichnungen, Wertigkeiten und Stellenzahlen der Stellen im Kap. 13 03 Tit. 422 05 kostenneutral ändern.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen setzt die Stellen im Kap. 13 03 Tit. 422 05 auf Antrag in andere Verwaltungen für die Neueinstellung schwerbehinderter Menschen um. ²Scheidet ein neu eingestellter

schwerbehinderter Mensch innerhalb von zehn Jahren nach der Umsetzung aus dem Staatsdienst aus, fällt die umgesetzte Stelle wieder nach Kap. 13 03 Tit. 422 05 zurück, soweit sie nicht innerhalb eines Jahres wieder mit einem neu eingestellten schwerbehinderten Menschen besetzt wird.

(5) ¹Die Einzelheiten regelt das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. ²Art. 6b bleibt unberührt.

Art. 6d

Ersatzstellen bei Altersteilzeit, begrenzter Dienstfähigkeit und bei Arbeitszeitmodellen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, Stellen auszubringen, wenn Beamten die Arbeitszeit entsprechend §§ 27 und 29 Abs. 3 BeamtStG (begrenzte Dienstfähigkeit) herabgesetzt wird oder Teilzeitbeschäftigung nach Art. 91 Abs. 1 bis 3 BayBG (Altersteilzeit) bewilligt worden ist und jeweils ein Bedarf besteht, die durch die Herabsetzung der Arbeitszeit bzw. durch die Gewährung von Altersteilzeitbeschäftigung entstehenden personellen Kapazitätsverluste zu ersetzen (Ersatzstellen).

(2) ¹Als Ausgleich für einen begrenzt dienstfähigen Beamten kann für die Dauer der begrenzten Dienstfähigkeit eine Ersatzstelle in der gleichen Wertigkeit ausgebracht werden. ²Die Ersatzstelle fällt mit dem Ende der begrenzten Dienstfähigkeit weg. ³Die Ausbringung der Ersatzstelle ist auf den dem Gehaltsbruchteil entsprechenden Stellenbruchteil beschränkt, der sich aus der Differenz der Besoldung gemäß Art. 7 BayBesG und der Besoldung gemäß Art. 6 BayBesG ergibt. ⁴Ändert sich der Umfang der begrenzten Dienstfähigkeit, ändert sich der Stellenbruchteil entsprechend. ⁵Wird der Beamte während der begrenzten Dienstfähigkeit befördert, ändert sich die Wertigkeit des Stellenbruchteils entsprechend.

(3) ¹Als Ausgleich für einen Beamten in Altersteilzeit kann in den Fällen des Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBG (Teilzeitmodell) mit Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung, in den Fällen des Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayBG (Blockmodell) mit Beginn der Freistellungsphase jeweils bis zum Ende der Altersteilzeitbeschäftigung eine Ersatzstelle in der Wertigkeit des Eingangsamts des Beamten in Altersteilzeit ausgebracht werden. ²Die Ersatzstelle kann auch bis zur Wertigkeit der Planstelle des Beamten in Altersteilzeit ausgebracht werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrkosten durch eine entsprechende Stellensperre bei den gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 gebundenen Stellen ausgeglichen werden. ³Die Ersatzstelle fällt mit Ablauf der Altersteilzeitbeschäftigung weg. ⁴Die Ausbringung der Ersatzstelle ist im Fall des Blockmodells auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil, im Fall des Teilzeitmodells auf 40 v.H. des durchschnittlichen Stellenbruchteils beschränkt. ⁵Der durchschnittliche Stellenbruchteil entspricht dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung.

(4) ¹Der Unterschied zwischen dem durch den Beamten in Altersteilzeit ohnehin belegten Stellenanteil und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil im Sinn des Abs. 3 Satz 5 ist bis zum Wegfall der Ersatzstelle gesperrt. ²Im Anschluss daran kann der durchschnittliche Stellenbruchteil nach Ablauf der Wiederbesetzungssperre (Art. 6 Abs. 2) wieder besetzt werden.

(5) Für Lehrer an öffentlichen Schulen ist für jeden Altersteilzeitfall, bei dem eine Ersatzstelle ausgebracht wird, ein Bruchteil von $\frac{1}{18}$ einer Planstelle mindestens in der Wertigkeit des Eingangsamts des Beamten in Altersteilzeit zu sperren, wenn der Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung vor dem 1. Januar 2004 liegt; beginnt die Altersteilzeitbeschäftigung nach dem 31. Dezember 2003, beträgt die Sperre $\frac{1}{12}$.

(6) ¹Abs. 1 bis 4 gelten für die Altersdiensttermäßigung bei Richtern (Art. 8c BayRiG) und für die begrenzte Dienstfähigkeit bei Richtern (Art. 78a BayRiG) entsprechend. ²Der durchschnittliche Stellenbruchteil im Sinn des Abs. 3 Satz 5 entspricht in den Fällen des Art. 8c Abs. 2 Nr. 1 BayRiG (Teilzeitmodell), in den Fällen des Art. 8c Abs. 2 Nr. 2 BayRiG (Blockmodell) und in den Fällen des Art. 8c Abs. 3 Satz 1 BayRiG (modifiziertes Blockmodell) dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersdiensttermäßigung, höchstens jedoch dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten zwei Jahre vor Beginn der Altersdiensttermäßigung. ³Die Ausbringung der Ersatzstelle ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells zeitlich auf die Freistellungsphase und im Umfang auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil beschränkt. ⁴Ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells die Differenz aus dem fiktiven Stellenbruchteil, der dem während der Arbeitsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Dienst-Anteil entspricht, und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil größer als Null, ist diese Differenz vorrangig während der Arbeitsphase wertmäßig zu sperren.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, bei Arbeitszeitmodellen mit einer längerfristigen ungleichmäßigen Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit, die zu einer zeitweisen völligen Freistellung von der Arbeitsleistung (Freistellungsphase) führen, für die Dauer der Freistellungsphase eine Ersatzstelle auszubringen. ²Die Ersatzstelle wird in der Wertigkeit des Bediensteten ausgebracht, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt. ³Der Umfang der Ersatzstelle ist auf den Stellenbruchteil begrenzt, der dem während

des Arbeitszeitmodells außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitanteil entspricht. ⁴Die Ersatzstelle kann nur mit einem bis zur Beendigung der Freistellung zeitlich befristet beschäftigten Bediensteten besetzt werden. ⁵Auf einer für einen Beamten oder Richter ausgebrachten Ersatzstelle kann stattdessen ein Beamter oder Richter in der Wertigkeit des Eingangsamts des Beamten, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt, beschäftigt werden, sofern nach dem Wegfall der Ersatzstelle eine sofortige Übernahme dieses Beamten auf anderweitig frei werdenden, besetzbaren Planstellen gesichert ist. ⁶Zum Ausgleich für die Ersatzstelle ist die Stelle des Bediensteten, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt, während der Gesamtdauer des Arbeitszeitmodells in Höhe des Unterschieds zwischen dem durch den Bediensteten ohnehin belegten Stellenanteil und dem Stellenanteil, der dem außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitanteil entspricht, zu sperren. ⁷Eine geplante Inanspruchnahme von Ersatzstellen im Rahmen von Arbeitszeitmodellen ist dem Staatsministerium der Finanzen vor der Genehmigung der Arbeitszeitmodelle anzuzeigen.

(8) ¹Über den weiteren Verbleib der nach den Abs. 1 bis 7 ausgebrachten Stellen ist im nächsten Haushaltsplan zu bestimmen. ²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, in besonderen Fällen Ausnahmen zuzulassen sowie nähere Bestimmungen zum Vollzug zu erlassen.

(9) Wenn Beamte die Altersteilzeit vor dem 1. Januar 2010 angetreten haben und als Ausgleich Ersatzstellen ausgebracht werden oder wurden, gelten insoweit Abs. 1 bis 8 in der am 31. Dezember 2009 geltenden Fassung entsprechend.

Art. 6e

Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit und der Unterrichtspflichtzeit

(entfallen)

Art. 6f

Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer

(1) ¹Im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer sind insgesamt 500 frei werdende Stellen für Arbeitnehmer zu sperren (6f-Sperre). ²In die 6f-Sperre können vergleichbare Planstellen einbezogen werden. ³In die 6f-Sperre nicht einbezogen werden Stellen der staatlichen Schulen im Einzelplan 05, der staatlichen Hochschulen, der staatlichen Kliniken und Krankenhäuser, der Theater und Bühnen, der Straßenmeistereien und Autobahnmeistereien sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen. ⁴In die 6f-Sperre sollen die Stellen für Auszubildende nicht einbezogen werden.

(2) ¹Die 6f-Sperre verteilt sich wie folgt auf die Einzelpläne (Sperrekontingente), wobei bei Stellenumsetzungen zwischen den Einzelplänen entsprechende anteilige Sperrekontingente auf die aufnehmende Verwaltung übergehen können:

Einzelplan	Sperrekontingente	Einzelplan	Sperrekontingente
02	1	07	2
03A	166	08	44
03B	26	10	20
04	80	12	66
05	5	15	23
06	67	Summe	500

²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, anhand der derzeitigen Stellenstruktur die Sperrekontingente in monetäre oder vergleichbare Einheiten umzurechnen und entsprechend dieser Einheiten die 6f-Sperre zu vollziehen. ³Die 6f-Sperre sowie die Sperrekontingente können daher von den in Abs. 1 und 2 Satz 1 genannten absoluten Zahlen abweichen.

(3) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Stellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der 6f-Sperre und Sperrekontingente zu erlassen. ²Art. 6b und 6c bleiben unberührt.

Art. 6g **Besetzung von Stellen für Arbeitnehmer**

(1) ¹Stellen oder Stellenbruchteile für Arbeitnehmer, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 oder auf Grund eines Haushaltsvermerks Stellenbindung besteht, sind bei einer Nachbesetzung dauerhaft mindestens eine Entgeltgruppe niedriger zu besetzen, wenn

1. der bisherige Stelleninhaber vor dem 1. November 2006 auf Grund tariflicher Bestimmungen wegen Zeitablaufs, Dauer der Berufsausübung oder Bewährung in einer höheren Vergütungs- oder Lohngruppe eingestuft war,
2. der bisherige Stelleninhaber auf Grund haushaltsrechtlicher Bestimmungen auf einer niederwertigeren Stelle verrechnet wurde und
3. der neue Stelleninhaber bei gleicher Tätigkeit eine oder mehrere Entgeltgruppen niedriger eingestuft würde.

²Die niederwertigere Besetzung wirkt ab dem Zeitpunkt der Nachbesetzung auch für die folgenden Nachbesetzungen. ³Die niederwertigere Besetzung nach den Sätzen 1 und 2 soll bei der haushaltsrechtlich vorgeschriebenen Stellenüberwachung vermerkt werden.

(2) ¹Ausnahmen von Abs. 1 Sätzen 1 und 2 bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen. ²Der Zustimmung zu einer Ausnahme von Abs. 1 Satz 1 bei der neuen Beschäftigungsbehörde bedarf es nicht bei einem Wechsel eines Arbeitnehmers von einem öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber zum Freistaat Bayern oder bei einem Wechsel eines Arbeitnehmers zwischen staatlichen Verwaltungen.

(3) Über die endgültige Absenkung der gemäß Abs. 1 Sätze 1 und 2 in einer niedrigeren Entgeltgruppe besetzten Stellen für Arbeitnehmer ist in künftigen Haushaltsplänen zu entscheiden.

Art. 7 **Übertragung von Ausgaben**

(1) Ausgabereste und Haushaltsvorgriffe können mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen auf für gleiche Zwecke, aber mit anderer Bezeichnung und Titelnummer, im Haushaltsplan vorgesehene Titel übertragen werden.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen kann unbeschadet der Regelung in Art. 45 Abs. 3 BayHO unverbrauchte Mittel aus übertragbaren Ausgabebewilligungen der Haushaltspläne 2011 und 2012 einziehen, soweit dies zur Vermeidung oder Verminderung eines Fehlbetrags erforderlich ist.

(3) Abs. 2 gilt nicht für übertragbare Ausgabebewilligungen, soweit bei diesen Ansätzen zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) ihrem Verwendungszweck noch nicht zugeführt wurden.

Art. 8 **Sonstige Ermächtigungen und Regelungen**

(1) Die in Art. 4 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1971/1972, Art. 8 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1977/1978, Art. 8 Abs. 2, 4 und 6 des Haushaltsgesetzes 1979/1980, Art. 8 Abs. 2 und 4 des Haushaltsgesetzes 1981/1982, Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes 1993/1994, Art. 8 Abs. 7 des Haushaltsgesetzes 1995/1996, Art. 8 Abs. 5 des Haushaltsgesetzes 1997/1998, Art. 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1999/2000 in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2000, Art. 8 Abs. 2 und 5 des Haushaltsgesetzes 2001/2002 in der Fassung des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2002, Art. 8 Abs. 5 des Haushaltsgesetzes 2003/2004 in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2004, Art. 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 2005/2006, Art. 2a Abs. 2, Art. 8 Abs. 6 und 11 des Haushaltsgesetzes 2007/2008 in der Fassung des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2008 und Art. 8 Abs. 2a Satz 3, Abs. 5 bis 9, 11 und 12 des Haushaltsgesetzes 2009/2010 in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2010 getroffenen Regelungen und Ermächtigungen gelten weiter.

(2) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, für Vorhaben zur Durchführung von Energieeinsparmaßnahmen in bestehenden staatlichen Gebäuden dem Abschluss von Performance-Contracting-Verträgen mit einem Gesamtvolumen von bis zu 10 Mio. € jährlich zuzustimmen, wenn sämtliche entstehenden Kosten (einschließlich Zins- und Tilgungsaufwand) innerhalb einer Vertragslaufzeit von maximal zwölf Jahren aus den erwarteten Energieeinsparungen getragen werden können und die Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist. ²Dabei kann eine einwendungs- und einredefreie Forfaitierung der Grundvergütung bis zu

einem Anteil von höchstens 70 v.H. zugelassen werden. ³Ist der Anteil der laufenden Zahlungsverpflichtungen, der auf die getätigten Investitionen des Contractors in technische Geräte, Anlagen und Sachen entfällt, geringer, gilt der niedrigere Vorhundertwert.

(2a) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zum Bezug von Nutzenergie für bestehende staatliche Gebäude im Weg von Energieliefer-Contracting dem Abschluss von Verträgen des Freistaates Bayern zuzustimmen, die eine einwendungs- und einredefreie Forfaitierung von bis zu 100 v.H. des die Investitionen abbildenden Grundpreises der vertragsgegenständlichen Energielieferung vorsehen, wenn der Freistaat Bayern unbelastetes Eigentum an sämtlichen Sachen erhält, die der Contractor zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Energieliefer-Contracting-Vertrag einbringt oder mit einem Grundstück des Freistaates Bayern verbindet. ²Soweit die Summe der Raten des die Investitionskosten abbildenden Grundpreises im Einzelfall eine Mio. € bezogen auf die Vertragslaufzeit nicht überschreitet, gilt die Ermächtigung nach Satz 1 bis zu einem Gesamtvolumen von 10 Mio. €; das Gesamtvolumen bemisst sich nach der Jahressumme des die Investitionskosten abbildenden Grundpreises aus den Energieliefer-Contracting-Verträgen.

(3) ¹Die Bestände der Rücklagen und Sondervermögen bei den Kapiteln 80 01 bis 80 37 können bis zu ihrer Inanspruchnahme im Rahmen der Liquiditätssteuerung des Gesamthaushalts eingesetzt werden. ²Soweit dadurch die bestehende Kreditermächtigung für die Anschlussfinanzierung auslaufender Altschulden noch nicht beansprucht werden muss, kann sie in die folgenden Haushaltsjahre übertragen werden.

(4) Nach Art. 63 Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 3 Satz 2 BayHO wird zugelassen, dass Betreibern von Kinderbetreuungseinrichtungen Räumlichkeiten in staatseigenen Liegenschaften insoweit gegen einen verbilligten Mietzins überlassen werden, als ohne eine Verbilligung der Raumkostenanteil zu höheren als marktüblichen Elternbeiträgen führen würde.

(5) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, gegenüber der LfA Förderbank Bayern im Jahr 2011 eine globale Rückbürgschaft in Höhe von 50 v.H. des im Jahr 2010 nicht ausgeschöpften Ermächtigungsrahmens gemäß Art. 8 Abs. 10 HG 2009/2010 für Investitions-, Betriebsmittel- und Rettungsbürgschaften der LfA Förderbank Bayern zugunsten kleiner und mittelständischer Unternehmen in Bayern zu übernehmen.

(6) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, eine 80 v.H.-Ausfallbürgschaft zugunsten der Messe München GmbH zur Absicherung notwendiger Fremdkapitalaufnahmen der Messe München GmbH von höchstens 45 Mio. € bis einschließlich 31. Dezember 2019 zu übernehmen. ²Die Ermächtigung steht unter dem Vorbehalt, dass die Landeshauptstadt München Bürgschaften zugunsten der Messe München GmbH im gleichen Volumen und zu gleichen Bedingungen übernimmt.

(7) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, der Bayerischen Staatsbad Bad Reichenhall Kur-GmbH Bad Reichenhall/Bayerisch Gmain zum Zweck der Erweiterung des RupertusTherme im Staatsbad Bad Reichenhall ein auf die Dauer von 99 Jahren befristetes unentgeltliches Erbbaurecht auf folgenden Flächen der staatseigenen Grundstücke in der Gemarkung Bad Reichenhall, einzuräumen:

- Flst.Nr. 669/5, rund 587 m²,
- Flst.Nr. 669/9, rund 2 664 m²,
- Flst.Nr. 669/13, rund 38 m²,
- Flst.Nr. 670, rund 19 656 m² und
- Flst.Nr. 670/1, rund 158 m².

(8) ¹Dem Bayerischen Hauptmünzamt wird gestattet, für die Erbringung von Garantien im Rahmen der Teilnahme an Ausschreibungen bzw. des Abschlusses von Verträgen zur Prägung von Münzen Avalkredite bis zur Höhe von insgesamt 2 Mio. € für die Dauer der jeweiligen Ausschreibungsverfahren bzw. der jeweiligen Vertragserfüllungen aufzunehmen. ²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, eine Patronatserklärung abzugeben, dass der Freistaat Bayern das Bayerische Hauptmünzamt in die Lage versetzen wird, eventuellen Zahlungsverpflichtungen im Fall der Inanspruchnahme aus dem Aval nachkommen zu können.

(9) ¹Unbeschadet von Art. 5 Abs. 4 Sätze 1 und 4 BayUniKlinG wird das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ermächtigt, im Einvernehmen mit der Obersten Baubehörde und mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen im Einzelfall einem Universitätsklinikum die Bauherreneigenschaft für eine Baumaßnahme über 3 Mio. € zu übertragen, die zu mehr als 50 v.H. vom Universitätsklinikum außerhalb der Anlage S finanziert wird. ²Die festgestellten Gesamtkosten der jeweiligen Baumaßnahme sind vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags zur Genehmigung vorzulegen.

(10) Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, das Eigentum an zum Grundstockvermögen gehörigen und in seiner Verwaltung befindlichen Kulturgütern, die entsprechend der „Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“ von 1999 als NS-verfolgungsbedingt entzogen zu gelten haben, den Berechtigten unentgeltlich zu übertragen.

(11) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, an Teilflächen aus den staatseigenen Grundstücken Flst. Nrn. 164 und 166/5 der Gemarkung Großhadern und Flst. Nrn. 692 und 724/1 der Gemarkung Planegg im Ausmaß von insgesamt rund 16 100 m² für die Betriebsanlagen des Verlängerungsabschnitts der U-Bahn U 6 von der aktuellen Endhaltestelle Klinikum Großhadern nach Martinsried unentgeltlich eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit zugunsten der Gemeinde Planegg zu bestellen. ²Der Gemeinde Planegg dürfen weiterhin Teilflächen aus den staatseigenen Grundstücken Flst. Nrn. 164 und 166/5 der Gemarkung Großhadern und aus den Flst. Nrn. 692, 724/1, 901, 946 und 947 der Gemarkung Planegg im Ausmaß von insgesamt rund 66 800 m² für Baustellenzwecke zur Verlängerung der U-Bahnlinie 6 nach Martinsried vorübergehend unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden.

Art. 9 Grundstockmaßnahmen

¹Aus dem Grundstock der allgemeinen Landesverwaltung erfolgt im Haushaltsjahr 2012 eine rückzahlbare Ablieferung an den Haushalt bis zur Höhe von 582 460 000 €. ²Die Mittel sind spätestens im Haushaltsjahr 2018 an den Grundstock der allgemeinen Landesverwaltung zurückzuführen. ³Die Mittel sind zweckgebunden zur Finanzierung der bei Kap. 13 04 Tit. 314 52 genannten Ansätze des Programms „Aufbruch Bayern“.

Art. 10 Änderung des Haushaltsgesetzes 2005/2006

In Art. 9a Abs. 5 des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 (Haushaltsgesetz – HG – 2005/2006) vom 8. März 2005 (GVBI S. 46, BayRS 630-2-15-F), geändert durch § 1 des Gesetzes vom 9. Mai 2006 (GVBI S. 193), werden die Worte „die Sachbezüge“ durch die Worte „den Sachbezugswert“ ersetzt.

Art. 11 Neues Dienstrecht in Bayern

(1) ¹Soweit Beamte oder Richter, deren Ämter in den Besoldungsordnungen A, B, W oder R des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung oder in den Besoldungsordnungen A oder B des Bayerischen Besoldungsgesetzes in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung ausgebracht sind, nach dem 31. Dezember 2010 auf Grund einer Änderung der Einstufung, der Amtszulagen oder der Amtsbezeichnungen gesetzlich in ein anderes Amt übergeleitet werden, können diese bis zum Inkrafttreten der Stellenplanüberleitung gemäß Abs. 2 auf ihren bisherigen Planstellen verrechnet werden. ²Dies gilt auch für Beamte und Richter, bei denen sich nur die Funktionsbezeichnung ändert oder entfällt. ³Satz 1 gilt entsprechend auch für Beamte und Richter, denen eine Stellenzulage zugestanden hat, die durch Gesetz in eine Amtszulage oder eine Zulage für besondere Berufsgruppen umgewandelt wird, für die im Haushaltsplan Planstellen mit (Amts-)Zulage auszuweisen wären. ⁴Weitere Abweichungen von der Stellenbesetzung bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.

(2) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags die auf Grund der Art. 103 bis 108 BayBesG notwendigen Stellenumwandlungen, Stellenhebungen und Änderungen von Haushaltsvermerken im Stellenplan im Rahmen einer gesonderten Stellenplanüberleitung vorzunehmen. ²Dabei können über die besoldungsgesetzliche Überführung oder Überleitung hinaus die Amtsbezeichnungen im Stellenplan kostenneutral verändert und innerhalb einer Besoldungsgruppe unter Berücksichtigung von Amtszulagen, Zulagen für besondere Berufsgruppen, besonderen Amtszulagen, besonderen Zulagen für Richter und im Haushaltsplan auszuweisenden Stellenzulagen zusammengefasst werden. ³Nicht von der besoldungsgesetzlichen Überführung oder Überleitung betroffene Planstellen und andere Stellen können in die Stellenplanüberleitung kostenneutral einbezogen werden. ⁴Im Rahmen der Stellenplanüberleitung ist das Inkrafttreten der Überleitung zu bestimmen; dabei kann eine Rückwirkung vorgesehen werden.

(3) ¹Abweichungen bei der Stellenbesetzung oder beim Vollzug von Haushaltsvermerken nach Inkrafttreten der Stellenplanüberleitung gemäß Abs. 2 bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen. ²Die abweichende Stellenbesetzung soll kostenneutral erfolgen.

(4) Art. 6 Abs. 3 bleibt unberührt.

Art. 12

Aussetzung der Zuführungen an das Sondervermögen „Versorgungsfonds des Freistaates Bayern“ sowie an das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Freistaates Bayern“

¹Gemäß Art. 16 Abs. 4 Satz 2 des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern (BayVersRücklG) werden in den Jahren 2011 und 2012 die Zuführungen zum Sondervermögen „Versorgungsfonds des Freistaates Bayern“ nach Art. 16 Abs. 1 und 5 ausgesetzt. ²Hiervon ausgenommen sind Versorgungszuschläge, die nach Art. 16 Abs. 2 Satz 2 BayVersRücklG an das Sondervermögen zugeführt werden. ³Ausgesetzt werden ferner die Zuführungen zum Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Freistaates Bayern“ nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BayVersRücklG in den Jahren 2011 und 2012.

Art. 13

Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes

Das Bayerische Beamtengesetz (BayBG) vom 29. Juli 2008 (GVBl S. 500, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 5. August 2010 (GVBl S. 410, ber. S. 764), wird wie folgt geändert:

1. Art. 105 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Satz 5 eingefügt:

„Die erforderlichen personenbezogenen Daten aus Arzneimittelverordnungen im Sinn des § 1 des Gesetzes über Rabatte für Arzneimittel vom 22. Dezember 2010 (BGBl I S. 2262, 2275) dürfen an den Treuhänder ausschließlich zum Zweck der Prüfung gemäß § 3 des Gesetzes über Rabatte für Arzneimittel übermittelt werden.“

b) Der bisherige Satz 5 wird Satz 6; die Zahl „4“ wird durch die Zahl „5“ ersetzt.

2. Dem Art. 110 Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Arzneimittelverordnungen im Sinn des § 1 des Gesetzes über Rabatte für Arzneimittel sind zur Geltendmachung von Rabatten nach diesem Gesetz nicht zurückzugeben; die Vernichtung dieser Arzneimittelverordnungen erfolgt auf der Grundlage der nach § 3 Satz 5 des Gesetzes über Rabatte für Arzneimittel zu treffenden Vereinbarungen unverzüglich, sobald sie für die dort geregelten Zwecke nicht mehr benötigt werden.“

Art. 14

Änderung des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern

Dem Art. 6 des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern (BayVersRücklG) vom 26. Juli 1999 (GVBl S. 309, BayRS 2032-0-F), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes vom 5. August 2010 (GVBl S. 410), wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6)¹Für eine vorübergehende Minderung oder Aussetzung der Zuführungen zum Sondervermögen ‚Versorgungsrücklage des Freistaates Bayern‘ nach Abs. 1 Nr. 2 gilt Art. 16 Abs. 4 Satz 2 sinngemäß. ²Sofern der Freistaat Bayern die Zuführungen nach Abs. 1 Nr. 2 mindert oder aussetzt, können die in Art. 1 Abs. 1 Satz 2 genannten Einrichtungen unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Haushaltslage die Zuführungen in gleichem Maße mindern oder aussetzen, sofern sie nicht Mitglieder des Bayerischen Versorgungsverbands sind.“

Art. 15 **Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes**

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl S. 410, ber. S. 764, BayRS 2032-1-1-F) wird wie folgt geändert:

1. Der Inhaltsübersicht wird folgender Art. 109 angefügt:

„Art. 109 Abweichende Bestimmungen für Grundgehaltssätze und Leistungsbezüge“.

2. Es wird folgender Art. 109 angefügt:

„Art. 109 **Abweichende Bestimmungen für Grundgehaltssätze und Leistungsbezüge**

(1) ¹Wer nach dem 30. April 2011 erstmals Anspruch auf Grundgehalt aus einem Amt der Besoldungsordnung A bei einem der in Art. 1 Abs. 1 bezeichneten Dienstherren hat, erhält abweichend von Art. 20 Abs. 1 Satz 1 (gegebenenfalls in Verbindung mit Art. 108 Abs. 9) ab Beginn des Dienstverhältnisses für höchstens 18 Monate, längstens bis einschließlich 30. April 2013, das jeweils zustehende Grundgehalt aus der Besoldungsordnung A in Höhe der nächstniedrigeren Besoldungsgruppe. ²Wer nach dem 30. April 2011 erstmals Anspruch auf Grundgehalt aus einem Amt der Besoldungsordnungen W oder R bei einem der in Art. 1 Abs. 1 bezeichneten Dienstherren hat, erhält abweichend von Art. 40 Abs. 2 Satz 1 oder Art. 45 Abs. 2 Sätze 1 und 2 ab Beginn des Dienstverhältnisses für höchstens 18 Monate, längstens bis einschließlich 30. April 2013, einen Grundgehaltssatz in Höhe von 90 v.H. des jeweils zustehenden Grundgehalts aus der Besoldungsordnung W oder R. ³Soweit die Besoldungsgruppe Auswirkungen auf andere Ansprüche der Beamten und Beamtinnen, Richter und Richterinnen neben dem Grundgehalt hat, gilt insoweit Satz 1 oder 2 nicht.

(2) Abs. 1 findet keine Anwendung auf Beamte und Beamtinnen mit Einstieg in der ersten Qualifikationsebene sowie auf Beamte und Beamtinnen, Richter und Richterinnen, die vor Anspruchsbeginn in einem kommunalen Wahlbeamtenverhältnis oder in einem Beamten- oder Richterverhältnis bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn mit Anspruch auf Grundgehalt standen.

(3) Art. 68 Abs. 1 Sätze 2 und 3 finden in den Jahren 2011 und 2012 keine Anwendung.“

3. In Anlage 1 – Besoldungsordnungen – wird in der Besoldungsgruppe B 4 vor dem Amt „Direktor, Direktorin bei der Bayerischen Versicherungskammer/Bayerischen Versorgungskammer“ das Amt „CIO-Stabsstellenleiter, CIO-Stabsstellenleiterin in einer obersten Dienstbehörde“ eingefügt.

Art. 16 **Änderung des Kostengesetzes**

Das Kostengesetz (KG) vom 20. Februar 1998 (GVBl S. 43, BayRS 2013-1-1-F), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 12. April 2010 (GVBl S. 169), wird wie folgt geändert:

1. Art. 23 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Satz 1 gilt nicht, wenn die dort genannten Körperschaften bei der Wahrnehmung von Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis staatliche Einrichtungen in Anspruch nehmen und zugleich selbst Antragsteller für Verfahren im eigenen Wirkungskreis sind.“

2. Art. 24 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Staatsbäder“ die Worte „festgesetzt und“ eingefügt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „Einziehung“ durch das Wort „Erhebung“ ersetzt.

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Er hat der Erhebungsberechtigten nach Abs. 1 Sätze 1 und 2 den Vor- und Familiennamen, das Geburtsdatum und die Anschrift mitzuteilen und sich auf Verlangen durch Personalausweis oder Pass auszuweisen.“

bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3; das Wort „Gemeinde“ wird durch die Worte „Erhebungsberechtigten nach Abs. 1 Sätze 1 und 2“ ersetzt.

cc) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze 4 und 5.

c) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

aa) Die Sätze 4 bis 6 erhalten folgende Fassung:

„⁴Es kann ferner bestimmt werden, dass

a) die Vermieter von Unterkünften, Reiseunternehmer von Geschäftsreisen und Inhaber von Kurmittelanstalten zur Meldung von Kurgästen und zur Vereinnahmung und Abführung der Kurtaxe verpflichtet sind und neben dem Schuldner als Gesamtschuldner für die Zahlung der Kurtaxe haften;

b) für Meldefomulare, die in Zusammenhang mit der Kurtaxerhebung ausgegeben und nicht zurückgegeben wurden, ein pauschaler Ersatz zu leisten ist, der den Zwei-Monats-Betrag des jeweils geltenden Kurtaxsatzes nicht überschreiten darf; die Erhebung des pauschalen Ersatzes unterbleibt, soweit sie der Billigkeit widerspricht;

c) die Kurtax-Anmeldung nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung zu übermitteln ist.

⁵Die Erhebungsberechtigte nach Abs. 1 Sätze 1 und 2 kann die übermittelten Daten bis zum Eintritt der Verjährung zum Vollzug der Art. 24 und 26 sowie der Kurtaxordnung verwenden. ⁶Die Verordnung über die elektronische Übermittlung von für das Besteuerungsverfahren erforderlichen Daten (Steuerdaten-Übermittlungsverordnung – StDÜV) vom 28. Januar 2003 (BGBl. I S. 139) gilt in der jeweils geltenden Fassung sinngemäß.“

bb) Satz 7 wird aufgehoben.

d) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach der Zahl „4“ die Worte „Buchst. a“ eingefügt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „Einhebungsberechtigten“ durch das Wort „Erhebungsberechtigten“ ersetzt.

cc) Satz 3 wird aufgehoben.

e) In Abs. 5 Satz 3 werden nach der Zahl „4“ die Worte „Buchst. a“ eingefügt.

f) Es wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) ¹Art. 13 Abs. 1 bis 3 des Kommunalabgabengesetzes gelten in der jeweils geltenden Fassung sinngemäß mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Körperschaft, der die Abgabe zusteht, die Erhebungsberechtigte nach Abs. 1 Sätze 1 und 2 tritt. ²Ist die Erhebungsberechtigte eine juristische Person des Privatrechts nach Abs. 1 Satz 2, ist sie zum Erlass von Verwaltungsakten zur Festsetzung und Erhebung der Kurtaxe sowie zur Anordnung und Durchführung von Außenprüfungen im Sinn des Abs. 4 und zu sonstigen Maßnahmen beim Vollzug der Art. 24 und 26 sowie der Kurtaxordnung befugt.“

Art. 17 **Änderung des Bayerischen Bodenschutzgesetzes**

Das Bayerische Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Bayerisches Bodenschutzgesetz – BayBodSchG) vom 23. Februar 1999 (GVBl. S. 36, BayRS 2129-4-1-UG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2010 (GVBl. S. 318), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift des Vierten Teils erhält folgende Fassung:
„Vierter Teil
Ausgleichsleistungen, Finanzierung“.
 - b) Es wird folgender Art. 13a eingefügt:
„Art. 13a Erkundung und Sanierung gemeindeeigener Hausmülldeponien“.
 - c) Vor Art. 14 wird folgende Überschrift eingefügt:
„Fünfter Teil
Schlussvorschriften“.
 - d) Es wird folgender Art. 15 angefügt:
„Art. 15 Außerkrafttreten“.
2. In Art. 10 Abs. 6 werden die Worte „nach § 36 Abs. 2 Satz 2 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes“ gestrichen.
3. Die Überschrift des Vierten Teils erhält folgende Fassung:
„Vierter Teil
Ausgleichsleistungen, Finanzierung“.
4. Es wird folgender Art. 13a eingefügt:

„Art. 13a **Erkundung und Sanierung gemeindeeigener Hausmülldeponien**

(1) ¹Die Kosten für die Erkundung und Sanierung stillgelegter gemeindeeigener Hausmülldeponien tragen der Freistaat Bayern und die kreisangehörigen Gemeinden gemäß den nachfolgenden Bestimmungen gemeinsam. ²Gemeindeeigene Hausmülldeponie ist eine Deponie, die von einer kreisangehörigen Gemeinde in Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe der Abfallentsorgung betrieben worden ist, sofern nicht ein Landkreis oder eine kreisfreie Gemeinde als entsorgungspflichtige Körperschaft im Sinn des Art. 3 Abs. 1 des Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetzes die Inhaberstellung übernommen hat oder sofern die Deponie nicht ausschließlich für die Ablagerung mineralischer Abfälle genehmigt worden ist. ³Eine gemeindeeigene Hausmülldeponie ist stillgelegt, wenn auf ihr nach dem 30. April 2006 keine Abfälle mehr abgelagert werden.

(2) ¹Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit errichtet und verwaltet mit Wirkung zum 1. Januar 2006 einen Unterstützungsfonds als staatliches Sondervermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. ²Die jährlichen Beiträge an den Unterstützungsfonds werden vom Freistaat Bayern und von den kreisangehörigen Gemeinden je zur Hälfte aufgebracht. ³Die Beiträge betragen in der Regel je fünf Millionen Euro pro Jahr.

(3) Die Beiträge der einzelnen Gemeinden zu dem von ihnen insgesamt gemäß Abs. 2 zum Unterstützungsfonds zu leistenden Anteil bestimmen sich nach dem Verhältnis ihrer für das laufende Rechnungsjahr maßgebenden Umlagegrundlagen (Art. 18 Abs. 3 des Finanzausgleichsgesetzes – FAG).

(4) ¹Aus dem Unterstützungsfonds erhalten die Gemeinden im Rahmen der verfügbaren Mittel Zuschüsse, soweit sie nach anderen Rechtsvorschriften die Kosten für die Erkundung und die Sanierung stillgelegter gemeindeeigener Hausmülldeponien zu tragen haben. ²Zuschussfähig sind die notwendigen Kosten für Erkundungs- oder Sanierungsmaßnahmen, soweit diese einen angemessenen Eigenanteil übersteigen. ³Der Eigenanteil der betroffenen Gemeinde gemäß Satz 2 beträgt je Hausmülldeponie 1,5 v.H. der Umlagegrundlagen (Art. 18 Abs. 3 FAG), höchstens 200 000 Euro. ⁴Maßgeblich für die Ermittlung der Umlagegrundlagen ist der Durchschnittswert der letzten drei Rechnungsjahre, die dem Jahr der Erstattungsantragstellung vorangehen. ⁵Die Kosten für die Erkundung und die Sanierung gemeindeeigener Hausmülldeponien bis zu einer Höhe von 20 000 Euro trägt allein die betroffene Gemeinde. ⁶Die

Zuschussgewährung setzt voraus, dass die Erkundungs- oder Sanierungsmaßnahmen jeweils in eine nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Fondsmittel halbjährlich aufzustellende Prioritätenliste aufgenommen sind.

(5) ¹Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den Staatsministerien des Innern und der Finanzen durch Rechtsverordnung die weiteren Einzelheiten, insbesondere des Berechnungs- und Erhebungsverfahrens, zu regeln. ²Es kann vorgesehen werden, dass das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung die Beiträge ermittelt und festsetzt und dass die Erhebung bei den kreisangehörigen Gemeinden im Weg der Verrechnung erfolgt. ³Ferner kann vorgesehen werden, dass bei Vorliegen einer besonderen Härte, insbesondere wenn ausgeschlossen ist, dass eine Gemeinde den Unterstützungsfonds in Anspruch nehmen kann, weil sie ihre Hausmülldeponien bereits vollständig saniert hat, der Beitrag einer Gemeinde reduziert werden kann. ⁴Die Verwaltung des Sondervermögens kann auf Dritte übertragen werden, sofern diese die erforderliche Zuverlässigkeit und Sachkunde bei der verfahrensrechtlichen Behandlung von Altlastensanierungen besitzen; die Übertragung ist stets widerruflich.“

5. Vor Art. 14 wird folgende Überschrift eingefügt:

„Fünfter Teil

Schlussvorschriften“.

6. Es wird folgender Art. 15 angefügt:

„Art. 15
Außerkräfttreten

Art. 13a tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2015 außer Kraft.“

**Art. 18
Änderung des Spielbankgesetzes**

Art. 5 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über Spielbanken im Freistaat Bayern (Spielbankgesetz – SpielbG) vom 26. Juli 1995 (GVBl S. 350, BayRS 2187-1-I), zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes vom 14. April 2009 (GVBl S. 86), erhält folgende Fassung:

„²Die Spielbankabgabe beträgt bei einem jährlichen Bruttospielertrag

bis 25 Millionen Euro dreißig v.H.,
über 25 Millionen Euro fünfunddreißig v.H.

des Bruttospielertrags der jeweiligen Spielbank.“

**Art. 19
Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes**

Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2010 (GVBl S. 334), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 31 Abs. 6 Satz 2 wird die Zahl „75“ durch die Zahl „65“ ersetzt.
2. Art. 32 erhält folgende Fassung:

„(1) ¹Für den notwendigen Schulaufwand im Rahmen der schulaufsichtlichen Genehmigung erhält der Schulträger einen Zuschussbetrag je Schülerin oder Schüler und Schuljahr in Höhe von 1 624 €; bei Schulen von 14 bis zu 99 Schülerinnen und Schülern wird ein Zuschlag nach folgender Berechnung gewährt: $(100 - \text{Schülerzahl der Schule}) \times 200 \text{ €}$. ²Schulen mit weniger als 14 Schülerinnen und Schülern erhalten keinen Zuschuss. ³Maßgebend für die Zahl der Schülerinnen und Schüler sind jeweils die Verhältnisse am Stichtag der Amtlichen Schuldaten für das dem Abrechnungsschuljahr vorhergehende Schuljahr. ⁴Der in Satz 1 genannte pauschale Zuschussbetrag wird bei Bedarf mit Wirkung zum 1. August 2013 angepasst und erhöht sich in den Folgejahren jeweils zum Schuljahresbeginn entsprechend der Veränderung des Verbraucherpreisindex in Bayern des Vorjahres; das Staatsministerium für Unterricht und Kultus gibt jährlich den angepassten Zuschussbetrag bekannt. ⁵Für notwendige und schulaufsichtlich genehmigte Baumaßnahmen erhält der Schulträger einen Zuschuss in Höhe von 70 v.H. der förderfähigen Kosten, soweit diese mehr als 25 000 € betragen. ⁶Es können die Kosten als förderfähig

anerkannt werden, die bei kommunalen Schulbaumaßnahmen im kommunalen Finanzausgleich als förderfähiger Aufwand gelten. ⁷Der Zeitpunkt der Ersatzleistungen für Baukosten richtet sich nach den im Staatshaushalt ausgebrachten Mitteln. ⁸Der Staat hat Anspruch auf Wertausgleich, wenn die nach Satz 5 geförderte Baumaßnahme nicht mehr den Zwecken einer privaten Volksschule dient. ⁹Der Wertausgleich errechnet sich aus dem geleisteten Zuschussbetrag abzüglich einer Absetzung für Abnutzung von 4 v.H. von dem geleisteten Zuschussbetrag pro Jahr ab dem auf den Zeitpunkt der Fertigstellung der Baumaßnahme folgenden Jahr. ¹⁰Wenn die geförderte Baumaßnahme einem anderen förderfähigen Zweck zugeführt wird, kann von der Geltendmachung des Anspruchs auf Wertausgleich in der Höhe abgesehen werden, in der für den neuen Zweck staatliche Zuschüsse gegeben werden könnten. ¹¹Die staatliche Forderung auf Wertausgleich kann auch ohne Verzinsung gestundet werden, solange und soweit das Gebäude einer anderen, im staatlichen Interesse liegenden, gemeinnützigen Zweckbestimmung dient, die mit dem Schulbetrieb in unmittelbarem Zusammenhang steht (neuer Zweck). ¹²Soweit auf der Grundlage eines bestehenden Förderbescheids auch Aufwendungen für den Grunderwerb gefördert wurden oder als förderfähig festgesetzt wurden, bemisst sich der staatliche Anspruch auf Wertausgleich nach Art. 34 Sätze 4 bis 7.

(2) ¹Leistungen nach Abs. 1 werden erst gewährt, wenn die Schule mindestens zwei Jahre ohne wesentliche schulaufsichtliche Beanstandungen bestanden hat. ²Wenn eine bereits bestehende Grundschule um eine Hauptschulstufe oder eine bereits bestehende Hauptschule um eine Grundschulstufe erweitert wird, gilt für Zuschussbeträge zum Schulaufwand für die zusätzliche Schulstufe Satz 1 entsprechend.

(3) Bei staatlich anerkannten Volksschulen erhöht sich der Zuschusssatz für notwendige Baumaßnahmen nach Abs. 1 Satz 5 auf 80 v.H.“

3. Art. 34 Satz 4 wird durch folgenden neuen Satz 4 und folgende Sätze 5 bis 7 ersetzt:

„⁴Der Staat hat Anspruch auf Wertausgleich, wenn die nach Satz 1 geförderte Schulanlage und ihre Ausstattung nicht mehr den Zwecken einer privaten Förderschule dienen. ⁵Als Wertausgleich ist der Verkehrswert anzusetzen, mindestens jedoch als Restwert die Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich der in gleichen Jahresbeträgen errechneten Absetzung für Abnutzung; die Absetzung bemisst sich hierbei nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. ⁶Wenn die Schulanlage einem anderen förderfähigen Zweck zugeführt wird, kann von der Geltendmachung des Anspruchs auf Wertausgleich in der Höhe abgesehen werden, in der für den neuen Zweck staatliche Zuschüsse gegeben werden könnten. ⁷Die staatliche Forderung auf Wertausgleich kann auch ohne Verzinsung gestundet werden, solange und soweit die Schulanlage einer anderen, im staatlichen Interesse liegenden, gemeinnützigen Zweckbestimmung dient, die mit dem Schulbetrieb in unmittelbarem Zusammenhang steht (neuer Zweck); als Wertausgleich ist der Verkehrswert im Zeitpunkt der Aufgabe des neuen Zwecks anzusetzen, wenn der Verkehrswert höher ist als im Zeitpunkt der Aufgabe der schulischen Nutzung.“

4. In Art. 47 Abs. 3 wird die Zahl „75“ durch die Zahl „87,50“ ersetzt.

Art. 20

Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

Die Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (AVBaySchFG) vom 23. Januar 1997 (GVBl S. 11, BayRS 2230-7-1-1-UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Dezember 2010 (GVBl S. 869), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird bei §§ 15 und 17 jeweils das Wort „Volksschulen,“ gestrichen.
2. § 14a erhält folgende Fassung:

„§ 14a

Verwendungsbestätigung bei privaten Volksschulen

(zu Art. 31 BaySchFG)

¹Die Zuschüsse nach Art. 31 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 1 Satz 1 BaySchFG dürfen nur gewährt werden, wenn der Schulträger schriftlich bestätigt hat, dass die Mittel ausschließlich für Personalaufwand im Sinn des Art. 2 BaySchFG oder für Schulaufwand im Sinn des Art. 3 BaySchFG der zu fördernden Schule verwendet werden. ²Der Schulträger kann Zuschüsse zum Schulaufwand der zu fördernden Schule auch für den Personalaufwand und umgekehrt verwenden.“

3. In §§ 15 und 17 wird in der Überschrift jeweils das Wort „Volksschulen,“ gestrichen.

Art. 21 Durchführungsbestimmungen

¹Für die Ausführung des Haushaltsplans und die Aufstellung der Haushaltsrechnung gelten neben den allgemeinen haushaltsrechtlichen Vorschriften die Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz (**Anlage DBestHG 2011/2012**). ²Im Übrigen erlässt das Staatsministerium der Finanzen die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen.

Art. 22 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2011 in Kraft.

(2) Abweichend von Abs. 1 treten

1. Art. 18 mit Wirkung vom 1. Januar 2010,
 2. Art. 14 bis 16 am 1. Mai 2011,
 3. Art. 19 Nrn. 1 bis 3 und Art. 20 am 1. August 2011 und
 4. Art. 19 Nr. 4 am 1. August 2012
- in Kraft.

(3) Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist, bis zum Tag der Bekanntmachung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

(4) Art. 109 BayBesG tritt mit Ablauf des 30. April 2013 außer Kraft.

Art. 23 Übergangsregelung zur Wiederbesetzungssperre

¹Für am 31. Dezember 2010 laufende Wiederbesetzungssperren (Art. 6 Abs. 2 Satz 2 Haushaltsgesetz – HG – 2009/2010) gilt die zwölfmonatige Wiederbesetzungssperre gemäß Art. 6 Abs. 2 Satz 2. ²Dies gilt auch für die am 28. September 2010 von der Staatsregierung beschlossene Besetzungssperre.

Art. 24 Übergangsbestimmungen zu Art. 19

(1) ¹Die Absenkung der während der Karenzzeit gewährten Leistungen in Art. 31 Abs. 6 Satz 2 BaySchFG auf 65 v.H. gilt nicht für private Volksschulen, die mit Wirkung vom 1. August 2011 oder früher genehmigt wurden. ²Für die privaten Volksschulen, bei denen die staatlichen Leistungen je Schülerin oder Schüler zum Schulaufwand (ausgenommen Baumaßnahmen) im Durchschnitt der Jahre 2008, 2009 und 2010 über dem pauschalen Zuschussbetrag nach Art. 32 Abs. 1 Satz 1 BaySchFG liegen, wird übergangsweise bis einschließlich des Schuljahres 2018/2019 eine zusätzliche Förderung zum Schulaufwand nach folgender Tabelle gewährt:

Schuljahr	Förderquote für den Betrag, um den der Durchschnitt der staatlichen Leistungen der Jahre 2008, 2009 und 2010 den pauschalen Zuschussbetrag nach Art. 32 Abs. 1 Satz 1 übersteigt
2011/2012	87,5 v.H.
2012/2013	75 v.H.
2013/2014	62,5 v.H.
2014/2015	50 v.H.
2015/2016	37,5 v.H.
2016/2017	25 v.H.
2017/2018	12,5 v.H.
2018/2019	0 v.H.

³Für die privaten Volksschulen, bei denen die staatlichen Leistungen je Schülerin oder Schüler zum Schulaufwand (ausgenommen Baumaßnahmen) im Durchschnitt der Jahre 2008, 2009 und 2010 unter dem pau-

schalen Zuschussbetrag nach Art. 32 Abs. 1 Satz 1 BaySchFG liegen, erfolgt für eine Übergangszeit bis einschließlich des Schuljahres 2018/2019 eine stufenweise Erhöhung der staatlichen Leistungen bis zum Erreichen des Pauschalbetrags nach folgender Tabelle:

Schuljahr	Förderquote für den Betrag, um den der Durchschnitt der staatlichen Leistungen der Jahre 2008, 2009 und 2010 unter dem pauschalen Zuschussbetrag nach Art. 32 Abs. 1 Satz 1 liegt
2011/2012	12,5 v.H.
2012/2013	25 v.H.
2013/2014	37,5 v.H.
2014/2015	50 v.H.
2015/2016	62,5 v.H.
2016/2017	75 v.H.
2017/2018	87,5 v.H.
2018/2019	100 v.H.

⁴Für die staatliche Förderung von Baumaßnahmen für private Volksschulen, bei denen die für den Erlass des Förderbescheids notwendigen und vollständigen Unterlagen vor dem 1. August 2011 der Regierung vorliegen, findet Art. 32 BaySchFG in der bis zum 31. Juli 2011 geltenden Fassung Anwendung.

(2) Für die Zeit vom 1. Januar 2011 bis einschließlich 31. Juli 2012 gilt Art. 47 Abs. 3 BaySchFG in folgender Fassung:

„(3) Für Schülerinnen und Schüler staatlich anerkannter Realschulen, Gymnasien, beruflicher Schulen und Schulen des Zweiten Bildungswegs ersetzt der Staat den Erziehungsberechtigten oder volljährigen Schülerinnen und Schülern das Schulgeld bis zum Betrag von 80 € je Unterrichtsmonat.“

Anlage

Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012

G e s a m t p l a n

Teil I:	Haushaltsübersicht einschließlich Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
Teil II:	Finanzierungsübersicht
Teil III:	Kreditfinanzierungsplan

Gesamtplan

Einzel- plan	B e z e i c h n u n g	Einnahmen		
		Betrag für 2011	Betrag für 2010	gegenüber 2010 mehr (+) weniger (-)
		Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
1	2	3	4	5
01	Landtag	400,5	308,5	+92,0
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	486,5	911,4	-424,9
03	Staatsministerium des Innern	1.096.760,7	1.183.933,1	-87.172,4
04	Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	992.566,3	833.521,7	+159.044,6
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	70.464,3	84.192,3	-13.728,0
06	Staatsministerium der Finanzen	447.369,5	419.398,0	+27.971,5
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.265.268,9	1.296.960,3	-31.691,4
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	384.226,3	359.182,1	+25.044,2
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	604.139,6	616.192,8	-12.053,2
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	19,2	19,2	-
12	Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	147.667,7	198.041,7	-50.374,0
13	Allgemeine Finanzverwaltung	35.902.356,7	36.066.152,4	-163.795,7
15	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.579.408,3	1.287.881,9	+291.526,4
	Summe	42.491.134,5	42.346.695,4	+144.439,1

Teil I: Haushaltsübersicht 2011

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss		Verpflichtungs- ermächtigungen 2011 Tsd. €	Einzel- plan
Betrag für 2011 Tsd. €	Betrag für 2010 Tsd. €	gegenüber 2010 mehr (+) weniger (-) Tsd. €	Betrag für 2011 Tsd. €	Betrag für 2010 Tsd. €		
6	7	8	9	10	11	12
107.463,4	106.617,8	+845,6	-107.062,9	-106.309,3	4.760,0	01
82.419,6	80.673,1	+1.746,5	-81.933,1	-79.761,7	10.000,0	02
4.912.563,6	5.071.271,6	-158.708,0	-3.815.802,9	-3.887.338,5	621.619,3	03
1.824.452,2	1.823.047,7	+1.404,5	-831.885,9	-989.526,0	105.078,0	04
9.557.703,5	9.482.308,5	+75.395,0	-9.487.239,2	-9.398.116,2	32.524,0	05
1.779.863,7	1.791.124,6	-11.260,9	-1.332.494,2	-1.371.726,6	75.220,0	06
1.722.522,6	1.728.494,3	-5.971,7	-457.253,7	-431.534,0	6.944.882,5	07
1.199.587,1	1.217.405,9	-17.818,8	-815.360,8	-858.223,8	242.500,0	08
2.547.135,6	2.509.965,5	+37.170,1	-1.942.996,0	-1.893.772,7	251.147,8	10
30.334,3	31.905,2	-1.570,9	-30.315,1	-31.886,0	-	11
773.476,1	844.555,7	-71.079,6	-625.808,4	-646.514,0	107.984,5	12
12.729.821,7	12.690.710,9	+39.110,8	+23.172.535,0	+23.375.441,5	240.750,0	13
5.223.791,1	4.968.614,6	+255.176,5	-3.644.382,8	-3.680.732,7	364.588,1	15
42.491.134,5	42.346.695,4	+144.439,1	-	-	9.001.054,2	

Gesamtplan

Einzel- plan	B e z e i c h n u n g	Einnahmen		
		Betrag für 2012	Betrag für 2011	gegenüber 2011 mehr (+) weniger (-)
		Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
1	2	3	4	5
01	Landtag	400,5	400,5	-
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	486,5	486,5	-
03	Staatsministerium des Innern	824.122,8	1.096.760,7	-272.637,9
04	Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	796.311,3	992.566,3	-196.255,0
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	58.674,5	70.464,3	-11.789,8
06	Staatsministerium der Finanzen	448.513,5	447.369,5	+1.144,0
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.265.242,0	1.265.268,9	-26,9
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	378.943,0	384.226,3	-5.283,3
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	606.391,4	604.139,6	+2.251,8
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	19,2	19,2	-
12	Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	112.166,3	147.667,7	-35.501,4
13	Allgemeine Finanzverwaltung	37.086.368,2	35.902.356,7	+1.184.011,5
15	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.538.215,8	1.579.408,3	-41.192,5
	Summe	43.115.855,0	42.491.134,5	+624.720,5

Teil I: Haushaltsübersicht 2012

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss		Verpflichtungs- ermächtigungen 2012 Tsd. €	Einzel- plan
Betrag für 2012 Tsd. €	Betrag für 2011 Tsd. €	gegenüber 2011 mehr (+) weniger (-) Tsd. €	Betrag für 2012 Tsd. €	Betrag für 2011 Tsd. €		
6	7	8	9	10	11	12
107.300,1	107.463,4	-163,3	-106.899,6	-107.062,9	2.645,0	01
80.765,6	82.419,6	-1.654,0	-80.279,1	-81.933,1	5.500,0	02
4.713.280,3	4.912.563,6	-199.283,3	-3.889.157,5	-3.815.802,9	510.447,5	03
1.880.462,5	1.824.452,2	+56.010,3	-1.084.151,2	-831.885,9	108.912,0	04
9.788.413,9	9.557.703,5	+230.710,4	-9.729.739,4	-9.487.239,2	33.205,0	05
1.791.634,4	1.779.863,7	+11.770,7	-1.343.120,9	-1.332.494,2	37.570,0	06
1.739.021,7	1.722.522,6	+16.499,1	-473.779,7	-457.253,7	554.440,0	07
1.210.073,9	1.199.587,1	+10.486,8	-831.130,9	-815.360,8	225.885,0	08
2.708.005,1	2.547.135,6	+160.869,5	-2.101.613,7	-1.942.996,0	178.374,2	10
31.011,7	30.334,3	+677,4	-30.992,5	-30.315,1	-	11
748.239,1	773.476,1	-25.237,0	-636.072,8	-625.808,4	96.206,5	12
12.848.111,0	12.729.821,7	+118.289,3	+24.238.257,2	+23.172.535,0	236.980,0	13
5.469.535,7	5.223.791,1	+245.744,6	-3.931.319,9	-3.644.382,8	320.690,0	15
43.115.855,0	42.491.134,5	+624.720,5	-	-	2.310.855,2	

Gesamtplan

Teil II: Finanzierungsübersicht für die Haushaltsjahre 2011 und 2012A. Ermittlung des Finanzierungssaldos

	Betrag für 2011 Tsd. €	Betrag für 2012 Tsd. €	Betrag für 2010 Tsd. €
1. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen)	40.688.077,5	42.274.888,5	38.456.915,3
2. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines Fehlbetrags)	42.399.802,2	43.024.942,2	41.915.884,4
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2)	-1.711.724,7	-750.053,7	-3.458.969,1

B. Deckung des Finanzierungssaldos

1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	2.826.325,0	3.031.648,0	3.323.799,0
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	100.000,0	800.000,0	50.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	2.826.325,0	3.031.648,0	3.323.799,0
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	100.000,0	800.000,0	50.000,0
1.3 Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-	-	-
2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren			
2.1 Einnahmen aus Überschüssen	-	-	-
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	-	-	-

3. Rücklagenbewegung

3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	1.803.057,0	840.966,5	3.889.780,1
3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	91.332,3	90.912,8	430.811,0
3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)	1.711.724,7	750.053,7	3.458.969,1

4. Deckung insgesamt (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)Teil III: Kreditfinanzierungsplan für die Haushaltsjahre 2011 und 20121. Kredite am Kreditmarkt

1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	2.826.325,0	3.031.648,0	3.323.799,0
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	100.000,0	800.000,0	50.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	2.826.325,0	3.031.648,0	3.323.799,0
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	100.000,0	800.000,0	50.000,0
1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-	-	-

2. Kredite im öffentlichen Bereich

2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u. Ä.	200,0	200,0	-
2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u. Ä.	63.000,0	63.000,0	53.000,0
2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)	-62.800,0	-62.800,0	-53.000,0

3. Kreditaufnahmen insgesamt

3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)	2.926.525,0	3.831.848,0	3.373.799,0
3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	2.989.325,0	3.894.648,0	3.426.799,0
3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	-62.800,0	-62.800,0	-53.000,0

4. Rückzahlbare Ablieferung des Grundstocks (Art. 9 HG)

	-	582.460,0	480.000,0

Anlage DBestHG 2011/2012

Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz 2011/2012 (DBestHG 2011/2012)

1. Deckungsfähigkeit

- 1.1 Soweit nicht Nr. 12.1 zur Anwendung kommt, sind innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel gegenseitig deckungsfähig die Mittel der Titel
- 1.1.1 517 01 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume,
517 05 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft,
517 31 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),
517 35 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),
518 0. Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume,
518 31 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),
- 1.1.2 514 0. Haltung von Dienstfahrzeugen und
527 0. Reisekostenvergütungen für Dienstreisen,
- 1.1.3 531 1. Fachveröffentlichungen und
531 2. Sonstige Veröffentlichungen.
- 1.2 Innerhalb desselben Einzelplans sind die Mittel der Titel 519 0. (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen), 701 0. (kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) und 702 0. (grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen) gegenseitig deckungsfähig.
- 1.3 ¹Mit Einwilligung der zuständigen obersten Staatsbehörde können die bei den einzelnen Titeln der Anlagen S (staatlicher Hochbau) veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nach dem Baufortschritt verstärkt werden, wenn der Mehrbetrag innerhalb der Hochbauausgaben bzw. -verpflichtungsermächtigungen desselben Einzelplans eingespart wird; dem Staatsministerium der Finanzen ist jeweils ein Abdruck des entsprechenden Einwilligungsschreibens der zuständigen obersten Staatsbehörde zuzuleiten. ²Die danach zulässige gegenseitige Deckung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen. ³Bei grundstockfinanzierten Ansätzen ist eine Umschichtung nur zugunsten grundstockkonformer Hochbaumaßnahmen zulässig; das Nähere regelt das Staatsministerium der Finanzen.
- 1.4 Im Übrigen ergibt sich die Deckungsfähigkeit von Ausgabemitteln aus den im Haushaltsplan enthaltenen Vermerken.

2. Bewirtschaftung der Personalausgaben

- 2.1 ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die in Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes genannten Stellenpläne unter Beachtung der Nr. 3 gebunden. ²Soweit keine Stellenbindung besteht, richtet sich die Bewirtschaftung grundsätzlich nach den veranschlagten Haushaltsbeträgen; dabei können innerhalb der einzelnen Kapitel die Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz entsprechend dem Entstehungsgrund den betroffenen Haushaltsansätzen zugeführt werden.

- 2.2 ¹Die in einem Einzelplan bei den in Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes genannten Titeln veranschlagten Mittel für Personalausgaben (einschließlich Titel 421 0.) dürfen – insoweit in Abweichung von Art. 45 Abs. 1 BayHO – bei der Ausführung des Haushaltsplans zu einer Summe zusammengefasst und innerhalb des Einzelplans gemeinsam bewirtschaftet werden. ²Soweit bei den in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen außerplanmäßige Ausgaben und bei den nicht in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen über- und außerplanmäßige Ausgaben erforderlich werden, gilt die Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen hierzu allgemein als erteilt, wenn die über- und außerplanmäßigen Ausgaben ausschließlich auf Stellenbesetzungen nach Art. 6 Abs. 3 Nr. 1 des Haushaltsgesetzes zurückzuführen sind.
- 2.3 Für Beamte und Arbeitnehmer, bei denen gemäß Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes eine Stellenbindung besteht, darf Mehrarbeit (Überstunden), für die eine Vergütung zu zahlen ist, nur angeordnet werden, wenn bei Titel 422 41 bis 422 42 (Mehrarbeitsvergütungen für Beamte) oder Titel 428 41 (Überstundenentgelte für Arbeitnehmer) ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt sind.

3. Besetzung von Planstellen und Stellen

Für die Besetzung von Planstellen und Stellen gelten Art. 6 des Haushaltsgesetzes, Art. 47, 49 und 50 BayHO sowie die zu diesen Bestimmungen erlassenen Verwaltungsvorschriften unter Beachtung der nachstehenden Bestimmungen.

- 3.1 Besondere Regelungen für den Hochschulbereich
- 3.1.1 ¹Wissenschaftliche Mitarbeiter im Sinn des Art. 22 BayHSchPG können auch auf gleich- oder höherwertigen Stellen für Akademische Räte, Akademische Oberräte, Akademische Direktoren oder Leitende Akademische Direktoren (jeweils ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden. ²Akademische Oberräte auf Zeit (BesGr A 14) können auf Stellen für Akademische Direktoren oder auf Stellen für Leitende Akademische Direktoren (jeweils ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden.
- 3.1.2 ¹Inhaber der Ämter des Akademischen Rats, des Akademischen Oberrats, des Akademischen Direktors oder des Leitenden Akademischen Direktors (jeweils ausschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie wissenschaftliche Mitarbeiter können nicht auf Stellen, die für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule ausgewiesen sind, verrechnet werden. ²Dies gilt nicht für Akademische Räte, Akademische Oberräte, Akademische Direktoren oder Leitende Akademische Direktoren, die mit einer Lehrverpflichtung von mehr als acht Lehrveranstaltungsstunden aus Ämtern der alten Personalstruktur übernommen wurden.
- 3.1.3 Inhaber der Ämter des Akademischen Rats, des Akademischen Oberrats, des Akademischen Direktors oder des Leitenden Akademischen Direktors (jeweils einschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben) der BesGr A 13 bis A 16 (Art. 19 bis 21 und 24 BayHSchPG) können auf Stellen für Professoren der BesGr W 2 und W 3 verrechnet werden.
- 3.1.4 Stellen für Akademische Räte auf Zeit (BesGr A 13) und Akademische Oberräte auf Zeit (BesGr A 14) dürfen mit entsprechend eingestuftem Arbeitnehmern sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern mit einem Bachelor-Abschluss besetzt werden, wenn deren Arbeitsverhältnis den für wissenschaftliche Mitarbeiter geltenden Bestimmungen (Art. 22 BayHSchPG) entsprechend befristet ist, sowie mit Ärzten, die in einem befristeten Arbeitnehmerverhältnis zur Erlangung der Gebietsarztanerkennung beschäftigt werden.
- 3.1.5 Stellen der Entgeltgruppe 13 dürfen mit wissenschaftlichen Mitarbeitern im Arbeitnehmerverhältnis im Sinn des Art. 22 Abs. 2 Satz 1 BayHSchPG besetzt werden, die einen Bachelor-Abschluss erworben haben.
- 3.1.6 Künstlerische Mitarbeiter werden bei der Stellenverrechnung wie wissenschaftliche Mitarbeiter behandelt.
- 3.1.7 Ärzte der klinisch-theoretischen Institute der Medizinischen Fakultäten, die vom Geltungsbereich des TV-Ärzte erfasst sind, können in besonderen unabweisbaren Fällen auf Stellen der BesGr W 2, des akademischen Mittelbaus oder Arbeitnehmerstellen in den Entgeltgruppen 13 bis 15 verrechnet werden. Hierzu bedarf es mit Ausnahme der Nachbesetzungen der Bestandsfälle der vorherigen Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.
- 3.1.8 Unter den Voraussetzungen der Nr. 3.1.4 dürfen auf Stellen für Juniorprofessoren (BesGr W 1) Akademische Räte auf Zeit (BesGr A 13) sowie entsprechend eingestufte Arbeitnehmer und wissenschaftliche Mitarbeiter mit einem Bachelor-Abschluss verrechnet werden.

3.2 Besondere Regelungen für den Richterbereich

Auf Stellen für Richter der BesGr R 2 können auch Richter kraft Auftrags der BesGr A 13 bis A 16, auf Stellen für Richter der BesGr R 1 auch Richter kraft Auftrags der BesGr A 13 bis A 15 verrechnet werden.

3.3 Arbeitnehmer-Budget

3.3.1 ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Vorbereitung einer Einführung eines Arbeitnehmer-Budgets bei der Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte und Richter, die gemäß Nr. 2.1 Satz 1 und Nr. 2.2 Satz 1 der gemeinsamen Bewirtschaftung unterliegen, mit Arbeitnehmern zu bestimmen, dass Entgelte abweichend auf Titel 428 07 gebucht werden können. ²Auf über- oder außerplanmäßige Ausgaben, die sich auf Grund der nach Satz 1 abweichenden Buchung ergeben, ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen.

3.3.2 Im Rahmen der Pilotierung des Arbeitnehmer-Budgets kann das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Obersten Rechnungshof einen von den Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz, den Verwaltungsvorschriften zur Bayerischen Haushaltsordnung und den Bestimmungen für die Auszahlung und den rechnungsmäßigen Nachweis der Bezüge und sonstigen Leistungen bei Versetzung, Abordnung und Zuweisung abweichenden Nachweis der Entgeltzahlungen bestimmen.

3.4 Feststellungen der Rechnungsprüfung

¹Stellen, die auf Grund von Feststellungen der Rechnungsprüfung nicht oder nicht in der veranschlagten Wertigkeit erforderlich sind, sind in die Verhandlungen zur Aufstellung des Haushaltsplans einzubeziehen. ²Art. 50 Abs. 1 BayHO bleibt unberührt.

4. Besondere Personalausgaben, Billigkeitsleistungen

4.1 Aus Mitteln für Bezüge und dergleichen dürfen Fahrkostenzuschüsse für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte nach Maßgabe der Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung (FkzBek) vom 15. November 2001 (FMBI 2002 S. 69) in der jeweils geltenden Fassung einschließlich der darauf entfallenden Pauschalsteuern gewährt werden.

4.2 Aus Mitteln der Titel 546 49 (Vermischte Verwaltungsausgaben) können auch die Ausgaben geleistet werden:

4.2.1 für die Übernahme von Kosten des Rechtsschutzes für Bedienstete des Freistaates Bayern,

4.2.2 für die Kosten der amtsärztlichen Untersuchung von Beamten und Bewerbern, von Lehrkräften kirchlicher Genossenschaften, die auf Grund von Abstellungsverträgen im öffentlichen Volksschuldienst und Sondervolksschuldienst tätig sind, von Geistlichen und Laienkatecheten, die an öffentlichen Volksschulen, Sondervolksschulen und staatlichen Berufsschulen Religionsunterricht erteilen, sowie für die Kosten einer von der Ernennungsbehörde angeordneten klinischen oder fachärztlichen Untersuchung,

4.2.3 soweit Mittel nicht gesondert veranschlagt sind, für den Sachschadenersatz ehrenamtlicher Richter und ehrenamtlicher Mitglieder von bei Staatsbehörden gebildeten Ausschüssen (analog Abschnitt 12 der Verwaltungsvorschriften zum Beamtenrecht in der jeweils geltenden Fassung),

4.2.4 für die Erstattung von Auslagen bei Vorstellungsreisen nach den geltenden Bestimmungen des Staatsministeriums der Finanzen,

4.2.5 für die Übernahme von Kosten einer Impfung gegen FSME (Grundimmunisierung, Auffrischungsimpfung, Impferum); Voraussetzung für die Kostenübernahme ist, dass die beschäftigte Person in definierten FSME-Risikogebieten nach Robert-Koch-Institut

- in der Land-, Forst- und Holzwirtschaft, im Gartenbau sowie in der Vermessungsverwaltung regelmäßig Tätigkeiten in niederer Vegetation und in Wäldern,
- im Straßenbetriebsdienst und im Bereich der Wasserwirtschaft mit regelmäßigen Tätigkeiten in niederer Vegetation,
- im Tierhandel und bei der Jagd Tätigkeiten mit regelmäßigem direkten Kontakt zu freilebenden Tieren oder
- in Forschungseinrichtungen und Laboratorien regelmäßig Tätigkeiten mit Kontaktmöglichkeit zu infizierten Proben oder Verdachtsproben bzw. zu erregerehaltigen oder kontaminierten Gegenständen oder Materialien, wenn der Übertragungsweg gegeben ist,

ausübt und dadurch die Gefahr einer Infektion durch das FSME-Virus deutlich höher ist als bei der Allgemeinbevölkerung.

- 4.3 ¹Den zur Ausbildung zugewiesenen Beamten (Art. 23 Abs. 2 BayRKG) werden die bei den staatlichen Lehrinrichtungen verfügbaren Unterkünfte unentgeltlich überlassen; Lehrinrichtungen im Sinn dieser Vorschrift sind solche, die ausschließlich oder nahezu ausschließlich Bildungsaufgaben für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wahrnehmen. ²Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern, die im Einzugsgebiet des Dienstortes (der Lehrinrichtung) wohnen (§ 1 Abs. 3 Satz 2 BayTGV, Art. 4 Abs. 3 BayUKG) und nicht schwerbehindert sind, werden keine Unterkünfte überlassen. ³Wenn im Einzelfall durch den Verzicht auf die unentgeltliche Unterbringung höhere Anmietkosten eingespart werden, kann auf Antrag anstatt der unentgeltlichen Unterkunft ein Fahrtkostenzuschuss gewährt werden. ⁴Eine geschlossene Unterbringung (§ 8 Abs. 4 Satz 2 BayTGV) wird nicht begründet. ⁵Art. 127 BayBG bleibt unberührt.

- 4.4 ¹Zur Gewährung von Prämien nach den Richtlinien zum Vorschlagswesen in der bayerischen Staatsverwaltung können die Ansätze bei Titel 459 1.

a) zu Lasten der Einnahmen bei den Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 und der Titel 119 01 und 119 49,

b) zu Lasten der Ansätze bei den Obergruppen 51 bis 54 und 81 bis 82

verstärkt werden. ²Die Ansätze bei Titel 459 1. dürfen nur insoweit verstärkt werden, als sich bei den deckungsfähigen Titeln im Jahr der Prämienzahlung und im darauf folgenden Jahr des prämierten Vorschlags Mehreinnahmen bzw. Einsparungen in mindestens der gleichen Höhe ergeben. ³Soweit die Mehreinnahmen bzw. Einsparungen bei den in Satz 1 genannten Titeln anderer Einzelpläne entstehen, ist für die Verstärkung des Titels 459 1. die Einwilligung der obersten Staatsbehörde erforderlich, die für den anderen Einzelplan zuständig ist.

- 4.5 ¹Aus Mitteln für Bezüge und dergleichen wird Beamten, die im Laufe des Kalenderjahres vom Arbeitnehmerverhältnis in das Beamtenverhältnis übernommen wurden, eine außertarifliche Leistung gewährt. ²Entsprechendes gilt, wenn Beschäftigte während des Kalenderjahres von einem TV-L-Arbeitsverhältnis in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht wechseln. ³Die außertarifliche Leistung beträgt für die Beschäftigten in den Entgeltgruppen E 1 bis E 11 70 v.H., für die übrigen Beschäftigten 65 v.H. des monatlichen Entgelts, das dem Beschäftigten in den letzten drei Monaten vor dem Monat der Übernahme in das Beamtenverhältnis bzw. des Wechsels in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht durchschnittlich gezahlt wurde; unberücksichtigt bleiben hierbei das zusätzlich für Überstunden und Mehrarbeit gezahlte Entgelt (mit Ausnahme der im Dienstplan vorgesehenen Mehrarbeits- und Überstunden), Leistungszulagen, Leistungs- und Erfolgsprämien. ⁴Der Bemessungssatz bestimmt sich nach der Entgeltgruppe am Ersten des Monats, der dem Monat der Verbeamtung bzw. des Wechsels in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht unmittelbar vorhergeht. ⁵Die außertarifliche Leistung vermindert sich um ein Zwölftel für jeden Kalendermonat, für den der Beschäftigte kein Entgelt aus dem Arbeitsverhältnis erhalten hat. ⁶Die außertarifliche Leistung ist zu Lasten der Haushaltsstelle zu leisten, auf der der Beamte vor der Übernahme in das Beamtenverhältnis bzw. vor dem Wechsel in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht geführt wurde.

- 4.6 Aus Mitteln für Entgelte der Arbeitnehmer kann Arbeitnehmern für die Zeit für die ihnen Entgelt (§ 15 TV-L) zusteht, eine Zulage gezahlt werden, wenn ihre Tätigkeit mit Mehraufwendungen verbunden ist, die weder durch die Reisekostenvergütung noch durch das Entgelt abgegolten sind, und entsprechenden Beamten unter den gleichen Voraussetzungen und Umständen eine Aufwandsentschädigung gewährt wird.

5. Prüfungskosten, Personal- und Sachausgaben aus anderen Haushaltsansätzen

- 5.1 Aus Mitteln der Titel 459 0. (Prüfungsvergütungen) sind auch sämtliche mit der Prüfung zusammenhängenden sächlichen Verwaltungsausgaben einschließlich der Reisekosten der mit der Durchführung der Prüfung beauftragten Prüfer und Prüfungshelfer zu bestreiten.

- 5.2 Soweit Entgelte für Staatsbeschäftigte aus anderen als Personalausgabenansätzen oder aus Titelgruppen zu leisten sind, sind auch die sonstigen Ausgaben (Beihilfen, Unterstützungen, Trennungsgelder, Übergangsgelder und dergleichen) bei diesen Ansätzen zu leisten.

- 5.3 Aus Mitteln der Titel 518 0. und 518 31 (Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume) sind auch die Ausgaben für durchzuführende Ausschreibungsverfahren zur Anmietung von Bestellbauten (Immobilien, die ein privater Auftragnehmer nach den Vorgaben des Auftraggebers

errichtet), insbesondere die für die Beauftragung privater Sachverständiger anfallenden Ausgaben, zu bestreiten.

6. Anlagen zum Haushaltsplan

6.1 Soweit in Zweckbestimmungen für mehrere mit einem Gesamtbetrag veranschlagte Maßnahmen auf Anlagen zu den Einzelplänen verwiesen ist, sind die in diesen Anlagen aufgeführten Einzelzwecke mit ihren Beträgen ebenso bindend, wie wenn diese Beträge bei den Zweckbestimmungen einzeln aufgeführt wären, es sei denn, dass in den Anlagen etwas anderes bestimmt ist.

6.2 ¹Soweit bei Titeln der Anlage S (staatlicher Hochbau) Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen wegen Fehlens der in Art. 24 Abs. 1 BayHO bezeichneten Unterlagen als gesperrt oder als Planungstitel bezeichnet sind, bedarf die Leistung von Ausgaben oder die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen der Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags. ²Dies gilt nicht für die Leistung von Ausgaben und Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen für die Erstellung der Planungsunterlagen nach Art. 24 Abs. 1 und Art. 54 Abs. 1 BayHO. ³Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, für die Erstellung der Planungsunterlagen von Neubauten nähere Anordnungen zu erlassen.

7. Ausnahmen vom Bruttonachweis

¹Ausnahmen vom Bruttonachweis der Einnahmen und Ausgaben sind nach Maßgabe der VV Nr. 3 zu Art. 35 BayHO zugelassen oder vorgeschrieben. ²Darüber hinaus gilt Folgendes:

7.1 ¹Einnahmen aus der Anfertigung von Fotokopien durch Dritte und aus Rabatten für bereits gezahlte Ausgaben dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. ²Erstattungen von Reisekosten durch Dritte und pauschale Rabatte für bereits gezahlte Fahrtkosten dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.

7.2 Schadenersatzleistungen und Zahlungen anstelle von Garantieleistungen Dritter dürfen stets, also auch nach Abschluss der Bücher, insoweit von der Ausgabe abgesetzt werden, als sie zur Instandsetzung oder Ersatzbeschaffung bestimmt sind.

7.3 Zurückgezahlte Zuwendungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden, soweit sie

7.3.1 noch während des gleichen Jahres, in dem sie ausgezahlt wurden, zurückgezahlt werden oder

7.3.2 im Rahmen von gemeinschaftlichen Finanzierungen zwischen dem Bund und dem Land (insbesondere bei den Gemeinschaftsaufgaben) gewährt wurden und der Bund dies zulässt.

8. Kosten der Planung und Bauüberwachung (PB-Mittel)

8.1 Aus den Ausgabemitteln für Baumaßnahmen des staatlichen Hochbaus (Obergruppen 71 bis 74) sind auch die Kosten für die Planung und Bauüberwachung zu bestreiten.

8.1.1 ¹Ist die Planung und Bauüberwachung der staatlichen Bauverwaltung übertragen, so erhält sie folgende Kostenanteile:

bei einer anrechnungsfähigen Herstellungssumme bis 1 500 000 €
5,5 v.H.,

bei einer anrechnungsfähigen Herstellungssumme über 1 500 000 €
5 v.H.

²Bei Umbauten und Modernisierungen erhöhen sich diese Sätze je nach Schwierigkeit um bis zu 80 v.H. ³Die festgelegten Vorphundertsätze können erforderlichenfalls in begründeten Einzelfällen mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen bis auf höchstens 5,75 v.H. erhöht werden.

⁴Die anrechnungsfähige Herstellungssumme bemisst sich nach der Haushaltsunterlage-Bau (zuzüglich von Nachträgen, die auf Lohn- und Stoffpreissteigerungen beruhen), es sei denn, dass die tatsächliche Herstellungssumme niedriger ist; das Staatsministerium der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

8.1.2 ¹Sind für die Planung und Bauüberwachung von Gebäuden und Freianlagen freiberuflich tätige Architekten nach den Teilen 1 bis 3 der Verordnung über die Honorare für Architekten und Ingenieurleistungen (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI) vom 11. August 2009 (BGBl I S. 2732) eingeschaltet, so sind die vertraglich vereinbarten Honorare sowie die Nebenkosten des Architekten (§ 14 HOAI) aus den Bauausgabemitteln – Kostengruppe 730 der Kostenberechnung nach DIN 276 – zu bestreiten. ²Für die Anwendung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure gelten die Vorschriften des von der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern mit Schreiben vom 4. Dezember 2008, Az. IIZ5-40012-004/08, eingeführten Handbuchs

für die Vergabe und Durchführung von freiberuflichen Dienstleistungen durch die Staatsbauverwaltung des Freistaates Bayern (VHF Bayern), Ausgabe 2008, in der jeweils geltenden Fassung.³Für Leistungen, die dabei nicht von freiberuflich tätigen Architekten, sondern von der staatlichen Bauverwaltung zu erbringen sind, können von dieser

- für Planungsleistungen im Sinn der Leistungsphasen 1 bis 7 und 9 des § 33 HOAI 1,3 v.H. der anrechenbaren Herstellungssumme,
- für die Bauüberwachung im Sinn der Leistungsphase 8 des § 33 HOAI 0,6 v.H. der anrechenbaren Herstellungssumme

in Anspruch genommen werden.⁴Bei Leistungen, die von freiberuflich tätigen Architekten nur anteilig erbracht werden, errechnet sich der Anteil der staatlichen Bauverwaltung aus den Staffelsätzen der Nr. 8.1.1 nach dem Leistungsbild des § 33 HOAI.

8.1.3 Bei dem Klinikum Regensburg (Kap. 15 22 Tit. 747 55) erhält die staatliche Bauverwaltung für die Planung und Bauüberwachung im Sinn von Nr. 8.1.1 Satz 1 einen Kostenanteil in Höhe von 5,25 v.H. der anrechnungsfähigen Herstellungssumme bzw., soweit nur Leistungen im Sinn von Nr. 8.1.2 Satz 3 erbracht werden, einen Kostenanteil in Höhe von 1,61 v.H. der anrechnungsfähigen Herstellungssumme.

8.2 Die Kosten für die Einschaltung freiberuflich tätiger Ingenieure als Sonderfachleute für baufachliche Fragen sind bei den Baunebenkosten – Kostengruppe 730 und 740 der Kostenberechnung nach DIN 276 – zu veranschlagen und zu verausgaben.

8.3 Aus den Mitteln zur Bestreitung der Kosten der Planung und Bauüberwachung dürfen gedeckt werden

8.3.1 die personalbezogenen Ausgaben der zusätzlich verwendeten Dienstkräfte,

8.3.2 die Ausgaben für Fachliteratur und fachgebundene Verbrauchsgüter,

8.3.3 die Ausgaben für Bauleitungen und für Ausschreibungen im Vergabeverfahren.

9. Zweckgebundene Einnahmen

¹Zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) sind, auch wenn sie nicht oder nicht in voller Höhe veranschlagt sind, bei den zutreffenden Einnahmetiteln zu vereinnahmen und die hierdurch etwa erforderlich werdenden zusätzlichen Ausgaben bei den Ausgabetiteln zu verausgaben.²Auf hiernach sich ergebende über- oder außerplanmäßige Ausgaben ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Einnahmen und Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen.³Nicht verausgabte zweckgebundene Einnahmen dürfen in der Haushaltsrechnung als Ausgabereste nachgewiesen werden.

10. Veräußerungen von Erzeugnissen betrieblicher Einrichtungen

¹An Beamte und Arbeitnehmer dürfen, soweit im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt ist, widerrechtlich die für den eigenen Verbrauch benötigten Erzeugnisse der betrieblichen Einrichtungen ihrer unmittelbaren Beschäftigungsdienststelle mit einer Ermäßigung bis zu 20 v.H. des ortsüblichen Kleinverkaufspreises abgegeben werden; ausgenommen hiervon sind Beschäftigte, deren Arbeitszeit weniger als die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beträgt.²Satz 1 gilt auch für Ruhegehaltsempfänger und Rentner, soweit sie bis zum Eintritt in den Ruhestand und dergleichen bei der entsprechenden betrieblichen Einrichtung beschäftigt waren.³Landwirtschaftliche Betriebe dürfen ihre Erzeugnisse, bei denen ein Kleinverkaufspreis nicht feststellbar ist, an Betriebsangehörige mit einer Ermäßigung bis zu 10 v.H. des Ab-Hof-Verkaufspreises abgeben; für die Abgabe von Milch ist der Molkereipreis des Vormonats ohne Ermäßigung maßgebend.⁴Tarifvertragliche Bestimmungen bleiben unberührt.⁵Einer Einwilligung nach Art. 57 BayHO bedarf es in diesen Fällen nicht.

11. Weitergabe von Zuwendungen

Die Gewährung von Zuwendungen kann durch das zuständige Staatsministerium über die in Art. 44 Abs. 3 BayHO genannten juristischen Personen des privaten Rechts hinaus auch auf Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts übertragen werden.

12. Dezentrale Budgetverantwortung

12.1 Erweiterte gegenseitige Deckungsfähigkeit

¹Zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit sind jeweils innerhalb der einzelnen Kapitel (unter Einbeziehung der entsprechenden Verwaltungsbetriebsmittel in den Sammelkapiteln und Allgemeinen Bewilligungen sowie der zentral veranschlagten Ansätze) der Einzelpläne 01 bis 12 und 15

- die Ansätze für Personalausgaben der Titel 422 41 und 422 42, 427 01, 427 41, 427 99, 428 11, 428 12, 428 21, 428 22, 428 30, 428 41, 428 66, 428 99, der Gruppe 429, der Titel 443 16, 453 01, 459 0., 459 1. und 459 49,
- die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben der Obergruppen 51 bis 54 mit Ausnahme der Gruppe 529, der Titel 527 2., 531 2., 532 0. sowie der Gruppe 549,
- die Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82 mit Ausnahme der Ansätze nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz vom 2. März 2009 (BGBl I S. 416, 428) und
- die Ansätze der Festtitel 981 11 und 981 12 (Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd bzw. Nord)

nach näherer Maßgabe der folgenden Nrn. gegenseitig deckungsfähig. ²Eine Deckung aus Ansätzen, die bereits selbst zu Lasten anderer Ansätze verstärkt wurden (Kettenverstärkung), ist nicht möglich.

12.2 Verstärkung aus dem Stellingehalt gebundener Stellen

Innerhalb eines Kapitels kann das durchschnittliche Stellingehalt einer frei gewordenen und besetzbaren Stelle zur Verstärkung der in Nr. 12.1 genannten Ansätze unter folgender Maßgabe verwendet werden:

- 12.2.1 ¹Die Stelle muss über die Wiederbesetzungssperre hinaus mindestens ein Jahr lang freigehalten werden; Art. 6 Abs. 2 Satz 4 des Haushaltsgesetzes findet keine Anwendung. ²Die Verwendung der Stellingehälter für eine Verstärkung kann somit erst nach Ablauf der gesetzlichen Wiederbesetzungssperre erfolgen.
- 12.2.2 Für jeden vollen Monat, für den die Stelle dann über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneinzug hinaus gezielt freigehalten wird, können entweder
 - ¹ $\frac{1}{12}$ aus 75 v.H. des durchschnittlichen Stellingehalts zur Verstärkung der Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82 oder
 - ¹ $\frac{1}{12}$ aus 50 v.H. des durchschnittlichen Stellingehalts zur Verstärkung für sächliche Verwaltungsausgaben verwendet werden.
- 12.2.3 Mit dem Zeitpunkt der Wiederbesetzung der Stelle endet die Verstärkungsmöglichkeit der Nr. 12.2.
- 12.3 Deckungsfähigkeit der in Nr. 12.1 genannten Personalausgaben
- 12.3.1 ¹Einsparungen bei den in Nr. 12.1 genannten Ansätzen dürfen nur dann für die Begründung zusätzlicher Dienst- und Arbeitsverhältnisse verwendet werden, wenn das jeweilige Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis auf längstens sechs Monate oder die Dauer einer jahreszeitlich bedingten Saison – ohne Kettenverlängerung – zeitlich befristet ist (Aushilfskräfte). ²Die Einschränkungen des Satzes 1 gelten nicht, soweit lediglich der bei Altersteilzeit von Arbeitnehmern auftretende Kapazitätsverlust ausgeglichen wird.
- 12.3.2 Einsparungen bei den Titeln 428 11, 428 21 und 428 22 dürfen nur bei mindestens einjährigem Freihalten der Beschäftigungsmöglichkeit zur Deckung von Ausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben und Sachinvestitionen der in Nr. 12.1 genannten Ansätze herangezogen werden; hinsichtlich der Titel 428 21 und 428 22 gilt dies nur bei Einsparungen über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneinzug hinaus.
- 12.3.3 ¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 der Titel 422 41, 422 42 und 428 41 darf nur einseitig zu Lasten dieser Titel in Anspruch genommen werden. ²Die gegenseitige Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 dieser Titel untereinander bleibt unberührt.
- 12.4 Umwidmung von Personal- in Sachmittel bei Privatisierungen

¹Die Einschränkungen der Nrn. 12.2 und 12.3 gelten nicht, soweit bei der Privatisierung von Aufgaben eine Umwidmung von Personal- in Sachmittel notwendig ist, die entbehrlichen Stellen nicht wieder besetzt und im nächsten Haushaltsplan (stellen- und betragsmäßig) abgesetzt werden. ²Auf sich hiernach ergebende über- oder außerplanmäßige Ausgaben ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden, sofern im Einzelfall die auf das Kalenderjahr hochgerechnete Gesamthöhe der umgewidmeten Durchschnittlichen Stellingehälter 250 000 € nicht übersteigt; außerplanmäßige Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen.

- 12.5 Einseitige Deckungsfähigkeit zugunsten von Haushaltsstellen
- 12.5.1 Bauunterhalt
- ¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für Titel der Gruppe 519 darf nur einseitig zugunsten der Titel dieser Gruppe in Anspruch genommen werden. ²Nr. 1.2 bleibt unberührt.
- 12.5.2 Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Rechenzentren Süd und Nord
- Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für die Festtitel 981 11 und 981 12 darf nur einseitig zugunsten dieser Titel in Anspruch genommen werden.
- 12.6 Koppelung mit Einnahmen
- ¹Mehr- oder Mindereinnahmen von bis zu 10 v.H. der Summe der Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 sowie der Titel 119 01 und 119 49 eines Kapitels, die im Vollzug erwirtschaftet werden, erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 genannten Ansätze des entsprechenden Kapitels zur Hälfte. ²Dies gilt nicht bei Titeln, die mit Ausgabeansätzen gekoppelt sind.
- 12.7 Übertragbarkeit, zeitliche Bindung
- 12.7.1 Übertragbarkeit
- Die in Nr. 12.1 genannten Ausgaben sind zur Förderung der wirtschaftlichen und sparsamen Bewirtschaftung übertragbar.
- 12.7.2 Zeitliche Bindung
- Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Rahmen seiner Befugnisse nach Art. 45 Abs. 3 BayHO bei den in Nr. 12.1 genannten Titeln bereits vor Ablauf des Haushaltsjahres für einen Teil der zu erwartenden Ausgabereste die Einwilligung zur Übertragung und Inanspruchnahme allgemein zu erteilen.
- 12.8 Einzelregelungen
- Die in den Nrn. 12.1 bis 12.7 getroffenen Regelungen finden keine Anwendung, soweit in den Einzelplänen in den Vorbemerkungen zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung einzelne Bereiche ausdrücklich ausgenommen sind; sie finden zusätzlich Anwendung, soweit dort einzelne Bereiche ausdrücklich einbezogen sind.
- 12.9 Berichtspflicht
- Mehrausgaben bei einem Titel, die im Rahmen der Nrn. 12.1 und 12.8 aus Einsparungen bzw. Mehreinnahmen geleistet werden, sind dem Landtag jährlich mitzuteilen, wenn sie einen Betrag von 500 000 € übersteigen.
- 13. Bewirtschaftung der Programmmittel „Aufbruch Bayern“**
- ¹Die aus der Grundstockabführung nach Art. 9 finanzierten und in den verbindlichen Erläuterungen zu Kap. 13 04 Tit. 314 52 genannten Ausgabeermächtigungen dürfen nur für die dort genannten Ansätze verwendet werden. ²Eine Deckung zugunsten anderer Ansätze ist ausgeschlossen. ³Die Mittel sind übertragbar.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Martin Bachhuber

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Kathrin Sonnenholzner

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Dr. Christian Magerl

Abg. Dr. Otto Bertermann

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Ludwig Wörner

Abg. Dr. Karl Vetter

Abg. Tobias Thalhammer

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Eike Hallitzky

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Haushaltsplan 2011/2012;

**Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Umwelt und Gesundheit**

hierzu:

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7797 mit 16/7805)

und

Änderungsanträge

der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7806 mit 16/7813)

und

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7814 mit 16/7829)

und

Änderungsantrag

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 16/8232)

In die Aussprache beziehe ich den nach Abschluss des Ausschussverfahrens eingereichten Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Begleitende Versorgungsforschung zum Modellversuch Darmkrebs-Screening", Drucksache 16/8232, ein. Inhaltlich verweise ich auf die für Sie aufgelegte Drucksache.

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 30 Minuten, auf die SPD-Fraktion 18 Minuten, auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP jeweils 14 Minuten.

Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 30 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass die SPD-Fraktion beantragt hat, über ihren nach Abschluss der Ausschussberatungen eingereichten Änderungsantrag auf Drucksache 16/8232 einzeln in namentlicher Form abstimmen zu lassen. Ebenso soll auf Antrag der FREIEN WÄHLER über deren Änderungsantrag 16/7809 namentlich abgestimmt werden.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Martin Bachhuber. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Wir beraten heute den Einzelplan 12, also den Haushalt des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit. Darin erkennen wir eine klare Linie: Alle im Bereich Umwelt und Gesundheit relevanten Fragen werden mit in die Zukunft gerichteten Lösungen beantwortet und zugleich wird ein Beitrag zur Konsolidierung der Finanzen des Freistaats Bayern geleistet. Dieser Einzelplan ist verantwortungsvoll und versetzt das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit jederzeit in die Lage, auch auf unvorhergesehene Ereignisse schnell und sachgerecht zu reagieren.

Wer sich mit den einzelnen Ansätzen beschäftigt, wird feststellen, dass der Beitrag zur Konsolidierung mit Augenmaß geleistet wird. Überall dort, wo es für die Umwelt und für die Gesundheit der Menschen erforderlich ist, werden die Mittel entweder überhaupt nicht reduziert oder nur in dem Maß, wie es aufgrund der haushaltsneutralen Sperrabsenkung unumgänglich ist. Dass das Volumen des Einzelplans 12 im Jahr 2011 auf 773,5 Millionen und im Jahr 2012 auf 748,2 Millionen Euro zurückgeht, ist im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen: auf Einsparungen von rund 20 Millionen Euro im Jahr 2011 und von 17 Millionen Euro im Jahr 2012 zur Haushaltskonsolidierung und auf den Wegfall von Bundesmitteln nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz

in Höhe von 49 Millionen Euro im Jahr 2011 und in Höhe von 77 Millionen Euro im Jahr 2012. Trotzdem ist dieser Einzelplan kein Sparhaushalt, sondern ein in die Zukunft gerichtetes Zahlenwerk.

Der Beitrag zur Haushaltskonsolidierung - das sei hier nur am Rande bemerkt - spiegelt sich auch darin wider, dass auf die Schaffung von zusätzlichen Stellen und somit auf weitere Personalkosten verzichtet wird. Dass das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit auch mit der bestehenden Mitarbeiterzahl in der Lage ist, seinen wichtigen und umfangreichen Aufgaben gerecht zu werden, zeigt im Übrigen eines ganz klar: In diesem Ressort wird ausgesprochen effektiv gearbeitet, wofür wir Abgeordneten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums und der nachgeordneten Behörden an dieser Stelle einmal ausdrücklich danken sollten.

(Beifall bei der CSU - Kathrin Sonnenholzner (SPD): Ist das in anderen Ressorts nicht so?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass das Ziel der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Landtags, für 2011 und 2012 erneut einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen, das einzig Richtige ist, kann man erkennen, wenn man derzeit, wie schon oft zitiert, nach Nordrhein-Westfalen blickt. Kein anderer Einzelplan verdeutlicht dies so wie der Einzelplan 12. Nachhaltigkeit hat für uns nicht nur eine ökologische, sondern auch eine ökonomische Bedeutung. Angesichts der europäischen Schuldenkrise sowie der Krisen in Griechenland, in Irland und jetzt ganz aktuell auch in Portugal sollte eigentlich jedem klar sein: Der Griff in die Schuldenkiste lohnt sich nicht, der Griff in die Schuldenkiste ist ein Weg, der nicht beschritten werden kann, der nicht beschritten werden darf und der wirklich nicht zu verantworten ist. Deswegen müssen wir auch sagen, dass der Staatshaushalt kein Wunschkonzert für Staatsausgaben ist. Die Schlussfolgerung aus dieser Erkenntnis lautet: Auch der Staat muss den Mut und die Kraft haben, zu sparen,

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Die Leute kaputtzusparen, ja?)

um für die nachfolgenden Generationen eine Basis auch in ökonomischer Hinsicht zu schaffen.

(Beifall bei der CSU und FDP)

Deswegen müssen wir auch den Mut haben, den Menschen zu sagen, dass der Staat nicht alles finanzieren kann und nicht alles finanzieren darf. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass intelligent gespart wird. Wir lassen den Rasenmäher in der Garage und hinterfragen stattdessen jeden einzelnen Punkt nach seiner tatsächlichen Notwendigkeit. Das ist das Markenzeichen intelligenter Haushaltspolitik, und das ist das Markenzeichen der CSU.

Diesem Anspruch wird der Einzelplan 12 im Übrigen im vollen Umfang gerecht; denn dieser Haushalt orientiert sich an der Philosophie, die Mittel für Mensch und Natur zu erhalten und bei der Bürokratie sowie bei den Baumaßnahmen einige Abstriche vorzunehmen.

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Philosophisch haben wir das nicht diskutiert!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, die Investitionsquote liegt beim Einzelplan 12 mit 29,9 % im Jahr 2011 und 29,2 % im Jahr 2012 deutlich über der des Gesamthaushalts. Das verdeutlicht, dass dieser Einzelplan eben nicht durch einen bedingungslosen Sparzwang gekennzeichnet ist, sondern dass sehr großer Wert darauf gelegt wurde, den großen Herausforderungen beim Umwelt- und Naturschutz sowie bei den Aufgaben im Gesundheitswesen gerecht zu werden.

Besonders erfreulich ist es für mich, dass durch Umschichtungen innerhalb des Einzelplans die Mittel für den wichtigen Bereich von Naturschutz- und Landschaftspflege gegenüber 2010 um 3 Millionen erhöht wurden. Diese Erhöhung kompensiert die ab 2012 wegfallenden Landeskofinanzierungsmittel nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz. Damit wird ermöglicht, dass die Programme aus dem Vertragsnaturschutz und der

Landschaftspflege im bisherigen Umfang fortgeführt werden können. Wie wichtig das ist, haben wir gestern beim Einzelplan 08 bereits mit diskutiert.

Darüber hinaus werden in den Jahren 2011 und 2012 zusätzliche Mittel für folgende Bereiche zur Verfügung gestellt: für den Aufbau eines Zentrums für Telemedizin im Rahmen des Programms "Aufbruch Bayern" jeweils 500.000 Euro, für die Errichtung einer Bayerischen Gesundheitsagentur zur Förderung des Gesundheitsstandorts Bayern jeweils 1,3 Millionen Euro - dies ist auch ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns -, für die Schaffung eines Zentrums für Bionik 1 Million Euro im Jahr 2011 und 2 Millionen Euro im Jahr 2012 und für die Förderung der ökologischen Zielsetzung im Krankenhaus mit jeweils 2 Millionen.

Hohes Haus, bei der Vorberatung dieses Einzelplans 12 haben wir uns auch mit 33 Änderungsanträgen der Opposition beschäftigt. Wir haben das selbstverständlich gewissenhaft getan.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Hätten wir im Haushaltsausschuss aber alle Anträge von SPD, GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN abgesegnet,

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir wären mit einem einzigen schon zufrieden gewesen! - Markus Rinderspacher (SPD): Sie hätten auch unseren Kürzungsvorschlägen zustimmen können! - Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

müssten wir uns schon jetzt, also noch vor der Verabschiedung des Haushalts, mit einem Nachtragshaushalt beschäftigen.

- Bleiben wir doch ruhig. -

(Kathrin Sonnenholzner (SPD): Sie bringen mich nicht aus der Ruhe!)

Denn allein das Volumen des Einzelplans 12 wäre durch Ihre Änderungsanträge um schlappe 55 Millionen Euro erhöht worden. Vorschläge zur Gegenfinanzierung dieses

Wunschkonzerts gab es freilich nicht. Nur die GRÜNEN - das muss man fairerweise sagen - haben eine paar Einsparungsvorschläge gemacht. Allerdings würde mich schon interessieren, was die grüne Basis dazu sagt, dass ihre Abgeordneten im Landtag die Maßnahmen auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes in den Jahren 2011 und 2012 um 400.000 Euro kürzen wollen. Sinnvolle politische Akzente sehen jedenfalls für mich anders aus.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Bevor die Opposition gleich wieder in Zwischenrufen Zeter und Mordio schreit, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf Folgendes hinweisen: Wer heute unseren Umweltminister dafür kritisiert, dass er sich nach den schrecklichen Vorfällen in Japan für einen energiepolitischen Paradigmenwechsel ausgesprochen hat,

(Simone Tolle (GRÜNE): Was hat er denn bis jetzt gemacht?)

sollte nicht vergessen, woher er kommt. Wer im Glashauss sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. - So der Volksmund. In diesem Glashauss haben Sie, meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, einige Zeit gesessen, als Sie in der Bundesregierung die Verantwortung hatten. Wenn Sie heute am liebsten jedes Kernkraftwerk sofort vom Netz nehmen wollen,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Lernt doch endlich: Keiner spricht von "sofort"! - Ludwig Wörner (SPD): Er lügt doch immer!)

weil die Reaktoren Ihrer Ansicht nach nicht sicher sind, müssen Sie uns aber, bitte schön, erklären, warum der von Rot-Grün vereinbarte Atomkonsens für Bayern noch Restlaufzeiten bis zum Jahr 2020 und in der übrigen Republik bis zum Jahr 2022 vorsieht.

(Simone Tolle (GRÜNE): Im Moment läuft Grafenrheinfeld bis 2028! Wo ist denn da die Verbesserung?)

Sie müssen sich auch fragen, ob es mit verantwortungsvoller Politik für unser Land und die Menschen, die darin leben, in Einklang zu bringen ist, dass Sie jede Protestinitiative unterstützen, die den zur Nutzung regenerativer Energien nötigen Ausbau der Infrastruktur verhindern möchte. Ich frage Sie: Sind die Kernkraftwerke seit Umweltminister Trittin schlechter geworden, oder sind sie noch genauso sicher wie unter der rot-grünen Bundesregierung?

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Meine werten Kolleginnen und Kollegen, ich muss noch einmal auf den Haushaltsausschuss zu sprechen kommen. Da wurde mit viel Aktionismus versucht, aus den in Norddeutschland bekannt gewordenen Vorfällen um dioxinbelastete Lebensmittel politisches Kapital zu schlagen. Ganz egal, ob es um die Sicherheit von Futtermitteln oder Lebensmitteln geht, kann ich mit gutem Gewissen und bester Überzeugung feststellen: Wir sind in Bayern gut aufgestellt. Wir haben ein dichtes Kontrollnetz und wir haben ausreichend Personal, um diese Kontrollen auch durchzuführen.

Aber ich sage auch in aller Deutlichkeit: Wir brauchen nicht mehr Personal für die Kontrollen, wir brauchen härtere Strafen für jene, die meinen, mit kriminellen Methoden auf Kosten der Verbraucher ihren Profit in unverantwortlicher Weise mehren zu müssen. Denn das Kernproblem, mit dem sich die Länder im Norden herumschlagen mussten, waren nicht die fehlenden Kontrollen, sondern die kriminelle Energie derer, die diese Vorfälle zu verantworten hatten. Und kriminelles Handeln - das wissen wir aus Erfahrung - kann auch mit verschärften Kontrollen nicht verhindert werden.

Man darf jetzt nicht so tun, als hätte zum Beispiel Schleswig-Holstein die Kontrollen erst erfunden, nachdem dort das ganze Ausmaß des Skandals erkennbar war. Nein, im Gegenteil, auch Schleswig-Holstein hat kontrolliert und ist dennoch hinteres Licht geführt worden. Deshalb noch einmal: Wir brauchen nicht mehr Personal, wir brauchen härtere Strafen für kriminelle Machenschaften.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 12 des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit ist geprägt davon, das Notwendige anzupacken und dafür auch die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Das beginnt bei der Umweltbildung für unsere Kinder, setzt sich über das Zentrum für Bionik und das Projekt "Green Hospital" zur energetischen Optimierung an den Krankenhäusern fort und endet schließlich bei einer finanziellen Stärkung in den Bereichen der Geriatrie und Palliativmedizin.

Dieser Entwurf ist durchdacht und vor allem in die Zukunft gerichtet. Ich danke Ihnen, Herr Staatsminister Dr. Söder, und Ihnen, Frau Staatssekretärin Huml, für die Einbringung dieses Haushalts, der Bayern ein gutes Stück nach vorn bringen wird.

Ich danke Ihnen, Hohes Haus, für die Aufmerksamkeit und bitte wie schon im Haushaltsausschuss um Zustimmung zu diesem Entwurf des Einzelplans 12.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Bachhuber. - Die nächste Wortmeldung für die Fraktion der SPD: Frau Kollegin Sonnenholzner. Bitte schön.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Präsident, Kollegen und Kolleginnen! Gebetsmühlenartig heißt es, die Opposition ist verschwenderisch, und wenn wir regieren würden, würden wir all diese Anträge nicht stellen. Ich spreche zum Thema Gesundheit, und ich sage Ihnen: Wenn ich an der Stelle des Herrn Dr. Söder wäre, was ich gerne wäre, würde ich das im Kabinett auch alles durchgekämpft haben, wofür wir bei der Gesundheit jetzt mit großem Augenmaß Gelder verlangt haben.

Wir wollen für diesen Bereich ein zusätzliches Volumen von 2.245.000 Euro per annum - Gelder, die allesamt an anderer Stelle Geld einsparen würden oder die, wie die beiden letzten Anträge zur Versorgungsforschung, nur über einen definierten Zeitraum ausgegeben werden müssten. Aber selbst wenn ich diese 2.245.000 Euro gegenrechne mit der Steuererleichterung durch die Mehrwertsteuergeschenke für die

Hotellerie, könnten wir das 25 bis 30 Jahre ohne Not finanzieren, selbst wenn es kein Sparen an anderer Stelle gäbe und sich das sozusagen selbst schon tragen würde. Der Philosoph, den Sie zitiert haben, Herr Kollege Bachhuber, würde an dieser Stelle sagen: "Quidquid agis prudenter agas et respice finem".

Wir wollen 400.000 Euro per annum für Maßnahmen gegen HIV. Wir haben steigende Zahlen, wir haben vornehmlich jüngere Männer, aber auch 1.800 Frauen, auf die die bisherigen Präventionsmaßnahmen gar nicht zugeschnitten sind; das wäre ein wichtiger Beitrag, den Sie abgelehnt haben.

Wir wollen mehr Geld für die Drogen- und Suchthilfe, 500.000 Euro in den Justizvollzugsanstalten. Da brennt es an allen Ecken und Enden, und Sie, Herr Bachhuber, haben wirklich keine Ahnung davon, was da los ist. Das lässt das Protokoll des Haushaltsausschusses klar erkennen. Das, was bisher da getan wird, reicht ja noch nicht einmal, um den Drogenkonsum im Knast zu unterbinden, geschweige denn irgendetwas Sinnvolles in der Breite zu bewirken. Da ist sozusagen programmiert, dass die Menschen wieder straffällig werden. Auch unter diesem Aspekt müsste man da dringend mehr Geld einsetzen: 500.000 Euro für diesen Bereich und 1 Million Euro für die Bekämpfung von Drogen und Sucht an anderer Stelle.

Wir haben am Montag dieser Woche den Innenminister klagen hören über die Kriminalstatistik, die zwar in vielen Bereichen besser geworden ist, sich aber gerade bezüglich der Trunkenheitsdelikte verschlechtert hat. Da gibt es doch Zusammenhänge. Also bitte, geben Sie Ihrem Herzen einen Ruck und tun Sie endlich an dieser Stelle das Sinnvolle, damit die Probleme an anderer Stelle geringer werden.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Ankündigung, Herr Bachhuber - nicht klatschen, ich habe ganz wenig Redezeit, Kollegen und Kolleginnen -, dass Sie auf die Evaluation warten, zeigt einmal mehr, dass Sie wirklich nicht wissen, wovon Sie reden. Zum Beispiel das Projekt HaLT ist

evaluiert; wir brauchen da keine neuen Reden und keine neuen Studien, wir brauchen das Geld, damit das getan werden kann, was getan werden soll.

Sie haben mit der Nachschubliste einen wunderschönen Titel zur Errichtung einer Bayerischen Pflegekammer in den Haushalt eingefügt, Herr Staatsminister, aber natürlich ohne Mittel. Wenn Sie dafür Geld brauchen, dann sollten Sie uns heute bitte auch der Ehrlichkeit halber sagen, was Sie für verzichtbar halten von dem, was in den anderen Titelgruppen steht.

Last but not least haben wir zwei Anträge zur Versorgungsforschung gestellt. Zum einen sind es 95.000 Euro im Jahr für das bayerische Krebsregister zur Erforschung einer Krebsart, die dieses für am Wichtigsten hält. Das ist nun wirklich ein Tropfen auf den heißen Stein.

Zum anderen - darauf möchte Ihr besonderes Augenmerk lenken - ist es der Antrag auf Drucksache 16/8232, der ursprünglich im elektronischen Verfahren verschwunden war und deswegen erst heute zur Abstimmung kommt. Es geht um die begleitende Versorgungsforschung zum Modellversuch Darmkrebs-Screening. Der Landesgesundheitsrat hat am 22. März letzten Jahres bei Befassung mit dem Modellversuch Darmkrebs-Screening diese Versorgungsforschung dringend und einstimmig gefordert. Wir brauchen diese Gelder, damit auch da die Mittel vernünftig und effizient eingesetzt werden können.

Ich appelliere dringend an alle, diesem Antrag zuzustimmen. Der bayerische Landesgesundheitsrat muss in der gesundheitspolitischen Diskussion Gewicht haben, und ich erwarte insbesondere von Ihnen, Frau Staatssekretärin, die Sie ja Ärztin sind, dass Sie sich in Ihrer Fraktion dafür einsetzen, damit wir heute für diesen Antrag und die entsprechenden Gelder eine Mehrheit bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Sonnenholzner. - Für die Fraktion FREIE WÄHLER spricht jetzt Kollege Dr. Fahn. Bitte sehr.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Ministerpräsident, Herr Sitzungspräsident, Herr Umweltminister, Frau Staatssekretärin, meine Damen und Herren! Ich spreche hier zum Thema Umwelt. In der vergangenen Woche war in der "Frankfurter Rundschau" zu lesen, dass es der Union nicht schnell genug gehen kann, aus der Atomkraft auszusteigen. Umweltminister Söder setzte eine Ankündigung in die Medien: Er kündigte an, das rot-grüne Baden-Württemberg beim Umstieg im Zeitalter der erneuerbaren Energien zu überholen. Da haben Sie noch einen draufgesetzt! Aber die Frage ist natürlich: Wie wollen Sie das auch finanziell umsetzen?

Wir haben gesehen: Im Doppelhaushalt 2011 sind für diese schnellere Energiewende keine Mittel vorhanden. Außerdem laufen Teile des Klimaprogramms 2020 aus. Herr Umweltminister, haben Sie vielleicht schon einmal daran gedacht, dass die Stromkonzerne für das Nachrüst-Programm für die AKWs Isar 1 und Grafenrheinfeld 500 Millionen Euro bereitstellen müssen? Machen wir doch einmal etwas anderes. Erarbeiten wir doch ein Nachrüst-Programm für erneuerbare Energien und beenden wir die Krückentechnologie Atom.

Herr Ministerpräsident Seehofer, Sie haben angekündigt, die Oppositionsparteien in die Entscheidungsfindung einzubinden. Die Koalition hat bisher aber alle Anträge zur Energiewende abgelehnt. Das waren natürlich schöne Worte. Ich werde nachher noch etwas dazu sagen. Entscheidend ist, dass Ihre Ankündigung auch in die Köpfe im Landtag einzieht.

Wie muss die Energiewende aussehen? Zum einen brauchen wir den Energie-Dreisprung. Ich will dazu keine weiteren Ausführungen machen. Herr Ministerpräsident, Sie haben diesen Dreisprung am Dienstag schon ausführlich dargestellt. Wenn wir diesen Energie-Dreisprung vollziehen wollen, brauchen wir einen genauen Zeitplan, der vorgibt, wie wir mit den erneuerbaren Energien verfahren und welche Ziele wir bis

zum Jahr 2015, bis zum Jahr 2020 und bis zum Jahr 2025 erreichen wollen. Wir müssen diesen Zeitplan auch immer wieder hinterfragen und im Landtag diskutieren.

Ich erinnere daran, dass wir einmal einen Antrag auf die Vorlage eines jährlichen Klimaschutzberichts durch die Staatsregierung gestellt haben. Diesen Antrag haben Sie leider abgelehnt. Herr Staatsminister, wenn Sie es mit der Energiewende ernst meinen, ist ein jährlicher Klimaschutzbericht ein unverzichtbarer Baustein für eine transparente und glaubwürdige Politik.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die FREIEN WÄHLER unterstützen das Konzept einer Region mit zu 100 % erneuerbaren Energien sowie die Energiewende von unten nach oben. Inzwischen bestätigen fast alle Wissenschaftler, dass eine Energie-Autarkie in den Kommunen möglich ist. Sogar Herr Rudolf Erhard, der Landtagskorrespondent des Bayerischen Rundfunks, hat dies in einem Kommentar vom 26. März treffend beschrieben. Ich zitiere: "Wenn die regenerative Energieerzeugung gesteigert und kleinteilig übers Land verteilt wird, schwächt das nicht nur die Kartellmacht der Strommultis, sondern macht auch neue Leitungstrassen überflüssig."

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In Bayern haben 18 von 71 Landkreisen das Ziel beschlossen, ihren Energiebedarf zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu decken. Die Aufgabe des Freistaats wäre es jetzt, die Rahmenbedingungen zu verbessern und den Kommunen bei der Erstellung lokaler Klimaschutzkonzepte zu helfen. Das Bundesumweltministerium hat jedoch die Zuschüsse auf 60 % gekürzt. Wir haben einen Antrag mit dem Ziel gestellt, dass der Freistaat die Reduzierung dieser Mittel ausgleicht, um die Kommunen zu entlasten, damit sie leichter das Ziel einer Unabhängigkeit von fossilen und atomaren Energiequellen erreichen. Leider haben Sie diesen Antrag abgelehnt. Wir meinen: Das ist eine Fehlentscheidung; denn die Kommunen sind hier wieder die Verlierer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur Umsetzung einer Energiewende von unten nach oben muss der Freistaat Anreize setzen. Auch dazu haben wir einen Antrag gestellt. Die Staatsregierung sollte jährlich einen kommunalen Energiepreis ausschreiben, um innovativen Kommunen einen zusätzlichen Motivationsschub zu geben. Jedes Jahr sollten die zehn besten Kommunen einen Energiepreis erhalten, wenn sie sich entsprechend engagieren. Was haben Sie gemacht? Sie haben den Antrag abgelehnt. Wir meinen: Das ist eine Fehlentscheidung, weil es wichtig wäre, die Kommunen, die sich vor Ort sehr stark engagieren, zu unterstützen.

Die Energieeinsparung muss bei der Energiewende eine zentrale Rolle spielen. In Bayern gibt es 8.000 staatliche Liegenschaften, die alle energetisch saniert werden müssten. Leider wurden bisher nur 800 dieser Liegenschaften energetisch saniert; das sind 10 % und damit viel zu wenig. Wir haben deshalb Anträge für eine Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung gestellt. Sie haben diese Anträge leider abgelehnt. Der Staat muss jedoch ein Vorbild sein. Wir glauben, die energetische Sanierung hat noch nicht den Stellenwert, den sie verdient. Dadurch könnte der CO₂-Ausstoß erheblich verringert werden.

Den Haushaltstitel "Bioenergie" wollten wir um 4 Millionen Euro erhöhen. Bayern verfügt bundesweit über die meisten Biogasanlagen. Dies bedingt jedoch mehr Mais-Monokulturen und mehr Belastung. Dabei wäre es sehr wichtig, das bestehende Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe mit den entsprechenden Forschungsaufgaben zu beauftragen. Diesen Antrag haben Sie leider auch abgelehnt.

Die Energiewende findet auch im Kopf statt. Herr Kollege Bachhuber hat bereits die Umweltbildung angesprochen. Uns war es ebenfalls wichtig, einen Antrag zur Stärkung der Umweltbildung zu stellen. Bei der Umweltbildung nehmen die Umweltstationen in Bayern eine Schlüsselstellung ein, weil hier praxisbezogen gearbeitet wird. Wir haben einen Antrag mit dem Ziel gestellt, den Haushaltsansatz hierfür um 200.000 Eu-

ro zu erhöhen. Was macht die Koalition? Sie lehnt den Antrag ab. Das ist wiederum eine Fehlentscheidung; denn Sie müssen die Energiewende mit den Menschen durchführen. Zu den Menschen gehören auch Schüler, die bei diesem Thema noch stärker gebildet werden müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sehe im Moment Herrn Staatsminister Dr. Söder nicht.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Augen auf! - Tobias Thalhammer (FDP): Bei seiner Präsenz kann man ihn doch gar nicht übersehen!)

- Das stimmt.

Herr Staatsminister Dr. Söder, wie wollen Sie die Energiewende in Bayern schaffen? Sie wollen doch Baden-Württemberg überholen. Hierbei unterstützen wir Sie sogar. Das möchte ich ausdrücklich feststellen.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Gott sei Dank!)

Sie müssen aber Ihrer Vorbildwirkung noch stärker als bisher gerecht werden. Sie müssen die Kommunen noch stärker unterstützen. Hier geht es um die Ziele, die bis 2020 und 2030 erreicht werden sollen. Sie haben in Ihrem Bericht vom 4. März für das Jahr 2020 für die erneuerbaren Energien nur einen Anteil an der Stromversorgung von 20 % angesetzt. Das ist insgesamt zu wenig; denn uns liegen Gutachten vor, die sagen, dass bis zum Jahr 2027 100 % des Stroms aus erneuerbaren Energien erzeugt werden können. Dies sagen inzwischen verschiedene Wissenschaftler. Das muss auch das Ziel der Staatsregierung sein.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Hochwasserschutz. Durch den Klimawandel nehmen die Hochwässer in Bayern zu. Deshalb brauchen wir Investitionen für einen effektiveren Hochwasserschutz. Leider müssen die Kommunen jedoch den größten Teil dieser Maßnahmen selbst schultern. Der Fördersatz des Staates ist zu gering. Wir

haben einen entsprechenden Antrag gestellt, weil viele Bürgermeister inzwischen resigniert haben und sagen: Wir beten darum, dass keine Hochwässer mehr kommen. Sie haben diesen Antrag leider auch abgelehnt.

Wir haben noch weitere Anträge gestellt, zum Beispiel zur Biodiversitätsstrategie. Das war ein Antrag, mit dem eine Erhöhung um eine Million Euro beabsichtigt ist. Leider haben Sie auch diesen Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir meinen, dass der Haushalt des Umweltministeriums in sich nicht stimmig ist. Bürger, Kommunen und der Klima- und Naturschutz kommen leider zu kurz. Gerade die Katastrophe in Japan zeigt, dass wir unsere Anstrengungen auch im Bayerischen Landtag bündeln müssen. Nehmen Sie die Ideen der Opposition ernst.

Herr Ministerpräsident, ich möchte Ihnen einen Vorschlag machen. Sie haben gesagt, dass Sie die Opposition stärker einbinden wollten. Bilden Sie doch eine interfraktionelle Arbeitsgruppe "Energiewende in Bayern". Wir sind gern bereit, daran mitzuarbeiten. Es gibt noch viel zu tun. Packen wir's an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Magerl für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich in der mir zur Verfügung stehenden kurzen Zeit drei Punkte ansprechen, auf die ich im Rahmen der Haushaltsberatungen eingehen möchte:

Erstens. 2010 war das Jahr der Biodiversität. Die Bilanz, die wir zum Ende des Jahres gezogen hatten, war katastrophal, sowohl international wie national, aber auch in Bayern. Wir haben eine umfassende Bestandsaufnahme bekommen, die - das muss man ganz klar sagen - auch für Bayern verheerend war. Die gesetzten Ziele, um den Arten-

schwund zu stoppen, wurden nicht erreicht. Wo und wie werden diese Erkenntnisse in diesem Doppelhaushalt umgesetzt? Das ist die große Frage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens. Ende letzten Jahres hatten wir in Cancún einen Klimagipfel und im Dezember eine umfassende Regierungserklärung durch Herrn Staatsminister Dr. Söder in diesem Hause, bei der er viele Ankündigungen gemacht hat. Die meisten werden sich an diese Ankündigungen noch erinnern. Wo werden diese Ankündigungen in diesem Doppelhaushalt umgesetzt? Das ist die zweite aus meiner Sicht ganz wesentliche Frage.

Drittens. Am 11. März begann die Reaktorkatastrophe in Japan. Seitdem läuft diese Katastrophe in Fukushima. Der Reaktorkomplex ist völlig außer Kontrolle. Radioaktivität tritt in riesigem Umfang aus. Das Märchen von der sicheren Atomenergie, welches wir nie geglaubt haben, ist zu Ende. In der Folge kündigten Ministerpräsident Seehofer und Staatsminister Söder den Atomausstieg und eine Energiewende an. Die Frage ist jetzt: Wo finden diese vollmundigen Ankündigungen ihren Niederschlag in diesem Doppelhaushalt? Eigentlich könnte ich mit einem kurzen Wort, nämlich mit dem Wort "Fehlanzeige", meine Haushaltsrede beenden. So einfach mache ich es Ihnen aber nicht. Die Aufgaben, die Sie in diesem Bereich haben, wurden nicht erledigt, die Ankündigungen wurden im Haushalt nicht umgesetzt. Absolute Fehlanzeige!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich einiges davon noch im Detail darstellen. Bei der Atomenergie haben Sie sich nach der Bundestagswahl ohne Not in eine miserable Situation begeben. Sie haben die Laufzeit für die Atomkraftwerke ohne Not verlängert. Es gab den von Rot-Grün herbeigeführten Atomkonsens. Er war auch für uns ein schmerzhafter Kompromiss, das müssen wir klar und deutlich sagen. Wir haben diesen relativ langen Laufzeiten nur schweren Herzens zugestimmt, es war aber immerhin ein Ausstiegsszenario. Wären wir dabei geblieben, würden wir uns heute bei der Atom-

energie wesentlich leichter tun als mit dem Unfug, den Schwarz-Gelb im Bundestag mit der Laufzeitverlängerung beschlossen hat. Das haben Sie jetzt auszubaden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke trägt die Handschrift von Ministerpräsident Seehofer, von Staatsminister Söder und von der CSU. Ich bringe Ihnen jetzt drei Zitate aus den Debatten hier im Bayerischen Landtag, die wir in den vergangenen Jahren immer wieder zu diesem Thema hatten. Da sieht man, wie Sie die Laufzeitverlängerung herbeigeredet und verteidigt haben. Nehmen wir das Plenarprotokoll vom 25.04.2007, Herr Kollege Christian Meißner spricht zu Anträgen der Opposition zum Thema Laufzeitverlängerung:

Wir werden Ihre Anträge geradezu inbrünstig ablehnen,

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

weil wir der Meinung sind, dass Sie viele Worte gemacht, aber nicht mit einem einzigen begründet haben, was schädlich sein soll, wenn wir Laufzeiten verlängern wollen oder auch nur so ehrlich sind, darüber zu diskutieren.

Oder ein anderes Zitat von Herrn Kollegen Meißner, einige Monate später im Plenum:

Sie werden uns, zweitens, auch nicht davon abhalten lassen, dass wir im Sinne des Klimaschutzes in aller gebotenen Ruhe und mit allem gebotenen Ernst über die Restlaufzeiten und über den Wert der Kernenergie für eine sichere Energieversorgung reden. Das schaffen Sie heute nicht, morgen nicht und mit Ihrem Antrag schon gar nicht.

(Lachen bei den GRÜNEN - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Zwischenruf bei der Debatte vom Abgeordneten Helmut Brunner, CSU:

Sie machen es sich zu einfach! Reden Sie doch über Bayern, da sind die AKWs sicher!

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Das waren nur drei Zitate, wenn ich die Plenar- und Ausschussprotokolle durcharbeitete, könnte ich noch Dutzende andere Zitate als Beleg dafür bringen, dass Sie bis vor Kurzem eben doch Atomfetischisten gewesen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Unsere Initiativen und Anträge haben Sie nach dem Motto abgetan: Was wollt ihr denn, das ist doch alles Ideologie, was ihr bringt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Man kann aber gescheiter werden!)

- Man kann gescheiter werden, völlig richtig. Ich hoffe, dass Sie wirklich gescheiter geworden sind, dass es nicht nur ein groß angelegtes Täuschungsmanöver ist. Wenn Sie jetzt aber meinen, Sie beuteln sich einmal ab und stehen dann an der Spitze der Anti-Atombewegung, glaubt Ihnen das niemand. Das zeigen die Wahlergebnisse. Es zeigen auch die aktuellen Umfragen auf Bundesebene.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Pachner (CSU))

Es glaubt Ihnen auch niemand, dass Sie jetzt in der Lage sind, die Energiewende zu organisieren. Wir hatten hier im Dezember die Debatte zum Klimawandel. Ich habe damals auf einige Dinge hingewiesen. Damals lag die DIW-Studie ganz frisch auf dem Tisch, bei der Bayern ganz miserabel abgeschlossen hat. Wir sind damals im Länder-ranking zurückgefallen, insgesamt von Platz drei auf Platz sieben. Bei der Information über Nutzungsmöglichkeiten erneuerbarer Energien landeten wir auf Platz 13. Ich zitiere nicht alles, ich könnte hier sehr weit ausführen, aber das kann jeder selbst nachlesen. Den schlechtesten Platz, Platz 16 von 16, haben wir bei der Zunahme der Wind-

stromleistung von 2005 bis 2009. Bei anderen Beurteilungen waren wir nicht viel besser. Das wurde der Staatsregierung damals ins Pflichtheft hineingeschrieben. Wo findet das jetzt eigentlich seinen Niederschlag im Haushalt? Wo ist Ihre Reaktion auf dieses Ranking im Haushalt? Wo ist die Förderung der erneuerbaren Energien, wo die Energiewende? - Ich kann nur sagen: Fehlanzeige in diesem Doppelhaushalt! Herr Minister Söder fordert vollmundig Milliarden vom Bund für erneuerbare Energien und die Elektromobilität. Immer nur von anderen fordern, selbst aber nichts tun, das ist typisch Dr. Söder. So kann man aber nicht Politik machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zum anderen versuchen Sie jetzt, die GRÜNEN als Dagegenpartei zu diffamieren. Ministerpräsident Seehofer wird mit der Aussage zitiert, man habe uns jetzt endlich entlarvt. Ich kann nur eines feststellen: Sie machen sich lächerlich, wenn Sie dieses tote Pferd weiter reiten.

Beim Thema Windkraft steht Bayern, das habe ich gerade erwähnt, erbärmlich da. Das waren nicht wir GRÜNEN, sondern da war Schwarz-Gelb beziehungsweise davor war die schwarze Regierung allein in der Verantwortung. Das Potenzial wurde uns in einer Studie neu bescheinigt: 80 Terawattstunden pro Jahr allein in Bayern ist das Potenzial. Der Verbrauch liegt derzeit etwa bei 90 Terawattstunden. Es ist also ein gigantisches Potenzial, das wir ungenutzt liegen lassen. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Debatte "Nutzung der Windenergie in den Bayerischen Staatsforsten". Hier blockieren Sie auf fast 10 % der bayerischen Landesfläche die Entwicklung. Wir haben uns als GRÜNE, und das kann ich jederzeit mit Protokollauszügen des Landwirtschaftsausschusses belegen, klar und deutlich dafür eingesetzt, dass die Windenergie in den bayerischen Staatsforsten verstärkt gefördert wird. Ich kann mich noch an die Debatte erinnern, Herr Kollege König oder auch Herr Kollege Nöth. Einige von Ihnen haben gegen unser Ansinnen gesprochen. Ich kann mich an viele Debatten im Wirtschaftsausschuss erinnern, wo Herr Kollege von Lerchenfeld immer nur gegen die Windenergie gesprochen hat.

(Alexander König (CSU): Wir waren nie grundsätzlich dagegen, sondern gegen einzelne Standorte!)

- Wir sammeln mittlerweile all die Einzelstandorte. Wir werden belegen, wer in diesem Land wirklich die Dagegenpartei ist. Das ist nämlich die CSU, nicht wir GRÜNEN.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Sie versuchen jetzt, das Bild umzudrehen. Herr Kollege Zeitler hat sich erst vor ein paar Wochen bis auf die Knochen blamiert, als er sagte, die GRÜNEN hätten in der Oberpfalz ein Windrad verhindert. Das waren nicht die GRÜNEN, das war vielmehr die örtliche CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Christian Meißner (CSU))

So brauchen Sie nicht weiterzumachen. Wie wir in Bayern die Windenergie nutzen, das ist erbärmlich. Die Zielvorgabe, die Anzahl der Windräder zu verdoppeln, ist ebenfalls erbärmlich. So werden wir die Energiewende nicht schaffen. Wir brauchen wesentlich größere Anstrengungen, um weiterzukommen. Ich meine, wir müssen uns in diesem Zusammenhang auch überlegen, das Landesentwicklungsprogramm in Bayern einer Sonderfortschreibung "Erneuerbare Energien" zu unterziehen, um zu einer Standortsicherung zu kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Programm müssen wir hier im Landtag in geeigneter Form begleiten. Das kann nicht im Rahmen der normalen Ausschussarbeit sein, sondern das muss deutlich darüber hinaus gehen.

Die Umbenennung einer Abteilung im Ministerium in "Reaktorsicherheit und Ökoenergien" reicht für eine Energiewende mit Sicherheit nicht aus.

(Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Das Thema Energiewende, Herr Staatsminister Söder und Herr Ministerpräsident, ist nicht für einen koalitionsinternen Streit geeignet, so wie er sich momentan abzeichnet. Es muss klar sein, wer hier den Hut auf hat und wer zuständig ist. Das ist wichtig, und hier sind Sie gefordert, Herr Ministerpräsident. Es kann nicht sein, dass der eine sagt, ich bin zuständig, und dann sagt der andere, ich bin zuständig. So kann das nicht sein, dafür ist das Thema viel zu wichtig und viel zu bedeutend.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Noch einige Anmerkungen zum Thema Klimaschutz. Sie lassen die eigenen Klimaschutzprogramme nahezu ersatzlos auslaufen und lehnen die Anträge der Opposition zu diesem Thema ab. Im Gegenzug setzen Sie Ihre klimafeindliche Verkehrspolitik fort, erhöhen die Mittel für den Staatsstraßenausbau, wollen eine dritte Start- und Landebahn im Erdinger Moos bauen und das dort prognostizierte Wachstum sogar in Verträgen mit der Lufthansa in ein bestelltes Wachstum umwandeln. Sie wollen die Lufthansa mit einer Konventionalstrafe zwingen, das prognostizierte Wachstum zu erfüllen. Herr Kollege Runge ist darauf schon eingegangen.

Damit Sie sehen, wie miserabel wir auch im internationalen Vergleich wieder einmal dastehen, möchte ich noch ein Zitat zum Klimaschutz vortragen. Es kam gestern per E-Mail: "Emissionshandel im Luftverkehr - EU-Kommission mahnt Deutschland". Deutschland steht vor einem weiteren Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof und vor erheblichen Geldstrafen, weil der Emissionshandel im Luftverkehr in Deutschland noch nicht umgesetzt worden ist. Er hätte zum 2. Februar 2010 bereits ins nationale Recht übernommen werden müssen. Das zeigt, wie Sie beim Klimaschutz aufgestellt sind und wie Sie in dieser Frage daherkommen.

Uns ist klar, dass die Energiewende einen Zubau in der Gasversorgung bedeuten wird. Zur Verbesserung der Klimabilanz brauchen wir eine Neuorientierung der Verkehrspolitik, die auf Energieeinsparung im Verkehr und auf Verkehrsvermeidung setzen muss, und eine Neuorientierung der Landwirtschaftspolitik, die endlich einmal mit

dem Schutz der CO₂-Speicher in unserer Landschaft ernst machen muss, nämlich mit dem Schutz der Moore und des Grünlands. Auf den Grünlandumbruch ist Kollege Sprinkart gestern schon eingegangen. Auch unsere Moore wären hervorragend zur CO₂-Speicherung geeignet. Dafür haben Sie in Ihren Haushalt leider viel zu wenig Mittel eingestellt. Das ist beschämend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zuletzt komme ich auf das Thema Arten- und Biotopschutz zu sprechen. Ich habe eingangs gesagt, dass Sie dazu miserable Zeugnisse ausgestellt bekommen haben. Hier liegt unwahrscheinlich viel im Argen. Der Flächenverbrauch in Bayern liegt nach wie vor bei 16 Hektar pro Tag.

Die Personalnot in den Naturschutzbehörden - auch dazu haben wir einen Antrag gestellt - bleibt unverändert bestehen. Wer die Personalzahlen in der Naturschutzverwaltung, der Landwirtschaftsverwaltung und der Straßenbauverwaltung miteinander vergleicht, dem kann nur schlecht werden. Man wundert sich nicht, dass im Naturschutz, bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie oder bei der Verringerung der Arten, die auf der Roten Liste gefährdeter Arten stehen, nichts vorangeht. Die Roten Listen sind bedauerlicherweise unverändert lang. Auch hier erfüllen Sie die Aufgaben, die Sie gemäß der Bayerischen Verfassung und dem Naturschutzgesetz erfüllen sollten, nicht.

Der vorgelegte Einzelplan 12, meine Damen und Herren, - damit komme ich zum Schluss - ist keine Antwort auf die enormen Herausforderungen, denen wir uns in Zukunft stellen müssen. Wir werden deshalb gegen diesen Haushalt stimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Magerl. Nun darf ich Herrn Dr. Bertermann für die FDP-Fraktion das Wort erteilen.

Dr. Otto Bertermann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich habe nur eine kurze Redezeit von 7 Minuten. Zum Thema Umwelt wird mein Kollege Tobias Thalhammer sprechen.

Obwohl es heute um den bayerischen Haushalt geht, reizt es mich doch, eine Anmerkung zum Haushalt in Nordrhein-Westfalen zu machen, zu den Schulden und zu dem Gerichtsurteil. Das kann man ruhig einmal in der Öffentlichkeit diskutieren.

(Zurufe von den GRÜNEN - Kathrin Sonnenholzner (SPD): Reden Sie doch über die Versäumnisse in der bayerischen Umweltpolitik!)

Der Einzelplan 15 in Nordrhein-Westfalen betrifft auch die Emanzipation. Das ist ein wesentlicher Teil rot-grüner Politik. 2010 haben Sie 15 Millionen investiert. Im Jahr 2011 müssen Sie 24 Millionen investieren. Da fragt man sich doch, wie erfolgreich rot-grüne Emanzipationspolitik ist, wenn sie immer mehr Geld braucht.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von der SPD - Markus Rinderspacher (SPD): Wovon sprechen Sie? - Thomas Hacker (FDP): Zuhören, Herr Rinderspacher! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Jetzt komme ich wieder zurück zum Einzelplan 12, zum Haushalt des Umwelt- und Gesundheitsministeriums. Die Kernbotschaft der Koalition lautet: Bei der Gesundheit wird in Bayern nicht gespart.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Kathrin Sonnenholzner (SPD): Das sind Taschenspielertricks!)

Wir hatten für diesen Bereich 2010 circa 42 Millionen zur Verfügung. Wir werden in den Jahren 2011/2012 etwa 45 Millionen haben. Das bedeutet ein Mehr an Leistungen, die wir den Bürgern zugutekommen lassen. Warum sehen wir diese Mehrung vor? - Weil wir mittel- und langfristig eine zukunftsfähige Gesundheitspolitik gestalten wollen. In diesem Haushalt werden auch erstmals Leuchtturmprojekte im Gesundheitswesen realisiert,

(Zurufe von der SPD: Aha!)

die durch das gemeinsame Engagement der Koalition von FDP und CSU beim Programm "Aufbruch Bayern" erst möglich wurden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lauter Leuchter!)

Ich sage noch einmal: Wir haben eine Milliarde für das Programm "Aufbruch Bayern" zur Verfügung, wovon das meiste in den Jahren 2011 und 2012 investiert wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aufbruch auf Pump! - Volkmar Halbleib (SPD): Abbruch statt Aufbruch!)

Die Projekte des Programms "Aufbruch Bayern" widmen sich dem Aufbau eines Zentrums für Telemedizin, der Einrichtung einer bayerischen Gesundheitsagentur, einem Zentrum für Bionik und dem Green Hospital. Auf diese Projekte komme ich noch zu sprechen. So ist es der FDP-Fraktion und mir gelungen, den bayerischen Gesundheitsminister davon zu überzeugen, dass gerade bei der Bekämpfung von Aids und von HIV und auch bei der Suchtbekämpfung und der Drogentherapie in Bayern keine Möglichkeit zum Sparen besteht. All die Kassandrurufe von der anderen Seite sind sachlich falsch. Für die Sucht- und Drogenpolitik sehen wir 2011 7,1 Millionen und 2012 7,4 Millionen vor. Da können Sie doch nicht behaupten, dass wir die Drogen- und Suchtpolitik in diesem Lande vernachlässigen würden. Das ist einfach reine Polemik.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzer (SPD))

Auch im Bereich der Therapie von Aids, der Aufklärung, des Krebsregisters und der Telemedizin kann ich von Sparmaßnahmen überhaupt nicht reden. Wir bestanden darauf, dass in Bayern an der Gesundheit nicht gespart wird, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir haben mit unserem Vorschlag für den Informationstag des Bayerischen Landtags zum Welt-Aids-Tag letztes Jahr einhellig gezeigt, wie wichtig uns die Bekämpfung dieser Immunschwächekrankheit ist und dass jeder gesparte Euro hier ein falsch gesparter Euro wäre. Dafür danke ich dem Minister ausdrücklich.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Mich freut ebenso, dass wir die Geriatrie und die Palliativmedizin nicht nur fachlich und mit entsprechenden Konzepten untermauert, also auch inhaltlich belegt haben, sondern dass wir dort sogar einen Anstieg der Mittel verzeichnen können.

(Zuruf der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner (SPD))

Meine Damen und Herren, nichts ist so liberal und konservativ wie der Ansatz "Ambulant vor Stationär". Die Menschen wollen zu Hause alt werden und dort sterben. Das haben wir uns als Partei, die auch die Bürgerrechte vertritt, auf die Fahne geschrieben. Das wollen wir auch politisch hier verwirklichen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

So sehen wir es als wichtig und richtig an, dass insbesondere die Qualifizierungsmaßnahmen der Palliativakademien und die Gründung von SAPV-Teams unterstützt und gefördert werden. Langfristig muss es aber unser Ziel sein, flächendeckend eine ambulante Palliativmedizin in ganz Bayern vorhalten zu können.

(Zuruf der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner (SPD))

Wir sind da auf dem richtigen Weg.

Die Telemedizin, ein wichtiges Thema, und ihr Ausbau sind für Bayerns Versorgung ebenso entscheidend wie die Umsetzung ökologischer Zielsetzungen in Krankenhäusern. Meine Damen und Herren, mit der Telemedizin ist es im Flächenstaat Bayern gelungen, medizinisches Spezialwissen Menschen auch außerhalb der Ballungsräume zugänglich zu machen. Angesichts des demografischen Wandels, des Mangels an

Landärzten - die meisten kennen den Landarzt nur noch aus dem Fernsehen; das ist zu wenig -

(Beifall bei der FDP und der CSU)

und angesichts der Ausdünnung der Klinikstrukturen wird die Telemedizin zukünftig noch mehr an Bedeutung gewinnen. So sind die Telemedizinprojekte zur akuten Schlaganfallversorgung sicherlich die bekanntesten und werden mit vielen Preisen ausgezeichnet. Für die Telemedizin gibt es in vielen Bereichen weitere Anwendungsmöglichkeiten, beispielsweise bei der Versorgung von Patienten mit einem akuten Koronarsyndrom, bei telepsychiatrischen Konsultationen, beim Telemonitoring von Diabetikern. Diese Anwendungsmöglichkeiten sollen noch auf- und ausgebaut werden. Die Telemedizin, meine Damen und Herren, bietet gleichzeitig die Chance, Kosten im Gesundheitswesen zu reduzieren oder ganz zu vermeiden. Dieser Ansatz ist richtig und wichtig und muss mit Nachdruck verfolgt werden. Warum? - Weil wir gleiche Lebensbedingungen in Bayern haben wollen und gleiche Chancen für alle Menschen, die in unserem Lande leben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Nun komme ich auf das Green Hospital zu sprechen. Das Green Hospital schafft die Möglichkeit, Ökologie, Innovation und Krankenhausmanagement in Einklang zu bringen. Krankenhäusern wird zukünftig beim Verbrauch von Energie eine Schlüsselrolle zukommen, weil wir schonend mit unseren Ressourcen umgehen wollen. Ziel wird sein, den Energieverbrauch zu senken und die Wasserreserven zu schützen. Essenziell ist auch hier der integrative Ansatz, die Verbindung von Ökologie, Ökonomie, Nachhaltigkeit und Wohlbefinden der Patienten. Damit Bayern auch auf diesem Gebiet zu den Spitzenreitern gehört, fördern wir dieses Vorhaben gezielt im nächsten Haushalt. Auch damit ist Bayern an der Spitze.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Ich komme zum Schluss. Hinter jedem Posten des Haushalts steht ein ganz bestimmtes politisches Programm. Wir setzen mit diesem Haushalt in der erfolgreichen Gesundheitspolitik der schwarz-gelben Koalition nicht nur ein Zeichen für Bayern, sondern für ganz Deutschland. Wir fragen nicht danach, was alles schiefgehen kann, sondern wir fragen danach, was alles möglich ist. Gerade in der Gesundheitspolitik sind wir eine Koalition der Mutigen und der Optimisten, die Forschung und Innovation nicht unter dem Aspekt des Risikos, sondern unter dem Aspekt der Chancen sehen. Das ist ein ganz anderer Denkansatz. Rot und Grün sind bei Forschung und Innovation doch nur ein Klotz am Bein.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Do kon i bloß lacha! Jedz wird's hint häher wie vorn!)

Sie sind eine echte Innovationsbremse. Mit Ihnen ist Deutschland auf dem Weg in ein Museum.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Kathrin Sonnenholzner (SPD): Der erste April ist doch schon vorbei!)

Wir gehen den Weg der Verantwortung für die Zukunft und der Rücksicht auf nachfolgende Generationen. Wir gehen eben einen bayerischen Weg. Gerade die Koalition in Bayern bildet deshalb ein starkes Gegengewicht gegen die zunehmende Sozialdemokratisierung, gegen Utopia und gegen Gesundheitsfabriken in diesem Land. Dieser Haushalt ist ein Meilenstein, der Freiheit und Verantwortung in das richtige Verhältnis zueinander setzt.

Abschließend möchte ich mich besonders beim bayerischen Gesundheitsminister, aber auch bei seinen Ministerialbeamten sowie den Ministerialbeamten im Finanzministerium für die gute und herzliche Zusammenarbeit bedanken. Meine Damen, meine Herren, unser Haushalt im Gesundheitswesen kann sich wirklich sehen lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die zweite Wortmeldung für die SPD zu diesem Tagesordnungspunkt kommt vom Kollegen Wörner.

Ich bitte um Entschuldigung, durch das rote Laufband auf dem Bildschirm habe ich Herrn Dr. Hünnerkopf übersehen. Ich bitte um Nachsicht. Das hat man davon, wenn man sich auf die EDV verlässt. Herr Kollege Hünnerkopf, ich bitte um Nachsicht. Sie haben das Wort.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister Dr. Söder! Bei den Haushaltsberatungen geht es zunächst einmal darum, den Haushalt in seiner Stringenz zu betrachten und zu analysieren. Zum Einen möchte ich feststellen, dass der Einzelplan 12, der Haushalt für Umwelt und Gesundheit, ein solider Haushalt ist, der dem Grundsatz Rechnung trägt, dass für 2011 und 2012 ein Haushalt ohne weitere Neuverschuldung aufgestellt wird. Das bedeutet natürlich auch, dass wir uns anpassen müssen. Unter dem Strich mussten wir geringfügige Reduzierungen vornehmen. Insgesamt aber können wir die von uns erwarteten Leistungen erbringen. Das will ich im Folgenden auch deutlich machen.

Es gibt Situationen, in denen man sinnvolle und notwendige Leistungen noch intensivieren muss. Das gilt für den Naturschutz und die Landschaftspflege. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, vielleicht erinnern Sie sich noch daran, dass wir uns vor einem halben bis dreiviertel Jahr immer wieder mit den Ängsten beschäftigen mussten, dass die Mittel für Naturschutz und Landschaftspflege stark gekürzt würden. Mitnichten war es so. Im September 2010 konnten wir feststellen: Diese Mittel werden wir nicht kürzen. Inzwischen sieht der EP 12 vor, dass im Jahr 2011 noch drei Millionen draufgelegt werden. 2012 wird es dann noch eine weitere Million geben.

Hier möchte ich Herrn Dr. Magerl einen Hinweis geben. Wir wissen sehr wohl, dass wir hinsichtlich Naturschutz und Landschaftspflege vor großen Herausforderungen stehen. Wir müssen für Tier- und Pflanzenarten und für Biotopschutz alle Anstrengungen treffen, um dem Ziel, den hohen Artenreichtum zu erhalten, gerecht zu werden.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Dr. Hünnerkopf, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Ich habe auch nur kurze Zeit. Wir können am Ende auf Fragen eingehen.

Sicher ist es eine Illusion, dass wir in einem Industriestaat eine Biodiversität sichern können, wie sie zu Zeiten bestand, als die Landwirtschaft klein parzelliert war und ohne Maschinen und Chemieeinsatz arbeitete; damals brachte man natürlich eine Höchstzahl an Arten und Lebensräumen zustande. Das werden wir mit Sicherheit nicht mehr erreichen. Dennoch müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, damit die Tier- und Pflanzenarten weitestgehend erhalten bleiben. Es wäre jedoch eine Illusion, davon auszugehen, dass jede Art in unserer Region auch erhalten werden kann.

Wir sind zuverlässig gegenüber unseren Partnern vor Ort, den Landschaftspflegeverbänden, in denen die Kommunen, die Naturschutzverbände und die Landwirte organisiert sind. Wir sind auch den Landwirten gegenüber zuverlässig, die in der Regel die Pflegemaßnahmen für den Staat ausführen. Hier werden die Mittel erhöht. Es gibt keine Kürzungen. Auch im Bereich der Umweltbildung bleiben die Leistungen unverändert erhalten.

Mit Sicherheit wären Mittelerhöhungen zum Teil wünschenswert. Wir werden die Mittel wieder erhöhen und umweltbezogene Leistungen ausbauen, wenn es die wirtschaftliche Entwicklung zulässt.

Genauso verlässlich ist in diesem Haushalt die Förderung der Kleinkläranlagen. Es war eine kluge Entscheidung, dass wir den Bau von Kleinkläranlagen in den Regionen stark forciert haben, in denen es schwierig war, die Abwasserreinigung mit den sonst üblichen Kläranlagen zu sichern. Die Fördermittel für Kleinkläranlagen können auch in den nächsten Jahren somit ohne größere Zeitverzögerung ausgezahlt werden.

(Franz Schindler (SPD): Das wollen wir doch schon jahrelang!)

Nach den neuen Förderregelungen wurden bekanntlich die Mittel gekürzt. Jeder, der sich in der Thematik auskennt, weiß, dass die Kleinkläranlagen inzwischen günstiger sind. Deshalb ist eine angemessene Mittelkürzung auch zu rechtfertigen.

Ebenso fördern wir weiter die Erholungseinrichtungen in der freien Natur. Für diejenigen, die sich darunter nichts vorstellen können: Das betrifft die Gartenschauen sowie den Bau und die Sanierung von Wanderwegen und Hütten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, einige Anmerkungen möchte ich zum Klimaprogramm Bayern 2020 machen. Es wurde 2008 beschlossen. Inzwischen sind dafür 350 Millionen Euro ausgegeben worden. Der Anteil des Ministeriums für Umwelt und Gesundheit liegt bei nahezu 100 Millionen. Vom Ministerrat wurde eine interministerielle Gruppe beauftragt, ein Konzept zur Fortschreibung des Programms bis Mitte dieses Jahres zu erarbeiten. In meinen Augen ist es unumgänglich, dass wir angesichts der aktuellen Ereignisse in Fukushima die Bedeutung des Klimaschutzes künftig noch stärker berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, die unumgänglichen Einsparungen im EP 12 in Höhe von 20 Millionen betreffen leider auch Aufgabengebiete, bei denen wir nicht unbedingt Kürzungen vornehmen wollen. Das ist vor allem der Hochwasserschutz. Wir alle wissen, dass dieser nach wie vor wichtig und notwendig ist. In den letzten Jahren haben wir hunderte von Millionen Euro in die Hand genommen und sicher vieles erreicht. Weitere Anstrengungen sind in Zukunft unerlässlich.

Nachdem Kollege Dr. Bertermann sehr ausführlich zum Thema Gesundheit Stellung genommen hat, möchte ich vonseiten der CSU nur kurz Stellung nehmen. Ich möchte feststellen, dass die Mittel für die Suchtprävention und Suchtbekämpfung unverändert erhalten bleiben. Liebe Frau Sonnenholzner, Sie wissen, dass Drogentherapieplätze fast flächendeckend eingeführt sind. Das ist uns sehr wichtig. Im Jahre 2010 wurden dafür 42 Millionen Euro und im Jahr 2011 werden 45 Millionen Euro bereitgestellt. Das dokumentiert, dass keine Einschnitte vorgenommen werden.

Ich möchte mich auch zu den Personalausgaben äußern. Wie beschlossen müssen wir im Rahmen der Verwaltungsreform das Personal zurückfahren. Nichtsdestotrotz möchte ich darauf hinweisen, dass wir in allen Verwaltungsbereichen, beispielsweise in der Wasserwirtschaft, im Naturschutz, in der Lebensmittelkontrolle oder im Verbraucherschutz, sehr engagierte Mitarbeiter haben. Jeder von Ihnen ist gefordert. Eine stärkere Personaldecke könnte den einzelnen wohl entlasten. Das weiß ich explizit von Kollegen aus der Naturschutzverwaltung. Ich möchte an dieser Stelle allen für ihren engagierten Einsatz sehr herzlich danken. Wie gut unsere Mitarbeiter sind, ist beim letzten Dioxinskandal deutlich geworden. Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit hat sehr schnell reagiert. Es wurde schnell deutlich gemacht, dass wir von dem Skandal nicht stark betroffen sind, und es wurden entsprechende Maßnahmen ergriffen. Dafür möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte auch einige Anmerkungen zum Klimaschutz und zur Energieversorgung machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer meint, angesichts der dramatischen Situation in Japan Honig saugen zu können, der erkennt, dass man mit der neuen Situation ehrlicher umgehen sollte. Die CSU muss keinesfalls eine Kehrtwende machen, wohl aber müssen wir auf dem Weg, den wir beschritten haben, Änderungen vornehmen. Mit unserem Energiekonzept sind wir davon ausgegangen, dass wir die Kernenergie noch einige Zeit als Brückentechnologie brauchen, dann aber ohne Kernkraft auskommen. Wir treten jetzt verstärkt dafür ein, diese Brücke möglichst kurz zu gestalten. Selbstverständlich können wir Variationen und Ergänzungen unseres bisherigen Konzeptes nicht aus dem Ärmel schütteln. Wir wissen aber sehr wohl, dass das Restrisiko heute anders zu bewerten ist; dass es neu zu bewerten ist. Gerade in Bayern mit einem hohen Anteil an Atomstrom brauchen wir Zeit, um den Ausstieg auch zu schaffen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Wir werden diesen Schritt aber gehen und die erneuerbaren Energien zielstrebig ausbauen. Bei den Widerständen vor Ort zum Beispiel beim Ausbau der Windkraft handelt es sich nicht um Widerspruch von der CSU, sondern um einen Widerstand derjenigen, die noch nicht die Notwendigkeit einer Installation regenerativer Energiequellen in ihrem Lebensbereich erkennen.

(Beifall bei der CSU)

Mit Sicherheit habe auch ich immer wieder darauf hingewiesen, nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip vorzugehen und zu sagen: Wir wollen zwar aus der Kernenergie aussteigen und die erneuerbaren Energien ausbauen, wollen das aber nicht bei uns. Die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit auf der kommunalen Ebene halte ich persönlich für absolut notwendig.

Ich komme zum Schluss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben einvernehmlich die Prioritäten auf die Förderung der Bildung, die Unterstützung der Familien sowie auf Innovation und Investition gesetzt. Investitionen und Innovationen für erneuerbare Energien mit den entsprechenden finanziellen Mitteln müssen aber genauso vorangebracht werden.

(Beifall bei der CSU)

Ich hoffe, dass wir hierzu einen Konsens finden und die erforderlichen Mittel künftig auch stärker zur Verfügung stellen können.

Abschließend möchte ich noch eine Anmerkung zur Verschuldung und deren Auswirkungen machen. Meines Wissens waren die Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen im Jahr 1970 gleich hoch verschuldet. Es gab in Bayern und in NRW jeweils eine Verschuldung in Höhe von rund 3 Milliarden DM. Inzwischen ist das Land Nordrhein-Westfalen mit 130 Milliarden Euro verschuldet. Im Gegensatz dazu beträgt die Verschuldung Bayerns inklusive Landesbank 33 Milliarden Euro. Dieser Vergleich macht deutlich, dass ständig weiter in die Verschuldung zu gehen, keine Lösung ist. Statt-

dessen muss verantwortungsvoll mit Geld umgegangen werden. Auch für Bayern sind die Schulden in Höhe von 33 Milliarden Euro schon zu hoch.

Ergo: Wir wollen weiter einen Haushalt ohne Neuverschuldung. Dazu trägt der Haushalt 2011/2012 bei. Ich bedanke mich bei allen, die an diesem Haushalt mitgewirkt haben. Ich bedanke mich bei unserem Staatsminister Dr. Markus Söder, bei unserer Staatssekretärin Melanie Huml, bei den Mitarbeitern im Ministerium, bei den Kollegen im Arbeitskreis Umwelt und ebenfalls bei der FDP. Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, diesem Haushaltsplan 2011/2012 zuzustimmen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Dr. Hünnerkopf, Herr Kollege Dr. Herz hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Kollege Dr. Hünnerkopf, ich möchte das Thema Vertragsnaturschutz aufgreifen. Das haben Sie in Ihrer Rede kurz angesprochen. Es entstand der Eindruck, dass diese Gelder zu keinem Zeitpunkt gefährdet waren. Das ist wunderbar. Das steht jedoch im Gegensatz dazu, dass draußen der Eindruck entstanden ist, dass die Gelder sehr wohl gefährdet waren. Sollen wir das in Zukunft ähnlich handeln? Kann man daraus lernen und zukünftig anders verfahren?

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Herr Kollege Dr. Herz, unser Minister hat schon im September 2010 in Presseerklärungen deutlich betont, dass es keine Kürzungen geben wird.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Nur für die laufenden Projekte, nicht für die künftigen!)

Er hat gesagt, es werde keine Kürzungen geben. Er hat auch sehr frühzeitig gesagt, dass die Mittel sogar erhöht werden. Die Aussage kam zu der Zeit, als noch von innen

Anträge eingingen, die Mittel für den Vertragsnaturschutz zu sichern. Das war widersprüchlich. Man darf sich über Irritationen nicht wundern. Der zuständige Ressortminister hat jedenfalls sehr früh ein eindeutiges Signal gegeben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nun kommt die zweite Runde. Herr Kollege Wörner hat sich für die SPD zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Ludwig Wörner (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer als Lebensminister antritt, aber seinen Haushalt an vielen Stellen kürzen muss, muss Schwächen haben. Diese wollen wir aufdröseln. Sie haben bei der Aufarbeitung der Vorkommnisse in Fukushima völlig versagt, sonst hätten im Haushalt einige Dinge auftauchen müssen. Das ist aber nicht der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich ist es eine Unverschämtheit, zu behaupten, die Opposition wolle aus dem Unglück Honig saugen. Herr Kollege Dr. Hünnerkopf, dazu sage ich, dass wir uns nicht korrigieren müssen, weil wir seit zehn Jahren den Ausstieg aus der Atomenergie forcieren.

(Beifall bei der SPD)

Rot-Grün hat das Ausstiegsszenario geschaffen, von dem Sie ohne Sinn und Zweck abgerückt sind; Sie haben die Laufzeiten verlängert. Ich habe von dieser Stelle aus gesagt, dass Sie damit den Konsens mit der Gesellschaft kündigen. Das haben Sie gemacht. Die Quittung bekommen Sie jetzt.

(Christa Naaß (SPD): Wo ist Herr Söder?)

Wer kontinuierlich versucht, den Ausstieg aus der Kernenergie zu beschleunigen, muss sich von Ihnen nicht belehren lassen. Sie haben ein Problem damit. Sie müssen

erst aus Ihrer Schockstarre erwachen und sich neu sortieren. Der Minister versucht das verzweifelt, indem er ein wenig umressortiert.

Meine Damen und Herren, wer einen Haushalt vorlegt, der an wesentlichen Stellen reduziert statt forciert wird, muss sich nicht wundern, dass man den Aussagen über den schnellen und sofortigen Ausstieg nicht glaubt. Von Herrn Kollegen Dr. Hünnerkopf war zu hören, dass diese Aussage wieder nivelliert wurde und man nicht so schnell abschalten müsse, weil man die Situation irgendwie in den Griff bekommen werde. Der Ausstieg aus der Atomenergie stellt sich im Haushalt nicht dar.

Wer Windkraft, mit der Strom erzeugt wird, schlechter behandelt als Schneekanonen, die Energie verbraten, muss sich nicht über die Rückständigkeit wundern. Wir werden kräftig aufholen müssen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle will ich Ihnen die Defizite des Haushalts aufzeigen. Herr Kollege Dr. Hünnerkopf hat völlig zu Recht erklärt, dass viele Teile der Staatsverwaltung zu stark reduziert wurden. Das war das Werk von Ministerpräsident Dr. Stoiber, aber Sie haben stets mitgemacht. Deshalb haben wir für den Naturschutz zu wenig Personal, ebenso bei der Veterinärverwaltung und an den Landratsämtern.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle haben mitbekommen, wie lange es gedauert hat, bis wegen der Dioxinvorfälle reagiert werden konnte. Richtig ist, dass reagiert wurde, aber es hat zu lange gedauert. Wir haben deshalb Stellenmehrungen gefordert, die Sie abgelehnt haben. Das können Sie tun, sollten dann aber keine Krokodilstränen vergießen, wenn sich nichts ändert.

Für den Betrieb von Umweltstationen, wo Kinder und Erwachsene lernen können, mit der Umwelt vernünftig umzugehen, wird keine Kontinuität geschaffen. Das Personal wird nur befristet eingestellt. Damit ist nicht sichergestellt, dass diese Projekte mehrjährig durchfinanziert werden.

(Johannes Hintersberger (CSU): Das stimmt nicht!)

Man hängt dem Personal sozusagen die Wurst vor die Nase und wundert sich, dass das Gewollte nicht erreicht wird. Wegen der Ausgleichszahlungen beim Vertragsnaturschutz haben Sie versucht, die Kurve zu kriegen. Sie wissen aber, dass für die Aufgaben, die nötig wären, um zumindest das Artensterben zu stoppen, nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen. Sie haben gemeint, das sei nicht möglich. Das ist die Bankrotterklärung für Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Meinung, dass man alle Anstrengungen unternehmen und die Gelder dafür richtig einsetzen muss.

(Zuruf von der CSU)

Gleiches gilt für die Kleinkläranlagen. Viele Menschen waren vernünftig und haben Kleinkläranlagen gebaut. Das war politisch gewollt. Die Abfinanzierung ist nach wie vor eine Katastrophe. Die Menschen haben Schulden, weil Sie die versprochenen Zuschüsse bis heute nicht abfinanziert haben.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Johannes Hintersberger (CSU))

Sie haben bei den Menschen in Bayern nach wie vor erhebliche Schulden, verweisen aber auf den ausgeglichenen Haushalt. Sie verschulden sich auf dem Rücken der bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Das ist mehr, als die Unwahrheit zu sagen, um kein heftigeres Wort zu gebrauchen.

Gleiches gilt für die Uranfilter zur Trinkwasseraufbereitung. Die Trinkwasserverordnung 2011 fordert zu Recht solche Filter. Wir wollen erreichen, dass das Trinkwasser für Kleinkinder ungefährlich ist. Man muss den Kommunen bei der Realisierung helfen, denn der Einsatz ist technisch nicht einfach und verursacht viele Kosten, die man nicht unmittelbar an die Bürger weiterreichen kann.

Ich komme zu dem schäbigsten Kapitel des gesamten Haushalts. Das Klimaprogramm läuft 2011 ab. Es wird nichts gemacht. Man sagt zwar, es müsse neu überlegt werden. Sie müssen überlegen. Die Staatsregierung macht nichts.

Die Gebäudesanierung hat einen wesentlichen Anteil am Energiesparen, denn 40 % der Energie gehen durch nicht sanierte Gebäude verloren. Der Freistaat Bayern wird seit einem Jahrzehnt vom Bayerischen Obersten Rechnungshof aufgefordert, dagegen etwas zu tun. Mit den Mitteln, die Sie bereitgestellt haben, müsste man 50 Jahre lang sanieren, um etwas zu erreichen. Hier hätten wir mehr erwartet. Uns verwundert, dass Sie unseren Antrag abgelehnt haben, sehen dies aber als Kontinuität, in der Sie Dinge versprechen, ankündigen und anschließend nicht halten. Irgendwann läuft das Programm ab und man erschrickt, dass es nicht gefruchtet hat. Sie sind wieder an dem Punkt, wo sie neu überlegen müssen.

Meine Damen und Herren, warum müssen Sie wegen der energetischen Sanierung überlegen? Die Bestände sind bekannt. Wir wissen, was notwendig ist, also hätte die Sanierung auf hohem Niveau kontinuierlich fortgesetzt werden müssen, um sicherzustellen, dass die Energieeinsparung funktioniert.

Wer will, dass schneller auf regenerative Energien umgestiegen wird, muss mehr Geld für Energieagenturen ausgeben als bisher. Die Menschen brauchen die Beratungsstellen vor Ort, damit sie in jeder Situation die richtige Beratung finden können. Dazu sagen Sie nein.

(Zuruf des Abgeordneten Eduard Nöth (CSU))

Dies ist der Beweis, dass das, was Sie am Sonntag den Menschen erzählen, am Montag noch nicht in Ihren eigenen Köpfen angekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man die Reden geschrieben bekommt, hat man das Problem, dass man nicht selbst denken muss. Man bemerkt nicht, dass man die Aussagen am Montag wieder korrigieren muss.

(Widerspruch bei der CSU)

- So ist es.

Gleiches gilt für den Waldumbau. Nach wie vor wird die Absenkung des CO₂-Anteils vernachlässigt. Anstatt mehr zu machen, wird nicht weitergemacht. Kollege Dr. Magerl hat zu Recht gesagt, der Umbruch der Moore und viele Maßnahmen, die CO₂ senken könnten, würden gewaltig vernachlässigt. Wir könnten viel mehr erreichen. Dass sich ein ehemaliger Landwirtschaftsminister besonders aufregt, weil er die Entwicklung verpennt hat, kann ich verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Schutzmaßnahmen für den Bergwald gibt es das gleiche Problem. Wir haben die Aufstockung der Mittel um 2,5 Millionen Euro gefordert, um sicherzustellen, dass das Programm in dem Maße fortgesetzt wird, wie es notwendig ist, um die Trockenlegung der Moore zu verhindern und die Bergwelt zu sichern. Was machen Sie? - Sie lehnen ab.

Ich komme zum nächsten spannenden Kapitel: Hochwasserschutz. Ich kann mich erinnern, dass hier jemand stand und erzählte, wir müssten beim Hochwasserschutz Gas geben, weil die Menschen sonst dessen Notwendigkeit vergessen würden und in ihren Anstrengungen nachließen - bis zum nächsten Hochwasser. Der erste, der es vergessen hat, war der Minister selbst. Er fährt den Haushaltsansatz für den Hochwasserschutz zurück, anstatt weiterhin Gas zu geben. Wir sollten nicht warten, bis das nächste Ereignis eintritt, sondern wir sollten für das nächste Ereignis gerüstet sein. Wir hätten in unserem Haushalt den Ansatz für den Hochwasserschutz fortschreiben müssen.

Deswegen bin ich etwas verwundert, wie sich Leute aus der CSU hier mit der Behauptung hinstellen können: "Alles wird gut." Dieser Spruch stammt vom Wirtschaftsminister; es ist verwunderlich, dass mittlerweile auch Sie von der CSU das glauben. "Alles wird gut" heißt in diesem Fall: Wir schmieren Honig oder weiße Salbe über das Problem. - So wird nichts gut! Mit Ihrem Handeln, das sich in diesem existenziell wichtigen Haushalt niederschlägt, wird nichts gut. Sie von der Koalition wollen angeblich die Schönheit der bayerischen Landschaft erhalten. Sie treten Bayerns Natur und Landschaft mit Füßen!

(Beifall bei der SPD)

Sie lassen die Landwirte im Stich. Sie sorgen dafür, dass das Artensterben weitergeht. Mit einer solchen Politik können wir die Ziele, die Sie von CSU und FDP sich übrigens selbst einmal gesteckt hatten, nicht erreichen. Aber so ist halt Ihre Ankündigungspolitik. Wenn man sie überprüft, stellt sich heraus: Da fliegen lauter Luftballons. Diese fliegen aber schneller weg, als Sie reden können, meine Damen und Herren von der Koalition. Machen Sie es umgekehrt: Handeln Sie mit uns gemeinsam! - Dann schauen wir weiter.

Es ist schade, dass der Herr Ministerpräsident nicht da sein kann. Ich hätte ihn gern gefragt, wie ernst er es meinte, als er sagte, er wolle mit uns allen gemeinsam die Wende aus der unsäglichen Atompolitik der CSU vollziehen. Wir werden ihn nächste Woche auf den Prüfstand stellen. Wir halten die Hand hin. Wir wollen ein sauberes, offenes, nachvollziehbares parlamentarisches Verfahren. Wir wollen in dieser Frage kein Gegeneinander von Ministerien, sondern ein Miteinander im Parlament, um damit die Zukunft Bayerns zu gestalten. Wir sind gespannt, ob Sie unseren Vorschlag nächste Woche aufgreifen. Das wird ein Prüfstein dafür sein, ob Sie es ernst meinen oder ob das wieder einmal nur das Sonntagsgeplaudere des Ministerpräsidenten war, das wir hinreichend kennen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der Koalition, Sie haben es erkannt: Fukushima war für Sie und Ihre "Denke" eine Zäsur. Wir müssen uns in dieser Frage nicht korrigieren; Sie müssen es. Sie versuchen das gerade, der eine ein bisschen ehrlicher, der andere nicht ganz so ehrlich. Wir sind gespannt, welche Position Sie am Ende einnehmen werden.

Wir könnten in Bayern Arbeitsplätze en masse im Bereich der regenerativen Energien schaffen und die Kreislaufwirtschaft anheizen. Herr Minister, wir müssen auch die Möglichkeiten erweitern, dass Kommunen energieautark werden. Auch wenn es mir schwerfällt, sage ich Ihnen: Nehmen Sie sich ein Beispiel an dem CSU-Bürgermeister von Wildpoldsried. Er ist längst weiter, als Sie jemals waren. Er hat kein Problem mit seinen Windrädern - weil er die Entscheidung mit den Bürgern gemeinsam getroffen hat! Uns ist es wichtig, dass man Mittel bereitstellt, um Gemeinden, die energieautark werden wollen, in ihrem Bestreben zu unterstützen. Dabei geht es um Beratung, Moderation und vieles mehr. Das ist der einzig richtige Weg. Lassen Sie die Menschen das Geld mit den regenerativen Energien selbst verdienen! Dann akzeptieren sie sie am allerschnellsten. Wildpoldsried ist dafür ein gutes Beispiel.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Wörner. - Für die Fraktion FREIE WÄHLER spricht jetzt Dr. Vetter. Bitte sehr.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident! Ich darf gleich mit den Menschen weitermachen, mit denen Kollege Wörner geschlossen hat: Alle Bürgerinnen und Bürger haben das gleiche Recht auf eine hochwertige Gesundheitsversorgung. Das steht im Mittelpunkt der Überlegungen von uns FREIEN WÄHLERN. Eigentlich sollte der Gedanke für alle Fraktionen eine Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Doch die Praxis in Bayern zeigt teilweise etwas anderes. Wir haben ein qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem. Es wird aber, wenn es so weitergeht, nicht mehr bezahlbar sein. Im ländlichen Raum müssen die Bürger zum Teil erhebliche Wege in Kauf nehmen, um zum nächsten Hausarzt oder Facharzt zu kommen. Dagegen häufen sich die Ärzte in den Ballungsgebieten. Hier sind die Anreize nicht richtig gesetzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aus meiner persönlichen Erfahrung als niedergelassener Orthopäde weiß ich, wie schwierig es in manchen Fällen ist, gesetzlich versicherte Patienten an einen Spezialisten zu überweisen, auch wenn dies dringend geboten ist. Dass gesetzlich Versicherte deutlich länger auf Termine bei Haus- und bei Fachärzten warten müssen, ist längst kein Geheimnis mehr. Man mag dies als bloße Unbequemlichkeit abtun; aber diese Wartezeiten können auch mit Schmerzen oder gesundheitlichen Folgen einhergehen. Aus diesem Grund fordern wir FREIE WÄHLER, dass sich Bayern für eine neue Gesundheitsversicherung - wir nennen sie "soziale Gesundheitsversicherung" - einsetzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zu den Eckpunkten. Jeder Bürger soll frei wählen können, ob er sich bei einer gesetzlichen oder eine privaten Krankenversicherung versichern lassen möchte. Alle Versicherungen müssen die hochwertigen Leistungen unserer sozialen Gesundheitsversicherung für alle Bürger anbieten. Alle Bürger zahlen Beiträge für die soziale Gesundheitsversicherung.

(Zuruf von der CSU: Zum Thema!)

- Ich komme gleich zum Thema. - Die Beiträge werden einkommensabhängig gestuft.

Herr Blume, Sie haben die soziale Gesundheitsversicherung der FREIEN WÄHLER noch nicht verstanden. Deshalb muss ich die Zeit jetzt nutzen, um sie Ihnen noch einmal zu erklären.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf von der CSU: Nicht schon wieder!)

Dadurch, dass die Beiträge einkommensabhängig gestuft und alle Einkommensarten berücksichtigt werden, erreichen wir eine solide finanzielle Basis und können - das ist unser Antrieb - das Ende der Zweiklassenmedizin einläuten.

(Zuruf von der CSU: Haushaltsberatung!)

- Ich komme dazu. - Inhaltlich liegt ein Schwerpunkt der sozialen Gesundheitsversicherung auf der Prävention; denn durch gesundheitsbewusstes Verhalten und entsprechende Vorsorgemaßnahmen lassen sich viele Krankheitsrisiken minimieren. Das kommt der Gesundheit und dem Wohlbefinden des Einzelnen zugute, dient aber nebenbei auch der mittel- und langfristigen Entlastung der Krankenversicherungen.

Ich möchte jetzt auf die Problematik des Suchtverhaltens von Jugendlichen eingehen. Der exzessive Alkoholkonsum von Heranwachsenden hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Es ist die Rede von "Komasaufen" und "Flatrate-Partys". Die statistischen Zahlen sind einfach alarmierend, ob Sie sie hören wollen oder nicht. So haben 80.000 Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren mindestens einmal im Monat einen Rausch. Dazu kann man zwar sagen: "Was ist dabei?", aber für Zwölfjährige ist das nicht in Ordnung.

Die Folgen dieses Verhaltens zeigen sich zum einen in gesundheitlichen Schäden bei den Betroffenen. Zum anderen hat sich die Anzahl der Straftaten und Ordnungswidrigkeiten von unter Alkoholeinfluss stehenden Jugendlichen erhöht. Nachgewiesenermaßen entwickeln sich nachts geöffnete Verkaufsstellen, an denen spontan Alkohol erworben werden kann, beispielsweise Tankstellen, zu Kriminalitätsschwerpunkten. Wir haben dazu eine Expertenanhörung im Landtag veranlasst. Diese hat ergeben, dass die Prävention im Bereich des Suchtverhaltens von Jugendlichen nachhaltig verstärkt werden muss. Die bereits bestehenden Programme wie HaLT müssen bayernweit ausgebaut und vertieft werden. Das ist nur mit einer besseren finanziellen Ausstattung

möglich. Herr Hünnerkopf, Ihnen möchte ich widersprechen: HaLT ist noch nicht flächendeckend eingeführt.

Besonders wichtig ist uns dabei, dass die Finanzierung nicht an einzelnen Projekten bzw. befristeten Maßnahmen festgemacht wird, sondern dauerhaft gesichert ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt. Wir fordern für das Jahr 2012 100.000 Euro zur besseren Suchtprävention für unsere Kinder und Jugendlichen. Wenn unser Antrag hier abgelehnt wird, habe ich dafür kein Verständnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion: Kollege Thalhammer. Bitte schön.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vier Minuten und 44 Sekunden müssen und werden mir reichen, um Ihnen darzulegen, dass wir mit dem Haushalt einen respektablen finanziellen Rahmen für den Umweltbereich gesetzt haben und dass es sich lohnt, dem Einzelplan 12 zuzustimmen.

Herr Staatsminister Söder, Sie haben wie ein vernünftiger Mittelständler in Krisenzeiten gehandelt. Sie haben Ihre Ausgaben gesenkt. Sie haben vernünftig und verantwortungsvoll gespart und die wesentlichen Akzente gesetzt. Sie haben mit der Einsparung eines nennenswerten Millionenbetrages dazu beigetragen, dass wir insgesamt einen generationengerechten Haushalt ohne Neuverschuldung vorlegen können. Sie haben vor allem die richtigen Ausgabenschwerpunkte gesetzt, indem Sie beispielsweise bei der Umweltbildung nicht gekürzt und bei der vornehmsten Aufgabe des Umweltministeriums, nämlich beim Naturschutz, sogar aufgestockt haben.

Der Einzelplan für die Umwelt setzt die richtigen Schwerpunkte. Das ist das richtige Zeichen zur richtigen Zeit, weil gespart wird und Ausgaben wesentlich gesenkt werden. Kompliment, Herr Staatsminister!

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Mir gefällt ganz besonders, dass die Umweltpolitik nicht isoliert betrachtet wird. Es gibt bemerkenswerte und hervorhebenswerte Schnittpunkte, zum Beispiel bei der Umweltbildung, wo wir die Chancen des grünen Bandes Bayern weiter in den Vordergrund rücken müssen, oder beim ökologischen Krankenhaus, das mein Kollege Bertermann schon erwähnt hat.

Ich begrüße auch, wie Sie Umwelt in Einklang mit Wirtschaft bringen, indem Sie die Mittel für die Erholungseinrichtungen nach wie vor hoch ansetzen, indem Sie die attraktiven Wanderwege fordern und fördern. Gleiches gilt auch für die Gartenschauen. Das hilft nicht nur der Umwelt, sondern auch dem Tourismus.

Mich freut sehr, dass Sie beispielsweise durch die Schaffung des Zentrums für Bionik mit der Wissenschaft Hand in Hand gehen. Das ist richtig. Es belegt, dass wir von der Natur noch mehr lernen können.

Mir hat das Auftreten der Regierung beim Tag der Milchbauern insgesamt sehr gut gefallen. Dort wurde belegt, dass Umwelt und Landwirtschaft kein Widerspruch sind. Umwelt und Landwirtschaft bedingen und befruchten sich gegenseitig. Es ist sehr gut, wie die Regierung hier ressortübergreifende Zeichen gesetzt hat.

Die große Aufgabe der Zukunft ist natürlich die Energiewende. Ja, wir wollen in das Zeitalter der erneuerbaren Energien gehen. Das müssen wir alle gemeinsam anpacken.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Umweltminister Söder, unser Landwirtschaftsminister Brunner, aber auch unser Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch müssen unserem Energieminister Zeil entsprechend zuarbeiten.

Aber wer mitreden will, muss Geld mitbringen. Uns allen ist klar, dass wir im Nachtragshaushalt noch ordentlich nachlegen müssen.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

- Ich bemerke Unruhe auf der linken Seite. Liebe grüne Kollegen, Sie können sicher sein, bei uns finden Sie statt leerer Versprechungen einen vollen Tatendrang. Wir werden Wirtschafts- und Umweltpolitik in einer vernünftigen Partnerschaft von Ökologie und Ökonomie gemeinsam schaffen. Wir begeben uns konsequent auf den Weg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Last but not least möchte ich Danke sagen: Danke an Sie, Herr Staatsminister Söder, für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit, Danke für die Anerkennung Ihrerseits, dass es in diesem Parlament gute Ideen gibt, die übernommen werden können, insbesondere Danke für die Übernahme der Forderung der FDP vom letzten Jahr, Isar 1 dauerhaft vom Netz zu nehmen.

Danke sage ich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium. Ich sage einen fraktionsübergreifenden Dank an alle Kollegen im Umweltausschuss. Stellvertretend nenne ich den Vorsitzenden, Herrn Magerl. Herr Magerl, Sie erledigen Ihre Aufgabe sehr gut. Ich komme gern zu Ihnen in den Umweltausschuss. Danke sage ich auch Herrn Kollegen Hünnerkopf in Stellvertretung für die Kolleginnen und Kollegen unseres Koalitionspartners sowie allen Haushältern.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Dank sollte nicht mit Hohn übergossen werden.

Schließlich danke ich den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die draußen vor Ort den Umweltschutz in Bayern mit Leben und Liebe erfüllen. Umweltschutz und erneuerbare Energien leben vom Mitmachen der Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen in der Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen setzen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt äußert sich für die Staatsregierung Herr Staatsminister Dr. Söder.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal vielen Dank für viele Beiträge. Aber bevor ich zum Haushalt spreche, möchte ich etwas zu den Ausführungen des Kollegen Magerl sagen.

Wer in unsere bayerische Landschaft geht und sieht, welche Vitalität unser Land zu bieten hat, wie sich Flora und Fauna entwickeln, wie sich Ehrenamtliche bei uns millionenfach engagieren, der kann nicht glauben, dass das, was Kollege Magerl beschrieben hat, ein Bild des wirklichen Bayerns ist. Er hat Bayern schlechtgeredet. Was er gesagt hat, entspricht nicht den Tatsachen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir besitzen ein wunderbares Land mit großer Zukunftsperspektive.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Ich habe Ihnen zugehört. Sie müssen jetzt auch mir zuhören.

Unser Haushalt versucht, Nachhaltigkeit zu erreichen. Dies ist generell die eigentliche Herausforderung. Der Leitfaden heißt Nachhaltigkeit. Es geht nicht um Kurzfristigkeit, sondern um langfristige, nachhaltige Politik.

Zwei Dinge müssen miteinander verbunden werden: Auf der einen Seite ist darauf zu achten, dass nicht der Weg gegangen wird, der beispielsweise in Nordrhein-Westfalen beschritten wird, wo man kurzfristig so hohe Schulden machen wollte, dass man von der Gerichtsbarkeit öffentlich eine Klatsche bekam. Solches tun wir in Bayern nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir wollen konsolidieren, aber gleichzeitig investieren. Wir wollen intelligentes Sparen mit gezielter Förderung und dadurch mit einer Leitfunktion unserer Politik verbinden.

Als es um das Thema Sparen ging, habe ich von Anfang an gesagt: Wir setzen im Umwelt- und Gesundheitsbereich die Schwerpunkte so, dass Geld für Menschen und Natur erhalten wird. Soweit wir sparen, tun wir das eher bei Beton und Bürokratie.

Dass dieses Konzept erfolgreich ist, kann man an einem Beispiel gut sehen: Allein der Umweltschutz in Bayern bekommt, umgerechnet auf die Einwohnerzahl, doppelt soviel wie in Nordrhein-Westfalen. Damit sind wir in Deutschland stark und können uns sehen lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Thema Energie. Auch hier gilt der Grundsatz: Wenn wir über Klimaschutz reden, brauchen wir uns hinter unseren Zahlen nicht zu verstecken. Wir sind im internationalen und im nationalen Vergleich beim CO₂-Sparen pro Kopf absolut an der Spitze, und zwar weltweit.

Wenn es um die Studien zu den Fragen der erneuerbaren Energien geht und wir die Substanz untersuchen, dann stellen wir fest - das ist bei allen Studien unbestritten -, dass wir bei Wasserkraft, Photovoltaik, Biomasse und Solarthermie mit an der absoluten Spitze liegen.

Deshalb muss man festhalten, dass wir in Bayern in den Fragen der Energiewende nicht etwa bei Null anfangen. Vielmehr bauen wir auf einem starken Fundament unserer bisherigen Arbeit.

(Zuruf von den GRÜNEN: Und was ist mit Japan?)

- Die Haltung der Staatsregierung zu den Vorgängen in Japan haben wir hier mehrfach dargestellt. Alle haben gesagt, dass die Ereignisse von Japan eine Energiewende erfordern.

In unserem Konzept sagen wir: Das Atomzeitalter geht zu Ende. Wir wollen, dass es schneller zu Ende geht. Der Umstieg und Ausstieg muss aber dazu führen, dass wir Versorgungssicherheit nicht nur für die Wirtschaft haben und Klimaschutzziele nicht nur dadurch erfüllen, dass wir auf anderer Ebene alte Ölkraftwerke wieder anschalten. Vielmehr ist etwas anderes notwendig, und das sage ich aus tiefem Bewusstsein. Ich hatte einmal ein Streitgespräch mit einem Vertreter aus der grünen Partei. Dort wurde gesagt: Der Strom muss teurer werden.

Meine Damen und Herren, Energieversorgung hat aber doch auch eine soziale Dimension, die wir in unserem Land berücksichtigen wollen. Auch die ärmeren Bürger müssen sich den Strom leisten können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deswegen sagen wir zur Energiewende: Erst das Konzept, dann die Umsetzung.

Ich verstehe bis heute nicht, wie Sie auf Parteitagen Beschlüsse fassen können, mit denen Sie selber eingestehen, Herr Magerl und Frau Schopper, dass Ihre Idee, die Kraftwerke bis 2022 laufen zu lassen, falsch ist. Das respektiere ich. Wie Sie den kompletten Umstieg jedoch bis 2017 erreichen wollen, bleibt ein Rätsel.

Sie sind im Jahr 2000 ausgestiegen. Sie haben das beschlossen. Aber was ist in der Zwischenzeit passiert? Null Investitionen in die nationale Speichertechnologie, null In-

vestitionen in Stromleitungen, und Sie sind gegen jedes Pumpspeicherkraftwerk. Und die rot-grüne Stadt München betätigt sich sogar noch als Aktionär von Stromkonzernen. Meine Damen und Herren, das zeugt nicht von Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir bewegen uns; wir müssen uns bewegen. Für uns hat dieses Ereignis in Japan tatsächlich vieles verändert. Aber eines bitte ich Sie zu beachten, und glauben Sie mir, das ist nicht ganz leicht: Nur mit Rechthaberei und dem ständigen Verweis darauf, dass man glaubt, schon vor zehn Jahren die richtige Meinung gehabt zu haben, nur mit dem Blick in die Vergangenheit, nur mit dem Sich-Ergötzen an Umfragewerten und mit dem Verharren in Betroffenheiten erwirbt man keine Glaubwürdigkeit für die Zukunft. Wir brauchen Ideen und dürfen nicht in Rechthaberei verharren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Lebhaftes Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Unsere Devise lautet: Mehr Demut, mehr Inhalt!

(Beifall bei der CSU - Demonstrativer Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Wenn sich die GRÜNEN derzeit freuen, kann ich das verstehen. Was mich fasziniert - das muss ich von meiner Seelenlage her einmal sagen - ist, dass die SPD feixt und sich freut, obwohl sie zurzeit Wahlergebnisse einfährt, die unendlich katastrophal sind. Die SPD kommt mir so vor wie jemand, der am Ende der Bundesligatabelle steht, Siebzehnter wird und sich freut, nicht Achtzehnter zu sein. Trotzdem bleibt er Absteiger.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Ja, ja, das tut weh, aber es ist gerecht!

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was ist nun mit der Demut?)

Ich sage Ihnen eines, meine Damen und Herren: Wir müssen - da sind wir uns in der Regierung einig - zur Organisierung der Energiewende viel Geld in die Hand nehmen, und zwar national wie auch auf bayerischer Ebene.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Wann denn?)

Wir werden manche Dinge neu denken müssen. Das gilt übrigens auch, wenn wir über die Verbindung von Energie und Naturschutz diskutieren. Da wird manche Genehmigung für uns alle schwierig werden. Deswegen ist der Dialog, den der Herr Ministerpräsident ausgerufen hat, so entscheidend. Denn da geht es um die Konsensfrage für alle.

Wir werden eines sehen, und das halte ich wirklich für treffend: Wir hatten früher eine Südschiene. Jetzt werden wir einen Süd Wettbewerb haben. Ich meine, das ist die beste Form von Wettbewerbsföderalismus: Zwei vergleichbare Länder, Bayern und Baden-Württemberg, beide von der Energieversorgung und von der Wirtschaftsstruktur her vergleichbar. In dem einen Fall kann die Regierung von Grün-Rot zeigen, wie sie den Umstieg organisieren will, und im anderen Fall wird die schwarz-gelb Regierung beweisen, dass sie es besser kann. Diese Herausforderung nehmen wir an.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da lassen wir uns gerne überraschen!)

Thema Naturschutz: Kollege Magerl hat gesagt, da sei alles katastrophal; in Bayern werde nichts für Naturschutz, Artenschutz und Landschaftspflege getan. Ein anderer Kollege sorgte sich um die Mittel im Einzelnen. Wissen Sie, die Mehrheit im Hohen Hause sorgt selten für Verunsicherung der Bevölkerung. Für die Verunsicherung beispielsweise beim Vertragsnaturschutz draußen haben die zig Pressemitteilungen der Opposition gesorgt, in denen gesagt wurde, alles werde gekürzt.

(Beifall bei der CSU)

Wir beschreiten einen anderen Weg beim Vertragsnaturschutz. Das habe ich von Anfang an gesagt und ich bin auch sehr froh, dass es uns nicht nur gelungen ist, den Ansatz zu halten, sondern auch noch etwas draufzulegen. Der Vertragsnaturschutz ist in Bayern ein ganz zentrales Element der Biodiversität, weil wir damit den Lebensraum in der Fläche erhalten können. Wir erhöhen die Mittel dafür jetzt sogar noch um drei Millionen Euro. Damit können die bisherigen Abschlüsse nicht nur gehalten werden, sondern es können auch neue Abschlüsse getätigt werden. Bundesweit haben wir in Bayern mit einer Fläche von über 80.000 Hektar im Vertragsnaturschutz die mit Abstand größte ökologisch bewirtschaftete Fläche. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Übrigen investieren wir im Haushalt nicht nur in Technologie. Das tun wir auch in der Umweltinnovation zum Beispiel mit dem Programm "Aufbruch Bayern". Damit soll nicht Geld einfach verteilt werden, um Löcher zu stopfen, sondern es sollen Anreize geschaffen werden, um Bayern mit neuen Technologien im Wettbewerb der Länder voranzubringen. Deswegen wird in unserem Einzelplan zum Beispiel mit dem Zentrum für Bionik ein neues Kapitel aufgeschlagen, in dem wir Biologie, Innovation und letztlich auch Ökonomie miteinander verbinden können und mit dem wir versuchen, von der Natur zu lernen, um am Ende für die Menschen daraus Gewinn zu ziehen.

Ähnliches gilt auch für ein grünes Hospital. Da gehen wir nicht getrennt nach Umwelt und Medizin vor, sondern verbinden damit die Absicht, einerseits Energie einzusparen und andererseits die Verhaltensabläufe im Krankenhaus so zu steuern, so zu verändern und so zu terminieren, dass es durch ökologische Prozesse zu Erfolgen in der medizinischen Heilung kommt. Aber nicht nur das ist unser Ziel. Wir setzen auch auf Ethik im Bereich des Verhaltens. Denn wir wissen - viele haben das angesprochen -, dass die Zukunft im Umweltschutz nicht nur durch Technologie funktioniert, sondern dass es auch eines veränderten Denkens und Verhaltens bedarf. Deswegen ist die Umweltbildung für uns so wichtig. Die Ansätze dafür führen wir ungekürzt weiter. Ähnliches gilt auch für andere große Projekte wie "Grünes Klassenzimmer in der Rhön"

oder für "Haus der Berge" in Berchtesgaden, wo wir in diesem Jahr noch Richtfest feiern werden. Wir setzen diesen Prozess dann auch noch mit vielen weiteren Umweltstationen fort. Ich sage Ihnen aus tiefer Überzeugung: Gerade in unserem Land werden wir einen Teil der Energiewende dadurch schaffen, dass das Energiesparen durch gute Investitionen in Umweltbildung zum festen Bestandteil im Kanon der Jugendarbeit wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Thema Gesundheit! Eines, Herr Vetter, muss ich Ihnen schon sagen: Ihr Konzept ist bis zum heutigen Tag außer von Ihnen, glaube ich, von niemandem verstanden worden. Aber das ist nur der eine Teil. Wenn Sie hier nun sagen, die FREIEN WÄHLER seien die Einzigen in diesem Parlament, die sich um die Gesundheit der Menschen in Bayern kümmern, dann ist das eine echte Unverschämtheit.

(Beifall bei der CSU)

Die Wege können unterschiedlich sein, aber jeder hier im Hohen Hause, wirklich jeder, kümmert sich um die Gesundheit der Menschen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU - Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Das habe ich so nicht gesagt! Das ist eine Unterstellung!)

- Sie wissen manchmal nicht, was Sie sagen. Und hier ist es der Fall.

(Widerspruch bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Zuruf von der SPD: Wo bleibt die Demut?)

- Ich bin ein Musterbeispiel dafür!

(Beifall bei der CSU - Anhaltende Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

- Ja, da haben sogar von meiner Fraktion ein paar geklatscht; nur die FDP war etwas zurückhaltend.

(Anhaltende Zurufe und Heiterkeit)

Auch der Herr Ministerpräsident ist dieser Meinung. Und vom Ministerpräsidenten lernen heißt - -

(Thomas Hacker (FDP): Demut lernen! - Zuruf der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

- Nein, Medizin zu lernen brauchen Sie deshalb nicht.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ich nicht, aber der Ministerpräsident!)

- Der ist gesund! Der hält das aus.

Meine Damen und Herren, und nun zum Thema Gesundheit im Detail: Bezüglich der Gesundheitsstruktur hat der Haushalt nichts mit dem Verlauf der Finanzsysteme auf Bundesebene zu tun. Bezüglich des ländlichen Raumes haben Bund und Länder gestern gemeinsam mit den Eckpunkten für die ärztliche Versorgung einen wirklich großen, zukunftsweisenden Schritt getan. Mit diesen Plänen werden wir das erste Mal seit Jahrzehnten - das wurde uns Übrigens früher oft verweigert - regionale Steuerungselemente bekommen, um in den ländlichen Räumen die Planungen so abzustimmen, dass nicht nur nach deutschen Vorgaben, sondern auch nach bayerischen Erfordernissen ausreichende Arztstrukturen möglich werden. Wir werden in den ländlichen Räumen andere Honorarstrukturen haben, wenn die Budgetierungen da nicht mehr gelten, und können dort die Attraktivität des Arztberufes fördern. Wir werden neue Elemente für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf etablieren, die die Attraktivität ebenfalls steigern. Dies ist Übrigens ein guter, gemeinsam von Bund und Ländern getragener Entwurf. Ich gebe es an dieser Stelle ausdrücklich zu Protokoll: Ich danke dem Bundesgesundheitsminister für seine Bereitschaft, den Ländern entgegenzukommen.

Es ist ein guter Entwurf, der dem ländlichen Raum eine starke Stellung in der ärztlichen Versorgung bringt.

(Beifall bei der CSU - Thomas Hacker (FDP): Ein guter Bundesgesundheitsminister!)

Wir setzen unsere Schwerpunkte ganz bewusst. Wir setzen auf Prävention beispielsweise bei Themen wie Krebs und anderem mit drei Millionen Euro. Bei Aids, einem wichtigen Thema auch bezüglich der Migranten, wo es einen echten Aufklärungsbedarf gibt, sind 3,7 Millionen Euro vorhanden. Andere Bundesländer wie beispielsweise Nordrhein-Westfalen haben mehr Einwohner, geben aber weniger Geld für die Bekämpfung von Aids aus.

Sehr verehrte Damen und Herren, wir haben uns hier nichts vorzuwerfen. Wir leisten unseren Beitrag zur Prävention.

(Beifall bei der CSU)

Weitere Schwerpunkte setzen wir bei der Altersmedizin. Das ist ganz besonders wichtig. Weil die Menschen älter werden, muss einer der großen Schwerpunkte unserer Gesundheitspolitik sein, die Selbstbestimmtheit für die Menschen im Alter zu garantieren. Das ist für mich eine grundsätzliche, sozial-ethische Dimension von Gesundheit. Wir wollen bei der Ausstattung der Krankenhäuser nicht nur dafür sorgen, dass bestmögliche Technologie erreicht wird. Die eigentliche Kunst besteht in Zukunft vielmehr in der ethischen Dimension der Altersmedizin, nämlich Leben nicht nur technisch zu erhalten, sondern in Würde zu begleiten. Deswegen sind unsere Investitionen beispielsweise in Geriatrie und Palliativmedizin ethisch fundierte Investitionen, keine notwendigen im Sinne von Technologie, aber sie sind eine ethische Dividende für unser Land. Dass wir die Mittel für diesen Bereich sogar erhöhen konnten, ist, denke ich, ein gutes Signal für Bayern und für ältere Menschen in unserem Land. Wir wollen nicht, dass ältere Menschen am Ende nur darauf angewiesen sind, irgendwo untergebracht

zu werden. Ganz im Gegenteil wünschen wir, dass jeder die Chance hat, so lange wie möglich zu Hause selbstbestimmt zu leben. Das ist unsere Philosophie.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir setzen im Haushalt auf Ethik und auf Innovationen. Im "Aufbruch Bayern" werden gerade mit der Gesundheitsagentur völlig neue Möglichkeiten geschaffen, auf der einen Seite die Gesundheitswirtschaft voranzubringen, auf der anderen Seite aber auch innovative Praxiskonzepte und Ideen mit zu fördern, gerade wenn wir von den Stellen reden, an denen wir in den nächsten Jahren Verbesserungsbedarf haben.

Außerdem werden wir - das ist mir besonders wichtig, weil es für den ländlichen Raum existenziell bedeutsam ist - mit dem Konzept "Telekrankenhaus Bayern" die Telemedizin entwickeln. Dies ist ein Bereich, der so innovativ ist, der so wichtig ist, der so viele Chancen bietet. Schon durch die Möglichkeiten der Telemedizin, die in den letzten Jahren unter den bayerischen Sozialministern und ihren damaligen Verantwortlichkeiten, ganz besonders von Christa Stewens, geschaffen wurden, bekamen viele kleine Krankenhäuser Anschluss an große Kliniken, wo die wenigen Experten, beispielsweise für Schlaganfall, vorhanden sind. Damit können in jedem kleinen Krankenhaus Diagnosen gestellt werden, und es kann verhindert werden, dass es zu Schäden kommt. Heilungsprozesse können hierdurch sogar gefördert werden.

Unsere Konzeption von Telemedizin ist die eigentliche Antwort auf die Zukunft zur Stärkung des ländlichen Raums. Da gehen wir deutschlandweit mit voran. Auch das ist im Haushalt enthalten: Innovation und Ethik zusammen, zum Beispiel in der Telemedizin.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich danke allen, die mitgewirkt haben. Es gab viele gute Ideen, und manche weitere Idee hätte man verwirklichen können, wenn mehr Geld zur Verfügung stünde. Davon kann man immer mehr brauchen. Das ist un-

bestritten. Aber ich glaube, dass dies ein verantwortliches Konzept ist, das eben die ganz bestimmten Schwerpunkte setzt, die sich in unserer Politik niederschlagen sollen. Ein Haushalt ist immer - der Ministerpräsident hat es gesagt - ein Kursbuch. Ein Haushalt zeigt, wo man Schwerpunkte setzt.

(Ludwig Wörner (SPD): Klarheit und Wahrheit!)

Er bedeutet nicht nur Gießkanne, sondern eine gezielte Förderung, und er bedeutet an vielen Stellen auch, einen Ansatz zu entwickeln, den Samen zu säen, der dann auch aufgehen und sich weiterentwickeln kann.

Meine Damen und Herren, wir bauen auf ein starkes und leistungsfähiges Land, das sich in Umwelt und Gesundheit stark entwickelt. Beides gehört untrennbar zum Lebensland Bayern. Viele Redner haben das, wie ich finde, sehr gut dargestellt.

Zum Abschluss möchte ich noch einmal allen danken, die mithelfen. Ich rufe aber auch hinsichtlich des wichtigsten Themas, um das es jetzt gehen wird, hinsichtlich der Energie, jeden auf mitzuhelfen. Auch für uns gibt es Prozesse, die nicht leicht sind. Auch wir haben Kolleginnen und Kollegen, die nachfragen, ob das nicht zu schnell geht, ob das alles sein muss. Aber, meine Damen und Herren, dieser Weg ist der richtige. Wir müssen ihn gemeinsam gehen. Da muss sich jeder bewegen.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Schauen Sie doch auch auf uns, wenn Sie von Gemeinsamkeiten sprechen!)

Der Verweis auf eigene Biografien von vor zwanzig Jahren wird für die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde nicht helfen. Deshalb bitten wir Sie ganz herzlich, endlich die Bereitschaft zu zeigen, mit uns gemeinsam den Weg in die Zukunft zu gehen, anstatt immer in der Vergangenheit stehenzubleiben. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatsminister. Nun folgt eine Zwischenbemerkung der Frau Kollegin Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): Lieber Herr Minister, ich mag Ihre Demut.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Liebeserklärung von der SPD!)

- So weit wird es, glaube ich, zwischen uns nicht kommen.

Sie haben immer wieder die Energiewende angesprochen, vom Kursbuch gesprochen. Sie reden von schwierigen Dingen, von Angelegenheiten, von Zielen. Aber welche haben Sie denn? Darüber habe ich nichts gehört.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen: Mehr Demut, mehr Inhalte. Aber was sind denn Ihre Inhalte? Was ist denn der Weg der Energiewende? Ist es der Energieatlas? Ist es das, womit sich die Leute informieren können, ist es die Dienstleistung? Wie finanzieren Sie denn die Energiewende? Im Kursbuch Doppelhaushalt ist hierfür nichts enthalten. Wie schaffen Sie denn die Energiewende?

(Georg Schmid (CSU): Im "Aufbruch" steht das! Das kann man nachlesen!)

Zum Stichwort Demut muss ich fragen: Warum machen Sie hier auf dicke Brust gegenüber Baden-Württemberg? Was soll das? Ist das Demut? Ich wünschte mir, dass Sie einfach sagten, was die anderen tun und was wir machen können. Lassen Sie uns das tatsächlich miteinander machen, aber nicht mit einer Kriegsankündigung in einem Indianerwettbewerb, wer der Schnellere ist. Wir sind doch hier nicht im Sandkasten!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Wenn es um das Motto "Deine Schaufel - meine Schaufel" geht, dann ist das bei diesem Thema zwischen Rot-Grün auch gut verteilt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Christine Stahl (GRÜNE): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Unsere Konzeption ist relativ klar. Sie wird aber heute nicht diskutiert, denn wir werden im Mai oder Juni das Konzept vorstellen. Wir haben immer gesagt: Energie sparen, Energieeffizienz, Einstieg in die erneuerbaren Energien. Dazu haben wir eine ganze Fülle einzelner Punkte miteinander zu besprechen, sowohl inhaltlich-rechtlich als auch finanziell.

Aber zum Thema Demut fände ich noch etwas gut. Mir hat niemand je widersprochen, auch Herr Gabriel in Fernsehdiskussionen nicht. Wenn Ihnen die Energiewende schon im Jahr 2000 so wichtig war und Sie gesagt hätten, Sie wollten 2022 aussteigen, dann hätten Sie doch - Sie waren lange Zeit an der Regierung - jederzeit die Gelegenheit gehabt, in Deutschland Milliarden in die Speichertechnologie zu investieren. Aber bis heute ist nichts passiert.

(Lebhafter Beifall bei CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Wir müssen manches neu denken, aber wir müssen jetzt in Berlin wie in München auch manches abarbeiten, was in der Vergangenheit versäumt wurde.

Ich sage Ihnen etwas zum Thema Wettbewerb. In diesem Land haben wir einen Wettbewerbsföderalismus, und ich glaube, das ist gut so. Wir haben übrigens auch einen Parteienwettbewerb. Am Ende entscheiden dann die Wähler, was sie gut finden oder nicht.

(Tobias Thalhammer (FDP): Auch in der Koalition!)

- Ja, Herr Thalhammer, auch in der Koalition haben wir gemeinsame Ideen.

(Heiterkeit)

Die darf dann auch jeder unterschiedlich verkaufen. Das ist dann egal. Aber eines ist uns wirklich wichtig, das muss ich Ihnen ehrlich sagen: In meiner Regierungserklärung habe ich gesagt, dass wir manches neu machen müssen, und ich habe gesagt, dass wir in manchen Einschätzungen auch geirrt haben.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, die zwei Minuten, die Ihnen für eine Antwort auf eine Zwischenbemerkung zustehen, sind um.

(Natascha Kohnen (SPD): Aber er hat nicht gesagt, was er investieren will! - Weitere Zurufe von der SPD)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Ich bitte um die Gnade des Präsidenten, mir noch einen Satz mit zwei Kommas zu gewähren.

(Natascha Kohnen (SPD): Er soll antworten! - Volkmar Halbleib (SPD): Er muss etwas Konkretes sagen!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Sie können einen Antrag stellen.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Wir haben gesagt, dass wir uns an einigen Stellen geirrt haben. Aber seit drei Wochen höre ich über die Medien nur ein Zerfließen in Rechthaberei. Das geht den Menschen auf den Geist. Haben Sie Ideen für die Zukunft? Ja? Aber dann sollten Sie nicht immer nur darauf verweisen, was Sie in der Vergangenheit alles besser gemacht haben. Das ist kein Beitrag für die Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Natascha Kohnen (SPD): Das ist keine Antwort!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt liegen noch zwei Wortmeldungen für eine Zwischenbemerkung vor. Zunächst hat Herr Kollege Fahn das Wort, dann Herr Kollege Magerl.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Erstens. Beim Vertragsnaturschutz freuen wir uns auch, dass die Mittel erhöht wurden. Aber es ist nicht so, wie Sie gesagt haben, dass die Opposition in Panik Anträge gestellt hat, die Situation war eine andere. Sie haben allen Landratsämtern im August die Verträge gekündigt. Sie haben Briefe bekommen, die besagten, dass nur laufende Maßnahmen fortgesetzt werden und neue nicht mehr abgeschlossen werden dürfen. Wir hatten einen dicken Ordner von Stellungnahmen der Bezirksregierungen, denen diese Schreiben vorlagen. Weil Sie angekündigt hatten, zu kürzen, haben wir Anträge gestellt. Sie können uns nicht vorhalten, wir hätten einen Fehler gemacht. Wir haben nur die Bedenken der Leute vor Ort aufgegriffen und deswegen auch Anträge gestellt.

Zweitens. Bei der zukünftigen Energiepolitik sprechen Sie immer von Gemeinsamkeiten. Der Herr Ministerpräsident hat das auch gesagt. Allerdings haben Sie immer nur zur Koalition geschaut. Warum schauen Sie nicht zur Opposition, wenn es um Gemeinsamkeiten geht?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Lachen bei der CSU und der FDP - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Binden Sie doch die Opposition ein. Sie haben es angekündigt. Wenn Sie etwas ankündigen, müssen Sie es auch umsetzen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sonst sind das Nebelkerzen, die Sie werfen, und Luftschlösser, die Sie bauen.

Die Frage von Frau Kohnen haben Sie immer noch nicht beantwortet. Wo kommt das Geld her, wenn es um den Klimaschutz, um die Energiewende geht? Das ist doch das Entscheidende. Ohne Moos nichts los, Herr Söder!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Beim Vertragsnaturschutz haben wir - auch ich -, als Haushaltsdiskussionen aufkamen, als überall gesagt wurde, es müssten Maßnahmen getroffen werden, es werde gestoppt, sehr früh gesagt: Wir werden in diesem Bereich keine Kündigungen vornehmen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden in dem Bereich keine Sparmaßnahmen durchführen, und ich habe mich nach Kräften auch intelligent bemüht - und da bedanke ich auch beim Finanzministerium,

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

für die Möglichkeit, Gewichtungen so vorzunehmen. Ich bedanke mich auch beim Haushaltsausschussvorsitzenden und dem ganzen Ausschuss dafür, dass wir eben entsprechende besondere Zielmarken setzen konnten.

Aber was mich dann gewundert hat: Nachdem alle Ankündigungen schon klar waren, gab es zur Jahreswende noch immer Pressemitteilungen verschiedener Oppositionspolitiker, die gesagt haben: Da gibt es Kürzungen! Das, meine Damen und Herren, müssen Sie sich auch gefallen lassen. Wir haben frühzeitig gesagt, so wird es werden, und Sie haben das Gegenteil behauptet. Wenn es jetzt anders ist, ist es gut.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweitens. Dass ich Sie zu wenig anschauere und dass Sie das verletzt, tut mir leid.

(Zuruf von der SPD: Das betrifft nur den Herrn Fahn! - Heiterkeit - Unruhe)

- Gut, das ist wirklich schön, wenn man - -

(Anhaltende Heiterkeit)

Es gibt ja Unterschiede, wo man hinschaut. Dass ich Sie nicht erkannt habe oder noch nicht gesehen habe, tut mir leid.

(Unruhe)

Ich werde mir bei meinen Reden künftig ein Navigationssystem hinlegen. - Das erstens - -

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

- Ja, ja, liebe Freunde! Also, zum Parlamentarismus gehört Leidenschaft. Es geht nicht, sich hier zwei Stunden hinzustellen und jeden wegen aller möglichen Dinge anzugreifen, ohne selber was einstecken zu können. Das wäre schlechter Parlamentarismus! Sorry!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Gute Opposition teilt aus und steckt auch ein. Das war jetzt Auge um Auge. So!

(Heiterkeit)

Und wo das Geld herkommt, müssen wir uns gemeinsam überlegen und schwierige Entscheidungen treffen. Wir brauchen im Bund Geld und wir brauchen in Bayern Geld. Klar!

(Zuruf von der SPD)

- Der Haushalt konnte das doch vom Verfahren gar nicht leisten.

(Lebhafter Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

Sie wissen immer genau, wie alles ist, schon lange, bevor Sie etwas abgeschlossen haben. Wir denken, und dann, meine Damen und Herren, reden wir. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, jetzt schauen wir gemeinsam zum Kollegen Dr. Magerl, der auch noch eine Zwischenbemerkung hat.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Staatsminister, zum Ersten möchte ich mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken. Jetzt weiß ich endlich, was Demut ist.

(Lachen und Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir können alle voneinander lernen.

Zum Zweiten. Wenn Sie hier sagen, wir sollen nicht immer nur in die Vergangenheit schauen, sage ich: Die GRÜNEN sind seit 2005 nicht mehr in der Bundesregierung. Man könnte ganz dezent fragen - seit 2005 haben wir eine schwarz-gelb geführte Bundesregierung -, was denn da geschehen ist. Aber da will ich gar nicht hinschauen, sondern schauen wir doch einmal in die Zukunft.

Zu den Speichertechnologien. Warum lehnen Sie denn unseren Antrag ab, in Bayern ein Kataster erstellen zu lassen, wo überall Pumpspeicherkraftwerke möglich sind, dass wir also nicht nur bei einem einzigen Standort stehen bleiben und über den diskutieren? Ein einziger Standort wird uns nämlich nicht retten, wird uns nicht herausreißen, sondern wir müssen schauen, wo das in Bayern möglich ist. Sie haben diesen Antrag, so ein Kataster zu erstellen, vor wenigen Tagen erst abgelehnt. Warum denn?

Und das Zweite: Sie sagen, der Haushalt kann es nicht richten. Die Defizite im Bereich der regenerativen Energien haben wir Anfang Dezember hier ausführlich vorgebetet. Das können Sie im Plenarprotokoll nachlesen. Seitdem ist klar, dass dringender Handlungsbedarf in dem Bereich vorhanden ist. Sie haben nichts getan, absolut nichts getan, und Sie haben auch heute nur wieder gesagt: Ja, das müssen wir noch bedenken und juristisch überprüfen. Konkrete Aussage: Nichts, nichts, nichts!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte sehr.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Umweltministerium): Ich schaue ihn an.

(Christine Stahl (GRÜNE): Das hat er nicht verlangt! - Heiterkeit)

- Ich glaube nicht, dass Sie für ihn sprechen können, Frau Stahl.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Ich weiß, Sie sitzen gerade im Weg, das ist vielleicht emotional ein Problem für Sie, aber nicht für mich.

(Anhaltende Unruhe - Christine Stahl (GRÜNE): Ich schütze ihn! - Heiterkeit)

- War das jetzt eine Drohung, oder?

(Heiterkeit)

Aber in aller Ernsthaftigkeit, wissen Sie, lieber Kollege Magerl: Ich freue mich, wenn die GRÜNEN heute darüber zu diskutieren anfangen, dass wir bei Pumpspeichern in Bayern Kapazitäten haben. Ich finde es gut. Ich habe auch von Herrn Runge letztens gehört, dass man über vieles nachdenkt. Das finde ich gut.

Mir ist zum Thema Pumpspeicher bislang national nur eine einzige Stellungnahme von einer einzigen Person aufgefallen. Und da muss ich Ihnen sagen, da hat sich sogar die Frau Parteivorsitzende Claudia Roth in einem Interview quasi entschuldigt. Weil nämlich national bekannt ist, dass beim einzig großen Pumpspeicherkraftwerk, das derzeit in Planung ist, also beim ersten, das überhaupt geht, der GRÜNEN-Abgeordnete Hallitzky der Haupttreiber gegen dieses Pumpspeicherkraftwerk ist, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist bekannt; etwas anderes nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

So schaut es aus. Wenn Sie das jetzt gemeinsam ändern, finde ich das gut.

(Zuruf von den GRÜNEN: Zum Kataster! Sie haben die Frage nicht beantwortet!)

Wir freuen uns auf diese Diskussion.

Wissen Sie, es ist immer so: Sie sagen, machen wir Kataster, Kataster, Kataster! Dann, wenn es ernst wird, ist nix, meine Damen und Herren! Denn wir müssen jetzt einmal zu Entscheidungen kommen und können nicht immer nur prüfen. - Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir haben eine weitere Wortmeldung von den GRÜNEN, sozusagen für die Restlaufzeit: Herr Kollege Hallitzky.

(Zuruf von der CSU: 25 Sekunden! - Heiterkeit - Unruhe)

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich könnte dann eine persönliche Erklärung abgeben, weil es Blödsinn ist, was Sie gesagt haben, aber ich versuche es einmal in 25 Sekunden.

Erstens. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, es ist nicht nur Riedl in Deutschland. Da erwarte ich von Ihnen etwas mehr.

Zweitens. Wir brauchen Pumpspeicherkraftwerke - das wissen wir -, neben allen anderen Speichertechnologien, die Sie boykottieren. Sie haben alle Anträge der Opposition hierzu abgelehnt, wie den Antrag auf einen Kataster.

Drittens - und damit haben Sie offensichtlich auch Schwierigkeiten -: Wir halten Gesetze ein. Das europäische und deutsche Naturschutzrecht verbietet es, an dieser Stelle aus der Donau Wasser zu entnehmen. Deswegen hat die österreichische Landesumweltanwaltschaft, das ist eine staatliche Behörde, auch eindeutig gesagt: An dieser Stelle geht es nicht! Und wenn Österreich, das sehr viele Pumpspeicherkraftwerke hat, sagt, an dieser Stelle geht es nicht, dann sollten Sie einmal überlegen, ob nicht wirklich die Alternativlosigkeit, mit der Sie hier vorgehen, ein Holzweg ist.

Ich könnte Ihnen jetzt auch noch, habe aber nichts mehr an Zeit, sagen, was für Blödsinn Sie zu NRW erzählt haben. Lesen Sie das Protokoll zum Einzelplan 06, dann werden Sie auch da schlauer werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Widerspruch bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7797 mit 16/7829

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/8083 sowie der nach Abschluss der Ausschussberatungen eingereichte Änderungsantrag auf Drucksache 16/8232 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7809 und 16/8232 in namentlicher Form abstimmen. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 16/7809, betreffend "Mittel für die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts durch die Landkreise im Freistaat Bayern", abstimmen. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Wir beginnen mit der Stimmabgabe. Fünf Minuten stehen zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 12.59 bis 13.04 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Es wird später bekanntgegeben.

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den SPD-Änderungsantrag auf Drucksache 16/8232, betreffend "Begleitende Versorgungsforschung zum Mo-

dellversuch Darmkrebsscreening", durch. Die Urnen stehen bereit. Mit der Stimmgabe kann begonnen werden. Drei Minuten stehen für die Abstimmung zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 13.04 bis 13.07 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte darum, das Ergebnis draußen zu ermitteln. Die Sitzung wird kurz unterbrochen.

(Unterbrechung von 13.07 bis 13.11 Uhr)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt, zunächst zum Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/7809, "Mittel für die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts durch die Landkreise im Freistaat Bayern": mit Ja haben gestimmt 68 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 93. Stimmenthaltungen: 0. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Der Änderungsantrag der SPD auf Drucksache 16/8232, "Begleitende Versorgungsforschung zum Modellversuch Darmkrebsscreening": Mit Ja haben gestimmt 67 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 87. Stimmenthaltungen: 2. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit dem in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/8083 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Ich bitte Gegenstimmen auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die FREIEN

WÄHLER, die SPD und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnungen vorgeschlagenen Änderungsanträge mit Ausnahme des Änderungsantrags auf Drucksache 16/7809, über den in namentlicher Form abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 4)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium für Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der SPD. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind keine. Enthaltungen? - Das sind die FREIEN WÄHLER und das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist das so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 12 ist abgeschlossen. Wir machen jetzt Mittagspause. Es geht um 13.45 Uhr weiter, meine Damen und Herren.

(Unterbrechung von 13.14 bis 13.48 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ein herzliches Willkommen gilt denjenigen Kolleginnen und Kollegen, die nach der Mittagspause pünktlich wieder hier sind.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 15: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FW; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Mittel für die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts durch die Landkreise im Freistaat Bayern; (Kap. 12 04 neuer Tit.) (Drucksache 16/7809)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann			
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	68	93	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 15: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Susann Biedefeld u. a. SPD; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Begleitende Versorgungsforschung zum Modellversuch Darmkrebsscreening; (Kap. 12 08 TG 91) (Drucksache 16/8232)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun			X
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann			
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa			X
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	67	87	2

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 15

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Errichtung und Betrieb von Umweltstationen (Kap. 12 02 TG 74)
(Drs. 16/7797)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Vertragsnaturschutz, Erschwerenausgleich, Ausgleichszahlungen (Kap. 12 04 TG 72)
(Drs. 16/7798)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS (Kap. 12 08 TG 52)
(Drs. 16/7799)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Gesundheitshilfe, insbesondere Gesundheitsfürsorge und -vorsorge und Bekämpfung nicht übertragbarer Krankheiten (Kap. 12 08 TG 91)
(Drs. 16/7800)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogen-therapie in den bayerischen Justizvollzugsanstalten (Kap. 12 08 TG 92)
(Drs. 16/7801)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogen-therapie durch Prävention und Selbsthilfe (Kap. 12 08 TG 92)
(Drs. 16/7802)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Stefan Schuster u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für die Personalausgaben der staatlichen Veterinärverwaltung bei den Landrats-ämtern (Kap. 12 41 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7803)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse an Sonstige für den Bau von Abwasseranlagen (Kap. 12 77 Tit. 892 79)
(Drs. 16/7804)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Sonderprogramme für Uranfilter in der Trinkwasserbereitstellung (Kap. 12 77 neue TG)
(Drs. 16/7805)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Aufstockung des Etats für Umweltstationen (Kap. 12 02 Tit. 684 74)
(Drs. 16/7806)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Neuaufnahme der Mittel für die Vergabe eines jährlichen Energiepreises für Gemeinden (Kap. 12 03 neuer Tit.)
(Drs. 16/7807)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mittel zur Sicherstellung der Bayerischen Bio-diversitätsstrategie (Kap. 12 04 neuer Tit.)

- (Drs. 16/7808)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mittel für die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts durch die Landkreise im Freistaat Bayern (Kap. 12 04 neuer Tit.)
(Drs. 16/7809)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogen-
therapie
(Kap. 12 08 Tit. 531 92)
(Drs. 16/7810)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Stellen zur Futtermittelüberwachung
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
(Drs. 16/7811)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für die Futtermittelüberwachung
(Kap. 12 23 Tit. 632 01)
(Drs. 16/7812)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ausgleichszahlung für Bewirtschaftungseinschränkungen im Bereich der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 TG 82 neuer Tit.)
(Drs. 16/7813)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Maßnahmen auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit und des Strahlenschutzes
(Kap. 12 04 Tit. 547 74)
(Drs. 16/7814)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Hebammen stärken
(Kap. 12 08 TG 55)
(Drs. 16/7815)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Maßnahmen im Bereich gesundheitlicher Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen - Maßnahmen auf dem Gebiet „Zertifizierung und Qualitätskontrolle“
(Kap. 12 08 Tit. 547 62)
(Drs. 16/7816)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Suchtbekämpfung und Drogentherapie
(Kap. 12 08 TG 92)
(Drs. 16/7817)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Organspenden fördern
(Kap. 12 08 TG 93)
(Drs. 16/7818)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Versorgung psychisch kranker Menschen
(Kap. 12 08 neue TG)
(Drs. 16/7819)

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Niedrigschwellige Angebote zur Prävention von Essstörungen in Bayern (Kap. 12 08 neue TG) (Drs. 16/7820) 25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Gesundheitspersonal für das Thema Genitalverstümmelung sensibilisieren (Kap. 12 08 neue TG) (Drs. 16/7821) 26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Erweiterung des lufthygienischen Überwachungssystems (Kap. 12 09 Tit. 547 03) (Drs. 16/7822) 27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Kürzung der Unternehmerleistungen für Nationalparkmaßnahmen (Kap. 12 13 Tit. 542 02) (Drs. 16/7823) 28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: 7 Stellen für Laborassistentinnen und Laborassistenten im Bereich Futtermittelkontrolle beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (Kap. 12 23 Tit. 422 01) (Drs. 16/7824)	29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: 10 Stellen für Futtermittelkontrolleurinnen und Futtermittelkontrolleure beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (Kap. 12 23 Tit. 422 01) (Drs. 16/7825) 30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Erstattungen an Labore im Rahmen der Futtermittelüberwachung - Aufstockung des Budgets (Kap. 12 23 Tit. 632 01) (Drs. 16/7826) 31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Stellenplan bei der höheren Naturschutzbehörde (Kap. 12 31 Tit. 422 01) (Drs. 16/7827) 32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Keine Mittel für neue Wassererschließungen (Kap. 12 77 Tit. 784 77) (Drs. 16/7828) 33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (Kap. 12 82 neuer Tit.) (Drs. 16/7829)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Philipp Graf von und zu Lerchenfeld

Abg. Susann Biedefeld

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Tobias Thalhammer

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Manfred Pointner

Abg. Eike Hallitzky

Abg. Dr. Franz Xaver Kirschner

Abg. Karsten Klein

Staatsminister Georg Fahrenschon

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Haushaltsplan 2011/2012;

Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen

hierzu:

Änderungsantrag

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 16/7138)

und

Änderungsantrag

der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 16/7148)

und

Änderungsantrag

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/7151)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und dreißig Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Landesregierung kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat Graf von und zu Lerchenfeld das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Hohes Haus, sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatssekretär! Ich freue mich, dass das Interesse aller Kollegen auch am

ritten Tag der Haushaltsdebatte immer noch ungebrochen ist, wenngleich die Reihen noch etwas dünn besetzt sind.

(Heiterkeit)

Wir behandeln heute den Einzelplan 06 und damit einen typischen Verwaltungshaushalt, der vor allem durch Personalausgaben gekennzeichnet ist.

Ich möchte mich gleich zu Beginn beim Minister, beim Staatssekretär und bei den Mitarbeitern des Ministeriums ganz besonders herzlich dafür bedanken, dass sie bei der Aufstellung dieses Doppelhaushalts eine wirklich hervorragende Arbeit geleistet haben.

(Beifall bei der CSU)

Bei den Vorstellungen, die in den verschiedenen Ministerien geherrscht haben, und bei den Forderungen, die von allen Seiten gegenüber dem Finanzministerium erhoben wurden, war es sicherlich nicht leicht, einen Haushalt vorzulegen, der auf der einen Seite Schwerpunkte für die wichtigen Zukunftsaufgaben unseres Landes setzt, auf der anderen Seite aber auch wieder ohne neue Schulden auskommt.

Wie schon in den vergangenen Jahren schaffen wir es auch mit diesem Doppelhaushalt erneut, einen ausgeglichenen Haushalt zu beschließen. Dank einer vernünftigen, nachhaltigen Finanzpolitik in den Vorjahren konnten wir sogar in den beiden Krisenjahren, die wir hinter uns haben, einen ausgeglichenen Haushalt erreichen, weil wir in guten Jahren ausreichend Rücklagen aufgebaut haben. Genau das ist die Aufgabe, der wir uns jetzt, da uns die Konjunktur eventuell wieder etwas günstigere Steuereinnahmen beschert, wieder stellen müssen.

Es war und ist gerade die Stärke einer klugen Finanzpolitik in Bayern, dass wir in den Zeiten, in denen wir günstige Einnahmesituationen haben, Rücklagen für Krisenzeiten aufbauen. Die Haushaltspolitik in Bayern ist eben solide und nachhaltig.

Hohes Haus, verehrte Kolleginnen und Kollegen, natürlich können wir uns darüber freuen, dass das Wirtschaftswachstum in Bayern wieder erstarkt ist und wir wieder mit höheren Einnahmen des Staates rechnen können. Aber unsere Aufgabe muss es natürlich sein, uns für die kommenden Jahre zu wappnen. Denn auch wenn die Konjunktur derzeit durchaus erfreulich verläuft, so mehren sich doch die Anzeichen, dass die Katastrophe in Japan, die Krise im Nahen Osten und in den Staaten um das Mittelmeer tatsächlich Auswirkungen auch auf das Wirtschaftswachstum bei uns in Europa haben werden. Bedeutende Industriezweige melden bereits Lieferengpässe und Preissteigerungen bei fast allen Rohstoffen und Zuliefererteilen. Die guten Konjunkturaussichten können sich sehr schnell wieder eintrüben, und damit kann auch wieder ein deutlicher Rückgang bei den Staatseinnahmen drohen.

Heute wird wahrscheinlich die EZB aufgrund der Inflationsgefahren, die uns drohen, den Zinssatz anheben. Auch das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass wir nicht unbedingt nur mit ganz klaren Konjunkturaussichten rechnen dürfen.

Wir haben uns in den Beratungen mit den Kollegen der Opposition durchaus interessante Redegefechte geliefert. Ich möchte mich bei den Ausschussskollegen vor allem für die sachliche Auseinandersetzung und konstruktive Zusammenarbeit ganz herzlich bedanken. Es herrschte ein Klima einer vernünftigen Auseinandersetzung. Ein herzlicher Dank geht an die Kollegen der Opposition und natürlich auch an die Kollegen der FDP.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aufgrund der erfreulichen Einnahmesituation konnten wir noch einige Akzente im Doppelhaushalt setzen. Dazu zählt im Personalbereich die Rücknahme der geplanten Kürzung der Wegstreckenpauschale. Diese Kürzung hätte vor allem die Mitarbeiter der Finanzverwaltung im Außendienst getroffen, die als Prüfer letztlich dafür verantwortlich sind, die Einnahmen des Staates zu sichern. Ich habe mich sehr gefreut, dass sich die

Bayerische Finanzgewerkschaft bei den Mitgliedern des Bayerischen Landtags für diese Maßnahme ausdrücklich bedankt hat.

Ebenso haben wir die Streichung der Jubiläumszuwendungen zurückgenommen und die Absenkung der Eingangsbesoldung auf nunmehr 18 Monate gekürzt.

Wir können natürlich nicht alle Wünsche und Vorstellungen erfüllen; denn dann würden wir uns sehr schnell in die gleiche Gefahr begeben, in der sich jetzt Nordrhein-Westfalen befindet. Die dortige Regierung zeigt nicht die geringsten Anzeichen von Haushaltsdisziplin und versucht sogar nach dem vernichtenden Urteil durch das Verfassungsgericht noch immer, einen Haushalt mit unglaublich hohen Schulden vorzulegen, weil sie sich einfach nicht traut, eine vernünftige Ausgabendisziplin einzuhalten.

(Beifall bei der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Schwarz-Gelb hatte in Nordrhein-Westfalen eine Neuverschuldung von 6 Milliarden!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich bedauere ich es, dass wir in Bayern nicht in der Lage sind, den Versorgungsfonds wieder in voller Höhe aufzufüllen. Aber das entsprechende Gesetz gibt uns die Möglichkeit, außer bei einer Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts auch bei wichtigen Gründen auf die Zuführung zum Versorgungsfonds zu verzichten. Die Vermeidung neuer Schulden ist sicherlich Grund genug, in diesen beiden Jahren auf eine Zuführung zu verzichten; denn der Verfassungsgerichtshof in Nordrhein-Westfalen hat in seinem Urteil ausdrücklich festgestellt, dass die Zuführung zu Rücklagen bei gleichzeitiger Schuldenaufnahme nicht mit unseren Verfassungen übereinstimmt. Wir müssen uns natürlich darüber Gedanken machen, wie wir das in den nächsten Jahren entsprechend aufholen werden.

Sehr verehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Erfreulicherweise sind in der Finanzverwaltung derzeit 1.400 Anwärter und Anwärterinnen in der Ausbildung, und wir verstetigen die Zahl der Ausbildungen in diesem Doppelhaushalt. Pro Jahr werden circa 600 Anwärter und Anwärterinnen aufgenommen werden, damit auch eine vernünftige Personalentwicklung in der Finanzverwaltung stattfindet. Außerdem werden

circa 180 Stellenhebungen vorgenommen werden, und damit wird Platz für notwendige Beförderungen geschaffen.

Von der Opposition wird in schöner Regelmäßigkeit der Vorwurf erhoben, wir hätten zu wenig Betriebsprüfer.

(Christa Naaß (SPD): Der stimmt!)

Dabei, verehrte Kolleginnen und Kollegen, übersehen Sie vollständig, dass wir in Bayern sämtliche Steuerfälle prüfen, sowohl maschinell wie auch durch entsprechend gutes Personal in unseren Finanzämtern. Das durchschnittliche Mehrergebnis unserer 3.000 Betriebsprüfer in Bayern liegt mit 2,3 Millionen Euro pro Prüfer um 150 % über dem Bundesdurchschnitt. Das ist natürlich dem Umstand zu verdanken,

(Zuruf von der SPD)

dass alle Großbetriebe und alle Steuerpflichtigen mit hohen Einkommen vollständig und zeitlich lückenlos geprüft werden. Bayern liegt damit an der Spitze der Mehrergebnisse der Betriebsprüfungen in Deutschland, und die einfache Rechnung, die Sie immer wieder aufmachen, dass wir nur mehr Prüfer einstellen sollen und dann erhöhe sich das entsprechende Einkommen linear, stimmt so nicht; das ist eine Milchmäddenrechnung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

(Markus Rinderspacher (SPD): Sogar Ihr Finanzminister sagt, dass es so ist!)

Zu den guten Erfolgen unserer Prüfer trägt auch bei, dass wir in den vergangenen Jahren konsequent in die EDV-Ausstattung unserer Finanzämter investiert haben, wie wir das auch in diesem Doppelhaushalt wieder machen werden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen und von hier aus allen Mitarbeitern in der Finanzverwaltung von ganzem Herzen für ihren Einsatz danken; denn unsere Finanzverwaltung ist sowohl auf dem Gebiet der Steuererhebung wie auch auf dem Gebiet der Weiterentwicklung unseres Steuersystems führend in Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In meinen Dank möchte ich auch alle Mitarbeiter des Hohen Hauses und alle Mitarbeiter der Ministerien, die uns bei den Ausschussberatungen unterstützt haben, ganz besonders herzlich einschließen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn man so alle Änderungsanträge, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, vorgelegt haben, zusammenzählt, dann müssten wir den Doppelhaushalt noch einmal verdoppeln.

(Christa Naaß (SPD): Das stimmt doch gar nicht! Alles gegenfinanziert!)

Es wird deutlich erkennbar, dass Sie nach dem Motto leben "Spare in der Not, dann hast du Zeit dazu!" und nicht nach unserem Motto in Bayern: "Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!"

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Wir wollen auch mit diesem Doppelhaushalt wiederum nachweisen, dass wir eine nachhaltige Finanzpolitik betreiben

(Zuruf von den GRÜNEN: Aber die Einnahmeseite!)

in voller Verantwortung gegenüber den Generationen, die uns nachfolgen.

Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich, diesem Haushalt auch zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Sehr gut!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Lerchenfeld. - Als Nächste hat Frau Kollegin Susann Biedefeld das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Susann Biedefeld (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Hohes Haus, Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, Kollege Lerchenfeld, Herr Ministerpräsident, Herr Minister, Herr Staatssekretär! Kollege Lerchenfeld, es wird Sie nicht verwundern, dass wir das so nicht stehen lassen können, und wir haben das in den Haushaltsberatungen auch eindeutig aufgezeigt, insgesamt in den Beratungen zum Doppelhaushalts 2011/2012, aber auch speziell zu dem Einzelplan 06, zu dem Plan des Finanzministeriums.

Einseitig, ungerecht und unsozial - so sehen wir den Doppelhaushalt insgesamt, aber auch ganz speziell den Einzelplan 06, den des Finanzministeriums. Auszeichnungswürdig ist er wahrhaft nicht; einen Preis wird er ganz sicher nicht bekommen, weder der Doppelhaushalt und schon gar nicht der Einzelplan 06.

Und kommen Sie nicht mit Worten wie "Aufbruch Bayern" - das haben wir alles dargestellt, das wird auch heute noch mehrmals kommen: Es ist eher ein Abbruch Bayerns.

(Widerspruch bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Sie sehen natürlich immer nur die Ausgabensituation, aber nicht, dass man nicht nur kürzen und streichen muss, sondern dass es auch eine Möglichkeit gibt, die Einnahmen zu verbessern. Hier müssten Sie auch entsprechend Mittel einsetzen, um der eigentlichen Aufgabe, der Einnahmesituation Rechnung zu tragen, auch nachkommen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Wir hören immer die Worte "intelligente Haushaltspolitik". Dahinter machen wir ein dickes Fragezeichen. Wir hören die Worte "stete Finanzpolitik" - auch hier ein dickes Fragezeichen. Da brauchen Sie sich nur den Haushalt anzuschauen. Wie ist es mit den Ausgaben/Einnahmen in 2011, speziell den Ausgaben in 2011? Für 2012 ist zum Verhältnis Ausgaben/Einnahmen noch nichts angedeutet. Verabschieden wir hier einen Doppelhaushalt für zwei Haushaltsjahre oder für einen einzigen Haushalt? - Der

Haushaltsplan ist wirklich immer nur auf Interessens-, Klientelpolitik ausgerichtet, und zwar auch das, was Sie jetzt im Nachhinein an Verbesserungen auf den Tisch gelegt haben.

Und wieder kommen auch vom Kollegen Graf Lerchenfeld Worte wie "solide, nachhaltig, ohne Nettoneuverschuldung".

Ich frage mich nur und beantworten Sie mir doch ganz einfach die Frage: In welchen Haushaltsjahren - ganz konkret, Herr Kollege von und zu Lerchenfeld - haben die Staatseinnahmen die Staatsausgaben tatsächlich gedeckt? Wenn Sie mir diese Frage beantworten, dann können wir über die Frage diskutieren, ob Nettoneuverschuldung ja oder nein,

(Beifall bei der SPD)

bzw. ob die Haushaltspläne ohne Verschuldung auskommen.

(Zurufe von der CSU)

Alles Phrasen, alles Etikettenschwindel, alles Schönrederei, Schönrechnerei, nichts anderes!

(Zurufe von der CSU)

Die Steuerverwaltung ist am Rande der Funktionsfähigkeit, und dies haben nicht die Beschäftigten verschuldet. Ganz im Gegenteil, sie leisten hervorragende Arbeit,

(Beifall bei der SPD)

was auch in unseren Anfragen immer wieder bestätigt wird. Die Beschäftigten gerade in der Finanzverwaltung leisten hervorragende Arbeit. Sie arbeiten bis zum Anschlag. Schauen Sie sich an, wie dort die Krankheitsquote aussieht etc. etc., welche Arbeit dort geleistet wird! Wir waren als Arbeitskreis Haushalt der SPD-Landtagsfraktion zu vielen Finanzämtern in Bayern unterwegs, und uns wurde überall immer wieder die

gleiche Situation dargestellt: Wir haben nicht ausreichend Personal, gerade in der Steuerverwaltung auf Landesebene, aber auch in den Finanzämtern, um überhaupt die Einnahmeseite entsprechend zu verbessern, und dies geht zulasten unserer Beschäftigten.

Haben Sie schon einmal etwas gehört von der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers den Beschäftigten gegenüber oder auch dem Anrecht von Bürgerinnen und Bürgern, von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern auf Steuergerechtigkeit? Solche Worte sind Ihnen wohl fremd. Ihnen geht es nicht darum, die Einnahmesituation zu verbessern. Sie werben sogar damit, dass es im Freistaat Bayern keine Steuergerechtigkeit gibt. Mit den Prüfungsabschnitten von Unternehmen und selbstständigen Betrieben werben Sie. Von Steuergerechtigkeit gibt es hier wahrhaft keine Spur.

(Beifall bei der SPD)

Man könnte meinen, dass dieser Einzelplan 06 ein reiner Verwaltungshaushalt sei; denn 80 % der Ausgaben, also über 1,4 Milliarden Euro, sind im Personalsektor zu finden. Aber dem ist nicht so. In diesem Haushalt steckt, wie ich das schon kurz angedeutet habe, zumindest aus unserer Sicht sehr viel Explosionskraft.

Ich nenne ganz bewusst noch einmal die Steuergerechtigkeit. Diese ist für uns das A und das O. Solange wir das Potenzial des Geldes, das wir einnehmen könnten, nicht ausschöpfen, brauchen wir uns als Opposition nicht die Argumente anzuhören, dass kein Geld da sei und sich der Staat nicht in die Verschuldung stürzen dürfe. Kommen Sie erst einmal Ihren eigentlichen Aufgaben nach und sorgen Sie für eine bessere Einnahmesituation.

(Beifall bei der SPD)

Fragen Sie doch einmal die Kommunalpolitikerinnen und die Kommunalpolitiker im Land. Viele Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses sind in den Kommunen tätig. Fragen Sie einmal, was passiert, wenn bei der Bayerischen Staatsregierung Zuschüs-

se beantragt werden, um vor Ort Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Diese Anträge betreffen meistens das Finanzministerium. Dann wird erst einmal bei den Kommunen geprüft, ob sie alle Einnahmequellen ausgeschöpft haben. Vorher erhalten sie keine Förderung und keine Bezuschussung. Es wird geprüft, ob alle Kommunen ihre Straßenausbaubeitragssatzung umgesetzt und ihr Potenzial bei den Steuerhebesätzen ausgeschöpft haben.

Viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie die Vertreter des Gemeindetages, des Landkreistages und des Städtetages werden das bestätigen. So ist es. Herr Kollege Miller, Sie wissen das auch. Erst wird geprüft, ob die Kommunen ihr Einnahmepotenzial ausgeschöpft haben.

(Josef Miller (CSU): Das wollen wir doch!)

Wenn Sie das von den Kommunen erwarten, dann gehen Sie doch mit gutem Beispiel voran. Wir können von den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Bayern nicht erwarten, dass sie Vorgaben erfüllen, um Zuschüsse und Förderungen zu bekommen, während wir in diesem Hause das Einnahmepotenzial für den Freistaat Bayern nicht ausschöpfen.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde Ihnen das jetzt eindeutig aufzeigen. Wie sieht es in Bayern aus? Wir haben kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmenproblem. Wie sieht es mit den aktuellen Belastungen des Staatshaushalts durch CSU und FDP aus? Diese betreffen ganz speziell den Einzelplan 06. Unser Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher hat darauf beim Auftakt dieser Haushaltsberatungen bereits hingewiesen. Sie haben nicht für mehr Steuereinnahmen in Bayern gesorgt, sondern für das Gegenteil. Die Zinszahlungen für die Kapitalmaßnahmen der BayernLB belaufen sich auf 305 Millionen Euro. Das sind nur Zinszahlungen. Das muss man sich einmal überlegen. Insgesamt geht es um 10 Milliarden Euro. Sie sagen zwar, dass der Freistaat keine neuen Schulden aufnimmt; über Nacht mussten Sie aber 10 Milliarden Euro mehr Schulden aufnehmen

und haben damit unseren Schuldenstand um ein Drittel erhöht. Diese Zinsausgaben sind verantwortungslos. Diese Politik hat ausschließlich die CSU, haben ausschließlich die Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite dieses Hohen Hauses zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Nennen Sie einmal den Bürgerinnen und Bürgern draußen diese Zinszahlungen. 10 Milliarden Euro - das klingt immer so, als wenn das keine große Summe wäre. Man muss sich diese Zinszahlungen einmal ansehen und auf der anderen Seite unsere Haushaltsanträge, die Sie alle durch die Bank abgelehnt haben. Mit diesen Haushaltsanträgen wollten wir eine bessere Bildungspolitik und eine sozial gerechtere Politik in diesem Lande erreichen sowie eine gute Finanzausstattung unserer Kommunen. Sie haben all diese Anträge, egal zu welchem Thema, abgelehnt und gesagt, dafür sei kein Geld da. Sie sind aber dafür verantwortlich, dass wir in jedem Jahr einen Millionenbetrag an Zinsen zahlen. Dafür haben weder wir noch die Bürgerinnen und Bürger draußen im Lande Verständnis.

(Beifall bei der SPD)

Für den Ersatz der Zinsen und Dividenden für die Fonds der "Offensive Zukunft Bayern" wurden 29 Millionen Euro veranschlagt. Die Steuermindereinnahmen für den Freistaat Bayern durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz liegen bei 360 Millionen Euro. Bei den bayerischen Kommunen liegen die Steuermindereinnahmen durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz bei 126 Millionen Euro. Die Belastung beläuft sich allein für das Jahr 2010 auf 820 Millionen Euro. Sie sagen, es sei kein Geld da, betreiben aber auf Bundes- und Landesebene eine Politik, die dazu führt, dass Sie Anträge ablehnen müssen, die unserem Land gut tun würden. Diese Anträge wären gut für unsere Kinder und ihre Ausbildung, für viele Familien, für die Alleinstehenden und damit für unsere Zukunft.

Sie sagen immer wieder, die Opposition habe nur Forderungen gestellt. Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld hat sogar gesagt, dass in der Folge der Doppelhaushalt verdoppelt werden müsste. Das ist eine Unverschämtheit. Wir haben Ihnen unsere Argumente mehrfach dargelegt. Sie wollen sie nicht hören, sondern ignorieren sie einfach. Ich habe mehrfach die Vorschläge dargestellt, die die SPD eingebracht hat. Wir wollen Kürzungen bei Maßnahmen, die unserer Meinung nach nicht notwendig sind. Wir wollen eine Reduzierung der Ausstattung von Herrn Dr. Stoibers und Herrn Dr. Becksteins "Staatskanzlei", die Streichung der Nebenstaatskanzlei Zeil und die Privatisierung der Eon-Beteiligungen. Diesen Vorschlag haben Sie aufgegriffen, und ihn sich an Ihre Fahne geheftet. Wir haben die Streichung des Landeserziehungsgeldes vorgeschlagen. Wir haben die Rückforderung des zinslosen Darlehens an die Flughafen München GmbH gefordert. Wir haben eine lange Liste von Maßnahmen, die wir gestrichen oder bei denen wir Kürzungen vorgenommen hätten, um mit dem eingesparten Geld unsere Schwerpunkte zu realisieren.

Wahrscheinlich werden Sie heute wieder unseren Antrag ablehnen, zusätzliche Steuerfahnder und Betriebsprüfer einzustellen. Davon gehe ich aus. Sehen wir uns einmal die Situation an: Bayern ist nicht vorne. Bayern ist nicht Spitze. Bayern ist nicht die Nummer eins. Nicht nur die Finanzgewerkschaft, sondern auch der Oberste Rechnungshof bestätigt, dass Bayern beim Steuervollzug nicht vorne liegt, sondern das Schlusslicht ist. Beim Personal, das Einkommen- bzw. Körperschaftssteuerfälle zu bearbeiten hat, liegen wir im Vergleich mit allen Bundesländern auf dem 16. Platz.

(Christa Naaß (SPD): Wir sind das Schlusslicht!)

Bezüglich des Personalstandes der Betriebsprüfer liegen wir auf dem elften Platz. Wir sind in vielen Bereichen des Steuervollzugs und bei der Steuergerechtigkeit im Vergleich zu allen anderen Bundesländern in Deutschland das Schlusslicht. Beim Personal für die Umsatzsteuersonderprüfung bei Unternehmen belegen wir den 15. Platz. Auch hier sind wir das Schlusslicht. Hinsichtlich des Personalbedarfs im Vergleich zur Ist-Besetzung bei der Steuerprüfung belegen wir den 16. Platz. Das ist auch wieder

der letzte Platz. Alle anderen Bundesländer leisten sich nicht diesen Luxus, wichtige Einnahmequellen durch die Steuerfahndung oder Betriebsprüfungen in den Sand zu setzen oder diese nicht in Anspruch zu nehmen.

Wir fordern deshalb 500 zusätzliche Stellen für die Steuerprüfung, für die Betriebsprüfung und für die Umsatzsteuersonderprüfung. Wir haben diese klaren Forderungen dargestellt. Kommen Sie jetzt nicht mit dem Finanzausgleich. Wir haben nämlich ebenfalls dargestellt, welche Mittel des Finanzausgleichs trotzdem in Bayern blieben. Wir haben Ihnen das immer wieder vorgerechnet, und wir sind nicht allein. Auch eine Finanzgewerkschaft und ein Oberster Rechnungshof haben Ihnen das vorgerechnet. Sie wissen ganz genau, dass wir pro Jahr die Möglichkeit hätten, eine Milliarde Euro mehr einzunehmen. Sie wollen diese Möglichkeit jedoch nicht ausschöpfen.

Es gäbe eine ganze Reihe von weiteren Beispielen. Ich möchte nur auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Ankauf von Steuer-CDs verweisen. Auch diese Möglichkeit wurde in Bayern völlig vernachlässigt. Wir haben ein entsprechendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Wir schonen die Ganoven aber noch. Der kleine Steuerzahler und die kleine Steuerzahlerin müssen ihre Steuern pünktlich bezahlen. Sie führen diese Menschen an der Nase herum. Die Steuerkriminalität ist für Sie ein Kavaliersdelikt. Die CSU macht sogar den Weg für derartige Delikte frei. Sie lassen die Ganoven davonkommen, und hinterher wollen Sie den Menschen weis machen, dass für zusätzliche Lehrer, die Reparatur von Straßen oder für die Unterstützung der Kommunen kein Geld da sei. Diesen Haushalt tragen wir nicht mit, er ist verantwortungslos, er ist nicht ehrlich, er ist nicht solide, er ist nicht nachhaltig. Klare Ablehnung vonseiten der SPD-Landtagsfraktion.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Biedefeld, Herr Kollege Rinderspacher hat sich für eine Zwischenfrage oder eine Zwischenbemerkung gemeldet. Eine Zwischenfrage geht nicht mehr, weil die Redezeit zu Ende ist. Ich deute es des-

halb in Ihrem Sinne als Zwischenbemerkung um, damit Sie zu Wort kommen. Bitte schön, Herr Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. Frau Kollegin Biedefeld, vielen Dank, dass Sie noch einmal ausgeführt haben, welche Vorschläge tatsächlich existieren, um die Einnahmesituation in Bayern zu verbessern. Wir alle waren heute überrascht, dass ausgerechnet die FDP-Landesvorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger den Vorschlag gemacht hat, das Steuerprivileg für die Hoteliers zurückzunehmen. Wir erinnern uns, die schwarz-gelbe Koalition im Bund sagte, man müsse für die Hoteliers Verbesserungen herbeiführen mit der Folge, dass seit der Einführung dieses Steuerprivilegs bis zum Ende des Jahres 2012 im Haushalt des Freistaats Bayern und bei den Kommunen insgesamt 180 Millionen Euro fehlen. Nun sagt ausgerechnet die FDP-Vorsitzende: Dieses Steuergeschenk müssen wir zurücknehmen; in Zeiten einer schwierigen Haushaltslage sei es nicht wirklich darstellbar, und im Übrigen entspreche es nicht einer soliden Steuersystematik. Für wie glaubhaft halten Sie diesen Vorschlag? Halten Sie es tatsächlich für denkbar, dass Schwarz-Gelb in diesem Hohen Hause dem Vorschlag der FDP-Landesvorsitzenden folgt und dieses Steuerprivileg für die Hoteliers zurücknimmt?

(Beifall bei der SPD)

Susann Biedefeld (SPD): Herr Kollege Rinderspacher, Sie fragen, für wie glaubhaft ich das halte. - Ich halte dies für völlig unglaublich. Hier setzt sich eine unglaubliche Politik fort. Wir hatten dies schon beim Thema Steuersenkungen. Da wurde etwas von Union und FDP versprochen und das Versprechen dann gebrochen. Wir haben diese Unglaublichkeit auch beim Thema Energiepolitik, Ausstieg ja oder nein, wir haben sie bei der Frage der Abschaltung der Atomkraftwerke, wir haben sie im Hinblick auf die Restlaufzeiten. Union und FDP sind völlig unglaubwürdig. Genauso unglaublich sind sie, wenn es jetzt darum geht, dieses Mehrwertsteuergeschenk an die Hoteliers - wie gesagt, im bayerischen Staatshaushalt führt es zu Mindereinnahmen von 50 Millionen Euro pro Jahr - wieder zurückzunehmen. Ich bin sehr gespannt, wie sich die

FDP hierzu äußern wird, es war schließlich ihre Klientelpolitik. Die FDP betreibt auch hier im Hause Klientelpolitik. Ich wäre sehr dankbar, wenn das Steuergeschenk zurückgenommen würde, denn wir hätten dann jährlich 50 Millionen Euro mehr pro Jahr.

(Zurufe der Abgeordneten Brigitte Meyer (FDP) und des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

- Wenn Sie der Rückführung der Mehrwertsteuer zustimmten, dann bekäme Bayern pro Jahr mindestens, und das ist niedrig gegriffen, 50 Millionen Euro mehr Steuereinnahmen. Was könnten wir aufgrund dieser einen Maßnahme an Sinnvollem tun! Ich denke an die Bildungspolitik. Da haben Sie alle Anträge abgelehnt. Also deshalb, Herr Kollege Rinderspacher, sage ich: Ich halte diese Aussage für sehr unglaublich.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Biedefeld, Herr Kollege Thalhammer hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es sehr charmant und niedlich, wie Sie von der SPD sich hier die Bälle gegenseitig zu spielen. Ich habe aber auch eine Steilvorlage für uns, die FDP-Fraktion, gesehen, wenn hier die Themen Glaubwürdigkeit und Rechenkünste im Raum stehen. Da möchte ich gerne den Ball zurück ins Feld der SPD spielen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass auch die SPD die Forderung nach einer Herabsetzung der Mehrwertsteuer für Hoteliers in ihrem Wahlprogramm gehabt hat.

(Beifall und Unruhe bei der FDP)

Selbst führende SPD-Politiker, auch hier im Landtag, haben einen Brief nach Berlin geschrieben und sich persönlich dafür eingesetzt, dass diese Steuervergünstigung kommt. So viel zum Thema Glaubwürdigkeit, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir schon beim Thema Finanzen sind, dann möchte ich auch an Ihre Rechenkünste appellieren. Ich kann mich an einen Bundestagswahlkampf erinnern, bei dem eine Partei gesagt hat, die Mehrwertsteuer wird um 2 % erhöht. Damals hat die SPD gesagt, die Mehrwertsteuer wird überhaupt nicht erhöht.

(Unruhe bei der SPD)

Aus diesen Ankündigungen von 0 plus 2 wurde dann eine Mehrwertsteuererhöhung von 3 %. Soviel zu den Rechenkünsten und zur Glaubwürdigkeit der SPD.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Biedefeld, Sie haben das Wort.

Susann Biedefeld (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege Thalhammer, mit diesen Argumenten, die teilweise an den Haaren herbeigezogen sind,

(Lachen bei der FDP)

können Sie die Klientelpolitik, die sozial ungerechte Politik der FDP mit der Einschränkung von Steuern, mit dem Senken von Steuerabgaben und so weiter, nicht schönreden.

(Beifall bei der SPD)

Die Wählerinnen und Wähler haben Ihnen das bei den letzten Landtagswahlen auch deutlich gezeigt.

(Unruhe bei der FDP)

Ich gehe davon aus, dass das Wahlergebnis in Bayern auch nicht anders sein wird.
Zur Unglaubwürdigkeit! Messen Sie - -

(Unruhe bei der FDP - Glocke des Präsidenten)

Messen Sie eine SPD-Bundesregierung an ihren Taten und nicht an ihren Worten, denn Sie können uns nur an dem messen, was wir getan haben, als wir an der Regierung waren. Wir haben keine derartige Klientelpolitik betrieben. Während unserer Zeit an der Regierung haben wir den Hoteliers kein Mehrwertsteuergeschenk gemacht. Das waren Sie, nicht wir, auch wenn Sie es noch so oft sagen. Die Tatsache wird nicht anders. Sie betreiben eine unglaubhafte Politik. Wir werden Sie hier im Bayerischen Landtag und nicht bei irgendwelchen Landtags- oder Bundestagswahlen an Ihren Taten und nicht an Ihren Worten messen. Es nützt nichts, wenn Sie sagen: Wir würden gern mehr Geld für Bildungspolitik ausgeben, für soziale Leistungen oder für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen. - Sie tun es nicht! Hier fehlen die Taten. Das sind nur leere Versprechungen und Worthülsen.

(Tobias Thalhammer (FDP): 1.000 neue Lehrerstellen pro Jahr!)

Es ist nicht glaubhaft, was die FDP an den Tag legt.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Nun hat sich noch Herr Kollege Bachhuber zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, Frau Kollegin Biedefeld. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Bachhuber (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Frau Biedefeld, Sie sagen, die Argumente seien an den Haaren herbeigezogen. Dabei haben Sie mehr Haare als ich.

(Heiterkeit bei der CSU)

Susann Biedefeld (SPD): Gott sei Dank ist das so.

Martin Bachhuber (CSU): Um Ihrer Erinnerung etwas nachzuhelfen: Ich habe in der vergangenen Legislaturperiode diesem Hohen Haus noch nicht angehört. Aber am 18.01.2006 hat die SPD

(Markus Rinderspacher (SPD): Da gab es noch keine Finanzkrise und keine Landesbank! Das war eine ganz andere Haushaltslage!)

mit Drucksache 15/4595 eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes in Höhe von 7 % beantragt. Die GRÜNEN haben am 11.05.2009 Folgendes gesagt, ich zitiere Herrn Abgeordneten Runge wortwörtlich: "Wir, die grüne Landtagsfraktion, können diese Forderung nach bestem Wissen und Gewissen unterstützen." - Das war 2009. Was sagen Sie dazu, Frau Kollegin Biedefeld?

(Zurufe von der CSU: Bravo! Bravo! - Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin Biedefeld, Sie haben das Wort.

Susann Biedefeld (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege, die GRÜNEN werden sich dazu sicher selbst äußern. Sie haben die Jahreszahlen genannt. Schauen Sie sich an, wie das damals war. Es gab kein Landesbankdesaster in Bayern, das später ausschließlich Sie verursacht haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich sage es noch einmal: Mehrere 100 Millionen Euro werden jedes Jahr von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern allein für die Zinsen einer verantwortungslosen Politik aufgebracht, die Sie verursacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Es gab zu dieser Zeit auch noch nicht die Finanz- und Wirtschaftskrise, von der wir uns, Gott sei Dank, das meine ich wirklich, relativ gut erholt haben, und zwar so, dass wir jetzt mit Mehreinnahmen rechnen können.

(Unruhe bei der CSU)

Das wurde aber nicht aufgrund Ihrer Politik, sondern aufgrund der Arbeit der Menschen in diesem Land erreicht, die hier für mehr Wirtschaftskraft sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sorgen dafür, nicht die Politik der CSU hier in Bayern oder die Politik von Union und FDP auf Bundesebene.

(Allgemeine Unruhe)

Ich frage Sie noch einmal, vielleicht beantworten Sie mir diese Frage einmal: Warum nutzen Sie nicht die Möglichkeit, durch mehr Steuerfahnder, Steuerprüfer und Betriebsprüfungen mehr abzuschöpfen? - Eine Milliarde Euro pro Jahr! Und Sie sagen, das kann man nicht so hochaddieren; es wird lückenlos geprüft in Bayern. - Das stimmt nicht. Wir haben es überprüft. Auf Anfragen der SPD-Fraktion beim bayerischen Finanzministerium haben wir ganz andere Zahlen vorgelegt bekommen, Sie wollen sie aber nicht hören. Eine Milliarde Euro geht Bayern alljährlich verloren. Eine Milliarde, die in viele Maßnahmen fließen könnte. Es wurde aufgezeigt, Sie selbst haben es geschrieben, 2008 Mehrergebnis durch Sonderprüfer: 1,197 Milliarden Euro pro Jahr. Das Mehrergebnis eines Steuerfahnders: 740.000 Euro pro Jahr. Und Sie wollen Personal abbauen, Personal einsparen. Wir und die Finanzgewerkschaft fordern, bitte schön nicht hier in diesem Bereich. Wir können sogar die Pensionen der Beamtinnen und Beamten einrechnen. Es bleibt immer noch eine Milliarde mehr pro Jahr für den Haushalt übrig. Sie wollen aber diese Politik nicht. Ich sage es noch einmal: Die kleinen Steuerzahler abkassieren und die großen laufen lassen - das machen wir nicht mit!

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Biedefeld. Es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen mehr. Als nächster Redner hat Kollege Pointner das Wort. Herr Kollege, bitte schön.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Finanzminister, Herr Staatssekretär, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser Aufregung am Morgen wird es jetzt vielleicht ein wenig ruhiger. Ein bisschen Aufregung ist aber notwendig, damit der Kreislauf in Schwung kommt. Frau Biedefeld, Sie haben alle möglichen Themen angesprochen. Sie haben mich etwas in Verlegenheit gebracht, weil heute Nachmittag der Einzelplan 13 diskutiert wird. Dabei werden wir auch die Themen Landesbank und Flughafen ansprechen; denn die gehören dort hin. Man kann sie natürlich auch beim Einzelplan 06 ansprechen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 06 gehört mit einem Volumen von unter 1,8 Milliarden zu den scheinbar weniger bedeutenden Einzelplänen im Haushalt des Freistaates Bayern. Er ist aber der wichtigste von allen Einzelplänen, weil damit die Voraussetzungen geschaffen werden, dass bei den anderen Einzelplänen überhaupt etwas gemacht werden kann, etwas bewirkt werden kann, etwas geschaffen werden kann oder, kurz gesagt, dass das Geld, das über die Finanzbehörden hereinkommt, ausgegeben werden kann. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Steuer- und Finanzverwaltung sind dafür verantwortlich, dass unser Staatswesen überhaupt funktionieren kann. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Steuer- und Finanzverwaltung für ihre Arbeit bedanken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, der FDP und Abgeordneten der SPD)

Dabei werden die Rahmenbedingungen immer schwieriger. Die Steuergesetze werden trotz aller gegenteiligen Behauptungen nicht einfacher, und ständig kommen neue Bestimmungen auf den Markt. Von der Bierdeckelsteuererklärung, die ein CDU-Mann

einmal vorgeschlagen hat, sind wir weiter entfernt denn je. Hinzu kommen immer mehr Probleme bei der EDV in den einzelnen Finanzämtern.

Umso bedauerlicher ist, dass Sie, Herr Finanzminister, und die Staatsregierung offenbar dieser wichtigen Arbeit der Mitarbeiter in der Steuer- und Finanzverwaltung nicht den Stellenwert geben, den sie verdient. Trotz der Prüfungsfeststellungen und Mahnungen des Obersten Rechnungshofs - darauf wurde vorher schon eingegangen -, trotz der Tatsache, dass die Stellenausstattung in der Steuer- und Finanzverwaltung im Vergleich zu den anderen Bundesländern am unteren Ende liegt, weigern Sie sich beharrlich, hier wesentliche Verbesserungen durchzuführen, ganz im Gegenteil. Durch die Absenkung der Eingangsbesoldung um eine Stufe - -

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

- Ja, ja, das kommt schon noch. Sie müssen mich ausreden lassen.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt haben Sie mich durcheinandergebracht. - Durch die geplante Nullrunde und die Absenkung der Eingangsbesoldung sollen die Beamten Sparbeiträge leisten. Sie müssen Sparbeiträge leisten, weil die notwendigen Einnahmen nicht hereinkommen, da die notwendigen Stellen nicht da sind, damit die Leute tätig werden können. Sie müssen also auf der einen Seite durch Sparbeiträge die fehlenden Mittel aufbringen, weil man auf der anderen Seite etwas verschläft.

Die Wiederbesetzungssperre verschärft die Personalsituation bei den Finanzbehörden massiv. Eklatant ist das bei der Steuerprüfung, die im Vergleich zu anderen Bundesländern personell am schlechtesten ausgestattet ist. Auch das hat der Rechnungshof in den vergangenen Jahren immer wieder beanstandet. Man kann dahinter die Absicht vermuten, dass die Prüfungen bei den Unternehmen möglichst großzügig gehandhabt werden sollen; vielleicht soll das ein Standortvorteil für Bayern sein. Für den abhängig

Beschäftigten, dem die Lohnsteuer gleich von seinem Arbeitslohn abgezogen wird, ist das überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Die FREIEN WÄHLER haben für den Doppelhaushalt 2011/2012 je 250 Stellen für Anwärter in der Steuer- und Finanzverwaltung gefordert. Jede dieser Stellen würde sich im Laufe der Jahre x-fach amortisieren. Diese neuen Stellen würden auch der Überalterung in der Steuerverwaltung entgegenwirken. Nach unseren Erkenntnissen - das ist nichts Neues - liegt das Durchschnittsalter der dort Beschäftigten bei über 50 Jahren. Wenn die Steuer- und Finanzverwaltung über qualifizierte Ausbildungsstellen verfügen würde, hätte sie angesichts des doppelten Abiturjahrgangs die beste Chance, gute Leute zu gewinnen. Eines ist wohl klar: Der Konkurrenzkampf um die besten Köpfe bzw. um gute Schulabgänger wird in Zukunft angesichts des jetzt schon bestehenden Mangels an Auszubildenden immer härter werden. Der Finanzminister und die Staatsregierung haben eine für die Steuer- und Finanzverwaltung einmalige Chance vertan.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Trotz dieser schlechten Rahmenbedingungen sind die Steuern dank der wirtschaftlichen Entwicklung in Bayern wieder kräftig gestiegen. Einschließlich der Kompensationszahlungen für die Kfz-Steuer erreichten sie schon 2010 eine Höhe von fast 32,6 Milliarden. Nach der aktuellen Steuerschätzung könnte dieser Betrag auch 2011 erreicht, nach den Hochrechnungen nach dem 1. Quartal 2011 sogar übertroffen werden. Man kann aber die weitere wirtschaftliche Entwicklung nicht genau vorhersagen. Nach den Prognosen werden die Steuereinnahmen im Jahr 2012 eine Milliarde über denen des Jahres 2008 liegen. Im Jahr 2008 wurden in Bayern die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten erreicht.

Eines darf ich aber gleich sagen, ehe Sie, Herr Finanzminister, darauf eingehen: Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die von der schwarz-roten Bundesregierung beschlossenen Steuergesetzänderungen haben zwar einen kleinen An-

schub gegeben. Alle Experten sagen aber, dass von den Steuerermäßigungen circa 30 %, höchstens 50 % wieder in die Staatskassen fließen.

Die Zurückhaltung der Arbeitnehmer bei den Tarifverhandlungen und die positive Entwicklung des Exports, was sich wiederum auf die Binnennachfrage ausgewirkt hat, waren die entscheidenden Faktoren. Das will ich jetzt aber nicht vertiefen.

Noch ein Wort zur Gewerbesteuer: Herr Finanzminister, Sie haben in der letzten Haushaltsausschusssitzung angekündigt, dass Sie eine Änderung bei den Hinzurechnungen in der Gewerbesteuer anstreben; insbesondere die Einrechnung der Miet- und Pachtzahlungen in den Gewerbeertrag sei Ihnen ein Dorn im Auge. Wie Sie sicherlich wissen, wurden diese Hinzurechnungen vor allem wegen der Umgehungstatbestände eingeführt. Größere Unternehmen haben ihre Gewinne durch Miet- oder Konzessionsverträge an Mutterunternehmen weitergeleitet, die zum Beispiel im Ausland sitzen. Bis heute habe ich von Ihnen nichts dazu gehört, wie diese Umgehungen aufgefangen werden können. Wenn Sie die dann geringeren Steuereinnahmen der Kommunen durch einen Ausgleich über die Umsatzsteuer kompensieren wollen, übersehen Sie dabei völlig, dass dem Bund, den Ländern und den Kommunen insgesamt Steuereinnahmen entgehen.

Da stellt sich auch die Frage, wie denn die Umsatzsteuer als Ausgleich auf die Kommunen verteilt werden soll, ob das nun in einer Spitzabrechnung für die einzelnen Kommunen geschieht oder ganz pauschal. Ich bin mir aber jetzt schon dessen sicher, dass die Kommunen ihre Vorschläge ablehnen werden, weil die Kommunen die Erfahrung gemacht haben, dass sie bei Kompensationen für Steueränderungen hinterher immer schlechter dastehen als vorher.

Zur Steuerpolitik darf ich noch allgemein feststellen, dass die FREIEN WÄHLER den Abbau der sogenannten kalten Progression oder des Mittelstandsbauchs befürworten. Ich habe heute früh in der Zeitung gelesen, dass die FDP angesichts ihrer schlechten Umfragewerte dieses Thema wieder aufs Tapet bringt. Dafür müssten aber finanzielle

Spielräume beim Bund, den Ländern und den Kommunen bestehen. Derzeit verfügen die Kommunen aber nicht über diese Spielräume.

Zur Haushaltslage allgemein: Durch die Überschüsse im Jahr 2010 von etwa 2,2 Milliarden gegenüber den Haushaltsansätzen, von denen circa 1,8 Milliarden im Doppelhaushalt 2011/2012 eingesetzt wurden, verbleiben immer noch 400 Millionen, die offenbar der Rücklage zugeführt werden sollen. Das heißt also, dass Spielräume vorhanden sind.

Die weiteren 433 Millionen, die Sie durch die Rückzahlung aus dem Finanzausgleich und durch den Umsatzsteuerausgleich erhalten haben, haben Sie zum großen Teil dafür verwendet, dass Sie jetzt den Grundstock nicht belasten müssen. Wir halten dies grundsätzlich für richtig, denn die Entnahme von Geld aus dem Grundstock kommt einem Kredit gleich, weil es wieder zurückgezahlt werden muss.

Unter dem Strich bestehen für 2011 und 2012 durchaus Spielräume. Nicht richtig ist also das Argument, man müsste neue Schulden machen, wenn man dem einen oder anderen Antrag zustimmen würde, ganz gleich, in welcher Größenordnung er sich bewegt, ob bei 30.000 Euro oder im mehrstelligen Millionenbereich. Dieses Argument ist so nicht richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es wären durchaus Spielräume für die Bildung, für die Kommunen oder für den Ausgleich der gravierendsten Ungerechtigkeiten im öffentlichen Dienst vorhanden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Abschließend darf ich feststellen, dass diese Spielräume noch größer wären, wenn Sie, Herr Finanzminister, die Steuerverwaltung personell so ausstatten würden, dass sie möglichst alle geschuldeten Steuern hereinholen könnte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Eike Hallitzky das Wort.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie haben die Verantwortung und die Sorge dafür zu tragen, dass mit den Einnahmen ein transparenter, nachhaltiger und dauerhaft ausgeglichener Haushalt möglich ist. Dieser Aufgabe kommen Sie seit Jahren nicht nach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Als Erstes ist Ihre noch so oft behauptete Aussage falsch, der bayerische Staatshaushalt sei zum soundsovielten Male ununterbrochen ausgeglichen. Wenn man Lieschen Müller fragen würde, was ein ausgeglichener Haushalt ist, würde sie sagen: ein Jahr, in dem ich mit meinem Gehalt auskomme. So etwas hat es in Bayern in den Jahren 2006 und 2007 gegeben. In allen anderen Jahren musste der negative Saldo von Einnahmen und Ausgaben durch Rücklagen, Privatisierungserlöse und Ähnliches ausgeglichen werden. Lieschen Müller würde zu Recht in einem Jahr, in dem sie ihr Erbe verkaufen muss, um ihre Lebensmittel einkaufen zu können, nicht von einem ausgeglichenen Haushalt sprechen, der bayerische Finanzminister dagegen schon.

Die 10-Milliarden-Euro-Spritze, die zur Rettung der BayernLB notwendig war und mit der die Staatsschulden auf einen Schlag um ein Drittel anstiegen, ignoriert der bayerische Finanzminister mit seinem autosuggestiven Märchen vom immerwährend ausgeglichenen Haushalt völlig. Sie verschweigen damit vorsätzlich, dass Sie für die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler einen Milliarden Schaden angerichtet haben. Diesen hat doch wohl nicht die Opposition zu verantworten!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nachdem Sie dieses Märchen bei den Ausschussberatungen zum Besten gegeben haben, schreiben Sie sich bitte Folgendes ins Stammbuch: Nicht jener, der das Landesbankdesaster ans Licht gebracht hat, und nicht jener, der in den Plänen für die Zu-

kunft der Bank große Risiken für die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sieht, ist schuld an der verheerenden Lage der Bank. Schuld daran sind diejenigen, die die Schieflage geschaffen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Intransparenz, zur Generationengerechtigkeit und zum Versorgungsfonds: Die Staatsregierung will die Zuführung zum Versorgungsfonds in den kommenden Jahren aussetzen. Das Versorgungsrücklagengesetz lässt das gar nicht zu. Nach dem Versorgungsrücklagengesetz ist dies gesetzeswidrig. Hier steht das Haushaltsgesetz gegen das Versorgungsrücklagengesetz. In der mittelfristigen Finanzplanung wird sich die Aussetzung dieser Rückführungen in den nächsten Jahren auf 630 Millionen Euro aufaddieren. Das sind keine Peanuts, das ist eine massive Belastung der nachfolgenden Generation. Sie sparen auf Kosten unserer Kinder. Das ist nicht solide, das ist unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch auf der Einnahmenseite machen Sie Ihre Hausaufgaben nicht. Wir wissen alle, dass das Geld, das für die Gestaltung sämtlicher Politik in diesem Land benötigt wird, über den Einzelplan 06 beschafft oder nicht beschafft wird. Immer und immer wieder haben wir mit Beharrlichkeit darauf hingewiesen, dass es Ihre Aufgabe ist, durch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Finanzverwaltung Steuergerechtigkeit zu gewährleisten und die dem Staat zustehenden Einnahmen zu beschaffen. Dieser Aufgabe kommen Sie seit Jahren nicht nach.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Umso mehr will ich den Beschäftigten der Finanzverwaltung sehr herzlich für ihre gute Arbeit danken, die sie trotz zu geringer Personalausstattung und schlechter Beförderungssituation leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch zurück zu den Konsequenzen Ihrer Politik. Ihre Politik hat zur Folge, dass die Steuergerechtigkeit auf der Strecke bleibt. Es besteht eine große Gefahr für die Steuerehrlichkeit der bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Ihre Politik schafft den Nährboden für jene, die versuchen, ihre Gelder am Fiskus vorbei auf ausländische Konten zu schleusen. Dafür tragen Sie Verantwortung, Herr Finanzminister. Die Folgen Ihrer völlig unzureichenden Personalpolitik sind auch teuer. Die Ausfälle summieren sich auf bis zu 1 Milliarde Euro. Zusätzliche Personalkosten, die natürlich durch zusätzliche Beamte entstehen würden, würden ein Vielfaches in die Staatskasse einspielen. Natürlich wissen wir auch, dass der Grenzertrag jedes zusätzlichen Finanzbeamten abnimmt; dennoch steht fest, dass das Ergebnis Ihrer Politik der knappen Stellen einen massiven Verzicht auf staatliche Steuereinnahmen bedeutet.

Ich fordere Sie deshalb auf: Nehmen Sie endlich die Kritik des Obersten Rechnungshofes auf, dessen "bester Kunde" das bayerische Finanzministerium seit Jahren ist. Nehmen Sie endlich die vergleichenden Studien zwischen den einzelnen Bundesländern ernst, bei denen Bayern bei so ziemlich allen Kennziffern an letzter Stelle steht. Begreifen Sie endlich, dass das vom Kollegen Lerchenfeld genannte überdurchschnittliche Prüfergebnis je Prüfer ein Ausdruck von zu wenig Prüfern ist - alles andere würde ja bedeuten, dass die bayerische Finanzverwaltung völlig planlos prüfen würde, wenn jeder zusätzliche Beamte nur das durchschnittliche Prüfergebnis erreichen würde. Nehmen Sie endlich die Tatsache ernst, dass die Altersstruktur der Finanzbeamten problematisch ist. Nehmen Sie endlich wahr, dass Ihre alte Begründung, die wunderbare Welt der EDV würde alles regeln, an der Realität zerbricht, ganz davon abgesehen, dass auch die Finanzverwaltungen der anderen Bundesländer nicht mehr ausschließlich mit Lochkarten arbeiten. Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass die quantitativen und qualitativen Herausforderungen für die Finanzbeamten massiv gestiegen sind. Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass die Wiederbesetzungssperre in der Finanzverwaltung ein kostspieliger Unfug ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denken sie einmal darüber nach, ob es nicht Sinn machen würde, den bayerischen Finanzämtern Personal nach dem tatsächlichen Bedarf zuzuweisen. Zuvor müssen Sie dazu aber eine schon seit zehn Jahren fällige Personalbedarfsberechnung endlich durchführen. Das tun Sie doch deshalb nicht, damit Ihre Pressemitteilungen, wie gut die bayerische Steuerverwaltung aufgestellt sei, nicht an der Realität zerbrechen. Diese Pressemitteilungen klingen zwar wohlfeil, inhaltlich aber sind sie völlig frei erfunden. Solange Sie alle Ihre Pflichtaufgaben nicht erfüllen, solange werden die GRÜNEN Ihre Politik nicht mittragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur steuerpolitischen Geisterfahrt wurde schon einiges gesagt. Ich erinnere nur an einen einzigen Aspekt, über den wir in der Ausschussdebatte gesprochen haben. Sie wollten uns ernsthaft weismachen, man würde an unserer wirtschaftlichen Lage merken, wie toll das Wachstumsbeschleunigungsgesetz sei. Sie wollen mir doch nicht erzählen, dass die Steuergeschenke für die Hotelbesitzer die Erholung des vom Export getragenen Aufschwungs in Deutschland begründet haben. Mit solchen absurden Begründungen kommen Sie bei mir nicht an. Unverdrossen fordern Sie weitere Steuer-senkungen bei der Erbschaftsteuer, bei der Gewerbesteuer und bei der Einkommensteuer, obwohl Sie genau wissen, dass jedes Bundesland mit Ausnahme Sachsens einen negativen Finanzierungssaldo im Staatshaushalt hat. Hier fehlt die Redlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil das so ist, werden wir auch die Ansprüche der Beschäftigten im öffentlichen Dienst unterstützen. Es geht nicht zuvörderst darum - das ist bei jedem, glaube ich, angekommen -, ob die Beamtinnen und Beamten jetzt 1,5 % mehr bekommen oder nicht. Es geht um den mutwilligen Bruch der Regel "gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Das Sonderopfer der 42-Stunden-Woche für die Beamten haben Sie zurücknehmen müssen, weil es niemanden gab, dem Sie erklären konnten, warum die Beamtin am Schreibtisch, die das Gleiche tut wie der Angestellte gegenüber, länger arbeiten muss.

So können Sie auch das Sonderopfer der Nullrunde niemandem als gerecht verkaufen. Es ist und bleibt ungerecht. Wer sich mutwillig arm macht, wie es der bayerische Finanzminister mit dem bayerischen Staatshaushalt tut, wird nicht darauf zählen können, dass seine Beamtinnen und Beamten bereit sind, die Zeche dafür zu zahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, manche Ihrer steuerpolitischen Forderungen mögen durchaus richtig sein, so zum Beispiel die Forderung, den Mittelbereich der Steuerprogression etwas zu glätten und dort die Progression abzuschwächen, weil man durch steigende Durchschnittslöhne ohnehin in eine höhere Progression kommt. Das mag für sich begründet und richtig sein. Da der Staat jedoch kein Geld übrig hat, müssen alle diese Versprechungen und Ansätze solide gegenfinanziert werden, und zwar schon zum Zeitpunkt ihrer Forderung. Diese Unverantwortlichkeit müssen wir Ihnen vorwerfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was machen Sie stattdessen? Sie betreten die Bundesbühne als großer neuer Spiegelfechter.

Damit sind wir bei der Diskussion über den Länderfinanzausgleich. Der Finanzminister redet im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich von Solidarität und kündigt zugleich eine Verfassungsklage an. Der Länderfinanzausgleich ist ein einnahmebezogener Ausgleich. Der Versuch, mit der Aussage, die in Bremen finanzierten damit kostenlose Kindertagesstätten, Neid zu schüren, geht völlig an der Sache vorbei. Jedes Land kann über seine Ausgaben frei entscheiden. Das ist ein selbstverständliches Recht. Das würden wir auch erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die einen Länder investieren die Gelder in Bildung und die Energiewende, Sie machen Nachträge zum Straßenbau. Das ist die Realität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Länderfinanzausgleich ist nach einer Klage, die partiell erfolgreich war, nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes neu justiert worden. Es ist völlig unwahrscheinlich, dass eine weitere Verfassungsklage gegen dieses Verfassungsgerichtsurteil Erfolg haben könnte.

Im Übrigen sollten Sie zur Kenntnis nehmen, dass der Vorvorgänger von Ministerpräsident Kretschmann - "Ministerpräsident Kretschmann" hört sich gut an - Herr Oettinger, CDU, gewesen ist. Herr Oettinger hat als damaliger Vorsitzender der Föderalismuskommission zum Abschluss am 12. Juni 2006 im Bundesrat erklärt: Wir haben entschieden, dass der Länderfinanzausgleich so umgesetzt wird, wie er beschlossen worden ist.

Eine verklausulierte Einladung an die Nehmerländer zu Verhandlungen hat es erst am 27. Januar 2011 gegeben. Sie ist von den Ministerpräsidenten Seehofer und Bouffier unterzeichnet worden. Den dritten Namen müssen Sie sich nicht merken. Ministerpräsident Beck und der Bremer Bürgermeister Böhrnsen haben in ihrem Antwortschreiben völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass Sie die Monate zuvor nur heiße Luft verblasen haben, anstatt das Gespräch zu suchen. Vermutlich wissen Sie selber, dass Ihre Verfassungsklage-Rhetorik eine Luftnummer ist.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Hallitzky, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Eike Hallitzky (GRÜNE): Meine Redezeit beträgt nur noch 40 Sekunden. Ich schätze, eine Zwischenbemerkung wäre sinnvoller.

Selbstverständlich hätte Bayern ein Konzept zur Reform des Länderfinanzausgleichs schon längst vorlegen müssen, wenn es Ihnen ernst wäre. Der Länderfinanzausgleich ist in der Tat reformbedürftig. Konzepte von Ihnen gibt es jedoch nicht. Die GRÜNEN haben ein Konzept zur Vertikalisierung des Länderfinanzausgleichs vorgelegt. Sie

haben jedoch kein Konzept. Was Sie zum Länderfinanzausgleich produzieren, ist keine ernsthafte Politik, sondern eine Bierzeltnummer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen beinhaltet das alte Märchen vom ausgeglichenen Haushalt, die Verschiebung gewaltiger Lasten in die Zukunft, die dramatische Unterbesetzung und Überalterung in der Finanzverwaltung, das Sonderopfer für die Beamtinnen und Beamten, die steuerpolitische Geisterfahrt und die Konzeptlosigkeit beim Länderfinanzausgleich. Alle, die sich von guten Argumenten überzeugen lassen, werden den Einzelplan des Finanzministeriums deshalb gemeinsam mit uns ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Die Zwischenfrage wurde jetzt in eine Zwischenbemerkung umgewandelt. Herr Kollege Dr. Kirschner, Sie haben das Wort.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Herr Kollege Hallitzky, ich habe eine Frage zum Länderfinanzausgleich. Finden Sie den Länderfinanzausgleich, wie er derzeit vollzogen wird, richtig?

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das hat er doch schon gesagt!)

- Lassen Sie mich bitte ausreden. Ihren letzten Sätzen konnte ich entnehmen, dass Sie den Länderfinanzausgleich richtig finden. Was erwarten Sie von den sogenannten Nehmerländern, damit der Länderfinanzausgleich wieder tragfähig und gerecht wird?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Hallitzky, Sie haben das Wort.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Herr Kollege Dr. Kirschner, zunächst geht es um die Frage, ob die Verfassungsklage etwas bewirkt. Ich sage: Nein, die Verfassungsklage bewirkt nichts. Der jetzige Länderfinanzausgleich ist das Ergebnis des letzten Verfassungsgerichtsurteils.

Zur Beantwortung Ihrer zweiten Frage, ob der Länderfinanzausgleich gerecht ist, wäre eine Exegese des Grundgesetzes, das die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse vorschreibt, erforderlich. Klar ist, dass der Länderfinanzausgleich so nicht funktioniert. Der Länderfinanzausgleich funktioniert so nicht, weil es sowohl für die Geber- als auch für die Nehmerländer aufgrund der Umverteilungsmechanismen unrentabel ist, in die eigene Steuerverwaltung zu investieren. Das führt dazu, dass wir in Bayern in Sachen Steuerverwaltung zwar besonders schlimm dastehen, jedoch ist die Lage auch in den anderen Bundesländern so, dass es zu wenig Personal gibt. Allerdings ist die Lage nicht so schlimm wie in Bayern; Bayern ist ein Negativvorbild. Deswegen brauchen wir eine Änderung des Länderfinanzausgleichs. Das ist völlig richtig.

Eine Änderung des Länderfinanzausgleichs kann jedoch nicht mit einer Verfassungsklage erreicht werden. Das geht nur auf der Grundlage vernünftiger Verhandlungen, die bis zum Jahre 2019 ohnehin abgeschlossen sein müssen. Das Konzept der GRÜNEN sieht eine Vertikalisierung des Länderfinanzausgleichs vor. Ein Großteil des Länderfinanzausgleichs findet ohnehin nicht auf der horizontalen Ebene zwischen den Ländern statt, sondern ausgehend von der Bundesebene. Nachdem der Bund den grundsätzlichen Auftrag hat, für die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen zu sorgen, halten wir den Bundesgesetzgeber oder die Bundesebene für die richtige Instanz, um den Ausgleich zwischen den einzelnen Ländern zu vollziehen. Das ist unser Konzept, das wir noch weiter ausfeilen werden. Über solche Konzepte sollten wir reden und keine Schaumschlägerdebatten führen, wie wir vor dem Bundesverfassungsgericht klagen sollen. Und die Begründung, manche leisteten sich kostenlose Kindergartenplätze, geht sowieso an der Realität vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Kollege Karsten Klein das Wort.

Karsten Klein (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist der letzte Tag der Haushaltsdebatte zum Doppelhaushalt 2011/2012. Auf der Grundlage dessen, was ich in den letzten Tagen von der Opposition gehört habe, kann ich zusammenfassend feststellen: Sie haben keine Alternative zu unserem erfolgreichen Doppelhaushalt 2011/2012.

(Lachen bei der Opposition)

Sie haben keine Alternative zu einem Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt. Wir können trotzdem über eine Milliarde Euro in die Zukunft investieren. Dazu haben Sie auch keine Alternative.

(Beifall bei der FDP)

Die Argumente, die ich in den letzten Tagen bis zu dieser Minute aufmerksam verfolgt habe, sind es nicht wert, dass Sie einen Haushalt in diesem Parlament beschließen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Sie haben suggeriert, die Staatsregierung habe ihr Ziel eines ausgeglichenen Haushalts nicht erreicht, und habe irgendwelche Definitionen eines ausgeglichenen Haushalts vorgelegt. Ein Haushalt ist grundsätzlich immer ausgeglichen. Daran ändert sich auch nichts, wenn Herr Kollege Hallitzky etwas anderes empfindet. In einem ordentlichen Haushalt gleichen sich die Einnahmen und Ausgaben - so viel muss er als Volkswirt wissen - immer aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wichtig ist, dass wir einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen. Wir haben die gute Lage in Bayern dazu genutzt, um mit einem Betrag in Höhe von 100 Millionen Euro an den Stellen Verbesserungen vorzunehmen, an denen es drückt. In diesem Punkt unterscheiden wir uns von denjenigen Ländern, in denen Sie Regierungsverantwortung tragen. Wir müssen das Grundstockdarlehen im Jahre 2011 nicht in Anspruch nehmen. In den letzten Tagen wurde zu diesem Punkt von Herrn Kollegen Rinderspacher etwas Schattenboxen geübt. Lieber Kollege

Halbleib, den allergrößten Teil stecken wir in die Rücklagen. Nordrhein-Westfalen sollte sich ein Beispiel an der Haushaltspolitik der Bayerischen Staatsregierung und der Regierungskoalition im Bayerischen Landtag nehmen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir werden heute Mittag wahrscheinlich noch über das Personal diskutieren. Dazu möchte ich noch etwas sagen. Ich bin der Meinung, dass es nach der Rückführung der 42-Stunden-Woche, bei Beibehaltung der Altersteilzeit und der Anhebung der letzten Jahre durchaus vertretbar ist, im Jahre 2011 - ich betone: nur im Jahr 2011 - eine Nullrunde durchzuführen. Im Übrigen ist die Einkommensentwicklung in den letzten Jahren bei den normalen Lohngruppen negativ verlaufen. Im öffentlichen Dienst und bei den Beamtinnen und Beamten haben wir die Gehälter angehoben. Wir haben uns gegenläufig zu den Entwicklungen verhalten. Deshalb kann die Nullrunde durchaus begründet werden.

Ich möchte noch etwas zum Programm "Aufbruch Bayern" sagen. "Aufbruch Bayern" wird immer schlechtgeredet. Es gibt 66 Projekte in ganz Bayern. Ich gestehe Ihnen zu, dass Ihnen vier oder fünf Projekte nicht gefallen. Sie sollten genau erklären, an welchen Stellen Ihnen diese Projekte nicht gefallen. Das gesamte Programm "Aufbruch Bayern" schlechtzureden, ist unredlich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie kürzen doch!)

Die Projekte, die von Ihnen kritisiert werden, betragen noch nicht einmal 3 % der Gesamtsumme des gesamten Programms "Aufbruch Bayern". Sie stellen sich jedoch hier hin und verurteilen das gesamte Programm "Aufbruch Bayern". Das ist unredlich und unehrlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme jetzt zu einer grundsätzlichen Fragestellung. Leider habe ich nicht sehr viel Zeit; es sind nur noch sechs Minuten. Die Politik der CSU und der FDP und die des

Finanzministers Fahrenschon richtet die Ausgaben an den Einnahmen aus. Ich habe erfreut zur Kenntnis genommen, Frau Kollegin Biedefeld, dass es bei Ihnen umgekehrt ist. Sie richten die Einnahmen nach den Ausgaben aus. Es ist gut, das festzuhalten. Wahrscheinlich steht Bayern in Deutschland mit seiner Politik alleine, die Ausgaben nach den Einnahmen zu richten. Das wollte ich hier festhalten.

(Beifall bei der FDP - Susann Biedefeld (SPD): Wir würden gerne mehr einnehmen, um mehr ausgeben zu können! - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Dazu werde ich noch einiges sagen.

Da Sie ständig davon reden, wir würden schlechte Steuerpolitik machen, muss ich einige Vergleiche ziehen. Die Bundesregierung hat ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht. Das kritisieren Sie. Es freut mich, wenn Sie sagen, es wäre falsch, dass wir den Familien und dem Mittelstand Geld lassen und sie entscheiden können, was sie damit machen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist gut, wenn Sie das kritisieren. Wir finden, dass es der richtige Weg ist. Es ist schön, einen Unterschied darstellen zu können.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte Vergleichszahlen heranziehen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie können zwar sagen, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz nicht viel Wirkung entfaltet habe. Aber das Wirtschaftswachstum 2010 in der EU, das vergleichbar ist, zeigt, dass Deutschland ein Wachstum von 3,7 % hat, Frankreich 1,6 %, Spanien minus 0,2 %, Großbritannien 1,8 % und die USA minus 2,7 %. Alle westlichen Industriestaaten haben deutlich schlechter abgeschnitten. Das liegt am Engagement der Ar-

beitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber eben auch an dem Engagement der Bundesregierung und der Staatsregierung in Bayern.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Mehrfach wurde gesagt, der Aufbruch sei dem Engagement der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschuldet, was richtig ist. Aber auch die Arbeitgeber haben sich eingebracht. Es ist erstaunlich, dass Sie das nicht erwähnen. Die Arbeitgeber haben den Leuten in der Krise nicht gekündigt. Sie haben sich engagiert.

(Susann Biedefeld (SPD): Aber nicht die FDP!)

Es ist kein Zufall, dass Sie die Unternehmer nicht erwähnen, das geschieht bewusst,

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das ist Klientelpolitik!)

weil Sie den Sinn der Tarifgemeinschaften nicht sehen. Ihre Politik ist einseitig, unsere allumfassend.

(Beifall bei der FDP - Susann Biedefeld (SPD): Allumfassend verbohrt!)

Es ist schön, dass ich diesen Unterschied aufzeigen konnte.

Ich komme zu den Kürzungsvorschlägen, die Kollegin Biedefeld dargelegt hat. Über den Flughafen werden wir noch diskutieren. Sie haben politische Aussagen getroffen. Sie lehnen die Infrastrukturmaßnahmen ab, die für den Süden Bayerns enorm wichtig sind. Sie sagen zumindest hier im Landtag, dass Sie das Darlehen an die Flughafen GmbH zurückziehen möchten. Die Münchner denken wahrscheinlich anders. Wir wollen das nicht. Wir sind der Meinung, dass es sich um eine wichtige Infrastrukturmaßnahme handelt, und deshalb stehen wir zu diesem Darlehen. Daher ist Ihr Vorschlag zur Streichung nicht zu unterstützen.

(Susann Biedefeld (SPD): Das hat doch nichts mit der Rückzahlung der Darlehen an den Freistaat Bayern zu tun!)

Bezüglich der Steuer-CD führen Sie eine völlig unbegründete Neiddiskussion, weil in Bayern darüber nicht entschieden wird. Ich war mehrmals in Kontakt mit dem Finanzminister, um das abzu prüfen. Ich kenne die schwierige Lage.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was haben Sie denn gesagt?)

Die schwierige Lage ist unbestritten vorhanden.

(Susann Biedefeld (SPD): Warum haben es andere Länder gemacht? - Weil es Steuermehreinnahmen bringt! Dazu gibt es eine Auflistung!)

Die Koalition hatte nichts zu entscheiden, weil es nichts Nachhaltiges gab. Deshalb ist Ihr Vorwurf nicht richtig, wir hätten fahrlässig Geld verschwendet. Das ist nicht die Realität.

Ich möchte den Unterschied zwischen den Entscheidungen, die wir auf Bundes- und auf Landesebene und die Sie getroffen haben, darstellen. Zwischen 1990 und 1998 betrug das Wirtschaftswachstum 2,2 %. In den Jahren von 1999 bis 2005 unter Rot-Grün betrug es 1,2 %. Es hat sich also fast halbiert. Wenn das kein Ausdruck der erfolgreichen Wirtschafts- und Staatspolitik ist, weiß ich nicht, was noch gelten soll.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Deutschland war das wachstumsschwächste Land in ganz Europa. Die Arbeitslosigkeit lag bei 5 %. Die Neuverschuldung stieg von 29 Milliarden Euro auf 40 Milliarden Euro an. Und, und, und. Ich könnte Ihnen noch Vieles nennen.

(Susann Biedefeld (SPD): Reden wir über den Einzelplan 06?)

- Sie haben vorhin über Steuerpolitik fabuliert.

Die volkswirtschaftlichen Zahlen sprechen eine klare Sprache; sie besagen nämlich dass die Konzepte von Schwarz-Gelb die richtigen sind.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich am Ende kurz auf ein paar Schwerpunkte dieses Haushalts eingehen. Vor uns liegen größere Aufgaben. Die Spielbanken haben 2010 zum ersten Mal insgesamt einen negativen Abschluss abgeliefert. Die Tendenz zeigt, dass wir keine Verbesserungen erwarten können. Deshalb werden einige kleine Maßnahmen wie Personalveränderungen, Schließung von Räumen und Rouletteaustausch nicht ausreichen, sondern wir müssen uns grundsätzlich über unser Verhältnis zu den Spielbanken auseinandersetzen. Für die FDP-Fraktion sage ich ausdrücklich: Für uns ist der Erhalt einer Spielbank keine strukturpolitische Maßnahme im ländlichen Raum. Es gibt bessere Maßnahmen. Deshalb müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten an dieser Thematik arbeiten.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Wegen der Beteiligungen des Freistaats Bayern sehe ich Handlungsbedarf. Unsere Linie ist im Koalitionsvertrag niedergelegt. Der Staat engagiert sich nur dort, wo es nötig ist. Er hat andere Möglichkeiten, als eine Unternehmung mit 100 % oder mit 50 % zu halten. Er ist viel effektiver in dem, was er kann, nämlich über den Staatsapparat regulierend einzugreifen. Das bleibt ein Thema für die kommenden Monate.

Kollege von und zu Lerchenfeld hat zu Recht das Thema "IT" angesprochen. Es ist im Finanzministerium angesiedelt. Wir müssen unser Engagement und unsere Bestrebungen verstärken, weil auf Staatsseite Effizienzpotenziale zu heben sind. All diese Projekte müssen wir in Zukunft bearbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Klein, uns liegt eine Wortmeldung des Kollegen Hallitzky zu einer Zwischenbemerkung vor. Bitte schön, Herr Kollege.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Liebe Kollegen Klein und von Lerchenfeld, Sie haben über Nordrhein-Westfalen gesprochen. Bevor Sie beide und Ihre beiden Fraktionen den

ganzen Tag und die kommenden Nächte davon träumen, wie schön und heil die Welt in Nordrhein-Westfalen wäre, wenn nur die völlig zu Recht abgewählte und abgewirtschaftete schwarz-gelbe Koalition weiterregieren dürfte,

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Ihre Altstars gingen in der mittelfristigen Finanzplanung schon vor längerer Zeit von jährlichen Neuverschuldungsvolumina von 6,6 Milliarden Euro für die nächsten Jahre aus. Ihr ehemaliger Finanzminister Linssen, CDU, ging von noch höherer Verschuldung aus. Sie summierte sich für 2011 auf 7,6 Milliarden Euro und für 2012 auf 8,2 Milliarden Euro. Ihre großartigen schwarz-gelben Verfassungskläger ignorierten dabei auch noch, was rot-grün eingepreist hatte, nämlich die immensen Aufwendungen für die notwendigen Rückstellungen für die WestLB und die Kosten, die das Finanzdesaster der Kommunen in NRW verursacht. Damit lagen die Planungen von Schwarz-Gelb in NRW über den Summen, für die Sie gegen Rot-Grün vor das Verfassungsgericht gezogen sind.

Fazit: Wer am Ende seiner eigenen Regierungszeit mit Neuverschuldungsraten von weit über 8 Milliarden Euro plant und sich dann nach wenigen Monaten in der Opposition derart aufmandelt wie die CDU in NRW, hat jede politische Glaubwürdigkeit verspielt. Ganz davon abgesehen, haben CDU und FDP in NRW im Rahmen der Haushaltsberatungen zusätzlich kräftig gefordert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zeigen Sie also nicht mit dem Finger auf Länder, von denen Sie keine Ahnung haben. Nehmen Sie keine Kronzeugen, die nichts taugen, wie Schwarz-Gelb in NRW. Kehren Sie in Bayern vor Ihrer eigenen Haustür; damit haben Sie genug zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Klein, Sie haben das Wort.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Hallitzky, ich bedanke mich herzlich für diese Frage, weil sie mir zwei Minuten lang Gelegenheit gibt, über die Politik in Nordrhein-Westfalen etwas zu sagen.

Die mittelfristige Finanzplanung in Nordrhein-Westfalen mit 6,6 Milliarden Euro Neuverschuldung

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD) - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- hören Sie zu, Frau Noichl, damit Sie etwas lernen -

war unter der Planung von minus 5,8 % Wirtschaftswachstum. Die jetzt unter Rot-Grün zustande gekommene Neuverschuldung von 7,5 Milliarden Euro und jetzt 3,8 Milliarden Euro war beim Wirtschaftswachstum von 7,4 % plus. Der erste Unterschied zeigt sich in den Daten.

(Beifall bei der FDP)

Ich lese Ihnen vor, was Ihre Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein-Westfalen aus dem Füllhorn schütten: 100 Millionen Euro für die Abschaffung der Studiengebühren,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wunderbar!)

150 Millionen Euro für das kostenlose dritte Kindergartenjahr, 100 Millionen für zusätzliche Stellen für Lehrerumverteilung,

(Beifall bei der SPD)

240 Millionen Euro Personalkostenverstärkung, 100 Millionen Steuermehreinnahmen und - jetzt wird es besonders interessant - Versorgungsfondszurückführung: Da sind 278 Millionen Euro ausgesetzt und und und.

Wer behauptet, wir würden uns in NRW nicht auskennen, macht die Rechnung ohne den Wirt.

(Susann Biedefeld (SPD): 10 Milliarden Euro für die Landesbank!)

Deshalb weise ich Ihre Vorwürfe zurück, Herr Kollege Hallitzky. Aber ich bin davon ausgegangen, dass Sie wissen, dass ich mich in Nordrhein-Westfalen hervorragend auskenne. Ihr von Rot-Grün habt eure Aufgaben in Nordrhein-Westfalen nicht gelöst. Ihr habt Wahlgeschenke verteilt und die Lage verschärft. Damit vergeht ihr euch an der jungen Generation dort. Wir, Schwarz-Gelb, wollen das in Bayern verhindern. Deshalb werden wir alles dafür tun, dass Rot-Grün hier keine Verantwortung übernimmt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Klein. - Als Letzter hat nun Herr Staatsminister Fahrenschoen das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Georg Fahrenschoen (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte zum Einzelplan 06 hat sich ein Stück weit zur kleinen Generaldebatte entwickelt. Es ist mir wichtig, auf einige Punkte noch einmal einzugehen, weil hier insbesondere von Frau Kollegin Biedefeld und von Herrn Kollegen Hallitzky zur Strategie der Personalentwicklung und zu einzelnen Bereichen der Steuerpolitik Behauptungen in den Raum gestellt wurden, die so nicht stimmen.

(Zuruf von der CSU: Das ist immer so!)

Herr Kollege Hallitzky, ich lasse es Ihnen nicht durchgehen, dass Sie den Obersten Rechnungshof ins Feld führen, wenn es Ihnen passt, aber dessen Ausführungen zu Dingen, die Ihnen nicht passen, unter den Tisch fallen lassen. Der Oberste Rechnungshof lässt sich zu Recht dahingehend ein, dass wir dringend Initiativen zur Vereinfachung der Grundsteuer brauchen; denn damit könnten erhebliche Entlastungseffekte in der Finanzverwaltung erzielt werden. Das erwähnen Sie aber nicht, weil Sie zusammen mit der Finanzsenatorin, die Ihre Partei in Bremen stellt, in eine ganz andere Richtung unterwegs sind.

Es folgen einige Fakten zur Personalsituation in der bayerischen Steuerverwaltung. Frau Kollegin Biedefeld, Sie wissen, dass wir im Finanzministerium bzw. in der Finanzverwaltung jährlich eine detaillierte Personalverteilungsberechnung anstellen. Ihnen ist auch bekannt, was wir aus dieser Berechnung ableiten können: Der Arbeitsanfall in den Finanzkassen, den Bewertungsstellen, der Datenerfassung und den Schreibkanzleien geht zurück. Diesen Fakt unter den Tisch fallen zu lassen, ist nicht redlich.

Sie wissen darüber hinaus, dass wir uns in Bayern viel Mühe geben, den Anteil der elektronischen Einkommensteuererklärungen anzuheben. Wir in Bayern sind mittlerweile schon so weit, dass jede dritte Einkommensteuererklärung elektronisch abgegeben wird. Das entlastet die Finanzverwaltung auf breiter Front, weshalb wir auf diesem Weg weitergehen werden. Es geht nicht nur darum, die Steuern zu vereinfachen, sondern wir müssen es erreichen, dass in Deutschland, einem High-Tech-Land, den Steuerbürgerinnen und Steuerbürgern die Steuererklärung im Voraus ausgefüllt zur Verfügung gestellt wird, damit niemand mehr mit Zettelkästen arbeiten muss.

(Susann Biedefeld (SPD): Wo haben Sie denn etwas vereinfacht?)

Liebe Frau Biedefeld, es ist falsch, wenn Sie hier die These aufstellen, wir ließen die Großen laufen und würden die Kleinen kneifen. Das Gegenteil ist der Fall.

(Zuruf von der CSU: Alte Kamellen!)

In Bayern werden grundsätzlich alle Steuerfälle geprüft, auch maschinell. Wir setzen zu Recht auf IT. 90 % der Arbeitshandlungen in der bayerischen Steuerverwaltung werden durch EDV unterstützt. Wir würden uns zu Recht Vorwürfen aussetzen, wenn wir nicht auf EDV setzten. Wir leben nicht mehr im alten Jahrtausend. Auch Sie, Frau Biedefeld, drücken den Nagel nicht mehr mit dem Daumen in die Wand, sondern nehmen den Hammer. Deshalb setzen auch wir auf IT.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Susann Biedefeld (SPD): Darum geht es doch gar nicht! Beziehen Sie sich doch auf das Thema!)

Liebe Frau Biedefeld, die individuelle Prüfung erfolgt dort, wo sie notwendig ist. Die Großbetriebe und alle Steuerpflichtigen mit hohen Einkommen werden individuell geprüft. 80 % dessen, was wir in Bayern an zusätzlichen Steuern einnehmen, stammt aus der Prüfung der Großfälle. Die Betriebsprüfung ist tagtäglich unterwegs, bei den Großkonzernen ist sie ständig vor Ort. Machen Sie doch die Leute nicht kirre mit Ihrer Milchmädchenrechnung, eins plus eins sei drei. Das stimmt nicht. Wir setzen die Schwerpunkte richtig. Bei uns wird dort geprüft, wo Geld zu holen ist. Genau das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Susann Biedefeld (SPD): Wir sind da aber trotzdem Schlusslicht im Vergleich zu allen anderen Bundesländern!)

Liebe Frau Biedefeld, ich erkläre es Ihnen gern auch vor dem Plenum des Landtags: Die bayerische Finanzverwaltung ist deshalb so gut aufgestellt, weil dort motivierte und bestens ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind. Deshalb ist auch unser Mehrergebnis bei den Steuern so bemerkenswert. Wir setzen die richtigen Schwerpunkte. Pro Betriebsprüfer erwirtschaften wir in Bayern ein Mehrergebnis von 2,3 Millionen Euro; das entspricht über 150 % des deutschen Durchschnitts. Wenn Sie, Frau Biedefeld, in den Ländern, in denen Ihre Partei Verantwortung trägt, so arbeiten würden, wie wir Bayern es vormachen, wären wir in Deutschland besser unterwegs. Das ist die Wahrheit, und die muss auch ausgesprochen werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf von der CSU: Wir müssten nicht mehr so viel in den Finanzausgleich einzahlen! - Zuruf von der SPD: Wie viele Stellen sind denn tatsächlich nicht besetzt?)

Wir haben, was die Personalentwicklung angeht, bereits gehandelt.

(Susann Biedefeld (SPD): Wie viele Stellen sind denn tatsächlich nicht besetzt?)

- Liebe Frau Biedefeld, das ist das nächste Thema. Es ist verkehrt, in der Hochkonjunktur in den öffentlichen Dienst einzustellen. Wir haben in den öffentlichen Dienst

eingestellt, als die Wirtschaft eingebrochen ist. Den vergangenen Doppelhaushalt haben wir dazu genutzt, einen Beitrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu leisten. 500 neue Stellen sind angewiesen worden. Wir bilden 1.400 Anwärterinnen und Anwärter aus. In dem Moment, als es darauf ankam, musste der Staat in Vorlage gehen, das heißt, wir haben Personal aufgebaut und unsere Verwaltung auf Vordermann gebracht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das, was Sie vorschlagen, Frau Biedefeld, ist Wirtschafts- und Personalpolitik Marke Sozialdemokratie. Sie laufen dem Aufschwung hinterher und richten am Ende nichts mehr aus. Sie müssen gegen die wirtschaftliche Entwicklung arbeiten! Das haben wir in Bayern getan. Deshalb ist unser Ergebnis auch so, wie es sich heute darstellt. Wir sind schneller als andere aus der Krise herausgekommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich nenne konkrete Zahlen zur bayerischen Finanzverwaltung: Im Jahr 2011 werden aus den Anwärtern 501 neue, gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Finanzverwaltung; im Jahr 2012 werden es noch einmal 652 sein. Zeigen Sie mir ein Bundesland, in dem Sie von der SPD Verantwortung tragen, wo über 500 neue Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte in diesem oder im nächsten Jahr die Arbeit aufnehmen. Ein solches Land werden Sie nicht finden, liebe Frau Biedefeld.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf von der CSU: Das sind die schmerzhaften Fakten!)

Wenn wir schon dabei sind: Auch die Behauptung, das Durchschnittsalter in der bayerischen Steuerverwaltung liege bei über 50 Jahren, ist schlicht und einfach falsch. Wenn wir uns schon die Mühe machen, alle Ihre Fragen ordentlich zu bearbeiten, dann nehmen Sie die Zahlen wenigstens zur Kenntnis. Das Durchschnittsalter in der bayerischen Finanzverwaltung liegt unter 50 Jahren - wenn Sie es genau wissen wol-

len: zwischen 46 und 47 Jahren. Alle anderslautenden Behauptungen sind falsch. Wir haben Ihnen die richtigen Zahlen geliefert. Ich habe die große Bitte an Sie, im Plenum des Bayerischen Landtags die richtigen Zahlen vortragen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Biedefeld zu?

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Präsident, wir haben heute einen langen Tag mit vielen Debatten vor uns. Ich will meine Redezeit auch nicht ausschöpfen. Mir geht es nur darum, dass ich die Punkte, die hier falsch dargestellt worden sind, richtigstelle.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Susann Biedefeld (SPD): Ich wollte gern die Zahlen aus Ihrem Haus zitieren!)

Ich will der Kollegin Biedefeld darüber hinaus verdeutlichen, dass wir den Innendienst deshalb umbauen, weil wir die freigesetzten Personalkapazitäten für die Außenprüfung brauchen. Das ist unsere Strategie. Deshalb investieren wir in EDV. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konzentrieren sich dann noch stärker auf die Bereiche Veranlagung, Vollstreckung und Betriebsprüfung. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Innenarbeiten zurückgehen, weil wir dort durch EDV Entlastung schaffen. Damit können wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dorthin schicken, wo wir sie brauchen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür werben, dass auch andere Bundesländer den bayerischen Weg gehen. Wir würden uns einen großen Teil des Länderfinanzausgleichs sparen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Damit komme ich zum nächsten Punkt. Lieber Herr Kollege Hallitzky, wenn Sie schon den ORH-Bericht zitieren, dann zitieren Sie ihn bitte vollständig. Der ORH fordert in seinem Jahresbericht 2010 zu Recht, die überfällige Grundsteuerreform zügig voran-

zutreiben. Ziel müsse ein einfaches Verfahren sein, das nur niedrige Kosten verursacht und das vor allen Dingen von den Gemeinden selbstständig vollzogen werden kann. Das ist der Tenor der Prüfungsanmerkung des ORH.

Ich kann nur sagen: Bayern lehnt sich an diese Prüfungsanmerkungen an. Wir haben unser Konzept zur Reform der Grundsteuer vorgelegt. Aber gegen wen müssen wir argumentieren? Unser Konzept geht davon aus, dass wir für die Berechnung der Grundsteuer nur die Fläche des Grundstücks und die Art und Weise der Bebauung brauchen. Jede Gemeinde kann feststellen, wie groß das jeweilige Grundstück ist und wie es bebaut ist. Auf dieser Grundlage kann dann die Grundsteuer einfach errechnet werden. Unser Gegner sind die GRÜNEN. Unser Gegner ist Rot-Grün. Unser Gegner ist eine Steuerpolitik, die über die Ertragswertberechnung nicht nur die Grundsteuerberechnung verkompliziert, sondern am Ende auch die Grundlage für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer in Deutschland schaffen will. Dazu sage ich Ihnen: Eine Vermögensbesteuerung in Deutschland ist verkehrt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn Sie die Grundzüge der Grundsteuer nicht beschäftigen, dann sage ich Ihnen: Eine Vermögensteuer ist schon deshalb verkehrt - und ich bin als Finanzminister deshalb nicht bereit, sie in Bayern wieder einzuführen -, weil ihr Verwaltungsaufwand immer mehr gekostet hat, als sie eingebracht hat. Eine solche Steuerpolitik ist unsinnig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir brauchen jetzt Ihre Mithilfe. Darauf verlasse ich mich ein Stück weit; denn Sie haben den neuen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg angesprochen. Ich will es einmal sehen. Für mich ist es der Lackmustest der neuen Regierung von Baden-Württemberg, ob Grün-Rot dort die Interessen Baden-Württembergs vertritt und weiterhin an der Seite Bayerns und Hessens den Länderfinanzausgleich aufräumen will

oder ob die neue Regierung die Interessen Baden-Württembergs nicht vertritt. Wir werden es ja erleben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Damit komme ich zum letzten Punkt. Er ist genauso wichtig, aber hier werden immer wieder falsche Zahlen vorgetragen. Schon im letzten Jahr bin ich in der Generaldebatte darauf eingegangen. Schauen Sie sich das Wachstumsbeschleunigungsgesetz doch bitte einmal genau an, wenn Sie es schon strittig stellen. Erklären Sie uns doch einmal, ob Sie tatsächlich dagegen sind, dass 4 Milliarden der 8 Milliarden Euro Steuerentlastung, die für die Familien angesetzt sind, aus Ihrer Sicht nicht getragen werden sollen! Erklären Sie doch der deutschen Öffentlichkeit, dass Sie ein höheres Kindergeld zurücknehmen wollen! Erklären Sie doch den Menschen in Bayern, dass Sie die höhere Absetzbarkeit der Kinderförderung zurücknehmen wollen! Erklären Sie doch den Menschen in Deutschland, wenn Sie sich vor die Öffentlichkeit stellen, was in dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz drin ist, statt zu sagen, dieses Gesetz sei falsch! Drin ist Familienförderung. Drin ist Steuerentlastung für den Mittelstand. Drin sind notwendige Regelungen, die wir in den letzten zwei Jahren gebraucht haben, damit Arbeitslosigkeit nicht um sich greift. Aber da ist bei Rot-Grün Fehlanzeige.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Führen Sie doch die bayerische Öffentlichkeit nicht an der Nase herum, indem Sie im Grunde mit falschen Zahlen operieren. Sie nehmen die Steuerentlastung der Großen Koalition bei der Einkommensteuer, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Sonderausgabenabzug für Krankenversicherungsbeiträge und das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. In Wahrheit lohnt sich diese Initiative gerade für Bayern. Deshalb werde ich Ihnen in aller Kürze noch einmal die Zahlen für Bayern nennen.

Wir haben in den ersten hundert Tagen der christlich-liberalen Koalition in Berlin ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf den Weg gebracht, das Hotellerie und Gastronomie in etwa um eine Milliarde entlastet hat. Von der einen Milliarde Euro trägt der

Bund die Hälfte, weil die Hälfte der Steuerentlastung auf den Bund entfällt. Die andere Hälfte, knapp 500 Millionen Euro, tragen die Länder. Der Länderanteil Bayerns macht wiederum 15 % aus.

Als Ergebnis kann ich sagen: Der bayerische Staatshaushalt muss wegen der Wachstumsbeschleunigungsinitiative und der Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes auf 7 % im Jahr 2010 47 Millionen Euro tragen, im Jahr 2011 56 Millionen Euro und im Jahr 2012 nochmals 56 Millionen Euro. Das ist zwar eine Last, sie ist aber im Tourismusland Nummer eins richtig angelegt. Denn am Ende profitieren wir von dieser Konzeption. Die Zahlen des DEHOGA sagen klipp und klar: Die Unternehmen in Bayern, die im Übrigen für 350.000 Beschäftigte stehen und 15.500 Ausbildungsplätze freihalten, haben über das Dreifache investiert. Wir haben Steuern gesenkt, und die Unternehmen haben investiert!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Lieber Herr Rinderspacher - er ist nicht mehr da -, der Anteil der Kommunen an dieser Steuerpolitik fällt unter den Messfehler. Wir gehen davon aus, dass die Kommunen in Bayern - das ist nicht zu unterschätzen, aber wir können es noch nicht einmal abschätzen - eine Last tragen, die sich bei praeterpropter 2 Millionen Euro bewegt. Diese Last haben wir im kommunalen Finanzausgleich bei einer Stärkung um über 70 Millionen Euro kompensiert. Am Ende haben wir in Bayern, im Tourismusland Nummer eins, und in Deutschland eine Steuerpolitik umgesetzt, von der wir sagen können: Über drei Viertel der Steuerentlastung zahlen die Länder und der Bund gemeinsam. Wir profitieren durch Investitionen vor Ort.

Der bayerische Wirtschaftsminister geht von mehr als 100 Millionen Euro Investitionen in unsere Infrastruktur und in unser Tourismusangebot aus. Das ist Wirtschafts- und Steuerpolitik, die sich rechnet.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie wird in Bayern zu Erfolgen führen. Zahlen tun das die anderen Bundesländer. Deshalb glaube ich, dass wir mit dieser Regelung zufrieden sein können. Am Ende kann man sagen: Wir holen uns unser Geld über die Steuerpolitik zurück, und wir investieren in die Zukunft.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, ich darf Sie bitten, noch kurz am Redepult zu bleiben. Kollege Hallitzky hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Er hat das Wort.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Fahrenschon, ich habe zum ORH gesagt, dass Sie dort seit Jahr und Tag "bester Kunde" sind. Das stimmt. Ich hätte dazu jetzt ungefähr 20 Feststellungen des ORH aus den letzten Jahren zitieren können. Sie haben sich wahllos eine herausgegriffen. Aber ich habe überhaupt keine zitiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage etwas Inhaltliches zum Thema Grundsteuer. Sie wollen eine Besteuerung allein nach Fläche und Widmung. Dann erklären Sie bitte einmal den Leuten in Wunsiedel, warum in Hof in Oberfranken und in Starnberg die gleiche Grundsteuer für den Quadratmeter gezahlt werden soll, wenn es sich um Wohnbebauung handelt.

Die GRÜNEN haben Folgendes gesagt: Soziale und ökologische Maßstäbe müssen in die Grundlage, nicht alleine in die Hebesätze, einbezogen werden. Das ist doch eine völlig vernünftige Sache. Da müssen die Leute in Wunsiedel grundsätzlich weniger zahlen als in Starnberg. Starnberg kann sich niedrige Hebesätze leisten, Wunsiedel nicht. Denn die Höhe der Hebesätze hängt auch davon ab, was sich eine Gemeinde leisten kann.

Sie haben uns falsch zitiert. Sie sollten lieber den Leuten in Wunsiedel einmal erzählen, was an Ihrem Konzept gerecht sein soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe eben schon einmal etwas zu skizzieren versucht. Das will ich jetzt aber aufgeben. Ich bitte Sie einfach nur, sich die Dinge von der Verwaltung erklären zu lassen.

Was den abnehmenden Grenznutzen pro zusätzlichen Prüfer betrifft, so ist es doch völlig klar, dass dort, wo viel zu wenig Prüfer sind, ein hohes Ergebnis pro Prüfer festzustellen ist. Alles andere wäre überhaupt nicht erklärbar. Wenn Sie dies als Begründung für eine effiziente Finanzverwaltung anführen, dann ist das falsch. Denn diese Begründung ist lediglich ein Beleg für die zu geringe personelle Ausstattung der bayerischen Finanzverwaltung, sonst gar nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt will ich Sie, da ich noch sehr viel Zeit habe, mit einer Aussage konfrontieren, die Sie kurz zurückspiegeln können. Ich nehme Bezug auf die jüngste Haushaltsdebatte in Nordrhein-Westfalen. Die CDU forderte: Keine Kürzung der Verbundmasse! Fraktionsvorsitzender Laumann sagte: Die Mehrausgaben für die Kommunen sollten 650 Millionen Euro betragen. Die Landtagsfraktion beantragte Zinshilfen für die Kommunen; dafür sollten 300 bis 400 Millionen Euro bereitgestellt werden. Die Zuschusskürzungen für Flughäfen sollten zurückgenommen werden. Die schulpolitischen Leitlinien, die die CDU in NRW beschlossen hat, würden pro Haushalt 1,5 Milliarden Euro betragen.

Und da gehen Sie jetzt hin und sagen, Rot-Grün sollte sich Ihre schwarzen Brüder aus NRW als Vorbild nehmen. Dazu sage ich: Etwas Unsolideres als das, was Ihre Leute da veranstalten, gibt es überhaupt nicht. Deswegen sollten Sie sich nach wie vor hüten, zu behaupten, Schwarz-Gelb habe haushaltspolitisch irgendetwas besser gemacht als die GRÜNEN oder die SPD. Aber die Debatte aus NRW brauchen wir hier nicht zu führen. Der eingetretene Wechsel ist ein wichtiger Erfolg für das Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bevor Sie antworten, teile ich mit, dass noch zwei weitere Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen vorliegen.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herr Präsident, danke für diesen Hinweis. Ich will nur einen Punkt aufnehmen.

Lieber Herr Hallitzky, wissen Sie, was mich umtreibt? Sie regieren in Nordrhein-Westfalen gar nicht. Rot und Grün in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, regieren gar nicht. Rot und Grün sind in dem bevölkerungsreichsten Bundesland der Bundesrepublik Deutschland von den Stimmen von Kommunisten abhängig. Das treibt mich um.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir warten so lange, bis Sie sich beruhigt haben. Dann wird weiter geredet.

(Fortgesetzte Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Dr. Kirschner.

Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP): Verehrter Herr Staatsminister, wenn ich mir als Steuerberater die Debatte so anhöre, kriege ich Bauchschmerzen. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Normalerweise müsste ich jetzt Schmerzensgeld beantragen. Wenn man solchen Unsinn hört, Herr Hallitzky, dann ist man betroffen. Aber über die Sache und über die Theorie, die Sie in den Raum stellen, brauchen wir nicht zu diskutieren. Ich sage Ihnen eines: Sie kritisieren die Leistungsträger unserer Wirtschaft. Sie kriminalisieren die Menschen, die arbeiten und Steuern zahlen, mit Ihrem pauschalen Vorwurf, dass wir die Betriebsprüfungen nicht genügend ausweiteten.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Zur Sache. Sie sollten sich mehr damit beschäftigen, dass es eine Betriebsprüfungsordnung gibt, die ganz klar besagt, dass Großbetriebe ab vier Millionen Euro Umsatz - das sind wirklich keine großen Betriebe - aus der Sicht des Finanzamtes lückenlos geprüft werden. Das gilt bei uns ab einem Umsatz von vier Millionen Euro. Auch ein Mittelbetrieb wird in der Regel bei einem Umsatz von mehr als 250.000 Euro inzwischen lückenlos geprüft.

Zur Grundsteuer auch ein Wort, Herr Hallitzky. Es gibt wie bei der Gewerbesteuer einen Hebesatz. Deshalb sollten wir die Verantwortlichkeit durchaus in die Kommunen legen. Das wär's. Danke.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir haben noch eine Wortmeldung der Frau Kollegin Biedefeld für eine weitere Zwischenbemerkung. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Susann Biedefeld (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Staatsminister, ich möchte noch einmal auf das Personal zu sprechen kommen. Ich nehme Ihre Zahlen als Grundlage. Ich kann nicht nachvollziehen - im Haushaltsausschuss habe ich diese Frage auch schon gestellt -, wie Sie auf Dauer die Personalsituation verbessern wollen. Ich nehme Ihre Zahlen. Es geht uns als SPD-Landtagsfraktion um eine Verstetigung der Einstellungszahlen, um die Einnahmesituation entsprechend verbessern zu können.

Die Zahlen haben wir aus Ihrem Hause. Sie haben eben auch einmal erwähnt, was durch Betriebsprüfungen etc. an entsprechenden Einnahmen da ist.

Und nun die Zahlen: Vom Jahre 2011 bis zum Jahre 2020 erreichen 5.186 Beamtinnen und Beamte sowie 516 tariflich Beschäftigte das 65. Lebensjahr. Nun sehe ich mir im vorliegenden Doppelhaushalt und aus den letzten zwei Jahren die Einstellungssituation an. Da kann von Verstetigung keine Rede sein.

Sagen Sie doch bitte auch etwas dazu, dass trotz dieser 500 zusätzlichen Stellen - darunter sind auch Anwärterstellen - immer noch rund 1.000 Stellen im Vergleich mit der Zeit vor 15 Jahren fehlen.

Wir haben also nach wie vor einen massiven Personalmangel. Das geht zulasten der Beschäftigten und letzten Endes auch zulasten der Steuergerechtigkeit für alle Steuerzahler und Steuerzahlerinnen in Bayern.

Sie haben mir noch immer keine Antwort gegeben, wie Sie die Abgänge qua Pensionierung durch Verstetigung der Einstellungszahlen auffangen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Frau Biedefeld, ich kann es nur noch einmal sagen: Sie haben zwar die Zahlen vor Augen, sind aber nicht bereit, daraus die logischen Konsequenzen zu ziehen. Im Jahr 2008 hatten wir eine Anhebung der Anwärterzahlen auf über 600 und im Jahre 2009, also im Doppelhaushalt 2009/2010, gab es zusätzlich 500 Stellen. Wir haben momentan 1.400 Anwärter. Sie wissen - Sie setzen sich ja mit den Zahlen auseinander -, dass wir eine zweijährige bzw. dreijährige Ausbildungszeit haben. Im Jahre 2011 treten 500 neu ausgebildete Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte ihren Dienst an und im Jahre 2012 sind es 652. Das heißt, wir haben genau die Größenordnung, die wir brauchen. Die von Ihnen zitierten 5.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand treten, müssen im Grunde jährlich mit etwa 600 neuen Bearbeiterinnen und Bearbeitern, die aus der Ausbildung herauskommen, kompensiert werden. Im Übrigen wissen Sie, dass die bayerische Finanzverwaltung darauf ausgerichtet ist - das ist unser erklärtes Ziel -, jedes Jahr 600 Anwärterinnen und Anwärter auszubilden und in der Finanzverwaltung einzusetzen.

Wenn ich nun eins und eins zusammenzähle, dann habe ich bei 10 mal 600 Anwärtern jährlich insgesamt 6.000. Das kompensiert die 5.700 Mitarbeiter, die sich absehbar in den Ruhestand verabschieden. Wir konzentrieren uns darauf, die Ausbildung kontinuierlich fortzuführen und achten darauf, über den Einsatz von EDV und durch Veränderungen in der Steuerpolitik zu unseren Gunsten unsere Steuerverwaltung weiter auf Vordermann zu halten, damit sie auch in Zukunft den Beitrag leistet, den wir über den Länderfinanzausgleich in weiten Teilen der Bundesrepublik mitzutragen haben.

(Beifall bei der CSU - Susann Biedefeld (SPD): Die Senkung der 42-Stunden-Woche und die Hebung der Eingangsbesoldung haben Sie bei Ihrer Berechnung nicht berücksichtigt!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke sehr, Herr Staatsminister. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplanes 2011/2012, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7138, 16/7148 und 16/7151 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7327 zugrunde.

Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 06 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. - Die Kollegin Pauli ist nicht da. Ich habe immer ein Augenmerk darauf, ob sie anwesend ist,

(Heiterkeit)

damit sie im Protokoll nicht vergessen wird.

(Alexander König (CSU): Nur deshalb! Ist ja klar!)

Damit ist der Einzelplan 06 angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7138, 16/7148 und 16/7151 als erledigt.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplanes vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Dann ist dies bei einigen Enthaltungen bei den FREIEN WÄHLERN und bei den GRÜNEN so beschlossen. Die Beratung des Einzelplanes 06 ist damit abgeschlossen.



Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Georg Winter

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Harald Güller

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Manfred Pointner

Abg. Claudia Stamm

Abg. Prof. Dr. Georg Barfuß

Abg. Dr. Gabriele Pauli

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Erika Görlich

Abg. Peter Meyer

Abg. Christine Kamm

Abg. Karsten Klein

Staatsminister Georg Fahrenschon

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 17, 18 und 19 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011)

(Drs. 16/6879)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 16/7835),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 16/7836 mit 16/7838),

Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/7839)

und

Haushaltsplan 2011/2012;

Einzelplan 13 - Allgemeine Finanzverwaltung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7893 mit 16/7912),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7913 mit 16/7926),

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7927 mit 16/7934)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die

Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012) (Drs. 16/6880)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 16/7840),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7841 mit 16/7844),

Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/7845)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 45 Minuten, auf die SPD-Fraktion 28 Minuten, auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 21 Minuten und auf die FDP-Fraktion 20 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich wie bisher an der Redezeit der stärksten Fraktion. Deshalb kann sie bis zu 45 Minuten sprechen, ohne dass sich die Redezeit verlängert. Außerdem hat der Ältestenrat auf Antrag der Kollegin Dr. Pauli beschlossen, ihr zu diesem Tagesordnungspunkt eine Redezeit von sieben Minuten einzuräumen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass beantragt worden ist, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7904, 16/7906, 16/7909, 16/7910, 16/7921, 16/7934 und 16/7840 einzeln und natürlich in namentlicher Form abstimmen zu lassen.

Nun eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Als erster Redner hat sich für die CSU-Fraktion Herr Kollege Georg Winter gemeldet.

Georg Winter (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Als Erstes möchte ich den Mitgliedern des Haushaltsausschusses danken. Verehrte Kolleginnen, werte Kollegen, ich danke Ihnen dafür, dass Sie mit einer starken Präsenz, einer engagierten Mitarbeit und einer intensiven Sachdiskussion die Beratungen und Bemühungen um einen guten Haushalt so aktiv unterstützt haben. Dafür ganz herzlichen Dank. Namentlich darf ich meinen Stellvertreter, Herrn Kollegen Halb-

leib, nennen und ihm für die überaus gute Zusammenarbeit und das gute Klima im Ausschuss danken.

(Allgemeiner Beifall)

Schon Max Weber sagte, Politik bedeutet ein starkes, langsames Durchbohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß. Wenn man Haushaltspolitik betreibt, kann man dies gelegentlich erfahren, insbesondere dann, wenn man sich mit so umfangreichen Themen, Akten, zwei Gesetzen, einem Änderungsgesetz zur Schulfinanzierung, 350 Änderungsanträgen und einer ganzen Palette von Eingaben zu befassen hat. Wenn ich mich richtig erinnere, gab es allein zum Thema Privatschulen und Montessori-Schulen über 6.000 Eingaben. Da ist eine ganze Menge an Arbeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausschussbüro, im Landtagsamt und natürlich auch in den Ministerien angefallen. Dafür sage ich herzlichen Dank.

Ich danke den Kabinettsmitgliedern, dass sie bei den Beratungen immer präsent waren. Ganz besonders gilt der Dank Ihnen, Herr Staatsminister Fahrenschon, und Ihnen, Herr Staatssekretär Pschierer, und den Damen und Herren Ihres Hauses. Wegen Fukushima und bestimmter anderer Anlässe kamen wir am Schluss sehr in Zeitnot, sodass sich alles zusammengeschoben und gedrängt hat. Trotzdem haben die Nerven bei allen mitgemacht. Wir haben es gut hinbekommen. Dafür noch einmal ganz herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Inhalt dieses Haushalts. Man kann ihm viele Überschriften geben. Heute morgen habe ich gesagt, es ist gelungen, eine Balance zu finden und damit den großen Herausforderungen unserer Zeit, die mit den Themen Bildung, Wissenschaft und Familie überschrieben sind, gerecht zu werden, in die Zukunft zu investieren und trotzdem ganz solide zu bleiben, wenn es darum geht, wie wir die Verantwortung für künftige Generationen sehen. Wir wollen keine neuen Schulden machen.

Einige Kernbotschaften dieses Haushalts: Keine neuen Schulden zu machen, ist für uns in Bayern, für die Staatsregierung und für die sie tragende Koalition ein Markenzeichen geworden. Auch die Oppositionsfraktionen haben im Vorfeld erklärt, dass es ihr Interesse sei, keine neuen Schulden zu machen, wenn ich dies richtig in Erinnerung habe. Deshalb gehört zu den Kernbotschaften die Aussage: Es gibt in diesem Haushalt keine Neuverschuldung. Wir haben sehr darauf geachtet, dass es ein echt ausgeglichener Haushalt wird, um der Opposition gleich ein Argument wegzunehmen. Wir haben 2011 auf innere Darlehen verzichtet. Nachdem es uns wieder besser ging, war es uns auch wichtig, die Rücklagen zu schonen. Es war 2009 und 2010 unumstritten, dass wir stark in die Rücklage greifen müssen. Niemand hat sich darüber beschwert. Jeder war froh, dass wir anschieben konnten, dass die Konjunktur wieder lief und wir eine Zehn-Prozent-Marge beim Haushalt 2009/2010 erreicht hatten. Wenn es jetzt aber wieder besser wird, müssen wir wieder darauf achten, dass nicht alles, was eingeht, sofort wieder ausgegeben wird. Deswegen haben wir die Steuermehreinnahmen von rund 560 Millionen Euro vom Dezember 2010 voll in die Rücklage eingestellt.

Sie kennen unsere drei Bestmarken; wir haben sie einhalten können. Wir haben unter den alten Ländern mit 12,1 % die höchste Investitionsquote. Wir haben die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer. Wir haben die geringste Zinslast aller Bundesländer. Diese drei Bestmarken kennzeichnen auch den Haushalt 2011.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Damit verbunden ist die Tatsache, dass wir mehr Gestaltungsspielraum haben. Ich möchte Ihnen am Beispiel Nordrhein-Westfalens, das sich in den letzten Wochen und Monaten ein bisschen in die Schlagzeilen gedrängt hat, die Situation darlegen. Die Arbeitslosigkeit ist in Nordrhein-Westfalen doppelt so hoch wie bei uns.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Rüttgers Club!)

Auch bei der Investitionsquote, für die sich in den letzten Tagen auch die SPD interessiert hat, gibt es einen interessanten Vergleich. Bei uns in Bayern werden pro Kopf

400 Euro investiert, in Nordrhein-Westfalen sind es 285 Euro. Wir machen keine neuen Schulden. Nordrhein-Westfalen legt 7,1 Milliarden auf einen hohen Schuldenberg von über 130 Milliarden Euro drauf. Die Zinsquote ist in Nordrhein-Westfalen dreimal so hoch wie in Bayern. Die Gesamtschulden betragen das Vierfache. Ich hoffe, dass wir in Bayern diese Werte nie erreichen. Doppelte Arbeitslosigkeit, dreifaches Zinsniveau und vierfache Schuldenquote sind für uns keine Vorbilder, sondern die Bestätigung, dass wir bei Solidität, Verlässlichkeit und Kontinuität bleiben müssen, damit wir auch Perspektiven geben können und ein attraktives Land für Unternehmer, Arbeitnehmer und für unsere Mitbürger und Gäste bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Jetzt komme ich zum Thema Zukunft. Was sind Investitionen? Was bedeutet Zukunft? Diese Fragen stellen sich. Für Kinder, Familien, Bildung, Wissenschaft und Forschung stellen wir in diesem Haushalt 17,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist eine Summe, die sich sehen lassen kann. Ich bedanke mich herzlich bei allen, die dabei mitgeholfen und mit dazu beigetragen haben, andere Forderungen abzuwehren, damit diese Mittel hierfür bereitgestellt werden können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was haben wir im Haushaltsausschuss gemacht? Wir haben nicht nur Anträge abgelehnt, sondern uns die Mühe gemacht, zwischen diesen abzuwägen. Bei den Haushaltsberatungen war es ganz besonders wichtig darauf zu achten, dass wir unser Sparziel nicht verfehlen. Aus den Reihen der Opposition kamen viele Anträge. Aus diesem Grund haben wir wichtige Investitionsanträge zurückgestellt und am Schluss im Rahmen des Einzelplans 13 noch einmal aufgerufen, um eine Gesamtbetrachtung anzustellen und festzulegen, was wir umsetzen können.

Als Ergebnis der Beratungen konnten wir für den Doppelhaushalt 2011/2012 zusätzlich über 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Ich möchte dazu einige Stichworte nennen: Der Schulgeldersatz wird auf 87,5 Euro pro Monat erhöht. Dafür werden in

den beiden Haushaltsjahren 18 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Kirchenbaumittel für beide Konfessionen, evangelisch und katholisch, kommen aufgrund unserer Erhöhung von 2,1 Millionen Euro auf ein überdurchschnittliches Niveau von 8 Millionen Euro.

Wir haben uns intensiv mit der Pauschalierung der Sachkosten bei den Privatschulen beschäftigt. Wir danken dem Kultusministerium, dass es auf unsere Änderungswünsche flexibel reagiert hat. Wir konnten die Pauschale je Schüler und Jahr von ursprünglich 1.510 Euro auf 1.624 Euro erhöhen. Des Weiteren haben wir den Zeitraum der Anpassung der Spitzenwerte von fünf auf acht Jahre verlängert. Die Kosten bewegen sich bei den Privatschulen, die völlig unterschiedlich strukturiert und organisiert sind, zwischen 1.000 und 3.000 Euro pro Schüler und Jahr. Herr Kollege Klein, wir haben gemeinsam in der Revisionsklausel festgehalten, dass wir bei der Miete differenzieren wollen. Privatschulen, die Mieter sind, bekommen keine Baukostenzuschüsse und sind ausschließlich auf die Pauschale angewiesen. Wir wollen schon nach dem ersten Schuljahr mit der Überprüfung beginnen, damit wir rechtzeitig nachkorrigieren können.

Uns war es wichtig, das Hin und Her bei den Schülerinnen und Schülern, die eine Altenpflegeschule besuchen, zu beenden. Im letzten Jahr hat der Schulgeldausgleich erst 200 und dann 100 Euro betragen. Der Haushaltsausschuss hat beschlossen, dass der Schulgeldausgleich in Höhe von 150 Euro beibehalten wird, bis es zu einer Neuregelung kommt. Damit können die Träger dieser Schulen sicher kalkulieren. An dieser Stelle bedanke ich mich ebenfalls für den einstimmigen Beschluss.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Staatsminister, für die Wissenschaft und die Denkmalpflege sind wir immer aufgeschlossen. Deshalb gibt es dafür eine Million Euro mehr. Für die Staatsbibliotheken stellen wir eine halbe Million Euro zusätzlich zur Verfügung. Sie und wir alle haben registriert, dass dahinter ein sehr qualifiziertes Handwerk steckt, das Kontinuität benö-

tigt. Wir wollten die erfahrenen Handwerker nicht im Stich lassen. Deshalb hat es eine Fortschreibung gegeben. Dieses Geld kommt gut an. Im Hinblick auf den Nachtragshaushalt wollen wir das weiter berücksichtigen.

Unsere Kollegen von der FDP, Herr Klein und Herr Dr. Barfuß, haben sich stark für die Wirtschaft engagiert. Sie haben sich dafür eingesetzt, dass wir für das Handwerk drei Millionen Euro mehr ausgeben. Wir werden, Herr Kollege Rotter, beim Schüler- und Berufsverkehr fünf Millionen Euro zusätzlich in den Etat des Wirtschaftsministers geben. Wir hoffen, damit Verbesserungen erzielen zu können. Der Staatsstraßenbau war uns ebenfalls sehr wichtig. Die Fraktionen von CSU und FDP wollen das Niveau des Jahres 2010 erreichen, indem wir zusätzlich rund 40 Millionen Euro für den Haushaltsansatz zur Verfügung stellen. Mit der Initiative der Staatsregierung gegen Frostschäden stellen wir noch einmal 25 Millionen Euro bereit. Damit können wir das Niveau des Vorjahres steigern.

(Beifall bei der CSU)

Uns ist nicht nur wichtig, Haushaltsansätze frühzeitig zu verändern, sondern auch frühzeitig an der Gestaltung der Leitlinien für erfolgreiche bayerische Politik mitwirken zu können. Deshalb haben wir in einigen Bereichen, die uns wichtig erschienen, gesagt: Wir, der Haushaltsausschuss, wollen, dass uns große Projekte vorgelegt werden, bevor mit der Planung begonnen wird. Darüber waren sich alle Fraktionen im Haushaltsausschuss einig. Das waren einstimmige Beschlüsse. Wir haben uns mit der Frau Justizministerin verständigt, dass sie uns über das Ergebnis des Wettbewerbs für ein neues Strafjustizzentrum informiert. Dann können wir entscheiden, ob das in Ordnung ist. Auf dieser Grundlage können die Mittel für die Planung freigegeben werden. Oft haben wir bei einigen Bauten, wie beim Steuerzentrum, beim Justizzentrum, oder bei der Neuen Pinakothek, feststellen müssen, dass nach wenigen Jahrzehnten immense Aufwendungen anstehen. Das stimmt sowohl die Exekutive als auch die Legislative äußerst nachdenklich. Das stellt uns vor die Frage: Was kann man tun, damit das besser wird? Herr Staatsminister Heubisch, wir würden uns gerne Neuem zuwenden, aber

wir bleiben beim Sanieren oder Modernisieren hängen. Wir haben große Mühe, da nachzukommen. Deshalb gibt es die Vorgabe, die Planung vorher einzureichen. Das betrifft zum Beispiel die neue Filmhalle in Grünwald, das Strafjustizzentrum in München, das "Zentrum für Nachhaltigkeit Wald" oder die zweite Stammstrecke der S-Bahn München.

Das darf niemand unterschätzen. Was gibt der Bund? In welchem Zeitraum werden die Mittel zur Verfügung gestellt? Nimmt er eine Deckelung vor? Was erklärt er für zuwendungsfähig, wenn es zu Mehrkosten kommt? Wird gehandelt und geschachert? Wann steigt die Bahn aus, weil die Projekte nicht mehr wirtschaftlich sind? Diese ganzen Fragen wollen wir, bis der Bund entschieden hat, im Dialog nachhaltig aufklären. Wir wollen den Dingen nachgehen, damit wir bis zur Jahresmitte - dann steht die Olympiaentscheidung fest - wissen, was den Freistaat Bayern trifft. Die Risiken in Form von Kostensteigerungen kann hier niemand ausschließen. Das haben wir uns vorgenommen. Mit der Zusage des Wirtschaftsministers haben wir einen Vorbehalt bei der zweiten Stammstrecke eingebaut. Erst wenn der Ministerrat und der Haushaltsausschuss das Projekt genehmigen, wird gegenüber der Bahn als ausführendem Organ grünes Licht gegeben, so der Wirtschaftsminister.

Das war uns wichtig. Das hat Kraft gekostet und erfordert, miteinander zu reden. Das ist in unser aller Interesse. Genauso verhält es sich mit dem Thema Kunst und Kultur in München. Herrn Heubisch ist das bekannt. In den zurückliegenden Jahren haben wir enorme Investitionen getätigt. Für die Pinakothek der Moderne haben wir 200 Millionen Euro, für das Museum Brandhorst 48 Millionen Euro und für das Cuvilliés-Theater 25 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Filmhochschule mit dem Ägyptischen Museum bekommt heuer 100 Millionen Euro.

Wie geht es weiter? Heuer wird mit der Sanierung des Staatstheaters am Gärtnerplatz begonnen, die laufende Maßnahme an der Residenz weitergeführt und die Sanierung der Neuen Pinakothek vorbereitet. Sie werden in den letzten Tagen gelesen haben, dass 75 Millionen Euro dafür erforderlich sein werden. Wir sind also stark gefordert.

Das Nationaltheater wünscht ebenfalls Verbesserungen. Für den nebenstehenden Marstallplatz hat man auch Vorstellungen, was man tun könnte. Der Haushaltsausschuss war einstimmig der Meinung, dass die Sanierung Vorrang vor neuen Projekten haben müsse. Er hat sich darauf festgelegt, dass jede Neuplanung erst im Haushaltsausschuss besprochen werden muss. Wir werden diese und die nächste Legislaturperiode vollauf damit beschäftigt sein, den Katalog der Sanierungen und Modernisierungen abzuarbeiten.

Ich glaube, bei der Debatte hat jeder mitbekommen, dass wir uns aktiv für die Landeshauptstadt einsetzen und sie weiterhin attraktiv gestalten wollen. Wir ziehen da alle an einem Strang. Deshalb habe ich im Interview gesagt, dass wir auf unsere Landeshauptstadt stolz sind. Sie kann sich sehen lassen. Wir arbeiten daran weiter.

Manche sagen, der öffentliche Dienst sei zu kurz gekommen. Ich möchte hier Frau Kollegin Heckner Dank sagen, weil sie sich in den letzten beiden Jahren intensiv bemüht, sich abgerackert und notfalls mit den Männern in der CSU-Fraktion gestritten hat. Die Ergebnisse sind umfangreich und vielfältig. Sie können sich sehen lassen. Niemand hätte 2009, zu Zeiten der Wirtschaftskrise, als wir ein Minus von 5 % verzeichneten, geglaubt, dass die Dienstrechtsreform umgesetzt werden könnte. Zusätzlich wird die Arbeitszeit von 42 auf 40 Wochenstunden reduziert. Dadurch können mehr qualifizierte Ausbildungsplätze geschaffen werden. Das haben wir getan. Sie bieten den jungen Menschen zusätzliche Chancen. Die Altersteilzeit wird in Bayern weitergeführt, was nicht überall der Fall ist. Das Weihnachtsgeld bleibt auf hohem Niveau erhalten, die Jubiläumszuwendungen ebenfalls, und die Wegstreckenentschädigung wird nicht gekürzt. Die Dauer der Absenkung der Eingangsbesoldung haben wir von 24 auf 18 Monate, also um 25 %, zurückgenommen. Die Personalausgaben betrugen 2010 17,2 Milliarden Euro und werden sich 2011 auf 17,6 Milliarden Euro belaufen. 400 Millionen Euro werden in diesem Jahr aus den unterschiedlichsten Gründen zusätzlich für Personal ausgegeben. Aus diesem Grund tue ich mir schwer, von einem "Sparhaushalt" zu sprechen; ich werde das Wort auch nicht mehr benutzen.

Meine Damen und Herren, beim Auftakt zum Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei hat die SPD die Investitionsquote angesprochen. Sie hat von einem "abgemagerten Haushalt" gesprochen. Darauf kann ich nur antworten: Der Haushalt 2011 hat 327 Millionen Euro mehr zur Verfügung als der des Vorjahres. Er kann also nicht abgemagert sein. Wir alle kennen das Leid, dass man dann, wenn man einige Kilo zugenommen hat, nicht von "abmagern" sprechen kann. Gut und schön ist, dass der Mehrbetrag von 327 Millionen Euro voll umfänglich in die Bereiche Bildung und Wissenschaft fließt, was dem Wunsch vieler entspricht, das zusätzliche Geld dort anzulegen.

Die SPD hat kritisiert, dass die Investitionsquote gesunken sei. Die Kolleginnen und Kollegen der SPD sollten dies nicht beklagen, wenn sich die SPD seit 20 Jahren dafür ausspricht, dass mehr für Familie, Kinder, Bildung und Wissenschaft getan wird. Die CSU setzt das mit der FDP in vorbildlicher Weise und konsequent um und tut mehr als gefordert. Man sollte dann also nicht über eine sinkende Investitionsquote klagen. Mehr als 100 % gehen nicht. Wir haben in den genannten Bereichen erhöht. Deshalb frage ich, warum sich die SPD selbst kritisiert.

(Susann Biedefeld (SPD): Komische Logik!)

Kollege Aiwanger konzentriert sich auf den ländlichen Raum. Ihm können wir sagen, wir wollen den ländlichen Raum weiterhin für uns behalten, ihn bestens unterstützen und versorgen. Deswegen halten wir den Wettbewerb aus. Uns ist es ein Anliegen, dass die Breitbandversorgung läuft und Dorferneuerung und Flurbereinigung auf gleich hohem Niveau weitergehen, dass wir beim Straßenbau die Anträge der FREIEN WÄHLER überbieten konnten, den Finanzausgleich auf eine neue Rekordhöhe mit plus 70 Millionen Euro gesteigert haben und dass die Bezirke nicht nur mit Geld, sondern auch durch rechtliche Veränderungen entlastet werden. Kollegin Görlitz wird einiges zum BAföG sagen. Wir haben den großen Ehrgeiz, und ich glaube, wir sind gut unterwegs, den ländlichen Raum vorbildlich zu fördern.

Mit den GRÜNEN wird es - so Staatsminister Dr. Söder, aber auch der Redner zum Einzelplan 12, Kollege Bachhuber - auf den Wettbewerb Bayern/Baden-Württemberg hinauslaufen. Man muss aber sagen, Sie haben von der CDU volle Hosen geerbt, mit denen man zunächst ganz gut stinken kann. Wir wollen uns dem Wettbewerb trotzdem stellen. Es wird sich zeigen, wie Sie Maßnahmen dort umsetzen, wenn es um Strommasten, Wasserkraftwerke, Pumpspeicherkraftwerke, Photovoltaik, Biomasse, Windräder, Investitionen und Veränderungen geht. Man kann wie der Kollege Hallitzky auf den Naturschutz und die FFH-Richtlinie verweisen. Man kann aber auch fragen, was die FFH-Richtlinie überhaupt noch zulässt. Beobachtet man drei Wochen lang eine Fläche, die so groß ist wie der Plenarsaal, wird man feststellen, dass sich selbst in diesem Raum Tiere bewegen und etwas stattfindet. Selbst unter dem Teppich kann man etwas finden.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist peinlich!)

- Das ist nicht peinlich.

Überall dort, wo investiert werden soll, kommen die Mitglieder des Bundes Naturschutz, die eng mit den GRÜNEN vernetzt sind, und stellen fest, dass es dort Lebewesen gebe und eine intakte Natur vorhanden ist. Man muss nur lange genug hinsehen. Wird das zum Maßstab genommen, könnte in Bayern nichts mehr verändert werden.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, es ist im wahrsten Sinne des Wortes Halbzeit. Wir befinden uns in der Kabine. Der Trainer hält die Ansprache. Ich hatte nie die Chance, Trainer zu werden und das große Geld zu verdienen. Man muss aber fairerweise hinzufügen, dass sie gelegentlich kurze Verträge haben.

Was haben wir erreicht? Wo stehen wir? Um das aufzuzeigen, möchte ich ein Beispiel herausgreifen. Der Arbeitsmarkt ist für die aktiv Beschäftigten am wichtigsten. Daraus ergibt sich, wo sie ihren Beruf ausüben, ihr Geld verdienen und wie sie für ihre Familie

sorgen können. Der bayerische Arbeitsmarkt weist derzeit gute Daten auf. Bayern führt und hat mit 95,7 % die höchste Beschäftigtenquote in Deutschland, also eine Arbeitslosigkeit von 4,3 %, mit der Chance, dass es in den nächsten Wochen und Monaten noch besser wird. Das sind die Perspektiven für diesen heutigen schönen Frühlingstag.

Erfreulich ist auch, dass wir in Ober- und Mittelfranken mit 5,1 % besser sind als Rheinland-Pfalz und viel besser als der deutsche Durchschnitt und noch viel besser als Nordrhein-Westfalen.

(Susann Biedefeld (SPD): Das ist für die Mittelfranken ein schwacher Trost!)

- Diese beiden Regierungsbezirke, Frau Kollegin Biedefeld, liegen im deutschen Ranking bereits an dritter Stelle nach Baden-Württemberg und Bayern. Ich möchte Sie damit nicht motivieren, ein eigenes Bundesland zu schaffen. Ich will damit nur sagen, dass diese beiden Regierungsbezirke im bundesweiten Vergleich sehr weit vorne liegen.

Meine Damen und Herren, dieser positive Zwischenstand zeigt, dass wir im wirtschaftlichen Bereich das schlimmste Kapitel der Finanz- und Bankenkrise überstanden haben. Trotzdem möchte ich ein Thema nicht weglassen, nämlich Landesbank und Sparkassen. Ich habe es bereits in der Ersten Lesung gesagt, dass es nur eine Gruppierung im Landtag gibt, die bei dem Thema nicht betroffen war. Das ist die FDP. Alle anderen haben in unterschiedlicher Form mitgewirkt.

(Beifall bei der CSU - Christa Naaß (SPD): Vor allem wir! - Ulrike Gote (GRÜNE): Wir haben abgelehnt!)

- Frau Gote, ich habe Ihnen in der Ersten Lesung auf Wunsch von Herrn Aiwanger dargelegt, dass bei den Sparkassen drei Farben dabei waren. Die GRÜNEN gehören schon länger dem Landtag an. Das ist der Punkt.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sagen Sie konkret, wo wir dabei waren! Das ist eine Lüge! Wir waren nirgends dabei! Das ist glatt gelogen! - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Frau Kollegin Gote, ich würde Ihnen im Umgang mit solchen Wörtern Vorsicht anraten. Ich frage Sie, warum Sie nicht beantragt haben, dass der Erwerb der HGAA ins Parlament muss.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie haben gesagt, wir wären dabei gewesen! Von uns war niemand in diesen Gremien!)

- Das ist richtig. Letzteres habe ich jedoch nicht gesagt. Das wollen Sie mir anhängen. Ich habe gesagt, bei dem Thema - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die im Gremium sind, sind unschuldig, und die, die außen sind, sind schuld! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, Sie haben das Wort, nicht das Publikum.

Georg Winter (CSU): Sie versuchen, das Thema auf das Gremium zu reduzieren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Auf was denn sonst?)

- Das habe ich nicht gesagt. Ich habe mit dem Thema eingeleitet - hören Sie doch bitte zu.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Da kommen Sie nicht mehr heraus!)

- Sie können doch gar nichts aufnehmen, wenn Sie nicht zuhören.

(Ulrike Gote (GRÜNE): So etwas wollen wir nicht aufnehmen! - Gegenruf von der CSU: Sie will nichts aufnehmen!)

Warum haben Sie als Oppositionsfraktion im Landtag nicht gefordert: "Wenn für 1,6 Milliarden Euro eine Bank erworben wird, dann muss darüber im Parlament mitberaten und mitentschieden werden"? Ich frage mich, warum Sie das nicht gefordert haben.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Die Parlamentarier sind erst einen Tag nach dem Kauf im Haushaltsausschuss informiert worden! Am 23. Mai! Das ist die Wahrheit! - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben es doch selber nicht einmal gewusst! - Weitere Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Glocke des Präsidenten)

Das können wir gern vertiefen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, gern!)

Dazu haben wir noch zweieinhalb Jahre Zeit. Ich denke, Sie bleiben an dem Thema dran; wir bleiben an dem Thema auch dran.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Getrieben!)

Als Mitglied der Regierungskoalition sage ich Ihnen: Nach meinem Verständnis berührt es die Existenzfrage des Parlaments, wenn über ein solches Thema hier nicht beraten wird. Das ist mein persönliches Verständnis zu diesem wichtigen Vorgang.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da haben Sie recht! - Harald Güller (SPD): Da sind wir beieinander!)

Lieber Kollege Güller, ihr hattet viel Zeit, darüber zu reden, wer von euch was gewusst hat und wer was signalisiert hat. Das können wir gern an anderer Stelle fortsetzen. Ich habe keine Scheu, die Dinge offen anzusprechen, so, wie ich sie persönlich empfinde. Da bleibe ich mir treu.

Kommen wir zu dem, was erreicht wurde. Am Anfang der Legislaturperiode standen die Landesbank und der gesamte bayerische Sparkassensektor vor einer riesigen He-

erausforderung. Damals, in einer existenziellen Krise, ging es um die Frage: Wie geht es weiter? Das kann wohl jeder nachvollziehen. Die weltweite Finanzkrise schlug mit großer Wucht auf den Bankensektor durch. Der Freistaat hat schnell gehandelt und die erforderlichen Maßnahmen zur Stützung der BayernLB in eigener Verantwortung geschultert. Diese Maßnahme - keinem in diesem Haus ist die Zustimmung dazu leichtgefallen - zeigt heute, zur Mitte der Legislaturperiode, bereits einen großen, wichtigen Effekt: Die bayerischen Sparkassen, die massiv bedroht gewesen wären, wenn sie damals entsprechend ihrem hälftigem Anteil die Stützungsmaßnahmen für die BayernLB hätten mitfinanzieren müssen, sind heute - Gott sei Dank! - wirtschaftlich wieder obenauf. 2009 und 2010 waren für die Sparkassen sowohl im Einlagen- als auch im Kreditgeschäft sehr erfolgreiche Jahre. Das ist ein wichtiger Teilerfolg bei der Bewältigung der schwierigen und komplexen Aufräumarbeiten im Zusammenhang mit der BayernLB.

Bei der BayernLB selbst haben Vorstand und Verwaltungsrat bereits wichtige Schritte eingeleitet. Maßgebliches Ziel bleibt es, die Bank bis zum Schluss der Legislaturperiode in eine gute Ausgangsposition zu bringen, auf deren Grundlage sie mit einer tragfähigen Geschäftsstruktur in eine gute Zukunft blicken kann. Hierbei gilt es unter Beachtung der beihilferechtlichen Vorgaben und der Kooperation mit den Sparkassen für die BayernLB eine Aufstellung zu finden, die den Interessen des Freistaates, den Interessen der Mitarbeiter, aber auch den Interessen der Steuerzahler gerecht wird. Wir sind ein gutes Stück vorangekommen, aber noch nicht am Ziel. Für die zweite Halbzeit haben wir noch eine große Herausforderung zu bewältigen. Entscheidend ist es, zu einem guten Abschluss des EU-Beihilfeverfahrens für die BayernLB und die Sparkassen zu kommen.

Welche Ziele haben wir uns für die zweite Halbzeit gesetzt? Das ist wichtig zu wissen, wenn man aus der Kabine kommt. Was steht an, was wollen wir noch erledigen?

Wir haben uns ehrgeizige Ziele gesetzt. Wir wollen die offenen Zusagen, zum Beispiel die Erhöhung des Schulgeldersatzes bei Privatschulen auf 100 Euro, im nächsten Doppelhaushalt einlösen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die positive wirtschaftliche Entwicklung - wir hoffen, sie hält an - soll genutzt werden, um die Rücklagen wieder aufzufüllen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie hoch die Rücklage sein muss, wenn der Landeshaushalt eine Größenordnung von mehr als 40 Milliarden Euro hat. Es gibt zahlreiche Wünsche, die an uns herangetragen werden, nicht nur der Wunsch nach der Gewährleistung von Sicherheit, sondern auch solche, die über unsere gesetzlichen Verpflichtungen hinausgehen. Auch in den Bereichen Erwachsenenbildung, Musik, Sport und Jugendförderung soll es Kontinuität geben. Auch dort soll es nicht rückwärts gehen, sondern es soll Verlässlichkeit herrschen.

Es geht weiter, vom Kirchenbau über die Infrastruktur bis hin zum Ausbau des Breitbandnetzes. Überall gibt es den Wunsch, auf der Grundlage verlässlicher Daten über Jahre hinweg planen und arbeiten zu können. Wenn wir all das erreichen wollen - übrigens kommt noch die neue Herausforderung des ökologischen Umbaus hinzu -, aber gleichzeitig einen Haushalt anstreben, der ohne neue Schulden auskommt, dann kann uns nur eines helfen: hohe Rücklagen, wie wir sie 2009 hatten, am besten mindestens 10 % des Haushaltsvolumens. Damit können wir Schwankungen ausgleichen, ohne bei den Empfängern permanent mit Kürzungen reagieren zu müssen.

Wir wollen das Grundstockdarlehen auch 2012 nicht in Anspruch nehmen und auf den geplanten Verkauf unserer Eon-Aktien verzichten. Den Versorgungsfonds wollen wir wieder bedienen und den ökologischen Umbau schneller anpacken. Unser großer Ehrgeiz ist es, wie schon erwähnt, auch in der zweiten Halbzeit der Legislaturperiode ohne neue Schulden auszukommen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Abschluss. Der ausgeglichene Haushalt ist für uns ein Wert an sich.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Erinnern wir uns an die intensive Debatte, die 2000 mit der Frage begann: Soll man das anpacken? Wie kann man es umsetzen? - Als 2004/2005 die erste Wirtschaftsflaute einsetzte, haben viele Länder von dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts wieder Abstand genommen. Wir sind dageblieben und hatten uns auch für das Jahr 2006 entsprechend festgelegt. Das Prinzip, stets nur Haushalte ohne neue Schulden vorzulegen, haben wir - von dem Ausnahmeereignis Landesbank abgesehen - bis zum heutigen Tag durchgehalten. Es ist für uns entscheidend, dass wir daran festhalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Budgetrecht ist unsere stärkste Kompetenz als Parlament. Unsere Aufgabe als Volksvertreter ist es, dieses Recht kraftvoll wahrzunehmen, damit wir die Leitlinien für ein erfolgreiches Bayern gut gestalten können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. Bitte bleiben Sie noch vorn. - Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion gemeldet. Bitte schön.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Winter, in einem Punkt stimmen wir überein, nämlich darin, dass ein Kauf wie der der Hypo Group Alpe Adria nicht am Parlament vorbei hätte erfolgen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Genau das fällt dem Verwaltungsrat, dem Vorstand der BayernLB, aber auch der damaligen Bayerischen Staatsregierung vor die Füße; denn er bzw. sie hatte das Thema

nicht in den Landtag gebracht. Wir müssen darüber nachdenken, ob wir die Gesetze so ändern, dass das Eingehen solcher Verpflichtungen künftig vor dem Parlament diskutiert werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens scheint Sie Ihr Gedächtnis hinsichtlich des damaligen Ablaufs ein bisschen im Stich zu lassen. Der Bayerische Landtag - ich sage ausdrücklich: alle Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses - wurde einen Tag nach dem Kauf am 23. Mai 2007 darüber informiert, dass dieser bereits abgeschlossen wurde. Es gab keine Abstimmung darüber in diesem Haus. Die erste Abstimmung fand im Jahr 2008 statt.

(Zuruf von der CSU)

- Seien Sie doch ruhig! Sie haben keinen blassen Schimmer, quaken aber dazwischen; das finde ich ganz toll.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Sehr charmant, der Herr Güller!)

Die erste Beschäftigung des Bayerischen Landtags im Sinne einer Abstimmung erfolgte im Jahr 2008 im Rahmen der Haushaltsberatungen. Es gilt festzustellen, dass die komplette CSU-Fraktion der Kapitalerhöhung zugestimmt hat, während es Anträge der SPD-Fraktion und der GRÜNEN-Fraktion gab, diese Kapitalerhöhung nicht vorzunehmen. Deswegen können wir sagen, dass sowohl die SPD-Fraktion als auch die GRÜNEN-Fraktion gegen die Kapitalerhöhung gestimmt haben. Das ist die Wahrheit und nichts anderes, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Winter, Sie dürfen erwidern. Aber danach gibt es eine weitere Zwischenbemerkung.

Georg Winter (CSU): Bitte sehr.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Winter, Sie haben - -

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Stopp! Moment! Erst darf Herr Winter erwidern, dann gibt es die Zwischenbemerkung. Ich wollte ihn nur vom Weglaufen abhalten, damit Sie gleich auch noch parlieren können.

Georg Winter (CSU): Kollege Güller, soweit Sie die Fakten vorgetragen haben und diese zutreffend sind, kann man dem nur zustimmen. Ich kann jetzt nicht nachverfolgen - das können Sie besser feststellen -, ab wann die damals handelnden Personen, die engstens eingebunden waren, die Erstinformation hatten. Das bedürfte der Klärung.

(Harald Güller (SPD): Schreiben von Herrn Faltlhauser vom 23. Mai 2007 an Herrn Ach!)

- Sie haben zitiert. Die Frage ist: Gab es damals im Haushaltsausschuss einen Ansprechpartner Ihrer Fraktion? Ich nenne jetzt keinen Namen. Gab es da eine frühzeitigere Information, sowohl an den Vertreter der SPD als auch an den der GRÜNEN? Meine konkrete Frage ist: Wie haben Sie, die SPD, - Sie haben sich ja auf das Schreiben bezogen - am Tag danach reagiert? Ich erkenne nicht, dass da die Forderung kam: Das muss ins Parlament. Eine solche Reaktion ist mir nicht bekannt. Sie können mir die Information darüber aber gern zukommen lassen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Aiwanger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Winter, Sie haben vorhin gesagt, Ihr Ziel sei der ausgeglichene Haushalt. Einer Ihrer Kollegen hat vor wenigen Stunden gesagt, ein ausgeglichener Haushalt sei keine Kunst, es gehe auch über Schulden, man müsse einen Haushalt ohne Neuverschuldung präsentieren können. Ich stelle fest: In Ihren Planungen für die nächsten Jahre ist auch enthalten, Eon-Anteile zu verkaufen. Sie blenden aus, dass die Schulden auf

kommunaler Ebene massiv steigen. Sie greifen in das Grundstockvermögen ein. Halten Sie diesen Haushalt für ausgeglichen oder für einen Haushalt ohne Neuverschuldung?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Winter, bitte.

Georg Winter (CSU): Wir müssen bei den Begriffen aufpassen. Von einem ausgeglichenen Haushalt reden wir sowohl im staatlichen wie auch im kommunalen Bereich dann - jedenfalls in der Regel -, wenn es ein Haushalt ohne neue Schulden ist. Ausgeglichen kann ein Haushalt aber auch sein, wenn er Schulden hat.

Bei unserem CSU-Markenzeichen geht es uns darum, dass der Haushalt den Ausgleich schafft, ohne dass neue Schulden aufgenommen werden.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen habe ich hier und heute gesagt: Dank unseres Ehrgeizes sind wir besser geworden als im letzten Jahr, weil der Haushalt 2011 ohne Inanspruchnahme des Grundstockvermögens ausgeglichen ist. Das ist für 2011 gelungen. Ich habe unter den Zielen aufgeführt, dass wir diesen Zustand auch für 2012 erreichen wollen. Diese Zielmarke soll auch für die gesamte zweite Halbzeit gelten.

(Beifall bei der CSU)

Bei den Kommunen, die sich oft beklagen, ist es so wie auch sonst im Leben. In der Tat entwickeln sich die Dinge auf kommunaler Ebene auseinander. Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer. Das hat mit unterschiedlichen Fakten zu tun.

Was wir tun können, Herr Aiwanger, ist erstens die Beibehaltung des kommunalen Finanzausgleichs, zweitens ein Aushandeln mit den Spitzenverbänden und drittens darauf zu achten, wie innerhalb der kommunalen Familie die Wünsche und Prioritäten gesetzt werden.

Der Finanzminister hat versucht, an dem einen oder anderen Punkt während der Verhandlungen zu sagen: Tun wir doch lieber noch ein bisschen mehr für die Schwächeren. Die Frage ist allerdings, ob die Schwächeren genügend Lobby haben. Dies ist jedenfalls eine Frage des Austarierens. Es gibt natürlich viele verschiedene Wünsche und viele verschiedene Meinungen. Dazu kann ich als einer, der 20 Jahre lang aktive Kommunalpolitik im Beruf und im Ehrenamt betrieben hat, sagen: Der bayerische kommunale Finanzausgleich ist sehr gut.

Wir sind stolz auf diesen Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Zwischenbemerkungen werden nicht gemacht.

Georg Winter (CSU): Ich habe noch etwas nachzutragen. - Unsere Zielsetzung ist, Eon möglichst nicht veräußern zu müssen. Ich habe die Reihenfolge unserer Ziele genannt. Sie können sie im Protokoll nachlesen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die SPD-Fraktion darf ich dem Kollegen Volkmar Halbleib das Wort geben.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Finanzminister, Herr Staatssekretär! Lieber Kollege Winter, bevor ich unfreundlichere Ausführungen mache, darf ich mich für den Dank bedanken und darf ihn für die kollegiale Zusammenarbeit zurückgeben. Dies tue ich mit einer Einschränkung, die wir schon im Ausschuss intensiv besprochen haben, was die Tischvorlagen und die Dauer der Beratungszeit betrifft. Ich denke, da werden wir noch etwas nacharbeiten.

Zum Inhaltlichen muss ich allerdings genauso deutlich, wie ich mich gerade für die formal gute Zusammenarbeit bedankt habe, sagen: Nach zwei Monaten Haushaltsberatung im Haushaltsausschuss und der dreitägigen Debatte hier im Plenum bin ich enttäuscht darüber, dass man im Prinzip die gleiche Rede halten muss wie bei der

Einbringung des Doppelhaushalts. CSU und FDP haben nämlich leider nicht die Kraft aufgebracht - von bestimmten Veränderungen abgesehen, die Herr Kollege Winter dargestellt hat -, den Etatentwurf der Staatsregierung so zu verändern, dass man guten Gewissens von einem Aufbruch in Bayern reden könnte. Davon kann nicht die Rede sein.

(Beifall bei der SPD)

Es waren nicht hinreichende Veränderungen. Die inhaltlichen Defizite des Etatentwurfs der Staatsregierung sind CSU und FDP bekannt. Diese Fraktionen haben eine Chance vertan, obwohl die Steuermehreinnahmen für 2010 gegenüber der Bekanntgabe des Entwurfs mindestens 600 Millionen Euro betragen und Rückflüsse aus dem Länderfinanzausgleich in Höhe von 430 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Sie haben nicht die Kraft gehabt, die fundamentalen Schwächen des Haushalts konsequent auszumerzen. Deshalb bleibt die Erkenntnis: Ein Aufbruch Bayerns findet mit diesem Doppelhaushalt 2011/12 definitiv nicht statt.

(Beifall bei der SPD)

Dann gab es Änderungen, die CSU und FDP sprichwörtlich in letzter Sekunde im Entwurf des Doppelhaushalts vorgenommen haben, insbesondere beim Einzelplan 13 und beim Haushaltsgesetz. Diese Fraktionen haben sich wahrscheinlich für den Entwurf der Staatsregierung doch etwas geschämt, aber vor allem auch dafür, dass die Staatsregierung und die Regierungsfractionen den Entwurf als Aufbruch zelebriert haben, obwohl aus vielen Teilen das Gegenteil spricht.

Gerade diese Änderungen, Herr Kollege Winter, zeigen die Schwächen des Haushalts noch deutlicher, als es jede Oppositionskritik aufzeigen könnte.

Ein wunderbares Beispiel ist der Staatsstraßenhaushalt. CSU und FDP wollten uns doch tatsächlich den Staatsstraßenhaushalt im Entwurf der Staatsregierung als Aufbruch verkaufen. Der Staatsstraßenbau stand im Aufbruchpaket. Die Wahrheit waren

aber massive Kürzungen. Diese waren trotz der massiven Finanzierungsprobleme der Straßenbauämter und trotz der mittlerweile Bände füllenden Mahnungen des Obersten Rechnungshofs vorgesehen.

Die Staatsregierung musste zurückrudern. Es ging um 25 Millionen Euro für die Sanierung von Staatsstraßen. Das Geld ist dringend überfällig, und zwar unabhängig davon, ob die Winter streng oder nicht streng sind. CSU und FDP mussten auch zurückrudern bei der Aufstockung von Mitteln um 41 Millionen Euro für 2011.

Aber was passiert 2012? Ich lese immer etwas von einem Doppelhaushalt 2011/12. Was heute beschlossen wird, gilt ja auch für 2012.

Für das nächste Jahr sehen Sie offenbar einen dramatischen Absturz der Finanzierung der Staatsstraßen vor. Es ist ein Absturz um 80 Millionen Euro. Sie entfachen ein Strohfeuer für 2011, aber 2012 löschen Sie die Flamme. Das ist inakzeptabel und unseriös.

(Beifall bei der SPD)

Was ist das für eine Haushaltspolitik bei einer zentralen Infrastrukturaufgabe? Hier wird ein Wackelkurs geboten, der seinesgleichen sucht. Wenn der Aufbruch für Bayern so unstetig aussieht, dann gute Nacht!

Der "Dank" der SPD-Fraktion geht an den Innenminister Herrmann für seinen Beitrag zur Ehrlichkeit in diesem Bereich durch sein wunderschönes buntes Faltblatt, das Sie alle kennen. In dem Faltblatt sind die Gesamtausgaben der Staatsbauverwaltung dargestellt. Da gibt es einen Balken für 2011 und einen für 2012.

Nun will man uns erzählen, dass der drastische Rückgang von 2011 nach 2012 für Bayern ein Aufbruch sein soll. Einen Aufbruchshaushalt schaffen Sie noch nicht einmal mit Ihrer wunderbar begnadeten Aufbruchsrhetorik. Den bekommen Sie nicht hin, weil er inhaltlich nicht wahr ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich schaue nun auf die Rückseite. Da zeigen Sie den "Mut", zu Ihrem eigenen Haushaltsentwurf zu stehen. Unten sieht man die Balken zur Staatsstraßenfinanzierung. Für 2011 ist ein Balken enthalten. Bei einem Doppelhaushalt 2011/12 muss man doch auch eine Darstellung für 2012 erwarten. Aber das Papier ist plötzlich zu Ende. Der Balken fehlt. Das bedeutet doch: Sie trauen sich noch nicht einmal, ihr Haushaltskonzept für 2012 in den Werbemaßnahmen der Staatsregierung darzustellen. Das ist ein finanzpolitisches und infrastrukturelles Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch keine Haushaltspolitik mit Sinn und Verstand, wenn Sie ohne klare Perspektiven und Ausrichtungen - Sie haben von Zielen gesprochen, Herr Kollege Winter - und ohne Planungssicherheit für diejenigen, die sich um die Infrastruktur in diesem Freistaat kümmern müssen, vorgehen.

Was bei den Staatsstraßen passiert, geschieht an vielen anderen zentralen Punkten dieses Doppelhaushalts auch. 2011 finden sich viele Kürzungen und mit Ach und Krach auch manche normale Mittelausstattung. Aber im Jahre 2012 gibt es deutliche Rückschritte, Kürzungen und völlig offene Baustellen.

Fakt ist, Sie haben diesen Doppelhaushalt 2011/2012 in eine Schieflage gebracht. Sie beschließen einen schiefen Doppelhaushalt. Insofern legen Sie in Wirklichkeit nur formal einen Doppelhaushalt vor. Inhaltlich ist das ein Haushalt für das Jahr 2011 mit einem angeschlossenen Fragezeichenhaushalt für 2012. Das ist weder stetig noch verlässlich. Es ist nicht solide; es lähmt die Arbeit der Verwaltung und verunsichert diejenigen, die planen und vorausschauen müssen. Zahlreiche Projekte hängen in der Luft, die Kommunen werden im Ungewissen gelassen, die notwendige Verlässlichkeit für Institutionen und Einrichtungen fehlt. Das ist keine solide Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Ich greife einen weiteren Punkt auf, wo Sie Änderungen vorgenommen haben und da sage ich: Gott sei Dank. Aber man muss dennoch genau hinsehen. Bei der Betreuung von Menschen mit Behinderung haben Sie einen Haushaltsentwurf vorgelegt, den Sie als "Aufbruch Bayern" bezeichnen. Sie haben jedoch Kürzungen vorgenommen bei den dringend notwendigen Versorgungsstrukturen für ältere Behinderte, die nach dem Besuch der Werkstätten eine Betreuungsstruktur brauchen. Das ist eine zentrale Aufgabe. In diesem Bereich hat die Staatsregierung im Entwurf gekürzt; es wurden Mittel gestrichen. Das ist ein sozialer Skandal. So kann man das durchaus nennen. Darüber hinaus haben Sie auch im Behindertenplan die Mittel drastisch gekürzt. Gleichwohl haben Sie diesen Haushaltsentwurf als "Aufbruch" bezeichnet.

Wenn Sie nun für 2011 Mittel für die Versorgungsstruktur vorsehen, weil Sie sich draußen vor Ort mit diesem Haushaltsentwurf sehen lassen wollen und sich nicht dafür schämen wollen, dass Sie von "Aufbruch" sprechen und es dann für das Jahr 2012 in Ihrer eigenen Vorlage heißt, dass diese Mittel künftig wegfallen, frage ich Sie: Was ist das für eine Sozialpolitik? Was für ein Signal ist das für die Behinderten, wenn Sie sagen, 2011 machen wir etwas und 2012 fällt alles wieder weg? Das ist inakzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt für die Baudenkmalpflege. Darüber haben wir schon beim Einzelplan 15 geredet. Auch das ist ein zentraler Punkt dieses Einzelplans. 2011 wird eine Million Euro zusätzlich aufgenommen; das ist auch sinnvoll. 2012 fällt diese Summe wieder weg.

Sie fahren auch hier einen unglaublichen Zickzackkurs. Das Gleiche gilt für die Staatsbibliothek. Ich könnte viele weitere Beispiele bringen, will das aber aus Zeitgründen nicht tun.

Aber man muss da doch fragen, lieber Kollege Winter und weitere Kollegen im Haushaltsausschuss: Wenn wir Änderungsanträge im Ausschuss einbringen, um diese Schieflage zu korrigieren, und wenn wir dringend notwendige Verbesserungen durch-

setzen wollen, warum kommt dann immer das ewig gleiche Mantra, wie vorgestanzt "Es geht nicht; wir wollen eine solide Finanzpolitik"? Es wird Zeit, endlich ehrlich zu sein. Sagen Sie doch, dass Sie deshalb so viele Kürzungen im Doppelhaushalt vornehmen und deswegen so viele Maßnahmen und Projekte ablehnen, dass Sie Verbesserungen bei Bildung, Familie und Soziales, Umwelt, Infrastruktur und Wissenschaft, Kultur und Ehrenamt ablehnen, nicht weil Sie eine solide Finanzpolitik machen wollen, sondern weil Sie Haushaltsprobleme haben, die das Ergebnis der von Ihnen betriebenen unsoliden Finanzpolitik sind.

(Beifall bei der SPD)

Diese unsolide Finanzpolitik ist der Grund, warum Sie in der eben geschilderten Art und Weise agieren.

Ich komme nun zum Thema Landesbank. Dieses Thema ist auch schon gestreift worden. Es ist dies eine massive, gravierende Belastung der Haushalte der kommenden Jahre. Ich halte es für Chuzpe - eigentlich könnte man schon von Frechheit sprechen -, wenn uns Georg Schmid von der CSU, Verwaltungsrat a. D. der Landesbank, hier vorrechnet, dass unsere Änderungsanträge 330 Millionen Euro mehr kosten würden. Sie, Herr Schmid, haben durch Ihr dokumentiertes Verschulden bei der Landesbank einen Schaden für den Freistaat Bayern von mehr als 3,75 Milliarden Euro zu verantworten. Insgesamt ist es ein Schaden von 10 Milliarden; die Zinsen betragen 372 Millionen Euro im Jahre 2011 und 384 Millionen Euro im Jahre 2012. Da wollen Sie uns vorhalten, dass unsere Vorschläge im Umfang von 330 Millionen Euro unsolide sind.

(Georg Schmid (CSU): Sie müssen sich schon genau ansehen, um was es geht!)

Ihre Finanzpolitik der Vergangenheit ist unsolide und darunter sollen die Menschen in Bayern nach Ihrer Auffassung jetzt leiden.

(Beifall bei der SPD)

Seien Sie in Zukunft ehrlich, lassen Sie allen Popanz weg, reden Sie nicht von solider Finanzpolitik, sondern sagen Sie einfach: Wir haben bei der Landesbank massiv Fehler gemacht. Deshalb können wir jetzt beispielsweise bei den Lebensmittelkontrollen und auch bei den Waffenkontrollen nur das Notwendigste durchziehen. Sagen Sie, dass Sie wegen der Landesbank die längst überfälligen Verbesserungen für den überlasteten Justizbereich nicht tätigen können. Mehr Richter, Staatsanwälte, Rechtspfleger und Justizvollzugsbeamte sind nicht möglich. Sagen Sie, dass die Kommunen aufgrund des Landesbankdebakels bei der Krankenhausfinanzierung massive Kürzungen hinnehmen müssen, und sagen Sie, dass die Bezirke wegen der Landesbank mit den steigenden Anforderungen bei der Fürsorge für die Behinderten allein gelassen sind. Das wäre haushaltspolitische Ehrlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie den Firlefanzen mit der soliden Finanzpolitik weg und sagen Sie, woran das Debakel außerdem noch liegt, nämlich an Ihrer Steuerpolitik. Ich nenne da nur das "Wachstumsbeschleunigungsgesetz". Ich lasse die Bereiche Kinderfreibetrag und Kindergeld weg und ich nenne lediglich das Hotelsteuerprivileg, von dem sich mittlerweile auch die bayerische FDP-Vorsitzende distanziert, weil sie das offensichtlich genauso sieht wie wir. 90 Millionen Euro pro Jahr Vergünstigung für Erben, 180 Millionen Euro pro Jahr Vergünstigungen für bestimmte Unternehmen! Sagen Sie ehrlich, dass Sie wegen Ihrer eigenen Steuerpolitik, Ihres "Wachstumsbeschleunigungsgesetzes" beispielsweise faktisch keine zusätzlichen Lehrer an die Schulen bringen können, dass Sie wegen dieser Steuerpolitik die Schulsozialarbeit nicht ausweiten können und dass Sie wegen dieser Steuerpolitik die Jugendarbeitsmittel kürzen müssen wie auch die Mittel für Sportvereine und Ähnliches. Wenn Sie sich dazu bekennen, ist das ein Beitrag zur Ehrlichkeit in diesem Hohen Hause.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte das gleiche Spiel bei der Wohnraumförderung, bei der Städtebauförderung, bei den Mitteln für die Staatsstraßen und beim Bereich Soziales machen. Es ist ein Eiertanz ebenso wie bei den Altenpflegeschulen oder bei der Umsetzung der UN-Konvention im Sozialhaushalt. Auch das kostenfreie Kindergartenjahr gehört zu den Punkten. Sagen Sie doch, dass wir das in Zukunft nicht mehr machen können, weil Sie bei Ihrer Steuerpolitik Fehler gemacht haben, sodass das alles nicht mehr solide zu finanzieren ist. Seien Sie doch bitte irgendwann einmal ehrlich in diesen Punkten.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn der Finanzminister beim nächsten Thema immer etwas rudert und laut wird, weil es ein wunder Punkt der bayerischen Politik ist, sollten Sie ehrlich sagen, dass Sie wegen der schlechten Personalausstattung bei den Finanzämtern Steuerausfälle von mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr haben. Sagen Sie es ehrlich und sagen Sie dann auch, dass Sie aus diesem Grund im Umweltbereich die Einstellung des Klimaprogramms 2020 bereits ins Jahr 2011 vorgezogen haben. Es sollte bis zum Jahre 2020 laufen! Ihr Klimaprogramm 2020 endet damit im Jahre 2011, und für 2012 sehen Sie praktisch keinen einzigen Cent mehr dafür vor. Das ist inakzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Umweltminister heute einen Beitrag zur Energiepolitik liefert, dann muss man feststellen, dass sein Beitrag im Augenblick Dampfplauderei und heiße Luft ist.

(Christa Naaß (SPD): Immer!)

In diesem Doppelhaushalt - Zeit genug hätten wir dafür gehabt - findet sich zur Energiewende kein einziger zusätzlicher Cent. Im Gegenteil wurden die Mittel für die Energiewende, die Sie ja an anderer Stelle propagieren, gestrichen. Es findet sich in keiner Form etwas von finanzpolitischer Glaubwürdigkeit. Auch das ist inakzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Ihnen anhand des heutigen Pressespiegels des Bayerischen Landtages zeigen, wie die CSU-Fraktion vorgeht. Auf der Seite 5 ist zu lesen "Kein zusätzliches Geld für Abschied von Atomkraft" - das hatten wir in der Plenardebatte gemeinsam diskutiert und auf der Rückseite ist zu lesen: "CSU fordert Milliarden".

(Heiterkeit)

Wunderbar! Das ist Ihre Vorgehensweise. Mit dem Finger auf Berlin zeigen, sich im Land aber dagegen wehren, dass man nach einer solchen Katastrophe und nach klaren verbalen Äußerungen auch nur einen einzigen Cent für die Energiewende in Bayern in diesen Doppelhaushalt einstellt.

(Beifall bei der SPD)

Sagen Sie auch, dass Sie durch Ihre miserable Besetzungspolitik bei den Finanzämtern den Bereich Kultur und Wissenschaft nebst den staatlichen Theatern und Orchestern nicht so unterstützen, wie dies notwendig wäre, dass Sie die Förderung der Sing- und Musikschulen auf einem niedrigen Level halten, den Denkmalschutz so behandeln, wie ich es gerade dargestellt habe, nämlich in einer Zickzack-Politik, und dass Sie bei den Hochschulen - ich greife die Debatte auf - eigentlich nur auf das Prinzip Hoffnung setzen, Sie hoffen, dass die maroden Gebäude irgendwie doch halten und dass die Studentenzahlen durch den Abschreckungsfaktor Studiengebühren vielleicht rückläufig sind.

(Zurufe von der CSU)

Das ist Ihr Prinzip Hoffnung. Sagen Sie die Wahrheit. Sagen Sie: Wegen unserer Fehler bei der Landesbank, wegen unserer Entscheidungen in der Steuerpolitik und wegen unserer Personalpolitik in der Finanzverwaltung können wir vom "Aufbruch Bayern" leider nur reden, aber keinen "Aufbruch Bayern" realisieren. Würden Sie das sagen, dann wären Sie ehrlich zu den Leuten.

(Beifall bei der SPD)

Um von diesen selbst verursachten Gründen für Ihre Kürzungspolitik abzulenken, zünden Sie haushaltspolitische Nebelkerzen. Darin sind Sie erprobt. Letztendlich - das kann ich vorwegnehmen - verbrennen Sie sich an jeder einzelnen Ihrer Nebelkerzen selbst die Finger.

Was ist das "Best of" der finanzpolitischen Nebelkerzen von Schwarz-Gelb? Wir kommen zur Preisverleihung.

(Heiterkeit bei der SPD)

Finanzpolitische Nebelkerze Nummer 1 ist der Länderfinanzausgleich. Er kommt immer dann aufs Tapet, wenn von Problemen der Finanzen in Bayern abgelenkt wird, wenn von Kürzungen im Staatshaushalt abgelenkt werden soll.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU) - Harald Güller (SPD): Unruhe in den letzten CSU-Bänken!)

Ihr Konzept des Länderfinanzausgleichs, das Sie jetzt kritisieren, haben Sie doch unter Stoiber als tollen Erfolg verkauft. Jetzt kritisieren Sie das, was Stoiber als tollen Erfolg verkauft hat. Das besitzt keine Logik.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Jetzt ist es wieder still in der letzten Bank!)

Wir brauchen auch Solidität. Ihr Vorgehen spricht Bände: keine Gespräche, keine Vorschläge gegenüber den anderen Ländern. Ihre Argumente zum Länderfinanzausgleich sind nach meiner festen Überzeugung wie ein Soufflé: Es schaut stattlich aus, es lässt sich gut damit renommieren, wenn man hineinsticht, fällt es in sich zusammen.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir Anreizstrukturen im Länderfinanzausgleich gleichermaßen für Geber- und Nehmerländer brauchen, was die Einnahmen angeht, aber keine völlig sachwidrigen Überlegungen zu den Ausgaben.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Herr Staatsminister, liebe Staatsregierung, Sie haben diesem Landtag noch keine einzige Zeile darüber vorgelegt, wie Sie den Länderfinanzausgleich ändern wollen. Sie reden darüber, aber Sie bekennen nicht Farbe, und das muss man kritisieren.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Polemik gegen den Länderfinanzausgleich fällt doch auf Sie selbst zurück, weil Sie das, was Sie beim Länderfinanzausgleich monieren, beim kommunalen Finanzausgleich in Bayern selbst praktizieren. Wie ist es denn in Bayern? Ich greife einmal einen Landkreis heraus, dessen Finanzstrukturdaten mir bekannt sind. Das ist der Landkreis Ebersberg, der ein steuer- und umlagekräftiger Landkreis ist, aber am Ende des kommunalen Finanzausgleichs an letzter Stelle der kommunalen Finanzkraft in Bayern steht, nach Freyung-Grafenau. Das gibt es beim Länderfinanzausgleich nicht, aber in Bayern haben Sie selbst ein solches System errichtet. Insofern ist Ihre Argumentation absolut scheinheilig.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle muss man auch einmal sagen: Für ein überhebliches Auftreten Bayerns besteht überhaupt kein Anlass. Bayern hat bis zum Jahr 1992 erheblich vom Länderfinanzausgleich profitiert.

(Zuruf von der CSU)

- Jetzt hören Sie einmal gut zu. Die wirtschaftliche Prosperität, die nachprüfbar ist, war in Bayern auch und gerade in den letzten Jahren - -

(Zurufe von der CSU)

- Ich weiß schon, dass das, was ich sage, nicht bequem ist und Ihnen unangenehm aufstößt, weil es Ihre Rhetorik entzaubert. Das ist mir schon klar.

(Beifall bei der SPD)

Die wirtschaftliche Prosperität hat ihre Gründe natürlich zum Teil in der Politik, aber - das müssen Sie auch einmal kapieren - vor allem in strukturellen und historischen Entwicklungen. Anders wären die großen Unterschiede in der Wirtschafts- und Steuerkraft in Bayern auch nicht zu erklären.

Bayern hat wie kaum ein anderes Bundesland vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert, und Bayern hat in München - Gott sei Dank - ein Kraftzentrum, das mehr als 60 % der Steuereinnahmen des Freistaats erwirtschaftet und das zugleich auch ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche sozialdemokratische kommunale Wirtschaftspolitik ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mir nicht glauben, dann empfehle ich Ihnen eine wirklich sehr spannende Lektüre. Ein führender Wirtschaftshistoriker Bayerns, Prof. Dr. Dirk Götschmann von der Universität Würzburg, hat ein Standardwerk zur bayerischen Wirtschaftsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert herausgegeben. Ich zitiere aus einem Bericht über die Vorstellung des Buchs in Regensburg:

Der Historiker Götschmann räumt auf mit dem Mythos der staatstragenden CSU, die sich das Verdienst der wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns zuschreibt. Eine klischeehafte Vorstellung sei das, die "wenig mit der Realität, aber viel mit den politischen Verhältnissen in Bayern zu tun hat", so Götschmann. Dass dies, wie von der Bayerischen Staatsregierung gern behauptet, der Grund dafür sei, dass man heute besser dastehe als die meisten anderen Bundesländer, sieht Götschmann nicht bestätigt. "Unstrittig ist, dass die Entwicklung, die Bayern seit 1990 genommen hat, ohne die Wiedervereinigung, den Fall des Eisernen Vorhangs und die Osterweiterung der EU nicht möglich gewesen wäre". Dadurch rückte Bayern ins Zentrum des europäischen Wirtschaftsraums, Standortnachteile wurden zu Vorteilen.

Schlusszitat: "Wie groß der Anteil der bayerischen Politik an diesem Aufschwung war, ist deshalb völlig unbestimmbar."

Das schreibt Ihnen der führende Wirtschaftshistoriker des Freistaats ins Stammbuch, und Sie blasen sich in einer Art und Weise auf, die völlig indiskutabel ist.

(Beifall bei der SPD)

Nebelkerze Nummer 2 ist die Situation in anderen, vorzugsweise rot-grünen Bundesländern, die Situation in Nordrhein-Westfalen. Auch an dieser Nebelkerze verbrennt sich Schwarz-Gelb selbst die Finger, und das gleich dreimal. Ein Zeigefinger mag nach Nordrhein-Westfalen deuten, drei Finger deuten auf Sie selbst zurück.

Im Haushaltsjahr 2009 lag die Nettoneuverschuldung in Nordrhein-Westfalen bei 5,6 Milliarden Euro, und zwar im Rechnungsabschluss-Ist. Preisrätsel: Wer war dafür verantwortlich? Rot-Grün? Nein, Ihre schwarzen Brüder, Ihre gelben Freunde unter Rüttgers. Es war Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Stille auf der Regierungsseite!)

Haushaltsentwurf 2010: 6,6 Milliarden Nettoneuverschuldung. Preisrätsel: Rot-Grün? Nein, Ihre schwarzen Freunde und Ihre gelben Brüder in der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Und dann der Nachtragshaushalt 2010 von Rot-Grün. Rot-Grün hat in diesen Nachtragshaushalt nur noch das aufgenommen, was Sie, um Ihren Haushaltsentwurf besser darzustellen, unter den Teppich gekehrt hatten, nämlich Rücklagen insbesondere für die Problematik der WestLB, Rücklagen für Ansprüche der Kommunen, eine Entlastung der Kommunen, weil die Staatsregierung dort dies bislang verweigert hatte, und - hört, hört - eine Zuführung zum Versorgungsfonds.

(Eberhard Sinner (CSU): Und 108 Milliarden Schulden!)

Das waren die Änderungen. Wir haben damit nur den Scherbenhaufen zusammenkehren müssen, den uns Ihre schwarz-gelbe Landesregierung dort hinterlassen hat. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Hören Sie gut zu: Der Verfassungsgerichtshof hat den Haushalt deshalb gestoppt, weil - -

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

- Lieber Herr Kollege, ich weiß, dass Sie das durcheinanderbringt. - Er hat ihn gestoppt, weil die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht ausreichend begründet und belegt wurde. Die Polemik fällt doch auf Sie selbst zurück. Obwohl Sie sich hier großartig von NRW abgrenzen wollen, machen Sie es genauso. Sie begründen die Nichtzuführung zum Versorgungsfonds im Umfang von 500 Millionen Euro und die damit verbundene Verschiebung von Lasten in die Zukunft mit der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Da zeigt der Finger wieder auf Sie zurück.

Drittens hat Herr Kollege Klein von einer Ausweitung der Ausgaben in NRW gesprochen. Das Gegenteil ist der Fall. Informieren Sie sich als Haushaltspolitiker einmal über die Kennzahlen: NRW hat im Jahr 2011 mit 3.111 Euro die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben aller 16 Bundesländer. In Bayern sind es 3.392 Euro.

Das generelle Problem der Länderhaushalte sind doch nicht die Ausgaben, sondern die fehlenden Einnahmen, in NRW durch das Fortwirken eines dramatischen Strukturwandels in der Wirtschaft. Das ist doch der Kern der Botschaft.

(Beifall bei der SPD)

Dritte Nebelkerze, auch gern genommen: der Bund. "Wir können nicht mehr tun für die Städtebauförderung, weil der Bund nicht mehr gibt oder kürzt." "Wir können nicht mehr tun für das Projekt "Soziale Stadt", weil der Bund kürzt." "Wir können nicht mehr tun

bei Mehrgenerationenhäusern, weil der Bund da herunterfährt." "Wir können nicht allen Schülern ein warmes Mittagessen zur Verfügung stellen, weil der Bund vielleicht hierfür zuständig ist." - Ich könnte viele weitere Themen, auch die Verkehrsinfrastruktur, nennen.

Nur: Das ist nicht der Bund, sondern das sind Ihre Parteifreunde, die die schwarz-gelbe Bundesregierung in Berlin stellen, und wir lassen nicht zu, dass Sie auf Landesebene von Ihrer Bundespolitik nichts mehr wissen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen!

Die vierte Nebelkerze ist erst seit Kurzem unterwegs. Es ist der Vorschlag, eine Schuldenbremse in die Bayerische Verfassung aufzunehmen. Und wie sich das so für eine solide finanzpolitische Grundsatzdiskussion gehört, ist dieser Vorschlag zum ersten Mal wo geäußert worden? Beim Politischen Aschermittwoch in Passau. Jawohl! Mehr braucht man eigentlich zur Substanz nicht zu sagen; das richtet sich selbst, ebenso wie Ihr Handeln. Denn wenn die Schuldenbremse, die Sie jetzt für die Verfassung fordern, bereits zu Beginn der Legislaturperiode bestanden hätte, wären Sie die Ersten gewesen, die massiv gegen diese Schuldenbremse verstoßen hätten, nämlich eine Kreditaufnahme vorzunehmen, eine Nettoneuverschuldung von 10 Milliarden Euro, um das Desaster bei der Bayerischen Landesbank auszugleichen.

Hören Sie auf, Nebelkerzen zu werfen! Sie verbrennen sich an diesen nur selbst die Finger!

(Beifall bei der SPD)

Abschließend noch eine Bemerkung zum Thema "Kommunaler Finanzausgleich". Es ist genau das Thema, das der Kollege Winter zu Recht anspricht: Die Reichen werden reicher, und den Armen wird nicht geholfen. Ihr Entwurf zum kommunalen Finanzausgleich spiegelt genau dieses wider.

Es kann aber doch nicht das Ergebnis einer Beratung hier sein, dass der Kollege Vorsitzende des Haushaltsausschusses diese bittere Wahrheit ausspricht. Wir brauchen eine Neujustierung des kommunalen Finanzausgleichs in Bayern, und wir brauchen mehr Mittel, um die Finanzsituation insbesondere der Problemkommunen zu stärken.

Hier haben Sie alle Anträge auf Bedarfszuweisungen, die sinnvoll waren, die notwendig waren, die auch überschaubar waren, abgebügelt. Sie haben keinen Sensus dafür, welche Probleme die Kommunen haben, obwohl Sie ihn haben müssten - da ist eine Schizophrenie bei Ihnen -, weil Sie in den Kommunen ehrenamtlich oder hauptamtlich engagiert waren. Wir können Ihre Haltung zum kommunalen Finanzausgleich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss ein Wort zu den Beamten. Sie benutzen die Beamten als beliebige finanzpolitische Manövrier- und Puffermasse. Sie verursachen durch Ihren inakzeptablen Zickzack-Kurs den größten anzunehmenden Unfall für die Loyalität, für das Vertrauen und für die Einsatzbereitschaft. Daran ändern auch Nachbesserungen bei der Jubiläumszuwendung, der Wegstreckenentschädigung und der Dauer der Absenkung der Eingangsbesoldung nicht viel. Das spielt keine Rolle in den restlichen Bereichen, insbesondere was die Besoldung anbetrifft.

Sie werden es nicht durchhalten, dass Sie das, was bei den Abgeordneten des Bayerischen Landtags wohlbegründet erfolgt, nämlich eine Anpassung der Bezüge an die wirtschaftliche und tarifliche Entwicklung, den Beamtinnen und Beamten - dieses legitime Recht - verweigern. Sie richten damit ein Glaubwürdigkeitsdesaster größten Ausmaßes an, dessen Schäden weit über die vermeintlichen Einsparungen hinausgehen.

In diesem Sinne werden wir diesen Haushalt ablehnen und auch diesen unzureichenden Entwurf des kommunalen Finanzausgleichs.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank. - Herr Kollege, ich habe mindestens dreimal die Augen zugedrückt, weil wir eine Verabredung haben, dass wir mehr auf rhetorische und weniger auf optische Reize setzen. Aber da es sich um Druckerzeugnisse der Staatsregierung und des Parlaments handelt, habe ich, wie gesagt, beide Augen zugedrückt. Ich wollte es nur erwähnen, nicht, dass es als Beispiel genommen wird. Das dritte Auge war die Redezeit.

Jetzt fahren wir in der Debatte fort. Bitte, Herr Kollege Pointner, für die FREIEN WÄHLER.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Als Erstes darf ich den Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss für den kollegialen und sachlichen Umgang miteinander bei der abgelaufenen Haushaltsberatung danken, auch wenn in der Sache verständlicherweise sehr häufig unterschiedliche Meinungen vorgetragen wurden. Aber die Auseinandersetzungen sind doch so gelaufen, dass man sich am Ende des Tages wieder in die Augen schauen konnte.

Mein Dank gilt insbesondere dem Vorsitzenden, Georg Winter, und dem Kollegen Halbleib, der Erholung braucht und gerade hinausgeht, die durch Ihre Sitzungsleitung ganz wesentlich zu diesem Klima beigetragen haben. Ich möchte auch meinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausschussbüro und in den Ministerien aussprechen, die hier mitgewirkt haben.

Wenn auch die meisten Anträge der Opposition abgelehnt wurden, meist mit dem Argument, dass kein Geld da sei, so wurde doch im allerletzten Moment noch einiges von unseren Anträgen übernommen. Es war wirklich der allerletzte Moment. Man muss sich vorstellen, man bekommt kurz vor Mitternacht Tischvorlagen geliefert, die man am nächsten Morgen um 9.00 Uhr behandeln soll. Und es waren nicht wenige, sondern - ich habe sie dann gezählt - 15 mindestens. Das war schon eine Zumutung. Aber wir haben es hingenommen, weil doch einige Dinge enthalten waren, die wir

auch gefordert hatten und man diesen Forderungen, die wir gestellt hatten, dann gerecht geworden ist, wenn natürlich leider nicht allen.

Das eine war die Jugendarbeit. Hier ist sogar mehr gegeben worden, als wir beantragt hatten; das haben wir natürlich dann auch akzeptiert. Dann war auch Geld für die Staatsbibliothek da - auch eine Forderung von uns. Bei Staatsstraßen gab es auch wieder etwas mehr, als wir gefordert hatten, wobei wir nichts dagegen gehabt hätten, wenn man doch auch etwas den Gemeinden gegeben hätte. Sie haben ja dann 40 Millionen Euro plus 25 nachgelegt; wir hatten 5 Millionen Euro weniger gefordert.

Bei den Beamten sind einzelne Sparmaßnahmen zurückgenommen worden, die Streichung der Jubiläumszuwendung, die Kürzung der Wegstreckenentschädigung und auch die Absenkung der Eingangsbesoldung. Darauf, dass dies nach unserer Meinung für die Beamten nicht ausreichend ist, wird nachher noch mein Kollege Peter Meyer eingehen, wenn zum Haushaltsgesetz diskutiert wird.

Festzuhalten bleibt aber, dass durchaus noch Spielräume vorhanden wären, weil aus dem Haushaltsüberschuss 2010 noch mindestens, wie wir heute gehört haben, 560 Millionen Euro in die Rücklage geflossen sind. Es hätten also durchaus noch da und dort, wo wir dringenden Handlungsbedarf gesehen haben, Mittel eingesetzt werden können, ohne dass der ausgeglichene Haushalt ohne Neuverschuldung gefährdet gewesen wäre. Es ist immer die Frage, wo man die Schwerpunkte setzt; wir hätten sie gern woanders gesehen.

Nun zum kommunalen Finanzausgleich; das ist sozusagen meine Hauptarbeit hier vorn, nicht nur, weil ich lange Jahre in der Kommunalpolitik war, sondern weil es auch ein ganz spezielles Thema ist.

Vielleicht vorweg ganz kurz - der Kollege Halbleib ist nicht da: Das mit der Finanz-, Steuer- und Umlagekraft von Ebersberg klingt zwar zunächst ungerecht,

(Christa Stewens (CSU): Ist es auch!)

wenn man - Freising ist es auch so gegangen - bei der Steuer- und Umlagekraft relativ weit vorn liegt und dann die Schlüsselzuweisungen eingerechnet werden. Dann landet man hinten. Aber man darf nicht übersehen, dass hier ein durchschnittlicher Hebesatz über ganz Bayern genommen wurde und natürlich bei höherer Steuer- und Umlagekraft der Gemeinden auch bei höheren Hebesätzen in unseren Landkreisen den Gemeinden noch mehr bleibt. Diese Rechnung kann man ohne Weiteres nachvollziehen. Deswegen muss man damit etwas vorsichtig umgehen.

Es ist auch so - das muss ich auch einmal sagen -: Wenn die einen mehr bekommen, bekommen die anderen weniger. Das muss irgendwie verteilt werden, es sei denn, man stockt das Ganze, was wir auch beantragt haben, noch einmal auf. Aber dann werden die Landkreise, die geringere Steuerkraft haben, wenn man das ändert, - wir haben schon darüber diskutiert - und eben dann auch die Gemeinden noch weniger bekommen. Das muss man einfach so sehen. Wir wollen die strukturschwachen Gebiete stärken und dies auch über den kommunalen Finanzausgleich erreichen. Ich kann Ihnen das dezidiert an ein paar Beispielen vorrechnen. Vielleicht entspannt sich dann diese Diskussion. Momentan ist eine Klage anhängig, bei der es zwar mehr um das Verfahren geht, hintergründig aber auch um dieses Thema. Ich spreche jetzt fast ein bisschen gegen die Oberbayern. Ich muss das aber gerechterweise sagen.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

Ich komme jetzt zum Finanzausgleich. Herr Finanzminister und Herr Kollege Winter, Sie haben darauf hingewiesen, dass die Staatsregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden einvernehmlich verhandelt und gute Ergebnisse erzielt hat. Die anschließenden Äußerungen der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände lassen jedoch nicht darauf schließen, dass sie ganz besonders zufrieden gewesen wären. Das hat natürlich seine Gründe. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Herr Kollege Dr. Kreidl, hat gesagt, die Staatsregierung habe sich bemüht. Das ist nicht gerade das beste Zeugnis. Wenn sich bei mir jemand bewirbt und ein Zeugnis mitbringt, in dem steht, er habe sich bemüht, würde ich ihn nicht einstellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Winter hat bereits gesagt, auf kommunaler Ebene werden die Reichen immer reicher, die Armen werden immer ärmer. Ich muss ergänzen: Die reichen Gemeinden sind einige wenige, die im Speckgürtel Münchens liegen oder zufälligerweise über einen guten Gewerbebetrieb - man könnte auch sagen, ein Atomkraftwerk - verfügen. Diese Gemeinden haben eine sehr hohe Steuer- und Einnahmekraft. Das sind aber nicht allzu viele Gemeinden. Die armen Gemeinden werden aber immer zahlreicher. Vorgestern wurde schon gesagt, dass im Jahr 2010 40 % der Kommunen in Bayern die vom Gesetz vorgeschriebene Zuführung nicht leisten konnten. Sie konnten den Schuldendienst in ihrem Verwaltungshaushalt nicht aufbringen. Dies ist eine Warnung und zeigt, dass es bei den Gemeinden nicht gut aussieht.

Das Haushaltsdefizit der Kommunen lag im Jahr 2010 bei rund 350 Millionen Euro. Es lag schon einmal höher, hat sich jedoch in den letzten Monaten auf 350 Millionen Euro reduziert. Bei diesem Haushaltsdefizit ist zu beachten, dass viele Kommunen durchaus notwendige Investitionsmaßnahmen, zum Beispiel beim Straßenbau, bei der energetischen Sanierung oder bei Infrastrukturmaßnahmen, zurückstellen, weil sie diese nicht mehr finanzieren können. Ich stelle das laufend bei meinen Gesprächen mit Bürgermeistern und Landräten fest. Hinzu kommt, dass die Zuschüsse für Straßenbaumaßnahmen, die vor einigen Jahren zugesagt wurden, plötzlich zurückgefahren wurden, sodass größere Maßnahmen von den Gemeinden oder Landkreisen nicht mehr durchgeführt werden können.

Ich möchte noch ein paar Zahlen nennen, um die Situation bei den Gemeinden aufzuzeigen. Die kommunalen Steuereinnahmen in Bayern sind im Jahr 2010 um 1,7 %, das sind 205 Millionen Euro, auf 12 Milliarden Euro gestiegen. Sie liegen damit aber immer noch um 7,25 % oder 953 Millionen Euro unter den Einnahmen der Jahre 2007 und 2008. Nebenbei möchte ich erwähnen, dass die Steuereinnahmen der Kommunen deshalb einigermaßen stabil sind, weil die Gewerbesteuer als stabilisierender Faktor wirkt. Deshalb möchte ich noch einmal davor warnen, an der Gewerbesteuer

oder an deren Inhalten zu rütteln und Änderungen vorzunehmen. Für die Gemeinden ist es ungeheuer wichtig, eine feste Einnahmequelle zu haben. Mit dieser Steuer wird eine Verbindung der Gemeinden zu den Unternehmen hergestellt. Kaum eine Gemeinde würde noch ein Gewerbegebiet ausweisen, wenn dies nicht der Fall wäre.

Der Freistaat hat im Jahr 2010 einschließlich der Kompensationszahlung für die Kfz-Steuer immerhin 32,590 Milliarden Euro an Steuereinnahmen verbucht. Das sind - in Anführungszeichen - "nur" 2,1 % weniger als im Jahr 2008. Im Jahr 2011 wird die Höhe der Einnahmen nach der Steuerschätzung in etwa gleich sein. Herr Finanzminister, die ersten beiden Monate zeigen allerdings, dass die Steuereinnahmen weitaus höher als in den vergleichbaren Monaten sind. Wir müssen abwarten, wie sich diese Situation weiterentwickelt. Nach dem jetzigen Stand ist auch für das Jahr 2011 ein Überschuss zu erwarten. Der Freistaat wird im Jahr 2012 einen Steuereinnahmerekord von mehr als 34 Milliarden Euro haben. Die Aussagen vom wirtschaftlichen Ungleichgewicht stimmen dann natürlich nicht mehr.

Die Kommunen haben nach wie vor strukturelle finanzielle Probleme. Als Beispiel darf ich nur die Sozialkosten nennen, die stetig ansteigen. Die Gesamtsumme der Sozialkosten bei den Kommunen liegt bei weit über 5 Milliarden Euro. Die Kostensteigerung beläuft sich ungefähr auf 5 % pro Jahr; das sind 250 Millionen Euro. Die jetzt zugesagte Übernahme der Kosten der Grundsicherung für die Erwerbsunfähigen durch den Bund in drei Stufen ab dem Jahr 2012 entlastet zwar die Gemeinden; sie reicht aber nicht aus, um die steigenden Kosten auszugleichen. Der Gesamtbetrag wird sich im Jahr 2012 auf etwa 141 Millionen Euro für die bayerischen Kommunen belaufen. Für das Jahr 2013 sind 288 Millionen Euro und im Jahr 2014 14 Millionen Euro zu erwarten. Die Steigerungsraten sind zwar gut, aber nicht ausreichend.

Ich möchte mich trotzdem bei der Staatsregierung dafür bedanken, dass sie dieser langjährigen Forderung der kommunalen Spitzenverbände, insbesondere der Landkreise, nachgekommen ist. Die FREIEN WÄHLER beantragen für das Jahr 2011 moderate Erhöhungen der staatlichen Leistungen im Finanzausgleich. An der sich ver-

bessernden Einnahmesituation des Freistaates müssen die Kommunen beteiligt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die im Haushalt vorgesehenen 70 Millionen Euro reichen nicht aus, um die Aufgabenerfüllung der finanzschwachen Kommunen zu gewährleisten. Der Stau bei den Investitionsmaßnahmen der Gemeinden könnte mit einer Erhöhung der Investitionspauschale und der Schlüsselzuweisungen zumindest teilweise abgebaut werden. Wir haben deshalb eine Erhöhung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund von 12,2 % auf 12,35 % beantragt. Dabei geht es um eine fast lächerliche Summe von 36,6 Millionen Euro, die sich je zur Hälfte auf Schlüsselzuweisungen und die Investitionspauschale verteilen würde.

Wir haben außerdem beantragt, dass der Anteil der Kommunen am Ausgleichsbetrag zur Kompensation der Kfz-Steuer von 51 auf 53 % erhöht wird. Insgesamt geht es bei dieser Maßnahme um 31 Millionen Euro. Diese Summe könnte je zur Hälfte für den Straßenbau und den ÖPNV verwendet werden. Die Staatsstraßen werden im Jahr 2011 kräftig gefördert. Wir wissen nicht, was im Jahr 2012 sein wird. Ich habe den Eindruck, dass wir nur noch Haushalte für ein Jahr machen.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das hängt vom Winter ab!)

- Es hängt entweder von Georg Winter oder vom richtigen Winter ab. So wird es sein. Wenn wir ohnehin immer abwarten, wie sich die Dinge entwickeln, sollten wir gleich vom zweijährigen Haushalt Abstand nehmen und künftig nur noch einen einjährigen Haushalt vorlegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das kommunale Straßennetz ist erheblich umfangreicher als das staatliche Straßennetz. Deshalb wäre es gut gewesen, wenn die Gemeinden hierfür mehr Geld bekommen hätten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollten den Bezirken 70 Millionen Euro zukommen lassen, damit sie ihre Defizite auffangen können. Die Bezirke erhalten 583 Millionen Euro vom Staat. Sie haben vom Staat mindestens 220 Millionen Euro mehr gefordert. Uns liegen auch Petitionen von Landräten vor, die Ihrer Partei, der CSU, angehören. Wir haben eine moderate Forderung gestellt. Überall sind die Hebesätze für die Bezirksumlage festgelegt worden. Die durchschnittliche Steigerung liegt bei 3 %. Dies schlägt auf die Landkreise durch, die diese Sätze wiederum auf die Gemeinden umlegen. Umlagesätze in Höhe von 58 Punkten wie bei einem Landkreis in Oberbayern sind dann die Folge.

Noch ein Letztes: Wir haben eine Erhöhung der Schülerbeförderungskosten gefordert. Ich erinnere mich daran - ich weiß es noch, weil ich schon so alt bin -, dass wir damals, als die Schulreform 1969 durchgeführt wurde, 80 % hatten. Dann wurde der Betrag auf 50 % heruntergefahren. Jetzt sind wir bei 60 %. Doch auch wenn die Beträge etwas angehoben würden, die Kosten werden mehr. Es bleibt deshalb bei den Gemeinden mehr hängen.

Insgesamt haben wir etwa 150 Millionen Euro beantragt. Das Geld hätte vor allem den strukturschwachen Gemeinden zugutekommen sollen. Das hätte diesen Gemeinden mehr Gestaltungsspielraum gegeben. Es geht nicht darum, dass sie große freiwillige Leistungen erbringen, es geht vielmehr darum, dass diese Gemeinden ihre Pflichtaufgaben erfüllen können. Viele Gemeinden haben beispielsweise schon Probleme, den kommunalen Anteil an den Kindergartenkosten zu tragen.

Viel Zeit bleibt nicht mehr, denn Kollege Meyer braucht auch noch Redezeit. Ich komme deshalb noch ganz kurz zur Landesbank. Herr Kollege Winter, Sie haben praktisch alle einbezogen, außer der FDP, wahrscheinlich, weil die FDP keinen Landrat stellt. Sie haben gemeint, weil unsere Landräte damals irgendwann im Sparkassenbeirat gehört haben, dass dies oder jenes läuft, wären sie auch verantwortlich. Wenn man das aber so weiterspielt, wie Sie das sagen, dann sind letzten Endes die

Wähler schuld, weil sie die gewählt haben, von denen sie glaubten, dass sie es könnten. Doch die haben es eben nicht gekonnt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Hier wurde vor einigen Wochen, das ist noch gar nicht so lange her, gesagt, die Verwaltungsräte bei der Landesbank würden nicht die volle Verantwortung tragen. Damit ginge es um normale Fahrlässigkeit. Wie sollen denn dann die Sparkassenbeiräte bitte schön Verantwortung übernehmen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

- Die waren doch nicht an der Entscheidung beteiligt. Das wissen Sie, darauf brauche ich an dieser Stelle doch nicht näher einzugehen.

Ich wollte noch darauf hinweisen, dass bei der Landesbank nicht nur die Zinsen fehlen. Wir haben auch Fonds bei der Bank, die wir jetzt aus dem Staatshaushalt bedienen müssen.

(Georg Winter (CSU): Die Sparkassen waren mit 50 % dabei!)

- Ja, ich weiß. Darüber können wir reden. Machen wir einen eigenen Termin dafür aus. Wir wissen das, und für die Sparkassen war das eine gute Lösung. Darüber brauchen wir gar nicht diskutieren.

Zum Klimaprogramm ist heute schon einiges angesprochen worden. Wir fordern, dass sowohl beim Staat als auch bei den Kommunen mehr für die energetische Sanierung getan wird. Es wurde heute schon einmal angedeutet, dass dazu vielleicht noch etwas kommt. Wir haben entsprechende Anträge gestellt, die hätte man gleich übernehmen können. Ich komme zum Schluss und darf nur noch sagen, dass wir dem Haushalt leider nicht zustimmen können.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als Nächste darf ich Frau Kollegin Claudia Stamm ansehen und sie für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an das Mikrofon bitten.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Auch von mir erst einmal ein ganz dickes Dankeschön, von allem an Frau Fecke und ihr Team, die zum Teil Tag und Nacht gearbeitet haben, vor allem als es um die Tischvorlagen ging. Sie haben bis in die Nacht und in die frühen Morgenstunden hinein gearbeitet, damit wir die vielen Tischvorlagen pünktlich bekamen. Das war in der Nacht, bevor der Haushalt behandelt wurde. Ich bedanke mich natürlich auch bei Ihnen, sehr geehrter Herr Winter, für die gute Zusammenarbeit. Ich schließe mich dem Dank der Vorredner an. Jetzt ist es aber auch gut, glaube ich.

Zu Nordrhein-Westfalen will ich nur noch sagen, Ihre Rede hätte den Einstieg in eine gute Oppositionsrede in NRW gegeben. Mehr ist dazu nicht zu sagen. Am Ende der Haushaltsberatungen, am Ende dieser drei Plenartage, bleibt mir nur übrig, noch einen Bauchladen voller Punkte unterzubringen. Zunächst möchte ich die ach so herbeibeschworene Energiewende ansprechen. Schade, dass der selbsternannte Lebensminister Söder nicht da ist. Vielleicht können Sie ihm meine Worte auch ausrichten. Ich frage mich jedenfalls, wo die Energiewende bleibt. Heute haben Sie aber die Chance, dafür im Einzelplan 13 etwas zu tun. Es ist minimal, aber es ist eine Möglichkeit. Ich bekomme Unterstützung von einer ganz ungewöhnlichen Seite. Herr Kollege Halbleib hat das schon angesprochen. Ihr Generalsekretär hat heute vollmundig in einem Interview gesagt, die Quelle ist die "Süddeutsche Zeitung" von heute:

Es müssten schon in den nächsten Wochen "für kommende Haushalte von Bund und Ländern klare finanzielle Zielvorgaben für Investitionen beschlossen werden".

Wir haben heute die Chance, dies zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Weiter heißt es in der "SZ".

Dobrindt spricht in diesem Zusammenhang von einer "nationalen Kraftanstrengung" des Bundes und der Länder, "damit die Menschen erkennen, dass wir finanziell und baurechtlich klare Prioritäten setzten. Das ist auch eine Frage des Vertrauens."

Es ist auch eine Frage des Vertrauens, hier von Energiewende zu reden und einem unserer Anträge, die genau diese Energiewende wollen, nicht zuzustimmen. Ja, liebe Kollegen von Schwarz-Gelb, Sie haben heute noch einmal die Chance. Sie können unserem Antrag zustimmen. Es ist der einzige Antrag, den wir hochziehen, für den wir namentliche Abstimmung beantragt haben. In diesem Antrag geht es darum, Ihrem Klimaschutzprogramm 2020, das im Jahr 2011 aufhört, zuzustimmen. Ich frage mich schon, hat der Klimawandel in Bayern im Jahr 2011 schon ein Ende gefunden? - Ich bezweifle das sehr. Stimmen Sie deshalb einfach unserem Antrag zu. Es ist der Einzige. Wir wollen klare Prioritäten setzen. Stimmen Sie diesem einzigen Antrag am Ende der Haushaltsberatungen zu, hier hätten Sie eine letzte Möglichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Das ist aber nicht genug. Für Moore, und es ist bekannt, dass Moore ganz hervorragende CO₂-Speicher sind, ist in Ihrem tollen Klimaschutzprogramm 2020 jetzt, im April 2011, also nicht einmal Ende 2011, kein Geld mehr da. Dabei könnte man mit so kleinen Dingen beim Thema Klimaschutz sehr viel leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Nachdem der Ministerpräsident bei seiner Rede vorgestern die drei E für sich entdeckt hat, die wir schon seit Jahren predigen, gehe ich auch darauf noch ein: Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Nach dem diese drei E jetzt also entdeckt wurden, bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Zuruf von der CSU: Da haben Sie nicht aufgepasst!)

Es gibt auch viele Möglichkeiten, die nichts kosten, um etwas für das Klima und für die Energiewende zu tun. Stichwort: Tempolimit. Das ist ganz leicht, da gibt es viele Möglichkeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das können Sie Ihren Kollegen vielleicht erzählen. Ich möchte hier noch einmal alles kurz zusammenfassen, was ich mir heute Morgen so lange anhören musste. Herr Söder stand hier und forderte, wir sollten nicht in die Zukunft zurückblicken. Er sagte, er wolle Ideen und keine Rechthaberei. Hier sind die Ideen, unsere Anträge. Stimmen Sie zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt einen Bericht des - das sage ich jetzt in Anführungszeichen - "Lebensministeriums", der etwas zu dem Klimaschutzprogramm 2020 sagt. In diesem Bericht scheint es so zu sein, dass man damit rechnet, Mitte 2011 das Klimaprogramm zu verlängern. In dem vorliegenden Haushalt ist aber kein Cent für die Zeit nach 2011 eingestellt. Das unterstreicht alles, was hier schon angesprochen wurde: Es handelt sich hier nicht mehr um einen Doppelhaushalt, Sie schaffen den Doppelhaushalt vielmehr ab. Vielleicht ist es nicht so werbewirksam oder nicht so öffentlichkeitswirksam, den Doppelhaushalt und das Klimaschutzprogramm mit dem Recht des Parlaments fortzuschreiben. Nein, Mitte 2011 wird dann darüber entschieden, ob das Programm fortgesetzt wird oder nicht, und das geschieht an diesem Parlament und am Doppelhaushalt vorbei.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP))

- Ehrlich gesagt, habe ich nicht mit einem Applaus von Ihnen gerechnet. Wenn Sie bei diesen Haushaltsberatungen seltener Nein gesagt hätten, dann hätte Ihnen das gut getan. Der Haushalt wäre dann wetterfester, sozialer und nachhaltiger geworden. Heute haben Sie aber noch einmal eine Chance. Sie argumentieren immer, für unsere

vielen Anträge wäre kein Geld da. Da frage ich mich dann schon: Warum haben Sie nicht einem unserer Kürzungsanträge zugestimmt? Wir hatten derer 37!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hatten 37 gute Kürzungsvorschläge, und es gab auch Umstrukturierungsvorschläge. Damit hätten Sie gleichzeitig etwas für die Umwelt getan.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Steiner (CSU))

- Weniger Geld für die Agrarförderung, mehr Geld für das KULAP, das müssten Sie doch wissen, Herr Steiner.

(Zuruf des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

Das sagt gerade der Richtige!

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Was diesem Haushalt fehlt, ist eine klare Prioritätensetzung. Im Einzelplan 13, um den es jetzt geht, ist es genau das gleiche Problem. Hier wird an einem Schraubchen gedreht, dort wird an einem Schraubchen gedreht. Es gibt keine Prioritäten, vielleicht vom Straßenbau einmal abgesehen. Dazu haben wir schon einiges gehört.

Dann komme ich noch einmal auf die angeblich angespannte Haushaltslage zurück, von der wir in den letzten zwei Tagen und heute schon viel gehört haben. 2008 war ein absolutes Boomjahr, war das Jahr, das immer zum Vergleich herangezogen wird. In diesem Jahr betrugen die Steuereinnahmen 33,35 Milliarden Euro. Letztes Jahr hatten wir 32,16 Milliarden Steuereinnahmen zu verzeichnen. 2011 werden die Steuereinnahmen voraussichtlich 32,56 Milliarden Euro betragen. 2012 - für dieses Jahr soll der Doppelhaushalt auch noch gelten - sollen es voraussichtlich, und damit ist zu rechnen, 34,36 Milliarden Euro sein, also mehr als in dem absoluten Boomjahr, das Sie immer zum Vergleich heranziehen.

Ich rede jetzt gar nicht von zusätzlichen Mehreinnahmen; dazu wurde heute schon genügend gesagt. Dafür gäbe es genügend Möglichkeiten; als Stichworte nenne ich ein gerechteres Steuersystem und mehr Steuerprüfer in Bayern. Herr Minister Fahrenschon, da glaube ich Ihrem Rechenwerk auch nicht, weil Sie zum Beispiel die Rücknahme der 42-Stunden-Woche bei Ihrem Zahlenspiel heute Morgen vergessen haben.

Der Einzelplan 13 ist ein Gemischtwarenladen par excellence. Es gab noch einen Mythos, der im Fachausschuss noch häufiger als hier beschworen wurde. Da war die Rede von einem ausgeglichenen Haushalt. Dieser Haushalt ist nicht ausgeglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Finanzierungssaldo beträgt im Jahr 2011 eine Milliarde. Ausgaben und Einnahmen klaffen um eine Milliarde Euro auseinander. Nächstes Jahr wird der Finanzierungssaldo rund 700 Millionen Euro betragen. Es tut mir herzlich leid, das ist nicht ausgeglichen.

(Zuruf von der CSU)

- Wir haben auch Kürzungsanträge gestellt, Herr Kollege, falls Sie mir gerade nicht zugehört haben.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das versteht er nicht!)

Der Einzelplan 13 verkommt zum Gemischtwarenladen.

(Zuruf von der CSU: Wo denn?)

Wenn man den Einzelplan 13 mit einem Gemischtwarenladen vergleicht, könnte man sagen, vom Hundefutter bis zum Schampus ist alles drin. Da sind Studienplätze drin, die Lehrerinnen und Lehrer, der IT-Beauftragte der Staatsregierung, und ein bisschen Klimaschutz ist auch noch drin.

Der Einzelplan 13 enthält auch noch etwas, von dem immer noch behauptet wird, dass es die bayerischen Steuerzahler und Steuerzahlerinnen gar nichts koste. Im Kapitel 13 60 sind für das Jahr 2011 gut 340 Millionen Euro und für das Jahr 2012 knapp 360 Millionen Euro an Zinsen für die Landesbank veranschlagt. Das ist in Kapitel 13 60 schwarz auf weiß zu lesen.

Ich nenne ein Beispiel dafür, wie Sie mit dem Haushalt umgehen. Der Einzelplan 10 sieht eine Kürzung der Behindertenhilfe um 3 Millionen Euro vor. Das können wir eigentlich gar nicht so machen, wie die Staatsregierung das vorgeschlagen hat. Das ist auch gut so. Man ordnet das aber nicht dem Einzelplan 10 zu, wo es hingehört, sondern nimmt das heraus und verlagert es auf die Beratung des Einzelplans 13. Ich schlage vor, alle Einzelpläne abzuschaffen und nur noch einen Einzelplan 13 für ein Jahr vorzulegen; dann kommen vielleicht auch die Tischvorlagen rechtzeitig. Das wäre doch eine Idee! Die Regierungskoalition führt mit ihren Tischvorlagen den Doppelhaushalt auch von der anderen Seite, wie schon erwähnt, ad absurdum. Die Tischvorlagen gelten alle nur noch für 2011: Doppelhaushalt adieu, Doppelhaushalt Fehlanzeige! Ihr Vorgehen lässt sich so beschreiben: erst den Haushalt viel zu spät vorlegen, und dann den eigenen Abgeordneten die Tischvorlagen nur noch für ein Jahr genehmigen. Mit vorausschauender Haushaltspolitik hat das definitiv nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vorausschauende Haushaltspolitik sollte Rahmen und Richtlinien vorgeben. Das ist es, was eine vorausschauende Haushaltspolitik tun sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach der Haushaltsordnung ist es gar nicht erlaubt, die ganze Zeit mit dem Nachtragshaushalt zu argumentieren, wie es sowohl im Haushaltsausschuss als auch hier die ganze Zeit geschah. Alle voraussehbaren Ausgaben und alle Einnahmen sind zu berücksichtigen, und nur im Notfall ist nachzujustieren. Was Sie tun, ist gar nicht erlaubt, abgesehen davon, dass es nicht seriös ist.

Ich komme auf einen weiteren Mythos zu sprechen. Herr Winter hat sich gerade so dafür gelobt, dass der Denkmalschutz 1 Million Euro mehr bekommt. Im Entwurf der Staatsregierung wurden die Mittel für den Denkmalschutz von 2010 auf 2011 um 2,4 Millionen Euro gekürzt, von 2010 auf 2012 um 3 Millionen. Jetzt gibt es für das Jahr 2011 eine Million mehr, und das sollen wir dann auch noch feiern. Sollen wir etwa Hurra rufen, es gibt noch etwas mehr?

Nun komme ich auf das Haushaltsgesetz zu sprechen. Ich muss meine Ausführungen zu den zwei großen Baustellen relativ kurz halten. Baustelle Nummer 1: Der Staat als Dienstherr wird immer unzuverlässiger. Baustelle Nummer 2: Den Privatschulen wird nach wie vor massiv geschadet, ich lasse dahingestellt, ob Sie das ursprünglich mit Absicht oder ohne Absicht getan haben. Über Nacht kam eine kleine Nachbesserung. Wir sind schon seit Monaten in der Gegend herumgerannt und haben darauf hingewiesen, dass man den Privatschulen schadet. Sie aber haben das über Nacht erkannt und uns eine Tischvorlage hingelegt, die relativ komplex war, sodass wir keine Chance mehr hatten, einen Änderungsantrag zu dieser Tischvorlage zu stellen bzw. eine Änderung zu beantragen. Das geschah wirklich über Nacht. Die Beamtinnen und Beamten müssen ein Sonderopfer bringen, wie Sie in den letzten Tagen schon öfter zugegeben haben. Sagen Sie doch einfach mal wirklich die Wahrheit, dass nämlich die Beamtinnen und Beamten selbst die Rücknahme der 42-Stunden-Woche bezahlen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie nehmen eine Ungerechtigkeit zurück, und diejenigen, die von der Ungerechtigkeit befreit werden, müssen dafür zahlen. Darum geht es, und um nichts anderes. Nachdem man das Sonderopfer der Beamten beklagt und dafür die allgemeine finanzielle Lage als Begründung hernimmt, sähe ich mich dazu veranlasst, noch einmal auf Möglichkeiten für Steuermehreinnahmen hinzuweisen. Das habe ich aber gerade erst getan. Es gibt einige Ungerechtigkeiten bei den Beamtinnen und Beamten, für die der Staat als Dienstherr zuständig ist. Zur Nullrunde hat mein Kollege Hallitzky heute

schon einiges gesagt. Der Gleichbehandlungsgrundsatz sollte auch für die bayerischen Beamtinnen und Beamten gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es darf nicht dem Zufall überlassen bleiben, wie jemand bezahlt wird, je nachdem, wann er in den Staatsdienst eintritt. Da haben Sie zwar etwas nachjustiert; die niedrigere Besoldung soll statt 24 Monaten jetzt nur noch 18 Monate gelten, aber das sind 18 Monate zu viel. Das entspricht weder dem Leistungsprinzip des gerade von Ihnen in Kraft gesetzten neuen Dienstrechtes noch ist es generationengerecht; denn es trifft hauptsächlich die jüngsten Beamtinnen und Beamten. Die Ungerechtigkeit wird ausgerechnet im Wahljahr zurückgenommen. Welch Zufall! Ich muss mich wiederholen - ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): So ist es!)

Besonders kontraproduktiv ist die Wiederbesetzungssperre zum Beispiel bei der Finanzverwaltung. Das wurde heute auch schon durchgekauft. Wenn eine Stelle nicht mehr benötigt wird, wenn Sie der Meinung sind, dass eine bestimmte Aufgabe von einem Beamten oder einer Beamtin nicht mehr erledigt werden muss, dann ziehen Sie die Stelle ein! Wenn Sie aber benötigt wird, dann ist sie schnellstmöglich zu besetzen, unter anderem auch deswegen, weil es sich für diesen Staat lohnt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Sie wird trotzdem eingezogen.)

Heute wurde gesagt: Wir lassen den Rasenmäher in der Garage. Das ist ein Hohn angesichts der Tatsache, dass der Bauunterhalt pauschal um 20 % gekürzt wird. Das ist umso mehr ein Hohn, als es einen Beschluss des Landtags aus dem Jahr 1999 gibt, der besagt, dass für den Bauunterhalt ein größerer Betrag eingestellt werden muss, der dringend nötig ist. Dieser Haushalt macht genau das Gegenteil.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich würde noch gerne viel dazu sagen, wie die Legislative bei diesen Beratungen mit sich selbst umgegangen ist. Dafür habe ich leider keine Zeit mehr. Es ist wohl klar, dass wir auch diesem Einzelplan und dem gesamten Haushalt nicht zustimmen können. Sie hätten die Chance gehabt, ihn zusammen mit uns auf der Grundlage unserer Anträge nachhaltiger, wetterfest und gerechter zu gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Als nächstem Redner darf ich Professor Dr. Georg Barfuß für die FDP-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Herr Präsident, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Da mein Kollege anschließend zum Haushaltsgesetz sprechen wird, darf ich den Part der Rede zum Finanzausgleich übernehmen.

Zunächst möchte ich mich bei unserem Vorsitzenden Georg Winter ganz herzlich bedanken. Die Beschlüsse, die wir unter deinem Vorsitz gefasst haben, sind zielführend und werden zu einem guten Haushalt führen. - Ich bedanke mich auch beim Kollegen Halbleib.

Ich möchte noch darauf hinweisen, weil das vorher untergegangen ist, dass wir für die Behinderten im Jahr 2011 5,5 Millionen und 2012 3,5 Millionen im Einzelplan 13 eingestellt haben. Das ist professionell und gut gemacht. Man kann aber einmal darüber reden, warum man das so macht.

Da ich bei der Einbringung des Finanzausgleichsgesetzes bereits Details ausgeführt habe, erlaube ich mir heute die parlamentarische Freiheit, die Angelegenheit etwas grundsätzlicher zu betrachten. Der gesamte Haushalt steht unter dem Motto: keine neuen Schulden. Diese Vorgabe ist selbstverständlich auch die Maxime für das FAG. Eigentlich ist ein Haushalt ohne Schulden ohnehin etwas Selbstverständliches. Das sollten wir uns auch alle wieder einmal verinnerlichen, und das nicht nur in Bayern,

sondern auch in Deutschland und in Europa. Bei einem Kurs von 1,43 haben wir mitnichten eine Eurokrise, sondern wir haben eine Schuldenkrise, weil zu viele Menschen glauben, dass man mit Schulden die Zukunft gewinnen könne. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Weshalb sind CSU und FDP in Ihrem Sparwillen so rigide und versuchen, nicht sich bei allen Menschen beliebt zu machen? Eine Antwort darauf lautet, dass die beiden Fraktionen, die gemeinsam die Bayerische Staatsregierung tragen, die Generationengerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres finanzwirtschaftlichen Handelns stellen. Einen zweiten Orientierungspunkt sehen wir in den makroökonomischen Daten. Kollege Halbleib hat vorhin betont, dass die Investitionen 2012 etwas niedriger seien als 2011.

Das Bruttoinlandsprodukt hat vier makroökonomische Größen. Wenn der Export boomt, wenn die Investitionen der Privaten boomen und wenn auch der Konsum auf einem erfreulichen Niveau ist, schadet es volkswirtschaftlich nichts, wenn die vierte Größe, die staatlichen Ausgaben, etwas niedriger ist. Das dämpft eventuelle Inflationserwartungen.

Zurück zur Generationengerechtigkeit. Bei Wikipedia wird sie wie folgt definiert - ich zitiere:

Generationengerechtigkeit ist erreicht, wenn die Chance zukünftiger (nachrückender) Generationen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse mindestens so groß sind wie die der heutigen Generation (ihnen vorangegangener Generationen).

Das scheint mir sehr wichtig zu sein. Es gilt nämlich der Verlockung zu widerstehen - und das gilt für den Staat genauso wie für die Kommunen -, unseren heutigen Konsum durch Schulden zu finanzieren und den Entscheidungsspielraum unserer Nachfolgerinnen und Nachfolger in den kommunalen Gremien und im Parlament immer mehr

einzuengen. Ganz gewiss schmerzt es fürchterlich, dass dieser Spielraum durch das Landesbankdesaster eingeengt ist. Wenn Ehrlichkeit angemahnt wird, sollten Sie aber auch sagen, ob es nur in Bayern so ist. Oder war diese Dummheit nicht über ganz Deutschland gleich verteilt? Gab es auch in anderen Ländern Landesbankdesaster? Über die WestLB haben wir vorhin gesprochen. Es wäre einmal interessant, wenn wir erfahren könnten, wie hoch die Defizite und die Zinszahlungen dort sind. Zum Kapitel Ehrlichkeit gehört auch, dass die schwarz-gelbe Regierung in Nordrhein-Westfalen immerhin 108 Milliarden Staatsschulden vorgefunden hat. Auch das sollte man sehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir haben die Weisheit und auch die Wahrheit alle miteinander nicht gepachtet. Wir kämpfen und ringen immer wieder. Das Dilemma wird von niemandem hier im Haus erkannt. Dessen bin ich mir sicher. Das, was sittlich angezeigt wäre, nämlich das Sparen, fördert nicht unbedingt die Wiederwahl. Das ist in einer Demokratie das Problem. Ob wir wollen oder nicht, es ist ein Zielkonfliktpunkt. Das Sparen hat sogar etwas mit Ethik zu tun, meinen wir. Dabei geht es wie fast immer im Leben um das rechte Maß. Das ist übrigens eine der vier Kardinaltugenden. Sich zu bemühen, das richtige Maß zu finden, spreche ich keiner dieser fünf Fraktionen im Hohen Haus ab.

Jetzt aber kommt der Unterschied: Wir, die Regierungsfractionen von CSU und FDP, müssen im Gegensatz zu den verehrten Oppositionsfractionen das rechte Maß im Haushalt politisch konkretisieren. Das heißt, wir müssen letztlich sagen, wofür wieviel Geld ausgegeben wird. Nachdem es hierfür keine eindeutigen Regeln gibt, liegt es auf der Hand, dass darüber politisch entschieden werden muss. Das ist nun einmal die Aufgabe der christlich-sozial-liberalen Regierungskoalition. Es kommt darauf an, dass der Staat zum Wohl der Allgemeinheit weiterhin handlungsfähig bleibt. Dies ist ein Kernanliegen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Der mündige Bürger und die freien Medien werden unsere politische Entscheidung entsprechend bewerten. Diesem Urteil haben wir uns zu stellen. Das ist in einer Demokratie so üblich. Es gab in diesem Land einmal eine Kontroverse. Sie alle kennen noch Herrn Mitscherlich, der über die Unfähigkeit zu trauern sprach. Wir sollten uns darüber Gedanken machen, wie es mit der Unfähigkeit zu sparen in diesem Land bestellt ist. Sparen heißt mit anderen Worten Konsumverzicht. Das nicht konsumierte und damit gesparte Geld steht dann für Investitionen zur Verfügung. Diese wiederum sichern den Wohlstand von heute und von morgen. Deshalb gilt es auch hier, das rechte Maß zwischen Konsum und Investition zu finden.

Nachdem die Frage nach der Gerechtigkeit immer wieder eine Rolle spielt, stellt sich auch beim Finanzausgleich die Frage nach der Gerechtigkeit zwischen den Kommunen und dem Staat. 1999 hat sich der Staatsgerichtshof unseres geschätzten Nachbarlandes Baden-Württemberg mit dieser Frage befasst. Baden-Württemberg ist auch jetzt noch geschätzt, und wir freuen uns darauf, wenn dort etwas Neues kommt. Wir schauen gerne zu. Damals wollten die Antragsteller vom Gericht wissen, ob der Finanzausgleich der verfassungsrechtlich garantierten Unterstützung auch entspreche.

Die Antwort des Gerichtshofs in Auszügen - ich zitiere:

Die verfassungsrechtliche Mindestausstattung der Kommunen lässt sich nicht mit bestimmten Maßstäben, Parametern, Kennziffern, Quoten oder gar Beträgen festlegen, da der Anspruch auf finanzielle Mindestausstattung nur unter dem Vorbehalt der Leistungsfähigkeit des Landes gewährt werde.

Zitat Ende. Wir hatten in Bayern den Schwerpunkt darauf gesetzt, dies mit den kommunalen Spitzenverbänden in aller Kollegialität und fachlich transparent festzulegen. Ziel war, ist und bleibt die Stärkung der kommunalen Verwaltungshaushalte. Hier war kein Obrigkeitsstaat am Werk, vielmehr bestand das Bemühen, die begrenzten Mittel sehr im Sinne von Maß und Mitte zu verteilen. Haushalten bedeutet immer die Zuwendung begrenzter Mittel zu unbegrenzten Wünschen - privat wie öffentlich.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Noch ein anderer Gedanke. Wir haben in den letzten Wochen viel über die Katastrophe in Japan, das sich anschließende Erdbeben in unserem Land - die Liberalen wissen, wovon wir reden -, den Krieg in Libyen und den Hype der GRÜNEN gehört. Mir wäre es lieber, wenn sich unsere Medien auch einmal der Problematik der Staatsverschuldung annehmen würden. Zwei Billionen für alle öffentlichen Hände und 5,8 Billionen Pensions- und Rentenansprüche - diese Schuldenlast einmal öffentlich und transparent zu machen, wäre genauso wichtig, wie wochenlang über das Ja oder Nein zu einer Erhöhung um fünf Euro bei Hartz IV zu schwadronieren oder die 27. Sondersendung zu Fukushima auszustrahlen. Ich möchte bewusst an die Verantwortung der Medien appellieren, sich dieses Themas anzunehmen. Draußen liegt eine Zeitschrift, in der es heißt: "Welche Welt übergeben wir unseren Kindern?" Diese Frage stellen die Ökologen völlig zu Recht. Als Ökonom frage ich: Welche finanzwirtschaftliche Welt überlassen wir unseren Kindern? Diese Größe darf nicht unter den Tisch gekehrt werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Denn sie sichert letztlich den Wohlstand und den Fortbestand unseres Landes.

Der Kreis schließt sich. Im Interesse der Generationengerechtigkeit machen wir insgesamt keine neuen Schulden. Weil wir zwischen dem Staat und den Kommunen ebenfalls gerecht sein wollen, haben wir das Finanzausgleichsgesetz so konzipiert, wie ich es Ihnen zur Annahme empfehle. Sollte sich die Wirtschaft nächstes Jahr weiterhin im gewünschten Sinn entwickeln, werden wir diese Veränderungen selbstverständlich wieder in unsere haushalterischen Überlegungen mit einbeziehen. Ein Haushalt ist etwas Dynamisches. Seine Anpassung an die makroökonomischen und gesellschaftlichen Größen ist selbstverständlich.

Ich möchte mich abschließend bei Ihnen, Herr Staatsminister der Finanzen, und bei Ihnen, Herr Staatssekretär, bedanken, aber auch bei den Damen und Herren des

Hauses sowie bei Frau Fecke und allen Mitarbeitern. Herzlichen Dank! Aus Überzeugung schlage ich Ihnen vor, dass wir dem Finanzausgleichsgesetz im Einzelnen und dem Haushalt insgesamt zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Gabriele Pauli (fraktionslos): Meine sehr geehrten Damen und - -

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, würden Sie bitte warten, bis ich Ihnen das Wort erteile?

Dr. Gabriele Pauli (fraktionslos): Entschuldigung!

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt haben Sie das Wort.

(Allgemeine Heiterkeit)

Dr. Gabriele Pauli (fraktionslos): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute haben wir sehr viele Reden gehört, sehr gute Reden, sehr nachdenkliche Reden und sehr weitgehende Vorschläge. Einige davon waren sehr hilfreich und konstruktiv. Andere wiederum waren etwas neuartig. Bei allem war ganz wesentlich, dass, alles zusammen gesehen, ein neues Denken in dieses Parlament einziehen muss. Es sind bereits sehr viele gute Gedanken geäußert worden, aber einige wichtige Aspekte fehlen.

Es fehlen insofern einige wesentliche Gedanken, als wir zwar einen Haushalt haben, der bestimmten Zielen genügt, der auch Ziele neu definiert und vor allen Dingen der Verfassung entspricht. Es gibt aber auch sehr viele Gedanken, die weniger hilfreich sind. Alles orientiert sich an Zahlen. Es werden Kennziffern genannt. Wir liefern den Bürgern ökonomische Daten. Immer wieder reden wir über Zahlen und Zahlen. Es wird sehr viel über einen ausgeglichenen Haushalt gesprochen. Hinter allem steht jedoch der Gedanke, dass in unserem Staat etwas fehlt. Das ist etwas, was wir alle entbehren. Wir fühlen es nicht mehr in uns. Es ist etwas, das wir in unserem Leben nicht

mehr kennen. Zwar suchen wir es, können es aber im Staatshaushalt nicht wiederfinden. Es ist etwas, das in unserem Leben abhanden gekommen ist. Es ist etwas, das wir in uns nicht mehr erreichen können. Es ist etwas wie die Sprache in uns. Es ist das Fühlen, was die Bevölkerung denkt. Wir kennen es nicht mehr als das, was in unserem Leben wichtig ist. Es ist zwar etwas, das in uns existiert und einmal in einem größeren Maße vorhanden war, jedoch können wir es in uns nicht mehr erreichen. Es ist etwas, das wir in uns entbehren.

Die Menschen wünschen sich mehr als die Dinge, die im Haushalt verankert sind. Wir müssen der Bevölkerung zeigen, dass wir ihnen etwas anderes geben können als Zahlen und Fakten und Kennziffern. Sie wollen von uns ein neues Gefühl in diesem Land. Sie wollen von uns ein Gefühl der Zuversicht, ein Gefühl der Hoffnung, ein Gefühl der Erreichbarkeit von Idealen, ein Gefühl, dass Visionen möglich sind, ein Gefühl, das ihnen sagt, dass etwas Neues in ihr Leben treten kann. Das soll von der Politik begleitet werden.

Es geht nicht darum, darüber zu debattieren, wer wie viel wann und wo veranschlagt hat. In diesem Hohen Hause geht es letztendlich darum, dass wir den Menschen das vorleben, was die Menschen selbst als Leben ansehen. Sie möchten ein Gefühl der Freude, des Glücks und der Zuversicht erleben. Wir sollten ihnen nicht das Gefühl von Einschränkungen, Benachteiligungen, Zurückstellungen und der Abwesenheit eines liebevollen und letztendlich göttlichen Gedankens und des Glaubens geben. In der Vergangenheit ist in diesem Hause sehr viel darüber gesprochen worden, dass etwas nicht in Ordnung sei. In diesem Hause fehlt etwas. Es ist der Glaube. Das möchte ich hiermit sagen. Wenn der Glaube nicht da ist - damit meine ich den Glauben an eine göttliche Kraft -, dann kann kein menschliches Konzept in diesem Staat irgendetwas bewirken. Dann wird kein Vorschlag eines einzelnen Abgeordneten etwas verändern. Diesen Beitrag wollte ich zu dieser Debatte leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt erteile ich für die CSU-Fraktion Frau Kollegin Görlitz das Wort.

Erika Görlitz (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss zu meinen Vorrednern noch etwas sagen. Dem Punkt, den Herr Kollege Halbleib angeführt hat, muss ich meine Wikipedia-Recherche entgegenhalten. Herr Halbleib, Sie haben angeprangert, dass Nordrhein-Westfalen nur deswegen so schlecht dastehe, weil Herr Rüttgers in den letzten Jahren große Schulden gemacht habe. Das ist keinesfalls so. Herr Rüttgers hat Schulden in Höhe von 108 Milliarden Euro von seiner Vorgängerregierung übernommen. Dort haben 38 Jahre Rot und Rot-Grün regiert. Diese Schulden können nicht innerhalb von vier Jahren abgebaut werden. Das muss man nachsehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Rot-Grün inklusive der Linken ist es gelungen, mit ihren Versprechungen in die Regierung zu kommen. Also wird auch weiterhin nichts gespart werden.

Zu Frau Kollegin Stamm möchte ich auch ein paar Sätze sagen. Zuhause in meiner bunten Stadtregierung in Pfaffenhofen wird eine Umgehungsstraße gefordert. Sie fordern uns auf, den Streichungsanträgen der GRÜNEN im Landtag zuzustimmen. Sie fordern uns auf, die Mittel für die Umgehungsstraßen zu streichen. An dieser Stelle ist mehr Ehrlichkeit und Konsequenz angesagt. In München, in Berlin und vor Ort jeweils unterschiedliche Aussagen zu machen, ist wirklich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Halbleib wirft uns vor, wir seien nicht kommunal verankert und uns fehle das kommunalpolitische Engagement. Ich rate Ihnen, das Abgeordnetenhandbuch in den Osterferien zur Hand zu nehmen und unsere Viten zu lesen. Dann werden Sie sehen, dass wir sehr wohl in den Kommunen verankert sind.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Jetzt bin ich bei dem Thema angelangt, zu dem ich ursprünglich hin wollte. Ich wollte über die kommunalen Finanzen sprechen. Herr Kollege Dr. Barfuß hat schon zum Ausdruck gebracht, dass wir den Verfassungsauftrag sehr ernst nehmen. Den Kommunen müssen die Möglichkeiten eingeräumt werden, ihre freiwilligen Leistungen zu erfüllen. Der Gesamtausstattung des kommunalen Finanzausgleichs 2011 muss die Entwicklung der kommunalen Finanzen und der staatlichen Finanzen gegenübergestellt werden. Der Anhang zum Finanzausgleichsänderungsgesetz ist transparent und nachvollziehbar. Die Kommunen verfügen über eine freie Spitze, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Es ist wichtig, dies bei allen Überlegungen vorzuschicken.

Der Schwerpunkt des kommunalen Finanzausgleichs 2011 ist - das war der absolute Wunsch der kommunalen Spitzenverbände - eine weitere Stabilisierung der Verwaltungshaushalte der Kommunen. Dies wird durch Umschichtungen innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs und durch Anhebungen des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund erreicht. Deshalb konnten wir im Jahr 2011 das gute Ergebnis des Jahres 2010 noch einmal steigern, und zwar auf 6 Milliarden 869,3 Euro. Das ist eine Steigerung von 61,1 Millionen Euro. Für die Landesleistungen macht das 70,6 Millionen Euro. Das sind 1,1 % mehr als noch 2010.

Nach der Entwicklung des allgemeinen Steuerverbunds wären die Schlüsselzuweisungen ursprünglich gesunken. Durch die Erhöhung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund um 0,2 % auf 12,2 % konnten 48 Millionen Euro zusätzlich für die Schlüsselzuweisungen zur Verfügung gestellt werden. In einer für den Staatshaushalt äußerst schwierigen Zeit wird damit erneut ein Zeichen für eine dauerhafte strukturelle Verbesserung der kommunalen Finanzkassen gesetzt.

Der Kraftfahrzeugsteuerverbund wird endgültig zum Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund. Für den Straßenbau und Verkehrsinvestitionen stehen 296,3 Millionen Euro zur Verfügung. Für den Härtefonds des ÖPNV werden 67,7 Millionen Euro bereitgestellt. Der Festbetrag für die Förderung von Abwasseranlagen sinkt zugunsten der Schlüsselzuweisungen um 20 Millionen Euro, kommt jedoch immer noch auf die beachtliche

Summe von 121,25 Millionen Euro. Besonders positiv ist, dass Wasserversorgungsanlagen ebenfalls gefördert werden können. Das war auch der ausdrückliche Wunsch der kommunalen Spitzenverbände. Das haben wir gerne aufgenommen.

Am Grunderwerbssteuerverbund beteiligt der Staat die Kommunen mit acht Einundzwanzigstel. Das wird entsprechend der geschätzten Aufkommensentwicklung mit 384,4 Millionen Euro - 60,3 Millionen Euro höher als im Jahr 2010 - veranschlagt. Das ist eine gute Beteiligung der Kommunen.

Die Investitionen in Bildung sind mit Investitionen in Höhe von 250,6 Millionen Euro auf einem sehr hohen Niveau stabil. Für den Krankenhausbau werden 450 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das sind 50 Millionen Euro weniger als im Vorjahr. Das bedeutet, dass 25 Millionen Euro zu den Schlüsselzuweisungen kommen, während die anderen 25 Millionen Euro selbstverständlich bei den Kommunen verbleiben, weil damit der hälftige Kommunalanteil entlastet wird.

Die Zuweisungen für die Kosten der Schülerbeförderung steigern wir 2011 mit 12 Millionen Euro auf 289 Millionen Euro und bleiben bei der verlässlichen Größe von 60 %. Das ist ganz besonders wichtig. Bei den Bezirken halten wir das sehr hohe Niveau von 583,6 Millionen Euro. 2011 liegt der Schwerpunkt des kommunalen Finanzausgleichs auf der deutlichen Anhebung der Schlüsselzuweisungen und damit auf der Stärkung der Umlagezahler. Der zusätzliche dreistellige Millionenbetrag, den die Bezirke gefordert haben, ist im Staatshaushalt nicht darstellbar. Ich füge aber hinzu - Ausschussvorsitzender Georg Winter hat es schon erwähnt -, dass eine spürbare Entlastung der Bezirke durch die hohen Rückforderungsansprüche gegenüber den BAföG-Stellen entsteht, weil der Bund und das Land aufgrund der veränderten Rechtsprechung zur Internatsunterbringung behinderter Schüler die Mehrkosten tragen. Das ist eine gute Entlastung für die Bezirke.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Man muss an dieser Stelle berücksichtigen, dass diese Mittel nicht gegengerechnet werden, sondern den Bezirken zur Verfügung stehen. Ich weise darauf hin, dass es den Bezirken gelungen ist, einen gerechten Schlüssel für die Neuverteilung zu finden. Dieser ganz besondere Schritt ist seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder gelungen.

Im Vorgriff auf 2012 darf man den Kommunen sagen, dass es eine Verbesserung für sie geben wird. Das haben wir unserem Ministerpräsidenten zu verdanken, der in Berlin wie ein Löwe gekämpft hat, damit die Grundsicherung ab 2012 stufenweise an den Bund übergehen.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): So ist es!)

Das bedeutet eine absolute Entlastung unserer Kommunen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem vorliegenden Entwurf des kommunalen Finanzausgleichs beweist der Staat erneut seine Kommunalfreundlichkeit. Er ist im kommunalen Finanzausgleich 2011 weitestmöglich auf die Forderungen der Kommunen eingegangen. Die bayerischen Kommunen können, gestärkt durch den kommunalen Finanzausgleich 2011, ihre Aufgaben erfüllen. Damit beweist der Freistaat Bayern wieder, dass er ein verlässlicher Partner der Kommunen ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Meyer das Wort. Bitte schön, Sie haben drei Minuten und siebzehn Sekunden Zeit.

Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will in aller Kürze ein paar Anmerkungen zum Umgang mit dem öffentlichen Dienst machen. Wir haben insbesondere den Wegfall des Stelleneinzugs nach Artikel 6 b des Haushaltsgesetzes gefordert. Der Stelleneinzug geht munter weiter, obwohl die Stel-

len wegen der Rückführung der Wochenarbeitszeit dringend gebraucht werden. Sie verkaufen die Rückführung als Erfolg und Wohltat für die Beamten. Trotzdem werden die Stellen gemäß Artikel 6 b eingezogen, wenn sie jetzt frei werden, obwohl wir sie dringend brauchen.

Meine Damen und Herren, Kollege Halbleib hat vom Nebelkerzenwerfen gesprochen. Es gibt eine weitere Nebelkerze: Der Wegfall der angedrohten Kürzungen wird als positive Leistung und gute Tat verkauft. Man muss nur androhen, dass die Jubiläumszulage gekürzt wird. Wenn man sich dann aufgrund eines massiven Widerstands eines Besseren belehren lässt, ist das positiv, und die Beamten müssen das nach dem Motto honorieren: Setz dich hin, klage nicht, es könnte schlimmer kommen, und er setzte sich hin, und es kam schlimmer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wie geht der Freistaat Bayern als Dienstherr mit seinen Mitarbeitern um? - Es geht um die Wertschätzung der Mitarbeiter. Die Führungskräfte bekommen durchaus eine gute Fortbildung, wo all das gelehrt wird, wogegen hier ständig verstoßen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wissen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzverwaltung, der inneren Verwaltung, der Polizei, im Forstbereich und überall überlastet sind, was zu krankheitsbedingten Ausfällen führt. Dies findet im Bericht über die Wiedereingliederung nach SGB IX seinen Niederschlag. Die Ursachen, die mit der Wiedereingliederung beseitigt werden müssen, werden vom Dienstherrn gesetzt. So kann man mit Mitarbeitern nicht umgehen. Wer den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen eine Null-Runde verordnet, wer eine Wiederbesetzungssperre über 12 Monate verhängt - Kollegin Claudia Stamm hat es ausgeführt -, macht deutlich, dass die Stelle überflüssig ist. Er macht den Mitarbeitern, die die Vertretung machen sollen, deutlich, dass es völlig egal ist,

wie er sich einsetzt. Es geht lediglich darum, die Geringschätzung der Leistung der Beamtinnen und Beamten auszudrücken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, die umgekehrte Wertschätzung, wie die Mitarbeiter den Dienstherrn sehen, habe ich in den letzten Tagen bei diversen Veranstaltungen im Forstbereich und der Finanzverwaltung erlebt. Die Wertschätzung der Mitarbeiter dem Dienstherrn gegenüber befindet sich schon lange im Keller. Wir fragen uns, woher das kommt. - Diese Entwicklung ist selbst verschuldet.

Meine Redezeit geht zu Ende. Frau Präsidentin, ich komme zum letzten Satz.

(Zurufe: Schade!)

- Ja, das glaube ich, dass Ihnen das leid tut.

(Alexander König (CSU): Sie sind eigentlich schon zu Ende, Herr Kollege Meyer!)

- Mir tut es auch leid, Herr Kollege König, dass ich Ihnen nicht noch mehr ins Stammbuch schreiben kann.

Der Freistaat Bayern als Dienstherr muss endlich wieder zu einer ordentlichen Wertschätzung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Kollegin Kamm das Wort. - Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Kommunen haben eine wichtige Rolle bei der Organisation unseres Gemeinwesens, und sie werden bei wichtigen Zukunftsfragen künftig eine noch größere Rolle spielen. Ich denke an Bildung oder Klimaschutz. Das sind wichtige Schlüssel-

fragen für die Zukunft. Deshalb kann es uns nicht egal sein, ob die Kommunen handlungsfähig sind oder nicht.

Kolleginnen und Kollegen, es reicht nicht, mit einer pauschalen und außerordentlich fragwürdigen Aufstellung zu belegen zu versuchen, dass die finanzielle Entwicklung der Kommunen insgesamt angeblich nicht schlechter verlaufen sei als die des von der Landesbank gebeutelten Freistaats. Die Berechnungsmethode der freien Spitze, die Sie in dieser Tabelle anführen, ist außerordentlich fragwürdig und erinnert ein bisschen an die Ermittlung der Regelsätze bei Hartz IV. Es geht nach dem Motto: Wer bisher kein Geld für den Bauunterhalt ausgegeben hat, braucht in Zukunft nicht mehr Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere an die große Nachfrage der Kommunen nach dem Konjunkturprogramm, das sie genutzt haben, um Schulgebäude zu sanieren. Die Nachfrage war so groß, dass man fünf oder sieben Konjunkturprogramme hätte auflegen können. Die Kommunen haben sehr viele Anträge gestellt, aber nur ein kleiner Teil konnte umgesetzt werden.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich kritisiere auch, dass es Ihnen egal ist, ob Kommunen in strukturschwachen oder strukturstarken Gebieten liegen, dass Sie nicht analysieren, wie es den kreisangehörigen Gemeinden, den kreisfreien Städten, den Landkreisen und den Bezirken geht. Die Daten sind vorhanden. Sie machen sich jedoch nicht die Mühe, eine differenzierte Betrachtung anzustellen. Dazu sind Sie vom Verfassungsgericht aber aufgefordert worden.

Was die Bezirke angeht, denke ich an die Zusage des Herrn Ministerpräsidenten Seehofer, der gesagt hat, es sei notwendig, endlich ein Teilehabegesetz zu erlassen. Ich kritisiere in diesem Zusammenhang, dass der Freistaat dennoch nicht beginnt, seinen

Anteil an den Aufgaben der Eingliederungshilfe wahrzunehmen. Lediglich 240 Millionen Euro stellt er dafür zur Verfügung. Es ist dringend erforderlich, die Eigenleistungen Bayerns beim Sozialhilfeausgleich an die Bezirke endlich an die wachsenden Aufgaben in diesem Bereich anzupassen. Die Koalition verlagert wichtige Aufgaben auf die Kommunen und entledigt sich ihrer Mitverantwortung.

Die Kommunen brauchen Mittel, mit denen sie selbst gestalten können. Sie haben nichts davon, wenn Mittel, die dem Finanzausgleich entnommen worden sind, in irgendwelche Investitionsfördertöpfe gesteckt werden. In den Haushaltsberatungen haben wir die kommunale Sonderbaulast kritisiert. Das Beispiel zeigt: Sie von der Koalition entnehmen dem kommunalen Finanzausgleich Mittel, die den Kommunen gehören, stecken diese Mittel in einen eigenen Topf und verteilen sie relativ intransparent in der Landschaft. Niemand weiß, nach welchen Prioritäten sie verteilt werden. So werden einer einzigen Gemeinde, nämlich Wertingen im Stimmkreis des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, 10 Millionen Euro für eine relativ fragwürdige Straßenkreuzungslösung versprochen. Das kann es nicht sein. Gebt den Kommunen das Geld zur eigenen Gestaltung!

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Die Steuereinnahmen der Kommunen erholen sich nur sehr langsam. Das ist kein Wunder; schließlich haben die schwarz-gelben Steuergesetze auf Bundesebene eine deutlich negativere Auswirkung auf die Finanzkraft der Kommunen als auf die des Freistaates. Im Vergleich zum Anstieg der Ausgaben im Sozialbereich erholen sich die Steuereinnahmen deutlich langsamer, als die Sozialausgaben steigen. Ich erinnere an das Teilhabegesetz.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2010 überstiegen die Ausgaben der Kommunen in Bayern die Einnahmen um 652 Millionen Euro. Das sind Verluste, die in den Folgejahren ausgeglichen werden müssen. Die Kommunen sind also auch in Bayern strukturell erheblich unterfinanziert. 39 % der bayerischen Kommunen konnten 2010

keine Zuführung zum Investitionshaushalt erwirtschaften. Rücklagen werden abgebaut, Tafelsilber wird verscherbelt, die Nettoneuverschuldung steigt. Die Probleme werden durch die Staatsregierung kaschiert, indem die Aufsichtsbehörden jetzt höhere Nettoneuverschuldungen genehmigen als bisher, obwohl die Finanz- und die Ertragskraft der Kommunen nicht steigen.

Ich möchte ein Beispiel nennen.

Präsidentin Barbara Stamm: Aber nur noch eines.

Christine Kamm (GRÜNE): In Regensburg sinkt 2011 im Vergleich zu 2010 die Finanzkraft pro Einwohner um 14 %. In Landshut geht sie auf 830 Euro pro Einwohner zurück; ursprünglich lag sie bei 870 Euro. Ähnlich ist es in Augsburg: Die Finanzkraft sinkt, aber den Kommunen wird eine höhere Nettoneuverschuldung genehmigt.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Ihre Uhr!

Christine Kamm (GRÜNE): Bitte?

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte beachten Sie Ihre Uhr.

Christine Kamm (GRÜNE): Die Uhr?

Präsidentin Barbara Stamm: Ja.

Christine Kamm (GRÜNE): Sie schieben letztlich Schulden auf die Kommunen und lösen die Haushaltsprobleme des Freistaats nicht. Von daher sind Sie gefordert, künftig genauer hinzusehen, wie es den Kommunen geht, und die Haushalte der Kommunen besser im Blick zu behalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die FDP-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Klein das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Abschluss des Tages möchte ich die Gelegenheit nutzen, um allen zu danken.

(Zurufe der FDP und der CSU: Kurz und knackig!)

- Das darf ich doch wohl machen. Ich habe zehn Minuten Redezeit.

Ich danke zuallererst dem Ausschussdienst. Dessen Mitarbeiter haben uns vielfältig unterstützt, insbesondere die Unterlagen für die Ausschusssitzungen vorbereitet. Ich danke auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen und des Ministeriums. Mein Dank gilt ebenso dem Minister und dem Staatssekretär. Vor allem danke ich dem Ausschussvorsitzenden Georg Winter und dem stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Volkmar Halbleib; sie alle können das im Protokoll nachlesen. Nicht unerwähnt lassen möchte ich die Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses. Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, das an dieser Stelle noch einmal zu sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich will meine Redezeit nicht allzu sehr ausreizen, möchte aber doch auf ein paar inhaltliche Punkte kurz eingehen. Uns als FDP-Fraktion war es wichtig, im Haushaltsgesetz nachzusteuern, was die Schulfinanzierung angeht; ich verweise auf die Montessori-Schulen. Kollege Winter hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir den Pauschalbetrag - wir sind in die Pauschalierung eingestiegen; das ist grundsätzlich zu befürworten - angehoben haben. Wir haben auch gemeinsam dafür gesorgt, dass es eine Übergangszeit für diejenigen gibt, die zunächst einmal - in Anführungszeichen - "Gewinner" oder "Verlierer" sind, bei denen also die Summen, die sie bisher vom Freistaat bekommen haben, höher bzw. niedriger sind als die Summen, die sie künftig erhalten. Wir haben eine Frist eingebaut, in der die Beträge abschmelzen bzw. anwachsen. Das ist eine gute Maßnahme, die diesen Schulen entgegenkommt. Damit wird auch dieses Problem - zum Teil jedenfalls - gelöst.

Kollege Halbleib hat das Thema Schuldenbremse angesprochen. Es ist ein Missverständnis, wenn davon ausgegangen wird, dass wir die Maßnahme im Zusammenhang mit der Landesbank nicht hätten ergreifen dürfen, wenn die Schuldenbremse schon zu Anfang der Legislaturperiode gegolten hätte. Dass dieses Missverständnis entstehen konnte, liegt daran, dass Kollege Halbleib den Entwurf, den wir vor Weihnachten erstellt haben, nicht kennen kann; er liegt noch bei den Kollegen der CSU. Natürlich ist es wie auf Bundesebene auch nach unserem Entwurf für eine Schuldenbremse möglich, dass der Freistaat in einer Situation wie der Finanzkrise, in der wir für die Landesbank tätig werden müssen, tatsächlich tätig wird. Wir würden uns doch jegliche politische Aktionsmöglichkeit beschneiden, wenn wir eine solche Möglichkeit in unserem Entwurf nicht vorsähen. So viel Voraussicht können Sie uns dann doch zutrauen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Unsere Fraktion ist stolz darauf, dass wir am Ende der Haushaltsberatungen noch einmal Mittelverstärkungen vornehmen konnten, vor allem im Bereich der Bildung. Das Schulfinanzierungsgesetz habe ich schon angesprochen. Den Schulgeldersatz konnten wir anheben. Unserem im Koalitionsvertrag formulierten Ziel, den Schulgeldersatz auf 100 Euro zu erhöhen - ich sehe die Kolleginnen Will und Sandt in den hinteren Reihen sitzen -, kommen wir näher. Beim Jugendring, der Schülervertretung und der Handwerksförderung kürzen wir nicht. Dass auf den Bildungsbereich großer Wert gelegt wird, ist sowohl der FDP-Fraktion als auch den Kolleginnen und Kollegen der CSU ein besonderes Anliegen. Was die Gelder für die Schülermitvertretung angeht, möchte ich die Kollegen der FREIEN WÄHLER nicht unerwähnt lassen; denn sie haben tatkräftig mitgekämpft.

Wir haben uns aber auch für eine Mittelverstärkung im Bereich der Schülerbeförderung eingesetzt. Dass ein neues System der Sollkostensatzberechnung eingeführt wird, ist ein gutes Signal, das von diesem Haushaltsgesetz ausgeht. Auch das ist eine gute Botschaft.

Am Ende dieses Tages darf ich die der FDP-Fraktion wichtigen Schwerpunkte in der Haushaltsberatung zusammenfassen. Für uns ist es wichtig - auch wenn Sie das nicht hören wollen -, dass wir einen Haushalt ohne neue Schulden verabschieden. Wir kommen mit dem Geld aus, das uns zur Verfügung steht. Wir investieren - sowohl im Gesamthaushalt als auch im Rahmen des Programms "Aufbruch Bayern" -, aber wir sparen auch. Das unterscheidet uns von der Haushaltssituation in vielen anderen Ländern. Uns ist in der Haushaltspolitik ein Dreiklang gelungen. Die FDP-Fraktion hat sich, wie gesagt, schon seit eineinhalb Jahren mit diesem Doppelhaushalt auseinandergesetzt. Uns ist es besonders wichtig, dass wir mit 15,9 Milliarden Euro die Hälfte der uns zur Verfügung stehenden Mittel - das sind nur 32 Milliarden Euro - in den Bildungsbereich investieren. Die Schwerpunktsetzung der Koalition aus FDP und CSU ist klar erkennbar. Darauf sind wir stolz.

Wir sind auch stolz darauf, dass viele Ziele, die im Koalitionsvertrag formuliert worden sind, umgesetzt werden können. Ich möchte das nicht alles erwähnen, weil die Nerven vielleicht arg strapaziert würden.

Zur Kollegin Gote möchte ich noch etwas sagen; denn sie scheint den roten Faden in der Wissenschaftspolitik verpasst zu haben. Frau Gote, ich habe Ihnen vorhin aufmerksam zugehört. Vielleicht ist Ihnen entgangen, dass wir ein Hochschulgesetz auf den Weg gebracht haben, mit dem die Autonomie der Hochschulen gestärkt worden ist. Das ist ein äußerst liberales Projekt unseres Wissenschaftsministers Wolfgang Heubisch.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wenn Sie das Gesetz im Parlament mitberaten haben, erinnern Sie sich vielleicht daran, dass wir die Möglichkeiten des Hochschulzugangs für Meister und Gesellen erweitert haben. Das alles sind Themen, die wir in der Koalition vorangebracht haben. Da sehe ich den roten Faden in der Politik dieser Staatsregierung durchaus.

Ich möchte mich für die Aufmerksamkeit und für das lange Ausharren der Mitglieder dieses Hauses besonders bedanken.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich dem Herrn Staatsminister der Finanzen das Wort erteilen.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Saaldiener haben mich gerade darauf hingewiesen, jetzt sei es angebracht, die 45 Minuten Redezeit voll auszuschöpfen, um das gesamte Werk, das in den letzten drei Tagen in einer, so glaube ich, wichtigen Generaldebatte ausgeleuchtet wurde, im richtigen Licht darzustellen. Ich glaube, es liegt in Ihrem Interesse, wenn ich mich an den Rat der Saaldiener ausnahmsweise nicht halten werde. - Lieber Herr Klein, ich mache da weiter, wo Sie geendet haben.

Namens der Staatsregierung danke ich dem Hohen Haus für eine engagierte und sachkundige Beratung des Doppelhaushalts 2011/12. Mein besonderer Dank gilt - das liegt in der Natur der Sache - den Mitgliedern des Haushaltsausschusses sowie dem Vorsitzenden Georg Winter und seinem Stellvertreter Herrn Halbleib. Seitens der Staatsregierung sage ich: Man darf nicht vergessen, dass den drei Tagen Generaldebatte zu allen Einzelplänen eine sehr intensive Arbeit im Haushaltsausschuss vorangegangen ist. 5.300 Seiten Haushaltskompendium waren zu bewältigen.

An dieser Stelle darf man festhalten: Wir haben in Bayern einen Doppelhaushalt, der - man muss die Eckpunkte, die Schwerpunktsetzungen, die Initiativen, die Programme und die Projekte zur Kenntnis nehmen - für einen wichtigen Aufbruch in den Jahren 2011/12 steht, den der Freistaat Bayern, die Politik und die Gesellschaft in Bayern in den nächsten zwei Jahren machen werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist deshalb wichtig, weil wir in den beiden bisherigen Doppelhaushalten ganz gezielt auf die aktuelle Situation reagiert haben. In einer Zeit, in der die Weltwirtschaft stehen geblieben ist, haben wir investiert, haben wir staatliche Investitionen nach vorn gebracht. Wir haben uns eine Ausgangslage erarbeitet, auf die Europa neidisch ist. Man blickt auf Deutschland. In Deutschland blickt man auf Bayern. Wir haben es geschafft, obwohl wir von den Einbrüchen der Weltwirtschaft am stärksten getroffen waren. Wir haben die Krise schnell hinter uns gelassen.

Umso wichtiger ist es, dass wir mit diesem Doppelhaushalt, der die Schwerpunkte auf Bildung, Familien, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Innovation setzt, jetzt die Chancen nutzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das alles wird deshalb umso erfolgreicher sein, weil wir an dem zentralen Alleinstellungsmerkmal der bayerischen Haushaltspolitik festgehalten haben. Denn dieser Haushalt kommt, obwohl er auf Investitionen, Bildung, Familien und Innovation setzt, zum sechsten und siebten Mal ohne neue Schulden aus. Die Politik in Bayern fußt auf soliden Finanzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern ist - das darf man sagen - heute da, wo andere Länder in den nächsten Jahren erst noch hinhinmüssen. Das gilt sowohl für andere Bundesländer als auch für den Bund als auch für andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Bayern schafft es. Wenn Bayern es schafft, sind wir auch in der Lage, Gleiches von anderen Ländern in Deutschland und Europa zu verlangen. Das muss unsere Position sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei dieser Gelegenheit bedanke ich mich beim Parlament dafür, weil es die Staatsregierung bei einer zentralen Entscheidung unterstützt hat. Deshalb will ich die Umsetzung des Konjunkturpakets noch einmal kurz ansprechen.

Am Ende gibt es eben doch zwei unterschiedliche Möglichkeiten. Es gibt die Möglichkeit, mit der Gießkanne über das Land zu gehen und das Geld zu verteilen. Dies wird aber nicht funktionieren; denn am Ende wird man damit keine positiven Effekte erzielen. Der schwierigere Weg ist, Eckpunkte und Prioritäten zu setzen. Dieser Weg ist uns in Bayern gelungen.

Ich erinnere an Folgendes: Wir haben im Kampf gegen die Wirtschaftskrise im Wege des Investitionsgesetzes insgesamt 10 Milliarden Euro ausgeschüttet. Es ist Geld der Bundesrepublik Deutschland für die Länder. Bayern erhielt davon 1,43 Milliarden Euro. Zu diesen Mitteln mussten der Freistaat und die Kommunen mindestens 480 Millionen Euro beisteuern. Die Umsetzung dieser Maßnahme ist in Bayern zu einem echten Erfolgserlebnis geworden. Wir haben ein Paradebeispiel abgegeben. Aktuell machen 3.770 Einzelmaßnahmen mit einer Gesamtinvestitionssumme von über 2,46 Milliarden Euro die Umsetzung des Konjunkturpakets aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem Landtag und den Kommunen in Bayern ist es gemeinsam gelungen, die Investitionssumme Bayerns im Rahmen des Konjunkturpakets um 1 Milliarde Euro zu erhöhen. Das ist ein Erfolg bayerischer Landespolitik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit dem Konjunkturpaket - das ist wichtig, weil es in diesen Doppelhaushalt hineinstrahlt - stärken wir nachhaltig Investitionen in die Zukunft. Von dem gesamten Investitionsvolumen entfallen 210 Millionen Euro auf die energetische Sanierung von Kindertageseinrichtungen, 830 Millionen Euro auf die energetische Sanierung und Modernisierung von Schulen, 206 Millionen Euro auf den Neubau und die Modernisierung von Hochschulbauten und 145 Millionen Euro auf den Forschungsbereich.

Noch im Jahr 2011 stehen insgesamt rund 830 Millionen Euro Fördermittel des Bundes und des Freistaates Bayern zur Verfügung. Davon wurden - wir schreiben diese Erfolgsgeschichte weiter - bis Ende März bereits 126 Millionen Euro ausgezahlt. Bis

Ende 2011 können in Bayern noch einmal 700 Millionen Euro in Zukunftsinvestitionen fließen.

Wir setzen das Konjunkturpaket zügig und erfolgreich um. Wir legen damit die Grundlagen für eine gute Zukunft unserer Heimat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Bemerkenswerte an unserem Doppelhaushalt und an den Entwurf, dem zuzustimmen ich Sie bitte, ist: Auf die positive Grundstimmung legen wir bei diesem Doppelhaushalt noch einmal Mittel für Investitionen in unsere Zukunft drauf. Wir investieren in beste Ressourcen. Wir stärken unsere Familien. Wir pflegen den Rohstoff Geist und fördern Innovationen. Es gibt kein zweites Bundesland, welches das Konjunkturpaket so erfolgreich umsetzt und das in dieser Situation noch obendrauf investiert.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Weil wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen und es falsch wäre, jetzt die Hände in den Schoß zu legen, weil es darauf ankommt, die Chancen zu nutzen, machen wir jetzt Bayern fit für die Zukunft.

Dabei setzen wir Schwerpunkte. 2,2 Milliarden Euro stehen allein für die Familien zur Verfügung. Für deren Unterstützung geben wir 2.200 Millionen Euro im Jahr 2012 aus.

Liebe Frau Stamm, Sie können natürlich Ihre Kürzungsvorschläge vorstellen. Dann müssen Sie der bayerischen Öffentlichkeit erklären, dass die GRÜNEN das Landeserziehungsgeld gestrichen haben wollen. Dieser Hinweis hat hier heute gefehlt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir erhöhen die familienbezogenen Leistungen noch einmal um 200 Millionen Euro. Wir setzen dabei auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weil wir die Kommunen unterstützen. Wir setzen das Sonderprogramm zur Förderung der Investitionen des Krippenausbaus fort. Das Volumen des Investitionsförderprogramms erreicht jetzt eine

knappe halbe Milliarde Euro. 500 Millionen Euro geben wir den Kommunen in Bayern, damit sie die Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kleinsten aller Kleinen ausbauen. Das ist in Deutschland einmalig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der zweite Teil unserer Familienmilliarden geht in die Betriebskosten der Kinderbetreuung. Der Zuschuss des Freistaats Bayern an die Kommunen für die Beteiligung an den Betriebskosten wird bis zum Jahr 2012 auf über 1 Milliarde Euro, auf über 1.000 Millionen Euro anwachsen. Es gibt kein zweites Bundesland, das sich so stark an den Betriebskosten beteiligt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Weil das Fundament der bayerischen Erfolgsgeschichte vor allen Dingen die hohe Qualität unserer Schulen und Hochschulen ist, machen wir die Qualität zukunftsfest. Wir erhöhen im Jahre 2011 die Bildungsausgaben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, einen Moment bitte. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen um etwas mehr Ruhe. Wir sind bald zu Ende. Herr Minister, bitte.

Staatsminister Georg Fahrenschon (Finanzministerium): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Da können auch die Damen und Herren der Opposition die Fakten nicht bestreiten. Mit 15,4 Milliarden Euro - das sind zwei Milliarden mehr Ausgaben für Bildung, Schulen und Hochschulen als im Jahr 2008 - haben wir ein Drittel aller Gesamtausgaben des bayerischen Staatshaushalts in die Bildung, in den Rohstoff Geist geleitet. Es gibt kein Bundesland, das sich so stark für Bildung, Schulen und Hochschulen und für die berufliche Bildung und Weiterbildung engagiert, wie der Freistaat Bayern. Wir setzen auf Familie und Bildung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Drittens stärken wir gezielt Forschung und Entwicklung. Da wir wissen, dass wirtschaftlicher Erfolg und eine gesunde Umwelt in Bayern Hand in Hand gehen, investieren wir nicht nur in fortschrittliche Projekte wie beispielsweise 64 Millionen Euro in die Zukunft der Elektromobilität, sondern wir investieren natürlich auch in die Energiewende und in den Klimaschutz. Kein anderes Bundesland in Deutschland investiert in einer vergleichbaren Größenordnung staatliche Mittel zum Beispiel in den Klimaschutz. Mit dem laufenden, im Jahre 2011 noch aktiven Programm steuern wir 350 Millionen Euro in den Klimaschutz und in die Energiewende. Wer heute behauptet, Bayern würde nichts für die Energiewende tun, hat den Haushalt nicht gelesen.

(Beifall bei der CSU)

Investitionen in die Solartechnik, Investitionen in die Energieforschung, all das sieht dieser Doppelhaushalt vor. Ich glaube, es ist der Situation angemessen, das Maßnahmenpaket jetzt aktuell in einer interministeriellen Arbeitsgruppe zu prüfen. Denn jetzt haben wir zu entscheiden, welche Maßnahmen wir fortsetzen und welche Maßnahmen wir künftig machen wollen. Sie können uns, der CSU, doch nicht vorwerfen, dass sie ein Sofortprogramm mache, wenn Sie am Ende erkennen müssen, dass die Aufgabe, die Energiewende zu beschleunigen, Punkt für Punkt abgearbeitet werden muss. Wir setzen die Grundlage im Haushalt des Jahres 2011 und steuern in 2012 nach. Wir nehmen diese Herausforderung ernst.

(Beifall bei der CSU)

Ein weiterer Schwerpunkt beim Ausbau von Technologie- und Forschungszentren ist die Biosystemforschung. Ich nenne als einen Schwerpunkt die Carbonfaser-Technologie in Augsburg. Wir setzen dabei auf den Fortschritt und die Entwicklung in allen Regionen. Lesen Sie den Doppelhaushalt, dann stellen Sie fest, dass in allen Bereichen Bayerns, in Neustadt an der Saale, im Bayerischen Wald, in Sulzbach-Rosenberg, in Lichtenfels, in Nördlingen, in Hof, überall in die Zukunft investiert wird. Es gibt kein

zweites Bundesland, das mit einem solchen Volumen versucht, die Zukunft zu gestalten und einen Aufbruch für das ganze Land zu bewirken. Wir wollen die Chancen dafür jetzt nutzen.

(Beifall bei der CSU)

Dieses Engagement zahlt sich aus. Die Abrechnung des Länderfinanzausgleichs bringt Bayern für das Jahr 2010 eine Erstattung in Höhe von 433 Millionen Euro. Dadurch sind wir in der Lage, auf die im Regierungsentwurf für 2011 noch vorgesehene rückzahlbare Ablieferung des Grundstocks in Höhe von 378 Millionen Euro zu verzichten. Das meinte ich, als ich bei der Einbringung des Doppelhaushaltes sagte, wir entnehmen dem Grundstock nicht mehr als wir müssen.

Das ist Finanzpolitik in der Symmetrie! Das ist Finanzpolitik, die der Situation entsprechend reagiert. Wenn die freie Wirtschaft zurückgeht, gehen wir als Staat hinein. Wir gehen aber nicht in den Konsum, sondern wir gehen in die Strukturen und investieren in die Zukunft. Und wenn dann die Wirtschaft wieder anzieht, haben wir die entsprechende Rendite und ziehen uns wieder zurück. Wir sparen in der Zeit, damit wir in der Not reagieren können.

(Beifall bei der CSU)

Das ist im Übrigen auch keine Verschuldung. Eine rückzahlbare Grundstockablieferung ist ein Umsteuern im eigenen Vermögen des Freistaates Bayern. Das ist vergleichbar mit jeder Umbuchung, die Sie machen, wenn Sie vom Sparguthaben auf das Girokonto gehen oder umgekehrt. So versucht man die Möglichkeiten des Landes zu stärken und so haben wir in der Vergangenheit Bayern von anderen Bundesländern abgesetzt. Was in der Vergangenheit richtig war, ist auch gut für die Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Thomas Dechant (FDP): Bravo, das ist die richtige Entscheidung!)

Ich will den kommunalen Finanzausgleich nicht allzu lange ausleuchten, aber einen Effekt möchte ich doch ansprechen, weil er mir wichtig erscheint. Es wurde uns hier vorgeworfen, wir würden immer nur auf Berlin zeigen. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir beteiligen uns in Berlin zum Wohle der bayerischen Kommunen. Wir entwickeln eine Politik aus einem Guss, wir streben einen starken kommunalen Finanzausgleich und wichtige Grundentscheidungen in Berlin zugunsten der bayerischen Kommunen an.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Insbesondere die Entscheidung zur Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund bringt den bayerischen Kommunen eine erhebliche finanzielle Entlastung. Nach unseren Schätzungen werden die bayerischen Kommunen im nächsten Jahr um 141 Millionen Euro entlastet. Im Jahr 2013 wird sich dieser Betrag schon auf 288 Millionen Euro erhöhen und ab dem Jahre 2014 sind es etwa 414 Millionen Euro. Das ist fast eine halbe Milliarde Euro. Da sehen Sie, wie gut wir beraten waren, auf diesen Teil zu setzen, weil die Dynamik den bayerischen Kommunen die Luft zum Atmen genommen hätte. Das ist ein Erfolg bayerischer Verhandlungsführung.

(Beifall bei der CSU)

Gleichzeitig sind wir der festen Überzeugung, dass die Konsolidierung des Staatshaushalts kein Selbstzweck ist. Chancen für morgen setzen voraus, die nötigen Freiräume bereits heute zu schaffen. Das ist unsere Grundlinie. Deshalb müssen wir sparen, um gezielt Schwerpunkte in Zukunftsfeldern setzen zu können.

Diese Aufgabe ist noch nicht erledigt. Bayern musste im Jahre 2009 einen besonders starken Einbruch des Wirtschaftswachstums verkraften. Der Rückgang um 4,7 % entspricht genau dem Bundesdurchschnitt. Dadurch, dass Bayern deutlich stärker europäisch ausgerichtet war, und dadurch, dass in Bayern deutlich mehr Unternehmen, auch kleinere und mittelständische Unternehmen, international engagiert sind, ist es

uns gelungen, zu erreichen, dass in Bayern die Einbrüche nicht stärker waren als im Bundesdurchschnitt.

Viel wichtiger ist noch, dass wir diesen Effekt im letzten Jahr stärker als viele andere Bundesländer aufgefangen haben. Wir haben im Jahre 2010 in Bayern mit einem Wirtschaftswachstum von 3,9 % den bundesweiten Durchschnitt übertroffen. Wir haben richtig abgefedert und im Jahre 2010 sogar vorgelegt. Diesen Effekt wollen wir fortsetzen. Deshalb setzen wir die richtigen Schwerpunkte und zählen auf ein gutes und erfolgreiches Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind aber immer noch in der Aufholphase. Wir dürfen trotz der aktuellen Meldungen über die Verbesserungen bei den Steuereinnahmen in den ersten zwei Monaten nicht vergessen, dass wir nach den letzten Novemberschätzungen erst im Jahre 2012 den Stand wie vor der Finanzkrise erreichen.

Der Blick auf die Finanzplanungsjahre 2013/2014 zeigt, dass wir die bayerischen Finanzen auch künftig konsolidieren müssen. Das Gebot der Stunde ist jetzt, nicht auf den Lorbeeren auszuruhen, sondern die Zukunft zu gestalten und trotzdem Maß zu halten. Nicht alles, was wünschenswert ist, kann automatisch auch finanziert werden.

(Alexander König (CSU): Genau!)

Es ist notwendig, Schwerpunkte zu setzen und auch einmal Nein zu sagen. Das gilt auch für die nächsten Jahre, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Alexander König (CSU): Jeder verantwortungsvolle Familienvater weiß so etwas!)

Man kann nicht, wie man es auf der ganzen Welt erlebt, Schulden mit Schulden bekämpfen. Wir müssen jetzt, in besseren Zeiten, Reserven anlegen, um auch zukünftigen Krisen entgegenzutreten zu können.

Wir müssen deshalb in den kommenden Jahren folgenden finanzpolitischen Spagat schaffen: Erstens die Ausgaben weiter begrenzen; zweitens verbleibende strukturelle Defizite abbauen; drittens für schlechte Zeiten wieder vorsorgen, indem wir unsere Rücklagen auffüllen.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, führt mich noch einmal zur Situation der Beamtinnen und Beamten. Ich hatte bereits bei der Einbringung des Doppelhaushalts 2011/2012 betont, dass angesichts des Anteils der Personalausgaben am Gesamthaushalt, der über 40 % beträgt, Veränderungen im Personalbereich unvermeidbar sind. Dazu gehört jetzt insbesondere die Nullrunde bei den Beamtinnen und Beamten in diesem Jahr. Ich sage Ihnen aber zu: Wir werden den Nachtragshaushalt dafür nutzen, zu prüfen, welche Spielräume unter Berücksichtigung der gesamten Einnahme- und Ausgabensituation für die Bezügerunde 2012 bestehen,

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

und wir werden diese Gespräche schon mit der Steuerschätzung im Mai beginnen. Mir ist wichtig, dass wir unseren Mitarbeitern im öffentlichen Dienst so früh wie möglich das Signal geben, dass wir ihre Leistungskraft schätzen und auf sie bauen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU - Zuruf von der CSU: Bravo! Das ist eine sehr gute Entscheidung! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wenn man aber am Ende noch einmal kurz um sich blickt, muss man auch darauf hinweisen, dass wir nicht wissen, wie die schreckliche Natur- und Atomkatastrophe in Japan die weitere wirtschaftliche Entwicklung auch in Deutschland beeinflussen wird. Auch ein Blick nach Libyen, die fortbestehende Krise in einigen Euro-Ländern, aber auch die Gefahr steigender Energie- und Rohstoffpreise und das Inflationsrisiko zeigen: Wir müssen auch wieder mit schlechteren Zeiten rechnen. Daher müssen wir uns noch stärker als bisher auf die Kernaufgaben des Staates beschränken. Nur wenn wir das tun, können wir auch in Zukunft bei den richtigen Schwerpunkten Geld in die Hand nehmen und uns über die Entwicklung und Fortschreibung des Erfolgsmodells Bayern

von anderen Bundesländern absetzen. Wir können nicht alles fachlich Wünschenswerte finanzieren, sondern wir müssen gezielt und konsequent die richtigen Schwerpunkte setzen. Das ist mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 gelungen.

Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie diesem Doppelhaushalt zu, damit die Fortsetzung unseres bayerischen Stabilitätskurses eingehalten werden kann. Sagen Sie Ja zu mehr Gestaltungsmöglichkeiten und auch in Zukunft Nein zu weiteren Schulden. Das sind wir unseren Kindern und auch unseren Enkeln schuldig.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall und Zurufe von der CSU und der FDP: Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe)

- Ich bitte darum, jetzt konzentriert abzustimmen. Es gibt auch noch freudige Überraschungen: Die namentlichen Abstimmungen werden weniger.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sollten jetzt also konzentriert arbeiten.

(Unruhe)

- Verehrte Kolleginnen und Kollegen, darf ich nun beginnen? - Die Tagesordnungspunkte werden wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011 abstimmen. Das ist Tagesordnungspunkt 17. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/6879, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7835 mit 16/7839 und

die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/8200 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7835 mit 16/7839 abstimmen. Besteht Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen? - Das ist der Fall. Dann lasse ich abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Stimmenthaltungen? - Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, und damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und Frau Kollegin Dr. Pauli. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die CSU- und die FDP-Fraktion sowie Frau Kollegin Dr. Pauli. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER sowie Frau Abgeordnete Stewens (CSU). Stimmenthaltungen? - Keine.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011)".

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Das ist der Tagesordnungspunkt 18. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7893 mit 16/7934 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/8175 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die Änderungsanträge abstimmen.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/7904, betreffend Klimaprogramm in Bayern abstimmen. Hierzu war namentliche Abstimmung beantragt. Von dieser namentlichen Abstimmung ist jetzt abgesehen worden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen der Opposition. Wer dem Änderungsantrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 16/7906 betreffend Klimaprogramm Bayern 2020 - Waldumbau, abstimmen. Auch hierüber wird nicht namentlich abgestimmt. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die SPD-Fraktion, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und Frau Kollegin Dr. Pauli. Ich

bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich komme jetzt zum Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 16/7921, betreffend "Neuaufnahme: Mittel für energetische Sanierung kommunaler Gebäude". Auch hierzu wurde zunächst namentliche Abstimmung beantragt, dieser Antrag wurde aber zurückgezogen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich lasse also über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die CSU- und die FDP-Fraktion und Frau Kollegin Dr. Pauli. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich darf jetzt abstimmen lassen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/7909, "Klimaprogramm Bayern 2020 - Sonderprogramm „Energieautarke Gemeinden“". Auch hier wurde zunächst namentliche Abstimmung beantragt; das ist zurückgezogen worden. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. - Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/7910, betreffend "Klimaprogramm Bayern 2020 - Zuschüsse für Errichtung und zum Betrieb von Energieagenturen". Auch hier wurde zunächst namentliche Abstimmung beantragt; das wurde zurückgezogen. Wer diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FREIEN WÄHLER, die SPD, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich

anzuzeigen. - Das sind die CSU und die FDP. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der Frau Kollegin Dr. Pauli ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Jetzt kommen wir zu einer namentlichen Abstimmung, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Das ist der Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/7934, betreffend "Fortführung Klimaprogramm Bayern unter Effizienzgesichtspunkten nach erfolgter Evaluation". Die Urnen sind aufgestellt. Ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen. Vier Minuten setze ich dafür an.

(Namentliche Abstimmung von 18.42 bis 18.46 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich bitte, die Stimmkarten außerhalb des Saales auszuzählen. Ich unterbreche jetzt die Sitzung, bis wir das Abstimmungsergebnis bekannt geben können. Ich würde aber bitten: Bleiben Sie im Saal, dann kann ich nämlich die Zeit bei der nächsten namentlichen Abstimmung, die wir noch haben, verkürzen. - Ich weiß, die Züge fahren.

(Unterbrechung von 18.47 bis 18.49 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte die Sitzung wieder aufnehmen. Bitte nehmen Sie Platz.

Ich darf Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN "Fortführung des Klimaprogramms Bayern unter Effizienzgesichtspunkten nach erfolgter Evaluation", Drucksache 16/7934, bekanntgeben. Mit Ja haben 53, mit Nein haben 87 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit ich in der Abstimmung fortfahren kann. -

(Ulrike Gote (GRÜNE): Setzt euch doch endlich hin!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist Ihre Zeit. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Ich werde über den Haushalt nur in geordneten Verhältnissen abstimmen lassen. -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So geordnet wie der Haushalt!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/8175 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 13 entsprechend dieser Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Einzelplan 13 mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Soweit über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge nicht einzeln abgestimmt worden ist, haben diese gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung ihre Erledigung gefunden. Insoweit verweise ich auf Abschnitt II der Ihnen vorliegenden Liste.

(Siehe Anlage 8)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 16/8175.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das ist die Fraktion der SPD. Stimmenthaltungen? - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Es ist so beschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Beratung des Einzelplans 13 abgeschlossen.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2011/2012. Das ist der Tagesordnungspunkt 19. Der Abstimmung liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 16/6880 und die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7840 mit 16/7845 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/8201 zugrunde.

Vorweg lasse ich jetzt über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Teile des Änderungsantrags von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/7840 in namentlicher Form abstimmen. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkarten abzugeben. Für die Abstimmung stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.53 bis 18.57 Uhr)

Die Zeit ist um. Die Stimmabgabe ist geschlossen. Ich unterbreche die Sitzung, bis die Stimmkarten ausgezählt sind. Ich darf darauf hinweisen, dass wir noch die Schlussabstimmung durchführen müssen.

(Unterbrechung von 18.57 bis 19.00 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte die Sitzung wieder aufnehmen, bitte nehmen Sie Ihre Plätze wieder ein. -

(Allgemeine Unruhe)

Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, besteht damit Einverständnis, dass wir über die vom federführenden Ausschuss ganz oder teilweise zur Ablehnung vorgeschlagenen

Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7841 mit 16/7845 insgesamt abstimmen?

- Das ist der Fall. Dann lasse ich abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise mit dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind, soweit sie nicht für erledigt erklärt wurden, abgelehnt.

Herr Kollege, würden Sie bitte Ihren Platz für die Abstimmung einnehmen? - Herr Kollege Zeitler, bitte.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich darf jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/7840 bekannt geben: Mit Ja haben gestimmt 42 Abgeordnete, mit Nein 87; 11 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Änderungsantrag mit Ausnahme der für erledigt erklärten Nummer 3 und der ebenfalls für erledigt erklärten Teile der Nummer 4 abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/8201.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CSU und die FDP. Ich bitte Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die FREIEN WÄHLER, die SPD, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Da sind die FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion, das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Stimmenthaltungen? - Keine. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Gesetz ist somit angenommen. Es hat den Titel "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Nummer 3 und die Nummer 4 des Änderungsantrags auf Drucksache 16/7840 - soweit sie die Aufhebung der Artikel 16 und 17 betreffen - ihre Erledigung gefunden. Erledigt sind ebenso die Nummer 1 des Änderungsantrags auf Drucksache 16/7843, soweit darin auch die Aufhebung der Artikel 16 und 17 verlangt wird, und die Nummern 4 und 5 des Änderungsantrags auf Drucksache 16/7845.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit sind die Haushaltsberatungen abgeschlossen. Ich bedanke mich ausdrücklich beim Hohen Haus insgesamt für diese doch sehr intensiven dreitägigen Beratungen. Ich bedanke mich insbesondere beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Winter, ebenso beim stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Kollegen Volkmar Halbleib, bei den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses, bei den Kolleginnen und Kollegen der Fachausschüsse. Ich darf ganz, ganz herzlich unseren Offiziantinnen und Offizianten danken.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Ich danke vor allem auch den Damen und Herren des Stenografischen Dienstes, die in diesen Tagen härteste Arbeit geleistet haben.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Ich danke ganz herzlich unserem technischen Dienst. Ein ganz großes Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Ausschüsse begleiten.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Der Dank an die Damen und Herren unseres Plenarreferats, an der Spitze Herrn Ludwig, darf natürlich auch nicht fehlen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Danke schön. Ich bedanke mich auch bei unserem Herrn Ministerpräsidenten, dass er soweit irgend möglich anwesend war.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Ich bedanke mich auch bei den Kabinettskolleginnen und -kollegen, vor allem bei denen, die sehr viel anwesend waren, nicht nur bei ihrem eigenen Haushalt.

(Allgemeiner Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist geschlossen, ich danke Ihnen.

(Schluss: 19.06 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 18: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Fortführung Klimaprogramm Bayern unter Effizienzgesichtspunkten nach erfolgter Evaluation; (Kap. 13 31 neuer Tit.) (Drucksache 16/7934)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas			
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann			
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte			
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	53	87	0

Mitteilung

zu den Tagesordnungspunkten 17 bis 19

**Aufstellung der in den Ausschüssen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge
zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011 (Drs. 16/6879)
zum Einzelplan 13 (Drs. 16/8175)
zum Haushaltsgesetz 2011/2012 (Drs. 16/6880)**

I.

Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011 (Drs. 16/6879)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011)
(Drs. 16/6879)
(Drs. 16/7835)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011)
(Drs. 16/6879)
(Drs. 16/7836)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011)
(Drs. 16/6879)
(Drs. 16/7837)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur

Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011)

(Drs. 16/6879)

(Drs. 16/7838)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011)
(Drs. 16/6879)
(Drs. 16/7839)

II.

Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung führt zu Steuer Mehreinnahmen im Staatshaushalt
(Kap. 13 01)
(Drs. 16/7893)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen
(Kap. 13 03 Tit. 750 01)
(Drs. 16/7894)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Finanzierung zusätzlicher Investitionen, Personal- und Sachausgaben durch Verwendung von Grundstockmitteln
(Kap. 13 04 Tit. 314 51)
(Drs. 16/7895)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse an die Stiftung Haus der Kunst München GmbH
(Kap. 13 05 Tit. 683 02)
(Drs. 16/7896)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Finanzierung zusätzlicher Investitionen, Personal- und Sachausgaben durch Entnahme aus der Rücklage
(Kap. 13 06 Tit. 351 01)
(Drs. 16/7897)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Florian Ritter u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Finanzierung zusätzlicher Investitionen, Personal- und Sachausgaben durch Einnahmen aus der Rückforderung von Flughafendarlehen
(Kap. 13 06 neuer Tit.)
(Drs. 16/7898)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Sabine Dittmar u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mittel für die Gemeinden für die Einrichtung des elektronischen Personenstandsregisters
(Kap. 13 10 Tit. 613 04)
(Drs. 16/7899)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Allgemeine Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
(Drs. 16/7900)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuweisungen an Gemeinden gemäß Art. 13a, 13b und 13c FAG für den Unterhalt, Bau und Ausbau von Gemeinde- und Kreisstraßen
(Kap. 13 10 Titel 883 03)
(Drs. 16/7901)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Mittel für die Abgeltung von Personalkosten für neue Waffenkontrolleure in den kreisfreien Gemeinden (Kreisverwaltungsbehörden)
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
(Drs. 16/7902)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Maria Noichl u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung
(Kap. 13 30 Tit. 892 93)
(Drs. 16/7903)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 13 31 TG 51)
(Drs. 16/7904)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung sozialer Infrastruktur
(Kap. 13 31 Tit. 883 57)
(Drs. 16/7905)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Waldumbau
(Kap. 13 31 TG 72)
(Drs. 16/7906)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Ludwig Wörner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Schutzmaßnahmen im Bergwald
(Kap. 13 31 TG 74)
(Drs. 16/7907)

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Anpassung des Hochwasserschutz-Aktionsprogramms 2020 (Kap. 13 31 TG 76)
(Drs. 16/7908)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Sonderprogramm „Energieautarke Gemeinden“ (Kap. 13 31 TG 85 neuer Tit.)
(Drs. 16/7909)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - Zuschüsse zur Errichtung und zum Betrieb von Energieagenturen (Kap. 13 31 TG 85 neuer Tit.)
(Drs. 16/7910)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Klimaprogramm Bayern 2020 - F+E-Projekte Verkehrsökologie (Kap. 13 31 TG 86 neuer Tit.)
(Drs. 16/7911)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Steiger, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Sonderprogramm zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung - Inklusion voranbringen (Epl. 13 neues Kap.)
(Drs. 16/7912)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verstärkungsmittel für den Staatsstraßenbau (Kap. 13 03 neuer Tit.)
(Drs. 16/7913)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Darlehensrückfluss von der Flughafen München GmbH (Kap. 13 06 Tit. 181 03)
(Drs. 16/7914)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Schlüsselzuweisungen (Kap. 13 10 Tit. 613 01)
(Drs. 16/7915)
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Pauschalzuweisungen zu den Schülerbeförderungskosten (Kap. 13 10 Tit. 633 01)
(Drs. 16/7916)
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs - Zuweisung an die Bezirke gemäß Art. 15 FAG (Kap. 13 10 Tit. 633 08)
(Drs. 16/7917)
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Zuweisungen an Gemeinden aus der Überlassung des Aufkommens an der Kraftfahrzeugsteuer gemäß Art. 13 FAG (Kap. 13 10 Tit. 883 03)
(Drs. 16/7918)
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW) Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Investitionspauschalen an Gemeinden und Landkreise gemäß Art. 12 FAG (Kap. 13 10 Tit. 883 44)
(Drs. 16/7919)

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz (Kap. 13 10 TG 81)
(Drs. 16/7920)
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Neuaufnahme: Mittel für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude (Kap. 13 10 neu TG)
(Drs. 16/7921)
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude (Kap. 13 31 TG 51)
(Drs. 16/7922)
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für das Programm „Bioenergie für Bayern“ (Kap. 13 31 TG 62)
(Drs. 16/7923)
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für den Waldumbau (Kap. 13 31 TG 72)
(Drs. 16/7924)
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für Schutzmaßnahmen im Bergwald (Kap. 13 31 TG 74)
(Drs. 16/7925)
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bereitstellung von Mitteln für Zuweisungen für Hochwasserschutzinvestitionen von Gemeinden (Kap. 13 31 Tit. 883 76)
(Drs. 16/7926)
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine weiteren Zuschüsse für die Forschungsförderung (Kap. 13 03 Tit. 894 07)
(Drs. 16/7927)
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse an Sonstige zur Schaffung von Versorgungsstrukturen für ältere Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte (Kap. 13 03 neuer Tit.)
(Drs. 16/7929)
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kommunaler Finanzausgleich: Kostenaufkommen der Landratsämter - übertragener Wirkungskreis (Kap. 13 10 Tit. 613 21)
(Drs. 16/7930)
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kommunaler Finanzausgleich: Zuweisungen zur Schülerbeförderung (Kap. 13 10 Tit. 633 01)
(Drs. 16/7931)
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kommunaler Finanzausgleich: Zuweisungen an die Bezirke gemäß Art. 15 FAG (Kap. 13 10 Tit. 633 08)
(Drs. 16/7932)

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kommunalen Finanzausgleich: Entnahme kommunale Sonderbaulast aus den Verbundmitteln unterbleibt
(Kap. 13 10 Tit. 883 01 und 883 03)
(Drs. 16/7933)
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Fortführung Klimaprogramm Bayern unter Effizienzgesichtspunkten nach erfolgter Evaluation
(Kap. 13 31 neuer Tit.)
(Drs. 16/7934)

III.

Haushaltsgesetz 2011/2012
(Drs. 16/6880)

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
(Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012)
(Drs. 16/6880)
hier: Aufhebung der allgemeinen Wiederbesetzungssperre nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2
Erhöhung der Stellen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten nach Art. 6c
Aufhebung des Art. 15 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes - Eingangsbesoldung)
Art. 16 (Änderung der Jubiläumswendungsverordnung)
Art. 17 (Änderung der Wegstreckenentschädigungsverordnung)
(Drs. 16/7840)
Die Nr. 3 und teilweise die Nr. 4 des Änderungsantrags haben durch die Aufnahme in das Haushaltsgesetz ihre Erledigung gefunden.
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FW)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
(Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012)
(Drs. 16/6880)
hier: Rücknahme der Verlängerung der Wiederbesetzungssperre
(Drs. 16/7841)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FW)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
(Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012)
(Drs. 16/6880)
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b
(Drs. 16/7842)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FW)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
(Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012)
(Drs. 16/6880)
hier: Rücknahme der Sparmaßnahmen im Personalbereich
(Drs. 16/7843)
Die Nr. 1 des Änderungsantrags hat, soweit sie die Art. 16 und 17 betrifft, durch die Aufnahme in das Haushaltsgesetz ihre Erledigung gefunden.
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
(Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012)
(Drs. 16/6880)
hier: Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes
(Drs. 16/7844)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
(Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012)
(Drs. 16/6880)
(Drs. 16/7845)
Die Nrn. 4 und 5 des Änderungsantrags haben durch die Aufnahme in das Haushaltsgesetz ihre Erledigung gefunden.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 19: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u. a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz - HG - 2011/2012) (Drs. 16/7840)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter			X
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas			
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann			
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			X
Kamm Christine	X		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte			
Meyer Peter			X
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			X
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred			X
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			X
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	42	87	11

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Susann Biedefeld

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Abg. Philipp Graf von und zu Lerchenfeld

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Ulrike Gote

Abg. Dr. Annette Bulfon

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Bernd Sibler

Abg. Julika Sandt

Abg. Tobias Thalhammer

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Haushaltsplan 2011/2012;

**Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Wissenschaft, Forschung und Kunst**

hierzu:

Änderungsanträge

von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/7675 mit 16/7687)

und

Änderungsanträge

der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/7688 mit 16/7700)

und

Änderungsanträge

der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/7701 mit 16/7715)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Herr Heubisch, Sie können deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt hat, über ihren Änderungsantrag auf der Drucksache 16/7691 einzeln, und das in namentlicher Form, abstimmen zu lassen.

Dann können wir beginnen. Herr Staatsminister Dr. Heubisch, ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Sehr verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich sage den Besuchern auf der Zuschauertribüne ein herzliches Grüß Gott. Jetzt wird der Haushalt des Wissenschafts-, Forschungs- und Kunstministers diskutiert und dann positiv verabschiedet. Es ist schön, dass Sie dabei sind. Wir brauchen uns nicht zu wundern, dass so wenige Kollegen im Saal sind, denn sie verstecken sich auf der Besuchertribüne. Wir werden im Laufe der Zeit schon noch mehr werden.

Verehrte Damen und Herren, wir befinden uns in der Tat in einer Zeit gewaltiger Herausforderungen. Wir haben mehr junge Menschen denn je zuvor an unseren Hochschulen und gleichzeitig einen krassen demografischen Wandel, der seinen Schatten vorauswirft. Das zeigt sich am besten daran, dass heute schon in vielen Branchen Fachkräfte Mangelware sind. Das alles findet vor dem Hintergrund des globalen Wettbewerbs statt, der immer intensiver wird.

Der Freistaat Bayern stellt sich diesen Herausforderungen. Dazu nenne ich ein paar Kennzahlen. Der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst belegt das schwarz auf weiß. Die Ausgaben im Einzelplan 15 steigen von 4,9 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf 5,2 Milliarden Euro im Jahr 2011 - das ist ein Plus von 6 % - und auf 5,4 Milliarden Euro im Jahr 2012; das ist ein Plus von 4,6 %. Die Ausgaben für die Hochschulen steigen 2011 um 271,8 Millionen an - das ist ein Plus von 8,9 % - und 2012 um weitere 203,5 Millionen; das ist ein Plus von 6,1 %. Hinzu kommen 2011 102,5 Millionen und 2012 nochmals 41,2 Millionen, die für das Programm zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger im Einzelplan 13 veranschlagt sind.

Ich möchte jetzt kurz auf einen Bericht in der heutigen Ausgabe der "Süddeutschen Zeitung" eingehen, der wohl mittlerweile allen bekannt ist. Professor Huber, der Präsident der Ludwig-Maximilians-Universität - LMU -, äußert sich in einem Gespräch, das übrigens - das muss man hier deutlich ansprechen - vor drei Wochen stattfand. Es erscheint ausgerechnet heute, und das ohne das Zutun des Präsidenten. Jeder kann

sich seinen Teil dazu denken, wie so etwas in der Presse gemacht wird. Ich sage Ihnen ganz offen: Das ist wunderbar für mich; denn man bekommt keine bessere Chance zu verdeutlichen - auch an den Punkten, die in diesem Gespräch angesprochen wurden -, dass es nur die halbe Wahrheit war, die da geäußert wurde.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Allein schon die Überschrift ist Blödsinn. Es gibt weder einen Sparkurs der Bayerischen Staatsregierung noch einen Sparkurs des Ministerpräsidenten. Das ist Unsinn und hat in einer seriösen Zeitung eigentlich nichts zu suchen.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Joachim Werner (SPD))

Kritisiert wird die sinkende Staatsquote der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Diese sinkende Staatsquote ist aber ein erfreuliches Ergebnis der erfreulichen Drittmiteleinwerbung der LMU. Das ist ein reines Rechenexempel. Man bekommt Drittmittel von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der EU nur dann, wenn man ein hoch qualifiziertes universitäres Forschungssystem hat. Das heißt also, wenn ich so viele Drittmittel einwerben kann, habe ich an meiner Hochschule eine ausgezeichnete Forschungslandschaft. Das ist doch ein wirklich dickes Kompliment. Dass sich dabei natürlich die Relationen verschieben, ist auch verständlich.

(Beifall bei der FDP)

Falsch ist der Schluss, dass der LMU in Euro und Cent weniger staatliche Mittel zur Verfügung stehen. Das Gegenteil ist richtig. Der Freistaat stellt der LMU im Jahr 2011 verglichen mit 2010 4,4 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Die in diesem Artikel angesprochene unterdurchschnittliche Beteiligung der LMU bei der Bewältigung des Studentenbergs ist gewollt. Diese unterdurchschnittliche Beteiligung ist Ergebnis einer zielgerichteten Politik. Wir wollen die Zuwächse der Studierenden an die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und an die Hochschulen außerhalb der Metropole lenken. Wir brauchen an der LMU, die sowieso schon aus allen Nähten platzt, nicht

noch mehr Studenten. Unser Ziel ist, die Studierenden an die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und in die Regionen zu leiten.

(Beifall bei der FDP)

Berücksichtigt werden muss auch, dass die LMU vorwiegend geisteswissenschaftlich geprägt ist. Im Ausbauprogramm liegen uns aber vor allem die Natur- und Technikwissenschaften am Herzen. Die brauchen wir wegen des Fachkräftemangels. Deswegen ist es verständlich, dass die LMU weniger Zuwächse haben wird als viele andere Hochschulen in Bayern. Das ist gut so.

(Beifall bei der FDP)

Im Übrigen hat die LMU 2008 eine Zielvereinbarung abgeschlossen, die auch eingehalten worden ist. Jetzt wird natürlich auch emotionale Politik betrieben, indem gesagt wird, bei den Professorengehältern liege Bayern deutschlandweit auf dem letzten Platz. Auch das muss ich richtigstellen. Zutreffend ist, dass die Grundgehälter von neu eingestellten Professoren für 18 Monate um 10 % abgesenkt werden. Das ist übrigens bei allen Neueinstellungen des Freistaats Bayern der Fall. Die Professoren werden insofern mit allen anderen Neuanfängern beim Freistaat gleichbehandelt. Die nicht abgesenkten W-Gehälter für Professoren, die beim Freistaat Bayern bereits angestellt sind, liegen bundesweit an erster Stelle. Auch das möchte ich hier deutlich sagen. Im Übrigen ist bei den Professoren gewährleistet, dass die Absenkung von jeder Hochschule individuell durch Leistungsbezüge wieder ausgeglichen werden kann. Jeder Professor, der nach Bayern kommt, kann darüber verhandeln, wie sein Gehalt wirklich aussehen soll. Das abgesenkte Gehalt ist insofern eine fiktive Größe. Wenn es diese Verhandlungen nicht gäbe, könnte keine bayerische Hochschule mehr Professoren gewinnen. Insoweit geht diese Kritik ins Leere.

Ich will mich nun den weiteren Fakten zuwenden. Wir haben in Kürze den doppelten Abiturjahrgang zu bewältigen. Bayern ist darauf und auf die damit in Zusammenhang stehenden steigenden Studierendenzahlen gut vorbereitet. Im Übrigen hat das Zent-

rum für Hochschulentwicklung - ich glaube, sogar im Hochschulausschuss - vor Kurzem bestätigt, dass Bayern hierfür gut aufgestellt ist. Für das Programm zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger stellen wir 241 Millionen Euro zur Verfügung. Wir haben unsere Zusage gegenüber den Hochschulen, 3.000 neue Stellen zu schaffen, auch vollkommen erfüllt. Hinzu kommen 150 Stellen für vorgezogene Berufungen an die Universität. Auch der räumliche Ausbau ist absolut auf der Zielgeraden. Zu Beginn des jetzigen Sommersemesters werden rund 43.300 Quadratmeter zusätzlich zur Verfügung stehen. Zu Beginn des Wintersemesters werden es insgesamt rund 121.000 Quadratmeter sein. So wird es auch im nächsten Jahr weitergehen.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): 130.000 Quadratmeter war der aktuelle Stand!)

- Diejenigen, die jetzt anfangen, sind doch nicht sofort im sechsten Semester. Diese Zahl geht von Semester zu Semester nach oben. Damit habe ich auch schon die erste Frage beantwortet. Ich hoffe, dass jetzt auch klar ist, wie die 130.000 oder 143.000 Quadratmeter gemeint sind.

Die medizinischen Fakultäten werden die Zulassungszahlen im Studiengang Humanmedizin vorübergehend erhöhen. Drei Jahre lang werden zusätzlich 80 Medizinstudenten aufgenommen. Seit 2005 haben wir in Bayern ein Plus von 18 %.

Durch die Aussetzung der Wehrpflicht - auch das ist ein Problem, das wir seit letztem Sommer kennen - erwarten wir zum 1. Juli 2011 etwa 5.500 zusätzliche Studienanfänger. Am schnellsten hat darauf der Freistaat reagiert, indem der Wissenschaftsminister mit dem Finanzminister Sofortmaßnahmen vereinbart hat. Wir werden nach der Verabschiedung meines Haushalts sofort 220 weitere Stellen schaffen können, die auch rechtzeitig zu Beginn des Wintersemesters eingesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Die Stellen für Personal, das in der Lehre unbefristet tätig ist, können wir künftig deutlich früher wieder besetzen, denn die Wiederbesetzungssperre wird auf drei bzw. zwei Monate reduziert. Damit ist auch das Problem gelöst, dass die Wiederbesetzungssperren in das Semester fallen. Jetzt ist gewährleistet, dass die Wiederbesetzungssperre nur in den Semesterferien greift. Damit kann man leben.

Die Studienplätze, die wir wegen der Aussetzung der Wehrpflicht in den nächsten Jahren zusätzlich benötigen, werden auch im Rahmen des Hochschulpakts vom Bund mit finanziert. Darauf haben sich Bund und Länder inzwischen geeinigt.

Verehrte Damen und Herren, damit sind die Weichen richtig gestellt. Unsere Gymnasiasten des G 9 haben die bundesweit einmalige Chance, dass sie bereits ab dem 2. Mai mit ihrem Studium beginnen können.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Theoretisch!)

Wir stellen über 300 reguläre Studiengänge bereit. Über 300 reguläre Studiengänge werden nur in diesem Sommersemester zusätzlich angeboten. In vielen Hochschulen endet die Einschreibungsfrist erst Ostern. Zusätzlich zu den Studiengängen haben wir noch Überbrückungsangebote geschaffen. Wenn jemand erst im Wintersemester mit dem Studium beginnen möchte, kann er Überbrückungsangebote annehmen und ECTS-Punkte sammeln. Die Studenten müssen die Überbrückungsangebote nicht wahrnehmen, wenn das besser in ihre Lebensplanung passt.

Diese Angebote sind der Verdienst vieler. Insbesondere die Hochschulleitungen haben hervorragend mitgearbeitet. Das ist dem guten Verhältnis, das zwischen dem Wissenschaftsministerium und den Hochschulen besteht, geschuldet. Einfach ist das jedoch für die Hochschulen nicht. Es hat aber sehr gut geklappt. Ich bedanke mich bei allen Professorinnen und Professoren, die sich dafür eingesetzt haben. Selbstverständlich danke ich ebenfalls den Bauämtern, der Obersten Baubehörde und nicht zuletzt dem Finanzminister. Zwar haben wir harte Gespräche geführt, jedoch haben wir

uns geeinigt. Ich bedanke mich schon im Voraus dafür, dass Sie, meine Damen und Herren, dem Abschluss meines Haushalts zustimmen werden.

Wir werden 38.000 zusätzliche Studienplätze schaffen. Damit werden wir die Situation in diesem und im kommenden Jahr gut meistern. Es wird immer das Argument der 10.000 Studienplätze angeführt. Ich möchte noch einmal sagen: Wir befinden uns noch in unserer Generallinie. Derzeit können wir noch nicht über 10.000 Studienplätze zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist richtig, dass Bayern ein bevorzugtes Studienland ist. Wenn wir über diesen Zielkorridor hinausgehen, werde ich beim Finanzminister vorstellig und sage: Wir brauchen die Studienplätze jetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

- Die 38.000 Studienplätze werden anders finanziert. Darüber sind wir uns einig.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, gestatten Sie an dieser Stelle eine Zwischenfrage?

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Nein, ich habe nur noch sieben Minuten Redezeit.

Die jungen Leute werden ohnehin die Lasten unserer Gesellschaft in erheblichem Maße tragen müssen. Darum ist es wichtig, ihnen möglichst wenig Schulden zu hinterlassen; deshalb ist der schuldenfreie Haushalt so wichtig. Darüber haben wir heute Vormittag ausführlich diskutiert. Das ist wichtig für meine jungen Leute. In anderen Bundesländern - Sie wissen, welche ich meine - wird gesagt: Wunderbar, wir machen das einfach. Wir stecken mehr Geld in die Hochschulen. Gleichzeitig werden mehr und mehr Schulden aufgenommen, sodass der Verfassungsgerichtshof den Haushalt kas-

sieren muss. Das wird in Bayern nicht der Fall sein. Im Gegenteil, es gibt nirgendwo eine solidere Haushaltsführung als hier bei uns im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Susann Biedefeld (SPD): Lächerlich!)

Verehrte Damen und Herren, neben dem Wissenschaftsstandort Bayern gibt es auch einen Forschungsstandort Bayern. Wir investieren 40,1 Millionen Euro mehr in außer-universitäre Forschungseinrichtungen wie das Max-Planck-Institut und das Leibniz-Institut. Wir investieren 32,8 Millionen Euro in die Technologietransferzentren der Regionen. Diese sitzen zum Beispiel in Cham, Neustadt und Freyung-Grafenau. Das wird anlaufen. Dafür haben wir knapp 30 Millionen Euro zur Verfügung.

Technologietransferzentren bringen Wissenschaft und innovatives Unternehmertum zusammen. Es ist wichtig, dass sich Wissenschaft und Wirtschaft verbinden. Ich bin Herrn Staatsminister Zeil dankbar, dass dies immer besser funktioniert. In München haben wir uns zusammengefunden, um das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Forschung zu stärken. Ein weiteres großes Projekt ist das Haus der Forschung. Die Wissenschaft ist der Schrittmacher für Firmenansiedlungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich knapp zur Kultur äußern. Die Kultureinrichtungen in Bayern sind unser Aushängeschild und gleichzeitig ein Wirtschaftsfaktor. Kunst und Kultur sind auch ein Magnet für auswärtige Wissenschaftler. Sie kommen nach Bayern, weil es hier anerkannte kulturelle Einrichtungen gibt. Das lieben die Wissenschaftler. Dabei unterstützen wir sie gerne. Wir haben auf hohem Niveau investiert und die Zuschüsse für die nichtstaatlichen Orchester, die Sing- und Musikschulen, die Laien- und Volksmusikpflege, die Heimatpflege und für die nichtstaatlichen Theater nicht gekürzt. Ich möchte deutlich darauf hinweisen, dass dies freiwillige Leistungen des Freistaats Bayern sind. Wir präsentieren uns mit unseren freiwilligen Leistungen als Staat, der freiwillige Aufgaben dort übernimmt, wo sie sinnvoll sind.

Verehrte Damen und Herren, in diesem Kurzbericht habe ich Ihnen die wichtigsten Punkte vorgestellt. Selbstverständlich ist es ein gewaltiger Kraftakt. Fakt ist, dass wir das Notwendige und das Machbare in Deckung gebracht und dabei nicht unsere Verantwortung für die kommenden Generationen vergessen haben. Deshalb bitte ich Sie, dem Entwurf des Einzelplans 15 zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Frau Kollegin Biedefeld und Herr Kollege Dr. Fahn haben sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Staatsminister, ich möchte zu Ihren knappen Worten zu Kunst und Kultur eine kurze Nachfrage stellen. Sie bezeichnen Kunst und Kultur als wichtige Magneten für die Wirtschaftskraft in unserer Region. Das Landestheater Coburg - aus dieser Region komme ich - ist ein solcher Magnet. Jetzt steht die Generalsanierung des Landestheaters Coburg an. Ich nutze jetzt die Gelegenheit, weil verschiedene Aussagen im Raum stehen. Ich stelle fest, dass Herr Kollege Heike nicht da ist. Deshalb gebe ich Folgendes zu Protokoll: Im Jahr 2011 und 2012 sind keine Haushaltsmittel für die absolut notwendige Generalsanierung, die rund 27 Millionen Euro kosten würde, zur Verfügung gestellt worden. Es gibt einen Planungstitel ohne Mittel, weil dort nichts drin steht. Das ist Fakt. Das ist im Haushalt so ausgewiesen. Ich weiß, dass die entsprechende Deckungsfähigkeit gegeben ist. Trotzdem frage ich Sie: Wann wird die Generalsanierung des Landestheaters Coburg angepackt?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wenn in München alles fertig ist!)

Welche Mittel stehen in dem Planungstitel des Haushalts 2011/2012 zur Verfügung? Ich habe Sie dazu schon mehrfach befragt. Die Stadt Coburg hat eine Finanzierungsvereinbarung mit dem Freistaat. Die Stadt Coburg hat ihre Hausaufgaben gemacht, das Landestheater Coburg ebenfalls. Wann macht die Staatsregierung, speziell das

Wissenschaftsministerium und Sie als Minister, die Hausaufgaben? Können Sie mir dazu konkrete Angaben machen?

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Wenn ich von Ihrer Frage gewusst hätte, hätte ich die entsprechenden Zahlen mitgebracht. Ich kann das, was ich vormittags gesagt habe, wiederholen. Ich kenne die Diskussion über die Sanierungsmaßnahmen. Letztes Jahr stand das Staatstheater Nürnberg an, dieses Jahr steht das Staatstheater am Gärtnerplatz in München als mächtige Aufgabe bevor. Danach kommt das Landestheater in Coburg dran. Das war meine klare Aussage.

(Susann Biedefeld (SPD): Im Haushalt stehen keine Mittel!)

Sie wissen doch, wie mit Leertiteln gearbeitet wird. Sie sind die Fachfrau. Sie verstehen mehr vom Haushaltsrecht als ich.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das glaube ich nicht!)

- Du glaubst das nicht, ok.

Als nächste große Maßnahme kommt das Landestheater in Coburg an die Reihe.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, es gibt eine weitere Zwischenbemerkung. Herr Dr. Fahn, bitte.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Wir diskutieren seit Jahren über 38.000 Studienplätze. Sie sagen, 10.000 weitere seien in der Pipeline, und Sie würden sich massiv beim Finanzminister einsetzen. Ich wünsche Ihnen viel Glück.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie und ich wissen im Prinzip, dass es dabei nicht bleiben wird, weil wir mindestens 50.000 Studienplätze benötigen. Alleine wegen der Aussetzung des Wehrdienstes werden 5.000 Studienplätze mehr benötigt. Ihre Verhandlungsposition wäre besser, wenn Sie von 50.000 Studienplätzen ausgingen. Vor einem Jahr haben Sie davon gesprochen, dass kein Student Ihretwegen ausgeschlossen wird, sondern jeder einen Studienplatz bekommen wird. Mit dieser Aussage haben Sie bei den Studenten Hoffnungen geweckt.

In den letzten Tagen haben Sie sich immer wieder zu den Studiengebühren geäußert. Im Moment sind Sie massiv gegen die Abschaffung. Die Frage ist, wann Ihre Front bricht. Wird es dann sein, wenn Bayern als einziges Bundesland noch Studiengebühren erhebt? Werden Sie dann auch noch der Fels in der Brandung sein, der für die Studiengebühren eintritt? Sie müssen befürchten, dass weniger Studenten nach Bayern kommen werden, weil sie hier Studiengebühren zahlen müssen.

(Zuruf von der CSU: Wir bekommen immer noch mehr Studenten!)

- Das muss man erst sehen.

Oder läuft es auf das FDP-Modell hinaus, das nachgelagerte Studiengebühren bedeuten würde? Das stand im Wahlprogramm der FDP. Werden Sie es durchsetzen?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Wegen der zusätzlichen 10.000 Studienplätze will ich folgende Anmerkung machen: Mein Ministerium hat die größten Zuwächse von allen erreicht. Sie können davon ausgehen, dass ich die nötigen Finanzen auch mit Vehemenz einfordern werde, wenn es soweit ist.

(Beifall bei der FDP)

Bisher habe ich das Notwendige immer noch erreicht. Wir machen es, wenn es soweit ist. Alles zu seiner Zeit!

Ich habe die Bitte, auf die Studienbeiträge in der Schlussrunde eingehen zu können, weil ich annehme, dass die geschätzte Opposition noch die eine oder andere Anmerkung hat. Ich antworte darauf insgesamt.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Wir fahren in der Aussprache fort. Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Rabenstein, ihm folgt Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Rabenstein.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister Heubisch, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bessere Bildung ist die beste Investition in Bayerns Zukunft. Das gilt nicht nur für die schulische, sondern natürlich auch für die Hochschulbildung. Das ist leicht dahergesagt. Wir wissen aber, was sich dahinter verbirgt.

Bayern rühmt sich, ein Land zu sein mit Laptop und Lederhose.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

Bundespräsident Herzog hat dieses Bild geprägt: Einerseits der Laptop für den Fortschritt und andererseits die Lederhose für den Kulturstaat. Ich frage, ob das für das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst heute noch gilt und in Zukunft weiter gelten wird.

Ich komme zu den von Ihnen, Herr Staatsminister Heubisch, vorgetragenen positiven Zahlen. Es hört sich gut an, wenn von 5,8 % mehr für das Jahr 2011 und fast 5 % mehr für 2012 gesprochen wird. Man muss allerdings wissen, vor welchem Hintergrund diese Zahlen zu verstehen sind. Wir haben seit Jahrzehnten eine Unterfinanzierung der Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Die Unterfinanzierung der letzten drei Jahre wäre ohne Studienbeiträge noch drastischer. Die Mittelsteigerung resultiert vor allem aus den Mehreinnahmen der Hochschulen sowie aus Bundesmitteln, wie sie etwa dem Hochschulpakt entsprechen. Ohne diese Einnahmen müssten die Universitäten und Fachhochschulen sogar Mittelkürzungen in

Kauf nehmen. Das ist die Wahrheit. Außerdem steigt wegen des doppelten Abiturienjahrgangs und der Aussetzung der Wehrpflicht bekanntlich die Zahl der Studienanfänger. Die Ausgaben pro Student sind entscheidend, werden aber in den kommenden Jahren zurückgehen. Das ist für ein wohlhabendes Bundesland wie Bayern wahrhaft ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD - Bernd Kränzle (CSU): Bitte den Beweis antreten!)

- Die Zahlen bringe ich gerne.

Dank des G 8 und des G 9 erwarten wir in diesem Jahr einen wahren Ansturm auf unsere Hochschulen. Außerdem wird die Situation wegen der Aussetzung der Wehrpflicht verschärft. Herr Minister Heubisch, Sie sagten, wir wären gut aufgestellt und sollten abwarten. Wir sehen das anders. Die versprochenen und beschlossenen 38.000 Studienplätze reichen unserer Meinung nach bei Weitem nicht aus. Den Absolventen des doppelten Abiturjahrgangs werden schlechtere Studierchancen geboten als den früheren Jahrgängen. Dazu ist nur zu sagen: Laptop kaputt.

Ich möchte auch an die Online-Umfrage erinnern, über die wir verlässliches Zahlenmaterial hätten bekommen sollen. In einem Hightech-Land wie Bayern war die Serverüberlastung eine Blamage sondergleichen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Das war keine gute Prognose für die Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs. Wenn man nicht einmal das schafft, Herr Minister, ist noch einmal zu sagen: Laptop kaputt.

In dem Zusammenhang wäre eine Erhöhung der Zuschüsse für die bayerischen Studentenwerke nötig; denn mit der steigenden Studierendenzahl des doppelten Abiturienjahrgangs 2011 muss auch die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur für die Studierenden ausgebaut werden. Mensen, studentisches Wohnen, Beratungsangebote sowie die Betreuung ausländischer Studierender entsprechen nicht mehr den

neuen Anforderungen. Die staatlichen Zuschüsse für die bayerischen Studentenwerke sind in den vergangenen Jahren leider gekürzt worden. Auch das wurde mit der Erhöhung der Studienbeiträge ausgeglichen. Diese Mittel hätten wir anderswo besser einsetzen können. Geradezu dramatisch wäre die Situation, wenn die Studierenden nicht selbst durch Beiträge zur Finanzierung der Hochschulen beitragen müssten.

Herr Minister Heubisch, ich habe den Vergleich gebracht, was der Hochschulausbau insgesamt in den nächsten Jahren kosten wird. 470 Millionen Euro sind errechnet worden. Ich habe das genau angesehen. Bisher sind 509 Millionen Euro aus Beiträgen der Studierenden eingenommen worden. Über eine halbe Milliarde Euro haben die Studierenden in Bayern bluten müssen!

Wir sind deswegen nach wie vor für die Abschaffung der Studienbeiträge. Wir haben immer argumentiert: Es geht hier um soziale Gerechtigkeit. Statt Leistung und Begabung entscheidet nämlich immer öfter der Bildungshintergrund der Eltern, ob junge Menschen an die Hochschulen kommen. Diese Situation hat sich durch den Bologna-Prozess und die Verschulung des Studiums verschärft, weil viele Studierende eben nicht mehr nebenher arbeiten können und noch mehr von den Eltern unterstützt werden müssen. Wenn Sie sagen: "Wir machen keine Schulden", dann entgegne ich: Der Freistaat macht es sich zu einfach, wenn er erst den Studierenden eine halbe Milliarde Euro auflastet und dann sagt, er brauche keine Schulden mehr zu machen. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dr. Fahn hat schon ein weiteres Argument angesprochen: Nach der Wahl in Baden-Württemberg und der Bildung einer grün-roten Koalition werden auch dort mit Sicherheit die Studiengebühren abgeschafft. Nun besteht vor allem auf lange Sicht die Gefahr, dass fähige Köpfe aus Bayern in unsere Nachbarbundesländer abwandern, weil wir dann wohl das einzige Bundesland sind, das noch Studiengebühren erhebt. Auch das ist ein Grund, die Studiengebühren in Bayern abzuschaffen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Ich sage sehr deutlich: Wenn es Schwarz-Gelb nicht tut, dann werden wir es nach der Wahl 2013 tun - genauso wie Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Wir werden die Studiengebühren abschaffen. Das ist ein Versprechen, mit dem wir in den Wahlkampf ziehen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CSU)

- Graf Lerchenfeld, Sie lachen darüber. 58 Jahre lang hat die CDU in Baden-Württemberg auch so gelacht. Ihr ist das Lachen ebenso vergangen, wie es auch Ihnen vergehen wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Lassen Sie mich ein weiteres Thema ansprechen, das mich seit Jahren beschäftigt: die wissenschaftlichen Bibliotheken und das öffentliche Bibliothekswesen. In diesem Bereich gibt es seit Jahren Defizite. Unsere diesbezüglichen Anträge, die wir seit Jahren stellen, haben nichts bewirken können, obwohl gerade die wissenschaftlichen Bibliotheken von großer Bedeutung sind. Ich habe hier einen schönen Zeitungsartikel, der überschrieben ist mit: "Akute Platznot in den Bibliotheken".

In dem Artikel wird dargelegt, was in der Bayerischen Staatsbibliothek los ist. Angesichts dessen muss ich sagen: Laptop kaputt! Es ist schade, dass man für die wissenschaftlichen Bibliotheken seit Jahren so wenig tut - diese Einschätzung gilt aber auch für die öffentlichen Bibliotheken -, obwohl sie Grundpfeiler einer lebendigen, kreativen Kulturlandschaft sein sollten. Es sind nur wenige Millionen, die man bräuchte, um den Bibliotheken zu helfen. Es ist schade, dass von der Koalition so wenig kommt.

(Beifall bei der SPD)

Eines meiner Lieblingsthemen ist der Denkmalschutz. Uns liegt ein Schreiben des Landesdenkmalrates vor. Ich zitiere wörtlich - gut aufpassen, lieber Kollege Sibler! -:

(Bernd Sibler (CSU): Ich kenne das Schreiben!)

Die im Haushaltsentwurf der Staatsregierung vorgesehenen Kürzungen im Bereich der Denkmalpflege sind für den Vollzug des Denkmalschutzgesetzes sehr bedenklich. Verglichen mit den höchsten Ausgaben

- in den 80er- und 90er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts; damals waren es noch 25 Millionen Euro -

ist das ein tiefer Absturz.

Ich zitiere weiter:

Zwar liegt der vorgesehene Betrag etwas höher als 2006/2007, als ein Tiefpunkt erreicht war; doch ist die geplante Kürzung äußerst schmerzlich.

Weiter heißt es:

Eine vernünftige Denkmalpflege ist damit kaum mehr möglich.

Es hat mich sehr gewundert, dass der Vorsitzende des Landesdenkmalrats diesen Brief nicht unterschrieben hat. Anscheinend wird die Einschätzung des Landesdenkmalrates von der CSU nicht mitgetragen. Lieber Kollege Sibler, von Ihnen als dem Vorsitzenden des Landesdenkmalrates hätte ich mir ein anderes Standing erwartet.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER) - Zuruf des Abgeordneten Bernd Sibler (CSU))

Ich muss sagen: Als kulturbewusster Franke schäme ich mich. Es ist kein Aushängeschild für den Freistaat, wenn man in diesem sensiblen Bereich Mittel kürzt.

(Bernd Sibler (CSU): Um 1 Million erhöht!)

"Lederhose" steht für Tradition. Die Lederhose hier schaut aber gar nicht mehr gut aus. Als kulturbewusster Franke sage ich: Es ist nicht gut, wie Bayern, ein kulturbewusster Freistaat, seit Jahren mit dem Denkmalschutz umgeht. Ich möchte nicht alles schlechtreden,

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

aber der Akku des Laptops ist fast leer. Wenn ich mir den Kulturbereich anschau, stelle ich fest: Mit der Lederhose ist auch nicht mehr viel los. Es wird Zeit, dass neuer Schwung auch in den Haushalt kommt.

Als letzte Bemerkung sage ich noch einmal: Die Studiengebühren sind das Erste, was wir nach 2013 abschaffen werden.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege. - Nächster Redner ist Graf Lerchenfeld. Ihm folgt Herr Dr. Piazzolo.

Graf Lerchenfeld, bitte schön.

(Unruhe bei der CSU)

Gehen Sie ruhig ans Redepult. Sie haben die einmalige Chance, hier zu sprechen. Bitte.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Herr Präsident, vielen herzlichen Dank. Ich darf aber mitteilen, dass ich heute schon zum zweiten Mal zu Wort komme.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, meine Herren Minister! Herr Minister, wir erleben heute eine wunderbare neue Bescheidenheit. Dass Sie Ihr Licht so unter den Scheffel stellen und behaupten, weniger als Kollegin Biedefeld vom Haushalt zu verstehen, scheint mir aber doch etwas übertrieben zu sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Einzelplan 15 zeigt wieder sehr deutlich, wie ernst wir es mit Zukunftsinvestitionen in Bildung und Innovation nehmen. Der Herr Minister hat schon ausgeführt, dass der Anstieg der Ausgaben auf 5,2 Milliarden Euro im Jahr 2011 und 5,4 Milliarden Euro im Jahr 2012 eine Ausweitung um fast 6 % bedeutet. Es wird deutlich, dass in Bayern zweierlei gelingt: Es wird ein Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt. Gleichzeitig begegnet man vernünftig den Herausforderungen der Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, kein anderes Bundesland leistet so viel für die Hochschulen wie Bayern. Wir stehen an erster Stelle bei den Ausgaben pro Student. Diesen Erfolg lassen wir uns nicht nehmen und nicht schlechtreden.

Wir haben gerade im Personalbereich auf neue Entwicklungen reagiert. Die Wiederbesetzungssperre ist verkürzt und die Sperre der Ausgaben auf 5 % reduziert worden, damit Universitäten und Hochschulen ihren besonderen Aufgaben gerecht werden können. Konsequenterweise wird die Maßnahme zur Aufnahme des doppelten Abiturjahrgangs umgesetzt: 38.000 neue Studienplätze, 3.000 zusätzliche Stellen für Lehrende.

(Beifall bei der CSU)

Auch die baulichen Maßnahmen sind in vollem Gange. Auf die Aussetzung der Wehrpflicht ist dadurch reagiert worden, dass 220 zusätzliche Stellen geschaffen wurden.

Ich freue mich ganz besonders, dass es uns in den Beratungen des Haushaltsausschusses gelungen ist, auch für die Bayerische Staatsbibliothek zusätzlich Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Bedeutung der Staatsbibliothek kann in meinen Augen nicht hoch genug eingeschätzt werden, weil sie letztlich für alle Universitäten und Hochschulen als Dienstleister tätig ist. Herr Minister, auf Dauer sollten wir die Staatsbibliothek genauso behandeln wie unsere Universitäten und Hochschulen, denen sie so bedeutende Dienste leistet.

Ich freue mich auch ganz besonders, dass es gelungen ist, deutliche Zeichen für die kleineren Universitäten zu setzen. Es darf nicht sein, dass wir unser Augenmerk nur auf die zentralen, großen Universitäten richten.

(Beifall bei der CSU)

Gerade für die kleineren Universitäten sind außeruniversitäre Forschungseinrichtungen von besonderer Bedeutung. Das Uniklinikum in Regensburg zeigt, wie man sich in sehr kurzer Zeit einen hervorragenden Ruf erarbeiten kann, beispielsweise in der Transplantationsmedizin oder in der Immunologie.

Ich freue mich deshalb auch, Herr Minister, dass wir bei der Einrichtung des Georges-Köhler-Centrums für die interventionelle Immunologie beim Universitätsklinikum Regensburg auf Ihre Unterstützung zählen können. Ihre Unterstützung ist ganz besonders wichtig. Ich danke Ihnen hierfür ausdrücklich.

Regensburg ist insgesamt ein sehr gutes Beispiel auch dafür, wie die Zusammenarbeit zwischen Universitäten in Zukunft sein sollte. Es wird eng mit München zusammengearbeitet. In der Exzellenzinitiative kann man auf diese Art und Weise große Fortschritte erreichen. Weitere Universitäten und Fachhochschulen sollten sich dazu durchringen, stärker miteinander zusammenzuarbeiten und sich zu vernetzen; das bringt uns bezüglich Exzellenz auf jeden Fall weiter.

Sehr geehrter Herr Minister, Sie sind auch auf Kunst und Kultur eingegangen. Ich freue mich sehr, dass es uns bei diesem Haushalt gelungen ist, wenigstens 1 Million Euro für den Denkmalschutz zusätzlich einzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Ich persönlich gebe allerdings zu, dass ich hoffe, dass wir in den nächsten Jahren wieder die guten Zahlen der Siebziger- und Achtzigerjahre erreichen können. Ich werde Sie immer sehr gern unterstützen, lieber Herr Minister, wenn Sie da etwas tun.

Von besonderer Bedeutung ist sicherlich, dass wir in die Renovierung und Erhaltung unserer Kunst- und Kulturtempel investieren. Wir waren alle zusammen im Theater am Gärtnerplatz. Es war beeindruckend, zu erfahren, was da in den nächsten Jahren auf uns zukommt.

Frau Kollegin Biedefeld, Sie sollten Ihr Augenmerk nicht nur auf Coburg richten. Ich glaube, Sie kommen aus einer Gegend, von der Bayreuth nicht weit entfernt ist. Sie sollten sich darüber Gedanken machen, dass wir im Haushaltsausschuss beschlossen haben, das Kleinod, nämlich das Theater in Bayreuth, zu renovieren. Es ist ein Kleinod, wie es sich besser nicht zeigen kann. Es ist das Theater der Markgräfin Wilhelmine, der Schwester von Friedrich dem Zweiten von Preußen, den manche vielleicht auch "den Großen" nennen wollen; ich persönlich tue das nicht.

Ich möchte Sie alle bitten, diesem Haushalt, der ein Zeichen für Kunst, Kultur, aber auch Forschung und Lehre setzt, zuzustimmen. Er ist ausgeglichen aufgestellt. Ich freue mich, wenn wir mit diesem Haushalt in Bayern entsprechende Fortschritte erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Dr. Piazolo. Ihm folgt Frau Kollegin Gote.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einen Gruß richte ich an die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne. Wenn ich es richtig einschätze, sitzt dort eine ganze Reihe von Studierenden. Ich freue mich, dass Sie dieser Debatte folgen. Wenn ich es richtig sehe, sind die Studierenden zahlreicher anwesend als die Kollegen hier; da schließe ich meine eigene Fraktion ein. Wir führen hier eine wichtige Debatte. Es geht um die Zukunft auch der Jugend.

Ich habe in den letzten Tagen einige Erklärungen von Regierungsmitgliedern gehört. Mehrmals hatte ich ein bisschen den Eindruck, dass das so ist wie am Samstagmor-

gen, wenn man zu Hause ist und es plötzlich klingelt. Wenn man dann die Tür aufmacht, steht jemand vor einem und sagt: Ich habe Ihnen eine frohe Botschaft zu vermitteln. Dann denkt man sich: Oh je! Man schaut den Betreffenden, der da steht, an, und dann kann man die Tür zumachen. Aber hier geht das nicht.

Ich habe manchmal, wenn ich mitkriege, wie ein Haushalt schöngeredet wird, den Eindruck, dass der Realitätssinn vielfach verloren gegangen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage ausdrücklich: Bei Ihnen war das nicht so, Herr Heubisch. Das hat eine positive, aber auch eine negative Seite. Im Grunde genommen war es etwas buchhalterisch.

Ich möchte meinen Eindruck einmal mit einem Bild wiedergeben. Wenn man Florenz vor Augen hat, mag man nicht unbedingt in Wanne-Eickel leben. Nichts gegen Wanne-Eickel! Sie, Herr Heubisch, sind - das war bei Ihrer Rede mein Eindruck - mit Wanne-Eickel zufrieden, weil Sie Florenz nicht zu denken vermögen und es nicht zu denken wagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vieles, was Sie hier präsentiert haben, war natürlich nicht falsch. Aber ich hatte den Eindruck: Das war ohne ein grundlegendes Konzept, ohne Esprit, ohne Mut und sicherlich auch ohne Leidenschaft. Dabei können Hochschul- und Kulturpolitik so spannend sein. Ich weiß aus vielen Gesprächen, dass auch Sie diese Politik spannend finden und hinter dieser Politik stehen.

Ich will ein bisschen unsere Anträge begründen und das Konzept der FREIEN WÄHLER deutlich machen. Dabei stelle ich drei Ziele in den Vordergrund: Für uns ist nachhaltige Hochschulpolitik wichtig. Es muss eine regional präsente Politik sein. Sie muss insbesondere auch studierendenfreundlich sein. Das will ich erläutern.

Zuerst zur Nachhaltigkeit: Sie haben als CSU und FDP sowie als Regierungsfraktionen in den letzten Wochen einen Schwenk in der Atompolitik vollzogen. Er war für viele vielleicht nicht nachvollziehbar. Ich hatte manchmal den Eindruck, dass es vielleicht besser gewesen wäre, wenn Herr Seehofer seine ganze Regierungskoalition in Blaumänner packte und sie alle im Fernsehen auftreten und sich verneigen, um sich für den Wechsel in der Politik zu entschuldigen. Aber das haben Sie nicht gemacht. In Japan ist so etwas üblich. Aber wenn man einen solchen Schwenk vollzieht, dann sollte man es richtig machen.

Deshalb haben wir - Hubert Aiwanger hat das gesagt - gefordert, dass ein Energieministerium geschaffen wird. Man sollte erneuerbare Energien in den Fokus stellen. Aber aus dem Gutachten und dem Ländervergleich ergibt sich, dass Bayern zurückgefallen ist. Es ist in Forschung und erneuerbaren Energien vom 4. auf den 7. Platz gerückt.

Bezüglich der Studiengänge, die sich mit erneuerbaren Energien beschäftigen, liegen wir in Bayern an 14. Stelle; da liegen nicht mehr viele hinter uns, da sind wir schon in Abstiegsnähe.

Wir wollen hier aber einen Schwerpunkt setzen. Sorgen Sie dafür, dass wir nachhaltige Studiengänge bekommen. Wir müssen gerade in diesem Bereich Aufklärungsarbeit treiben und die Chance geben, dass unsere Jugend auf diesem Gebiet forscht, damit wir in diesem Bereich vorankommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens müssen wir in der Hochschulpolitik regional breit aufgestellt sein. Wir müssen exzellent in der Spitze sein. Das bedeutet für uns als FREIE WÄHLER, dass Hochschulpolitik auch Strukturpolitik ist. Wir dürfen also nicht Regionen abhängen, sondern müssen den ländlichen Raum stärken.

Ich sage es ganz deutlich: Die Jugend, die wir dort haben, ist für uns nachwachsender Rohstoff.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb formuliere ich hier ganz klar eine Forderung der FREIEN WÄHLER. Wir fordern - da sind Sie teilweise auf dem richtigen Weg -, dass wir in jedem Regierungsbezirk unsere Hochschulen stärken. Ich bin dafür, dass es in jedem der Regierungsbezirke zumindest eine Antenne gibt, dass es Clusterbildung gibt, dass die Verknüpfung mit der Wirtschaft vor Ort immer intensiver stattfindet. Ich weiß, wir sind der gleichen Ansicht, aber ich möchte es besonders bewusst machen: In jedem Regierungsbezirk brauchen wir eine neue Antenne. Das heißt nicht eine neue Hochschule, sondern Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen, bedeutet aber auch einen neuen Standort, der mit einer Hochschule zusammenarbeitet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deutlich sage ich auch: Wir dürfen den Anschluss an die internationale Spitze nicht verpassen. Was bei der dritten Exzellenzinitiative passiert ist, war enttäuschend. Man kann deutlich sagen: Baden-Württemberg hat schick gepunktet. Das sage ich nicht als Wortspiel. (Anm.: Die dort zuständige Ministerin hieß "Schick"). Über die Tatsache, dass es enttäuschend war, können aus meiner Sicht Presseerklärungen der CSU, die dann gekommen sind, wenn auch vielleicht aus Mexiko, nicht hinwegtäuschen. Es war sicherlich kein Sieg, insbesondere nicht in Franken.

Ich glaube, wir müssen nun überlegen, was man besser machen kann. Sie haben das Interview von Herrn Huber, dem Präsidenten der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität, angesprochen. Es ging um die Bedingungen. Ich glaube, die Sorge ist groß. Es geht aber nicht darum, dass nur München exzellent sein soll. Es sollen nicht nur die zwei Universitäten hier an die Spitze kommen. Wir haben doch in regionaler Hinsicht Hochschulen mit hervorragenden Merkmalen, mit hervorragenden Forschern, mit hervorragenden Studierenden. Auch da geht es darum, weiterhin exzellent zu sein und die Hochschulen exzellent aufzustellen. Das heißt, das kann nicht nur im Zentrum

geschehen, sondern muss auch für die Region gelten. Da müssen wir intensiv zusammenarbeiten.

Ein letzter Punkt, der für mich persönlich von großer Bedeutung ist, ist die Studierendenfreundlichkeit. Die Studierenden sind in Ihrer Politik - ich habe das bereits vorgestern gesagt - etwas aus dem Blick geraten. Es ist zwar sehr viel von Studierendenzahlen die Rede und davon, dass man mehr Studierende haben möchte, aber es geht weniger um die Studienbedingungen, obwohl die Studierenden in den letzten zwei Jahren häufig auf der Straße demonstriert haben. Trotz dieser vielen Demonstrationen ist die Sensibilität nicht gestiegen. Es wurden zwar Arbeitsgemeinschaften zusammen mit den Studierenden eingerichtet, aber so viel ich weiß, haben sich die Studierenden überlegt, aus diesen AGs wieder auszusteigen, denn es kommt zu wenig dabei heraus. Wir werden demnächst einen Schlussbericht bekommen. Ich glaube aber, dass durchaus noch ein bisschen nachgelegt werden muss.

Die Studierenden müssen im Mittelpunkt stehen. Für sie haben wir die Hochschulen. Dabei geht es nicht um bestimmte Standorte. Der Mensch ist wichtig. Deshalb haben wir ein Programm mit dem Namen "Hochschule plus" aufgelegt, bei dem der Mensch im Mittelpunkt steht. Auch in unseren Anträgen liegt der Schwerpunkt auf den Menschen.

Über Studiengebühren möchte ich überhaupt nicht reden. Wir wollen sie selbstverständlich abschaffen. Da sind wir die einzige Fraktion, die das auch in ihren Anträgen zum Haushalt fordert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Ulrike Gote (GRÜNE): Das stimmt nicht, schauen Sie ins Haushaltsgesetz!)

- Ja, da habe ich es gesehen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Immer bei der Wahrheit bleiben!)

- Ja, aber von Ihnen gibt es keine Anträge dazu.

Der nächste für uns ganz wichtige Punkt ist die Stärkung des Mittelbaus. Wir brauchen mehr Lehrbeauftragte, die besser besoldet werden und auch mehr wissenschaftliches Personal. Hinzukommt die Sicherstellung des Wohnraums. Was nützen uns die vielen neugeschaffenen Studienplätze - hier wurde von 38.000 geredet; wir fordern mindestens 50.000 -, wenn die Studenten nicht irgendwo wohnen können? Wir haben entsprechende Probleme nicht nur in Bamberg, sondern wir bekommen sie auch in München. Es heißt nun, dafür seien die Hochschulen nicht unmittelbar zuständig, sondern die Studentenwerke. Gleichwohl müssen dort Ideen entwickelt werden, und die Mittel für die Studentenwerksförderung müssten deshalb erhöht werden.

Es gilt also, die Bedingungen insgesamt zu verbessern. Ich nenne die Mensa, die Bibliotheken - die hat Kollege Rabenstein auch schon angesprochen - und die Archive.

Wir brauchen natürlich noch mehr Studienplätze, und da, wo ich keine neuen Standorte schaffen kann, brauchen wir die Stärkung der virtuellen Hochschule. Auch für dieses Gebiet haben wir mehr Geld gefordert. Die Stärkung der dualen Hochschule ist für uns ein ganz wichtiger, zentraler Bereich. Für all diese Felder haben wir entsprechende Änderungsanträge gestellt. Diese wurden leider abgelehnt. Ich sage an die Kollegen von CSU und FDP: Wenn wir in den nächsten Jahren auf diesen Feldern Probleme bekommen, werden wir diese Anträge wieder hochziehen und darauf verweisen, dass sie schon einmal gestellt waren.

Ich sage zum Schluss: Junge Leute müssen zufrieden sein können, denn sie sind die Zukunft Bayerns. Wir sehen am Beispiel des arabischen Raumes, was passieren kann, wenn junge Menschen keine Zukunft haben. Was kann da alles entstehen! Es gibt dort nicht nur Demokratiebestrebungen, sondern auch viel Verzweiflung, weil es keine Arbeitsplätze gibt und die Jugend keine Chance sieht. Nur ein Land, das die Jugend bestmöglich fördert, hat eine Zukunft. Deshalb appelliere ich an Sie: Setzen Sie Zeichen! Bayern muss auf seine Jugend setzen, seine Studierenden, seine Menschen, dann werden wir wieder in die Liga aufsteigen, die Sie sich wünschen und von der Sie häufig reden, in der wir uns aber im Moment nicht mehr befinden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege. Nächste Rednerin ist Frau Gote. Ich gebe ihr das Wort.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter, lieber Herr Minister! Wir beraten nun den zweiten Doppelhaushalt in Ihrer Zeit als Minister, oder sollte ich lieber "Regentschaft" sagen? Denn manchmal habe ich den Eindruck, Sie residieren eher nach Art eines Markgrafen, als dass Sie regieren wie ein Minister. Dieser Doppelhaushalt würde Ihnen die Gelegenheit bieten, Perspektiven Ihrer Hochschul-, Kunst- und Forschungspolitik aufzuzeigen. Dies könnte eine im Wortsinn liberale Politik sein. Sie, dessen Fachbereiche weitgehend von Kürzungen verschont geblieben sind und von allen als Zukunftsfelder der Entwicklung Bayerns angesehen werden, hätten damit die beste Ausgangslage im Kampf um knapper werdende Mittel. Sie wären derjenige im Kabinett, der am besten gestalten könnte.

Sie könnten ein buntes, innovatives, ja ein visionäres Bild malen von der Zukunft von Hochschule, Forschung und Kunst in Bayern anhand dieses Doppelhaushaltes. Sie könnten, ja Sie müssten aufzeigen, wie sich die Hochschullandschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, entwickeln sollte, welche Freiheiten Sie der Wissenschaft gewähren wollen, welche Verantwortung Sie ihr zuschreiben wollen und wie Kultur und Kunst sich entfalten sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das alles könnten Sie in diesem Haushalt skizzieren; Sie müssten Pflöcke einschlagen, Orientierungspunkte setzen und Entwicklungskorridore in diesem Haushalt für die Zukunft freiräumen.

Von alledem sehen wir nichts in diesem Doppelhaushalt. Es mangelt in allen Bereichen an dem, was unverzichtbar wäre und was Voraussetzung für eine gute Zukunft wäre. Es mangelt an Konzepten und an Nachhaltigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Einzelplan 15 ist ein kleinkarierter technokratischer Verwaltungshaushalt, der ausschließlich auf die tagesaktuellen Probleme reagiert. Er ist ein Haushalt des "Weiter so", als ob Sie sich über die Zeit retten wollten. Die Probleme und Herausforderungen der Zukunft türmen sich derweil immer weiter auf. Das ist beispielsweise am Investitionsstau in den Bibliotheken und Archiven festzumachen und an den kaum noch zu bewältigenden Sanierungskosten für diverse sogenannte Leuchttürme der Münchner Kultur, der unverminderten Unterfinanzierung der Hochschulen, an der sich auch dadurch nichts ändert, dass Sie das Ausbauprogramm ansprechen, das nicht von Ihnen ist - wir hatten das bereits in der letzten Legislaturperiode beschlossen -, noch so oft abfeiern. Das ändert daran nichts, dass wir hier keinen Fortschritt sehen und keine Nachhaltigkeit entdecken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, vielleicht erinnern Sie sich, dass mein Kollege Dr. Sepp Dürr von Ihnen einen Bericht zu den Leitlinien Ihrer Kulturpolitik erwirkt hat. Fehlanzeige! Sie haben den von mir hochgeschätzten Kulturbürokraten Toni Schmidt geschickt, den Bericht zu geben. Er hat diese Aufgabe im Rahmen seiner Rolle als Spitzenbeamter der Kulturverwaltung nicht schlecht gemacht, aber wir haben nichts über Ihre Leitlinien zur Kulturpolitik gehört, kein Konzept. Es war eine Bestandsaufnahme des Vorhandenen und eine Fortschreibung des Altbekannten.

Dabei muss man sagen, dass der Begründer dieser neueren bayerischen Kulturpolitik, Hans Zehetmair, als Konservativer schon eher eine liberale Kulturpolitik gemacht hat, während Sie, Herr Minister Heubisch, als Liberaler eine durch und durch konservative Kulturpolitik machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das hat zur Folge, dass Sie ein Getriebener sind. In die Sanierung des Gärtnerplatztheaters müssen die bayerischen Bürgerinnen und Bürger 70 Millionen Euro stecken, ohne dass Sie ein Konzept dafür haben, in welche Richtung sich dieses Theater überhaupt entwickeln soll. Bleibt es ein Münchner Stadttheater oder soll es echte, landesweite Bedeutung erringen?

(Zuruf von der CSU: Aber natürlich!)

Kein Konzept, Herr Minister. Kein Konzept!

(Alexander König (CSU): Am besten ist es, das an die Stadt München wegzuschenken!)

Ich erinnere an die verfahrenere Diskussion um einen neuen Konzertsaal für München, natürlich und am besten gleich in Schwabing. Diese Diskussion haben Sie zu verantworten, denn Sie lassen das Thema immer weiter auswuchern, ohne eine realisierbare Perspektive zu entwickeln oder eben auch keine, die Nulllösung nämlich, also eine klare Absage zu erteilen. Eines von beiden müssen Sie irgendwann tun. Da betreiben Sie Ihr persönliches Hobby und alle anderen sollen am Ende dafür geradestehen und zahlen. Kein Konzept, Herr Minister!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Lähmung setzt sich fort. Auch bei den Museen entwickeln Sie keinen Gestaltungsspielraum, obwohl mein Kollege Dr. Sepp Dürr Ihnen schon umfassende Hilfestellung mit der Museumsinterpellation der GRÜNEN geleistet hat.

Jetzt, ganz aktuell, stehen Sanierungskosten in Höhe von 60 Millionen Euro für die Neue Pinakothek im Raum. Da haben auch Ihre Vorgänger nicht nachhaltig gewirtschaftet. Das ganze restliche Land wird weiter konzeptionell und finanziell in die Röhre gucken. Keine Nachhaltigkeit, Herr Minister!

In der Forschungspolitik setzen Sie unreflektiert fort, was Stoiber begonnen hat, nur mit viel weniger Geld. Die Drittmittelabhängigkeit degradiert die Forschung immer mehr zur Dienerin von Wirtschaftsinteressen. Geforscht wird, wofür es Geld gibt, weder zweckfrei noch gesteuert durch die wirklich wichtigen Herausforderungen unserer Zeit oder durch die brennenden Fragen, auf die unsere Gesellschaft Antworten braucht. Als Beispiel sei hier nur die Agro-Gentechnik genannt. Obwohl eine Mehrheit der Menschen sie nicht will und obwohl wir wissen, dass mit dieser Forschung kein Beitrag zur Lösung des Welternährungsproblems, sondern einer zur Gewinnmaximierung der großen Agro-Konzerne geleistet wird, wird hier munter weitergefördert.

Sie haben gestern im Hochschulausschuss berichtet, dass Sie sich auf EU-Ebene für Grundlagenforschung stark machen. In Ihrem eigenen Haushalt findet man nichts dazu. Auch hier keine Nachhaltigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Im Gegenteil. Durch die Degradierung der Wissenschaft zur Dienstleisterin der Wirtschaft - das war das Einzige, was gestern in der Sondersitzung des Hochschulausschusses wirklich ganz klar herausgearbeitet wurde - liegt der Schwerpunkt nun ganz und gar bei den MINT-Fächern. Daneben vernachlässigen Sie das, was mindestens genauso wertvoll wäre, aber eben auf dem liberalisierten Markt keinen schnellen Euro bringt: Kultur- und Sozialwissenschaften und die Etablierung und Förderung einer nachhaltigen Wissenschaft. Auch hier gibt es bei Ihnen keine Nachhaltigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Herr Minister Heubisch, wo sehen Sie unsere Hochschulen im Jahr 2020, im Jahr 2050? Was ist Ihre Vision für die Entwicklung unseres Hochschulraums? Welche Rolle sollen die Hochschulen in unserer Gesellschaft und für unsere Gesellschaft spielen? Welche Verantwortung sollen sie übernehmen? Wie viel Freiheit werden Sie ihnen ge-

währen? Wie wollen Sie unseren wissenschaftlichen Nachwuchs bilden? Werden sich die Hochschulen zu nachhaltigen Institutionen entwickeln, die einen Beitrag zu den Herausforderungen unserer Generation und der nachfolgenden Generationen leisten können?

Klimawandel und globale Gerechtigkeit, Energiewende, nachhaltiges Wirtschaften, Demokratisierung, soziale Gerechtigkeit, Konfliktlösung und Friedenssicherung - auf alle damit verbundenen Fragen finden wir im Haushalt keine Antwort, noch nicht einmal einen kleinen Hinweis. Sie werden sagen: Dazu ist der Haushalt auch nicht da. Aber da täuschen Sie sich, Herr Minister. Der Haushalt ist das Instrument, mit dem Sie steuern können und steuern müssen. Aber auch hier kein Konzept.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ein anderes Beispiel ist die Internationalisierung. Dafür gibt es sogar die Titelgruppe 81. Aber was steht darin? Ein Sammelsurium von Dingen, die irgendwann einmal irgendwie entstanden sind, und Fördermittel vom Bund. In Presse-Statements bekennen Sie sich in schöner Prosa zum Ziel der Internationalisierung, konkret erschöpft sich das dann in einem Topf mit wenig Geld, mit dem Köpfe aus dem Ausland angeworben werden sollen. Glauben Sie ernsthaft, dass sich die Hochschulen so zu internationalen, zu weltoffenen Institutionen entwickeln lassen? - Kein Konzept auch hier, Herr Minister, und vom Umfang her ist das zu gering, als dass sich Nachhaltigkeit entfalten könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das nächste Beispiel ist die Inklusion, ein großes Zukunftsthema. Hierzu gibt es leider gar nichts, obwohl Ihnen der Landtag schon aufgetragen hat, ein Konzept zu entwickeln. Unseren Antrag, wenigstens schon einmal einen Titel im Haushalt dafür zu schaffen, haben Sie, Kolleginnen und Kollegen von FDP und CSU, abgelehnt. Also gibt es auch hier kein Konzept.

Der Einzelplan 15 ist ein reaktiver Haushalt. Sie setzen ausschließlich fort, was andere begonnen haben. Noch nicht einmal die eigenen Ankündigungen aus dem Wahlkampf und der Koalitionsvereinbarungen sind vollständig abgebildet. So kann man verwalten, aber nicht gestalten.

Wir verharren auf dem Niveau des Jahres 2005. Mittlerweile droht der bayerische Hochschulstandort gegenüber der Konkurrenz in den anderen Bundesländern abzurutschen. Bayern ist nicht mehr Spitzenreiter in allen Disziplinen.

Erst kürzlich habe ich Ihnen an dieser Stelle - die Kollegen haben es heute auch wieder getan - die Ergebnisse verschiedener Vergleichsstudien vorgetragen. Keine Nachhaltigkeit bei den Erfolgen der Vergangenheit, Herr Minister.

Was mir aber nach all dem am meisten Sorgen macht, ist der Eindruck, dass Ihrer Hochschulpolitik die Perspektive für die Studierenden fehlt. Wenn Sie über die Hochschulen reden, dann reden Sie - so auch heute wieder - über außeruniversitäre Forschung, über Transferzentren, über Hochschulbauten, über die Konkurrenz mit der Wirtschaft um die besten Köpfe; Sie reden selten oder nie über die Studierenden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie reden vielleicht gerade noch über die Studierendenzahlen, aber Sie reden nicht über die jungen Menschen, über Männer und Frauen, die Sie in den Mittelpunkt Ihrer Hochschulpolitik stellen müssten. Ohne diese Perspektive ist Ihre Hochschulpolitik, ist dieser bayerische Hochschulstandort nicht zukunftsfähig. Sie sollten beginnen, die Studierenden in das Zentrum Ihrer Politik zu rücken.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Immer deutlicher wird, dass sich die Studiengebühren zu einem Hemmschuh entwickeln. Wenn die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg demnächst die Studiengebühren abgeschafft haben wird,

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das schaffen Sie aber nicht allein! - Zurufe von der CSU)

dann bleiben nur noch die Länder Niedersachsen und Bayern, die diese unsoziale Hürde vor ein Hochschulstudium setzen. Das wird dann zum regelrechten Standortfaktor. Sie sollten diese Entwicklung nicht verschlafen und schnell handeln. Schaffen Sie die Studiengebühren ab. Das, Herr Minister, wäre ein gutes Konzept, und dieses Konzept wäre nachhaltig.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Frau Kollegin Gote. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Bulfon. Bitte sehr.

Dr. Annette Bulfon (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Von diesem Haushalt geht ein starkes Signal aus.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Aber welches? - Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Wohin? - Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wohl das falsche!)

Sicherlich, wir kommen aus einer der größten Wirtschaftskrisen der deutschen Nachkriegszeit. Sicher ist auch, dass der doppelte Abiturjahrgang zu unseren Hochschulen strömt, und sicher ist auch, dass die Studierendenzahlen in den nächsten Jahren hoch bleiben werden. Aber es gibt auch einen Lichtschimmer am Horizont. Wir kommen aus dieser Wirtschaftskrise heraus, und Gott sei Dank haben wir sie, diese gut ausgebildeten jungen Menschen, diese jungen Menschen des doppelten Abiturjahrgangs. Sie stellen für unsere Gesellschaft ein Reservoir an Mut, an Kraft, an Stärke, an Optimismus und an Lebensfreude dar. Damit sind sie ein ganz wichtiger Faktor in einer überalternden Gesellschaft. Sie sind uns wichtig.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Natürlich müssen diese vielen Studierenden auch pfleglich behandelt werden. Dessen sind wir uns bewusst. Aber wir müssen für sie auch eine lebenswerte Zukunft in Bayern ermöglichen mit all den vielen Aspekten, die damit zusammenhängen.

Jetzt möchte ich auf den Haushalt des Wissenschaftsministeriums zu sprechen kommen, der in der Tat viele Dinge umsetzt, die den Jugendlichen, den Studierenden in Bayern eine Zukunft ermöglichen sollen.

Sie, Herr Piazzolo, sprechen auch immer nur von den wunderbaren Bedingungen der Studierenden. Es geht auch darum, dass sie eine Zukunft hier in Bayern haben, dass Arbeitsplätze geschaffen werden und dass sie auch in einer lebenswerten und liebenswerten Umgebung aufwachsen dürfen.

(Beifall bei der FDP)

Der Haushalt umfasst 4,9 Milliarden Euro. Er steigt zunächst um 6 % und dann noch einmal um 4,6 % auf 5,4 Milliarden Euro.

Die Universitäten haben erhöhte Ausgaben. Diese steigen im Jahr 2011 um 270 Millionen Euro und im Jahr 2012 um 200 Millionen Euro. Das Geld geht sowohl an die Hochschulen als auch an die Fachhochschulen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur darauf hinweisen, dass die Hochschule im dualen System für uns ein ganz wichtiger Faktor ist. Damit gehen wir in die Regionen, damit haben wir die Möglichkeit, auch den ländlichen Raum zu stärken. Denn die Hochschule vor Ort ist ein wichtiger Ansprechpartner. Die Fachhochschule vor Ort sollte sehr viel stärker genutzt werden, auch um Innovationen gerade in den ländlichen Gebieten voranzutreiben. Hier gehen wir auch mit diesem Doppelhaushalt beherzt voran.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Hochschule im dualen System ist ein Erfolgsmodell. Mit 650 Studierenden haben wir im Sommersemester 2006 angefangen. Mittlerweile haben sich die Zahlen vervielfacht. Wir haben 240 duale Studiengänge errichtet, und wir haben 550 Unternehmen, die mit den dualen Studiengängen zusammenarbeiten. Alle profitieren: Studenten, Unternehmen und auch die Region.

Aber dabei bleiben wir nicht stehen, denn die Hochschule vor Ort soll an der Entwicklung und auch an der Forschung beteiligt werden und die Unternehmen ebenfalls. Das ist ein Bottom-up-Prozess, den wir nicht von oben oktroyieren können. Das ist unsere liberale Politik, und das ist auch ganz wichtig: Das muss von unten entstehen, da reicht nicht nur Geld, sondern es muss auch ein Wille zur Zusammenarbeit bestehen, ausgehend von den Unternehmen vor Ort, ausgehend von den Hochschulen vor Ort, ausgehend auch von den Kommunen vor Ort.

Hier gibt es bereits sehr gute Beispiele, und auch das ist im Doppelhaushalt 2011/2012 berücksichtigt. Ich möchte an die Fachhochschule Deggendorf mit vier Technologietransferzentren erinnern. Hier gewähren wir als Starthilfe eine befristete Anschubfinanzierung. Aber genau das ist der richtige Weg, nämlich keine Dauerfinanzierung. Hier muss sich dann auch irgendwann beweisen, dass das Ganze tragfähig ist. Aber hier sehen wir die richtigen Konzepte, und das ist unser Weg - nur um es noch einmal deutlich zu machen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

In Freyung-Grafenau besteht ebenfalls ein Technologietransferzentrum. Die 3.000-Seelen-Gemeinde Teisnach hat 2009 mit dem Technologiecampus begonnen. Hier wurde von der Gemeinde selbst sehr viel Geld in die Hand genommen. Auf der anderen Seite wurden von uns schwingungsfreie Labore errichtet. Die sind sehr wichtig, um optische Geräte herstellen zu können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

- Ja, das ist auch wichtig.

Die Zusammenarbeit mit weltweit wichtigen Firmen wie Swarovski, Rodenstock oder Carl Zeiss bringt einfach Arbeitsplätze in die Region. 80 % dieser Ausgaben sind bereits selbstfinanziert, sind wieder zurückgekommen, und das ist die richtige Richtung, in die wir weiterhin gehen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Denken Sie an Spiegelau. Dort entstand in Zusammenarbeit mit der Universität Bayreuth ein Anwenderzentrum für Glas. Wir wissen, dass die traditionelle Glasindustrie hier zusammenbricht. Wir wollen auch, dass die jungen Menschen vor Ort Arbeitsplätze haben und dass sie ihre Zukunft auch in den Regionen gestalten können. Deswegen sind diese Technologietransferzentren so wichtig. So bleibt das Know-how erhalten, es geht nicht verloren, und gerade in dieser traditionellen Glasindustrie ist sicher viel Know-how vorhanden, was wir für die Zukunft nützen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Diesen erfolgversprechenden Ansatz - Frau Gote, hier will ich Ihnen sagen: Das sind Linien, die wir verfolgen - verfolgen wir auch weiter 2011/2012. 30 Millionen Euro sind hierfür eingestellt. Ich möchte Unterfranken nennen, ich möchte Schwaben nennen, auch die ganzen Technologietransferzentren Westbayerns, die mit der Fachhochschule Augsburg zusammenarbeiten. Ich möchte das Technikzentrum Allgäu nennen,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

das mit der Fachhochschule Kempten zusammenarbeitet. Gerade hier wird, weil Sie es auch angemahnt haben, in Elektromobilität investiert und in die Leistungselektronik für erneuerbare Energien. Also, wir gestalten Zukunft und wollen auch, dass hier weiter vorangeschritten wird.

(Beifall bei der FDP)

Was die Zwischenbemerkung von Frau Biedefeld angeht - jetzt ist sie leider nicht mehr da -, möchte ich sagen: Zumindest der Minister hat gesagt, dass er, gerade was Coburg angeht, voranschreiten will und dass natürlich gerade auch im Kulturbereich hier Verbesserungen stattfinden sollen. Aber es gibt bereits Sensor- und Aktortechnik, die hier vorangetrieben wird, auch von der Fachhochschule Coburg.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Nur so viel zu Ihrer Information.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Nein, darum geht es nicht. Auf das Theater kommen wir auch noch zu sprechen; das wird dann die Frau Kollegin Sandt machen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ach, wie schön!)

Die Zeit läuft mir davon. Ich will kurz noch etwas zur Biosystemforschung sagen. Auch hier versuchen wir natürlich, in der Fläche zu vernetzen; auch in diesem wichtigen Zukunftsfeld der Biosystemforschung und der Lebenswissenschaften wollen wir voranschreiten. Exzellenz in der Fläche ist uns wichtig, und deswegen arbeitet auch Martinsried, ein Vorort von München, mit Erlangen, Nürnberg, Regensburg und Würzburg zusammen.

(Beifall bei der FDP)

Es wurde bemängelt, wir würden bei der Grundlagenforschung kürzen. Das ist nicht der Fall. Das Gegenteil ist richtig: Wir stehen zum Pakt für Forschung und Innovation.

Weil meine Redezeit abläuft, muss ich auf eine kurze Zusammenfassung verzichten. Wir können auf jeden Fall noch auf die Felder Kunst und Kultur zu sprechen kommen, an denen keine Kürzungen vorgenommen wurden und die uns wichtig sind.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Frau Dr. Bulfon. - Für die CSU hat sich Herr Sibler zu Wort gemeldet.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie viel Zeit hat er denn?)

- Herr Sibler hat 16 Minuten und 6 Sekunden.

Bernd Sibler (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal haben wir es gesehen: Die Opposition malt schwarz; sie stellt das Negative in den Mittelpunkt und übersieht die positiven Aspekte, die in diesem Haushalt eindeutig angelegt sind.

Liebe Frau Gote, eines ist schon schön: Wenn man heute hört, dass Bayern den Spitzenplatz verloren habe, dann müssten wir ihn früher einmal gehabt haben. Ich habe beschlossen, in den Protokollen der alten Haushaltsdebatten nachzuschauen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass da viel Schelte für den Kollegen Goppel zu finden ist - im Nachhinein ein schöner Erfolg der Hochschulpolitik der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insgesamt werden 38.000 weitere Studienplätze geschaffen. Dieser Haushalt steht also voll und ganz im Zeichen des doppelten Abiturjahrgangs.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Haben wir schon einmal gehört!)

- Das glaube ich schon. Man kann solche Zahlen nicht oft genug nennen, und schließlich sind Wiederholung und Vertiefung auch wichtige didaktische Prinzipien.

5.500 Plätze kommen durch die Abschaffung der Wehrpflicht noch dazu.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Beim Personal werden 3.000 weitere Stellen geschaffen. Eine einzige dieser Stellen dotiert der Finanzminister mit 68.900 Euro. 220 weitere kommen durch die Abschaffung des Wehrdienstes noch hinzu.

Das sind flexible Mittel, Herr Piazzolo; Sie sollten das wissen. Von daher haben wir hier Möglichkeiten, gerade auch in der Lehre gute Akzente zu setzen, und das ist entscheidend. Man kann diese Zahlen nicht oft genug wiederholen. Das ist eine großartige Leistung des Freistaates Bayern, die in keinem anderen Bundesland so erbracht wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Gerade auch was das Wohnen angeht, haben wir bei der Anhörung zum doppelten Abiturjahrgang gehört, dass das Deutsche Studentenwerk dem Freistaat Bayern Bestnoten ausstellt. Wir schaffen auch weitere Plätze, sodass wir eine Versorgungsquote von etwa 13 %, die wir in Bayern immer gehabt haben, auch halten können. Es wird also gebaut, investiert und angemietet, um den angehenden Studentinnen und Studenten einen guten Start in das Studium zu ermöglichen. Lieber Herr Piazzolo, das ist studierendenfreundliche Politik, wie wir sie uns vorstellen. Wir tun das nicht, weil es so schön ist, ein Haus zu bauen, sondern damit Studierende es mit Leben erfüllen und dort gute Voraussetzungen vorfinden.

(Beifall bei der CSU)

Die Möglichkeit für den letzten G-9-Jahrgang, das Studium bereits im Mai aufzunehmen, wird ebenfalls genutzt. Wir streiten noch ein wenig darum, ob es 15 % oder 20 % sein sollen. Aber lieber Herr Dr. Fahn, wenn die 15 % oder 20 % im Herbst auch noch hinzukämen, dann wäre es halt noch ein Stück schwieriger.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Und es war ein gewaltiger Kraftakt in den Jahren 2005, 2006 und 2007, gerade bei den Hochschulen für angewandte Wissenschaften, diesen Studienbeginn auf den 2. Mai festzulegen. Dieser Erfolg ist ein gutes Ergebnis und führt zu einer leichten Ent-

spannung zum Wintersemester, wo sicherlich der größte Ansturm neuer Studierender kommen wird.

Bei der Anhörung zum doppelten Abiturjahrgang, die der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur durchgeführt hat, wurde eines von wohlgemerkt außerbayerischen Experten deutlich unterstrichen: Bayern nimmt mit den genannten Maßnahmen in 2011 die Spitzenstellung in Deutschland ein. Der Vergleich mit Nordrhein-Westfalen macht es deutlich: 11.000 Studienplätze schaffen die gerade einmal, obwohl dieses Bundesland eineinhalbmal so groß ist wie Bayern.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

11.000, meine Damen und Herren!

- Selbstverständlich stimmt es. Vergleichen Sie einmal die Zahlen. Ich will den Haushalt mal sehen, der leider verfassungswidrig ist, weil man in Nordrhein-Westfalen viel zu viele Schulden macht. Schauen wir mal, was die in den nächsten Haushalten tatsächlich beschließen dürfen und beschließen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für diese großartige Bilanz gilt mein Dank Herrn Staatsminister Dr. Heubisch sowie seinem Amtsvorgänger Dr. Thomas Goppel, der die Grundlagen für dieses Konzept gelegt hat. Auf dieser Grundlage konnte sein Nachfolger gut auf- und weiterbauen. Das Selbige gilt auch für das genannte Technologietransferzentrum in Teisnach. Lieber Thomas, ich glaube, das war eine der letzten Entscheidungen, die Du getroffen hast.

(Beifall bei der CSU)

Mit diesem engagierten Ausbauprogramm hat der Freistaat Bayern die große Chance, den Hochschulstandort Bayern nachhaltig zu stärken. Mit dem Höhepunkt der Studierendenzahlen ist um das Jahr 2016 zu rechnen. Wenn dieser überschritten sein wird, werden die Studierendenzahlen in Bayern etwas zurückgehen. Die zusätzlichen Ge-

bäude bleiben aber natürlich bestehen, sodass auf Jahre hinaus eine gute räumliche Versorgung vorhanden ist.

Bildung hat in Bayern Vorrang - dies belegt vor allem der Einzelplan 15 in diesem Doppelhaushalt. Die bayerische Hochschullandschaft ist heute gut aufgestellt. Das belegt das deutliche Plus in der Wanderungsbilanz der Studierenden. Trotz der Studienbeiträge kommen deutlich mehr junge Menschen für ein Studium nach Bayern als in andere Bundesländer abwandern. Das hat gerade der Bericht des IHF (Anm.: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung), der nun auch in der Langform vorliegt, sehr deutlich belegt. Qualität setzt sich also durch.

Zudem hat der gestrige Bericht zur Ausbauplanung deutlich gemacht: Hochschulpolitik ist wichtige Strukturpolitik. Herr Professor Dr. Piazzolo, in diesem Punkt sind wir uns durchaus einig. Durch die kluge Politik, Hochschulen im ländlichen Raum anzusiedeln, konnte die Studierendenquote gerade in Regionen gesteigert werden, die bislang unterdurchschnittliche Werte aufgewiesen haben. Entgegen dem Rat von Experten hat man bereits Anfang der Neunzigerjahre das Geld aus der Hightech-Offensive I nicht in die Ballungsräume gesteckt, sondern gezielt Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Amberg-Weiden, in Ansbach, Aschaffenburg, Deggendorf, Hof, Ingolstadt und Neu-Ulm gegründet. Lieber Herr Professor Dr. Piazzolo, so sieht Anbindungspolitik für die Regionen aus. Bei den Technologietransferzentren ist es nicht anders. Auch hier gilt: Man geht stärker in die Regionen. Frau Kollegin Dr. Bulfon hat das bereits aufgezeigt.

Das neue Hochschulgesetz, das wir verabschiedet haben, stellt die Weichen für die Zukunft. Die Einführung des berufsbegleitenden Bachelors bietet gerade in zentrumsferneren Regionen denjenigen Menschen die Chance für eine akademische Qualifikation, die bisher im beruflichen Bereich ihren Weg gewählt haben. Dies sichert auch nach dem Rückgang der Studierendenzahlen gerade in den revierferneren Hochschulen eine gute Auslastung. Insgesamt gilt für die vielfältigen Erweiterungen - sei es bei den neuen Standorten oder bei den Technologietransferzentren -, dass es ohne Quali-

tät auch keine Erweiterung in die Fläche geben kann. Es gilt, an bestehende Strukturen anzuknüpfen. Gerade diese Qualität ist eine unersetzbare Voraussetzung für die Regionalisierungskonzepte.

Lieber Herr Kollege Dr. Rabenstein, im Hinblick auf den kulturellen Bereich haben Sie wohl etwas verschlafen; denn gerade die eine Million Euro, um die wir den Ansatz für den Denkmalschutz erhöht haben, unterstreicht, was zu tun ist: Man sollte als Parlamentarier nicht mit einer Resolution an sich selbst appellieren, sondern mit Ergebnissen dafür sorgen, dass die fachlichen Notwendigkeiten umgesetzt werden. Deshalb habe ich diese Resolution nicht unterschrieben. Wir stehen zu unserer kulturellen Verpflichtung gegenüber unserer bayerischen Heimat in allen Landesteilen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man zu der Titelgruppe 75 auch noch den Entschädigungsfonds hinzurechnet - nur dann hat man einen korrekten Vergleich mit den Zahlen der Siebziger- und Achtzigerjahre -, stehen wir im Vergleich zu den Siebziger- und Achtzigerjahren nicht so schlecht da. Diese Werte sind ganz gut. Es sei auch darauf verwiesen, dass es seit den Haushaltsjahren 2009/2010 immer wieder die Initiativen der CSU und der FDP waren, die dazu beigetragen haben, dass wir für die Denkmalpflege sehr viel Geld draufsatteln konnten. Das war gut angelegtes Geld; denn wir wissen, dass diese Mittel weitere Investitionen im Verhältnis 1 : 10 anregen. Lieber Erwin Huber, Denkmalschutzpolitik ist also auch Wirtschaftspolitik. Das ist nicht unredlich.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Erwin Huber (CSU): Sehr richtig!)

Gefreut hat mich außerdem, dass wir die Mittel für die Bayerische Staatsbibliothek erhöhen konnten; denn auch hier haben wir für den Mittelstand durch die zielgerichtete Zuwendung für den Anschaffungsfonds Politik gemacht. Die kleineren Druckereien, die die Bindearbeiten vornehmen - das ist klassischer Mittelstand -, konnten damit unterstützt werden. Das ist ein wichtiges Symbol. Ich halte es nicht für unehrenhaft, mit

der Wissenschaftspolitik und der Kulturpolitik auch Wirtschaftspolitik zu betreiben. Diese Felder gehören zusammen. Im Mittelpunkt muss aber der kulturelle Aspekt stehen. Ich möchte mich für diese beiden Maßnahmen insbesondere beim Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Georg Winter, sowie den Haushältern der Regierungsfractionen, zum Beispiel Herrn Klein, ganz herzlich bedanken. Dort hat man unsere Initiative aufgenommen. Das macht deutlich: Politik funktioniert nur als Teamleistung.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die hohen Investitionen im Hochschulbereich, die auch der bayerischen Bauwirtschaft zugute kommen, werden ohne neue Schulden geleistet. Sie konnten nur zustande kommen, weil wir in vielen Jahren einen ausgeglichenen Haushalt in Bayern erreicht haben. Diese ausgeglichenen Haushalte haben die Voraussetzung dafür geschaffen, dass wir stark investieren können, ohne durch neue Schulden die Spielräume für kommende Generationen in unverantwortlicher Weise einzuschränken. Dies betone ich im Besonderen als Hochschul- und gerade nicht als Haushaltspolitiker. Hier sieht man, wie die Dinge zusammengehören und wie sie sich zusammenfinden.

Am Ende gilt mein besonderer Dank dem Finanzminister Georg Fahrenschon und den Beamten seines Hauses. Dank zu sagen ist natürlich auch dem zuständigen Wissenschaftsministerium mit Herrn Staatsminister Dr. Heubisch und seinen Fachleuten. Heute möchte ich noch etwas Besonderes tun: Ich denke, wir Parlamentarier sollten uns heute beim ausscheidenden Ministerialdirektor Dr. Rothenpieler bedanken. Dies ist sein letzter Haushalt, bevor er am 30. April aus dem aktiven Dienst ausscheiden wird. Herr Dr. Rothenpieler hat als Fachbeamter die bayerische Hochschullandschaft sehr gut weiterentwickelt. Ihm gilt dafür unser Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Es freut mich, dass an dieser Stelle das ganze Hohe Haus applaudiert hat. Herr Dr. Weiß, ich darf Ihnen als designiertem Nachfolger die Hand reichen. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit. Ich darf um Annahme des Einzelplans 15 bitten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Sibler, bleiben Sie bitte noch vorne. Frau Kollegin Gote hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Ulrike Gote (GRÜNE): Lieber Kollege Sibler, Wiederholung ist ein bewährtes pädagogisches Prinzip. Wir haben diesen Punkt schon mehrfach an verschiedensten Stellen erörtert. 36.000 Studienplätze für den doppelten Abiturjahrgang in Bayern sind gut und schön. Das haben wir jetzt auch oft genug gehört. Das muss ich jetzt wirklich in keiner Regierungserklärung mehr hören. Aber auch diese Studienplätze werden am Ende nicht reichen, das wissen wir alle. Damit wird nur das Niveau des Jahres 2005 gesichert. Herr Staatsminister Dr. Heubisch, das haben Sie bzw. Ihr Vorgänger, Herr Staatsminister Dr. Goppel, uns sogar schriftlich gegeben.

Nun zu meinem eigentlichen Punkt: Der Vergleich mit den anderen Bundesländern hinkt, insbesondere der Vergleich mit NRW. Ich vermute sogar, dass er bewusst verzerrt dargestellt worden ist. NRW schafft 11.000 Studienplätze pro Jahr. Wer rechnen kann, weiß, dass damit in drei Jahren dort schon 33.000 Plätze vorhanden sein werden. Der Experte in der Anhörung musste auf meine Nachfrage hin klarstellen, dass sich die Flächenländer beim zahlenmäßigen Ausbau der Studienplätze für den doppelten Abiturjahrgang nichts nehmen. Bayern konnte - das sollten Sie nicht vergessen - beim Hochschulpakt besonders gut punkten und die Mittel schnell abgreifen, weil in der Vergangenheit gespart wurde, auch auf Kosten der anderen Länder. Man hat jahrelang die eigenen Abiturienten in die anderen Bundesländer exportiert und im eigenen Land nicht genug Studienplätze geschaffen. Hier holen wir langsam auf. Das ist aber kein Verdienst, mit dem man sich gegenüber anderen brüsten müsste.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Herr Kollege Sibler.

Bernd Sibler (CSU): Liebe Frau Gote, jetzt haben Sie eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie wichtig es ist, die Zahl 38.000 - nicht 36.000 - immer und immer wieder zu wiederholen. Vermutlich war das ein Versprecher. Sie haben damit aber natürlich eine wunderbare Steilvorlage geliefert. Für die Aussetzung der Wehrpflicht wurden 5.500 zusätzliche Studienplätze geschaffen.

Liebe Frau Gote, selbst wenn Nordrhein-Westfalen schon 33.000 Studienplätze geschaffen haben sollte, ist Nordrhein-Westfalen mit 18 Millionen Einwohnern immer noch eineinhalbmal so groß wie Bayern. Wenn ich es recht überblicke, gibt es dort auch eine höhere Hochschulzugangsquote, als das in Bayern der Fall ist. Die Zahl der Studierenden ist dort also deutlich höher. Das sind beileibe nicht die Zahlen, die nötig wären, um im Vergleich mit Bayern bestehen zu können. Ich möchte noch einmal sagen: Unsere Studienplätze sind finanziert. Die Studienplätze in Nordrhein-Westfalen sind dagegen in Aussicht gestellt. Außerdem werden sie dort durch Schulden, Schulden und nochmals Schulden finanziert. Das ist nicht unsere Politik. Das kann die rot-grüne Regierung mit den Kommunisten gerne machen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Frau Sandt, möchten Sie von den 29 Sekunden Gebrauch machen? - Ich sehe, ja. Gut, bitte schön.

Julika Sandt (FDP): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Kunst ist ein Standortfaktor nicht nur für Wirtschaft, Wissenschaft und Tourismus. Kunst, Kultur und das kulturelle Leben bestimmen auch maßgeblich die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger hier in Bayern. Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur schärft die Wahrnehmung, schult die Urteilsfähigkeit. Künstlerische Entwicklungen geben deshalb Impulse für alle gesellschaftlichen Bereiche.

Dieser Haushalt ist geleitet von der Idee der Vielfalt. Wir haben Spitzenangebote, wir haben Leuchttürme wie das Gärtnerplatztheater oder das Nürnberger Staatstheater. Wir haben auch eine Breitenkunst, und so wird auch in die nichtstaatlichen Theater und Museen weiter kräftig investiert. So gibt es beispielsweise das dezentrale Konzept der Landesausstellung, die von den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angenommen wird.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Julika Sandt (FDP): Zwischenbemerkung?

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Die Rettung kommt! - Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Da kommt sie schon, die Rettung.)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Sandt, es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Thalhammer.

Julika Sandt (FDP): Eine völlig überraschende Zwischenintervention.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Es ist alles in Ordnung, alles im Rahmen der Geschäftsordnung. Herr Thalhammer, bitte schön.

(Unruhe bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegen der Freien Wähler, wer unseren Herrn Kunstminister kennt, der weiß, wie sehr ihm Kunst und Kultur am Herzen liegen. Vorhin in der Debatte war dem einen oder anderen nicht wirklich klar, es wurde nicht gesehen oder übersehen, welche wegweisenden Akzente Herr Heubisch in der Kunst- und Kulturszene gesetzt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Weil der Höhepunkt bekanntlich immer zum Schluss kommt und weil ich weiß, dass Herr Heubisch aus Anstandsgründen von sich selbst nicht so gerne spricht, bitte ich

Sie, klar und deutlich darzulegen, was die liberalen Akzente, was die liberalen Erfolge in der Kunstpolitik waren. Bitte zeigen Sie die liberalen Akzente und die liberalen Erfolge in der Kulturpolitik auf.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Sie können einfach an derselben Stelle weiterreden! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans-Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Frau Sandt.

Julika Sandt (FDP): Zunächst zu der Frage, wofür sich Minister Heubisch ganz besonders eingesetzt hat. Das war einmal das Literaturförderprogramm mit den Workshops "Kreatives Schreiben", in dessen Rahmen professionelle Autoren an Schulen kommen, Workshops anbieten, Autorenlesungen veranstalten. Es gibt einen Förderpreis für bayerische Kleinverlage und Literaturfestivals. Wir haben uns, was schon erwähnt wurde, als Fraktion mit dem Koalitionspartner dafür eingesetzt, dass die Bayerische Staatsbibliothek noch besser ausgestattet wird, als das ursprünglich geplant war.

Dann hat der Minister das Netzwerk "Musik in Bayern" mit der Vernetzung von Musikschulen, Schulen und Laienmusikverbänden ausgebaut. Die Vernetzung der Musik, das ist ein Punkt. Er hat die Leitlinie Musik weiterentwickelt mit Blick auf die Vielfalt: Pop, Rock, Jazz, Klassik und Volksmusik, hier ist alles drin. Sie richtet sich an die verschiedensten Zielgruppen, von Kindern über Senioren bis zu Migranten.

Insgesamt wird in dem Haushalt, und das ist der dritte wesentliche Punkt, ein Akzent auf die Vielfalt gesetzt.

Ich habe eben gesagt, wir brauchen Leuchttürme und Breitenkultur. Unser kulturelles Erbe müssen wir erhalten, das ist der Denkmalschutz einerseits und andererseits ist das die neue junge Kunst. Ich erwähne nur die Kunstförderpreise. Es ist die Spannung zwischen bayerischer Kunst und internationaler Kunst.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wo ist da der Unterschied?)

Denken Sie an das Völkerkundemuseum oder an die Ai-Weiwei-Ausstellung, die er gemacht hat. Gerade wenn man sich mit seiner eigenen Kultur auseinandersetzt, wird man neugierig auf das Andere. Hier liegt ein starker Akzent: Stadt/Land, bayerisch/international, Tradition und Zukunft, iPad und Dirndl, Herr Dr. Rabenstein, das ist der klare Leitgedanke der bayerischen Kulturpolitik, der sich in diesem kulturpolitischen Haushalt manifestiert.

(Beifall bei der FDP)

Ich bitte deshalb, den Haushalt zu unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Dr. Rabenstein von der SPD möchte von seiner einen Minute und 55 Sekunden Gebrauch machen. Bitte schön.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Lieber Herr Kollege Sibler, Frau Präsidentin! Ich möchte noch etwas zu dem Vorwurf sagen, ich hätte geschlafen. Im Parlament kann das einmal vorkommen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Im Medienrat eher nicht!)

Sie haben gesagt, ich hätte verschlafen, dass die Mittel für den Denkmalschutz um eine Million Euro erhöht werden. Ich habe die 25 Millionen zitiert, das war der höchste Stand im Jahr 1990. Dann ging der Betrag kontinuierlich zurück. 1998 hatten wir immerhin noch 17 Millionen für diesen Bereich zur Verfügung. Diese Zahl wurde im Landtag genannt. Daran kann ich mich noch erinnern. Das war für die Titelgruppen 74 und 75. Dann ging der Betrag weiter zurück, auf unter 10 Millionen. Aktuell stehen 11 Millionen Euro zur Verfügung, also noch nicht einmal die Hälfte von den 25 Millionen.

Wenn ich angesichts dessen um eine Million erhöhe, dann kann ich natürlich sagen, ich habe unheimlich viel gemacht. Ich bleibe aber bei meiner Meinung. Wir haben den Antrag gestellt, um mindestens zwei Millionen Euro zu erhöhen. Das wäre kein un-

möglicher Betrag, bei dem man sich wahnsinnig verschulden würde. Ich bleibe deshalb dabei. Es ist schon eigenartig, dass der Landesdenkmalrat, Ihr Gremium, und die stellvertretenden Vorsitzenden uns diesen Brief schreiben. Die haben wohl auch alle geschlafen? - Ich weise Ihren Vorwurf zurück. Gerade wir als Kulturstaat müssten im Hinblick auf den Denkmalschutz mehr machen. Wir müssten die Leute, die unseren Kulturstaat erhalten, wesentlich intensiver unterstützen. Sie sind es, die unsere Heimat lebenswert machen. Mir als kulturbewusstem Franken liegt das ganz besonders am Herzen. Herr Kollege Sibler, im Hochschulausschuss verstehen wir uns sonst ganz gut, aber dass Sie hier, als Vorsitzender des Landesdenkmalrates, nicht hinter der Forderung Ihres eigenen Gremiums stehen, das verwundert schon ein bisschen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist beschämend! - Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die letzte Wortmeldung stammt von Herrn Staatsminister Heubisch. Bitte.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Verehrte Frau Gote, ich habe Ihr Zukunftskonzept verstanden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Liebe Frau Gote!)

Sie haben das zum Schluss genau gesagt, die Abschaffung der Studienbeiträge sei Ihr Zukunftskonzept!

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Bravo! - Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist aber der Weg des Freistaats Bayern in den Schuldenstaat. Viel Spaß und Vergnügen!

(Beifall bei der FDP)

Wir stehen 100-prozentig zu den Studienbeiträgen, und zwar einfach deshalb, weil wir die Qualität des Studiums dadurch erheblich verbessert haben. Sind Sie überhaupt

schon einmal in den Hochschulen gewesen, haben Sie sich schon einmal selbst ein Bild von dem gemacht, was dort vor sich geht?

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Nein, anscheinend nicht. Das ist nämlich auch die Studentennähe, die Sie einfordern. Wenn Sie wüssten, wie oft ich draußen war und mit den Schülern des G 8 und des G 9, den zukünftigen Studenten, diskutiert habe! Ich ging an die Hochschulen, auch in den Zeiten der Demonstrationen. Das geht auch an Ihre Adresse, Herr Piazzolo. Es gibt wohl niemanden, der mit den Studenten so viel diskutiert hat wie der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Das möchte ich hier schon einmal deutlich machen.

(Beifall bei der FDP)

Dann räumen wir hier mal mit dem nächsten Punkt auf. Frau Gote, wann werden Sie endlich verstehen, dass "Drittmittel" nicht heißt, dass das Gelder von der Wirtschaft sind? Können Sie das bitte endlich einmal aufnehmen? Ich bitte Sie herzlich darum. Da geht es um Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft - DFG -, da geht es um Bundesmittel und um Europamittel. Sie haben aber den Eindruck erweckt, es gehe um Gelder aus der Wirtschaft.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

- Es ist immer das Gleiche. Sie rücken das in die Nähe der Wirtschaft, und dagegen verwahre ich mich.

Der nächste Punkt: Internationalisierung. Soll ich außer China noch mehr aufzählen, etwa die Zweigstelle der FAU, der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, in Busan nennen? Frau Gote, wir waren doch zusammen in Montreal und haben dort die Kooperation mit der McGill University und Life Sciences angesehen. Wir haben uns da doch gut verstanden, sogar wunderbar. Das muss doch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der FDP)

Herr Piazolo, was Sie zu Wanne-Eickel gesagt haben, ich will es einmal so sagen: Sie haben Pech, weil ich Florenz sehr gut kenne und mir die Uffizien schon angesehen habe. Im Verhältnis zur Pinakothek sind die Uffizien eine Bruchbude.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Es kommt auf die Inhalte an!)

Ihre Äußerungen zu Wanne-Eickel kommen so herüber, als würden Sie unsere Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Deggendorf, Landshut, Kempten und Aschaffenburg nicht schätzen, an denen hochqualifizierte Forschung betrieben wird.

(Beifall bei der FDP)

Frau Gote, ich empfehle allen, die die Zukunftsstudien angesprochen haben, einmal an die Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften zu gehen und sich anzuschauen, was da geforscht wird. Da wird für die Zukunft geforscht. Das war vielleicht eine rhetorische Leistung, aber inhaltlich sehr, sehr dünn.

Ich bedanke mich fürs Zuhören und bitte um Zustimmung zum Einzelplan 15.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Staatsminister Heubisch. Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, weshalb wir die Aussprache schließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2011/2012, Einzelplan 15, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/7675 mit 16/7715 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/7985 zugrunde.

Vorweg lasse ich jetzt, wie von der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt, über den vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsan-

trag auf Drucksache 16/7691, betreffend "Förderung der bayerischen Sing- und Musikschulen", in namentlicher Form abstimmen. Sie wissen mittlerweile, wie das abläuft. Für die Stimmabgabe stehen Urnen an den üblichen Stellen. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Sie haben für die Abstimmung fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 15.31 bis 15.36 Uhr)

Die fünf Minuten neigen sich dem Ende zu, noch drei Sekunden. - Die Stimmabgabe ist geschlossen. Zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses begeben sich die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wieder in die Nebenräume. Wir müssen die Sitzung kurz unterbrechen, bis das Abstimmungsergebnis ermittelt ist.

(Unterbrechung von 15.37 bis 15.39 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können mit den Beratungen fortfahren. Ich nehme die Sitzung wieder auf. -

(Unruhe)

"Sitzung" heißt nicht Gruppengespräche.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag betreffend "Förderung der bayerischen Sing- und Musikschulen", Drucksache 16/7691, bekannt. Mit Ja haben 63 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 89, und es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Wir können jetzt zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 15 schreiten. Er wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/7985 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 15 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmungen geben möchte,

den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Dr. Pauli. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Einzelplan 15 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge mit Ausnahme des Änderungsantrags der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 16/7691, über den einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Die Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und der FDP. Gegenstimmen? - Frau Dr. Pauli. Enthaltungen? - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 15 abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.04.2011 zu Tagesordnungspunkt 16: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion FW; Haushaltsplan 2011/2012;; hier: Förderung der bayerischen Sing- und Musikschulen; (Kap. 15 05 Tit. 633 80) (Drucksache 16/7691)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas			X
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas			
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann			
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette			
Kiesel Robert			
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	63	89	1

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 16

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Gute Studienbedingungen für den doppelten Abiturientenjahrgang - Zuschuss an die Frauenakademie München e.V. (FAM)
(Kap. 15 03 Tit. 686 20)
(Drs. 16/7675)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhalt des Internationalen Figurentheater-Festivals Erlangen, Nürnberg, Fürth, Schwabach
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
(Drs. 16/7676)
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung nichtstaatlicher Theater und von Einrichtungen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst
(Kap. 15 05 TG 73)
(Drs. 16/7677)
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zuschüsse an nichtstaatliche Orchester
(Kap. 15 05 Tit. 685 75)
(Drs. 16/7678)
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Linus Förster u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung der Pop- und Rockmusik in Bayern
(Kap. 15 05 Tit. 686 75)
(Drs. 16/7679)
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
(Drs. 16/7680)
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens
(Kap. 15 05 TG 91)
(Drs. 16/7681)
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V.
(Kap. 15 05 neue TG)
(Drs. 16/7682)
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Gute Studienbedingungen für den doppelten Abiturientenjahrgang - Zuschüsse an die Bayerischen Studentenwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
(Drs. 16/7683)
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Gute Studienbedingungen für den doppelten Abiturientenjahrgang - Wissenschaftliche Bibliotheken
(Kap. 15 06 neue TG)
(Drs. 16/7684)
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Anschubfinanzierung für einen Lehrstuhl Allgemeinmedizin
(Kap. 15 28 neue TG)
(Drs. 16/7685)
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
(Kap. 15 74 TG 75)
(Drs. 16/7686)
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD

- Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Gute Studienbedingungen für den doppelten Abiturientenjahrgang - Bayerische Staatsbibliothek
(Kap. 15 90 Tit. 523 74)
(Drs. 16/7687)
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für die angemessene Bezahlung von Lehrbeauftragten an den Hochschulen in Bayern
(Drs. 16/7688)
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Wegfall der Einnahmetitel in den TG 96 im Epl. 15 (versch. Kap. der TGn 96)
Aufhebung der Studiengebühren
(Drs. 16/7689)
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Binationales Forschungsinstitut (Deutsch-Tschechische Hochschule) im bayerischen Grenzgebiet zu Tschechien
(Kap. 15 03 neue TG)
(Drs. 16/7690)
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung der bayerischen Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
(Drs. 16/7691)
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Fördermittel für spartenübergreifende Kulturprojekte
(Kap. 15 05 neue TG 82)
(Drs. 16/7692)
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Aufstockung der Studentenwerkförderung
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
(Drs. 16/7693)
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Erhöhung der Mittel für die Virtuelle Hochschule Bayern
(Kap. 15 06 TG 73)
(Drs. 16/7694)
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Ausbau der bayerischen Hochschulen - Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger
(Kap. 15 06 TG 86)
(Drs. 16/7695)
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Studienbeiträge abschaffen und Kompensation durch staatliche Mittel
(Kap. 15 06 neue TG)
(Drs. 16/7696)
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zusätzliche Stellen für den akademischen Mittelbau an den Universitäten
(Kap. 15 28 neue TG)
(Drs. 16/7697)

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung und Entwicklung
(Kap. 15 49 TG 73)
(Drs. 16/7698)
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Stärkung der Zentrale der „hochschule dual“
(Kap. 15 49 TG 73)
(Drs. 16/7699)
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FW)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Bayerische Staatsbibliothek und Staatliche Bibliotheken
(Kap. 15 90 Tit. 523 74)
(Drs. 16/7700)
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens
(Kap. 15 05 TG 91)
(Drs. 16/7701)
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Offensive für Studierendenwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
(Drs. 16/7702)
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Demokratische Hochschule - Vernetzung der Studierenden stärken
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
(Drs. 16/7703)
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Zukunftsinvestition Hochschule - Ausbau der Hochschulen
(Kap. 15 06 TG 86)
(Drs. 16/7704)
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Einführung einer neuen TG „Forschungsförderungsprogramm: Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zur Vermeidung von Tierversuchen an Bayerischen Hochschulen“
(Kap. 15 06 neue TG)
(Drs. 16/7705)
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention - inklusive Studienbedingungen an allen Hochschulen verwirklichen
(Kap. 15 06 neue TG)
(Drs. 16/7706)
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: aviso: Zeitschrift für Wissenschaft & Kunst in Bayern einstellen
(Kap. 15 09 Tit. 531 11)
(Drs. 16/7707)
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Kein Einkauf von Versuchstieren
(Kap. 15 09 Tit. 532 81)
(Drs. 16/7708)
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2011/2012;
hier: Keine Öffentlichkeitsarbeit für Agrogentechnik aus Steuermitteln
(Kap. 15 28 TG 85)
(Drs. 16/7709)

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Sonderausstellungen und sonstige kulturelle Veranstaltungen (Kap. 15 70 Tit. 523 74) (Drs. 16/7710) 37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Erwerb von Kunst- und Sammlungsgegenständen (Kap. 15 70 Tit. 523 74 und Tit. 812 74) (Drs. 16/7711) 38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Zuschuss Buchheim-Museum (Kap. 15 70 Tit. 686 75) (Drs. 16/7712)	39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Förderung nichtstaatlicher Museen (Kap. 15 74 Tit. 428 01) (Drs. 16/7713) 40. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Vermehrung, Ergänzung und Nachweis der Bibliotheksbestände sowie Ausstellungen (Kap. 15 90 TG 74) (Drs. 16/7714) 41. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2011/2012; hier: Wiederinstandsetzung beschädigter Archivalien, Bestandserhaltung, Digitalisierung von Archivgut (Kap. 15 93 Tit. 547 02, 547 05 und 547 06) (Drs. 16/7715)

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 7	München, den 21. April	2011

Datum	Inhalt	Seite
14.4.2011	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 (Haushaltsgesetz – HG – 2011/2012) 630-2-18-F , 630-1-F , 630-2-15-F , 2030-1-1-F , 2032-0-F , 2032-1-1-F , 2013-1-1-F , 2129-4-1-UG , 2187-1-I , 2230-7-1-UK , 2230-7-1-1-UK	150
14.4.2011	Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011) 605-1-F , 605-10-F	181

630-2-18-F

**Gesetz
über die Feststellung
des Haushaltsplans
des Freistaates Bayern
für die Haushaltsjahre 2011 und 2012
(Haushaltsgesetz – HG – 2011/2012)**

Vom 14. April 2011

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

Art. 1

Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 wird in Einnahmen und Ausgaben auf

42 491 134 500 € für das Haushaltsjahr 2011 und

43 115 855 000 € für das Haushaltsjahr 2012

festgestellt.

Art. 2

Kreditermächtigungen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für Investitionen folgende Kredite am Kreditmarkt aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2011 bis zur Höhe von Null €,
2. im Haushaltsjahr 2012 bis zur Höhe von Null €,
3. die in den vorausgegangenen Haushaltsjahren genehmigten Kreditmittel, soweit sie bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2010 nicht aufgenommen wurden und zur Deckung noch benötigt werden.

(2) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zweckgebundene Darlehen aus Mitteln des Bundes, die zur Förderung des Städtebaus gewährt werden, bis zu folgender Höhe aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2011 bis zur Höhe von 200 000 €,
2. im Haushaltsjahr 2012 bis zur Höhe von 200 000 €.

²Diese Ermächtigung erhöht oder vermindert sich insoweit, als die zur Verfügung gestellten zweckgebun-

denen Darlehen die im Haushalt veranschlagten Beträge überschreiten oder hinter ihnen zurückbleiben.

(3) ¹Die Kreditermächtigung des Abs. 1 erhöht sich um die Beträge, die bei den Kapiteln 13 06 und 13 60 im betreffenden Haushaltsjahr zur Tilgung von Krediten am Kreditmarkt sowie zur Kursstützung von Staatsanleihen erforderlich sind; sie erhöht sich ferner um die Beträge, die zur Umfinanzierung von Krediten auf Grund längerer Laufzeiten oder sonstiger günstiger Bedingungen notwendig werden. ²Das Staatsministerium der Finanzen darf im Rahmen von Kreditfinanzierungen ergänzende Vereinbarungen treffen, die der Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, ab November eines Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von zwei v.H. des in Art. 1 für das laufende Jahr festgestellten Betrags aufzunehmen. ²Die danach aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(5) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel des Staates Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von acht v.H. des festgestellten Haushaltsvolumens aufzunehmen. ²Über diesen Betrag hinaus kann das Staatsministerium der Finanzen weitere Kassenverstärkungskredite aufnehmen, soweit es von der Kreditermächtigung nach Abs. 1 keinen Gebrauch macht.

Art. 3

Konjunkturpolitisch bedingte Maßnahmen

(1) Die Staatsregierung kann bei einer allgemeinen Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit gemäß § 6 Abs. 2 in Verbindung mit § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft zusätzliche Ausgaben beschließen, wenn und soweit hierfür zusätzliche Finanzhilfen des Bundes gemäß Art. 104b Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zur Verfügung stehen.

(2) Soweit die in Abs. 1 genannten Mittel zur Leistung von zusätzlichen Ausgaben gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft nicht ausreichen, wird das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, über die in Art. 2 erteilten Kreditermächtigungen hinaus Kredite bis zur Höhe von 100 000 000 € aufzunehmen.

(3) ¹Im Fall einer die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigenden Nachfrageausweitung kann die Staatsregierung das Staatsministerium der Finanzen ermächtigen, die Verfügung über bestimmte Ausgabemittel, den Beginn von Baumaßnahmen und das Eingehen von Verpflichtungen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre von seiner Einwilligung abhängig zu machen. ²Das Staatsministerium der Finanzen hat die dadurch nach Ablauf eines Haushaltsjahres frei gewordenen Mittel, soweit sie nicht zur Verminderung des Kreditbedarfs verwendet werden können, einer Ausgleichsrücklage zuzuführen.

Art. 4

Haushaltswirtschaftliche Sperren

(1) Die Staatsregierung kann das Staatsministerium der Finanzen, unbeschadet seiner Befugnisse gemäß Art. 41 BayHO, ermächtigen, im Benehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags zur Erwirtschaftung der bei Kap. 13 03 Tit. 972 01 veranschlagten Minderausgabe die Ausgabemittel im erforderlichen Umfang zu kürzen oder zu sperren.

(2) Nach Abs. 1 und nach Art. 41 BayHO gesperrte Beträge sind in der Haushaltsrechnung als Minderausgabe nachzuweisen.

(3) Daneben sind aus Bundesmitteln finanzierte Ausgaben zu sperren, soweit auf Grund von Etatentscheidungen des Bundes absehbar ist, dass gegenüber den Ansätzen im Haushaltsplan geringere Bundesmittel eingehen werden.

Art. 5

Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung

Die Haushaltsordnung des Freistaates Bayern – Bayerische Haushaltsordnung – BayHO – (BayRS 630-1-F), zuletzt geändert durch § 11 des Gesetzes vom 5. August 2010 (GVBl S. 410), wird wie folgt geändert:

1. Art. 10 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die Staatsregierung unterrichtet den Landtag rechtzeitig über Staatsverträge oder sonstige Vereinbarungen mit dem Bund oder einem Land, soweit sie erhebliche haushaltsmäßige Auswirkungen haben.“

2. Art. 49 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

b) Es werden folgende Sätze 2 bis 4 angefügt:

„²Hat ein Beamter gleichzeitig mehrere Hauptämter mit Anspruch auf Bezüge inne, richtet sich die Einweisung in die Planstelle nach dem Hauptamt, für das die Bezüge gewährt werden. ³Für jedes weitere Hauptamt, für das keine Bezüge gewährt werden, ist der Beamte zusätzlich in eine Planstelle oder in eine Leerstelle einzuweisen. ⁴Die Einweisung in eine Planstelle oder eine Leerstelle gemäß Satz 3 ist nicht erforderlich, wenn das weitere Hauptamt vom selben Dienstherrn verliehen wurde.“

3. Art. 50 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Bezüge“ die Worte „und sonstigen Leistungen“ eingefügt.

b) In Abs. 3 Satz 3 wird die Besoldungsgruppe „A 2“ durch die Besoldungsgruppe „A 3“ ersetzt.

Art. 6

Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung

(1) ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die Stellenpläne für planmäßige Beamte und Richter, Beamte und Richter auf Zeit, Beamte und Richter auf Probe (Titel 422 01 bis 422 06 und Titel 422 11 bis 422 15), für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25), für abgeordnete Beamte und Richter (Titel 422 31 bis 422 35), sowie für Arbeitnehmer (Titel 428 01 bis 428 07) gebunden. ²Bei der Bewirtschaftung der Stellenpläne und der Personalausgaben sind neben den folgenden Abs. die Nrn. 2 und 3 der Durchführungsbestimmungen verbindlich zu beachten.

(2) ¹Die im Haushaltsplan 2011 neu ausgebrachten Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer dürfen nicht vor dem 1. Oktober 2011 und die im Haushaltsplan 2012 neu ausgebrachten Stellen nicht vor dem 1. Oktober 2012 besetzt werden; das Staatsministerium der Finanzen kann in besonderen Einzelfällen Ausnahmen zulassen. ²Frei werdende Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer dürfen frühestens nach Ablauf von zwölf Monaten vom Tag des Freiwerdens an besetzt werden (Wiederbesetzungssperre); dies gilt auch für Stellen in Titelgruppen und für Stellen, die bei den Titeln 428 21 und 428 22 veranschlagt sind; für institutionell geförderte Zuwendungsempfänger gilt die Wiederbesetzungssperre sinngemäß. ³Satz 2 gilt nicht bei einer

Neueinstellung eines schwerbehinderten Menschen.

⁴Die zuständige oberste Dienstbehörde kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen in besonderen Fällen Ausnahmen von Satz 2 zulassen. ⁵Abweichend von Art. 50 Abs. 1 Satz 2 BayHO können in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 kw-Vermerke, die im Rahmen der Neugliederung der Geschäftsbereiche oder der Verwaltungsreform auszubringen sind, mit einer zeitlichen Einschränkung versehen werden.

(3) Bei der Stellenbesetzung ist Folgendes zu beachten:

1. Innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel können, soweit und solange dienstliche Bedürfnisse es erfordern, die im Haushaltsplan ausgebrachten Planstellen und Stellen nach folgenden Maßgaben auch anderweitig besetzt werden:

a) ¹Freie und besetzbare Planstellen und andere Stellen können wie folgt besetzt werden:

aa) Stellen für planmäßige Beamte oder Richter (Titel 422 0.)

- durch Beamte oder Richter auf Zeit, durch Beamte oder Richter auf Probe sowie durch abgeordnete Beamte oder Richter (Titel 422 3.),
- durch Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25),
- durch Arbeitnehmer (Titel 428 0., 428 2. und 428 30) oder
- durch Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 428 1.).

bb) Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25)

- durch Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst mit gleichem oder niedrigerem Anwärtergrundbetrag (Art. 77 BayBesG),
- in Kapitel 03 18 durch Polizeioberwachmeister der BesGr A 5 oder
- durch Dienstanfänger.

cc) Stellen für Arbeitnehmer (Titel 428 0.)

- durch Arbeitnehmer (Titel 428 2.),
- durch Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 428 1.) oder
- durch Auszubildende.

²Die in Satz 1 genannten Stellenbesetzungen dürfen nur mit Beschäftigten gleicher oder niedrigerer Besoldungs- oder Entgeltgruppen vorgenommen werden; bei der Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte durch Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25) sind für die zu besetzenden Planstellen die Eingangsämter maßgebend, in die die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes voraussichtlich eintreten. ³Planstellen mit einer Amtszulage (Art. 34 Abs. 1 BayBesG), mit einer Zulage für besondere Berufsgruppen (Art. 34 Abs. 2 BayBesG), mit einer besonderen Amtszulage (Art. 27 Abs. 3 BayBesG) und/oder mit einer besonderen Zulage für Richter (Art. 56 BayBesG) gelten als eigene Besoldungsgruppe. ⁴Gleiches gilt für Planstellen mit einer Stellenzulage (Art. 51 BayBesG), soweit der Ausweis der Stellenzulage im Haushaltsplan durch Gesetz oder Rechtsverordnung vorgeschrieben ist. ⁵Planstellen derselben Besoldungsgruppe mit einer Amtszulage oder mit einer Zulage für besondere Berufsgruppen gelten bei der Stellenverrechnung als gleichwertig; dies gilt nicht, wenn Planstellen sowohl mit einer Amtszulage als auch mit einer Zulage für besondere Berufsgruppen ausgebracht sind. ⁶Soweit gemäß Satz 1 Doppelbuchst. aa Planstellen der Titel 422 0. durch Arbeitnehmer (Titel 428 30) besetzt werden, sind die Ausgaben bei Titel 428 07 nachzuweisen.

b) Ein Beamter, der vom Landtag auf Grund der Verfassung oder auf Grund eines Landesgesetzes gewählt wurde, kann nach dem Ende seiner Amtszeit bis zur Einweisung in eine für ihn geeignete Planstelle auf einer Planstelle niedrigerer Wertigkeit, mindestens jedoch der Besoldungsgruppe A13, verrechnet werden.

c) ¹Auf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bzw. auf Stellen für Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung (Titel 422 21 bis 422 25) dürfen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen bis zur Bekanntmachung des nächsten Haushaltsgesetzes Beamte auf Probe oder Beamte auf Lebenszeit im jeweiligen Eingangsamt verrechnet werden. ²Die Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen ist nicht erforderlich, wenn die Verrechnung sechs Monate nicht überschreitet und die dadurch entstehenden Mehrkosten an geeigneter Stelle bei den Personalausgaben des entsprechenden Einzelplans zusätzlich eingespart werden.

d) ¹Von den Stellenplänen für tarifliche Arbeitnehmer darf vorübergehend nur dann abgewichen werden, wenn Höhergruppierungen

von Arbeitnehmern auf Grund für den Freistaat Bayern verbindlicher, im Lauf des Haushaltsjahres in Kraft tretender neuer Tarifverträge durchzuführen sind. ²Nach Möglichkeit sind hierfür jedoch besetzbare freie Stellen zu verwenden. ³In der Aufzeichnung über die Stellenbesetzung ist die höhere Eingruppierung unter Hinweis auf den entsprechenden Tarifvertrag zu vermerken.

- e) Nr. 3 der Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz bleibt unberührt.
2. Beamte, die auf Grund von Art. 53 BayBesG (Zulage für die Wahrnehmung befristeter Funktionen) oder auf Grund von Art. 54 BayBesG (Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes) Besoldung entsprechend einer höheren Besoldungsgruppe erhalten, sind, soweit im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt ist, in eine Planstelle dieser Besoldungsgruppe einzuweisen.
 3. ¹Beamte oder Arbeitnehmer, die auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Vorschrift für ihre Person betragsmäßig dauerhaft Besoldung oder Entgelte einer höheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe erhalten, sind in die nächste besetzbar werdende (Plan-) Stelle dieser oder einer höheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe einzuweisen. ²Für den Ausgleich von Amtszulagen, Zulagen für besondere Berufsgruppen und besonderen Amtszulagen gilt Entsprechendes. ³Satz 1 gilt nicht für Zulagen gemäß Art. 57 BayBesG.
 4. ¹Nr. 3 gilt entsprechend, wenn Arbeitnehmern höherwertige Tätigkeiten übertragen werden sollen und dadurch tarifrechtliche Ansprüche auf Höhergruppierung begründet werden oder bei einer vorübergehenden Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit nach § 14 TV-L eine Zulage zu zahlen ist. ²Dies gilt jedoch nicht bei einer vorübergehenden Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit nach § 14 TV-L für die Zeit der Vertretung eines erkrankten Bediensteten, für die Zeit der Vertretung einer Bediensteten, die den Beschäftigungsverboten nach dem Mutterschutzgesetz unterliegt, oder für die Zeit der vollumfänglichen Urlaubsvertretung.
 5. Wird einem Bediensteten Elternzeit gewährt, kann zur Überbrückung eines unabwiesbaren Aushilfsbedarfs das ganz oder teilweise freie Stellengehalt der betreffenden Stelle für die Beschäftigung von Aushilfskräften verwendet werden.
 6. Im Übrigen sind Abweichungen bei der Stellenbesetzung nur in besonderen unvorhergesehenen und unabwiesbaren Einzelfällen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen kostenneutral möglich.

(4) ¹In den Kapiteln 15 06 bis 15 27, 15 32 bis 15 48, dem Kapitel 15 50 sowie in den Kapiteln 15 59

bis 15 64 können die Hochschulen und das Elitenetzwerk Bayern innerhalb ihres jeweiligen Kapitels die Wertigkeiten der ausgebrachten (Plan-) Stellen für Forschung und Lehre neu festsetzen, soweit sie frei sind oder frei werden und ein unabwiesbarer Bedarf hierfür besteht. ²Veränderungen im Bereich der (Plan-) Stellen für die Hochschulverwaltung bedürfen der vorherigen Zustimmung durch das Staatsministerium der Finanzen. ³Aus den abweichend vom Stellenplan neu festgesetzten Wertigkeiten dürfen sich keine höheren Personalkosten ergeben, als es dem Gegenwert der umgewandelten Stellen entspricht. ⁴Im Benehmen mit der jeweiligen Hochschule können Stellen nach Kapitel 15 28 bzw. 15 49 umgesetzt und vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst den vorgenannten Kapiteln zur Abdeckung eines unabwiesbaren Personalbedarfs zugewiesen werden. ⁵Hierbei können die Stellenwertigkeiten kostenneutral neu festgelegt werden. ⁶Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel die Wertigkeiten der in Kapitel 13 30 Titelgruppe 56 und Kapitel 15 06 Titelgruppe 86 ausgebrachten (Plan-) Stellen kostenneutral neu festzusetzen.

(5) ¹Sind im Vollzug des Art. 33 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte Beamte oder Arbeitnehmer in den Staatsdienst zu übernehmen, so gelten die dafür erforderlichen (Plan-) Stellen zusätzlich in der entsprechenden Wertigkeit für die Dauer von zwei Jahren als im Staatshaushalt bewilligt. ²Nach diesem Zeitraum sind diese Beschäftigten in andere geeignete, freie und besetzbare (Plan-) Stellen einzuweisen. ³Soweit bei der entsprechenden Verwaltung hierfür keine geeigneten (Plan-) Stellen zur Verfügung stehen, gelten Leerstellen der entsprechenden Wertigkeit als bewilligt; Art. 50 Abs. 5 BayHO ist entsprechend anzuwenden.

(6) ¹Im Rahmen des Bayerischen Genomforschungsnetzwerks, des Biosystemforschungsnetzwerks einschließlich Kernzentrum, des Bayerischen Forschungsnetzwerks Immuntherapie, des Professorinnenprogramms, des Energiecampus Nürnberg, des Wettbewerbs „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“, des „gemeinsamen Programms des Bundes und der Länder für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre“ und zur Einrichtung von Projekten in den drei Förderlinien im Rahmen der Exzellenzinitiative wird das Staatsministerium der Finanzen zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer ermächtigt. ²Die Stellen erhalten den Vermerk „kw mit Auslaufen der Finanzierung“. ³Im Fall der Exzellenzinitiative können gesetzliche und arbeitsvertraglich vereinbarte Beihilfeleistungen für Beamte und Arbeitnehmer auf nach Satz 1 geschaffenen Planstellen bzw. Stellen auch zu Lasten der Beihilfeansätze bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61 bis 65 gewährt werden, wenn die betreffenden Dienststellen im Gegenzug einen Beitrag in Höhe des Durchschnittsbetrags der jährlichen Beihilfe- und Verwaltungsaufwendungen pro Beihilfeanspruch an den Staatshaushalt abführen; das Staatsministerium der

Finanzen teilt den betroffenen Dienststellen die nach den Aufwendungen des Vorjahres zu bestimmenden Beträge mit.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer aus Zuwendungen Dritter und aus Studienbeiträgen bis zu 75 v.H. des Beitragsaufkommens ermächtigt. ²Diese Stellen dürfen nur so lange in Anspruch genommen werden, als die Personalaufwendungen (im Fall von Planstellen grundsätzlich mit Versorgungszuschlag) aus Studienbeiträgen finanziert werden können oder von dritter Seite erstattet werden und die Anschlussfinanzierung gesichert ist. ³Gesetzliche und arbeitsvertraglich vereinbarte Beihilfeleistungen für Beamte und Arbeitnehmer auf nach Satz 1 geschaffenen Planstellen bzw. Stellen können abweichend von Satz 2 auch zu Lasten der Beihilfeansätze bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61 bis 65 gewährt werden, wenn die betreffenden Dienststellen im Gegenzug einen Beitrag in Höhe des Durchschnittsbetrags der jährlichen Beihilfe- und Verwaltungsaufwendungen pro Beihilfeanspruch an den Staatshaushalt abführen; das Staatsministerium der Finanzen teilt den betroffenen Dienststellen die nach den Aufwendungen des Vorjahres zu bestimmenden Beträge mit. ⁴Auf diesen Stellen geführtes Lehrpersonal hat grundsätzlich die volle Lehrverpflichtung zu erbringen.

(8) ¹Zuschläge zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit gemäß Art. 60 BayBesG sowie Anwärtersonderzuschläge gemäß Art. 78 BayBesG dürfen nur geleistet werden, soweit hierfür im Haushaltsplan Ausgabemittel veranschlagt sind. ²In den Haushaltsjahren 2011 und 2012 sind für Zuschläge gemäß Art. 60 BayBesG Ausgabemittel für 196 Vergabemöglichkeiten veranschlagt; Ausgabemittel für Zuschläge gemäß Art. 78 BayBesG sind nicht veranschlagt.

(9) ¹Die im Haushaltsplan 2011 im Rahmen der Reduzierung der Arbeitszeit der Beamten neu ausgebrachten, in der jeweiligen Überschrift der Erläuterungen mit dem Klammerzusatz „(Arbeitszeitverkürzung Art. 6h HG 2009/2010)“ gekennzeichneten, Stellen dürfen erst ab 1. August 2012 in ihrer Wertigkeit in Anspruch genommen werden. ²Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen diese Stellen nur mit Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst besetzt werden. ³Die im Haushaltsplan 2012 im Rahmen der Reduzierung der Arbeitszeit der Beamten neu ausgebrachten, in der jeweiligen Überschrift der Erläuterungen mit dem Klammerzusatz „(Arbeitszeitverkürzung)“ gekennzeichneten, Stellen dürfen abweichend von Abs. 2 Satz 1 ab 1. August 2012 in Anspruch genommen werden. ⁴Abweichend von den Sätzen 1 bis 3 können die Stellen kostenneutral auch früher oder früher in ihrer ausgebrachten Wertigkeit in Anspruch genommen werden; die abweichende Inanspruchnahme bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.

(10) Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, im Einver-

nehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen kostenneutral bis zu 50 (Plan-)Stellen innerhalb des Einzelplans 08 in das Kapitel 08 20 zur Errichtung eines Kompetenzzentrums für Ernährung umzusetzen, das verwaltungsmäßig in die Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) eingebunden ist.

(11) Für den Fall der Einrichtung eines verselbstständigten völlig unabhängigen Landesamts für Datenschutzaufsicht wird das Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, bis zu 16 (Plan-) Stellen kostenneutral innerhalb des Einzelplans 03A umzuwandeln und umzusetzen; dabei können Amtsbezeichnungen, Wertigkeiten und Stellenzahl kostenneutral verändert werden.

(12) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zum Ausbau der bayerischen Hochschulen zur Bewältigung der steigenden Studierendenzahlen zu Lasten der bei Kapitel 13 30 Titelgruppe 56 und bei Kapitel 15 06 Titelgruppe 86 in das Haushaltsjahr 2011 übertragenen Ausgabereste sowie zu Lasten der bei Kap. 15 06 Tit. 231 02 zusätzlich eingehenden Bundesmittel zusätzliche (Plan-) Stellen zu schaffen. ²Die Stellen erhalten den Vermerk „kw mit Auslaufen der Finanzierung“.

(13) ¹Im Haushaltsjahr 2011 wird in Kap. 06 01 Tit. 422 01 eine Stelle der BesGr B 3 (Ministerialrat, Ministerialrätin) nach BesGr B 4 (CIO-Stabsstellenleiter, CIO-Stabsstellenleiterin in einer obersten Dienstbehörde) kostenneutral gehoben. ²Zur Gegenfinanzierung der Hebung wird in Kap. 06 04 Tit. 422 01 Buchst. b (Automationsbereich) eine 0,08 Stelle der BesGr A 10 (Regierungsoberspektoren, Regierungsoberspektorinnen) eingespart.

Art. 6a

Sperre frei werdender Stellen bis 1997

(entfallen)

Art. 6b

Sperre frei werdender Stellen ab 2005

(1) ¹In den Jahren 2005 bis 2019 sind 9 000 frei werdende Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer zu sperren (einschließlich der Stellen bei Titel 428 21, der Stellen bei Titel 428 22 des Einzelplans 08 und der Stellen bei Titelgruppen der Einzelpläne 03B und 12), und zwar je 750 Stellen in den Jahren 2005 bis 2008, je 600 Stellen in den Jahren 2009 bis 2013 und je 500 Stellen in den Jahren 2014 bis 2019. ²Die Jahresraten können unbegrenzt überschritten, jedoch jeweils nur um bis zu 75 Stellen unterschritten werden. ³Die Gesamtunterschreitung darf zu keinem Zeitpunkt mehr als 450 Stellen betragen. ⁴Sie muss spätestens im Jahr 2019 ausgeglichen werden. ⁵In die Sperre nicht einbezogen werden Stellen für Beamte

auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und Auszubildende sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen.

(2) Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags verteilt die Sperre nach Vorlage eines Berichts der Staatsregierung auf die Einzelpläne; der Bericht ist für jedes Jahr gesondert bis spätestens 1. April vorzulegen.

(3) Werden bei einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch einen externen Berater im Abschlussbericht Möglichkeiten für einen Stellenabbau aufgezeigt, darf in den untersuchten Bereichen bis zu einer Entscheidung der Staatsregierung über die Umsetzung der Untersuchungsergebnisse nur jede dritte frei werdende Stelle wiederbesetzt werden.

(4) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der Stellensperre zu erlassen.

(5) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Stellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

Art. 6c

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen

(1) ¹In den Jahren 2011 und 2012 sind jeweils 150 freie und frei werdende Stellen gesperrt und der Einstellung zusätzlicher schwerbehinderter Menschen vorbehalten, wobei eine Übererfüllung der Quote des Vorjahres auf die Quote des Jahres 2011 bzw. des Jahres 2012 angerechnet werden kann. ²Die Stellensperre verteilt sich auf die Ressorts im Verhältnis ihres Anteils an den nach dem Teil 2 SGB IX maßgeblichen Arbeitsplätzen des Freistaates Bayern. ³Als Stellen im Sinn des Satzes 1 gelten alle Arbeitsplätze im Sinn des Teils 2 SGB IX.

(2) ¹Können nach Abs. 1 gesperrte Stellen nicht mit neu eingestellten schwerbehinderten Menschen besetzt werden, so werden in entsprechendem Umfang Stellen, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 Stellenbindung besteht, nach Kap. 13 03 Tit. 422 05 umgesetzt. ²Sie sind grundsätzlich entsprechend dem Stellenbestand des jeweiligen Ressorts zu verteilen.

(3) Das Staatsministerium der Finanzen kann die Amtsbezeichnungen, Wertigkeiten und Stellenzahlen der Stellen im Kap. 13 03 Tit. 422 05 kostenneutral ändern.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen setzt die Stellen im Kap. 13 03 Tit. 422 05 auf Antrag in andere Verwaltungen für die Neueinstellung schwerbehinderter Menschen um. ²Scheidet ein neu eingestellter schwerbehinderter Mensch innerhalb von zehn Jahren nach der Umsetzung aus dem Staatsdienst aus, fällt die umgesetzte Stelle wieder nach Kap. 13 03 Tit. 422 05 zurück, soweit sie nicht innerhalb eines

Jahres wieder mit einem neu eingestellten schwerbehinderten Menschen besetzt wird.

(5) ¹Die Einzelheiten regelt das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. ²Art. 6b bleibt unberührt.

Art. 6d

Ersatzstellen bei Altersteilzeit, begrenzter Dienstfähigkeit und bei Arbeitszeitmodellen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, Stellen auszubringen, wenn Beamten die Arbeitszeit entsprechend §§ 27 und 29 Abs. 3 BeamStG (begrenzte Dienstfähigkeit) herabgesetzt wird oder Teilzeitbeschäftigung nach Art. 91 Abs. 1 bis 3 BayBG (Altersteilzeit) bewilligt worden ist und jeweils ein Bedarf besteht, die durch die Herabsetzung der Arbeitszeit bzw. durch die Gewährung von Altersteilzeitbeschäftigung entstehenden personellen Kapazitätsverluste zu ersetzen (Ersatzstellen).

(2) ¹Als Ausgleich für einen begrenzt dienstfähigen Beamten kann für die Dauer der begrenzten Dienstfähigkeit eine Ersatzstelle in der gleichen Wertigkeit ausgebracht werden. ²Die Ersatzstelle fällt mit dem Ende der begrenzten Dienstfähigkeit weg. ³Die Ausbringung der Ersatzstelle ist auf den dem Gehaltsbruchteil entsprechenden Stellenbruchteil beschränkt, der sich aus der Differenz der Besoldung gemäß Art. 7 BayBesG und der Besoldung gemäß Art. 6 BayBesG ergibt. ⁴Ändert sich der Umfang der begrenzten Dienstfähigkeit, ändert sich der Stellenbruchteil entsprechend. ⁵Wird der Beamte während der begrenzten Dienstfähigkeit befördert, ändert sich die Wertigkeit des Stellenbruchteils entsprechend.

(3) ¹Als Ausgleich für einen Beamten in Altersteilzeit kann in den Fällen des Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBG (Teilzeitmodell) mit Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung, in den Fällen des Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayBG (Blockmodell) mit Beginn der Freistellungsphase jeweils bis zum Ende der Altersteilzeitbeschäftigung eine Ersatzstelle in der Wertigkeit des Eingangsamts des Beamten in Altersteilzeit ausgebracht werden. ²Die Ersatzstelle kann auch bis zur Wertigkeit der Planstelle des Beamten in Altersteilzeit ausgebracht werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrkosten durch eine entsprechende Stellensperre bei den gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 gebundenen Stellen ausgeglichen werden. ³Die Ersatzstelle fällt mit Ablauf der Altersteilzeitbeschäftigung weg. ⁴Die Ausbringung der Ersatzstelle ist im Fall des Blockmodells auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil, im Fall des Teilzeitmodells auf 40 v.H. des durchschnittlichen Stellenbruchteils beschränkt. ⁵Der durchschnittliche Stellenbruchteil entspricht dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung.

(4) ¹Der Unterschied zwischen dem durch den Beamten in Altersteilzeit ohnehin belegten Stellenanteil und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil im Sinn des Abs. 3 Satz 5 ist bis zum Wegfall der Ersatzstelle gesperret. ²Im Anschluss daran kann der durchschnittliche Stellenbruchteil nach Ablauf der Wiederbesetzungssperre (Art. 6 Abs. 2) wieder besetzt werden.

(5) Für Lehrer an öffentlichen Schulen ist für jeden Altersteilzeitfall, bei dem eine Ersatzstelle ausgebracht wird, ein Bruchteil von $\frac{1}{18}$ einer Planstelle mindestens in der Wertigkeit des Eingangsamts des Beamten in Altersteilzeit zu sperren, wenn der Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung vor dem 1. Januar 2004 liegt; beginnt die Altersteilzeitbeschäftigung nach dem 31. Dezember 2003, beträgt die Sperre $\frac{1}{12}$.

(6) ¹Abs. 1 bis 4 gelten für die Altersdiensttermäßigung bei Richtern (Art. 8c BayRiG) und für die begrenzte Dienstfähigkeit bei Richtern (Art. 78a BayRiG) entsprechend. ²Der durchschnittliche Stellenbruchteil im Sinn des Abs. 3 Satz 5 entspricht in den Fällen des Art. 8c Abs. 2 Nr. 1 BayRiG (Teilzeitmodell), in den Fällen des Art. 8c Abs. 2 Nr. 2 BayRiG (Blockmodell) und in den Fällen des Art. 8c Abs. 3 Satz 1 BayRiG (modifiziertes Blockmodell) dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersdiensttermäßigung, höchstens jedoch dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten zwei Jahre vor Beginn der Altersdiensttermäßigung. ³Die Ausbringung der Ersatzstelle ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells zeitlich auf die Freistellungsphase und im Umfang auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil beschränkt. ⁴Ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells die Differenz aus dem fiktiven Stellenbruchteil, der dem während der Arbeitsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Dienst-Anteil entspricht, und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil größer als Null, ist diese Differenz vorrangig während der Arbeitsphase wertmäßig zu sperren.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, bei Arbeitszeitmodellen mit einer längerfristigen ungleichmäßigen Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit, die zu einer zeitweisen völligen Freistellung von der Arbeitsleistung (Freistellungsphase) führen, für die Dauer der Freistellungsphase eine Ersatzstelle auszubringen. ²Die Ersatzstelle wird in der Wertigkeit des Bediensteten ausgebracht, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt. ³Der Umfang der Ersatzstelle ist auf den Stellenbruchteil begrenzt, der dem während des Arbeitszeitmodells außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitanteil entspricht. ⁴Die Ersatzstelle kann nur mit einem bis zur Beendigung der Freistellung zeitlich befristet beschäftigten Bediensteten besetzt werden. ⁵Auf einer für einen Beamten oder Richter ausgebrachten Ersatzstelle kann stattdessen ein Beamter oder Richter in der Wertigkeit des Eingangsamts des Beamten, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt, beschäftigt

werden, sofern nach dem Wegfall der Ersatzstelle eine sofortige Übernahme dieses Beamten auf anderweitig frei werdenden, besetzbaren Planstellen gesichert ist. ⁶Zum Ausgleich für die Ersatzstelle ist die Stelle des Bediensteten, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt, während der Gesamtdauer des Arbeitszeitmodells in Höhe des Unterschieds zwischen dem durch den Bediensteten ohnehin belegten Stellenanteil und dem Stellenanteil, der dem außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitanteil entspricht, zu sperren. ⁷Eine geplante Inanspruchnahme von Ersatzstellen im Rahmen von Arbeitszeitmodellen ist dem Staatsministerium der Finanzen vor der Genehmigung der Arbeitszeitmodelle anzuzeigen.

(8) ¹Über den weiteren Verbleib der nach den Abs. 1 bis 7 ausgebrachten Stellen ist im nächsten Haushaltsplan zu bestimmen. ²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, in besonderen Fällen Ausnahmen zuzulassen sowie nähere Bestimmungen zum Vollzug zu erlassen.

(9) Wenn Beamte die Altersteilzeit vor dem 1. Januar 2010 angetreten haben und als Ausgleich Ersatzstellen ausgebracht werden oder wurden, gelten insoweit Abs. 1 bis 8 in der am 31. Dezember 2009 geltenden Fassung entsprechend.

Art. 6e

Sperre frei werdender Stellen im Rahmen
der Verlängerung der Arbeitszeit
und der Unterrichtspflichtzeit

(entfallen)

Art. 6f

Sperre frei werdender Stellen im Rahmen
der Verlängerung der Arbeitszeit
der Arbeitnehmer

(1) ¹Im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer sind insgesamt 500 frei werdende Stellen für Arbeitnehmer zu sperren (6f-Sperre). ²In die 6f-Sperre können vergleichbare Planstellen einbezogen werden. ³In die 6f-Sperre nicht einbezogen werden Stellen der staatlichen Schulen im Einzelplan 05, der staatlichen Hochschulen, der staatlichen Kliniken und Krankenhäuser, der Theater und Bühnen, der Straßenmeistereien und Autobahnmeistereien sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen. ⁴In die 6f-Sperre sollen die Stellen für Auszubildende nicht einbezogen werden.

(2) ¹Die 6f-Sperre verteilt sich wie folgt auf die Einzelpläne (Sperrekontingente), wobei bei Stellenumsetzungen zwischen den Einzelplänen entsprechende anteilige Sperrekontingente auf die aufnehmende Verwaltung übergehen können:

Einzelplan	Sperrekontingente
02	1
03A	166
03B	26
04	80
05	5
06	67
07	2
08	44
10	20
12	66
15	23
Summe 500	

²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, anhand der derzeitigen Stellenstruktur die Sperrekontingente in monetäre oder vergleichbare Einheiten umzurechnen und entsprechend dieser Einheiten die 6f-Sperre zu vollziehen. ³Die 6f-Sperre sowie die Sperrekontingente können daher von den in Abs. 1 und 2 Satz 1 genannten absoluten Zahlen abweichen.

(3) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Stellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der 6f-Sperre und Sperrekontingente zu erlassen. ²Art. 6b und 6c bleiben unberührt.

Art. 6g

Besetzung von Stellen für Arbeitnehmer

(1) ¹Stellen oder Stellenbruchteile für Arbeitnehmer, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 oder auf Grund eines Haushaltsvermerks Stellenbindung besteht, sind bei einer Nachbesetzung dauerhaft mindestens eine Entgeltgruppe niedriger zu besetzen, wenn

1. der bisherige Stelleninhaber vor dem 1. November 2006 auf Grund tariflicher Bestimmungen wegen Zeitablaufs, Dauer der Berufsausübung oder Bewährung in einer höheren Vergütungs- oder Lohngruppe eingestuft war,
2. der bisherige Stelleninhaber auf Grund haushaltsrechtlicher Bestimmungen auf einer niederwertigeren Stelle verrechnet wurde und
3. der neue Stelleninhaber bei gleicher Tätigkeit eine oder mehrere Entgeltgruppen niedriger eingestuft würde.

²Die niederwertigere Besetzung wirkt ab dem Zeitpunkt der Nachbesetzung auch für die folgenden

Nachbesetzungen. ³Die niederwertigere Besetzung nach den Sätzen 1 und 2 soll bei der haushaltsrechtlich vorgeschriebenen Stellenüberwachung vermerkt werden.

(2) ¹Ausnahmen von Abs. 1 Sätzen 1 und 2 bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen. ²Der Zustimmung zu einer Ausnahme von Abs. 1 Satz 1 bei der neuen Beschäftigungsbehörde bedarf es nicht bei einem Wechsel eines Arbeitnehmers von einem öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber zum Freistaat Bayern oder bei einem Wechsel eines Arbeitnehmers zwischen staatlichen Verwaltungen.

(3) Über die endgültige Absenkung der gemäß Abs. 1 Sätze 1 und 2 in einer niedrigeren Entgeltgruppe besetzten Stellen für Arbeitnehmer ist in künftigen Haushaltsplänen zu entscheiden.

Art. 7

Übertragung von Ausgaben

(1) Ausgabereste und Haushaltsvorgriffe können mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen auf für gleiche Zwecke, aber mit anderer Bezeichnung und Titelnummer, im Haushaltsplan vorgesehene Titel übertragen werden.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen kann unbeschadet der Regelung in Art. 45 Abs. 3 BayHO unverbrauchte Mittel aus übertragbaren Ausgabebevolligungen der Haushaltspläne 2011 und 2012 einziehen, soweit dies zur Vermeidung oder Verminderung eines Fehlbetrags erforderlich ist.

(3) Abs. 2 gilt nicht für übertragbare Ausgabebevolligungen, soweit bei diesen Ansätzen zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) ihrem Verwendungszweck noch nicht zugeführt wurden.

Art. 8

Sonstige Ermächtigungen und Regelungen

(1) Die in Art. 4 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1971/1972, Art. 8 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1977/1978, Art. 8 Abs. 2, 4 und 6 des Haushaltsgesetzes 1979/1980, Art. 8 Abs. 2 und 4 des Haushaltsgesetzes 1981/1982, Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes 1993/1994, Art. 8 Abs. 7 des Haushaltsgesetzes 1995/1996, Art. 8 Abs. 5 des Haushaltsgesetzes 1997/1998, Art. 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1999/2000 in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2000, Art. 8 Abs. 2 und 5 des Haushaltsgesetzes 2001/2002 in der Fassung des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2002, Art. 8 Abs. 5 des Haushaltsgesetzes 2003/2004 in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2004, Art. 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 2005/2006, Art. 2a Abs. 2, Art. 8 Abs. 6 und 11 des Haushaltsgesetzes 2007/2008 in der Fassung des 2. Nachtragshaushaltsgesetzes 2008 und

Art. 8 Abs. 2a Satz 3, Abs. 5 bis 9, 11 und 12 des Haushaltsgesetzes 2009/2010 in der Fassung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2010 getroffenen Regelungen und Ermächtigungen gelten weiter.

(2) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, für Vorhaben zur Durchführung von Energieeinsparmaßnahmen in bestehenden staatlichen Gebäuden dem Abschluss von Performance-Contracting-Verträgen mit einem Gesamtvolumen von bis zu 10 Mio. € jährlich zuzustimmen, wenn sämtliche entstehenden Kosten (einschließlich Zins- und Tilgungsaufwand) innerhalb einer Vertragslaufzeit von maximal zwölf Jahren aus den erwarteten Energieeinsparungen getragen werden können und die Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist. ²Dabei kann eine einwendungs- und einredefreie Forfaitierung der Grundvergütung bis zu einem Anteil von höchstens 70 v.H. zugelassen werden. ³Ist der Anteil der laufenden Zahlungsverpflichtungen, der auf die getätigten Investitionen des Contractors in technische Geräte, Anlagen und Sachen entfällt, geringer, gilt der niedrigere Vornhundertwert.

(2a) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zum Bezug von Nutzenergie für bestehende staatliche Gebäude im Weg von Energieliefer-Contracting dem Abschluss von Verträgen des Freistaates Bayern zuzustimmen, die eine einwendungs- und einredefreie Forfaitierung von bis zu 100 v.H. des die Investitionen abbildenden Grundpreises der vertragsgegenständlichen Energielieferung vorsehen, wenn der Freistaat Bayern unbelastetes Eigentum an sämtlichen Sachen erhält, die der Contractor zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Energieliefer-Contracting-Vertrag einbringt oder mit einem Grundstück des Freistaates Bayern verbindet. ²Soweit die Summe der Raten des die Investitionskosten abbildenden Grundpreises im Einzelfall eine Mio. € bezogen auf die Vertragslaufzeit nicht überschreitet, gilt die Ermächtigung nach Satz 1 bis zu einem Gesamtvolumen von 10 Mio. €; das Gesamtvolumen bemisst sich nach der Jahressumme des die Investitionskosten abbildenden Grundpreises aus den Energieliefer-Contracting-Verträgen.

(3) ¹Die Bestände der Rücklagen und Sondervermögen bei den Kapiteln 80 01 bis 80 37 können bis zu ihrer Inanspruchnahme im Rahmen der Liquiditätssteuerung des Gesamthaushalts eingesetzt werden. ²Soweit dadurch die bestehende Kreditermächtigung für die Anschlussfinanzierung auslaufender Altschulden noch nicht beansprucht werden muss, kann sie in die folgenden Haushaltsjahre übertragen werden.

(4) Nach Art. 63 Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 3 Satz 2 BayHO wird zugelassen, dass Betreibern von Kinderbetreuungseinrichtungen Räumlichkeiten in staatseigenen Liegenschaften insoweit gegen einen verbilligten Mietzins überlassen werden, als ohne eine Verbilligung der Raumkostenanteil zu höheren als marktüblichen Elternbeiträgen führen würde.

(5) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, gegenüber der LfA Förderbank Bayern im Jahr 2011 eine globale Rückbürgschaft in Höhe von 50 v.H. des im Jahr 2010 nicht ausgeschöpften Ermächtigungsrahmens gemäß Art. 8 Abs. 10 HG 2009/2010 für Investitions-, Betriebsmittel- und Rettungsbürgschaften der LfA Förderbank Bayern zugunsten kleiner und mittelständischer Unternehmen in Bayern zu übernehmen.

(6) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, eine 80 v.H.-Ausfallbürgschaft zugunsten der Messe München GmbH zur Absicherung notwendiger Fremdkapitalaufnahmen der Messe München GmbH von höchstens 45 Mio. € bis einschließlich 31. Dezember 2019 zu übernehmen. ²Die Ermächtigung steht unter dem Vorbehalt, dass die Landeshauptstadt München Bürgschaften zugunsten der Messe München GmbH im gleichen Volumen und zu gleichen Bedingungen übernimmt.

(7) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, der Bayerischen Staatsbad Bad Reichenhall Kur-GmbH Bad Reichenhall/Bayerisch Gmain zum Zweck der Erweiterung der RupertusTherme im Staatsbad Bad Reichenhall ein auf die Dauer von 99 Jahren befristetes unentgeltliches Erbbaurecht auf folgenden Flächen der staatseigenen Grundstücke in der Gemarkung Bad Reichenhall einzuräumen:

- Flst.Nr. 669/5, rund 587 m²,
- Flst.Nr. 669/9, rund 2 664 m²,
- Flst.Nr. 669/13, rund 38 m²,
- Flst.Nr. 670, rund 19 656 m² und
- Flst.Nr. 670/1, rund 158 m².

(8) ¹Dem Bayerischen Hauptmünzamt wird gestattet, für die Erbringung von Garantien im Rahmen der Teilnahme an Ausschreibungen bzw. des Abschlusses von Verträgen zur Prägung von Münzen Avalkredite bis zur Höhe von insgesamt 2 Mio. € für die Dauer der jeweiligen Ausschreibungsverfahren bzw. der jeweiligen Vertragserfüllungen aufzunehmen. ²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, eine Patronatserklärung abzugeben, dass der Freistaat Bayern das Bayerische Hauptmünzamt in die Lage versetzen wird, eventuellen Zahlungsverpflichtungen im Fall der Inanspruchnahme aus dem Aval nachkommen zu können.

(9) ¹Unbeschadet von Art. 5 Abs. 4 Sätze 1 und 4 BayUniKlinG wird das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ermächtigt, im Einvernehmen mit der Obersten Baubehörde und mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen im Einzelfall einem Universitätsklinikum die Bauherreneigenschaft für eine Baumaßnahme über 3 Mio. € zu übertragen, die zu mehr als 50 v.H. vom Universitätsklinikum außerhalb der Anlage S finanziert wird. ²Die

festgestellten Gesamtkosten der jeweiligen Baumaßnahme sind vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags zur Genehmigung vorzulegen.

(10) Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, das Eigentum an zum Grundstockvermögen gehörigen und in seiner Verwaltung befindlichen Kulturgütern, die entsprechend der „Erklärung der Bundesregierung, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände zur Auffindung und zur Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgutes, insbesondere aus jüdischem Besitz“ von 1999 als NS-verfolgungsbedingt entzogen zu gelten haben, den Berechtigten unentgeltlich zu übertragen.

(11) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, an Teilflächen aus den staatseigenen Grundstücken Flst. Nrn. 164 und 166/5 der Gemarkung Großhadern und Flst. Nrn. 692 und 724/1 der Gemarkung Planegg im Ausmaß von insgesamt rund 16 100 m² für die Betriebsanlagen des Verlängerungsabschnitts der U-Bahn U 6 von der aktuellen Endhaltestelle Klinikum Großhadern nach Martinsried unentgeltlich eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit zugunsten der Gemeinde Planegg zu bestellen. ²Der Gemeinde Planegg dürfen weiterhin Teilflächen aus den staatseigenen Grundstücken Flst. Nrn. 164 und 166/5 der Gemarkung Großhadern und aus den Flst. Nrn. 692, 724/1, 901, 946 und 947 der Gemarkung Planegg im Ausmaß von insgesamt rund 66 800 m² für Baustellenzwecke zur Verlängerung der U-Bahnlinie 6 nach Martinsried vorübergehend unentgeltlich zur Nutzung überlassen werden.

Art. 9

Grundstockmaßnahmen

¹Aus dem Grundstock der allgemeinen Landesverwaltung erfolgt im Haushaltsjahr 2012 eine rückzahlbare Ablieferung an den Haushalt bis zur Höhe von 582 460 000 €. ²Die Mittel sind spätestens im Haushaltsjahr 2018 an den Grundstock der allgemeinen Landesverwaltung zurückzuführen. ³Die Mittel sind zweckgebunden zur Finanzierung der bei Kap. 13 04 Tit. 314 52 genannten Ansätze des Programms „Aufbruch Bayern“.

Art. 10

Änderung des Haushaltsgesetzes 2005/2006

In Art. 9a Abs. 5 des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 (Haushaltsgesetz – HG – 2005/2006) vom 8. März 2005 (GVBl S. 46, BayRS 630-2-15-F), geändert durch § 1 des Gesetzes vom 9. Mai 2006 (GVBl S. 193), werden die Worte

„die Sachbezüge“ durch die Worte „den Sachbezugswert“ ersetzt.

Art. 11

Neues Dienstrecht in Bayern

(1) ¹Soweit Beamte oder Richter, deren Ämter in den Besoldungsordnungen A, B, W oder R des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung oder in den Besoldungsordnungen A oder B des Bayerischen Besoldungsgesetzes in der am 31. Dezember 2010 geltenden Fassung ausgebracht sind, nach dem 31. Dezember 2010 auf Grund einer Änderung der Einstufung, der Amtszulagen oder der Amtsbezeichnungen gesetzlich in ein anderes Amt übergeleitet werden, können diese bis zum Inkrafttreten der Stellenplanüberleitung gemäß Abs. 2 auf ihren bisherigen Planstellen verrechnet werden. ²Dies gilt auch für Beamte und Richter, bei denen sich nur die Funktionsbezeichnung ändert oder entfällt. ³Satz 1 gilt entsprechend auch für Beamte und Richter, denen eine Stellenzulage zugestanden hat, die durch Gesetz in eine Amtszulage oder eine Zulage für besondere Berufsgruppen umgewandelt wird, für die im Haushaltsplan Planstellen mit (Amts-)Zulage auszuweisen wären. ⁴Weitere Abweichungen von der Stellenbesetzung bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.

(2) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags die auf Grund der Art. 103 bis 108 BayBesG notwendigen Stellenumwandlungen, Stellenhebungen und Änderungen von Haushaltsvermerken im Stellenplan im Rahmen einer gesonderten Stellenplanüberleitung vorzunehmen. ²Dabei können über die besoldungsgesetzliche Überführung oder Überleitung hinaus die Amtsbezeichnungen im Stellenplan kostenneutral verändert und innerhalb einer Besoldungsgruppe unter Berücksichtigung von Amtszulagen, Zulagen für besondere Berufsgruppen, besonderen Amtszulagen, besonderen Zulagen für Richter und im Haushaltsplan auszuweisenden Stellenzulagen zusammengefasst werden. ³Nicht von der besoldungsgesetzlichen Überführung oder Überleitung betroffene Planstellen und andere Stellen können in die Stellenplanüberleitung kostenneutral einbezogen werden. ⁴Im Rahmen der Stellenplanüberleitung ist das Inkrafttreten der Überleitung zu bestimmen; dabei kann eine Rückwirkung vorgesehen werden.

(3) ¹Abweichungen bei der Stellenbesetzung oder beim Vollzug von Haushaltsvermerken nach Inkrafttreten der Stellenplanüberleitung gemäß Abs. 2 bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen. ²Die abweichende Stellenbesetzung soll kostenneutral erfolgen.

(4) Art. 6 Abs. 3 bleibt unberührt.

Art. 12

Aussetzung der Zuführungen
an das Sondervermögen
„Versorgungsfonds des Freistaates Bayern“
sowie an das Sondervermögen
„Versorgungsrücklage des Freistaates Bayern“

¹Gemäß Art. 16 Abs. 4 Satz 2 des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern (BayVersRücklG) werden in den Jahren 2011 und 2012 die Zuführungen zum Sondervermögen „Versorgungsfonds des Freistaates Bayern“ nach Art. 16 Abs. 1 und 5 ausgesetzt. ²Hiervon ausgenommen sind Versorgungszuschläge, die nach Art. 16 Abs. 2 Satz 2 BayVersRücklG an das Sondervermögen zugeführt werden. ³Ausgesetzt werden ferner die Zuführungen zum Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Freistaates Bayern“ nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BayVersRücklG in den Jahren 2011 und 2012.

Art. 13

Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes

Das Bayerische Beamtengesetz (BayBG) vom 29. Juli 2008 (GVBl S. 500, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 4 des Gesetzes vom 5. August 2010 (GVBl S. 410, ber. S. 764), wird wie folgt geändert:

1. Art. 105 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Satz 5 eingefügt:

„⁵Die erforderlichen personenbezogenen Daten aus Arzneimittelverordnungen im Sinn des § 1 des Gesetzes über Rabatte für Arzneimittel vom 22. Dezember 2010 (BGBl I S. 2262, 2275) dürfen an den Treuhänder ausschließlich zum Zweck der Prüfung gemäß § 3 des Gesetzes über Rabatte für Arzneimittel übermittelt werden.“

b) Der bisherige Satz 5 wird Satz 6; die Zahl „4“ wird durch die Zahl „5“ ersetzt.

2. Dem Art. 110 Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Arzneimittelverordnungen im Sinn des § 1 des Gesetzes über Rabatte für Arzneimittel sind zur Geltendmachung von Rabatten nach diesem Gesetz nicht zurückzugeben; die Vernichtung dieser Arzneimittelverordnungen erfolgt auf der Grundlage der nach § 3 Satz 5 des Gesetzes über Rabatte für Arzneimittel zu treffenden Vereinbarungen unverzüglich, sobald sie für die dort geregelten Zwecke nicht mehr benötigt werden.“

Art. 14

Änderung des Gesetzes über die Bildung von
Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern

Dem Art. 6 des Gesetzes über die Bildung von Versorgungsrücklagen im Freistaat Bayern (BayVersRücklG) vom 26. Juli 1999 (GVBl S. 309, BayRS 2032-0-F), zuletzt geändert durch § 6 des Gesetzes vom 5. August 2010 (GVBl S. 410), wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) ¹Für eine vorübergehende Minderung oder Aussetzung der Zuführungen zum Sondervermögen ‚Versorgungsrücklage des Freistaates Bayern‘ nach Abs. 1 Nr. 2 gilt Art. 16 Abs. 4 Satz 2 sinngemäß. ²Sofern der Freistaat Bayern die Zuführungen nach Abs. 1 Nr. 2 mindert oder aussetzt, können die in Art. 1 Abs. 1 Satz 2 genannten Einrichtungen unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Haushaltslage die Zuführungen in gleichem Maße mindern oder aussetzen, sofern sie nicht Mitglieder des Bayerischen Versorgungsverbands sind.“

Art. 15

Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl S. 410, ber. S. 764, BayRS 2032-1-1-F) wird wie folgt geändert:

1. Der Inhaltsübersicht wird folgender Art. 109 angefügt:

„Art. 109 Abweichende Bestimmungen für Grundgehaltssätze und Leistungsbezüge“.

2. Es wird folgender Art. 109 angefügt:

„Art. 109

Abweichende Bestimmungen für Grundgehaltssätze und Leistungsbezüge

(1) ¹Wer nach dem 30. April 2011 erstmals Anspruch auf Grundgehalt aus einem Amt der Besoldungsordnung A bei einem der in Art. 1 Abs. 1 bezeichneten Dienstherren hat, erhält abweichend von Art. 20 Abs. 1 Satz 1 (gegebenenfalls in Verbindung mit Art. 108 Abs. 9) ab Beginn des Dienstverhältnisses für höchstens 18 Monate, längstens bis einschließlich 30. April 2013, das jeweils zustehende Grundgehalt aus der Besoldungsordnung A in Höhe der nächstniedrigeren Besoldungsgruppe. ²Wer nach dem 30. April 2011 erstmals Anspruch auf Grundgehalt aus einem Amt der Besoldungsordnungen W oder R bei einem der in Art. 1 Abs. 1 bezeichneten Dienstherren hat, erhält abweichend von Art. 40 Abs. 2 Satz 1 oder Art. 45 Abs. 2 Sätze 1 und 2 ab Beginn des Dienstverhältnisses für höchstens 18 Monate, längstens bis einschließlich 30. April 2013, einen

Grundgehaltssatz in Höhe von 90 v.H. des jeweils zustehenden Grundgehalts aus der Besoldungsordnung W oder R. ³Soweit die Besoldungsgruppe Auswirkungen auf andere Ansprüche der Beamten und Beamtinnen, Richter und Richterinnen neben dem Grundgehalt hat, gilt insoweit Satz 1 oder 2 nicht.

(2) Abs. 1 findet keine Anwendung auf Beamte und Beamtinnen mit Einstieg in der ersten Qualifikationsebene sowie auf Beamte und Beamtinnen, Richter und Richterinnen, die vor Anspruchsbeginn in einem kommunalen Wahlbeamtenverhältnis oder in einem Beamten- oder Richterverhältnis bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn mit Anspruch auf Grundgehalt standen.

(3) Art. 68 Abs. 1 Sätze 2 und 3 finden in den Jahren 2011 und 2012 keine Anwendung.“

3. In Anlage 1 – Besoldungsordnungen – wird in der Besoldungsgruppe B 4 vor dem Amt „Direktor, Direktorin bei der Bayerischen Versicherungskammer/Bayerischen Versorgungskammer“ das Amt „CIO-Stabsstellenleiter, CIO-Stabsstellenleiterin in einer obersten Dienstbehörde“ eingefügt.

Art. 16

Änderung des Kostengesetzes

Das Kostengesetz (KG) vom 20. Februar 1998 (GVBl S. 43, BayRS 2013-1-1-F), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 12. April 2010 (GVBl S. 169), wird wie folgt geändert:

1. Art. 23 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Satz 1 gilt nicht, wenn die dort genannten Körperschaften bei der Wahrnehmung von Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis staatliche Einrichtungen in Anspruch nehmen und zugleich selbst Antragsteller für Verfahren im eigenen Wirkungskreis sind.“

2. Art. 24 wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Staatsbäder“ die Worte „festgesetzt und“ eingefügt.
bb) In Satz 2 wird das Wort „Einziehung“ durch das Wort „Erhebung“ ersetzt.
b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- aa) Es wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„²Er hat der Erhebungsberechtigten nach Abs. 1 Sätze 1 und 2 den Vor- und Familiennamen, das Geburtsdatum und die Anschrift mitzuteilen und sich auf Verlangen durch Personalausweis oder Pass auszuweisen.“

- bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3; das Wort „Gemeinde“ wird durch die Worte „Erhebungsberechtigten nach Abs. 1 Sätze 1 und 2“ ersetzt.

- cc) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden Sätze 4 und 5.

- c) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- aa) Die Sätze 4 bis 6 erhalten folgende Fassung:

„⁴Es kann ferner bestimmt werden, dass

- a) die Vermieter von Unterkünften, Reiseunternehmer von Geschäftsreisen und Inhaber von Kurmittelanstalten zur Meldung von Kurgästen und zur Vereinnahmung und Abführung der Kurtaxe verpflichtet sind und neben dem Schuldner als Gesamtschuldner für die Zahlung der Kurtaxe haften;
b) für Meldeformulare, die in Zusammenhang mit der Kurtaxerhebung ausgegeben und nicht zurückgegeben wurden, ein pauschaler Ersatz zu leisten ist, der den Zwei-Monats-Betrag des jeweils geltenden Kurtaxsatzes nicht überschreiten darf; die Erhebung des pauschalen Ersatzes unterbleibt, soweit sie der Billigkeit widerspricht;
c) die Kurtax-Anmeldung nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung zu übermitteln ist.

⁵Die Erhebungsberechtigten nach Abs. 1 Sätze 1 und 2 kann die übermittelten Daten bis zum Eintritt der Verjährung zum Vollzug der Art. 24 und 26 sowie der Kurtaxordnung verwenden.
⁶Die Verordnung über die elektronische Übermittlung von für das Besteuerungsverfahren erforderlichen Daten (Steuerdaten-Übermittlungsverordnung – StDÜV) vom 28. Januar 2003 (BGBl I S. 139) gilt in der jeweils geltenden Fassung sinngemäß.“

- bb) Satz 7 wird aufgehoben.

d) Abs. 4 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach der Zahl „4“ die Worte „Buchst. a“ eingefügt.

bb) In Satz 2 wird das Wort „Einhebungsberechtigten“ durch das Wort „Erhebungsberechtigten“ ersetzt.

cc) Satz 3 wird aufgehoben.

e) In Abs. 5 Satz 3 werden nach der Zahl „4“ die Worte „Buchst. a“ eingefügt.

f) Es wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) ¹Art. 13 Abs. 1 bis 3 des Kommunalabgabengesetzes gelten in der jeweils geltenden Fassung sinngemäß mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Körperschaft, der die Abgabe zusteht, die Erhebungsberechtigte nach Abs. 1 Sätze 1 und 2 tritt. ²Ist die Erhebungsberechtigte eine juristische Person des Privatrechts nach Abs. 1 Satz 2, ist sie zum Erlass von Verwaltungsakten zur Festsetzung und Erhebung der Kurtaxe sowie zur Anordnung und Durchführung von Außenprüfungen im Sinn des Abs. 4 und zu sonstigen Maßnahmen beim Vollzug der Art. 24 und 26 sowie der Kurtaxordnung befugt.“

Art. 17

Änderung des Bayerischen Bodenschutzgesetzes

Das Bayerische Gesetz zur Ausführung des Bundesbodenschutzgesetzes (Bayerisches Bodenschutzgesetz – BayBodSchG) vom 23. Februar 1999 (GVBl S. 36, BayRS 2129-4-1-UG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2010 (GVBl S. 318), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift des Vierten Teils erhält folgende Fassung:

„Vierter Teil

Ausgleichsleistungen, Finanzierung“.

b) Es wird folgender Art. 13a eingefügt:

„Art. 13a Erkundung und Sanierung gemeindeeigener Hausmülldeponien“.

c) Vor Art. 14 wird folgende Überschrift eingefügt:

„Fünfter Teil

Schlussvorschriften“.

d) Es wird folgender Art. 15 angefügt:

„Art. 15 Außerkrafttreten“.

2. In Art. 10 Abs. 6 werden die Worte „nach § 36 Abs. 2 Satz 2 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes“ gestrichen.

3. Die Überschrift des Vierten Teils erhält folgende Fassung:

„Vierter Teil

Ausgleichsleistungen, Finanzierung“.

4. Es wird folgender Art. 13a eingefügt:

„Art. 13a

Erkundung und Sanierung gemeindeeigener Hausmülldeponien

(1) ¹Die Kosten für die Erkundung und Sanierung stillgelegter gemeindeeigener Hausmülldeponien tragen der Freistaat Bayern und die kreisangehörigen Gemeinden gemäß den nachfolgenden Bestimmungen gemeinsam. ²Gemeindeeigene Hausmülldeponie ist eine Deponie, die von einer kreisangehörigen Gemeinde in Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe der Abfallentsorgung betrieben worden ist, sofern nicht ein Landkreis oder eine kreisfreie Gemeinde als entsorgungspflichtige Körperschaft im Sinn des Art. 3 Abs. 1 des Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetzes die Inhaberstellung übernommen hat oder sofern die Deponie nicht ausschließlich für die Ablagerung mineralischer Abfälle genehmigt worden ist. ³Eine gemeindeeigene Hausmülldeponie ist stillgelegt, wenn auf ihr nach dem 30. April 2006 keine Abfälle mehr abgelagert werden.

(2) ¹Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit errichtet und verwaltet mit Wirkung zum 1. Januar 2006 einen Unterstützungsfonds als staatliches Sondervermögen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. ²Die jährlichen Beiträge an den Unterstützungsfonds werden vom Freistaat Bayern und von den kreisangehörigen Gemeinden je zur Hälfte aufgebracht. ³Die Beiträge betragen in der Regel je fünf Millionen Euro pro Jahr.

(3) Die Beiträge der einzelnen Gemeinden zu dem von ihnen insgesamt gemäß Abs. 2 zum Unterstützungsfonds zu leistenden Anteil bestimmen sich nach dem Verhältnis ihrer für das laufende Rechnungsjahr maßgebenden Umlagegrundlagen (Art. 18 Abs. 3 des Finanzausgleichsgesetzes – FAG).

(4) ¹Aus dem Unterstützungsfonds erhalten die Gemeinden im Rahmen der verfügbaren Mittel Zuschüsse, soweit sie nach anderen Rechtsvorschriften die Kosten für die Erkundung und die Sanierung stillgelegter gemeindeeigener Hausmülldeponien zu tragen haben. ²Zuschussfähig sind die notwendigen Kosten für Erkundungs-

oder Sanierungsmaßnahmen, soweit diese einen angemessenen Eigenanteil übersteigen. ³Der Eigenanteil der betroffenen Gemeinde gemäß Satz 2 beträgt je Hausmülldeponie 1,5 v.H. der Umlagegrundlagen (Art. 18 Abs. 3 FAG), höchstens 200 000 Euro. ⁴Maßgeblich für die Ermittlung der Umlagegrundlagen ist der Durchschnittswert der letzten drei Rechnungsjahre, die dem Jahr der Erstattungsantragstellung vorangehen. ⁵Die Kosten für die Erkundung und die Sanierung gemeindeeigener Hausmülldeponien bis zu einer Höhe von 20 000 Euro trägt allein die betroffene Gemeinde. ⁶Die Zuschussgewährung setzt voraus, dass die Erkundungs- oder Sanierungsmaßnahmen jeweils in eine nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Fondsmittel halbjährlich aufzustellende Prioritätenliste aufgenommen sind.

(5) ¹Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den Staatsministerien des Innern und der Finanzen durch Rechtsverordnung die weiteren Einzelheiten, insbesondere des Berechnungs- und Erhebungsverfahrens, zu regeln. ²Es kann vorgesehen werden, dass das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung die Beiträge ermittelt und festsetzt und dass die Erhebung bei den kreisangehörigen Gemeinden im Weg der Verrechnung erfolgt. ³Ferner kann vorgesehen werden, dass bei Vorliegen einer besonderen Härte, insbesondere wenn ausgeschlossen ist, dass eine Gemeinde den Unterstützungsfonds in Anspruch nehmen kann, weil sie ihre Hausmülldeponien bereits vollständig saniert hat, der Beitrag einer Gemeinde reduziert werden kann. ⁴Die Verwaltung des Sondervermögens kann auf Dritte übertragen werden, sofern diese die erforderliche Zuverlässigkeit und Sachkunde bei der verfahrensrechtlichen Behandlung von Altlastensanierungen besitzen; die Übertragung ist stets widerruflich.“

5. Vor Art. 14 wird folgende Überschrift eingefügt:

„Fünfter Teil
Schlussvorschriften“.

6. Es wird folgender Art. 15 angefügt:

„Art. 15

Außerkräfttreten

Art. 13a tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2015 außer Kraft.“

Art. 18

Änderung des Spielbankgesetzes

Art. 5 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über Spielbanken im Freistaat Bayern (Spielbankgesetz – SpielbG)

vom 26. Juli 1995 (GVBl S. 350, BayRS 2187-1-I), zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes vom 14. April 2009 (GVBl S. 86), erhält folgende Fassung:

„²Die Spielbankabgabe beträgt bei einem jährlichen Bruttospielertrag

bis 25 Millionen Euro dreißig v.H.,
über 25 Millionen Euro fünfunddreißig v.H.

des Bruttospielertrags der jeweiligen Spielbank.“

Art. 19

Änderung des Bayerischen
Schulfinanzierungsgesetzes

Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2010 (GVBl S. 334), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 31 Abs. 6 Satz 2 wird die Zahl „75“ durch die Zahl „65“ ersetzt.
2. Art. 32 Abs. 1 bis 3 erhalten folgende Fassung:

„(1) ¹Für den notwendigen Schulaufwand im Rahmen der schulaufsichtlichen Genehmigung erhält der Schulträger einen Zuschussbetrag je Schülerin oder Schüler und Schuljahr in Höhe von 1 624 €; bei Schulen von 14 bis zu 99 Schülerinnen und Schülern wird ein Zuschlag nach folgender Berechnung gewährt: $(100 - \text{Schülerzahl der Schule}) \times 200 \text{ €}$. ²Schulen mit weniger als 14 Schülerinnen und Schülern erhalten keinen Zuschuss. ³Maßgebend für die Zahl der Schülerinnen und Schüler sind jeweils die Verhältnisse am Stichtag der Amtlichen Schuldaten für das dem Abrechnungsschuljahr vorhergehende Schuljahr. ⁴Der in Satz 1 genannte pauschale Zuschussbetrag wird bei Bedarf mit Wirkung zum 1. August 2013 angepasst und erhöht sich in den Folgejahren jeweils zum Schuljahresbeginn entsprechend der Veränderung des Verbraucherpreisindex in Bayern des Vorjahres; das Staatsministerium für Unterricht und Kultus gibt jährlich den angepassten Zuschussbetrag bekannt. ⁵Für notwendige und schulaufsichtlich genehmigte Baumaßnahmen erhält der Schulträger einen Zuschuss in Höhe von 70 v.H. der förderfähigen Kosten, soweit diese mehr als 25 000 € betragen. ⁶Es können die Kosten als förderfähig anerkannt werden, die bei kommunalen Schulbaumaßnahmen im kommunalen Finanzausgleich als förderfähiger Aufwand gelten. ⁷Der Zeitpunkt der Ersatzleistungen für Baukosten richtet sich nach den im Staatshaushalt ausgebrachten Mitteln. ⁸Der Staat hat Anspruch auf Wertausgleich, wenn die nach Satz 5 geförderte Baumaßnahme nicht mehr den Zwecken einer privaten Volks-

schule dient. ⁹Der Wertausgleich errechnet sich aus dem geleisteten Zuschussbetrag abzüglich einer Absetzung für Abnutzung von 4 v.H. von dem geleisteten Zuschussbetrag pro Jahr ab dem auf den Zeitpunkt der Fertigstellung der Baumaßnahme folgenden Jahr. ¹⁰Wenn die geförderte Baumaßnahme einem anderen förderfähigen Zweck zugeführt wird, kann von der Geltendmachung des Anspruchs auf Wertausgleich in der Höhe abgesehen werden, in der für den neuen Zweck staatliche Zuschüsse gegeben werden könnten. ¹¹Die staatliche Forderung auf Wertausgleich kann auch ohne Verzinsung gestundet werden, solange und soweit das Gebäude einer anderen, im staatlichen Interesse liegenden, gemeinnützigen Zweckbestimmung dient, die mit dem Schulbetrieb in unmittelbarem Zusammenhang steht (neuer Zweck). ¹²Soweit auf der Grundlage eines bestehenden Förderbescheids auch Aufwendungen für den Grunderwerb gefördert wurden oder als förderfähig festgesetzt wurden, bemisst sich der staatliche Anspruch auf Wertausgleich nach Art. 34 Sätze 4 bis 7.

(2) ¹Leistungen nach Abs. 1 werden erst gewährt, wenn die Schule mindestens zwei Jahre ohne wesentliche schulaufsichtliche Beanstandungen bestanden hat. ²Wenn eine bereits bestehende Grundschule um eine Hauptschulstufe oder eine bereits bestehende Hauptschule um eine Grundschulstufe erweitert wird, gilt für Zuschussbeträge zum Schulaufwand für die zusätzliche Schulstufe Satz 1 entsprechend.

(3) Bei staatlich anerkannten Volksschulen erhöht sich der Zuschusssatz für notwendige Baumaßnahmen nach Abs. 1 Satz 5 auf 80 v.H. "

3. Art. 34 Satz 4 wird durch folgenden neuen Satz 4 und folgende Sätze 5 bis 7 ersetzt:

„⁴Der Staat hat Anspruch auf Wertausgleich, wenn die nach Satz 1 geförderte Schulanlage und ihre Ausstattung nicht mehr den Zwecken einer privaten Förderschule dienen. ⁵Als Wertausgleich ist der Verkehrswert anzusetzen, mindestens jedoch als Restwert die Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich der in gleichen Jahresbeträgen errechneten Absetzung für Abnutzung; die Absetzung bemisst sich hierbei nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. ⁶Wenn die Schulanlage einem anderen förderfähigen Zweck zugeführt wird, kann von der Geltendmachung des Anspruchs auf Wertausgleich in der Höhe abgesehen werden, in der für den neuen Zweck staatliche Zuschüsse gegeben werden könnten. ⁷Die staatliche Forderung auf Wertausgleich kann auch ohne Verzinsung gestundet werden, solange und soweit die Schulanlage einer anderen, im staatlichen Interesse liegenden, gemeinnützigen Zweckbestimmung dient, die mit dem Schulbetrieb in unmittelbarem Zusammenhang steht (neuer Zweck); als Wertausgleich ist der Verkehrswert im Zeitpunkt der Aufgabe des neuen

Zwecks anzusetzen, wenn der Verkehrswert höher ist als im Zeitpunkt der Aufgabe der schulischen Nutzung.“

4. In Art. 47 Abs. 3 wird die Zahl „75“ durch die Zahl „87,50“ ersetzt.

Art. 20

Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes

Die Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (AVBaySchFG) vom 23. Januar 1997 (GVBl S. 11, BayRS 2230-7-1-1-UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. Dezember 2010 (GVBl S. 869), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird bei §§ 15 und 17 jeweils das Wort „Volksschulen,“ gestrichen.
2. § 14a erhält folgende Fassung:

„§ 14a

Verwendungsbestätigung bei privaten Volksschulen (zu Art. 31 BaySchFG)

¹Die Zuschüsse nach Art. 31 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 1 Satz 1 BaySchFG dürfen nur gewährt werden, wenn der Schulträger schriftlich bestätigt hat, dass die Mittel ausschließlich für Personalaufwand im Sinn des Art. 2 BaySchFG oder für Schulaufwand im Sinn des Art. 3 BaySchFG der zu fördernden Schule verwendet werden. ²Der Schulträger kann Zuschüsse zum Schulaufwand der zu fördernden Schule auch für den Personalaufwand und umgekehrt verwenden.“

3. In §§ 15 und 17 wird in der Überschrift jeweils das Wort „Volksschulen,“ gestrichen.

Art. 21

Durchführungsbestimmungen

¹Für die Ausführung des Haushaltsplans und die Aufstellung der Haushaltsrechnung gelten neben den allgemeinen haushaltsrechtlichen Vorschriften die Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz (**Anlage DBestHG 2011/2012**). ²Im Übrigen erlässt das Staatsministerium der Finanzen die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen.

Art. 22

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2011 in Kraft.

(2) Abweichend von Abs. 1 treten

1. Art. 18 mit Wirkung vom 1. Januar 2010,
2. Art. 14 bis 16 am 1. Mai 2011,
3. Art. 19 Nrn. 1 bis 3 und Art. 20 am 1. August 2011 und
4. Art. 19 Nr. 4 am 1. August 2012

in Kraft.

(3) Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist, bis zum Tag der Bekanntmachung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

(4) Art. 109 BayBesG tritt mit Ablauf des 30. April 2013 außer Kraft.

Art. 23

Übergangsregelung zur Wiederbesetzungssperre

¹Für am 31. Dezember 2010 laufende Wiederbesetzungssperren (Art. 6 Abs. 2 Satz 2 Haushaltsgesetz – HG – 2009/2010) gilt die zwölfmonatige Wiederbesetzungssperre gemäß Art. 6 Abs. 2 Satz 2. ²Dies gilt auch für die am 28. September 2010 von der Staatsregierung beschlossene Besetzungssperre.

Art. 24

Übergangsbestimmungen zu Art. 19

(1) ¹Die Absenkung der während der Karenzzeit gewährten Leistungen in Art. 31 Abs. 6 Satz 2 BaySchFG auf 65 v.H. gilt nicht für private Volksschulen, die mit Wirkung vom 1. August 2011 oder früher genehmigt wurden. ²Für die privaten Volksschulen, bei denen die staatlichen Leistungen je Schülerin oder Schüler zum Schulaufwand (ausgenommen Baumaßnahmen) im Durchschnitt der Jahre 2008, 2009 und 2010 über dem pauschalen Zuschussbetrag nach Art. 32 Abs. 1 Satz 1 BaySchFG liegen, wird übergangsweise bis einschließlich des Schuljahres 2018/2019 eine zusätzliche Förderung zum Schulaufwand nach folgender Tabelle gewährt:

Schuljahr	Förderquote für den Betrag, um den der Durchschnitt der staatlichen Leistungen der Jahre 2008, 2009 und 2010 den pauschalen Zuschussbetrag nach Art. 32 Abs. 1 Satz 1 übersteigt
2011/2012	87,5 v.H.
2012/2013	75 v.H.
2013/2014	62,5 v.H.

2014/2015	50 v.H.
2015/2016	37,5 v.H.
2016/2017	25 v.H.
2017/2018	12,5 v.H.
2018/2019	0 v.H.

³Für die privaten Volksschulen, bei denen die staatlichen Leistungen je Schülerin oder Schüler zum Schulaufwand (ausgenommen Baumaßnahmen) im Durchschnitt der Jahre 2008, 2009 und 2010 unter dem pauschalen Zuschussbetrag nach Art. 32 Abs. 1 Satz 1 BaySchFG liegen, erfolgt für eine Übergangszeit bis einschließlich des Schuljahres 2018/2019 eine stufenweise Erhöhung der staatlichen Leistungen bis zum Erreichen des Pauschalbetrags nach folgender Tabelle:

Schuljahr	Förderquote für den Betrag, um den der Durchschnitt der staatlichen Leistungen der Jahre 2008, 2009 und 2010 unter dem pauschalen Zuschussbetrag nach Art. 32 Abs. 1 Satz 1 liegt
2011/2012	12,5 v.H.
2012/2013	25 v.H.
2013/2014	37,5 v.H.
2014/2015	50 v.H.
2015/2016	62,5 v.H.
2016/2017	75 v.H.
2017/2018	87,5 v.H.
2018/2019	100 v.H.

⁴Für die staatliche Förderung von Baumaßnahmen für private Volksschulen, bei denen die für den Erlass des Förderbescheids notwendigen und vollständigen Unterlagen vor dem 1. August 2011 der Regierung vorliegen, findet Art. 32 BaySchFG in der bis zum 31. Juli 2011 geltenden Fassung Anwendung.

(2) Für die Zeit vom 1. Januar 2011 bis einschließlich 31. Juli 2012 gilt Art. 47 Abs. 3 BaySchFG in folgender Fassung:

„(3) Für Schülerinnen und Schüler staatlich anerkannter Realschulen, Gymnasien, beruflicher Schulen und Schulen des Zweiten Bildungswegs ersetzt der Staat den Erziehungsberechtigten oder volljährigen Schülerinnen und Schülern das Schulgeld bis zum Betrag von 80 € je Unterrichtsmonat.“

München, den 14. April 2011

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2011 und 2012

Gesamtplan

Teil I: Haushaltsübersicht
einschließlich Übersicht über
die Verpflichtungsermächtigungen

Teil II: Finanzierungsübersicht

Teil III: Kreditfinanzierungsplan

Gesamtplan

Einzel- plan	B e z e i c h n u n g	Einnahmen		
		Betrag für 2011 Tsd. €	Betrag für 2010 Tsd. €	gegenüber 2010 mehr (+) weniger (-) Tsd. €
1	2	3	4	5
01	Landtag	400,5	308,5	+92,0
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	486,5	911,4	-424,9
03	Staatsministerium des Innern	1.096.760,7	1.183.933,1	-87.172,4
04	Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	992.566,3	833.521,7	+159.044,6
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	70.464,3	84.192,3	-13.728,0
06	Staatsministerium der Finanzen	447.369,5	419.398,0	+27.971,5
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.265.268,9	1.296.960,3	-31.691,4
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	384.226,3	359.182,1	+25.044,2
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	604.139,6	616.192,8	-12.053,2
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	19,2	19,2	-
12	Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	147.667,7	198.041,7	-50.374,0
13	Allgemeine Finanzverwaltung	35.902.356,7	36.066.152,4	-163.795,7
15	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.579.408,3	1.287.881,9	+291.526,4
	Summe	42.491.134,5	42.346.695,4	+144.439,1

Teil I: Haushaltsübersicht 2011

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss		Verpflichtungs- ermächtigungen 2011 Tsd. €	Einzel- plan
Betrag für 2011 Tsd. €	Betrag für 2010 Tsd. €	gegenüber 2010 mehr (+) weniger (-) Tsd. €	Betrag für 2011 Tsd. €	Betrag für 2010 Tsd. €		
6	7	8	9	10	11	12
107.463,4	106.617,8	+845,6	-107.062,9	-106.309,3	4.760,0	01
82.419,6	80.673,1	+1.746,5	-81.933,1	-79.761,7	10.000,0	02
4.912.563,6	5.071.271,6	-158.708,0	-3.815.802,9	-3.887.338,5	621.619,3	03
1.824.452,2	1.823.047,7	+1.404,5	-831.885,9	-989.526,0	105.078,0	04
9.557.703,5	9.482.308,5	+75.395,0	-9.487.239,2	-9.398.116,2	32.524,0	05
1.779.863,7	1.791.124,6	-11.260,9	-1.332.494,2	-1.371.726,6	75.220,0	06
1.722.522,6	1.728.494,3	-5.971,7	-457.253,7	-431.534,0	6.944.882,5	07
1.199.587,1	1.217.405,9	-17.818,8	-815.360,8	-858.223,8	242.500,0	08
2.547.135,6	2.509.965,5	+37.170,1	-1.942.996,0	-1.893.772,7	251.147,8	10
30.334,3	31.905,2	-1.570,9	-30.315,1	-31.886,0	-	11
773.476,1	844.555,7	-71.079,6	-625.808,4	-646.514,0	107.984,5	12
12.729.821,7	12.690.710,9	+39.110,8	+23.172.535,0	+23.375.441,5	240.750,0	13
5.223.791,1	4.968.614,6	+255.176,5	-3.644.382,8	-3.680.732,7	364.588,1	15
42.491.134,5	42.346.695,4	+144.439,1	-	-	9.001.054,2	

Gesamtplan

Einzel- plan	B e z e i c h n u n g	Einnahmen		
		Betrag für 2012 Tsd. €	Betrag für 2011 Tsd. €	gegenüber 2011 mehr (+) weniger (-) Tsd. €
1	2	3	4	5
01	Landtag	400,5	400,5	-
02	Ministerpräsident und Staatskanzlei	486,5	486,5	-
03	Staatsministerium des Innern	824.122,8	1.096.760,7	-272.637,9
04	Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	796.311,3	992.566,3	-196.255,0
05	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	58.674,5	70.464,3	-11.789,8
06	Staatsministerium der Finanzen	448.513,5	447.369,5	+1.144,0
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.265.242,0	1.265.268,9	-26,9
08	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	378.943,0	384.226,3	-5.283,3
10	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	606.391,4	604.139,6	+2.251,8
11	Bayerischer Oberster Rechnungshof	19,2	19,2	-
12	Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	112.166,3	147.667,7	-35.501,4
13	Allgemeine Finanzverwaltung	37.086.368,2	35.902.356,7	+1.184.011,5
15	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.538.215,8	1.579.408,3	-41.192,5
	Summe	43.115.855,0	42.491.134,5	+624.720,5

Teil I: Haushaltsübersicht 2012

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss		Verpflichtungs- ermächtigungen 2012 Tsd. €	Einzel- plan
Betrag für 2012 Tsd. €	Betrag für 2011 Tsd. €	gegenüber 2011 mehr (+) weniger (-) Tsd. €	Betrag für 2012 Tsd. €	Betrag für 2011 Tsd. €		
6	7	8	9	10	11	12
107.300,1	107.463,4	-163,3	-106.899,6	-107.062,9	2.645,0	01
80.765,6	82.419,6	-1.654,0	-80.279,1	-81.933,1	5.500,0	02
4.713.280,3	4.912.563,6	-199.283,3	-3.889.157,5	-3.815.802,9	510.447,5	03
1.880.462,5	1.824.452,2	+56.010,3	-1.084.151,2	-831.885,9	108.912,0	04
9.788.413,9	9.557.703,5	+230.710,4	-9.729.739,4	-9.487.239,2	33.205,0	05
1.791.634,4	1.779.863,7	+11.770,7	-1.343.120,9	-1.332.494,2	37.570,0	06
1.739.021,7	1.722.522,6	+16.499,1	-473.779,7	-457.253,7	554.440,0	07
1.210.073,9	1.199.587,1	+10.486,8	-831.130,9	-815.360,8	225.885,0	08
2.708.005,1	2.547.135,6	+160.869,5	-2.101.613,7	-1.942.996,0	178.374,2	10
31.011,7	30.334,3	+677,4	-30.992,5	-30.315,1	-	11
748.239,1	773.476,1	-25.237,0	-636.072,8	-625.808,4	96.206,5	12
12.848.111,0	12.729.821,7	+118.289,3	+24.238.257,2	+23.172.535,0	236.980,0	13
5.469.535,7	5.223.791,1	+245.744,6	-3.931.319,9	-3.644.382,8	320.690,0	15
43.115.855,0	42.491.134,5	+624.720,5	-	-	2.310.855,2	

Gesamtplan

	Betrag für 2011	Betrag für 2012	Betrag für 2010
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Teil II: Finanzierungsübersicht für die Haushaltsjahre 2011 und 2012			
A. Ermittlung des Finanzierungssaldos			
1. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen).....	40.688.077,5	42.274.888,5	38.456.915,3
2. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines Fehlbetrags)	42.399.802,2	43.024.942,2	41.915.884,4
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2)	-1.711.724,7	-750.053,7	-3.458.969,1
B. Deckung des Finanzierungssaldos			
1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	2.826.325,0	3.031.648,0	3.323.799,0
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB.....	100.000,0	800.000,0	50.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	2.826.325,0	3.031.648,0	3.323.799,0
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB.....	100.000,0	800.000,0	50.000,0
1.3 Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)...	-	-	-
2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren			
2.1 Einnahmen aus Überschüssen	-	-	-
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen.....	-	-	-
3. Rücklagenbewegung			
3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	1.803.057,0	840.966,5	3.889.780,1
3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke.....	91.332,3	90.912,8	430.811,0
3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)	1.711.724,7	750.053,7	3.458.969,1
4. Deckung insgesamt (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)	1.711.724,7	750.053,7	3.458.969,1
Teil III: Kreditfinanzierungsplan für die Haushaltsjahre 2011 und 2012			
1. Kredite am Kreditmarkt			
1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	2.826.325,0	3.031.648,0	3.323.799,0
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB.....	100.000,0	800.000,0	50.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	2.826.325,0	3.031.648,0	3.323.799,0
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB.....	100.000,0	800.000,0	50.000,0
1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-	-	-
2. Kredite im öffentlichen Bereich			
2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u. Ä.	200,0	200,0	-
2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u. Ä.	63.000,0	63.000,0	53.000,0
2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)	-62.800,0	-62.800,0	-53.000,0
3. Kreditaufnahmen insgesamt			
3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1).....	2.926.525,0	3.831.848,0	3.373.799,0
3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2).....	2.989.325,0	3.894.648,0	3.426.799,0
3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	-62.800,0	-62.800,0	-53.000,0
4. Rückzahlbare Ablieferung des Grundstocks (Art. 9 HG)	-	582.460,0	480.000,0

Anlage DBestHG 2011/2012

Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz 2011/2012 (DBestHG 2011/2012)

1. Deckungsfähigkeit

1.1 Soweit nicht Nr. 12.1 zur Anwendung kommt, sind innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel gegenseitig deckungsfähig die Mittel der Titel

1.1.1 517 01 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume,

517 05 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft,

517 31 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),

517 35 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),

518 0. Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume,

518 31 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),

1.1.2 514 0. Haltung von Dienstfahrzeugen und

527 0. Reisekostenvergütungen für Dienstreisen,

1.1.3 531 1. Fachveröffentlichungen und

531 2. Sonstige Veröffentlichungen.

1.2 Innerhalb desselben Einzelplans sind die Mittel der Titel 519 0. (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen), 701 0. (kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) und 702 0. (grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen) gegenseitig deckungsfähig.

1.3 ¹Mit Einwilligung der zuständigen obersten Staatsbehörde können die bei den einzelnen Titeln der Anlagen S (staatlicher Hochbau) veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nach dem Baufortschritt verstärkt werden, wenn der Mehrbetrag innerhalb der Hochbauausgaben bzw.

-verpflichtungsermächtigungen desselben Einzelplans eingespart wird; dem Staatsministerium der Finanzen ist jeweils ein Abdruck des entsprechenden Einwilligungsschreibens der zuständigen obersten Staatsbehörde zuzuleiten. ²Die danach zulässige gegenseitige Deckung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen. ³Bei grundstockfinanzierten Ansätzen ist eine Umschichtung nur zugunsten grundstockkonformer Hochbaumaßnahmen zulässig; das Nähere regelt das Staatsministerium der Finanzen.

1.4 Im Übrigen ergibt sich die Deckungsfähigkeit von Ausgabemitteln aus den im Haushaltsplan enthaltenen Vermerken.

2. Bewirtschaftung der Personalausgaben

2.1 ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die in Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes genannten Stellenpläne unter Beachtung der Nr. 3 gebunden. ²Soweit keine Stellenbindung besteht, richtet sich die Bewirtschaftung grundsätzlich nach den veranschlagten Haushaltsbeträgen; dabei können innerhalb der einzelnen Kapitel die Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz entsprechend dem Entstehungsgrund den betroffenen Haushaltsansätzen zugeführt werden.

2.2 ¹Die in einem Einzelplan bei den in Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes genannten Titeln veranschlagten Mittel für Personalausgaben (einschließlich Titel 421 0.) dürfen – insoweit in Abweichung von Art. 45 Abs. 1 BayHO – bei der Ausführung des Haushaltsplans zu einer Summe zusammengefasst und innerhalb des Einzelplans gemeinsam bewirtschaftet werden. ²Soweit bei den in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen außerplanmäßige Ausgaben und bei den nicht in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen über- und außerplanmäßige Ausgaben erforderlich werden, gilt die Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen hierzu allgemein als erteilt, wenn die über- und außerplanmäßigen Ausgaben ausschließlich auf Stellenbesetzungen nach

Art. 6 Abs. 3 Nr. 1 des Haushaltsgesetzes zurückzuführen sind.

- 2.3 Für Beamte und Arbeitnehmer, bei denen gemäß Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes eine Stellenbindung besteht, darf Mehrarbeit (Überstunden), für die eine Vergütung zu zahlen ist, nur angeordnet werden, wenn bei Titel 422 41 bis 422 42 (Mehrarbeitsvergütungen für Beamte) oder Titel 428 41 (Überstundenentgelte für Arbeitnehmer) ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt sind.

3. Besetzung von Planstellen und Stellen

Für die Besetzung von Planstellen und Stellen gelten Art. 6 des Haushaltsgesetzes, Art. 47, 49 und 50 BayHO sowie die zu diesen Bestimmungen erlassenen Verwaltungsvorschriften unter Beachtung der nachstehenden Bestimmungen.

- 3.1 Besondere Regelungen für den Hochschulbereich
- 3.1.1 ¹Wissenschaftliche Mitarbeiter im Sinn des Art. 22 BayHSchPG können auch auf gleich- oder höherwertigen Stellen für Akademische Räte, Akademische Oberräte, Akademische Direktoren oder Leitende Akademische Direktoren (jeweils ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden. ²Akademische Oberräte auf Zeit (BesGr A 14) können auf Stellen für Akademische Direktoren oder auf Stellen für Leitende Akademische Direktoren (jeweils ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden.
- 3.1.2 ¹Inhaber der Ämter des Akademischen Rats, des Akademischen Oberrats, des Akademischen Direktors oder des Leitenden Akademischen Direktors (jeweils ausschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie wissenschaftliche Mitarbeiter können nicht auf Stellen, die für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule ausgewiesen sind, verrechnet werden. ²Dies gilt nicht für Akademische Räte, Akademische Oberräte, Akademische Direktoren oder Leitende Akademische Direktoren, die mit einer Lehrverpflichtung von mehr als acht Lehrveranstaltungsstunden aus Ämtern der alten Personalstruktur übernommen wurden.
- 3.1.3 Inhaber der Ämter des Akademischen Rats, des Akademischen Oberrats, des Akademischen Direktors oder des Leitenden Akademischen Direktors (jeweils einschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben) der BesGr A 13 bis A 16 (Art. 19 bis 21 und 24 BayHSchPG) können auf Stellen für Professoren

der BesGr W 2 und W 3 verrechnet werden.

- 3.1.4 Stellen für Akademische Räte auf Zeit (BesGr A 13) und Akademische Oberräte auf Zeit (BesGr A 14) dürfen mit entsprechend eingestuften Arbeitnehmern sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern mit einem Bachelor-Abschluss besetzt werden, wenn deren Arbeitsverhältnis den für wissenschaftliche Mitarbeiter geltenden Bestimmungen (Art. 22 BayHSchPG) entsprechend befristet ist, sowie mit Ärzten, die in einem befristeten Arbeitnehmerverhältnis zur Erlangung der Gebietsarztanerkennung beschäftigt werden.
- 3.1.5 Stellen der Entgeltgruppe 13 dürfen mit wissenschaftlichen Mitarbeitern im Arbeitnehmerverhältnis im Sinn des Art. 22 Abs. 2 Satz 1 BayHSchPG besetzt werden, die einen Bachelor-Abschluss erworben haben.
- 3.1.6 Künstlerische Mitarbeiter werden bei der Stellenverrechnung wie wissenschaftliche Mitarbeiter behandelt.
- 3.1.7 Ärzte der klinisch-theoretischen Institute der Medizinischen Fakultäten, die vom Geltungsbereich des TV-Ärzte erfasst sind, können in besonderen unabweisbaren Fällen auf Stellen der BesGr W 2, des akademischen Mittelbaus oder Arbeitnehmerstellen in den Entgeltgruppen 13 bis 15 verrechnet werden. Hierzu bedarf es mit Ausnahme der Nachbesetzungen der Bestandsfälle der vorherigen Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.
- 3.1.8 Unter den Voraussetzungen der Nr. 3.1.4 dürfen auf Stellen für Juniorprofessoren (BesGr W 1) Akademische Räte auf Zeit (BesGr A 13) sowie entsprechend eingestufte Arbeitnehmer und wissenschaftliche Mitarbeiter mit einem Bachelor-Abschluss verrechnet werden.
- 3.2 Besondere Regelungen für den Richterbereich
- Auf Stellen für Richter der BesGr R 2 können auch Richter kraft Auftrags der BesGr A 13 bis A 16, auf Stellen für Richter der BesGr R 1 auch Richter kraft Auftrags der BesGr A 13 bis A 15 verrechnet werden.
- 3.3 Arbeitnehmer-Budget
- 3.3.1 ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Vorbereitung einer Einführung eines Arbeitnehmer-Budgets bei der Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte und Richter, die gemäß Nr. 2.1 Satz 1 und Nr. 2.2 Satz 1 der gemeinsamen Bewirtschaftung unterliegen, mit Arbeitnehmern zu bestimmen, dass Entgelte abweichend auf Titel 428 07 gebucht werden können. ²Auf über- oder au-

- ßerplanmäßige Ausgaben, die sich auf Grund der nach Satz 1 abweichenden Buchung ergeben, ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen.
- 3.3.2 Im Rahmen der Pilotierung des Arbeitnehmer-Budgets kann das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Obersten Rechnungshof einen von den Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz, den Verwaltungsvorschriften zur Bayerischen Haushaltsordnung und den Bestimmungen für die Auszahlung und den rechnungsmäßigen Nachweis der Bezüge und sonstigen Leistungen bei Versetzung, Abordnung und Zuweisung abweichenden Nachweis der Entgeltzahlungen bestimmen.
- 3.4 Feststellungen der Rechnungsprüfung
- ¹Stellen, die auf Grund von Feststellungen der Rechnungsprüfung nicht oder nicht in der veranschlagten Wertigkeit erforderlich sind, sind in die Verhandlungen zur Aufstellung des Haushaltsplans einzubeziehen. ²Art. 50 Abs. 1 BayHO bleibt unberührt.
- 4. Besondere Personalausgaben, Billigkeitsleistungen**
- 4.1 Aus Mitteln für Bezüge und dergleichen dürfen Fahrkostenzuschüsse für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte nach Maßgabe der Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung (FkzBek) vom 15. November 2001 (FMBI 2002 S. 69) in der jeweils geltenden Fassung einschließlich der darauf entfallenden Pauschalsteuern gewährt werden.
- 4.2 Aus Mitteln der Titel 546 49 (Vermischte Verwaltungsausgaben) können auch die Ausgaben geleistet werden:
- 4.2.1 für die Übernahme von Kosten des Rechtsschutzes für Bedienstete des Freistaates Bayern,
- 4.2.2 für die Kosten der amtsärztlichen Untersuchung von Beamten und Bewerbern, von Lehrkräften kirchlicher Genossenschaften, die auf Grund von Abstellungsverträgen im öffentlichen Volksschuldienst und Sondervolksschuldienst tätig sind, von Geistlichen und Laienkatecheten, die an öffentlichen Volksschulen, Sondervolksschulen und staatlichen Berufsschulen Religionsunterricht erteilen, sowie für die Kosten einer von der Ernennungsbehörde angeordneten klinischen oder fachärztlichen Untersuchung,
- 4.2.3 soweit Mittel nicht gesondert veranschlagt sind, für den Sachschadenersatz ehrenamtlicher Richter und ehrenamtlicher Mitglieder von bei Staatsbehörden gebildeten Ausschüssen (analog Abschnitt 12 der Verwaltungsvorschriften zum Beamtenrecht in der jeweils geltenden Fassung),
- 4.2.4 für die Erstattung von Auslagen bei Vorstellungsreisen nach den geltenden Bestimmungen des Staatsministeriums der Finanzen,
- 4.2.5 für die Übernahme von Kosten einer Impfung gegen FSME (Grundimmunisierung, Auffrischungsimpfung, Impferum); Voraussetzung für die Kostenübernahme ist, dass die beschäftigte Person in definierten FSME-Risikogebieten nach Robert-Koch-Institut
- in der Land-, Forst- und Holzwirtschaft, im Gartenbau sowie in der Vermessungsverwaltung regelmäßig Tätigkeiten in niedriger Vegetation und in Wäldern,
 - im Straßenbetriebsdienst und im Bereich der Wasserwirtschaft mit regelmäßigen Tätigkeiten in niedriger Vegetation,
 - im Tierhandel und bei der Jagd Tätigkeiten mit regelmäßigem direkten Kontakt zu freilebenden Tieren oder
 - in Forschungseinrichtungen und Laboratorien regelmäßig Tätigkeiten mit Kontaktmöglichkeit zu infizierten Proben oder Verdachtsproben bzw. zu erregerrhaltigen oder kontaminierten Gegenständen oder Materialien, wenn der Übertragungsweg gegeben ist,
- ausübt und dadurch die Gefahr einer Infektion durch das FSME-Virus deutlich höher ist als bei der Allgemeinbevölkerung.
- 4.3 ¹Den zur Ausbildung zugewiesenen Beamten (Art. 23 Abs. 2 BayRKG) werden die bei den staatlichen Lehrinrichtungen verfügbaren Unterkünfte unentgeltlich überlassen; Lehrinrichtungen im Sinn dieser Vorschrift sind solche, die ausschließlich oder nahezu ausschließlich Bildungsaufgaben für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wahrnehmen. ²Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern, die im Einzugsgebiet des Dienstortes (der Lehrinrichtung) wohnen (§ 1 Abs. 3 Satz 2 BayTGV, Art. 4 Abs. 3 BayÜKG) und nicht schwerbehindert sind, werden keine Unterkünfte überlassen. ³Wenn im Einzelfall durch den Verzicht auf die unentgeltliche Unterbringung höhere Anmietkosten eingespart werden, kann auf Antrag anstatt der unentgeltlichen Unterkunft ein Fahrtkostenzuschuss gewährt werden. ⁴Eine geschlossene Unterbringung (§ 8 Abs. 4 Satz 2 BayTGV) wird nicht begründet. ⁵Art. 127 BayBG bleibt unberührt.

4.4 ¹Zur Gewährung von Prämien nach den Richtlinien zum Vorschlagswesen in der bayerischen Staatsverwaltung können die Ansätze bei Titel 459 1.

- a) zu Lasten der Einnahmen bei den Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 und der Titel 119 01 und 119 49,
- b) zu Lasten der Ansätze bei den Obergruppen 51 bis 54 und 81 bis 82

verstärkt werden. ²Die Ansätze bei Titel 459 1. dürfen nur insoweit verstärkt werden, als sich bei den deckungsfähigen Titeln im Jahr der Prämienzahlung und im darauf folgenden Jahr des prämierten Vorschlags Mehreinnahmen bzw. Einsparungen in mindestens der gleichen Höhe ergeben. ³Soweit die Mehreinnahmen bzw. Einsparungen bei den in Satz 1 genannten Titeln anderer Einzelpläne entstehen, ist für die Verstärkung des Titels 459 1. die Einwilligung der obersten Staatsbehörde erforderlich, die für den anderen Einzelplan zuständig ist.

4.5 ¹Aus Mitteln für Bezüge und dergleichen wird Beamten, die im Laufe des Kalenderjahres vom Arbeitnehmerverhältnis in das Beamtenverhältnis übernommen wurden, eine außertarifliche Leistung gewährt. ²Entsprechendes gilt, wenn Beschäftigte während des Kalenderjahres von einem TV-L-Arbeitsverhältnis in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht wechseln. ³Die außertarifliche Leistung beträgt für die Beschäftigten in den Entgeltgruppen E 1 bis E 11 70 v.H., für die übrigen Beschäftigten 65 v.H. des monatlichen Entgelts, das dem Beschäftigten in den letzten drei Monaten vor dem Monat der Übernahme in das Beamtenverhältnis bzw. des Wechsels in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht durchschnittlich gezahlt wurde; unberücksichtigt bleiben hierbei das zusätzlich für Überstunden und Mehrarbeit gezahlte Entgelt (mit Ausnahme der im Dienstplan vorgesehenen Mehrarbeits- und Überstunden), Leistungszulagen, Leistungs- und Erfolgsprämien. ⁴Der Bemessungssatz bestimmt sich nach der Entgeltgruppe am Ersten des Monats, der dem Monat der Verbeamtung bzw. des Wechsels in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht unmittelbar vorhergeht. ⁵Die außertarifliche Leistung vermindert sich um ein Zwölftel für jeden Kalendermonat, für den der Beschäftigte kein Entgelt aus dem Arbeitsverhältnis erhalten hat. ⁶Die außertarifliche Leistung ist zu Lasten der Haushaltsstelle zu leisten, auf der der Beamte vor der Übernahme in das Beamtenverhältnis bzw. vor dem Wechsel in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht geführt wurde.

4.6 Aus Mitteln für Entgelte der Arbeitnehmer kann Arbeitnehmern für die Zeit für die ihnen Entgelt (§ 15 TV-L) zusteht, eine Zulage gezahlt werden, wenn ihre Tätigkeit mit Mehraufwendungen verbunden ist, die weder durch die Reisekostenvergütung noch durch das Entgelt abgegolten sind, und entsprechenden Beamten unter den gleichen Voraussetzungen und Umständen eine Aufwandsentschädigung gewährt wird.

5. Prüfungskosten, Personal- und Sachausgaben aus anderen Haushaltsansätzen

5.1 Aus Mitteln der Titel 459 0. (Prüfungsvergütungen) sind auch sämtliche mit der Prüfung zusammenhängenden sächlichen Verwaltungsausgaben einschließlich der Reisekosten der mit der Durchführung der Prüfung beauftragten Prüfer und Prüfungshelfer zu bestreiten.

5.2 Soweit Entgelte für Staatsbeschäftigte aus anderen als Personalausgabenansätzen oder aus Titelgruppen zu leisten sind, sind auch die sonstigen Ausgaben (Beihilfen, Unterstützungen, Trennungsgelder, Übergangsgelder und dergleichen) bei diesen Ansätzen zu leisten.

5.3 Aus Mitteln der Titel 518 0. und 518 31 (Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume) sind auch die Ausgaben für durchzuführende Ausschreibungsverfahren zur Anmietung von Bestellbauten (Immobilien, die ein privater Auftragnehmer nach den Vorgaben des Auftraggebers errichtet), insbesondere die für die Beauftragung privater Sachverständiger anfallenden Ausgaben, zu bestreiten.

6. Anlagen zum Haushaltsplan

6.1 Soweit in Zweckbestimmungen für mehrere mit einem Gesamtbetrag veranschlagte Maßnahmen auf Anlagen zu den Einzelplänen verwiesen ist, sind die in diesen Anlagen aufgeführten Einzelzwecke mit ihren Beträgen ebenso bindend, wie wenn diese Beträge bei den Zweckbestimmungen einzeln aufgeführt wären, es sei denn, dass in den Anlagen etwas anderes bestimmt ist.

6.2 ¹Soweit bei Titeln der Anlage S (staatlicher Hochbau) Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen wegen Fehlens der in Art. 24 Abs. 1 BayHO bezeichneten Unterlagen als gesperrt oder als Planungstitel bezeichnet sind, bedarf die Leistung von Ausgaben oder die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen der Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags. ²Dies gilt nicht für die Leistung von Ausgaben und Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen für die Er-

stellung der Planungsunterlagen nach Art. 24 Abs. 1 und Art. 54 Abs. 1 BayHO. ³Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, für die Erstellung der Planungsunterlagen von Neubauten nähere Anordnungen zu erlassen.

7. Ausnahmen vom Bruttonachweis

¹Ausnahmen vom Bruttonachweis der Einnahmen und Ausgaben sind nach Maßgabe der VV Nr. 3 zu Art. 35 BayHO zugelassen oder vorgeschrieben. ²Darüber hinaus gilt Folgendes:

- 7.1 ¹Einnahmen aus der Anfertigung von Fotokopien durch Dritte und aus Rabatten für bereits gezahlte Ausgaben dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. ²Erstattungen von Reisekosten durch Dritte und pauschale Rabatte für bereits gezahlte Fahrtkosten dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.
- 7.2 Schadenersatzleistungen und Zahlungen anstelle von Garantieleistungen Dritter dürfen stets, also auch nach Abschluss der Bücher, insoweit von der Ausgabe abgesetzt werden, als sie zur Instandsetzung oder Ersatzbeschaffung bestimmt sind.
- 7.3 Zurückgezahlte Zuwendungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden, soweit sie
- 7.3.1 noch während des gleichen Jahres, in dem sie ausgezahlt wurden, zurückgezahlt werden oder
- 7.3.2 im Rahmen von gemeinschaftlichen Finanzierungen zwischen dem Bund und dem Land (insbesondere bei den Gemeinschaftsaufgaben) gewährt wurden und der Bund dies zulässt.

8. Kosten der Planung und Bauüberwachung (PB-Mittel)

- 8.1 Aus den Ausgabemitteln für Baumaßnahmen des staatlichen Hochbaus (Obergruppen 71 bis 74) sind auch die Kosten für die Planung und Bauüberwachung zu bestreiten.
- 8.1.1 ¹Ist die Planung und Bauüberwachung der staatlichen Bauverwaltung übertragen, so erhält sie folgende Kostenanteile:
- bei einer anrechnungsfähigen Herstellungssumme bis 1 500 000 €
5,5 v.H.,
- bei einer anrechnungsfähigen Herstellungssumme über 1 500 000 €
5 v.H.

²Bei Umbauten und Modernisierungen erhö-

hen sich diese Sätze je nach Schwierigkeit um bis zu 80 v.H. ³Die festgelegten Vomhundertsätze können erforderlichenfalls in begründeten Einzelfällen mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen bis auf höchstens 5,75 v.H. erhöht werden. ⁴Die anrechnungsfähige Herstellungssumme bemisst sich nach der Haushaltsunterlage-Bau (zuzüglich von Nachträgen, die auf Lohn- und Stoffpreiserhöhungen beruhen), es sei denn, dass die tatsächliche Herstellungssumme niedriger ist; das Staatsministerium der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

- 8.1.2 ¹Sind für die Planung und Bauüberwachung von Gebäuden und Freianlagen freiberuflich tätige Architekten nach den Teilen 1 bis 3 der Verordnung über die Honorare für Architekten und Ingenieurleistungen (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI) vom 11. August 2009 (BGBl I S. 2732) eingeschaltet, so sind die vertraglich vereinbarten Honorare sowie die Nebenkosten des Architekten (§ 14 HOAI) aus den Bauausgabemitteln – Kostengruppe 730 der Kostenberechnung nach DIN 276 – zu bestreiten. ²Für die Anwendung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure gelten die Vorschriften des von der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern mit Schreiben vom 4. Dezember 2008, Az. II Z5-40012-004/08, eingeführten Handbuchs für die Vergabe und Durchführung von Freiberuflichen Dienstleistungen durch die Staatsbauverwaltung des Freistaates Bayern (VHF Bayern), Ausgabe 2008, in der jeweils geltenden Fassung. ³Für Leistungen, die dabei nicht von freiberuflich tätigen Architekten, sondern von der staatlichen Bauverwaltung zu erbringen sind, können von dieser

- für Planungsleistungen im Sinn der Leistungsphasen 1 bis 7 und 9 des § 33 HOAI 1,3 v.H. der anrechenbaren Herstellungssumme,
- für die Bauüberwachung im Sinn der Leistungsphase 8 des § 33 HOAI 0,6 v.H. der anrechenbaren Herstellungssumme

in Anspruch genommen werden. ⁴Bei Leistungen, die von freiberuflich tätigen Architekten nur anteilig erbracht werden, errechnet sich der Anteil der staatlichen Bauverwaltung aus den Staffelsätzen der Nr. 8.1.1 nach dem Leistungsbild des § 33 HOAI.

- 8.1.3 Bei dem Klinikum Regensburg (Kap. 15 22 Tit. 747 55) erhält die staatliche Bauverwaltung für die Planung und Bauüberwachung im Sinn von Nr. 8.1.1 Satz 1 einen Kostenanteil in Höhe von 5,25 v.H. der anrechnungsfähigen Herstellungssumme bzw., soweit nur Leistun-

gen im Sinn von Nr. 8.1.2 Satz 3 erbracht werden, einen Kostenanteil in Höhe von 1,61 v.H. der anrechnungsfähigen Herstellungssumme.

- 8.2 Die Kosten für die Einschaltung freiberuflich tätiger Ingenieure als Sonderfachleute für baufachliche Fragen sind bei den Baunebenkosten – Kostengruppe 730 und 740 der Kostenberechnung nach DIN 276 – zu veranschlagen und zu verausgaben.

- 8.3 Aus den Mitteln zur Bestreitung der Kosten der Planung und Bauüberwachung dürfen gedeckt werden

- 8.3.1 die personalbezogenen Ausgaben der zusätzlich verwendeten Dienstkräfte,

- 8.3.2 die Ausgaben für Fachliteratur und fachgebundene Verbrauchsgüter,

- 8.3.3 die Ausgaben für Bauleitungen und für Ausschreibungen im Vergabeverfahren.

9. Zweckgebundene Einnahmen

¹Zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) sind, auch wenn sie nicht oder nicht in voller Höhe veranschlagt sind, bei den zutreffenden Einnahmetiteln zu vereinnahmen und die hierdurch etwa erforderlich werden den zusätzlichen Ausgaben bei den Ausgabebetiteln zu verausgaben. ²Auf hiernach sich ergebende über- oder außerplanmäßige Ausgaben ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Einnahmen und Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen. ³Nicht verausgabte zweckgebundene Einnahmen dürfen in der Haushaltsrechnung als Ausgabereste nachgewiesen werden.

10. Veräußerungen von Erzeugnissen betrieblicher Einrichtungen

¹An Beamte und Arbeitnehmer dürfen, soweit im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt ist, widerruflich die für den eigenen Verbrauch benötigten Erzeugnisse der betrieblichen Einrichtungen ihrer unmittelbaren Beschäftigungsdienststelle mit einer Ermäßigung bis zu 20 v.H. des ortsüblichen Kleinverkaufspreises abgegeben werden; ausgenommen hiervon sind Beschäftigte, deren Arbeitszeit weniger als die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beträgt. ²Satz 1 gilt auch für Ruhegehaltsempfänger und Rentner, soweit sie bis zum Eintritt in den Ruhestand und dergleichen bei der entsprechenden betrieblichen Einrichtung beschäftigt waren. ³Landwirtschaftliche Betriebe dürfen ihre Erzeugnisse, bei denen ein Kleinverkaufspreis nicht feststellbar ist, an Betriebsangehörige mit einer Ermäßigung bis zu 10 v.H. des Ab-Hof-Verkaufspreises ab-

geben; für die Abgabe von Milch ist der Molkepreis des Vormonats ohne Ermäßigung maßgebend. ⁴Tarifvertragliche Bestimmungen bleiben unberührt. ⁵Einer Einwilligung nach Art. 57 BayHO bedarf es in diesen Fällen nicht.

11. Weitergabe von Zuwendungen

Die Gewährung von Zuwendungen kann durch das zuständige Staatsministerium über die in Art. 44 Abs. 3 BayHO genannten juristischen Personen des privaten Rechts hinaus auch auf Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts übertragen werden.

12. Dezentrale Budgetverantwortung

12.1 Erweiterte gegenseitige Deckungsfähigkeit

¹Zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit sind jeweils innerhalb der einzelnen Kapitel (unter Einbeziehung der entsprechenden Verwaltungsbetriebsmittel in den Sammelkapiteln und Allgemeinen Bewilligungen sowie der zentral veranschlagten Ansätze) der Einzelpläne 01 bis 12 und 15

- die Ansätze für Personalausgaben der Titel 422 41 und 422 42, 427 01, 427 41, 427 99, 428 11, 428 12, 428 21, 428 22, 428 30, 428 41, 428 66, 428 99, der Gruppe 429, der Titel 443 16, 453 01, 459 0., 459 1. und 459 49,
- die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben der Obergruppen 51 bis 54 mit Ausnahme der Gruppe 529, der Titel 527 2., 531 2., 532 0. sowie der Gruppe 549,
- die Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82 mit Ausnahme der Ansätze nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz vom 2. März 2009 (BGBl I S. 416, 428) und
- die Ansätze der Festtitel 981 11 und 981 12 (Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd bzw. Nord)

nach näherer Maßgabe der folgenden Nrn. gegenseitig deckungsfähig. ²Eine Deckung aus Ansätzen, die bereits selbst zu Lasten anderer Ansätze verstärkt wurden (Kettenverstärkung), ist nicht möglich.

12.2 Verstärkung aus dem Stellingehalt gebundener Stellen

Innerhalb eines Kapitels kann das durchschnittliche Stellingehalt einer frei gewordenen und besetzbaren Stelle zur Verstärkung

- der in Nr. 12.1 genannten Ansätze unter folgender Maßgabe verwendet werden:
- 12.2.1 ¹Die Stelle muss über die Wiederbesetzungssperre hinaus mindestens ein Jahr lang freigehalten werden; Art. 6 Abs. 2 Satz 4 des Haushaltsgesetzes findet keine Anwendung. ²Die Verwendung der Stellengehälter für eine Verstärkung kann somit erst nach Ablauf der gesetzlichen Wiederbesetzungssperre erfolgen.
- 12.2.2 Für jeden vollen Monat, für den die Stelle dann über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneinzug hinaus gezielt freigehalten wird, können entweder
- ¹/₁₂ aus 75 v.H. des durchschnittlichen Stellengehalts zur Verstärkung der Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82 oder
 - ¹/₁₂ aus 50 v.H. des durchschnittlichen Stellengehalts zur Verstärkung für sächliche Verwaltungsausgaben verwendet werden.
- 12.2.3 Mit dem Zeitpunkt der Wiederbesetzung der Stelle endet die Verstärkungsmöglichkeit der Nr. 12.2.
- 12.3 Deckungsfähigkeit der in Nr. 12.1 genannten Personalausgaben
- 12.3.1 ¹Einsparungen bei den in Nr. 12.1 genannten Ansätzen dürfen nur dann für die Begründung zusätzlicher Dienst- und Arbeitsverhältnisse verwendet werden, wenn das jeweilige Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis auf längstens sechs Monate oder die Dauer einer jahreszeitlich bedingten Saison – ohne Kettenverlängerung – zeitlich befristet ist (Aushilfskräfte). ²Die Einschränkungen des Satzes 1 gelten nicht, soweit lediglich der bei Altersteilzeit von Arbeitnehmern auftretende Kapazitätsverlust ausgeglichen wird.
- 12.3.2 Einsparungen bei den Titeln 428 11, 428 21 und 428 22 dürfen nur bei mindestens einjährigem Freihalten der Beschäftigungsmöglichkeit zur Deckung von Ausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben und Sachinvestitionen der in Nr. 12.1 genannten Ansätze herangezogen werden; hinsichtlich der Titel 428 21 und 428 22 gilt dies nur bei Einsparungen über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneinzug hinaus.
- 12.3.3 ¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 der Titel 422 41, 422 42 und 428 41 darf nur einseitig zu Lasten dieser Titel in Anspruch genommen werden. ²Die gegenseitige Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 dieser Titel untereinander bleibt unberührt.
- 12.4 Umwidmung von Personal- in Sachmittel bei Privatisierungen
- ¹Die Einschränkungen der Nrn. 12.2 und 12.3 gelten nicht, soweit bei der Privatisierung von Aufgaben eine Umwidmung von Personal- in Sachmittel notwendig ist, die entbehrlichen Stellen nicht wieder besetzt und im nächsten Haushaltsplan (stellen- und betragsmäßig) abgesetzt werden. ²Auf sich hiernach ergebende über- oder außerplanmäßige Ausgaben ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden, sofern im Einzelfall die auf das Kalenderjahr hochgerechnete Gesamthöhe der umgewidmeten Durchschnittlichen Stellengehälter 250 000 € nicht übersteigt; außerplanmäßige Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen.
- 12.5 Einseitige Deckungsfähigkeit zugunsten von Haushaltsstellen
- 12.5.1 Bauunterhalt
- ¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für Titel der Gruppe 519 darf nur einseitig zugunsten der Titel dieser Gruppe in Anspruch genommen werden. ²Nr. 1.2 bleibt unberührt.
- 12.5.2 Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Rechenzentren Süd und Nord
- Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für die Festtitel 981 11 und 981 12 darf nur einseitig zugunsten dieser Titel in Anspruch genommen werden.
- 12.6 Koppelung mit Einnahmen
- ¹Mehr- oder Mindereinnahmen von bis zu 10 v.H. der Summe der Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 sowie der Titel 119 01 und 119 49 eines Kapitels, die im Vollzug erwirtschaftet werden, erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 genannten Ansätze des entsprechenden Kapitels zur Hälfte. ²Dies gilt nicht bei Titeln, die mit Ausgabeansätzen gekoppelt sind.
- 12.7 Übertragbarkeit, zeitliche Bindung
- 12.7.1 Übertragbarkeit
- Die in Nr. 12.1 genannten Ausgaben sind zur Förderung der wirtschaftlichen und sparsamen Bewirtschaftung übertragbar.
- 12.7.2 Zeitliche Bindung
- Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Rahmen seiner Befugnisse nach

Art. 45 Abs. 3 BayHO bei den in Nr. 12.1 genannten Titeln bereits vor Ablauf des Haushaltsjahres für einen Teil der zu erwartenden Ausgabereste die Einwilligung zur Übertragung und Inanspruchnahme allgemein zu erteilen.

12.8 Einzelregelungen

Die in den Nrn. 12.1 bis 12.7 getroffenen Regelungen finden keine Anwendung, soweit in den Einzelplänen in den Vorbemerkungen zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung einzelne Bereiche ausdrücklich ausgenommen sind; sie finden zusätzlich Anwendung, soweit dort einzelne Bereiche ausdrücklich einbezogen sind.

12.9 Berichtspflicht

Mehrausgaben bei einem Titel, die im Rahmen der Nrn. 12.1 und 12.8 aus Einsparungen bzw. Mehreinnahmen geleistet werden, sind dem Landtag jährlich mitzuteilen, wenn sie einen Betrag von 500 000 € übersteigen.

13. Bewirtschaftung der Programmmittel „Aufbruch Bayern“

¹Die aus der Grundstockabführung nach Art. 9 finanzierten und in den verbindlichen Erläuterungen zu Kap. 13 04 Tit. 314 52 genannten Ausgabeermächtigungen dürfen nur für die dort genannten Ansätze verwendet werden. ²Eine Deckung zugunsten anderer Ansätze ist ausgeschlossen. ³Die Mittel sind übertragbar.

605-1-F , 605-10-F

**Gesetz
zur Änderung des
Finanzausgleichsgesetzes und der
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2011)**

Vom 14. April 2011

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz – FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 2010 (GVBl S. 258, BayRS 605-1-F) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 1 Abs. 1 Satz 1 wird der Wert „12 v.H.“ durch den Wert „12,2 v.H.“ ersetzt.
2. Art. 13 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aaa) Nr. 1 wird aufgehoben.
 - bbb) Nach dem Wort „Verfügung“ wird der Klammerzusatz „(Kommunalanteil)“ eingefügt.
 - bb) In Satz 2 werden nach den Worten „Die Mittel“ die Worte „aus dem Kommunalanteil“ eingefügt.
 - cc) Satz 5 erhält folgende Fassung:

„⁵Sie dürfen auch für die in Art. 13e bis 13h genannten Zwecke verwendet werden.“
 - b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Worte „des Aufkommens an Kraftfahrzeugsteuer (Abs. 1 Satz 1 Nr. 1),“ gestrichen.
 - bb) In Satz 2 wird die Bezeichnung „13e“ durch die Bezeichnung „13h“ ersetzt.
3. Art. 13a erhält folgende Fassung:

„Art. 13a

Gemeinden, die

1. Träger der Straßenbaulast für Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen sind,
2. nach Art. 42 Abs. 1 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes Träger der Straßenbaulast für Ortsdurchfahrten im Zuge von Staatsstraßen sind oder
3. am 30. Juni 2009 mehr als 5 000 Einwohner hatten und bis 30. Juni 2011 keine Zuweisungen nach Art. 13b Abs. 2 Satz 1 in der bis 31. Dezember 2010 geltenden Fassung wählen,

erhalten pauschale Zuweisungen auf der Basis des Durchschnitts ihrer Beteiligung an ihrem örtlichen Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer in den Jahren 2008 bis 2010.“

4. Art. 13b wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Die Landkreise erhalten zum Bau oder Ausbau und zur Unterhaltung ihrer Kreisstraßen pauschale Zuweisungen auf Basis der ihnen im Jahr 2010 für 2010 gewährten Kreisstraßenpauschalen nach Art. 13b Abs. 1 Satz 1 in der bis 31. Dezember 2010 geltenden Fassung.“

- b) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Die kreisangehörigen Gemeinden, die nicht die Voraussetzungen des Art. 13a erfüllen, erhalten zur Unterhaltung ihrer Gemeindestraßen pauschale Zuweisungen auf Basis der ihnen im Jahr 2010 für 2010 nach Art. 13b Abs. 2 Satz 1 in der bis 31. Dezember 2010 geltenden Fassung gewährten Straßenunterhaltungspauschalen. ²Die Zuweisungen können auch für den Bau oder Ausbau von Gemeindestraßen verwendet werden.“

5. Art. 13c Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹ Vom Kommunalanteil werden 108 500 000 € zugunsten einer Ausgleichsmasse bereitgestellt.“

6. Art. 13d und 13e erhalten folgende Fassung:

„Art. 13d

Vom Kommunalanteil werden jährlich 51 300 000 € für Finanzhilfen nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern verwendet.

Art. 13e

¹Vom Kommunalanteil können jährlich bis zu 121 250 000 € für den Bau von Abwasserentsorgungsanlagen verwendet werden. ²In den Jahren 2011 bis 2015 können unter Berücksichtigung der Dringlichkeit jeweils bis zu 25 000 000 € der Mittel nach Satz 1 auch für Zuweisungen zum Bau von Wasserversorgungsanlagen verwendet werden.“

7. Es werden folgende Art. 13f bis 13h eingefügt:

„Art. 13f

¹Vom Kommunalanteil können jährlich bis zu 17 900 000 €

1. für den Bau von in gemeindlicher Sonderbaulast stehenden Ortsumfahrungen bzw. Entlastungsstraßen im Zug von Staatsstraßen sowie
2. für die Änderung von bestehenden Kreuzungen zwischen Staats- und Gemeinde- oder Kreisstraßen sowie zwischen Staats- und Gemeinde- und Kreisstraßen, soweit die betroffenen Gemeinden und Landkreise die Änderungskosten übernehmen, und
3. für den Bau von unselbstständigen Radwegen sowie unselbstständigen Geh- und Radwegen an Staatsstraßen, soweit die Gemeinde die Kosten übernimmt,

verwendet werden. ²Für die Förderhöhe und das Förderverfahren gelten die für den kommunalen Straßenbau geltenden Bestimmungen entsprechend.

Art. 13g

Vom Kommunalanteil können jährlich bis zu 30 000 000 € für Straßenbauvorhaben der Gemeinden und Gemeindeverbände, die nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gefördert werden, verwendet werden.

Art. 13h

Vom Kommunalanteil werden jährlich 256 000 000 € zur Verstärkung des Ausgleichs an die Bezirke nach Art. 15 FAG verwendet.“

8. Art. 14 erhält folgende Fassung:

„Art. 14

(1) ¹Die Kostenanteile, die nach § 13 des Eisenbahnkreuzungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung dem Land bei Kreuzungen mit Kreis- und Gemeindestraßen entstehen, werden aus dem Kommunalanteil finanziert. ²Hierfür werden grundsätzlich die jeweils nach Art. 13a oder 13b Abs. 1 zur Verfügung gestellten Mittel herangezogen. ³Im Härtefall werden Zuweisungen aus Mitteln des Art. 13c gewährt.

(2) Handelt es sich um Kreuzungen mit Gemeindestraßen einer Gemeinde, die Leistungen nach Art. 13b Abs. 2 erhält, können zur Finanzierung des nach § 13 des Eisenbahnkreuzungsgesetzes auf das Land entfallenden Kostenanteils Zuweisungen aus Mitteln des Art. 13c gewährt werden.“

9. Art. 15 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) Nr. 4 Satz 3 wird durch folgenden neuen Satz 3 und Satz 4 ersetzt:

„³Die Bevölkerungskomponente berücksichtigt als Aufgabenindikatoren sowohl den Anteil eines Bezirks an den Einwohnern Bayerns insgesamt als auch seinen Anteil an speziellen Einwohnergruppen mit höherer Sozialhilfewahrscheinlichkeit. ⁴Die Ausgabenkomponente berücksichtigt den Anteil eines Bezirks an den Nettoausgaben, die den Bezirken insgesamt als überörtlichen Trägern der Sozialhilfe, abzüglich von Erstattungsleistungen nach Art. 88 Abs. 4 AGSG, und der Kriegsopferfürsorge sowie nach dem Unterbringungsgesetz erwachsen sind.“

- b) Nrn. 5 und 6 erhalten folgende Fassung:

„5. ¹Die Bevölkerungskomponente eines Bezirks ist der Prozentsatz, der sich ergibt, wenn man das arithmetische Mittel aus dem Prozentsatz seiner Einwohner an der gesamten Einwohnerzahl Bayerns und dem Prozentsatz der Summe seiner Einwohner, die das 85. Lebensjahr vollendet haben, sowie seiner Einwohner mit schwerer Behinderung an der Gesamtzahl dieser speziellen Einwohnergruppen in Bayern bildet. ²Die Bevölkerungskomponente wird mit 65 v.H. angesetzt.

6. ¹Die Ausgabenkomponente eines Bezirks ist der Prozentsatz, der sich ergibt, wenn man die unter Nr. 4 genannten Nettoausgaben eines Bezirks ins Verhältnis zu den entsprechenden Ausgaben aller Bezirke setzt. ²Die Ausgabenkomponente wird mit 35 v.H. angesetzt.“

10. In Art. 24 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 werden nach der Zahl „12“ das Komma sowie die Bezeichnung „13b“ und die Worte „und welche Straßenlängen für die Leistungen nach Art. 13b jeweils maßgebend sind“ gestrichen.

§ 2

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (FAGDV 2002) vom 19. Juli 2002 (GVBl S. 418, BayRS 605-10-F), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 12. April 2010 (GVBl S. 166), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 Satz 1 werden nach der Zahl „12“ das Komma und die Bezeichnung „13b“ gestrichen.
2. § 15 erhält folgende Fassung:

„§ 15

Zuweisungen nach Art. 13a und 13b FAG

¹Die Zuweisungen nach Art. 13a und 13b Abs. 1 FAG werden zum 15. März, 15. Juni, 15. September und 15. Dezember in vierteljährlichen Teilbeträgen ausbezahlt. ²Die Zuweisungen nach Art. 13b Abs. 2 FAG werden in einem Betrag zum 15. Juni ausbezahlt.“

3. In § 16 Abs. 1 Satz 1 wird die Zahl „75“ durch die Zahl „85“ ersetzt.

§ 3

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2011 in Kraft.

(2) Abweichend von Art. 13c Abs. 1 Satz 1 FAG tritt im Jahr 2011 an die Stelle des Betrags „108 500 000 €“ der Betrag „112 900 000 €“.

München, den 14. April 2011

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH

Herzog-Rudolf-Str. 3, 80539 München

PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, B 1612

Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat.

Zur Herstellung des Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatts (GVBl) wird Recycling-Papier verwendet.

Druck: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Heisinger Straße 16, 87437 Kempten

Vertrieb: Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Herzog-Rudolf-Str. 3, 80539 München

Tel. 0 89 / 29 01 42 - 59 / 69, Telefax 0 89 / 29 01 42 90.

Bezug: Die amtliche Fassung des GVBl können Sie über den Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH beziehen. Der Preis des Jahresabonnements für die amtliche Fassung des GVBl beträgt ab dem 1. Januar 2010 **81,00 €** inkl. MwSt. und Versandkosten. Einzelausgaben können zum Preis von 3,00 € inkl. MwSt. zzgl. Versand beim Verlag angefordert werden. Für Abonnementkündigungen gilt eine Frist von vier Wochen zum nächsten Ersten eines Monats (bei Vorauszahlung zum Ende des verrechneten Bezugszeitraums).

Widerrufsrecht: Der Verlag räumt ein Widerrufsrecht von einer Woche ab Absendung der Bestellung ein. Zur Wahrung der Frist genügt das rechtzeitige Absenden des Widerrufs (Poststempel) an:

Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Vertrieb, Postfach 22 16 53, 80506 München

Bankverbindung: Postbank München, Konto-Nr. 68 88 808 BLZ: 700 100 80

ISSN 0005-7134
